NYPL RESEARCH LIBRARIES
3 3433 06664592 4

Digitized by Google

Quellen und Darstellungen
zur
Geschichte Niedersachsens.
Band XII.

Ländliche Verhältnisse
im
Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel
im 16. Jahrhundert.

Nach Akten des herzoglich lüneburgischen Landeshauptarchivs zu Wolfenbüttel und des Stadtarchivs zu Braunschweig.

Von
Gustav Gehr.

Hannover und Leipzig.
Hahn'sche Buchhandlung.
1903.

1. Land -- Germany -- Brunswick (State)

PC 1

E 1

Quellen und Darstellungen

zur

Geschichte Niedersachsens.

Herausgegeben

vom

Historischen Verein für Niedersachsen.

Band XII.

Ländliche Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel im 16. Jahrhundert.

Von

Gustav Oehr.

Hannover und Leipzig.
Hahn'sche Buchhandlung.
1908.

Ländliche Verhältniſſe im Herzogtum Braunſchweig-Wolfenbüttel im 16. Jahrhundert.

Nach Akten des herzoglich lüneburgiſchen Landeshauptarchivs zu Wolfenbüttel und des Stadtarchivs zu Braunſchweig.

Von

Guſtav Oehr.

Hannover und Leipzig.

Hahn'ſche Buchhandlung.

1903.

Druck von Aug. Eberlein & Co., Hannover.

Meinen lieben Eltern.

Lith. Inst. Sc. & Tech. 4.02. 25

Digitized by Google

Vorwort.

Für die nachfolgende Arbeit haben hauptsächlich Akten des Wolfenbütteler Landeshauptarchivs und des Braunschweiger Stadtarchivs als Grundlage gedient. Aus dem Wolfenbütteler Archiv habe ich die Ämterakten, besonders der Ämter Hessen, Wolfenbüttel, Schöningen, Königslutter, Lichtenberg und Gebhardshagen benutzt. Es kommen hier in erster Linie in Betracht die Erbregister, also Höfebeschreibungen mit genaueren Angaben über Zehnten, Dienste, Gerichtsbarkeit, Gemeinheitsteilung, dann die Amtsregister, die Geld- und Getreiderechnungen. Doch sind hier die Akten nicht gerade immer vollzählig. So ist von dem Erbregister des Gerichtes Königslutter nur ein Bruchstück vorhanden, und für das Amt Hessen beginnen Akten eigentlich erst mit Anfang des 17. Jahrhunderts. Endlich habe ich noch die landschaftlichen Sachen, Landtagsverhandlungen über Steuersachen und Schatzregister benutzt. Der Band, welcher die Schatzrechnungen für das Herzogtum Braunschweig von 1555—77 enthält, befindet sich merkwürdiger Weise im Braunschweiger Stadtarchive. Aus dem Stadtarchive zu Braunschweig habe ich hauptsächlich die während der Okkupationszeit durch die Schmalkaldener angefertigte Beschreibung der Ämter und Klöster benutzt, die aber für die Ämter recht unvollständig ist, da die meisten Ämter verpfändet waren; ferner die Burgamtsrechnungen,*) die seit dem Jahre 1571 fast vollzählig vorhanden sind. Die Amtsbücher für das Burgamt im Wolfenbütteler Landesarchiv, welche mit dem Jahre 1583 beginnen, habe ich nur kurz einsehen können. Ich will aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sich aus diesen Amtsbüchern und den Burgamtsrechnungen leicht ein geschlossenes Bild für die Verwaltung des Burgamts durch die Stadt Braunschweig für die Zeit 1584—1668 gewinnen ließe. In den Quellenangaben bedeutet W. L. A. Wolfenbütteler Landeshauptarchiv, Br. St. A. Braunschweiger Stadtarchiv.

*) Unter Burgamt ist das Herrschaftsgebiet der Stadt Braunschweig zu verstehen.

Dem Herrn Archivrat Dr. Zimmermann in Wolfenbüttel, dem Stadtarchivar Herrn Professor Dr. Hänselmann zu Braunschweig und dem Herrn Oberbibliothekar Geheimer Hofrat Dr. von Heinemann zu Wolfenbüttel spreche ich für das gütige Entgegenkommen und die bereitwillige Unterstützung meiner Studien auch an dieser Stelle meinen aufrichtigsten Dank aus.

Ich will auch nicht unterlassen, Herrn Professor D. Dr. Lenz, der mich zu dieser Arbeit angeregt und die Ausführung in vielen Punkten gefördert hat, bestens zu danken.

Literatur.

Hauptsächlich gefördert und angeregt haben mich die Bücher:

Gesenius, Das Meierrecht. 2 Bde. 1801/3.
Wittich, Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland. 1896.
v. Below, Territorium und Stadt. 1900.

Die übrige Literatur führe ich alphabetisch auf:

Allgemeine deutsche Biographie.
Algermann, Lebensbeschreibung des Herzogs Julius. Herausgegeben von Strombeck in der Festschrift zur Feier des Gedächtnisses der vormaligen Hochschule Julia Carolina in Helmstedt. 1823.
Carl Bege, Geschichte einiger berühmter Burgen und Schlösser des Landes Braunschweig. 1802.
Calenberger Landesordnungen. 1739/40.
Goebel-Nolten, de singularibus quibusdam praediis rusticorum quae sunt in terris Brunsvico-Luneburgicis et vicinia vulgo von Sattelfreyen-, Meyerdings-, Propstdings- und Laetgüter. Helmstedt 1727.
Gülich, Die der hohen Domkirche zu Hildesheim zustehenden Meyerdinge in ihren ehemaligen und gegenwärtigen rechtlichen Verhältnissen.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften ed. Conrad ꝛc.
Hampe, Braunschweiger Partikularrecht. 1896.
Havemann, Geschichte von Braunschweig-Lüneburg. 1857.
Hassel u. Bege, Geographisch-statistische Beschreibung der Fürstentümer Wolfenbüttel und Blankenburg. 1802/3.
v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover. 1884/92.
Hesse, Die Entwicklung der agrarrechtlichen Verhältnisse im Stifte, späteren Herzogtum Verden. 1900.
Kayser, Die reformatorischen Kirchenordnungen in den welfischen Landen 1542/44. 1897.
Krusch, Entwicklung der Centralbehörden im Herzogtum Braunschweig in Z. H. V. N. 1893/4.
Kleinschmidt, Sammlung von Landtagsabschieden, betreffend die staats- und privatrechtlichen Verhältnisse der Fürstentümer Kalenberg, Göttingen und Grubenhagen. 2 Bde. 1832.
Koken, die Winzenburg. 1833.
Landwirtschaft und Forstwesen in Braunschweig. Festgabe für die Mitglieder deutscher Land- und Forstwirte. 1859.

Lüntzel, Die bäuerlichen Laſten im Fürſtentum Hildesheim.
Lüntzel, Geſchichte der Diözeſe und Stadt Hildesheim.
Meyer, E., Hannoverſche Verfaſſungs- und Verwaltungsgeſchichte. 1898/9.
Nolten, Diatribe iuris patrii de iuribus et consuetudinibus circa villicos. Brunsv. 1738.
Oppermann, Entwicklung des Gerichtsweſens im 17. Jahrhundert. Zeitſchrift für deutſches Recht von Beſeler, Reyſcher, Wilda, Band XI.
Pfeiffer, Das deutſche Meierrecht nach ſeiner rechtlichen Begründung und dermaligen Geſtaltung. Kaſſel 1848.
Ribbentrop, Sammlung braunſchweigiſcher Landtagsabſchiede. 1793/97.
Schottelius, De singularibus quibusdam et antiquis in Germania iuribus et observatis. 1671.
Seidenſticker, Norddeutſche Forſten. 2 Bde. 1896.
Steinacker, K., Größere Organiſations- und Verwaltungsgeſetze des Herzogtums Braunſchweig. 1837.
Steinacker, Partikulares Privatrecht des Herzogtums Braunſchweig. 1843.
Strube, Commentatio de iure villicorum. 1768.
Stüve, Unterſuchungen über die Gogerichte in Weſtfalen und Niederſachſen. 1857.
Stüve, Weſen und Verfaſſung der Landgemeinden in Weſtfalen und Niederſachſen. 1870.
Wörterbuch der Volkswirtſchaft von Elſter.
Zeitſchrift des Harzvereins für Geſchichte.
Zeitſchrift des Hiſtoriſchen Vereins für Niederſachſen (Z. H. V. N.).

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung: Intereſſengegenſätze auf dem Gebiete des inneren Staatslebens. Charakteriſtik der Herzöge des 16. Jahrhunderts . . . . . 1—6

Kapitel 1: Die Grundherrn . . . . . 7—34

A. Anteil der Grundherrn am bäuerlichen Beſitze . . . . . 7—19

1. Des Landesfürſten 7

2. Der Klöſter 10

3. Des Adels 15

4. Der Städte, beſonders der Stadt Braunſchweig und ihrer Bürger 16

B. Ihre Eigenwirtſchaft . . . . . 19—34

1. Die Domänen 19

2. Die Kloſterwirtſchaften 24

3. Die Rittergüter 26

Kapitel 2: Die Bauern . . . . . 34—57

A. Das bäuerliche Beſitzrecht . . . . . 37—48

1. Das Meiergut 37

2. Das Bauernlehen 45

3. Das Erbenzinsgut 46

B. Die Bauernklaſſen . . . . . 48—57

1. Die Ackerleute 48

2. Die Köter 50

3. Die Halbſpänner 53

4. Die Häuslinge 54

5. Das Geſinde 55

Kapitel 3: Die Laſten . . . . . 57—83

A. Die Reallaſten, beſonders der Zehnte 57

B. Die Dienſte 64

C. Die Steuern 73

Kapitel 4: Die Lokalverwaltung des platten Landes . . . . 83—104

A. Die Gemeinde 84

B. Das Amt 87

C. Die Gerichtsverwaltung 97

Schlußüberblick . . . . . 104—108

Anhang.

I. Größe einiger Domänen und Kloſterbetriebe 1546.

II. Klaſſengliederung und Beſitzverhältniſſe der Bauern im ſpäteren Reſidenzamte Wolfenbüttel 1566(?) und im Eichgericht 1569.

III. Klaſſengliederung und Beſitzverhältniſſe der Bauern im Reſidenzamt Wolfenbüttel 1740.

IV. Schatz- und Aeciſeregiſter 1555—77.

Einleitung.

In der Zeit vom 14. bis zum 16. Jahrhunderte entwickelte sich in Deutschland das Landesfürstentum zu einem starken Machtfaktor und führte die bürgerliche Gesellschaft aus dem mittelalterlichen Chaos allmählich in fest geordnete Staatsverhältnisse hinüber. Unerquickliche Erbstreitigkeiten, unheilvolle Erbteilungen mußten das Fürstentum an den Rand der Ohnmacht führen, bis es sich allmählich auf seine eigentliche Aufgabe besann, bis es daran ging, den Staat innerlich zu konsolidieren und gut zu verwalten, um ihn dann als feste, unerschütterliche Macht in das Getriebe der äußeren Politik hineinstellen zu können. Nur in schweren inneren Kämpfen mit dem selbstherrlichen Adel, mit mächtigen Städten, in denen das Land verwüstet und die wirtschaftlichen Kräfte lahmgelegt wurden, wurde der moderne Territorialstaat geboren.

Auch das braunschweigische Land hat die schweren Leiden und Wehen dieser Entwicklung voll und ganz gekostet. Mit dem Tode Otto's des Kindes war die Einheit des welfischen Besitzes dahin; die Folgezeit war erfüllt von Erbteilungen und Erbstreitigkeiten. Die Lande wurden zerstückelt, wieder vereinigt, von neuem zersplittert und in immer kleinere Teile aufgelöst; eine Linie des Geschlechtes löste die andere ab: es fehlte jede Dauer, jede Kontinuität des Regiments. Die Fürsten dieser Zeit tragen einen unsteten, kriegerischen Zug in ihrem Charakter; sie haben ihre Freude allein am Klang der Waffen, an wilden Fehden. Und der friedliebende, haushälterische Heinrich, dem Braunschweig den Vertrag von 1433 und damit die Aufhebung der schweren Leibeigenschaftsabgaben dankt, steht sehr einsam da unter seinen Genossen, ein verirrter Vorläufer späterer Herrscher.

Mit Naturnotwendigkeit mußte gegen die verderblichen Erbteilungen schließlich eine Reaktion Platz greifen, der Gedanke des Zusammenfassens wieder Raum gewinnen. Ganz allmählich erhoben sich aus dem allgemeinen Wirrwarr wieder festere Staatsgebilde zu dauerndem Leben; die Einheit des Welfenbesitzes mußte man dabei verloren geben. Die Landstände waren „der Kristallisationspunkt, um welchen sich die zentrifugalen Elemente der Gesellschaft sammeln und neu gestalten konnten".[1]) Sie vertraten die

[1]) Heinemann, a. a. O. II, S. 236.

Idee der Allgemeinheit, den Staatsgedanken auch gegenüber den Herzögen, für die der persönliche und augenblickliche Vorteil vielfach maßgebend war. Man muß es ihnen hoch anrechnen, daß sie den Fürsten in ihrer finanziellen Ohnmacht bereitwilligst Steuern zugestanden, um das Verpfänden von Landesteilen zu verhindern oder verpfändete Gebiete wieder einzulösen, daß sie das Veräußern von Ämtern, Dörfern und Domänen zu erschweren suchten und allmählich an ihre Zustimmung banden. Eine gewisse Tragik läßt uns das Streben und Tun der Stände in noch günstigerem Lichte erscheinen: Sie zogen den Feind ihrer eigenen Selbständigkeit groß.

Sobald sich das Fürstentum aus seiner Ohnmacht erhob und seine Kraft zu fühlen begann, mußte es versuchen, die Autonomie der Stände, die das staatenlose Mirtelalter großgezogen hatte, zu brechen. Heinrich der Ältere, der in der endgiltigen Teilung von 1495 das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel erhielt, war der erste, der dieses Ziel scharf ins Auge faßte und vor allem in der berühmten Braunschweiger Stadtfehde von 1493 die nach völliger Unabhängigkeit strebende Stadt Braunschweig zu demütigen suchte.

So verschob sich allmählich das Verhältnis von Fürst und Ständen zur Staatsidee. Der Fürst erwies sich als Vertreter der Staatsgewalt, die Stände rückten in die Reaktion ein. Auf dem Hauptgebiete des damaligen Staatslebens, auf dem des Steuerwesens, trat dieser neue Gegensatz am schärfsten ans Tageslicht. Je mehr der Herzog die Steuerkraft des Landes in Anspruch nehmen mußte, um die wachsenden Staatsaufgaben zu erfüllen, um so stärker erwachte bei den Ständen das grundherrliche Selbstinteresse. Allerdings haben sie im 16. Jahrhundert die Staatsforderungen meist bewilligt und die fürstlichen Schulden zu tilgen gesucht, da ihnen die Herzöge als Gegengabe ständische Steuerverwaltung zugestanden. Aber als das Jahrhundert zur Neige ging, begann bereits ein Markten und Feilschen, begannen die Versuche, die Steuerlast von den eigenen Schultern abzuschütteln und den Bauern aufzubürden. Die Stände gingen allmählich in einem kleinlichen Standesegoismus auf und zeigten sich nicht mehr fähig, dem Wohle des Ganzen auf Kosten des ständischen Partikularismus Opfer zu bringen.[1]) Und immer wollten sie die Geldbewilligungen nur als außerordentliche Beihilfe angesehen wissen, die Pflicht zu regelmäßiger Steuerzahlung wollten sie nicht anerkennen.

Bei den wichtigen agrarischen Reformen des 16. Jahrhunderts vertraten die Fürsten und ihre Ratgeber den wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Fortschritt. Allerdings konnte auch der Fürst das Privatinteresse, das er als Großgrundbesitzer hatte, nicht immer verleugnen, auch er ließ

[1]) Heinemann a. a. O. III, S. 155.

sich oft genug durch die Ansprüche des Domanialgutes einseitig in seiner Politik bestimmen. Aber er traf damit doch meist auch wieder das Staatswohl: die Domänen waren eine Hauptfinanzquelle zur Befriedigung der Staatsausgaben. Gerade die Regierung des Herzogs Julius, in der dieser Zug der Politik am einseitigsten betont wurde, bedeutete ein Aufblühen der gesamten Staatskräfte.

Der Interessenkampf zwischen Fürst und Ständen war es, in dem das Loos des Bauernstandes entschieden wurde. Der Bauer nahm keinen selbsttätigen Anteil an der Bestimmung seines Geschickes. Aber gerade der Gegensatz zwischen Regierung und Landständen wurde ihm in vieler Hinsicht zu großem Vorteil. Die Landstände sahen darauf, daß der Herzog die Steuerkraft und Dienste nicht übermäßig in Anspruch nahm, der Fürst setzte dem Grundherrn Schranken gegen willkürliche Zinserhöhung und sicherte dem Bauernstande ein gutes, erbliches Besitzrecht, um ihn leistungsfähig für die Staatsaufgaben zu erhalten.

Es ist billig, zunächst ein Licht zu werfen auf die Fürsten und ihre Räte, welche die energische staatliche Agrarpolitik siegreich vertraten gegen den Ansturm ständischer Sonderinteressen. Auf dem Throne saßen nacheinander drei Herrscher, die den Begriff des modernen Fürstentums klar erfaßten und in die Wirklichkeit umsetzten, welche Braunschweig im Laufe des Jahrhunderts zu einem der bestgeordneten Staaten Deutschlands machten.

Heinrich der Jüngere (1514—1568) lebt in der Erinnerung als der Gegner der reformatorischen Bestrebungen, als der Vorkämpfer der katholischen Kirche gegenüber der allmählich sich bildenden evangelischen Partei. Man weiß, mit welchem Eifer er seit dem Bauernkriege für einen Zusammenschluß der katholischen Fürsten eintrat, wie er persönlich als Abgesandter der Verbündeten von Dessau und Torgau nach Spanien ging, um den Kaiser zu gewinnen, wie er dann im Laufe der 30er Jahre bemüht war, dem erstarkenden Bunde der Schmalkaldener ein katholisches Bündnis entgegenzustellen; man kennt seinen Anteil an dem Nürnberger Bunde von 1538. Man weiß, daß er nach dem Tode des Herzogs Georg von Sachsen als einziger Fürst Norddeutschlands der alten Lehre treu blieb, wie er dann in offenen Kampf geriet mit den Schmalkaldenern und aus seinem Lande vertrieben wurde, wie er auch nach der Katastrophe von Mühlberg und nach der Rückkehr in seine Herrschaft nicht zur Ruhe kam, sondern bis zum Augsburger Religionsfrieden hin in kaum unterbrochenen Fehden und in stetem Gegensatz zum Luthertum lebte. Man würde aber irren, wenn man eine tiefe religiöse Überzeugung, altkirchlichen Eifer für maßgebend in Heinrichs Politik halten würde oder in dem Herzoge nur den

wilden Heinz ſehen wollte, der durch ſeine augenblicklichen Launen, durch ſeine perſönlichen Neigungen in die Wirren verſtrickt wurde. Die dogmatiſchen Streitigkeiten, „die Pfaffenhändel", wie er ſich ſelbſt einmal ausgedrückt hat, hätten ihn nie beſtimmt, ſein Pferd zu ſatteln. Und wie ſehr auch im Einzelnen perſönliche Momente wirkſam geweſen ſein mögen, es waren doch ſehr reale Intereſſen mit im Spiel. Zu einer richtigen Beurteilung von Heinrichs Regierung können wir nur gelangen, wenn wir das politiſche, dynaſtiſche Element in den Vordergrund rücken. Wir müſſen in Heinrich den Vertreter abſoluter Fürſtenmacht erblicken, den Vorkämpfer des Territorialfürſtentums gegen die centrifugalen, partikulariſtiſchen Strömungen des Jahrhunderts. Als ſolcher zog er in die Hildesheimer Stiftsfehde, die ihm die erwünſchte äußere Abrundung ſeiner Herrſchaft brachte. Als ſolcher war er ein Gegner aller demokratiſchen und revolutionären Bewegungen, wie ſie, ſcheinbar als Folge der Reformation, ans Tageslicht traten. Die Bauernbewegung, ein Thomas Münzer, ein Jürgen Wullenwever waren ihm in gleichem Grade verhaßt. Vollends die Kämpfe mit den Schmalkaldenern laſſen ſich nur vom dynaſtiſchen Geſichtspunkte aus verſtehen. Heinrich führte den Krieg gegen die partikulariſtiſchen Mächte im Bereiche ſeines Herrſchergebietes: gegen die Unabhängigkeitsgelüſte der Stadt Braunſchweig, gegen das reichsunmittelbare Goslar, das er ſeiner Herrſchaft unterordnen wollte, gegen die unzufriedenen Adligen, die ſich aus den fürſtlichen Pfandverſchreibungen verdrängt ſahen. Dieſe ſeine Gegner ſchloſſen ſich dem Proteſtantismus und dem Schmalkaldiſchen Bunde an; ſo wird uns das zähe Feſthalten des Herzogs am Katholizismus politiſch verſtändlich.

Als nach dem blutigen Tage von Sievershauſen der Kriegslärm allmählich verrauſchte und der lang erſehnte Friede ins Land einzog, konzentrierte Heinrich der Jüngere ſeine Arbeit auf das innere Staatsleben. „Meine Zeit in Unruh", dieſen Sinnſpruch hat er bis an den Tod beherzigt. Eifrig war er während der Friedenszeit bemüht, die wirtſchaftlichen Kräfte, wie den Bergbau, für den Staat nutzbar zu machen und den Staat aus ſeiner finanziellen Notlage in ſolidere Verhältniſſe hinüberzuführen. Die Steuer- und Dienſtkraft der Untertanen hat er für Staatszwecke ſtark in Anſpruch genommen, aber er ſtrebte auch bereits energiſch, wenn auch noch erfolglos, dahin, dem Bauernſtande ein erbliches Beſitzrecht geſetzlich zu verbürgen und durch eine gute Polizeiordnung Ruhe und Sicherheit im Lande zu ſchaffen. Er hat eine ſcharfe Aufſicht über das Kammergut eingeführt und die Domänenverwaltung centraliſiert, er zog bereits durch die Verordnung von 1529 den Kloſterbeſitz in ſeine Machtbefugnis. Vor allem aber hat er mit Hilfe ſeines gleichgeſinnten, tatkräftigen Kanzlers Münſinger von Frundeck die Rechtsordnung des Staates feſtgelegt, römiſch rechtliche Be-

griffe eingeführt und die ganze Rechtsprechung um die Person des Fürsten konzentriert.

Sein Sohn und Nachfolger, der Herzog Julius (1568—1589), hat auf den vom Vater geschaffenen Grundlagen weiter gebaut und die überall gelegten Keime zu voller Blüte entfaltet. Begünstigt durch ununterbrochene Friedenszeiten, konnte er sein bewunderungswürdiges Finanztalent voll und ganz entfalten. Sein Schwager, der Markgraf Hans von Küstrin, hatte ihn in die Domänenwirtschaft eingeführt. Die Ausnutzung seines Kammergutes hat ihm in allen inneren Regierungsfragen die Richtschnur gegeben. Dies entsprach seinem wirtschaftlichen und haushälterischen Wesen.[1]) Er fühlte sich in erster Linie als Grundherr und Verwalter und seine Hauptsorge war, die wirtschaftlichen Kräfte seines Landes zu entdecken und zu nutzen. Er ließ das ganze Land nach nutzbaren Mineralien, wie Mergel, Thonerde, Salzquellen, Steinkohlen durchsuchen; er sorgte für einen intensiven Betrieb des Bergbaus; er war darauf bedacht, die reichen Holzungen seines Landes für die Staatskasse möglichst ergiebig zu machen. Das rege persönliche Interesse, welches er an der inneren Staatswirtschaft nahm, die Lust und Liebe, mit der er ans Werk ging, mußten ihm Erfolge verbürgen. Und seine Sparsamkeit, die allerdings oft ausartete und nahe an Geiz grenzte, sorgte dafür, daß die von Land und Leuten gewonnenen Schätze nicht durch unnütze Verschwendung und prunkhafte Hofhaltung verloren gingen. Im Ganzen betrachtet, war seine Regierung ein stilles, aber reges und kluges Schaffen ohne viele Verordnungen und Gesetze. Der entscheidende Landtagsabschied von Salzdahlum kam erst acht Jahre nach seinem Tode zustande.

Heinrich Julius (1589—1613) war ein prunkliebender Herr, der nichts von dem haushälterischen Sinn seines Vaters geerbt hatte. Prächtige Bauten, glänzende Feste waren nach dem Geschmack des hochgebildeten Fürsten, der sich selbst nicht ohne Erfolg in litterarischer Thätigkeit versuchte. Mit den Ständen des Landes mußte der herrische, eigenwillige Herzog, der auf seine fürstliche Macht pochte, gar bald in Konflikt geraten. Um das innere Staatsleben kümmerte er sich wenig; als es ihm nicht gelang, Braunschweig seiner Botmäßigkeit zu unterwerfen, verließ er sein Land völlig und widmete dem Wohl und Wehe des Reiches sein ganzes Interesse und seine Arbeitskräfte. Bei ihm entsprach den absolutistischen Gelüsten, dem Streben nach Herrschaft, nicht mehr die energische Selbsttätigkeit seiner Vorgänger; er wollte herrschen, überließ aber die Arbeit des Herrschers seinen Räten. Wenn trotzdem während seiner Regierung die centrifugalen Kräfte nicht die Oberhand bekamen, wenn gerade auf

[1]) Interessant für die Charakteristik des Herzogs Julius sind die in der Z. d. H. V. f. N. 1890 veröffentlichten Briefe an seine Tochter.

dem Gebiete der inneren Politik Großes geleiſtet wurde, ſo iſt dies in erſter Linie ein Werk ſeiner Diener und Räte, vornehmlich des Kanzlers Dr. Jagemann. Verfolgt man die Verhandlungen, welche zum Landtagsabſchied von 1597 führten, ſo erkennt man ihn überall als die wirkende und entſcheidende Perſönlichkeit, die die egoiſtiſchen Wünſche der Stände, beſonders des Adels, in die gebührenden Schranken zurückwies. Aber die verſchwenderiſche Hofhaltung des Fürſten und die ſteigenden Kriegslaſten zehrten bald den vom Vater hinterlaſſenen Schatz auf und nahmen die Finanzkräfte des Landes übermäßig in Anſpruch. In der finanziellen Notlage konnte es der Regierung nicht immer mehr gelingen, die Sonderwünſche der Stände niederzuhalten, ſie mußte ihnen Konzeſſionen und Vorrechte gewähren, wenn ſie die Bewilligung neuer und höherer Steuern erlangen wollte.

Unter dem ſchwächlichen Friedrich Ulrich[1]) (1613—1635) gewannen die partikulariſtiſchen und zerſetzenden Strömungen vollends das Übergewicht. Mahnungen treugeſinnter Diener, wie eines Lorenz Berckelmann, trafen taube Ohren. Durch ſeine Günſtlingswirtſchaft brachte er in kurzen Jahren das Erbe der Väter in einen wirtſchaftlichen Ruin, bevor noch die Schrecken des dreißigjährigen Krieges darüber hinbrauſten und die Tätigkeit eines Jahrhunderts vernichteten.

[1]) Seine Regierungszeit wird in der Arbeit nicht mehr berückſichtigt werden.

Kapitel I.

Die Grundherrn.

A. Anteil der Grundherrn am bäuerlichen Besitze.[1])

Das Eigentum am Grund und Boden war im 16. Jahrhundert, wie überall, so auch in Braunschweig in der Hand weniger Grundherrn vereinigt, die aber das Ihrige meist nicht selbst bewirtschafteten, sondern in Kleinbetrieben an bäuerliche Wirtschaftsführer ausgetan hatten. Die „neuere Grundherrschaft"[2]) war das Charakteristikum der niedersächsischen Agrarverfassung. Der Grundherr lieh in der Regel sein Kapital an Grund und Boden aus und lebte von den Zinsen, die es ihm einbrachte.

Der vornehmste und bedeutendste Grundherr war der Landesfürst. Er hatte allerdings meist nur ein Obereigentum. Ritter, Klöster und Städter waren seine Lehns- und Erbenzinsleute. Auch das Land der freien Bauern fiel nach dem Aussterben eines freien Bauerngeschlechtes an den Landesfürsten zurück. Und die Herzöge wachten darüber, daß ihr Eigentumsanspruch nicht verloren ging. Die vornehmen Lehns- und Zinsleute hatten natürlich das Streben, sich ein uneingeschränktes Eigentum zu erwerben.[3]) Sie trafen eigenmächtige Verfügungen über ihre Güter, verkauften, verpfändeten oder beschwerten sie nach ihrem Belieben. Die schwere Schuldenlast zwang sie vielfach dazu, sie mußten Gläubiger und Bürgen befriedigen. Herzog Heinrich Julius, der sich seine Rechte nicht gerne verkürzen ließ, suchte durch zwei scharfe Verordnungen 1593 und 1602[4]) diesen Eigenmächtigkeiten, durch die sein Dominium unklar und verwischt

---

[1]) Dieser Abschnitt ist bereits als Berliner Dissertationsschrift 1903 gedruckt worden.

[2]) cf. über den Begriff „neuere Grundherrschaft" Elster, Wörterbuch der Volkswirtschaft, Artikel Gutsherrschaft.

[3]) Man muß dies Streben wohl auf Anschauungen zurückführen, die das römische Recht vom Eigentum hat.

[4]) Die Verordnungen sind zusammen mit der Hofgerichtsordnung gedruckt worden, auch bei Oppermann, Sammlung usw. Nr. 1—3, 5, und „Kalenberger Landesordnungen" 1739/40.

wurde, Schranken zu ſetzen: ſie ſollten facto ipso den Verluſt der Güter zur Folge haben; der Notar, welcher den Kontrakt anfertigte, ſollte ſeines Amtes cum infamia entſetzt werden. Aber ſchon 1612 ſah er ſich zur Einſchränkung ſeines abſoluten Verbotes genötigt. Unter dem Zwang der Verhältniſſe mußte er Lehnsträgern und Erbenzinsleuten zugeſtehen, die Veräußerung ihrer Güter nicht grundlos zu erſchweren; nur ſollte in Zukunft der neue Beſitzer vor der Immiſſion durch das Hofgericht oder die fürſtliche Ratsſtube ein genaues Verzeichnis der Güter einreichen und einen gehörigen Revers ausſtellen, in dem er das fürſtliche Eigentum anerkannte und ſich zur Leiſtung der Schatzungen und eventuell des Roßdienſtes verpflichtete. In dem Alfelder Landtagsabſchied von 1614[1]) verſprach der Fürſt, die Adligen und andere Lehnsleute mit Konſensgeldern über Gebühr und altes Herkommen nicht zu beſchweren. Die Landesordnung von 1647,[2]) welche nach den Wirren des dreißigjährigen Krieges die giltigen Ordnungen des Staates zuſammenzufaſſen ſuchte, enthielt in Abſchnitt 30 eine ausdrückliche Erneuerung dieſer Verbote.

Die vornehmen Erbenzins- und Lehnsleute ſuchten das Obereigentum des Fürſten völlig abzuſchütteln und ſich ein uneingeſchränktes Privateigentum an ihren Gütern zu erwerben. Gegen dieſe centrifugalen Tendenzen richteten ſich die Verordnungen, freilich mit recht geringem Erfolg. Realen Wert erhielt für den Fürſten der Obereigentumsanſpruch in der Hauptſache erſt in dem Augenblicke, wo eine Familie ausſtarb. So fielen die Güter der Familie von Wenden, die Vogtsdahlum[3]) inne hatte, 1595 an den Landesherrn. So kamen ſpäter auch die Beſitzungen derer von Salder[3]) in die Hände des Herzogs.

Über bäuerliche Wirtſchafter übte der Herzog eine direkte Grundherrſchaft verhältnismäßig ſelten aus. Am meiſten ſtanden Bauern zu ihm im Erbenzinsverhältnis, alſo in einer vor langer Zeit begründeten Abhängigkeit. Zu Meierrecht hatte er nur in verſchwindend wenigen Fällen Güter an Bauern ausgetan. Im Amte Lichtenberg,[4]) einem der größten Ämter des Landes, zinſten nur 7 Meierhöfe dem Fürſten. Nach dem Kornregiſter von 1587/88[5]) erhielt das Amt Wolfenbüttel Malterzins nur von etwa 40 Hufen Landes (= ca. 1200 Morgen) und empfing davon in Summa 56 Scheffel 8½ Himpten Weizen, 37 Scheffel 7 Himpten Roggen, 16 Scheffel 6 Himpten Hafer; ein Teil dieſer Zinſe war nur an den

[1]) cf. Ribbentrop, Landtagsabſchiede.

[2]) Gedruckt bei Steinacker, Größere Organiſationsgeſetze uſw.

[3]) cf. Haſſel und Bege, Geogr.-ſtatiſtiſche Beſchreibung von Wolfenbüttel und Blankenburg.

[4]) cf. W. L. A. Amt Lichtenberg, Amts- und Kornregiſter.

[5]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel.

Fürſten gefallen, weil die Grundherrn entwichen oder geſtorben waren; im Amte Wolfenbüttel kommen auch fürſtliche Erbenzinsgüter nur höchſt ſelten vor nach dem Erbregiſter von 1566 (?),[1]) ſie machen keine nennenswerte Quote des bäuerlichen Beſitzes aus. Im Amte Schöningen[2]) wurden an das Amt nur 15 Scheffel Roggen und 2 Scheffel Gerſte, 12 Himpten Mohn und 3 Scheffel 4 Himpten Hafer (1546) gezahlt, außerdem lagen noch im Amte einige Erbenzinsgüter, beſonders in der Stadt Schöningen ſelbſt, und die Meierdingsgüter, nach dem ca. 1584 (1586?) angefertigten Amtsregiſter[2]) nur 9 Hufen, erkannten den Fürſten als ihren Meierdingsherrn an. Im Amte Gebhardshagen[3]) war nur ein geringer Bruchteil des Amtsackers den Leuten im Dorfe um Zins gethan. Die während der Okkupation durch die Schmalkaldener angefertigte Beſchreibung der fürſtlichen Ämter und der Kloſtergüter kennt im Amte Liebenburg[4]) außer den Latengütern zu Upen, Othfreſen, Salzgitter und Flöte nur 12 Hufen Land, welche dem Amte zinſen. Im Amte Wolbenberg[5]) werden nur 2 fürſtliche Meierhöfe zu Sillium, im Amte Steinbrück[6]) nur der Meierhof zu Söhlde genannt. Und in dem Harz- und Weſerdiſtrikte war das Verhältnis nicht viel anders.

Überall ließ der Herzog ſein ländliches Eigentum nur ſelten durch bewirtſchaftende Bauern nutzen, wenn wir von dem in der Hildesheimer Stiftsfehde gewonnenen Gebiete und den darin gelegenen Meierdings- und Latengütern abſehen, deren Erbenzinſe ja nur eine ganz geringe Rekognitionsgebühr gegenüber der fürſtlichen Gerichtsbarkeit bedeuteten, aber kein eigentliches Äquivalent für die Nutzung des Gutes. Die Neurodungen, von denen in der Regel der Zins in das Amt floß, konnten den Umfang der grundherrlichen Rechte des Fürſten nicht erheblich vermehren. Durch Verkauf, Verpfändung und Verlehnung hatten die Fürſten im Laufe der Zeit den größeren Teil der Bauerngüter veräußert. Auch die fürſtlichen Beamten wurden für ihre Dienſte bis etwa in die Mitte des 16. Jahrhunderts vielfach mit Landgütern ausgeſtattet; erſt in der zweiten Hälfte ſeiner

---

[1]) Dies Erbregiſter von 1566 iſt nicht Original, ſondern eine Abſchrift aus der Zeit 1620—1630. Die Abſchrift iſt natürlich nicht wörtlich, ſondern enthält auch Änderungen in den Beſitzverhältniſſen; der Umfang der Änderungen läßt ſich aber nicht feſtſtellen, da das Original nicht vorhanden iſt. Jedenfalls ſtammt das Regiſter nicht aus dem Jahre 1569, wie auf dem Rücken angegeben iſt; es gibt uns in vieler Beziehung ein Stück fließender Zuſtandsgeſchichte für den Ausgang des 16. Jahrhunderts.

[2]) Br. St. A. Abt. VII, Schmalkaldiſcher Bund, Bd. 27, fol. 132. — W. L. A. Amt Schöningen, Amtsregiſter ca. 1584.

[3]) W. L. A. Amt Gebhardshagen, Erbregiſter.

[4]) Br. St. A. Abt. VII, Bd. 27, fol. 190/1.

[5]) ib. fol. 322.

[6]) ib. fol. 260 ff.

Regierung kam Heinrich d. J. von dieſem Syſtem ab, beſoldete die Beamten mit Geld und ſtrebte danach, den grundherrlichen Beſitz der Krone beſſer zuſammenzuhalten.[1]) Und die Güter, die dem Landesherrn noch eigentümlich gehörten, tat er meiſt nicht an bäuerliche Wirtſchaftsführer aus, ſondern bewirtſchaftete ſie ſelbſt. Erſt die Reformation, welche den geſamten Kloſterbeſitz in den Machtkreis des Staates zog, brachte dem Landesherrn einen bedeutenden Zuwachs grundherrlicher Rechte.

Die Klöſter hatten im ganzen Nordweſten Deutſchlands reichen grundherrlichen Beſitz. Ackerhöfe und Zehnten waren in umfangreichem Maße klöſterliches Eigentum. Nicht ſelten war der überwiegende Teil ganzer Dorfmarken von einem Kloſter als Grundherrn abhängig. Die Klöſter waren im Mittelalter darauf bedacht geweſen, ihren Beſitz durch Permutationen und Käufe zu arrondieren;[2]) ſo war der Streubeſitz, der ſonſt für die Grundherrn des Nordweſtens charakteriſtiſch war, von ihnen vielfach vermieden worden. Das Kloſter Marienthal hatte in den beiden Dörfern Barmke und Emmerſtedt[3]) das Eigentum über den größten Teil der Feldmark. Das Kloſter Riddagshauſen hatte im Amte Schöningen die Dörfer Offleben und Wobeck, im Halbgericht Meerdorf, und vor allem die in der Nähe des Kloſters gelegenen Dörfer Hondelage, Bienrode, Dibbesdorf, Querum, Gliesmarode, Maſcherode;[4]) im Nordweſten der Stadt Braunſchweig hatte das Kloſter in faſt allen Dörfern grundherrliche Rechte. Das Kloſter Steterburg hatte auf den benachbarten Feldmarken den größeren Teil des Ackers eigentümlich inne.[5]) Das Egidienkloſter zu Braunſchweig übte im Dorfe Mönch-Vahlberg im Gericht Aſſeburg die Grundherrſchaft aus.[6])

Durch die ſtarke Verſchuldung und die Wirren, welche das Reformationszeitalter mit ſich brachte, geriet der Beſitz der Klöſter ins Schwanken. Die Staatsabgaben und Schatzungen, welche der Herzog Heinrich der Jüngere auferlegte, drückten ſchwer. Ackerhöfe und Zehnten wurden an Adlige, Bürger oder Bauern verpfändet oder verkauft. 1529 verbot der Herzog Heinrich, Güter von Klöſtern und Gotteshäuſern ohne des Fürſten Wiſſen und Zuſtimmung an ſich zu bringen; aber dies Edikt[7]) konnte den

---

[1]) cf. Kruſch Z. H. V. N. 1893 passim.

[2]) cf. Uhlhorn Z. H. V. N. 1894 S. 84—110.

[3]) cf. W. L. A. Amt Schöningen, Erbregiſter.

[4]) Br. St. A. Abt. VII, Bd. 26, fol. 585 ff.

[5]) cf. Erbregiſter des Amtes Wolfenbüttel 1566 (?), beſonders das Gericht Bebdingen.

[6]) cf. W. L. A. Aſſeburger Erbregiſter 1569.

[7]) Gedruckt hinter der Hofgerichtsordnung S. 209.

Veräußerungen keine Schranken ſetzen. 1546[1]) waren die Zehnten und Meierhöfe zu einem großen Teile verpfändet. Gerade die wachſenden Staatslaſten hatten die Klöſter vielfach dazu gezwungen. Dazu hatte der Herzog Ernſt von Lüneburg in den Kriegswirren viele Kloſtergüter, beſonders den Klöſtern Riddagshauſen, Steterburg und Marienthal, entzogen. Die Schmalkaldener benutzten die Kloſtergüter vielfach dazu, herzogliche Gläubiger zu befriedigen.

So hatte das Kloſter Amelunxborn, deſſen Güter aber zum größten Teile im Fürſtentum Kalenberg lagen, 12 Meierhöfe, den Kloſterhof zu Höxter, die Steinmühle zu Polle, ein Viertel des Zehnten zu Bodenwerder, einen Viertelzehnten zu Brunkenſen im Amte Greene und einige Güter und Häuſer zu Eimbeck auf Wiederkauf verſetzt oder zu Leibgeding verſchrieben. Die ſtattlichen Salzgüter in Lüneburg hatte das Kloſter bereits vor 70 Jahren verpfändet. Außerdem mußte das Kloſter 3200 Goldgulden, 410 Gulden Müntz und 150 Mark jährlich verzinſen, die es Kloſterprieſtern, Bürgern und Bauern ſchuldete.

Das Kloſter Brunshauſen bei Gandersheim hatte auf einige Kloſtergüter 720 Gulden Müntz und 70 Gulden Gold aufgenommen. Es hatte ſich alſo der Güter nicht entäußert, die Gläubiger durften ſich nur aus den betreffenden Gütern ſchadlos halten, wenn ſie ihre Zinſe nicht bekamen.

Das Sankt Marienkloſter bei Gandersheim hatte $1^1/_2$ Hufen Land auf Wiederkauf, 3 Hufen Land und den Meierhof zu Billerbeck auf Leibgeding verſchrieben; es mußte 70 Gulden Schuldenzins zahlen.

Das Kloſter Lamſpringe hatte die Zehnten von $3^1/_2$ Feldmarken, 13 Ackerhöfe, 26 Morgen Einzelacker und noch Ländereien zu Lamſpringe und Rederhauſen (?) verpfändet. Dadurch verlor das Kloſter 132 Scheffel Roggen und 110 Scheffel Haſer.

Von dem Kloſter zur Klus bei Gandersheim waren der Zehnte zu Wetteborn, ein Meierhof mit 5 Hufen Land in Kleinfreden und 1 Meierhof in Weimershauſen fortgenommen worden.

Von dem Kloſter Georgenberg bei Goslar war der Zehnte und der Meierhof zu Beinum im Gericht Liebenburg genommen und denen von Swichelde gegeben worden zur Abbezahlung der 10000 Gulden, die ihnen der Herzog Heinrich wegen ihres Erbgutes und des Baues auf der Liebenburg verſchrieben hatte. Kurt von Swichelde waren die Zinſe im Dorfe Achim zugewieſen, dem Pfarrer zu Dörnten waren 2 Höfe mit 9 Hufen Land aus des Kloſters Gütern beigelegt.

Das Kloſter Riechenberg bei Goslar hatte während der Regierung des Herzogs Heinrich $36^1/_2$ Hufen Land und $^3/_4$ Zehnten verſetzt, außerdem

---

[1]) Br. St. A. Abt. VII, Bd. 26, fol. 507—604.

mußten aus dem Zehnten zu Beuchte und Bredelem und aus einigen Wiesen und Meierhöfen zu Astfeld 800 Thaler, 400 Gulden Müntz, 200 Gulden Gold und 100 Goslarer Mark verzinst werden.

Von dem Kloster Ringelheim waren bei des Herzogs Heinrich Zeiten 22 Hufen 14 Morgen Land auf „Wiederlose" verkauft, 25 Morgen Land und 4 Fuder Heu auf Leibgeding verschrieben. Während der Statthalterschaft der Schmalkaldener wurde Ludwig von Swichelde und seinen Vettern zur Abkürzung herzoglicher Schulden des Klosters Hof zu Zerde,[1]) mit 470 Morgen Land, 7 Teichen, 2 Holzflecken und einigen Wiesen = ca. 100 Fuder Gras eingetan, dem v. Veltheim zu Langeleben 20 Gulden 16 Groschen Geldzins zu Wetzleben und 9 Scheffel 8 Himpten Roggen und 9 Scheffel Hafer zu Wendessen. In der Einnahme werden nur noch $1^1/_2$ Scheffel Weizen, 6 Scheffel 3 Himpten Roggen und 4 Scheffel Hafer als Zinskorn von Meierhöfen angeführt.

Das Kloster Dorstadt hatte mit Bewilligung des Herzogs Heinrich 19 Hufen Landes versetzt und das Pfandgeld dem Herzog in die Schatzung gegeben.

Von dem Kloster Steterburg waren die Zehnten zu Duitzem, in der Landwehr vor Braunschweig, zu Geitelde im Gericht Bebdingen und zu Freden im Amte Lichtenberg, der halbe Zehnte zu Leiserde, 11 Meierhöfe, 3 halbe Meierhöfe, 2 Höfe mit 6 Hufen Land und 4 Kothöfe mit 4 Hufen Land versetzt. Außerdem waren noch den Erben des Großvogts Bertold Nap ein kleiner Teich zu Thiede und 10 Morgen Wiesenwachs zu Northeim, und einigen Bauern im Amte Wolfenbüttel 26 Ruten Wiesenwachs aus dem Hofe zu „Northem" und 52 Scheffel 6 Himpten, 6 Gulden verschrieben. In Summa waren dem Kloster 20 Gulden Geld und 391 Scheffel 6 Himpten Korn auf diese Weise entzogen.

Der Abt des Klosters Riddagshausen, Lambertus Balve, war entflohen, das Verzeichnis der veräußerten Güter ist nicht vollständig. Den Klosterhof zu Wobeck mit 18 Hufen Land hatte das Kloster kurz vor dem Überzuge für 500 Goldgulden versetzt, den Hof zu Offleben hatte ein ehemaliger Mönch. Den Hof zu Unsburg im Stifte Magdeburg hatte man Matthias v. Veltheim einige Jahre eingetan gehabt mit Viehzucht, Schäferei, Kruggerechtigkeit und Gericht; er hatte dem Kloster davon nur 30 Gulden Müntz gegeben, da der Ertrag des Ackerbaues durch das Halten von drei Wagengespannen und Pfluggeschirr zum größten Teil verzehrt wurde. Als die Schmalkaldener ins Land kamen, erwarb der Statthalter Bernhard von Mila das Gut durch Erbkauf; er versprach einige Klosterschulden zu übernehmen. Außer diesen drei Klosterwirtschaften, die der

[1]) Gemeint ist wohl das Vorwerk Söderhof.

Abt wegen der lokalen Entfernung wohl nicht gerade schweren Herzens veräußert hatte, waren dem Braunschweiger Bürger Barthold Schrader, der seinen Anspruch dann auf seinen Schwiegersohn Curdt Barbcke vererbte, der Zehnte und ein Meierhof zu Ahlum verschrieben auf 1200 Goldgulden, und Berthold von Honrodt waren 6 Gulden Müntz Zinse aus dem Dorfe Veltheim zugewiesen worden. Ferner mußten jährlich in Summa 4 Scheffel Roggen und 148 Gulden Müntz Zins gezahlt werden. Während des Kriegszuges entriß der Herzog Ernst von Lüneburg dem Kloster den größten Teil seiner Besitzungen. Die Schmalkaldener verwandten die Güter des Klosters vielfach zur Befriedigung der fürstlichen Gläubiger. Christoph von Steinberg erhielt die Dörfer Hondelage und Maschenrode, den Zehnten und Klosterhof zu Ahlum, Lippold von Stöckheim des Klosters Einkommen zu Großschöppenstedt, Achatius von Veltheim die Zehnten zu Rolstedt und Hoetensleben (im Stifte Magdeburg). Die wüste Feldmark im letzteren Dorf mit 30 Hufen Land war ihm aus dem Kloster Marienthal zugewiesen worden. Die Stadt Braunschweig erhielt die Dörfer Gliesmarode und Querum, die sich anfangs der Herzog Ernst angemaßt hatte. Johann Hamstedt, dem der Herzog Heinrich das Dorf und den Hof zu Mönch-Vahlberg für 5000 Gulden Gold und 300 Gulden Baugeld verkauft hatte, mußte auf seinen Besitz zu Gunsten der Stadt Braunschweig verzichten. Dafür wurden ihm aus dem Klosterbesitz Güter angewiesen, die in Summa 242½ Scheffel Korn und 46½ Gulden einbrachten.

Aus dem Besitz des Klosters zu Schöningen waren vor der Okkupation 27 Hufen Land, 3 Höfe, bei denen das Land nicht angegeben ist, der Zehnt zu Eilum und 3 Obstgärten zu Schöningen verpfändet. Während der Okkupationszeit verpfändeten die Mönche noch 2 Meierhöfe mit 9 Hufen Land zu Hoiersdorf, außerdem wurden die Zehnten zu Söllingen und Ohrsleben und 4 Hufen dem Kloster genommen, um herzogliche Schulden abzutragen.

Von dem Kloster Königslutter war der Zehnte zu Lelm an Levin von Veltheim versetzt. Ferner waren aus 6 Meierhöfen im ganzen 22 Scheffel Roggen, 10 Scheffel Weizen und 1 Scheffel Hafer Zins verschrieben; 24 Hufen Land und 3 Wiesen waren versetzt, meist auf Wiederkauf. Außerdem hatte Achatius von Veltheim vor acht Jahren den freien Hof zu Mehrdorf mit 12 Hufen Land zu zwanzigjährigem Nießbrauch verschrieben erhalten. Endlich waren noch einige Häuser, 2 Hufen Land, 2 Scheffel Roggen aus des Klosters Meierhof zu Lutter (Königslutter) und die halbe Spittelswiese (?) auf Leibgeding verschrieben, mußten also nach Ablauf absehbarer Zeit an das Kloster zurückfallen.

Das Kloſter Unſer lieben Frauen Berg vor Helmſtedt hatte den Vorwerkshof zu Moorsleben im Magdeburgiſchen, den Zehnten zu Frellſtedt in der Herrſchaft Warburg, 2 Höfe zu Kübbelingen und 5 Hufen 5 Morgen Land verpfändet.

Von den Klöſtern Heiningen, Wöltingerode und Marienthal waren keine Güter veräußert. Ueber die Klöſter Kemnade, Marienberg und S. Ludgeriklokter bei Helmſtedt bringt das Verzeichnis keine Kunde.

Die vielen Veränderungen, die die Schmalkaldener mit Kloſtergütern vorgenommen hatten, machte der Herzog Heinrich nach ſeiner Rückkehr wieder rückgängig. Trotzdem laſteten auf vielen Klöſtern ungeheure Schulden, die ſie nicht zu einem ruhigen Beſitz des Ihrigen kommen ließen. Als Herzog Julius die Reformation durchführte, mußte er wiederholt ſcharfe Verbote[1]) gegen eigenmächtige Veräußerungen der Kloſtergüter erlaſſen. Bei der Viſitation der Klöſter 1568 ließ er dies energiſch zum Ausdruck bringen. Am 3. 4. 1571 mußte er ſein Verbot[1]) bereits erneuern: Den Untertanen wurde unterſagt, Güter und Einkünfte von Klöſtern kauf-, pfands-, miets- oder meiersweiſe an ſich zu bringen, den Klöſtern, ohne fürſtlichen Konſens Güter zu veräußern; alle beſtehenden Kauf- und Pfandverträge ſollten genau geprüft werden.

Aus dieſen Verordnungen ſpricht das Streben des Fürſten, ſich eine unmittelbare Aufſicht über die Klöſter zu verſchaffen und dieſelben wirtſchaftlich leiſtungsfähig zu erhalten für die ſtaatlichen Zwecke. Aber wir können daraus doch auch die Neigung der Untertanen erkennen, den Klöſtern Güter zu entwenden. Als 1602 der Herzog Heinrich Julius die Verordnung erneuerte, verbot er den Untertanen, den Klöſtern wider den Willen der Vorſteher und Verwalter Güter „abzuzwecken“.[1]) Adlige und Gemeinden werden in erſter Linie darauf bedacht geweſen ſein, Kloſterbeſitz an ſich zu bringen, erſtere, um ihre Eigenwirtſchaft zu vergrößern, letztere, um die Pfarrer und Kirchen damit auszuſtatten. Daß die Herzöge trotz ihrer Verbote kein Bedenken trugen, ihr Kammergut auf Koſten der Klöſter zu erweitern, werden wir noch beobachten. Bei der allgemeinen Viſitation ſtellte es ſich heraus, daß die Ämter vielfach die Kirchen und Pfarrgüter in die Amtswirtſchaft gezogen hatten. Später wurden in erſter Linie Ackergüter, die Klöſter als ihren Gutsherrn anerkannten, dem Dominialgut einverleibt. Und zum Abtragen der enormen Schulden ſind Kloſtergüter jedenfalls in reichlichem Maße verwandt worden. Immer ſtärker kam bei der Regierung die Abſicht zum Durchbruch, das Kloſtergut als Staatsgut anzuſprechen, ſodaß unter Friedrich Ulrich bereits der Gedanke auftauchen konnte, den Kloſterbeſitz in das Kammergut zu ziehen.

---

[1]) Gedruckt hinter der Hofgerichtsordnung.

Trotz aller Entwendungen und Verpfändungen bildete jedoch der Klosterbesitz einen ganz hervorragenden Bruchteil des ländlichen Grund und Bodens. Bei dem Kloster Wöltingerode[1]) wird 1546 in der Einnahme aus Zehnten und Meierhöfen 183 Scheffel Roggen, 245 Scheffel Hafer verzeichnet, außerdem findet sich unter der Geldeinnahme ein Posten von 532 Gulden 10 g Geldzinse und stehende Pfennigrente. Das Kloster zu Lamspringe[2]) bezog aus Meierhöfen an Kornzinsen 249 Scheffel 7 Himpten Roggen, 19 Scheffel Weizen, 7 Scheffel 8 Himpten Gerste, 242 Scheffel Hafer; außerdem hatte es an Geldzinsen 160 Gulden. Bei den anderen Klöstern sind die Zahlen bedeutend geringer; aber zum Teil sind hier die Angaben der Klöster sicher absichtlich falsch gemacht worden. Das Kloster Steterburg[3]) z. B. hatte ganz gewiß ein höheres Einkommen als 5 Scheffel Weizen, 94 1/2 Scheffel Roggen, 45 Scheffel Hafer und 10 Scheffel Gerste.

Der Adel des Landes, der in der Hauptsache aus den Ministerialen hervorgegangen, vom Landesherrn für Militär- und Verwaltungszwecke[4]) geschaffen war, hatte sich im Laufe des Mittelalters einen bedeutenden Anteil am Grund und Boden erworben. Die Ausstattung mit Land war im Mittelalter für den Landesherrn das hauptsächliche Mittel, sie für die geleisteten Dienste zu belohnen, und für die Adligen die einzige Art und Weise, Kapitalien nützlich anzulegen. Vielfach herrschte in Adelsdörfern kein derartiges Durcheinander in den Eigentums- und Besitzverhältnissen, wie es sonst für Nordwestdeutschland charakteristisch ist,[5]) sei es, daß dem Junker ein einheitliches Gebiet verliehen worden war, sei es, daß er seinen Besitz allmählich konzentriert und arrondiert hatte.

Genaue Angaben über den Umfang des adligen Grundeigentums lassen sich aber schwer gewinnen; die Junkerdörfer, die meist der Amtsverwaltung und Amtsjustiz entzogen waren, sind in den Erbregistern nicht mit beschrieben. Es existierten große lokale Differenzen. In der Nähe der Stadt Braunschweig trat der Adel als Grundherr zurück, konnte er nicht aufkommen gegenüber den kapitalkräftigen Städtern. Im Nordosten des Landes war die Zahl der adligen Sitze und damit auch ihr Anteil am Ackerland bedeutender. Am stärksten aber fiel der Adel in den Ämtern ins Gewicht, welche in der Hildesheimer Stiftsfehde an das Herzogtum gekommen waren. So waren im Amte Winzenburg 1546 von 53 Dörfern

---

[1]) Br. St. A. Abt. VII, Schm. B. Bd. 26, fol. 546/7.

[2]) ib. fol. 554/5.

[3]) ib. fol. 531.

[4]) cf. v. Below, Territorium und Stadt S. 34.

[5]) Als Beispiele mögen dienen Salder (cf. Erbregister, Amt Lichtenberg W. L. A.), Sambleben (cf. W. L. A. Amt Wolfenbüttel Erbregister, Asseburg 1566?).

nur 23 Amtsdörfer, die übrigen kamen denen vom Adel zu, denen von Steinberg, von Stöckheim, von Rauſcheplaten, von Rheden und von Wrißberg. Selbſtverſtändlich ſtanden ſie hier auch als Grundherrn in erſter Linie. Aber ſelbſt im Amte Wolfenbüttel, wo es nur wenig adlige Sitze gab und die Braunſchweiger den Grund und Boden zum überwiegenden Teil an ſich gebracht hatten, war noch etwa $^1/_6$[1]) des geſamten Bauernlandes vom Adel abhängig. Dies giebt uns den beſten Beweis für ſeine Bedeutung als Grundherr.

In ganz hervorragendem Maße waren die Stadt Braunſchweig und ihre Bürger an dem ländlichen Grund und Boden als Grundherrn beteiligt. Neben Braunſchweig kommen andere Städte ſo gut wie garnicht in Betracht. Die kleineren Städte waren ja meiſt Ackerbauerſtädte, die den Boden ſelbſt als grundherrlich abhängige Bürger beſtellten; und der Teil der Bevölkerung, der im Ackerbau nicht ſein Brot fand, lebte vom Handwerk. Nur in Städten wie Helmſtedt und Wolfenbüttel war der eine oder andere Bürger Grundherr, bezog von dieſem oder jenem Bauernhofe den Zins. An den Grenzen des Landes hatten wohl auch fremde Stadtbürger, wie von Hildesheim und Goslar, grundherrliche Berechtigungen. Aber ſie alle verſchwinden gegenüber dem gewaltigen Eigentumsanſpruch der Braunſchweiger.

Die Stadt ſelbſt hatte es im Laufe des 15./16. Jahrhunderts verſtanden, die Finanzwirren der Fürſten zu benutzen und ſich reiche Pfandſchaften übertragen laſſen. In ihrem Beſtreben, ſich aus dem Staatsverbande loszulöſen, beanſpruchte die Stadt volles Eigentum an den ihr verpfändeten Gerichten und ſprach dem Fürſten das Recht des Einlöſens wegen Verjährung ab. Nach langen Streitigkeiten brachte der Vertrag von 1569[2]) eine endgiltige Regelung. Die Gerichte Kampen und Neubrück hatte die Stadt ſchon 1494 zurückgegeben. 1569 gab die Stadt das Gericht Aſſeburg an den Herzog zurück, ohne den Pfandſchilling von 28600 Goldgulden zurückzuerhalten; dafür aber wurden der Stadt die Gerichte Eich und Wendhauſen übertragen; dem Fürſten blieb nur die hohe Obrigkeit, wie Huldigung, Landfolge, Steuern, geiſtliche und weltliche Lehen. Die Stadt erhielt die Gerichte zu erblichen Mannlehen; ſeine Anſprüche auf Vechelde ließ der Fürſt fallen. Außerdem befanden ſich damals noch Schandelah und Müddeſſe in den Händen des Rates. Der Rat hatte in ſeinen Gerichten keine Eigenwirtſchaft; nur einige Amtswieſen[3]) ließ

---

[1]) Berechnet nach dem Erbregiſter des Amtes Wolfenbüttel von 1566 (?).
[2]) Gedruckt bei Rethmeier a. a. O.
[3]) cf. Br. St. A. Abt. VI § 7: Burgamtsrechnungen.

er durch die Herrendienste der Leute bestellen. Das ehemalige Domanialgut zu Vechelde, Wendhausen und Ampleben gab er an Bauern um Zins aus. Auf diese Weise erwarb er sich eine umfangreiche Grundherrschaft. In Vechelde war die gesamte Feldmark vom Rate abhängig; auch in Ampleben, Wendhausen und Schandelah zinste der größere Teil der Bewohner dem Rate.[1])

Die Braunschweiger Bürger hatten in der Regel nicht das Obereigentum an ihren Gütern, sie standen in einem Lehnsverhältnis zum Fürsten oder einem Kloster oder waren des Adels Aftervasallen.[2]) Und sie lassen sich in den Verträgen wohl ausdrücklich versprechen, daß ihnen ihre Lehen nicht genommen werden sollen. Einen großen Teil ihrer Güter hatten die Bürger pfandsweise oder wiederkäuflich inne. Die Klöster hatten 1546[3]) den größeren Teil ihrer verpfändeten Güter an Braunschweiger versetzt. Die Güter der Braunschweiger Patrizier lagen hauptsächlich in den der Stadt nahe gelegenen Ämtern des Landes. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts gab es im Amte Wolfenbüttel, zu dem damals das Gericht Asseburg noch nicht gehörte, 117 Ackerleute, 43 Halbspänner und 175 Köter, die Braunschweiger zu Grundherrn hatten; sie bewirtschafteten in Summa 724 3/4 Hufen Land, während die übrigen Bauern 1343 1/2 Hufen 4 1/2 Morgen Land hatten.[4]) Also mehr als ein Drittel der Ackerflur befand sich in braunschweigischen Händen. Nach einer zweiten gleichzeitigen Berechnung,[5]) bei der das Dorf Watzum im Gericht Schöppenstedt nicht mitgerechnet ist, hatten damals die Braunschweiger Leute 912 7/8 Hufen 4 1/2 Morgen und die übrigen 1589 1/8 Hufen, 8 1/2 Morgen Land. Hiernach ist also der Prozentsatz noch größer. Im Gerichte Asseburg gab es nach dem Erbregister von 1569 über 400 Hufen Bürgermeierland, mehr als 2/5 des Gesamtackers. Im Amte Schöningen[6]) hatten die Braunschweiger 1586 nur 42 3/4 Hufen 9 Morgen Land; hier standen sie verhältnismäßig weit zurück hinter Adel und Geistlichkeit. In der Beschreibung des Eichgerichts von 1569 fehlen vielfach die Angaben über die Grundherrn, doch war hier ganz in der Nähe der Stadt der Anteil der Braunschweiger an Grund und Boden nicht unbedeutend. Auch im Amte Jerxheim[6]) war ihr Eigentumsanspruch nicht gering. Im Amte Lichtenberg[7]) gehörten um die Mitte des Jahrhunderts nach der während

---

[1]) Br. St. A. Abt. VI § 7: Erbregister 1569.
[2]) cf. Nolten S. 183, Rehtmeier S. 834.
[3]) Br. St. A. Abt. VII, Band 26.
[4]) Br. St. A. Abt. VII, Band 27, fol. 70—74.
[5]) ib. fol. 76—87.
[6]) Br. St. A. Abt. II § 2 Band 9.
[7]) Br. St. A. Abt. VII Band 27 fol. 241/2.

der Okkupationszeit angefertigten Beschreibung 208 Hufen 8½ Morgen Braunschweigern, während die übrigen Bauern 925½ Hufen 2 Morgen hatten. Nach der Schatzrechnung für die Braunschweiger Bürgermeier von 1586—88[1]) waren es 278 Hufen 11¾ Morgen; es läßt sich aber nicht entscheiden, ob sich der Besitz in der Zwischenzeit um 70 Hufen vermehrt hat, oder ob die Differenz auf ungenauen Berechnungen beruht. In den Ämtern Liebenburg, Winzenburg, Steinbrück und Woldenberg spielten die Bürger von Braunschweig als Grundherrn keine Rolle. In den Ämtern Gandersheim, Seesen, Harzburg, Lutter am Barenberge, Forst, Staufenburg, Wickensen, Fürstenberg, Hessen, Calvörde, Bardorf hatten sie 1586 kein Land[1]).

Der Besitz der Braunschweiger war durchaus Streubesitz, konzentrierte sich aber doch um die Stadt; er lag in den Gebieten des Landes, wo sich das Meierrecht quantitativ und qualitativ am stärksten ausgebildet hat. Die städtischen Patrizier verstanden ihre Güter wohl zu nutzen, sie haben sie fast durchgehends zu Meierrecht ausgetan und dies ganz einseitig im Interesse des Grundherrn auszubilden gesucht.

Aus den vorhergehenden Ausführungen geht hervor, daß der Landesherr eine direkte Grundherrschaft über Bauern nur selten ausübte, daß hier die Adligen, dort die Geistlichen und in der Nähe von Braunschweig die Stadt und ihre Bürger in erster Linie als Grundherrn in Betracht kamen. Die einzelnen statistischen Angaben ließen sich noch mehren; aber genaue Verhältniszahlen, welche allein die lokalen Unterschiede noch schärfer hervortreten lassen, auf das Gesamtresultat jedoch keinen wesentlichen Einfluß haben würden, lassen sich bei der Unvollständigkeit, Ungenauigkeit und zum Teil stark von einander abweichenden Entstehungszeit der Erbregister nicht gewinnen. Dazu kommt, daß sich die Grundeigentumsverhältnisse im 15. und wenigstens in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in starkem Schwanken und Fluße befanden. Das Reformationszeitalter brachte, wie bemerkt, besonders in den Besitz der Geistlichkeit große Unsicherheit und Unordnung. Aber auch die andern Stände, besonders der Adel, konnten sich eines ruhigen Besitzes vielfach nicht erfreuen. Abgesehen von den direkten verwirrenden Einflüssen der ewigen Kriege auf den Grundbesitz, war es die Schuldenlast des Fürsten, welche auf die Eigentumsverhältnisse verderblich wirkte. Die Herzöge verpfändeten oder verkauften nicht nur die eigenen Güter, sie nahmen auch die Kraft ihrer Lehnsleute übermäßig in Anspruch; diese mußten den Fürsten in ihrer Not

[1]) Br. St. A. Abt. II § 2 Band 9.

Darlehn reichen oder Bürgschaften leisten.[1]) Dadurch sahen sie sich dann auch selbst vielfach zu Güterveräußerungen gezwungen, und so wanderten die Güter aus einer Hand in die andere; es fehlte lange Zeit jede Konstanz und Dauer in den Grundherrschaftsrechten.

B. Die Eigenwirtschaft der Grundherrn.

Ganz anders gestaltet sich das Bild, wenn wir die Eigenwirtschaft der Grundherrn ins Auge fassen. Die Verhältniszahlen kehren sich hier fast direkt um. Die Stadt Braunschweig und ihre Bürger, die wenigstens für die nahe gelegenen Gebiete des Landes in überwiegendem Maße Eigentümer des bäuerlichen Besitzes waren, hatten keine Selbstbetriebe. Dagegen hatte der Fürst, der über Bauerngut nur selten die Grundherrschaft beanspruchte, in jedem Amte einen Amtshaushalt, der allerdings oft kaum den Umfang von 2 Ackerhöfen hatte, bisweilen aber auch ganzen Dorfmarken an Größe gleichkam.[2]) Adel und Geistlichkeit nahmen eine Mittelstellung ein.

Je stärker mit den wachsenden Finanzbedürfnissen das Interesse des Fürsten auf Erhöhung der Domänenerträge gerichtet wurde, desto mehr war er auch bestrebt, den Eigenbetrieb zu vergrößern. Es wurden Ackerhöfe eingezogen, als Vorwerke eingerichtet oder sonst zum Amtshaushalt gelegt. Besonders die wüst gewordenen Höfe und Feldmarken nahm der Fürst gern in die Amtswirtschaft hinein; und auch geistliches Gut diente oft zur Bereicherung der Domänen. Im Amte Winzenburg wird es 1546 als Sitte bezeichnet, Meierhöfe, welche wüste liegen bleiben und drei Jahre lang den Dienst nicht tun, vom Amte aus zu bestellen.[3]) Lag der Acker dem Amte sehr entfernt, sodaß man ihn nicht düngen konnte, ließ man ihn einige Jahre brach liegen, bis man ihn wieder mit Hafer besäen konnte, abgesehen von den Fällen, wo der Gutsherr den Hof neu bebauen und mit einem Meier besetzen mußte. In vielen Ämtern kann man die Zunahme des Amtsackers im 16. Jahrhundert verfolgen.

Nach dem Amtsregister vom Jahre 1521[4]) hatte das Amt Wolfenbüttel damals nur ein Vorwerk. Die Getreiderechnung von den Jahren

---

[1]) cf. das interessante Bild, welches Jacobs in der Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte 1901 von einem mitteldeutschen Grundherrn entwirft; dies trifft in vieler Beziehung auch für Braunschweig zu.

[2]) cf. Anhang I.

[3]) Br. St. A. Abt. VII, Band 27, fol. 379.

[4]) W. L. A., Amt Wolfenbüttel.

1539/44[1]) erwähnt bereits die 12 Hufen Landes des wüſten Dorfes Biſtorf als Amtsgut. Die Amts- und Geldrechnung von 1575/76[2]) kennt bei Wolfenbüttel ein zweites Vorwerk und das Vorwerk in Groß-Winnigſtedt. Das Vorwerk zu Winnigſtedt muß nach der Kornrechnung von 1587/8[2]) etwa 346 Morgen Acker gehabt haben. Es ſcheint aus 2 Meierhöfen und 3 Kothöfen entſtanden zu ſein, die der Fürſt an ſich gekauft hat; in der Kornrechnung von 1587/8 gehen wegen dieſer Höfe 2½ Himpten vom Vogtroggen ab und 3 Scheffel vom Vogthafer. Später wurde in Barnſtorf ein Vorwerk errichtet aus einem Meierhof mit 8 Hufen Land, von welchem dem Kloſter Königslutter der Zins gebührte.[3]) Algermann erwähnt es in ſeiner 1584 angefertigten Beſchreibung[4]) des Amtes Wolfenbüttel noch nicht; damals wird es noch nicht exiſtiert haben. Im Jahre 1546 gehörten zum Amte 1567 Morgen Acker. Nach der Kornrechnung von 1587/8 waren allein 1926½ Morgen mit Winter- und Sommerfrucht beſtellt worden; rechnet man das Brachfeld hinzu, das ungefähr ein Drittel des Geſamtackers ausgemacht haben muß, ſo kommt man auf 2550—2600 Morgen,[5]) der Domänenbeſitz war demnach um rund 1000 Morgen gewachſen, wobei der Acker zu Barnſtorf noch nicht mitgerechnet iſt.

Im Amte Schöningen hatte das Kammergut von 1546 bis 1584 nicht weſentlich an Umfang zugenommen. 1546[6]) wird die Größe auf 1065 Morgen angegeben und 1584[7]) auf 1081 Morgen. Aber die Fürſtin Hedwig hatte den Kloſterhof zu Wobeck vom Kloſter kaufen laſſen und die zugehörigen 575 Morgen Acker wurden durch die Ämter Schöningen und Jerxheim beſtellt.

Im Dorfe Heſſen geht 1551 2 Taler vom Landſchatz ab wegen des zum Hauſe genommenen Ackers.[8])

---

[1]) Br. St. A. Abt. VII, Band 27, fol. 108 ff.

[2]) W. L. A., Amt Wolfenbüttel.

[3]) W. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter 1566 (?) Barnſtorf.

[4]) Manuſkript in der Wolfenbütteler Landesbibliothek.

[5]) Das „arthaftige" Land wird auf der letzten Seite der Kornrechnung angegeben:

Beddingen	594½	Morgen
Dahlum	1114	„
Winnigſtedt	346	„
Biſtorf	267	„
Summa	2321½	Morgen.

[6]) Br. St. A. Abt. VII, Band 27, fol. 127.

[7]) W. L. A., Amt Schöningen. Erbregiſter angefertigt ca. 1584.

[8]) W. L. A., Landſchaftliche Sachen XLIII 1, Nr. 23.

In derſelben Schatzrechnung werden beim Amte Steinbrück 11 Taler 21 Groſchen Abgang verzeichnet wegen des Ackers, ſo auf der Feldmark des Dorfes Soehlde zum Amtshaushalt gebraucht wird.

Unter den Gravaminibus der Landſtände von 1570[1]) befindet ſich eine Klage derer von Oldershauſen und Konſorten, daß ihnen 14 Hufen Land, einige Wieſen, Kötereien und wüſte Stellen vom Amte Weſterhofen entzogen und an das Amt gelegt worden ſeien. Barwardt Rauſcheplaten beklagte ſich 1570,[1]) daß ihm zu Haſekenhauſen nach Wiederaufbau des Dorfes 50 Morgen Land, ein Zehent und 2 Meierhöfe entwendet und dem Hauſe Winzenburg beigelegt worden ſeien. In dieſem Amte ließ Heinrich der Jüngere die Burg wüſte werden und richtete auf dem Vorwerke Haſekenhauſen Amtshaushaltsgebäude ein. 1546[2]) war der Name Haſekenhauſen noch nicht verloren gegangen; aber man nannte es ſchon damals Winzenburg nach dem zerſtörten Schloß. In der Getreiderechnung von dieſen Jahren findet ſich noch eine Rubrik „Zehnthaſer von Haſekenhauſen"; es waren davon zwar nur im Jahre 1540 6 Himpten eingekommen; aber man kann doch daraus ſchließen, daß das Dorf vor nicht allzulanger Zeit noch exiſtierte, oder wenigſtens die Feldmark noch nicht durch fürſtliche Beamte genutzt wurde.[3]) Das Vorwerk Horrenſen iſt auch auf einer wüſten Dorfmark entſtanden.[4]) Das Vorwerk zu Freden exiſtierte damals[5]) noch nicht. Der Acker, der zu dem in Freden wüſt gewordenen Schloſſe gehörte, wurde bereits zum Hauſe Winzenburg gebraucht; da aber der Acker dem Hauſe ungelegen war und am Berge lag, ſo konnte man ihn mit Dünger nicht nach Gebühr beſtellen, man ließ ihn daher um das dritte oder vierte Jahr wüſte liegen. Es wurden damals[5]) auch noch zwei Meierhöfe zu Groß- und Kleinfreden, welche wüſte geworden waren, vom Amte aus beackert. Später wurde in Freden ein eigenes Vorwerk angelegt. Die Größenangaben in der von den Schmalkaldenern angefertigten Beſchreibung ſind ungenau und widerſprechen ſich. Seidenſticker[6]) gibt nach dem Erbregiſter von 1578 folgende Zahlen für den Acker ohne Wieſen:

---

[1]) Siehe W. L. A. Landſchaftliche Sachen II 1: Summariſcher Extrakt der Beſchwerungen der Ritterſchaft (1570).

[2]) Br. St. A. Abt. VII, Band 7, Amt Winzenburg, fol. 373 ff.

[3]) 1552 wurden 12 Morgen Landes dem Amtsacker zu Haſekenhauſen beigelegt, die dem Kloſter S. Michael in Hildesheim gehörten.
cf. Koken, Die Winzenburg und deren Vorbeſitzer, S. 106/7.

[4]) Seidenſticker, Norddeutſche Forſten I, S. 387.

[5]) 1540—46.

[6]) a. a. O., S. 394.

vor Hasekenhausen	875½	Morgen
Haus Freden	256½	„
vor Horrensen	652	„
Wildacker	98	„
Summa	1822	Morgen Domanialland.

Im Amte Bilderlah hat der Herzog Heinrich der Jüngere Kirchenacker in bedeutendem Umfange zum Amtshaushalt gelegt, wie die Visitationsakten vom Jahre 1542 ergeben. Der Pfarre zu Mechtshausen hatte der Herzog vor ungefähr 20 Jahren eine halbe Hufe Land genommen. Nach den Aussagen des Pfarrers sollte die Pfarre zu Odenhusen[1]) noch 60 Morgen vor „Nigenstede" und 3 Hufen Land zu Odenhusen haben, die wüste lägen. Zu dem Desolate „Negenstet" gehörte 1 Meierhof mit 9 Morgen Land und einem Grasbleck, den der Herzog zum Amtsacker geschlagen hatte. Man geht wohl mit der Annahme nicht fehl, daß auch der wüste Acker von der Domäne ausgenutzt wurde. Auch dem Pfarrer zu Dahlum waren im großen Teich 4 Morgen Land und 1 Wiese von 2 Fuder Heu genommen.

Der Inhaber des Hauses Schladen hatte das gesamte zur Pfarre, Kirche und Küsterei gehörige Land 1542 „ausgebeutet."[2]) Es waren dies in Summa 6 Hufen, 5 Morgen Land und 3 Wiesen. 1568 hatte der Pfarrer 3 Hufen Land = 90 Morgen; nach der Beschreibung von 1542 kamen ihm 5 Hufen Land zu. Es scheint hier also nur eine teilweise Restitution eingetreten zu sein.

Das Amt Gebhardshagen scheint einen größern Teil des Amtsackers von den Bewohnern des Dorfes eingezogen zu haben. Neben 3 Ackerleuten gab es im Dorfe eine große Anzahl von Kötern, nach dem Erbregister von 1566[3]) waren es 41. Diese hatten schon 1548 nur einen ganz geringen Besitz von einigen Morgen aus dem Acker des Amtes und zwar zu einem ganz lockeren Zinsrecht. 1566 hatte das Amt den Acker ganz neu und einheitlicher verteilt; es besaß jeder Köter in der Regel 6 Morgen. Im Ganzen waren damals 186½ Morgen vom Amte um Zins ausgetan, während nach dem ca. 1550 angefertigten Erbregister den Kötern nur 148½ Morgen überlassen waren. Bei der Kirchenvisitation 1542 beklagt sich der Pfarrer von Barum, daß ihm eine Wiese und eine halbe Hufe Land durch den Vogt Michel genommen worden sei und wider seinen Willen zum Hause Gebhardshagen gepflügt werde.[4]) Ebenso beschwert

[1]) cf. Kayser, a. a. O. S. 210/11.
[2]) Kayser, a. a. O. S. 181.
[3]) cf. W. L. A. Amt Gebhardshagen.
[4]) Siehe Kayser, Seite 132, 139.

ſich der Pfarrer zu Gebhardshagen, daß ſein Land vom Inhaber des Hauſes Gebhardshagen Ebert Biſchofrode „ausgepändet“ ſei.[1]) Dieſe Tatſachen berechtigen zu der Vermutung, daß das Amt nicht uralten Amtsacker parzelliert hat für die Köter, ſondern daß es ſie zufriedenſtellen wollte wegen des ihnen genommenen Ackers. Vielleicht auch hat der Gedanke dabei gewirkt, daß man den Leuten einiges Land laſſen müſſe, um den vollen Handdienſt von ihnen verlangen zu können.

Am beſten läßt ſich die Bewegung in den Erbregiſtern des Amtes Lichtenberg verfolgen. In der Zeit von 1548—1622 ſind hier durch das Amt eine Reihe von Ackerhöfen gelegt worden. In der Beſchreibung, welche während der Okkupationszeit angefertigt wurde, iſt von Vorwerken noch nicht die Rede; in der Getreiderechnung werden nicht verſchiedene Feldmarken erwähnt, es wird immer nur eine einheitliche Summe für den zum Hauſe gehörigen Acker angegeben. Einen wüſten Meierhof bei Freden mit 175 Morgen Land hatte das Amt zum Hauſe gepflügt und den Zins davon nach Braunſchweig gezahlt;[2]) aber der Gutsherr Burchard von Salder hatte den Bürgern den Pfandſchilling zurückgegeben, den Hof gelöſt, wieder mit einem Meier beſetzt und ließ ihn für ſich als ein freies Adelsgut gebrauchen. Unter den 1570 überreichten Gravaminibus[3]) war eine Klage derer von Salder auf dem Lauenſtein: Sie hätten einen Meierhof zu Niederfreden mit 9 Hufen Land, den ſie einem Braunſchweiger Bürger verpfändet gehabt, aber eingelöſt und vom Fürſten zu Lehen erhalten hätten; derſelbe ſei aber mit ſeinen Pertinenzen zum Hauſe Lichtenberg gelegt worden. Sie bitten um Reſtitution. 1578[4]) war bereits in Freden auf einem Meierhofe, der dem Fürſten zugeſtanden hatte, ein Vorwerk errichtet worden. Auf dem Altenhagen, wo der Acker ja bereits dem Amte gehörte, wird damals höchſt wahrſcheinlich das Vorwerk ſchon exiſtiert haben. Nach dem Erbregiſter von 1622 ſind im Ganzen 6 Ackerhöfe in das Amt gezogen worden. In Niederfreden[5]) ſind 2 Ackerleute abgemeiert worden, welche ihr Gut vom Kloſter Steterburg hatten; nach dem Erbregiſter von 1548 hatten ſie 11 Hufen Land, 1579[6]) war ihr Land vom Amte noch nicht eingezogen. In Oberfreden iſt ein Meier, der 9 Hufen Steterburgiſches Meierland hatte, von dem Fürſten abgemeiert worden, und das Amt gibt von dem Acker den Zins.[7]) 24 Morgen hat der Meier ad vitam zu freiem Gebrauch; dazu hat ihm das Amt

[1]) Siehe Kayſer, Seite 132, 139.
[2]) Br. St. A. Abt VII, Schmalkaldiſcher Bund, Bd. 27, fol. 235.
[3]) W. L. A. Landſchaftliche Sachen, II_1.
[4]) W. A. A. Amt Lichtenberg, Erbregiſter 1622, S. 65.
[5]) W. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregiſter 1622, S. 119.
[6]) Erbregiſter 1579, S. 10.
[7]) Erbregiſter 1622, S. 110.

noch 12 Morgen von dem Lande um Zins gelaſſen. Im Dorfe Bruchmachterſen[1]) ſind die Ackerleute des Kloſters Dorſtadt vor Zeiten abgemeiert worden und die Länderei iſt ins Amt genommen worden. Es waren dies drei Meierhöfe, zu denen je 4 Hufen Land gehört hatten.[2]) In Summa waren 32 Hufen Land eingezogen worden. Und doch wird der Umfang des Amtsackers 1546 auf 847[3]) Morgen und 1622[4]) auf nur 1086 Morgen Acker angegeben; dieſer Widerſpruch läßt ſich ſchwer löſen.

Jedenfalls zeigen die angeführten Beiſpiele, daß der Fürſt Bauernland teilweiſe in recht erheblichem Maße in das Kammergut hineinzog, daß ſich hier zum Teil ganz bedeutende Großbetriebe bildeten, die nicht allein für den Naturalbedarf des Fürſten, ſondern auch in kapitaliſtiſchem Sinne für den Markt arbeiteten. Aber in der Regel verteilten ſich die Bauernlegungen auf mehrere Dörfer, wurden nicht ganze Feldmarken ſyſtematiſch eingezogen und die Bewohner zu Proletariern herabgedrückt.

Die Klöſter hatten im Mittelalter einen ganz bedeutenden Eigenbetrieb gehabt, den ſie durch die Konverſen, die Laienbrüder beackern ließen.[5]) Sie waren die Träger der wiſſenſchaftlichen Kultur, des agrariſchen Fortſchritts geweſen. Aber mit dem ausgehenden Mittelalter trat Mangel an Laienbrüdern ein; die klöſterliche Zucht verfiel: Die Klöſter gerieten in Verſchuldung; ſie mußten Güter verpfänden, verkaufen oder um Zins austun. Trotzdem hatten die Klöſter um die Mitte des 16. Jahrhunderts zum Teil noch recht umfangreiche Eigenwirtſchaften.[6]) Mit dem Kloſter Steterburg konnte kein fürſtlicher Amtshaushalt an Größe wetteifern. Viele Kloſterwirtſchaften übertrafen aber auch kaum größere Ackerhöfe an Umfang.

Vor allem fehlte die gediegene und intenſive Wirtſchaftsführung des Mittelalters wegen Mangel an Arbeitskräften und finanzieller Überſchuldung. Als Andreas Beſſel 1546 auf Befehl der Statthalter den Kloſtervorſtehern Beſchreibung der Güter und Rechnung abnahm, überſtiegen die Ausgaben für Kloſterperſonen und Geſinde überall die Einnahmen. In den Nonnenklöſtern[7]) hatten die Nonnen alle Aufkünfte

---

[1]) Erbregiſter 1622, S. 229.

[2]) Erbregiſter 1548 (Abſchrift) S. 451/2.

[3]) Br. St. A. Abt. VII, Bd. 26 fol. 445, Bd. 27 fol. 241.

[4]) W. L. A. Erbregiſter 1622, S. 55.

[5]) Vergleiche Uhlhorn, Die Kulturtätigkeit der Ciſterzienſer in Niederſachſen. Z. H. V. N. 1890 S. 84—110.

[6]) Siehe Anhang I.

[7]) Br. St. A. Abt. VII, Bd. 27, fol. 603/4.

an Geld und Getreide nach ihrem Gefallen ausgegeben und unter sich verrechnet, sodaß die eingesetzten Klosterverwalter keine Register halten konnten. Das Nonnenkloster Kemnade[1]) war ganz arm und unvermögend: Das Dorf Kemnade sei vom Kloster genommen worden, man vermöge deswegen den Acker nicht umzubringen, so klagen die Nonnen; sie hätten nicht Brot noch Korn, sich des Hungers zu erwehren. Andreas Bessel gibt auch ihre Unvermögenheit als Grund dafür an, daß die Nonnen trotz der Schreiben von Räten und Ständen keine Beschreibung getan hätten. Vom Nonnenkloster Wöltingerode[2]) war nichts versetzt, trotzdem konnte der Klosterhaushalt durch die Einnahmen nicht bestritten werden. Andreas Bessel bezeichnet den Ackerbau als „schwer unnütz, darauf mehr gehet vnd vortzert wirt, dan es des orts vorm hartz jnbringt". Das Nonnenkloster „Unser lieben Frauen Berg" vor Helmstedt[3]) hatte bereits das Vorwerk zu Moorsleben im Magdeburgischen denen v. Veltheim zu Bartensleben versetzt, und das Jungfrauenkloster zu Lamspringe[4]) hatte den Ackerbau ganz abgetan und den Acker um die vierte und zehnte Garbe verpachtet.

Die Schmalkaldener wollten die gesamten Klostergüter parzellieren und „um die Pacht vermeiern",[5]) da sie fürchteten, keine treuen, uneigennützigen Klosterverwalter zu finden. Sie erkannten aber selbst an, daß man das Klostergut besser nutzen könnte, wenn man Ackerbau und Viehtrift selbst behielt und ohne große Unkosten bestellen ließ. Die Rückkehr des Herzogs Heinrich des Jüngeren verhinderte die Ausführung ihres Planes. Die Klostergüter blieben in ihrem vollem Umfange bestehen; und auch nach Einführung der Reformation durch Herzog Julius wurden sie nicht parzelliert. Es herrschte eben die Ansicht, daß die Güter ungeteilt durch gute Verwalter mit mehr Gewinn genutzt würden, als wenn sie in Parzellen an die Bauern ausgetan würden. Der Gedanke, die Güter zu einer radikalen agrarischen Reform zu benutzen, konnte nirgends aufkommen, da es im Lande keinen Proletarierstand gab, sondern überall einen wohlbegüterten Bauernstand, der kaum die genügenden Arbeitskräfte in sich hatte, um den eigenen Acker zu bestellen.

Mit der Einführung der Kirchenreform änderte sich nur die Verwaltung der Klostergüter; diese kam in die Hände des Staates. Die klösterliche Wirtschaftsführung hatte sich nicht gebessert. Im Jahre 1570 gab der Herzog auf die Beschwerden der Prälaten als Grund für die beabsichtigte

---

[1]) Br. St. A. Abt. VII Bd. 27, fol. 564.
[2]) ib. fol. 548.
[3]) ib. fol. 551.
[4]) ib. fol. 554.
[5]) ib. fol. 507.

Kloſterreviſion an, daß faſt alle Klöſter auf ihren Haushalt und Ackerbau Betriebskoſten verwandten, die durch die Erträge nicht wieder aufgebracht würden.[1]) Der Fürſt wollte die wirtſchaftlich verfallenen und verſchuldeten Klöſter für Staatsaufgaben wieder leiſtungsfähig machen, dazu mußte er die Wirtſchaftsführung unter ſeiner unmittelbaren Aufſicht haben. Bei der neuen Organiſation diente die Verwaltung des Kammergutes als Muſter.[2]) Für die Wirtſchaft mußten die Prälaten in Zukunft beſondere Kloſterverwalter beſtellen, deren Auswahl tatſächlich der Herzog beſorgte. Es wurde eine genaue Rechnungsführung und Staatsaufſicht eingeführt.

So wurde das Verfügungs- und Eigentumsrecht allmählich annulliert. Es fragte ſich nur, bei der immer ſtärker werdenden Trennung von Staatsgut und Kammergut, wozu der Kloſterbeſitz gehörte? Unter Friedrich Ulrich kam 1615 der Gedanke auf[3]), durch Einziehung des geſamten Kloſterbeſitzes in das Kammergut die ſchwere Schuldenlaſt zu heben, verſchwand aber bald wieder vor dem Widerſpruch des ſtändiſchen Ausſchuſſes.

Der Adel hatte im Mittelalter die Kriege geführt und im Fehdeweſen ſein Daſein verbracht. Für den Eigenbetrieb der Güter, die er ſich mit der Zeit erwarb, hatte er wenig Intereſſe. Mit der veränderten Kriegsverfaſſung und noch mehr mit dem allmählichen Aufhören des Fehdeweſens trat hier ein Wandel ein. Aus ſeiner kriegeriſchen Tätigkeit herausgedrängt, richtete ſich der Adel mehr und mehr auf ſeinen Landſitzen ein und ſuchte in der Bewirtſchaftung ſeines Gutes Beſchäftigung. Die verfallene oder zerſtörte Burg, in der der Junker früher gehauſt hatte, baute er nicht wieder auf; an ihrer Stelle errichtete er ein Landhaus und Wirtſchaftsgebäude. Aus dem Ritter wurde ein Landjunker, der wohl auch nebenbei als fürſtlicher Rat von Hauſe aus fungierte. Damit machte ſich bei ihm ein Zug nach größerer Behaglichkeit geltend. Er erſchien nicht mehr zu Roß, ſondern zu Wagen bei Hofe, wenn es galt, durch ſeine Gegenwart eine Hoffeſtlichkeit oder fremden Fürſtenbeſuch zu verherrlichen.

Um ſich oder ſeinen Söhnen die Grundlagen ſeines neuen Wirkens zu ſchaffen, mußte der Adlige natürlich beſtrebt ſein, die Selbſtbetriebe bei jeder ſich bietenden Gelegenheit zu vergrößern. In erſter Linie geſchah dies auf Koſten des bäuerlichen Beſitzes. Leider fließen hier die Quellen dürftig. Die Erbregiſter enthalten in der Regel keine

---

[1]) W. L. A. Landſchaft II$_1$, Gravamina 1570.
[2]) cf. Krauſch, Z. H. V. N. 1894 S. 123 ff.
[3]) cf. Ribbentrop a. a. O., Nr. 51, S. 222.

Beſchreibung der adligen Sitze und der Junkerdörfer, da ſie der Verwaltung und Gerichtsbarkeit des Amtes entzogen waren. Und auch die einzelnen Familienarchive werden für das 16. Jahrhundert kaum erhebliche Beiträge liefern, da der Adel damals ſeine Wirtſchaftsführung noch nicht durch genaue ſchriftliche Aufzeichnungen zu regulieren und kontrolieren pflegte. Im Archive zu Wolfenbüttel befinden ſich Akten über das Junkerdorf Neindorf, aber die Nachrichten aus der Zeit vor dem weſtfäliſchen Frieden ſind überaus dürftig.

Aber die auf den Landtagen ewig wiederkehrende Forderung des Adels, mit denjenigen Gütern, welche ſie einlöſten und in Eigenbetrieb nahmen, frei vom Dienſt und von den Staatslaſten zu ſein, zeigt uns, welche Bedeutung dies in der Wirklichkeit für ſie hatte.

Bei der Kirchenviſitation, welche die Schmalkaldener nach Okkupation des Landes anordneten, klagten die Pfarrer und Kirchenälteſten öfter darüber, daß Adlige Pfarr- und Kirchenland an ſich gezogen hatten und zuſammen mit ihren Gütern bewirtſchafteten. Leider ſind auch hier die Junkerdörfer meiſt nicht verzeichnet worden, da die Junker ſich vielfach weigerten, ihre Leute zur Viſitation zu ſenden. Ueber das Maß, in welchem ſich der Adel an der Einziehung von Kirchenacker beteiligte, geben die Viſitationsakten daher keinen erſchöpfenden Aufſchluß. Aber wir können hier bei ihnen ebenſo wie bei den fürſtlichen Ämtern durchaus das Streben beobachten, neues Land in die Eigenwirtſchaft hineinzuziehen.

In Knieſtedt,[1]) Gericht Liebenburg, hatten die Junker 1568 ungefähr 6 Morgen aus dem Kirchenacker zu ſich genommen. Im Dorfe Heinde[2]) iſt die Pfarre ein Lehen derer von Walmoden; dieſe brauchten aber 1544 den Acker ſelbſt und gaben dem Pfarrer 15 Scheffel; 1568 hatten ſie den geſamten Pfarracker in Kultur. Dem Gotteshaus zu Sunſtedt iſt eine Wieſe von Thomas von Sambleben, eine Wieſe von Dietrich Taubenheim, dem Inhaber des Amtes Königslutter, entzogen,[3]) dieſer gibt 1568 Zins davon. Von dem wüſten Dorfe Schickelsheim[3]) hatte Taubenheim 1542 alle Pertinenzen der Kirche. Thomas von Sambleben hatte in Rottorf[4]) Pfarrhof und Opferhaus mit 2 Hufen Land an ſich gezogen; er hatte die Kirche mit einem Hauſe bebaut; 1568 nutzte er die Güter noch. Im Gerichte Deſtedt[5]) hatten ſich die verſchiedenen An-

---

[1]) Kayſer a. a. O., S. 146.
[2]) ib. S. 153.
[3]) ib. S. 158.
[4]) ib. S. 159.
[5]) ib. S. 160/1.

gehörigen der Familie von Veltheim Pfarr- und Kirchenacker in den 5 Dörfern des Gerichtes vielfach angemaßt. 1544 war aus dem Gerichte Westerhofen[1]) keine Dorfschaft erschienen; die Leute zu Wildershausen, Duderode und Echte klagten heftig, daß ihnen die von Oldershausen den Kirchenacker verringerten. Im Gerichte Winzenburg brauchten die Lehnsherrn der Pfarre zum Sack,[2]) die von Steinberg, das Kirchenland = 4 Hufen Land selbst und hielten dafür die Kirche in Bau und Besserung. In Röllinghausen[3]) nutzten die von Stöckheim 2 Hufen Kirchenland, vor Limmer gelegen. In Ottenstein[4]) brauchte der v. der Malsburg 4 Morgen von der Pfarre. Selbstverständlich hat auch eine Reihe von Adligen sich am Pfarracker nicht vergriffen.

In welchem Maße der Adel sich Klostergut angeeignet und in seine Bewirtschaftung gezogen hat, ließ sich aus den dürftigen Quellen nicht feststellen. Dagegen finden sich in Schatzregistern und in Erbregistern bisweilen Angaben darüber, daß der Adel Bauernland in eigene Kultur nahm.

Im Amte Steinbrück[5]) geht 1551 3 Taler vom Landschatz ab für den Acker, welchen die Junker zu Garmissen gebrauchen. Nach dem Erbregister des Amtes Lichtenberg von 1579 bebaut Luloff von Salder 2 Ackerhöfe selbst, von denen er den Zins in die Pfarre S. Martini zahlt. Nach dem Erbregister von 1622[6]) ist wieder ein Meierhof verschwunden, der Besitz der Ackerleute hat sich um 6 Hufen Land verringert. Außerdem haben nach den Erbregistern die Köter nur einen ganz geringfügigen Besitz von einigen Morgen Land; ein großer Teil der Köter hat überhaupt kein Land. Es läßt sich ja nicht mit Bestimmtheit sagen, daß die Junker ihnen Land genommen haben, jedenfalls hat der Eigenbetrieb der adligen Familie verhindert, daß die Köter sich emporarbeiteten und einen größeren Besitz erwarben. Endlich bewirtschafteten die von Salder 5 Hufen Pfarrland schon 1579.[7]) Auch den Zehnten, welchen sie früher um Zins ausgetan hatten, fuhren sie selbst. In Lesse[8]) vereinigten die von Cramme 2 Meierhöfe von 6 Hufen und 3 Hufen Land zu einem adligen Gut. Nach den Erbregistern[9]) von 1579 und 1622 weigerten sich die Leute zu

---

[1]) Kayser a. a. O., S. 203.
[2]) ib. S. 225.
[3]) ib. S. 226.
[4]) ib. S. 237.
[5]) W. L. A. Landschaftliche Sachen XLIII 1. Nr. 23.
[6]) S. 333 ff.
[7]) W. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregister 1579, S. 244.
[8]) W. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregister 1622, S. 172. cf. Kayser, S. 138.
[9]) Erbr. 1579, S. 278; 1622, S. 349.

Ölber und Engerode Scheffelſchatz zu geben, da ihnen der geſamte Acker genommen war. Die von Cramme und Bortfeld „befruchtigten“ den Acker ſelbſt. Hier müſſen die Äcker zwiſchen 1544 und 1568 eingezogen ſein. 1542 war in Engerode noch ein Pfarrer,[1]) und zur Pfarre gehörten 12 Hufen Land. 1568 hatte das Dorf weder Pfarre noch Alterleute noch einen Opfermann. Die kirchlichen und geiſtlichen Güter waren bereits eingezogen.

Im Dorfe Sambleben ſcheint die Familie von Sambleben den Acker ſyſtematiſch gelegt zu haben. Nach dem Regiſter von 1584[2]) gehörte ihr die geſamte Feldmark von 1131 1/2 Morgen Land und 76 Morgen 18 Ruten Wieſen und 1644 Morgen 26 Ruten Holzung. Von dem Acker bebaute der Junker 873 1/2 Morgen ſelbſt, darunter 37 Morgen Lutteriſch Zinsland und 206 Morgen Wildacker. 258 Morgen Land waren ausgetan, 93 Morgen Holz und 12 Morgen 55 1/2 Ruten der Gemeinde als Allmende überwieſen. Von den 258 Morgen Land gehörten 72 zur Pfarre; 15 Morgen hatte der Krüger, je 12 Morgen der Hofmeiſter und Schafmeiſter frei verſchrieben erhalten; 9 Morgen war Schöppenſtedtiſcher Acker. Für die Dorfbewohner blieben alſo nur noch 138 Morgen; es hatten 12 Einwohner je 12 Morgen Land, die beiden Müller und noch ein anderer je 6 Morgen um Zins. Dem Pfarrer der Stadt Schöppenſtedt ſollten 1542 die von Sambleben 1 Kothof und 1 Hufe Land bereits ca. 50 Jahre vorenthalten haben.[3]) Die 9 Morgen Schöppenſtedtiſcher Acker waren wohl das Überbleibſel dieſes Pfarrhofes. In der Beſchreibung des Dorfes Sambleben heißt es von 2 Dorfbewohnern, daß ſie zuſammenwohnen auf einem „geweſenen Ackerhof.“ Die urſprünglichen Verhältniſſe waren dem Gedächtnis noch nicht völlig verloren gegangen. Es ſcheint danach, als ob die Junker um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert den Acker gelegt haben.[4])

Das Bilden von neuen Adelsſitzen und das Erweitern des adeligen Eigenbetriebes hat ſich aber doch immer in gewiſſen Schranken gehalten. Die Zahl der adeligen Güter war im Herzogtum Wolfenbüttel nie groß. Im Amte Schöningen gab es kein einziges Junkerdorf. Die von Hoym zu Esbeck hatten nur 8 Hufen Land;[5]) die verſchiedenen Erbregiſter zeigen

---

[1]) Kayſer a. a. O., S. 138.

[2]) W. L. A. Beſchreibung des Hauſes Sambleben 1584; zuſammengebunden mit dem Erbregiſter des Gerichts Aſſeburg.

[3]) cf. Kayſer, S. 119.

[4]) Über Ackerlegung im Dorfe Bornhauſen bei Seeſen durch die Familie von Steinberg cf. Knackſtedt. Geſchichte des Dorfes Bornhauſen bei Seeſen, S. 83, 103, S. 105 ff. Er berechnet den Umfang der Einziehungen auf 330 Morgen Land.

[5]) cf. Erbregiſter Amt Schöningen.

hier durchaus nicht das Streben dieſer Familie, ihren Beſitz zu erweitern und ſich vom Amte zu emanzipieren.[1])

Über den Umfang der Eigenbetriebe der im Nordoſten des Landes ziemlich zahlreichen Adeligen habe ich keine Zahlen gefunden. Jedenfalls hatten die Edlen von Warberg und die Familie von Veltheim hier bedeutende Eigenbetriebe. Sie hatten damals bereits mehrere Dörfer in ihrer Herrſchaft, trotzdem mußten z. B. die von ihnen abhängigen Bauern im Amte Schöningen ihnen noch wöchentlich 2 Tage dienen.[2])

Das Entſtehen des adligen Gutes in Kübbelingen können wir aus dem Wolfenbüttler Erbregiſter verfolgen. In Eveßen[3]) brachte Chriſtoph von der Streithorſt einen dem Kloſter Diſtorf zuſtehenden Meierhof mit 5 Hufen Land durch erblichen Kauf an ſich, in Weferlingen einen Meierhof desſelben Kloſters mit 7 Hufen Land und noch $1\,^1/_2$ Hufen, die ein anderer unter dem Pfluge gehabt hatte.[4]) Er erlangte vom Fürſten die Dienſtfreiheit und die untere Gerichtsbarkeit. Als aber bei der Amtsviſitation 1622 die fürſtliche Verſchreibung kaſſiert und vom Kapitän der wöchentliche Dienſt oder das gewöhnliche Dienſtgeld gefordert wurde, verkaufte er den Beſitz wieder. Im Dorfe Kübbelingen gelang es dann der Familie, ſich ein adliges Gut zu gründen; hier[5]) haben ſie nach und nach bis zum Jahre 1719 3 Meierhöfe und das Land von 2 Kothöfen mit 18 ($21\,^1/_2$?) Hufen Land eingezogen. Dem einen Köter ließen ſie 9 Morgen, dem anderen 6 Morgen Land, damit ſie den Dienſt vom Hofe bekommen konnten.

Es iſt dies wohl der erſte Fall, daß ſich im Amte Wolfenbüttel ein neues adliges Gut bildete. Im 16. Jahrhundert gab es hier nur die alten Junkerſitze.[6]) In Groß-Vahlberg ſaßen die von Weferlingen, in Achim die von Steinberg, in Reindorf die von der Aſſeburg, in Sambleben die Familie von Sambleben. Bornum gehörte den Welpke zu Braunſchweig. In Groß-Denckte hatten die von Bortfeld einen adligen Sitz; es ſcheint ihnen aber nicht gelungen zu ſein, ſich hier eine größere Eigenwirtſchaft zu erwerben; das Erbregiſter von 1569 und Algermann melden nichts von einem derartigen Streben.

---

[1]) Vielleicht iſt der Grund hierfür, daß die von Hoym mit den Gütern der ausgeſtorbenen Familie v. Weferlingen im 17. Jahrhundert belehnt wurden.

[2]) cf. W. L. A. Amt Schöningen; Die verſchiedenen Erbregiſter.

[3]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter 1566 (?) fol. 465.

[4]) ib. fol. 498.

[5]) cf. Amt Wolfenbüttel, W. L. A. Erbregiſter 1566. Dorf Kübbelingen, Randbemerkungen, beſonders fol. 586, 588.

[6]) Algermann, Beſchreibung des Amtes Wolfenbüttel 1584, Mſpt. d. Landesbibliothek zu Wolfenbüttel.

Im Laufe des 17./18. Jahrhunderts hat sich der Beamtenadel im Amte Wolfenbüttel zum Teil Grundbetriebe eingerichtet. So entstanden adelige Güter in Thiede, Halchter, Linden, Sickte, Klein-Vahlberg, Schliestedt.[1])

Als ein Beispiel unter vielen will ich nur noch das Entstehen des Gutes zu Remlingen besprechen, das der Familie von Löneysen gehörte. Im Jahre 1605[2]) kaufte sich die Familie einen Ackerhof mit 6 1/2 Hufen Land von denen von der Asseburg. Das 1623 nach dem Tode des Berghauptmanns von Löneysen aufgestellte Inventarium gibt 175 Morgen als die Größe des Sitzes zu Remlingen an. Im Laufe des Jahrhunderts sind dem Besitze 1 Meierhof, 1 Halbspännerhof und 1 Kothof hinzugefügt worden.[3]) Der von den Asseburgern erworbene Hof ist frei von Dienst, Schatzungen und Kontribution. Den zweiten Ackerhof mit 5 Hufen = 125 Morgen Acker hatte die Familie von denen von der Schulenburg um jährlichen Zins; für diesen Hof hat der Besitzer bereits auf Anhalten vom Fürsten die Dienstfreiheit ad dies vitae geschenkt erhalten; zum Schatz, zur Kontribution und zu den Dorflasten muß er beitragen. Der Halbspännerhof mit 3 Hufen = 72 Morgen ist ebenfalls dienstfrei, doch muß der Rittmeister von Löneysen Kontribution, Schatz, Fortifikationsgelder, Rauchhühner, Küchentermin und Dorfabgaben leisten. Auf beiden Höfen hat der Gutsherr die Gebäude abbrechen lassen. Endlich hat er noch einen Kothof[4]) an sich gebracht, von dem nach dem alten Erbregister 7 g. 4 pf. jährlich der Kirche gezinset wurden: von diesem Hofe muß er Dienstgeld geben und alle Lasten tragen.

Es ist doch ein großer Unterschied zwischen diesen Gutsbildungen des 17. und 18. Jahrhunderts und denen des 16. Jahrhunderts. Einmal waren die Ursachen verschieden. Im 16. Jahrhundert war der Adel, soweit er noch keine Eigengüter hatte, einfach dazu gezwungen, sich einen Wirtschaftsbetrieb zu gründen, um seinen Lebensunterhalt zu haben. Deshalb vollzieht sich damals die ganze Bewegung vielfach gewaltsam unter schweren Klagen der Bauern, Pfarrer und Kirchenältesten. Im 17. und 18. Jahrhundert erwarben sich vornehme und kapitalkräftige Beamte die Güter; es war dies für sie die beste Kapitalanlage; sie verschafften sich dabei zugleich einen behaglichen Landsitz.

Noch ein zweiter Unterschied tritt klar zu Tage. Wenn im 16. Jahrhundert der Junker Land in Eigenkultur nahm, war er dienst- und schatzfrei; ob er zu den Dorflasten beitrug oder nicht, darüber geben die

---

[1]) cf. Hassel u. Bege a. a. O.
[2]) W. L. A. Reindorfer Akten Nr. 25.
[3]) cf. W. L. A. Reindorfer Akten, Beschreibung v. Remlingen (1680—1707).
[4]) ib. Beschreibung Nr. 30.

Akten keine Nachricht; der Verpflichtung, Pfarrherr und Opfermann Abgaben zu leiſten, ſcheinen ſie ſich vielfach mit Erfolg entzogen zu haben.[1]) Im 17. und 18. Jahrhundert wurden Freiheit von Dienſt und Laſten nur durch fürſtliche Verſchreibung erworben, und zu den Dorflaſten mußten die Adligen regelmäßig beitragen.

Die adligen Selbſtbetriebe haben in Braunſchweig nie einen größeren Umfang gewonnen;[2]) ſie haben die Größe von 1 bis 2 Meierhöfen kaum überſchritten. Nur einige wirkliche Großbetriebe finden ſich ſpäter unter ihnen.[3]) Vergleicht man die adligen Wirtſchaften mit den gewaltigen Gutsbetrieben des Oſtens, ſo verlieren ſie völlig an Bedeutung. In Oſtelbien entſtanden damals aus dem mittelalterlichen Streubeſitz die großen Gutsherrſchaften, deren Weſen die Hofländerei war; eine Menge Bauerngüter, ja ganze Dörfer verſchwanden dabei. Die Bauern wurden Fronarbeiter und Privatuntertanen des Gutsherrn.[4]) Der braunſchweigiſche Adel zeigte nicht die Neigung, ſich großkapitaliſtiſche, für den Markt arbeitende Wirtſchaftsbetriebe zu gründen. Wir finden deshalb auch in der Geſetzgebung keine Beſtimmung, die dies ausdrücklich unterſagte. Aber ein derartiges Verbot wäre ſicher nicht ausgeblieben, ſobald der Verſuch gemacht wäre, die Bauerngüter ſyſtematiſch einzuziehen und zu gewaltigen Gutsherrſchaften zu vereinen. Der Adel ſcheint hier die überlegene Kraft des Fürſten gefühlt zu haben.

Als Inhaber fürſtlicher Ämter fand er vielfach Erſatz für eine eigene Gutswirtſchaft. Im Jahre 1546 war der größte Teil der Ämter oder Gerichte in den Händen adliger Pfandinhaber.[5]) Während der Regierungszeit des Herzogs Heinrich des Jüngeren waren verpfändet: Calvörde denen von Alvensleben, Neuhaus Bartold von Bartensleben, Bardorf Ludolf von Marenholz, Wendhauſen Achatius von Veltheim, Brunsrode denen von Aderem, Neubrück denen von Rutenberg, Königslutter Dietrich von Taubenheim, Vogtsdahlum denen von Wenden, Jerxheim Achatius von Veltheim, Ottenſtein Hermann von der Malsburg, Hohenbüchen Chriſtoph von Wrißberg. Dieſe verpfändeten Häuſer und Ämter hatten die Schmalkaldener unverändert gelaſſen, während ſie die folgenden, ſchon unter

---

[1]) cf. Kayſer a. a. O.

[2]) Leider fehlen aus dem 16. Jahrhundert Größenangaben, aber man ſehe die Zahlenangaben bei Haſſel u. Bege a. a. O.

[3]) Der Beſitz der Familie von Veltheim im Gericht Deſtedt war im 16. Jahrhundert geteilt und wurde ſpäter in einer Hand vereinigt, cf. Haſſel u. Bege a. a. O.

[4]) cf. über den Unterſchied zwiſchen dem Weſten und Oſten Deutſchlands v. Below, Territorium und Stadt, S. 1—94 mit reichlichen Litteraturangaben und Wittich, Artikel „Gutsherrſchaft" im Handwörterbuch der Staatswiſſenſchaft Bd. 4, S. 129 ff.

[5]) Für ſie findet ſich wohl wegen der mit jedem Amtsſitz verbundenen Burg die Bezeichnung „Beſchloßte" vielfach in den Akten.

Herzog Heinrich verpfändet gewesenen Amtshäuser an andere ausgetan hatten: Hessen hatten die Grafen von Reinstein, Asche von Kramm Bienenburg, Ludwig von Swichelde Wiedelah, Gebhard Schenck Schladen und Gebhardshagen, die von Swichelde Lutter am Barenberge, Jobst von Münchhausen Greene. Außerdem hatten die Schmalkaldener die folgenden Häuser und Ämter verpfändet: Harzburg den Grafen von Stolberg, Seesen denen von Mandelsloh, Staufenburg an Wilhelm von Schacht, Gandersheim denen von Warberg, Woldenberg dem von Bortfeld, Woldenstein oder Bilderlah Kurdt von Swichelde, Forst dem von Baumbach. Wickensen, zur Herrschaft Homburg gehörig, hatte Herzog Heinrich denen von Bortfeld versetzt gehabt, die Schmalkaldener hatten es eingelöst. Das Gericht Westerhofen, das die von Oldershausen inne hatten, das Gericht Destedt, das denen von Veltheim gehörte, und die Herrschaft Warberg werden in dem Verzeichnis, wohl als unabhängige Patrimonialgerichte, nicht mit aufgeführt. Unverpfändet waren allein die Häuser und Ämter Wolfenbüttel, Schöningen, Liebenburg, Lichtenberg, Winzenburg, Steinbrück, Holzminden, Fürstenberg, die Herrschaften Homburg und Eberstein.

So hat hier die Verpfändung der Ämter, wozu die Fürsten durch die Schuldenlast gezwungen wurden, auch wieder Gutes gewirkt.

Früh fanden dann die Adligen als fürstliche Beamte ihren Beruf. „Die Interessen des Adels sind großenteils mehr auf den Staatsdienst als auf das Grundeigentum gerichtet", so urteilt Stüve[1]) über Hannover, und Below möchte das Wort auf ganz Westdeutschland ausdehnen.[2]) In seiner ganzen Schärfe läßt sich dieser Ausspruch für Braunschweig nicht aufrechterhalten. Der Ritter hatte in der Regel seinen allerdings nicht gerade umfangreichen Eigenbetrieb,[3]) und man darf ihm auch nicht das Bestreben absprechen, denselben zu erweitern. In den Landtagsakten findet sich wohl einmal die Entschuldigung eines Adligen, daß er wegen der landwirtschaftlichen Arbeit nicht auf dem Landtage erscheinen könne; das Interesse an der Landwirtschaft ging ihm nicht ab. Immerhin ist zuzugeben, daß sich der Adel in steigendem Maße dem Staatsdienste zuwandte. Die Universität zu Helmstedt wurde ja hauptsächlich gegründet, um dem Adel Nordwestdeutschlands als Bildungsstätte zu dienen.

Eine Anzahl Adliger konnte sich sicherlich auch nicht vom Kriegsberufe trennen, und Gelegenheit zu Kriegsdiensten bot sich stets. Im Laufe des

---

[1]) cf. E. v. Meier, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Bd. I, S. 517.

[2]) cf. Below, a. a. O. S. 34/5.

[3]) Nach Below a. a. O. S. 34 Anm. 4 wäre in Westdeutschland die adlige Eigenwirtschaft recht selten gewesen; für Braunschweig Wolfenbüttel kann dies Urteil nicht gelten.

17. Jahrhunderts mit dem Aufkommen ſtehender Truppen konnte der Adel ſeine militäriſchen Neigungen mehr und mehr im Lande ſelbſt befriedigen.

Aber als den entſcheidenden Faktor müſſen wir das Machtverhältnis zwiſchen Fürſt und Adel hinſtellen. Der Adel wäre nie mit der Abſicht durchgedrungen, ſich große Gutsherrſchaften zu gründen. Zur Gutsherrſchaft gehörte die Erbuntertänigkeit der Bauern und die Gerichtsherrſchaft des Gutsherrn. Die Stärke des landesherrlichen Regiments aber duldete in Braunſchweig kein Zwiſchenglied zwiſchen Staat und Bauer, zwiſchen Staat und Gemeinde; die Herzöge ſahen vielmehr einen Hauptgrundſatz ihrer Regierung darin, die unmittelbare Herrſchaft über die Untertanen zu behaupten.

Kapitel II.

Die Bauern.

Der Bauernſtand, welcher in der Regel kein freies Eigentum an ſeinen Gütern hatte, war keineswegs immer ohne Baarvermögen. Es war den Vorwärtsſtrebenden Gelegenheit genug gegeben, ihren Beſitz zu erweitern und trotz aller darauf ruhenden Abgaben und Laſten in der Bewirtſchaftung erhebliche Überſchüſſe zu erzielen. Wenn ihre Gutsherrn wegen finanzieller Not das Gut verpfänden mußten, konnten ſie oft den Pfandſchilling zahlen und brachten ſo wenigſtens faktiſch das Eigentum in ihre Hände. Die Klöſter hatten ihre Meierhöfe vielfach direkt an die bewirtſchaftenden Bauern verſetzt[1]). Auch das Wolfenbüttler Erbregiſter bringt viele Beiſpiele dafür, daß die Bauern durch Kauf- und Pfandverträge oft ganze Höfe ſich erwarben. Als im Jahre 1615 der Krieg gegen die Stadt Braunſchweig ausbrach und die Städter plündernd und ſchatzend in des Herzogs Gerichte fielen, erpreßten ſie von vielen Dorfſchaften ſchwere Geldſummen, von Broiſtedt und Lebenſtedt 1600, von Valſtedt einige tauſend Reichstaler.[2]) Es bildete ſich im 16. Jahrhundert unter den Bauern eine wirtſchaftlich kräftige und kapitalfähige Oberſchicht, die ſich ihrer Kraft durchaus bewußt war, die z. B. bereits die Initiative ergriff bei der Schulbildung der Dorfjugend. Die Pfarrherrn und Oppermänner waren ihnen bisweilen ſchon zu ungelehrt; in

[1]) Br. St. A. Abt. VII. Schmalkaldiſcher Bund, Band 26.

[2]) Ribbentrop, Landtagsabſchiede, Nr. 51.

Sickte[1]) baten die Vornehmſten der Gemeinde, ihnen einen guten „Oppermann“ zuzuweiſen zum Unterrichten der Jugend, ſie würden ihm mit ziemlichen Gütern helfen. Es machte ſich ſchon ein gewiſſer Zug zum Luxus geltend, zu Ausgaben, die für die Wirtſchaft nicht unbedingt erforderlich waren. Im Gericht Aſſeburg[2]) legten die Bauern ein großes Gewicht auf gute Pferdezucht, ſie ſahen ihren Ehrgeiz darin, die beſten Pferde im Lande zu haben; und die benachbarten Gerichte eiferten ihnen nach. Auch bei Hochzeiten, Kindtaufen und anderen Feſtlichkeiten entfalteten ſie einen faſt übermäßigen Luxus.

Bei alledem lebte aber die große Maſſe der bäuerlichen Bevölkerung doch wohl von der Hand in den Mund. Die ſchweren Abgaben, die ſteigenden Staatslaſten, die hohen Geſindelöhne machten es einem großen Teile der Bauernſchaft unmöglich, auch bei tüchtiger und ſparſamer Wirtſchaftsführung größere Überſchüſſe zu erzielen. Und es iſt pſychologiſch verſtändlich, daß ſie kleinere Erſparniſſe in einem gewiſſen Fatalismus bei Feſtlichkeiten leicht verjubelten. Von hier aus gewinnen wir aber auch ein Verſtändnis dafür, daß unvorhergeſehenes Unglück, wie Krieg, Peſtilenz, Hagelwetter u. ſ. w. den Bauern ſchwer traf. Es kann nicht meine Aufgabe ſein, im Einzelnen nachzuweiſen, wie der Bauer durch die unaufhörlichen verwüſtenden Kriege und Fehden bis zum Tage von Sievershauſen hin in ſeinen Beſitzverhältniſſen gefährdet, ja erdrückt wurde. Gerade im 14. und 15. Jahrhundert, wo die Dorfanſiedelungen ſich noch nicht feſt konſolidiert hatten und das Beſitzrecht der Bauern ein ſehr lockeres war, haben die Kriege vielfach ruinierend gewirkt. In jener Zeit ſind in allen Teilen des Landes ganze Dorfmarken wüſt geworden und die Feldmarken zu anderen Dörfern gelegt worden, während die Dörfer, welche die Erbregiſter des 16. Jahrhunderts aufzählen, die Stürme ſelbſt des dreißigjährigen Krieges in der Regel überſtanden haben.

Ein Beiſpiel möge zeigen, wie ein augenblicklicher Landſchaden bei den mangelnden Verkehrs- und Ausgleichsverhältniſſen den Bauernſtand ſchwer niederdrücken konnte. Im Jahre 1578/9 war eine Mißernte geweſen und der Herzog Julius hatte ſich bereits veranlaßt geſehen,[3]) den „wucheriſchen“ Gutsherrn dringend ans Herz zu legen, den armen Meiern

[1]) cf. Kayſer, Viſitationsakten, S. 124.

[2]) cf. Erzliche vrſachen des verderbens der armen Leute im Ambt Wulfenbüttel, Vnd einfeltigs bedencken, wie denſelben widerumb zu helffen, und gleichwoll Illmo der ſchuldige Dienſt nicht abeginge. 1585. Manuſkript der Wolfenbüttler Landesbibliothek. Franziskus Algermann kann als der eigentliche Urheber dieſer Schrift gelten, wenn ſie auch nicht von ihm direkt, ſondern von ſeinem Schreiber verfaßt zu ſein ſcheint. Unter dem Namen Algermanns zitiere ich deshalb im folgenden die Schrift.

[3]) cf. Nolten, a. a. O. S. 54.

Zinsremiſſion zu gewähren. Im Jahre 1584[1]) vernichtete ein ſchweres Hagelwetter in den Gerichten Eveßen, Schöppenſtedt und Aſſeburg die Kornernte; im folgenden Jahre wurde das Dorf Klein-Denckte abermals von dieſem Mißgeſchick betroffen, und ein ſtetes Unwetter ließ allgemein auch in dieſem Jahre die Saat nicht gedeihen. Trotz des langen Friedens war ſelbſt in dieſen ſchon damals blühenden Diſtrikten des Landes eine allgemeine Notlage die Folge. Die Bauern mußten bei den Brauern, Tuchmachern und Kaufleuten der Stadt Braunſchweig borgen, und dieſe, die Not derſelben benutzend, forderten hohe Zinſe. Algermann, der als Parteimann den braunſchweigiſchen Wucherern allein die Schuld in die Schuhe ſchiebt, weiß die Lage gar nicht grau genug zu ſchildern:[2]) „Nach der Ernte müßten die Leute mit dem Korn, womit ſie ihre Pferde füttern, den Acker wieder beſtellen und ſich ernähren ſollten, ihre Gläubiger bezahlen. Wenn dann die Einſaat vor der Tür ſtehe, müßten ſie das Korn wieder teuer kaufen und nach der Ernte, wenn das Korn geringeren Wert habe, wieder verkaufen und noch dazu den Käufern vor die Tür fahren. Dazu müßten ſie ihren Gläubigern oft 1—2 Himpten Lein umſonſt ſäen und den Flachs bearbeiten; auch müßten ſie Getreide mit ihnen um die Hälfte ſäen. Sie verſetzten die Äcker von den Höfen, verkauften die Saat und Frucht auf dem Felde, das Heu auf den Wieſen, das Holz auf den Stämmen; manche machten ſich kein Gewiſſen daraus, ihnen auf einen Morgen 10—15 Gulden zu geben und denſelben einige Jahre dafür zu gebrauchen.“ Algermann malt ſicher zu ſchwarz; der Haß gegen die Stadt Braunſchweig führt ihm die Feder. Aber zweierlei erkennen wir doch daraus, einmal die wirtſchaftliche Not der Bauern, zweitens, daß der Gegenſatz zwiſchen Braunſchweig und dem Fürſten auch in offiziellen Friedenszeiten ſchwer auf dem Bauernſtande laſtete. Die Stadt benutzte die Erhöhung der Warenpreiſe als Kampfmittel. Die augenblickliche wirtſchaftliche Depreſſion gibt uns auch eine Erklärung dafür, daß Algermann die ſittlichen Züge des Bauernſtandes nicht im roſigſten Lichte erſcheinen läßt. „Untreue Finanz,[3]) Ungehorſam, Bosheit, und Abgunſt, ja ein ſodomitiſch abgöttiſches Weſen“ wirft er ihnen vor. „Die simplicitas, ſo von den alten Ackerleuten gerühmt werde, gehe über in eine geſchwinde, praktiſche Betrüglichkeit, ſodaß ein Sprichwort daraus gemacht ſei: „Wer einen Bauren betreugt, mag woll ſagen, daß er keinen Narren betrete“. Es herrſche keine Gottesfurcht mehr im Lande, und oft ſei der Hirte nicht beſſer als die Schafe. Die Alten hätten um Segen und fruchtbar Wetter gebeten, jetzt müſſe man um dürre und trockne Zeit bitten. Denn ſolange

[1]) Etzliche Urſachen u. ſ. w. fol. 5/6.
[2]) ib. fol. 10/11.
[3]) ib. fol. 16 ff.

keine Besserung des Lebens, solange sei auch keine Besserung der Wohlfahrt möglich.“ Algermann hatte ein warmes Herz für den Bauernstand, aber hier singt er doch wohl das ewig alte und ewig neue Lied von der dahingeschwundenen guten, alten Zeit. Mag auch die augenblickliche Bedrängnis vielfach in den Menschen die wilderen Züge stärker zum Ausdruck gebracht haben, so kann doch diese Schilderung nicht im allgemeinen zutreffend sein für den sittlichen Zustand der Bauern. Dazu war die wirtschaftliche und soziale Lage des Bauernstandes nicht drückend genug. Er erlangte im Laufe des Jahrhunderts ein gutes, staatlich geschütztes Besitzrecht; der Umfang der Bauernhöfe war in der Regel so bemessen, daß der Bauer in ruhigen Zeiten sein Auskommen hatte. Und die Staatssteuern wurden im 16. Jahrhundert noch zu einem großen Teil von den Grundherrn getragen; soweit sie die Bauern trafen, haben diese sie zahlen können, so schwer es ihnen auch oft gefallen sein mag.

A. Das bäuerliche Besitzrecht.

Als im ausgehenden Mittelalter das erbliche Besitzrecht und der unerhöhbare Zins der Hörigen dem Grundherrn eine ergiebige Nutzung des Eigentums unmöglich machte, löste er vielfach das persönliche Leibeigenschaftsverhältnis, um so die unumschränkte Herrschaft über sein Gut wieder zu erhalten.[1]) Er mußte zu dieser Umwandlung noch geneigter werden, als ihm der Vertrag vom Jahre 1433[2]) den einzigen materiellen Vorteil nahm, den ihm die mittelalterliche Villikationsverfassung bisher noch eingetragen hatte. Dieser Vertrag schaffte die sonderlich schweren Baulehnungen und Baudelinge ab, unter deren hartem Drucke die Bauern ihre Höfe verließen und das Land zu veröden drohte. Die Festlegung von Mortuarium und Bedemund auf das alt hergebrachte Maß machte diese Abgaben bald wertlos für den Grundherrn. So bildete sich allmählich die reine Grundherrschaft aus, die dem Eigentümer die Herrschaft über die Person des Bauern nahm, dafür aber die Herrschaft über das Gut sicherte, die den Bauern nicht in seiner persönlichen Freiheit, sondern nur in der wirtschaftlichen und rechtlichen Verfügungsfreiheit beschränkte.

Innerhalb der Grundherrschaft gab es nun verschiedene bäuerliche Besitzrechte; wir können in der Hauptsache das Meiergut, das Erbenzinsgut und das Bauernlehen unterscheiden.

Das am meisten verbreitete Besitzrecht, das für den ganzen Nordwesten charakteristische Meierrecht, hat im Laufe des 16. Jahrhunderts

[1]) cf. Hierüber Wittich, Grundherrschaft, Abschnitt 2, Kap. VIII, IX.

[2]) Gedruckt bei Schottelius a. a. O. S. 48 und Ribbentrop, Landtagsabschiede I Nr. 2; siehe auch Gesenius I, S. 398 ff.

eine bedeutungsvolle Entwicklung durchgemacht. Am Anfange des Jahrhunderts war das Meierrecht ein ganz lockeres Zinsverhältnis, eine Art Zeitpacht. Der Ausdruck Pacht war durchaus gebräuchlich. Gesenius[1]) führt eine Reihe von Beispielen dafür an. In den Beschreibungen der Ämter und Klöster, welche die Schmalkaldener anfertigen ließen, wird vielfach der Ausdruck „verpachten" gebraucht,[2]) wenn davon die Rede ist, daß der Amts- und Klosteracker an die Bauern ausgetan werden soll. In dem Erbregister der braunschweigischen Gerichte Eich, Wendhausen, Ampleben, Vechelde u. s. w. aus dem Jahre 1569 wird als Titel gesetzt „Erbenzins- und Pachtgüter".[3]) Und gerade nach dem Salzdahlumer Landtagsabschied scheint man auf den Ausdruck „Pacht" Gewicht gelegt zu haben, er erscheint in offiziellen Verordnungen, wie z. B. in der Schatzordnung von 1615.[4]) Auch der Name „mieten" wird vielfach gebraucht.[5])

Das Meierrecht war aber keine reine Pacht, denn der Meier hatte bei unvorhergesehenen und unverschuldeten Landschäden, wenigstens gewohnheitsrechtlich, Anspruch auf Remission; und der Staat wachte darüber, daß diese dem Meier zu Teil wurde.

Der Meier gab bei Abschluß, sowie bei jeder Erneuerung des Meierkontraktes ein Annehmungsgeld, das der freien Vereinbarung zwischen Gutsherr und Meier unterlag. Vor allem aber zahlte er für die Nutzung des Gutes jährlich den Meierzins, im Schöningischen Distrikte Malterzins genannt, der nach der Person des Grundherrn, nach der Güte des Bodens, nach der Höhe der sonst auf dem Gute lastenden Abgaben die größten Differenzen zeigt. Die Braunschweiger Patrizier, welche das Meierrecht in erster Linie ausprägten und dabei das Interesse des Grundherrn am einseitigsten vertreten konnten, erhoben auch die höchsten Zinse. In den der Stadt Braunschweig zustehenden Gerichten konnte der Zins höher sein, weil die Stadt keinen landwirtschaftlichen Eigenbetrieb hatte und deshalb hier der Dienst der Bauern nicht in dem Maße beansprucht wurde wie in den fürstlichen Ämtern oder den adligen Gerichten. So ist denn im Gerichte Asseburg der Zins durchgehends höher als in den andern Gerichten des Amtes Wolfenbüttel.

---

[1]) cf. Gesenius, Meierrecht Bd. II, S. 142a.

[2]) Br. St. A. Abt. VII, Bd. 26/7.

[3]) Br. St. A. Abt. VI, § 7.

[4]) cf. Ribbentrop, Landtagsabschiede.

[5]) Mit dem Ausdruck „Zur Miete wohnen" bezeichnete man wohl auch ein besonderes Rechtsverhältnis, man brauchte diesen Ausdruck von den eingemieteten Häuslingen. Die Meier, welche oft mehrere Höfe in ihrer Hand vereinigten, taten wohl einen solchen Wohnhof zur Miete aus.

Um eine Vorstellung davon zu gewinnen, welche Summen durch den Zins an den Gutsherrn den Händen der Bauern entzogen wurden, lohnt es sich, einmal von größeren Landkomplexen die Zinsabgaben zu summieren. Für das Gericht Beddingen sind nach dem Erbregister von 1566 (?) in die Berechnung gezogen 396 Hufen Land, davon wurden gezinset: 605 Scheffel 4 Himpten Roggen, 2 Sch. 6 H. Weizen, 137 Sch. 4 H. Hafer, 87 Sch. Gerste, 80 1/2 Sch. Korns, 2 Gulden Hofzins, 5 Hühner, 1 Gans, 1 Lamm, 1 Hammel, 4 Schock Eier. Im Gerichte Schöppenstedt zinsten 352 3/4 Hufen Meierland: 314 Sch. 3 1/2 H. Roggen, 99 Sch. Weizen, 186 Sch. 4 1/2 H. Hafer, 137 Sch. 2 H. Gerste, 68 Gulden, 29 1/2 Taler (à 1 1/2 Gulden?), 18 Hühner, 2 Gänse, 14 Schock Eier, 2 Himpten Bohnen. Im Gerichte Asseburg zahlten Ackerleute und Halbackerleute von 652 Hufen Land 480 1/2 Sch. Roggen, 639 Sch. 6 Himpten Weizen, 303 Sch. Hafer, 361 Sch. Gerste, 30 Taler, 214 1/2 Gulden alt 20 g, 16 Gulden (= 383 3/4 Gulden?), 126 Hühner, 8 Gänse, 1 Schock Stroh, 2 Schock Kohl, 49 Schock Eier, 2 Widelbrote.

Durch die Güte des Bodens wurde hauptsächlich die Art des Zinses bestimmt. In der Regel wurde ja von den vier Hauptgetreidearten Roggen, Weizen, Gerste, Hafer Zins gegeben, während sich ein Geldzins bei Meiergütern selten fand, öfters noch als Sonderzins von den Hofstellen oder zum Hofe gehörigen Gärten und Wiesen. Bisweilen aber findet sich eine einzige Getreideart als Zins. So wurde im Burgamt eigentlich nur Roggen gezinst, und auch im Halbgericht war Roggenzins durchaus vorherrschend. Überhaupt wurde im Amte Wolfenbüttel Roggen öfters als Meierzins gegeben. Im Gerichte Asseburg dagegen hatte der Weizenzins bedeutend das Übergewicht; so nahm z. B. das Ägidienkloster von den Meiern in Mönch-Vahlberg nur Weizen, und zwar meist von 6 Hufen Land 30 Scheffel.[1]) Besonders einige Klöster liebten den Quotenzins. So erhob das Kloster Steterburg von seinen Kötern in Geitelde[2]) die 4. und 10. Stiege, in Offleben[3]) gaben die Leute dem Hofmeister des Klosters Riddagshausen 1547 vom Winterfeld die 3. und 10. Stiege, vom Sommerfeld die 5. Stiege, in Wobeck[3]) die 3. Garbe vom Winterfeld und die 5. Garbe vom Sommerfeld; das Brachfeld scheint also ganz frei gewesen zu sein.

Im 15. Jahrhundert war das Meierverhältnis ein sehr lockeres gewesen[4]), die Pachtperioden waren sehr kurz, der Gutsherr hatte das

[1]) cf. W. L. A. Amt Wolfenbüttel. Erbregister 1566(?), Asseburger Erbregister 1569.

[2]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregister.

[3]) W. L. A. Amt Schöningen, Erbregister 1547.

[4]) cf. Gesenius I, Beilage 1.

Recht, nach Ablauf des Kontraktes den Meier abzumeiern oder den Zins zu erhöhen.

Aber schon die natürlichen Verhältnisse drängten darauf hin, das Meierrecht erblich zu machen. Der Gutsherr konnte oft froh sein, einen Meier zu haben; eine ganze Reihe von Höfen war im Anfang des 16. Jahrhunderts wüste. Außerdem hatte der Bauer ein größeres Interesse an der wirtschaftlichen Erhaltung des Gutes, wenn er sicher war, daß es ihm nicht nach kurzer Zeit genommen wurde. Er ging dann nicht so leicht auf Raubbau aus; er wagte es auch, etwaiges Betriebskapital ins Gut zu stecken. Dazu waren die Gebäude vielfach das Eigentum des Meiers;[1]) dieser Umstand erschwerte die Abmeierung durch den Gutsherrn sehr. So verlängerte sich allmählich die Zeitdauer des Kontraktes, 6 oder 9 Jahre Pachtzeit war die Regel im 16. Jahrhundert.

Vor allem aber trachtete der Staat danach, die Erblichkeit des Meierrechtes auch gesetzlich festzulegen. Der Staat hatte ein populationistisches Interesse daran, den Meier auf seinem Gute zu erhalten und der Willkür des Grundherrn in der Zinserhöhung Schranken zu setzen. Der Fürst sah in dem Bauern in erster Linie den Staatsuntertanen, der leistungsfähig bleiben mußte für die wachsenden Staatsabgaben, die Amtleute den Fronarbeiter, der den Acker bestellte. Hier aber geriet die Staatsidee in Konflikt mit dem Interesse der Grundherrn.

Die Klöster und der Adel waren schon eher für die konservativen Ideen der Regierung zugänglich. Sie hatten selbst eine mehr oder minder ausgedehnte Eigenwirtschaft, für die sie die Dienste der Bauern nötig hatten; sie hatten deshalb ein gewisses Interesse daran, daß die Meier in den ihnen dienstbaren Dörfern nicht übermäßige Zinse zahlten und nicht grundlos in ihrem Besitz gestört wurden. Besonders die Klöster zeigten durchaus nicht das Bestreben, die Erneuerung des Meierkontraktes zur Erhöhung des Zinses zu benutzen. Sie waren sogar sehr nachlässig darin, die Meierkontrakte zu erneuern und Meierbriefe auszustellen. Das Kloster Wöltingerode mußte seine Bauern zu Lenge befragen, wie lange und zu welchem Rechte sie ihre Höfe inne hatten, welche Zinse sie zahlten; und es stellte sich heraus, daß die meisten über Menschen Gedenken die Höfe besessen hatten und daß viele keine Verschreibung hatten.[2]) Der Herzog Julius mußte wiederholt, sowohl mündlich bei Abnahme der Klosterrechnungen, als auch schriftlich 1579 und 1589 den Äbten und Klosterverwaltern ernstlich ans Herz legen, den Meiern nach Landessitte Meier-

[1]) cf. z. B. das Asseburger Erbregister 1569, bes. Gr. Biwende. W. L. A. Amt Schöningen, Erbregister.

[2]) Wöltingeroder Kopialbuch, fol. 40 ff., Manuskript der Landesbibliothek Wolfenbüttel.

briefe auszuſtellen[1]) und dieſelben alle 6 oder mindeſtens alle 9 Jahre erneuern zu laſſen. Aber wenn auch der Adel und beſonders die Geiſtlichkeit faktiſch den Grundſatz der Erblichkeit vielfach anerkannten, ſo wollten ſie ſich doch nicht durch Geſetzesparagraphen ihre Verfügungsfreiheit nehmen laſſen.

Anders geſtaltete ſich der Gegenſatz zwiſchen dem Staate und der Stadt Braunſchweig. Die Stadt und ihre Bürger hatten keine Eigenwirtſchaften, ſie brauchten die Dienſte der Bauern nicht ſo notwendig wie Fürſt, Klöſter und Adlige. Für ſie fiel deshalb auch der Gedanke, die Güter in leiſtungsfähigem Wirtſchaftszuſtande zu erhalten, nicht ſo ſehr ins Gewicht. Der Gedanke vollends, daß ihre Meier Staatsuntertanen waren und als ſolche die Laſten des Staates mittragen mußten, wollte ihnen nicht in den Sinn. Die Meier ſollten nur Untertanen der Stadt ſein. Die Stadt wollte ſich vollkommen aus dem Staatsverbande loslöſen, die ihr benachbarten Gebiete nicht nur wirtſchaftlich von ſich abhängig wiſſen, ſondern auch zu einem ſelbſtändigen „Stadtſtaat" vereinigen.[2]) Jedenfalls hatten die Stadtbürger nur das eine Intereſſe, aus ihren Gütern einen möglichſt hohen Zins herauszuſchlagen; und nur wenn der Herzog von ihren Bürgermeiern Schatzungen und Dienſte verlangte, brauchten ſie die Notlage der armen Leute als Vorhängeſchild.

Schon um die Mitte des 15. Jahrhunderts hatten die fürſtlichen Amtleute den Gutsherren die Freiheit ſtreitig gemacht, die Meier nach Ablauf der Kontraktsjahre abzuſetzen, wenn ſie ſich nichts hatten zu ſchulden kommen laſſen. Die Stadt Braunſchweig ließ ſich in dem Vertrage von 1453[3]) dies ihr freies Recht ausdrücklich beſtätigen. Nach der meierrechtlichen Unterweiſung von 1490, welche Geſenius[4]) mitteilt, war es ſchon damals Sitte, den Meier nach Ablauf des Meierkontraktes unvertrieben zu laſſen, wenn er ſich der Bewirtſchaftung würdig zeigte.

Der Gegenſatz zwiſchen der Stadt und den fürſtlichen Amtleuten wird im Stillen weitergelebt haben. Als es dann um die Mitte des 16. Jahrhunderts wegen des religiöſen Gegenſatzes zum offenen Kriege kam, ſpielten die agrariſchen Fragen in den Flugſchriften eine große Rolle.[5]) Die Stadt

---

[1]) Kleinſchmidt a. a. O., S. 20.

[2]) cf. über derartige Beſtrebungen der norddeutſchen Städte Priebatſch, die Hohenzollern und die Städte der Mark im 15. Jahrhundert. S. 2, S. 10 und derſelbe, Braunſchweiger Stadtfehde.

[3]) cf. Geſenius a. a. O. I, S. 409/10.

[4]) a. a. O. Band I, Beilage 1.

[5]) cf. Geſenius I, S. 417 ff. Hortleder, Urſachen des Krieges, S. 1369 ff., S. 1418 ff., S. 1443 ff., S. 1746 ff., S. 1796 ff. Wittich, Grundherrſchaft, S. 382 ff.

warf dem Herzoge vor, daß er ihre Meier und armen Leute mit ſchweren Dienſten, Dienſtgeld und großen Schatzungen beſchwere, ausſauge und verderbe, ſodaß ſie ihre Zinſen nicht zahlen könnten, den Ackerbau liegen ließen und mit Weib und Kind ins Elend zögen. Der Herzog dagegen ſchrieb, daß die Braunſchweiger von Jahr zu Jahr ihre Malter und Zinſe ſteigerten und dadurch die Leute ins Elend trieben, daß ſie Höfe zuſammenlegten, um dem Fürſten den Dienſt zu ſchmälern. Die Stadt wieder klagte, daß der Fürſt die Meierhöfe zerriſſe, um mehr Leute mit Dienſt und Schatzung belegen zu können, daß Amtleute den Bürgermeiern den guten Acker nähmen und ſteinigten, ungelegenen Acker dafür anwieſen. Die Vorwürfe waren auf beiden Seiten nicht grundlos; es ſtand hier Macht gegen Macht, Forderung gegen Forderung, Staatsintereſſe gegen das Intereſſe des Grundherrn.

Der Vertrag von 1553 brachte einen vorläufigen Kompromiß. Die Amtleute ſollten die Meier nicht mit Gewalt bei ihren Höfen erhalten, wenn die Braunſchweiger ſie abmeiern wollten. Die Stadt verſprach, ihre Meier nicht über das alte Herkommen und Gebrauch mit Maltern und Zinſen zur Unbilligkeit zu ſteigern, auch die Meierhöfe unzerriſſen und ungeteilt zu laſſen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts war es im allgemeinen ſchon Gewohnheit, den Meier bei dem Meiergute und auch dem Meierzins zu laſſen,[1]) wenn er ſich als einen redlichen Bewirtſchafter erwies, wenn er den Zins richtig bezahlte, das Gut nicht verkommen ließ, nicht beſchwerte und veräußerte. Allerdings blieb die Polizeiordnung von 1563, welche dem Gutsherrn eine grundloſe Zinserhöhung verbot, ein Entwurf der Regierung und wurde nicht von den Ständen genehmigt.[2]) Aber z. B. das Wolfenbüttler Erbregiſter kennt keine nennenswerten Zinserhöhungen; auch eine Vergleichung der Erbregiſter des Amtes Schöningen von den Jahren 1547, 1570, 1584 lieferte dasſelbe Reſultat.

Dagegen ließen ſich aus den Burgamtsrechnungen einige Zinsſteigerungen nachweiſen, die der Rat der Stadt bei einem Teil der vermeierten Güter vornahm. Die Beſitzer der beiden freien Höfe zu Müddeße[3]) zinſten bis zum Jahre 1571 jeder jährlich 18 Gulden, in den Jahren 1574—1582 je 21 Gulden 12 Groſchen, 1583 jeder 27 Gulden und 1605 36 Gulden. Die Männer von Schandelah gaben vom Rodeland 1570/80 22 Gulden 9 Groſchen, im Jahre 1604 dagegen 60 Gulden 14 Groſchen 3 Pfennig, im letzteren Jahre von 173 1/2 Morgen à 7 Groſchen; doch iſt hier eine

[1]) cf. Geſenius I, S. 449 ff., wonach die Beamten den Meier bereits beſtraften, wenn er ſich ohne ihr Vorwiſſen die Pacht ſteigern ließ.

[2]) cf. Bode bei Strombeck, Feſtſchrift S. 30.

[3]) Br. St. A. Abt. VI § 7, Burgamtsrechnungen.

Erweiterung des Rodekampes nicht ausgeſchloſſen. Außerdem iſt in beiden Fällen die Zinserhöhung verſtändlich, da der Zins in Geld geleiſtet wurde und dies im Laufe der Zeit vielleicht an Wert verlor.

Intereſſant iſt der Verlauf im Amte Vechelde. Hier hatte der Rat den Burgacker in Parzellen an einzelne Dorfbewohner ausgetan. Nach dem Erbregiſter von 1569[1]) zinſten die Leute von einem Morgen 2 Himpten Roggen; nach der Burgamtsrechnung von 1584 zinſten 8 Männer zu Vechelde je 5 Scheffel Roggen vom Burgacker, und außerdem hatte der Rat noch 23 Sch. 6 H. Roggen Zinseinnahme von dem Lande, das zu den einzelnen Höfen gehörte. 1569 betrug der Zins von 174 Morgen (à 2 Himpten) 54 Sch. 8 H.[2]) Nach der Amtsrechnung von 1586/7 gab der Rat damals ſeinen Untertanen zu Vechelde den Bürgeracker, und zu Annehmungsgeld zahlten 8 Ackerleute je 2 Taler, 3 Köter je 9 Schilling, einer, der keinen Acker hatte, 4 Schilling 6 Pfennig; ſie gaben als Zins vom Korn die 5. Stiege, von jedem Morgen Wicken 7½ Schilling, von jedem Morgen Rübeſamen 1 Gulden. Auf dieſe Weiſe hat der Rat eine bedeutende Mehreinnahme erzielt. Nach der Amtsrechnung 1603/4 brachte das Dorf Vechelde ein:

187	Schock	Roggen	=	61	Scheffel	5	Himpten
55½	„	Gerſte	=	35	„	—	
8½	„	Haſer	=	3	„	9	„
16½	„	Weizen	=	3	„	7	„

und im folgenden Jahre 1604/5:

207	Schock	13	Garben	Roggen	= 67	Scheffel	7	Himpten
64½	„	—		Gerſte	= 34	„	—	
5½	„	24	„	Haſer	= 3	„	2	„
9½	„	23	„	Weizen	= 3	„	5	„

Nicht mitgerechnet iſt hier der Zins von Erbſen, Wicken, Mengkorn, der damals bereits durchgehends vom Morgen 1 Gulden trug und 1604 66¾ Gulden, 1605 71 Gulden einbrachte. Der Vorteil war um ſo größer, als der Rat jetzt auch das Stroh miterhielt.

Am Schluſſe des Jahrhunderts auf dem Salzdahlumer Landtag im Jahre 1597 gelang es endlich den fürſtlichen Räten, vornehmlich der Energie Jagemanns, die ſchon ſeit Jahren geführten Verhandlungen zu

---

[1]) Br. St. A. Abt. VI § 7.

[2]) Dabei iſt nicht mitgerechnet Heinrich Iſenſee, welcher das Haus zu Vechelde mit der Zubehörung laut Verſchreibung um Zins inne hatte. Unter dieſer Zubehörung kann aber wohl nicht der geſamte Burgacker begriffen ſein, weil ſonſt der Zins vom Hofacker im Vergleich zum Jahre 1584 eine unbegreifliche Höhe hätte.

einem endgiltigen Abſchluß zu führen und dem Staatsintereſſe „einen vollſtändigen Sieg zu erringen“.[1])

Der Landtagsabſchied von 1597 brachte, beſonders in Artikel 19, für die wichtigſten Fragen des Meierrechts entſcheidende Beſtimmungen. Die Erblichkeit und das Verbot der Zinserhöhung wurden darin feſtgelegt. Grund zur Abmeierung war nur vorhanden, wenn der Meier zwei oder mehrere Jahre mit dem Zinſe rückſtändig blieb, kein marktgebiges Korn lieferte, Teile des Meiergutes veräußerte, das Gut beſchwerte oder wirtſchaftlich verkommen ließ und ausmergelte. Aber in allen dieſen Fällen konnte der Gutsherr nicht eigenmächtig vorgehen, ſondern mußte den Weg des Rechtes, der gerichtlichen Klage einhalten.

Hiergegen hatte die Mehrzahl der Stände keinen energiſchen Widerſtand geleiſtet; die Stadt Braunſchweig hatte ſich überhaupt nicht an den Verhandlungen beteiligt, der Vertreter der extremen Agrarpartei, Dr. Stägemann, wurde gar nicht zugelaſſen.

Aus der Inſtruktion, welche dieſe extreme grundherrliche Oppoſitionspartei ihrem Vertreter mitgab, ſpricht die Furcht, daß ihr Eigentum an den Meiergütern verloren gehen werde, daß die Meier es mit der Zeit als Erbenzinsgut beanſpruchen würden. Und dieſe Furcht war ja auch nicht ſo ganz unberechtigt. In der Tat begannen die Meier das Meiergut vielfach als Erbgut zu behandeln, Teile desſelben zu verpfänden, zu verafterneiern oder Kindern als Brautſchatz mitzugeben. Dadurch kam die Geſchloſſenheit des Wirtſchaftsbetriebes und damit die Leiſtungsfähigkeit des Bauern in Gefahr. Dies widerſprach dem Intereſſe des Staates ebenſo ſehr wie dem des Grundherrn; ſchon 1593 erſchien gegen derartige eigenmächtige Veräußerungen eine fürſtliche Verordnung.[2]) Auch der Landtagsabſchied von 1597 gab dem Gutsherrn Garantieen, daß ſich ſein Eigentumsanſpruch nicht verlor. Alle neun Jahre mußte der Meierkontrakt erneuert werden, wobei die Höhe der Weinkaufsgelder genau fixiert wurde nach der Höhe des Zinſes und der Güte des Bodens.

Der Landtagsabſchied regelte auch den Fall, daß der Gutsherr das Gut in eigene Kultur nehmen wollte. Dann mußte er das Ende der Meierzeit abwarten, den Meierkontrakt zur rechten Zeit kündigen und dem abgehenden Meier alle Gutsbeſſerung in Gebäuden, Inventar und die in das Gut geſteckte Gare und Gaile nach unparteiiſcher Taxe erſetzen; er mußte auch alle auf dem Gute ruhenden Laſten, wie Dienſt und Schatzung,

---

[1]) cf. W. L. A., Landſchaftliche Sachen, Acta und Protokolle zum Landtagsabſchied do 1597. Geſenius, Meierrecht I, S. 462 ff., ſiehe auch S. 455. Der Abſchied iſt gedruckt bei Ribbentrop.

[2]) Gedruckt hinter der Kanzleiordnung und zuſammen mit der Hofgerichtsordnung, auch in der Sammlung „Kalenberger Landesordnungen“.

übernehmen. Wollte der Gutsherr den Hof aber nicht selbst bewirtschaften, so hatte er die Pflicht, nach vollzogener Abmeierung den Hof mit einem neuen Meier zu besetzen.

Viele Bestimmungen hatten den Zweck und den Erfolg, die einzelnen Höfe in ihrer Geschlossenheit zu erhalten. So wurde für den Fall, daß ein Hof mehrere Gutsherrn hatte und diese sich über die Person des neuen Meiers nicht einigen konnten, bestimmt, daß derjenige, welcher am meisten Land beim Hofe hatte, den neuen Meier annahm. Dem Meier wurde wiederum verboten, Teile seines Gutes ohne Willen des Gutsherrn vom Hofe kommen zu lassen. Endlich sollten die Ländereien, Wiesen und Gärten u. s. w., welche im Jahre 1586 dreißig Jahre zu einem Hofe gehört hatten, in Zukunft nicht davon genommen werden.

Das Recht des Meiers auf Remission bei Kriegen, Mißwachs, Hagelschlag, Mäusefraß wurde anerkannt.

Durch diesen Vertrag wurde das Meierrecht in seinen Grundzügen für Jahrhunderte geregelt, ich kann daher diesen Punkt meiner Abhandlung beschließen.

Von dem Lehnrechte wurde der Bauernstand nur wenig berührt. Die eigentlichen Lehnsleute, der Adel und die Braunschweiger Bürger, gaben ihre Lehngüter in der Regel eben nicht als Afterlehen weiter, sondern vermeierten sie. Im Residenzamte Wolfenbüttel gab es nach dem Erbregister von 1566 (?) nur 90 Hufen 12 Morgen Land Bauernlehen. Öfters fand sich das Bauernlehen noch im Halbgericht, also in dem an Hildesheim angrenzenden Gebiete, wo sich die mittelalterlichen Besitzrechte überhaupt länger hielten.

Als Bauernlehen wurden die bäuerlichen Lehngüter bezeichnet im Gegensatz zu den Ritterlehen. Es wurde von den Lehnsbauern nicht der Roßdienst gefordert, sondern sie leisteten den bäuerlichen Frondienst. Für die Nutzung des Gutes gab der Lehnsmann keinen Zins, sondern er zahlte nur bei der Belehnung die Lehnware, deren Höhe fixiert war und durch den Landtagsabschied von 1597 noch einmal gesetzlich festgelegt wurde.

Gegenstand des Lehnsverhältnisses waren sowohl ganze Ackerhöfe als auch einzelne Hufen Land oder einzelne Morgen. Doch wurden größere Ackergüter nur in den seltensten Fällen verlehnt; dagegen wurden häufiger länderlose Kothöfe und wüste Hofstellen zu Lehnrecht ausgetan.

Die Pfarrländereien[1]) waren durchgehends Lehnland. Lehnsherrn waren hier der Fürst, geistliche Korporationen, Adlige oder die Dorfgemeinde. Doch bewirtschafteten die Pfarrer oft ihre Güter nicht selbst, sondern ver-

[1]) cf. Kayser, Kirchenvisitation in den welfischen Landen.

meierten ſie um den Zins; ſo wurden auch dieſe Güter wieder dem Meierrecht unterworfen.

Rechtlich war der Lehnsmann bedeutend beſſer geſtellt als der Meier. Er hatte ein erbliches Nutzeigentum, konnte das Gut verändern und vermeiern, er verpfändete und verkaufte Teile des Lehngutes. Beim Erbgang wurden die Lehngüter in natura unter die Erben geteilt.

Vom wirtſchaftlichen Standpunkte aus kann man dagegen das Bauernlehen nicht ſo günſtig beurteilen. Das freie Verfügungsrecht und die Naturalerbteilung bewirkten, daß die Güter zerſplittert und in kleine Parzellen von einzelnen Morgen, ja Vorlingen aufgelöſt wurden. Dadurch wurde der Vorteil der geringen Abgabenlaſt an den Lehnsherrn mehr wie aufgehoben. Dies ſcheint ſowohl von den Lehnsträgern als auch den Lehnsherren und in erſter Linie vom Staate empfunden worden zu ſein. Es kam allmählich die Sitte auf, daß die Erben das Gut ungeteilt ließen oder doch die völlige Zerſplitterung vermieden, daß dann der Inhaber der Güter ſeinen Miterben einen Zins gab. Dies haben doch wohl die Exiſtenz und die Natur des Meierrechtes bewirkt. Beſonders aber griff auch hier der Staat mit Verordnungen ein; der Landesfürſt fürchtete, daß durch die vielen Verpfändungen und Verkäufe Unklarheit in das Eigentumsrecht käme; vor allem war ihm an der Geſchloſſenheit der Güter gelegen, um dieſe leiſtungsfähig für die Staatszwecke zu erhalten. Die Verordnungen aus den Jahren 1593 und 1602, die oben[1]) angeführt worden ſind, bezogen ſich auch auf die Bauernlehen.

Das Erbenzinsgut war in vielen Teilen des Landes ſehr verbreitet. Im Amte Heſſen war nach der Amtsbeſchreibung von 1679[2]) der überwiegende Teil des Landes Erbenzinsland. Es gab im Dorfe Heſſen 45 3/4 Morgen Erbland, 2783 1/8 Morgen Erbenzinsgut, 228 1/2 M. Lehngut, 378 M. Meiergut; in Pabſtdorf, dem zweiten zum Amte gehörigen Dorfe, war die geſamte Feldmark von 2740 3/4 M. Erbenzinsgut. Geſenius[3]) ſagt, daß im Amte Wolfenbüttel das Erbenzinsrecht ebenſo häufig vorkomme wie das Meierrecht. Dieſe Zahlen aus ſpäterer Zeit können für das 16. Jahrhundert nicht zutreffend ſein. Denn gerade im 17. Jahrhundert hat ſich ſicher mit Erfolg die Tendenz bei den Bauern geltend gemacht, Meierland als Erbenzinsland anzuſprechen. Aber jedenfalls nahm im Amte Wolfenbüttel, beſonders in den weſtlichen Diſtrikten, das Erben-

[1]) cf. S. 7/8. Für den ganzen Abſchnitt iſt das Wolfenbütteler Erbregiſter ſehr lehrreich.

[2]) W. L. A. Amt Heſſen.

[3]) a. a. O. II, S. 131.

zinsgut einen ganz beträchtlichen Teil des Gesamtackers ein.[1]) Und in den meisten Ämtern hatten die Köter in der Regel ein gutes Besitzrecht an ihren Gütern. Genaue Verhältniszahlen lassen sich hier schwer gewinnen; die Besitzrechte flossen tatsächlich in einander über, es gab am Schlusse des Jahrhunderts keine festen Grenzscheiden zwischen Meiergut und Erbenzinsgut. Die Schreiber der Erbregister hatten auch oft nicht ein so großes Interesse daran, hier scharf zu unterscheiden; die Erbregister dienten in erster Linie für die Zwecke der Steuerberechnung, und bei den Schatzungen wurde im 16. Jahrhundert noch kein Unterschied gemacht zwischen Pachtgütern und Erbenzinsgütern.

Rechtlich und wirtschaftlich stand das Erbenzinsgut dem Bauernlehen ziemlich gleich. Auch hier hatte der Inhaber des Gutes ein dominium utile, der Gutsherr nur ein Obereigentum. Der Zins des Erbenzinsmannes entsprach nicht dem Nutzungswerte des Gutes, sondern sollte nur das dominium directum des Gutsherrn äußerlich erkennen lassen.

Auch der Erbenzinsmann hatte ein weitgehendes Verfügungsrecht, dem aber durch die Verordnungen von 1593 und 1602 gewisse Schranken gesetzt wurden. Er durfte ohne des Gutsherrn Konsens die Güter nicht verkaufen und verpfänden; doch fügte die Verordnung von 1612 hinzu, daß der Gutsherr es ihm nicht grundlos verwehren sollte.

Der Erbenzinsmann war in der Bewirtschaftung des Gutes ebenso wenig wie der Lehnsmann beschränkt. Aber auch hier wirkte die Naturalteilung unter die männlichen und weiblichen Erben wirtschaftlich verderblich. Deshalb wurde die Einheit des Gutes faktisch mehr und mehr gewahrt, die Miterben wurden durch einen erheblichen Getreidezins abgefunden; dadurch wurde aber das Erbenzinsgut an Zinslast dem Meiergut ziemlich gleichgestellt[2])

Die Latgüter, Meierdingsgüter u. s. w. unterscheiden sich von den Erbenzinsgütern im Grunde nur durch die ihnen eigentümliche Gerichtsbarkeit, bei ihnen hatte sich die mittelalterliche Hofrechtsverfassung noch erhalten.[3])

Völlig freies bäuerliches Eigentum im heutigen Sinne des Wortes gab es im 16. Jahrhundert so gut wie überhaupt nicht im Herzogtum Braunschweig. Freies Erb und Eigen, von dem gar keine Rekognitions-

---

[1]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel. Erbregister 1566 (?).

[2]) Es kommt auch vor, daß der Besitzer des Gutes die Teile seiner Anverwandten kaufte. cf. Asseburger Erbregister 1566 (?), im W. L. A. Amt Wolfenbüttel, fol. 158, 168, 176.

[3]) Ich lasse sie deshalb hier unerwähnt und verweise auf den Abschnitt „Gerichtsverfassung."

gebühr an irgend einen Grundherrn geleiſtet wurde, findet ſich höchſt ſelten, am eheſten noch bei Hofſtellen. Selbſt die Freien zu Woltorf mußten das Obereigentum des Landesfürſten anerkennen, ſie zahlten Freihafer, Freihühner und eine jährliche Holzabgabe von ihren Gütern. In dem freien Verfügungsrecht über ihre Güter waren die Freien durch die Kompetenzen des Freiengerichtes vielfach gebunden.[1])

Durch Kauf ging in der Regel nur das Nutzeigentum an den Käufer über. Auch wenn die Grundherrn ein Stück Landes verkauften, ſo veräußerten ſie nur das Nutzeigentum; der Käufer mußte ihnen auch dann noch eine kleine Gebühr jährlich geben zur Anerkennung des Obereigentums[2]). Bisweilen ſcheint der Verkäufer allerdings auch das Obereigentum aufgegeben zu haben.

B. Die Bauernklaſſen.[3])

Wollen wir die bäuerliche Bevölkerung nach ihrer ſozialen Gliederung ins Auge faſſen, ſo müſſen wir uns zunächſt über den Begriff „Bauer“ klar werden. Im engeren Sinne umfaßt der Begriff nur die in der Gemeinde vereinigten Nachbarn; ſie waren noch bis in das 16. Jahrhundert hinein faſt die einzigen Bewohner des platten Landes. Mit zunehmender Bevölkerung aber wurden in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts Neuanſiedler vielfach nicht mehr in die Gemeinde als berechtigte und verpflichtete Mitglieder aufgenommen; es bildeten ſich neue ſoziale Klaſſen auf dem Lande. Im folgenden wird der Begriff „bäuerliche Bevölkerung“ im weiteren Sinne gefaßt im Gegenſatz zur privilegierten Bevölkerung des platten Landes, zu Adel und Geiſtlichkeit.

Kulturell ſtanden die Bauern ziemlich auf derſelben Stufe. Auch die Beſitzrechte haben auf die Klaſſenbildung keinen Einfluß gehabt; die ſozialen Differenzierungen wurden allein durch die Größe des Beſitzes herbeigeführt.

Die erſte, vornehmſte Bauernklaſſe waren die Ackerleute, welche die größeren Wirtſchaftsbetriebe, die Meierhöfe oder Bauhöfe inne hatten. Aber nicht immer gab es Ackerleute in einem Dorfe. In Junkerdörfern beſonders waren ſie öfters nicht vorhanden oder doch in geringerer Zahl. Bei den Ackerlegungen und Gutsbildungen waren gerade die Ackerleute in erſter Linie die Leidenden; bisweilen ſind ſie mit der Zeit ganz von einer Dorfmark verſchwunden. Nicht ſelten iſt die Anzahl der Ackerhöfe durch

[1]) Siehe den Abſchnitt „Gerichtsverfaſſung“.

[2]) cf. die Kaufverträge im Aſſeburger Erbregiſter fol. 140, 158. 160, 167, 168, 176, 181, 214. Erbregiſter des Amtes Wolfenbüttel fol. 2, 5, 14, 37, 50, 158, 207, 476, 484, 489, 491, 500, 642, 661, 586.

[3]) cf. Anhang II und III.

Teilung verringert worden. Noch im 17. Jahrhundert wurden öfters Ackerhöfe in Halbspännerhöfe zerlegt, andrerseits aber auch bisweilen zwei Halbspännerhöfe zu einem Meierhof vereinigt.[1])

Es gab für die Ackerhöfe kein einheitliches Größenmaß, innerhalb der einzelnen Gerichte und Dörfer zeigten sich die erheblichsten Differenzen. Das Besitzminimum sinkt bisweilen noch unter 4 Hufen (= ca. 120 Morgen) herab, das Besitzmaximum übersteigt z. B. im Amte Wolfenbüttel mehrere Male die Höhe von 10 Hufen (= ca. 300 Morgen). Zwischen diesen Extremen sind alle Größenwerte vertreten. Höchst selten finden sich in einem Dorfe gleiche Größen für die Ackerhöfe.

Die Güte des Bodens bedingte von vornherein Unterschiede für die einzelnen Distrikte des Landes. Wichtiger aber war der Umstand, daß die grundherrlichen Rechte in Westdeutschland Streubesitz waren, daß in einem Dorfe die verschiedensten Grundherrn begütert waren. Die Eigentümer hatten bei der Einrichtung der Bauerngüter volle Freiheit gehabt. Die Braunschweiger machten ja noch im Laufe des Jahrhunderts nur allzu ergiebigen Gebrauch von dieser Freiheit; sie vereinigten größere Güterkomplexe, um so die Staatslasten zu vermindern, sie legten aus demselben Grunde gerne einzelne Hufen zu Vollhöfen noch hinzu. War die Grundherrschaft über ein Dorf in einer Hand vereinigt, so zeigte auch noch am Schlusse des 16. Jahrhunderts die Güterverteilung etwas Einheitliches. Auf den einen Grundherrn wirkte das Herkommen so stark, daß er nur unter ganz besonderen Umständen von dem Gegebenen abwich. Besonders in einigen Klosterdörfern[2]) hatten die Ackerhöfe die gleiche Größe; die Klöster vertraten die konservative Idee am schärfsten, und wohl auch mehr oder minder bewußt.

Ferner trug auch das in den unaufhörlichen Kriegen wüst gewordene Ackerland dazu bei, die Besitzdifferenzen zu erhöhen. Vielfach finden sich in den Erbregistern Bemerkungen, daß wüste Feldmarken von den umliegenden Dörfern aus bestellt werden. Allerdings nicht immer hat dies für die einzelnen Dorfnachbarn einen bedeutenden Länderzuwachs zur Folge gehabt. Oft handelte es sich nur um ein Zusammenwachsen von Dörfern, die getrennt in den Kriegswirren ihre Existenz nicht behaupten konnten; die Angehörigen der wüsten Dorfmark siedelten sich im Dorfe an. Jedenfalls haben die wüsten Ländereien innerhalb desselben Dorfes dem einzelnen ebenso oft Gelegenheit gegeben, seine Wirtschaft zu vergrößern.

Aber alle Momente, die eine Abrundung und Erweiterung der Ackerhöfe begünstigten, wären wirkungslos geblieben, wenn der Bauernstand

[1]) cf. Anhang II und III und W. L. A., Amt Wolfenbüttel Erbregister 1566(?).

[2]) cf. W. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregister 1566 (?), Meerdorf, Gilzum; Asseburger Erbregister 1569, Mönch-Vahlberg; Amt Schöningen, Erbregister: Offleben, Wobeck; u. s. w.

eine verarmte, dumpf und apathiſch dahinlebende Maſſe geweſen wäre. Nur ein kapitalkräftiger, aufwärtsſtrebender Bauernſtand konnte die reichlich ſich bietenden Gelegenheiten nutzen und durch Pfandgeſchäfte, Kaufverträge, Meierkontrakte ſein Beſitztum erweitern.

Der Ackermann hatte ſeinen Hof in der Regel zu Meierrecht; Lehnrecht und Erbenzinsrecht finden ſich auf Ackerhöfe höchſt ſelten angewandt. In einer Zeit, wo die Geſchloſſenheit des Wirtſchaftsgutes noch nicht anerkannt war, wo beim Erbgang die Naturalteilung die Regel war, paßte allein das nichterbliche Meierrecht für größere Bauerngüter; dies allein gab Gewähr, daß der Hof nicht zerſtückelt wurde. Vielfach hatten die Ackerleute kein einheitliches Beſitzrecht an ihren Gütern; Meiergut, Erbenzinsgut, Lehngut und Erbland vereinigten ſie bisweilen zu einem Hofe;[1]) auch hatten ſie oft mehrere Gutsherrn.

Neben dem Betriebe der Landwirtſchaft hatten die Ackerleute die Möglichkeit zu lohnenden Nebenbeſchäftigungen. Sie übernahmen Lohnfuhren, die Schäferei oder das Mühlenweſen. Vor allem aber ließen ſie ſich den Zehnten der Feldmark verpachten und beſorgten die Abfuhr, woran in der Regel mehrere Bauern beteiligt waren.

Die zweite Hauptbauernklaſſe, die ſich in jedem Dorfe findet, bilden die Köter. Das entſcheidende Merkmal für den Köter iſt nicht der Beſitz von Acker und Land, ſondern die Hofſtelle. Eine Reihe von Kötern hatte überhaupt kein Land, oder es gehörte doch nicht der Landbeſitz urſprünglich untrennbar mit der Kotſtelle zuſammen. Man kann in den Erbregiſtern durchaus unterſcheiden zwiſchen Kötern, bei denen die Hofſtelle im Dorfe und der Beſitz auf der Feldmark eine Einheit ſind, von einem Grundherrn verliehen werden, und ſolchen Kötern, bei denen Hof und Land urſprünglich getrennt waren.

Die Köter waren in höherem Grade als die Ackerleute darauf angewieſen, ihren Betrieb zu erweitern, um ſich eine unabhängige Exiſtenz zu gründen, um nicht ihr Brot als Tagelöhner oder Geſinde ſuchen zu müſſen. Sie haben deshalb alle Gelegenheiten, die ſich ihnen boten, ausgenutzt. Vielfach ließen ſie ſich einzelne Hufen vermeiern oder Teile einer Hufe; und die Braunſchweiger Bürger kamen ihnen hierin nur zu gerne entgegen. Vor allem aber bewirtſchafteten ſie das Pfarr- und Kirchenland. Die Pfarrer taten ihr Land vorwiegend parzellenweiſe aus, wenn ſie es nicht ſelbſt beſtellten; die Gemenglage des Ackers auf der Flur war dieſer Art des Verpachtens ſehr günſtig. Wurde das Pfarr- und

[1]) cf. W. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter, beſonders Atzum, Watzum, Wendeßen; Amtsregiſter Heſſen 1679; Beſchreibung des Hauſes Sambleben 1584, zuſammengebunden mit dem Aſſeburger Erbregiſter, Dorf Wetzleben.

Kirchenland huſenweiſe ausgetan, ſo wurde doch für einzelne die Grundlage einer ſelbſtändigen Exiſtenz geſchaffen. Und wenn auch der Pfarrer das Land ſelbſt behielt, kam dies den Kötern zu Gute: Der Pfarrer konnte den Acker nicht allein beſtellen; Dienſte wurden ihm nicht beigelegt. Wenn er dann nicht um Tagelohn pflügen ließ, ſo tat er wohl einen Teil des Landes an Köter aus, die ihm dann das Seinige beſäen und beernten mußten. Ferner haben Neurodungen den Beſitz der Köter bisweilen vergrößert. Es kam auch wohl vor, daß Ackerleute Kötern einen Hof und einige Morgen Land gaben ſicherlich, um in der Ernte Arbeitskräfte zu haben. Kapitalkräftige Köter konnten auch durch Ausleihen von Geldern für längere oder kürzere Zeit Land in ihren Beſitz bringen. So finden wir gerade bei den Kötern ſehr oft ein buntes Durcheinander von Ländereien, an denen ſie die verſchiedenſten Beſitzrechte hatten, an denen die verſchiedenſten Grundherrn beteiligt waren.

Die Klaſſe der Köter hat an Zahl im Laufe des 16. Jahrhunderts außerordentlich zugenommen. Vielfach waren die Kothöfe Erbenzinsgut, die im Erbgang in natura geteilt wurden; deshalb finden wir viele halbe, Drittel-, ja Viertel- und Achtel-Kothöfe, die allmählich volle Köterpflichten und dann auch Köterrechte erworben zu haben ſcheinen. Auch Neuanſiedler, welche vom Landesfürſten oder von der Gemeinde ihre Höfe ausgewieſen erhielten, wurden bis zum Schluſſe des Jahrhunderts in der Regel in die Klaſſe der Köter eingereiht. Durch Neubeſetzung wüſter Hofſtellen wurde ihre Zahl noch mehr vergrößert. Leider fehlen uns aus dem Anfang des Jahrhunderts Erbregiſter und damit Angaben über die Zahl der Köter; daher kann man das Anwachſen der Köterklaſſe nicht ſtatiſtiſch genau belegen.

Während des ganzen Jahrhunderts war innerhalb der Klaſſe der Köter Fluß und Entwicklung. Am Schluſſe des Jahrhunderts wurden die Verhältniſſe geſetzlich feſtgelegt. Nach außen und nach innen konſolidierte ſich die Köterklaſſe. Neue Anſiedler wurden nicht mehr in die Nachbarſchaft aufgenommen. Durch den Salzdahlumer Landtagsabſchied von 1597, Artikel 19, wurde eine gewiſſe Geſchloſſenheit und Untrennbarkeit der Güter zum erſtenmale geſetzlich feſtgelegt: Die Ländereien, Wieſen und Gärten, welche 1586 mindeſtens 30 Jahre bei einem Hofe geweſen waren, durften nicht von demſelben genommen werden. So hatte ſich die Klaſſe der Köter zuſammengeſchloſſen. An Zahl hat ſie im 17. und 18. Jahrhundert nicht mehr zugenommen.

Die Mehrzahl der Köter hatte am Schluſſe des 16. Jahrhunderts einen Beſitz, von dem ſie ſich und ihre Familie in friedlichen Zeiten ernähren konnten. Nur ein geringer Prozentſatz war ganz länderlos, und nur einige wenige hatten einen ganz geringen Landbeſitz; dieſe waren darauf

angewieſen, ſich als Handwerker, Tagelöhner oder Knechte ihr Brot zu verdienen. Aber im Durchſchnitt war ihr Beſitz ſo bemeſſen, daß ſie mit den eigenen Arbeitskräften das Land wohl beſtellen konnten und ihr täglich Brot hatten.[1]) Nur in einigen Dörfern, wo größere gutsherrliche Eigenbetriebe waren, beſonders in manchen Junkerdörfern, waren die Köter allgemein auf einen ganz geringen Ackerbeſitz beſchränkt und darauf angewieſen, ſich durch Arbeit auf dem Gute ihren Unterhalt zu verdienen. Leider geben die Erbregiſter über die Adelsdörfer faſt nie Nachrichten. Von Sambleben[2]) und Salder überliefern es die Regiſter; und in Oelber und Engerode[2]) hatten die Einwohner überhaupt kein Land, mußten alſo ſämtlich als Tagelöhner auf dem Gute oder in anderen Dörfern arbeiten. Auch in Gebhardshagen[3]) hatten die Köter nur je 6 Morgen Land. Völlig in den Stand von Proletariern herabgedrückt wurden ſie aber höchſt ſelten. Die Bildung von Gutsherrſchaften hielt ſich immer in beſcheidenen Grenzen und hat den Zuſtand der Dorfmarksverfaſſung nicht weſentlich beeinflußt. In den meiſten Adelsdörfern finden ſich ſowohl Ackerleute als auch Köter mit bedeutenderem Landbeſitz.

Es war den Kötern reichlich Gelegenheit zu Nebenberufen gegeben. An der Zehntfuhr konnten ſie ſich allerdings in der Regel nicht beteiligen, weil ihnen die nötigen Geſpanne fehlten. Aber als Krüger, Müller und Schäfer wurden ſie vielfach angeſtellt; auch als niedere Beamte, als Vögte, fanden ſie Beſchäftigung. Einige waren auch Handwerker, wie Zimmerer, Schneider, Schuſter, Leinweber, Maurer, Dachdecker, Schlachter.

Eigentlich war das Handwerk ein Privilegium der Städte; auf den Landtagen erheben ſie immer wieder Beſchwerde darüber, daß das Handwerk in den Dörfern geduldet werde. Sie drängten auf gänzliche Abſchaffung des ländlichen Gewerbes hin,[4]) mußten aber die Macht der realen Verhältniſſe einſehen. Im Jahre 1570 verlangten ſie nur noch Moderation, abgeſchafft ſolle das Handwerk nur dann werden, wenn die Stadt leicht zu erreichen. Der Landtagsabſchied von 1597[5]) regelte auch dieſen Streitpunkt. Die Notwendigkeit des Handwerks auf den Dörfern wurde anerkannt, doch wurde es auf die unentbehrlichen Gewerbe und das herkömmliche Maß beſchränkt.

Die größere oder kleinere Entfernung von Städten und die individuelle Handhabung des Grundſatzes durch die Lokalbeamten bedingten hier

[1]) cf. Anhang II.

[2]) cf. Beſchreibung des Hauſes Sambleben, W. L. A. Amt Wolfenbüttel. W. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregiſter.

[3]) W. L. A. Erbregiſter Gebhardshagen.

[4]) cf. W. L. A. Landſchaft II_1. Die anno 1570 übergebenen Gravamina der Stände.

[5]) Artikel 31.

natürlich lokale Unterſchiede. In dem Erbregiſter des Amtes Schöningen werden viele Köter als Handwerker bezeichnet. Es werden genannt in Twieflingen 2 Schneider, 2 Leinweber, 1 Schlachter und Leinweber, 1 Schlachter und Strohdecker, 1 Fenſtermacher, 1 Schottilier, 1 Maurer und Strohdecker, in Hoierstorf 1 Schlachter, 2 Müller, 2 Schneider, 1 Schottilier, 1 Zimmermacher, 1 Leinweber. Im Erbregiſter des Amtes Wolfenbüttel ſind gar keine Köter als Handwerker bezeichnet; ſie werden dort aber wohl nicht gänzlich gefehlt haben. Im Erbregiſter des Gerichtes Aſſeburg 1569 findet ſich einige Male die Bemerkung, daß Köter als Zimmerleute mit der Axt dienen.

Die großen Beſitzdifferenzen, die innerhalb der Klaſſe der Köter exiſtierten, ließen mit ſchärferer Ausbildung der Dienſtverfaſſung allmählich eine Scheidung eintreten, um Ungerechtigkeiten in der Belaſtung zu mildern. Es wurde bisweilen zwiſchen Groß- und Kleinkötern unterſchieden. Im Gerichte Aſſeburg wurden die Köter mit größerem Beſitz im Sommer bisweilen zu Spanndienſten herangezogen. In den beiden Dörfern Wetzleben und Sambleben, die der Familie vom Sambleben gehörten, wurde 1584 zwiſchen Kotſaſſen und Halbkötern unterſchieden; jene dienten 2 Tage, dieſe 1 Tag wöchentlich.

Zwiſchen Kötern und Ackerleuten ſtehen die Halbackerleute oder Halbſpänner. Ihre Höfe haben einen doppelten Urſprung; es ſind entweder geteilte Ackerhöfe oder allmählich erweiterte Kothöfe.

Das Recht, Ackerhöfe zu teilen, ſtand den Grundherrn auch nach dem Abſchiede von 1597 zu. In der allgemeinen Landesordnung von 1647 wurde ihr Recht ausdrücklich anerkannt. Und ſie haben im 17. Jahrhundert vielfach davon Gebrauch gemacht. Das Wolfenbütteler Erbregiſter enthält wiederholt die Randbemerkung, daß ein Ackerhof ſpäter geteilt iſt.[1]) Dem Fürſten konnte es wegen des Dienſtes einerlei ſein, ob er einen vollen Spanndienſt oder zwei halbe Spanndienſte erhielt.

Andererſeits haben ſich Halbſpänner aus der Reihe der Köter emporgehoben; von Kötern, welche ihren Betrieb bedeutend vergrößert hatten, wurden Spanndienſte gefordert, ſie traten in die Klaſſe der Halbackerleute ein. Wurde ſpäter wieder Land von ihrem Hofe genommen, ſo traten ſie auch wohl in den Stand der Köter zurück. Bisweilen wurden auch Kotweſen direkt zu einem Halbſpännerhof zuſammengelegt.

In den Erbregiſtern ſind die Grenzlinien gegen die Klaſſe der Ackerleute einerſeits und die der Köter andererſeits nicht immer ſcharf gezogen.

---

[1]) cf. die Dörfer Rautheim, Atzum, Halchter, Leiferde, Aberßem, Thiede.

Die Grenzen waren tatsächlich flüssig. Um die Mitte des Jahrhunderts werden vielfach nur Ackerleute und Köter genannt; die Halbspänner hatten sich aus ihnen noch nicht abgesondert. Erst mit der wachsenden Dienstlast, die die geringeren Ackerhöfe nicht mehr leisten konnten, trat die Differenzierung ein. Gerade das Erbregister des Amtes Wolfenbüttel, das ja in gewisser Beziehung einen fließenden Zustand schildert, ist hier sehr lehrreich.

Ackerleute, Halbspänner und Köter bildeten die Nachbarn der Gemeinde, sie hatten die Feldmark unter dem Pfluge. Betrachten wir kurz das Verhältnis der drei Klassen unter einander. An Zahl überragten die Köter die andern Klassen bei weitem, in einigen Dörfern fehlten diese ganz. Dem numerischen Übergewicht entsprach aber nicht ein Übergewicht des Besitzes; im Gegenteil hier standen sie in der Regel weit zurück hinter den Ackerleuten. Es sind oft doch schon ganz bedeutende Besitzdifferenzen innerhalb des Dorfes vorhanden, die nicht nur für die Dienstherrn eine Klassenscheidung notwendig machten, sondern auch innerhalb der Dorfgemeinde Grenzscheiden und Klassengeist erweckt haben. Und die Ackerleute haben sicher in Gemeindeangelegenheiten das entscheidende Wort gesprochen.

Über die außerhalb der Nachbarschaft stehenden Dorfbewohner, die Häuslinge, schweigen die Erbregister des 16. Jahrhunderts in der Regel, und selbst der Landtagsabschied von 1597 erwähnt sie bei den Diensten nicht. Aber sie existierten bereits und zahlten ein geringes Dienstgeld; so werden in der Wolfenbütteler Amtsrechnung 1575/6 unter der Dienstgeldeinnahme mehrere Häuslinge genannt. Nach dem Asseburger Erbregister hatte 1569 ein Häusling in Groß-Denkte einen Kothof inne. Auch das Erbregister des Eichgerichtes 1569 nennt in Groß-Gleidingen einen Häusling als Inhaber einer Kotstelle. Die hinter dem Dorfe Uhrde im Erbregister Wolfenbüttel hinzugefügte Flurbeschreibung vom Jahre 1614 kennt hier 6 Häuslinge, darunter 3 Witwen und einen Schäfer. Dem Hause Sambleben mußten bereits 1584 die 6 Häuslinge zu Sambleben und Wetzleben wöchentlich einen Tag dienen.

Der Staat erhielt mit den wachsenden Staatssteuern und Dienstfronden ein Interesse daran, Neuansiedlungen zu begünstigen. So kam man dazu, Häuslinge außerhalb des Dorfes anzusiedeln. Diese Häuslinge haben ihre eigenen Häuser, unterscheiden sich dadurch vollständig von den Häuslingen, die sich bei anderen Leuten eingemietet hatten.

Im Amte Wolfenbüttel ist die Zahl dieser Neuanbauer nie sehr groß geworden. Dagegen kommen sie später in Ämtern, wo wegen der wenigen dazu gehörigen Dörfer Mangel an Diensten bestand, zahlreicher vor. Das

Erbregiſter des Amtes Gebhardshagen vom Jahre 1614 nennt 17 Häuslinge, denen das Amt zur Verbeſſerung der Amtsaufnahmen gegen einen geringen Zins den Anbau außerhalb des Dorfes auf einem „buhten Garten" geſtattete; unter ihnen befinden ſich der Vogt, Förſter und Schweinmeiſter. Auch im Amte Heſſen, zu dem nur die beiden Dörfer Heſſen und Pabſtdorf gehörten, ſind im Laufe des 17. Jahrhunderts eine große Zahl von Häuslingsſtellen entſtanden, während ſich die übrigen Bauernklaſſen nicht vermehrt haben. 1604 gab es im Dorfe Heſſen 10 Ackerleute, 5 Halbſpänner, 81 Köter, in Pabſtdorf 8 Ackerleute, 18 Halbſpänner, 34 Kotſaſſen. Obwohl aus dem Aſſeburger und Schöppenſtedter Gerichte dem Amte einige Dörfer mit ihren Dienſten beigelegt wurden, geſtaltete ſich 1670/1 das Verhältnis folgendermaßen: Dorf Heſſen hatte 8 Ackerleute, 8 Halbſpänner, 80 Köter, 34 Häuslinge mit eigenen Häuſern, 10 Beiſitzer, und Pabſtdorf 8 Ackerleute, 13 Halbſpänner, 34 Köter, 10 Häuslinge und einen Beiſitzer. Aus den Burgamtsrechnungen kann man für das Eichgericht die Bewegung um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert deutlich erkennen.[1]) Immer wieder werden hier Perſonen angeführt, die als Häuslinge angenommen worden ſind, dafür dem Burgamte Annehmungsgeld entrichtet haben und dann Dienſtgeld zahlen. Die Stadt brauchte die Naturaldienſte der Gerichtsuntertanen nicht; der Stand der Häuslinge war hier gewiß keine künſtliche Schöpfung. Wir müſſen wohl als Entſtehungsgrund ein raſches Wachſen der Bevölkerung annehmen; für die Neuanſiedler ſetzte die Gemeinde keinen Allmendeanteil aus; in einer Zeit, wo alles auf Zuſammenſchluß, auf Konſervierung der beſtehenden Verhältniſſe hindrängte, ſollte der Gemeinheitsbeſitz nicht mehr in kleinere Teile zerſplittert werden.

Während die übrigen Bauernklaſſen ſich feſt zuſammenſchloſſen, gegeneinander abgrenzten und in den folgenden Jahrhunderten an Zahl nicht wuchſen, hat ſich der Stand der Häuslinge langſam weitergebildet. An Zahl immer wachſend, differenzierte er ſich allmählich in Häuslinge mit eigenen Häuſern und eingemietete Häuslinge oder Beiſitzer. Manche erwarben ſich auch etwas Land; auf die Dauer konnten ſie auch von Gemeinderechten und Gemeindepflichten nicht ausgeſchloſſen bleiben.

Die Beſitzer der großen Bauernhöfe konnten den Acker mit den Arbeitskräften der eigenen Familie nicht beſtellen, ſie konnten nicht ohne Geſinde fertig werden. Auch die Dienſtlaſt, die ſie wöchentlich zu 2 Tagen Dienſt an den Gerichtsherrn verpflichtete,[2]) zwang ſie oft, Knechte zu halten. In

[1]) cf. Anhang III c.

[2]) Siehe unten, Kapitel 3.

der Pflug- und Erntezeit fanden ſie unter den Kötern und Häuslingen genügend Hilfskräfte, und auch das Korndreſchen werden ſie meiſt durch Tagelöhner vollführt haben. Nur ſo können wir es verſtehen, wenn die dürftigen Quellen nur eine ganz niedrige Zahl für die vorhandenen Knechte angeben. Im Amte Lichtenberg[1]) gab es 1540 in Summa 625 „wohnhaftige Man", 127 (erwachſene) Söhne und nur 45 Knechte; wobei die Dörfer Ober- und Niederfreden, Lobmachterſen, Kalbechte, Leinde, Ölsburg, Watenſtedt, Oelber und Engerode nicht mitgerechnet ſind. Es gab nicht einmal ſo viel Knechte als Ackerhöfe.[2]) Dörfer, wo viele erwachſene Söhne waren, hatten gar keine oder nur wenig Knechte. Die meiſten Knechte gab es in Kramme, nämlich 10; aber hier lagen auch 7 Ackerhöfe; davon hatten drei dienſtfreie Höfe allein 32 Hufen Land; und außerdem wurden nur 6 erwachſene Söhne gezählt. Im Amte Schöningen[3]) hatten die Ackerleute teilweiſe einen Knecht; hatten ſie einen erwachſenen Sohn, ſo ſcheinen ſie vielfach auch ohne Knecht fertig geworden zu ſein. Außerdem fehlten natürlich Dienſtjungen nicht. Über die Lohnverhältniſſe des Geſindes finden ſich keine Angaben; es läßt ſich daher nicht feſtſtellen, wie weit die Klagen, die Algermanns Schreiber[4]) in ſeiner Schrift über die Lage des Bauernſtandes über hohe Dienſtlöhne anſtimmt, auf tatſächlichen Verhältniſſen beruhen. Jedenfalls hat ſich der Ackermann des 16. Jahrhunderts mit ganz geringen Arbeitskräften beholfen. Er zeigte ſich noch nicht fähig, ſeinen Beſitz wirtſchaftlich auszunutzen.

Die Quellen, aus denen das Bild von der ſozialen Gliederung des Bauernſtandes geſchöpft iſt, ſtammen ja hauptſächlich aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts; aber es paßt ohne erhebliche Fehler auch für das ausgehende 15. und den Anfang des 16. Jahrhunderts. Ein Reſultat können wir als feſtſtehend betrachten. In der Zeit der Bauernkriege war der Bauernſtand des Landes Braunſchweig kein länderloſes Proletariat. Selbſt

[1]) W. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregiſter 1540.

[2]) Nach der Beſchreibung der Schmalkaldener von 1546 gab es in jenen Dörfern 88 Ackerleute mit 463 Hufen Land. Br. St. A., Abt. VII, Bd. 27, fol. 241.

[3]) W. L. A. Amt Schöningen, Erbregiſter Ende des 16. Jahrhunderts.

[4]) Wolfenbütteler Bibliothek, Mſkrpt.: Etzliche Urſachen des Verderbens ꝛc. 1585, fol. 7. Danach verlangte damals ein Knecht jährlich 15 Gulden, 1 Morgen Korns, 2 Ellen Tuch, 5 Ellen Leinwand, 1 Paar Schuh; eine Magd: 6 Gulden, 20 Ellen Leinwand, 1 Schürze, 1 Halstuch, 1 Paar Schuh, 3 Pfund Wolle. Vom Amte Wolfenbüttel bekamen die Wagenknechte: 1521 im Sommer je 1 Mark 3 ½ Schilling 3 Pfg., im Winter 20 Schilling, im Jahre 1575/6 im Sommer und Winter je 3 Gulden 10 g = 7 Gld. jährlich; die Milchmädchen („Meierſchen") bekamen: 1521 Michaelis und Oſtern je 15 Schilling, 1575/6 Oſtern und Michaelis je 2 Gulden = jährlich 4 Gulden. Eine eingehende Behandlung des Geſindelohnes auf den Domänen würde für die Lohnbewegung kaum bedeutende Reſultate liefern.

die kleinſten Höfe, die Kothöfe, waren durchſchnittlich noch nicht zu klein bemeſſen für eine Familie. Und die großen Bauernhöfe fallen zum Teil ſchon unter den Begriff „Gut“ im modernen Sinne. In den Grundzügen zeigt ſich ſchon das Bild unſerer Tage, die ſoziale Gliederung hat ſich ſeitdem nicht erheblich geändert. Und überall ſehen wir die ſtärkſten Beſitzdifferenzen als Zeichen dafür, daß der Bauernſtand nicht eine lebloſe Maſſe war, daß dem Individuum Spielraum gegeben war für ein erfolgreiches Betätigen ſeiner Kräfte. Der Bauernſtand war nicht ſo kapitalkräftig wie heute, wo die Landwirtſchaft Braunſchweigs zu den reichſten und blühendſten des deutſchen Reiches gehört; aber ihm fehlte auch nicht völlig das Kapital, womit er ſich bisweilen wenigſtens faktiſch das Eigentum an ſeinen Gütern erwerben konnte. Und wo er dies nicht beſaß, erlangte er doch im Laufe des Jahrhunderts ein gutes erbliches Beſitzrecht. Erſt am Schluſſe des Jahrhunderts hören wir von den Häuslingen, die kein Land und kein Bauernrecht hatten, die aber auch nicht zur Fronarbeit verpflichtet waren, ſondern als Handwerker oder freie Tagelöhner ihren Unterhalt fanden und in der Regel ein eigenes Haus gegen eine ganz unbedeutende Rekognitionsgebühr bewohnten.

Kapitel III.

Die Laſten.

Ein richtiges Verſtändnis für die Lage des Bauernſtandes und die Klaſſenbildung innerhalb desſelben werden wir erſt gewinnen, wenn wir die auf dem Grund und Boden ruhenden Laſten betrachtet haben. Die günſtige Entwicklung des bäuerlichen Beſitzrechtes, das energiſche Hinarbeiten des Staates auf Konſolidation der Wirtſchaftsbetriebe und Sicherung des Beſitzes iſt ein Produkt der wachſenden Staatslaſten, die der Fürſt auf den Grundbeſitz legen mußte. Die Klaſſenbildung iſt weſentlich beeinflußt worden durch die Dienſtfronden, die der Landesherr von den Gerichtsuntertanen in wachſendem Maße beanſpruchte, wie wir ſchon im vorhergehenden Kapitel beobachten konnten.

A. Reallaſten.

Der Bauernſtand wurde zunächſt durch eine Reihe auf den Gütern liegender Reallaſten getroffen. Aus dem Mittelalter hatten ſich die

Überreſte ehemaliger Leibeigenſchaft und Hörigkeit gewohnheitsmäßig erhalten. Wenn auch faktiſch die ganze Hörigkeitsverfaſſung aufgelöſt war, die Abgaben waren geblieben und hatten ſich als dingliche Laſten auf die Bauernhöfe gelegt.

So mußten in vielen Dörfern und Gerichten noch Vogthafer, Vogtroggen oder Vogtgeld an das Amt gezahlt werden. Es war dies die mittelalterliche Abgabe, die der Untertan dem Gerichtsherrn für den Gerichtsſchutz zahlte.[1]) Die Abgabe ruhte im 16. Jahrhundert in der Regel auf ganzen Gemeinden, nicht auf einzelnen Perſonen. Nur nach dem Amtsregiſter des Amtes Wolfenbüttel von 1521 war das Vogtgeld noch eine perſönliche Abgabe, die nicht auf der ganzen Gemeinde, ſondern auf einzelnen Höfen haftete.[2]) Sonſt findet ſich in den Erbregiſtern bei den einzelnen Dörfern unter den allgemeinen Bemerkungen, daß das betreffende Dorf ein beſtimmtes Maß Korn als Vogtkorn gibt. Im Amte Wolfenbüttel[3]) betrug die Höhe dieſer Abgabe je nach der Größe der Dörfer 2 Scheffel, 4 oder 6 Scheffel, ja Dettum gab 10 Scheffel Hafer. Die Einnahmen für das Amt aus dieſer Abgabe waren nicht unbedeutend. Die Schmalkaldener verrechneten unter der Einnahme des Amtes Wolfenbüttel jährlich 199 Scheffel Vogthafer; und dabei gehörte damals das Gericht Aſſeburg nicht zu dem Amte; aus dieſem Gerichte[4]) hatte das Amt jährlich 141 ½ Sch. Vogthafer und 14 Sch. Vogtroggen. Nach der Kornrechnung von 1587/8 nahm das Amt 359 Scheffel Vogthafer und 18 Sch. 7½ H. Vogtroggen ein. Im Amte Liebenburg werden als Bauernhafer in der Rechnung der Schmalkaldener 286 Scheffel 4 Himpten Einnahme verzeichnet;[5]) da der Zinshafer noch beſonders aufgeführt iſt, ſo muß man den Bauernhafer wohl als Vogthafer auffaſſen. In anderen Ämtern finden ſich nicht Zahlen, die auch nur einigermaßen den Vergleich mit Wolfenbüttel und Liebenburg aushielten.[6]) In vielen Ämtern, wie z. B. Lichtenberg und Schöningen, iſt nichts von einer Einnahme an Vogtkorn vermerkt. Im Amte Woldenberg[7]) erhielt das Amt den Vogthafer nicht. Gerade hieraus geht hervor, daß die Abgabe allgemeiner verbreitet war, daß nur das Amt nicht immer der Gerichtsherr geweſen war.

---

[1]) Der Vogt übte im Mittelalter als Vertreter des Gerichtsherrn den Gerichtsſchutz aus. Bisweilen findet ſich auch der Ausdruck „Vordedingsgeld"; es war das Geld, welches für die Verteidigung gegen Gewalttaten gegeben wurde.

[2]) cf. Br. St. A. VII. Schmalkaldiſcher Bund, Band 27, fol. 24.

[3]) W. L A. Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter 1566(?). Erbregiſter von Aſſeburg 1569.

[4]) Erbregiſter 1569.

[5]) Br. St. A., VII, Bd. 27, fol. 164.

[6]) cf. Br. St. A., VII, Bd. 27. Amt Winzenburg und Fürſtenberg.

[7]) ib. fol. 323.

Hier müſſen auch der Freienzins, das Meierdingsgeld und ähnliche Abgaben erwähnt werden, denn auch ſie bedeuteten eine Rekognition an den Gerichtsherrn. Dieſe Abgaben waren frühzeitig fixiert worden und hatten deshalb alle Bedeutung verloren.

Ferner zahlte jeder Hofinhaber jährlich das Rauchhuhn oder das Halshuhn,[1]) in der Regel an das Amt als Gerichtsherrn und nur bisweilen an den Grundherrn. Auch Hofzinſe und Wachszinſe, die hier und dort an das Amt gezahlt wurden, muß man wohl in dieſem Zuſammenhang nennen.

Vor allem aber waren Bedemund und Baulebung, die Abgaben bei Heirats- und Todesfällen, geblieben. Das Heiratsgeld beſchränkte nicht die perſönliche Freiheit, eine Erlaubnis zur Heirat war damit nicht verbunden; es wurde nur die Abgabe aus alter Gewohnheit weiter entrichtet. Im übrigen war der Bedemund, ſchon 1433 auf das herkömmliche Maß geſetzlich beſchränkt, ganz unbedeutend, überſtieg die Höhe eines Gulden in der Regel nicht. Es herrſchten hier natürlich lokale Differenzen; die Abgabe war von Amt zu Amt verſchieden. Doch laſſen ſich zwei Arten der Berechnung unterſcheiden. Entweder wurde die Höhe nach der Zugehörigkeit zu den drei Bauernklaſſen beſtimmt, oder die Abgabe wurde danach bemeſſen, ob eine Perſon ſich zum erſten, zweiten oder dritten Male verheiratete; bei jeder neuen Heirat ermäßigte ſich dann die Abgabe. Faktiſch ſcheint man ſpäter vielfach die Bedemundsabgabe dazu benutzt zu haben, um eine gewiſſe amtliche Aufſicht über die Heiraten auszuüben. Nach der Verordnung von 1620[2]) mußten alle Eheſtiftungen ins Amtsbuch eingetragen werden; die Amtsleute mußten dabei unterſuchen, ob die Ehe nicht dem Intereſſe des Landesherrn zuwider ſei. Vom Bedemund iſt in dieſer Verordnung keine Rede. Aber 1713 wurde den Predigern bei Strafe verboten, Brautpaare zu proklamieren und kopulieren, bevor ſie ihm eine Quittung über bezahlten Bedemund vorgelegt hätten.

Die Baulebung war durch den Vertrag von 1433 auf das nächſtbeſte Stück beſchränkt worden. Der Ackermann gab das nächſtbeſte Pferd, der Köter die nächſtbeſte Kuh. Im Laufe des 16. Jahrhunderts wurde es Regel, daß der Amtmann die Baulebung nicht in natura nahm, ſondern ſich mit den Erben in jedem Einzelfalle auf eine Geldabgabe einigte. Nach der Amtsrechnung von 1521 betrug die Geldeinnahme aus der Baulebung im Amte Wolfenbüttel nur 39 Gulden 2 Schilling; damals ſcheinen Pferde und Kühe noch faſt immer ins Amt genommen worden zu

[1]) Beide Ausdrücke werden im Erbregiſter des Amtes Wolfenbüttel identifiziert.
[2]) cf. Geſenius I, S. 479.

ſein. Die durch die Schmalkaldener angefertigte Beſchreibung der Ämter zeigt klar das Übergangsſtadium. Doch war es ſchon damals im allgemeinen Sitte, daß die Erben Geld zahlten. Dieſe Abgabe konnte für kleine Köter ſehr drückend werden, ſolange ſie eine Naturalabgabe war. Als Geldzins verlor ſie an Bedeutung. Für das Amt war es aber oft noch eine erhebliche Einnahmequelle. Im Amte Wolfenbüttel brachte die Baulebung in dem Rechnungsjahre 1575/6 604 Gulden 15 Groſchen, 1587/8 499 Gulden 19 Gr. 3 Pf., 1591/2 201 Gulden 19 Groſchen ein. Am vorteilhafteſten war es für den Bauern, wenn ſich eine feſte Geldtaxe eingebürgert hatte, wie z. B. im Gerichte Aſſeburg, wo der Rat in jedem Baulebungsfall 3 Gulden genommen hatte. Später ſcheint die Art der Baulebung eine etwas andere Geſtalt angenommen zu haben. Nach dem Berichte des Amtmanns in Gebhardshagen aus dem Jahre 1714 [1]) waren dort ſeit 1634 nicht mehr Pferd oder Kuh gefordert worden, ſondern anſtatt deſſen alle 3—4 Jahre eine kleine Abgabe. In der Amtsrechnung des Reſidenzamtes Wolfenbüttel 1740/1 erſcheint deshalb auch die Baulebung unter den feſten ſtändigen Intraden; jedes Dorf hatte wohl ſeine feſte Taxe.

Auch eine Erbſchaftsabgabe hatte ſich aus dem altdeutſchen Rechte erhalten. Der Inhaber des Hofes mußte an die nächſten Blutsverwandten aus dem Nachlaß des Mannes das Hergewedde, aus dem der Frau das Frauengerade zahlen. Die Stücke, welche in das Hergewedde oder Frauengerade gehörten, waren für die einzelnen Gerichte genau beſtimmt. [2]) Forderten die nächſten Erben die Abgaben nicht binnen Jahr und Tag, ſo fiel alles an die hohe Obrigkeit. Wurden die Erbſchaften aus einem Gerichte in das andere gezogen, ſo gebührte dem Gerichtsherrn der dritte Pfennig. Dieſe Erbſchaftsabgaben, welche den Ideen der Zeit, der wirtſchaftlichen Geſchloſſenheit und Einheit des Gutes ſo ſehr widerſprachen, haben ſich im Herzogtum Braunſchweig verhältnismäßig lange erhalten. Als Friedrich Ulrich ſie im Jahre 1625 durch Verordnung aufhob, ſagte er ſelbſt, daß die Abgabe in benachbarten Fürſtentümern ſchon vor vielen, vielen Jahren aufgehoben ſei. Als Gründe für das Edikt werden angegeben: [3]) Die Rechtslehrer ſeien ſich nicht einig über den Umfang dieſer Abgabe, über die Zeit, innerhalb der ſie zu fordern ſei. Es herrſchten lokal große Unterſchiede. Vor allem aber wurden Häuſer, Vorwerke und Güter dadurch geſchwächt, und es gerieten die Geſchlechter ins Verderben.

---

[1]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Acta Hals- und Leibeigene betreffend.

[2]) cf. W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter 1566 (?). Geſenius I, Beilagen, S. 12/13.

[3]) Die Verordnung iſt zuſammengedruckt mit der Hofgerichtsordnung von 1571.

Der dritte Pfennig wurde durch die Verordnung nicht berührt. Von ihm waren nur die vornehmen Diener des Fürſten, unter ihnen auch Amtmann und Amtsſchreiber, ſeit 1590[1]) befreit. Es ſcheint der dritte Pfennig im 16. Jahrhundert auch beim Verkauf von liegenden Gründen erhoben worden zu ſein. Die Stadt Braunſchweig beklagte ſich 1569[2]) darüber, daß die fürſtlichen Amtleute von allen Gütern, die in ihre Ämter verkauft worden, den dritten Pfennig des Kaufgeldes erhoben hätten. Sie ſetzte ihre Anſprüche durch, der dritte Pfennig ſollte nur von Erbſchaften, Hergewedde und Frauengerade gefordert werden und der neue Aufſatz des dritten Pfennigs unterbleiben. Im Laufe des 16. Jahrhunderts fielen vielfach die Schranken zwiſchen den einzelnen Gerichten durch Übereinkommen. So forderten die Gerichte Schöningen, Jerxheim und Vogtsdahlum gegenſeitig den dritten Pfennig nicht mehr.[3]) Der Landtagsabſchied zu Alfeld von 1614[4]) enthielt folgenden Abſchnitt: Wenn von fremden Adligen Erbſchaften aus dem Lande gezogen würden, ſollte der dritte Pfennig nicht gefordert werden, wenn in jenem Land der Abzug des dritten Pfennigs auch nicht gebräuchlich ſei. Im Jahre 1652[5]) wurden Abzugsgelder und dritter Pfennig zwiſchen dem Wolfenbütteler und Kalenberger Lande völlig aufgehoben.

Die ſchwerſte Reallaſt, die auf dem bäuerlichen Beſitze ruhte, war entſchieden der Zehnte. Für das Amt Wolfenbüttel habe ich aus dem Erbregiſter folgende Summen gebildet, welche die Zehntfahrer den Zehntherrn zinſten. Im Gericht Bebdingen trug der Kornzehnte ein: 6 Scheffel Weizen, 444 Sch. Roggen, 107 Sch. Hafer, 161 Sch. Gerſte und 151 Sch. nicht näher bezeichnetes Korn. Im Halbgericht kamen ein 6 Sch. Weizen, 322 Sch. Roggen, 38 Sch. Hafer, 16 Sch. Gerſte; nicht mitgerechnet ſind das zehntfreie Dorf Wendezelle, und Meerdorf, wo das Kloſter Ribdagshauſen den Zehnten verſetzt hatte und die Inhaber ihn ſelbſt fuhren. Im Gerichte Dahlum[6]) brachte der Zehnte 50½ Sch. Weizen, 208½ Sch. Roggen, 163½ Sch. Hafer, 46½ Sch. Gerſte; im Gerichte Eveßen 68½ Sch. Weizen, 193 Sch. Roggen, 177 Sch. Hafer, 80 Sch. Gerſte; im Gerichte Schöppenſtedt 48 Sch. Weizen, 230 Sch. Roggen, 225 Sch. Hafer, 158 Sch. Gerſte; im Gerichte Aſſeburg 223 Sch. Weizen, 363 Sch.

---

[1]) cf. Kalenberger Landesordnungen, Caput VI, Nr. 1, 2.
[2]) cf. den Vertrag von 1569, abgedruckt bei Rehtmeier a. a. O., S 991 ff.
[3]) Geſenius a. a. O., Beilagen, S. 14.
[4]) Ribbentrop a. a. O., S. 209.
[5]) cf. Kalenberger Landesordnungen, Caput VI, Nr. 3.
[6]) Nicht mitgerechnet ſind Ober- und Niederdahlum.

Roggen, 550 Sch. Haſer, 402½ Sch. Gerſte. In Summa wurden alſo dem Bauernſtande im ſpäteren Reſidenzamte durch die Zehntabgabe entzogen: 402 Scheffel Weizen, 1760½ Sch. Roggen, 1260½ Sch. Haſer, 864 Sch. Gerſte und noch 151 Sch. allerlei Korn. Nicht mitgerechnet iſt dabei der Flachszehnte und der Fleiſchzehnte.

Die große Menge des bäuerlichen Beſitzes war zehntpflichtig. Welchen Umfang die Zehntfreiheiten hatten, laſſen die Erbregiſter meiſt nicht erkennen, und vor allem geben ſie nie die Gründe für dieſe Freiheit. Im Amte Schöningen[1]) gab es 1584 469½ Hufen zehntpflichtiges und 125 Hufen 21 Morgen zehntfreies Land. Von dem zehntfreien Land gehörten 56 Hufen 8½ Morgen der Feldmark der Stadt Schöningen[2]) an und 25 Hufen 5½ Morgen lagen auf der Esbecker Feldmark. Sonſt kam in erſter Linie Pfarr- und Kirchenacker als zehntfrei in Betracht. Im Amte Heſſen[3]) waren 1679 von 205 Hufen 26⅛ Morgen Land nur 250½ Morgen zehntfrei, alſo nur wenig über 1/30 des Ackers.

Der Fleiſchzehnte war in der Regel eine geringe Geldabgabe. Jeder zehntpflichtige Nachbar gab 1 Zehnthuhn und vom Haufen 1 Gans, außerdem wurde von Ferkelmüttern, von jedem Lamm, Fohlen und Kalbe ein unbedeutender Geldzins gegeben. Oder auch es wurde das 10. Lamm oder das 10. Ferkel in natura gegeben. Immer aber war es eine Abgabe von der Zuzucht; es war eine Vergütung der Bauern dafür, daß der Zehntherr Bullen und Kempen halten mußte. Wo der Zehntherr keine Zuchtſtiere und Zuchteber hielt, ſcheint er auch nicht den Fleiſchzehnten bekommen zu haben.

Der Fruchtzehnte wurde in erſter Linie von den 4 Hauptgetreidearten gegeben. Er wurde in natura vom Felde eingeſammelt; höchſt ſelten gab eine Dorfſchaft dem Zehntherrn dafür einen Geldzins. Nur für den Flachszehnten beſtand meiſt eine Geldabgabe, doch kommt auch hier die Naturallieferung vor.

Karl der Große hatte nach der Unterwerfung des Sachſenlandes den Zehnten eingeführt als eine Abgabe an die Kirche. Hier hatte ſich aber im Laufe der Jahrhunderte ein großer Umſchwung vollzogen. Im 16. Jahrhundert gehörte der Zehnte von Neurodungen entweder dem Gerichtsherrn oder dem Grundherrn, in den meiſten Fällen alſo dem Amte. Im übrigen waren die Zehntberechtigungen ebenſo wie die grundherrlichen Rechte voll-

---

[1]) W. L. A. Amt Schöningen, Amtsregiſter ca. 1584.

[2]) Die Stadt Schöningen ſcheint im 17. Jahrhundert mit Erfolg die Zehntfreiheit auf ihrer Feldmark ausgedehnt zu haben. W. L. A., Amt Schöningen. Acta betr. Beſchreibung der Zehntäcker.

[3]) W. L. A. Amt Heſſen, Erbregiſter 1679.

kommen Streubesitz. Der Adel hatte durch Belehnung oder Kauf vielfach Dorfzehnte an sich gebracht, vor allem aber hatten auch hier die Stadt Braunschweig und ihre kapitalkräftigen Bürger in den benachbarten Gerichten die Zehntgerechtigkeiten in überwiegendem Maße erworben. Aber niemals fand sich die Zehntherrschaft über ein geschlossenes Gebiet, etwa über ein Gericht, in einer Hand vereinigt. Von Dorf zu Dorf wechselte die Person des Zehntherrn, ja nicht selten war in einem Dorfe der Zehnt unter mehrere Zehntherrn geteilt. Gerade dadurch, daß vielfach wüste Feldmarken zu Dörfern gelegt worden waren, wurde das Bild noch bunter.

Fürst, Adel und Klöster fuhren ihre Zehnten selbst, wenn sie in der Nähe einen Eigenbetrieb hatten. Sonst taten sie ihn gegen ein Fixum an das Dorf oder einzelne Zehntfahrer aus. Die Braunschweiger Patrizier hatten die Zehnten immer gegen einen bestimmten Zins ausgetan. Hierbei stießen wieder die Interessen der verschiedenen Machtfaktoren auf einander. Der Gegensatz, der in den Ideen des Fürsten, der Amtleute, der Zehntherrn und der Bauern bestand, führte vielfach zu Reibereien und Streitigkeiten. Der Zehntherr wollte sich volles Verfügungsrecht über seinen Zehnten wahren, ihn selbst fahren oder fahren lassen, wohin es ihm beliebte, oder ihn nach seinem freien Entschluß verdingen. Die Bauern dagegen hatten ein Interesse daran, den Zehnten in ihre Hand zu bekommen, weil die Zehntabfuhr durch den Zehntherrn ihnen äußerst lästig war, vor allem der zeitlich freien Einfuhr des Getreides Riegel vorschob, dagegen bei einem festen Geding die Last mit der Quantität des Getreidebaus an Druck verlor. Der Staat, der die wirtschaftliche Kraft der Gemeinden erhalten wissen wollte, sah es ungern, wenn die Zehntherrn den Zehnten fortführten; es ging dem Dorfe das Stroh und damit die Düngkraft verloren. Andrerseits aber war der Fürst bestrebt, die Zehnten in den Amtshaushalt zu ziehen, um dadurch die Amtseinnahmen zu steigern. Hier aber trat er in Gegensatz zu den Untertanen, welche fürchteten, daß wegen der Zehntfuhr ihre Dienstlasten gesteigert werden könnten. Die Amtleute endlich vertraten einerseits scharf den Standpunkt des Fürsten als Domänenbesitzers, andrerseits aber setzten sie sich selbst auch gerne in den Besitz von Zehnten und mißbrauchten dann für die Einfuhr die Wochendienste der Amtsuntertanen.

Diese verschiedenen Kräfte und Gegensätze spiegeln sich deutlich wieder in der Zehntordnung,[1]) welche der Herzog Heinrich d. J. 1564 erließ. Es wurde dem Gutsherrn noch frei gelassen, den Zehnten, wohin er wollte, in sein eigenes Gewahrsam zu fahren oder auf ein oder mehrere Jahre

[1]) Gedruckt bei Schottelius a. a. O., S. 255 ff.

zu verdingen.[1]) In dem freien Verding wurden ihm aber Schranken gesetzt. Allerdings wurde den Dorfschaften ein Näherecht noch nicht zugestanden; der Zehntherr durfte den Zehnten nach seinem Willen an die Gemeinde oder an einzelne Bewohner austun. Aber einerseits durfte er die Armut nicht beschweren, sondern mußte den Zins nach dem Ausfall der Ernte gebührlich bestimmen, andrerseits durfte er ihn außerhalb des Dorfes nur dann verpachten, wenn die Dorfbewohner sich zusammentaten, sich den Zehnten anmaßten, ohne den gebührlichen Zins davon zu geben. Den Vermögenden wurde verboten, bei der Verpachtung die armen, unvermögenden Bauern durch Überfetzung abzudingen. Die Amtleute und andere fremde Personen wurden von der Pacht und der Zehntfuhr ausgeschlossen. Selbstverständlich konnte ihnen nicht verboten werden, sich einen Zehnten verkaufen oder verpfänden zu lassen und denselben dann entweder selbst zu fahren oder nach ihrem Belieben zu verdingen; doch durften sie nicht die fürstlichen Dienste zur Einfuhr solcher Zehnten in Anspruch nehmen und dadurch die Armut beschweren. Die Zehnten, welche bisher auf fürstliche Ämter und Häuser gefahren worden waren, sollten auch in Zukunft dorthin gefahren werden und dem Gutsherrn der gebührliche Zins davon gegeben werden. Für den letzteren Fall setzte der Landtagsabschied von 1597, Art. 17, einen status a quo fest: Die Zehnten, welche im Jahre 1586 mindestens 30 Jahre bei einem Amte gewesen waren, durften von dem Zehntherrn dem Amte nicht wieder genommen werden.

Als die Regierung nach den Wirren des 30jährigen Krieges mit Energie an die Wiederaufrichtung des Staatsgebäudes ging, wurde auch die Zehntordnung wieder aufgefrischt. Die Verordnung von 1651 ist im wesentlichen aus denselben Gesichtspunkten heraus entstanden wie die vom vom Jahre 1564.

B. Dienste.

Als drückendste und schwerste Last legten sich im Laufe des 16. Jahrhunderts die Dienste allmählich auf den Bauernstand. Im Kampfe mit den Grundherrn ist hier der Fürst Sieger geblieben. Die Grundherrn waren darauf bedacht, ihre Bauern möglichst frei von Diensten zu halten, um einen desto höheren Zins von den Gütern verlangen zu können. Je mehr dagegen der Domänenbetrieb zunahm, je intensiver Bergbau, Salz- und Kohlengewinn betrieben wurden, je mehr die Holzungen des Landes der Staatskasse dienlich gemacht wurden, um so größer wurden die Forderungen, die

[1]) Nach dem Landtagsabschied von 1597, Art. 17, durfte er den Zehnten auch in eine eigens zu diesem Zwecke gemietete Scheuer fahren.

der Fürst an die Naturaldienste der Gerichtsuntertanen stellte. Die Amtleute waren hier die getreuen Organe des Fürsten, die die Dienstansprüche selbst höher stellten, als es im Staatsinteresse unbedingt nötig war; freilich mißbrauchten sie auch bisweilen die fürstlichen Dienste für ihre persönlichen Angelegenheiten. Der Bauer selbst mußte sich dem fügen, was Fürst und Grundherr vereinbarten; eigenmächtiges Fernbleiben vom Dienste trug ihm nur eine Strafe ein.

Die Stadt Braunschweig hat hier am energischsten den einseitigen Standpunkt des Grundherrn vertreten und die Opposition gegen die Wünsche des Fürsten und seiner Amtleute nicht ohne Erfolg geführt. Sie hat den „Bürgermeiern", d. h. den Bauern, welche vom Rate, den Bürgern oder den geistlichen Korporationen der Stadt grundherrlich abhängig waren, bedeutend günstigere Dienstlasten errungen.

Als im Jahre 1416 die Herzöge Bernd und Heinrich mit der Stadt Braunschweig einen Vergleich schlossen, wurden auch die Dienste der Bürgermeier festgesetzt: Alle Dienste, welche dieselben an Vögte und Untervögte oder als Reisefuhren geleistet hatten, wurden abgeschafft; die Herzöge wollten auch kein Dienstgeld dafür fordern. In Zukunft sollte der „Buemann" (= Ackermann) nur in der Ernte 1 Tag pflügen, einen Tag Korn, Mist oder Heu einfahren und im Jahre 8 Fuder Brenn- oder Bauholz fahren; arme Leute, welche diese Dienste nicht wohl leisten könnten, sollten von dem Vogte sanfter angefaßt werden; die Köter sollten jährlich 6 Tage dienen. Sonderfreiheiten sollten dabei bestehen bleiben.[1]) Die Stadt bewilligte die Dienste dem Fürsten auf 5 Jahre; man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Verträge stets erneuert und die Forderungen des Fürsten und die Zugeständnisse der Stadt allmählich etwas größer wurden. In dem Vertrage, den der Herzog 1478[2]) mit den Prälaten, den Mannen und der Stadt Braunschweig schloß, waren die Dienste der Köter noch nicht erhöht worden. Die Ackerleute aber mußten jährlich 2 Tage in der Brache pflügen, 2 Tage in der Sommersaat und 2 Tage in der Wintersaat, 1 Tag wenden, 1 Tag roren, 1 Tag felgen, 2 Tage Mist fahren, 2 Tage Korn und 2 Tage Heu einfahren, also in Summa bereits 14 Tage dienen; außerdem mußte jeder jährlich 6 Fuder Brennholz nach Wolfenbüttel bringen. 4 Tage vorher mußten die Dienste den Bauern angesagt werden. Der Herzog sollte mit diesen Diensten keine andere Person belehnen und sie auch nicht verpfänden; wurde ein Dorf versetzt, sollten die Einwohner zum Dienste an den Pfandinhaber nicht verpflichtet sein. Der Vertrag

[1]) cf. Gesenius II, Beilage 2.
[2]) cf. Rehtmeier a. a. O. S. 751.

von 1505[1]) enthielt ganz genau dieſelben Beſtimmungen. Bis dahin waren alſo die Dienſte ganz unbedeutend.

Herzog Heinrich der Jüngere (1514—1568) iſt es geweſen, der die Dienſte in größerem Umfang verlangt hat. Nach Rehtmeier[2]) hat er 1533 zum erſten Male von den Bürgermeiern den eintägigen Wochendienſt gefordert; es ſcheint ein Vertrag auf 6 Jahre geweſen zu ſein. Als die Schmalkaldener ins Land kamen, erhielt die Stadt wieder günſtigere Bedingungen; nach dem Vertrage von 1543[3]) ſollten die Ackerleute jährlich 24 Tage und die Köter 6 Tage dienen.

Als im Jahre 1553[4]) die Kriegswirren zwiſchen Fürſt und Stadt durch Vertrag beendet wurden, war die Stadt froh, ſo viel zu erreichen, daß die Bürgermeier nicht mehr als einen Tag wöchentlich dienen ſollten. Die Art der Dienſte wurde durch die Amtleute beſtimmt; dieſe konnten die Dienſte gebrauchen, wann und wo es ihnen am bequemſten war. Die Dienſte erfolgten von den Wohnhöfen. Nach dem urſprünglichen Vertragsentwurf ſollten die Dienſte von den Gütern geleiſtet werden. Die Änderung war auf Betreiben der Braunſchweiger vorgenommen worden, und wir können ihre Abſichten dabei erkennen: Sie vereinigten die Güter in einer Hand oder taten ſie parzellenweiſe aus, um die Dienſtpflicht zu umgehen.

Die Amtleute, die das treibende Element waren, erlaubten ſich in den folgenden Jahren auch Übergriffe über dieſen Vertrag und forderten die Bürgermeier in arbeitsreicher Zeit über das bewilligte Maß hinaus zum Dienſte. In dem Vertrage von 1558[5]) verſprach der Fürſt auf die Klagen der Stadt hin, den Amtleuten und Vögten bei harter Strafe zu verbieten, übermäßige Dienſte von den Bürgermeiern zu verlangen. Die Amtleute ſollten ausführliche Dienſtregiſter halten und keinen mehr beſchweren als den andern; vor allem ſollten die Bürgermeier in den Gerichten Schöppenſtedt, Lichtenberg und Gebhardshagen u. a., von denen man Dienſtgeld zu nehmen pflegte, nicht mehr als 8 Tage jährlich nach altem Brauche dienen. Im folgenden Jahre[6]) ſchon erneuerten die Braunſchweiger ihre Klagen, aber allgemein, ſie brachten keine tatſächlichen Einzelfälle. Der Fürſt ließ zur Beruhigung die Amtleute nach Wolfenbüttel kommen und ſchärfte ihnen, einem jeden perſönlich und vor dem großen Ausſchuß der Stände, noch einmal ein, den Vertrag von 1553 zu

[1]) Rehtmeier a. a. O. S. 852.
[2]) ib. S. 880.
[3]) cf. Br. St. A. Abt. VII, Schmalkald. Bund, Band 27, fol. 63 ff.
[4]) cf. Rehtmeier S. 924 ff.
[5]) Rehtmeier a. a. O. S. 937.
[6]) cf. Rehtmeier a. a. O. S. 938.

halten und genaue besondere Dienstregister über die Bürgermeier zu führen. Übertreter dieses Verbotes versprach er als eidvergessene Knechte zu strafen.

Der Gegensatz zwischen den Amtleuten und der Stadt blieb bestehen; der Vertrag von 1569[1]) läßt uns auch den Grund und Gegenstand des Zwistes erkennen. Die Amtleute hatten, seit sie von den eigentlichen Höfen nur den eintägigen Wochendienst fordern durften, auf die Nebengüter übermäßige Dienste gelegt. In dem Vertrage von 1569 wurde der Grundsatz durchaus anerkannt, daß von diesen Nebengütern Dienste geleistet werden mußten; es wurde den Bürgermeiern nur zugestanden, diese Güter ohne Unterschied, ob es Erb- oder Pachtgüter waren, zu verlassen, zu verkaufen oder anderen zu vermieten; behielten sie die Äcker, mußten sie auch den Dienst davon tun.

Im folgenden Jahre kam dann noch ein Gegensatz zum Austrag, wurde noch eine Unklarheit gelöst. Man stritt sich über den Begriff „Bürgermeier". Die Amtleute[2]) wollten darunter nur die Ackerleute verstanden wissen und forderten die Braunschweiger Kotsassen wie andere Köter 2 Tage zum Dienste; die Braunschweiger faßten den Begriff als ein genus, dessen species die verschiedenen Bauernklassen seien. Die fürstlichen Räte brachten die Angelegenheit vor den Herzog, und dieser entschied im Sinne der Braunschweiger. Diese Entscheidung scheint allerdings keine endgiltige gewesen zu sein. In den Erbregistern werden Kotsassen nie als Bürgermeier bezeichnet, und nie wird von ihnen überliefert, daß sie nur 1 Tag dienten.

Bis zum Jahre 1645 hat die Stadt diese Vorrechte für die Bürgermeier gewahrt, in dem Vertrage von 1615[3]) waren sie ausdrücklich bestätigt worden. Im Jahre 1645[4]) verfügte eine herzogliche Verordnung, daß die Bürgermeier den zweitägigen Wochendienst tun sollten; 1660[4]) wurde die Verordnung erneuert. Die Stadt hat sich lange gesträubt, diese Tatsachen anzuerkennen. Noch im Jahre 1702, also 30 Jahre nach der endgiltigen Unterwerfung unter die Landesherrschaft brachte sie auf dem Landtage Beschwerden über den zweitägigen Dienst vor. Aber der Landtag schenkte ihren Klagen kein Gehör und erkannte die Verordnungen von 1645 und 1660 als zu Recht bestehend an.

Bei den übrigen Bauern hat sich dieselbe Entwicklung schneller und nicht unter so starkem Widerstreben der Grundherrn vollzogen. Die Adligen und Klöster hatten selbst Eigenbetriebe, für die sie bäuerliche

[1]) Abgedruckt bei Rehtmeier a. a. O. S. 991 ff.
[2]) cf. Rehtmeier a. a. O.
[3]) cf. Rehtmeier a. a. O.
[4]) cf. Gesenius II, S. 63.

Dienſte nötig hatten. Die Verträge von 1478 und 1505 beſchwerten für das Amt Wolfenbüttel die Leute der Prälaten und des Adels nicht mehr als die Bürgermeier. Um die Mitte des Jahrhunderts waren die Dienſte in den einzelnen Gerichten verſchieden:[1]) In den Ämtern Schöningen, Wolfenbüttel, Lichtenberg, Steinbrück beſtand ſchon damals der zweitägige Wochendienſt. Im Amte Wolfenbüttel wurden die Bauern in der Ernte auch mehr als 2 Tage zu Dienſte gefordert, ebenſo im Amte Schöningen. Im Amte Winzenburg dienten die Bauern in der Ernte 2 Tage, ſonſt nur 1 Tag wöchentlich. In den Ämtern Woldenberg, Fürſtenberg und Wickenſen waren die Bauern wöchentlich 1 Tag dienſtpflichtig. In Holzminden mußten die Ackerleute der Stadt den Amtsacker beſtellen und einernten, außerdem jeder Ackermann 2 Fuder und jeder Halbſpänner 1 Fuder Holz fahren.

Allmählich wurde der zweitägige Wochendienſt allgemeiner. Die Stände haben ſich allerdings lange geweigert, dies als Recht anzuerkennen. Noch 1571 erklärte der Ausſchuß in den Verhandlungen mit dem Fürſten über die allgemeinen Gravamina[2]): ſie könnten ſich nicht damit einverſtanden erklären, daß der Fürſt den zweitägigen Dienſt als ordinär und aufgeerbet bezeichnete. Aus alten Reverſen gehe ausdrücklich hervor, daß in den Herzogtümern keine Dienſte üblich geweſen, ſondern nur zeitweiſe auf Bitten des Fürſten von den Ständen bewilligt worden ſeien. Dieſe Dienſte ſeien in verruchten Zeiten mehr mit Zwang als mit Willen kontinuiert worden. Ein Tag Wochendienſt genüge. Darüber dürften Ackermann und Köter nicht beſchwert werden. Auf keinen Fall aber dürften die Untertanen mehr als 2 Tage belaſtet werden, und in der Ernte müſſe ihnen Zeit gelaſſen werden zum Beſtellen des Ihrigen. Ein endgiltiger, feſter Zuſtand wurde auch hier erſt durch den Landtagsabſchied von 1597, Art. 1 geſchaffen. Die Untertanen ſollten nicht mehr und nicht minder als 2 Tage wöchentlich dienen und nicht daneben noch Dienſtgeld geben.

Der Adel hatte es natürlich verſtanden, ſeine Leute vielfach vom ordinären Dienſt an das Amt freizuhalten und ſie höchſtens mit einigen Dienſttagen in der Ernte oder zur Burgfeſte zu beſchweren. Er beanſpruchte die Dienſtkraft ſeiner Leute ſelbſt. Auf welche Weiſe ſich hier das ganze Dienſtverhältnis herausgebildet hat, vermag ich nicht zu beurteilen. Ob der Adel in den Junkerdörfern die Dienſte nach freiem Belieben feſtgeſetzt hat, ob er dabei an die Zuſtimmung des Fürſten gebunden

[1]) cf. für das Folgende die Beſchreibung der Schmalkaldener. Br. St. A., Abt. VII, Band 26/7.

[2]) cf. Kleinſchmidt, S. 221 ff.

war und wie weit, in welchem Maße die Dienſte an die Adligen auf fürſtlichen Gnadenverſchreibungen beruhen, ließ ſich nicht entſcheiden, darüber ſchweigen die mir bekannt gewordenen Akten. Den eigenen Meiern gegenüber konnte ſich das Dienſtverhältnis auf dem Wege der Gewohnheit allmählich ausbilden. Sobald aber andere Grundherrn in ſeinem Dorfe berechtigt waren, mußte der Junker doch wohl mit dieſen einen Vertrag zu erreichen ſuchen. Aber auf welche Weiſe die Dienſte hier auch immer entſtanden ſein mögen, an Umfang ſtanden ſie nicht hinter den Amtsdienſten zurück. Die Amtleute antworteten auf die Beſchwerden der Stände 1571,[1]) daß dieſe ihre Untertanen mindeſtens ebenſo ſehr beſchwerten. Und im Dorfe Sambleben[2]) hatte ſich 1584 das ganze Dienſtverhältnis ſchon viel weiter ausgebildet als in den Amtsdörfern. Hier mußten die Köter trotz ihres ganz geringen Beſitzes 2 Tage dienen, außerdem mußten Kleinköter und Häuslinge auch bereits 1 Tag wöchentlich Naturaldienſte leiſten, während z. B. im Amte Wolfenbüttel 1575/6 die Häuslinge nur ein mäßiges Dienſtgeld zahlten und der Landtagsabſchied von 1597 ihre Dienſtpflicht garnicht erwähnt.

Im allgemeinen wurden die Dienſte nur ſelten an den Grundherrn geleiſtet. Wo der Adlige die Dienſte der Bauern genoß, war er in der Regel auch Gerichtsherr. Die Dienſte tragen einen öffentlich rechtlichen Charakter. Nur in Gerichten, wo viele adlige Sitze oder Kloſterwirtſchaften in der Nähe waren, haben die Klöſter und Ritter die Dienſte ihrer Bauern auch in den Amtsdörfern in größerem Maße behauptet, wie z. B. in Schöningen, Königslutter, Winzenburg und Woldenberg.

Als Fürſt und Amtleute einſehen mußten, daß eine weitere Steigerung des ordinären Wochendienſtes an dem energiſchen Widerſtande der Landſtände ſcheitern würde, gingen ſie dazu über, die extraordinären Dienſte allmählich zu ſteigern und ſo den Bauern unter anderen Namen neue Bürden aufzuladen. Die Oppoſition der Stände von 1570—1597[3]) richtete ſich nicht in erſter Linie gegen den zweitägigen Herrendienſt, ſondern gegen die neuen Beſchwerungen durch Burgfeſte, Kohlen-, Waſen- und Salzfuhren, gegen die übermäßigen Jagddienſte und das neu eingeführte Jägergeld, gegen Feſtungsbaudienſte und Grabengelder.

Die Burgfeſtdienſte waren althergebrachte Dienſte, wozu auch die ſonſt dienſtfreien Bauern und die dem Adel oder Klöſtern vom Fürſten verliehenen Dienſtleute in der Regel verpflichtet waren. Sie bezweckten die

---

[1]) cf. W. L. A. Landſchaftliche Sachen. Gravamina.

[2]) cf. W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Aſſeburger Erbregiſter 1569: Hans Sambleben.

[3]) cf. W. L. A. Landſchaftliche Sachen. Summariſcher Extrakt der Beſchwerungen ꝛc. 1570.

Instandhaltung der fürstlichen Burgen, mußten also während der langen Friedenszeit ihre ursprüngliche Bedeutung verlieren und wurden vielfach zu anderer Arbeit, besonders zu Reisefuhren verwendet. Der Landtagsabschied von 1597[1]) bestimmte, daß sie nicht in größerem Maße gefordert werden sollten als sie 1586 seit 30 Jahren in Gebrauch gewesen waren. Die Wasen-, Kohlen- und Salzfuhren[2]) waren keine neue dem Bauernstande aufgebürdete Dienstpflicht, sie wurden entweder an dem gewöhnlichen Wochendienste abgerechnet oder verlohnt. Aber insofern waren sie doch drückend, als der Lohn nicht sehr hoch war, die Bauern sich den Fuhren nicht leicht entziehen und deswegen gewinnreichere Lohnfuhren nicht übernehmen konnten; auch bestand die Gefahr, daß sie nicht Zeit hatten, ihren eigenen Acker zu bestellen.

Das Jägergeld war keine allgemeine Auflage, sondern wurde nur in einigen Ortschaften anstatt der Jägerzehrung und Jägerfronden gegeben. Nach dem Salzdahlumer Landtagsabschied von 1597 durften diese Abgaben sowie nur die 1586 seit 30 Jahren bestehenden Jagdfronden gefordert werden. Durch denselben Abschied wurde auch bestimmt, daß Leinwandmachen, Spinnen und Botendienste an dem gewöhnlichen Wochendienste abgerechnet werden mußten. Auch die Tagewachten auf den fürstlichen Häusern und Vorwerken wurde völlig abgeschafft.

Wegen des Festungsbaus zu Wolfenbüttel brauchte der Herzog Julius neue Dienste, und so ließ er von den Untertanen 4 Bitttage fordern. Der Landtagsabschied von 1597 schaffte diese Dienste ab. Wider ihren Willen durften die Baudienste den Bauern nicht mehr aufgebürdet werden. Aber es wurde dem Fürsten zugestanden, für die Zeit des Festungsbaus im Sommer 6 Monate lang monatlich vom Ackermann 2 Groschen, vom Halbspänner, vom Köter 1 Groschen und vom Häusling 1 Mattier (= $^1/_2$ Groschen) zu fordern.

Neben diesem erfolglosen Streben des Fürsten und seiner Beamten, neue Dienste zu erhalten, geht eine andere erfolgreichere Tendenz, die darauf hinzielte, die dienstfreien Ackerleute mehr heranzuziehen. Die Adligen beklagten sich 1570 vielfach darüber, daß ihre freien Meier schwerere Dienste leisten mußten, und im Wolfenbütteler Erbregister findet sich bisweilen die Bemerkung, daß ein Hof früher dienstfrei gewesen sei.

Herzog Julius hätte gern die wöchentlichen Dienste der Bauern gemildert, aber bei seiner regen Verwaltungs- und Wirtschaftstätigkeit konnte er es nicht tun, ohne Ersatz dafür zu haben. So kam er denn auf den

---

[1]) Art. 2.

[2]) cf. Landtagsabschied von 1597, Art. 3, 4.

Gedanken,[1]) die Oker für die Schiffahrt zuzurichten und alles Holz und Baumaterialien zu Waſſer zur Reſidenz zu ſchaffen. Es wurden dadurch den Bauern die ſo beſchwerlichen Reiſefuhren vom Harze abgenommen. Statt der nicht geleiſteten Dienſte ſollten dann die Bauern ein billiges Dienſtgeld, das Schiff- oder Floßgeld, geben.[2]) Die Idee wurde vom Fürſten auch einige Jahre in die Tat umgeſetzt, aber wegen des Widerſpruchs der Stände, die das Schiff- und Floßgeld als neue Auflage auf ihre Bauern haßten, und beſonders an dem Gegenſatz der Stadt Braunſchweig, welche Sorge trug für ihren Handel, ſcheiterte das Unternehmen.

Der Herzog war auch ſonſt bedacht, die Dienſtlaſt den Bauern zum Teil abzunehmen. So ließ er ſich von den Klöſtern 14 Kloſterwagen zu Reiſefuhren bewilligen und wollte 20 Geſpanne auf ſeine eigene Koſten halten.

Am Schluſſe des Jahrhunderts brach ſich dann ſchüchtern die Anſicht Bahn von dem Unwerte der bäuerlichen Dienſte. In der Schrift Algermanns über den Bauernſtand kamen dieſe Ideen zum Ausdruck: Vom Herrn müßten unverhältnismäßig hohe Unkoſten auf die Dienſte verwandt werden, die den Wert ſehr herabſetzen. Der Bauer aber müſſe deswegen 4 Pferde anſpannen, Geſinde und Geſchirr darauf halten und bliebe dann doch noch in den böſen, tiefen Wegen ſtecken. Dem Fürſten würde damit wenig geholfen. Algermann hat auch einen Blick für die eigentlichen Mängel und Ungerechtigkeiten der Dienſtverfaſſung. Wegen der großen Beſitzdifferenzen innerhalb der einzelnen Bauernklaſſen belaſteten die Dienſte die Einzelnen ſehr ungleich. Mancher Ackermann hatte doppelten Beſitz und wurde doch nicht höher belaſtet als ein Ackermann mit geringerem Beſitz. Mancher Halbſpänner mußte mit den Pferden dienen, während im Dorfe Köter oft einen größeren Beſitz hatten. Dazu hatten die Vögte die Leute in ihrer Hand, die hier ihre perſönlichen Gefühle nicht zurückſtellten. Hatten ſie gegen jemand Abneigung und Haß gefaßt, ſo bürdeten ſie ihm die ſchwerſten Reiſefuhren nach dem Harze, nach Celle uſw. auf; wem ſie wohl wollten, den überſahen ſie ganz. Es waren Gedanken, welche die Umwandlung der Naturaldienſte in ein feſtes Dienſtgeld nahelegten.

Die Idee, ſtatt des Naturaldienſtes Dienſtgeld zu nehmen, war das ganze Jahrhundert hindurch lebendig geweſen. Herzog Heinrich der Jüngere hatte in den Jahren 1531—1540 in vielen Ämtern Dienſtgeld erhoben.

---

[1]) cf. Algermann, Lebensbeſchreibung des Herzogs Julius und danach Rehtmeier a. a. O. S. 1921.

[2]) Algermann, der in ſeiner Schrift über den Bauernſtand als warmer Fürſprecher dieſes Gedankens auftritt, ſchlägt vor, für jedes Dienſtfuder 6 Gr. zu nehmen und berechnet daraus eine jährliche Einnahme von 1530 Gulden.

Der Ackermann zahlte von der Hufe 2 Gulden, jeder Köter von der Kotstelle $1^1/_2$ Gulden und außerdem von jeder Hufe Landes 2 Gulden.[1]) Die Schmalkaldener, welche das gesamte Domänen- und Klostergut verpachten wollten, wollten auch das Dienstgeld auf das ganze Land ausdehnen. Später aber brauchten die Herzöge die Naturaldienste; Dienstgeld gaben nur die Bauern, deren Dienst sich wegen zu großer Entfernung nicht rentierte, so z. B. im Amte Wolfenbüttel 1575 das Gericht Schöppenstedt.[2]) Außerdem gaben die unvermögenden kranken und armen Leute, wüste Höfe und Häuslinge ein mäßiges Dienstgeld.

Die Stadt Braunschweig ging dann in ihren Gerichten zuerst dazu über, Dienstgeld von den Untertanen zu verlangen. Die Amtsuntertanen der Stadt waren nie derartig durch Dienste beschwert worden wie die Landesuntertanen. Sie hatte keine ländliche Eigenbetriebe und brauchte die Naturaldienste nur für Holzfuhren und während der Heuernte zum Einfahren des Heues von den Wiesen, welche die Stadt sich in den Ämtern vorbehalten hatte. Im Gerichte Asseburg[3]) waren die Dienste bedeutend geringer als im Amte Wolfenbüttel. In Vechelde[4]) waren die Bewohner nur jährlich zu 16 Tagen Dienst verpflichtet. Im Jahre 1584 erscheint zum erstenmale in den Burgamtsrechnungen durchgehends das Dienstgeld. Der Maßstab war nicht gerade gerecht, die Höhe wurde durch die Zugehörigkeit zu einer der Bauernklassen bestimmt. Der Ackermann zahlte jährlich 26 Gulden, der Halbspänner 13 Gulden, der Köter 6 Gulden 10 Gr., der Häusling in der Regel 3 Gulden 5 Gr. Für den Bauern war dies feste Dienstgeld eine große Erleichterung. Schon im Jahre 1586 wollte die Stadt die Naturaldienste wieder einführen. Aber auf das dringende Ansuchen der Bewohner ließen sie diese noch eine Zeitlang beim Dienstgelde. Gerne gestanden diese dem Rate noch einige Spanndienste zu;[5]) der Ackermann sollte 4 Tage, der Halbspänner 2 Tage mit dem Wagen dienen, damit der Rat seine Holz- und Grasfuhren innerhalb des Burgamtes erledigen konnte. Und als im Anfang des 17. Jahrhunderts die Stadt auf dem Landgericht das Dienstgeld aufkündigte, weil sie die Naturaldienste für den Festungsbau haben wollte, baten die Bewohner des Eichgerichtes wieder dringend, sie beim Dienstgeld zu lassen[6]) und verpflichteten sich gerne, dem Rate 1—3 Tage jährlich beim Festungsbau zu dienen.

[1]) Br. St. A., Abt. VII, Bd. 26/27.
[2]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel: Geld- und Kornrechnung 1575.
[3]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Asseburger Erbregister 1569.
[4]) Br. St. A., Abt. II, § 7: Burgamtsrechnungen.
[5]) W. L. A. Amtsbuch Eichgericht 1584/95, Nr. 28.
[6]) ib. Amtsbuch 1603/12, Nr. 177, 184.

Die Dienſtfronden haben im Laufe des 16. Jahrhunderts den Bauernſtand allmählich ſtärker belaſtet, ſie haben ſich aber nicht ſo ungünſtig für ihn entwickelt, wie öſtlich der Elbe, wo mit Ausbildung der Gutsherrſchaft die ſchweren Frondienſte an den Gutsherrn und der Geſindezwangsdienſt eingeführt wurden, wo der Bauer nicht in erſter Linie Pachtinhaber von Grund und Boden, ſondern Fronarbeiter der Gutsherrn war. Außerdem waren in Braunſchweig die Dienſte öffentlich-rechtlicher Natur, ſie wurden in der Regel an den Landesherrn geleiſtet; ſie konnten vom Bauernſtande wohl getragen werden, ſolange die Steuerkraft noch nicht ſtark in Anſpruch genommen wurde.

C. Steuern.

Die Kommunallaſten waren im 16. Jahrhundert noch ganz bedeutungslos, ſie beſtanden wohl nur in geringen Naturalleiſtungen. Pfarrer und Küſter (Oppermann) waren mit Land ausgeſtattet; ſie hatten außerdem nur einen oder mehrere Umgänge im Dorfe, wobei die Dorfnachbarn ihnen ein beſtimmtes, geringes Quantum Korn, Eier, Würſte oder Brot geben mußten, dazu noch den Vierzeitenpfennig.[1]) Die Dorfbewohner waren ihnen nicht zu Hand- oder Spanndienſten bei der Beſtellung ihres Ackers verpflichtet. Die Kirche war meiſt auch mit Land ausgeſtattet; ihr Beſitz wurde durch die „Olderleute" verwaltet; von dem Reinertrage wurde das Gotteshaus in Bau und Beſſerung gehalten. Am Schluſſe des Jahrhunderts kam allmählich die Sorge für das Schulweſen, die Sorge für Schulgebäude hinzu. Von einer pekuniären Belaſtung durch Armenpflege und Inſtandhaltung von Wegen und Stegen melden die Erbregiſter nichts.[2]) Die Bauermeiſter ſcheinen kein Gehalt bezogen zu haben; es ſcheint allgemein ein Ehrenamt geweſen zu ſein, das wohl im Reihedienſt umging. Aber die Dorfhirten, die in der Regel im Gemeindehauſe wohnten, erhielten ihren Lohn. Sie bekamen von jedem Stück Vieh eine kleine Abgabe.[3]) Dem Dorfſchäfer wurde auch wohl von der Gemeinde eine beſtimmte Anzahl Schafe in der Schatzung frei gehalten. Bisweilen hatten die Hirten einen Umgang im Dorf, und ſtets hatten ſie Anteil an der Gemeindemark. Die Gemeinden hatten bisweilen aber auch

---

[1]) cf. Kayſer a. a. O. W. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter 1566 (?). Gericht Aſſeburg, Erbregiſter 1569 ꝛc.

[2]) Siehe Kap. IV: Verwaltung.

[3]) cf. W. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter 1566 (?), beſonders Gericht Schöppenſtedt. Oft gab es für Kühe, Schafe und Schweine nur einen Hirten.

Gemeindegüter, von deren Zinserträgen sie die Ausgaben zum Teil bestreiten konnten.

Unter den Reichssteuern ist hauptsächlich die Türkensteuer zu nennen, die im 16. Jahrhundert ja wiederholt auf den Reichstagen beschlossen wurde. Der Anschlag für die Türkensteuer legte auf Klöster, Städte, Adlige und Ämter feste Taxen. Nach dem Anschlage von 1557[1]) zahlten damals:

Die Klöster	2570	Taler
Die Städte	4500	„ [2])
Beschloßte und Adel	2080	„
Untertanen	3108	„
Summa . .	12258	Taler.

Die Türkensteuer sollte eine Vermögenssteuer[3]) sein, die alles bewegliche und unbewegliche Gut traf. Deshalb wurden hier in erster Linie die Eigentümer, nicht die Besitzer betroffen. Die Gerichtsuntertanen wurden nicht ungerecht belastet, vielmehr klagten auf den Landtagen die Prälaten, Ritter und Städte, daß sie übermäßig veranlagt wären. Im Jahre 1569 wurde beschlossen, daß die armen Leute, die Meier und Köter wegen ihrer offenbaren Armut mit der Türkensteuer übersehen werden sollten.

Ueber die Türkensteuer wurde im 16. Jahrhundert vielfach gestritten. Die Stadt Braunschweig weigerte sich beständig zur Beisteuer, sie erklärte die Türkensteuer für eine Personallast des Fürsten, die dieser nicht auf die Untertanen abwälzen dürfe.[4]) Die Vertreter des Fürsten antworteten, daß es ein servitium patrimoniale sei, welches nicht auf die Fürsten, sondern auf die Untertanen gelegt würde; die Stadt müsse ebenso wie alle andern Untertanen kontribuieren. Es ist wohl beinahe überflüssig hinzuzufügen, daß der Fürst mit seiner Ansicht den Sieg behauptete.

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts war die Last der Türkensteuer nicht sehr groß. Die Fürsten kümmerten sich nicht darum, daß sie richtig eingetrieben wurde. Die Untertanen nahmen die Einschätzung selbst vor und jeder warf seine Anlage in die dazu aufgestellten Truhen.[5])

---

[1]) Br. St. A. Landschaftliche und Steuersachen, Vol. I, fol. 261 ff.

[2]) Davon die Stadt Braunschweig 3000 Taler.

[3]) cf. den Anschlag von 1541 bei Ribbentrop a. a. O., Nr. 15, 19.

[4]) cf. Br. St. A. Landschaftliche und Steuersachen, Vol. I, besonders fol. 237 ff. Acta 5./6. Juni 1566.

[5]) Ribbentrop a. a. O., Nr. 15.

Später wuchs dieſe Laſt, beſonders unter Heinrich Julius, für den die Reichspolitik im Vordergrunde des Intereſſes ſtand.

Unter ihm wurden auch die Kreisſteuern öfter beſchloſſen, deren Bezahlung dann durch die Stände übernommen wurde.[1])

Die Kommunallaſten und auch die Reichsſteuern, wenn dieſe auch nicht immer leichten Herzens getragen worden ſein mögen, verlieren völlig an Bedeutung vor den ſtetig wachſenden und allmählich dauernd erhobenen Staatsſteuern, die der Territorialſtaat im Laufe des 16. Jahrhunderts zur Erfüllung der zunehmenden Staatsaufgaben auf die Untertanen legen mußte.

In früheren Jahrhunderten hatte es keine feſte Staatsſteuern gegeben. Die Untertanen ſorgten für den Unterhalt des Hofes; ſie fütterten des Fürſten Pferde, hielten für ihn in den Dörfern Schweine und Kühe. Dieſe perſönlichen Leiſtungen an den Fürſten wurden ſchon am Anfang des 15. Jahrhunderts abgeſchafft.[2]) Im Laufe des 16. Jahrhunderts wurde den Bauern eine ähnliche Verpflichtung zur Naturalverpflegung des herzoglichen Hofes wieder aufgebürdet. Dies war der Küchentermin. Nach der Ämterbeſchreibung der Schmalkaldener gaben die Hauswirte im Amte Wolfenbüttel ſchon 1546 ein Pantaleonshuhn und 6 Eier, nach dem Erbregiſter des Amtes von 1566 (?) wurden vom Ackermann jährlich dreimal 1 Huhn und 6 Eier gefordert und vom Köter die Hälfte. Im Amte Winzenburg[3]) gab jede Dorfſchaft 2 Schock Eier jährlich an den Fürſten. Im Amte Lichtenberg mußte jeder Ackermann 30 und jeder Köter 15 Eier geben, wenn dieſe gefordert wurden; hier wird dieſer Zins ausdrücklich als ein neuer Aufſatz[4]) bezeichnet. In den Landtagsverhandlungen ſpielen die Klagen über den Küchentermin eine gewiſſe Rolle. Die Landſtände malten die Bedrückung des Bauernſtandes durch dieſe Auflage in ſchwarzen Farben und verlangten Abſchaffung. Vielleicht haben die Amtleute die Forderungen oft zu ſteigern geſucht, aber ſicher ſind die Klagen der Stände auch übertrieben. Der Landtagsabſchied von 1597 beſtimmte die Höhe auch hier auf das herkömmliche Maß.

Die älteſte Landesſteuer war im Herzogtum Braunſchweig-Wolfenbüttel wie in andern Ländern die Bede. Urſprünglich hatte die Bede oder der Schoß den Charakter einer freiwilligen Abgabe gehabt. Sie war von den Grundherrn dem Fürſten immer für beſondere Staatszwecke, beſonders zur

---

[1]) Ribbentrop a. a. O.

[2]) cf. Vergleich der Herzöge Bernd und Heinrich mit Braunſchweig 1416 bei Geſenius II, Beilage 2.

[3]) Br. St. A. Abt. VII, Bd. 27, fol. 245.

[4]) ib. fol. 217.

Abzahlung von Schulden, auf wenige Jahre bewilligt worden. Die Bedeverträge[1]) waren entweder mit den verschiedenen Grundherrn (Ständen) gesondert geschlossen worden oder mit den Grundherrn eines bestimmten Gerichtes. Im 16. Jahrhundert waren die Beden zu einer festen Abgabe, zu einer ständigen Amtseinnahme geworden.

Aber die verschiedene Entstehungsweise begründete große lokale Differenzen. Es gab kein einheitliches System der Erhebung; viele Dörfer waren von der Bedepflicht frei; in den verschiedenen Ämtern gab es ganz verschiedene Beden. Am verbreitetsten waren die Herbst- und Maibede und das Kuhgeld. Die Bede war in der Regel in festen Taxen auf die einzelnen Dörfer verteilt. Als sie eingeführt worden war, war sie eine Naturalabgabe; nach seiner Größe mußte jedes Dorf jährlich dem Fürsten eine oder mehrere Kühe und ein bestimmtes Maß Korn geben.[2]) Diese Abgabe war mit der Zeit in eine feste Geldtaxe verwandelt worden, deren Verteilung auf die einzelnen Dorfbewohner der Gemeinde überlassen blieb.

Als fester Geldzins verlor die Bede im 16. Jahrhundert mit der Entwertung des Geldes ihre Bedeutung. Und die Ungleichheiten der Verteilung auf die einzelnen Ämter scheinen nicht mehr empfunden worden zu sein. Im Weserdistrikte[3]) waren die Bedeabgaben ganz bedeutungslos, in der Nähe der Residenz dagegen, wie z. B. im Amte Lichtenberg und Wolfenbüttel, konnten sie noch immerhin als erhebliche Last angesehen werden. Im Amte Lichtenberg[4]) brachte die Herbstbede, die einzige Bede, welche in den Rechnungen der Schmalkaldener genannt wird, jährlich 189 Gld. 15 Gr. ein, im Amte Wolfenbüttel[5]) Herbst- und Maibede und Fettekuhgeld zusammen 414 Gld. 6 Gr. 3 Pfg. Im Amte Schöningen wiederum war der Schoß eine geringfügige Abgabe. Klagen über die Last der Beden mußten verstummen in dem Augenblicke, wo der Staat neue Steuern eingeführt hatte.

Den Anforderungen, welche die Kriege um die Wende des 15. Jahrhunderts und die wachsenden Verwaltungsaufgaben an die Finanzen des Fürsten stellten, konnten die unbedeutenden Beden nicht mehr genügen. Der Fürst mußte die Finanzkraft des Landes stärker in Anspruch nehmen. Die neu aufkommenden Schatzungen[6]) wurden bis zur Mitte des 16. Jahr-

[1]) cf. die verschiedenen Bedeverträge bei Rehtmeier a. a. O.

[2]) cf. Bedeverträge bei Rehtmeier S. 751, 857.

[3]) cf. Br. St. A. Abt VII, Bd. 26.

[4]) Br. St. A. Abt VII, Bd. 27, fol. 212.

[5]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel. cf. Amtsrechnung 1575/6, 1587/8, 1591/2.

[6]) Der Name Schatzung findet sich schon in dem Vertrage von 1505, Rehtmeier a. a. O., S. 850/1.

hunderts sehr unregelmäßig erhoben und zeigten den verschiedensten Charakter; sie verleugneten das Merkmal einer außerordentlichen Beihilfe durchaus nicht.

Die erste feste Steuer war der Landschatz, der nur die Bauern traf und auf jedes Dorf eine gewisse Taxe legte. Die Grundherrn hielten sich selbst anfangs noch von der Beschatzung frei. Im Jahre 1524[1]), nach Schluß der Hildesheimer Stiftsfehde ließ sich der Herzog Heinrich der Jüngere unter dem Drucke der Kriegsschulden einen Hufenschatz auf 3 Jahre von den Ständen bewilligen: Von jeder Hufe Landes sollte der Grundherr 2 rheinische Goldgulden, von jedem Zehnten den 3. Pfg. geben; alle Gutsherrn, weltliche und geistliche, sollten zur Zahlung verpflichtet sein. Aber dies ist auch der einzige Fall aus dem 16. Jahrhundert, daß ein allgemeiner Hufenschatz erhoben wurde, der die Eigentümer des Landes und nicht die Bauern belastete. Der Herzog Heinrich führte aber bald neue Schatzungen ein, den Scheffelschatz und den Schafschatz. Wann diese Schatzungen zum erstenmale erhoben worden sind, ließ sich nicht sicher feststellen. Nach Rehtmeier[2]) wurde der Scheffelschatz zum erstenmale 1533 gezahlt. Die Schmalkaldener erhoben während der Okkupationzeit 1546 einen doppelten Landschatz, den ihnen die Stände des Fürstentums nach langem Widerstreben bewilligt hatten. Nachdem der Friede wiederhergestellt war, begann der Herzog auch die übrigen Schatzungen, Scheffelschatz und Schafschatz, schärfer auszubilden.

Durch die Schatzordnung, welche er 1557 mit einhelligem Rate des Landschaftsausschusses an die Amtleute erließ, schuf Heinrich der Jüngere dann endlich einen festen Modus, der für die zweite Hälfte des Jahrhunderts seine Giltigkeit behauptet hat, wie die erhaltenen Schatzrechnungen beweisen.

Um für den Scheffelschatz eine gleichmäßige Verteilung und gerechte, gewissenhafte Erhebung durchzuführen, sollte der Amtmann alljährlich dem Rentmeister ein genaues Register einreichen über die Zehnten, Pfarr- und Kirchenland und über alle Meier- und Kothöfe und den Betrag ihrer Zinse. Die Prälaten, Klöster und Städte hatten sich durch eine feste Taxe für die eigenen Güter vom Scheffelschatz befreit; sie zahlten nur von den Gütern, die sie pfandsweise inne hatten. Von den Gütern ausländischer Stifter, Prälaten und Städte sollte der Schatz durchaus genommen werden. Die inländischen Pfarr- und Kirchengüter waren nur dann schatzfrei, wenn der Pfarrer sie selbst bewirtschaftete; von den Pfennigzinsen sollte in jedem Falle der dritte Pfennig genommen werden. Die adligen Lehnsleute sollten

[1]) Ribbentrop a. a. O., Nr. 13.
[2]) a. a. O., S. 880.

von Zehnten und Zinſen durchaus den Schatz geben, nur waren ſie wegen des Roßdienſtes mit dem Haferzins frei und mit den Gütern, die ſie in Eigenwirtſchaft hatten. Die Untertanen, welche den Landſchatz gaben, waren mit ihren Erb- und Lehngütern vom Scheffelſchatz frei; nur von Gütern, die ſie gegen einen Pfandſchilling inne hatten, mußten ſie ihn erlegen. Mühlen-, Teich-, Krug- und Waſſerzinſe waren ganz frei vom Schatz.

Zum Schafſchatz ſollten Schafmeiſter und Schafknechte für jedes Stück 2 Groſchen, die Bauern 1 Groſchen geben. Frei ſollten nur die Junker und Prälaten mit den eigenen Schafen ſein, ihre Schafmeiſter und Schafknechte ſollten den Schafſchatz durchaus erlegen.

Die Verordnung ließ für den Landſchatz die von altersher giltigen Dorftaxen beſtehen. Wie der Landſchatz von den einzelnen Gemeinden auf die Nachbarn verteilt worden iſt, darüber fehlen die Nachrichten. Vielleicht wurde er nach einem ähnlichen Maßſtab eingeſammelt wie von den Freien zu Woltorf, die beſonders veranlagt waren.[1]) Sie verſchatzten 1575 ein Pferd, eine Kuh oder einen Morgen Roggen mit 3 Pfennig, 1 Morgen Haſer mit 2 Pfennig, je 4 Häupter Kleinvieh (Schweine, Schafe, Lämmer, Kälber, Fohlen) mit 3 Pfennig; zum Schafſchatz gaben ſie damals vom Haupte 3 Pfennig. Hiernach zu urteilen, war der Landſchatz eine direkte Steuer, welche das bebaute Ackerland und den Viehbeſitz traf.

Neben dieſen direkten Steuern gab es um die Mitte des 16. Jahrhunderts auch eine ſtändige indirekte Steuer, die Bieracciſe. Sie reicht mit ihren Anfängen in das 15. Jahrhundert zurück. Im Jahre 1498 bewilligte die Landſchaft dem Herzog Heinrich dem Älteren auf 9 Jahre eine neue Bieracciſe auf alles ins Land geführte und verſellte Bier.[2]) Im Jahre 1505 verzichtete der Herzog wieder auf die Bierzieſe.[3]) Nach Rehtmeier hat Herzog Heinrich der Jüngere 1533 zum erſtenmale die Bieracciſe wieder gefordert von den Bürgermeiern.[4]) In der Schatzordnung von 1557 wurde die Höhe der Acciſe beſtimmt und ihre Erhebung genau geregelt. Damals wurde von jedem Faß Bier, das in den kleinen Städten und auf den Dörfern gebraut und gefellt wurde, $^1/_2$ Gulden = 10 Mariengroſchen gegeben; vom Faß fremden Bieres ſollten auch 10 Groſchen, von einem Stübchen Wein 1 Groſchen, vom Ohm Wein 2 Gulden gegeben werden. Ausgenommen von der Bieracciſe war nur das Bier, welches Prälaten und Edelleute zur eigenen Haushaltung und was die armen Leute in ihren Häuſern an Kovent und leichtem

[1]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel: Amts- u. Geldrechnung 1575/76.
[2]) cf. Havemann III, S. 135/6.
[3]) cf. Rehtmeier a. a. O., S. 851.
[4]) Rehtmeier a. a. O., S. 880.

Getränk brauen ließen. Die Schatzordnung ordnete hauptsächlich eine genaue Aufsicht an, damit die Accise ordentlich einkommen, kein Abbruch, Untreue und Vervorteilung geschehe.

Scharf zu scheiden von der Accise ist der Kopenschilling. In der Amtsrechnung des Amtes Wolfenbüttel von 1521 wird unter der Einnahme aufgeführt „Kopen- und Tafferngeld" mit 23 Gulden 9½ Schilling. In den Auszügen aus den Amtsrechnungen, welche die Schmalkaldener während der Okkupation des Landes anfertigten, wird es nicht genannt.[1]) In der Wolfenbütteler Amtsrechnung von 1575/6 begegnet wieder der Kopenschilling und das Spundgeld. Diese Abgabe zahlten sowohl die Krüger als auch die „Menne" (Dorfnachbarn), vom Faß Bier in der Regel 12 Groschen, vom Ohm Wein 1 Gulden. Der Ertrag war nicht ganz unbedeutend. Aus dem Amte kamen 1860 Gulden 10 Groschen 3 Pfennig ein und aus Damm- und Heinrichstadt 1016 Gulden 10 Groschen. Im Laufe des folgenden Jahrzehntes scheint der Herzog den Kopenschilling erhöht zu haben, denn in dem Vertrage von 1586 mußte er versprechen, den erhöhten Kopenschilling wieder abzuschaffen. Der Kopenschilling war also auch eine Bierabgabe, ebenso wie die Accise, aber sie war keine Landessteuer, sie wurde nicht in den Schatzrechnungen vom Rentmeister verrechnet, sondern sie wurde vom Amte erhoben und floß in die Kammerkasse, d. h. in die Privatschatulle des Fürsten.

Die gesamten Schatzungen sind seit der Mitte des 16. Jahrhunderts faktisch regelmäßig erhoben worden.[2]) Bewilligt wurden sie von den Ständen allerdings immer nur vorübergehend. Wenn die Schulden getilgt wären, sollten die Schatzungen wieder abgeschafft werden, das war der stete Vorbehalt, den die Stände bei jeder Übernahme neuer Schulden machten. Das Schatzregister[3]) läßt uns die Belastung der einzelnen Stände durch die Steuern erkennen. Am wenigsten getroffen wurde der Adel. Er gab nicht, wie Prälaten und Städte, eine feste Taxe, war für den Eigenbetrieb vollständig frei und zahlte nur Scheffelschatz von den um Zins ausgetanen Gütern, wobei der Haferzins auch noch frei war; Schafschatz und Accise trafen ihn nicht.

---

[1]) Hier findet sich aber unter der Einnahme ein Posten aufgeführt unter der Bezeichnung „Biertzinse". Vielleicht hatte sich nur der Name geändert.

[2]) In dem Schatzregister für die Jahre 1555—77 fehlen allerdings die Rechnungen der Jahre 1570/1 und 1571/2; aber in der Rechnung vom Jahre 1572/3 wird ausdrücklich ein Überschuß der vorjährigen Rechnung erwähnt. Es sind die Schatzungen auch in jenen beiden Jahren durchaus erhoben worden.

[3]) Siehe Anhang IV.

Die Prälaten hatten nach dem Schatzregiſter von 1551[1]) jährlich 8020 Goldgulden geben müſſen, nach der moderierten Taxe von 1564 die Hälfte. Nach der Schatzrechnung von 1561/2[2]) waren ſie ſchon in dieſem Jahre nicht zu mehr verpflichtet als 4010 Taler. Denn in dieſem Jahre zahlten ſie 2834 Tlr. 18 Gr. und unter den Reſtanten ſind ſie mit 1175 Tlr. 18 Gr. verzeichnet. Verpflichtet waren die Prälaten im Verhältnis zu ihrem Beſitz alſo zu einer nicht unbedeutenden Schatzabgabe; aber die Wirklichkeit geſtaltete ſich hier ganz anders. In den Jahren, wo die Prälaten noch 8020 Goldgulden geben mußten, ſcheinen ſie im Durchſchnitt die Hälfte jährlich ſchuldig geblieben zu ſein. Und ſelbſt ſpäter, als ihre Taxe auf die Hälfte herabgeſetzt war, blieben ſie oft noch einen beträchtlichen Teil, in einzelnen Jahren über ein Viertel ſchuldig.

In der Praxis war das Verhältnis bei den kleinen Städten nicht anders. Auch ſie blieben oft mit einem größeren Teil ihrer Taxe rückſtändig. Sie waren aber auch verhältnismäßig ſtärker belaſtet als die Prälaten. Einmal wurden ſie von Acciſe und Schafſchatz trotz ihrer Taxe noch getroffen. Zweitens war dieſe ſehr hoch. Es waren nur 10 kleine Städte: Helmſtedt, Königslutter, Schöningen, Schöppenſtedt, Bockenem, Seeſen, Gandersheim, Alfeld, Stadt-Oldendorf, Holzminden; ſie zahlten zuſammen 1551: 8058 Goldgulden und nach der moderierten Taxe 4029 Goldgulden, alſo noch mehr als die 24 Stifter und Klöſter mit ihrem reichen Landbeſitz.

Der größere Teil der Steuern ruhte auf den Schultern des Bauernſtandes. Der doppelte Landſchatz und der Schafſchatz machten zuſammen die größere Hälfte aller Steuern aus. Aber dies äußere Zahlenverhältnis berechtigt uns noch nicht zu der Annahme, daß der Bauer ungerecht beſchwert wurde. Er hatte ja den größten Teil des ländlichen Bodens in ſeinem Beſitze. Vor allem ſcheint er die Steuern doch ohne ſchweren Druck getragen zu haben. Landſchatz und Schafſchatz ſind regelmäßig eingekommen, während Prälaten und Städte doch ſicher aus Unvermögen einen großen Teil ihrer Taxen einfach nicht zahlten.

Im Laufe des 16. Jahrhunderts iſt das Steuerſyſtem grundſätzlich nicht mehr geändert worden, höchſtens ſind einige Ungleichheiten ausgeglichen worden. Im Jahre 1597[3]) wurden Paſtoren und Kirchendiener

---

[1]) W. L. A. Landſchaftliche Sachen XI III, 1, Nr. 24. Auszug des Schatzregiſters 1551.

[2]) Daß ſie in dieſem Jahre ihre Taxe in Talern zahlten, erklärt ſich vielleicht ſo, daß der Goldgulden bei Feſtſetzung der Taxe keinen höheren Wert gehabt hatte, als der ſpätere Taler, nämlich 36 Groſchen.

[3]) Landtagsabſchied 1597 bei Ribbentrop, Nr. 25.

für ihre Güter vom Scheffelſchatz und Schafſchatz völlig befreit. Und 1599[1]) mußte der Fürſt zugeſtehen, daß ſeine eigenen Meier, Köter und Pachtmüller als ſelbſtändige Wirtſchaftsführer auch zu den Schatzungen verpflichtet waren. Bei der Bieracciſe wird nicht immer dieſelbe Quote erhoben worden ſein, ſonſt könnten die Beträge in den Schatzrechnungen nicht ſo ſehr ſchwanken. Als am Anfang der 60er Jahre die anderen Schatzungen moderiert wurden, ſcheint auch die Acciſe herabgeſetzt worden zu ſein. In dem Kampf gegen die Stadt Braunſchweig benutzte der Herzog Julius die Erhöhung der Acciſe auf Braunſchweiger Mumme als Kampfmittel, mußte dieſen neuen Aufſatz aber im Landtagsabſchiede von 1586 fallen laſſen.[2]) Der Landtagsabſchied von 1607, die Entwurf gebliebene Schatzordnung von 1615 und die Schatzordnung von 1619 befaßten ſich mit der Bieracciſe und konſtatierten vor allem einen Unterſchied zwiſchen einheimiſchem und fremdem Biere.

Mit dem Beginne des neuen Jahrhunderts, unter den Herzogen Heinrich Julius und Friedrich Ulrich, wurde allmählich das Steuerſyſtem umgeändert. Schon 1598 hatten die Stände einen neuen modus collectandi vorgelegt; derſelbe war auch beraten worden, es war aber vorläufig beim alten Anſchlage geblieben;[3]) unter Heinrich Julius iſt er nicht mehr geändert worden. Aber die wachſenden Finanzbedürfniſſe machten eine Steigerung der Steuern notwendig. So verpflichteten ſich die Stände auf dem Landtagsabſchiede zu Seeſen 1607, daß die Taxen in duplo erhoben werden ſollten, und auch die Ritterſchaft wurde zur Zahlung einer feſten Taxe von 3000 Taler beſtimmt. Hier wurde auch wieder eine allgemeine Hufenſchatzung beſchloſſen; von jeder Hufe ſollte der Gutsherr 2 Gulden und der Meier 1 Gulden erlegen. Ein Drittel der Hufenſchatzung wurde alſo auf die Bauern gelegt, während 1524 die Gutsherrn den Hufenſchatz allein getragen hatten. Unter Friedrich Ulrich gewann allmählich der Gedanke Oberhand, die feſten Dorftaxen des Landſchatzes abzuſchaffen und den Landſchatz von den einzelnen Bauern ganz nach dem Umfang ihrer Ländereien und ihres Viehſtapels einzuziehen. Jeder Hof, jede Hufe Land, jedes Stück Vieh ſollte mit einer gewiſſen Abgabe belegt werden. In den Beratungen, die zur Schatzordnung von 1615 führten, kam dieſe Idee noch nicht zum Durchſchlag;[4]) es ſollten nur die Taxen nach Gelegenheit der zum Dorfe gehörigen Ländereien, Wieſen, Triften und Holzungen gleichmäßiger gemacht werden und Dörfer, die bisher frei

[1]) Ribbentrop, Nr. 32, S. 124.

[2]) cf. Br. St. A. Landſchaftliche und Steuerſachen, Vol. IX, 1586—88 und Rehtmeier a. a. O., S. 1061 ff.

[3]) Ribbentrop Nr. 28, S. 112.

[4]) Ribbentrop Nr. 50.

geweſen, veranlagt werden. Die Schatzordnung,[1]) welche 1619 vom Fürſten Friedrich Ulrich erlaſſen wurde, brach dann mit dem Taxenſyſtem. An jedem Schatztermin zahlte der Ackermann von Haus und Hof $^3/_4$, Halbſpänner und Kotſaſſen, die Pferde zum Ackerbau hielten und auf die Gemeindeweide trieben, $^1/_2$, und die geringeren Kotſaſſen, welche nicht Pferde hielten, $^1/_4$ Reichstaler. Die Handwerker in Dörfern und Flecken ſollten außerdem $^1/_2$ Reichstaler geben, Schafmeiſter, Müller und Krüger zahlten nicht noch eine beſondere Abgabe. Diejenigen, welche bei anderen auf den Höfen wohnten und einen eigenen Rauch hatten, zahlten $^1/_4$ Reichstaler, die Häuslinge mit Ausnahme der Altenteiler $^1/_8$ Reichstaler. Außerdem ſollten gegeben werden von einer Hufe Land $^1/_4$ Reichstaler, von jedem Pferde, das auf die Gemeindeweide ging, 3 Mariengroſchen, von jeder Kuh, alt oder jung, 2, von jedem mehr als $^1/_4$ Jahr alten Schwein 1 und von jeder Ziege $^1/_2$ Mariengroſchen. Für die Juden wurde noch eine beſondere Abgabe feſtgeſetzt. Jeder Jude zahlte für die eigene Perſon 3, für ſein Weib 2, für jedes Kind und jeden Dienſtboten $^1/_2$ Reichstaler. Für die Klöſter und kleinen Städte blieben die alten Taxen beſtehen, ſie wurden aber verdoppelt; der Ritterſchaft wurde die neuaufgeſetzte Taxe auf ihre heftigen Beſchwerungen hin wegen des Roßdienſtes erlaſſen. So war der Landſchatz ein buntes Gemiſch von Perſonen-, Gebäude-, Grund-, Gewerbe- und Viehſteuer und feſten Taxen.

Die Schatzordnung beſchatzte Zehnten und Mühlen noch beſonders, während die Bergſtädte[2]) als bonum publicum frei blieben. Der Scheffelſchatz blieb nur für die ausländiſchen Grundherrn, welche vom Scheffel 10 Mariengroſchen und von Geldzinſen den 9. Pfennig zahlen ſollten, und für die Braunſchweiger Patrizier beſtehen, welche von ihren ſtattlichen Zehnten und Meierhöfen vom Scheffel 5 Mariengroſchen geben ſollten. Die Hufenſchatzung erfuhr auch vielfache Veränderungen. Frei vom Hufenſchatz ſollten Pfarrämter ſein und die Güter, welche Ritter ſelbſt bewirtſchafteten oder Stadtbürger innerhalb der Stadtfeldmark beackerten. Sonſt gab von einer Hufe, die mindeſtens 3 Scheffel Korn Zins einbrachte, der Gutsherr 3 Gulden, von einer Hufe, die 2 Scheffel Korn gab, der Gutsherr 2 und der Pächter 1 Gulden, von einer Hufe, die nur 1 Scheffel Korn einbrachte, der Gutsherr 1 und der Pächter 2 Gulden. Gab eine Hufe weniger Zins als 1 Scheffel, mußte der Bauer den Hufenſchatz allein tragen. Bei Erben-, Zins- und Lehngütern zahlten die Inhaber. Von dem Lande, das dem Fürſten zinſte, wurde nur die Hälfte gegeben, ebenſo von

[1]) Der gedruckten Schatzordnung von 1719 in der Bibliothek des Wolfenbütteler Landesarchivs ſchriftlich hinzugefügt.

[2]) Im Jahre 1615 waren die Bergſtädte auf 10 Jahre mit jährlich 1000 Reichstaler belaſtet worden. Dieſe Abgabe ſollte alſo nach Ablauf der 10 Jahre aufhören.

den vermeierten Hufen, von denen Ritter Roßdienſte leiſteten. Auf jeden Fall war den Rittern wegen des Roßdienſtes 1/4 erlaſſen.

Für den Schafſchatz blieb der alte Modus beſtehen. Es ſollten aber auch die Amtsdiener, Klöſter und Kloſterdiener den Schafſchatz entrichten, während Pfarrherrn vorläufig noch frei blieben. Diejenigen Untertanen, welche bei ihren Höfen eigene Schäfereien hatten, ſollten wie die Schafmeiſter 2 Mariengroſchen geben, ebenſo die fremden Verkäufer und Fleiſcher aus Einbeck, Oſterode, Höxter, Goslar, die ihre Schafe im Wolfenbüttelſchen in die Weide taten.

Dieſe Schatzordnung bedeutet eine Veränderung der Schatzbelaſtung zu Ungunſten des Bauernſtandes. Der Scheffelſchatz, der früher von den Grundherrn erhoben wurde, war abgeſchafft; die Hufenſchatzung, die ſozuſagen an ſeine Stelle trat, wurde zu einem großen Teil auf die Bauern abgewälzt.[1]) Vor allem bedeutete das neue Erhebungsſyſtem des Landſchatzes eine erheblich größere Belaſtung der Bauern, dem gegenüber die Verdoppelung der Klöſter- und Städtetaxen nicht in Betracht kommt. Genaue Belege können hier nur die Schatzrechnungen geben, die ich nicht gefunden habe.

Am Anfange des 17. Jahrhunderts kam eine ganz neue Steuer auf, die Exerzitien- und Offiziergelder, aus denen im Laufe der Zeit die bedeutendſte Steuer des Landes, die Kontribution hervorgehen ſollte. Sie wurde gleich bei der Einführung einſeitig auf den Bauernſtand gelegt. Die Ritter und Prälaten hatten in den Verhandlungen[2]) ſogar für ihre Gerichte überhaupt Befreiung auch der bäuerlichen Bevölkerung verlangt. Die Gelder dienten zur Unterhaltung des ſich bildenden ſtehenden Heeres. Die kleinen Städte übernahmen die Verpflichtung, aus ihren Bürgern wehrhafte Fähnlein aufzuſtellen und ſelbſt zu unterhalten.

Kapitel IV.

Die Verwaltung.

Der Trieb zum Bilden freier Genoſſenſchaften ſteckte den Menſchen des 16. Jahrhunderts noch tief im Blute. Solange ſich die Territorialſtaaten noch nicht konſolidiert hatten und der Reichskörper verfallen war,

[1]) In Wirklichkeit ſcheinen die Gutsherrn den Bauern vielfach den ganzen Hufenſchatz aufgebürdet zu haben, da der Landesherr dies ausdrücklich verbot.

[2]) cf. Ribbentrop a. a. O., Nr. 39, 43, 44. Die weitere Entwicklung der Militärkontribution fällt nicht in den Rahmen meiner Arbeit.

waren ſie eine ſoziale Notwendigkeit. Der Territorialſtaat des 16. Jahrhunderts war noch nicht der abſolute Polizeiſtaat und machte das Genoſſenſchaftsweſen noch nicht überflüſſig; im Gegenteil förderte er genoſſenſchaftliche Bildungen. Die Idee des Herzogs Julius war es ja, daß die Bauern ſich in freien Vereinigungen zuſammenſchließen ſollten, um ſich hier für den Fall der Not einen Schatz zu ſammeln und ſo geſchloſſen dem Wucherunweſen, beſonders im Kornhandel, zu begegnen. Im Eichgericht[1]) wurde die Sorge für Findelkinder vom geſamten Gerichte getragen und die Unkoſten auf die einzelnen Hauswirte verteilt. Und im Jahre 1605[2]) mußten die Untertanen des Eichgerichtes den Bewohnern von Vechelde den halben Kriegsſchaden erſetzen. Hier war es auch alter Brauch, daß bei Pferdediebſtählen den Geſchädigten der Verluſt und die Koſten des Verfolgens durch die Gemeinden erſetzt wurden, die Summen wurden in jedem einzelnen Falle auf die einzelnen Hauswirte verteilt.[3]) Es ſcheint hier ein gewiſſer obrigkeitlicher Zwang ausgeübt zu ſein, die Angelegenheiten wurden immer von Amtswegen erledigt.

A. Die Gemeinde.

Auch die Landgemeinde war ihrem Urſprung nach ein autonomer Organiſationskörper, ein freies Genoſſenſchaftsgebilde. Im 16. Jahrhundert ſtellt ſich uns die Dorfgemeinde als ein Mittelding dar zwiſchen einer ſelbſtherrlichen Korporation und einem ſtaatlichen Verwaltungsbezirk. Der zum Abſolutismus bewußt hinſtrebende Staat konnte die Selbſtherrlichkeit der Gemeinden nicht beſtehen laſſen, er mußte ihre Organe mit der Zeit in Anſpruch nehmen für die wachſenden Verwaltungsaufgaben und zu Exekutivbehörden herabdrücken.

Auf dem wichtigſten Gebiete des Staatslebens, im Steuerweſen, blieb die Gemeinde im 16. Jahrhundert äußerſt ſelbſtändig. Daß hier der Staat vor der Gemeinde als Geſamtheit Halt machte, nur Taxen für die Dörfer feſtſetzte und deren Verteilung unter die Mitglieder den Gemeinden überließ, beweiſt uns die Geſchloſſenheit und die Autonomie, welche die Gemeinde beſaß.

Vor allem aber regelte die Gemeinde ihre Aufgaben auf wirtſchaftlichem Gebiete allein. Sie war Grundherr in beſcheidenem Maße und tat die nicht von der Geſamtheit genutzten Gemeindegüter um Zins aus. Das Pfarrlehen wurde in vielen Gemeinden von den Bauern ver-

[1]) W. L. A. Amtsbuch Eichgericht 1583—95 Nr. 9.
[2]) ib. 1603—1612 Nr. 144.
[3]) ib. 1603—1612 Nr. 26, 116.

liehen. Sie wies auch neue Anbauerſtellen auf der Gemeinheit aus gegen Zins in die Gemeindekaſſe und gewährte ihnen das Bauernrecht. Doch hier ſcheint ihre Kompetenz mit dem Amte, dem Fürſten konkurriert zu haben; dieſer hatte ebenfalls das Recht, Perſonen den Anbau in einem Dorfe, beſonders aber außerhalb der Gemeinheit zu geſtatten. Das Syſtem der Dorfſiedelung und Dreifelderwirtſchaft forderte eine ſtrenge Gebundenheit des einzelnen an die Nachbarn in ſeiner wirtſchaftlichen Tätigkeit; die Gemengelage[1]) der Äcker und die weitgehenden Grundgerechtigkeiten bedingten den Flurzwang und eine gleichzeitige Einſaat und Ernte. Hier hatte die Gemeinde mannigfaltige Aufgaben zu erfüllen. Vor allem regelte ſie die Teilnahme der Dorfbewohner an der Almende, das Recht zur Hut auf die Gemeindetrift, den Anteil an der Gras- und Holznutzung.

Die Viehtrift erſtreckte ſich in erſter Linie über die eigene Feldmark, doch war es nicht ſelten, daß benachbarte Gemeinden eine Geſamthut hatten; eine Gemeinde ſtand dazu oft mit verſchiedenen Nachbardörfern in Hutgemeinſchaft.[2]) Der Gerichtsherr hatte das Recht zur Trift auf ſämtlichen Feldmarken ſeines Gerichtsſprengels. Berechtigt zum Auftrieb auf die Gemeindeweide waren allein die Nachbarn, die Ackerleute, Halbſpänner und Köter. Außerdem gab die Kirchenordnung von 1569 den Kirchendienern das Recht, gleich andern Einwohnern nach eines jeden Ortes Maß und Ordnung an Hut und Weide teilzunehmen. Es iſt dies der einzige mir bekannt gewordene Fall, daß im 16. Jahrhundert von der Regierung aus die Weide- und Hutgerechtigkeit in ihr Machtgebiet gezogen wurde. Über die Eröffnung und Schließung der Wieſen und Stoppelfelder für die Trift mag ſchon damals ein allgemeines Gewohnheitsrecht beſtanden haben; geſetzlich geregelt war das Weiderecht noch nicht. Hier ſcheint damals noch alles der Anordnung der einzelnen Gemeinden überlaſſen worden zu ſein. Erſt die Landesordnung von 1647[3]) brachte allgemein giltige Beſtimmungen. Vor allem ſtellte natürlich die Gemeinde die Dorfhirten an und wachte darüber, daß ihre Triftgerechtigkeit nicht durch Fremde verletzt wurde, daß an verbotenen Orten nicht gehütet wurde uſw. Ob der einzelne quantitativ im Auftrieb auf die Gemeindeweide beſchränkt war, ließ ſich nicht feſtſtellen. Doch iſt es wahrſcheinlich, daß hier beſonders die Ackerleute, die wegen ihres überragenden Beſitzes die Macht vielfach in Händen gehabt haben, den Kötern Beſchränkungen auferlegt haben. Die Landesordnung von 1647[4]) beſtimmte ſchon allgemein, daß

[1]) Nur an wenigen Orten lagen die Äcker nicht im Gemenge, ſondern in Einzelkämpen, ſo in Wittmar cf. Aſſeburger Erbregiſter 1569.

[2]) cf. W. L. A. Amt Lichtenberg. Erbregiſter.

[3]) Gedruckt bei Steinacker a. a. O.

[4]) § 35.

Köter, welche nicht Spannbienſte leiſteten, mit ihren Pferden die Gemeindeweide nicht betreiben durften. Bis in das 16. Jahrhundert hinein hatte die Gemeinde in Fällen, wo das Weiderecht durch Dorfeinwohner oder andere Perſonen oder Dörfer übertreten wurde, ein weitgehendes Pfändungs- und Strafrecht.

Der Anteil an den Gemeindewieſen[1]) wurde entweder nach der Größe des Ackerlandes, alſo nach Hufen, bemeſſen, oder durch die Zugehörigkeit zu einer der drei Bauernklaſſen beſtimmt, oder auch die Grasnutzung wurde gleichmäßig unter alle Nachbarn verteilt. Oft finden ſich in einer Gemeinde für die verſchiedenen Wieſen auch verſchiedene Verteilungsmaßſtäbe. In den Fällen, wo die Gräſung den einzelnen Hufen Landes zugeteilt wurde, erhielten auch Bauern fremder Dörfer, die in der Gemeinde Beſitz hatten, ihren Anteil, während die Köter ohne Land von der Grasnutzung ausgeſchloſſen waren.[2]) Wurde das Gras nach den Bauernklaſſen verteilt, ſo erhielten in der Regel die Ackerleute das Doppelte oder Dreifache des Köteranteils; die Halbſpänner waren entweder den Ackerleuten gleichgeſtellt oder den Kötern, oder es war für ſie ein beſonderes Maß feſtgeſetzt. Bisweilen gab es auch Wieſen, die nur unter eine Klaſſe verteilt wurden, entweder unter die Ackerleute oder unter die Köter. Es wurden auch wohl einzelne Wieſen abwechſelnd reihenweiſe von den Nachbarn genutzt. In manchen Dörfern wurden die Wieſen im dritten Jahre, wenn ſie an die Brache ſtießen, überhaupt nicht gehegt, ſondern zur Weide geſchlagen. Es gab kein allgemein angewandtes Verteilungsſyſtem, die Regelung war dem Herkommen und dem Ermeſſen der Einzelgemeinde überlaſſen. Gebunden war die Gemeinde nur in der Verwandlung von Anger in Ackerland. Hier war die Zuſtimmung des Gerichtsherrn erforderlich, der dabei intereſſiert war wegen der Geſamthut, die er im Gerichte ausüben durfte. Neben dem Anteil an der Gemeinheitsgräſung konnte der Einzelne natürlich umfangreiche Wieſen im Privatbeſitz von ſeinem Grundherrn haben, entweder gegen einen beſonderen Zins oder als Zubehör zu ſeinem Hofe.

Bei den Gemeinheitsholzungen gab es dieſelben Verteilungsarten, doch trat hier die Hufe als Maßſtab zurück, vorwiegend wurden die Holzungen nach den Bauernklaſſen verteilt. Sehr ſchwer läßt es ſich feſtſtellen, wie weit die Gemeinden Eigentum an den Holzungen hatten, oder wo ſie ein bloßes Recht hatten, Brennholz und Bauholz aus den Waldungen zu holen. Auf jeden Fall beanſpruchten die Herzöge im 16. Jahrhundert das Obereigentum[3]) und erließen im Intereſſe des Forſtſchutzes

[1]) Das Folgende beſonders nach den Erbregiſtern von Wolfenbüttel und Aſſeburg.
[2]) cf. Aſſeburger Erbregiſter 1569, fol. 37, 50, 51.
[3]) cf. Die Landwirtſchaft und das Forſtweſen im Herzogtum Braunſchweig S. 103 ff.

gegen das ſtarke Verhauen und Verwüſten der Wälder durch Gemeinden, Prälaten und Junker allgemein giltige Forſtordnungen. Schon die Holzordnung Heinrichs des Jüngeren von 1547 unterſagte das eigenmächtige Holzhauen. Die Untertanen mußten ſich das Bauholz von den Amtleuten oder Förſtern ausweiſen laſſen, die Holzungen wurden in regelmäßige Gehaue eingeteilt; auch die Zeit des Holzhiebes wurde beſchränkt; die Ordnung ſchrieb für die Gemeindehölzer die Wahl von Holzgeſchworenen durch die Untertanen vor. Herzog Julius vertrat in der Forſtordnung von 1585[1]) ſcharf den Gedanken der obrigkeitlichen Polizei über die Gemeindehölzer und in der Forſtordnung von 1590 kam dieſer wieder zum Ausdruck. Außerdem ſcheint die ganze Maſtnutzung in den Holzungen dem freien Beſtimmungsrecht entzogen geweſen zu ſein; das Amt oder der Gerichtsherr hat unter Hinzuziehung von Sachverſtändigen in jedem Jahre den Umfang der Maſt beſtimmt.[2]) Nicht alle Gemeinden hatten Holzungen. Im Gericht Aſſeburg hatten die Dörfer Sottmar, Groß- und Klein-Biewende, Hedeper, Semmenſtedt, Timmern, Kalme, Börßum und Seinſtedt, alſo die Hälfte der zum Gerichte gehörigen Dörfer keine Holzteilung, die übrigen Gemeinden hatten zum Teil äußerſt umfangreiche Holzteilungen auf der Aſſe, in Summa 72 Hufen 21 Morgen.[3]) Im Gerichte Bebdingen erwähnen weder das Erbregiſter noch Algermann Holzungen bei Halchter, Groß-Stöckheim, Leiſerde, Thiede, Abersheim, Geitelde, Stiddien. Im Gerichte Schöppenſtedt hatten die 9 Dörfer und die Stadt 75 Hufen $^1/_2$ Morgen Holzungen, außerdem gab es daſelbſt 73 Hufen 22 Morgen Junkerhölzer. Im Gerichte Dahlum, wo die Gemeinde Apelnſtedt allein kein Holz hatte, gab es nach Algermann bei den Gemeinden 2420 Morgen, im Halbgerichte 2864 Morgen Holzungen. Im Halbgericht wurden 800 Morgen als fürſtliche Holzmark bezeichnet.

Können wir ſo ſchon vielfach beobachten, wie der Staat im Laufe des 16. Jahrhunderts die wirtſchaftliche Freiheit der Gemeinden einzuengen, ſie in ihren wirtſchaftlichen Funktionen der Staatsaufſicht zu unterwerfen ſtrebte, ſo mußte er mit Einführung einer einheitlichen, zentraliſtiſchen Rechtsordnung und römiſcher Rechtsbegriffe mehr und mehr danach ſtreben, die jurisdiktionellen Befugniſſe der Gemeinden abzuſchaffen oder doch einzudämmen. So behielten zwar die Gemeinden die „Bauernkör", ihr Pfand- und Strafrecht. Aber mit der Begründung, daß die Gemeinden ſich unmäßige Pfändungen erlaubten und die Strafen, welche meiſt Bierſtrafen waren, Gelegenheit zu Saufgelagen gäben, beanſpruchte der Staat

[1]) cf. Die Landwirtſchaft und das Forſtweſen im Herzogtum Braunſchweig S. 122.

[2]) cf. Br. St. A. Abt. VI, § 7. Burgamtsrechnungen Müddeße, Ampleben.

[3]) cf. Algermann, Beſchreibung des Amtes Wolfenbüttel 1584. Manuſkript der Wolfenbütteler Landesbibliothek.

ein Aufsichtsrecht; die Bauernkören mußten auf allen Gerichtstagen vorgebracht werden; die Strafgelder sollten in einer Lade aufbewahrt und nicht vertrunken werden.[1]) Auf dem Gebiete des Gerichtswesens sank die Gemeinde allmählich von ihrer selbständigen Stellung herab; ihr blieben reine Polizeibefugnisse übrig; die Bauermeister mußten auf den Landgerichten die Wrogen einbringen.[2])

Allmählich wuchsen die polizeilichen Aufgaben, welche die Gemeinde unter der Aufsicht des Amtes und des Staates ausübten. Die Wege-, Wohlfahrts-, Sicherheits- und Feuerpolizei[3]) wurde in den Bereich der Staatsverwaltung gezogen und die Exekutive den Gemeinden übertragen.

Vor allem aber benutzte der Staat die Vorsteher der Gemeinden, die Bauermeister, bei der Erhebung der Steuern.[4]) Die Beschreibung und Erhebung des Schafschatzes lag in der Hand der Amtleute, aber die Bauermeister mußten die Kerbhölzer halten, auf denen die Zahl der Schafe aufgeschnitten wurden, einen für die Schafmeister, einen zweiten für die Bauern. Wegen der Accise mußte der Bauermeister mit den Krügern des Dorfes Kerbhölzer halten, und es durfte kein Bier vor dem Kruge abgeladen werden, bevor er es nicht auf die Kerbhölzer geschnitten hat. Er mußte auch auf das Holz schneiden, was am Fastabend, an Hochzeiten, Kindtaufen, Pfingsten und zur Ernte an Bier im Dorfe getrunken wurde. Der Bauermeister unterstand hierbei der scharfen Kontrolle durch Amtmann und Vögte: Jeden Monat mußte er Abrechnung halten mit dem Amtmann. Die Amtleute und Vögte wurden angehalten, in die Dörfer zu gehen zur Kontrolle, damit Bauermeister und Krüger einander nicht durch die Finger sähen. Verschwiegen die Bauermeister Bier, so wurden sie schwer bestraft.

Das Organ der Gemeinde war die Gemeindeversammlung, die von dem Bauermeister durch Glockenschlag oder Hornblasen zusammenberufen wurde. Hier berieten die Nachbarn über die Nutzung der Gemeindegüter, hier wurden die Gemeindebeamten gewählt, die Bauermeister, Holzgeschworenen und Kirchenältesten, hier wurden für Übertretung des Gemeinderechtes Strafen angesetzt. Vor der Gemeindeversammlung erfolgte Rechnungsablage der Gemeindevorsteher.[5])

---

[1]) Nach der Landesordnung von 1647 durften die Gemeinden die Strafen nur mit Bewilligung der Beamten und Gerichtsherrn ansetzen. cf. Steinacker, Organitionsgesetze S. 58.

[2]) Siehe Gerichtsverfassung.

[3]) Wege und Stege. Landtagsabschied 1597, Art. 27. Edikte des Herzogs August vom 31. 12. 1643, 18. 8. 1645, 15. 9. 1645 und Allgemeine Landesordnung 1647, § 25. Feuerordnung des Herzogs Julius 1585 zusammengedruckt mit der Hofgerichtsordnung.

[4]) cf. Schatzordnung 1557 bei Ribbentrop.

[5]) Nach der Landesordnung von 1647 waren sie wöchentlich zur Rechnungsablage verpflichtet.

Das Amt des Bauermeisters scheint in der Regel im Reihedienst von Bauer zu Bauer gegangen zu sein.[1]) Ein Gehalt scheint mit dem Amte nicht verbunden gewesen zu sein; nur gab es hier oder dort eine Bauermeisterwiese oder einen Bauermeistermorgen. Vom Wochendienste oder Dienstgeld scheint der Bauermeister während seiner Amtszeit nicht befreit gewesen zu sein. Im Eichgericht wenigstens zahlten sie 1584 Dienstgeld,[2]) nur von der Eier- und Hühnerabgabe waren sie frei. In größeren Gemeinden gab es auch wohl 2 Bauermeister, von denen einer dann Ackermann, der andere Köter war.

In Bortfeld im Eichgericht wurde im Jahre 1585 den beiden Bauermeistern wegen der Größe des Dorfes ein Gemeindeausschuß von 8 Mitgliedern zur Seite gestellt.[3]) Was sie neben den Bauermeistern beschließen, soll die Gemeinde für vollgiltig ansehen, wer gegen ihre Beschlüsse handelt, soll 3 Gulden Strafe zahlen und der Gemeinde $^1/_2$ Faß Bier. 4 Personen wurden jährlich auf Lichtmeß (2. Febr.) durch Neuwahl auf der Riege ersetzt. Sie sollten dann vor den Amtmann gestellt werden und ihm an Eides Statt geloben, der Dorfschaft treu und wohl vorzustehen. Bemerkenswert bei dieser Wahl ist einmal diese obrigkeitliche Vereidigung; sodann verdankte der Ausschuß gerade den Beratungen zwischen Amtmann und Gemeinde sein Leben.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Gemeindeausschuß keine Sondereinrichtung des Dorfes Bortfeld gewesen oder geblieben ist. Es gab umfangreichere Gemeinden; Bortfeld hatte 1569 weder Ackerleute noch Halbspänner, sondern nur 48 (46) Köter. Wir können also wohl den Ausschuß als eine allgemeinere Einrichtung des Herzogtums ansehen, der seine Entstehung der Vermehrung der Verwaltungsaufgaben durch den Staat verdankt. Jedenfalls war damals die Staatseinwirkung schon in die intimeren Gebiete des Gemeindelebens eingedrungen. Die Organisation und Wahl der Gemeindebeamten zog der Staat in seinen Machtkreis und gab dadurch auch äußerlich zu erkennen, daß er die Gemeinden nicht mehr als autonome Verfassungsgebilde ansah, sondern als seine Glieder.

B. Das Amt.

Die Einteilung des Landes in Ämter und Gerichte ist nicht etwa nach geographisch-statistischen Rücksichten vorgenommen worden,[4]) sie sind

[1]) Hierüber sind die Nachrichten der Quellen sehr dürftig. Aber die Zustände späterer Jahrhunderte lassen sich hier auf das 16. Jahrhundert übertragen.

[2]) Br. St. A. Abt. VI, § 7. Burgamtsrechnung 1584.

[3]) cf. W. L. A. Eichgericht. Amtsbuch 1584—95, Nr. 8.

[4]) cf. Meyer, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte II, S. 320.

nur das Überbleibsel eines ehemaligen Sonderlebens. Die Größe der Ämter ist daher nicht gleichartig, und bisweilen bilden die Gerichte keinen geographisch einheitlichen Komplex. Es gab um die Mitte des 16. Jahrhunderts in Braunschweig-Wolfenbüttel 25 (27) Gerichte,[1]) dazu kamen 11 in der Hildesheimer Stiftsfehde gewonnene Gerichte. Es hatte an Dörfern das Gericht Asseburg 19, das Eichgericht 13, das Amt Wolfenbüttel 58,[2]) Gericht Lichtenberg 20 (und 2 Junkerdörfer), Gebhardshagen 5, Königslutter 8, Jerxheim 7, Supplingenburg, Neuhaus, Hessen und Vogtsdahlum je 2, Calvörde 6, Barborf 9, Neubrück mit Wendhausen und Brunsrode 4,[3]) Warberg 3, Destedt 4, Schöningen 15, Staufenburg 12, Seesen 11, Harzburg 5, Gandersheim 24, Greene 17, Ottenstein 2, Herrschaft Homburg 34, Herrschaft Eberstein 9. Aus der Hildesheimer Stiftsfehde waren folgende Gerichte und Ämter[4]) gewonnen: Liebenburg mit 24, Steinbrück mit 8, Schladen mit 6, Wiedelah mit 5, Woldenberg mit 21, Vienenburg mit 2, Bilderlah oder Woldenstein mit 23, Westerhofen mit 6, Winzenburg mit 24 (dazu kamen 9 Adelsdörfer), Bodenburg und Wispenstein mit 2 (gehörte denen von Steinberg), Lutter am Barenberge mit 5 Dörfern. Dazu kamen noch 2 Erbdörfer Christophs v. Steinberg und 2 derer von Wallmoden.[5]) Die Amtseinteilung schwankte hin und her, es wurden Dörfer von einem Gericht zum andern gelegt oder aus dem Amtsbezirke emanzipiert, neue Distriktseinteilungen vorgenommen.[6])

Eine besondere Stellung nahm das Amt Wolfenbüttel ein. Es umschloß damals das Gericht Bebdingen, das Amt Sierße und das Halbgericht, die später zusammengelegt worden sind, das Gericht Dahlum, Gericht Evesen und Gericht Schöppenstedt. Als im Jahre 1569 die Stadt Braunschweig dem Herzoge das Gericht Asseburg zurückgab, wurde auch dieses dem Amte Wolfenbüttel angegliedert. Die größeren Gerichte waren oft in Unterabteilungen eingeteilt; so hatte das Gericht Lichtenberg 2 Gohe (= Gaue), das Amt Winzenburg 4 Gohe, und Wickensen zerfiel in die

---

[1]) cf. Br. St. A. Abt. VII. Schmalkaldischer Bund, Vol. 26: Register des Landschatzes.

[2]) Dazu kommen noch die Dörfer des Klosters Riddagshausen, 7 Junkerdörfer und die des Rates von Braunschweig.

[3]) Kayser a. a. O. behandelt sie als 2 gesonderte Gerichte.

[4]) Zwischen den Ausdrücken „Gericht" und „Amt" wird kein scharfer Unterschied gemacht.

[5]) Die Zahlen sind dem erwähnten Schatzregister entnommen; aus Kayser a. a. O. ergeben sich zum Teil andere Zahlen.

[6]) Dies scheint besonders im Weserdistrikt der Fall gewesen zu sein, wo die Herrschaft Eberstein in die Ämter Fürstenberg, Forst und Holzminden geteilt wurde, Br. St. A. Abt. VII. Bd. 26.

Ober- und Unterbörde. In größere Bezirke ſcheinen die Gerichte der Verwaltung halber noch nicht zuſammengelegt zu ſein. Nur die Erhebung der Schatzungen ſcheint einem Amtmann für einen größeren Bezirk übertragen worden zu ſein.[1])

An der Spitze des Amtes ſtand der Amtmann. Er hatte die verantwortliche Leitung des Amtes; für die verſchiedenen Amtsaufgaben ſtanden ihm natürlich Unterbeamte zur Verfügung. Bis in das 16. Jahrhundert hinein war er ziemlich ſelbſtherrlich geweſen, nur den ſehr unregelmäßigen Reviſionen durch den Herzog unterworfen. Im Laufe des Jahrhunderts, wo ſich im Lande die Zentralbehörden ausbildeten, erhielt er eine Kontrolle[2]) zunächſt in dem Hauptmann,[3]) dem militäriſchen Befehlshalber im Amte, ſpäter im Oberamtmann. Die Stadt Braunſchweig ſcheint in ihren Gerichten bis zum Jahre 1584 keinen Amtmann gehabt zu haben, ſondern nur die Unterbeamten. Bis dahin wenigſtens ſind die Burgamtsrechnungen durch einen der Bürgermeiſter geführt worden; die Rechnung von 1584 iſt zum erſten Male durch den Amtmann geführt.[4]) Und mit dieſem Jahre beginnen auch die Amtsbücher, in die alle Verhandlungen vor dem Amte, Güterverträge, Meierkontrakte u. ſ. w. eingetragen wurden.[5])

Das Amt war in erſter Linie Domanialbezirk. Die Amtsuntertanen waren die Fronarbeiter, welche den Acker des Amtshaushaltes beſtellen mußten.[6]) Die Bewirtſchaftung der fürſtlichen Domänen hat im 16. Jahrhundert große Fortſchritte gemacht; es wurden eine genaue ſchriftliche Rechnungsführung, eine ſcharfe fürſtliche Kontrolle und eine ſtrenge Trennung der Domanialſachen von den andern Verwaltungsaufgaben eingeführt. Endlich legten die Fürſten mit dem Wachſen der Schuldenlaſt auch ein größeres Gewicht auf die Ausnutzung der wirtſchaftlichen Kräfte des Kammergutes, das im Anfang des Jahrhunderts vor der Einführung umfangreicherer Steuern die Hauptfinanzquelle des Staates bildete.

Heinrich der Jüngere hat zuerſt ein größeres Intereſſe für die Domanialwirtſchaft gezeigt. Wenn man die Amtsrechnung des Amtes Wolfenbüttel

---

[1]) cf. W. L. A. Landſchaftliche Sachen. Schafſchatzregiſter der Ämter Schöningen, Königslutter, Brunsrode, Lucklum u. ſ. w.

[2]) cf. Kruſch in der Z. H. V. N., Jahrgang 1893 und 1894.

[3]) Der Hauptmann erſcheint als der vornehmſte Beamte des Amtes in der Beſchreibung der Schmalkaldener von 1546, Br. St. A. Abt. VII. Bd. 26/7.

[4]) Br. St. A. Abt. VI, § 7. Burgamtsrechnungen.

[5]) W. L. A. Amtsbücher Eichgericht.

[6]) In den wenigen geſchloſſenen adeligen Gerichten war die Sache nicht anders. Doch fehlten mir darüber die Nachrichten; die Verwaltung der adeligen Gutswirtſchaft bleibt daher unerörtert.

aus dem Jahre 1521[1]) durchsieht, so erkennt man alle Mängel, die damals der schriftlichen Führung des Amtshaushaltes, einem primitiven Rechnungswesen anhafteten. Die Geldeinnahmen sind nicht scharf differenziert, sondern einfach nach den verschiedenen Ortschaften durcheinander geschrieben; die Summen sind vielfach nicht gezogen; es fehlt ein einheitliches Münzsystem. Vor allem aber krankt die ganze Rechnung daran, daß Amtseinnahmen und Staatseinnahmen, Amts- und Staatsausgaben nicht getrennt sind. Bei dem Mangel einer Zentralkasse, in welche die Einnahmen sämtlicher Ämter zusammenflossen, mußte das Amt Wolfenbüttel diese Aufgabe übernehmen. So sind denn Einnahmen für die Stiftsfehde und Ausgaben für den Krieg und den fürstlichen Hof darin enthalten. Es kann uns nicht Wunder nehmen, daß die Rechnung einen Vorschuß von 4265 Gulden 7½ Schilling 7 Pfennig ergibt; und man muß staunen und kann einen leisen Zweifel nicht unterdrücken, ob der Herzog Heinrich die Rechnung wirklich prüfen konnte, als er Freitag nach Lätare 1523 im Beisein des Kanzlers Peyn die Rechenschaft des Amtmanns abhörte. In der Bewirtschaftung waren die Amtleute ganz selbständig und keiner regelmäßigen Rechenschaftslegung unterworfen.

Hier schaffte der Herzog Wandel, besonders durch die Amtsordnung von 1541.[2]) Diese Amtsordnung zeigt uns, wie sehr die Domanialwirtschaft im Vordergrunde der Tätigkeit des Amtsmannes stand. Der Fürst erscheint hier als der Privatgrundherr, der seinem Verwalter bis in die kleinsten Einzelheiten hinein die Art der Wirtschaftsführung vorschreibt. Von den sonstigen Aufgaben des Amtsmanns erwähnt die Ordnung so gut wie nichts; sie legt ihm nur ans Herz, mit den Wochendiensten Wege und Stege in Stand zu halten. Durch zweierlei ist die Ordnung besonders bemerkenswert. Der Amtmann wird hier einer größeren Aufsicht unterworfen: er darf Gesinde nicht ohne Befehl annehmen, ohne Mitwissen und Bewilligung des Hauptmanns, er darf nichts von dem Amtsaufkommen ohne Befehl verkaufen noch umfangreichere Bauten ausführen; er mußte sich bei jedem Verkauf genaue Quittungen geben lassen, ohne die ihm die Rechnung bei der Revision nicht passierte; er wurde in Zukunft zur Rechnungsablage nach Wolfenbüttel befohlen, mußte genaue Erbregister anlegen, um die Untertanen nach ihrem Vermögen in Anspruch zu nehmen, und ebenso ausführliche Dienst-, Korn-, Vieh- und Küchenregister; er durfte ohne fürstlichen Befehl Hofdienern kein Futter, Jahrkorn oder Essen verabfolgen. Man sieht also darin auch das Streben, eine scharfe Trennung zwischen der lokalen Amtsverwaltung und dem Zentralhaushalt herbei-

[1]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel.
[2]) cf. Gesenius Band II, Beilage 23.

zuführen.[1]) In der Wirtschaft stand Ackerbau und Viehzucht im Vordergrunde; Schafzucht und Gewinn von Wolle wurden noch besonders betont. Unter Herzog Heinrich erscheint bereits der Oberamtmann, der die Aufsicht über die Amtleute hat.[2])

Herzog Julius, der seine eigenen Kammersachen zuerst scharf getrennt hat von den Staatssachen, kümmerte sich noch intensiver um die Domänen. Jeden Sonnabend mußten die Amtleute Wochenzettel einliefern über Einnahmen und Ausgaben und über die Tätigkeit der verflossenen Woche;[3]) und es wurden alsdann die Herrendienste für die kommende Woche verteilt. Dazu verordnete er Amtsvisitatoren, die jährlich das Vieh nachzählten, das Korn nachmaßen und auch außerhalb der Zeit unverhofft die Ämter inspizierten. Vor allem suchte er den Grund und Boden mehr zu nutzen, sorgte für gute Ent- und Bewässerung; er begann überall industrielle Unternehmungen, legte Ziegel- und Kalköfen an.[4]) Er suchte den landwirtschaftlichen Nebenbetrieb in den Bereich des Amtes zu ziehen. So legte er unter scharfem Widerspruch der Städte Brauhäuser an und begann auf feilen Kauf zu brauen; er baute neue Mühlen und scheint die Amtsuntertanen gezwungen zu haben, auf den Amtsmühlen ihr Korn mahlen zu lassen. Sein besonderes Interesse wandte er der Schafzucht zu; auf den Landtagen wurden Klagen laut wegen übermäßig großer Schäfereien,[5]) die den armen Leuten das Ihrige verdürben. Vor allem aber sah er darauf, daß keine Kammergüter verpfändet wurden; das System, die Beamten für ihre Dienste mit Gütern zu belehnen, das am Anfange des Jahrhunderts zur Unsitte geworden war,[6]) aber schon von Herzog Heinrich in der letzten Zeit der Regierung vermieden war, verabscheute er.[7])

Unter seinen Nachfolgern erschlaffte das starke persönliche Interesse an der Domanialwirtschaft. Aber es hatten sich bereits die Zentralbehörden entwickelt, und die Kammerräte konnten dem Fürsten die Sorge für sein Kammergut abnehmen; außerdem war das Amtspersonal sicher durch die lange Zucht zuverlässiger und treuer geworden. So wird der Mangel des fürstlichen Interesses nicht so sehr empfunden worden sein. Aber sicher trug dies dazu bei, daß allmählich die Idee Wurzel fassen konnte, die Amtshaushalte zu verpachten. Als Friedrich Ulrich zur Regierung kam, gewann diese Idee an Macht; die von Havemann mitgeteilte Erinnerung des

[1]) cf. auch Krusch, Z. H. N. S. 1893 S. 253/4.

[2]) cf. Krusch, Z. H. V. N. 1894 S. 47.

[3]) cf. Algermann, Leben des Herzogs Julius bei Strombeck S. 183/4.

[4]) Algermanns Beschreibung des Amtes Wolfenbüttel 1584 bezweckte eine genaue Erforschung des Grund und Bodens und seiner nutzbaren Kräfte.

[5]) cf. Gravamina der Stände 1570.

[6]) cf. Krusch, Z. H. V. N. 1893 S. 219, 220, 231, 248, 270.

[7]) ib. Jahrgang 1894 S. 43, 79.

Kammermeiſters Berkelmann[1]) verfolgte in erſter Linie den Zweck, den jungen Fürſten von dem Gedanken des Pachtſyſtems abzubringen und ihm die großen Vorteile der Eigenwirtſchaft auseinanderzuſetzen. Aber ſeine treuen Worte ſcheinen wenig Eindruck gemacht zu haben.[2])

Amtsgeſinde zur Bewirtſchaftung des Ackers brauchte man wegen der Herrendienſte wenig. In erſter Linie kamen hier die Aufſichtsbeamten in Frage; auf jedem Vorwerk gab es einen Hofmeiſter, der den Wirtſchaftsbetrieb leitete. Bei größeren Amtswirtſchaften trat hier wohl allmählich eine Differenzierung ein; es wurde neben dem Hofmeiſter noch ein Unterhofmeiſter angeſtellt. Im Amte Wolfenbüttel[3]) gab es auch noch einen Scheunenvogt. Da eigene Pfluggeſpanne auf den Domänen überhaupt nicht oder nur in ganz geringer Anzahl vorhanden waren,[4]) ſo waren Wagenknechte nur ſelten auf den Domänen vorhanden. Dagegen waren überall Hirten in geringerer oder größerer Anzahl vorhanden für die verſchiedenen Vieharten, und Schweinmeiſter und Schafmeiſter fehlten eigentlich nie. Die Schafmeiſter waren in der Regel ſelbſtändige Unternehmer, die ihre Schafknechte hatten und denen ſelbſt ein großer Teil der Schafherde gehörte. Von männlichem Geſinde ſind dann noch zu erwähnen die Wächter und Pförtner und die Handwerker, wie Schmiede, Karner. Auch der Müller wird bisweilen unter dem Amtsgeſinde genannt. In Ämtern, wo die Herrendienſte für die Arbeit nicht reichten, gab es auch Mäher und Dreſcher. Endlich erforderten Küche, Backhaus und Brauhaus noch eigenes Geſinde. Das weibliche Geſinde fehlt wohl nirgends. Milchmädchen, unter denen die „Obermeierſche" eine beſondere Stellung einnahm, konnte das Amt nicht entbehren. Sie beſorgten das Melken und die Zubereitung der Milch im „Meierhaus". Das Amtsgeſinde erhielt ſeinen feſten Geldlohn und Nebenbelohnung für Schuh und Kleidung. Nach der Amtsordnung von 1541 wurde das Geſinde halbjährlich abgelohnt; auch die Kündigung des Dienſtes konnte nur halbjährlich erfolgen, Weihnachten auf St. Johannistag und St. Johannis auf Weihnachten. Beim Antritt des Dienſtes mußte das Geſinde durch einen Eid dem Amtmann bekräftigen, des Fürſten Beſtes ſtets im Auge zu haben, allen Nachteil und Schaden abzuwehren. Herzog Heinrich der Jüngere hatte verſucht den Naturallohn völlig abzuſchaffen; ſpäter kam es wieder in ſtarkem Maße dahin, den Amtsdienern Korndeputate zu geben.[5])

[1]) Havemann, Geſchichte von Braunſchweig und Lüneburg. Band II, S. 447 ff.

[2]) Es wurde z. B. das Vorwerk Altenhagen im Amte Lichtenberg im Jahre 1619 um die Pacht ausgetan. cf. W. L. A. Amt Lichtenberg, Erbregiſter und Kornregiſter.

[3]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel. Amtsrechnung 1575/6, Geſindelohn.

[4]) cf. beſonders Br. St. A. Abt. VII. Schmalkaldiſcher Bund, Band 26/7 für das Folgende.

[5]) cf. W. L. A. Amt Lichtenberg, Kornregiſter 1595.

Neben den Aufgaben, welche die Bewirtschaftung der fürstlichen Domänen den Amtsdienern auferlegten, standen die polizeilichen Funktionen, die erst im 16. Jahrhundert an Bedeutung gewannen und allmählich wuchsen, je mehr der Staat alle Gebiete des Lebens in den Bereich seiner Tätigkeit zog. So hatten die Amtleute in ihrem Bezirke für den Bau von Wegen und Stegen und Brücken zu sorgen,[1]) dieselben durch die Wochendienste in gutem Zustand zu erhalten. Und als allmählich den Gemeinden diese Pflicht zugeschoben wurde, blieb doch die Aufsicht des Amtes bestehen. Ferner lag die Wohlfahrts- und Sicherheitspolizei in dem Befugniskreise des Amtes. Der Hauptmann, den die Amtsrechnungen überall erwähnen und noch um die Mitte des Jahrhunderts als ersten Beamten und auch als Vorgesetzten des Amtmanns erkennen lassen, hatte in erster Linie militärische Befugnisse, mit den ihm untergebenen Jahrknechten für die Sicherheit und Ruhe im Amte zu sorgen. Die Amtsuntertanen zahlten zur Unterhaltung der Jahrknechte eine geringe Kopfsteuer, die für jeden Hauswirt etwa 3—4 Groschen betrug;[2]) nur in den Fällen, wo sie selbst den Wachtdienst auf dem Hause übernahmen, waren sie von dieser Abgabe frei. Auf den Unterhalt des Hauptmanns und seiner Knechte und Pferde mußte oft ein großer Teil der Amtseinnahmen verausgabt werden. Neben einem bedeutenden Gehalte finden sich hier noch Nebenbelohnung für Hufbeschlag und Kleidung und hohe Naturaldeputate, besonders Hafer und Heu für die Pferde. In der letzten Hälfte des Jahrhunderts verschwindet die Person des Hauptmanns aus den Amtsrechnungen, die Aufsicht über die Amtleute übernehmen die Oberamtmänner.

Auch auf dem Gebiete des Bildungswesens, der Kirchen- und Schulangelegenheiten wuchsen allmählich die Aufgaben des Amtmanns. Der Herzog Julius stützte sein ganzes Regierungssystem auf gegenseitige Kontrolle der verschiedenen Beamten. Wie er daher die Amtleute durch die Superintendenten überwachen ließ, so mußte der Amtmann diese bei der Visitation von Pfarren und Schulen unterstützen und die Amtsführung der geistlichen Beamten mit beaufsichtigen.[3]) Er mußte Klagen gegen die Pfarrer gütlich beizulegen suchen, über Kriminalvergehen derselben an die Kirchenräte berichten. Er mußte auch jährlich zusammen mit dem Superintendenten die Kirchenrechnung abnehmen.[4]) In dem der Stadt Braunschweig gehörigen Burgamte mußte das Amt auch darauf sehen, daß die Pfarr-, Kirchen- und Schulgebäude von den Gemeinden in Bau und Besserung gehalten wurden, daß das Pfarrland vermeiert wurde,

[1]) Amtsordnung 1541.
[2]) cf. die verschiedenen Erbregister im W. L. A.
[3]) cf. Krusch, Z. H. V. N. 1894, S. 101, 103.
[4]) ib. S. 123.

ſobald die Pfarre unbeſetzt war, daß die Pfarrdiſtrikte von den Amtsuntertanen eingehalten wurden.[1])

Vor allem aber war das Amt Exekutiv- und Erhebungsbehörde im Steuerweſen. Der Amtmann hatte die ſtändigen und unſtändigen Intraden an Geld und Getreide, wie Beden, Schoß, Vogtgeld, Hof- und Ackerzinſe, Zollgeld u. ſ. w. ſchon immer eingezogen und in den Amtsrechnungen berechnet. Als die Schatzungen und Acciſe aufkamen, wurde ihre Erhebung auch dem Amtmann übertragen.[2]) Hier wuchſen mit der Zeit die Aufgaben des Amtes ſtark. Für Schatzungszwecke waren die ausführlichen Erbregiſter beſtimmt, die die Amtleute jährlich doppelt anfertigen und in die Rentnerei liefern mußten.[3]) Für die Berechnung des Scheffelſchatzes waren genaue Regiſter erforderlich. Auch der Schafſchatz verurſachte den Amtsdienern viel Arbeit. Der Amtmann mußte mit ſeinem Schreiber und Vögten von Dorf zu Dorf im Beiſein der Schäfer und Bauern genaue Schafregiſter anfertigen und danach den Schatz einziehen. Um Untreue und Verſchweigungen vorzubeugen, mußten ſie auch heimlich die Schafe nachzählen laſſen. Die Verrechnung der Bieracciſe erfolgte auch durch die Amtleute. Hier mußten ſie mit den Stadtſchreibern ein Gegenregiſter führen und die Acciſe quartalsweiſe einziehen, auch während des Quartals 3—4 Mal in die Städte reiten und die Schreiber revidieren. Ferner führte der Amtmann Aufſicht darüber, daß die Bauermeiſter mit den Krügern ordentliche Kerbhölzer hielten und rechnete mit ihnen jeden Monat ab. Auch hier mußte er Kontrolle üben und die Bauermeiſter und Krüger inſpizieren.

Für die verſchiedenen Verwaltungsaufgaben ſtanden dem Amtmann die Landvögte und Gogreſen zur Seite. Die größeren Ämter und Gerichte waren in Unterabteilungen geteilt, aus denen ſpäter die Vogteien oder Gogreſſchaften vielfach entſtanden. Die Gogreſen oder Vögte, die ſich bisweilen auch in Ober- und Untervögte differenzierten, verſorgten die ländliche Polizei, vertraten die moderne Gensdarmerie. Sie wurden in der Regel aus der Reihe der Untertanen genommen. Sie beſaßen in einem der Dörfer einen Hof und waren dafür während ihrer Amtszeit vom wöchentlichen Dienſte befreit. Bisweilen wohnten ſie auch auf der vom Fürſten erbauten Vogtei.[4]) Sehr oft wurde den Vögten vom Fürſten in

[1]) cf. W. L. A. Amtsbücher Eichgericht. passim.

[2]) Es exiſtierte dabei aber ein Unterſchied: Die Beden, Zoll, Gerichtsbrüche uſw. galten als Domanialgefälle im engeren Sinne des Wortes, die Schatzungen und Acciſe dagegen wurden an den Rentmeiſter abgeliefert, der ein Beamter der Stände war. Es kam darin der Dualismus des mittelalterlichen Territorialſtaates zum Ausdruck. cf. v. Below a. a. O., S. 251.

[3]) cf. für das Folgende Schatzordnung von 1557 bei Ribbentrop.

[4]) z. B. in Eveßen. W. L. A. Amt Wülfenbüttel. Erbregiſter 1566, fol. 463.

irgendeinem Dorfe ein Krug frei verſchrieben. Der Lohn der Vögte beſtand in Geld, Nebenlohn für Kleidung und Korndeputaten; waren ſie beritten, ſo erhielten ſie für ihre Pferde Hafer und Wieſenwachs.

Der Adel ſuchte ſich und ſeine Junkerdörfer von der Verwaltung des Amtes zu emanzipieren. Zu den allgemeinen Kirchenviſitationen 1542, 1544 und 1568, welche amtsweiſe abgehalten wurden, ſandten die Adelsdörfer meiſtens keine Leute;[1]) und gerade bei der letzteren Viſitation ſcheinen die Adelsdörfer ſich noch in größerem Maße ferngehalten zu haben. Auch in den Erbregiſtern werden ſie in der Regel nicht beſchrieben. Das Dorf Völkenrode im Eichgericht, wo die von Weſerlingen einen Sitz hatten, weigerte ſich an derartigen genoſſenſchaftlichen Verbänden teilzunehmen, wie wir ſie oben[2]) erwähnt haben, höchſtwahrſcheinlich doch auf Betreiben der Junker. Im Jahre 1610 wurde ihnen ſogar von dieſen verboten, dem Rate Dienſtgeld, Schatz und ſonſtige Abgaben zu entrichten oder vor dem Landgericht zu erſcheinen.[3]) Aber gegenüber dem ſcharfen, energiſchen Vorgehen des Rates und ſeines Amtmannes gelang dieſe Emanzipation nicht. Bei der Erhebung der Schatzungen waren die adeligen Dörfer, ja auch die geſchloſſenen adligen Gerichte dem Amtsbezirke eingegliedert. Die Amtleute ſollten nach der Schatzordnung von 1557 die Pfandhäuſer und eigenen Gerichte in ihrem Bezirke für den Scheffelſchatz genau beſchreiben und dieſen einſammeln. Auch die Schafe mußten ſie hier zählen laſſen; und der Junker Schreiber mußten wegen der Acciſe aus den verpfändeten Häuſern, den adeligen Gerichten und Dörfern mit dem Amtmann allmonatlich abrechnen. Sie waren auch dem Amtmann jeder Zeit Bericht zu erſtatten verpflichtet. Auf dieſem Gebiete ſind die Befugniſſe des Amtmanns im 16. Jahrhundert nicht eingeſchränkt worden.

C. Gerichtsbarkeit.

Beſonders genau läßt ſich die Entwicklung, welche die Verwaltung im 16. Jahrhundert durchgemacht hat, auf dem Gebiete der Gerichtsverfaſſung erkennen. Hier kann man überall den zentraliſtiſchen Zug der Zeit bemerken. Das römiſche Recht mit ſeinen abſolutiſtiſchen, zentraliſierenden Rechtsideen fand in die oberen Gerichtsinſtanzen durch die Hofgerichtsordnungen Eingang,[4]) in den Untergerichten ließ die Hofgerichtsordnung von 1559 das Sachſenrecht beſtehen und machte hier nur den ſchriftlichen Prozeß zur Pflicht. Aber auch hier herrſchte nicht mehr die

[1]) cf. Kayſer, Kirchenviſitationen passim.
[2]) cf. S. 83/4.
[3]) W. L. A. Amtsbuch, Eichgericht 1603—1612. Nr. 214, 240, 245.
[4]) cf. Kruſch, Z. H. V. N., beſonders Jahrgang 1893, S. 298.

Mannigfaltigkeit des Mittelalters; die einzelnen Dorfgerichte verſchwanden. Es gab meiſt nur noch das allgemeine Landgericht für den ganzen Amtsbezirk oder in größeren Ämtern für die Unterabteilungen, die Gohe, Börden oder Vogteien; der Ausdruck „Gohgericht" findet ſich nirgends. Nur leiſe Spuren früherer Sonderheiten hatten ſich noch erhalten. So mußte im Dorfe Dettum im Gerichte Eveßen noch ein Dorfgericht gehalten werden über das, was auf der Dorf- und Feldmark paſſierte.[1]) Auch in Groß-Denkte im Gericht Aſſeburg mußte jährlich auf beſtimmte Zeit, Montag nach dem Weißen Sonntag und Montag nach Trium Regum, Gericht gehalten werden;[2]) die Gerichtsunkoſten trugen die Dorfnachbarn („die Menne"). Ebenſo mußte in Weſtbiewende (= Großbiewende) einmal jährlich das Gericht gehalten werden. In Remlingen mußte das Landgericht alle 7 Jahre einmal gehalten werden. In Semmenſtedt wurde in zwei Jahren dreimal das Landgericht gehalten, wobei die Zehrungskoſten für Amtleute und Vögte die Dorfſchaft zahlte. Die Dorfſchaft Kiſſenbrügge mußte zu Groß-Denkte oder an andern Orten vor dem Landgerichte erſcheinen, außerdem wurde jährlich im Dorfe Montag nach Pfingſten auf Koſten der Dorfbewohner ein Gericht gehalten. Die Dörfer Klein-Denkte, Sottmar, Wittmar, Klein-Vahlberg, Mönch-Vahlberg, Groß- und Klein-Winnigſtedt, Seinſtedt, Kalme, Klein-Biewende, Börßum, Timmern gehörten vor das Landgericht. Ihre Bewohner mußten zu Gericht erſcheinen in den Dörfern, wohin ſie gefordert wurden; vom Dorfe Klein-Biewende mußte nur die Hälfte der Männer mit dem Bauermeiſter kommen. Die Dorfſchaft Börßum brauchte von altersher zu den Gerichtsunkoſten nicht beitragen. So können wir im Gerichte Aſſeburg deutlich den Auflöſungsprozeß beobachten. An Stelle der früheren Dorfgerichte war das Landgericht getreten; nur hatten einzelne Dorfſchaften noch den Anſpruch behauptet, daß das Gericht in ihrem Dorfe zu beſtimmter Zeit gehalten werden mußte.

Als Grund dafür, daß ſich hier die Verhältniſſe früherer Zeiten noch länger gehalten haben, muß wohl der Umſtand gelten, daß Aſſeburg ſich bis 1569 in den Händen der Stadt Braunſchweig befand. In den fürſtlichen Ämtern war der Prozeß ſchon weiter vorgeſchritten; hier gab es meiſt nur einen einzigen Ort, wo das Gericht gehalten wurde. Im Gerichte Bebdingen fand das Landgericht in Bebdingen oder Stöckheim, im Halbgerichte in Bettmar, im Gerichte Dahlum in Niederdahlum, im Gerichte Schöppenſtedt in der Stadt Schöppenſtedt ſtatt und im Gerichte Eveßen im Dorfe Eoeßen. Im Amte Schöningen wurden 1586 jährlich

[1]) cf. W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter 1566 (?), Dettum.
[2]) ib. Aſſeburger Erbregiſter 1569.

4 Landgerichte gehalten, 2 vor dem Ratskeller in Schöningen und 2 vor dem Seperthor zu Helmſtedt.[1]) Die Dorfſchaften waren einer dieſer Gerichtsſtätten zugewieſen. In Schöningen mußte einer aus dem Rate Richter oder Gografe ſein. Der Rat zu Helmſtedt mußte aus ſeiner Mitte 4—5 Perſonen zum Gerichte vor dem Seperthor ſenden, die Bericht taten, wenn wegen der Bürger etwas Bruchfälliges vorfiel.

Die 4 Landgerichte im Amte Schöningen waren früher an beſtimmten Tagen gehalten worden; ſeitdem aber die Gerichte mit „fürſtlichen anſehnlichen Räten, ſo dem Amte zugeordnet, mitbekleidet“ wurden, wurden die Gerichte nach Gelegenheit angeſetzt. Hier ſehen wir wiederum ein Stück der Selbſtherrlichkeit der Landgerichte gebrochen, das Einberufen des Gerichtes wurde am Schluſſe des Jahrhunderts in das Belieben der fürſtlichen Beamten geſtellt.

Der Verlauf des Landgerichtes[2]) blieb in ſeinen alten Formen beſtehen. Alle Hauswirte des betreffenden Gerichtsſprengels mußten erſcheinen, die Bauermeiſter darauf achten, daß niemand fehlte. Nachdem das Gericht unter den altherkömmlichen Formalitäten eröffnet worden war, brachten die Bauermeiſter die Wrogen ein, die der Amtmann in das Gerichtsbuch eintrug. Der Landvogt trat dann als Kläger auf, doch mußte er dazu einen „Vorſprach“ haben. Die Brüche wurden durch den Landmann erkannt.[3]) Die fürſtlichen Beamten hatten alſo keinen Einfluß auf die Urteilsfindung; es wurde nur das Landgericht im Namen des Fürſten als des oberſten Gerichtsherrn gehalten. Die Amtleute mußten hauptſächlich zugegen ſein, um die Brüche aufzuzeichnen, die ja dem Fürſten zufielen.

Auch die Sondergerichte, die Meierdinge, Vogtdinge und Freiengerichte büßten allmählich an Selbſtändigkeit ein. Die Meierdinge[4]) waren die mittelalterlichen Villikationsgerichte. Der Meierdingsherr erhielt von den Meierdingsleuten nicht nur den Erbenzins, hier war auch die Gerichtsbarkeit mit der Grundherrſchaft verbunden geblieben. Die Meierdingsverfaſſung war überall in der Auflöſung begriffen. Das Meierrecht, das auf der Freiheit der Perſönlichkeit baſierte, griff auch in das Gebiet der Meierdingsgüter hinüber. Die Freien konnten allgemein Meierdingsgüter erwerben, ohne unfrei zu werden; ſie mußten ſich nur vor dem Meier-

[1]) W. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeſchreibung, angefertigt ca. 1584 (1586 ?).

[2]) cf. Geſenius a. a. O. I, Beilage III (Landgericht zu Jerxheim). Koken, Die Winzenburg, S. 110 ff. Oppermann, Deutſches Gerichtsverfahren im 17. Jahrhundert in der Zeitſchrift für deutſches Recht von Beſeler, Reyſcher, Wilda, Band XI, S. 66 ff.

[3]) Geſenius a. a. O. Beilagen S. 17. W. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeſchreibung nach 1584 (1586 ?) angefertigt.

[4]) Vergleiche über die Meierdinge Wittich, Grundherrſchaft Kap. VI, § 1.

dinge durch die „treue Hand", einen Unfreien vertreten laſſen.[1]) Die perſönliche Unfreiheit widerſprach dem allgemeinen Zuſtande der Zeit, und es herrſchte durchaus das Streben, unfreies Gut in freies zu verwandeln.[2])

Der allmählichen inneren Auflöſung der Meierdingsverfaſſung ging ein allmähliches Einſchränken der Meierdingsbefugniſſe durch die allgemeinen Landgerichte parallel. Die eigentliche Gerichtsbarkeit wurde den Meierdingen mehr und mehr genommen, es blieb ihnen nur die Aufſicht über den Wirtſchaftszuſtand der Meierdingsgüter. Auf dem Meierdinge empfing der Grundherr den Zins von ſeinen Meierdingsleuten, Rauchhuhn, Beddemund und Baulebung; vor allem mußten alle Verträge über Meierdingsgüter, wie Käufe, Verpfändungen, Mitgiften vor dem Meierding geſchloſſen und in das Meierdingsbuch eingetragen werden, um Rechtsgiltigkeit zu erlangen. Bei jedem Wechſel des Beſitzers gebührte dem Meierdingsherrn ein Umfatzgeld. Inſofern war das Meierding noch ſehr geſchloſſen, als ſein Urteil ein ausgehendes war; es durfte nicht an das fürſtliche Hofgericht appelliert werden, ſondern nur an den Obermeierdingsherrn.

Im Oſten des Landes hatten die Meierdinge völlig ihre Bedeutung verloren. Das Meierding im Amte Schöningen, wo der Fürſt Meierdingsherr war, war ſchon zu einer bloßen Zahlſtelle der Zinſen und Umſatzgelder herabgeſunken.[3]) Das Aſſeburger Erbregiſter von 1569 erwähnt das Meierding zu Groß-Denkte, wo das Stift Gandersheim Meierdingsherr war, und das Meierding der Goslarer Münſterherrn zu Semmenſtedt überhaupt nicht als Sondergerichte; ſie ſcheinen danach keine große Bedeutung mehr gehabt zu haben. Im Weſten, im Halbgericht, im Gericht Beddingen und in den vom Stifte Hildesheim erworbenen Gebieten nahmen die Meierdingsgüter einen größeren Prozentſatz des Landes ein; das Domkapitel und das Michaeliskloſter zu Hildesheim hatten hier viele Meierdinge, deren Kompetenz noch umfangreicher war. Was auf den Meierdingshöfen ſich ereignete, wurde vor dem Meierdinge gewroget, während die Feldmark vor das Landgericht gehörte.[4])

Die Vogtdinge und Freiengerichte haben ihre Sonderſtellung im 16. Jahrhundert noch mehr gewahrt als die Meierdinge. Das Vogtding[5]) im Halbgericht erſtreckte ſich über die Dörfer Wendeburg, Zweidorf, Sierße

---

[1]) So war z. B. das Kirchenland in Semmenſtedt Meierdingsgut. W. L. A. Amt Wolfenbüttel: Aſſeburger Erbregiſter 1569, Semmenſtedt.

[2]) Strube a. a. O., S. 576/7. Sehr lehrreich iſt hier der Streit zwiſchen dem Domprobſt und der Stadt Hildesheim, Goebel a. a. O., S. 134.

[3]) W. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeſchreibung aus dem Ende des 16. Jahrhunderts (ca. 1586).

[4]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter 1566, Halbgericht Woltorf.

[5]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Erbregiſter 1566 (?), Halbgericht.

und ihre Feldmarken, sowie über die Feldmark des Dorfes Wendezelle; auch in Woltorf lagen einige Vogtdingsgüter. 1546 wurde dieser Bezirk noch als das Amt Sierße bezeichnet.[1]) Gerichtsherr war hier allein der Landesfürst; ihm allein fielen die Brüche zu, während die Brüche auf dem Landgerichte zu Bettmar zur Hälfte an das Hildesheimische Amt Peine fielen. Gerade der Umstand, daß die Gerichtsherrschaft im Halbgericht zwischen Hildesheim und Braunschweig geteilt war, wird dazu beigetragen haben, die Sondergerichte in ihrer Existenz zu erhalten. Das Vogtding gilt dem Erbregister von 1566 (?)[2]) durchaus als ein Gericht über Freie; es wird darin mit dem Probstding und Freiding auf eine Stufe gestellt. Das Gericht wird gehalten auf dem Freimeierhof zu Wendeburg. Die Vogtdingsleute geben Baulebung, aber keinen Beddemund. Und es wird als Grundsatz hingestellt, daß eine ins Vogtdingsamt gehörige Magd, die einen Mann heiratet, der nicht Genosse des Vogtdings, Probstdings oder Freidings ist, unfrei wird. Auch im Dorfe Wetzleben[3]) werden noch 1584 freie Vogtgüter erwähnt, von denen das Vogtgeld zum dritten Teil dem Hause Sambleben und dem Kloster Ringelheim zu $^2/_3$ gebührte; von einem besonderen Vogtding ist hier aber nicht mehr die Rede.

Auch die Probstdingsleute der Probstei Ölsburg galten als freie Leute.[4]) Sie durften frei in Fürstentümer und Städte ziehen, auch Amt und Gilden besetzen und wurden bei ihrer Rückkehr wieder frei in Probstdingsgerechtigkeit gesetzt. Dem Erbregister von Wolfenbüttel gelten die Probstdingsgüter durchaus für freie Güter.[5]) Wer einem andern Herrn ein Halshuhn zahlte, konnte kein Probstdingsgut erwerben.[6]) Das Probstding hatte im 16. Jahrhundert noch die volle untere Gerichtsbarkeit über die Probstdingsgüter. Erst am Schlusse des 17. Jahrhunderts suchte hier das Amt Wolfenbüttel die Jurisdiktion zu beschränken,[7]) zog Streitigkeiten über Probstdingsgüter vor sein Forum und forderte auch den Dienst, von dem die Probstdingsleute früher frei gewesen waren.

Am sichersten haben die Freidinge[8]) ihre Position behauptet. Sie

---

[1]) Br. St. A. Abt. VII. Schmalkald. Bund 26, fol. 248.

[2]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel. Erbregister 1566 (?), Wendeburg. Über das Vogtding, cf. Nolten a. a. O., S. 178—182.

[3]) cf. W. L. A. Amt Wolfenbüttel: Beschreibung des Hauses Sambleben, zusammengebunden mit dem Asseburger Erbregister.

[4]) cf. Nolten a. a. O., S. 85 ff., 106.

[5]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel, Halbgericht.

[6]) cf. Nolten a. a. O. Es war hauptsächlich nur die Sondergerichtsbarkeit des Zinsherrn, der Propstei zu Ölsburg, welche sie von andern Gütern unterschied.

[7]) cf. Goebel-Nolten a. a. O., S. 136 ff.

[8]) cf. Die Freidingsstatuten für Bettmar von 1732 Nolten a. a. O., S. 149 ff., für Sickte aus dem Jahre 1571 ib. S. 166—72.

ſorgten durch ſcharfe Beſtimmungen dafür, daß Freigüter nicht in fremde Hände kamen und dadurch eine innere Zerſetzung ihrer Organiſation herbeigeführt wurde. Ferner behielten ſie die Gerichtsbarkeit im alten Umfange. Erſt im 17. Jahrhundert griff der alles nivellierende Staat auch ſchärfer in ihre Sonderſtellung ein. Die freien Leute wurden einmal den übrigen Bauern und Meierdingsleuten aſſimiliert; Baulebung, Schutzgeld und andere Abgaben wurden von ihnen gefordert.[1]) Nach den Freidingsſtatuten des Freidings zu Bettmar von 1732 wurde ferner vor dem Freiengericht nur noch das eingewrogt, was in den Häuſern der Freien paſſierte; fiel dagegen auf der Feldmark etwas Bruchfälliges vor, ſo gehörte dies vor das allgemeine Gericht.

Die im Freiding zu Bettmar vereinigten Freigüter, die hauptſächlich im Halbgericht, im Gericht Beddingen und Eichgericht, zu einem Teil auch im Hildesheimiſchen lagen, waren quantitativ nicht unbedeutend, nach den Amtsrechnungen 103¼ Hufen Land. Im Freiengericht zu Sickte waren nur 4 Geſchlechter vereinigt.[2]) Alle dieſe Sondergerichte, die Meierdinge, Vogtdinge, Propſtdinge und Freidinge hatten inſofern ihre Exiſtenzberechtigung, als ſie über die wirtſchaftliche Erhaltung der Güter wachten, dieſe nicht in fremde Hände kommen ließen und hier die Aufgaben vielfach erfüllten, welche ſonſt mit der Zeit das Amt übernahm.

So können wir im 16. Jahrhundert überall die Tendenz verfolgen, alles Sondertum in der Gerichtsverfaſſung zu brechen und hier eine möglichſt große Einheitlichkeit zu ſchaffen. Daneben ſetzt auch bereits eine neue Entwicklung ein, die darauf hinzielte, die genoſſenſchaftlich, nach altdeutſchen Rechtsbegriffen organiſierten Landgerichte in ihrer Kompetenz zu beſchränken und allmählich verkümmern zu laſſen. Es begann eine anfangs freiwillige *Gerichtsbarkeit des Amtes*. Den Untertanen konnte es ja nur angenehm ſein, wenn ſie Streitigkeiten ſofort vor dem Amte erledigen konnten und dieſelben ſich nicht bis zum nächſten Landgericht hinzogen. So nahm das Amt allmählich eine Art Schiedsrichterſtelle ein. In der ausführlichen Amtsordnung von 1541[3]) iſt von dieſer Funktion des Amtes mit keinem Worte die Rede. Nach der Amtsordnung von 1566[4]) gilt das Amt bereits als „erſte Gerichtsinſtanz“; und es wird den Amtleuten noch einmal eingeſchärft, in allen Streitfällen mit Ernſt auf einen Vergleich hinzuarbeiten und die Sachen nicht ſofort an die Kanzlei zu verweiſen. Das Amt hatte ein Intereſſe daran, die Bauerngüter in ihrem wirtſchaftlichen Beſtande zu erhalten, damit ſie leiſtungsfähig blieben für die Staats-

[1]) Nolten a. a. O., S. 149.
[2]) ib. S. 166.
[3]) Geſenius a. a. O., II. Beilage XXIII.
[4]) ib. Beilage XXIV, S. 150.

laſten. So zog es beſonders die Kontrakte über Güter an ſich; dieſe mußten ins Amtsbuch eingetragen werden, um Giltigkeit zu erhalten. Nach dem Landtagsabſchied von 1619 Artikel 29[1]) mußten alle Ehekontrakte, die in erſter Linie die Güter zerriſſen, mit Wiſſen der Gutsherrn vor dem Gerichtsherrn eines jeden Ortes geſchloſſen werden. Und durch die Verordnung vom 4. April 1620[2]) wurden die Beamten verpflichtet, alle Eheſtiftungen, Kaufbriefe, Teilungsrezeſſe nicht zu beſtätigen, wenn ſie dem Landesherrn oder den Kontrahenten zum Nachteil ſeien. So war hier bereits aus einer Gewohnheit geſetzlicher Zwang geworden. Im Laufe des 17. Jahrhunderts riß dann das Amt allmählich die geſamte Zivil- und Kriminaljurisdiktion an ſich. Die Landgerichte wurden in ihrer Kompetenz auf Polizeivergehen beſchränkt.[3])

Auch gegenüber den privilegierten Ständen, den adligen Gerichtsherrn und den Kloſtergerichten machte der Staat im 16. Jahrhundert mit Erfolg das Prinzip der Unterordnung unter die allgemeine Gerichtsbarkeit geltend. Einmal beſchränkte der Fürſt die Gerichtsbarkeit der adligen Herren und Klöſter auf den Bezirk des Dorfes, die Feldmarken wurden in den Bereich des Landgerichtes gezogen. So hatten die von Sambleben in Rottorf,[4]) die von Weſerlingen in Völkenrode[5]) im Eichgericht, die Familie von Salder in den Dörfern Saldern und Watenſtedt im Amte Lichtenberg,[6]) das Kloſter Steterburg in Melverode,[7]) der Erbkämmerer in Wendezelle, das Kloſter zu Schöningen in Hoierstorf,[8]) das Kloſter Riddagshauſen in Wobeck und Offleben das Untergericht nur innerhalb des Dorfes; was auf der Feldmark Straffälliges ſich ereignete, wurde vor dem Landgerichte gerügt[9].) Auch über die Feldmark der Stadt Helmſtedt und Schöningen[10]) hatte der Fürſt die Gerichtsbarkeit.

Wo es aber dem Staate nicht gelang, dieſen Grundſatz zur Geltung zu bringen, ſuchten die Fürſten die Befugnis der privilegierten Gerichtsherren möglichſt auf die untere Gerichtsbarkeit zu beſchränken; der Adel,

---

[1]) cf. Ribbentrop a. a. O.

[2]) cf. Geſenius I, S. 479, S. 484/85. Kalenberger Landesordnungen, Caput 5, Nr 8.

[3]) cf. Wittich, S. 160/1. Oppermann, Zeitſchrift für deutſches Recht, Band XI, S. 66 ff. (für Hoya).

[4]) W. L. A. Amt Königslutter, Amtsbeſchreibung, Bruchſtück Mitte des 16. Jahrhunderts.

[5]) Br. St. A. Abt. VI, § 7. Erbenzins- und Pachtgüter des Eichgerichtes 1569.

[6]) W. L. A. Amt Lichtenberg. Die verſchiedenen Erbregiſter, beſonders das von 1622 fol. 38.

[7]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel. Erbregiſter 1566 (?). Gericht Dahlum.

[8]) W. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeſchreibungen von 1547, 1570, 1586 (?).

[9]) Über das Amt Winzenburg vergleiche Koken, die Winzenburg, S. 109.

[10]) W. L. A. Amt Schöningen. Amtsbeſchreibung Ende des 16. Jahrh. 1586 (?).

welcher die volle Obrigkeit, die hohe Jagd, freie Holzgerechtigkeit für ſich beanſpruchte, forderte auch die volle Gerichtsbarkeit, Ober- und Untergerichte für ſich. Der Gegenſatz führte oft zu Gewaltſamkeiten; die fürſtlichen Amtleute riſſen dem Adel die Galgen, die äußeren Zeichen der peinlichen (Ober-) Gerichtsbarkeit, nieder. Sie wieſen hier nicht nur neue Anmaßungen zurück, ſondern griffen auch die Adligen in althergebrachten Rechten an.[1]) Und im 16. Jahrhundert hat der Staat dieſen Grundſatz mit Erfolg vertreten. Alle Forderungen des Adels wurden energiſch zurückgewieſen.[2]) Erſt im Laufe des 17. Jahrhunderts gewann der in den Patrimonialgerichtsherren verkörperte dezentrale Gedanke wieder die Oberhand; damals wurden ihnen auch die Obergerichte vielfach zugebilligt.[3])

Schlußüberblick.

Wenn wir zum Schluſſe die Entwicklung der wirtſchaftlichen, ſozialen und rechtlichen Agrarverhältniſſe im 16. Jahrhundert zuſammenfaſſen, um den beſtimmenden Geſichtspunkt zu finden, von dem aus die einzelnen Einrichtungen und Wandlungen ſich überſchauen laſſen, ſo müſſen wir von den politiſchen Gegenſätzen der Zeit ausgehen. Im 16. Jahrhundert ſetzte ſich der Gedanke der Staatseinheit, des Territorialſtaates im Kampfe gegen die partikulariſtiſchen Sonderintereſſen ſiegreich durch; der Territorialſtaat war der ruhende Pol, um den alles ſich drehte und wandelte, der Staatswille die Kraft, die die verſchiedenen Strömungen der Zeit in ein gemeinſames Bett zwang. Das 15. Jahrhundert war erfüllt geweſen von den Experimenten, die äußere Staatseinheit herzuſtellen, und in der Primo-

---

[1]) Sehr lehrreich ſind hier die Gravamina des Adels 1570. W. L. A. Landſchaft II_1, Summariſcher Extract aller Staende dieſes Fürſtenthumbs Braunſchweigk eingekommene Beſchwerungen, und Landſchaft II_8, ſiehe auch die Klagen der Landſtände über Eingriffe der Beamten in ihre Gerichtsbarkeit auf dem Landtage zu Salzdahlum 1605 bei Ribbentrop S. 171—179.

[2]) cf. W. L. A. Landſchaftliche Sachen II_8. Sehr intereſſant ſind die Bemerkungen des Lichtenberger Erbregiſters von 1622 fol. 38: Der Fürſt wollte denen von Salder weder innerhalb noch außerhalb des Dorfes Salder-Watenſtedt die Gerichtsbarkeit zugeſtehen, während die von Salder nicht nur das niedere Gericht, ſondern auch die hohe Halsgerichtsbarkeit für ſich erſtrebten. Im Vertrage von 1602 wurden ihnen nur die Untergerichte in den Döfern zugeſtanden.

[3]) W. L. A. Amt Wolfenbüttel. Erbregiſter 1566 (?) fol. 691.

genitur ordnung von 1535 wurde der Grundsatz der Unteilbarkeit des Staatsgebietes endgiltig festgelegt. Das 16. Jahrhundert brachte den Sieg der Fürstenmacht, des Staatsgedankens über die in den Ständen verkörperten partikularistischen Tendenzen, die innere Einheit und Harmonie des Staatsgebildes. Die wirtschaftlichen Kräfte des Landes wurden dem Staate und seinen Zwecken dienstbar gemacht; die autonomen sozialen Bildungen, die das staatenlose Mittelalter großgezogen hatte, wurden in den allgemeinen Staatsverband eingegliedert. Bürger und Bauern, Adel und Geistlichkeit wurden wirkliche Staatsuntertanen, übernahmen als solche vor allem auch Pflichten, mußten in erster Linie die finanziellen Kosten der Staatsverwaltung decken helfen.

Auch auf dem agrarischen Gebiete kam dieser Sieg des Territorialstaates lebendig zum Ausdruck. Die Fürsten und ihre Ratgeber setzten hier ihre Ideen meist durch; und für sie war allein das Staatsinteresse maßgebend. Sie förderten die Ausbildung der individuellen Kräfte des Wirtschaftslebens nur so lange, als der Staat daraus Vorteil zog, alle partikularistischen Ausartungen unterdrückten sie möglichst.

Lebhaft unterstützte die Regierung, welche in der Geschlossenheit der Güter die erste Vorbedingung für deren finanzielle Leistungsfähigkeit an den Staat sah, die im 16. Jahrhundert allmählich umsichgreifende Tendenz, die Güter in ihrer Einheit zu erhalten. Allerdings kam auch sie nicht auf den Gedanken, an dem eine kräftige wirtschaftliche Entwicklung verhindernden Betriebssystem zu rütteln, sie dachte nicht daran, die Grundstücke zu verkoppeln. So ging die innere Einheit den Gütern noch vollständig ab; die mit Flurzwang und Dreifelderwirtschaft verbundene Gemengelage der Äcker blieb unverändert bestehen. Aber es wurde doch wenigstens die äußere Untrennbarkeit der Güter am Schlusse des Jahrhunderts gesetzlich festgelegt.

Von Erfolg waren auch die Bemühungen der Regierung gekrönt, feste und gesicherte Besitzverhältnisse herzustellen, welche die Güter zum Tragen der Staatslasten fähig erhielten. So kamen die Herzöge den Klöstern mit scharfen Verordnungen zu Hilfe, als ihr Besitz in den Wirren des Reformationszeitalters verloren zu gehen drohte. So führten sie vor allem in einem harten und langen Kampfe gegen die egoistischen Gelüste der Grundherren für die Bauerngüter den Grundsatz der Erblichkeit und Unveränderlichkeit des Zinses durch.

Alle Bestrebungen, welche eine für den Staat gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung hemmten, suchte die Regierung niederzuhalten. Sie war nicht dagegen, wenn die Nachbargemeinden sich allmählich gegen Neuansiedler abschlossen; es geschah aus einem berechtigten Grunde, der Furcht vor Übervölkerung und verderblicher Zersplitterung des Allmendebesitzes. Die

überſchüſſige Bevölkerung wurde ja außerhalb der Gemeinheit angeſiedelt und ging dem Staate als Steuer- und Dienſtkraft nicht verloren. Dagegen machte die Regierung Front gegen die Abſonderungsgelüſte der Städte, die für die ſtändiſche Teilung des wirtſchaftlichen Daſeins fochten, die das Handwerk und auch beſonders die Braugerechtigkeit monopoliſieren wollten. Das Handwerk auf dem Lande blieb beſtehen, wenn es auch auf ein beſcheidenes Maß beſchränkt wurde, und die Braugerechtigkeit blieb kein Vorrecht der Städter. Der Adel ſcheint nicht auf eine ſchroffe Abſonderung von den übrigen Ständen hingearbeitet zu haben; die Akten zeigten nichts von Beſtrebungen des Adels, Bürgern und Bauern den Erwerb von Rittergütern zu unterbinden. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Fürſten des 16. Jahrhunderts gegen derartige Regungen ſcharf Stellung genommen hätten.

Voll und ganz gelang es dann auch der Dynaſtie, die allmählich wieder aufblühenden Wirtſchaftskräfte des Landes dem Staate dienſtbar zu machen. Die Stände mußten als Grundſatz anerkennen, daß die Untertanen dem Fürſten die finanziellen Mittel für die Ausführung ſeiner Aufgaben geben müßten, Adel und Geiſtlichkeit wurden vom Steuerzahlen nicht befreit; und es war völlig bedeutungslos, wenn die Stände bei jeder Steuerbewilligung die Klauſel beifügten, daß es eine außerordentliche, freiwillige Leiſtung ſei und keine regelmäßige Pflicht. Die Bauern leiſteten ihre Hand- und Spanndienſte in der Regel nicht an den Grundherrn, ſondern an den Fürſten als den Gerichtsherrn. Die Kloſtergüter kamen allmählich ganz und gar in die Hand des Staates, ihre Verwaltung wurde nach dem Vorbilde der zentraliſierten Domänenverwaltung reformiert; ihre Erträge kamen Staatszwecken zugute.

Auf dem Gebiete der Verwaltung läßt ſich der Zug zum Zentrum hin, der Sieg der Staatsidee am klarſten erkennen. Für den werdenden Staat war es das wichtigſte, daß er alle Gebiete des ſozialen Lebens in die zentrale Verwaltung hineinzog. Die Reformen des 16. Jahrhunderts treffen überwiegend die Zentralverwaltung, ſie ſollten den Kontakt mit der ſchon längſt organiſierten Lokalverwaltung herſtellen. Die Herzöge des 16. Jahrhunderts wollten einen lebendigen Zuſammenhang mit ihren Untertanen haben, zwiſchen ſich und den Untertanen keine Vermittlungsglieder anerkennen. Und mit Erfolg wurde dieſer Gedanke vertreten. Allerdings konnten die Fürſten nicht immer umhin, Grundherrn auch öffentlich rechtliche Befugniſſe zuzugeſtehen, aber dieſe wurden auf ein beſcheidenes Maß reduziert. Und ſelbſt die autonomſten Gebilde, wie die Landgemeinde, blieben nicht in ihrer reinen Selbſtherrlichkeit beſtehen, ſie wurden dem Staatsorganismus mehr und mehr als Exekutivbehörden eingefügt.

Auch die Gerichtsbarkeit, deren Weiterentwicklung auf römiſch-rechtlichen Begriffen beruhte, brachte den zentraliſtiſchen Zug ſcharf zum Ausdruck. Der Regierung gelang es, die auf dem Prinzip der freien Organiſation aufgebauten Landgerichte in ihrer Freiheit zu beſchränken und ihre Machtbefugnis zu untergraben. Mehr und mehr ſanken ſie zu den reinen Polizeigerichten ſpäterer Zeit herab; die eigentliche Gerichtsbarkeit ging mehr und mehr an die fürſtlichen Ämter über.

Überall kann man ſehen, wie ſich aus dem mittelalterlichen Durcheinander ein einheitliches Ganzes immer ſtärker werdend hervorhebt, wie ſich der Staatskörper mehr und mehr zu einem harmoniſchen, von ſtarken Säulen getragenen Bau ausgeſtaltet. Vom Fürſten ſtrömt alles Blut und Leben aus, und von hier wird es direkt bis in die entfernteſten Teile und Glieder des Ganzen getragen. Während in Oſtelbien die zentrifugalen Elemente im Staate die Oberhand erhielten und ſich die Grundherrn als Scheidewand zwiſchen Fürſt und Bauer legten, bildete ſich in Braunſchweig eine feſte, politiſche Ordnung und Einheit, errang hier die Dynaſtie die faſt unbedingte Herrſchaft auch im innern Staatsleben.

Wenn wir die Kräfte abwägen, die ſich in dieſem innerpolitiſchen Kampfe gegenüberſtanden, ſo wird uns dieſer Ausgang nicht wunderbar erſcheinen. Auf der einen Seite ſehen wir zielbewußte, energiſche Perſönlichkeiten, Realpolitiker, wie Heinrich d. Jüngeren und Julius und nach ihnen einen Heinrich Julius, der zwar nicht den ſcharfen, ruhigen, realpolitiſchen Blick und die Tatkraft ſeiner Vorgänger hatte, dafür aber ein um ſo größeres Bewußtſein von ſeiner fürſtlichen Machtvollkommenheit. Und an der Seite der Herzöge finden wir treue, gleichgeſinnte Kanzler und Ratgeber, Männer von dem Schlage eines Mynſinger von Frundeck, eines Doktor Jagemann. Ihnen allen ſchwebte als klares, feſtes Ziel die Macht des Staates vor, deſſen Daſeinsberechtigung für ſie eine heilige, innere Überzeugung war.

Bei den Gegnern, den Vertretern des Partikularismus finden wir keinen einheitlichen Willen, kein klares Ziel. Die Klöſter, der Adel und die kleinen Städte waren nicht mehr prinzipiell gegen die Idee des Territorialſtaates; ſie ſuchten nur möglichſt wenig von ihrer Freiheit aufzugeben. Ein opferfreudiges Staatsbewußtſein beherrſchte ſie nicht; aber ſie bewilligten doch die finanziellen Mittel für die Staatsverwaltung und für die Tilgung der Staatsſchulden. Die Klöſter waren als Oppoſition gar nicht zu rechnen, ſie waren zu ſehr auf die Regierung angewieſen. Ein großer Teil des Adels ſtand in fürſtlichen Dienſten und war daher den Wünſchen der Regierung zugänglich. Nur eine kleine, ganz bedeutungsloſe Gruppe des Adels, deren Vertreter z. B. auf dem entſcheidenden Landtag von 1597 gar nicht beachtet wurde, verfolgte extrem agrariſche Forderungen, vertrat

ganz einseitig das Interesse der Grundherrn, besonders deren schrankenlose Verfügungsfreiheit über ihre Güter. Die kleinen Städte, deren wirtschaftliches Dasein sich nicht erheblich von dem der Landbevölkerung unterschied, fand in der bauernfreundlichen Agrarpolitik der Regierung vielfach ihr eigenes Interesse berücksichtigt.

Prinzipielle Gegnerin des Territorialstaates war nur die Stadt Braunschweig; sie wollte sich ganz aus dem Staatsverbande loslösen und reichsunmittelbar werden. Aber wenn man ihre Kämpfe gegen die Herzöge näher verfolgt, so kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Stadt selbst nicht mehr an ihren Sieg geglaubt habe, ihre faktische Ohnmacht gegenüber dem kraftvoll vertretenen Staatswillen dunkel empfunden habe. Die Zeit mächtiger Städtebündnisse war dahin; schon die Stadtfehde von 1493/4 hatte bewiesen, wie gering der Rückhalt war, den die Stadt an den verwandten Hansastädten fand. Im 16. Jahrhundert war Braunschweig auf seine eigene Kraft beschränkt, die dazu noch durch die Gegensätze innerhalb der Bürgerschaft sehr geschwächt wurde. Nur einmal bot sich eine günstige Gelegenheit, als sie im Bunde mit den Schmalkaldenern stand. Aber der Sieg war nicht entscheidend, sondern nur ein augenblicklicher Erfolg; in dem endgiltigen Frieden von 1553 mußten die Braunschweiger dem Staate bereits erhebliche Zugeständnisse machen. Im Grunde war schon damals der Sieg des Staatsgedankens über die Stadt entschieden. Eine gewisse Ausnahmestellung für sich und die von ihr und ihren Bürgern abhängige Landbevölkerung behauptete die Stadt noch bis in die zweite Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts. Aber das prinzipielle Festhalten der Stadtväter an dem von den Vorfahren ererbten Streben, die stete Steuerverweigerung und das Fernbleiben vom Landtage änderten nichts an der Tatsache, daß Braunschweig eine herzogliche Stadt war; die Fürsten ließen die Steuern in den Gerichten der Stadt durch ihre Beamten gewaltsam eintreiben, die Landstände gingen über den stillen Widerspruch der Stadt hinweg, sie vertraten durchaus den Standpunkt, daß ihre Beschlüsse für das ganze Land bindend seien, auch für nicht anwesende Landtagsmitglieder. Die Stadt konnte sich ihrer Untertanenpflicht nicht mehr ganz entziehen.

Die Vertreter des Partikularismus waren ohnmächtig und uneinig, ihre Interessen gingen teilweise weit auseinander; die Regierung dagegen hatte ein klares Ziel vor Augen, war beseelt von der inneren Berechtigung ihrer Zwecke. Unter diesen Umständen konnte der Sieg nicht zweifelhaft sein; der Staatswille mußte sich durchsetzen, im Sinne des Staatsgedankens mußten die agrarischen Fragen entschieden werden.

Anhang I.

Größe einiger Domänen und Klosterbetriebe nach Br. St. A. Abt. VII Schmalkaldischer Bund, Band 26/7. Anno 1539—1546.

A. Amtshaushalte:

Homburg-Wickensen . . .	ca.	500	Morgen Acker [1]	+ 80	Morgen Wiesen.
Fürstenberg		550	„ „	40	„ „
Holzminden		525	„ [2] „	9	„ „
Bilderlah	ca.	1200	„ „		
Gebhardshagen	ca.	725	„ „	100	Fuder Heu.
Forst	ca.	650	„ „	65	„ „
Seesen	ca.	300	„ „		
Staufenburg	ca.	930	„ „		
Steinbrück		502	„ [3] „	106	Morgen Wiesen.
Winzenburg		33	Hufen.[4] „	70	„ „
Woldenberg		630	Morgen.[5] „	98	„ „
Liebenburg		2521½	„ „	124	„ „
Lichtenberg		847	„ „	55	„ 26 Ruten Heu.
Wolfenbüttel		1567	„ [6] „	151	Morgen Wiesen.
Schöningen		1065	„ [7] „	77 (81½)	Morgen Wiesen.

B. Klostereigenbetriebe: [8]

Königslutter	954	Morgen Acker	+ 67	Morgen Wiesen.
Ringelheim	946	„ „	73	Fuder Heu.
Marienthal	614	„ [9] „	169	Morgen Wiesen.
Steterburg	2860	„ „	140	„ „
Dorstadt	1890	„ „	69	Fuder Heu.
Heiningen	1200	„ „	40	„ „
Wöltingerode	750	„ „	50	„ „
Unser lieben Frauen Berg vor Helmstedt	624	„ „	35	„ „
Lamspringe	630	„ „	22	Morgen Wiesen.
Brunshausen	400	„ „	23	„ „
Sankt Marien bei Gandersheim	360	„ „	20	Fuder Heu.
Schöningen	320	„ „	40	„ „
Amelungborn	300	„ „	77	„ „
Reifenberg (Riechenberg) . . .	655	„ „	100	„ „
Georgenberg (Grauer Hof) . .	240	„ „	80	„ „
Kloster zur Klus	303	„ „	14	Morgen Wiesen.

[1]) + 1100 Morgen Wildacker.

[2]) 225 Morgen davon 1538 hinzugekommen.

[3]) = 21 Hufen.

[4]) Die wüsten Meierhöfe sind nicht mitgerechnet.

[5]) = 21 Hufen.

[6]) + 12 Hufen zu Bistorf.

[7]) im Jahre 1584: 1081 Morgen.

[8]) Nicht mitgerechnet ist der zum Teil sehr umfangreiche Eigenbetrieb außerhalb des Herzogtums Braunschweig.

[9]) davon 223 im Gehölz.

Anhang II.

Klassengliederung und Besitzverhältnisse der Bauern im späteren Residenzamte Wolfenbüttel

A. nach W. L. A., Amt Wolfenbüttel, Erbregister 1566 (?).

Gericht Beddingen	Ackerleute: Anzahl	Landbesitz H.	Landbesitz M.	Landbesitz V.	Max. H.	Max. M.	Min. H.	Min. M.	D. H.	D. M.	Halbspänner: Anzahl	Landbesitz H.	Landbesitz M.	Landbesitz V.	Max. H.	Max. M.	Min. H.	Min. M.	D. H.	D. M.	Köter: Anzahl	bau. ohne Land	Landbesitz H.	Landbesitz M.	Landbesitz K.	Max. H.	Max. M.	Min. H.	Min. M.	D. H.	D. M.
Beddingen	4	17	20	—	5	—	4	—	4	10	3	6	10	1	2½	—	2	—	2	3½	52	—	36	19	½	1½	—	—	3	½	1
Uesingen	3	17	19½	—	7	4½	5	—	5	26½	4	9	19	1½	2½	—	2	—	2	12	15	—	11½	—	—	1	11½	—	4	ca. ½	—
Fümmelse	6	29	25½	—	7	10	3	15	ca. 5	—	3	9	7	3	3½	—	2	7	3	2	39	2	32	1	1½	2	7	—	½	ca. ½	—
Bleckenstedt	2	9	—	—	4½	—	4½	—	4½	—	4	12	13	—	3	17½	2½	—	3	3	33	—	18	10	½	1½	—	—	4	½	1½
Sauingen	3	13½	—	—	6½	—	3	—	ca. 4½	—	1	2½	1	—	—	—	—	—	2½	1	26	3*	23	26	1	2½	—	—	6½	ca. ½	—
Thiede	5	27½	—	—	7	—	4	—	5½	—	5**	14	—	1	3	—	2	—	2½	—	29	8	19½	1	1	2	—	—	1½	½	—
Leiferde	4	25	5	—	7	2	6	—	6	8½	2	5	—	—	3	—	2	—	2½	—	6	1	3	9	½	1	3½	—	3½	½	1½
Halchter	7	40½	—	—	7½	—	4	—	5	25	3	6	—	—	2	—	2	—	2	—	18	3	8	17	1½	1½	—	—	½	—	14½
Valstedt	7	28	1	—	6	2½	3	1	4	½	1	4	21	—	—	—	—	—	4	21	60	2	33	13	—	2	10½	—	1½	½	1½
Alveße	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	12	3	—	3	12	2	4½	3	½	17	—	10	26	—	—	25	—	8½	—	19
Wierthe	3	13	2	—	5	—	4	—	4½	½	2	4	—	—	2½	—	1½	—	2	—	6	—	3½	6	—	1	6½	—	4	½	3½
Geitelde	6	26½	3½	—	5½	—	3½	—	4	13	3	9	11	—	3½	—	3½	—	3	3½	24	—	14	13½	—	1½	—	—	4	½	3
Stiddien	3	19	—	—	7	—	5	—	6½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	2	7	—	1	—	—	7	½	2½
Groß-Stöckheim	4	19½	—	—	6	—	4	—	4½	—	3	5½	5½	—	2	3	1½	—	1	27	12	—	7½	—	—	½	—	½	—	½	3½
Drütte	3	19	10	—	7	7	6	1	6	13½	1	2	2	—	—	—	—	—	2	2	13	—	13	9½	—	2	—	—	1½	1	½
Adersheim	6	86	1	—	8½	3	4	3½	6	½	1	2½	3½	—	—	—	—	—	—	—	17	1	12½	1½	—	1½	1	—	8	—	21½
Immendorf	5	22½	—	—	5½	—	4	—	ca. 4½	—	1	2½	—	—	—	—	—	—	—	—	11	2	7	4	—	2	—	—	4½	—	19½
Summa Gericht Beddingen	71	365	11½	—	8½	3	3	—	5	4,4	41	108	9	½	3	17½	1½	—	2	19½	381	22	258½ (258)	17 (28)	½ (1)	2½	—	—	1½	—	20½

* Sind nicht beschrieben. ** Einer ist mitten unter den Kötern beschrieben.

Halbgericht	Anzahl	Ackerleute								Anzahl	Halbspänner								Anzahl	Kav. ohne Land	Köter							
		Landbesitz			Max.		Min.		D.		Landbesitz			Max.		Min.		D.			Landbesitz			Max.		Min.		D.	
		H.	M.	V.	H.	M.	H.	M.	H.	M.	H.	M.	V.	H.	M.	H.	M.	H.	M.			H.	M.	V.	H.	M.	H.	M.	H.	M.
Bodenstedt	3	9	11	—	3	—	2	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35	—	32	8	—	2	—	—	11	ca. 8/25	—
Wahle	14	55	9	—	6	—	2	—	4	—	2	3	—	—	1	—	1	—	1	—	11	4	4	15	—	1	—	—	1	—	12
Bettmar	4	20	—	—	5	—	4	—	5	2	3	Läßt sich nicht genau feststellen									33	6	Läßt sich nicht genau feststellen								
Sierße	4	15	—	—	5	—	2	—	3	—	3	6	2	—	2	—	2	—	2	3	17	2	16	4	—	1	—	½	—	ca. 1	—
Köchingen	8	34	12	—	5	1	3	—	4	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—	13	9	—	2	8	½	3	1	—
Liedingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	21	—	—	6	4	1	4	2	—	16	2	10	—	—	1	—	—	5	½	—
Wendeburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45	—	31	—	—	3	—	—	1	½	1
Zweidorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	—	8	11	—	1	12	—	8	—	23
Wendezelle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29	1	9	4	½	—	16	—	3	ca. ½	—
Woltorf	4	11	10	—	3	10	2	—	3	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	5†	11	9	—	1	—	½	—	ca. ½	—
Meerdorf	12	36	12	—	3	8	3	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17	2	6	9	—	1	—	—	4	—	11
Summa †† Halbgericht	49	182	13	—	6	—	2	—	3	21	16	30	2	—	6	4	1	4	2	11	242	26	145	15	½	3	—	—	1	½	3
												(ohne Bettmar)											(ohne Bettmar)								
Gericht Dahlum																															
Ober-Dahlum	5	33	14	—	8	11	5	—	6	—	1	2	—	—	—	—	—	—	2	—	25	11	6	1	—	½	2	—	1	—	8
Nieder-Dahlum	9	53	—	—	7	—	3	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	16	8	—	—	1	—	—	3	½	1
Apelnstedt	6	24	6	—	5	—	3	5	4	3	4	10	—	—	3	—	2	—	2	—	7	1	4	—	—	1	—	½	—	½	4
Klein-Stöckheim	6	28	—	—	7	—	4	—	4	—	3	6	—	—	2	—	2	—	2	—	18	8	7	14	—	1	7	—	3	—	12
Rautheim	3	20	—	—	7	—	6	—	6	—	9	21	—	—	4	—	2	—	2	—	33	8	22	11	—	1	—	—	6	½	½
Ahlum	8	54	14	—	7	—	4	—	6	3	2	3	11	—	2	9	1	2	1	9	20	—	18	5	—	1	—	—	7	ca. 19/20	—
Atzum	3	26	15	—	8	9	8	—	8	5	2	8	1	—	3	1	3	—	4	2	13	2	8	27	—	1	4	—	4	—	20
Wendeßen	3	15	10	—	6	—	4	10	5	3	2	4	3	—	2	—	2	3	2	9	14	—	13	2	—	2	—	½	—	ca. 1	—
Linden	5	41	—	—	12	—	4	—	8	6	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	5	9	—	4	3	—	½	ca. ½	—
Melverode	4	26	—	—	8	—	6	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	6	—	15	—	—	10	—	5	—	1
Summa Gericht Dahlum	52	323	21	—	12	—	3	5	6	6	24	58	6	—	4	—	1	2	2	12	178	52	97	18	—	4	3	—	½	½	1

† Nicht beschrieben. †† Schon 1584 bei Algermann, Amt Wolfenbüttel werden im Halbgericht fast sämtliche hier als Ackerleute aufgeführten Personen der Klasse der Halbspänner zugezählt. Sie leisteten nur den halben Wochendienst.

NB. Im allgemeinen habe ich Hufen und Morgen gesondert berechnet und dann 1 Hufe = 30 M. à 2 V. gerechnet an Stellen, wo ich beides der Vereinheitlichung wegen in einander verrechnen mußte. Es bedeutet: H. = Hufe, M. = Morgen, V. = Vorling, Max. = Maximum, Min. = Minimum, D. = Durchschnitt.

Gericht Eveßen	Ackerleute										Halbspänner										Köter									
	Anzahl	Landbesitz			Max.		Min.		D.		Anzahl	Landbesitz		Max.		Min.		D.		Anzahl	Haus ohne Land	Landbesitz			Max.		Min.		D.	
		H.	M.	V.	H.	M.	H.	M.	H.	M.		H.	M.	H.	M.	H.	M.	H.	M.			H.	M.	V.	H.	M.	H.	M.	H.	M.
Eveßen	5	38½	—	—	11	2	5	—	7	21	3	10	2	4	—	3	—	3	11	20	—	18	—	1	2½	—	½	—	⅗	—
Dettum	5	37½	—	—	9	2	6⅛	—	7½	—	9	19½	16⅛	3¼	2	1¼	3	2	6¼	27	3*	21⅛	5	—	1⅛	1½	—	4½	⅝	2
Weferlingen	5	35	17½	—	9	—	4¾	—	7	3½	1	2¼	3	—	—	—	—	—	—	3	—	2½	4½	—	1½	4½	½	—	⅝	1½
Eilum	3	22	—	—	8	—	6	—	7½	—	3	13	—	5	—	3½	—	4½	—	12	—	11½	1½	—	1¾	—	⅛	1½	¹¹⁄₁₀	1½
Kreitlingen	4	25	—	—	9	—	4	—	6¼	—	3	8	—	3	—	2½	—	2¾	—	7	1	3⅛	—	—	1½	—	—	4½	½	1
Hachum	2	11¾	6	—	7	6	4¾	—	6	—	4	10	29	3	—	2¼	4	2¾	—	8	—	8¼	1	—	1½	—	½	—	1	3
Giltzum	3	21	—	—	8½	—	5½	—	7	—	4	11½	12	3	19½	2¼	—	3	½	10	—	8¼	5	—	1½	—	¼	—	⅝	1¼
Voltzum	4	30½	—	—	6½	9	4	7	7½	2	6	13½	28	3	4½	2	4¼	2	12	6	—	6½	22	—	1¼	4	1	3	1	5
Hötzum	4	18	—	—	6½	—	3½	—	4½	—	5	10½	3	2½	3	2	—	2	3½	21	7	8½	8½	—	1	—	—	7	—	12½
Ober=Sickte	3	14	5	—	5	—	4	2	4	22	2	4¼	—	2¼	—	2	—	2¼	—	22	3	15¾	22	—	1¼	—	⅛	—	—	21¼
Nieder=Sickte	4	17¼	—	—	5	—	4	—	4¹⁄₁₆	—	9	22½	2	3	2	2	—	2¼	—	18	1	16⅛	12	—	2	—	¾	3	ca. 1	—
Summa: Gericht Eveßen	42	271	20½	—	11	2	3½	—	6	14	49	138	8	5	—	1½	3	ca. 2¼	—	154	15	124	14	1	2½	—	—	4½	—	24¼
Ger. Schöppenstedt																														
Küblingen	5	29½	½	—	9½	—	4	—	5⁹⁄₁₀	—	2	5⅛	—	3	—	2½	—	2⅛	—	15	3	12⅛	3	—	1¾	—	½	—	⅝	1½
Bansleben	5	46½	—	—	12	—	6	—	9⁹⁄₁₀	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	5	½	—	—	—	—	—	—	—	—
Schliestedt	4	27½	—	—	7½	—	5⅜	—	6¹¹⁄₁₆	—	2	5	—	3	—	2	—	2½	—	8	—	5½	—	—	1	—	⅛	—	½	6½
Eitzum	5	28½	—	—	9	—	4	—	5⁷⁄₁₀	—	3	6	12	2	12	2	—	2	4	27	6	14¼	3	—	1½	—	—	3	½	1
Bercklingen	4	31½	—	—	10½	—	6½	—	7¹⁹⁄₂₀	—	8	22	13½	5½	—	½	16†	2⅛	1¹⁵⁄₁₆	20	—	17⅛	21	—	1⅛	—	—	12	ca. ⁹⁄₁₀	—
Barnstorf	6	40½	4	—	9	—	5	4	6	24½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	3	7	2½	—	2	—	½	—	⅞	⅜
Warle	7	39	1	—	8	—	4	—	5⅞	—	2	6	1	3	1	3	—	3	¼	7	—	5	14½	—	1½	8	—	3	¹¹⁄₁₆	—
Uehrde	7	40	6	—	8	—	4	—	5	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33	1	36	8	—	3	2	—	6	1	2
Watzum	7	48⅛	—	—	11	—	5	—	6⅞	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	3	21	6	—	2	—	—	6	ca. ⅝	—
Summa Gericht Schöppenstedt	50	331½	11½	—	12	—	4	—	6⅛	4	17	45	4	5½	—	½	16	2½	4¼	151	21	121	9¼	—	3	2	—	3	ca. ½	—

* Sind nicht beschrieben. † Der Hof scheint zersplittert zu sein; 11 Morgen sind bezeichnet als ⅛ von 2 Hufen.

B.

Gericht Asseburg 1569.

nach W. L. A., Amt Wolfenbüttel, Asseburger Erbregister 1569:

Gericht Asseburg	Ackerleute: Anzahl	Landbesitz H.	Landbesitz M.	Landbesitz V.	Max. H.	Max. M.	Min. H.	Min. M.	D. H.	D. M.	Halbspänner: Anzahl	Landbesitz H.	Landbesitz M.	Max. H.	Max. M.	Min. H.	Min. M.	D. H.	D. M.	Köter: Anzahl	dav. ohne Land	Landbesitz H.	Landbesitz M.	Landbesitz V.	Max. H.	Max. M.	Min. H.	Min. M.	D. H.	D. M.
Groß-Denkte . .	8	52 1/16	19	3 1/2	8 1/2	—	1 1/16	18	6 1/2	3 1/4	3	7	13 1/4	2 1/2	12	2	—	2 ca.	14 1/2	50	11	20	4 1/2	—	1 1/4	—	—	1 1/4	3/4	—
Klein-Denkte . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	15 1/4	—	4	—	3 1/2	—	4	—	18	—	9 1/4	13	1	1 1/4	—	—	4 1/2	1/2	1
Sottmar	4	33	2	—	11	—	4	—	8	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	2	1	—	—	—	—	—	—
Wittmar	3	25 1/2	6	—	10	—	6 1/4	6	8 1/4	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	—	—	1	—	1	—	1	—
West-Biewende .	8	59	27 1/2	—	9 1/2	—	5	—	7 1/4 ca.	—	3	7 1/4	5 1/4	2 1/4	—	2	5 1/2	2 1/2 ca.	—	12	—	8 1/2	13	—	1 1/4	—	—	1 1/2	3/4	1 1/4
Remlingen . . .	5	36 1/2	11	—	8 1/4	—	6 1/4	—	7	11	6	27	5 1/4	5	4	3	—	4 1/4	1	18	1	14 3/4	1 1/4	—	1	12	—	3	—	24 1/2
Semmenstedt . .	5	40	17 1/4	—	11 1/2	3	5 1/2	6	8	3 1/2	6	20 1/4	4	5 1/2	4	2	—	3	13 1/4	24	—	17	21 1/2	—	1 1/4	—	—	2 1/2	ca. 3/4	—
Klein-Vahlberg .	3	19	—	—	8	—	5	—	6 1/2	—	1	4	6	—	—	—	—	4	6	14	1	10	3 1/2	—	1 1/2	—	—	9	1/4	1/4
Mönch-Vahlberg	5	39 1/2	—	—	9 1/2	—	6 1/4	—	7 1/10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	5	—	5	—	—	—	—	—	—	—
Groß-Winnigstedt	6	42	3	—	10	—	5 1/4	—	7	1/4	3	13	—	5	—	4	—	4 1/2	—	23	7	16 1/2	6 1/4	—	2 1/2	2 1/2	—	1 1/4	—	22
Hedeper	4	33 1/4	3	—	10 1/2	3	6	—	8	8 1/4	5	26 1/4	2	8	—	4 1/4	2	5	11	52	15	33	2 1/2	—	3	—	—	1/4	—	19
Seinstedt	3	21 1/4	—	—	8	—	6 1/2	—	7 1/4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	9	43	13 1/4	—	3	—	—	6	1	2 1/4
Kalme	3	23	13 1/2	—	8 1/2	—	6	12	7 1/4	4 1/4	1	3 1/2	1	—	—	—	—	—	—	2	—	2 1/4	—	—	1 1/2	—	1/4	—	1 1/2	—
Klein-Biewende .	2	12	—	—	6 1/2	—	5 1/4	—	6	—	4	18	—	5	—	4	—	4 1/2	—	17	3	18 1/4	5	—	2 1/2	—	—	1/2	1	3 1/2
Börßum	4	27	—	—	7 1/4	—	6	—	6 1/4	—	6	20 1/4	19	5	—	1 1/4	4	3 1/4	—	32	8	26 1/2	12	—	3	—	—	3	1/4	—
Kissenbrück . . .	7	41 1/4	5	—	10	—	3	4	5 11/12	—	1	5	—	—	—	—	—	—	—	32	15	10	11 1/4	—	2	—	—	1 1/2	—	9 1/4
Timmern . . .	3	19 1/2	4 1/2	—	7 1/2	4 1/4	5 1/4	—	6	17 1/4	4	16	13	4 1/4	—	3	2	4	3 1/4	9	—	8	27 1/4	—	2	—	—	3 1/2	ca. 1	—
Klein-Winnigstedt	3	17 3/4	12	—	6 1/4	—	5 1/4	12	6	1 1/2	1	4	—	—	—	—	—	—	—	28	10	15 1/2	2 1/4	—	2	1/2	—	1	1/4	1 1/2
Summa Gericht Asseburg	76	546	10 1/2	1 1/4	11 1/4	3	3	4	7	7	48	190	16 1/4	8	—	1 1/4	4	4 ca.	—	380	85	251	11	—	3	—	—	1/4	ca. 1/2	—

C. Klassengliederung und Besitzverhältnisse der Bauern im Eichgericht 1569,

nach Br. St. A. Abt. VI § 7, Erbenzins- und Pachtgüter 1569.

1616
Br. St. A. Abt. VI, § 7
Burgamtsrechnung 1616.

Eichgericht	Ackerleute: Anzahl	Ackerleute: Besitz H.	Ackerleute: Besitz M.	Ackerleute: Max. H.	Ackerleute: Max. M.	Ackerleute: Min. H.	Ackerleute: Min. M.	Ackerleute: D. H.	Ackerleute: D. M.	Halbspänner: Anzahl	Halbspänner: Besitz H.	Halbspänner: Besitz M.	Halbspänner: Max. H.	Halbspänner: Max. M.	Halbspänner: Min. H.	Halbspänner: Min. M.	Halbspänner: D. H.	Halbspänner: D. M.	Köter: Anzahl	dav. ohne Land	Köter: Besitz H.	Köter: Besitz M.	Köter: Max. H.	Köter: Max. M.	Köter: Min. H.	Köter: Min. M.	Köter: D. H.	Köter: D. M.	Ackerleute	Halbspänner	Köter	wüste Höfe	Häuslinge	Summa ohne wüste Höfe
Broitzen	9	52¼	—	7½	—	4½	—	5½	—	3	8	—	3½	—	2	—	2½	—	14	4	6¾	—	1½	—	¼	—	½	—	9	3	14	—	6	32
Bortfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46 (48)	2	6¹¹/₂₀	1370	—	95	—	1	—	34	—	—	51	15	17	68
Groß-Gleidingen	1	4	4	4	4	4	4	4	4	5	13	5½	3	—	2	—	2½	1	9	—	10	6	2	—	—	6	1	4	2	3	12	4	1	18
Sonnenberg	4	16¼	—	4¼	—	4	—	4¼₀	—	5	12	7	3	—	1¾	—	2½	1¼	12 (15)	—	11¾	—	1½	—	½	3½	1	—	4	5	16	4	15	40
Timmerlahe	5	28	4	7	—	4	—	5¾	¾	5	12	1	3	—	2	—	2½	½	10	—	9	13½	1½	—	½	—	⁹⁹/₁₀₀	—	5	5	11	2	7	28
Wettlenstedt	1	4	—	4	—	4	—	4	—	3	7	8	3	—	2	2	2	13	10 (11)	1	6	5½	1½	—	—	4	½	½	1	2	12	1	4	19
Denstorf	4	26½	—	9½	—	4	—	6¼	—	6	17	21	4½	5	2	—	ca. 3	—	14 (15)	—	8	28¼	1	—	—	½	½	4¼	3	7	14	3	11	35
Nord-Gleidingen	3	16	—	6	—	5	—	5½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 (3)	—	2½	3	1	3	½	—	1½	1½	4	—	2	1	—	6
Lamme	2	8¼	15	4¾	5	4	10	4½	—	5	13	9½	3	—	2	—	2½	2	14	2	8	15½	1	6	—	1	½	3	2	4	16	4	3	25
Watenbüttel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	1	17	5	2	3½	—	10	½	3¼	—	—	19	—	1	20
Völkenrode	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24 (26)	3	—	522	—	50	—	8	—	21¼	—	—	27	—	6	33
Summa Eichgericht	29	157	½	9½	—	4	—	5½	—	32	83	22¼	4½	5	1¼	—	ca. 2½	—	(195) 185	13	152	4	—	95	—	½	—	24½	30	29	194	34	71	324

Anhang III.

Bauernklassen und Besitzverteilung im Residenzamte Wolfenbüttel 1740.

W. L. A. Residenzamt Wolfenbüttel, Amtsrechnung 1740/1.

Gericht Beddingen	Ackerleute					Halbspänner					Kotleute						Häuslinge			Miet-linge	Bemerkungen
	An-zahl	Besitz in Morgen				An-zahl	Besitz in Morgen				An-zahl	bav. ohne Land	Besitz in Morgen				An-zahl	bav. ohne Land	Besitz		
		Summa	Max.	Min.	D.		Summa	Max.	Min.	D.			Summa	Max.	Min.	D.					
Gogrefschaft Sauingen																					
Beddingen	4	449¼	127½	99	112¹⁵/₂₀	3	162¾	66	44½	54¼	49	5	1026½	58	1	21 ca.	—	—	—	17	9 Höfe wüste mit 105¼ Morgen
Bleckenstedt	2	201	111½	89½	100½	4	280	90	47	70	33	—	659½	46½	½	20 ca.	5	3	9¼	10	3 „ „ „ 33 „
Sauingen	2	241½	138	103½	120¼	3	190½	85	45½	63¼	26	—	601½	58½	2¼	23¼	—	—	—	5	
Uefingen	2	263½	150	113½	131¼	4	221½	66	38½	55¹⁰/₂₀	18	—	414½	49	4	23	3	2	3½	8	
Alvesse	—	—	—	—	—	4	271	78	59	67¼	20	—	473½	25	13	23½	1	1	—	7	
Wierthe	3	300	114	91¼	100	2	155½	81¼	73½	77¼	6	1	61¼	25	3	10¼	1	—	1	7	
Vallstedt	Das Dorf gehört dem Kloster S. Cyriaci in Braunschweig.																				
Vogtei Fümmelse																					
Fümmelse	5	553	134	82	110½	5	306¼	71	50	61¹/₂₀	40	1	893¼	46	1	22¼	—	—	—	9	
Adersheim	5	779¼	195	90¼	155¹⁰/₂₀	1	57½	—	—	—	19	1	339	35½	2½	18	—	—	—	9	
Immendorf	5	457	106	72	91½	—	—	—	—	—	14	1	241¼	34	4½	17¼	1	1	—	3	
Drütte	3	385¼	152½	101¼	128¹/₂₀	—	—	—	—	—	20	1	352½	34	1½	17¼	1	1	—	3	
Vogtei Leiferde																					
Thiede	5	663¼	165	103¼	130¹⁰/₂₀	6	411¼	78	60¼	68¾	30	—	504¼	34½	1½	16¾	2*	2	—	20	* Brinksitzer genannt.
Leiferde	4	491	132	114	122¾	2	162¾	97½	65	81¼	6	—	159	45	10	26½	2*	2	—	7	
Geitelde	6	720	137	96	120	3	214	75	69	71½	25	12	199	44	3	8	—	—	—	15	
Stiddien	3	455	176	103	151½	—	—	—	—	—	6	—	128	24	12	21¼	—	—	—	3	
Groß-Stöckheim	4	457	147	98	114¼	2	117½	81½	36	58¾	14	—	185½	45	1	13¼	2	2	—	8	
Halchter	5	680	161¼	107¼	136	3	145¼	49¼	46¾	48¹/₂₀	17	—	250¼	31¼	4¼	14¼	2	2	—	9	
Summa Gericht Beddingen	58	7096½	195	72	122¼	42	2695¼	97½	36	64¼	343	22	6490	58½	½	18½	20	16	14¼	140	

Halbgericht	Ackerleute					Halbspänner					Kotleute						Häuslinge			Mietlinge	Bemerkungen
	Anzahl	Besitz in Morgen				Anzahl	Besitz in Morgen				Anzahl	dav. ohne Land	Besitz in Morgen				Anzahl	dav. ohne Land	Besitz		
		Summa	Mar.	Min.	D.		Summa	Mar.	Min.	D.			Summa	Mar.	Min.	D.					
Bettmar	—	—	—	—	—	6	662	120	90	110½	39	14	491½	43¾	2¼	12¼	18	17	5½		3 Höfe wüste mit 50½ Morgen
Sierße	—	—	—	—	—	3	220	90	40	73½	31	1	639¼	59½	7	20¼	7	7	—		1 Hof wüste
Liedingen	—	—	—	—	—	8	458	77	39	57¼	28	3	413¾	36	¼	14¾	—	—	—		
Köchingen	—	—	—	—	—	9	742½	120	54	82½	9	1	220	33	14	26¼	8	8	—		
Wendeburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60	1	737	24	3	12¼	25	19	16	20	
Wendezelle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	10	—	—	—	—	—	—	—		
Wahle	—	—	—	—	—	14	1090	105	66	78	10	1	94¼	31½	3½	9½	8	8	—		
Woltorf	—	—	—	—	—	4	248	72	35	62	14	—	217	40	3	15½	6	6	—		
Bodenstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Summa Halbgericht	—	—	—	—	—	44	3420½	120	35	77½₁₁	191	31	3713½	59½	½	19½	72	65	21½	20	
Gericht Dahlum																					
Salzdahlum *	9	—	—	—	—	2	—	—	—	—	50	—	—	—	—	—	3	3	—	—	* Besitz ist nicht angegeben.
Melverode	4	568	160	136	142	—	—	—	—	—	7	—	18	11¼	½	2½	1	1	—	—	
Rautheim	4	695	204	109	173¾	8	506	86	56	63¼	32	6	690¾	48¼	1	21½	1	—	5	4	
Klein-Stöckheim	6	708½	168	90	118½₂	3	151	51	51	51	18	—	89½	27½	½	5	—	—	—	1	
Ahlum	6	1212½	263	118½	202½₂	6	418	114	49½	69½	23	2	518	48½	1	22½	2	—	16½	6	
Linden	1	143	—	—	—	2	135	73	62	67½	5	—	—†	—	—	—	1	1	—	—	† Vielleicht nicht angegeben.
Uzum	1	213	—	—	213	4	354½	171	80	88¼	12	1	414	45½	18	34½	—	—	—	2	
Apelnstedt	4	408	144	83½	102	6	392	78	52	65½	6	—	177	47	18	29½	1	—	2	—	
Wendeßen	1	121	—	—	121	2	122	77	45	61	15	—	223	45	½	15	—	—	—	—	
Summa Gericht Dahlum	27 +9	4069	263	83½	150½	31 +2	2078½	171	45	67½₁₁	118 +50	9	2130¼	48½	½	18½₁₁	6 +3	2 +3	23½	13	

Gericht Eveßen	Ackerleute					Halbspänner					Kotleute						Häuslinge			Miet-linge	Bemerkungen
	Anzahl	Besitz in Morgen				Anzahl	Besitz in Morgen				Anzahl	dav. ohne Land	Besitz in Morgen				Anzahl	dav. ohne Land	Besitz		
		Summa	Mar.	Min.	D.		Summa	Mar.	Min.	D.			Summa	Mar.	Min.	D.					
Dettum	5	802	194	123	160 1/2	8	468 3/4	82	42	58 1/2	36	—	648	45	2	18	—	—	—	3	
Weferlingen	4	764 1/4	243 3/4	99	191 1/12	2	136	90	46	68	3	—	114	50	24	38	1	1	—	—	
Eilum	3	493	176	154 1/2	164 1/2	3	235 1/2	80 1/2	77	78 1/2	15	1	218	43	12	14 1/2	—	—	—	—	
Eveßen	3	492	216	132	164	7	596 1/2	102	66 1/2	85 5/14	23	—	607 1/2	78 1/2	12	27	3	3	—	8	2 wüste mit 11 1/2 Morgen
Giltzum	2	279	156	123	139 1/2	6	471	96	60	78 1/2	13	—	202 1/2	24	12	15 1/4	—	—	—	—	
Hachum	1	100	100	100	100	6	408	84	42	68	9	—	224 1/2	36	13	26	—	—	—	—	
Voltzum	3	415 1/2	179	87 1/2	138 1/2	8	532 1/2	96 1/2	42	66 1/4	6	—	157	30	19	26 1/4	—	—	—	2	
Ober-Sickte	3	334	125	100	111 1/2	2	96	53	43	48	23	3	465	46	1/2	20 1/4	—	—	—	1	
Nieder-Sickte	3	—	—	—	—	7	—	—	—	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Besitz nicht angegeben
Hötzum	4	452	145	84	113	6	338	73 1/4	42	56 1/4	21	—	188 3/4	28 1/2	1/2	9	—	—	—	1	
Summa Gericht Eveßen	28 +3	3932 1/4	243 3/4	84	140 1/2	48 +7	3282 1/4	102	42	68 1/4	149 +19	4	2825 1/4	78 1/2	1/2	19	4	4	—	15	
Ger. Schöppenstedt																					
Bercklingen	2	386	236	150	193	4	321	122	63	80 1/4	26	—	978 1/2	63 1/2	15	37 1/2	3	3	—	4	
Uehrde	6	827 1/2	180	110	137 11/12	6	562	109	71	93 1/2	28	2	943	112	14	33 1/2	—	—	—	4	
Eitzum	5	706	214	95	141 1/2	3	184 1/2	70	53	61 1/2	28	5	459	42	3	16 1/2	1	1	—	8	
Warle	7	921	150	110	131 1/2	2	144	84	60	72	6	—	199 1/2	47	27	33 1/2	3	3	—	5	
Bansleben	5	1020	264	140	204	—	—	—	—	—	4	1	54	30	12	13 1/2	2	2	—	1	
Küblingen	2	286	143	143	143	3	238	90	60	79 1/2	19	8	229 1/4	48	3	12 1/12	—	—	—	1	8 Höfe wüste mit 26 Morgen
Barnstorf	3	—	—	—	—	2	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	5*	5	—	—	* Brinksitzer. Besitz nicht angeg.
Summa Gericht Schöppenstedt	27 +3	4146 1/2	264	95	153 1/2	18 +2	1449 1/2	122	53	80 1/2	111 +10	16	2863 1/4	112	3	25 1/4	14	14	—	23	

Gericht Asseburg	Ackerleute					Halbspänner					Kotleute						Häuslinge				Bemerkungen
	Anzahl	Besitz in Morgen Summa	Max.	Min.	D.	Anzahl	Besitz in Morgen Summa	Max.	Min.	D.	Anzahl	dav. ohne Land	Besitz in Morgen Summa	Max.	Min.	D.	Anzahl	dav. ohne Land	Besitz	Miettinge	
Gogrefschaft Biewende																					
Groß-Biewende	8	1368	212	113	171	4	300	84	61	75	12	2	269½	55	2	22½₁₂	—	—	—	6	2 Höfe wüste
Klein-Biewende	6	820½	187	109	136⅞	4	260	72	60	65	13	3	289	50	13½	22½₁₂	—	—	—	—	3 „ „ mit 15 Morgen
Timmern	6	854½	187½	86¾	142½	—	—	—	—	—	8	1	227	55	19	28½	—	—	—	2	1 Hof „
Kalme	2	444½	235	209½	222	1	94	94	94	94	3	—	118½	56½	14	39½	—	—	—	—	1 „ „
Hedeper	10	1489	273	82	148⅞₀	6	358	72	50	59⅝	40	14	580	55	2	14½	—	—	—	8	
Seinstedt	2	350	175	175	175	9	717½	100	48	79½	26	3	855	57	12	33 ca.	—	—	—	3	3 Höfe wüste mit 15 Morgen
Börßum	5	811½	194	129¼	162⅞₀	7	470½	93½	50½	67⅞₀	26	—	631	54½	9	24½	5	5	—	1	3 „ „ „ 18 „
Gr.-Winnigstedt	6	685	132	96	114⅛	4	206½	58	48	51½	19	6	224½	36	½	11½	—	—	—	7	
Kl.-Winnigstedt	4	556	159	94	139	2	96	48	48	48	27	9	365	36	3½	13½	—	—	—	5	
Vogtei Denkte																					
Groß-Denkte	6	979½	244	110	163⅛	1	48	48	48	48	44	7	778	47½	4	17½	—	—	—	12	9 Höfe wüste mit 84 Morgen
Klein-Denkte	2	197⅞	113½	80	98⅛	4	190	68	36	47½	15	—	271	40	6½	18½₁₂	—	—	—	—	1 Hof „ „ 8 „
Mönch-Bahlberg	5	1029⅛	270	167	205½₀	—	—	—	—	—	6	6	—	—	—	—	—	—	—	2	
Sottmar	3	594	252	162	198	2	200	103	97	100	2	1	35	35	35	35	—	—	—	—	
Wittmar	4	695	207	138	173¾	1	89	89	89	89	2	—	53	27	26	26½	—	—	—	—	
Remlingen	8	1222¼	263	125	152⅞	2	157	85	72	78½	22	4	599	65	4	27½₂	1	1	—	1	2 Höfe wüste
Semmenstedt	4	872	260	186	218	7	578	118	60	82⅞	26	1	643½	60	1	24½	—	—	—	2	2 „ „
Summa Gericht Asseburg	81	12969¼	273	80	160½	50	3764½	118	36	73½₀	291	57	5938½	60	½	20½	6	6	—	49	

Schatz- und Acciserechnungen 1555/77.

Br. St. A. Abt. II § 2, Landschaftliche und Steuersachen, Band 2.

Jahrgang Trinitatis	Erster Landschatz Tlr.	Gr.	₰	Zweiter Landschatz Tlr.	Gr.	₰	Schafschatz Tlr.	Gr.	₰	Scheffelschatz Tlr.	Gr.	₰	Bieraccise Tlr.	Gr.	₰	davon Accise aus den Städten Tlr.	Gr.	₰	Prälatentaxe Tlr.	Gr.	₰	Städtetaxe Tlr.	Gr.	₰	Summa in Talern à 36 Groschen Tlr.	Gr.	₰	Summa in Goldgulden à 40 Groschen Goldguld.	Gr.	₰
1555/6	8363	1	2	8267	9	2	8205	26	—	7826	34	4	9188	27	2⅓	Nicht besonders berechnet			3011	26	—	4362	25	—	49226	5	4⅓	44303	20	1
1556/7	9425	25	2	9300	21	2	8696	14	—	6790	3	—	8405	18	—				3497	18	—	2490	7	—	48740	26	4	43866	26	4
1557/8	9473	26	—	9462	35	—	7838	2	—	8796	33	5	8742	2	2⅓				4718	20	—	4652	5	3	53684	16	4⅓	48296	2	2
1558/9	9441	32	4	9441	4	1	9854	25	—	8301	35	2⅓	9246	17	1				4956	34	—	4883	12	—	56132	16	5⅓	50519	9	4⅓
1559/60	9470	35	4	9454	14	4	11125	34	—	8543	21	2⅓	9915	25	3⅓	3981	—	—	4482	27	—	4580	30	—	57574	8	2	51816	30	⅓
1560/1	9474	4	—	9463	13	—	12254	4	—	8348	7	2	9150	18	1	3759	29	—	3995	8	—	4403	—	3	57088	2	5⅓	51379	9	4⅓
1561/2	9470	16	4⅓	8818	16	5	11950	26	—	7997	32	—	7360	25	4⅓	3028	13	—	2834	18	—	3319	27	—	51752	19	4	46577	12	3
1562/3	6248	15	5	6248	15	5	10496	6	—	4149	3	2	4843	20	3	1921	30	—	3154	18	—	3309	11	—	38449	10	3	33604	4	2
1563/4	6315	3	5	6315	3	5	10392	—	—	4170	17	2	4753	4	3⅓	1688	12	3	3105	18	—	2919	—	—	38113	28	3⅓	34301	17	4⅓
1564/5	6303	10	3⅓	6303	10	3⅓	6669	3	—	4288	18	1⅓	5224	16	1⅓	1778	20	—	2992	—	—	2870	—	—	34708	4	4	31237	11	5
1565/6	6299	34	4	6299	34	4	6945	28	—	4284	7	2⅓	5060	—	2⅓	1902	1	3	3547	—	—	3269	31	—	36429	27	1	32786	30	4⅓
1566/7	6304	26	4⅓	6304	26	4⅓	8494	23	—	4248	30	3	5867	16	1⅓	1763	5	—	3530	—	—	2860	—	—	37847	15	1⅓	33062	26	—
1567/8	6272	24	3⅓	6272	24	3⅓	9849	7	—	4301	35	5⅓	6437	17	4	1754	19	3	3611	—	—	2870	—	—	39617	1	4⅓	35855	12	3⅓
1568/9	6301	12	3⅓	6201	12	3⅓	11059	5	—	4291	35	4	6181	29	2	1991	32	3	3561	—	—	2820	—	—	40416	23	1	36375	1	4⅓
1569/70	6201	19	—	6201	16	—	11275	11	—	4085	3	—	5847	13	—	2027	22	—	3341	—	—	2870	—	—	39821	26	4	35839	23	—
1572/3	6195	17	1	6195	17	1	10351	31	—	4136	5	1	5764	10	4⅓	1934	31	—	3165	—	—	2710	—	—	38518	9	1⅓	34666	17	1⅓
1573/4	6193	29	4	6193	20	4	8077	28	—	3794	30	1⅓	5330	21	1⅓	1677	5	—	2995	18	—	2710	—	—	35320	3	4	31788	3	4
1574/5	6197	20	4	6197	20	4	7683	14	—	3310	10	1⅓	4640	15	3⅓	1616	24	3	3365	—	—	2760	—	—	35004	9	1	31503	33	1
1575/6	6196	6	4	6196	6	4	7852	29	—	3885	6	1⅓	5312	33	2	1992	10	5	3189	—	—	2720	—	—	35352	9	4⅓	31817	1	4⅓
1576/7	6197	2	4	6197	2	4	8223	23	—	3868	35	5⅓	5300	19	2	2228	19	3	2941	—	—	2980	—	—	36041	11	3⅓	32437	7	3⅓
Summa	146347	6	2⅓	145335	3	—	187296	15	—	109921	10	4⅓	132573	28	3⅓*	—	—	—	69994	2	—	66360	5	—	859838	26	⅓	773854	33	1⅓

* Bieraccise ohne die ersten 4 Jahrgänge 96992 Tlr. 35 Gr. 1½ ₰, davon aus den Städten 35046 Tlr. 23 Gr. 5 ₰.

Bemerkungen: In der Rechnung 1555/6 ist der Taler = 32 Groschen gerechnet und ist in dieser Tabelle umgerechnet worden, sonst war er in den Schatzrechnungen überall gleich 36 Groschen gerechnet. Der Goldgulden war in der Rechnung 1555/6 zu 38 Groschen, in den Rechnungen bis 1569/70 einschließlich zu 39 Groschen, in den übrigen Rechnungen zu 40 Groschen gerechnet worden. Ich habe hier überall die Summen auf den Wert von 40 Groschen umgerechnet, weil dies den Vergleich mit Münzgulden (à 20 Groschen) eher zuläßt.

Wenn die Summa aller Steuern = 859838 Tlr. 26 Gr. ½ ₰ gesetzt ist, während sie eigentlich doch nur 857827 Tlr. 35 Gr. ½ ₰ ist, so ist die Differenzsumme 2010 Tlr. 27 Gr. die Summe eingezahlter Retardate.

Ferner erschienen bei uns:

Quellen und Darstellungen
zur
Geschichte Niedersachsens,
herausgegeben
vom
Historischen Verein für Niedersachsen.

Bd. I. Bodemann, Ed., Die älteren Zunftnrkunden der Stadt Lüneburg. (LXXIX, 276 S.) 6 M. 40 Pf.

Bd. II. Urknndenbuch des Stiftes nnd der Stadt Hameln bis znm Jahre 1407. Mit einer geschichtlichen Einleitung von Otto Meinardus. Mit 2 photo-lithogr. Tafeln. (LXXXVII, 759 S.) 16 M.

Bd. III. Tschackert, P., ordentlicher Professor der Kirchengeschichte in Göttingen, Antonius Corvinus Leben und Schriften. Mit Bildnis Corvins. (II, 237 S.) 4 M. 50 Pf.

Bd. IV. Tschackert, P., Briefwechsel des Antonius Corvinns. Nebst einigen Beilagen. Gesammelt n. herausg. (XIV, 318 S.) 6 M. 50 Pf.

Bd. V. Bär, M., Abriß einer Verwaltungsgeschichte des Regierungs-Bezirks Osnabrück. (XII, 241 S.) 4 M. 50 Pf.

Bd. VI. Urknndenbnch des Hochstifts Hildesheim nnd seiner Bischöfe. Bearbeitet von Dr. H. Hoogeweg. Zweiter Teil. 1221—1260. Mit 10 Siegeltafeln. (X, 694 S.) 14 M.

Der 1. Teil erschien als Band 65 in den Publikationen aus den Preussischen Staatsarchiven.

Bd. VII. Hölscher, U., Geschichte der Reformation in Goslar. (V, 193 S.) 3 M. 60 Pf.

Bd. VIII. Lünebnrgs ältestes Stadtbnch und Verfestungsregister. Heransgegeben von Wilhelm Reinecke. Mit 3 Tafeln. (IX, CI, 446 S.) 11 M.

Bd. IX. Annalen und Akten der Brüder vom gemeinsamen Leben im Lüchtenhofe zu Hildesheim. Mit einer Einleitnng heransgegeben von Dr. Richard Doebner. (XLVI, 446 S.) 10 M.

Bd. X. Urknndenbnch des Stifts nnd der Stadt Hameln. Zweiter Teil. 1408—1576. Mit einer geschichtlichen Einleitung von Dr. Erich Fink. (LX, 808 S.) 16 M.

Bd. XI. Urknndenbnch des Hochstifts Hildesheim und seiner Bischöfe. Bearbeitet von Dr. H. Hoogeweg. Dritter Teil. 1260—1310. Mit 9 Siegeltafeln. (VII, 949 S.) 18 Mk.

Hannover und Leipzig.

Hahn'sche Buchhandlung.

Briefwechsel

zwiſchen

Stüve und Detmold

in den Jahren 1848 bis 1850.

Herausgegeben

von

Guſtav Stüve

mit Einleitung von

Georg Kaufmann.

Hannover und Leipzig
Hahn'ſche Buchhandlung
1903.

1. Germany - Politics 1945-1971

Digitized by Google

Quellen und Darſtellungen

zur

Geſchichte Niederſachſens.

Herausgegeben

vom

Hiſtoriſchen Verein für Niederſachſen.

Band XIII.

Briefwechſel zwiſchen Stüve und Detmold

in den Jahren 1848 bis 1850.

Hannover und Leipzig
Hahn'ſche Buchhandlung
1903.

Briefwechsel

zwiſchen

Stüve und Detmold

in den Jahren 1848 bis 1850.

Herausgegeben

von

Guſtav Stüve

mit Einleitung von

Georg Kaufmann.

Hannover und Leipzig
Hahn'ſche Buchhandlung
1903.

Druck von Auguſt Grimpe in Hannover.

Vorwort.

Nach dem Erscheinen der von dem Unterzeichneten verfaßten Biographie Stüves*) ist mehrfach, in öffentlichen Besprechungen wie auch privatim, dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, die kleineren zerstreuten Schriften Stüves durch Wiederabdruck der Vergessenheit entzogen und auch von seinem handschriftlichen Nachlaß noch ein Mehreres der Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu sehen.

Es ist daraus Veranlassung genommen, eingehend zu erwägen, ob und in welcher Weise diesen Anregungen in der einen oder der andern Richtung sich werde entsprechen lassen. Schwerwiegende Bedenken erwuchsen dabei aus der Fülle des Stoffes, sowie daraus, daß Stüves gedruckte und ungedruckte Schriften politischen und sozialpolitischen Inhalts, welche hiebei nur in Betracht kommen könnten, Verhältnisse und Fragen behandeln, die heute fern liegen, und es zweifelhaft erschien, ob die darin niedergelegten Anschauungen nach den inzwischen erfolgten Wandlungen noch auf eine allgemeinere Beachtung würden rechnen können.

Nachdem indeß auch der Historische Verein für Niedersachsen dem Gegenstande seine Aufmerksamkeit zugewandt und seine Unterstützung in Aussicht gestellt hatte, gewann die Ansicht erneute Geltung, daß es sich gerade vom historischen Standpunkte doch wohl rechtfertigen möge, dafür einzutreten, daß wenigstens Einiges von diesem Material ans Licht gezogen oder durch Neudruck zugänglicher gemacht werde.

Hiebei kamen in ersterer Hinsicht zunächst Stüves Briefe in Betracht, bei deren großem Umfang dasjenige, was davon in der Biographie mitzutheilen war, nur in verhältnißmäßig kleinen Fragmenten bestehen konnte. Eine möglichst sorgfältige Auswahl derselben mußte den mit einer solchen bruchstückweisen Verwerthung unvermeidlich verbundenen

*) Johann Carl Bertram Stüve, nach Briefen und persönlichen Erinnerungen, von Gustav Stüve. Zwei Bände. Hannover und Leipzig, Hahnsche Buchhandlung. 1900.

Bedenken einigermaßen zu begegnen ſuchen. Auf eine vollſtändige Veröffentlichung der Briefe, wie ſie hie und da gewünſcht worden iſt, muß, wenngleich mit dem Bedauern, daß dadurch eine Fülle von bemerkenswerthen Äußerungen, Betrachtungen und Urtheilen über Perſönliches, Politiſches und Literariſches der Öffentlichkeit vorenthalten bleibt, aus dem angegebenen Grunde auch weiterhin verzichtet werden.

Die darüber gepflogenen Erörterungen haben jedoch zu dem Entſchluſſe geführt, aus der geſammten Korreſpondenz eine Briefreihe herauszuheben und vollſtändig zur Veröffentlichung zu bringen, welche ſich in einen beſtimmten Rahmen faſſen läßt, welche durch die Perſon, an die die Briefe gerichtet ſind, durch die Zeit, der ſie angehören und durch die Gegenſtände, worauf ſie ſich beziehen, ein beſonderes Intereſſe zu erregen geeignet erſcheint, und bei deren Abdruck der günſtige Umſtand zu Statten kommt, daß mit den Stüveſchen Briefen auch die ihnen an Intereſſe keineswegs nachſtehenden Briefe ſeines Korreſpondenten vollſtändig mitgetheilt werden können.

Der Briefwechſel mit Detmold, über deſſen Lebensverhältniſſe, politiſche und literariſche Thätigkeit bis zum Beginn der vorliegenden Briefſammlung Frensdorffs Aufſatz in der Allgemeinen Deutſchen Biographie hier in Bezug genommen werden kann, nahm ſeinen Anfang im Jahre 1838, als Jener ſich erbot, Stüve in dem begonnenen Kampfe um das Staatsgrundgeſetz zu unterſtützen, und ihm ſeinen Geiſt, ſein Wiſſen und ſeine gewandte Feder zur Verfügung zu ſtellen. Es entſpann ſich daraus, da Stüve verhindert wurde, ſelbſt an den Kammerverhandlungen Theil zu nehmen, und auch nur Osnabrück auf längere Zeit zu verlaſſen, ein ſehr reger brieflicher Verkehr, welcher die Jahre des Verfaſſungskampfes überdauerte und ein enges politiſches Freundſchaftsverhältniß zwiſchen Beiden begründete.

Der im Nachſtehenden veröffentlichte Theil dieſes Briefwechſels umfaßt die Zeit des Märzminiſteriums, welche Detmold, als Mitglied der Nationalverſammlung, als Reichsminiſter, als hannoverſcher Bevollmächtigter beim Interim, zuletzt als Bundestagsgeſandter, in Frankfurt zubrachte, und hat ganz überwiegend die Entwicklung der deutſchen Angelegenheiten während dieſer Zeit zum Gegenſtande. Auch ſonſt aber haben die beiderſeitigen Briefe faſt ausſchließlich politiſchen Inhalt, und dieſer mußte, wenn überhaupt, unverkürzt zur Mittheilung gebracht werden. Insbeſondere erwies ſich eine Auswahl nach dem Geſichtspunkte des größeren oder geringeren Intereſſes als ganz unthunlich. Es hätte dabei für das Ermeſſen an jedem objectiven Anhalten gefehlt; der Zuſammenhang hätte überall unterbrochen werden müſſen und dem

Leſer nicht die Sicherheit gewährt werden können, daß ihm nicht etwa Wichtiges vorenthalten werde. Es ſind daher nur ſolche vereinzelt vorkommende und dem Ganzen gegenüber nur verſchwindenden Raum einnehmende Stellen unterdrückt, welche ſich lediglich auf politiſch gleichgültige eigene oder fremde private Angelegenheiten beziehen.

Die vertrauliche Natur dieſer Briefe, bei deren Abfaſſung in der Eile des Moments jeder Gedanke an Veröffentlichung ausgeſchloſſen war, bringt es mit ſich, daß die darin vorkommenden Urtheile der Verfaſſer über Sachen und Perſonen, wie ſie ſich ihnen in den Kämpfen dieſer Jahre ergaben, in einer ungenirten und oft draſtiſchen Form Ausdruck finden konnten, deren parlamentariſche Zuläſſigkeit erheblichen Bedenken unterliegt. Nach Ablauf eines ſo langen Zeitraums wird jedoch auch beim Abdruck in dieſer Beziehung eine weitgehende Licenz in Anſpruch genommen werden dürfen, welche unbedingt erforderlich iſt, um die Briefe nicht ihres Characters und die Urtheile ihrer Pointen zu berauben. Es ſind deßhalb, ohne ſonſtige Veränderung oder Abſchwächung des Wortlauts, nur in vereinzelten Fällen Ausdrücke, bei denen dies dennoch geboten und ohne Beeinträchtigung des Sinnes zuläſſig erſchien, geſtrichen oder durch Punkte angedeutet.

Da die Publikation einen Leſerkreis vorausſetzt, dem die Geſchichte jener Zeit nicht ganz fremd iſt, ſo konnte in den Anmerkungen von einer ausführlichen Rekapitulation bekannter hiſtoriſcher Vorgänge abgeſehen und die Aufgabe darauf beſchränkt werden, hie und da ſachliche Erläuterungen beizufügen, im Weiteren aber, namentlich auch hinſichtlich der in den Briefen erwähnten Staatsſchriften, ſoweit ſie veröffentlicht ſind, durch Anführung der betreffenden Quellen und Geſchichtswerke die nöthigen Nachweiſe zu liefern, und daneben über die vorkommenden Perſonen und ihre zeitweilige Stellung Auskunft zu geben.

Beim Abdruck iſt die Schreibweiſe der Verfaſſer, unter Berichtigung offenbarer Schreibfehler und Ergänzung von Abkürzungen, wo ſolche dienlich erſchien, beibehalten worden.

Die beiden Anhänge ſind hinzugefügt, weil ſie mit dem Hauptinhalt des Briefwechſels in engſter Beziehung ſtehen. Der im Anhang I abgedruckte Aufſatz bildet einen Theil der Aufzeichnungen, in welchen Stüve als Miniſter über ſeine Politik und Verwaltung ſich ſelbſt Rechenſchaft gab. Von dem die innere Verwaltung betreffenden Theil derſelben ſind Auszüge in die Biographie Band II S. 58 ff. aufgenommen. Von dem hier mitgetheilten Abſchnitt über die deutſche Politik bemerkt er in einem Briefe an ſeinen Bruder vom 6. October 1849: „Es iſt das vielleicht einmal ein hiſtoriſches, wenigſtens biographiſches Denkmal.“

In den entsprechenden Aufzeichnungen für das folgende Jahr ist seine Stellung zu den deutschen Angelegenheiten nicht berührt.

Was über diese letzteren in den Briefen an Detmold bemerkt ist, würde großentheils auch aus den gleichzeitigen Briefen an Frommann, an Stüves Bruder und Andere haben entnommen werden können, wo sich, wenn auch in anderer Anknüpfung und Form, oft in noch schärferer Präzisirung, die gleichen Gedanken wiederfinden. Es hat jedoch hier davon abgesehen werden müssen, auf diese weiteren Quellen zu rekurriren.

Wer sich über Stüves Standpunkt und Ansichten in diesen Fragen völlig unterrichten will, wird neben seinen in den Anmerkungen citirten Staatsschriften und selbständigen Druckschriften auch die journalistischen Erzeugnisse seiner Feder aus diesen Jahren nicht unbeachtet lassen dürfen, mit welchen er in den Leitartikeln der Hannoverschen Zeitung vom Herbst 1848 an den Gang der Ereignisse verfolgte.

Muß auch auf eine Reproduktion dieser zahlreichen Artikel hier verzichtet werden, so hat doch, da ihre Authentizität späterhin vielleicht nicht mit gleicher Sicherheit festzustellen sein möchte, die Gelegenheit nicht unbenutzt bleiben sollen, durch ein zuverlässiges Verzeichniß derselben diejenigen, welche Stüves schriftstellerische Thätigkeit auch nach dieser Richtung zu verfolgen wünschen, dazu in den Stand zu setzen.

Zum Schluß soll nicht unterlassen werden, Herrn Professor Dr. Detmold in Göttingen, welcher die Briefe seines Vaters gütigst zur Verfügung gestellt hat, den verbindlichsten Dank dafür abzustatten. Die Herstellung des Registers ist von Herrn Dr. Wecken in Linden besorgt worden.

Osnabrück, 15. Juli 1903.

G. Stüve.

Einleitung.

1. Allgemeines.

Johann Carl Bertram Stüve und Johann Hermann Detmold, deren Briefwechsel aus der Zeit vom März 1848 bis October 1850 hier vorgelegt wird, waren sehr verschiedene Naturen, aber ihre auf gegenseitige Achtung gegründete politische Freundschaft hat die größten Stürme überdauert, seitdem sie sich im Kampfe für das Staatsgrundgesetz Hannovers zusammengefunden hatten.

Stüves Leben ist uns von seinem Neffen aus vertrautester persönlicher Kenntnis auf Grund des reichen litterarischen Nachlasses und mit vollem Verständnis für die sein Leben erfüllenden Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung geschildert worden, und so, daß dem Leser ein erheblicher Teil des Materials zur eigenen Prüfung mitgeteilt wird. Die Grundlage bildet der Briefwechsel mit dem Jenenser Buchhändler Frommann, mit dem Stüve in seiner Studienzeit enge Freundschaft schloß und mit dem er von 1818—72 in einem fast ununterbrochenen Briefwechsel stand. „Fast täglich schrieben sie an den Briefen, die in einer gewöhnlich vierzehntägigen Folge abgesandt wurden.“ Dazu kommen zahlreiche Briefe an Andere, sowie Reden, Aufsätze und Bücher, in denen Stüve seine Ansichten über Menschen und Meinungen wie über Bücher und Schicksale jeder Art zu klären oder zu verbreiten suchte. Ich wüßte keinen Staatsmann zu nennen, für den eine solche Fülle von Nachrichten und Zeugnissen aus eigenem und aus fremdem Munde vorliegt, und ich habe das Glück gehabt, auch die ungedruckten Briefe und Aufsätze benutzen zu können, und zwar in lebendigem Gedankenaustausch mit dem das ganze Material beherrschenden Biographen und mit seiner jeden Augenblick bereiten Unterstützung.

Das Bild der Biographie wird durch den hier veröffentlichten Briefwechsel nicht verändert, wohl aber im Einzelnen bereichert und verdeutlicht. Das Gleiche gilt von den zahlreichen Aufsätzen Stüves, die noch ungedruckt

oder in selten gewordenen Zeitungen, Kalendern und Flugschriften zerstreut sind. Einige sollen demnächst in einem Sammelbande wieder abgedruckt werden, aber ich hoffe, daß dies auch noch mit andern geschieht. So mit dem Bericht über den hannöverschen Landtag, den Stüve für seine Wähler im Juli 1848 verfaßt hat, und der von einem Freunde im Januar 1849 „auf die Gefahr hin eine Indiscretion zu begehen" veröffentlicht wurde (Frankfurt a. M. bei Krebs-Schmitt). Sodann vielleicht mit der Schrift: Das Bündnis der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai, Ein Wort zur Beherzigung und Verständigung, die Stüve unter dem Pseudonym A. E. Leipzig bei Brockhaus 1849 erscheinen ließ, und mit der anonymen Schrift: Deutschlands Bedürfnisse, Sendschreiben an einen Frankfurter Reichstagsdeputirten, Frommann in Jena 1850. Vor allem ist aber zu wünschen, daß die Montagsartikel Stüves in der Hannoverschen Zeitung 1848—50 von neuem gedruckt werden, deren Verzeichnis diesem Bande beigefügt ist. Diese Artikel sind teilweise ganz hervorragende Arbeiten, die an und für sich verdienen, der Vergessenheit entrissen zu werden — und jene Jahrgänge der Hannoverschen Zeitung sind recht selten zu finden. Sodann geben sie uns ruhigere, sorgfältiger erwogene Urteile Stüves über die Fragen, die er in den Briefen mit einer rücksichtslosen und von der Stimmung des Augenblicks beherrschten Feder behandelt. Sie bilden deshalb eine unentbehrliche Ergänzung des Briefwechsels.

Zu Detmolds Briefen würden seine amtlichen Berichte eine wichtige Ergänzung bringen. Sie sind — soweit ich nach der Probe urteilen kann, die ich nehmen durfte — reichhaltig und anziehend, aber es wird zu prüfen sein, ob nicht aus manchen Berichten Auszüge genügen würden. Die Berichte der kleinstaatlichen Diplomaten aus Frankfurt wurden leicht mit nichtigen Sorgen und Bemühungen bepackt.

Aus den zahlreichen ungedruckten Aufsätzen Stüves möchte ich namentlich auf eine 1850/51 entstandene Denkschrift hinweisen, in der Stüve seine in den Briefen und Schriften immer wiederkehrenden Ansichten über die Notwendigkeit einer gänzlichen Umgestaltung des Beamtenwesens zusammenhängend behandelt. Das Ideal Stüves[1]) scheint mir freilich unerreichbar und mehr nur ein Product der ihm aus Mösers Kreisen und englischen Traditionen überkommenen Anschauungen mit den Erfahrungen über die Beengtheit und Schwäche eines Staatsdienertums, das „in der Sicherheit

[1]) Für die Strömung der Zeit ist es bezeichnend, daß Radowitz, in seinem Wesen und in seinen politischen Zielen von Stüve sonst sehr verschieden, ähnlichen Gedanken nachhing.

und Schnelligkeit des Aufsteigens in der Beamtenhierarchie das Hauptziel seiner Thätigkeit" erblickte. Er hoffte hiermit Beamte zu gewinnen, wie er selbst einer zu sein sich bemühte, aber ein Stüve wird immer eine seltene Erscheinung bleiben.

Doch genug dieser Andeutungen über künftige Publikationen. Der vorliegende Briefwechsel bietet schon eine bedeutende Erweiterung unserer Kenntnis der Zeit, im besonderen der hannoverschen Politik unter dem Ministerium Graf Bennigsen-Stüve, 1848—1850, das auch damals gewöhnlich als das Ministerium Stüve bezeichnet zu werden pflegte. Der Gewinn ist für die einzelnen Fragen verschieden, je nachdem die Biographie Stüves sie schon kürzer oder eingehender behandelt hat, bei der ja die Briefe Stüves an Detmold schon sämmtlich benutzt worden sind und auch ein Teil der Briefe Detmolds. Aber selbst über den Konflict, den Stüve mit den im Januar 1849 gewählten Kammern über die Anerkennung der Grundrechte durchfocht und der in der Biographie besonders eingehend behandelt worden ist, giebt dieser Briefwechsel bemerkenswerthe Bereicherungen. So gewährt der Brief Stüves vom 3. März 1849 (Nr. 95, S. 180 ff.), aus dem die Biographie II, 87 eine der prächtigen Wendungen des tapferen Mannes mitteilt, in seiner Vollständigkeit ein noch reicheres und mehr unmittelbares Bild jenes Kampfes.

Weit über den Gewinn in solchen Einzelheiten hinaus ist es aber zu schätzen, daß wir zwei hervorragende und inmitten der Geschäfte und der maßgebenden Kreise stehende Männer im Wechselgespräch über die Ereignisse dieser gewaltigen Zeit belauschen können. Stüve war einer der bedeutendsten deutschen Staatsmänner des 19. Jahrhunderts, und zugleich ein Mann von einer so tiefen und so reichen Bildung, wie sie sich auch in dieser glänzenden Periode des deutschen Geistesleben selten fand. Goethe, Shakespeare und Dante, Bacon und Macchiavelli, Pufendorf und Burke, vor allen aber die großen Griechen und Römer und endlich die Bibel waren ihm alle Zeit gegenwärtig und wurden von ihm das ganze Leben hindurch immer von neuem gelesen und durchdacht. Sie bildeten bald den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen, bald halfen sie ihm die Lösung finden. Und es sind unter den Citaten so bemerkenswerthe aber vergessene Worte wie die feinsinnige Beobachtung aus einer Rede von Burke (East India Bill 1. Dez. 1783), mit der sich Stüve im Dezember 1849 über die preußischen Intriguen tröstete, denen er die verworrene Lage Schuld gab (Nr. 159): Indeed my observation has furnished me with nothing, that is to be found in any habits of life or education which tends wholly to disqualify meu for the functions of government, but that by which the power of exercising those functions is very frequently

obtained. I mean a spirit and habits of low cabal and intrigue, which I have never in one instance seen united with a capacity for sound and manly policy. Freilich hat ihn weder dieſer Reichtum an Bildung noch die große ſittliche Kraft und Strenge gegen ſich ſelbſt, noch auch die einfache Religiöſität, die ihn erfüllte, ſchützen können vor unbilligen und bis zur Ungerechtigkeit einſeitigen Urteilen. Der Dienſt des Staats macht uns zu ſeinen Knechten. Rückſichtslos verfolgt der Eifer jeden, der dem Staate Verderben zu bereiten ſcheint. Auch bedürfen die Männer in ſolchem Kampf oftmals dringend der Erleichterung, die ein ſchroffes oder auch ein in den niederen Sphären des Empfindens und Geſchmacks geformtes und gefärbtes Urteil gewährt. Vielleicht hat der Niederdeutſche dies Bedürfnis noch beſonders ſtark. Stüve hatte es, wie es Luther hatte und unter den Zeitgenoſſen Bismarck. Das hindert aber nicht, daß Stüve in ſeiner Sphäre blieb und ſich die freie und tiefe Art der Erwägung bewahrte, wenn er ſich einmal in ſolcher Weiſe Luft machte.

Detmold tritt hinter Stüve erheblich zurück; er war ſich deſſen bewußt und verehrte ihn ſtets als den Führer, zu dem er bewundernd und vertrauend aufſah. Aber Detmold war doch ebenfalls ein tüchtiger und in mancher Beziehung hervorragender Mann. Man pflegte bisher — ſoweit man ſeiner überhaupt noch gedachte — nur ſeine Schärfe als Satyriker und die Vielſeitigkeit ſeiner Bildung zu rühmen, und glaubte ſein politiſches Verdienſt damit erſchöpfend zu ehren, wenn man rühmte, daß er den Typus des Piepmeyer, des politiſirenden Philiſters, ſchuf uud in ihm jene traurige Schar an den Pranger ſtellte, die mit ihrem anſpruchsvollen Geſchrei in dieſen Tagen unſagbar viel Unheil angerichtet hat. Dieſer Briefwechſel lehrt ihn uns eigentlich erſt kennen und er zeigt ihn als einen Mann, der ſich berufen und verpflichtet fühlte, in ſolcher Kriſis dem Vaterlande ſeine ganze Kraft zu widmen und der ſich ſchon dadurch über den Durchſchnitt der Politiker erhob. Auch neben Stüve behauptete Detmold eine gewiſſe Selbſtſtändigkeit. In der Aufzeichnung Stüves über das Verhältnis der Märzminiſter zu König Ernſt Auguſt [1]) findet ſich jedoch eine Bemerkung, welche die Zuverläſſigkeit Detmolds dem Freunde gegenüber in Zweifel zu ziehen ſcheint. Den Anlaß boten die traurigen Zuſtände in Heſſen im Sommer 1850. Der Kurfürſt und ſein Miniſter Haſſenpflug ſuchten die Verfaſſung zu beſeitigen, und da die Landſtände im Sommer 1850 nur die indirecten Steuern bewilligten, die directen aber nicht, ſo verwarf Haſſenpflug das ganze Budget und befahl die Erhebung aller Steuern auch ohne landſtändiſche Bewilligung. Als ihm zu dieſen geſetzwidrigen Maßregeln die

[1]) JCB Stüve II, 438 f.

Beamten wie die Gerichte den Dienſt verſagten, verhängte Haſſenpflug den Kriegszuſtand über das Land, obſchon es ſich ganz ruhig verhielt. Und da es ſich auch durch ſolche Willkür nicht zu Ungeſetzlichkeiten fortreißen ließ,[1]) ſo bewog Haſſenpflug den Kurfürſten (am 13. Sept. 1850), aus Caſſel nach Schloß Wilhelmsbad bei Hanau zu fliehen, um den Schein zu erregen, als ſei er in Caſſel vom Aufruhr bedroht. Von dort wendete er ſich an die ſich Bundestag nennende aber nicht rechtlich konſtituirte Verſammlung in Frankfurt um Bundeshülfe. Hier kannte man die thatſächlichen Verhältniſſe in Heſſen recht wohl, und im beſonderen wußte Detmold, wie Stüve darüber dachte. Noch am 13. September hatte ihm Stüve geſchrieben (S. 520): „Wie Haſſenpflug auf offenbar widerrechtlicher Baſis mit der bloßen Militärgewalt gegen und ohne alle Behörden dort die Sachen in Ordnung bringen will, verſtehe ich nicht, und wohl Keiner. Ruhig iſt alles, der Widerſtand nur im Ungehorſam aller Behörden und .... Gerichte .... Nun hat Haſſenpflug ſich ja endlich nach Frankfurt gewandt.[2]) Aber was wollen Sie mit dieſen Zuſtänden machen? Die Chauſſeeeinnehmer nehmen kein Chauſſeegeld, die Gerichte kein Stempelpapier, die verbotenen Zeitungen werden trotz verſiegelter Preſſen gedruckt u. ſ. w. Und was ſoll der Bund dabei thun? .... Das einzige, was zu thun wäre, beſtände in der Abſendung von Commiſſarien; ob die aber etwas ausrichten könnten, das hängt von der Stellung der Dinge dort ab, die mir zu wenig bekannt iſt."

Und Detmold antwortete darauf am 19. September in ganz ähnlicher Weiſe: Haſſenpflug ſei der „allerſchlimmſte" Revolutionär. „Wie unverantwortlich leichtſinnig, temere et timide, der ſein Spiel getrieben hat, iſt kaum zu glauben .... Nun ſcheint Haſſenpflug uns in ſeinen Bankrott verwickeln zu wollen. Ich hab erklärt: das was man als öffentliche Meinung ausgebe, genire mich nicht im geringſten; aber uns ruiniren, ohne der Heſſiſchen Regierung damit zu nützen, ſei Unſinn .... Leider ſieht man in Wien die Sache wohl nicht ganz richtig an. Dort iſt man, wie ich glaube, ſehr gereizt, daß man ſich mit dem 12. Auguſt das ganze faſt ſchon gewonnenene Spiel verdorben und nichts geerntet hat als die

---

[1]) Die Reactionäre verhöhnten desholb dieſen paſſiven Widerſtand der Heſſen als die „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln". Wer aber etwa aus dem Leben von Theodor Schwedes (Th. Schwedes, Leben und Wirken eines Kurheſſiſchen Staatsmannes von 1788—1812. Nach Briefen und Aufzeichnungen dargeſtellt von Auguſte Schwedes, Wiesbaden 1899) ſich eine Vorſtellung gebildet hat von den Leiden, die die tüchtigen Männer um ihres Eides willen auf ſich nahmen, welche die Führer in dieſem Kampfe waren, der wird die wohlfeilen Spötteleien nicht wiederholen.

[2]) Am 17. erfolgte der förmliche Antrag, die Wendung nach Frankfurt ſchon einige Tage früher.

Ohrfeige vom 25. Auguſt.[1]) Daher ſoll die Sache gegen Preußen benutzt werden — eine ganz hoffnungsloſe Sache, bei der nur Verluſt herauskommen kann. Darum treibt man zum Handeln; zum Glück ſieht Graf Thun einigermaßen ein, wie verzweifelt die Sache ſteht und wird daher mit großer Vorſicht vorangehen. In der Bundesverſammlung wird es ſich nur um die Frage handeln: ſind die Bundesbeſchlüſſe vom 28. Juni 1832 als „Ausnahmegeſetze" im Jahre 1848 mit aufgehoben oder beſtehen ſie noch? Ich habe Graf Bennigſen gebeten, mir über dieſe Frage die dortige Anſicht zukommen laſſen zu wollen, und ich bitte Sie, liebſter Freund, recht dringend, mir darüber recht bald Weiſung zukommen laſſen zu wollen."

Trotz dieſer richtigen Auffaſſung der Sachlage ſtimmte Detmold zwei Tage ſpäter (am 21. September) dem Beſchluſſe bei, welcher die Bundesbeſchlüſſe vom 28. Juni 1832 als noch gültig anerkannte und Haſſenpflugs Antrag genehmigte. Detmold hatte die erbetene Inſtruction nicht abgewartet. Stüve ſchrieb ihm zwar — offenbar aus Anlaß eines in dieſer Sammlung nicht vorhandenen Berichts von Detmold, der in Nr. 254 S. 524 Z. 7 erwähnt wird — am 19. September noch einmal und erklärte beſtimmt, daß die Beſchlüſſe vom 28. Juni 1832 nicht als fortbeſtehend anerkannt werden dürften. „Das darf nimmermehr geſchehen.... Sie ſind aufgehoben.... Es muß auf andere Weiſe für Ruhe und Ordnung geſorgt werden, als durch die Lüge, daß ſie nicht aufgehoben ſeyen. Dies gehört zu den Dingen, die ich meinestheils nimmermehr aufgeben werde." [2])

Gegen dieſe Vorwürfe Stüves ſuchte ſich Detmold in dem amtlichen Bericht an das Miniſterium und in einem Privatbrief an Stüve vom 23. September (Nr. 256 u. 257) zu verteidigen. Der Beſchluß ſei unter dem

---

[1]) Die Antwort Preußens vom 25. Aug., die Detmold als eine Ohrfeige bezeichnet, iſt S. 523, Anm. 3 nachgewieſen; ſie bezog ſich zunächſt auf eine vom 14. Aug. datirte Aufforderung Öſterreichs an Preußen, den Bundestag zu erneuern. Dieſe Aufforderung wurde allen Regierungen gleichzeitig zugeſchickt und für Preußen noch durch Erläuterungen verſtärkt, welche in einer dem öſterreichiſchen Geſandten zu Berlin überſandten Depeſche Schwarzenbergs (Deutſche Chronik 1850, II, S. 56 f.) enthalten ſind.

Die von Detmold beklagte Depeſche Öſterreichs vom 12. Auguſt (Deutſche Chronik 1850, II, 50 f., dazu die Inſtruction ib. II, 48 f.) bezog ſich namentlich auf die zwiſchen Preußen und Baden geſchloſſene Militär-Convention, die Verlegung badiſcher Truppen nach Preußen, die Frage ob dieſe und andere Maßregeln Preußens dem Bundesrecht entſprächen, und ob das Bundesrecht noch maßgebend ſei. Nach Detmolds Anſicht hatte Öſterreich in jener Depeſche ungehörigen Anſprüchen Preußens zu weitgehende Konzeſſionen angeboten und dadurch Preußen zu ſeinem dreiſten Vorgehen in der Antwort vom 25. Auguſt Mut gemacht.

[2]) Dieſer Brief wird jedoch in Detmolds Hände erſt gelangt ſein, nachdem er durch ſein Votum den Beſchluß vom 21. ermöglicht hatte; denn daß er nach Empfang dieſes Schreibens ſo geſtimmt hätte, das können wir ihm nicht zutrauen.

Eindruck einer Erklärung Preußens gefaßt worden: „Preußen werde, wenn der ſogenannte Bund die Kurheſſiſche Sache in die Hand nehmen wolle, dies für unſtatthaft halten und auf keine Weiſe dulden.“ Dieſe Anmaßung habe ihn und einige andere Mitglieder, die der Anſicht waren, die Bundesverſammlung ſolle die heſſiſchen Angelegenheiten noch einſtweilen ihrer eigenen Entwicklung überlaſſen, bewogen, für den Beſchluß zu ſtimmen. „Die Sache lag ... ſo, daß die Bundesverſammlung nun faſt nur noch die Wahl ihrer Todesart hatte, ob ſie an dem in Folge der Preußiſchen Erklärung zu beliebenden Nichtsthun, oder an den in Folge des Öſterreichſchen Drängens zu ergreifenden Maßregeln zu Grunde gehen wolle.“ Einmal iſt es nicht richtig, daß die in Frankfurt verſammelten Regierungen durch die Erklärung Preußens hätten überraſcht werden können; denn dieſe von Detmold übrigens recht ungenau mitgeteilte Erklärung enthielt außer der bereits wiederholt ausgeſprochenen Anſicht, daß Preußen die in Frankfurt tagende Verſammlung nicht als rechtliches Organ des Bundes anſehe, — da der Bundestag 1848 (12. Juli) in rechtlich anerkannter Form aufgehoben ſei, — nur die Ankündigung: falls ſich die frankfurter Verſammlung [1]) in die Verhältniſſe des Kurſtaates einmiſche, ſo behalte ſich Preußen „jede weitere Entſchließung“ vor. Das war doch ſelbſtverſtändlich. Konnte man in Frankfurt wirklich etwas anderes erwarten? Sodann aber iſt zu betonen, daß der Schluß der Detmoldſchen Ausführungen nicht viel mehr als eine geiſtreiche Spielerei iſt.

Wenn Detmold oder gar mit ihm noch Andere das Gefühl hatten, daß ſie ſich durch dieſen Beſchluß zu Grunde richteten, ſo konnten ſie ja eine Vertagung der Angelegenheit verlangen. Der Mangel einer Inſtruction, die Notwendigkeit wenigſtens, die Antwort auf die Anfrage Detmolds vom 19. September abzuwarten, gab eine ſo triftige Begründung, daß die Forderung nicht hätte abgeſchlagen werden können. Denn irgend welche Gefahr im Verzuge war nicht vorhanden. Auch hatte der Beſchluß, der am 21. September gefaßt wurde, nur theoretiſche, keine unmittelbar practiſche Bedeutung. [2]) Sachlicher erſcheinen die folgenden Erwägungen: Man habe

[1]) In Frankfurt befand ſich zwar noch eine Bundes-Kommiſſion, aber ſie hatte nur gewiſſe laufende Geſchäfte zu erledigen und hatte keine potitiſchen Befugniſſe. Die citirten Acten ſind nach dem Abdruck in der Deutſchen Chronik für 1850, II. Teil, Berlin, Förſtner 1851, benutzt.

[2]) Der Beſchluß erkannte das Vorgehen der Regierung als berechtigt an, forderte ſie auf, die Ruhe herzuſtellen und der Bundesregierung von dem Erfolg Anzeige zu machen. Weiter behielt ſich die Bundesregierung vor, alle zur Sicherung des geſetzlichen Zuſtandes nötigen Maßregeln zu treffen. Beantragt war auch: Bayern und Hannover zu erſuchen, die angemeſſene Truppenzahl bereit zu halten. Dieſer praktiſche Punkt wurde auf Verlangen der Niederlande abgelehnt und durch eine unbeſtimmtere Faſſung erſetzt.

ſich für den Beſchluß entſchieden, „weil man nur auf dieſe Weiſe das Wiener Cabinet in ſeiner Stellung zu den deutſchen Dingen befeſtigen zu können glaubte.“ Die Kleinſtaaten hatten eben auch zu Öſterreich kein Vertrauen, fürchteten vielmehr ſogar, daß ſich Öſterreich und Preußen plötzlich über ſie hinweg und zu ihrem Schaden verſtändigen könnten. Die Begründung des Beſchluſſes ferner durch die Behauptung der Gültigkeit der Bundesbeſchlüſſe vom 28. Juni 1832 ſei unvermeidlich geweſen: denn der Kurheſſiſche Bevollmächtigte habe „alles und jedes Einſchreiten der Bundesverſammlung, das nicht dieſen Ausgangspunkt nähme, ... mit größter Entſchiedenheit„ abgelehnt. Und über allen Gründen, die für und wider die Gültigkeit jener Beſchlüſſe vorgebracht ſeien, habe „die herbe Notwendigkeit (geſtanden), die einen Beſchluß verlangte, und zwar gerade einen ſolchen, wie man ihn ungern gab“. Die vielen Worte verhüllen die Schwäche der Gründe nicht, und am wenigſten konnten ſie auf Stüve Eindruck machen. Er wußte, daß Detmold die Lage in Hannover kannte, wo das Miniſterium Bennigſen-Stüve gegen den ſteigenden Einfluß der reactionären Hofkreiſe zu kämpfen hatte. Namentlich erſchwerten ſie ihm die Reform der Verwaltung, in der Stüve die eigentliche Krönung ſeiner Arbeit ſah. Detmold ſtand in dieſem Kampfe durchaus auf der Seite des Freundes. Eben in dem Briefe vom 19. September ſchrieb er: „Daß Ihr Miniſterium einer ganzen großen Clique, nicht blos in Hannover, noch als revolutionären Urſprungs verhaßt iſt, davon kommen mir von Zeit zu Zeit die lächerlichſten Beweiſe zu.“ Und einige Zeilen vorher: „Was Sie von Ihrer Stellung ſagen und dem Schmerzlichen, was ſie Ihnen bereitet, ſo iſt mir das wie ein Schwert durch die Seele gegangen.“ So ſchrieb er an Stüve am 19. September. Trotzdem entſchied er am 21. September jenen Beſchluß, der Stüve jede Hoffnung nahm. „Lange Zeit hat mich nichts ſo ſchwer getroffen“, ſchrieb ihm deshalb Stüve am 27. September, „als dieſe Nachricht, ... es war mir wie ein körperlich empfangener Schlag. Und daß Sie zu dieſer verderblichen zweckloſen Lüge haben zuſtimmen können, das ſchmerzte mich am meiſten. Bis dahin hatte ich gehofft, meine hieſige Rolle mit halber Ehre zu Ende ſpielen zu können. Dieſer Schlag raubt mir die letzte Hoffnung. Ich nenne den Schluß eine Lüge. Das iſt er. Sehen Sie nur das Regiſter zu den Bundestagsprotokollen s. v. Ausnahmegeſetze.... Ich nenne dieſe Lüge zwecklos. Denn ſie hat, wie ſie da im Eingange ſteht, gar keinen andern Zweck, als dem elenden Haſſenpflug dieſe Niederträchtigkeit abzunehmen und ſie den ſämmtlichen theilnehmenden Regierungen aufzubürden. Es iſt das ein ſo trauriges Beiſpiel der Sucht, auch das Schlechteſte, das eine Regierung gethan, gut zu heißen, daß die Beſchlüſſe in unſerer Sache vom Jahre 1839 dagegen verſchwinden.“ Dieſer Beſchluß ziehe die Bundes-

ſache „unwiederbringlich in die ſchlechteſten Bahnen der Zeit von 1819—48 wieder hinein“. „Wie wollen Sie noch Recht handhaben, wenn Sie ſo der Lüge Haſſenpflugs nachgegeben? Wie wollen Sie auf Bundesgericht dringen, wenn Sie damit angefangen, ſo in den einzelnen Fall — nicht etwa zum Schutz des Beſitzes, ſondern ſelbſt bundeswidrig, zu Ordnung innerer Verhältniſſe einzugreifen? — Wie wollen Sie die Legislatur des Bundes beſſern, wenn Sie damit anfangen, für Ihre Verſammlung ſelbſt die geſetzgebende Gewalt zu erſchleichen, ſollte man ſagen.“ Weiter zeigt er dann noch, daß dies Vorgehen, mit dem Detmold Preußen ſchwächen wollte, Preußens Pläne nur fördern könne.

Mit dieſen Worten waren alle Entſchuldigungen Detmolds bei Seite geſchoben, aber ein Punkt gewann noch eine perſönliche Bedeutung. Mit beſonderem Nachdruck hatte Detmold verſichert, er ſei eifrig bemüht geweſen, die Begründung der Bundeshülfe mit der Gültigkeit der Bundesbeſchlüſſe vom 28. Juni 1832 abzuwenden, und er wiederholte dies in der mündlichen Verhandlung vom 4. October, zu der ihn das Miniſterium nach Hannover berief. Stüve ſagt dazu in einem ſpäteren Bericht, daß andere Bundestagsgeſandte von einem ſolchen Kampfe Detmolds nichts gehört hätten. „Die Sache blieb unklar und mehrere meiner Kollegen hegten Verdacht.“ [1]) Wer ſich ähnlicher Vorgänge, etwa der widerſprechenden Darſtellungen erinnert, die durchaus tüchtige und aufrichtige Männer der Umgebung Friedrich Wilhelms IV. über ihr Verhalten in der Kriſis des 18. und 19. März 1848 gegeben haben [2]), der wird ſich ſcheuen, Detmold ohne weiteres der Unwahrhaftigkeit zu verdächtigen. Manches iſt dabei zu erwägen. Nach einer längeren Verhandlung — und die Verhandlung am 27. März hatte ſieben Stunden gedauert — kann man ſich leicht vorſtellen, gewiſſe Gründe wirklich vorgebracht zu haben, die man nur eigentlich gern geltend gemacht hätte. Und umgekehrt wird von den Hörern leicht vergeſſen, ob gewiſſe Gründe, die allen auf der Zunge liegen, auch wirklich und ob ſie auch von beſtimmter Seite vorgetragen wurden. Endlich iſt es leider aber auch nicht zu leugnen, daß ſonſt ehrliche Männer, wenn ſie in eine Stellung geführt werden, zu der es ihnen an Kraft gebricht oder

[1]) JCB Stüve II, 438. Die bei Oppermann II, 302 ausgeſprochene Vermutung, Detmold habe einem Befehl des Königs Folge geleiſtet, iſt nicht zu erweiſen und ganz unwahrſcheinlich. Das würde ſicher nicht verborgen geblieben ſein. Ebenſo urteilt der Biograph Stüves in einem Briefe an mich. Das ganze Urteil über den Menſchen Detmold und über ſein Verhältnis zu Stüve müßte verkehrt werden, wollte man dieſer Annahme Raum geben.

[2]) Die Zahl dieſer Widerſprüche iſt kürzlich noch vermehrt worden durch den vom Generalkommando des Garde-Korps in den Preuß. Jahrbüchern, Jahrg. 1903 Band 112 Seite 327 ff. veröffentlichten Aufſatz.

in der ſie aus Mangel an genügender Unterſtützung wenig durchſetzen können, leicht dahin kommen, ihre Schwäche mit halbwahren oder ganz unwahren Ausreden zu verhüllen. „Man lügt ſich ſo redlich durch!“ ſagte einſt in ſolcher Lage ein hoher preußiſcher Beamter von ſonſt anerkanntem Ruf.[1]) Welche Erklärung nun aber auch hier für jene Unklarheit zu wählen ſein mag: ſicher zeigt Detmolds Verhalten, daß er der Stellung in Frankfurt nicht gewachſen war. Zwar zunächſt ging er aus dieſen Kämpfen äußerlich faſt wie ein Sieger hervor. Der König, der mit dem Ausdruck der Schadenfreude über ihren Ärger und Kummer den Miniſtern gegenüber nicht zurückhielt, zeichnete Detmold aus ſtatt ihn zu rügen und hinderte auch die Ausführung des von dem Miniſterium (6. October) gefaßten Beſchluſſes, durch Detmold in Frankfurt erklären zu laſſen, daß Hannover den Beſchluß vom 21. September 1850 nicht anerkenne, weil er „auf der irrigen Vorausſetzung der fortdauernden Gültigkeit der Beſchlüſſe von 1832“ beruhe. Auch glaubte Detmold bald darauf in dem Nachdruck, mit dem Öſterreich die heſſiſche Frage benutze: „um in ihr die ganze Deutſche auszutragen“, einen Beweis dafür zu finden, daß er die Sachlage richtig erkannt und am 21. September den richtigen Entſchluß gefaßt habe; aber er fühlte doch ſelbſt, daß Stüves harte Auffaſſung der Dinge begründet ſei. „Ich glaube“, ſchrieb er am 23. September, „man muß die Hoffnung zu einem auch nur einigermaßen geregelten Zuſtande zu gelangen, durchaus aufgeben“, „die Heſſiſche Sache zerſtört die Keime zu einer Criſtalliſation auf dem Boden des Rechts, die in der Bundesverſammlung lagen, vollſtändig und ſo fällt denn alles auseinander; — giebts irgend einen Anſtoß, wird Preußen via facti weiter vorſchreiten und Öſterreich das ruhig geſchehen laſſen.“ Er fühlte ähnlich wie Stüve, daß jener Beſchluß ein Mißbrauch der Bundesgewalt zu reactionärer Gewaltthat ſei, und Stüves Worte werden ihn im Innerſten getroffen haben, zumal an ihnen der Schmerz um die Kränkung des Rechts durch den alten Kampfgenoſſen noch größeren Anteil hat als die Entrüſtung über die Sache ſelbſt. Der reizbare, phantaſiebegabte Mann mußte ſicher ſchwer leiden unter der Vorſtellung, daß er ſich damit in die Hände der Reaction gegeben und ſich ſelbſt verdammt habe, ihr auch noch bei mancher anderen Sache als Werkzeug zu dienen. In Hannover ſah er ja unmittelbar ihre Kräfte wachſen und das Miniſterium Stüve ſtürzen. Er kannte die Perſonen und die Verhältniſſe genug, um ſich nicht darüber zu täuſchen, daß das nur der Anfang eines allgemeinen Angriffs ſei auf alles das, was ihm und ſeinem Freunde theuer war. Freilich, bisweilen könnte es ſcheinen, als ſei er von ſeinen

[1]) Dieſe klaſſiſche Formel iſt in Münſter i. W. geprägt worden.

freiheitlichen Ideen ganz zurückgekommen. Im Sommer 1850 äußerte er einmal, Deutschland komme nicht eher zu festen Zuständen, ehe nicht „das Ständewesen, diese Nachahmung des Englischen Konstitutionalismus“ beseitigt sei, und auch für die Gesammtverfassung Deutschlands hielt er im April 1850 ein Volkshaus für ein Unheil.[1]) Doch steuerte er darum keineswegs zum alten Absolutismus zurück, sondern er war durch die traurigen und erschütternden Erfahrungen mit den Parlamenten der Jahre 1848—50 zu der Überzeugung gekommen, daß diese Form, den Volkswillen zur Geltung zu bringen, für Deutschland ungeeignet sei.[2]) Er suchte nach anderen Formen, hoffte namentlich durch vollständige Emancipation der Gemeinden und durch Ausbildung der Institute der Provinzialvertretungen und der Vertrauensmänner Ersatz zu finden. Er hat das nicht näher entwickelt, bezeichnet es als Träumereien, für die jetzt keine Zeit sei; aber seine Andeutungen genügen, zu erkennen, daß er mit jenen Worten nur einer parlamentsmüden Stimmung Ausdruck gab, für die er ja heute gerade viel Verständnis finden wird. Diese Stimmung erklärt auch, daß er geneigt war, über die hessische Opposition ungünstig zu urteilen. Und über sie äußert er sich gelegentlich allerdings nicht viel anders als ein Reactionär. Allein auch bei Stüve finden sich solche Wendungen. Der politische Kampf bringt das so mit sich. Die hessische Opposition war zwar im Grunde dem Kampfe um das hannoversche Staatsgrundgesetz ähnlich, trug aber manche Züge, die bei Stüve und Detmold Anstoß erregten und bei Detmold auch jene anti-parlamentarische Stimmung auslösten, die Stüve selbst immer bekämpfte.[3]) Bei Detmold kam weiter noch hinzu, daß er in Frankfurt auch mit Elementen zu kämpfen hatte, die politisch der hessischen Opposition nahe standen und daß diese Opposition endlich mehr zu Preußen neigte, während Hassenpflug den Anschluß an Österreich suchte. Diese Beziehungen hatten aber für Detmold damals die größte Bedeutung, und diese kleinstaatlichen Politiker waren gewöhnt, die Schicksale der Nachbarstaaten nach den Interessen ihres „Staats“ bezw. ihrer Parteikämpfe zu beurteilen. Dieser Zug der „Realpolitik“ war bei ihnen um so stärker ausgebildet, je mehr die kleinen Verhältnisse die privatrechtliche Auffassung politischer Fragen statt wirklicher Staatsgesinnung förderten. Wie sie denn auch sehr geneigt waren, die kleineren Nachbarn unter ihre Autorität zu

---

[1]) Briefe vom 30. April und vom 12. Juni, 1850 Nr. 197 u. 215 S. 397 u. 439.

[2]) Freilich spielte dabei auch die Idee mit, daß ein Volkshaus den unitarischen Gedanken verstärken, in die Bahnen der Verfassung vom 28. März 1849 zurücklenken werde.

[3]) So in Nr. 216 S. 441 und Nr. 226 S. 464.

bringen, während ſie leidenſchaftlich klagten, ſo bald Preußen ſein Übergewicht geltend machte. Mit alle dem ſoll natürlich nicht geleugnet werden, daß Detmold im Lauf der Jahre 1848—50 durch manche Anſchauungen der Konſervativen beeinflußt wurde, an deren Seite er in Frankfurt ein Jahr hindurch die in der Erbkaiſerpartei den Kern bildenden Liberalen bekämpfte, und dadurch, daß er in der deutſchen Frage zu Öſterreich hielt, deſſen politiſcher Leiter Fürſt Schwarzenberg ein Gegner aller wirklichen Reform im Bunde wie in den Einzelſtaaten war. Dieſe Einflüſſe mußten um ſo unmittelbarer und ſtärker auf ihn wirken, weil er im Parlament und nachher eine in gewiſſer Weiſe hervorragende Stellung einnahm. Zwar hinderte ihn ſeine ſchwache Stimme und ſeine körperliche Beſchaffenheit — Detmold war verwachſen — auf der Tribüne als Redner zu glänzen; aber ſeine Schilderungen der Perſonen und Verhandlungen, ſowie die ſonſtige Form und der reiche Inhalt ſeiner Berichte, ſeine Thätigkeit in der Verfaſſungskommiſſion, die Art, wie er mit Dahlmann, Gagern und andern der einflußreichſten Mitglieder in vertrauten Verhandlungen ſtand, daß er z. B. zu den Wenigen gehörte, die in Gagerns Pläne eingeweiht waren, durch einen „kühnen Griff“ die Wahl des Reichsverweſers zu entſcheiden, endlich die Vorgänge, die zu ſeiner Berufung in das Reichsminiſterium führten: dieſe Thatſachen laſſen keinen Zweifel, daß er ſich in Frankfurt einen erheblichen Einfluß verſchafft hatte. Mochte man ſich entrüſten, wenn Detmold über gewichtige Perſonen und über ernſthafte Dinge, oder, was mehrfach begegnete, nicht zur rechten Stunde eine boshafte Bemerkung gemacht hatte, mochte man ihn dann wie eine Art Clown oder Satyr anſehen: man wußte, daß dieſer Witzbold auch ſcharf denken und klar formuliren konnte.

Man fürchtete ihn nicht blos als Spötter, ſondern man hatte ihn aus ſachlichen Gründen ungern zum Gegner, weil er die Phraſen der Rhetorik zu zerreißen, den Fehlſchluß, die innere Unwahrhaftigkeit, kurz alle die Wunden der Reden bloßzulegen verſtand. Und er ſuchte nichts für ſich, er war ein ehrlicher Mann. „Ich habe mich unter tauſend Ängſten in die verlorene Sache embarquirt, ſchreibt er (S. 217) über die Annahme des Miniſteriums, aber es ging dem Erzherzog und der ganzen Situation gegenüber durchaus nicht anders.“ Er iſt entſchloſſen, da er A geſagt, „das ganze Alphabet nöthigenfalls durchzumachen“. So kannten ihn ſeine Freunde, ſo kannte ihn namentlich Stüve; darum vertraute er ihm auch ſelbſt nach jener Abſtimmung vom 21. September 1850. Er wußte, daß es nicht angeht, die Menſchen fallen zu laſſen, weil ſie einmal ſchwach oder unzuverläſſig oder kleinen Eitelkeiten zugänglich geweſen ſind. Wer fühlt ſich ſo frei von Fehle, daß er es wagen möchte, den erſten Stein auf-

zuheben — es sei denn während der Kampf es fordert, daß man den Gegner angreife.

Detmold genoß nur kurze Zeit die Freude Träger der zunächst siegreichen Gedanken zu sein und mit dem Strome zu schwimmen. Bald mußte er sich ihm entgegenwerfen, allerlei Wertvolles zu retten suchen, was fortgerissen zu werden drohte, und dabei gerieth er nun weiter in die Gegenströmung als er wollte und wurde Mächten dienstbar, die er eigentlich bekämpfen wollte. Überdies ruhte seine Bedeutung nicht in der Kraft und imponirenden Größe seines Auftretens, sondern in der Schärfe und Feinheit im Kleinen, in der Gewandtheit, der unermüdlichen und, wo er nicht durch die Sorge um Österreich gelähmt war, alle Zeit tapferen Rührigkeit seines Wesens. In den Kommissionssitzungen und in jener privaten Geschäftigkeit, die die Beschlüsse und Verhandlungen vorbereitet und nicht selten entscheidet, hat Detmold einen Einfluß ausgeübt, der von Freund und Feind anerkannt wurde, wenn auch die Außenstehenden nichts davon wußten.

Über den Werth seiner Anträge und Einwendungen ist heute schwer zu urteilen, aber es ist doch bemerkenswerth, daß er bald nach dem Siege der Gegner durch die Kaiserwahl am 28. März 1849, sich wieder aufraffte und, die Zeichen der Schwäche in der Majorität erspähend, mit einem Plane hervortrat den verlorenen Faden wiederzugewinnen. Er schlug vor: „Das Kapitel vom Reichsoberhaupte wird neu berathen, ein Direktorium beschlossen mit Preußen (mit ausgedehnten Befugnissen) an der Spitze, bis Österreich erklärt, beitreten zu wollen, dann jährlich alternirendes Präsidium; die Verfassung wird revidirt von einem dazu einzuberufenden Reichstage (Volks- und Staatenhaus), erst bei Vollendung der Revision tritt die Frage über Eintritt in den Bundesstaat ein, die Wahlen zu dem Reichstage präjudiciren also in keiner Weise." (Nr. 105, S. 202.)

Die letzte Bestimmung sollte bewirken, daß Österreich in den Revisions-Reichstag seine Vertreter senden und über die Verfassung mit entscheiden könne, ohne verpflichtet zu sein in den Bundesstaat einzutreten. Das war eine Pfiffigkeit, die doch dem Ernst der Aufgabe kaum angemessen war und jedenfalls den Spott der Gegner herausfordern mußte. Ähnlich war es bei dem Vorschlage, den er im Mai 1850 für die Organisation der Bundesbehörde machte, die an Stelle der auf Grund des Interims vom September 1849 eingesetzten Bundes-Kommission treten sollte. Scheinbar sollte in den Kurien der stimmführende Staat gewählt werden, aber durch die Bestimmung, daß die Wahl im Plenum vorzunehmen sei, wollte Detmold verhindern, daß nicht etwa die norddeutsche Gruppe den Großherzog von Oldenburg, die sächsische Gruppe den Herzog von Coburg ernenne

(Nr. 203, S. 416). Solches Finaſſiren pflegte Detmold als Hinterliſt und Intrigue zu ſchelten, ſobald er es der preußiſchen Politik nachweiſen zu können glaubte, ohne ſich deſſen bewußt zu werden, daß er damit einem großen Teil der eigenen Politik das Urteil ſprach. Denn das Klügeln und Erliſtenwollen iſt für ihn charakteriſtiſch, wie es denn ja nun einmal das Erbe des Schwachen iſt, und dazu gehörten auch die deutſchen Mittelſtaaten, die doch nur im Vergleich mit den ganz winzigen Territorien nicht als Kleinſtaaten bezeichnet werden. Es fehlte ihnen allen, auch Bayern nicht ausgenommen, die nötige Macht, ſich ſelbſtändig zu behaupten, und Detmold ſowohl wie Stüve, mehr aber noch Detmold zeigen ſich belaſtet durch die Traditionen und Bedürfniſſe der kleinſtaatlichen Politik. Sie gingen keineswegs darin unter, ſie hatten lange ſchon vor 1848 ihre Blicke auf das große Vaterland Deutſchland gerichtet, und an der Bewegung der Märztage, an ihrer gewaltigen, die Gedanken und Entſchlüſſe über die Grenzen der Territorien im Sturme hinwegführenden Bewegung nahmen ſie beide lebhaft teil. Auch Detmold war ſtark von ihr ergriffen. „Was man geſtern noch für einen Traum, für einen albernen Scherz gehalten hätte, iſt heut die offiziellſte Wirklichkeit. Ja, die Morgenröthe, die da angebrochen, muß wohl kräftig ſein, denn ſelbſt die Memnonsſäule in Frankfurt ertönt in noch unerhörten Weiſen.“ Und die ſchärfſten Worte hat er für die politiſche Feigheit, die auch in dieſen Tagen der Freiheitsſchwärmerei in weitern Kreiſen der Bürgerſchaft offenbar wurde. Ausdrücke wie „miſerabelſte Hundedemuth“ (S. 6) und „heilloſe Lumpen“ (S. 2) waren ihm für die Mitglieder des Magiſtrats, und „unſäglich verächtliches Geſindel“ für die Herren der beſten Geſellſchaft der Stadt nicht zu hart, die ſich auf einmal um ihn bemühten, während ſie ihn bisher als mißliebigen Oppoſitionsmann gemieden hatten. Bei Gelegenheit der Zuſammenſetzung des liberalen Miniſteriums entfährt ihm ſogar die geradezu radical klingende Wendung[1]): Die beiden Junker (v. Düring und Graf Bennigſen), „wenngleich ehrliche Männer“ ſeien ihm nicht recht (S. 21). Gewiß zählte Detmold wie ſein Freund Stüve in den Märztagen zu den Maßvollen, aber er wollte eine tiefgreifende Umgeſtaltung der deutſchen, wie der hannoverſchen Verhältniſſe.

---

[1]) Radical klingt auch noch eine Äußerung aus dem April 1849 S. 202, 10./4. 1849: „Es iſt eine Schmach, daß die Nation ſich ſo unfähig erweiſt, durch die Vertreter ihrer Wahl ihre Angelegenheiten zu ordnen, daß nun doch die Regierungen die Angelegenheit in die Hand nehmen müſſen.“ Hier liegt doch der Gedanke vor, daß die Reichsverfaſſung nur durch die Volksvertreter zu ſchaffen ſei, alſo die Idee der Volksſouverainetät. Freilich ſchreibt D. hier im Zorn und geht vielleicht weiter als er eigentlich will.

Es gehört zu den wichtigſten, heute oftmals verdunkelten Thatſachen, daß die Bewegung der Märztage von Männern wie Detmold und Stüve getragen war, daß auch dieſe Männer mit dem alten Schutt gründlich aufräumen wollten. Sie richteten ihre Blicke auf erreichbare Ziele und kämpften deshalb von Anfang an gegen die Phantaſten und Radicalen, wie gegen die durch keine Kenntnis der Sachen und des in ihnen liegenden Zwanges geſtörten Schwätzer; aber ihre Forderungen und Hoffnungen griffen darum doch hoch und weit. Detmold wurde allerdings durch den erſten Eindruck der wirr durch einander tobenden Schreier im frankfurter Parlament ſo angeekelt und ſo hoffnungslos betrübt, daß er einen Augenblick daran dachte, gleich wieder nach Hauſe zu eilen; aber bald überwand er dieſe Schwäche und nahm vollen Anteil an der großartigen Erſcheinung dieſer deutſchen Volksvertretung und an ihrer Arbeit. Noch Ende Juni 1848, — als doch ſchon viele Blüthen des Völkerfrühlings ohne Frucht gewelkt waren, — ſchrieb Detmold voll ſtolzer Hoffnung (S. 53): „Es wäre ſchon eine Luſt, in dieſem Menſchenmeer umherzuſchwimmen, wenn man nicht ſo oft vor Zorn, ja vor Ekel ſich abkehren müßte. Nach alle dem dürfen Sie mir denn auch wohl einmal erlauben, daß ich die Verſammlung lobe. Sie hat den ſchwerſten (auch ſchon um deswillen der ſchwerſte, weil er der erſte war) Theil ihrer Aufgabe gelöſt, und ich denke, man darf trotz des Ärgers und Verdruſſes über manches Detail im Ganzen und Großen wohl zufrieden ſein. Schon der einzelne Menſch geht leicht ins Schrankenloſe, wenn ihm die Schranken fehlen, wie vielmehr eine Verſammlung von 600 Menſchen. Und in der ganzen Weltgeſchichte hat es keine Verſammlung gegeben, die weniger beſchränkt geweſen als dieſe ... Und all dieſen Gefahren gegenüber muß anerkannt werden, daß die Verſammlung ſich mit Mäßigung benommen hat, in einigen Fällen mit wahrhafter Weisheit.“ Den Höhepunkt ſeines Einfluſſes erreicht Detmold nach den Wochen des verzweifelten Kampfes gegen das Erbkaiſertum, die Wahl des Königs von Preußen zum Kaiſer und die mit beiden Beſchlüſſen gegebene Ausſcheidung Öſterreichs.

Seine Ernennung zum Reichsminiſter wurde allerdings — wenn auch nicht ganz ſo wie die ſeines Kollegen Grävell — von der überwiegenden Majorität des Parlaments als ein Unſinn oder als ein Hohn behandelt; aber das war Parteiurteil, nicht weniger ungerecht als das bitterböſe Urteil, das Detmold einige Wochen ſpäter über die Gothaer Verſammlung fällte. Detmold war doch der Mann der Situation. Gerade er hat entſcheidend mitgewirkt [1]) bei dem Zuſtandebringen des Miniſteriums und er hat das

[1]) Darüber giebt Jürgens, Zur Geſchichte des deutſchen Verfaſſungswerks 1848—49, Auskunft aus genaueſter Kenntnis. Die Briefe Detmolds bieten dazu intereſſante Ergänzungen. Vgl. Nr. 111. 115 u. 117. Grävell erſchien auch nach Detmolds wohl-

kurze, aber den Verhältniſſen angemeſſene Programm des Miniſteriums geſchrieben. Freilich, politiſche Thaten waren von dem Miniſterium nicht zu vollbringen, nur in dem Kleinkrieg mit den Parteien waren ihm einzelne Erfolge möglich. Aber politiſche Thaten hat die proviſoriſche Centralgewalt auch unter dem vorigen Miniſterium nicht aufzuweiſen. Die Kämpfe um den Malmöer Waffenſtillſtand und die ſchwache Stellung der Reichsvertreter bei den auswärtigen Regierungen zeigen das zur Genüge. Detmold war ſich darüber von vornherein klar. Er übernahm den Poſten nur, um den Reichsverweſer in ſeiner Stellung und dadurch dieſe ſelbſt zu halten (S. 222). Und das iſt ihm geglückt. Die Thatſache, daß er ſich bereit erklärte, in der Kriſis jener Tage das Amt eines Miniſters zu übernehmen und daß er das Miniſterium zuſammenbringen half, hatte wichtige politiſche Folgen. Der Reichsverweſer behielt ſein Amt und erſchwerte dadurch die preußiſche Unionspolitik und die Anſtrengungen der Kleindeutſchen. Mag man das loben oder tadeln: man wird doch immer zweierlei feſtſtellen müſſen. Einmal daß die Unionspolitik Preußens auch ohne dieſe Hemmungen kein Ergebnis gehabt haben würde. Der König ſelbſt hatte nicht den Willen dazu. Sodann, daß die Fortdauer der Reichsgewalt vielen ehrlichen Herzen unter den Gegnern der Kaiſerpartei die Hoffnung erhielt, es werde Deutſchland doch noch zu einer beſſeren Verfaſſung gelangen. Der Sieg der Erbkaiſerpartei war unter Umſtänden erfolgt, die den Gegnern zu den heftigſten Anklagen Anlaß gaben. Detmold nennt es eine „beutelſchneideriſche Art

---

wollendem Urteil als „eine komiſche Perſon“, aber er wurde dazu vorzugsweiſe durch ſeine Rückſichtsloſigkeit. Er hatte den Muth der Meinung, aber er wußte nicht, daß man das nicht bei jeder Gelegenheit geltend machen muß. Man ſoll ertragen können, daß die Dinge anders gehen und anders angeſehen werden, als man ſelbſt glaubt für richtig halten zu müſſen. Er hat dem Miniſterium nur ganz kurze Zeit angehört, aber in der Kriſis des 15.—17. Mai war ſein harter Kopf dem Reichsverweſer viel werth. Von ihm rührt offenbar auch die vom 24. Mai datirte Antwort auf die preußiſche Depeſche vom 18. Mai 1849, welche den Reichsverweſer zum Rücktritt zu drängen ſuchte. Die Schroffheit der Antwort läßt Grävell als Urheber vermuthen, auch hatte er den Vorſitz des Miniſteriums. Wie ſehr ſich aber Preußen geſchlagen fühlte, zeigt die wortreiche Erwiderung vom 28. Mai. Dieſer Depeſchenwechſel ſtellte einen zweiten Sieg des Reichsminiſteriums über die kleindeutſche Partei dar, wenige Tage nachdem es durch ſein Zuſammentreten den erſten erfochten hatte.

Die angezogenen Acten ſind bei Jürgens a. a. O. 576 ff., bei Roth und Merck, Quellenſammlung zum deutſchen öffentlichen Recht, 2 Bde., 1850/52, G. v. Meyer, Corpus juris confoederationis germanicae 1858 f., teilweiſe auch in der Deutſchen Chronik 1849 zu finden. Freilich ſteht dort auch die Antwort, welche Grävell im Namen des Miniſteriums am 20. Mai auf die Adreſſe der Stadt Leipzig vom 6. Mai gegeben hat, und welche den Miniſter Grävell allerdings dem Spotte preiszugeben geeignet iſt. Deutſche Chronik 1849, I, S. 219.

und Weise“ (S. 195); Stüve spricht von der „Unzucht der Kaiserpartei mit der Linken“ (S. 192) und am 25. März 1849 schreibt Detmold über die Kämpfe bei der zweiten Lesung der ersten Paragraphen der Reichsverfassung: „Die Zustände sind hier wahrhaft entsetzlich, grauenvoll und unerträglich, es ist eine Leidenschaft und Erbitterung, die sich in tausend rohen Wuthausbrüchen Luft macht.“ Wer die Protokolle liest, wird sich leicht überzeugen, daß diese Schilderung übertrieben und einseitig ist, und die Rede, mit der der Präsident Simson (am 28. März 1849) die Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser der Deutschen verkündete, ist ein Dokument, das allein schon genügt, die feierliche und würdige Haltung und Stimmung der Versammlung bei diesem Act zu verbürgen: aber um so schroffer nur erscheint die Erbitterung der Gegner, welche einen loseren Bund schließen wollten, um Österreich nicht fahren zu lassen und den Kleinstaaten eine größere Selbständigkeit zu wahren. Daß der Reichsverweser im Mai 1849 sein Amt nicht niederlegte, daß er es bewahrte, bis durch das Interim eine neue Centralgewalt, die Bundes-Kommission, geschaffen war: das hat doch den Raum gewährt für eine weitere Auseinandersetzung der Parteien. Detmold selbst ist freilich durch dieses Amt und die sich daran schließende ähnliche Stellung als Bevollmächtigter Hannovers bei der Bundes-Kommission — 20. December 1849 bis Ende April 1850 — und von da ab bei der Versammlung, die sich für den Bundestag ausgab, völlig in den unfruchtbaren, meist kleinlichen und auch mit kleinlichen Gehässigkeiten geführten Verhandlungen aufgegangen, aus denen kein Heil kommen konnte, weder für das Land noch für die beteiligten Personen.[1]) Schon deshalb nicht, weil die Rechtsverhältnisse unklar waren, oder genauer, weil seit Auflösung des Parlaments im Mai 1849 keine allseitig und dauernd anerkannten Rechtsordnungen vorhanden waren. Die einen sahen in dem Reichsverweser, andere in dem Rumpfparlament und der von ihr eingesetzten Reichsregentschaft die legitime Reichsregierung, aber diese Regentschaft hatte gar keine Bedeutung und die, welche den Reichsverweser anerkannten, hielten doch durchaus nicht für geboten, den Anordnungen seiner Minister Folge zu leisten. Von Preußen namentlich wußte man oft nicht recht zu sagen, ob es den Reichsverweser anerkenne oder nicht. Die Verhandlungen über das Bündnis vom 26. Mai 1849 nahmen auf den Reichsverweser keine Rücksicht. Nicht viel anders verhielt es sich mit

---

[1]) Detmold schreibt am 17. Juni 1849 über sein Treiben: „Ich bedarf der Thätigkeit, zumal ich mich in den letzten Wochen einer fast aufreibenden Vielthuerei (Arbeit ist es nicht, nur ein ungeheuer geschäftiges Müßiggehen) habe hingeben müssen, die eine stille Muße hinterher nicht ertrüge.“

Österreich. Am meisten geregelt erscheinen die Reichsverhältnisse in der Zeit des Interim, der am 30. September 1849 zwischen Preußen und Österreich abgeschlossenen Übereinkunft zur Bildung einer provisorischen Bundes-Centralgewalt. Diese Übereinkunft wurde von dem Reichsverweser bestätigt, die Einzelregierungen traten nach und nach bei und am 20. Dezember 1849 legte der Erzherzog Johann die ihm am 12. Juli 1848 übertragenen Befugnisse des Bundestags in die Hände der Kommissarien der beiden Staaten Preußen und Österreich und der von ihnen unter Zutritt anderer Staaten gebildeten Bundeskommission nieder.[1]) Ihre Befugnis war bis zum 1. Mai 1850 bemessen. Bis dahin hatte man also wieder eine von allen Regierungen anerkannte, den Bund vertretende Centralgewalt, allein einige Regierungen hatten die Anerkennung nur unter Vorbehalt ausgesprochen und Preußen namentlich behielt den „engeren Bund" bei, den es auf das Bündnis vom 26. Mai 1849 begründet hatte, und gab ihm gerade während der Dauer dieser legitimen Vertretung auf dem Reichstage in Erfurt eine Verfassung. Im Gegensatz dazu schlossen aber Bayern, Württemberg und Sachsen einen Bund zu München 27. Februar 1850, und so wurde denn gerade damals die Gegnerschaft unter den Bundesstaaten organisirt. Es war die Zeit der Zusagen, die zugleich Absagen sein sollten. Alle Ordnungen waren aufgelöst oder in Zweifel gezogen. Einer beschuldigte den andern der Unaufrichtigkeit und der Intrigue. Die Verhältnisse in der Frankfurter Kommission selbst waren über die Maßen kläglich. Detmolds Berichte vom 12. und 14. Januar 1850, die mir das Königl. Staatsarchiv zu Hannover an das hiesige sandte, geben drastische Bilder von der vollendeten Hilflosigkeit der Kommission und ihrer Mitglieder. Die Beamtenstellen waren mit ängstlicher Sorge für die Parität unter Preußen und Österreicher verteilt, und nun stockten die Geschäfte, weil kein Preuße dem Österreicher und kein Österreicher dem Preußen den ersten Besuch und das erste Wort gönnen wollte. Von den Mittelstaaten waren nur Bayern und Hannover vertreten und ihre Kommissare fühlten sich verrathen und verkauft. Detmold hatte überdies nicht einmal einen Schreiber zur Verfügung und mußte fast alles selbst schreiben und spediren. (Vergl. auch S. 336.)

---

[1]) Der Ausdruck ist: Ich „lege die mir übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände Ihrer Majestäten des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen nieder." Die ihm durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 übertragenen Rechte, namentlich „die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht, und das Recht, die Oberbefehlshaber zu ernennen" — erwähnt der Reichsverweser nicht. Es stand ihm auch offenbar nicht zu, diese ihm von der Nationalversammlung übertragene Gewalt nach seinem Gutdünken weiter zu geben.

Da Preußen das Interim über den 1. Mai hinaus nicht erneuerte, so fehlte von da ab jede legitimirte Bundesgewalt. Österreich wollte die Vertreter einiger Regierungen, welche sich um seinen Vertreter in Frankfurt sammelten, als Erneuerung des Bundestags ansehen, aber Preußen bestritt dieser Versammlung das Recht dazu. In diesen Konflicten ist vom Mai 1849 bis Herbst 1850 Detmold zu immer schrofferem Gegensatze gegen Preußen und die die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung vertretenden Politiker gelangt. Simson, Dahlmann und die anderen Führer der Erbkaiserpartei, mit denen sich Detmold doch wahrlich nicht vergleichen konnte, waren ihm nur noch Piepmeyer und Intriguanten.[1])

Welch ein Gegensatz ist das gegen die Urteile aus dem Frühlinge und Sommer 1848! Von Männern wie Beseler, Dahlmann, Wippermann und anderen Koryphäen spricht er damals mit Achtung und teilweise mit Bewunderung, so namentlich von Beseler, und er stand ihnen und ihren Plänen auch noch innerlich so nah, daß er über den Entwurf der Siebzehn Vertrauensmänner zur Reichsverfassung, der doch in mancher Beziehung stärker unitarisch war als die spätere Reichsverfassung, ruhig urteilen und sich mit dem Gedanken einer Annahme des Entwurfs vertraut machen konnte. (Brief Nr. 24 S. 30.) Auch an dem Gesetz vom 28. Juni 1848, welches der provisorischen Reichsgewalt Befugnisse lieh, gegen die das hannoversche Ministerium die scharfe Erklärung vom 7. Juli 1848 erließ, nahm Detmold nicht so lebhaften Anstoß wie sein Freund Stüve, und noch bei Übernahme des Reichsministeriums betonte er die Geltung dieses Gesetzes, es sollte die Basis seiner Politik sein. „Das Programm des Ministeriums ist das Gesetz vom 28. Juni (1848), auf dessen Boden es sich wie eine Festung zurückziehen wird" (S. 217). Auf Grund der ausgedehnten Befugnisse, welch dieses Gesetz der provisorischen Centralgewalt lieh, erhob Detmold gegen Preußen die heftigsten Vorwürfe, daß es seine diplomatischen und militärischen Actionen ohne Autorisation des Reichsministeriums vollziehe, der Reichsgewalt die Ehre nicht gönne. Er mußte sich von Stüve erinnern lassen, daß Preußen doch nicht ohne Grund Anstand nehme, seine militärischen Kräfte der Centralgewalt zur Verfügung zu stellen.[2]) Und dabei begegnen Detmold noch zwei andere Inconsequenzen. Er forderte von Preußen, daß es sich diplomatisch und militärisch der Centralgewalt unterordne. Von Österreich forderte er es nicht; vielmehr ertrug er, daß Österreich die Centralgewalt

[1]) Vergl. die harten Urteile über den Holsteiner Francke, über Römer, Mathy, welche sich in den Briefen finden, und die Art, wie er über das Verhalten des Prinzen von Preußen berichtet.

[2]) Es lag darin ein starker Widerspruch, daß Detmold die Reichsverfassung als zu unitarisch verwarf, und das Gesetz vom 28. Juni festhielt.

mehr wie ein dienendes Organ ansah und die deutschen Angelegenheiten als Nebensache behandelte — und zwar völlig unter dem Gesichtspunkte der habsburgischen Interessen. Detmold erhebt bei jeder Gelegenheit den Vorwurf gegen Preußen, daß es den Fortbestand der Bundesverfassung und ihrer Gesetze nicht anerkennen wolle, sich gelegentlich aber doch auf sie zurückziehe. Nun war die Politik Friedrich Wilhelms IV. ja schwankend und voll halber Entschlüsse; aber in dem Punkte blieb Preußen doch klarer und offener als Österreich und sein Anhang, daß es den Bundestag und seine Verfassung durch den Beschluß vom 12. Juli 1848 für aufgehoben erklärte. Den Reichsverweser hat Preußen freilich anerkannt und auch zu benutzen gesucht, aber meist so gehandelt, als bestehe keine Centralgewalt. Österreich betonte gern den Fortbestand der Bundesverfassung, richtete aber seine eigene Verfassung so ein, als ob es keine Bundesverfassung gäbe, und Fürst Schwarzenberg scheute sich (Anfang März 1850) nicht auszusprechen, es existire in Deutschland gar kein Rechtszustand [1]) mehr. Weder Detmold noch die Politiker der übrigen Staaten täuschten sich über die Rücksichtslosigkeit Österreichs. Allein man klagte über Österreich, aber man verzieh ihm. Man ertrug auch schroffe Behandlung von Seiten der österreichischen Staatsmänner leichter als von Preußen. Österreich hatte die Tradition der Herrschaft für sich, und dann schien es nicht in der Lage zu sein, die Obergewalt, die man ihm etwa zugestehen würde, mit gleichem Nachdruck zu gebrauchen, wie man es von Preußen fürchtete. Dazu kam noch das Schwanken der preußischen Politik und das Ungeschick und das anmaßende Wesen des preußischen Vertreters von Radowitz in den Unterhandlungen. Über ihn klagte Stüve fast noch mehr wie Detmold. Preußen ist durch und durch unfähig, schreibt er (am 10. Juni 1849) mit Berufung auf ein Urteil des russischen Gesandten, „einen milden, freundlichen Gang in irgend einer Unterhandlung zu befolgen. Die Leute sind einmal wie die Studenten, die aus jedem Blick ein Duell machen zu müssen glauben. Das steckt ihnen allen unter der Haut und damit verderben sie alles. Meister in dieser sublimen Politik ist aber Herr v. Radowitz."

Detmold wurde namentlich durch die Art, wie Preußen in der dänischen Angelegenheit die Autorität der Reichsgewalt bei Seite schob, so leidenschaftlich erregt, daß er jedes Maß verlor. Die Klage über das „brutale" Auftreten Preußens beginnt schon im Mai gleich mit der Übernahme des Ministeriums, aber er erkannte doch an, dem Reichsverweser (und der Sinn ist: auch seinem Ministerium) sei wohl bewußt, „daß die Centralgewalt nur durch die Gnade Preußens existirt" (Nr. 113 S. 222).

[1]) Nr. 181 S. 363.

Das scheint er später ganz zu vergessen, und wurde mehr und mehr abhängig von Österreich. An den anderen Kleinstaaten wußte er das zu rügen: „Das Unglück ist, daß man in Bayern und in Würtemberg glaubte, Österreich gefällig sein zu müssen, die allerschlechteste Politik“ (S. 513). Aber die „allerschlechteste Politik“ trieb er auch, sobald die Hoffnungen und großen nationalen Ziele des Jahres 1848 verflogen waren.

Und Detmold vertrat einen Staat, der in der Machtsphäre Preußens lag, über dessen Finanzlage nach Beseitigung der von 1840 bis 1848 währenden Kassentrennung noch keine Klarheit bestand, dessen Armeeverwaltung durch budgetwidrige Dispositionen während jener Zeit in Schwierigkeiten gerathen war [1]), und der sich daher noch nicht in der Lage befand, seine volle Kraft einzusetzen. Alle diese Mittelstaaten waren sich ihrer Schwäche wohl bewußt. Sie zitterten vor dem Gedanken, daß Österreich und Preußen sich zur Teilung der kleineren Staaten einigen möchten, und überdies vermuthete einer bei dem anderen die Absicht, sich durch fremde Gebiete zu vergrößern. „So wie Würtemberg“, schrieb Stüve im Juli 1848 (S. 68), „Baden schlucken möchte, Baiern die Pfalz, vielleicht auch etwas Östliches, so scheint auch in Sachsen eine ganze Fluth von Gelüsten nach Wiedererlangung alter Größe zu brausen.“

Ganz besonders erregte das Verhalten Bayerns und seines Ministers v. d. Pfordten den Unwillen von Stüve und Detmold. v. d. Pfordten wird kaum besser beurteilt als die preußischen Staatsmänner. Hannover erstrebte zwar nicht fremde Gebiete, aber einen führenden Einfluß unter den Nordseestaaten und sah sich darin zunächst durch Preußen gehemmt. Alles das mag es erklären, daß Detmold so stark unter den Einfluß Österreichs gerieth und in so schroffen Gegensatz gegen Preußen. Stüve hat ihn wiederholt gewarnt, sich Österreich nicht zu sehr hinzugeben; Stüve sah wie Detmold in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 eine Verirrung, aber er bewahrte sich doch eine ruhigere Auffassung der preußischen Politik. Ebenso ließ er sich auch nicht auf den Detmoldschen Gedanken ein, Baden zu mediatisiren. Gerade dieser Punkt ist recht charakteristisch, wie viel mehr Detmold geneigt war, Stimmungen Raum zu geben, und wie zersetzend die Frankfurter Erlebnisse wirkten. Stüve hat die Kleinstaaten ebenfalls recht abschätzig beurteilt. „Kleine Köter“ nennt er sie einmal, und an anderer Stelle entfährt ihm ein noch gröberes Wort. Aber er urteilt so, weil er eine lebendige Vorstellung davon hatte, daß ein macht-

[1]) S. Stüves Äußerung S. 514. Vergl. hiezu und zur Begründung der obigen Bemerkung die Darlegungen Lehzens, Hannovers Staatshaushalt I, S. 35 ff. und II, S. 149 ff., auf welche mich Stüves Biograph aufmerksam macht.

loſer Staat kein Staat ſei. Er war auch klar genug, für Hannover die Konſequenz zu ziehen. Ich möchte nicht behaupten, daß ſeine Gedanken über die Reform der deutſchen Verhältniſſe durchführbar geweſen wären; — aber hätte Preußen feſte Forderungen und feſte Ziele gehabt, ſo würde er ſich auch 1850 damit noch zurecht gefunden haben, während man das von Detmold kaum hoffen kann. „Möchte nur Preußen den Muth haben, von deutlichen und feſten Prinzipien ausgehend, eine beſtimmte ſcharfgezeichnete Form der neuen Verfaſſung hinzuſtellen. Welche Form das ſei, iſt viel weniger bedeutend, als daß ſie feſt und beſtimmt ſei", ſchrieb er am Ende Januar 1849 in der Hannoverſchen Zeitung, und am 11. Dezember 1848 pries er hier die Kraft, mit der in Preußen das Volk aus der Verwirrung der Revolution den Weg zur Ordnung gefunden habe. „Es iſt etwas Grunddeutſches in dieſer preußiſchen Bewegung." Stüve hielt an der mit ſeiner ganzen politiſchen Denkweiſe verwachſenen Überzeugung, daß Preußen der geborene Führer der deutſchen Reform ſei, ſelbſt noch unter den Schwankungen der preußiſchen Politik des folgenden Jahres feſt. „Man meint, wie es ſcheint, in Wien, wir ſeien in ſolcher Angſt preußiſch zu werden, daß wir zu allem bereit ſeien", ſchrieb er am 29. Januar 1850 in Anlaß der münchener Propoſitionen. „Ich für meine Perſon aber bin ganz entſchieden darin, viel lieber einer wenn auch nachtheiligen Verbindung mit Preußen (das weiß Gott keine Freude bietet) zu folgen, — weil dann doch dabei eine vernünftige Verfolgung gemeinſamer Landesintereſſen möglich iſt, — als eine fratzenhafte Verbindung mit ganz Öſtreich zu genehmigen, bei welcher man eine Halbheit von repräſentativen Formen heranzieht, um damit eine gänzliche Nullität des materiellen Inhalts zu bemänteln." Und am 31. Januar fügt er nach Eingang der beſtimmten Erklärungen Öſterreichs hinzu: „einen ſtringenteren Beweis für die Richtigkeit des Gagern-Berliner Satzes, daß mit Öſtreich eine deutſche Verfaſſung unmöglich ſei, habe ich noch nicht geſehen. Ich bin ſelbſt davon überwunden."

Aber daneben hatten doch auch jene Empfindungen und Wünſche Einfluß auf Stüve, die Detmold zuletzt faſt haltlos zu Öſterreich zogen. Stüve mißt wie Detmold Öſterreich regelmäßig mit milderem Maßſtabe als Preußen, und zwar aus dem dringenden Wunſche, Öſterreich bei Deutſchland feſtzuhalten und vor allem eine Trennung Deutſchlands nach der Mainlinie zu verhindern. Er verkennt nicht, daß einer Reform des deutſchen Bundes mit Öſterreich große Hinderniſſe im Wege ſtehen, daß namentlich die Form, die ſich Öſterreich durch die Verfaſſung von Kremſier (4. März 1849) gegeben hatte, die Einfügung in einen deutſchen Bundesſtaat unmöglich machte; aber er ſuchte ſich zu überreden, daß dieſe Verfaſſung nur ein Product momentaner Erbitterung ſei, daß ſie keine Dauer

haben könne. Daneben zeigt er oft genug, daß Österreich von einer deutschen Reform nichts wissen wollte, und in den Montagsartikeln, die Stüve in jener Zeit für die Hannoversche Zeitung schrieb und die, wie oben erwähnt, eine unentbehrliche Ergänzung des Briefwechsels bilden, kam das gelegentlich zu scharfem Ausdruck. So in dem Artikel vom 18. März 1849. Und in dem Brief vom 24. März (S. 192) heißt es ähnlich: „So lange diese Östreichische Verfassung besteht, ist keine deutsche Verfassung möglich. Sie wird aber zerfallen, und für diesen Fall müssen wir im Stande sein, Östreich aufzunehmen, dürfen also nur ein provisorium machen." In dieser Hoffnung legte er auf die Erwägung Gewicht, daß Österreich eben erfahren habe, daß das deutsche Element das Bindemittel des Staates sei und daß Österreichs Regierung deshalb das deutsche Element im Staate nicht schwächen lassen könne. Er tröstete sich dieser Hoffnung, obschon er doch wissen mußte, daß Schwarzenberg derartige Erwägungen schwerlich anstellte, daß er nicht wie Stüve das Volk als den lebendigen Träger des Staates betrachtete, sondern in dem Staate Österreich nur die Summe der Besitzungen des Hauses Habsburg sah. Stüve hat das wohl auch selbst einmal mit aller Härte ausgesprochen (er nennt Österreich sogar „eine afterpolitische Misgeburt"); aber die Kraft der Tradition und die große Bedeutung der Interessen, welche in dem Zusammenhang Deutschlands mit Österreich gegeben waren, ließen jene Wünsche und Hoffnungen immer neue Kraft gewinnen, zumal die schwankende Politik Preußens die Aussicht zerstörte, unter dieser Führung zu einem befriedigenden Ziele zu gelangen. Im April 1850, also nicht lange nach der eben erwähnten Kritik Österreichs, schrieb er an Detmold (Nr. 194 S. 394): „Diese Preußischen Zustände mit all dieser Servilität auch ihrer besten Leute sind unser einem gänzlich unbegreiflich. Noch unbegreiflicher aber, wie daraus über Nacht ein constitutioneller Staat wachsen soll." Namentlich hat damals der schmähliche Prozeß gegen Waldeck Preußen geschadet. Stüve gab seiner Empörung über diesen Mißbrauch der Staatsgewalt starken Ausdruck.

Es kamen noch manche Einzelheiten hinzu, namentlich der Zorn über die nach Stüves Ansicht verkehrte Entwicklung des Zollvereins, aber im Ganzen wird man sagen, daß Stüve durch das Schwanken der äußeren Politik Preußens und durch die Reaction im Innern 1850/51 mehr und mehr zu der Abneigung gedrängt wurde, die Detmold schon im Jahre 1849 ergriffen hatte. Im September 1851 schrieb Stüve an Frommann: „ehemals hielt ich Preußen für Kern und Stütze Norddeutschlands und jetzt für den Wolf, der es verschlingen will." [1])

[1]) JCB Stüve II, 174.

2. Stüve und Detmold in den Märztagen 1848.

In Hannover trug die Bewegung der Märztage zunächst den Charakter einer allgemeinen Spannung, die eine Umwälzung erwartete und zwar als unmittelbar bevorstehend ansah. Diese Spannung war begleitet von einigen tumultuarischen Scenen, aber sie entlud sich nicht in einem Aufstande. Mit diesen Scenen waren weder Detmold noch Stüve einverstanden. Namentlich daran nahmen sie Anstoß, daß jetzt Leute nach Freiheit und Volksrechten schrieen, die in dem Kampfe um das Staatsgrundgesetz feige und stumm gewesen waren. (Detmolds Brief vom 6. März, Nr. 1, S. 2.) Unter dem Gesichtspunkt jenes Kampfes und der dort gemachten Erfahrungen beurteilten sie die Vorgänge.

Sie glaubten vor allem verhüten zu müssen, daß der alte König Ernst August, dessen Tod man in wenigen Tagen erwartete, mit Forderungen bestürmt werde. Er werde doch nur alles abschlagen, und durch dies Nein sich dann auch der Nachfolger gebunden fühlen. Auch in der Formulirung der Forderungen, in der Erwägung der Schritte waren sie beherrscht von den bisherigen Verhältnissen. Aber da erlebten sie, daß alles anders, alles neu geworden war. Eine bisher unbekannte Kraft entsprang aus der Lage der Dinge, vor allem aus der völlig veränderten Stimmung, die Menschen und Verhältnisse erfüllte. Die stürmische Jugend, die halb oder ganz gedankenlose Masse hatte das richtige Gefühl für die Zeit, das sich die klugen Politiker mit alten Erinnerungen verfälschten. Sie erlebten, daß der König, die Regierung und die herrschenden Kreise des Adels und der Beamten vor dem unbedeutenden und gerade in Hannover durch keinerlei nachhaltige Energie gestützten Lärm der Straßenpolitiker ohne Weiteres die Segel strichen und Konzessionen bewilligten, wie sie Stüve und Detmold nicht zu hoffen wagten. Sie entzogen sich denn auch ferner der Bewegung nicht und lösten sich dabei sofort von ihrem alten Wunsche, die durch den König gebrochene Verfassung wieder hergestellt zu sehen. Stüve entschloß sich ohne allen Vorbehalt die aufgezwungene Verfassung anzuerkennen und in die Kammer einzutreten, um dem Lande in dieser Unruhe den Segen einer thatsächlich anerkannten Verfassung nicht zu rauben. Und dieser Segen offenbarte sich denn auch. So kleinlich und vielfach thöricht die Verhandlungen der Landstände verliefen, sie bildeten doch den See, in dem sich die wilden Wasser der das Land durchzuckenden Forderungen und Aufregungen etwas beruhigten und klärten.

Örtliche Beſchwerden miſchten ſich mit den allgemeinen überall faſt gleichlautend erhobenen Klagen[1]) und Forderungen. Dabei brachten manche Vorkämpfer der politiſchen Freiheit unter den Handwerkern, namentlich der Stadt Hannover, auch die ganz reactionäre Forderung vor: die maßvolle Freiheit wieder einzuſchränken, welche die Gewerbeordnung vom 1. Aug. 1847 — die am 1. Juli 1848 in Kraft treten ſollte — gewährte. Allerlei Agitatoren bemächtigten ſich dieſes Gegenſtandes, und gerade dieſe häßliche Miſchung ungeordneter und einander widerſtreitender Begehren in denſelben Köpfen erzeugte jene Empfindung des Ekels, mit der ſich denkende Politiker, wie Stüve, von dem Treiben abzuwenden ſuchten. Aber das Große und Geſunde in der Bewegung überwog. Schon die unwiderſtehliche Kraft imponirte. Von allen Seiten kamen die gleichen Nachrichten, und nun gar aus Wien die Kunde von Metternichs Sturz am 13. März. „Das müſſen wir alle geſtehen," ſchrieb Stüve am 18. März, „daß mit Metternich das Schlimmſte beſiegt iſt." Die Faſſung der Worte iſt zu beachten und die Stelle, an der ſie ſtehen. Stüve ſchreibt ſie mitten unter Nachrichten von der Wandlung der bis dahin ſo ſtolzen und herriſchen Regierungskreiſe in Osnabrück. Im Jubel über Metternichs Sturz veranlaßten die Aufgeregten, daß die Stadt am Abend des 18. März illuminirte, und „Alles" war dabei. „Der Landdroſt (Lütcken[2]) hat den Schloßcaſtellan beinahe mit Gewalt, wenigſtens Drohung von arretiren, gezwungen, das Schloß auch zu erleuchten. Sie denken ſich ſo eine Wirtſchaft nicht. Schwarzroth-goldene Fahnen, Cocarden, Bänder, wie Sie es verlangen." „Die Infanterie-Caſerne wird erleuchtet; der Commandeur wills aus der Regimentscaſſe thun, allein die Unteroffiziere weigern das, ſie wollen es ſelbſt zahlen." Und über die Bauern der Nachbarſchaft kam ähnliche Kunde. Das alles geſchah am 18. März in Osnabrück, ehe in Hannover und ehe in Berlin weſentliche Veränderungen gemacht waren. Bauern und Bürger, der Adel, die hohen Beamten, die Offiziere und die Unteroffiziere, alle

[1]) Man ſtreitet jetzt viel über den Quellenwerth der Cahiers, in denen die franzöſiſchen Gemeinden den Etats généraux ihre Beſchwerden vorlegten. Die Bewegung von 1848 iſt klarer zu erkennen, ihre Analogie kann uns helfen, die Erſcheinungen jener älteren Zeit zu würdigen.

[2]) Über dieſen Junker bietet Stüve in dem folgenden Briefe vom 20. März (Nr. 8, S. 16) noch Einiges. „Er iſt jetzt ſchmeichelnd gegen die Bürger, wie ich ihn nie möglich gedacht. Man konnte ihm dabei aber etwas aufrücken. Es war luſtig, wie er ſich der Konceſſionen (des Königs an die tumultuariſchen Petenten) freute." Am Schluſſe wird berichtet, wie Herr v. Schele ſich plötzlich ſeinen Bauern in einem ſchwebenden Patronatsſtreit fügte, und wie die Jagdherrn ſich beeilten, den Bauern die Hunde zu bezahlen, die ſie ihnen rückſichtslos todtgeſchoſſen hatten. Die Bauern „können nur ſagen, was ſie haben wollen. Es wird gleich bezahlt."

waren ergriffen von der Bewegung und alle empfanden: Metternich war der Träger des alten Syſtems, mit ſeiner Flucht beginnt eine neue Zeit. Die bisher Gedrückten jubelten ihr entgegen, die bisher Privilegirten glaubten dem Strome folgen zu müſſen. Sie waren bisher über die Köpfe des Volkes hinweggeſchritten, jetzt warfen ſie ihr Gewand zu Boden und ließen die Propheten der neuen Zeit darüber hinſchreiten.

Und wie in Osnabrück, ſo in Hannover. „Sie glauben gar nicht," ſchrieb Detmold am 21. März, „mit welcher lammartigen Reſignation die Leute, haute volée und Staatsdiener, den Gedanken hinnehmen, Sie (d. i. Stüve, den bisher Verfehmten) an der Spitze des Miniſterii zu ſehen, ja wie dieſelben bereits für einen ſo tüchtigen Miniſter ſchwärmen und — wie die Ehrlichen ſagen — Gott danken, wenn es nicht ſchlimmer kommt." Detmold und Stüve bewahrten in dieſem Völkerſtrudel eine kritiſch beobachtende Ruhe und fanden auch ſpottende und harte Worte für manche Erſcheinung, aber ſie waren ebenfalls ergriffen von dem neuen Leben dieſes Frühlings. Stüve äußert ſich beſorgt „wegen Berlin", das auch in dieſen Stunden ihm als der für Norddeutſchland entſcheidende Punkt erſcheint; er warnt: „Gott tröſte, wenn nun nachher die Wette ausgetrunken iſt, ehe ſie gewonnen war." Aber er verſchließt ſich nicht: „Es ſind viele ſchöne Blüthenknospen, aber: Wieviel Früchte verlangſt Du für dieſe Blüthen? Leſen Sie es in Goethe weiter nach". Mit dieſer Wendung (S. 10) ſchloß er den Brief, und am andern Tage berichtete ihm Detmold von den Bewegungen in der Stadt Hannover am 16—18. März. Es ſind Bilder der Unruhe, der Schwäche und der heilloſeſten Verwirrung. Man hat oft den Eindruck, daß ein einziger energiſcher Mann an der Regierung alles hätte in den alten Schranken halten mögen, aber das gehört eben zur Charakteriſtik der Zeit, daß die Herrſchenden gelähmt waren in dem Gefühl, das alte Syſtem der Gewalt ſei ſchon über die Gebühr mißbraucht und verbraucht; und dies Gefühl war richtig. Wäre die Bewegung in Hannover momentan unterdrückt worden, ihre Wogen wären von außen nur um ſo ſtärker wiedergekehrt. Nun fand ſich aber kein Widerſtand, der König bewilligte den Bürgern, welche am 16. Abends mit einer Petition am Schloſſe drängten: 1) Amneſtie und Rehabilitation aller politiſch Beſtraften, 2) ſofortige Aufhebung der Cenſur, 3) Öffentlichkeit der Ständeverhandlungen. Über das Übrige ſolle mit den Ständen berathen werden. Am andern Morgen — am 17. März — brachte ein Extrablatt der Hannov. Zeitung eine andere, weniger liberale Faſſung und ähnlich lautete eine Mitteilung des Königs an den Magiſtrat. Dieſe Zweideutigkeit ſteigerte die Erregung ſo, daß ſie der König durch eine vom 18. März datirte Erklärung beſchwichtigen mußte. Er ſagte, daß er den Inhalt der erſten Faſſung als ſeine königliche Ent-

ſchließung anerkenne, „und Ich hätte geglaubt, daß dieſe Erklärung nicht nöthig ſein würde, da jeder Hannoveraner wiſſen ſollte: daß Ich das, was Ich ſage, vorher überlege, aber dann auch halte“. Detmold nennt dieſe Worte naiv, ein gröberer Ausdruck wäre noch richtiger geweſen; denn die ganze Stadt wußte ja, daß die beiden Antworten verſchieden lauteten. Die Führer der Bewegung aber konnten in dieſem Verſuche ſich zu rechtfertigen die ganze Hülfloſigkeit der Regierung erkennen. Für den Character des Königs endlich iſt es bezeichnend, daß er ſo laut auf die Zuverläſſigkeit ſeines Wortes pochte in dem Augenblicke, da er etwas ſagte, wovon die Bürger wußten, daß es mit den Thatſachen im Widerſpruch ſtand.

Am 17. März hatte Stüve ein Programm für die von den Ständen vorzunehmenden Reformen entworfen, das an der Spitze den Satz führt: Maßregeln, keine Principien! und das dieſem Satze getreu eine Reihe beſtimmter Maßregeln zur Umgeſtaltung der Verwaltung aufzählt. Es iſt erfüllt von den Gedanken des gemäßigten, in der Ausbildung der Selbſtverwaltung das Heil ſuchenden Liberalismus, aber es geht überall auf beſtimmte Einrichtungen aus. In dieſer Ruhe und practiſchen Sicherheit wird ihm wohl keins der vielen damals entworfenen Programme gleichkommen. Da Stüve ſchon am 20. März zum Miniſter berufen wurde, ſo konnte das Programm in jener Form nicht wohl veröffentlicht werden, aber es bildet ein wichtiges Actenſtück für den Mann und die Zeit und eine wertvolle Gabe dieſes Briefwechſels.

Es iſt ein beſonderer Genuß in den Briefen dieſer Tage — Nr. 1 iſt vom 6. März, Nr. 10 vom 21. März — zu ſehen, wie die beiden ihrer Erfahrung ſicheren und den lärmenden Pöbel verachtenden Männer auch in den breiteren Strom der Bewegung hineingeriſſen werden. Und ſie verbargen ſich nicht, daß es die von ihnen als ungeſchickte Politiker Verachteten waren, die den Weg frei machten, indem ſie durch ihr — meinetwegen unverſtändiges und mehr vom Rauſch, als von wirklichem Entſchluß getragenes — Drohen den König und ſeinen bisher ſo ſtolzen Adel einſchüchterten. „Auf die Nachricht, ſchreibt Detmold am 21. März, daß die Bürgerſchaft eine .. Petition um Entlaſſung des Miniſteriums unterzeichnen wolle, erfolgte vorgeſtern die Entlaſſung des geſammten Miniſteriums; man will Alles gewähren, Alles was gewünſcht wird und mehr, nur keine Demonſtrationen.“ Dieſer Satz in all ſeiner Kürze giebt das characteriſtiſche Bild der Zeit, und an ſolchen Zügen ſind die Briefe reich, zuſammen aber geben ſie eine ſo lebhafte Vorſtellung von der Art, wie es in jenen Tagen in Hannover und ähnlich aller Orten herging, wie wenig andere Aufzeichnungen jener Tage.

3. Stüve und die Schleswig-Holsteinsche Frage.

Hannover hat in den Jahren 1848—50 für Schleswig-Holstein amtlich recht wenig gethan. Sein Contingent hat dort unter Preußens Führung tapfer mitgekämpft und die Bevölkerung nahm an der Noth der Nachbarn und an den kriegerischen Thaten seiner Truppen den lebhaftesten Anteil[1]): aber die Regierung ging über das unmittelbar Gebotene nicht hinaus. Will man Träumen nachhängen, so kann man sich vorstellen, daß eine kräftigere Politik Hannovers auf diesem Gebiete viel Elend und viel Schande von Deutschland hätte abwenden mögen. Es scheint wenigstens so, als ob es nur irgend eines Anstoßes bedurft hätte, um auch bei anderen Regierungen größere Energie zu wecken. Und weiter möchte man glauben, daß sich Hannover durch solches Vorgehen überhaupt eine bedeutendere Stellung in Deutschland hätte schaffen und in Folge davon auch der Krisis von 1866 stärkere Elemente des Widerstandes hätte entgegensetzen mögen. Aber freilich stand dem schon die Persönlichkeit des Königs im Wege, der kaum als Deutscher empfand und nach den vielsältigen, meist an Vorgänge des Geschäftsgangs anknüpfenden Urteilen Stüves weder in der deutschen noch in der hannoverschen Politik einen größeren Zug und einen weiteren Blick gezeigt hat. Er verstand zu repräsentiren und zu imponiren, er hatte eine gewisse Klugheit, die aber vielleicht richtiger als Schlauheit zu bezeichnen ist, und er war dem dürftigen Durchschnitt der Diplomaten und der kleinstaatlichen Politiker jener Tage durch seine englischen Traditionen und durch seine Gewöhnung an parlamentarische Debatten überlegen. Diese Gaben haben manchen von der gelegentlichen Gnade des wegen seiner brutalen Rücksichtslosigkeit gefürchteten Königs Geblendeten zu Äußerungen der Bewunderung fortgerissen, aber dazu ist bei ruhiger Betrachtung kein Anlaß, 1848—50 so wenig wie 1837.

Ernst August hat nachgegeben, da die Gewalt sich regte, hat aber den Männern, die auf seinen Ruf in die Bresche traten, keine Treue gehalten, hat auch ihren Wunsch und den tieferen Sinn ihrer Politik kaum recht erkannt. Nachdem die schlimmste Gefahr vorüber schien, die die ehrlichen Namen dieser Minister beschwören sollten, traten die alten Neigungen des Königs wieder hervor, und er hat ihnen durch Launen und durch den Einfluß höfischen Intriguenspiels die Geschäfte erschwert, bis ihre Stellung unhaltbar wurde. Unter solchen Umständen würde sich das Ministerium

[1]) Ich erinnere mich noch, wie wir Knaben den Erzählungen von der kecken That eines dieser Krieger lauschten und es fast als etwas Unwürdiges empfanden, daß der Held nun wieder als Knecht einer Weinhandlung am Brunnen zu Münden Flaschen spülte.

Bennigſen-Stüve wohl vergeblich bemüht haben, wenn es den König zu einer energiſchen, die anderen Staaten mit fortreißenden Politik zu Gunſten Schleswig-Holſteins hätte beſtimmen wollen. Dazu war aber auch dies Miniſterium an ſich wenig geeignet. Seine Kraft lag nicht auf dem Gebiete der äußeren Politik. Es kam hinzu, daß die Schleswig-Holſteiniſche Frage wie kaum eine andere von den politiſchen Schwätzern mißbraucht wurde, um ſich den Beifall der Maſſen zu ſichern, was eine ſo ernſthafte Natur wie Stüve abſchrecken mußte. Endlich hatte Stüve eine ſtarke Vorſtellung von den internationalen Schwierigkeiten, die auf dieſem Boden bei jedem Schritte aufgeregt wurden, der über die Grenze des formalen Rechts hinausging. Er fürchtete die Hauptaufgabe der Zeit, die Einigung der im Bunde vertretenen Länder, durch Belaſtung mit ſolchen weiteren Zielen zu gefährden. Dieſe Zurückhaltung Stüves erklärt es, daß dieſer Frage in der an einen beſtimmten Umfang gebundenen Biographie kein beſonderer Abſchnitt gewidmet wurde. Um ſo willkommener ſind die Ergänzungen, die der Briefwechſel bringt. Aber auch hier findet ſich weniger als man erwartet, und das Wenige iſt recht kühl gehalten. Da iſt nichts von dem leidenſchaftlichen Reden und Klagen, das damals und die folgenden Jahre hindurch bis zum Sturme auf Düppel und zum Wiener Frieden gerade auch in Hannover bei jeder Erwähnung des „verlaſſenen Bruderſtammes“ üblich war. Lieſt man etwa die kurzen Erwähnungen des Malmöer Waffenſtillſtandes in den Briefen vom 17. und 24. September (Nr. 55 und 59), ſo könnte man zu der Vermutung neigen, daß Stüve kein volles Verſtändnis für die nationale Bedeutung der Frage gehabt oder doch der warmen Teilnahme für die Bedrängten entbehrt hätte. Ein ſeines Scharfſinns froher Kritiker möchte für ſolche Meinung leicht eine anſehnliche Kette von Beweisſtellen zuſammenſchmieden können, aber die Meinung bliebe darum doch falſch. Das ergiebt ſich am kürzeſten aus einigen Montagsartikeln der Hannoverſchen Zeitung, in den Nummern 166, 172 u. 178 vom 15., 22. und 29. Juli 1850, in denen Stüve unter dem Titel „Schleswig-Holſtein und der Deutſche Bund“ ſeine Anſichten ausführlich begründet hat. Sein Urteil iſt auch hier kühl bis zur Härte, aber man erkennt, daß es nicht Mangel an Liebe iſt, was ihn ſo ſprechen läßt, ſondern das Gefühl der Pflicht. Er hielt ſich frei von pathetiſchen Worten, weil er ſich nicht wollte vom Gefühl überwältigen laſſen, weil er wußte, daß nur die ſchlichte Erwägung der thatſächlichen Verhältniſſe Hoffnung gebe, einen Weg zu finden, der aus dieſem Wirrſal herausführen möchte. Seine Teilnahme offenbarte ſich in der ernſten Arbeit, die er der Sache widmete, und zwar auch noch 1863, als er der Pflichten des Staatsmannes enthoben war. „Um in der Schleswig-Holſteiniſchen Sache“, ſchreibt er am

24. Dezember 1863 an Frommann, „nicht vom Winde bewegt zu werden, habe ich mich entschlossen, die zahlreichen gedruckten Aktenstücke, so viel es die Zeit erlaubt, ernstlich zu lesen und will dir meine Ansicht, soweit sie feststeht, darüber mitteilen."

Die angezogenen Artikel der Hannoverschen Zeitung lasse ich hier ganz folgen, weil sie nur so ihre volle Wirkung haben und zugleich, um zu zeigen, welch wichtige Ergänzung ein Neudruck all jener Artikel zur Kenntnis der Zeit geben würde. Ich bemerke, daß die Hannoversche Zeitung jenes Jahres schon selten geworden ist.

I. Hannoversche Zeitung Nr. 166. Die unglückliche schleswig-holsteinsche Angelegenheit ist durch den berliner Frieden vom 2. Juli und das londoner Protokoll so sehr zum Mittelpuncte des politischen Interesses geworden, daß wir glauben, unsern Lesern werde der Versuch, eine bestimmte, von Leidenschaften und Wünschen nicht eingegebene Ansicht derselben aufzustellen, nicht unwillkommen sein.

Dänemark und die Herzogthümer haben für Deutschland die entschiedenste politische Wichtigkeit. Sobald Deutschland den Versuch macht, seine Nordküste zu derjenigen Entwickelung zu bringen, die ihr gebührt, legt sich Dänemark als Riegel dazwischen. Daher der alte, erbitterte Kampf, den die Hanse immer wieder erneuerte. Daher die Ruhe, seit Deutschland seine Seegeltung aufgab. In der dänischen Monarchie sind aber die Herzogthümer nicht minder seit dem frühsten Mittelalter ein entscheidender Punct gewesen, und bis tief ins achtzehnte Jahrhundert haben die Schicksale des Nordens sich an sie geknüpft. Nun ist in unserer Zeit der Kampf der Nationalitäten hinzugetreten, der überall, wo er entbrannte, sich als einer der Puncte erwiesen hat, an denen die Leidenschaft sich am meisten entzündet. In diesen Kampf der Nationalitäten hat sich das Ringen des Liberalismus gegen die Geschichte, der Demokratie oder der dänischen Büreaukratie gegen den Adel oder den Grundbesitz gemischt (wir wollen nicht vergessen, daß Olshusen mit der s. g. Neuholsteinschen Partei Schleswig den Dänen zu überlassen bereit war, um liberale Verfassungsformen zu erlangen, und daß auch jetzt noch Leute in Holstein so denken.) Dazu ist der Successionsstreit gekommen, und hat sich die Erfahrung wieder bewährt, daß nichts die Leidenschaften gefährlicher aufregt, als Händel dieser Art, in welche sich die Fürsten selbst mischen.

So war schon vor dem Jahre 1848 ein Knäuel von Aufregung und Erbitterung entstanden, in welchem fast unmöglich war, noch das Recht und Unrecht zu erkennen. Die Zeit seit dem März 1848 hat neuen Brennstoff hinzugetragen. Deutschlands Ehre, Preußens Wort ist in die Sachen ge-

mengt, Blut ist geflossen, die Heere haben sich dort gemessen. Selbst die Hoffnungen einer deutschen Flotte knüpfen sich daran. Nun soll Friede sein; einfach Friede, paix pure et simple. — — Was heißt das, was bedeutet es? — In der That der Friedensvertrag selbst lautet einfach genug. Der reine Status quo ante bellum; freundschaftliche Mitwirkung zur Erledigung des Successionsstreits. Das ist gewiß klar. Allein lesen wir das Protokoll, datirt Berlin den 2. Juli, da lautet die Sache schon anders. Dieses Protokoll ist eigentlich der Kern der Sache, nicht der Frieden. Und wenn wir gar die Auslegungen der Deutschen Reform lesen — — was bleibt da von dem pur et simple übrig. Nun hat aber auch Germanicus Vindex in London einen Brief an Lord Palmerston geschrieben, worin er diesen warnt vor der Verantwortung, wenn in Folge des londoner Protokolls russische Linienschiffe im kieler Hafen überwintern würden, statt bis Ende Mai in Kronstadt eingefroren zu liegen. Das heißt, es handelt sich auch für Deutschland um die Herrschaft der Ostsee und ihrer Küsten. Zu diesem Wirrsal der Interessen kommen nun die durchkreuzenden Abhülfen. Palmerston's Vorschläge von 1848, Theilung oder Selbständigkeit Schleswigs, mit mehr oder weniger gemeinsamen Instituten, die Präliminarien vom 1. Juli 1849, mit dieser oder jener Deutung, Abtretung der Erbfolge an Oldenburg, mit oder ohne Entschädigung für diesen und jenen. Wie soll man da durchfinden?

Kehren wir zum Frieden zurück! Was hat denn Deutschland mit dem Kriege gewollt? Wollte man etwa Dänemark erobern und sich zum Herrn des Sundes machen? — Oder wollte man Schleswig von ihm abreißen? — Gewiß nicht! — Lesen wir nur die Erklärung, mit welcher Preußen am 13. April 1848 die Leitung der Sache übernahm, und mit der man sich in Frankfurt einverstanden erklärte. Da heißt es: „Der Bundesbeschluß giebt Preußen das Mandat, die Vermittlung des Streites zwischen Dänemark und den Herzogthümern auf der Basis der unverkürzten Rechte Holsteins und seiner staatsrechtlichen Vereinigung mit Schleswig zu bewirken, und bezeichnet als Bedingungen dieser Vermittlung die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung des Status quo ante. Die Regierung Sr. Majestät des Königs — — — faßt den Inhalt und Umfang des Mandats so auf:

> daß ihr danach zunächst die Pflicht obliegt, jeder weitern Veränderung des Status quo zum Nachteil der Herzogthümer entgegenzutreten, und denselben eventuell in so weit wieder herzustellen, daß jene Basis der Vermittlung nicht factisch verloren gehe."

Also der Status quo ante sollte erhalten werden, und was war dieser Status quo? — Das spricht der Bundesbeschluß vom 17. September 1846,

der auf einer Erklärung König Chriſtians 8. beruht und deſſen Hauptinhalt die eigene Erklärung des Hrn. v. Pechlin wieder anerkannte, vollſtändig aus. Da heißt es:

> Nachdem Se. Majeſtät der König von Dänemark ꝛc. geäußert haben, daß es Ihnen niemals in den Sinn gekommen iſt, die Selbſtändigkeit des Herzogthums Holſtein, deſſen Verfaſſung und ſonſtige auf Geſetz und Herkommen beruhende Beziehungen zu beeinträchtigen, oder willkürlichen Veränderungen zu unterwerfen, und die Verſicherung hinzugefügt haben, daß Allerhöchſtdieſelben bei Ihren Beſtrebungen, die Succeſſions-Verhältniſſe des gedachten Herzogthums zu ordnen, nicht Willens ſind, wohlbegründeten Rechten der Agnaten zu nahe zu treten — — ſo findet die Bundesverſammlung ſich in ihrer — Erwartung beſtärkt, daß Se. Majeſtät — die Rechte Aller und Jeder, insbeſondere aber die des deutſchen Bundes, erbberechtigter Agnaten und die geſetzmäßige Landesvertretung Holſteins beachten werden.

Alſo keine Kränkung der auf Geſetz und Herkommen beruhenden Beziehung Holſteins zu Schleswig, keine Kränkung der agnatiſchen Rechte des Herzogs von Auguſtenburg. — Das iſt der Status quo ante, der erhalten reſp. wieder hergeſtellt werden ſollte. Und wodurch war derſelbe verletzt? Das ſpricht der Bericht der Bundescommiſſion vom 4. April aus. Es iſt theils die durch das königliche Reſcript vom 24. März ausgeſprochene Incorporation Schleswigs in Dänemark, theils die Occupation des Landes durch däniſche Truppen, um dieſen Beſchluß gewaltſam durchzuſetzen.

Fragen wir nun weiter, was hiernach geſchehen muß, um den Status quo ante wirklich herzuſtellen, ſo iſt die Antwort leicht. Der König von Dänemark müßte die Verfügungen vom 24. März 1848 mit allen ihren Folgen aufheben, ſeine militäriſchen Maßregeln ſo treffen, wie es die Herſtellung und Erhaltung der Ordnung ohne Unterdrückung des Rechts fordern möchte, und dann müßte der Verſuch gemacht werden, die beiden ſtreitigen Fragen, die Succeſſion und die Verbindung von Schleswig und Holſtein auf rechtliche Weiſe, d. h. durch Vertrag mit den Betheiligten zu ordnen. Anders als durch Vertrag ordnen kann man ſie nicht, und nicht anders als gemeinſam; denn die Succeſſionsfrage würde immer wieder ſtörend einwirken, wenn man etwa die Verfaſſung ohne ſie ordnen wollte. Man darf nie auf Ordnung und Ruhe rechnen, ſo lange das Thor zur Unordnung ſo weit aufgethan iſt.

Das Alles könnte in dem reinen einfachen Frieden auf den Status quo gefunden werden; allein nun kommt das Protokoll. Die Dänen ſollen Schleswig beſetzen; kein Wort von Aufhebung des Reſcripts von 1848. Die Preußen ziehen aus den Herzogthümern — das iſt alles. Und nun

ſoll der Bund verpflichtet ſein, auch in Holſtein die Ruhe herzuſtellen; wo nicht, ſo mögen es die Dänen ſelbſt thun. Sollen denn nun Artikel 25 bis 28 der wiener Schlußacte angewendet werden? Soll man ſich bloß mit der „beruhigenden Anzeige“ des Artikel 27 begnügen? — — O bewahre, die Deutſche Reform weiß Rath. Die Sorge für Schleswig iſt einſtweilen Holſtein anvertrauet. Alſo wird Holſtein wohl von den Artikeln 37 u. f. der wiener Schlußacte eximirt? — Ohne Zweifel gehören dieſe Artikel zu der „Verfaſſung“, die nach bekannter Theorie nicht mehr gilt, und Artikel 25 bis 28 zum „Bunde“, der noch gilt. Man ſieht, juſtificiren läßt ſich Alles — — wenn man nur die rechten Vorderſätze wählt.

Wir können in dieſer ganzen Wendung der Sache nichts erkennen, als die Erklärung: Preußen wird die Sache zur Laſt, es will davon los ſein; mögen die Holſteiner und der Bund ſelbſt ſehen, wie ſie ſolche ordnen. — Das möchte ſein; denn wenn Preußen in ſeinen eigenen raſchen Fortſchritten vom April 1848 keinen genügenden Grund findet, die Sache ſelbſt zu ehrenvollem Ende zu führen: ſo iſt niemand berechtigt, ihm anzumuthen, daß es ſich allein mit den Sachen des Bundes beladen ſoll. Allein wo iſt der Bund? An wen ſollen ſich die Dänen, die Holſteiner nun wenden? — —

So führt uns auch dieſe Sache am Ende wieder auf jene Auflöſung der Verfaſſung Deutſchlands, auf jene traurige Theorie zurück, der Bund beſtehe noch, aber nicht die Verfaſſung. Soll denn nun etwa die berliner Union auftreten? oder ſollen die Rechte durch „alle Einzelnen“ geſchützt werden? Möchte doch der hülfloſe Zuſtand, in den dieſe von Berlin im Jahre 1848 mit ſo großem Eifer unternommene Sache gerathen iſt, nun endlich einmal in Berlin die Ueberzeugung hervorrufen, daß man ablaſſen müſſe von dem Streben, unter dem Gewande ſchöner Worte von Einheit, Treue, Worthalten u. ſ. w. an der Auflöſung Deutſchlands und der bloßen Herrſchaft Preußens zu arbeiten. Hat Preußen denn hier bewieſen, daß es dieſe Herrſchaft tragen kann? —

Aus dieſer traurigen und ſchmachvollen Sache iſt kein ehrlicher Ausweg möglich, ſo lange man nicht dem deutſchen Bunde wieder Geltung und anerkannte Form geſchafft hat. Das iſt der einzige Weg. Zwei Deutſchländer mag man in Dänemark, in Frankreich, England, Rußland billigen. In Berlin ſollte man davon abſtehn. —

II. Hannoverſche Zeitung, Nr. 172. Als wir im Anfange der vorigen Woche die Grundſätze andeuteten, welche in der unglücklichen ſchleswig-holſteiniſchen Sache ganz allein zum Ziele führen können, wenn man nicht

etwa von allen Grundsätzen absehen und lediglich der Gewalt Raum lassen will, hatten wir doch nicht geglaubt, daß selbst in diesem reinen und einfachen Frieden so viel Verwirrung und Unklarheit liege, als sich schon im Laufe dieser Woche entwickelt hat. Die preußische Declaration vom 2. Juli, welche die Zeitungen fast früher als den vollen Wortlaut des Vertrags, wie es scheint, mittheilten, ergiebt in auffallender Weise, wie doppelsinnig hier so Vieles ist; und nachdem die Dänen für gut gefunden haben, dieser Declaration allen Werth abzusprechen, so wird in der That unbegreiflich, wie man preußischer Seits auf einen Vertrag dieser Art habe eingehen können. Dinge, wie die in der Declaration enthaltenen, mußten in der Unterhandlung selbst festgestellt werden. War das unterlassen, war der Vertrag abgeschlossen, ohne über solche eine Convention getroffen zu haben, dann konnte das nachträgliche „Act nehmen" und „repetiren" wenig helfen.

In der That, Preußen wird es dem übrigen Deutschland Dank wissen müssen, wenn es diese Zweideutigkeiten nicht ratificirt; eben so wie auch die unglücklichen Präliminarien vom 10. Juli 1849 von den Wenigsten ratificirt waren. Darin liegt noch die Möglichkeit, auf die Sache zurückzukommen. Denn wenn auch die Dänen dem „pourra reclamer" einen andern Sinn beilegen, als denjenigen, von dem die Declaration „Act nimmt" — so wird doch der Bund in seinem guten Rechte sich dadurch nicht stören lassen, und selbst Rußland wird sich nicht entlegen können, dem Bunde sein Recht ungeschmälert zu lassen.

Preußen befindet sich dem Bunde gegenüber in einer höchst peinlichen Lage. Durch jenen übereilten und unvorsichtigen Frieden Dänemark gegenüber gebunden, durch die geheimen Artikel genöthigt, sich bei der dornigen Successionsverhandlung zu betheiligen, vor dem Angesichte von ganz Deutschland bloßgestellt, muß Preußen dringend wünschen, daß der Bund sich der Sache annehme. Denn für ihn ist allein noch res integra; er allein kann die Gefahr und den Schimpf, der Deutschland bedroht, noch abwenden, wenigstens mildern. Aber er kann dies auch nur, wenn er bald einschreitet; denn die Heere stehen im Felde, es kann in wenig Stunden Unheilbares geschehn. Und wen träfe der Vorwurf? — Die Frankfurter Versammlung könnte jeden Augenblick sich constituiren und einschreiten. Aber Preußen hat sie nur anerkennen wollen, um den Preis des Anerkenntnisses seiner zerfallenden Union; und nun hält Preußen seine Ehre verpfändet, von dieser einmal gegebenen Erklärung nicht zurückzugehn. Wir wollen nicht fragen, ob Preußens Ehre in der schleswig-holsteinischen Sache weniger verpfändet ist; wir wollen uns einfach an die Thatsache halten: Preußen bedarf den Bund auf das dringendste, und Preußen macht sich selbst unmöglich, ihn anzuerkennen. Was ist das? —

Vielleicht wird man einen mezzo termino ſuchen, etwa eine Plenarverſammlung conſtituiren wollen, bloß für dieſen Zweck. — Das wäre denn freilich eine neue Halbheit zu ſo vielen alten. — Iſt das aber möglich? Iſt denn Deutſchland ein ſo ſchlaffes Ding, daß man ihm zu jedem Geſchäft eine neue Verfaſſung geben kann, bald die, bald jene, etwa wie man einen Handſchuh umkehrt? Man täuſche ſich darüber nicht; das wird nicht gehn; ſo lange man nicht auf feſten Grund kommt, verſplittert man mit dieſen Halbheiten nur eine Zeit, die unſchätzbar, die unwiederbringlich iſt.

Es ſteckt in den richtigen Grundſätzen eine unglaubliche Kraft. Sie machen ſich immer Bahn, man kann das aufhalten, aber nicht hindern. Hätten das doch die Leute bedacht, die vor zwei Jahren Deutſchlands Verfaſſung leichtſinnig zertrümmern wollten! Damals waren die Schleswig-Holſteiner, namentlich die Profeſſoren, nicht die geringſten Triebfedern in dieſem Spiele. Sie glaubten für die Herzogthümer zu ſorgen, indem ſie dem Rechte Hohn ſprachen. Nun büßen die Herzogthümer ihre Schuld. Nicht bloß die Sünden und den Wahnſinn der Könige büßt das Volk, ſondern auch den Wahnſinn ſeiner Führer.

Das iſt ſehr ſchmerzlich und beängſtigend, daß unter Fehlern und Mißgriffen von Parlamenten und Regierungen nun ein edler deutſcher Stamm in ſolcher Gefahr ſteht, und faſt gar kein Mittel da iſt, zu helfen. Der Kampf, zu dem man dort zu ſchreiten im Begriff ſteht, iſt populair. Mancher liebt die Aufregung, mancher fühlt nur die verletzte Ehre; den meiſten, die jetzt darüber lärmen und ſchreien, iſt nicht das Wohl und Wehe der Herzogthümer oder die deutſche Ehre die Hauptſache, ſondern der Lärmen, die Gelegenheit, Erbitterung und womöglich Schimpf auf die Regierungen zu werfen, das Volk zu verhetzen und zu mißbrauchen. Wir halten den Kampf für ein großes Uebel, für ganz hoffnungslos. Wir halten es für Wahnſinn, daß die Kriegspartei in Holſtein demokratiſche Schreier wie den vortrefflichen Dr. Laſaurie zu ihren Vertretern wählte und ſo ihren Willen durchſetzte. Was kann man durch den Kampf gewinnen? Nach Jütland vordringen, um ſeine Seite und ſeinen Rücken Preis zu geben? Und kann man das nicht, Schleswig aufzehren? Wie lange will das dauern? Dänemark kann den Krieg mit geringen Streitkräften führen und hinziehen, während die Herzogthümer nothwendig zu raſcher Entſcheidung kommen müſſen. Dänemark hat zu gewinnen; die Herzogthümer können nur Verluſt abwehren. Man redet viel von Unterſtützung Deutſchlands, von Beiträgen u. ſ. w. Es iſt jederzeit eine thörichte Hoffnung geweſen, durch freiwillige Beiträge dauernd große Mittel, und wohl gar die Mittel zu einem Kriege zu ſchaffen. Gegenwärtig iſt dieſe Hoff-

nung eitler als jemals. Der Lieder- und Dombauſeſtes-Enthuſiasmus hält gegen ernſthafte Leiſtungen und Entbehrungen nicht aus. Wenns gilt für Deutſchland oder Schleswig-Holſtein zu ſingen und Bier oder Champagner zu trinken, wird mancher Geld haben, der es für den bittern, harten Ernſt nicht hat.

Nach unſerer Anſicht hätten die Herzogthümer beſſer gethan, nicht den Waffen zu vertrauen, ſondern dem Rechte. — Wir geben zu, das wäre ein ſchweres Anmuthen; mancher würde es Feigheit nennen. Aber das perſer et obdura fordert auch ſeinen Muth. Dies muthige Dulden möchte namentlich den deutſchen Schleswigern nicht zu erſparen geweſen ſein. Hätte dann Holſtein ſich geſchützt und zugleich den Schutz des Bundes aufgerufen: ſo wäre die Sache, wie es uns ſcheinen will, in ungleich günſtigerer Lage. Denn was kann ein Sieg in Schleswig nützen gegen das Unheil, das eine Niederlage brächte! —

Auch ohne Krieg hat Deutſchland gegen Dänemark große Mittel in Händen. Würde denn das Königreich die Mittel Holſteins entbehren können? Würde die Herſtellung einer unter allen Umſtänden und für Schiffe von hinreichender Größe geſicherten Canalfahrt nicht auf den Sundzoll mit ungeheuerer Schwere zurückfallen? Liegt nicht in der Succeſſionsfrage eine Gefahr, der Dänemark ſich nothwendig entziehen muß? Uns ſcheint die Belegenheit der Sache der Art zu ſein, daß Dänemark ein entſchiedenes Uebelwollen Deutſchlands mehr zu fürchten hat, als einen Krieg. Die Protection Rußlands würde dagegen nicht ſchützen; ja es möchte ſich dann bald herausſtellen, daß diejenigen in Dänemark recht haben, die den engſten Anſchluß an Deutſchland verlangen, und nichts möchte mehr geeignet ſein, dieſe Politik in Kopenhagen zur Herrſchaft zu bringen, als eine ſolche Politik, die ohne Erregung von Leidenſchaften, wie ſie der Krieg erzeugt, die wahren Verhältniſſe zur Anſchauung brächte.

Kein Theil Deutſchlands iſt bei einer richtigen Stellung Deutſchlands und Dänemarks gegen einander ſo unmittelbar betheiligt, als Preußen, deſſen Schiffe nächſt denen Englands den Sund in größter Zahl befahren, und deſſen Schiffe auch im Hafen von Kopenhagen nächſt den engliſchen die zahlreichſten ſind. Aber vergeſſen wir nicht, wie ſehr die däniſche Schifffahrt auch von Hamburg abhängt, und daß dieſe Stadt die Dänen leichter entbehrt, als die Dänen ſie.

III. Hannoverſche Zeitung Nr. 178. Zu keiner Zeit ſind die Menſchen geneigter, der Aufregung des Gefühls Gehör zu geben, und zu keiner Zeit iſt es dennoch nothwendiger, von kalter Erwägung der Zwecke und Mittel auch kein Haarbreit abzuweichen, als wenn es ſich um Krieg handelt, und

vor Allem, wenn einem befreundeten Heere Uebles widerfährt. Da wetteifern Mitgefühl, Muth, Ehrliebe, überhaupt die edelſten Neigungen der menſchlichen Herzen zu raſchem Handeln zu treiben; aber Mancher redet auch um ſo lauter, je weniger er geneigt iſt, ſelbſt Hand anzulegen oder rechte Opfer zu bringen; Mancher möchte losſchlagen, weil ihm der kalte Muth fehlt, den rechten Augenblick abzuwarten und bis dahin etwas zu erdulden; und Mancher ſchwatzt von Ehre, weil ihm das wahre Ehrgefühl fehlt und er ſich einbildet, es komme eben auf eine franzöſirende gloire de la grande nation an. Und wie vieles noch ſchlimmere Gewürm verſteckt ſich auch in dieſem Graſe und dieſen Blüthen: Selbſtſucht, Rachſucht, Hoffnung auf unlautern Gewinn, auf Beförderung von Zwecken, die mit der eigentlichen Sache nichts gemein haben.

In ſolchen Augenblicken prüft ſichs, ob die Völker für Staatsleben und Freiheit fähig ſind. Kennen ſie in ſolchen Augenblicken ſich ſelbſt, ihre eigene Kraft und Schwäche; erwägen ſie Recht und Unrecht mehr als Vorliebe und Abneigung; ſehen ſie nicht bloß auf den Augenblick, ſondern auf die Folgen: dann wird man ihnen die Fähigkeit zu Freiheit und politiſcher Geltung nicht abſprechen können. Fahren ſie aber auf wie die Kinder, verlangen ſie Gewaltſchritte ohne zu fragen, ob ſie oder ihre Freunde Recht haben, dürſten ſie nach Krieg und Kriegsruhm, ohne die Laſten, die Opfer, die damit unzertrennlich verbunden ſind, zu bedenken, ohne den feſten Entſchluß, dieſe Laſten und Opfer längere Zeit hindurch zu tragen: ſo beweiſen ſie nur, daß ſie der Freiheit nicht fähig ſind, ſondern der Herrſchaft bedürfen. Zum Krieg führen gehört nicht bloß, daß man heftig fortſtürmt; man muß auch mit Ruhe und Selbſtverläugnung über ſich, ſein Gut, ſeine Familie, Brand, Verheerung und Gewaltthat hingehen laſſen können, bis die Zeit kommt.

Es iſt gut, unter ſolchen Umſtänden die Staatsmänner des großen Alterthums zu befragen. Was rettete Griechenland in den Perſerkriegen? Daß die Athener den Muth hatten, ihre Stadt Preis zu geben. — Was richtete Athen im peloponneſiſchen Kriege zu Grunde? Daß der Plan des Perikles, das Gebiet der Plünderung und Verheerung Preis zu geben, von ſchwächern Männern nicht aufrecht gehalten werden konnte. Der Krieg iſt ein gewaltiger Herr, der nach Freiheit und Wohlſein nicht fragt; und ſiegen kann nur der, der beide nicht achtet; zumal ſiegen im eignen Lande: denn hier ſind die Volksaufregungen und Stürme ſtets die ſchlimmſten, und ſelten wird ein Krieg gut gerathen, der unter ſolchem Einfluſſe geführt werden ſoll. Im Einfluſſe dieſer Stimmungen finden wir auch das Unglück Schleswig-Holſteins. Im Jahre 1848 wollte man Flensburg ſchützen und lag darnieder bei Bau. Im Jahre 1850 hat man Schleswig ſchützen

wollen und hat ſich, wenn die Schlachtberichte nicht täuſchen, abermals in eine Stellung gewagt, die den Kräften nicht angemeſſen war. Wollte Gott, man hätte — was man nun gezwungen muß — Schleswig aufgegeben, einen Kampf nicht hervorgerufen, bei dem im glücklichſten Falle nichts zu gewinnen war, und deſſen übler Ausgang nun nothwendig der däniſchen Kriegspartei noch mehr den Sinn heben wird. Wie 1848, ſo war es jetzt durch die Umſtände geboten, an der Eider ſtehen zu bleiben und den Weg der Verhandlung einzuſchlagen; ſo wie damals wäre jetzt Hoffnung auf Erfolg geweſen, wenn nicht jene Nachgiebigkeit gegen Volksſtimmungen und andere Einflüſſe die Sache verdorben hätten. Die Schuld dieſes Unheils fällt auf jeden, der durch Zureden, durch Sammlungen, deren Reſultat doch kaum des Nennens werth iſt, dazu geholfen, die Dinge zu verderben und einen über die Kräfte hinaus gehenden Kriegsmuth hervorzurufen.

Es wäre zu bewundern, wenn bei uns in ſolcher Nähe nicht ähnliche Aufregung entſtanden wäre, zumal ja bei dergleichen allgemeinen Dingen der Einzelne gern vergißt, daß am Ende die Sache auf ſeine Rechnung kommt. Dazu kommt noch, daß bekannte Patrioten aus Hildesheim, Celle u. ſ. w. dieſe Gelegenheit gern benutzen, um für ihr Spiel die Karten zu miſchen. Iſt doch, wie im vorigen Jahre Ungarn, ſo jetzt Schleswig-Holſtein ſo unglücklich, die Hoffnung der Partei des Umſturzes zu ſein; haben doch die Aufruhrſtifter von allen Seiten ſich dort in die Nähe (aufs Schlachtfeld ſchwerlich) begeben, und hat die Kriegspartei den unbegreiflichen Fehler begangen, eben dieſer Partei im Lande ſelbſt das Heft in die Hände zu geben. — Aber bei uns werden Männer zu beſchließen haben, die wiſſen, daß jeder Monat, wo die jetzige kleine Armee auf dem Kriegsfuße zu erhalten iſt, nicht unter 150,000 bis 200,000 ℛ koſtet, welche wiſſen, daß die Monate vom März 1848 bis November 1849 dem Lande über 2,300,000 ℛ gekoſtet haben, und welche das als ſehr wenig erkennen, weil der ſiebenjährige Krieg außer Steuern und Lieferungen jährlich an fünf Millionen koſtete; nicht zu gedenken der Verluſte der Einzelnen, des Handels, der Schifffahrt; nicht zu gedenken der unerſetzlichen Menſchenleben, die der Krieg frißt. Die Zeit der Kriegführungen für engliſche Subſidien iſt vorüber. Jetzt zahlen wir ſelbſt. —

Das ſind Opfer, die man muß bringen können, das iſt wahr; aber die man auch nur bringen darf, wenn kein anderes Mittel bleibt. Und ſo weit, wir beharren dabei, ſo weit ſind wir nicht.

Was ſoll denn aber geſchehen? — Wir haben längſt darauf hingewieſen, daß die einzige Baſis, auf welche man zurückkommen kann, die Erklärung Chriſtians 8. vom 7. September 1846 und der Bundesbeſchluß vom 17. September 1846 iſt:

daß es ihm niemals in den Sinn gekommen sei, die Selbständigkeit des Herzogthums Holstein, dessen Verfassung und sonstige auf Gesetz und Herkommen beruhende Beziehungen zu beeinträchtigen oder willkürlichen Beeinträchtigungen zu unterwerfen; und daß er bei seinen Bestrebungen, die Successionsverhältnisse des Herzogthums zu ordnen, nicht Willens sei, wohlbegründeten Rechten der Agnaten zu nahe zu treten.

Darüber ist jetzt auch Alles einig, der vernünftige Theil der Herzogthümer, Preußen, die dänische Regierung, die Bundesregierung. Das Decret vom 24. März 1848, der Funken, der den Kampf zum Ausbruche brachte, ist abgethan. Nur die tolle Partei in Kopenhagen und die leidenschaftlichen Männer in den Herzogthümern möchten das verkennen; und die Schwärme von Volksverführern, welche jetzt von allen Seiten auf das unglückliche Land losgelassen werden, möchten versuchen, dem Abbruch zu thun. — Jener Grundsatz also steht fest; aber es kommt darauf an, ihm eine billige Ausführung zu sichern; und das ist Recht und Pflicht des Bundes. Recht, weil ihm die Versicherung gegeben, an ihn die Beschwerde gerichtet war; Pflicht, weil er Holstein in seinem Rechte erhalten muß.

Wahrlich zur höchsten Zeit ist von Oesterreich der Schritt geschehen, um den Bund aus jenem gestaltlosen Nebel, in welchen ihn die berliner Theorie vom fortbestehenden Bunde mit aufgehobener Verfassung gebannt hatte, wieder in fester Gestalt hervortreten zu lassen. Nachdem alle Versuche, Preußen zu einer Einigung zu bringen, welche nicht den verderblichen Dualismus, die Trennung Deutschlands in zwei feindliche Massen, geradezu zur Folge haben müßte, gescheitert sind, nachdem über der Zögerung das edelste Blut in Schleswig vergebens vergossen ist; da war es höchste Pflicht, den letzten Schritt zu thun, und zu einer Verfassung zurückzugreifen, die zwar der Verbesserung überaus bedürftig ist, die aber doch den großen Vorzug hat, daß sie anerkannt wird, daß sie handeln kann. —

Neun volle Stimmen des engern Raths sind jetzt in Frankfurt versammelt; überall, wo Mehrheits-Beschlüsse ausreichen, sind sie beschlußfähig. Werden jetzt von dort schleunig Bundes-Commissarien auf den Kampfplatz gesandt, mit jener Autorität, welche durch ein Bundesheer bald zu schaffen wäre, und mit jenem Gewichte, welche das unparteiische Halten am strengen Rechte überall giebt, so zweifeln wir nicht an dem Erfolge. Annäherung von beiden Seiten ist in den letzten Erklärungen zur Genüge vorhanden. Es fehlt nur das Vertrauen, um den Frieden möglich zu machen. Dieses Vertrauen kann Deutschland gewähren, und Deutschland allein. — Möge man denn eilen, den Schritt zu thun. Es hängt Blut daran. —

Ich füge noch eine Äußerung hinzu aus einem Briefe an Frommann, vom 14. Dez. 1863: „Das Publikum ist sehr allarmirt durch Nachrichten, daß die Holsteinsche Sache, ich weiß nicht, ob vom Bunde oder in Wien und Berlin, schon wieder verrathen sei und daß unsere Exminister Münchhausen und Graf Bennigsen die Stellung als Civilcommissar abgelehnt haben. Ich finde letzteres sehr natürlich und würde mich meinestheils auch dafür bedanken. An wen und an was sollte man sich denn wohl halten können? und daß einmal etwas Rechtes aus der Sache nicht werden kann, ist meine Überzeugung aus den gestern ausgesprochenen Gründen. Die Sache steht so, daß der Knoten nur durchhauen werden kann. Aber wer soll das thun? Wer hat die materielle und die Geisteskraft dazu? Hannover sicher nicht und so ein Bundescommissar, in dessen Hand denn doch die Entscheidung gelegt wäre, muß wenigstens in seinem Fürsten Stütze finden können. Jene beiden Herren werden aber noch mehr von dem dessous de la carte wissen, als unser einer, und das kann nicht hoffnungsreich sein. Unterhandlungen sind doch das letzte Ende der Sache, Unterhandlungen ohne vernünftige Basis, dabei natürlich alles dem Zufall preisgegeben ist."

„Mich wundert, daß die Broschürenlitteratur noch so dürftig ist. Abdrucken alter Aufsätze. Auch Droysen hat da ein kleines Spicilegium gemacht und ergeht sich da in gar hoher Politik. In Gotha oder Koburg läßt man auch alte Redensarten drucken. Es ist alles ein leidenschaftliches Gerede über geschehenes Unrecht und Thorheit; aber den Weg zur Heilung finde ich nirgend angedeutet. Das wäre noch der Mühe werth, wenn den jemand wüßte. Er ist in der That uur darin zu finden, daß irgendwo eine Persönlichkeit auftaucht, die Kraft und Geist hätte, die Sache zu erledigen. Etwa ein Friedrich. Es müßte schon der Herr eines großen Landes sein." (Es folgt dann eine scharfe Kritik des Nationalvereins und seiner Agitation).

Der Mann, den Stüve hier mit prophetischer Stimme forderte, war schon auf seinem Platze; aber Stüve konnte in Preußen und in Preußens Minister Bismarck unmöglich den Retter erkennen. Was er erlebt hatte und gerade mit Preußen erlebt hatte, legte ihm die Binde des Zweifels über das Auge. —

Zum Schluß noch eine allgemeine Bemerkung. Die Briefe sind so vertraulich, so ganz und gar ohne Rückhalt geschrieben, daß man tiefe Blicke in die Welt der Gedanken und Empfindungen der Freunde thun kann, und das verlockt dann leicht zu dem Versuche, den Beweggründen ihrer Handlungen näher nachzuspüren, als es zulässig und möglich ist. Der Mensch ist ein sehr empfindsamer, und in bewegter Arbeit tausend Einflüssen

offener Apparat, die er vielfach ſelbſt nicht zu ſondern und zu erkennen vermag. Die pſychologiſche Zergliederung mag gelegentlich eine reizvolle Beigabe der hiſtoriſchen Darſtellung ſein, um bei einer bedeutenden Perſönlichkeit und bei ihrer Entſcheidung in wichtiger Stunde länger zu verweilen, ähnlich wie die niemals den wirklichen Hergang richtig erneuernden Schlachtſchilderungen; aber ſie wird immer nur Beigabe ſein, und ſelbſt in der Biographie wird man ſich mit den großen Zügen des Weſens und der Entwickelung begnügen müſſen. Die Hauptſache bleibt auch hier, den Menſchen im Kampf mit den ihn umgebenden Notwendigkeiten zu zeigen, die Entwickelung der Völkerſchickſale, der Einrichtungen und geiſtigen Strömungen zu ſchildern, in die ihn ſein Schickſal hineinſtellte, und die er hemmend oder fördernd geſtalten half.

Endlich iſt bei der Benutzung dieſer Briefe ſtets im Auge zu behalten, daß ſo vertrauliche, ſo unmittelbare Briefe manchen Ausdruck und manches Urteil über Perſonen und über Vorgänge enthalten, das bei genauerer Erwägung kaum gebraucht worden wäre. Bei Stüve ſowohl, wie bei Detmold führte nicht ſelten der Zorn die Feder, namentlich wenn ſich die Radowitz und Gagern oder die Größen des hannöverſchen Landtags ſo ganz anders verhielten, als das Wohl des Vaterlandes zu fordern ſchien. Stüve ſelbſt warnte deshalb vor der Publication von ſolchen Briefwechſeln, wo man ſich nicht ſcheut ein halbwahres Wort, das der Adreſſat ſchon bedingen und beſchränken wird, zu ſchreiben.[1]) Aber bei der Fülle der Briefe wird der ruhige Beurteiler ſchon die Mittel finden, die nötige Einſchränkung oder Ergänzung zu geben, wie wir dies ja auch im täglichen Geſpräch zu thun und zu erwarten gewöhnt ſind.

Breslau.

G. Kaufmann.

---

[1]) ZGB Stüve I, S. V

Nr. 1. Hannover, 6. März 1848.

Ich habe Ihnen, verehrteſter Freund, lange nicht[1]) von hier aus berichtet, weil es von hier aus eben nichts zu berichten gab und obendrein die großen Dinge, die ſeit Neujahr im Süden und Norden geſchehen, den Blick von der hieſigen Miſere abzogen. Jetzt iſt nun zu dem vielen Großen und zum Theil Erfreulichen auch das Gräuliche und Unglaubliche gekommen in Paris und Frankreich, und der Wahnſinn ſetzt ſich da ſo breit hin, als wäre er der rechte Sohn vom Hauſe. Beſtand kann das Ding nicht haben, und ich fürchte dann das Schlimmſte, wovon dann Deutſchland ſein böſes Theil bekommen würde. Vorab aber ſcheint die Sache uns manches Gute bringen zu wollen, das wir denn wohl hinnehmen werden, ohne auf den Sturm zu ſchelten, der uns die Früchte von dem Baum in den Schooß geworfen, nach denen wir ſeit einem Menſchenalter mit nicht endender Geduld den Hals gereckt und den Mund aufgeſperrt, ohne jedoch die Hand zu bewegen. Goethes Wort, das Sie mir ſo oft citirt: Die Gaben kommen von oben herab in ihren eignen Geſtalten, hat ſich auch hier wieder bewährt. Was man geſtern noch für einen Traum, für einen albernen Scherz gehalten hätte, iſt heute die offiziellſte Wirklichkeit. Ja, die Morgenröthe, die da angebrochen, muß wohl kräftig ſein, denn ſelbſt die Memnonsſäule in Frankfurt ertönt in noch unerhörten Weiſen. Ueber 30 Jahre lang hat Deutſchland wie Pygmalion zu den Füßen dieſer Statue gelegen und um Liebe gefleht, und ſo oft der gute Pygmalion meinte, es ſei Leben darin, und ſie umarmen wollte, hat er ſich die Naſe blutig geſtoßen. Jetzt auf einmal ſteigt ſie von ihrem Poſtamente herab und öffnet lebenswarm ihre Arme. Preßfreiheit! Es iſt ordentlich komiſch, und ich zumal kann mir's kaum möglich denken; ja ich werde wie das Huhn mit dem Kreuzſtriche garnicht ſchreiben können, als wenn Preßfreiheit beſtände, weil ich nun einmal mit der Cenſur es gelernt habe. Aber die Scherze bei Seite rücken uns nun eine Menge ſehr ernſter Fragen recht nahe und unmittelbar auf den Hals, vor Allem die: was hier zu Lande geſchehen ſoll, was wir thun ſollen? Ich bin der Meinung, daß wir ganz ruhig ſitzen bleiben, uns nicht rühren. Der König wird ſich nicht zu der allergeringſten Conceſſion verſtehen; er wird den Don Quixote des abſoluten Princips ſpielen wollen, und er hat Recht, denn er riskirt nichts dabei; es wird hier Niemand die

[1]) Detmolds letzter Brief an Stüve war vom 18. Januar 1848.

Hand rühren. Das Schlimme aber ist, daß sein „Nein" auch den Kronprinzen binden wird, der ohne eigene politische Erfahrung und Grundsätze sich an die des Vaters anklammert und einen noch starreren Eigensinn hat, als dieser selbst. Ganz anders steht die Sache, wenn wir re intacta mit unseren Wünschen dem neuen Herrn gegenüber treten und das Damoklesschwert der Regentschaftsfrage ungelöst über seinem Haupte hängen lassen. Dann wird uns werden, was wir wünschen. Nun aber ist nach meiner Ueberzeugung der Fall, den wir schon länger befürchten, sehr nahe vor der Thür, der Eintritt des Thronwechsels. König Ernst August ist nach Allem, was ich darüber höre, seit zwei Monaten so, daß sein Tod jeden Augenblick zu erwarten steht; möglich, daß dieses Agonisiren — anders ist sein Zustand kaum zu nennen — sich noch einige Monate hinzieht, länger gewiß nicht. Die neuesten Ereignisse haben ihn zwar galvanisirt; er spricht von Marschiren und Schlachten, und hat sich in aller Eile ein Feldbett machen lassen; aber fern kann das Ende nicht mehr sein. Die Sache würde nun in jedem Betracht sich von selbst machen, wenn nicht servorum imitatorium pecus auch bei uns zu Lande die Bewegungen der süddeutschen Staaten nachmachen zu müssen glaubte. Hier in Hannover hat der Hofdestillateur Peters, im Jahre 1839 ein Hauptkerl bei den Loyalitäts-Adressen und derartigen Sauereien, im Bürgervorsteher-Collegio Anträge gestellt wegen Preßfreiheit, Volksbewaffnung und sofortiger Einberufung der Stände (während es Angesichts der oben angedeuteten Eventualitäten sicher in unserem Interesse ist, daß diese Einberufung so lange wie möglich hinausgeschoben werde). Die Bürger-Vorsteher sind auf die Anträge eingegangen, und nun kommt die Sache an den Magistrat. Was der thun wird, kann man nicht wissen. Das sind solch heillose Lumpen, daß ich nicht berechnen kann, was sie thun. Indeß wird hoffentlich die stärkste aller Leidenschaften, die Furcht, die Feigheit, siegen; und sie werden sich mit Preßfreiheit und Volksbewaffnung nicht die Finger verbrennen, um aber doch etwas zu thun, vielleicht um Einberufung der Stände-Versammlung bitten — und das eben fürchte ich am meisten. Anderer Orten werden sicher ähnliche Thorheiten geschehen. Adickes[1]) war vorgestern hier (zu mir kam er nicht) und hat große Demonstrationen von Seiten der Bremischen Marschen in Aussicht gestellt, ganz wie es von ihm, dem Nachdruck von Fr. Lang[2]) nicht anders zu erwarten steht, da auch er die Nothwendigkeit fühlt, sich zu rehabilitiren. Und daß Bodungen[3]) u. dgl. stillsitzen werden, kann ich mir

[1]) Gutsbesitzer zu Heuhausen, Deputirter des Landes Wursten.

[2]) Schatzrath. Ueber die von ihm im Verfassungskampfe 1839 gespielte Rolle vgl. Oppermann, zur Geschichte des Königreichs Hannover. I, S. 189 ff.

[3]) von Bodungen, Bürgermeister von Münden, Mitglied der Kammern von 1832 u. 1833.

auch nicht denken. Frage: Könnten Sie, auf den Alle ſehen und horchen, nicht in irgend einer Weiſe ein Zeichen geben, was zu thun und zu laſſen ſei? Etwa ſo, daß Ihnen Bürger aufs Rathhaus kämen mit dieſem oder jenem Begehren, und Sie ſich darüber ausſprächen? Das Faktum würde alsbald in die Zeitungen kommen, und man anderswo ſich darnach richten. — Eine zweite Frage: Ich bin überzeugt, die Regierung wird ſich unter den jetzigen Umſtänden glücklich ſchätzen, wenn Sie in die Cammer eintreten. Wollen Sie nicht, ſobald die Einberufung erfolgt (eher wird es kaum nöthig ſein), dem wenigſtens inſoweit entgegenkommen, daß Sie Droops[1]) Reſignation und Ihre Wiederwahl zugeben? Ich denke, wenn Sie dann innerhalb der Friſt die Annahme der Wahl erklären, wird man auf dem Revers kaum beſtehen. — Ich will den Verſuch machen, irgendwo noch eine Wahl für mich zu erhalten, wahrſcheinlich in Hameln, wo ich erſt einmal zuhören will, ob der Gewählte nicht zur Reſignation geneigt. Könnte ich dann, wenn dies der Fall und es nöthig ſein ſollte, auf eine Empfehlung von Ihnen dahin rechnen?

Der Ihrige
D.

Nr. 2. Osnabrück, 9. März.

Ihr langerſehnter Brief, lieber Freund, hat mir viel Vergnügen gemacht durch ſeine köſtlichen Einfälle, weniger durch Ihre an ſich gewiß richtige, aber unter den Umſtänden unmögliche, und jetzt ja auch ſchon vereitelte Anſicht von der Art, wie zu handeln. Man kann in ſolchen Augenblicken dem Volke die Bewegung nicht mit Cirkel und Richtſcheid vorſchreiben. Das geht, wie es will und kann, iſt ja doch das ganze Treiben irrational. Mich hat dieſe ganze Wendung der Dinge erſchreckt und betrübt. Ich habe einen Tag draußen zubringen müſſen, um mich wieder zu ſammeln, bin aber doch nicht klar. Was jeder einſehen muß, iſt, daß Mittel der Güte und Vernunft bei unſerem Herrn nicht anſchlagen werden, und andere ſind meine Sache nicht. Was ſollte man nun thun? Ich habe zuerſt geglaubt, mich nun der Stände-Verſammlung nicht mehr entziehen zu dürfen, habe eine Vorſtellung beim Cabinet eingebracht, und bin, wenn dieſe zurückgewieſen

[1]) Stadtrichter Dr. Droop war in Osnabrück als Erſatzmann gewählt. Stüve, an erſter Stelle gewählt, hatte erklärt, den ſeit 1841 vorgeſchriebenen Revers wegen Anerkennung des Landesverfaſſungsgeſetzes ausſtellen zu wollen, wenn man ihn zulaſſen wolle. Letzteres unterlag nach den früheren Vorgängen begründetem Zweifel. Da der die Erklärung als ungenügend bezeichnende Beſcheid ſich auch auf Friſtverſäumniß berief, ſchien es, als ob die Wahl caducirt werden ſollte. Auf eine weitere Eingabe Stüves erfolgte jedoch nun die Zulaſſung unter dem 15. März.

wird, bereit, mich der Wiederwahl zu unterwerfen und den Revers zu zeichnen. — Was die Petitionen angeht, so hatte ich daran gar nicht gedacht. Indeß, als die Badenschen Nachrichten kamen, war Breusing[1]) mit anderen zusammengetreten und, vernünftig genug einzusehen, daß es mit dem König nichts sei, entschlossen, erst an die Stände zu gehen. Allein nun kam Hannover, und eine Clique von Kaufleuten, jungen Doctoren mit albernen communistischen Redensarten und souverainer Unkenntniß der Verhältnisse, Leute, die bis dahin sich capricirten, nichts von Politik wissen zu wollen, unter ihnen die Führer der Pfaffenparthei, wollten los, um das Volk an sich zu ketten. Dagegen haben die anderen jetzt durchgesetzt, ihre Petition nur an den Magistrat zu bringen, und wir werden sie, um nichts Unheilbares zu thun, nur an den Minister des Innern schicken, in der Hoffnung, daß hier ein Wort zur Zeit vielleicht nicht verlohren sei. Das ist die Sachlage hier. Bodungen will natürlich auch los, hat mir einen albernen Brief geschrieben: Wippermann werde Minister des Innern in Cassel. Die Lüneburger haben sich nach den Zeitungen ebenfalls in Bewegung gesetzt. Sie sehen also, daß Ihr ganz richtiger und mit meiner Ueberzeugung völlig stimmender Rathschlag längst überflügelt ist. Die Resolution Falckes[2]) ist möglichst albern. Die Chikane über die Modalitäten der Preßfreiheit, die nur vom Bunde ausgehen sollen, während alle Staaten solche selbst bestimmen, die Unmöglichkeit der Vertretung am Bunde höchst auf Schrauben gestellt, man wagt weder ja noch nein zu sagen. Solche Halbheit ist nur in Hannover möglich und nur da zu ertragen. Gewiß wird man nun schweigen, und sich damit gänzlich blamiren. Könnte man doch noch sagen: man wolle die letzten Tage eines sterbenden Greises nicht verbittern.

Wahrlich es ist sehr schwer, jetzt eine richtige Stellung zu nehmen. Volle Wahrheit ist unter solchen Umständen das durchaus Nöthige, und wie ist diese bei den Zuständen möglich? Ich meine doch, daß eine baldige Berufung der Stände das Beste ist. Da allein kann man diese Knoten einigermaßen lösen. Das Schwierigste ist die richtige Stellung zur Verfassungsfrage.

Hier ist im Grunde alles sehr ruhig; aber lächerlicher Weise fürchten „die Fremden", wie man hier die Hannoverschen Angestellten nennt. Man soll das Militair consignirt gehabt haben. Unter die Bauern kommt auch

---

[1]) Banquier und Altermann, Mitglied der früheren Kammer, aus dem Verfassungskampfe und der Criminaluntersuchung bekannt, in welcher er von Stüve vertheidigt wurde. Vgl. J C B Stüve. I. S. 310.

[2]) Vgl. Oppermann: Zur Geschichte des Königreichs Hannover. II. S. 11. Es war die vom Cabinetsminister v. Falcke redigirte Antwort des Königs auf die Magistratspetition.

allmälig die Bewegung. Es wird heißen: „Exemtion und Jagdrecht weg.“ — Daß in Cöln die Communiſten ſich ſo ganz unerhört blamirt haben, iſt ein rechtes Glück; aber unſer Wohl und Wehe kommt von Preußen. Was der König gethan, genügt offenbar nicht; was dann am Rheine geſchieht, Gott weiß es.

Böſe[1]) wollte eine Zuſammenkunft vor dem Landtage. Ich habe geſagt: Zwei Tage vor der Eröffnung in Hannover — daß Sie für Hameln gewählt werden, gebe Gott. Gern werde ich dazu mitwirken, wie ich kann.

Ihr

JCBS.

Nr. 3. Hannover, 10. März.

Ich ſchreibe Ihnen, theurer Freund, heute nur, um Ihnen mein altes Lied vorzuſingen, wie dringend nothwendig es iſt, daß Sie zur St.-Verſ. kommen.[2]) Sollen wir irgend von dem, was um uns her vorgeht, Früchte erndten, ſo müſſen Sie die Garben binden; mit Ihnen wird es eine ſtarke einige Cammer geben, ohne Sie eine in den tollſten Anträgen zerfahrende, von der das Land mehr Schaden, die Regierung mehr Nutzen haben würde, als wenn die Majorität aus lauter Beamten pp. beſtände. Das Alles wiſſen Sie auch weit beſſer, als ichs Ihnen ſagen könnte. Daß die Regierungsleute längſt und von Anfang an, d. h. vor den franzöſ. und deutſchen Ereigniſſen, Ihren Eintritt gewünſcht haben, habe ich Ihnen ſchon früher geſchrieben, Sie aber nicht glauben wollen. Nun kann ich Ihnen noch ganz beſtimmt folgendes Faktiſche melden. Auch viele Junker haben früher ſchon Ihr Kommen gewünſcht (ſelbſt Schele[3]), Münchhauſen[4]) u. ſ. w.). Dieſe haben indeß nur gewünſcht, keine beſtimmten Schritte gethan. Nun iſt in dieſen Tagen Graf Platen bei Falcke geweſen und hat mit dem über dieſen Gegenſtand eine lange und ſehr belebte Unterredung gehabt, an deren Schluſſe Falcke erklärt hat: er werde, wie er beſtimmt verſichere, ſich Ihrem Eintritt, ſo unangenehm ihm dieſer auch ſei, nicht widerſetzen, und werde, wenn der König ihn frage, in dieſem Sinne ſich ausſprechen; wie der König über die Sache denke, wiſſe er nicht, nur daß man auf des Königs Entſchließung nicht einwirken könne. Ich bitte Sie, dieſe Notiz unter uns zu laſſen. Komiſch iſt nur, daß F. Ihr Eintritt unangenehm; nach meiner

---

[1]) Hauptmann Böſe in Bederkeſa, oppoſitionelles Mitglied der Kammern von 1839 und 1841, bekannt durch die gegen ihn eingeleiteten Verfolgungen.

[2]) Stüves Brief vom 9. kam erſt am 11. in Detmolds Hände.

[3]) Geh. Cabinetsrath. — [4]) Cabinetsrath.

Ueberzeugung ist dies bei diesem Menschen, der vor Allem kindisch, weibisch eitel ist, nur eine reine Schriftsteller-Rancüne, aus dem Jahre 1839, von wegen der Kritik seines B.-T.-Memoires[1]). Ferner ist mir aus seinen Aeußerungen klar geworden, daß F. noch all zu guten Muthes ist, daß er die Bewegungen im übrigen Deutschland nicht für die hiesigen Zustände gefährlich erachtet. Ich hoffe indeß doch, daß ihm die Sache näher komme. Zu verdenken ist ihm sein Vertrauen nicht, nach den letzten Vorgängen hier, zumal er damit in direkte Berührung gekommen ist, und sich überzeugen konnte, wie er nach wie vor der miserabelsten Hundedemuth gegenüberstand. Diese Reformpetitions-Geschichte hier ist über alle Begriffe schustig. — Das B.-V.-Collegium hatte einen Antrag wegen einer umfassenden, zum Theil kindischen Petition an den Magistrat zu bringen gedacht. Der vom Magistrat besoldete Wortführer wußte dem Antrage Schwierigkeiten entgegenzustellen, so daß man sich mit dem Antrage auf eine gemeinschaftliche Sitzung begnügte, in der die Zeitverhältnisse berathen werden sollten. Der Magistrat war in großer Angst; eine Reformpetition konnte ihn um die Gnade Sr. Majestät bringen; wies er die Sache von der Hand, so konnte sie in schlimme Hände fallen, und dann hatte er sich bei der Bürgerschaft blamirt und verlor doch die Gnade Sr. Majestät. Dachenhausen[2]) soll guten Rath gegeben haben, und da hat man denn die Sache wirklich pfiffig escamotirt. Die gemeinschaftliche Sitzung ward auf den 7. Morgens anberaumt; als das in der Stadt bekannt wurde und unwillkommener Zulauf während der Sitzung zu befürchten war, wurde dieselbe citissime und in aller Stille schon am 6. Abends gehalten, und als das B.-V.-Colleg sich einstellte, legte Magistratus eine schon fertige Petition vor, der die B.-V. sich anzuschließen um so weniger Bedenken trugen, als die darin nicht aufgenommenen Anträge Manches gegen sich hatten, und der Magistrat sie einer besonderen Comission zu überweisen vorschlug. Damit nicht bei der Ueberreichung Zusammenlauf entstehe, brachten Evers[3]) und der B.-Worthalter Meyer die signirte Petition noch gleich nach der Sitzung, Abends 8 Uhr, ins Palais an einen Kammerdiener des Königs oder dgl. Auf den folgenden Nachmittag bestellte der König eine Deputation zu sich. Die 8 Leute fuhren in aller Stille in Kutschen hin, ich glaube vors Hinterhaus, das Weitere kennen Sie. — Ich hatte von Anfang an von allen Schritten abgerathen und den Leuten, die bei mir gewesen, gesagt: Auf demüthige Bitten bewilligt der König nichts, erobern wollt Ihr nichts, also sitzt lieber stille, als ein „Nein" zu provoziren, das Euch lächerlich macht, den übrigen

[1]) Vgl. J C B Stüve. I. S. 286.

[2]) von Dachenhausen, Landdrost in Hannover.

[3]) Stadtdirektor.

Fürſten ein böſes Beiſpiel giebt, und den Kronprinzen bindet. Die Leute wollten aber nicht glauben, daß der König nach Allem, was in Deutſchland vorgegangen, noch Nein ſagen werde. Nun die Antwort meine Vorherſage beſtätigt, ſind meine Actien bedeutend geſtiegen, und ich habe für den Augenblick mehr Einfluß, als mir irgend lieb iſt, und ich zu benutzen wüßte, zumal nicht das Allergeringſte zu machen iſt. Wollte man irgend noch etwas unternehmen, ſo müßte man hier erſt den Magiſtrat beſeitigen, d. h. ſo ſtellen, daß er entſchieden entweder auf die eine oder andere Seite trete; ſonſt escamotirt der jede Bewegung, indem er ſich ſcheinbar an die Spitze ſtellt.

Ich habe nach Hameln geſchrieben, ob dort eine Reſignatiou des Gewählten möglich. Bekomme ich günſtige Antwort, ſo bitte ich Sie um eine Empfehlung dorthin, die Sie am bequemſten in einem Briefe an den Herrn v. Gülich[1]) geben könnten, dem ich perſönlich nicht unbekannt bin, und deſſen Empfehlung in Hannover, wo der öffentliche Geiſt auch in den letzten Jahren ſehr ſchwach geworden, mir ſehr nützen würde.

Noch Eins wegen Ihres Hieherkommens zur St. V. Die Leute, welche in der Regierung pp. Ihren Eintritt wünſchen, haben nur vor Einem Angſt, daß Sie nämlich die Verfaſſungsangelegenheit wieder rühren. Aus dieſem Grunde wird man Ihnen den Revers gewiß nicht erlaſſen. Ueber dieſen Punkt mag ich keine neue Bitte ausſprechen, ich kann mir aber kaum denken, daß Sie ohne Reverſirung in die Cammer eintreten möchten, in der Sie ſchon dadurch gegen alle übrigen Mitglieder in eine eigenthümliche Stellung kommen würden. Und am Ende wärs ja auch inconſequent, daß Sie für Ihre Perſon die Vollziehung des Reverſes weigern wollten, die Sie bei Ihren Freunden zugegeben haben, von denen doch gewiß der Eine oder Andere Sie dieſerhalb conſultirt hatte.

Auch unſaubere Geiſter regen ſich hier; und wie ich überzeugt bin, oder vielmehr poſitiv weiß, ſteckt Rumann[2]) dahinter. Der möchte die Hauptbewegung gegen die Gewerbeordnung leiten, die Innungen dagegen hetzen, d. h. Aufzug derſelben in corpore und womöglich ſo eine Bewegung herbeiführen, die nicht Evers, wohl aber ein Anderer dämpfen könnte, der dann als Rettungsengel erſchiene, zumal die Zünfte, vor Allem die Schuſter u. dgl., ſehr an ihm hängen. Dergleichen gar ſchlimmen Gelüſten zu begegnen, iſt jetzt mein Hauptbeſtreben.

Ihr

Detm.

---

[1]) Stüves Freund G. v. Gülich in Wertheim bei Hameln lebte nicht mehr; mit deſſen Bruder und Beſitznachfolger hatte Erſterer keine freundſchaftlichen Beziehungen.

[2]) Ueber die unrühmliche Beendigung des gegen den Stadtdirector Rumann geführten Criminalproceſſes durch Abolition unter Penſionirung Rumanns 1843, vgl. deutſches Staatsarchiv V. S. 315 ff.

Nr. 4. Hannover, 17. März Nachmittags.

Ich weiß nicht, ob die Hannoversche Zeitung schon Berichte bringen wird über die heutigen Vorgänge; deshalb melde ich in Eile Folgendes. Gestern Abend hatte der Magistrat den Bürgern zugesagt, er wolle sich an ihre Spitze stellen bei Ueberreichung der Petition. Gestern Abend spät scheint Dachenhausen noch beim Magistrat und einigen anderen Führern (Hofrath Holscher) thätig gewesen zu sein: der Magistrat weigerte heute Morgen deßhalb seine Theilnahme. Nun gingen die Bürger ohne ihn; der König sei krank, hieß es, half aber nicht, man wollte sich nicht zurückweisen lassen. Der König, wirklich krank und sehr krank, empfing nun, ob eine Deputation oder nur die Petition, im Bette. Antwort solle erfolgen. Man forderte sie gleich und wollte in's Palais. Davon hielt Holscher die nun warm Gewordenen zurück. Nun kam Bescheid, und zwar Bewilligung: 1) Amnestie und Rehabilitation aller politisch Bestraften, 2) sofortige Aufhebung der Censur, 3) Oeffentlichkeit der Stände-Verhandlungen. Ueber das Uebrige solle mit den Ständen verhandelt werden. Die Oeffentlichkeit der Stände-Verhandlungen war, wie ich vermuthet, schon gestern beschlossen; die Aufhebung der Censur würde in 8—14 Tagen doch erfolgt sein. Es ist also im Grunde wenig oder nichts bewilligt worden, dennoch ist die Sache für die Leute auf beiden Seiten von der enormsten Bedeutung; die Bürger fühlen sich gehoben, die Regierungsleute, vor Allem der Adel, sehr deprimirt, wozu denn freilich die Wiener Nachrichten das ihrige beitragen mögen. Der König ist übrigens so krank, daß vielfach geglaubt wird, er könne nur noch wenige Tage leben. Bis gestern hatte er noch die Absicht, die St.-V. in Person zu eröffnen; gestern aber hat er eingesehen, daß es nicht geht. Der Kronprinz ist, wie ich mit Bestimmtheit erfahre, so wahnsinnig verblendet, daß er nicht von der geringsten Concession wissen will, und seinem Vater verdenkt, daß der so weit gegangen. — Man macht hier schon Ministerlisten und zwar thun das ganz vernünftige Leute. Als ich über meine Ansicht gefragt wurde, rieth ich den ersten Besten, nur Jemand, dem demnächst nicht daran liege, die Stelle zu behalten, und als spezielle Liebhaberei Dahlmann als Minister der geistl. und Unterrichts-Angelegenheiten, worin die schönste Sühne für den 20. November 37 liegen würde. — In einem Städtchen irgendwo ist Breusing Ersatzmann; wär's nicht möglich, daß dessen Vordermann resignirte, und Br, wenn auch nur auf 4 Wochen, herkäme. Sie dürfen versichert sein, was Sie vielleicht nicht so glauben, daß eben Br. gegenwärtig in der Cammer Großes nützen könnte. Thun Sie mir den Gefallen und reden Sie mit ihm darüber.

Nach Frankfurt will — — Dr. Matthaei, des alten Lang Schwiegersohn, ein ganz schm .... Patron. Der Ihrige

D.

Nr. 5. Osnabrück, 18. März.

Ihr Brief vom 17., lieber Freund, traf hier zusammen mit anderen Briefen aus Hannover, die meldeten, der König habe nachgegeben, Preßfreiheit, Freiheit der Versammlungen, Oeffentlichkeit, was weiß ichs. Dazu die Nachricht von Metternichs Sturz. Nun werden die Menschen ganz wild, alles kalte Wasser aufgießen war vergebens. Heut Abend ist die ganze Stadt illuminirt, Lütcken[1]), Knesebeck[2]), alles mit. Der Landdrost hat den Schloßcastellan beinahe mit Gewalt, wenigstens Drohung von arretiren, gezwungen, das Schloß auch zu erleuchten. Sie denken sich so eine Wirthschaft nicht. Schwarz-roth-goldne Fahnen, Cocarden, Bänder, wie Sie es verlangen. Gott tröste, wenn nun nachher die Wette ausgetrunken ist, ehe sie gewonnen war. Dazu ist nun so eben wieder eine Petition unterzeichnet wegen Entlassung der Minister (daß Falcke nicht bleiben könne, sprechen nun auch die Junker aus). Da fingen denn die Exaltirten an, Opposition zu machen. Denen war die sehr grobe Petition nicht scharf genug; sie brachten es auch dahin, daß ein Theil der Versammlung weglief, ohne zu zeichnen. Im Ganzen aber halte ich diesen Streit für glücklich, weil eben dadurch diese Menschen sich widerwärtig gemacht und selbst mit einem Theil ihrer Anhänger gebrochen haben. Auch gestern Abend ist die Versammlung gut verlaufen. So wäre denn der Lärm wenigstens als Demonstration jedenfalls unschädlich.

Sonst theile ich alle Ihre Sorgen, namentlich wegen der Gewerbe-Ordnung, recht sehr. Es wird schwer sein, da Böses zu vermeiden.[3]) Wegen Göttingen[4]) wünsche ich von Herzen, daß die Sache sich lege. Noch

---

[1]) Der Landdrost. — [2]) Regierungsrath.

[3]) Die vermeintlich zu freisinnigen Bestimmungen der Gewerbeordnung vom 1. August 1847, welche am 1. Juli 1848 in Kraft treten sollten, erregten bei den zünftigen Handwerkern der Städte, namentlich der Stadt Hannover, große Aufregung. Unter den 12 Punkten, welche die am 16. von der Bürgerschaft beschlossene Adresse forderte, befand sich deshalb auch das Verlangen nach Zurücknahme der Gewerbeordnung. Detmold hatte in einem hier wegen seines alsbald überholten Inhalts nicht mitgetheilten Briefe vom 17. Vormittags darüber bemerkt: „So weit ist alles gut, und da die Adresse (vgl. Oppermann, II., S. 19) in mancher Beziehung die beste Antwort auf die kindische Proklamation von vorgestern (a. a. O. S. 16) ist, sogar sehr gut — nun kammt das Schlimme. Die Adresse verlangt auch Zurücknahme der Gewerbeordnung. Ist der König irgend gut berathen, so gewährt er diese Bitte durch Zusage einer desfallsigen Vorlage an die Ständeversammlung. Damit hat er die Residenz auf Leib und Leben gewannen, ein ungeheurer Loyalitätsjubel [wird sich] entzünden, in jetziger Zeit doppelt erwünscht. — Hoffen wir, daß Wisch sein Werk nicht fahren läßt. Uebrigens hat gerade diese Bitte die Bürgerschaft für den Schritt begeistert." Vgl. übrigens J C B Stüve. II. S. 22.

[4]) Ueber den Studententumult in Göttingen vgl. v. Hassel, Geschichte. I. S. 523 ff.

bin ich in Sorgen wegen Berlin. Das müſſen wir alle geſtehen, daß mit Metternich das Schlimmſte beſiegt iſt. Uebrigens noch eine Thatſache; die Infanterie-Caſerne wird erleuchtet; der Commandeur wills aus der Regimentscaſſe thun; allein die Unteroffiziere weigern das, ſie wollen es ſelbſt zahlen.

Eben ſchreibt mir Buddenberg [1]), der nicht ſanguiniſch iſt, über den trefflichen Geiſt, der ſich auf einmal in den dortigen Bauern rege, mit größter Freude. Es ſind viele ſchöne Blüthenknoſpen, aber: Wie viel Früchte verlangſt du für dieſe Blüthen? Leſen Sie es in Goethe weiter nach.

Ihr

JCBS.

Nr. 6. Sonntag Morgen, 19. März.

Ueber die hieſigen Vorgänge noch Folgendes. Der König, wirklich krank, wollte die Deputation, welche die Petition (die Adreſſe der Bürger an den Magiſtrat) überbringen wollte, nicht empfangen. Als die Maſſen draußen vor dem Palais aber darauf beſtanden, überbrachte ſie ihm der Cabinetsrath von Münchhauſen, der dann hin- und herlaufend den Vermittler machte. Die Beſcheide auf die Bitten waren im Ganzen zweckmäßig, die Zuſicherungen über das, was gewährt, wurden ohne Clauſeln ertheilt. Darauf zog die Menge ab. Die ſtädtiſche Polizei hätte man immer durchholen mögen. Erſt als Alles zu Ende war, kam in athemloſem Sturmſchritt das Militär an; daß für den Abend manches zu beſorgen, war klar; es waren daher auch die Vorkehrungen getroffen, im Ganzen ſehr vernünftig, dieſe Entfaltung von Militär, aber mit ſehr gemäßigten Ordres, gar keine Polizei. Die Maſſen zogen erſt umher und brachten den Leitern der Bewegung Schütz, Wichelt, Holſcher [2]) Vivats. (Letzterem, bei dem ich gerade zum Souper war, wären mit mehr Recht die Fenſter eingeworfen; denn anfangs enragirt und zu einem Führer eben von Maſſen wunderbar trefflich organiſirt, war er am 16. Abends und am 17. Morgens von Dachenhauſen bearbeitet, hatte geglaubt, auf dem Rathhauſe, von wo man nach dem Palais gehen wollte, die Demonſtration der Maſſen noch verhindern zu können, und hatte zum Heimgehen ermahnt, natürlich vergeblich. Dachenhauſen hatte ſolches Vertrauen auf ihn, daß, während wir bei Tiſche, eine eilige Sendung ankam: H. möge kommen, um die Maſſen, die gegen Falckes Haus anzögen, zu beruhigen.) Nach den Vivats kam es zu anderen Demonſtrationen, zuerſt gegen Falcke. Vor deſſen Hauſe war eine Maſſe Militär, die aber nur wegzudrücken ſuchte, ohne einzuhauen. Falcke wurden ſämmtliche Scheiben eingeworfen,

[1]) Advokat in Berſenbrück, Stüves politiſcher Freund. — [2]) Hofrath, Leibchirurgus.

das Eindringen hinderte das Militär. Nun ſollte der Gräfin Grote [1]) Gleiches geſchehen; da man deren Wohnung nicht wußte, litten mehrere benachbarte Häuſer mit, auch das der Frau von Schulte, auf die es ſonſt nicht gemünzt war, da die eben unter dieſen Maſſen viele Freunde hat. Man fand daher auch am andern Morgen an deren Haus geſchrieben: Wir bitten um Entſchuldigung. Wiſch [2]) (die Gewerbe-Ordnung) und Malortie [3]) wußte man nicht wohnen, und verſchob einen Beſuch bei dieſen ganz gemüthlich auf den folgenden Abend. Inzwiſchen hatte der Magiſtrat die beiden Piecen, die Adreſſe der Bürger an ihn und ſein Begleitſchreiben, nebſt Nachricht über die gewährten Punkte, drucken und Abends durch die Bürger-Corporale vertheilen laſſen. Am andern Morgen brachte die Hann. Zeitung in einem Extrablatte die beiden Petitionen nebſt Bericht über des Königs Beſcheid. Der lautete jetzt ganz anders und hier lag ſicher ein Mißverſtändniß oder Fälſchung vor. Daneben kam an den Magiſtrat die Reſolution des Königs, die mit der H. Z. im Weſentlichen übereinſtimmte. Nun wäre für den Abend ſicher das Schlimmſte zu erwarten geweſen, dem man aber durchweg ſehr klug begegnete: Errichtung einer Bürgerſchutzwache, für die man namentlich auch die jungen Leute, zumal die gefährlichen Polytechniker, zu gewinnen wußte. Das Militär ſollte nur auf Requiſition der Bürgerwache einſchreiten. Daneben aber, und das war die Hauptſache, waren die umfaſſendſten militäriſchen Maßregeln getroffen, ſo z. B. in höchſter Eile die vielen 1000 Ketten, welche die Friedrichsſtraße, Georgenſtraße und Wälle einfaſſen, entfernt, damit die Cavallerie nicht gehindert werde, u. ſ. w. Gegen Abend dann noch Abſperrung des Calenberger Thors gegen das Eindringen des Lindener Mobs, namentlich der Egeſtorffſchen Arbeiter. So blieb alles ganz ruhig, die Maßregeln werden noch fortdauern und ſomit auch die Ruhe. Daß Verhandlungen zwiſchen Magiſtrat und Cabinet wegen der doppelten Verſion zugelegt werden, ſcheint mir unerläßlich. Die Bürgerſchaft hat ſich auch ſchon deßhalb an den Magiſtrat gewandt; ob aber irgend etwas geſchehen wird, weiß und glaube ich nicht, zumal der König fortwährend ſehr krank, und es das Gefühl verletzt, den vielleicht Sterbenden zu moleſtiren. Noch bis vorgeſtern Morgen war der König entſchloſſen, die Stände in Perſon zu eröffnen; da aber fühlte er ſich zu ſchwach dazu, und nun thuts Prinz Solms, einſt der Held des chriſtlich germaniſchen Princips, jetzt Radicale. Ihr Programm habe ich erhalten, es iſt Alles, was ich wünſche. Um die neue Preßfreiheit gleich zu benutzen, laß ichs drucken, natürlich mit Ausnahme der von Ihnen angemerkten Stellen. So kann man demſelben die

[1]) Staatsdame und regelmäßige Geſellſchafterin des Königs.
[2]) Miniſter des Innern. — [3]) Hofmarſchall.

nöthige Verbreitung geben; ich ſchicke Ihnen bis übermorgen Exemplare davon.[1]) Mit meiner Wahl in Celle iſt es auch nichts, da Schulz[2]) wohl bereit iſt, zu reſigniren, nun aber die (früher fehlenden) Deputirten aus Celle im Ueberfluß vorhanden, und namentlich ein Dr. Gerding[3]) ſich zum Volkstribun aufwirft. Ich werde alſo warten, bis es irgendwo eine Vacanz gibt, vielleicht in Hameln, da der dortige Deputirte nur aus Neugier zu kommen ſcheint, und, wenn die Sachen breiter und langweiliger werden, ſicher zurücktritt. Wär' ich aber irgendwo gewählt, würde ich gleich zurücktreten, damit Breuſing eintreten könne. B. muß durchaus in die Cammer. Es rühren ſich jetzt Elemente und erringen die Herrſchaft, auf die nicht Sie direkt, wohl aber mit und durch B. den größten Einfluß üben können, der Ihnen ſonſt direkt fehlen oder wenigſtens zeitweilig entgleiten würde, zumal ja die ganze Staatsdienerſchaft Ihnen als ihrem Heilande zujauchzt, und Lütcken noch ganz kürzlich Ihre Zulaſſung auf das allerdringendſte befürwortet hat, eben mit Hinweiſung auf die aufgeregte Zeit u. ſ. w. Mit B. aber werden Sie nicht den geringſten Widerſtand finden. Sollen wir Früchte haben, müſſen Sie ſie einernten, und wie geſagt, in der Aufregung des Moments, die in den nächſten 4 Wochen ſicher noch ſteigen wird, kann Ihnen niemand beſſer helfen als B. B. kann und wird das Opfer bringen, zumal für einen Bankier es jetzt kein beſſeres Geſchäft giebt, als die Caſſe und Comptoir zu ſchließen. Droop mag die Sache in die Hand nehmen und Bening[4]) zur Reſignation bewegen.

Ihr

D.

Eben wird folgende Bekanntmachung vertheilt:

An den allgemeinen Magiſtrat und die Bürgervorſteher Meiner Reſidenzſtadt Hannover. Da dem Vernehmen nach Zweifel darüber entſtanden ſind, ob der Inhalt Meiner Erwiederung an den allgemeinen Magiſtrat und die Bürgervorſteher Meiner Reſidenzſtadt vom geſtrigen Tage mit der unter dem Abdruck der Petitionen geſetzten Eröffnung des Magiſtrats vom 17. d. M. genau übereinſtimme, ſo nehme Ich keinen Anſtand zu erklären, daß Ich den Inhalt der gedachten Magiſtrats-

[1]) Dies iſt anſcheinend nicht geſchehen und wird deshalb unterblieben ſein, weil das von Stüve unter dem 17. März mitgetheilte, von ihm als Ständemitglied und für das Verhalten der Stände aufgeſtellte Programm — er bemerkt dazu: „vielleicht klingen die Sachen nur zu beſcheiden, ſind es aber nicht" — nach ſeiner am 20. März erfolgten Berufung zum Miniſter in dieſer Form keine Bedeutung mehr haben konnte. Da es indeß ſachlich Stüves damalige Auffaſſung wieder giebt, iſt es unten mitgetheilt.

[2]) Kaufmann in Celle, Mitglied der früheren Kammer.

[3]) Advokat daſelbſt.

[4]) Amtmann Bening war für die Bentheimſchen Städte gewählt.

Eröffnung als Meine Königliche Entschließung anerkenne, und Ich hätte geglaubt, daß diese Erklärung nicht nöthig sein würde, da jeder Hannoveraner wissen sollte: daß Ich das, was Ich sage, vorher überlege, aber dann auch halte.

Hannover, den 18. März. Ernst August.

Merkwürdige Piece! Ohne Falckes oder andre Contresignatur! Wie naiv, daß man diese Erklärung nicht für nöthig gehalten, da die Königliche Resolution so genau mit dem Berichte der Hann. Z. (dieser wollte man anfangs die Schuld geben) übereinstimmt, also eben so sehr von der Version des Magistrats abweicht. C. R. v. Münchhausen machte gestern Abend bei allen Stationen der Schutzbürger die Runde, und da mag er denn Manches zu hören bekommen haben, was, zumal verstärkt durch die Wiener Nachrichten, die Rückkehr zu der ersten Version veranlaßte.

Nr. 7. Stüves Programm vom 17. März.

Maßregeln, keine Principien!

Die Erfolglosigkeit der Bewegungen des Jahres 1830 muß dem Umstande zugeschrieben werden, daß Ein Stand sich solche aneignete. Das ist in Frankreich der Stand der großen Capitalisten, in Deutschland der mit demselben mehrfach gleichzustellende Staatsdienerstand. Denn die Klagen über eine gefährliche bourgeoisie in Deutschland sind meist lächerlich.

Der Staatsdienerstand hat sich aber überall unfähig gezeigt, die erworbenen Vortheile zum Besten des Volks zu benutzen. Baiern, Würtemberg, Baden, beide Hessen, Sachsen, überall dieselbe Klage. Bei uns hat er in Hochmuth und Schwäche das Land verrathen, und sich selbst zum Diener eines traurigen Junkerthums gemacht. Die Junker haben die Beute gewonnen, die das Staatsdienerthum dem Königthum und dem Volke abzunehmen gewußt hatte.

Wollen wir jetzt bessern, so müssen die Waffen gegen dieses Staatsdienerthum, sowohl Bürger als Adel, gerichtet werden. Der landbesitzende Adel ist nicht der Feind, den das Land zu fürchten hat, wenn auch einige Streitpunkte bleiben (siehe unten); es ist nur der staatsdienernde Adel gefährlich. Nur dieser hat Rückhalt in der Regierung.

Um aber zum Ziele zu gelangen, müssen wir weitergreifende Reformen zwar nicht verschmähen; sie sind notwendig; allein wir müssen uns an praktische Punkte halten. Jene würde man wieder auf künftige Gesetze, Regulative pp. hinausschieben und einstweilen alles beim alten bleiben.

Zum Theil werden jene allgemeinen, weitergreifenden Reformen auch bereits so kräftig betrieben, daß wir nur zu adhäriren brauchen. Nament-

lich in den Bundessachen. Vertretung am B T., Aufhebung der Schlüsse von 1819, 1832, 1834 — freie Presse, die nirgend nöthiger, Vertretung am Bunde, die uns allein mit Deutschland einigen kann.

Durch uns selbst ist zu betreiben: Oeffentlich-mündliches Gerichtsverfahren und Aufhebung des fori privilegiati — der Patrimoniatsgerichte; möglichste Oeffentlichkeit in der Verwaltung — ein besseres Wahlgesetz — ein besseres Reglement.

Das Nothwendige aber bleibt die Umgestaltung der Verwaltung, und hierzu ist erforderlich:

a) erneuerte Stärkung des Ständewesens durch — außer den oben erwähnten Puncten — die Oeffentlichkeit. Es möchte rathsam seyn, sich hier in gar keine Discussionen weiter einzulassen; sondern einfach die Gallerien zu öffnen. Das fait accompli würde durchgreifen.

b) die Regierung muß in den Kammern durch solche Personen vertreten werden, die dem Könige selbst vortragen. Nur dadurch ist richtiger Vortrag möglich, während sonst alles im Actenwesen zu Grunde geht.

c) keine Erlaubniß zum Eintritt in die Stände darf nöthig seyn.

Die Hauptsache ist die Verwaltung und hier

a) der Grundsatz der Verantwortlichkeit und zwar
1. für die Minister nach § 156 sq. des Staatsgrundgesetzes,
2. für die übrigen Staatsdiener nach § 161 und 89;

b) die Möglichkeit der gerichtlichen Klage durch bessere Herstellung der §§ 37, 38 und bessere Sicherstellung der Entscheidung des Competenzconflicts;

c) Aufhebung der durchaus unmoralischen Bestimmung, daß ein Staatsdiener wegen Vergehen im Dienst (!) nur mit Erlaubniß seiner Vorgesetzten (also die Minister garnicht) zur Verantwortung vor den Crim.-Richter gebracht werden kann (§ 340 des Cr.-Ges., § 3 des Gesetzes über das Verfahren).

d) Noch nothwendiger beinahe ist es, daß gegen polizeiliche Bestrafung dem Bestraften der Recurs an die Gerichte geöffnet werde. — Die Verordnung vom 17. Januar 1840 (Befolgung der Gesetze pp.) muß weg. Die Polizei ist die eigentliche Angel, um die sich alles dreht, das Palladium des neueren Beamtenthums, dem man durchaus (vom Bundestage ausgehend) die Unabhängigkeit sichern will. Hier muß der Schutz des Richters möglich seyn.

Es muß aber auch hier ferner das Gemeindewesen angegriffen werden. Die Landgemeinden lasse man möglichst ungerührt. Jede Organisation bringt ihnen die Gefahr der Unterjochung näher. Die Städte sind unterjocht, und hier müssen nothwendig

a) die Uebergriffe der neuen Verfassungen bei Wahlbestätigungen,
b) beim Oberaufsichtsrechte auf die Gemeindeverwaltung,
c) rücksichtlich der Polizeiverwaltung

remedirt werden. Die Regierung hat sich hier eigenmächtig in Besitz gesetzt. Es ist eine sehr billige Forderung, daß sie diesen aufgebe, alle Puncte, welche gegen den entschieden ausgesprochenen Willen der Städte eingetreten sind, außer Kraft stelle. Dasselbe gilt von den organisirten Gemeinden im Bremischen, Land Hadeln, pp. —

Vor allem muß auf Beschränkung des Oberaufsichtsrechts Bedacht genommen werden. Das ist auch sehr unnöthig bei gehöriger Oeffentlichkeit.

Allen Gemeinden muß die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder wieder beigelegt, alle Disposition über Gemeindemittel den Aemtern und Behörden aufs entschiedenste entzogen werden.

Vielleicht ist es rathsam, daß wählbare Vorsteher aller amtssässigen Gemeinden zu den Amtsberathungstagen zugezogen werden. Das würde die Leute bilden und den Beamtendünkel modificiren.

Das Landgemeindewesen wird nothwendig auf die Exemtionen führen. Man muß solche aufzuheben suchen, jedoch so, daß

a) der Adel nicht dadurch der Regierung dienstbar gemacht, und
b) nicht die Organisation der Gemeinden den Beamten in die Hände gegeben werde.

Die Jagdbeschwerden werden Remedur erhalten müssen, aber mit Vorsicht, aus dem oben unter a angeführten Grunde.

Die Finanzen sind jetzt die Kraft der Stände, die neue Ausgabenvertheilung die größte Gefahr der Regierung. Hier gehe man ständischerseits ja nicht mit Anträgen vor, sondern erwarte was kommt. Die Kündigung [1]) kann ja ohnehin erst nach bewilligtem Budget geschehen.

Werden diese Waffen gehörig gebraucht — es wird die Aufgabe der Finanzcommission sein, in dieser Beziehung das Cabinet stets in Schach

[1]) Die neben dem Landesverfassungsgesetze getroffene Vereinbarung über die Vertheilung der Ausgaben auf die Königliche und die Landeskasse konnte nach § 140 jenes Gesetzes nach dem 1. Juli 1847 in jeder ordentlichen Diät der Ständeversammlung gekündigt werden.

zu erhalten — so kann man es erleben, daß die Regierung gern das Staatsgrundgesetz wieder gäbe — welches aber in einigen der obigen Punkte nun wohl nach der Erfahrung zu modifiziren wäre.

Alle diese Puncte sind der Art, daß es keiner großen Gesetze und neuen Organisationen bedarf. Man wird Stände auf das hinausschieben wollen. Darauf muß man sich unter keiner Bedingung einlassen. — Man muß diese Puncte gleich von Anfang an zur Sprache bringen, solche kurz formuliren und von der Regierung das Zugeständniß solcher Gesetze verlangen, ehe bewilligt wird. —

Volksbewaffnung wird durch die kriegerischen Aussichten nur zu sehr nothwendig werden.

Nr. 8. Osnabrück, 20. März.

Ihr Schreiben vom 18. [rect. 19.], lieber Freund, trifft hier zusammen mit den Berliner Nachrichten vom 18., die in der Weserzeitung so confus, daß man garnichts davon begreift. Jedenfalls aber ist die Sache auf die schlechteste Weise gewandt, welche möglich, durch das unnütze Blutvergießen. Es ist, als wolle man mit Gewalt die Monarchie unmöglich machen. —

Heute früh brachte Lütcken uns selbst ein Rescript des Ministers des Innern wegen Bürgerbewaffnung aufs Rathhaus, klagte, er erfahre von Hannover nichts. Den neuesten Erlaß über die Concessionen las ich ihm aus Ihrem Briefe vor. Er ist jetzt schmeichelnd gegen die Bürger, wie ich ihn nie möglich gedacht. Man konnte ihm aber dabei etwas aufrücken. Es war aber lustig, wie er sich der Concessionen freute. Das sächsische Programm, das war seine Sache. Indeß wühlen hier auch die Radicalen noch immer fort, und man hat seine liebe Noth mit denen. Cellenser sollen überall herumreisen wollen, um die Leute zu einigen!! Daß Sie nicht erscheinen werden, ist recht schlimm. Die Hamelenser schreiben mir noch wieder, es gehe dort nicht; doch wird vielleicht jetzt ein Rest von Aengstlichkeit besiegt sein, und später geschehen, was sich jetzt noch nicht möglich macht. Breusing erklärt, er könne nicht, und er kann auch nicht. Er kann ja in so gefährlicher Zeit seine Bücher nicht schließen und sagen: ich bekümmere mich um nichts. Da kann der Bankerott darauf sitzen. Einen anderen Disponenten hat er nicht, und wer kann sich jetzt auf Andere verlassen. Noch schlimmer ist, daß Meyer[1]) nicht kommen will. Er meint, Lindemanns Stellung verlange, daß er selbst gehe. Nun haben sie gar den albernen Einfall, ich solle Präsident werden. Wahrhaftig, dazu ginge ich auch nach Hannover, um da als Pagode zu sitzen. Sehen Sie,

[1]) Stüves alter Freund Senator Theodor Meyer in Lüneburg.

so sitzen wir überall fest. Ich schreibe heute nochmals an Meyer, um ihn wenigstens für Frankfurt loszueisen. Denn Matthaei,[1]) daß Gott erbarm! —

Ja, jetzt mag es sich zeigen, wie wenig Menschen wir haben, denen Kopf und Herz auf dem rechten Flecke sitzt. Das Gesindel wird sich mit aller Gewalt vordrängen, und mit Götterweisheit wird man da nicht helfen können.

Nur um eines bitte ich Sie. Es scheint dort ein Getreibe zu sein, wenigstens ist so was hierher geschrieben, ich solle Minister sein. Reden Sie doch um Gottes willen dagegen. Ich tauge nicht dazu, das weiß ich am besten. Ich verstehe es nicht, Andere arbeiten zu lassen, und das ist die nothwendige Kunst. —

Zu dem Trüben noch ein Ergötzliches. Die Schledehauser Bauern bringen auf ihre Weise auch die Sache in Ordnung. Herr v. Schele[2]) hat bisher einen Kirchenprovisor gesetzt, das wollen die Bauern nicht. Nun dankt sein Erwählter ab, um sich von den Bauern wieder wählen zu lassen. Und die Hunde? O die, deren Hunde todtgeschossen sind[3]), können nur sagen, was sie haben wollen. Es wird gleich bezahlt. — Ich bin auch da nicht ohne alle Sorge. Lütcken aber bat — — man möge doch ja suchen, Stadt und Land zusammen zu halten. Wahrlich, diese Umwandlung streift ans Lächerliche.

Ihren Brief vom 17. Nachmittags empfangen.

Ihr
JCBS.

Nr. 9. Montag, 21. März Morgens.

Der gestrige Abend ist ganz ruhig vorübergegangen, wie das nun wohl fortan der Fall sein wird. Nachmittags hat Falcke seine Entlassung erhalten und Hannover verlassen. Es wurde das schon um 6 Uhr Abends dem Stadtdirector Evers offiziell mitgetheilt, um den Bürgern diese erfreuliche Kunde zu eröffnen und die Gemüther zu beruhigen. In der Stadt heißt es bereits allgemein, es sei eine Stafette an Sie, lieber Freund, abgegangen, um Sie an die Spitze des neuen Ministerii zu berufen. Daß dies schon gestern der Fall gewesen, glaube ich nicht, aber in den nächsten Tagen wird es wohl geschehen. Sie glauben gar nicht, mit welcher lammartigen Resignation die Leute, haute volée und Staatsdiener, den Gedanken hinnehmen, Sie an der Spitze des Ministerii zu sehen, ja

[1]) Dr. jur. in Verden, Mitglied der Kammer von 1833.
[2]) Zu Schelenberg. — [3]) Von den Jagdberechtigten.

wie dieſelben bereits für einen ſo tüchtigen Miniſter ſchwärmen und — wie die Ehrlichen ſagen — Gott danken, wenn es nicht ſchlimmer kommt. In die Bürgerſchaft iſt der Gedanke ebenfalls mit ſolcher Macht eingedrungen, daß der König ſich gar nicht widerſetzen kann; wahrſcheinlich werden heute oder morgen Seitens der Bürgerſchaft beßfallſige Schritte geſchehen. Es laufen eine Menge Miniſterliſten um mit verſchiedenen Abweichungen, aber 2 Poſten überall gleichlautend beſetzt, Sie für das Innere, Dahlmann geiſtliche und Unterrichts-Angelegenheiten und Univerſität; — auch Prott, der bisherige Verweſer des Kriegsminiſterii, iſt als ſolcher auf den meiſten Liſten beibehalten; für die Juſtiz haben die Meiſten Francke[1]) in Harburg, der ſicher beſſer paßt als Wachsmuth[2]), den andere haben; das Auswärtige ſcheint am ſchwierigſten zu beſetzen, da finden ſich Graf Bennigſen[3]), Lehzen[4]), Bening.[5]) Für die Finanzen haben die Meiſten Breuſing, einige Lehzen, auf einigen iſt auch das Miniſterium des Auswärtigen in Dahlmanns Hände gelegt. Es ſind das wohl zum Theil Blaſen, welche die Bewegung aufwirft, und die im nächſten Augenblick zerplatzen, aber ſie zeigen, daß in der Tiefe etwas vorgeht; und Sie an der Spitze des Miniſterii ſind, wie geſagt, unabweislich. Das Uebrige findet ſich dann am leichteſten und beſten eben durch Sie. Daß wir hier in der faulen Reſidenz doch wenigſtens in den letzten Tagen um Vieles weitergekommen, geht daraus hervor, daß Rumanns Name ſich auf keiner Liſte findet. Man fühlt, daß Reinheit des Characters jetzt vor Allem vonnöthen.

Mit Ausnahme der Nachricht in der Hannoverſchen Zeitung von geſtern Abend fehlen noch alle beſtimmten Nachrichten über die gräßlichen Berliner Vorgänge. Angebliche Ausſagen von Reiſenden ſind offenbar übertrieben und widerſprechen einander.

Noch einmal wegen Breuſings Hierherkommen; er muß kommen; wenn er nur 4 Wochen hier iſt, dann mag er reſigniren. Ihr

D.

Eben höre ich: es iſt ruhig in Berlin, aber 2000 Leichen, 1200 vom Militair, 800 Bürger. Das Militair, nach 2tägigem Kampfe auf den Tod ermüdet, hat 2500 Mann ſtark die Stadt verlaſſen; der König iſt im Schloſſe wie ein Gefangener be- und mißhandelt. Man ſcheint ihn aber beibehalten zu wollen, zumal andererſeits alle Schuld auf den Prinzen von Preußen geſchoben wird.

---

[1]) Stadtrichter. — [2]) Conſiſtorialſecretair in Hannover, früheres Kammermitglied.
[3]) Schatzrath. — [4]) Desgleichen.
[5]) Regierungsrath im Miniſterium des Innern.

Nr. 10. Dienstag, 21. März, Mittags.

Ich fahre in meinen Berichten fort, in der freilich kaum wahrscheinlichen Voraussetzung, daß dieses Sie, theurer Freund, noch dort trifft. Die Ruhe ist hier keinen Augenblick wieder gestört worden. Der berüchtigte Dr. Grote[1]) soll Versuche gemacht haben, die Polytechniker aufzuwiegeln, hat aber in schlimmer Weise dafür büßen müssen. Auf die Nachricht, daß die Bürgerschaft eine — von Schütz entworfene — Petition um Entlassung des Ministeriums unterzeichnen wolle, erfolgte vorgestern die Entlassung des gesammten Ministeriums; man will Alles gewähren, Alles was gewünscht wird und mehr, nur keine Demonstrationen. Die Nachrichten aus Berlin haben den König ganz weich gemacht, er weint fortwährend und will Alles, Alles thun. Vorgestern wurde Landdrost von Bülow aus Stade berufen zur Uebernahme eines Portefeuille, gestern aber contremandirt, weil der Ruf nach Ihnen zu laut wurde. An Sie ist gestern gewiß, vielleicht schon vorgestern, eine Stafette abgesandt. Neben Ihnen sollen berufen werden: Justizrath[2]) v. Düring (für die Justiz), Graf Bennigsen (angeblich für die Finanzen), Lehzen und Landdrost v. Dachenhausen. Also noch 3 Junker auf 2 Bürgerliche. Ich ließe mir das noch gefallen, aber Dachenhausen ist unmöglich, rein unmöglich. Er ist wohlwollend, bei der hiesigen Bürgerschaft, die ihre Characterlosigkeit keinen Augenblick verläugnet, sehr beliebt, zumal durch seine Hundedemuth aus der letzten Zeit; aber der Mensch ist der knechtischste Gesell, den es giebt, der sich in dem Verfassungskampf zu aller und jeder Schlechtigkeit brauchen ließ und der auch in den letzten Tagen und Wochen eine widerwärtige Rolle gespielt hat. Die Bürgerschaft hier wird, obgleich Jeder das Unzweckmäßige einer solchen Wahl fühlt, nichts gegen D. unternehmen, eben weil er überall umherläuft und „um der Wunden Jesu Willen" fleht: jede Demonstration zu unterlassen, der König werde Alles und mehr geben, als man bitte. Das ist wahr — der König ist zu aller und jeder Concession bereit, aber seine Umgebung noch nicht. Sie und Sie allein haben nun das Heft in der Hand; ich weiß, daß Sie Alles am besten einrichten werden und will mich hüten, Ihnen Rath zu geben. Aber Dachenhausen dürfen und können Sie nicht neben sich haben. Die Gefahr ist namentlich für die Folge groß. So lange der König lebt, der jetzt ehrlich concediren will, wird Alles gut gehen. Aber demnächst wird der Kronprinz allen gemachten Concessionen

[1]) Früher Herausgeber der Hannoverschen Landes-Blätter, bekannt durch seine Werke über Münzkunde und Genealogie. — [2]) Ober-Appellationsrath.

den Krieg zu machen ſuchen. Es wird ein Krieg werden zwiſchen dem Hofe und dem Miniſterio — da dürfen in letzterem keine faux frères ſitzen; Bennigſen und Düring ſind ehrliche Leute, aber Dachenhauſen würde zu allem Verrath die Hand bieten. Eine einfache Erklärung von Ihnen — falls Sie ſie nicht direkt ausſprechen wollen — etwa durch Lehzen wird aber genügen, um gleich D. zu entfernen. Ueberhaupt werden Sie nur zu ſagen brauchen, wie und was Sie wünſchen, um ſofortige Gewährung zu finden. Daß Sie, wenn auch Miniſter, Ihren Platz in der Cammer einnehmen, finde ich in der Ordnung, ja nothwendig. Die Hannoverſche Zeitung von geſtern hat noch nicht die Proclamation vom 20.[1]), ebenfalls ohne Contraſignatur erlaſſen, obgleich das Miniſterium ja fortfungirt; Sie werden ſie aber ſonſt wohl ſchon kennen. Der König will außer der Verantwortlichkeit der Miniſter bei den Ständen eine Aenderung des L. V. G. beantragen, gegründet auf Wiedervereinignng der Caſſen — alſo direkte Rückkehr zum St. G. G. Mehr als man gebeten hat, auch ſicher weniger eine Conceſſion, als Ergreifen des einzigen Rettungsankers vor der Gefahr der neuen Caſſen-Auseinanderſetzung; daneben macht ja die Preußiſche Proclamation vom 18., die den Zollanſchluß als Bundespflicht hinſtellt, eine Caſſenvereinigung nothwendig. — Daneben hat die Stadt ihre Polizeiverwaltung zurückerhalten. —

Der Kronprinz hatte ſich gegen alle Conceſſionen ausgeſprochen und geſagt: man müſſe auf die Hunde ſchießen. Der König hat das gehört, ihn kommen laſſen und furchtbar abgeflegelt.

Es iſt geſtern in aller Eile der Befehl erfolgt zu ſofortiger Mobilmachung des 10. Armee-Corps. Ich vermuthe, daß es wegen Schleswig-Holſtein gilt und daß es nicht an den Rhein geht.

Eben empfange ich Ihren Brief vom 20. Ich mußte faſt lachen, wie Sie ſich gegen den Miniſter wehren, gerade wie die Fürſten gegen Conceſſionen. Liebſter Freund, auch Sie werden Conceſſionen machen müſſen! Im Ernſt: es gilt jetzt das Land zu retten; da werden Sie vor keinem Opfer zurückſcheuen; daß es ein ſolches für Sie iſt, weiß ich längſt, aber Sie müſſen es bringen. — Daß Breuſing nicht kommen kann, begreife ich; es iſt mir ſehr leid, denn er hätte trefflich nützen können. Aber Meyer muß kommen; Sandvoß[2]) iſt jetzt nach den Schritten ſeiner Bürgerſchaft gegen ihn ganz unmöglich, ebenſo der alte Lang[3]) um ſeines Sohnes willen. Fr. Lang läuft jetzt bei Juden und Chriſten, vorzüglich aber bei

---

[1]) Oppermann, II. S. 39. — [2]) Stadtdirector in Goslar.
[3]) Stadtſyndicus in Verden.

den ersteren umher und zieht alle die Anträge aus der Tasche, die er hat stellen wollen, von denen aber nun die meisten nicht mehr nöthig. Die Nemesis ereilt ihn jetzt, ohne daß Einer von uns an den Judas die Hand zu legen braucht: er wird mit den L. V. G. fallen. Es ist komisch, daß Wisch, der mit der Verfassung von 33 fallen wollte, nun mit der von 40 fällt; es ist nur ein Irrthum in der Jahreszahl.

Ihnen, liebster Freund, kommt der umgewandelte Lütcken lustig und komisch vor! Was könnte ich Ihnen erst von dergleichen erzählen. Ich bin seit 8 bis 9 Jahren hier förmlich geächtet gewesen, meine besten Freunde verlernten mich und kannten mich nicht mehr. Nicht um meiner selbst willen, denn ich hatte anderweit Trost, that mir diese Aechtung leid, aber wie meine Mutter und Schwestern darunter gelitten, das ist mir oft durch die Seele gegangen. Und jetzt! wenn ich auf dem Museo aufstehe, um eine andere Zeitung zu nehmen, stehen Menschen hinter mir, die mich früher nicht kannten, um mir in aller Eile einen Bückling zu machen, Unsäglich verächtliches Gesindel! Ich muß lachen und an meine Randzeichnungen denken, daß ich dem Pack doch darin nicht zu nahe gethan. Eben empfange ich ein Billet mit Notizen über das Ministerium; man soll Dachenhausen aufgegeben und die Departements so bestimmt haben: Ihnen das Innere, Bennigsen das Auswärtige, Lehzen die Finanzen, Düring Justiz und Unterrichts-Angelegenheiten. A la bonne heure! so geht es, obgleich mir die beiden Junker, wenngleich ehrliche Männer, nicht recht sind, Ihnen vielleicht aber, schon um der 1. Cammer willen.

Welcher reiche Segen über Deutschland! Welche Ströme Blutes hat die Freiheit in England und Frankreich gekostet, wie wenig in Deutschland — fast nur dies schändliche unnütze Berliner Nachspiel hat Blutstropfen auf das Kleid der Freiheit gesprengt! Gottlob sollen die Berichte darüber übertrieben sein und — was freilich auch schon zuviel, namentlich weil unnütz — kaum 500 geblieben sein. Am Rhein, wo man auf gestern Mittag die Unabhängigkeits-Erklärung festgesetzt hatte, wenn nicht bis dahin Alles gewährt werde, wird sich nun auch alles zum Frieden und Segen wenden. Der 1. Mai, das Aller-Deutschen-Fest, muß diesmal durch ganz Deutschland gefeiert werden. Seit 1648 datirt die Unfreiheit in Deutschland, das ist dies Jahr ein schönes Jubiläum.

Ihr getreuer
D.

Bis Sie mir über Ihr Hierherkommen schreiben, fahre ich in meinen Berichten fort.

Nr. 11. Hannover, 24. März, Mittags.

Da gestern kein Zug von Lüneburg zurückging, so komme ich erst jetzt eben von dort zurück.[1]) Der Zweck ist nicht erreicht, Lindemann will nicht resigniren, Meyer kann also nicht kommen, wenn Sie ihn nicht etwa für den Klosterfonds in die Cammer schicken, womit ich mehr scherzend als ernsthaft von Lindemann die Resignation zu erwirken suchte. Lindemann habe ich übrigens als einen in jeder Beziehung tüchtigen Mann kennen gelernt, den besten Cammer-Präsidenten, den man finden könnte. Aber er hat keine Antecedentien, keinen Namen wie Meyer, und Empfehlungen und Parole-Ausgabe wird nichts helfen, da die Präsidentenwahl sicher in den Vorberathungen entschieden werden wird, an denen die 70 — 80 Succursal-Deputirten[2]) Theil nehmen werden, welche eine wahnsinnige Idee der Cellenser überall herbeschworen hat; unter diesen, gewählt in den letzten Tagen gerade im Augenblicke der höchsten Aufregung, prävalirt das radicale Element, was solchergestalt sehr bös einwirken wird.

Meyer ist bereit nach Frankfurt zu gehen, wenn Sie es noch wünschen, was Sie ihm dann aber schreiben müssen. Ich habe vorgestern von dem Comité eine deßfalsige Aufforderung bekommen, will aber nicht hin, schon weil ich höre, daß Freudentheil[3]) und dergleichen hingeht.

Der Ihrige
Detmold.

Auf den Bahnhöfen u. s. w. habe ich überall eine Menge Menschen gesprochen, die zum Landtage kommen wollen; unzweifelhaft werden folgende Anträge kommen: Aufhebung aller Privilegien des Adels — Herstellung Einer Cammer — Aufhebung der Provinziallandschaften — Entlassung des Cultus-Ministers Braun[4]) als Mitglieds der vorigen Verwaltung.

Nr. 12. Hannover, 25. März.

— Gestern Abend stellte sich mir bei Tische Herr Stadtrichter Meißner vor, von dem ich u. a. hörte, Rumann und Falcke sollen jetzt miteinander

---

[1]) Stüve hatte am 22. März das Ministerium übernommen und am 23. Detmold mit einem Briefe an Meyer nach Lüneburg gesandt, worin er letzteren nochmals dringend bat, in die Kammer einzutreten, um das Präsidium zu übernehmen. Es bedurfte dazu der Resignation des in Lüneburg an erster Stelle gewählten Oberbürgermeisters Lindemann.

[2]) Die sog. Condeputirten.

[3]) Canzleiprocurator in Stade, liberales Mitglied der Kammer von 1832 u. 1833

[4]) Braun war Cabinetsrath unter Falcke.

conferiren. Will man dem auch keinen unbedingten Glauben beimeſſen, ſo iſt es doch an ſich auch gar nicht unnatürlich und bei R's Perſönlichkeit bedenklich. Ich glaube daher, daß die Notiz Ihnen vielleicht nicht unerheblich ſcheint.

Ihr
JCBS.

Nr. 13. Hannover, 25. März.

Ihre Frage von geſtern Abend, theurer Freund, wegen Uebernahme der Hannoverſchen Zeitung habe ich mir überlegt: ich muß ſie verneinend beantworten. Wenn auf der einen Seite ich ſchwerlich dazu tauge, bin auf der andern ich gewiß viel zu gut dazu; jedenfalls käme ich in eine ſchiefe Stellung und würde nur mich vernutzen, ohne damit irgend Nutzen zu ſchaffen. In dem erſten Lärm und Sturm wird auch die Preſſe, zumal die Hannoverſche Zeitung, wenig Gehör finden, da wird Alles auf die 2. C. horchen und die Hannoverſche Zeitung würde bald in die Lage kommen, gegen dieſe Oppoſition machen zu müſſen. Bekäme ich jemals Luſt, eine Zeitung zu redigiren, was mir ſehr zweifelhaft, ſo werde ich, wenn die Preßfreiheit beſtehen bleibt, immer dazu kommen können und immer Gehör finden. Dann könnte ich vielleicht auch eher nützen, wenn einige Ruhe zurückgekehrt und Zuſtände, Partheien, Anſichten ſich erſt mehr conſolidirt haben, als jetzt, wo meine Anſichten viel zu gemäßigt und — weit überflügelt ſind.

Der Ihrige
Detmold.

Für Ihre Notiz von heute Morgen meinen beſten Dank: ich glaube vorläufig noch nicht recht daran, obgleich die Sache ſehr glaublich iſt und in Alles, was ich erwarte, vollkommen paſſen würde.

Nr. 14. Hannover, 27. März.

Ich habe eben von ſonſt wohl unterrichteter Seite die Nachricht erhalten: die Erſte Cammer werde in Allem nachgeben — ich glaub's aber doch nicht. Könnten Sie nicht durch Graf Bennigſen über die deßfalſige Stimmung Gewiſſes erfahren, — vielleicht nöthigenfalls Verhandlungen zulegen?

Ich habe Dahlmann die hieſige Situation klar gemacht, namentlich die Gefahr einer Reſignation des Königs und habe ihn gebeten (was er zugeſagt hat), er möge es ſein Erſtes in Berlin ſein laſſen, den König

von Preußen über die Dinge hier zu unterrichten und zu veranlaſſen, daß er ſofort an den König von Hannover ſchreibe und denſelben dringend auffordere, an ſeinem Poſten zu bleiben und keinenfalls zu reſigniren.

Ich würde Sie mit dieſen Bagatellen nicht beläſtigen, wenn nicht Buddenberg meinte, Sie müßten Alles erfahren.

Der Ihrige

Detm.

In dem Augenblicke, da ich dies Ihnen ſchicken will, erhalte ich die ganz unzweifelhafte, Ihnen nun auch wohl ſchon bekannte Nachricht: daß die bedeutendſten Mitglieder 1. Cammer in einer geſtrigen Verſammlung die Dinge berathen und beſchloſſen haben: nicht nur den Schlußparagraphen [1]) aufzugeben, ſondern alle und jede Adelsprivilegien fallen zu laſſen, ſogar die 1. Cammer als Adels-Cammer, — dagegen am Zwei-Cammer-Syſtem feſtzuhalten. Alſo Alles, was wir nur wünſchen können.

Nr. 15. Hannover, 30. März.

Sie haben meinen neulichen Antrag wegen der Hannoverſchen Zeitung zurückgewieſen, lieber Freund, und ich will Ihnen Recht geben, daß der Moment kein glücklicher iſt, daß eine Kraft ſich jetzt eher abnutzen als nützen kann. So ſehr ich nun auch wünſche, die Hannoverſche Zeitung in beſſere Hände zu bringen: ſo mag es immer beſſer ſeyn, noch ein Paar Wochen den bisherigen ſchleppenden Gang gehen zu laſſen, als mit unhaltbaren Dingen aufzutreten.

Allein der Zeitpunkt kommt doch täglich näher, wo etwas geſchehen kann und muß. Ein gefährlicher Moment iſt wohl ſchon überſtanden, und wenn noch ein Paar Tage hinzukommen, ſo ſind wir vielleicht in der Lage, Entſchlüſſe faſſen zu können. Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht andere Abſichten haben; ſollte dies nicht der Fall ſeyn, ſo bitte ich dringend, noch einmal zu erwägen, ob nicht die Wirkſamkeit durch die Zeitung eben jetzt Ihrer würdig wäre. Unter dem Kreiſe der Bekannten weiß ich keinen, der ſich ſo dazu eignete. Friesland [2]) und Lex[3]) können die Sache nicht behalten, und wenn Sie nicht wollen, ſo werden wir gezwungen, Schritte zu thun, mit denen wir und Sie hinterher unzufrieden ſind. Alſo noch einmal, erwägen Sie, und laſſen Sie uns wenigſtens über die Sache ſprechen.

Ihr

JCBS.

---

[1]) § 180 des L. V. G., die Formen für Verfaſſungsänderungen betreffend, wird gemeint ſein. — [2]) Ober-Poſtrath.

[3]) Dr. Lex, vorher Privatdozent in Göttingen, war von der früheren Regierung zur Redaktion berufen.

Nr. 16. Hannover, 1. April.

Ich höre aus guter Quelle, daß die Residenz mit ihrer zweiten Deputirten-Wahl in Verlegenheit sei: der Lederhändler Schütze, der, wie ich hoffte, die Wahl erhalten sollte, hat sich in den letzten Tagen so radical erwiesen, daß die Bürgerschaft nichts von ihm wissen will. Nun werden Rumann und Siemens [1]) als Candidaten genannt: mit diesen beiden wage ich in die Schranken zu treten. Der Magistrat wird mir gewiß seine Stimme geben, um Manches in dieser Art zu repariren. Was mir schadet, ist, daß man mich für exaltirt und radical hält; das kann durch eine Empfehlung von Ihnen beseitigt werden. Ich bitte Sie daher, reden Sie mit Evers in der Cammer über die Sache, fragen ihn, auf wen die zweite Wahl fallen werde, und ist er nicht ganz entschieden für diesen oder jenen, so empfehlen Sie mich. Ich kenne freilich den Magistrat zu gut, als daß mir viel an einer solchen, mir von ihm erwiesenen Ehre liegen könnte, — aber es ist doch meine Vaterstadt, die mich deputirte, und ich käme am sichersten in die Cammer. Die Wahl ist am 6. d. M. Auch Merkel, [2]) der mit Evers sehr befreundet, könnte mit ihm reden: es bedarf eben nur einer Versicherung meiner gemäßigten Ansichten.

Die Radicalen sind ganz unter sich zerfallen und werden wohl in einigen Tagen ihre Reste mit Schimpf und Spott aus den Thoren gebracht sehen. [3]) Das Einzige, was zu besorgen, ist, daß sie einen Versuch machen, die Provinzen aufs neue aufzuregen, und vielleicht in einiger Zeit wiederkommen.

Der Ihrige
Detmold.

Da ich dies abschicken will, kommen Ihre Zeilen. [4]) Glaubt Evers, was Sie von ihm hören werden, daß meine Wahl hier möglich, so ist mir das lieber, weil ich dann auch für die Zukunft hier Chancen hätte; auch wird hier die Wahl früher sein, als in den kleinen Harzstädten. Aber dennoch werde ich mich für alle Eventualitäten dort bewerben und dann die erste entschiedene Wahl annehmen, für die andere den Subfistuten (hier vielleicht Schütze) einrücken lassen. Ich schreibe wohl an einen der Bürgermeister der kleinen Harzstädte??

---

[1]) Stadtgerichtsassessor. — [2]) Schatzrath und Generalsekretär II. Kammer.

[3]) Die sog. Condeputirten waren vom 27. bis 29. März versammelt gewesen. Vgl. ihre Adresse vom letzteren Tage bei Oppermann II. Beilage IX. Die Kammern waren am 28. eröffnet.

[4]) Eine Anfrage Stüves vom 1. April, ob er sich um die Deputirtenstelle für die kleinen Harzstädte bewerben wolle; die könne er ihm wohl sichern.

Nr. 17. Hannover, 2. April.

Evers, lieber Freund, erklärte Sie anfangs für unmöglich und wollte Holscher; als ich ihm näher trat, wurde er anders und wollte sich erkundigen, ob Sie möglich seyen. Der Mann ist aber zu schwach, um auf ihn irgend zu bauen.

Ich habe daher heute nach Lauterberg geschrieben. Schaden kann es nicht. Auch an die anderen Orte ist geschrieben. Wir wollen sehen, was glückt.

Die Schwäche der Radicalen liegt vor. Ich wünschte nur, noch einen Punkt vom Herzen zu haben; das ist die Jagd. Da ist Vorurtheil, Vergnügen, Persönlichkeit des Königs so leidig verwirrt, daß ich noch nicht durchsehe. Es kann aber sehr verhetzen. Wegen der Gewerbeordnung wollen Schmidt [1]), Richelmann [2]), Krönckе [3]) sich gern mit den Städten vertragen. Man muß da auf alle Weise entgegenkommen. Mich hat das sehr gefreut.

Ihr
JCBS.

Nr. 18. Hannover, 11. April.

Anlage [4]) mit Dank zurück. Ich wüßte nicht, daß in der Cammer irgend Jemand an Meißner gedacht hätte. Unsere Sachen stehen augenblicklich sehr schlecht. Die unglückliche Emendation der ersten Cammer bei der Adresse [5]) bringt den Bruch sehr nahe. Dazu diese Frankfurter Sachen, wo der Bundesrath auf allen Unsinn und Unmöglichkeiten gehorsam eingeht und die 50ger sich als provisorische Regierung wirklich

---

[1]) Deputirter für den 1. Lüneburgischen Wahlbezirk, Hofbesitzer.

[2]) Deputirter für den 4. Lüneburgischen Wahlbezirk, desgleichen.

[3]) Deputirter für Neuhaus a. d. Oste, desgleichen.

[4]) Ein den Stadtgerichtsassessor Meißner statt Siemens empfehlender Brief.

[5]) In dem von einer gemeinschaftlichen Kommission beider Kammern beschlossenen Entwurf einer Adresse auf die Thronrede wurde u. a. gefordert:

„Die Aufhebung der Vertretung des Adels als solchen in der allgemeinen Ständeversammlung, sowie die Aufhebung aller Vorzüge der Geburt für den Adel, unbeschadet der Privatrechte."

Während zweite Kammer den Passus unverändert acceptirte, beschloß erste Kammer, die zweite Hälfte des Satzes dahin zu fassen:

„sowie die Beseitigung aller rechtlich bestehenden und thatsächlich gestatteten Vorzüge der Geburt und des Standes bei Besetzung der Civil- und Militärämter."

Nachdem zweite Kammer dem gegenüber einstimmig ihren Beschluß wiederholt hatte, eine Konferenz aber erfolglos geblieben war, ließ noch am 11. April erste Kammer ihren Beschluß fallen. Vgl. das Nähere bei Oppermann I. S. 46 ff. Der Brief wird am 11. April vor dem Beschlusse geschrieben sein.

betrachten.[1]) Das wird alles brechen. Wir können keine Wahlen nach allgemeinem Stimmrecht machen und müssen va banque spielen. Wie können wir das nun bei solchem Benehmen des Adels!

Dagegen sind die Bremenser Petitionen[2]), von denen ich doch noch nicht wußte, klein. Es ist eine verzweiflungsvolle Lage.

Ihr
JCBS.

Nr. 19. Hannover, 11. April.

Was Sie mir heute Morgen schreiben, hat mich schon gestern den ganzen Tag und die Nacht gequält. Ich habe in meiner Herzensangst heute Morgen an Rob. Blum geschrieben, den ich bei aller Hinneigung zur Republik doch als tüchtigen und verständigen Menschen kenne, habe ihm unsere (und Preußens) Lage geschildert: wie nach dem Ausschreiben der Bundes-Versammlung, die man doch noch immer als legales Organ betrachten müsse, wenn faktisch die Macht auch in anderen Händen, der Wahlmodus den einzelnen Regierungen überlassen, was das vernünftigste und zweckmäßigste gewesen; — wie nun, nachdem Preußen durch den Landtag habe wählen lassen, der 50ger Ausschuß dagegen protestire. Ich habe von ihm gefordert: Entweder, daß der 50ger Ausschuß den Protest zurücknehme und wie die Bundesversammlung den Wahlmodus den Regierungen überlasse; oder daß die Eröffnung des deutschen Parlaments um 4 Wochen hinausgeschoben werde, da wenigstens 4 Wochen nöthig, um Wahlen zum Parlamente auf dem Grund ganz neuer Principien vornehmen zu können. — Da der 50ger Ausschuß offenbar auf eine provisorische Regierung hinarbeitet, so denke ich, wird er auch ohne meinen Wunsch jene Hinausschiebung beschließen, die ihm ja zu Gute kommt. Und der Zeitgewinn wird, denke ich, auch der Ordnung zu Gute kommen. Daß Sie aber jenes 50ger Protestes ungeachtet die Wahlen durch die Stände-

[1]) Das Vorparlament (Beschluß vom 1. April) verlangte für die Nationalversammlung Urwahlen nach allgemeinem Stimmrechte, mit Freistellung direkter oder indirekter Wahl, während die Bundesversammlung durch Beschluß vom 30. März die Regierungen aufgefordert hatte, Nationalvertreter auf verfassungsmäßige Weise wählen zu lassen. Als nun die Preußische Regierung nach Proposition vom 3. April die Wahl durch den seit 2. April versammelten Vereinigten Landtag ausführen lassen wollte, wurde vom 50ger Ausschuß hiergegen Protest erhoben und auf sein Verlangen von der Bundesversammlung unter Aufhebung ihres Beschlusses vom 30. März am 7. April beschlossen, daß für die Wahlen die Beschlüsse des Vorparlaments maßgebend sein sollten.

[2]) Welche das Ausscheiden v. Dürings und Brauns aus dem Ministerium verlangten. Vgl. J C B Stüve. II. S. 5.

Verſammlung vornehmen laſſen, iſt, meine ich, durchaus nothwendig. Die Junker werden nachgeben, weil ſie müſſen — und haben durch die muthwillig provocirte und verlorene Schlacht ihre Stellung weſentlich verſchlechtert.

Ihr

D.

Nr. 20. Hannover, 14. April.

Ich höre eben, Sie wollen die Vorwahlen zum Parlament am 26. d. M., die Wahlen ſelbſt erſt Anfang Mai vornehmen laſſen. Ginge es nicht an, den letzten Termin näher an den erſten zu rücken? um 1) Einwirkungen auf die Wahlmänner zu erſchweren, 2) um, wenn die Eröffnung des Parlaments nicht prorogirt wird, den Deputirten die Möglichkeit zu geben, zur rechten Zeit da zu ſein? Aeußere Hinderniſſe werden dieſem Aneinanderrücken dieſer beiden Termine ſchwerlich entgegenſtehen, ſoweit ich's überſehe, da ja die Wahlmänner höchſtens einige Meilen, und gewiß nirgend über eine Tagereiſe von dem Wahllokal entfernt wohnen.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 21. Hannover, 15. April.

Wir werden die Tage nicht füglich ändern können. Das Oſterfeſt iſt ſehr ungelegen. In der ſtillen Woche kann man nicht wählen laſſen; am 3. Oſtertage und Tages darauf iſts gefährlich. 4 Tage aber iſt in den großen Bezirken zum Ordnen der Sachen — unſerer ſchwachen Communicationen wegen — nicht zu viel. Hätte man alle Leute beiſammen, ſo wäre 1 oder 2 Tage nach dem Vorwahltermine das Beſte.

Leider iſt die Harzwahl, wie mir geſtern erzählt wird, auf einen Condeputirten, Schmidt Angerſtein, gefallen. Die Harzer wollen nur durch einen Harzer vertreten ſeyn. Das iſt eben der Geiſt des Augenblicks. Quid nunc?

Man wünſcht ſo ſehr beſſere Darſtellungen des Zuſammenhangs der Verhandlungen, ſchriftſtelleriſche Einwirkung; der Augenblick wird auch günſtiger und dringender zugleich. Aber woher die Kräfte nehmen? Bitte überlegen Sie es nochmals ernſtlich.

Hoſtmann[1]) von Celle war geſtern hier voller Angſt und Verzweiflung; er ſcheint den Kopf gänzlich verlohren zu haben. Solche Leute können wohl in ſtiller Zeit etwas agitiren, aber nicht hinterher handeln.

Ihr

JCBS.

[1]) Banquier.

Nr. 22. Hannover, 15. April.

Vorhin kam Fr. von Reden[1]) zu mir, der in Hameln gewesen war und dort die auch mir schon klar gewordene Ansicht erlangt hatte: daß die Wahlen nach Frankfurt ganz und gar im Sinne der Local-Interessen ausfallen werden. Sie werden sich bei jedem Deputirten, mit dem Sie über den wahrscheinlichen Ausfall der Wahlen in seiner Gegend reden, von der Wahrheit überzeugen können. Das wäre nun ganz und gar verderblich und schädlich. Da hatte Reden die Idee, die er Ihnen in beiliegenden Zeilen vorlegt: daß jeder der 26 Wahldistrikte die volle und ganze hannoversche Wahl vornehmen solle, d. h. alle 26 Deputirte und Stellvertreter wähle. Dann würden hier im Ministerio die Listen und Namen gezählt und die Namen durchgezählt (ein Leichtes, da es nur 26 × 26 oder mit den Substituten 26 × 52 Namen sind). Meiner Ansicht nach ist der Vorschlag sehr zweckmäßig, leicht ausführbar und nach allen Seiten hin zu rechtfertigen, eben weil nur so die Leute gewählt werden, die im ganzen Lande das meiste Vertrauen haben. Dieser Modus kann 1) noch jetzt ausgeführt werden und schließt sich Ihren bisherigen Anordnungen vollkommen an, und vereinigt 2) in sich alle Vortheile der direkten Wahl (das Durchzählen der Stimmen) ohne deren Nachtheile (Bestechung und dergl.) zugleich mit den Vortheilen der indirekten Wahl ohne deren Nachtheile, unter denen die zu große Begünstigung der Lokal- und Provinzial-Interessen immer die schlimmsten. Ich bitte Sie, überlegen Sie sich die Sache. Nur auch bei diesem Procedere hat eine Candidatenliste von Seiten der 2. Kammer Sinn und Nutzen, sonst nur Schaden. Der Ihrige

Detmold.

Nr. 23. Hannover, 6. May.

Sie wünschten neulich Bemerkungen zum Reichsverfassungs-Entwurf.[2]) Ich schicke Ihnen deshalb die meinigen mit Notizen und unsere Besprechungen darüber, die vielleicht Stoff zu weiteren Besprechungen unter uns geben.

Erfreulich ist, daß das Triumvirat[3]) vom Bundestag wirklich beschlossen worden. Möchten nun nur bald 3 bedeutende Männer gewählt seyn. Das könnte noch manches retten. Ihr

JCBS.

---

[1]) Amtsassessor a. D., statistischer Schriftsteller, Mitglied der Nationalversammlung.

[2]) Entwurf der 17 Vertrauensmänner. Die Beilage fehlt.

[3]) Auf Antrag des badischen Bundestagsgesandten Welcker und Referat des hannoverschen Bundestagsgesandten Klosterrath von Wangenheim hatte die Bundesversammlung am 3. Mai beschlossen, den Regierungen die Ernennung von drei weiteren Gesandten vorzuschlagen, welche die Sorge für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands und die

Nr. 24. Frankfurt, 14. May. [1])

Von dieſer meiner erſten Mitteilung und wohl auch noch von den nächſten, dürfen Sie, liebſter Freund, nichts anderes erwarten, als die Schilderung perſönlicher Eindrücke. Es iſt hier vorläufig und wohl noch auf 2 bis 3 Wochen hinaus, Alles ſo trübe, wirr und unklar, daß es toll ſein würde, auch nur annähernd ein Urtheil fällen oder Vermuthungen aufſtellen zu wollen. Was nun die perſönlichen Eindrücke anbetrifft, ſo wiſſen Sie, daß ich darauf gefaßt war, eben nicht Erfreuliches zu ſehen und zu hören; indeſſen wurden meine kühnſten Erwartungen in dieſer Beziehung in der erſten (nicht beſchlußfähigen) Sitzung, der ich beiwohnte (am Freitag), gleich ſo weit übertroffen, daß ich feſt entſchloſſen war, ſofort wieder heimzureiſen und mein Mandat zurückzugeben. Ueber Nacht aber kam beſſerer Rath, freilich unter harten Kämpfen und Schmerzen, und ich bin nun entſchloſſen, auszuharren. Das will aber viel ſagen und begreift große Mühſeligkeiten in ſich. Noch läuft Alles wüſt und wild und gänzlich rathlos durcheinander, und ich habe faſt Mühe gehabt, den Leuten begreiflich zu machen, wie — zumal der gut organiſirten anarchiſchen Parthei gegenüber — es hoch nothwendig ſei, ſich feſt zu organiſiren, und zwar ohne alle Rückſicht auf die Meinungsverſchiedenheiten im Einzelnen. Das iſt nun angebahnt und wird ſich gewiß bald conſolidiren. Dabei aber habe ich geſehen, daß ich vor allem Andern auf einem Standpunkt mich befand, der zuerſt aufgegeben werden mußte. In dieſer Beziehung werde ich mich Ihnen kaum verſtändlich machen, da ich Ihnen unmöglich all die beſtimmenden Eindrücke ſchildern kann. Deshalb vorläufig über unſere Hannoverſchen Intereſſen nur Folgendes. — Der Entwurf der XVII wird ſicher im Weſentlichen angenommen werden, eben weil er die Mitte hält, in der die Partheien ſich begegnen. Ueber die wichtigſten Fragen, z. B. des Reichsoberhauptes, iſt aber ſelbſt eine ſolche Vermuthung noch unmöglich. Sicher aber iſt, daß ſelbſt die Gemäßigtſten entſchloſſen ſind, die Territorialhoheit der Einzelſtaaten über Bord zu werfen. Ich ſtelle die Notiz voran, weil ſie wohl für unſere Hannoverſchen Dinge am wichtigſten iſt. Ein Retten ſelbſt einzelner Attribute, z. B. der Ernennung der Offiziere, wird gar nicht

---

Vermittlung der Regierungen unter einander und mit der konſtituirenden Verſammlung zu übernehmen hätten. Die Organiſation kam jedoch nicht zu Stande, da Preußen und Oeſterreich, welche jedes ein Mitglied dieſer Exekutivbehörde ernennen ſollten, ſich inaktiv verhielten, demnächſt aber die Nationalverſammlung die Schaffung einer Centralgewalt ſelbſt in die Hand nahm, und Gagerns „kühner Griff“ vom 24. Juni ein fait accompli herſtellte. Vgl. das Nähere in (von Wangenheim) Aktenſtücke zur neueſten Geſchichte Deutſchlands, Hannover 1848, S. 38 ff.

[1]) D. war inzwiſchen für den Bezirk Verſenbrück zur Nationalverſammlung gewählt.

möglich sein. Daß König Ernst August sich das gefallen lassen werde, ist nicht zu denken, und ich bin überzeugt, er wird einpacken und nach England gehen. Am schlimmsten für uns steht wohl die Zollfrage. Man wird einfach Aufhören der Zollschranken dekretiren, etwa unter Verheißung eines ermäßigten Tarifs, höchstens unter Aufstellung eines derartigen Provisoriums. Aber Alles, was in der Art bleibend oder gar provisorisch beschlossen würde, wird sicher drückend für uns sein. Sollte nun nicht das Beste sein, daß, wie wir ja wohl schon mündlich besprochen, neben dem Parlament eine Zoll-Conferenz zur Vorbereitung dieser Frage eröffnet würde? Ich denke mir, wenn Sie dieserhalb Anträge in Berlin machen und dann gleich einen tüchtigen Comissarius hierher senden, wird man von jener Seite sicher darauf eingehen. Wenn Oesterreich auch gleich zur Beschickung der Conferenz zu bringen wäre, so wäre das das Beste. Aber ohne eine solche Conferenz kommt es sicher zu Beschlüssen, die uns sehr drücken werden.

Die schwierigste und Haupt-Frage für das Ganze bleibt immer die Gouvernements-Frage. Die beste Lösung würde durch das Triumvirat gewesen sein. Aber diese Idee ist, wie Ihnen bekannt sein wird, so durch Ungeschicklichkeit einerseits und bösen Willen andrerseits verhunzt und verhaßt worden, daß sie in dieser Form unmöglich ist. Eine baldige und zweckmäßige Lösung der Frage ist aber das Allernöthigste. Denn wenn die National-Versammlung nicht bereits eine rite constituirte Behörde der Art sich gegenüber findet bei der Eröffnung, so wird sie damit beginnen, ihrerseits eine provisorische Regierung zu ernennen. Darüber habe ich mit Dahlmann wie mit Andern schon vielfältige Unterredungen gehabt. Jeder sieht die Nothwendigkeit ein, aber keiner weiß Rath. Ein neuester Plan geht dahin: vorläufig nicht sowohl eine Regierung, als ein Ministerium zu organisiren, d. h. die Regierungen zur Ernennung eines solchen zu veranlassen. Nun ist es so schwer, allen diesen Dingen nur den Hebel anzusetzen. Wangenheim[1]), der dieselben in der Bundes-Versammlung zur Sprache bringen könnte, hab ich bislang noch immer vergeblich aufgesucht; Dahlmann aber wollte mit Usedom[2]) reden und dem die Sache plausibel machen, die, von Preußischer Seite angegriffen, allerdings mehr Aussicht auf Succeß haben würde. Schlimm ist, daß Colloredo[3]) noch hier ist und in alter

[1]) Klosterrath Freiherr von Wangenheim war am 24. März nach Frankfurt gesandt, um als Vertrauensmann an den Berathungen über die Revision der Bundesverfassung Theil zu nehmen. Nachdem er für den unter dem 10. April abberufenen Herrn von Lenthe zum Bundestagsgesandten ernannt worden, trat für ihn in den Kreis der Vertrauensmänner, den 17er Ausschuß, Prof. Zachariae aus Göttingen ein, welcher den von diesem Ausschuß ausgearbeiteten Verfassungsentwurf unter dem 30. April vorlegte.

[2]) Seit 15. Mai preußischer Bundestagsgesandter.

[3]) Graf Colloredo, österreichischer Bundes-Präsidialgesandter.

Verknöcherung ſelbſt ohne böſen Willen ungemein hemmt. Da man bei den verſchiedenen Höfen die personas gratas, diejenigen, die hier möglich ſind, nicht kennen wird, habe ich Dahlmann gebeten, gleich eine reiche Liſte (d. h. ſo reich, wie man ſie nur machen kann, obgleich mir Dahlmann ſagte, er wüßte nur allenfalls 2 Namen dafür, Gagern und Camphauſen[1]) aufzuſetzen, die Uſedom in die Hand zu ſtecken, damit dieſe Liſte gleich an die verſchiedenen Höfe ginge, und dort unter den verzeichneten Perſonen gewählt würde. Hat man ein ſolches Miniſterium erſt fertig, ſo kann man dann zu jener zweckmäßigen Idee einer dreieinigen Executiv-Comiſſion zurückkehren. Fehlt aber alle und jede Behörde dieſer Art, ſo kommt es zur Ernennung einer proviſoriſchen Regierung von Seiten des Parlaments, und würde dieſe etwa durch die gemäßigte Parthei (die höchſt wahrſcheinlich die Majorität haben wird, ſelbſt wenn man die katholiſchen Pfaffen zu den Gegnern rechnet) hintertrieben, ſo iſt damit doch nichts gewonnen, denn dann zerfleiſchen die Partheien aus Mangel eines Objekts ſich untereinander.

Mit Dahlmann hab ich auch ſein Verhältniß zu uns beſprochen und zwar, wie das in jetziger Zeit gar nicht anders geht, durchaus gerade aus, faſt ohne Delicateſſe. Er hat das größte Intereſſe für Hannover, und wiederholt verſicherte er, daß es ihn ſehr ſchmerze, die neue Entwicklung unſers Landes nicht verfolgen zu können, worüber ich ihm bis in die kleinſten Details berichten mußte. Aber einen Ruf nach Göttingen würde er entſchieden ablehnen, da er ſich zu tief in die Preußiſchen Dinge eingelaſſen. Ich fragte nach den Intentionen ſeines Briefes an Evers, worauf er mir erklärte, daß er durch die etwas unverſtändliche Äußerung, die ihm erſt beim Schreiben eingefallen, allerdings habe andeuten wollen, ſeine Abſicht ſei von der Hannoverſchen Regierung zu fordern, daß ihm der abgeſchnittene Rechtsweg eröffnet, das wider ihn beobachtete Verfahren förmlich caſſirt und ihm ſein Gehalt ausgezahlt werde. Er erklärte mir aber zugleich, daß er vorläufig und ſo lange dieſe Sache Ihnen irgend eine Verlegenheit bereiten könne, damit warten wolle. Sie wiſſen nun, woran Sie mit ihm ſind. Daneben hat er mir herzliche Grüße an Sie aufgetragen, ebenſo wie der Caſſelaner Wippermann[2]), ein tüchtiger Menſch, der noch ganz empört war über die Dummheit der 50ger in der Hannoverſchen Sache[3]), wobei

[1]) Miniſterpräſident im preußiſchen Miniſterium vom 29. März bis 25. Juni. Am 30. Juli zum Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt.

[2]) Regierungsrath, heſſiſcher Vertrauensmann und Mitglied der Nationalverſammlung.

[3]) Die Mitte April wieder zuſammengetretenen Condeputirten verlangten, die Thätigkeit der jetzigen Ständeverſammlung ſollte auf den Erlaß eines neuen Wahlgeſetzes zu einer konſtituirenden Verſammlung beſchränkt werden. Mit dieſem Verlangen von den Miniſtern zurückgewieſen, wandten ſie ſich durch eine Deputation an den 50ger Ausſchuß, welcher der hannoverſchen Regierung empfahl, die Forderungen der Condeputirten zu berückſichtigen.

er und Schwarzenberg[1]) allein in der Minorität geblieben. Er und andere ſcheinen gegen Freudentheils Ehrlichkeit ſehr eingenommen zu ſein und konnten gar nicht begreifen, wie der Mann als Capacität auch nur einen Augenblick ſich einen Namen habe erwerben können. Freudentheil ſchien gar nicht erfreut, als er mich ſah, und fragte bloß: Sind Sie auch hier? Siemens, den Sie nun wohl geſprochen haben werden, hat ſich hier ganz einen ſeiner Verdienſte angemeſſenen Namen gemacht. Keiner kann begreifen, wie die Hannoveraner ſolche Leute zum Vorparlament hätten ſchicken können.

Sollten noch Hannoverſche Deputirte dort anweſend ſein, ſo bitten Sie dieſelben, baldmöglichſt abreiſen zu wollen, und theilen denſelben zugleich meine Adreſſe (Buchſtraße Nr. 1) mit, weil in meinem Hauſe noch etwa 10 Zimmer zu haben ſind, auf die ich vorläufig für Hannoveraner Beſchlag gelegt habe. In den nächſten Tagen ein Mehreres.

Ihr

Detmold.

Nr. 25. Hannover, 17. May.

Ihr Brief vom 14., lieber Freund, hat mich ſehr betrübt. Allerdings dachten wir uns die dortigen Zuſtände nicht zum beſten, und ich habe wohl die Anſicht gegen Sie ausgeſprochen, daß dort eine Luft ſey, die alles ganz anders darſtelle; aber klar ſehe ich das Alles erſt in Ihrem Briefe. Ich muß nun nur darum dringend bitten, daß Sie ſich von den erſten Eindrücken nicht beherrſchen laſſen und vor allem ſuchen, die erſten Wochen zu überwinden. Im erſten Augenblick iſt eine Verſammlung dieſer Art aufgeregt. Erſt ſpäter kommt die Beſinnung. Denken Sie an unſere Verſammlungen von 1832 und die jetzige. Das habe ich auch Bothmer[2]) geſagt, der jene Gefahren klarer zu erblicken ſcheint als hier ſonſt jemand. — Unläugbar hat man für den Anfang dort wieder Putſche im Sinne. Man hat die Republikaner von Osnabrück herzulocken geſucht. Emiſſäre der Hanauer haben in Göttingen und Celle um Zuzug geworben. Am letzteren Orte hat man Zuſage gegeben. Am erſteren iſt das Anſinnen geſtellt: Jeder Turner ſolle ſich eine Senſe anſchaffen! — Die Volksſouveränetät, die das Vorparlament und der 50ger Ausſchuß in den erſten Wochen nicht zu proclamiren wagte, wird jetzt als ein Axiom aufgeſtellt, und wer daran

[1]) Aus Kaſſel.

[2]) Juſtizrath von Bothmer, Abgeordneter zur Nationalverſammlung, demnächſt hannoverſcher Bevollmächtigter bei der Centralgewalt. Er hatte in den Berathungen über Aufhebung des Staatsgrundgeſetzes dem Könige entſchiedenen Widerſpruch entgegengeſetzt, nach dem Staatsſtreich den Dienſt quittirt und ſich in Pommern angekauft.

zweifelt, wer das klare Recht der Fürſten nun nicht gleich aufgiebt, begeht das crime de lèze nation. So ſpricht ſich nun auch wieder die Weſerzeitung mit höchſter Unverſchämtheit aus. Offenbar ermuthigt der Lärm in Berlin wegen der ſo unklugen Rückberufung des Prinzen von Preußen und der Frankfurter Zuſtand dieſe Parthei jetzt aufs Neue. Man ſucht Aufregung zu machen, um da im Trüben zu fiſchen. — Freilich kann man hier unmöglich überſehen, wie die Stimmungen der Abgeordneten, die dort zuſammentreffen werden, ſein mögen. Aber ſo viel glaube ich doch annehmen zu können, daß, je mehr ihrer werden, um ſo weniger zu befürchten iſt, und daß namentlich die Schwierigkeit, ein Oberhaupt zu finden, die Wahl zwiſchen Föderation und Republik in eine günſtigere Lage bringt. — Was ſoll dieſe Centralgewalt im jetzigen Geiſte des Regierens, der durch die Socialideen ja nur noch toller geſteigert wird. Hat es nicht ſchon bisher das Streben aller Vernünftigen ſeyn müſſen, iſt das nicht die Richtung des Volks ſelbſt in den Einzelſtaaten, die Centralgewalt auf ihr eigentliches Gebiet: Schutz von Frieden und Recht und die dazu nöthigen Mittel zu beſchränken? — Die Centralgewalt führt zur helvétique und zur fortgeſetzten Revolution.

Der Gedanke wegen des Zollcongreſſes iſt auch bei uns zur Sprache gekommen und nicht ohne Anklang.

Zum Glück ſind wir geſtern in der Commiſſion[1]) einig geworden. Mit Gott gehts auch in den Cammern trotz eines albernen Projekts, das Böſe und von Garßen[2]) ausgeheckt haben ſollen. — Unſere Grundeigenthümer, 27 an der Zahl, ſollen durch 150 Höchſtbeſteuerte gewählt werden, jedoch ſo, daß alle über 50 Thlr. zahlenden unbedingt wählen; wenn man aber keine 150 haben kann, die 50 Thlr. zahlen, die Zahl ſich auf 100 vermindert. So ſind wir faſt ganz auf den Punkt gekommen, den ich mir vor 14 Tagen als den richtigen dachte.

Die Regierungsfrage iſt freilich die Hauptſache und das Zurückſchieben des Triumvirats durch Gagern ein leidiger Sieg der Volksſouveränetät. Wie aber durch die Regierungen ein Miniſterium ernannt werden ſoll, das ſehe ich wirklich bei der Entfernung und dem Mißtrauen, das hier namentlich gegen Preußen herrſcht, kaum ab. In Sachſen wird dies Mißtrauen nach ſicheren Zeichen nicht kleiner ſeyn. Und Arnim[3]) ſcheint auch kein Vertrauen zu verdienen.

---

[1]) Wegen Bildung der erſten Kammer.

[2]) Dr. von Garßen, Deputirter aus dem Fürſtenthum Hildesheim.

[3]) Heinrich von Arnim, ſeit 29. März preußiſcher Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten.

Anlage bitte ich an Breuſing[1]) zu geben, wenn er kommt. So weit iſt am Abend geſchrieben.

Ich habe heute in der Sitzung auf Frage Explicationen gegeben und erklärt, wir ſeien entſchloſſen, uns auf dem Wege des Rechts zu halten und nur durch Vertrag die Einheit zu begründen. Allgemeiner Enthuſiasmus, Aufſtehen, Bravo. Die Sitzung wurde aufgehoben, weil man ſich zu bewegt fühlte.[2]) Das wird uns freilich nicht retten. — Und dazu kommen nun die Pariſer Clubs.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 26. Frankfurt, 20. May.

Empfangen Sie den herzlichſten Dank, theurer Freund, für Ihren Brief vom 17. mit der erfreulichen Nachricht, daß die Einigung bei uns angebahnt und daß an dem Zuſtandekommen kaum zu zweifeln. Je mehr ich verzweifle, daß hier etwas Vernünftiges zu Stande kommt, mit deſto größerer Sorge blicke ich auf die Heimath hin, um doch wenigſtens dort unſere Errungenſchaften unter Dach gebracht zu ſehen. Wie die Sachen hier ſtehen, werden Sie aus Wangenheims und Gagerns Berichten, ja aus den Zeitungen beſſer wiſſen, als ich's Ihnen ſchildern könnte. Daß der Zufall und das Unglück der Bejahrtheit unſerm alten Lang die Ehre verſchafft hat, das erſte deutſche Parlament zu eröffnen, war uns Hannoveranern kaum erfreulich, denn ein Kind hätte es beſſer machen müſſen; und ſeiner kompleten Unfähigkeit hielt nur ſeine unerſchütterliche Heiterkeit die Wage, mit der er das ſtundenlange anarchiſche Brüllen der Partheien, das Hin- und Herzerren der Debatte gewähren ließ. Mit dem Augenblick, daß Gagern den Vorſitz übernahm, kam ein anderer Geiſt über die ganze Verſammlung. Gagerns Erwählung war ein entſcheidender Schlag. Die republikaniſche rectius anarchiſche Parthei hatte ihren anfänglichen Candidaten R. Blum aufgegeben und Soiron[3]), den Präſidenten der 50ger, vorgeſchoben, gegen den wirklich kaum ſich Etwas ſagen ließ, während gegen Gagern, den jene Parthei tödtlich haßt, Alles in Bewegung geſetzt ward. In dieſer Beziehung war eine Berathung über die Präſidentenfrage geſtern von 8—10 Uhr vor Eröffnung der Verſammlung von allerhöchſtem Intereſſe, namentlich durch Dahlmanns Rede. Das Reſultat der Wahl ſelbſt kennen Sie. Soiron erhielt nur 85 Stimmen, und auch dieſe bilden noch nicht einmal die republikaniſche Parthei, die ſich eigentlich nur auf die 26 reducirt,

[1]) Jetzt Abgeordneter zur Nationalverſammlung für Osnabrück.

[2]) Vgl. Oppermann. II. S. 101, JCB Stüve. I. S. 34. — [3]) Von Mannheim.

die R. Blum zum Vice-Präſidenten wählen wollten. Aber ſo klein an Zahl die Parthei auch iſt, ebenſo entſchieden, ſo unermüdlich energiſch, ſo jeſuitiſch in der Wahl der Mittel. Sie wird dadurch zumal denjenigen ſehr zahlreichen Mitgliedern der Verſammlung gefährlich, die neu in der Sache ſind, und dieſe werden durch die Talente und die Taktik jener oft zu Abſtimmungen verführt, die ſchwer wieder gut zu machen ſind. Das iſt ſelbſt bei einzelnen Hannoveranern zu beklagen, namentlich bei Grumbrecht [1], der ſein Talent (unterſtützt von einem unbezahlbaren Organ) ſehr bald abnutzen wird, weil er jeden Augenblick auf die Tribüne eilt und natürlich jenen Leuten alle Augenblicke in die Hände fällt, ſchon durch ſeine maßloſe Eitelkeit. Mit den beiden Schwärmern Nicol [2] und Plaß [3] werden wir auch große Noth haben, und Th. Meyer muß täglich Neckereien von uns anhören, daß er Nicol auf der Seele habe. Fr. Reden will um jeden Preis eine ungeheure Rolle ſpielen; Hannover verleugnet er gänzlich, was ſicher uns nur freuen kann; dafür hatte er aber gleich anfangs uns durch die rein von ihm erſonnene Lüge: die Hannoverſchen Deputirten hätten ſich verabredet, die Souveränetät der Einzelſtaaten aufrecht zu erhalten, denuncirt und zu iſoliren verſucht. Iſt Ihnen die Geſchichte nicht zu unbedeutend, ſo thun Sie mir den Gefallen und laſſen gelegentlich über die Geſchichte nachſehen, die ſeiner Dienſtentlaſſung zu Grunde lag, ni fallor in ſchmutzigen Geldgeſchäften —; ich meine nur ſo, daß man im Nothfall darüber die Akten bekommen kann. Die Art und Weiſe, wie er über Hannover pp. ſich ausſpricht, macht es nothwendig, eine ſolche Waffe wenigſtens zu kennen, zumal er ſich immer auf ſeine ſtaatsgrundgeſetzliche Oppoſition als Grund ſeines Ausſcheidens beruft. An dieſe Stellung der Hannoverſchen Deputirten knüpfe ich gleich die Frage über die Zoll-Conferenz. Ich halte dieſelbe für nothwendig als beſtes Hemmniß gegen übereilte Beſchlüſſe der National-Verſammlung; im Uebrigen erwarte ich nichts oder wenigſtens nicht viel davon. Der Bremer Duckwitz iſt aber ſehr dagegen und will ſelbſt jenen Grund kaum gelten laſſen, weil eben jetzt kein Menſch über die Sache inſtruirt ſei. Deſto leichter wird das Parlament die Sache übers Knie brechen, und die Braunſchweiger, die freilich durch die faktiſche Aufhebung der Zollgränzen im Harz- und Weſer-Diſtrikt ſehr gedrückt ſein mögen, werden die Sache in den nächſten Tagen vorbringen. Indeß iſt eine Einigung zwiſchen den Hannoveranern, Bremern, Mecklenburgern, Holſteinern pp. über dieſe Frage wenigſtens angebahnt und ſo zu hoffen, daß nicht jede Dummheit durchgehen werde, die

[1] Advokat aus Lüneburg. [2] Advokat aus Hannover.
[3] Gymnaſiallehrer aus Stade.

beantragt wird. Duckwitz wird in kurzem nach Hannover kommen, und werden Sie dann ausführlich mit ihm über die Sache verhandeln können.

Für die nächsten Tage stehen uns heiße parlamentarische Kämpfe und vermuthlich nicht minder heiße auf der Straße bevor; daß ein großartiger Putsch vorbereitet wird, scheint außer Zweifel. Seitens der radicalen Partei war gestern der Antrag gestellt, der Preußischen Regierung die Eröffnung des konstituirenden Landtages zu untersagen; der Antrag sollte bei Dringlichkeit der Zeit heute berathen werden (hier war's, wo Grumbrecht Dummheiten machte). Das wird ein heißes Zusammentreffen werden, zumal die Sache anscheinend nicht so gefährlich. Zum Glück gelang es, die Sache bis Montag hinauszuschieben, und auch dann wird hoffentlich nur ein sehr abgeschwächter Beschluß zu Stande kommen. Nicht sowohl die Sache an und für sich (obgleich auch diese bei der Rathlosigkeit in Berlin schon gefährlich) als das Princip der Einmischung ist es, was zu fürchten. Denn unmittelbar dahinter — sofern jener Antrag gelingt — wird der Antrag kommen auf Amnestie für politische Vergehen, in specie der Badenser. Gelingt das, so treten sofort Hecker, Struve[1]) pp. in die Nationalversammlung, zu welchem Behufe Vater Itzstein[2]) sich bislang noch nicht über die auf ihn gefallenen Doppelwahlen erklärt hat. Daß diesen Anträgen Straßen-Demonstrationen zur Seite gehen werden, können Sie sich denken, und in dieser Beziehung wird dann auch wohl nichts fehlen. Gestern marschirten hier hessische Truppen durch. Mehrere tausend Proletarier, gräuliche Kerle, zogen neben ihnen in geschlossenen Reihen, sie hatten sie eingeholt und fraternisirten mit einander. Dies Gesindel hat Geld vollauf; woher das kommt, darüber hört man die verschiedenartigsten Vermuthungen; nicht unwahrscheinlich ist es, daß Herzog Carl v. Braunschweig sich zu einigen Spenden hat bewegen lassen. Daß die Badische Regierung die Entfernung des Militairs zugegeben hat, ist unverzeihlich, denn fällt nur irgend ein jener Partei günstiger Beschluß in der National-Versammlung, so gehts dort wieder los. Wie überall gewühlt wird, liegt am Tage, und in dieser Beziehung interessirt mich auch Ihre Notiz wegen der Werbungen in Osnabrück und Göttingen sehr. Bei uns wird's ruhig bleiben, aber Vorsicht ist dennoch gut, zumal Herr Wiechel aus Hannover (jener Partei mit Leib und Seele ergeben, derselbe, der nach Weinhagens[3]) Wiederverhaftung den bösen und schwer unterdrückten Zank in der Bürgergarde

[1]) Führer der badischen Rebellen, welche durch das Gefecht bei Kandern am 20. April durch Bundestruppen unter Führung des hierbei gefallenen Generals Fr. v. Gagern zersprengt wurden. — [2]) Advokat von Mannheim.

[3]) Ueber den von dem Advokaten Weinhagen in Hildesheim angestifteten Aufruhr und seine Verhaftung in der Sitzung der Condeputirten vgl. v. Hassell. I. S. 587 ff.

erregte, weil dieſe ſich zu „Schergendienſt“ herabgewürdigt) bereits ſeit einiger Zeit hier iſt und noch bleiben wird; ſeine Verbindung mit jener Partei iſt außer allem Zweifel. Man hatte mich, Gott weiß weshalb, anfangs auch für paſſend gehalten und auf mich gerechnet: mein Name fand ſich daher in beſter Geſellſchaft neben R. Blum, Leue [1]) u. dergl. m. auf den gedruckten Wahlvorſchlägen jener Leute, und A. Ruge [2]) war erſtaunt, ja, hielt's für Scherz, als er mich nicht ſo fand, wie er vorausgeſetzt hatte. Daher hab ich denn ſo ein und Anderes vernommen, was mich über beabſichtigte Putſche außer Zweifel ſetzt. Wichel ſagte mir ſehr naiv, daß er ſeit Wochen überall in Deutſchland umhergeweſen und mit Ausnahme von Hannover Alles für die Republik geſtimmt und reif befunden hätte. Ruge meinte, einen Bürgerkrieg ſolle man nicht ſcheuen; das ſei ein Principienkrieg und immer beſſer als ein Krieg der Nationalitäten. — Wie dieſen Leuten die Preußiſchen Dummheiten in die Hände arbeiten, liegt auf der Hand. Dahlmann, den man von Berlin aus ſowie auch von Seiten des Prinzen v. Preußen ſelbſt über die Rückkehr befragt hatte, hatte entſchieden zur Vorſicht gerathen, d. h. zu warten und dann im Stillen und ohne jenen muthwillig hervorgerufenen Lärm den Prinzen zurückkehren zu laſſen. — Wenn Wiechel zurückgekehrt nach Hannover, wär's doch gut, ihn nicht aus dem Auge zu verlieren, wär's auch nur, um Einiges über die Verbindungen der Leute zu erfahren.

Ich lege Ihnen noch als Curioſität den Leueſchen Antrag bei, den ich vorgeſtern ſchon der Hannoverſchen Zeitung geſchickt, den Lex aber wohl nicht abzudrucken gewagt hat. Ich habe dorthin geſtern und vorgeſtern geſchrieben, beidemale nur Faktiſches berichtend und in höchſter Eile, weil um 8 Uhr die Poſt geht, die Sitzungen erſt nach 7 Uhr geſchloſſen wurden und ich weit von der Poſt ab wohne. Dazu iſt die Verbindung mit Hannover ſo ſchlecht, daß Sie wahrſcheinlich über Köln Alles um einen Tag früher haben.

So ſehr mich Ihr Brief erfreut hat, ſo bitte ich Sie doch, meine Briefe nicht ſo anzuſehen, als ob ich Antwort erwartete; ich weiß, daß Sie Beſſeres zu thun haben. Aber die Freunde grüßen Sie doch gelegentlich.

Der Ihrige
Detmold.

Nr. 27. Hannover, 26. May.

Laſſen Sie mich nur herzlichen Dank ſagen für Ihren Brief vom 20., lieber Freund, indem ich Ihnen die Anlage überſchicke. Der Leueſche

[1]) Appellationsrath aus Cöln. — [2]) Von Leipzig.

Antrag [1]) hat hier die Menſchen beinahe erſtarren gemacht, wie denn überhaupt, was man vernimmt, wenig tröſtlich klingt. Dieſer Mainzer Scandal [2]) — der Ihnen vielleicht etwas ableitet — der Raveauxſche Antrag [3]), gegen den man doch keine ernſtliche Oppoſition zu wagen ſcheint, und der recht beſtimmt iſt, gleich von vorn herein die Sache auf falſche Bahn zu leiten und zu verwirren, eine gewiſſe Duplicität in Gagerns Benehmen, der zu Darmſtadt anders ſpricht als zu Frankfurt [4]), das alles iſt unerfreulich. — Daß meine Erklärungen dort Sturm erregen würden, habe ich mir gedacht. Es iſt aber beſſer, die Stellung gleich anfangs auszuſprechen, damit jeder weiß, woran ſich zu halten.

H. Duckwitz correſpondirt hierher wegen ſeiner Zollpläne, die mir in einige Verwirrung zu führen ſcheinen, wie denn überhaupt die HH. Bremer ſich nicht hübſch benehmen.

Die 2. Cammer hat das 2Cammerſyſtem nun mit 26/54 Stimmen angenommen. Es iſt noch eine Abſtimmung übrig. Leider macht aber die 1. Cammer wieder Oppoſition, gehoben durch die Beſſerung der Zuſtände in Berlin und Wien (?). Das Ende iſt nicht abzuſehen. Am Mittwoch Abend haben wir 1. ein Geſetz wegen Erhöhung der Brennſteuer, 2. wegen Aufhebung der Adligen Bank [5]), 3. wegen Aufhebung des Privilegirten Gerichtsſtandes, 4. wegen Aufhebung der Conſiſtorial-Jurisdiction, 5. Verweiſung des Recurſes in Pol. Straffachen an die Gerichte. — Die Jagdcommiſſion hat den Entwurf zum Jagdablöſungsgeſetze vorgelegt. — Ueber die Gewerbeordnung haben wir Stadt und Land in einer Commiſſion völlig

---

[1]) Der Abgeordnete Leue verbreitete einen Antrag auf eine Reihe von Beſchlüſſen, durch welche die Nationalverſammlung die völlige Souverainetät in Anſpruch nehmen, und alle Fürſten für Hochverräther erklären ſollte, die ſich ihr nicht unbedingt unterwerfen würden.

[2]) Exceſſe vom 21. Mai, welche mit meuchleriſchen Anfällen auf Soldaten der preußiſchen Garniſon begannen und unter Entwaffnung und Auflöſung der Bürgerwehr militäriſch unterdrückt wurden.

[3]) Der Antrag Raveaux's von Cöln: „zu beſchließen, daß die für Frankfurt und Berlin zugleich gewählten Mitglieder aus Preußen das Recht hätten, beide Wahlen anzunehmen", führte zu Discuſſionen, in deren Folge die Verſammlung am 27. Mai beſchloß, zu erklären, „daß alle Beſtimmungen einzelner deutſcher Verfaſſungen, welche mit dem von ihr zu begründenden allgemeinen Verfaſſungswerke nicht übereinſtimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten ſind, ihrer bis dahin beſtandenen Wirkſamkeit unbeſchadet."

[4]) Gagern übernahm am 19. Mai das proviſoriſche Präſidium der National-Verſammlung mit einer Rede, in welcher er u. a. erklärte: „Wir ſollen ſchaffen eine Verfaſſung für Deutſchland, für das geſammte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieſer Schaffung, ſie liegen in der Souverainetät der Nation."

[5]) Des Oberappellationsgerichts.

geeinigt. Sie ſehen alſo, unſere Zeit iſt nicht verlohren, und wenn die 1. Cammer uns nicht gar zu große Querſprünge macht, oder Frankfurt uns nicht auseinandertreibt: ſo iſt die weſentlichſte Umgeſtaltung fertig. — Sie ſehen aber auch, daß wir Grund haben, uns zuſammen zu halten, und daß wir in Wahrheit der Einigung vorarbeiten.

Laſſen Sie doch Gervinus wiſſen, daß die läppiſche Broſchüre, gegen die er ſich ereifert, mit der Hann. Regierung auch nicht in dem mindeſten Zuſammenhange ſteht, und daß wir lange nicht ſo weit gehen als Bayern, daß er aber das wirklich vorhandene Lebendige anerkennen und nicht meinen ſoll, das laſſe ſich mit Formeln und Worten todſchlagen.

Treiben Sie doch Breuſing, mir zu antworten. Und nun Gott befohlen. Ich wiederhohle: Mögen nur einige Wochen ohne Entſcheidungen hingehen.

Ihr

JCBS.

Heute hat die 1. Cammer unſere Vorſchläge wegen der Repräſentation abgelehnt, und Böſe, oder Lafrenz, citirt wieder Condeputirte, um das Eincammerſyſtem durchzuſetzen in letzter Abſtimmung. Wenn doch die Leute ſich an das Vernünftige halten könnten. Man muß ſie aber gehen laſſen.

Nr. 28. Frankfurt, 4. Juni.

Ich ſage Ihnen, theuerſter Freund, meinen herzlichſten Dank für Ihren Brief vom 27.[1]) (die Anlage über Herrn v. R. iſt für alle Eventualitäten willkommen, der Menſch hat ſich aber ſelbſt ſchon vollſtändig ruinirt hier), noch mehr für Ihren Brief an Th. Meyer[2]). Ihre Rede vom 17. hatte uns Alle hier mehr oder weniger unangenehm berührt und ich wollte auch jetzt noch, daß Manches darin anders lautete, weil ſie der äußerſten Linken eine Waffe gegeben hat, die ſie ſchon mehrfach anzuwenden verſuchte, ſo daß ſogar Freudentheil einmal den ungeſchickten und unglücklichen Verſuch machte, abzuwehren und zu vertheidigen. Indeſſen bin ich, wenn Ihnen an meiner Zuſtimmung etwas liegen könnte, namentlich nach Ihren Erklärungen an Th. Meyer darüber, vollkommen einverſtanden, wie ich auch ſchon vor jenem Ihrem Briefe an Meyer das mehr oder minder klar einſah. Am widerwärtigſten berührt mich die Art und Weiſe, wie die radicale Parthei in unſerm Lande jene Ihre Rede vorſchiebt als Bollwerk und von derſelben aus Oppoſition macht, woran es ihr ja ſonſt ganz und gar an Stoff fehlt. Wie derartige Erklärungen

[1]) Vom 27. wird die Nachſchrift des vorſtehenden Briefs ſein.

[2]) Vgl. JCB Stüve. II. S. 36.

(aus dem Bremiſchen (Peſchau?) und Göttingen (Elliſſen[1])?) ausgebeutet werden, können Sie ſich denken, und in dieſer Hinſicht habe ich auch die Crawalle in der Reſidenz[2]) ſehr beklagt. Ich meine, da müßte ein energiſches Einſchreiten ſofort helfen! Uebrigens bin ich feſt überzeugt, daß an dieſen Crawallen in der Reſidenz Rumann mehr betheiligt iſt als Sie ahnen. Ich weiß nur das Oberflächlichſte über den Gang der Dinge dort; aber die ganze Taktik deutet für mich unwiderleglich auf Rumann. — In dieſes Capitel gehören auch noch die Schmähartikel, welche in den letzten 8 Tagen die Oberpoſtamts-Zeitung hier gegen Sie gebracht hat: Der Verfaſſer iſt zweifellos Herr Dr. Wedekind[3]), der Condeputirten-Häuptling, der ſich jetzt hier aufhält. Dies Alles läßt mich auf das ſehnlichſte wünſchen, daß Einigung in der Repräſentationsfrage dort recht bald erreicht werde; denn ſo lange dieſe offen, iſt ſie der Punkt, auf den die Wühler ihre Streiche richten. Ueber den Wahnſinn der 1. Cammer, die, um eine Bagatelle zu gewinnen, die höchſten Einſätze macht und das tollſte Spiel riskirt, redete ich in den letzten Tagen noch mit Bothmer ausführlich, an dem Sie eine ganz vortreffliche Acquiſition gemacht haben. Es iſt ein ſuperieurer Menſch, aber von den Eltern und vielleicht auch von dem Schickſal verzogen, gegen alles ſuivirte, ſei es Thätigkeit, Vergnügen, oder was es ſei, durchaus ungeberdig, zur Verzweiflung unſtät, ja unzuverläſſig, aber von einem ſo eminent ſcharfen und richtigen Blicke für Menſchen und Dinge, daß man ihm Alles zu Gute halten muß. Aber um wieder auf 1. Cammer zu kommen, ſollte der König, dem doch die gefahrdrohende Lage der Dinge leicht begreiflich zu machen ſein wird, auf die Herren nicht zum Guten wirken können? Daß Lüntzel[4]) ſich zweideutig benommen, wurde mir ſofort aus den Lobſprüchen der Weſer-Zeitung klar, auch als ich ihn das Einzigemal hier ſprach und er ſich — indeß nur flüchtig — über die dortigen Verhältniſſe äußerte; er ſcheint faſt verletzt zu ſein, wozu dann die Verbitterung hinzukommt, die ſein unglücklicher Zuſtand mit ſich bringt. Er hält ſich hier ganz von ſeinen Landsleuten, wie es ſcheint, aber auch von Andern fern. Die Landsleute halten ſonſt ziemlich beiſammen; wenigſtens ſieht man ſich von Zeit zu Zeit, mit Ausnahme der beiden Katholiken Zum Sande[5]) und Deymann[6]), die noch keiner von uns geſehen hat. Von Grumbrecht ſchrieb ich Ihnen wohl ſchon: Der hat ein für Zeiten wie die jetzige ſehr paſſendes bedeutendes Talent, aber ihm fehlt die Form; er weiß mit ſeinen Gaben nicht hauszuhalten und nutzt ſich ab, ohne zu nützen.

---

[1]) Dr. phil., Bibliothekſekretair. — [2]) Vgl. JCB Stüve. II. S. 22.

[3]) Dr. med. aus Eſens.

[4]) Lüntzel, Juſtizrath, Deputirter für Hildesheim zur 2. Kammer und zur Nationalverſammlung. — [5]) Advokat aus Lingen. — [6]) Rath und Aſſeſſor aus Meppen.

Von den Dingen hier weiß ich für den Augenblick nichts Besonderes zu schreiben, was Sie nicht schon aus den Zeitungen u. s. w. kennten. Gestern ist ein Ausschuß niedergesetzt wegen Untersuchung der Frage von der exekutiven Gewalt. Hier wird die Linke noch einmal verzweifelte Anstrengungen machen, die National-Versammlung in Conflikt mit den Regierungen zu bringen: ihr Plan geht natürlich auf eine provisorische Regierung hinaus, vor Allem, daß jene Central-Gewalt von der National-Versammlung, und zwar aus ihrem Schooße gewählt werde. Die Wahlen sind im Sinne des linken Centrums und der Majorität ausgefallen, die aber in der letzten Zeit von der Minorität stark kajolirt wurde und ohne Zweifel zu manchem Schlimmen verleitet werden wird. Dadurch kommt es zu einer Scheidung des Centrums von der Rechten, die mir sehr gefährlich zu sein scheint; vielleicht wäre Vermittelung nicht allzu schwer, aber es fehlt an Leuten, die nicht durch ihre Anticedentien Vorurtheile gegen sich haben. Ich könnte hier und da helfen, bin aber körperlich unfähig dazu, namentlich da ich den dummen Streich gemacht, die Wahl zur Verfassungs-Comission anzunehmen, wodurch ich den Tag oft 12 Stunden in Sitzungen zubringen und unglaublich viel ungewaschenes Zeug anhören muß. Indessen hoffe ich aber für den Augenblick, wo es zur Bildung der Centralgewalt kommt, auf ein energisches Zusammenwirken des Bundestags und von Seiten der National-Versammlung Gagerns, der sich offenbar für diese Eventualitäten sehr gerüstet hält. Er erzählte mir von einer bedeutsamen Unterredung über die Stellung des Bundestages zur National-Versammlung, die er am 31. v. M. mit Usedom und Wangenheim gehabt, und über die Ihnen dieser wohl ausführlicher als ich davon weiß berichtet haben wird. Gelingt es der äußersten Linken nicht, bei Gelegenheit der Bildung der Executivgewalt irgend Schlimmes zu Stande zu bringen, so wird, wenn ich recht divinire, gleich nach Pfingsten ein kleiner oder großer Putsch kommen, vielleicht zusammentreffend mit Berathung der Amnestie-Frage in der National-Versammlung.

In der Verfassungs-Comission ist mit Berathung der Grundrechte der Anfang gemacht; die Frage von der religiösen Freiheit hat 3 Sitzungen gekostet, jede von 4 bis 5 Stunden; der Versuch der Ultramontanen, das Princip der gänzlichen Unabhängigkeit der Kirche vom Staate ausdrücklich ausgesprochen zu haben, ist fehlgeschlagen. Sowie wir etwas weiter rücken in den Dingen, melde ich Ihnen Specielleres, bitte Sie aber auch, falls Sie noch specielle Wünsche und Ansichten über Einzelnes haben, mir das mittheilen zu wollen. Für die Grundrechte, womit wir angefangen, ist es freilich damit zu spät; vielleicht haben Sie aber für die andern Capitel dergleichen in petto. Ad vocem der Ultramontanen teile ich Ihnen noch

mit, daß es Plan derselben sein soll, bei größeren Erschütterungen, die zu erwarten stehen, die Rheinlande von Preußen loszureißen und als „Erzbisthum Köln“ in alter Herrlichkeit wiederherzustellen. Noch eine Bitte: Mittermeyer elendet mich als seinen ehemaligen Zuhörer vielfach: er wünscht alle Aktenstücke, die sich auf die Repräsentationsfrage beziehen, zu erhalten; haben Sie die Güte, etwa Breuern[1]) zu beauftragen, daß er mir dieselben schicke, es eilt in keiner Weise, so daß ich wohl mit der ersten deßfalsigen Vorlage zugleich das erledigende Schreiben der Stände-Versammlung an die Regierung erhalten kann.

Eben, da ich soweit geschrieben, kommt Meyer mit Ihrem Schreiben vom 1. und dem Antrage wegen der Landdrosten-Stelle.[2]) Der Aermste war ganz unglücklich, aber doch gefaßt und entschlossen, das Opfer zu bringen. Vielleicht wird er Ihnen noch zagend und ausweichend antworten; aber er selbst sieht ein, daß er nun, da das Wort einmal ausgesprochen, folgen muß. Und ich halte Ihre Wahl für eine sehr glückliche. Meyer hat, um von seinen übrigen Gaben zu schweigen, ein Großes und Gewaltiges, in jetziger Zeit Seltenstes, die Liebe — und mit der wird er alle Schwierigkeiten besiegen. Daß Bothmer seine schönen Gaben nun vorläufig nicht zum Besten des Vaterlandes verwenden kann, thut mir leid. — Wenn Meyer nach dort kommt, wird er Ihnen ausführlicher über den Stand der Dinge hier berichten können, den er aber in viel zu rosigem Lichte erblickt.

Ihr

D.

Der Brief kam gestern nicht weg, und so will ich noch erwähnen, daß ich gestern Abend die Bremer Blätter und den Hamburger Correspondenten mit den Berichten über Ihre Crawalle gelesen, die meine Vermuthung, daß R. die Hand im Spiele gehabt, durchaus bestätigen. An tiefere Absichten gegen die Stände-Versammlung u. dgl. glaube ich nicht; wäre das der Fall, so hätte Wiechel (von dem ich Ihnen schon schrieb) die Fäden in der Hand. Aber dem ist nicht so, es ist Niemand wie Rumann, der die Sache eingerührt hat. Wer ihm geholfen, kann ich von hieraus natürlich nicht einmal vermuthen, wäre ich dort, so sollte mir's bald klar werden. Ob Gersting? Gersting junior? Wahrscheinlich auch ein Nachtwächter Namens Portier; reden Sie doch mit dem Inspektor Rasch über die Sache, der vielleicht noch Fingerzeige geben kann. Lassen Sie übrigens meine Vermuthung unter uns — sonst werden mir die Fenster eingeworfen — zum Beweise, daß ich Recht gehabt.

---

[1]) Büreauchef der II. Kammer.

[2]) In Hildesheim.

Nr. 29. Hannover, 17. Juni.

Zunächst habe ich Ihnen für Ihren Brief zu danken, lieber Freund. Die hiesigen Dinge sind so ziemlich in Ordnung, alle gestrigen Versammlungen matt ausgefallen, die Ruhe nicht im mindesten gestört; auch Holscher ists mißrathen, sich durch eine Drohung der sämmtlichen Bürger-Offiziere mit Abgehen von dem Flecken rein zu waschen, den der 29.[1]) auf ihn gebracht hat. Die Conferenzen über die Verfassung haben begonnen. Im Grunde ists lächerlich, ob 150 Höchstbesteuerte wählen, ob alle Grundeigenthümer aus denen, die über 60 Thaler zahlen, wählen; die 1. Cammer in ihrer jetzigen Bedeutung ist gebrochen und die letztere von der 1. Cammer adoptirte Form giebt sicher weniger Garantie als die erste, weil sie sich wieder auf eine völlig ungleichartige, also bildungsunfähige Masse stützt. — Ich bin in meine Idee nicht verliebt genug, um hier nicht ziemlich klar zu sehen. Nun schleppt die 1. Cammer sich mit dem Jagdgesetz. Wir sind mit fast allem fertig, wir, d. h. die 2. Cammer, doch ist noch einige Arbeit auch für diese da, so daß Muße zum Verfassungswerke nicht fehlen wird. — Ueber die Verfassung aber, namentlich über die Stellung in Frankfurt, herrscht eine unerhörte Unklarheit. Die unglückliche Volkssouverainetät, von der kein Mensch weiß, was er davon denkt, verdreht nicht blos dort die Köpfe. So wie man sich aber dort gewöhnt, unbestimmte Begriffe mit den Worten zu verbinden und dann hin und her zu schieben, so gewöhnt man sich hier, die Worte in einem bestimmten Sinne zu nehmen, und daraus pro und contra zu argumentiren. Bueren[2]) und sein Anhang nehmen z. B. die Volkssouverainetät im rohesten materialistischen Sinne und wollen sie einführen. Was Wunder, wenn die anderen sie eben so roh nehmen und sich nun dagegen opponiren. So stehen die Sachen hier jetzt so ziemlich und es kann leicht kommen, daß Sie Adressen dort erhalten, die gegen jenes Wort zu Felde ziehen, das ja doch in der That so wenig Wahrheit hat. Es scheint überhaupt die Treiberei der letzten Wochen, ähnlich wie das Condeputirtenthum vor Ostern, einen Rückschlag zu erleiden.

Der Brief hat ein Paar Tage gelegen, und ich kann Ihnen nun melden, daß Meyer angekommen ist. Ueber die äußeren Gefahren der Versammlung hat er mich ziemlich beruhigt, weniger über die inneren; denn der Geist der Constituante, von dem er selbst ergriffen war, und der

[1]) Bei dem Crawall wegen der Gewerbeordnung (S. Anmerkung 2 zu S. 41) erschien die Bürgerwehr, deren Commandeur Holscher war, zu spät, um Ausschreitungen durch Fenstereinschlagen u. s. w. zu verhüten. Vgl. v. Hassell, I. S. 619.

[2]) Stadtsyndikus in Emden, Condeputirter, Mitglied der an den 50ger Ausschuß entsandten Deputation. Vgl. S. 32.

dort in allen Richtungen treibt, muß nothwendig für die Einheit Deutschlands selbst die größten Gefahren bringen. Wenn man durch Aufstellen allgemeiner Principien über Erbrecht (von Herzen danke ich Ihnen, daß Sie hier Uebel abgekehrt), Heimathsrecht, Gewerberecht u. s. w., deren Consequenzen man nicht übersieht, in die Verhältnisse des Volkes eingreift, so wird man sicher in Jahresfrist die Aufregung gegen die Einheit viel größer machen, als jetzt die für dieselbe. Es ist hier jetzt ein Kaufmannscongreß, unter diesen auch C. Gosling[1]); ebenso habe ich bei dem Handwerkercongreß viel Handwerker aus dem Lande gesprochen. Die Menschen haben von der Einheit, die sich nun operiren soll, überall keinen practischen Begriff, keine feste Gestaltung vor Augen, und während sie von einer Seite von Frankfurt Heil erwarten, fürchten sie von der andern Seite die Allgemeinheiten aufs Aeußerste, und möchten sich gegen solche gern wehren und schützen. Die Petition der Handwerker nach Frankfurt, die Zimmermann entworfen, mag davon ein Beleg sein.

In der Hannoverschen Zeitung sind die Bestrebungen unserer Anarchisten, die montagskränzlichen Volksvereine zu verbreiten (die hier übrigens sehr matt aufgenommen), ans Licht gezogen, namentlich alle Leute mit Namen genannt. Nun sollten Sie sehen, wie sie schreien, gerade so wie Mensching[2]) in der Volksversammlung geklagt hat, daß das, was er dort sage, weiter verbreitet werde. Man möchte mit Oeffentlichkeit pp. im Stillen wühlen. Bodungen, dem neulich Mensching mit Dr. Schröder das Ministerium des Innern angeboten, was er aber für jetzt noch abgelehnt, hat gestern bei einer für uns höchst unbequemen Discussion über die Entfernung von Klenze, Leist, Voß und Lütcken[3]) den Ersteren vertheidigt mit dem Satze: dessen Brod ich esse, dessen Lied ich singe! in einer Unverschämtheit, die ihn sogar bei der Linken gänzlich zu Grunde richten muß. Die Gesetze über die kirchlichen Rechte der Gemeinden finden heftigsten Widerspruch bei — der Geistlichkeit, die nun einmal behauptet, dergleichen könne nur von der Synode ausgehen, während man noch 1831 seine Noth hatte, der reinen Weltlichkeit nur irgend etwas zu entziehen. Eine ekelhafte Opposition hatte die Commission gegen den Gesetzentwurf über eine Extrakriegssteuer erhoben. Wir haben heute diese Sachen sämmtlich bei Seite gebracht, und haben sich dabei die Bauern, die Lang mit 1 Monat Grundsteuer ködern wollte, honett gemacht.

---

[1]) Senator in Osnabrück. — [2]) Advokat in Hannover.

[3]) Klenze, General-Steuerdirector, Leist, Vize-Präsident des Oberappellationsgerichts, von Voß, Cammerdirector, von Lütcken, Landdrost, waren es besonders, auf deren Beseitigung wegen der im Verfassungskampfe der früheren Regierung geleisteten Dienste der Siebenburgsche Antrag abzielte. S. Oppermann, II. S. 98.

Wir sind in einer Spannung wegen der Berliner Unruhen [1]). Freilich Nachahmungslust ist nicht mehr da; allein das große Unglück besteht in der gänzlichen Nichtigkeit der Berliner Regierung, wenn man nicht lieber das Ding Unzuverlässigkeit nennen will. Ebenso falsch wie Arnims Aeußerungen über die Dänische Sache sind die Mittheilungen über die Verhältnisse zu Sachsen, und in Dresden und hier der Unmuth über solche Verdächtigung gleich groß. Man glaubt darin das Gelüsten zu erblicken, während man zu Hause nicht die ersten Pflichten der Regierung erfüllen kann, auch die noch aufrechtstehenden Regierungen der Nachbarstaaten zu untergraben, um im Trüben zu fischen. Nun hat der neueste Krawall auch Arnim pp. gestürzt. Was werden soll, mag Gott wissen, aber solange Preußen so handelt, wie bisher, ist immer das Ärgste zu fürchten. Das Volk dort hat die verrücktesten Ideen, würde allenfalls die Minister selbst wählen wollen; über das veto suspensif ist auch der gemäßigtere Theil im Streite. Die Regierung hat bis jetzt allem Drängen widerstanden, irgend eine Erklärung über die Reichsverfassung abzugeben. Man affichirt hochmonarchische Grundsätze, wie es scheint, will sich aber nicht binden. Den Prinzen Adalbert scheint man zum Großadmiral machen zu wollen, und wenn das in Frankfurt nicht ginge, dazu die Hamburger Conferenz zu mißbrauchen gesucht haben, die aber wohl ihr Gutachten abgeben und auseinander gehen wird. — Ich habe mich lange gegen diese Besorgnisse gewehrt; aber die Beweise werden jetzt zu viel.

Hieran knüpfe ich ein anderes. Neulich war Rose [2]) hier, und das Gespräch führte mit ihm auf die Frage vom Tode des Königs, wo er zur Regentschaft unbedingt den Herzog von Braunschweig empfahl. Bedenken wegen Character und Fähigkeit beseitigte er gänzlich und hob dagegen eine politische Rücksicht hervor, die mir bedeutend schien. Wenn jetzt der Herzog von Braunschweig sterbe, so würde man in Braunschweig eher alles thun, die Republik proclamiren, als sich an Hannover anzuschließen — wie erwünscht, wenn sich durch jenen Weg die Einigung allmälig bewirkte. — Es kommt hier nun sehr darauf an, zu wissen, 1) ob der Character so vertrauenerweckend, wie Rose sagt? — 2) ob der Anfall wirklich zu erwarten. — Man hat mir gesagt, über beides werde Liebe [3]) am besten unterrichtet seyn. Sollten Sie nicht Gelegenheit haben, von Diesem mit Vorsicht etwas zu erfahren. Die Aufklärung dieser Sache wäre ein Dienst für das Land, vielleicht für Deutschland, dem man einen der gefährlichen Zündstoffe der Successionsfälle entzöge.

---

[1]) Der Zeughaussturm am 14. Juni.

[2]) Der 1838 verabschiedete, nach Braunschweig übergesiedelte Geheime Cabinetsrath.

[3]) Legationsrath, Bundestagsgesandter für Braunschweig und Sachsen.

Was unſeren Handwerkskrawall angeht, ſo kann ich bemerken, daß Portier oder wie der Kerl heißt thätig geweſen. Vielleicht hat er auch die Fenſtermuſik bei mir dirigirt. — Merkwürdig aber deuten manche Spuren darauf hin, daß Adv. Wagener das Einſchlagen bei Bennigſen begonnen. Können Sie das deuten? Intereſſant iſt, daß in der Handwerkerverſammlung am 13. der Gedanke auftauchte, Rumann als Abgeordneten der Handwerker nach Frankfurt zu ſenden, aber ohne Beifall. Stechhan [1]) und Menſching wollten ſich dort einführen, wurden aber zurückgewieſen. Stechhan iſt verheirathet mit R's ehemaliger Köchin. — Daß Menſching post factum als Bürgergardiſt mein Haus bewacht und an meinen Schreibtiſch gewollt hat, iſt auch wohl nicht ohne. Man muß dieſe Fäden einmal weiter zu verfolgen ſuchen.

Doch genug für jetzt. Möge doch um Gottes willen die Verſammlung in Frankfurt einſehen, daß ſie ſich an das Nothwendigſte halten, ſich ſelbſt beſchränken muß, wenn ſie Gutes will. Daß ſie doch um Gottes willen ſich hüte, eine Conſtituante zu werden. Freigeſinnt ſich ſelbſt beſchränkend, Immerfort das Nächſte denkend, Nie vom Weg dem geraden weichend, Und zuletzt das Ziel erreichend! ſagt der alte Goethe.

Ihr
JCBS.

Die Sitzung iſt vorüber. Die 1. Cammer hat wirklich die Conferenzbeſchlüſſe, nachdem ſie „das Princip der 2. Cammer angenommen", wieder abgelehnt, — wozu der elende Abt von Loccum das Seinige beigetragen, um ſein perſönliches Stimmrecht zu behaupten. Aus Berlin habe ich einen Brief, der höchſt traurig lautet. Es iſt dort nun alles desorganiſirt. Gott beſſere! Möchte man nur in Frankfurt ſich nicht auch ſo in die Revolution ſchleppen laſſen. Es iſt Gefahr.

Nr. 30. Frankfurt, 22. Juni.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihren Brief vom 17., der mir über die heimiſchen Zuſtände große Beruhigung gewährte; das Verfahren der 1. Cammer macht bald nur noch Ekel, nicht einmal mehr Ärger; durch die Art, wie ſie endet, zeigt ſie eigentlich erſt recht, daß ſie unwerth war, zu beſtehen, daß ſie auch nicht der geringſten politiſchen Idee fähig, ſondern immer und nur die miſerabelſten Kaſten- und Sonder-Intereſſen hat und verſteht.

Hier rollen inzwiſchen die Würfel über das Geſchick Deutſchlands: man iſt mitten im heftigſten Kampfe über die Bildung der Centralgewalt,

[1]) Tiſchlermeiſter, Bürgervorſteher.

die doch ſicher das punctum saliens für die zukünftige Geſtaltung der Dinge iſt. Die Entſcheidung wird wohl erſt morgen erfolgen, doch glaube ich Ihnen ſchon heute mit ziemlicher Gewißheit folgendes ſagen zu können: der Comiſſions-Antrag (ich ſetze voraus, daß Sie denſelben wie die andern wichtigſten Anträge aus den Zeitungen oder durch Wangenheim und Gagern kennen — ſonſt bitte ich, nicht für dieſen aber ſpätere Fälle, um Anzeige, damit ich ſofort dergleichen überſenden kann) wird im Weſentlichen angenommen werden; — aber ſtatt eines aus drei Perſonen beſtehenden Bundesdirektorii nur eine Perſon und zwar eine fürſtliche, wohl ohne Zweifel Erzherzog Johann. Ich hätte lieber die Trias geſehen, weil mir die beſſer die divergirenden Intereſſen zu vermitteln geſchienen hätte, und weil der Übergang zur Monas mir zu ſchroff erſcheint; indeſſen zieht die Majorität (in qualitativer und quantitativer Hinſicht) jenes Weges, und ſo muß man ſich denn doch freuen, wenn's nur zu Stande kommt, zumal bei einer Trias leicht zu beſorgen geweſen wäre, daß der Beſchluß angehängt worden wäre: es ſollten nur Privatperſonen ſein. Noch geſtern früh hoffte ich, daß die Trias durchgehen würde, aber in den geſtern bis in die tiefe Nacht hindauernden Unterhandlungen habe ich die Überzeugung gewonnen, daß ſie die Majorität nicht haben wird. Gagern — der bis geſtern früh auch noch für 3 war — wird entſcheidend für den Comiſſions-Antrag reden, aber jetzt mit Einem Bundesdirektor, und Dahlmann, der als Berichterſtatter das letzte Wort hat, wird auch dem Einen das Wort reden. So würden wir denn zur Einigung oder wenigſtens vorerſt zur gemeinſchaftlichen Spitze raſcher kommen, als man hoffen durfte! es iſt aber auch hohe Zeit, denn ich glaube nicht, daß wir noch 2 Monate Frieden behalten; der Kampf wird wohl im Oſten und Weſten zugleich beginnen; daß in Frankreich eben die Einigung raſcher für den Krieg entſcheiden wird, ſcheint mir gewiß. Daneben wühlt die anarchiſche Parthei in wahrhaft entſetzlicher Weiſe; hier hat ſie kein Terrain, das ſieht ſie ein; deshalb haben denn auch die demokratiſchen Vereine beſchloſſen, den Centralſitz ihrer Thätigkeit nach Berlin zu verlegen. Dort iſt leider nur zuviel Ausſicht für ſie; doch hoffe ich einen Rückſchlag von der Schande der Zeughausplünderung und von dem neuen Miniſterio, namentlich Schreckenſtein[1]), große Energie und Muth, die eigentlich allein ſchon hinreicht, dem Gegner zu imponiren.

Die fatalen „Grundrechte des deutſchen Volkes", ein Weihnachtsbaum, den man den Maſſen aufgeſetzt hat, und wozu man die Sachen genommen hat, wo man ſie gefunden, ohne fremdes Eigenthum im Mindeſten zu reſpectiren, ſind jetzt fertig geworden, und ich habe Ihnen geſtern Abend

[1]) Frhr. v. Schreckenſtein, Kriegsminiſter ſeit 18. Juni.

das erste fertige Exemplar sous bande zugehen lassen, das hoffentlich schon in Ihren Händen ist Wegen der Minoritäts-Vota, die beiliegen, bemerke ich, daß unter das erste mein Name nur aus einer Art Versehen gekommen ist, und daß ich eigentlich nur Nr. 23 unterzeichnet, da ich es für unnötig ansah, meine abweichende Meinung überall auch im Berichte ausdrücklich zu erwähnen, weil ich dieselbe bei der Debatte in der National-Versammlung selbst doch nicht vertheidigen werde (des fatalen Tribünenredens wegen); das eine und andere Schlimme wird wohl noch fortzuschaffen sein, dafür wird aber manches Andere hineinkommen. Namentlich rüsten sich die Ultramontanen mit wahrhaft gewaltiger Macht, um die vollständige Unabhängigkeit der Kirche vom Staat durchzubringen. Dieser Kampf wird sehr gewaltig werden. Der Bericht über die Grundrechte ist eine eilige Notharbeit von Beseler (von Greifswalde). Von diesem eminenten Menschen möchte ich Ihnen Einiges erzählen; unter allen Mitgliedern der Verfassungs-Commission ist er der Einzige, der mir immer und immer auf's Neue imponirt, durch Scharfsinn, Gelehrsamkeit, Umsicht und politischen Blick. Einiges Professorale, das er noch hat, streift er zusehends ab. Wenn ich Ihnen B. lobe, so geschieht das nicht pro amico, denn B. hat etwas so Kaltes, fast Zurückstoßendes, zumal gegen mich, daß ich nicht das mindeste Verhältniß zu ihm habe: es geschieht, weil ich auf's dringendste B. für Göttingen gewonnen zu sehen wünsche. Albrecht[1]) ist jetzt, nachdem er zu Hause gewesen, mit dem Entschlusse zurückgekehrt, den Ruf nach Göttingen abzulehnen; so hab ich aus seinem Munde, obgleich er wohl's noch nicht abgeschrieben hat. Nun könnten Sie keinen besseren Ersatz finden, als Beseler, der sicher sehr bald zu den Sternen erster Größe zählen wird.[2]) — Wenn ich Ihnen diese Empfehlung einzig und allein um der Sache willen ausgesprochen habe, so möchte ich mir eine andere, die ich schon länger auf dem Herzen habe und nun nur hier an jene anknüpfend auszusprechen wage, auch ein bischen um der Person willen erlauben: das ist die meines Freundes Hanne[3]), von dem ich Ihnen früher schon geschrieben. Sie können ihn in Göttingen als Professor oder anderswo als Pfarrer brauchen; er wird überall sich als tüchtiger und trefflicher Mensch zeigen, den ich gar gern einer widerwärtigen Stellung in Braunschweig entzogen sähe. Halten Sie mir diese Empfehlung zu Gute; sie ist wirklich nicht allein um eines Freundes Willen.

Rose's Idee mit dem Herzog von Braunschweig hat sehr viel Einleuchtendes — aber was wird der König — der alte und der junge — dazu

[1]) Aus Leipzig, einer der 1837 abgesetzten Göttinger Professoren.

[2]) Vgl. über Beseler, Rob. v. Mohl, Lebenserinnerungen. II. S. 43.

[3]) Candidat der Theologie.

ſagen? Mit Liebe komme ich, da er nicht Mitglied der National-Verſammlung iſt, nur ſelten zu reden, doch geſtern Abend, wo wir aber bald geſtört wurden; was ich von den anderen Braunſchweigern, unter denen Jürgens[1]), ein eigenthümlicher Kauz, der einzige bedeutendere iſt, erfahre, ſpricht durchaus nicht gegen jenen Plan. Daß der Herzog, im Grunde kein Freund freiheitlicher Beſtrebungen, jetzt ohne arrière-pensée ſich hingiebt, darf man ihm hoch anrechnen. Ich will aber noch Weiteres zu erfahren ſuchen und Ihnen dann ſofort melden. Ihr

Detm.

Nr. 31. Frankfurt, 24. Juni.

Ich will Ihnen, theurer Freund, doch melden, daß die Entſcheidung wegen der Centralgewalt wahrſcheinlich ſchon heute fällt und zwar ganz vollſtändig. Gagern hat nämlich die Abſicht, am Schluſſe — der heute Statt findet, die Abſtimmung aber wegen der einzelnen Amendements, namentliche Abſtimmung und dergl., würde erſt am Montag vor ſich gehen können — das Wort zu nehmen, und durch ſeine Rede die Verſammlung dazu hinzureißen, durch Acclamation den Erzherzog Johann zum Reichsverweſer zu ernennen. Das Experiment iſt gefährlich, und ich habe dagegen gewarnt; indeſſen iſt die Sache einmal beſchloſſen, ſo iſt der Modus ziemlich gleichgültig, zumal nur die Linke dagegen ſchreien würde und dieſe ja fortwährend predigt, daß man ſich nicht an die Formen halten dürfe. Denjenigen, die nur $^3/_4$ links ſind, muß es auch ſchmeicheln, daß man der Souveränetät der Verſammlung die große Conceſſion macht, daß die Verſammlung ſelbſt ohne Vorſchlag der Regierungen den Reichsverweſer ernennt. — So ſtanden die Beſchlüſſe geſtern Abend ſpät; ſollte heute früh (was unwahrſcheinlich) der Plan geändert werden, ſo kommt die Debatte doch heute jedenfalls zum Schluß und wohl erſt am Montag zur Abſtimmung, der Comiſſions-Antrag mit einiger Modifikation, namentlich Einem ſtatt Drei, zur Annahme. Der Ihrige

D.

Nr. 32. Frankfurt, 26. Juni.

Ich will Ihnen, theurer Freund, doch wenigſtens einige Auskunft geben, wie die Sachen in dieſer Viertelſtunde ſtehen, zumal Sie durch mein letztes (unter Couvert an Friesland für die Hannoverſche Zeitung) abgeſandtes Schreiben und die Zeitungsberichte in den hieſigen Blättern wohl

[1]) Prediger aus Stadtoldendorf. Später Redakteur der Hannov. Zeitung. Verfaſſer des Werks: Zur Geſchichte des deutſchen Verfaſſungswerks, 3 Bände 1850—57.

ganz desorientirt sein werden. Die Sache ist fürchterlich verfahren und liegt für den Moment ungemein unglücklich; — ich muß es sagen, obgleich es mich tief schmerzt — Gagern hat fast Alles verdorben. Seine Rede vom Sonnabend werden Sie kennen, die Absicht war, eine Acclamation für die Wahl eines Fürsten herbeizuführen; — ob ihn im entscheidenden Momente der Muth oder nur der das Wort aufgreifende Gehülfe verlassen, ist mir nicht klar — ich hatte Freitag Nacht entschieden gewarnt, fast der Einzige der Wenigen, die um das Experiment wußten. Gagern giebt auch zu, wie er gefehlt hat, damit sind wir aber um nichts weiter. Nun haben sich nämlich — das alte Manöver ganz wie beim Raveaux'schen Antrage — die sämmtlichen Anträge der Linken geeinigt, die auch früher nur gestellt waren um nachlassen zu können; die 4 Anträge Zitz — Blum — M. Mohl — Schoder haben sich im Schoder'schen Antrag geeinigt, der dadurch und die Waschlappigkeit der Majorität eine gefährliche Zahl Stimmen gewonnen hat. Daneben aber ist durch eine fernere noch schlimmere Ungeschicklichkeit ein Antrag (Möhrings) zurückgezogen, andere Anträge (Dahlmann u. a.) so modificirt, daß uns nun zum Theil die wichtigsten Anträge für die Frageſtellung fehlen und ein Einbringen derselben in die geschlossene Debatte formell beinahe unmöglich ist. (Alles, wie überhaupt das Meiste, was gesündigt wird, eine Folge des Redens von der Tribüne aus, der Unmöglichkeit des Redens vom Platze aus, d. h. einer wirklichen Debatte.) Nun gilt es vorab, das so ungeschickt Verlorene und Weggegebene wieder zu gewinnen, zu diesem Zwecke aber mit einer zerrissenen, schwankenden, desorganisirten Majorität eine sehr bedeutende, trefflich organisirte und diesmal auch numerisch bedeutende Minorität geradezu zu despotisiren, zu zerbrechen, und zwar um widerwärtiger Formfragen willen. Vermuthlich wird das Gezänk in diesen Formfragen die ganze heutige Sitzung füllen und es am Ende gar nicht zur Abstimmung kommen, und das wäre vielleicht das Beste, zumal die Linke in der Gewißheit der Abstimmung auf heute ganz besondere Anstalten für die Gallerien pp. getroffen hat, denen man, wenn es morgen erst zur Abstimmung kommt, besser entgegentreten kann. Kommt aber heute ein irgend passender Moment wieder, so wird Gagern wieder das Wort nehmen und das vollenden, was er vorgestern unbesonnen angefangen und ungeschickter Weise unvollendet gelassen hat, obgleich heute der Moment viel ungünstiger; dafür ist die Abrede genommen und wird wohl Heckscher, seiner Stellung nach der geeignetste, sich für die Acclamation erheben. Ich fühle, daß Ihnen, liebster Freund, dies Alles unklar und verworren erscheinen muß; aber wenn ich nicht ganz ausführlich sein will (und das kann ich schon um der Zeit willen nicht) so muß ich unklar und dunkel bleiben. Das Resultat der Sitzung werden Sie mit der Abendpost durch Wangen-

heim und durch die Zeitungen erfahren, daher ich's wohl nicht melden werde. Hoffentlich aber kann ich, wenn wir heute nicht zur Abstimmung kommen, morgen früh Günstiges melden. Der Hauptkampf wird sich drehen: 1) um die Frage, ob fürstliche Person oder nicht (die Linke will wenigstens neben Erzherzog Johann ihren Blum auf die Wahl bringen) und in Folge von Gagerns unglücklicher Rede ist diese Frage aus den zur Abstimmung kommenden Anträgen weggefallen! 2) Verantwortlichkeit; 3) Zustimmung, auch nur nachträgliche, von Seiten der Regierungen — ebenfalls durch Gagerns Rede verloren; 4) Das Veto. Aber wie gesagt, alle diese Fragen werden heute nur als bloße Form- und Reglementsfragen den Kampf veranlassen.

Ihr

D.

Nr. 33. Frankfurt, 30. Juni.

Um nicht über dem Größeren und Ganzen das Geringere und Einzelne zu vergessen, will ich Ihnen, theurer Freund, doch melden, daß ich in den letzten Tagen mit Liebe und andern Braunschweigern im Sinne Ihrer neulichen Anfrage geredet habe, und daß das, was ich von dieser Seite her über den betreffenden Character erfuhr, den Plan quaest. als durchaus praktisch und ausführbar erscheinen läßt. Ein entschiedenes Festhalten an dem einmal gegebenen Worte wird durchweg gerühmt und mehr braucht man ja kaum. Sie würden mir einen sehr großen Gefallen erzeigen, wenn Sie mir, soweit das angeht, demnächst über die Ausführung des Planes Mittheilungen machen wollten.

Über die hiesigen Dinge wüßte ich für den Augenblick kaum Mittheilungen zu machen, zumal solche, die sich in den engen Raum eines Briefes fassen lassen. Welchen Eindruck unser Th. Meyer mit seiner starken Frankfurter Färbung auf Sie machen werde, war ich sehr neugierig zu hören; ich war mit ihm, soweit das bei ihm möglich, fortwährend im Streit über diese Sachen, — mit seinem Ersatzmann Merkel freilich noch viel mehr, so daß ich diesem förmlich aus dem Wege gehe. Und mit Breusing geht's mir nicht besser Von den Landsleuten ist nur Bothmer und Hugo[1]) mir gleichgesinnt; die andern verdenken mir meine letzten Abstimmungen gar sehr, und Merkel war heute noch kindisch, ja, wie ich ihm selber sagte, beschränkt genug, von solchen Abstimmungen einzelner Hannoveraner ein Odium und damit ungünstige Stellung der Zoll- und ähnlicher Fragen zu erwarten. Diese Thorheiten machen mich aber nicht

[1]) Justizrath aus Göttingen.

irre, um so mehr, da (was komisch ist, was ich nicht ambitionire und was ich gewiß nicht, am wenigsten gegen Sie, aussprechen würde, wenn ich nicht eben jene Merkelsche Warnung erwähnt hätte) ich trotz aller solcher Abstimmungen immer noch nach allen Seiten mehr Vertrauen genieße, als alle andern Hannoveraner, und man mich fast mit Gewalt zu den Vorberathungen in den kleinsten Kreisen heranzieht, wo ich nicht nütze, sondern mich nur ennüyire. Indessen einige Lieblingspläne, z. B. wegen des Census u. s. w., will ich doch durch derartige Verbindungen zu fördern suchen. Es wäre schon eine Lust, in diesem Menschenmeer umherzuschwimmen, wenn man nicht so oft vor Zorn, ja vor Ekel, sich abkehren müßte. Nach all dem dürfen Sie mir denn auch wohl einmal erlauben, daß ich die Versammlung lobe. Sie hat den schwersten (auch schon um deßwillen der schwerste, weil er der erste war) Theil ihrer Aufgabe gelöst, und ich denke, man darf trotz des Ärgers und Verdrusses über manches Detail im Ganzen und Großen wohl zufrieden sein. Schon der einzelne Mensch geht leicht ins Schrankenlose, wenn ihm die Schranken fehlen, wie vielmehr eine Versammlung von 600 Menschen. Und in der ganzen Weltgeschichte hat es keine Versammlung gegeben, die weniger beschränkt gewesen als diese. Die National-Versammlung von 1789 hatte eine damals noch sehr starke Regierung, hatte privilegirte Stände u. s. w. sich gegenüber, war durch Cahiers gebunden — und wie verlor sie sich ins Schrankenlose! Unsere Nat.-Vers. hat nichts sich gegenüber, die Regierungen kraftlos und ohne Autorität, Verlockungen zum Eingriff in die Executive nach allen Seiten hin, gewählt unter den ungünstigsten Einflüssen, in athemloser Eile, wo Verständigung durch die theils geknechtete, theils freche, jedenfalls aber mißbrauchte Presse pp., selbst wenn die Zeit gewesen wäre, ganz unmöglich war, zusammengesetzt aus Leuten der verschiedenartigsten Ansichten nnd Interessen, die Majorität aus gerade soviel Partheien bestehend als Köpfe, die Minorität kompakt aufs Beste organisirt, von vorn herein durch Verständigung und auch ohne diese durch die gemeinsame Lust am Zerstören. Und all diesen Gefahren gegenüber muß anerkannt werden, daß die Versammlung sich mit Mäßigung benommen hat, in einigen Fällen mit wahrhafter Weisheit. (Zu den Gefahren habe ich das verdammte Reden von der Tribüne herab, das fast alle Fehler verschuldet, die begangen werden, noch nicht einmal gerechnet). Forsche ich den letzten Gründen dieser Mäßigung, dieser Weisheit nach, so finde ich sie im Particularismus. Und ich glaube, daß dieser, wie das erste Mal im März d. J., so jetzt zum zweiten Mal Deutschland gerettet hat. Was der Versammlung fast durchgehend fehlt, ist Mangel an politischer Durchbildung, oder, da man dergleichen ja noch nicht fordern darf, auch nur an historischer Vorbildung.

Da ist Alles unklar und verworren; mehr als die französische Revolutionsgeschichte kennen die wenigsten. Und die mehr wissen, sind meist Professoren, und die sind gar gefährlich. Es vergeht keine Sitzung, wo ich nicht Sie vermißte und mir sagen müßte, Sie würden uns Allen unendlich viel Zeit und Mühe ersparen. Damit komme ich noch auf eine Bitte: Lassen Sie mich gelegentlich wissen, wie Ihnen die Grundrechte zusagen; ich denke, bei vielen wird das Leibkneipen nicht ausbleiben, wenn das deutsche Volk dieselben erst genossen haben wird. Ausführlicher aber möchte ich Ihre Ansicht über die Frage der Trennung der Kirche vom Staate haben. Über diese Frage wird ein ganz furchtbarer Kampf entbrennen. Hierzu rüsten sich die Ultramontanen mit einer Macht, die unglaublich ist. Ich möchte gern wissen, wie weit man hier gehen könnte und dürfte, zumal in Beziehung auf Hannover. Der Anfang der Berathung der Grundrechte wird wohl schon am Montag oder Dienstag stattfinden und gleich der Art. I, die Frage von der Freizügigkeit, uns einen harten Stand bereiten.

Über die Verhandlungen der letzten 8 Tage, über die Bildung der Centralgewalt, sage ich nichts mehr: das Kind ist nun glücklich geboren, wenngleich an einigen Gliedmaßen nicht ohne Spuren der Kämpfe und Krämpfe, welche seine Geburt veranlaßt. Was Gagerns unbesonnener (von mir vergeblich abgerathener) Schritt, zumal er nur halb gethan wurde, geschadet, brauch ich Ihnen wohl nicht zu sagen: der Schaden war ein doppelter für uns, weil die Sache und weil Gagern selbst, den wir nicht entbehren, nicht schwächen dürfen, darunter gelitten haben. Die Gimpelhaftigkeit der Majorität, Gagerns Unbesonnenheit, das Zerfallen der Majorität u. s. w. machten zuletzt die Linke so siegessicher, daß mit deshalb sie den Sieg verloren hat. Sie werden auch aus den Andeutungen meiner letzten Briefe, den stenographischen Berichten u. s. w. sich ein ziemlich klares Bild von dem Gange der Dinge haben machen können.

Daß Sie mit 1ter Cammer nun glücklich zu Ende gekommen, hat mich von Herzen gefreut, ebenso die Nachricht, daß dort ein Rückschlag eingetreten; (auch anderswo, z. B. in Sachsen, ist das der Fall, in Würtemberg ist er im Werke pp.). Aus der Zeitung ersehe ich, daß dort statt Roese zum Senator Meyer — Gersting — Schütze gewählt worden. Ich möchte Sie bitten (und wäre ich in Hannover, wollte ich Sie überzeugen), daß Sie mit Übergehung der beiden 1mo und 2do loco gewählten den dritten Candidaten Schütze bestätigen möchten. Es wäre sicher ein großer Gewinn nach allen Seiten hin.

Noch bitte ich die Freunde zu grüßen, so namentlich Buddenberg, der mich, wie es irgend geht, bei meinen Wählern entschuldigen mag, daß ich ihnen nicht schreibe. Aber das geht wahrhaftig nicht.

Der Ihrige
Detm.

Nr. 34. Hannover, 2. Juli.

Ihre drei letzten Briefe vom 22., 24., 26., liebster Freund, habe ich dankbar erhalten, aber unbeantwortet gelassen, bis ich das Ende haben würde. Das ist nun da, freilich eine so gänzliche Verwirrung und Grundsatzlosigkeit, daß einem dabei traurig zu Muth werden muß, und am Ende nur der Trost bleibt, daß dergleichen sich nicht halten könne. Der Glaube an die transcendentale Weisheit großer Versammlungen, die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit des Einkammersystems, sollte dadurch billig, was jenen angeht, vernichtet, was diese betrifft, gestärkt werden. Mir ist aber bei der endlosen Reihe der Verbesserungen und Anträge recht klar geworden, wie nothwendig große Versammlungen durch äußere Gränzen disciplinirt werden müssen. Die alten Democratien gaben nur wenig Rednern das Wort, die übrigen stimmten schweigend. In England disciplinirte das Partheiwesen. Unsere kleinen Landesversammlungen haben sich wohl halten können (freilich mit welcher Klage über Geschwätz). Nachdem aber all dieses Geschwätz in einen großen Topf geworfen und mit Schlechtigkeit gehörig gewürzt ist, können unheilbringende Dinge kommen. Und diese Versammlung hat sich nun vor allen Dingen die traurige Selbstbespiegelung der Volkssouverainetät einimpfen lassen! Dazu hat Gagern mitgewirkt, daß dieses Product der Fünfziger ausgebrütet ist. Das ist das πρῶτον ψεῦδος, daraus alles weitere Unheil nothwendig folgen muß. Und derselbe Gagern macht nun (ganz consequent) den ungeheuren Fehler, nein, er begeht das Verbrechen, die Ordnung durch die Unordnung retten zu wollen! Ist das nicht Jesuitismus? Nicht in Gagerns Gesinnung, aber practisch. Gagern wird noch einmal die Rolle, die er gespielt hat, schwer bereuen; die Geschichte wird zweifeln, ob er schwach oder ein Verräther gewesen. Aber wie nun weiter? Wird, kann Erzherzog Johann eine solche Wahl annehmen? Ganz gewiß nicht! Das glücklichste wäre, wenn er es thäte. Er könnte es nur unter Bedingung der Zustimmung der Fürsten, die erfolgt, und der Erhaltung des Bundestags, dessen Aufhebung, ehe man irgend etwas an die Stelle gesetzt, ein furchtbarer Schwindel ist, der den Reichsverweser selbst zum Knecht oder zum sofortigen unhaltbaren Angriffspunkt macht. Ueber die Thorheit, sich mit der Herstellung eines Staaten-

hauſes zu tröſten, indem man mit der Auflöſung anfängt, hat man faſt nur zu lachen. Aber ſelbſt wenn der Erzherzog annähme ohne Bedingung, ſo wäre das ein Glück, wenn wir bedenken, daß Frankreich ſchon über den 18. Brumaire hinaus iſt.[1]) Allein ſchwerlich kann er es überhaupt. — Quid tunc? nachdem Gagern ſo ganz unſinnig und kindiſch alles an ſeinen „großen Wurf“ geſetzt, und die Sache weggeworfen um einer Perſon willen, die er nicht bekommt. Er kann dann ja Robert Blum zum Reichsverweſer wählen. Wer weiß, vielleicht iſt's wieder ein großer Wurf! Halten Sie den Punkt feſt im Auge und zeigen Sie ihn anderen, namentlich auch Gagern, der wohl nachgerade einſehen wird, wohin er ſich verrannt hat. Es fehlt ihm an der zähen Ausdauer, die für ſolche Situationen gewiß noch nothwendiger iſt, als die plötzliche Kraft. — Ich hoffe, man wird ſich nun an die Volksrechte machen und dabei Gelegenheit haben, von dem Nimbus der Verſammlung noch mehr abzuſtreifen. Was dann aber werden ſoll, wenn die Franzoſen anfangen, ihre mobile Garde über die Gränze zu werfen, während wir ſogar den Bundestag weggeben wollen, ohne was anderes zu haben, das mag Gott wiſſen. Etwa das comité du salut? — Nur die Hoffnung haben wir jetzt, daß Preußen ſich endlich aus ſeiner Unthätigkeit herausreißen, und mit den Nachbarſtaaten in Einklang ſetzen wird. Es wäre viel gewonnen, wenn der Austritt Arnims[2]) uns das brächte, der keinen Begriff davon zu haben ſchien, wie ſehr er die Revolution förderte, indem er ſich über Frankfurt nicht klar ausſprach, und wohl hoffte, im Trüben zu fiſchen, — Kaiſerthum, Prinz Wilhelm Reichsverweſer, Prinz Adalbert Großadmiral u. dgl. Genug davon. — In Göttingen hat Hr. Plathner nun ſeine Wühlereien auf die Handwerker geworfen, wird aber ſchwerlich damit durchdringen. Es iſt dort ſeit Kurzem wieder recht aufgeregt, eine Parthei unter den Studenten operirt deutlich für Hecker. Doch ſcheint die Mehrheit dem abhold. Wir haben die Augen offen. Hier hat Hr. Otto Weber ſich blamirt. Dagegen iſt Buchdrucker Stegen vom Gericht eingezogen, und aufgegriffene Correſpondenzen ſcheinen zu ergeben, daß er an Wiechels Stelle das Haupt der Parthei zu werden beſtimmt iſt. — Er war zum Buchdrucker-Congreß in Mainz geweſen und hat nun an Blum, Zitz, Reden wollen ſchreiben laſſen: Man möge doch die Amneſtie beſchleunigen! Da ſieht man, woher dieſen Leuten der Muth kommt. Eine zu Frankfurt beſchloſſene Amneſtie ſoll alles zudecken. Darauf hin läßt man ſich ſchon etwas Einſperrung gefallen. Weiter iſts ja nichts. — Auch da wieder die

[1]) Anſpielung auf den vom General Cavaignac niedergeſchlagenen Pariſer Aufſtand vom 23.—26. Juni.

[2]) Im Miniſterium vom 25. Juni wurde von Auerswald Präſident und Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten.

Folgen unſerer früheren politiſchen Proceßſpielereien, durch die man die Möglichkeit ernſter Strafe verlohren. — Gewiß haben Sie ſehr recht, dieſerhalb auf der Hut zu ſeyn. — Unſere Sachen treten nun in ein eigenthümliches Stadium. 2. Cammer hat nichts zu thun, und die erſte iſt unſäglich zurück und ſchwatzt die Zeit tod. Sie ſcheinen zu glauben, am Ende der Sitzung werde die 2. Cammer nachgiebiger ſeyn. Aber auch da iſt alles umgekehrt. Unſere Rechte droht uns zu verlaſſen, und am Ende behalten wir nur die Linke, worin unverkennbar Gefahr liegt. Dieſe Bauern halten unter Böſe's Führung aus, und können nachher, was ſie wollen. — Unter der 1. Cammer ſind die Geiſtlichen die fatalſten, der Abt und Cammann [1]) — höchſt widrig der Juſtizrath v. Decken. Heute werden wir noch „verſtärkte Conferenz über die Verfaſſungsſache" haben. Es ſind im Grunde alles nur noch lumpige Formfragen und Differenzen. Die Jagdſache iſt ziemlich fertig. — Am Predigerwahlrecht der Gemeinden zerren ſie noch.

Ich ſchrieb jenes obige geſtern früh. Nachher iſt die Verfaſſung ganz fertig geworden bis auf eine lumpige Kleinigkeit, wie ſie denn ſehr kleinlich ſind. — Dann haben wir noch die Nachricht von der Wahl [2]) erhalten. Ich bin neugierig, ob der Frankfurter Enthuſiasmus nachklingen wird — es ſcheint kaum. Wir werden nun immer mehr auf den Raum gedrängt, wo wir das Ende unſeres Wirkens zu finden erwarten müſſen. Das soi disant Geſetz [3]) iſt ein Ding der Unmöglichkeit. Soll es zur Ausführung kommen, ſo ſind die Staaten vernichtet und unſere Miſſion iſt aus. Dann hat man aber auch die Republik fertig; denn wie der Reichsverweſer ſich halten ſoll, ohne die Einzelſtaaten, lediglich an der Spitze einer Frankfurter Verſammlung, die ſo vom Wirbelwinde gedreht wird, das mögen andere begreifen. — Einige Hoffnung giebt uns nur noch das radikale Manifeſt, das in ſeiner Brutalität ſehr die Mehrzahl beleidigt, und den Gegenſatz hervorruft, der heut zu Tage allein Kraft hat. Ueberhaupt halte ich jede Organiſation, jedes poſitive Hervortreten der anarchiſchen Parthei für einen Schritt mehr zu deren Grabe. — In Sachſen ſcheint man dieſelben Zuſtände, die wir hinter uns haben, in weit ſchlimmerer Art durch zu machen, wie denn dort der Radicalismus vor allem thront. Preußen wird entſcheidend ſein; die Frage iſt, wird Hanſemann [4]) wirklich handeln können? — Gott gebe erträgliches. — Was wird aber aus unſerer friedlichen Stellung zu Frankreich werden? Le

---

[1]) Konſiſtorialrath, ernanntes Mitglied der I. Kammer.

[2]) Die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweſer war am 29. Juni erfolgt.

[3]) Das Geſetz vom 28. Juni über die Centralgewalt.

[4]) Finanzminiſter im Miniſterium von Auerswald vom 25. Juni.

premier qui fut roi, fut un soldat heureux. Den soldat heureux haben wir nun ſchon. Wird, kann er ſich halten blos durch den Bürgerkrieg? Wer wird aber in Oeſterreich aus den Wahlen hervorgehen?

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 35. Hannover, 6. Juli.

Auf Ihren Brief vom 30. bin ich Ihnen die Antwort ſchuldig, lieber Freund, um ſo mehr, als ich ſchon früher verſäumt, Ihnen wegen der „Grundrechte" zu ſchreiben. Zuerſt aber laſſen Sie mich Ihnen ſagen, daß wir uns nun in einer ernſtlichen Criſis befinden. Der Landtag iſt ſo gut wie vorbei. Alles iſt erreicht bis auf ein plus von 6000 Thlr. für Gymnaſien, und vielleicht die ſofortige Durchführung der Predigerwahlen. Jagd, Allodification, freier Bau der Futterkräuter[1]), kurz, die Leute bekommen genug. Für die Kriegführung iſt geſorgt, der privil. Gerichtsſtand aufgehoben u. ſ. w. u. ſ. w. — Aber in unſerm Programm ſteht: Herbeiführung der größeren Einheit Deutſchlands pp. auf verfaſſungsmäßigem Wege. Das Geſetz[2]) verläßt ſolchen. Wir hofften die Sache wieder darauf hin führen zu können; allein man kann auf die Zuſicherungen der Regierungen nicht mehr bauen. Preußen insbeſondere ſtürzt ſich köpflings in alles. Das Miniſterium bei der jammervollſten Unſicherheit verfolgt doch wieder den Plan, à tout prix das Beſtehende in Deutſchland aufzulöſen, weil die Früchte nach Erzherzog Johanns Tode oder Reſignation vermeintlich ihm zufallen müſſen, und weil es hofft, die Lieferung der Miniſter zu erhalten. Wir haben uns überzeugen müſſen, daß jene Nr. 1 unſeres Programms unmöglich iſt, und bieten dem Könige unſere Reſignation an. Andere werden beſſer laviren können, was allein übrig bleibt. Dieſe anderen werden nur aus der 2. Cammer genommen werden können. Will er uns nicht entlaſſen, ſo werden wir bleiben müſſen, zunächſt aber nur, um unſere Geſetze zu publiciren, und wo möglich die Succeſſionsfrage zu ordnen. Aber unſeres Bleibens der Revolution gegenüber iſt ſchwerlich mehr. Es macht mich traurig, ſo im Augenblicke ſcheiden zu müſſen, wo durch 3monatliche ſchwere Arbeit dem Lande ein feſter Boden wieder gegeben iſt. Aber Frankfurt iſt und bleibt unſere größte Gefahr — noch mehr freilich die Erbärmlichkeit der Regierungen. Ich ſage Ihnen das im

---

[1]) Schutz derſelben gegen Beweidung, in den ſüdlichen Landestheilen. Geſetz vom 15. Juli 1848.

[2]) Das Reichsgeſetz vom 28. Juni.

engſten Vertrauen; noch wiſſen wir nichts beſtimmtes vom König, dem erſt vorläufig nach 6ſtündiger Berathung Kunde gegeben iſt, damit er ſichs überlegen kann. — (Eben kommt Bennigſen und ſagt: der König laſſe ſich auf nichts ein, wolle fort mit dem Kronprinzen. Morgen um 12 Uhr Conſeil.)

Nun zur Sache. Der Entwurf der Grundrechte ſchien mir anfangs minder verderblich, als ich mir das vorher gedacht hatte. Aber näher betrachtet ſind ſie mir doch höchſt bedenklich. Eben dieſe Specialität, in die man durch das löbliche Streben, nichts unbedachtes zu thun, hineingerathen iſt, macht die Sache gefährlich; denn ſie greift tief ein in die Geſetzgebungsrechte, die den Staaten rein hätten bleiben ſollen; ſie verläßt das Gebiet des Föderativen, darauf man ſich hätte beſchränken ſollen, und thut einen gewaltigen Schritt zum Centralſtaat. Es iſt ein großes Uebel, daß die politiſchen Menſchen unſerer Zeit gar kein durchdachtes und durchlebtes Material haben, als das der conſtitutionellen Monarchie im Einheitlichen Staate. Die Natur des Föderativ-Staats kennt keiner. Wer hat wohl ein Studium Amerikas, Hollands, der Schweiz gemacht? Und doch liegen nur dort unſere Muſter. Es iſt ganz ſchief, von Monarchie und Republik zu reden. Hippolytus a Lapide nannte das Reich eine Ariſtocratie, und daraus iſt der Monarchismus der Fürſten erwachſen. Man konnte dieſen Monarchism ſehr wohl in republikaniſche Form vereinigen. Die monarchiſche Form des Bundes, ohne enge Competenz, mit Einkammerſyſtem iſt aber ſo gewiß die republique helvétique. Ich bin aber auch überzeugt, daß dieſe Grundrechte ſehr bald die Reaction des Volks hervorrufen würden. — Eine Critik alles Einzelnen werden Sie nicht erwarten. Ich halte mich hier zunächſt daran, daß hier nur regulae juris nach Bacons Begriff zu geben geweſen wären und nicht Geſetze. —

Die Frage über die Stellung von Kirche und Staat iſt eine heut zu Tage rettungslos verdorbene. Ehe ich davon rede, laſſen Sie mich aber an die faſt untrennbare Frage vom Unterricht erinnern. Aus dieſer macht Art. 4 eine Klippe; § 17 mag noch gehen, § 18 iſt der Tod unſerer Schulen, denn das Gewerbe hat bei der Maſſe unendliches voraus. Man dreſſirt und täuſcht, und mehr wollen die Leute nicht. Da heißt's: gute Nacht, gründliche Bildung. § 19 iſt ein Unſinn, er entzieht die Schule der Gemeinde, was ganz unhaltbar. § 20 macht die für den kleinen Handwerker ſo unentbehrliche zünftige Lehre pp. unmöglich und zerrüttet alſo den Kern der Gewerbsverfaſſung. Und ſo gedankenlos iſt man den Gefahren Frankreichs gegenüber auf die Desorganiſation der Arbeit eingegangen.

Was nun das Verhältnis der Kirche zum Staat angeht, so hat § 13 u. 14 den Staat von der Religion gänzlich abgelöset. Will man das, so muß man den Ultramontanen freilich alles zugeben. Denn der unchristliche Staat hat kein Schutzrecht, also auch kein Aufsichtsrecht. Ich halte das aber für verderblich. Practisch macht es durch die Trennung von Kirche und Schule (welche letztere Staatsanstalt bleiben soll) jede tiefere Volksbildung unmöglich; denn diese ruht ja nur in der Religion. — In unserer neuen Verfassung hat man gegen § 14 eine Anerkennung des Bekenntnisses durch den Staat vorbehalten, auch die Verbindung von Kirche und Schule reservirt. — Allerdings ist das nicht völlig consequent und widerspricht den Grundrechten. M. E. muß dem Staat immer das Recht bleiben, zu verlangen, daß jeder irgend ein religiöses Bekenntniß abgebe, ferner, daß jedes Kind zu irgend einem religiösen Bekenntniß erzogen werde. Endlich muß er Bekenntnissen, die dem Sittengesetze oder dem Staatsgesetze zuwiderlaufen, die Zulassung versagen können. Giebt man ihm diese Rechte nicht, so führt man ihn bei der materiellen Richtung unserer Zeit, der Unnatur der industriellen Beschäftigungen, dem Ueberarbeiten der unteren Classen nothwendig zur Verthierung, da ja die Schule des grundsätzlich religionslosen Staats hier gar kein Gegenmittel bieten kann. — Ich gestehe, daß ich Zustände dieser Art noch mehr fürchten würde, als den Ultramontanismus, der im ganzen Leben der Gegenwart zu viel Gegengewicht hat.

d. 9.

Die beiden letzten Tage bin ich nicht zum Schreiben gekommen. Der König erklärte am Freitag: Wenn das Ministerium abginge, so wolle er auch fort. Wir sollten sagen, ob er uns Wort gehalten. Das mußten wir eingestehen. So hat er denn uns auch zugestanden, daß wir suchen möchten, so viel als möglich auf dem Wege der Unterhandlung zu retten. Er verlangte aber, eine öffentliche Erklärung abzugeben, die in der Anlage beiliegt.[1]) Sie machte gestern am Schluß der Ständeversammlung großen Eindruck. Bodungen schwatzte und brachte der Centralgewalt ein Hoch aus, das niemand erwiderte. Lang wüthete und drehte sich in seiner Rede herum wie ein Kreisel. Niemand wußte, was er wollte. Lehzen sagte einige Worte. Hantelmann nahm das Hoch auf den Erzherzog Johann auf, das nun gerufen wurde. Nun mußte ich auch ein Hoch auf den König bringen, das mehr Anklang fand. — Nach der Vertagung hat

[1]) Vgl. Oppermann. II. S. 160. JCB Stüve. II. S. 41. Das vom 7. Juli datirte Schreiben, in welchem die Absicht des Königs, eventuell abdanken zu wollen, erklärt wurde, kam am 8. in den Kammern zur Mittheilung.

Bodungen noch das Gesammtministerium leben lassen. So sind wir nun auch in diese Schreierei hineingerathen. Um 1 Uhr haben die Mitglieder der 2. Cammer noch miteinander gegessen, und dann sind die meisten fortgegangen. Es ist die allgemeinste Befriedigung, mit der meines Wissens noch ein Landtag geschlossen ist. So wirds im Lande wirken. — Wir sind nun mit der 1. Cammer über alles fertig geworden. Nur das Gesetz über den Antheil der Gemeinden an den Predigerwahlen ist nicht zu Ende zu bringen gewesen, was auch nicht so Noth war. Hinterher hat es sie gereut, weil sie endlich fühlten, daß es eine Wohlthat für sie war, jetzt so viel als möglich abzumachen. Ihre Patronatsrechte sind nun geliefert.

Wollte Gott, es stünde jetzt nirgend schlimmer. Aber wo wären wir wohl, wenn wir statt dieser „unfähigen" Ständeversammlung eine constituirende berufen hätten!

Daß Sie mit Merkel und Breusing nicht zurecht kommen können, begreife ich wohl. Beide schreiben mir in diesen Tagen auch und klagen über Sie einigermaßen. Bitte, suchen Sie doch das freundliche Verhältniß zu unterhalten. Die Stimmung der Leute ist wirklich jetzt so, daß sie conservativen Ideen zugänglich sind. Geben Sie ihnen dieselben in einer Form, daß sie dieselben verdauen können.

Und nun leben Sie wohl und lassen Sie mich bald mehr hören.

Ihr
JCBS.

Der alte Smidt [1]), der eben von mir geht, macht mich nach einem Briefe von Banks [2]) darauf aufmerksam, daß die diplomatischen Verbindungen Deutschlands von der Erhaltung des Bundestags abhängen, und daß der englische Gesandte deßhalb Frankfurt verlassen hat, um nicht in Verlegenheit deßhalb zu kommen. Hier zeigt sich recht unsere Rohheit und der Schaden, den das Abreißen aller Traditionen den Regierungen bringt. Ueberhaupt: Vides mi fili quantilla sapientia regitur mundus!

Nr. 36. Frankfurt, 11. Juli.

Ihren Brief vom 2., verehrtester Freund, hab ich erhalten. Über den Inhalt ein andermal, da ich heut in dem Trubel der erwarteten Ankunft des Erzherzogs Ihnen nur schreibe, um Ihnen die Anlage mitzutheilen: die Vorschläge der vom Verf.-Ausschuß niedergesetzten Sub-Comission über die Befugnisse der Reichsgewalt. Ich muß mir dieselben aber, da sie nur an die Ausschußmitglieder vertheilt ist und die Berathung schon bald be-

[1]) Bürgermeister Smidt von Bremen. — [2]) Syndikus der Stadt Hamburg.

ginnt, wieder zurückerbitten, wenn Sie Abschrift davon haben nehmen lassen; wollen Sie mir Randbemerkungen hinzufügen, so werde ich diese dankbarlichst aufnehmen und bei der Berathung zur Geltung zu bringen suchen — aber wahrscheinlich ohne großen Succeß. Sie sehen, wie viel weiter diese Vorschläge gehen als der Entwurf der XVII, und wie die schlimme Eventualität, von welcher Ihr Schreiben an die Stände vom 8. spricht, nur allzuwahrscheinlich ist. Dieses Schreiben, das gestern hier ankam, hat großes Aufsehen gemacht — es ist gut, daß zwei Tage dazwischen liegen, ehe es auf die Tribüne gebracht werden kann, und daß bis dahin die Ansichten sich wohl etwas geklärt haben werden. Mich hat es anfangs furchtbar afficirt, jetzt bin ich ruhiger geworden und gönne meinen würdigen Landsleuten die ungeheure Aufregung, in welche sie durch dasselbe versetzt sind, da sie mich wegen meines Voti über die Centralgewalt fast verläugnet und fort und fort gekreuzigt haben; sie wollen heute Abend zusammenkommen, um zu berathen, was etwa von ihnen aus zu thun. Ich will hingehen, um, wenn's möglich, von unüberlegten Erklärungen abzurathen. — Was wird das Land sagen, wenn der Militär-Etat verdoppelt werden soll![1]) Dem großen Volkstribunen Hantelmann[2]) hatte ich die Klemme gegönnt zwischen seiner deutschen und seiner hannoverschen Stellung.

Ihr

Detmold.

Nr. 37. Hannover, 14. Juli.

Mit bestem Dank remittire ich Ihnen, lieber Freund, die Anlage nebst einigen flüchtigen Bemerkungen. Im Ganzen ist wieder der Eindruck wie bei den Grundrechten. Kleinliches Eingehen in Einzelnheiten, statt Grundzüge festzuhalten. Die Militär-Capitel sind etwas gebessert; auch die Gesetzgebung — aber wenig, und man bekommt immer mehr das Gefühl, welches einen ergreift, wenn man die Constitutionen von 1789, 91, 93, 95, 98, 1801, 1804 nach der Reihe lieset, oder im Dante:[3])

— — — tu fai tanto sottili
I tuoi provvedimenti; che a mezzo Novembre
Non giunge quel che tu di Ottobre fili!

Welches Schwanken wird nun Deutschlands Loos werden, und das alles begonnen mit großer Herrlichkeit und Taumel. — Erzherzog Johann hat

[1]) Am 15. Juli beschloß die Versammlung, die Streitmacht Deutschlands auf 2 % der Bevölkerung bringen zu lassen.

[2]) Advokat in Hannover, Mitglied II. Kammer.

[3]) Purgat. VI, 143.

ſich m. E. höchſt übereilt in Alles geſtürzt, hat Republikanern, Nationalverſammlung, Fürſten, kurz jedermann verſprochen, was gewünſcht wurde. — Wird er es halten können? Wird er den Ruf des ehrlichen Mannes behaupten können?

Preußen handelt auf keinen Fall ohne Nachgedanken, kann das ja nicht.

Dieſe Herrlichkeit wird fortdauern, bis die Koſten und der Druck kommen. Dann wehe der Einheit. — Man hindere auch nur den däniſchen Frieden, dann werden wahrlich die Küſten die Laune nicht behalten. Die Schleswig-Holſteiner ſind offenbar unwahr, indem ſie das Schleswiger Volk für deutſch ausgeben. Das iſt nur die Ariſtocratie.

Heut iſt hier von Hamburg angeregt eine Arbeiter-Verſammlung. Da ſollen die Zünfte in den Herbergen auf 50 je 2 Deputirte wählen. Dieſe treten in der Verſammlung zuſammen. Dann ſolls nach Frankfurt. Morgen iſt die Verſammlung der Volksvereine. Hier hat man zu derſelben gewählt, und zwar die Herren Karmarſch [1]), Cohen (Honeck) [2]), Schläger. [3]) — Wir werden ja weiter ſehen.

Die Anlagen bitte ich an Merkel gelangen zu laſſen, der mir geſchrieben hatte, und den ſo wie die übrigen Landsleute ich dringend Ihrer Freundlichkeit empfehle. Sie fühlen ſich gedrückt von Ihnen und klagen ſehr, daß es ihnen an einem Redner fehle. Dazu, meinen ſie, tauge Bening. [4]) Ich glaube aber, der iſt viel zu ſanguiniſch. — Wir haben Wangenheim abberufen. Einen Bevollmächtigten wollen wir noch nicht ſenden. Wir hören nämlich, Schmerling, der Miniſter des Innern, beabſichtige eine Rundreiſe, um ſich mit den Regierungen in Verbindung zu ſetzen. Das wollen wir erwarten. Es wäre das Klügſte; aber das ganz unter uns und nächſtens mehr.

Ihr

JCBS.

Setzen Sie auf die künftige Reichsverfaſſung das Motto aus Peſtalozzi, Lienhard und Gertrud, im Leben des Vogts Hummel:

Was ihm träumte das ſollte Recht ſein!

In Würtemberg und Sachſen ſcheinen die Mediatiſirungs- und Vergrößerungspläne recht zu niſten. Bei uns Gottlob nicht.

---

[1]) Direktor der polytechniſchen Schule.

[2]) Schriftſteller, Mitredakteur der demokratiſchen Hannoverſchen Morgenzeitung.

[3]) Dr. Schläger, Bürgervorſteher, Redakteur der Vaterlandsblätter.

[4]) Regierungsrath, damals Generalſekretair des Geſammtminiſteriums.

Nr. 38. Frankfurt, 15. Juli.

Ich würde Ihnen, theuerſter Freund, über die unerhörte Schmach des geſtrigen Tages lieber noch nicht ſchreiben, weil mir die Sache noch zu nahe liegt, wenn ich nicht gehört hätte, daß Wachsmuth nach Hannover ginge und ich nun doch das Ein und Andere von den betreffenden Notizen wenigſtens gleichzeitig zu Ihnen gelangen laſſen wollte.

Ihr Schreiben vom 9. habe ich erhalten, das Reſcript vom 7. war hier ſchon einen Tag früher eingetroffen. Die Hannoverſchen Deputirten waren zuſammengetreten, was zu thun, da nicht zu verkennen, daß ihre Stellung dadurch unangenehm geworden. Es wurden die albernſten Anträge mit größter Erbitterung geſtellt; H. von Reden, der dabei ſchamlos ſeine eigenen Griefs gegen Sie, ſeine vielfachen, nie beantworteten Briefe und dergl. auskramte, und Lüntzel an der Spitze; daß auch Grumbrecht, Freudentheil, Nicol pp. die ſchärfſte Form wollten, ließ ſich von denen im Voraus erwarten und nehme ich denen nicht übel, wohl aber, daß Breuſing in gleicher Weiſe verblendet war und noch mehr der hölzerne Wachsmuth, der hier allen Halt verloren zu haben ſcheint, namentlich da Bothmer, der viel über ihn vermag, der ihn aber ſeit geſtern auch durchaus ſatt hat, nicht hier war (und geſtern erſt wieder kam). Nur Merkel war — gegen ſeine Natur — milder. Um Hugo, mich und einige andere für die Theilnahme an dem beabſichtigten Schritt zu gewinnen, entſchied man ſich endlich für die letzte, ſehr matte und nichtsſagende Erklärung.[1]) Ich hatte von Anfang an von jeder Erklärung, von jedem Ergreifen der Initiative abgerathen und auf die Defenſive als das Bequemſte und Leichteſte hingewieſen; die Leute meinten aber, wenn ſie eine ſolche Erklärung abgeben, würde die Sache gar nicht weiter gerührt, jede Discuſſion vermieden, und waren von dem Irrigen dieſer Anſicht nicht abzubringen. Die Theilnahme an dieſer matten und milden Erklärung weigerte ich wegen des erſten Satzes, der etwaige Vorbehalte des Schreibens vom 7. für unzuläſſig und wirkungslos erklärt, weil nach meiner Anſicht das nur entweder der Nat.-Verſammlung oder der Hannoverſchen Regierung, nicht aber den Hannoverſchen Deputirten zukommen könne; den 2. Satz war ich, obgleich er ſich von ſelbſt verſtand, zu unterſchreiben bereit. So blieb ich von der Erklärung fern, mit mir Deymann. — Von der Verhandlung ſelbſt ſage ich Ihnen nichts, Sie müſſen in den ſtenographiſchen Berichten die Verhandlung[2]) ſelbſt leſen, um einen Begriff von der unglaublichen Taktloſigkeit derer zu bekommen, die ſich Anhänger der konſtitutionellen Monarchie nennen! Wir ſind geſtern

[1]) Vgl. v. Wangenheim, Aktenſtücke, S. 217.

[2]) Ueber die Vorgänge vgl. Oppermann, II., S. 638, v. Haſſel, I., S. 639.

der Republik um einen guten Schritt weiter gerückt (beiläufig gesagt war der König von Würtemberg und ein sächsischer Herzog, Gottlob ohne daß man's wußte, in der Versammlung gegenwärtig). Ich hatte das Wort verlangt, ungern, weil ich nicht auf die Tribüne gehöre, und daß ich's nicht erhielt, weil der Schluß gefordert wurde, freut mich jetzt, weil ich zu erbittert war. Um die Sache aber ganz zu verstehen, müssen Sie wissen, daß ein Antrag wegen der Preußischen Erklärung[1]) hinter dem Wesendonckschen[2]) stand, und daß man Seitens der Majorität die Hannoversche Regierung den Bestien gewissermaßen vorwarf, um Zeit für die Preußische Regierung zu gewinnen, namentlich auch wegen des Jacobyschen Antrages[3]) in Berlin. Der Wydenbrugk'sche Antrag[4]), der durchging, ist Gottlob viel milder und unschädlicher, als er gemeint war.

Soviel für heute, und nur für den Fall, daß Wachsmuth, der um die Generalsekretairstelle in 1. Cammer ambirt, die Unverschämtheit haben sollte, sich bei Ihnen sehen zu lassen, nachdem er (in den 3 Versammlungen der Hannoveraner) sich wie geschehen ausgesprochen; ich hörte gestern, er beabsichtige, in Hannover in einer Volksversammlung zu reden.

Sie aber, theurer Freund, bitte ich auf das dringendste und beschwöre Sie, halten Sie auf Ihrem Posten aus. Nun Sie das ungeheure Opfer gebracht haben, lassen Sie auch das Land den Nutzen davon haben.

Ihr

Detmold.

Rumann ist seit 14 Tagen hier; was mich gestern am meisten erbitterte, war, daß ich ihn, der toto die auf Hannover schimpft und dadurch sich hier markirt, auf der Galletie vermuthete.

Nr. 39. Frankfurt, 20. Juli 1848.

Nach ihrer neulichen Mittheilung, verehrtester Freund, erwarten Sie Schmerling dort. Nun aber trägt er mir auf, Ihnen mitzutheilen, daß er die Absicht jener Rundreise nur in der Voraussetzung gefaßt, daß das Ministerium vollständig besetzt werden würde, und daß er unter den jetzigen

[1]) Vgl. Deutsche Chronik 1848, S. 66.

[2]) Welcher gegen die Hannoversche Regierung gerichtet war.

[3]) Nach demselben sollte die preußische konstituirende Versammlung mißbilligen, daß die Frankfurter Versammlung einen unverantwortlichen Reichsverweser ernannt, zugleich aber aussprechen, daß es der preußischen Regierung nicht zugestanden habe, Vorbehalte zu machen, wie in der Erklärung vom 4. Juli geschehen.

[4]) „Unumwundene" Anerkennung der Centralgewalt von der hannoverschen Regierung zu verlangen.

Umſtänden in keiner Weiſe hier abkommen könne. Er war beſorgt wegen einer Erklärung von Ihnen auf den Beſchluß der Nat.-Verſammlung über Ihr Schreiben vom 7. d. M. Ich meine aber, da jenes Schreiben gewiſſermaßen oder vielmehr eigentlich den Preis bildete, um welchen der König ſich der neuen Ordnung oder Unordnung fügte — ſo braucht man in dieſer Beziehung nicht weiter beſorgt zu ſein, ſo widerwärtig die Sache auch iſt, zumal alle Schreier dort und im Lande ſich derſelben bemächtigen. Wenn Sie erklären, daß jenes Ihr Schreiben die gewünſchte Anerkennung ganz eigentlich enthalte u. ſ. w., ſo treffen meine Hoffnungen und Erwartungen zu. Daß die Morgen-Zeitungs-Clique und was daran hängt und gleichgeſinnt iſt, die Sache ausbeuten werden, läßt ſich denken; gut nur, daß der Beſchluß wegen der 900000 Mann und mehreres, was ſicher die nächſten Tage und Wochen bringen werden, einen Dämpfer auf den Hannoverſchen Freiheits-Schwindel ſetzen werden. Denken Sie ſich, Herr Superintendent Crome[1]) hat hierher geſchrieben und bohrt mächtig zum Einſchreiten der Nat.-Verſ. gegen die Hannoverſche Regierung, namentlich in Betreff des Zwei-Cammer-Syſtems.

Im Verf.-Ausſchuß gehen ſeit 8 Tagen die Berathungen über die Befugniſſe der Centralgewalt pp. ihren unſeligen Gang. Die einflußreichſten Preußiſchen Deputirten haben ſchon ganz offen mit einer Losſagung Preußens gedroht, ſelbſt wenn der König von Preußen und das Miniſterium ſich fügen würde; Hanſemann hat an Beckerath[2]) einen ernſt abmahnenden Brief geſchrieben; aber es iſt eben ein Taumel über die Maſſen gekommen, der ſie blind macht. Der Geſchichte und der natürlichen Entwickelung wollen ſie nichts überlaſſen, Alles fix und fertig machen, als wenn Morgen der jüngſte Tag käme. Und das Berliner Cabinet ſcheint voller Hintergedanken zuzulauern — wenn es ſich nur nicht hinſichtlich des Volkes verrechnet, dem das Preußiſche Nationalbewußtſein nicht vergebens beigebracht worden.

Ihr

Detmold.

Nr. 40. Hannover, 21. Juli.

Mit dem beſten Dank für Ihre letzten Zeilen muß ich Ihnen, lieber Freund, doch melden, wie es hier ſteht. Für den Augenblick ſcheint der unitariſche Enthuſiasmus oben zu ſeyn; wenigſtens haben Schläger und Menſching im Volksverein geſtern für eine ziemlich ſtarke Addreſſe die Mehr-

[1]) In Markoldendorf. Er hatte ſchon 1833 wegen des Zweikammerſyſtems gegen das Staatsgrundgeſetz geſtimmt.

[2]) Demnächſt Reichsfinanzminiſter.

heit erlangt, gegen Karmarsch und Wachsmuth, der bei mir nicht gewesen, wie es scheint aber von seinem Frankfurter Rausche schon sehr abgekühlt ist. Er hat hier auch anfangs noch die Meinung verbreitet, die alberne Addresse der Hannoveraner sey ein nothwendiges Milderungsmittel gewesen. Faute de mieux lügt nun die Morgenzeitung, Schmerling werde täglich hier erwartet. Man hat gesagt, ich sey nach Berlin u. dgl. mehr. Diese Lügen sollen offenbar nur aufregen. So hat man gestern zu Hildesheim auf dem Schützenfeste (das sonst ziemlich abgelaufen ist, wo man aber Weinhagen und den Erzherzog hochleben lassen) schon gelogen, Schmerling sey da und der König abgereiset. Wenn S. übrigens kommt, so wird es uns genehm seyn, und wir werden gar nicht suchen, ihm die Stellung zu erschweren. Für jetzt hat der König das Gesetz anerkannt, d. h. so lange der Erzherzog Reichsverweser ist. Damit ists genug; über Eventualitäten sich zu erklären, ist keinem Menschen anzusinnen, und ganz unmöglich bei einem so schlecht zusammenhängenden Dinge wie das „Gesetz". Meiner Ansicht nach ist die Haupteventualität, für die der König sich den Rücktritt offen hält, wenn etwa eine persona ingrata (der Namen Gagern fiel einmal vor) zum Reichsverweser ernannt werden sollte.

Es ist der merkwürdigste Unterschied, daß, während im übrigen Deutschland (so auch in Berlin) die ordentlichen Leute vom Reichsverweser Herstellung der Ruhe und Ordnung hoffen, hier die Lumpe und Anarchisten auf denselben ihre Hoffnungen stützen. Sie werden sich darin jedenfalls täuschen, und dann hat das Reich freilich auf ihre Hülfe keine Rechnung mehr zu machen.

Die hiesigen Kaufleute sind über den abrupten Antrag auf einen allgemeinen exclusiven Eingangszoll auf Gewebe und Herabsetzung der Steuer auf Caffe und Reis in Bewegung. Dieser Antrag ist auch ein rechter Beweis der Verworrenheit in den dortigen Köpfen. Wenn die Nationalversammlung wirklich ihr Verfassungswerk zu Ende bringen sollte, so wird am Ende sie sich in derselben Lage befinden, wie die Constituante, die auf den Antrag Malouets eine Menge von ihren Beschlüssen wieder aufhob und modificirte.

Ich bin sehr gespannt auf die Entwicklung der Waffenstillstandssache, (worüber die Berliner Zeitungscorrespondenten uns wieder belügen). — Man glaubt, Preußen könne nicht nachgeben; thue es solches aber und rücke in Jütland ein, was bei Fortsetzung des Krieges garnicht zu vermeiden, da das Leben in Schleswig an den Küsten nicht auszuhalten, so würden 24 m M. Russen und 20 m M. Schweden herüber gehen. Man werde dann einer Macht von 70 m M. bedürfen, und da Preußen dann seine

Ostgränzen nicht entblößen könne, so würden die Süddeutschen verstärken müssen. — Schwerlich wird Preußen sich in diese Lage bringen und scheint deßhalb ernstlich ein besseres Verhältnis zu seinen Nachbarn zu suchen. Dabei ist aber nicht zu läugnen, daß in Berlin der Strom trotz der Abstimmung gegen Jacoby doch ziemlich in deutscher Richtung läuft und die Regierung muß daher gewiß vorsichtig seyn. M. E. hofft man dort auch von der Reichsgewalt Ordnung, weil die Regierung selbst solche nicht zu schaffen vermag.

Ein sehr großes Uebel ist m. E., daß die größeren Staaten durchweg nicht ehrlich sind. So wie Württemberg Baden schlucken möchte, Baiern die Pfalz, vielleicht auch etwas östliches, so scheint in Sachsen eine ganze Fluth von Gelüsten nach Wiedererlangung alter Größe zu brausen. Dafür würde man dann Preußen aus fremdem Eigenthum entschädigen wollen. — Daß man uns in die Massa dividenda zu ziehen denke, habe ich noch nicht gehört, so wie wir auch kein Gelüste dieserhalb besitzen; allein wie verderblich eben diese Unredlichkeit der Regierungen seyn muß, brauche ich nicht zu sagen. Diese sollten sich nur auf den Besitzstand gründen. Da ist ihre einzige Kraft.

Es ist merkwürdig: nach 1650 sind die Regierungen oben auf gekommen, weil sie Deutschheit vertraten; jetzt sind sie nicht in dem Gange, sondern die Völker. Wahrscheinlich kommen diese oben auf. Und doch kommt Deutschland nur zur Kraft, wenn Beide sich einigen.

Was unser Landtag gebracht, habe ich in der Anlage[1]) zusammengestellt. Es wird Sie interessiren. Mir ist fast zu viel erreicht. Die Zusammenstellung hat mich wehmüthig gestimmt.

Nun noch die Bitte: sondern Sie sich nicht zu sehr von unseren übrigen Leuten ab. Sie werden sich doch zweckmäßig ergänzen können. — Sonst reißt Mißtrauen ein, was doch nicht taugt.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Wäre von der Anlage nicht etwas für Zeitungen zu verarbeiten? Etwa die Deutsche, damit man doch erfährt, daß von dem alten Hannover kein Stein auf dem Andern, und worin unsere Kraft hier steckt. Ich lege deßhalb 2 Exemplare bei. Breusing habe ich auch eins geschickt.

---

[1]) Ein Flugblatt Stüves: „Die Resultate des Landtags". Abgedruckt im Osnabrücker Volksblatt Nr. 43.

Nr. 41. Frankfurt, 27. Juli.

Entſchuldigen Sie, theurer Freund, daß ich Sie in dieſer ſchlimmen Zeit mit einer perſönlichen und unangenehmen Angelegenheit behellige. Mir iſt eben beiliegendes Schreiben von einigen meiner Wähler aus Eſſen pp. zugegangen. Der Aſſeſſor Wedekind, Bruder des Bruchhäuſer[1]), will gar zu gern hierher zu Bruder und Vetter (der Condeputirte W. ſitzt hier noch immer); von ihm geht ohne Frage dieſes pöbelhafte Schreiben aus. Da es nur von wenigen Leuten unterzeichnet iſt, die das Prädicat „Wahlmann" hinzugefügt haben, ſo muß ich vermuthen, daß von den eigentlichen Wählern nur ſehr wenige Antheil daran haben, vermuthlich nur die, welche nicht mir, ſondern Wedekind ihre Stimme gaben. Sagen Sie mir Ihren freundſchaftlichen Rath, wie ich mich verhalten ſoll, ob ich das Mandat zurückgeben oder behalten ſoll. Ich habe, um jenen Punkt wegen der Wähler zu conſtatiren, an Buddenberg geſchrieben; der Brief an dieſen kann Sie nicht intereſſiren, enthält auch nur Bekanntes, aber das Schreiben der Leute müſſen Sie leſen.[2]) Zuerſt hab ich mich eine Viertelſtunde geärgert, weil ich aber die Abſicht merkte, wurde ich beſſer geſtimmt. Der Dr. jur. Meyer aus Eſſen, der mitunterzeichnet iſt, iſt das Ihr Freund? Schreiben und Brief an Buddenberg laſſen Sie wohl dort gütigſt zur Poſt geben und ſagen mir dann — ohne allen Rückhalt, ohne Schonung — Ihre Anſicht, was ich thun ſoll. Gegen Sie brauche ich mich wohl nicht zu vertheidigen.

Eine angenehme Nachricht will ich noch hinzufügen. Über den albernen Entwurf, die Befugniſſe der Reichsgewalt betr., hat der Verf.-Ausſchuß

---

[1]) Der Abgeordnete Amtsaſſeſſor Wedekind von Bruchhauſen.

[2]) Das Schreiben an Detmold, welches ihm beſonders die Nichtbetheiligung an der Erklärung der hannoverſchen Abgeordneten vom 12. Juli zum Vorwurf macht, wurde in der Weſerzeitung Nr. 1440 vom 29. Juli veröffentlicht. Den Brief an Buddenberg, worin Detmold ſich ausführlich über ſein Verhalten ausſpricht, ließ Erſterer im Osnabrücker Volksblatt Nr. 50 vom 4. Auguſt abdrucken. Gegenüber dem ihm zugleich gemachten Vorwurf der „Paſſivität" bemerkt er, daß er allerdings ſeines ſchwachen Organs wegen keine „Reden" halten könne, weiſt aber auf die anſtrengende Thätigkeit im Verfaſſungsausſchuſſe hin, wovon er u. a. ſagt: „Ich habe in dieſem Ausſchuſſe nach beſten Kräften gewirkt, und, wie ich glaube, im Sinne der großen Mehrheit unſeres Landes; ſo habe ich mich namentlich bei Berathung der Grundrechte im Ausſchuß dem unſinnigen Nivelliren widerſetzt und Berückſichtigung und Schonung der Eigenthümlichkeiten, Sitten und Inſtitutionen der einzelnen Volksſtämme gefordert, welche durch Anträge auf allgemeine Freizügigkeit, Aufhebung aller Majorate und Minorate u. dgl. m. gefährdet waren — und zwar habe ich mich dieſer Tendenz zum Nivelliren eben im Intereſſe der wahren Einheit widerſetzt, weil ein ſolches unnützes und unnöthiges Einſchneiden in die Eigenthümlichkeit der einzelnen Stämme nur eine Reaction gegen die Einheit hervorrufen kann."

14 Tage lang berathen, ohne ſonderlich weiter zu kommen. Bei den Paragraphen über die Wehrverfaſſung zogen wir den Reichskriegsminiſter zu. Der Mann, der nicht allzu bedeutend, aber ehrlich und tüchtig ſcheint, hörte einige Sitzungen bei all dem Unſinn zu. Geſtern Abend nun erklärte er, daß der Entwurf ein Unſinn ſei und eben im Intereſſe der Einheit ein ſo albernes Centraliſiren zu verdammen ſei. Nun legte er ſeinerſeits einen Entwurf über dieſe Angelegenheit vor, der ſehr praktiſch und vernünftig iſt und dem auch Sie dort gewiß mit Vergnügen Ihre Zuſtimmung geben werden. Viele Mitglieder des Verf.-Ausſchuſſes machten lange Geſichter, aber die Majorität ſprach ſich ſofort für den Antrag im Allgemeinen aus (zur Berathung und Abſtimmung iſt es noch nicht gekommen). Peucker hat ohne Frage derbe Briefe aus Berlin erhalten, wo man ſich endlich zu beſinnen und zu ermannen ſcheint. Den Peuckerſchen Entwurf denke ich Ihnen Morgen ſchicken zu können.

Der Ihrige

D.

Nr. 42. Frankfurt, 28. Juli.

Hierneben, liebſter Freund, erhalten Sie den vom Kriegsminiſter vorgelegten Entwurf über die Wehrverfaſſung. Danach lautet das Mögliche denn allerdings ſehr anders als der frühere Entwurf. Nach langer, unerquicklicher Berathung hat ſich der Ausſchuß geſtern über einen Grundſatz geeinigt, daß nämlich die Verfügung über die bewaffnete Macht zu Waſſer und zu Lande der Reichsgewalt zuſtehe — alſo ohne Unterſchied, ob Krieg oder Frieden. Dieſer Grundſatz geht zwar weiter als der Entwurf des Kriegsminiſters, aber ohne allen Zweifel werden die Grundſätze und Beſtimmungen, über die man ſich heute einigen wird, jenen oberſten Grundſatz auf das Maß beſchränken, das der Entwurf des Kriegsminiſters beabſichtigt. Sie brauchen mir dieſen Entwurf nicht zurückzuſchicken.

Wie mir geſtern Abend Gagern ſagte, iſt von einem Theil meiner Wähler eine Petition bei der Nat.-Verſ. gegen mich eingelaufen, und eine Stunde ſpäter erfuhr ich, daß dieſes den Journaliſten bereits ſeit einigen Tagen bekannt ſei, — ein Beweis mehr, daß die Familie Wedekind dahinter ſteckt, da der Dr. med. W., der ehemalige Condeputirte, ſich hier, angeblich als Correſpondent für die in Nienburg erſcheinende Zeitung, unter die Journaliſten hat einzeichnen laſſen, vielleicht nur, um einen ſtändigen Platz zu erhalten. Wahrſcheinlich hat auch ſein Vetter, Amtsaſſeſſor Wedekind, der Bruder deſſen, der auf meinen Platz aſpirirt, die Petition übergeben. Wahrſcheinlich oder vielmehr ohne Zweifel iſt dieſe Petition gleichlautend mit der geſtern Ihnen überſandten Adreſſe, jedenfalls wenigſtens

von denſelben Leuten ausgehend. Die Adreſſe war mir unangenehm, weil ſie die Entſcheidung in meine Hand ſtellte; die Petition an die Nat.-Verſ. kann mir nur ſehr gelegen ſein, denn die nimmt die Entſcheidung mir aus der Hand und giebt ſie der Nat.-Verſ., und dieſe — ſie mag noch ſoviel von der Souveränetät des Volkes faſeln — wird ſich wohl hüten, den Grundſatz anzuerkennen, daß die Wähler den Abgeordneten wegen eines mißliebigen Voti zurückrufen können. Darin werden alle Partheien einig ſein, und gelingt es mir nur, daß die Sache zur Verhandlung gelangt, ſo werden Ihre Osnabrückſchen Landsleute ſehen, daß ſie ſich verrechnet haben.

Den Rauſch für deutſche Einheit, der jetzt in Hannover epidemiſch iſt, begreife ich nicht; er iſt ſo hölzern, ſo dumm unnatürlich und ſo offenbar ſchädlich, daß ich's nicht begreife. Indeſſen habe ich mir längſt den Satz abſtrahirt, daß, je unnatürlicher der Rauſch, deſto natürlicher der Katzenjammer — und ſo wird der nicht auf ſich warten laſſen. — Können Sie denn nicht irgendwie, ſei's ſelbſt durch Zimmermann[1]), auf die Preſſe wirken laſſen? aber nicht durch Artikel der Hannoverſchen Zeitung, ſondern der Weſer-Zeitung, der Bremer Zeitung, des Hamburger Correſpondenten und ähnlicher Blätter. In dem Hamburger Correſpondenten habe ich ſelbſt in dieſem Sinn vor einigen Tagen geſchrieben; leider rauben mir nur die vielen Sitzungen, namentlich die des Ausſchuſſes, alle Zeit. Die Reaction gegen jenen Einheitsrauſch à tout prix wird erfolgen, aber es wäre gut, ihn [ſie] zu befördern.

Die Linke, die ſchon längſt en deroute iſt, iſt durch die geſtrige Abſtimmung in der Polenſache[2]), namentlich durch das Schickſal des Nauwerckſchen Antrages, eines elenden Kniffes, auf den ſie die größte Hoffnung geſetzt hatte, faſt ganz desorganiſirt und vernichtet; komiſcher Weiſe hat ſie nur unſern Freund Breuſing gewonnen. Daß Frankreich ſich die Polen vom Halſe ſchaffen will, ward nicht einmal urgirt, und Schmerling und Peucker, die anfänglich hatten reden wollen, ließen es gut ſein, weil ſie ſahen, wie die Sache ſtand.

Wahrſcheinlich wird Schmerling Ihnen geſtern geſchrieben haben oder heute ſchreiben wegen der formellen Anerkennung, da er von der Nat.-Verſ. nicht gern gemahnt werden möchte. Ich war gefragt worden: ob ich es für zweckmäßig halte, daß der Reichsverweſer ſeine Rückreiſe über Hannover nehme und den König beſuche? Ich hatte entſchieden mit Ja geantwortet

[1]) Archivſekretär. Vgl. über dieſe Perſönlichkeit von Haſſel. II. Abth. 1, S. 240.

[2]) Die Verſammlung beſchloß, die durch Bundestags-Beſchlüſſe vom 22. April und 2. Mai erfolgte Aufnahme von Theilen des Großherzogthums Poſen in den deutſchen Bund anzuerkennen.

und die Sache war beſchloſſen; nun höre ich, daß ein anderer Hannoveraner, ſoviel ich weiß Merkel, auch gefragt worden, und daß der entſchieden abgerathen. Nun iſt die Sache zweifelhaft, was mir ſehr leid. Laſſen Sie dieſe Notiz aber unter uns bleiben. Wenn Sie Wangenheim als Bevollmächtigten herſchicken, wie ich höre, empfehlen Sie ihm doch, daß er ſich unter Menſchen begiebt, um von den Dingen zu hören, und daß er nicht ſo überſprudelnd ſchwätzt. Er ſitzt immer auf dem Zimmer und erfährt nur, was Uſedom und der alte Smidt ihm zutragen, und ſprach er Jemanden, ſo erſäufte er ihn mit Geſchwätz, wodurch er hier im ſchlimmen Sinne bekannt geworden, was mir ſeiner übrigen trefflichen Eigenſchaften wegen leid iſt.

Der Ihrige

D.

Nr. 43. Hannover, 29. Juli.

Nehmen Sie es nicht übel, lieber Freund, daß ich Ihnen auf mehrere Briefe die Antwort ſchuldig geblieben bin. Es war aber nichts entſcheidendes zu melden. Für Ihre Mittheilungen bin ich darum nicht weniger dankbar geweſen, namentlich was die Notizen von Hr. v. Schm. angeht. Es werden in dieſen Tagen freundliche Schreiben abgehen, jedoch vom Geſammtminiſterium, nicht von den einzelnen Miniſterien, die ſich auf ſolche Correſpondenz nicht einlaſſen können. Sehr unangenehm ſind die Schreiben des Kriegsminiſters geweſen. Was aus dem 6. [1]) wird, weiß ich noch nicht. Der König hat die Sache — die ja von ihm nach unſerer Verfaſſung dependirt — ſehr übel aufgenommen, was hauptſächlich Folge der Schreiben war, wiewohl auch die Proklamation ſo unvorſichtig iſt, als habe man abſichtlich den Sturm in Preußen, der durch alle alte Provinzen geht — wenn auch nicht einmüthig — hervorrufen wollen. Es ſcheint allerdings die Sache der Einheit in eine Kriſis eingetreten zu ſeyn; und die Verſammlung mag ſich zuſammennehmen, um durch wahrhafte Leiſtungen etwas zu gewinnen, damit nicht der Sturm der Meinung gegen ſie laufe. Hier ſcheint der Sturm vorüber. Nachdem in dem „Volksverein“ die Schlägerſche Adreſſe adoptiert war, iſt ſolche nachher ohne Erfolg zu ferneren Unterſchriften ausgelegt. Expost hat man nun noch die dort abvotirte mildere Adreſſe [2]) ausgelegt, doch wie es ſcheint, auch ohne große Wirkung.

[1]) Nach Anordnung des Reichskriegsminiſters von Peucker vom 16. Juli ſollte am Sonntag, den 6. Auguſt, von allen deutſchen Bundestruppen eine Parade abgehalten und dem Reichsverweſer gehuldigt, von dieſem Tage an auch die deutſchen Farben in Cocarden und Bändern an den Pannieren angelegt werden.

[2]) Die beiden Adreſſen bei Oppermann, II., S. 126/127.

Die Bürgervorsteher hatten abgelehnt, ein Fest für den Erzherzog anzustellen. Da hat der Volksverein (Hr. Peters) das wieder aufgenommen. Das Ende weiß ich nicht. Ähnlich wirds im Lande seyn.

Was Ihre Sache angeht, so ist die Adresse von mehreren Landkrämern, Bauern und Schulmeistern im Amte Wittlage ausgegangen und steht auch in der Weserzeitung. Daß Wedekind dabei betheiligt, glaube ich kaum. Eher möchte ich den Dr. Meyer in Verdacht haben, der sehr radical geworden seyn soll. Ich erwartete ähnliches, nach Äußerungen aus Osnabrück, wo durch Briefe von Frankfurt und Reisenden-Gespräche die Sache getrieben zu seyn scheint. — An Buddenberg werde ich schreiben. — Gestern hatte ich einen langen Brief von Breusing, der mich denn auch belehrte. Er bleibt sehr an der Oberfläche, wie denn wirklich diese Sachen für die meisten Leute viel zu tief sind; und dennoch wollen die Narren eine Verfassung mit so vieler Spezialität verfassen. Sie sollten sich an wenigem (Volksvertretung, Heerwesen, Bundesgericht) genügen und die weitere Ausbildung der Zukunft überlassen. — Aber man will doch sein Licht leuchten lassen. Leider sehe ich auch aus Br.'s Briefe, wie weit Sie mit diesem und den übrigen auseinander gekommen. Läßt sich das gar nicht bessern? —

Wachsmuth schrieb mir am Dienstag einen recht albernen Brief mit den abgeschmackten Klagen, daß die Regierung sich um sie nicht bekümmere; Passivität kam auch darin vor. Ich dachte, er hätte ein Concept davon behalten, und antwortete ihm daher ganz gehörig.[1]) Nun kam er Mittwochs angelaufen. Da habe ich ihm denn noch Bescheid gesagt. Es kam aber nun richtig heraus, daß er ein Concept hatte; also war auch meine Antwort nöthig gewesen. Schmidt von Fallingbostel hat mich auch besucht, er war schon an der Ruhr etwas herabgestimmt, da dort das Preußenthum bei seinen Verwandten sehr geherrscht hatte.

Es ist mir nichts so widerwärtig, als die an allen Höfen auftauchenden Arrondirungsgelüste. In Baiern scheint man uns wegen der günstigen Lage völlig zu beneiden. Schade nur, daß wir das gar nicht

[1]) In der Antwort (vom 23. Juli) heißt es am Schluß: Ich beklage es auf das tiefste, daß die Versammlung sich auf einen Boden hat verlocken lassen, der ihr ursprünglich nicht angewiesen war, und durch den sie sich die Lösung der schönen Aufgabe, die ihr zu Theil wurde, nach meiner schmerzlichen Ueberzeugung unmöglich gemacht hat. Das ist die ebenso unwahre als verderbliche Theorie der Volkssouverainetät. Diese hat es dahin gebracht, daß die Versammlung schon in diesem Augenblicke die Verfassung Deutschlands in die fehlerhafteste Republik aufgelöset haben würde, wenn nicht den Regierungen noch die traurige Pflicht obläge, gegen eine Strömung zu arbeiten, die nahe daran ist, das Vaterland in den Schlund des Verderbens herabzureißen.

zu würdigen wiſſen. Dieſe Arrondirungspläne und der Volksſouverainetätsſchwindel halten ſich völlig die Waage und ſind auch beide gleich gut. Ueber Preußen iſt gar nicht klar zu werden. Es ſcheint, daß der König einmal wieder nicht weiß, was er will. Da ſollte doch der T... Miniſter ſeyn. Unſere Finanzen floriren. Wir haben c. 150000 Thlr. Ueberſchuß in der Landeskaſſe, und Geld über Geld angeboten. Breuſing meint aber, daß es wieder Geld gebe, komme blos von der Centralgewalt her. Das iſt thöricht. Es liegt ganz anderswo.

Es werden dort Petitionen aus dem Meppenſchen wegen Trennung von Kirche und Staat kommen. Die Formulare dazu ſind von Frankfurt aus dahin geſchickt, und die Pfaffen haben die Sache geleitet.

d. 30.

Der Brief iſt geſtern liegen geblieben, und nun kann ich Ihnen noch einiges mittheilen. Zuerſt herzlichen Dank für den Entwurf des Heerweſens; er ſcheint mir ſehr vernünftig, greift aber tief, da ja auch die Hauptſache, die Reichsfinanzen, dadurch beſeitigt wird. Ich bin neugierig, wie man das dort aufnimmt. Dann von Berlin mehreres. Dort iſt der Particularismus ganz wüthig, wird von der Reaction mit denſelben Mitteln (Maueranſchläge pp.) getrieben, wie früher die Radicalen gewirthſchaftet. Die conſtitutionelle Parthei iſt dadurch, insbeſondere durch das Toben gegen Hannover, geſpalten. Mein recht vernünftiger Correſpondent meint, wenn die Paulskirche temporiſire, werde die Sache in 4—6 Wochen vorübergehen. Setze ſie ſich aber auf die Hinterfüße, ſo ſei das Schlimmſte zu fürchten (er iſt Freund der Söhne von Stockmar und Peucker). Ich hoffe das erſtere, glaube aber, daß die Zeit des Enthuſiasmus auch dann nicht wieder komme. Hier werden Sie mit dem Katzenjammer auch wohl um ſo mehr Recht haben, als mir dieſer ganze gegenwärtige Rauſch ſchon gänzlich forcirt ſcheint, und ſehr viel ruhige Stimmen in andrer Anſicht durchklingen. Für die Zeitungen habe ich auch einiges gearbeitet. Der Hamburger Correſpondent nimmts. Die Weſer-Zeitung, die neulich einen großen Jubel aufſchlug, daß nun endlich die Frankfurter Verſammlung den Rechtsboden entſchieden verlaſſen habe und revolutionär geworden ſey, thuts nicht. Die Bremer iſt noch ſchlimmer, überhaupt iſt der Zuſtand in Bremen ſelbſt ſchlecht. — Wir hoffen nun, den König auf den 6. Auguſt zu einigen Conceſſionen zu bewegen. Etwas Nachgeben hierin wird uns gut thun. Was Preußen thut, iſt nicht recht klar. Jedenfalls möglichſt wenig. Man wird aber von den Reichsminiſterien ſich die Correſpondenz mit den einzelnen Miniſterien verbitten, wie wir das auch ſchon implicite gethan. — Ueber die Schleswiger Sache ſcheint man noch nicht klar zu ſeyn. Der Herzog

von Braunſchweig hat die Deutſchheit auch ſatt gekriegt, iſt vorige Woche hier geweſen und hat ſich dem Könige zur Dispoſition geſtellt — was uns die Sache erſchwert. — Uebrigens iſt zu bemerken, daß die furioſen Preußen jetzt verlangen, Deutſchland ſolle in Preußen aufgehen; Hannover, Süddeutſchland, alles müſſen ſie haben; die mildern dagegen wollen das Rheinland allenfalls aufgeben. Es iſt eine häßliche Verwirrung; ich frage aber, iſt nun der der Feind der Deutſchheit, der da warnt und zurückzudrängen ſucht? — Aber „Wahnſinn ruft man dem Kalches u. ſ. w." — Ich habe lange bemerkt — und das iſt nicht ohne Bedeutung — daß die Kraft der deutſchen Bewegung eigentlich in dem freiheitlichen Streben ſtecke. Das eine Unbeſtimmte fand ſeine Stütze in dem andern. Zeigt ſich nun, daß die Freiheit auch noch anderweit zu erlangen iſt, und daß das Deutſchthum doch nicht unbedingte Freiheit gewährt, ſo wird die Auffaſſung ſich ſehr ändern. Das bejubelte Schwarz-roth-gold — glauben Sie mir — es war die Fahne von Hambach. Daher auch die Verbindung der Paulskirche mit der Volksſouverainetät; und mit dieſer wird auch die Kraft dieſer Deutſchfaſelei gebrochen. Sie werden das beſſer erkennen als ich, weil Sie mitten drin ſind. Und nun leben Sie wohl, und halten Sie ſich tapfer. Wangenheim als Bevollmächtigten zu ſenden, iſt nicht die Abſicht. Aber wen?

Ihr

JCBS.

Nr. 44. Hannover, 5. Auguſt.

Ich bin Ihnen nun ſchon lange den Brief ſchuldig, lieber Freund, und nehme die Feder nun auch nur, um zu klagen. In welchen Zuſtand ſind wir durch Gagerns kühnen Griff gekommen! — Frieden können wir nicht machen, und Krieg führen? Gewiß, die Kriegsverfaſſung war das Beſte am Bunde, und noch beſſer war, daß jeder ohne Mißtrauen und Furcht folgte. Jetzt iſt nichts als Mißtrauen. Ueberall wittert man Uebergriffe und fährt nun viel weiter als man irgend kann und darf; und die Reichsminiſter wiſſen ſelbſt gar nicht, was ihnen zukommt. Da ſteht jetzt in den Zeitungen eine Rechtfertigung des Peuckerſchen Mißgriffs (aus einem Briefe von P., wie ich weiß), das iſt der traurigſte Beweis von Uebereilung und irriger Auffaſſung, ſowohl der deutſchen Zuſtände als des eigenen Rechts. — Ueberhaupt dieſe unſägliche und unſelige Haſt! Was anders hat Gagern zu ſeinem nimmermehr zu rechtfertigenden Schritte getrieben, als dieſe Wuth des Fertigmachens, die ſo oft die Menſchen ohne Erfahrung ergreift. Da bildet man ſich ein, heute ſey der letzte Tag der

Welt, sieht und hört nicht mehr und plumpst so mitten hinein. Hinterher kommen dann die Folgen. Hätte man doch nicht in diesem verfluchten Souverainetätsschwindel die Fürsten böswillig zurückgewiesen, als sie gern nachgaben, und sie so überrumpelt. Hätte man doch nicht so hastig und unüberlegt den Bundestag weggeräumt, der den einen die Schranke, den andern die Garantie ihres Rechts war. Nun diese Spielerei mit Reichsministerien, die nichts zu regieren haben, uud also darauf angewiesen sind, Eingriffe zu machen, um zu thun zu bekommen, und dadurch Uebel ärger zu machen. Und daneben die Versammlung, die sich abmüht, eine Chrestomathie legislativer Albernheiten als Exempelbuch zu Savigny's „Beruf unserer Zeit" zu liefern. Ich wollte, ich könnte Gagern zu jeder Stunde zurufen: Das ist dein Werk! Du! hast das letzte Vertrauen in Deutschland vernichtet. Sieh zu, ob du es wieder schaffen kannst. —

Aber die ganze Weisheit der deutschen Zeitung und Ihrer Versammlung scheint sich nun darauf zu beschränken, Preußen zu ködern. Ob das gelingen wird, weiß ich nicht; aber das weiß ich, daß auf diese Weise die Wunde nicht zu heilen ist. Wahrlich, Sie glauben nicht, und ich kann es Ihnen auch nicht sagen — obwohl ich es weiß — welch trauriger Unsinn nach allen Seiten hin in diesem Berlin steckt. Unsere Aufgabe ist es, Maaß zu halten; aber können wir es? Das mag Gott wissen. —

Die Feier des 6. August mit einer Parade und Verlesung der Generalordre haben wir mit vieler Mühe erlangt; aber das Hurrah und die Farben nicht. Hier scheint die beabsichtigte Demonstration der Bürgerwehr nicht recht zu Stande zu kommen. In anderen Städten wirds nicht fehlen. Zu bemerken bitte ich aber, daß die Ultramontanen mit wahrer Wuth sich der Sache bemeistern. Daß diese in Osnabrück gehofft haben, der König solle nach den Schimpfreden der Nationalversammlung weggehen, und dann kämen sie doch unter einen katholischen Herrn — nämlich das Reich. Sie haben gedroht, wer das Fest nicht feiere, dem könne man mit kaltem Blute ein Messer im Leibe umdrehen pp. Das sind wohl Worte; aber sie bezeichnen doch! — Diese und die Radicalen sind die Kraft der Centralgewalt. Zu Hildesheim ähnlich. Weinhagen hat übrigens dort seinen Einfluß sehr eingebüßt. Nur das Gesindel hat ihm Ovationen bereitet, so daß er sich selbst zu schämen scheint, und sich zurückzieht. Eine ganz ekelhafte Geschichte ist die durch Volgers läppische Volksversammlung hervorgerufene Prügelei in Bovenden, und die Wuth der Göttinger gegen Bovender Mägde und Lehrjungen pp. Der jämmerliche Magistrat dort hatte den Pöbel rein Herr werden lassen, uud ich habe Meyer hinsenden

müſſen, um Ordnung herzuſtellen. Gott gebe, daß es ihm gelungen ſeyn mag. Es iſt zu hoffen.[1])

Hier haben heute Harrys u. Co., wie ich höre, agitirt, um Demonſtrationen hervorzurufen, gleich denen, davor der Herzog von Braunſchweig die Segel geſtrichen, der dadurch am beſten zeigt, daß auf ihn auch nicht zu zählen iſt. Er war ſeit dem Berliner Umſchlage auch enragirt, hatte ſich hier wieder angenehm gemacht, und ohne Zweifel hier nichts gebeſſert.

Aber was ſoll daraus werden! Wahrlich, Sie müſſen dort etwas thun, um das Vertrauen herzuſtellen, und nicht bloß den Kaiſerhoffnungen der Preußen ſchmeicheln. Damit meine ich, die Verſammlung muß das Staatenhaus berufen. Laſſen Sie es nach Maaßgabe der Plenarverſammlung des Bundes zuſammenſetzen, das iſt eine poſitive Baſis und 68 Menſchen ſind genug. Dann muß das Nöthige fertig gemacht werden: 1) die Kriegsverfaſſung; ich bin mit Peuckers Plan wohl zufrieden. Seine eigene Rechtfertigung zeigt aber, daß der Satz unumgänglich iſt, daß in innern Händeln das Heer nur einſchreiten darf auf Requiſition der Civilgewalt. Die Flotte will Preußen nun auch dem Reiche nicht gönnen, ſondern ſelbſt haben. — Das iſt Thorheit. Mir iſt aber der Peuckerſche Plan beſonders deßhalb lieb, weil die wahnſinnige Idee des Reichsſteuerweſens damit wegfällt. 2) Die Repräſentation nach Außen. — Geben Sie den Regierungen zu, daß ſie an Verwandten Höfen Botſchafter haben können, das genügt. Aber wiſſen Sie wohl, daß die Franzöſiſchen Geſandten plötzlich ſich an die kleineren Höfe begeben? Sapienti sat! — 3) Das Zollweſen, das iſt eine ſchwere Sache. Wie wirds mit Oeſterreich, das nicht einmal ſein Geldausfuhrverbot zurücknimmt! — Man wird hier auch nur pedetentim gehen können. 4) Das Reichsgericht. Das muß doch einmal zu Stande. Es wird ſehr beruhigen, wenn die Competenz vernünftig beſtimmt iſt. Dann laſſen Sie um Gotteswillen die Grundrechte ruhen, und ſchicken Sie Ihren volkswirthſchaftlichen Ausſchuß zu den Eskimos. Iſt das zu ertragen, daß man mit großer Wichtigkeit über Abſchaffung des Adels, über Embleme des Adlers im Reichswappen, über alberne Deviſen deliberirt? Es iſt ja rein kindiſch, ſolche Spielerei und Lappalien zu betreiben, wo das höchſte auf dem Spiele ſteht.[2])

---

[1]) Dr. Volger, Privatdozent, hatte eine Volksverſammlung nach der Pleſſe berufen, um ein Mißtrauensvotum gegen das Miniſterium beſchließen zu laſſen. Ueber die dadurch veranlaßten tumultariſchen Vorgänge ſ. Oppermann, II., S. 130. — Th. Meyer war jetzt Landdroſt in Hildesheim.

[2]) Vergl. über die von Stüve im obigen Sinne mit Smidt und Duckwitz gepflogenen Verhandlungen JGW Stüve, I., S. 49.

Das Spiel mit dem däniſchen Kriege iſt vollends frevelhaft. Da ſchickt man nun eine Muſterkarte von Heer hin, um in Schleswig das Land erſt recht ſchwierig zu machen, oder durch Einmarſch in Jütland ſich die Ruſſen auf den Hals zu holen, während man um jeden Preis dieſe Allianz ſtören ſollte. Der König von Preußen iſt darüber raſend. Der Krieg wird mit jedem Tage unpopulärer. Aber die Paulskirche regiert und ſieht und hört nicht. Gewiß, das Regieren iſt leichter als Geſetze machen; auch angenehmer, wenn man ſo knabenhaft ingenio indulgirt, und ewig an des alten Oxenſtierna bittern Spruch erinnert.

Doch was hilfts, ſich ereifern! — Das kommt alles daher, daß wir Einheit rufen, ohne Einigkeit, daß wir äußerlich, materiell ſind, und verſchmähen den Geiſt. — Was haben wir nicht alles geſucht in dieſer Einheit, die Republik, den Socialismus, das Uebergewicht der Pfaffen, die Macht von Preußen u. ſ. w. Von Eintracht keine Spur; dafür ſollte dann das Ding von oben her in Einen Sack geſteckt werden und damit gut.

d. 6.

Eben geht Zachariae von mir. Ich habe mich ſehr geärgert über ſein ſinnloſes Geſchwätz. Da iſt weder Beſtimmtheit noch Ehrlichkeit in den Leuten; mit Worten, denen ſie bald dieſen, bald jenen Begriff unterſchieben, mit den Künſten der alten Diplomatie wird operirt; alles was ſie thun, verlangt und verdient Vertrauen; alles was andere, Mißtrauen. Das hat er zugegeben, daß man jetzt Preußen mit dem Oberbefehlshaber zu ködern ſuche und daß es nöthig ſey, ein Staatenhaus zu machen. Erfreulicher iſt mir eine Deputation aus dem Amt Neuhaus a. d. Oſte geweſen, ſehr vernünftige Leute aus der, wie ſie ſelbſt ſagten, radicalſten Gegend, die mir erklärten, ſie hätten volles Vertrauen zu uns und bäten dringend, uns nicht irre machen zu laſſen. Der Schleswiger Krieg wird dort von Tage zu Tage unpopulärer. — Die Leute begreifen nicht, wovon die Schleswiger befreit werden ſollten, wo die Bauernweiber in ſeidenen Kleidern gehen (sic). Gewiß, dieſe Verſammlung iſt ein recht practiſcher Beweis von der Unmöglichkeit der Democratie. —

Der König hat uns häßlich im Stich gelaſſen, indem die verſprochene Parade nicht gehalten iſt; wir haben beſchloſſen, uns darüber ernſtlich zu beſchweren. Die innere Stadt iſt illuminirt; ſonſt ſind alle Demonſtrationen, außer der Bürgerwehr-Parade, vermieden. Da haben Kerle aus dem Volke ſchreien wollen: Soldaten müſſen huldigen! Aber es iſt dagegen geſchrieen: Geht uns nichts an! Und damit iſts gut geweſen. Adieu

Ihr

JCBSt.

Nr. 45. Frankfurt, 6. Auguſt.

Ihren Brief vom 30. Juli, theurer Freund, habe ich erhalten und mich gefreut, daß dort ſich Alles ſo gut geſtaltet: die kleinen Blaſen, die hier und da noch aufgeworfen werden und ohne großes Geräuſch platzen, ſind eben nur Blaſen. Es iſt charakteriſtiſch, wie den Schreiern und Wühlern aller Stoff fehlt, daß ſie ſich mit Gewalt an ſolche Sachen klammern. Wenn man ſo in die unterwühlten und tief unglücklichen Verhältniſſe der Süddeutſchen Staaten hineinſieht, muß man beklagen, daß eben jetzt, wo wir unſerer Geſundheit froh werden könnten, unſere Selbſtſtändigkeit in Gefahr iſt. Welch ein Zuſtand wie aus 1001 Nacht: 150,000 Thaler Überſchuß nach einem Hungerjahre wie 1847 und einem halben Jahre wie das von 1848! Ich habe das meinen hieſigen Freunden aus Süddeutſchland erzählt, die es nicht glauben wollten. — Die „Reſultate des Landtages" hat Gervinus längſt, mit mehrfach wiederholtem Drängen um Abdruck — aber der Raum fehlt; in der Augsb. Allg. Zeitung ebenſo, obgleich mir von dort aus jetzt ein Auszug aus dem Aufſatze zugeſagt wird.

Durch die Preußiſchen Dinge iſt hier jetzt eine Wendung eingetreten, die ſehr intereſſant und faſt komiſch iſt. Wenigſtens muß ſie auf mich dieſe letztere Wirkung machen, wenn ich die veränderten Stimmungen und Abſtimmungen im Verfaſſungs-Ausſchuß betrachte, wo die Strömungen das Umſetzen des Windes natürlich viel ſchärfer markiren bei Berathung der Befugniſſe der Reichsgewalt, als in der Nat.-Verſammlung bei den Grundrechten. Man wehrt ſich zwar auch und wird ohne Zweifel, wenn der 6. Aug. vorüber, wiederum ſo trotzig werden, wie man jetzt verzagt iſt, aber dem Centraliſations-Unſinn ſcheint doch die Spitze abgebrochen. Wir ſind noch immer bei der Wehrverfaſſung; da iſt Radowitz zugezogen, dem der Peuckerſche Entwurf noch viel zu weit geht, ſo daß heute die Majorität am Peuckerſchen Entwurf feſthält gegen die Anſichten von Radowitz. Ich bin aber überzeugt, daß man am Ende im Weſentlichen doch auf die Anſichten von Radowitz hinauskommen muß, weil die allein innere Begründung haben, die allein auf beiden Beinen ſtehen, von der Wirklichkeit aus auf das Ideale hinarbeiten, nicht umgekehrt. — Das aber iſt auch nicht zu verkennen, daß die ganze Frucht der Wendung, wie ſolche hauptſächlich von Preußen ausgegangen, allein Preußen zu Gute kommen werde. Ich weiß nicht, ob nicht unſer Land, namentlich in Betreff der Zollverhältniſſe, hierbei noch ſchlechter fahren wird, als unter anderen Verhältniſſen. Die Wendung, namentlich im Sinne und zu Nutzen Preußens, iſt bedeutend, und intereſſant iſt es, wie die Maſſe in der Verſammlung noch keine Ahnung davon hat. Ich glaube, daß der Ort der Unterhandlung für Sie jetzt weit mehr in

Berlin wie in Frankfurt ist. Doch das werden Sie besser wissen als ich es herausfühle. Damit komme ich auf die Frage wegen des Hannoverschen Bevollmächtigten. Wenn Sie mich im Ernst darnach fragen, wen Sie dazu ernennen sollen, so gebe ich Ihnen im besten Ernst zur Antwort, daß Sie nach meiner Überzeugung dazu keinen tauglicheren finden können als Witte.[1] Witte hat sehr umfassende Kenntnisse, wirkliche politische Einsicht, angenehme, keineswegs prätentiöse Manieren, und ist ja für die Fragen, die uns zunächst berühren, eine Specialität. Wangenheim war, wie ich mich späterhin überzeugte, mehr als ich Ihnen je sagen mochte, unpassend dazu, trotz aller seiner schönen Kenntnisse und sonstigen guten Eigenschaften. Ich bin überzeugt, daß Sie Wittes Ernennung dazu in keiner Weise bereuen werden. — Was die Conferenz wegen der Zollsachen betrifft, so wird hoffentlich das Handels-Ministerium die Sache in die Hand nehmen, dadurch erhält die ganze Verhandlung erst Boden und Stellung, und der alberne volkswirtschaftliche Ausschuß — unter allen Ausschüssen der unglücklichste — kommt aus der Sache heraus.

Prof. Albrecht hat mich ersucht, Ihnen Folgendes mitzutheilen: Es ist ihm bisher nicht möglich gewesen, über den an ihn gelangten Ruf nach Göttingen sich zu entscheiden; würde man jetzt auf Entscheidung bestehen, die er noch immer nicht geben könne, so müsse er bitten, den Ruf als abgelehnt anzusehen. Die Sache ist die: Albrecht hat wohl Lust zu Göttingen, aber die Frau nicht; mit der wird er im September in Kissingen zusammentreffen und da die Sache sich in seinem oder ihrem Sinne entscheiden. Da Sie für Michaelis doch keinen andern Germanisten für Göttingen gewinnen können, so drängt, soweit ich übersehen kann, die Sache nicht, und Sie könnten also dieselbe in betreff Albrechts immer noch einige Zeit offen lassen; er meint, in einigen Wochen bestimmten Bescheid geben zu können. Albrecht mochte dies nicht offiziell schreiben, und so habe ich es übernommen, die Sache durch Sie zu Brauns Kenntniß zu bringen.

Das Ministerium ist nun in der Hauptsache fertig; nur in betreff einiger Unterstaatssekretäre giebts noch Zweifel. Auswärtiges: Fürst Leiningen mit M. v. Gagern (für diplomatische Formen u. dergl.) und R. v. Mohl (für staatsrechtliche Fragen). Inneres: Schmerling mit Bassermann und v. Würth[2] (dieser ganz unbedeutend). Handel: Duckwitz mit Mevissen (der Preuße Kamptz hatte anfangs angenommen, nun aber doch abgelehnt). Finanzen: Beckerath und als Unterstaatssekretär Mathy (einer

[1] Finanzrath. Derselbe wurde demnächst Herrn von Bothmer beigeordnet. Vgl. Anmerkung zum Brief vom 22. August.

[2] Vom obersten Gerichtshof in Wien.

der tüchtigſten in dem ganzen Miniſterio). Krieg: Peucker mit Brandt [1]). Juſtiz: Heckſcher und als Unterſtaatsſekretär wahrſcheinlich Widenmann [2]) aus Düſſeldorf. — Höchſt wahrſcheinlich wird — was aber noch unter uns bleiben muß — Heckſcher nach Kolding gehen, um den Frieden mit Dänemark zu Stande zu bringen, vielleicht auch zur Notification demnächſt nach Petersburg — in gleicher Abſicht. Die Überzeugung von der Nothwendigkeit des Friedens dringt doch allmählig auch hier durch, und kommt die Sache in Heckſchers Hände, ſo iſt am Abſchluß des Friedens nicht zu zweifeln.

Die Parade findet alſo in Berlin heute nicht Statt? Vielleicht erſt in einigen Tagen? Damit es nicht ausſieht, als ob man gehorche?

Verhandlung und Beſchluß über Abſchaffung der Todesſtrafe am Freitage iſt doch von allem Armſeligen, was ich bereits in der Paulskirche erlebt, das Armſeligſte geweſen: meine Hoffnung und Überzeugung iſt, daß die Grundrechte niemals publicirt werden. Breuſing und einige andere Landsleute ſtimmten dabei wieder luſtig mit der Linken. Ich fühle ganz, wie vollkommen Recht Sie haben, wenn Sie mich zu beſſerem Verhältniß mit meinen Landsleuten auffordern; aber ich verſichere Sie, es geht nicht, auch ſchon aus äußeren Gründen; mir fehlt die Zeit, mit ihnen zu verkehren, wozu mir nur die Tiſchzeit bleiben würde. Dazu haben ſie ſich aber ein Hotel auserſehen, wo gut gegeſſen wird, was mir der gleich nach Tiſch anfangenden Ausſchußſitzungen wegen nicht möglich. Dieſe Sitzungen dauern bis 8 oft 9 Uhr Abends, und dann gehe ich lieber in eine der Brentanoſchen Familien, wo ich gute Geſellſchaft finde, als daß ich meine hie und da zerſtreuten Landsleute aufſuche. In den Sitzungen aber kann ich nicht mit ihnen verkehren, weil die meiſten ſo ganz anderer Anſicht ſind als ich. Ein ſehr vernünftiger Menſch, der Ruhe und Beſinnung behält, iſt Dammers [3]); am albernſten macht ſich eigentlich Merkel, ſonſt ein ſo trefflicher und geſcheidter Menſch. Anfangs Enthuſiaſt für die Einheit um jeden Preis, iſt er jetzt ſeit der Preußiſchen Wendung ſo kleinlaut und verzagt geworden, daß es ein Jammer iſt; er ſcheint ſich hier in jeder Weiſe deplacirt zu fühlen. Mit ihm möchte ich noch am liebſten verkehren, wenn das irgend möglich wäre, da er vom erſten Augenblick an (er trat gerade ein bei der Abſtimmung über die Centralgewalt, und von dem Augenblick an ſchieden ſich unſere Wege) auf die albernſte Weiſe meine Anſichten und Abſtimmungen bekrittelte. Der Einzige, mit dem ich von Lands-

[1]) Generalmajor von Brandt aus Poſen, Mitglied der National-Verſammlung, wie alle Genannten, außer Fürſt Leiningen, v. Peucker und Duckwitz. — [2]) Adv. Anwalt.

[3]) Magiſtratsaſſeſſor aus Nienburg.

leuten verkehre, ist Hugo, ein durch und durch wahrer und trefflicher Mensch, bei anscheinender Schwerfälligkeit doch voll der lebendigsten Theilnahme. Doch übergenug von dergleichen.

Ihr

Detmold.

Nr. 46. Hannover, 7. August.

Ich schreibe heute schon wieder, um Lügenberichten zuvor zu kommen. Gestern war die versprochene Parade nicht geworden, die der Bürgerwehr aber sehr brillant. Dies, der Vorgang in Braunschweig (Bennigsen hatte den Herzog, der von Berlin aus montirt war und hier übel wirkte, auf das dringendste gewarnt, keine Schritte zu thun, wenn er nicht der Volksstimmung völlig gewiß sei) hatte den Wühlern Muth gemacht. Sie hatten schon vorgestern Abend Demonstrationen gemacht, gestern bei der Parade solche noch mehr hervorzurufen gesucht. Bei der Illumination war etwas Unfug gewesen. Hauptsächlich hatten sie nun in der Stadt verbreitet, der König weigere sich, die Verfassung zu unterschreiben! Das geschah, um von Reaction reden zu können. Ein Haupttreiber in diesen Dingen, Herr Dr. Hoyns nämlich, hat, wie mir der treffliche Stubbe jun.[1]) erzählt, auf der List geprahlt: Im Volksverein seyen 2000 Menschen, denen könne er vorreden, was er wolle, sie begriffen davon garnichts; aber so bald er das Wort Reaction nenne, könne er mit ihnen machen was er wolle.

Zachariae war nun hier gestern gebraucht, um die Leute hoch zu machen, hatte sich mit der ihm eigenen „Unbefangenheit" gebrauchen lassen, auf dem Bahnhofe geredet, und das hatte Herrn Hoyns die Gelegenheit gegeben, gegen Reaction zu declamiren, und daß man gegen den König eine Demonstration machen müsse. Man hatte sogleich losgehen wollen, das war verhindert. Nun wurde heute eine Volksversammlung auf den Schützenhof berufen. Nun kamen halb 1 Evers und Wermuth[2]) aufs Ministerium, was zu thun. Ersterer wagte nicht, sich auf die Bürgerwehr zu verlassen, worauf ich bestand; ich rieth aber auch, möglichst viel verständige Leute herauszuschicken. Die Bürgerwehr sollte verhindern, daß kein Menschenzug vors Palais käme. Eine Deputation mit Petition sollte zugelassen werden — die Bürgerwehr zog bereitwilligst auf, 8 Companien. Nun hatten sie erst beschlossen, eine Petition durch Deputation zu schicken, aber permanent zu bleiben und den Bescheid zu erwarten, darnach aber das Weitere zu beschließen. Nachher muß aber den Herren Hoyns, Callin[3]) (Hauptleitern des Volksvereins) und Röse der Muth etwas geschwunden seyn. Sie haben gegen den Widerspruch der herübergekommenen Cellenser und Hildesheimer am Ende durch-

[1]) Lieutenant, Sohn des Deputirten Stubbe. — [2]) Polizeidirektor. — [3]) Lehrer.

gesetzt, die Petition solle morgen noch ausgelegt werden, damit auch die Mitglieder der ausgerückten 8 Comp. Bürgerwehr sie unterschreiben könnten (es sollen sehr wenig ordentliche Bürger unterschrieben haben), und so ging um halb 8 alles ruhig nach Hause.

Bennigsen war indeß im Palais, um dem König unsere Remonstration vorzulegen. Er hat uns die befriedigendsten Erklärungen von der Welt gegeben, und das Abbestellen der Parade damit entschuldigt, daß ihm gemeldet, der Waterlooplatz sey wegen des vielen Regens unpractikabel, und so habe er, von heftigem Rheumatismus am Kopfe geplagt, ohne des Zwecks der Parade sich zu entsinnen, diese abbestellt.

Vielleicht ist die Sache nach beiden Seiten gut. Denn ich hoffe, die Herren Hoyns und Callin, von denen Stubbe schon sagte, sie hätten, wenn's zum Treffen käme, keinen Muth, haben sich mit der Sache fatal gemacht, da der Bürgerwehr bekanntlich an solchem Ausrücken pp. nichts liegt. Die Umgebungen des Königs haben aber auch eine Lehre bekommen, die ihnen nicht schaden kann.

Was nun weiter aus der Petition, deren Inhalt ich nicht kenne, wird, muß man erwarten. Jedenfalls ist die Sache, die mit so großem Sturm angefangen war, sehr matt zusammengefallen. Ich habe aber bei dieser Gelegenheit Dachenhausens gänzlichen Mangel an allem Muth bewundert.

Soviel von diesem Tage, den ich bedaure, weil er ausgebeutet werden wird, und weil er um nichts und wieder nichts provocirt wurde.

Ihr
JCBS.

Nr. 47. Frankfurt, 9. August.

Vielleicht hat die Anlage, das Werk des Wehrausschusses, einiges Interesse für Sie; Remission bedarf es nicht. — Die Linke hat sich gestern komplet ruinirt und die Versammlung zum Erstenmal Kraft und Consequenz bewiesen, so oft auch der Präsident (Soiron) mit unglaublicher Ungeschicklichkeit umwarf. Zum Erstenmal ließ man die Tribünen räumen, die meist mit badischem Zuzug besetzt waren, Verwandten der Flüchtlinge und dergleichen. Die Linke ging dann auch fort mit der Warnung: „es solle uns gereuen." Draußen versuchte man in aller Eile eine Emeute zu organisiren; die Kirche ward aber von Bürgerwehr und Schutzwache umgeben, und so blieb es bei bloßem Gebrüll und Geheul, das auch nachher beim Ende der Sitzung einige Mitglieder verfolgte. Abends war Alles still, bis vielleicht auf einige Fackel- und Nachtmusiken bei Mitgliedern der Linken. Morgen geht die Linie nach Schleswig und rückt dafür Hessisches und anderes

Militär ein, so daß noch viel weniger an einen Putsch zu denken ist. Und daß die Versammlung Energie genug hatte, sich in keiner Weise irre machen zu lassen (sie konnte freilich auch nicht gut anders!) und ruhig über die Amnestiefrage[1]) abstimmte, wird ihr — hoffentlich! — auch fernerhin einige Consequenz und Energie geben. Auf die Gesichter, welche die Linke bei ihrer rentrée machen wird, bin ich neugierig.

Der Ihrige

D.

Nr. 48. Hannover, 15. August.

Zuerst meinen herzlichen Dank für das Militäropus. Es hat mich, so viel ich dergleichen verstehe, sehr interessirt. Leider bin ich nur nicht im Stande gewesen, daraus zu eruiren, wie stark das bereite Heer seyn soll, was entscheidend ist für die Frage, welche Staaten mediatisirt werden sollen — so nenne ich das Schicksal derer unter 5000 M. Ich denke mir, man wird aus Thüringen und Mecklenburg mit Holstein und Hamburg zwei unter der Reichsgewalt stehende Massen bilden und die übrigen rein unterstopfen wollen. Damit wird aber der Bairisch-Sächsischen Freßbegierde wenig geholfen seyn; und wir bekommen am Ende, was wir nicht begehren. Manche Bestimmungen werden freilich auch noch schwer drücken; allein die Hauptsache, Erhaltung der selbstständigen Heere und Finanzen der größeren Staaten, liegt auch hier zum Grunde.

Hier ist ein etwas confuser Zustand durch die Peuckersche Albernheit hervorgerufen. Denen, die sich in den Kopf gesetzt, die Beschlüsse der Nationalversammlung müßten unbedingt durchgesetzt werden, hat die Sache eine höchst willkommene Gelegenheit gegeben, sich der Massen zu bemächtigen. Ich habe deßhalb die Resolution, die Sie in den Zeitungen gelesen haben werden,[2]) so gefaßt, wie es geschehen konnte, um den Vernünftigen wieder Halt zu geben, hoffe auch, daß das gelungen ist, und wenn ich dies nur hier am Orte erreiche, so kann man ruhig seyn. Offenbar ist aber der Moment für uns bedeutend. In Hildesheim war Weinhagen wieder oben auf, in Celle Gerding, auf Clausthal haben sie Unfug gemacht. In Peine ebenfalls. Man ist wieder wie in den März versetzt. Freilich in weit geringerem Maßstabe, und so werden wir wohl mit Ernst auftreten und der Sache ein Ende machen können. Es ist aber auffallend, wie jetzt auf einmal in Norddeutschland der Unfug sich regt. Die Wirthschaft in Hamburg ist abscheulich. Es ist dies die auflösende Kraft der Centralgewalt, die

[1]) Die stürmischen Debatten am 7. u. 8. betrafen die Amnestirung von Hecker und Consorten, worüber schließlich zur Tagesordnung übergegangen wurde.

[2]) Abgedruckt bei Oppermann. II. 135.

namentlich den Clausthaler Bergleuten im Kopfe ſtecken ſoll, indem ſie ſich einbilden, der König habe jetzt nichts mehr zu ſagen. Ob Gagern an dieſe Folgen ſeines kühnen Griffs auch gedacht hat?

In Berlin ſind die Sachen ſehr confus. Nachdem am 3. die Regierung die preußiſchen Demonſtrationen unterdrückt hat, nicht aber die deutſchen, iſt für ſie die Möglichkeit, ſich auf das Preußenthum zu ſtützen, verlohren. Bülow-Cummerow und die Junker, in Furcht vor Hanſemanns gleicher Grundſteuer, die ihre bisherigen Exemten Güter ſchwer drücken, und ſie großentheils — bei hohen Schulden und jetzigen ſchlechten Preiſen — ruiniren würde, ſcheinen nun eine reactionäre Oppoſition machen zu wollen, und der 24. d. M. iſt zur Errichtung eines Condeputirtenthums und 50ger Ausſchuſſes beſtimmt. Was daraus werden ſoll, weiß Gott.

Uebrigens will die preußiſche Regierung entſchieden mit Dännemark ſchließen; und Wrangel wird, ſeit Oriola fort, keine deutſchen Regungen mehr haben, ſondern ſeinen Vettern Auerswald, Below, Saucken folgen. Das kann in Frankfurt einen großen Sturm geben, welchen zu beſchwören man jetzt, wie es ſcheint, Demonſtrationen gegen den Rhein machen möchte. Die Holländer armiren auch ihre Feſtungen, z. B. Coeverden und Delfzyl, was für Oſtfriesland ſehr unangenehm werden kann, da das beſte Fahrwaſſer unter den Kanonen von Delfzyl durchgeht. Wir werden am Ende auch Truppen dahin ſchicken müſſen, zum Beweiſe, daß die See- und Grenzſtaaten wirklich ganz andere politiſche Bedeutung und Intereſſen haben, als die deutſchthümelnden Binnenländer, und ſich nicht wohl können simpliciter überſtimmen laſſen.

Was Ihre Sachen dort angeht, ſo habe ich den Lärm vom 7. und 8. bedauert. Die Rechte iſt offenbar zu weit gegangen und hat am 10. einen Rückſchlag erfahren. Wahrſcheinlich wird ſie im Gefühl ihres Unrechts nun auch der Linken wieder zu viel nachgeben. Gut iſt, daß man die Tribüne beſchränkt, und daß man ſie einmal hat räumen laſſen. Im übrigen habe ich von dem Gange der Verhandlung keinen Begriff. Carlyle ſagt in ſeiner hist. of the french Revolution: Conſtituirende Verſammlungen hätten ihre unwiderſtehliche Gewalt im Nichtsthun. Das iſt ein furchtbares Wort. Gerade dadurch halten ſie die leeren, verwirrenden und auflöſenden Theorien wach, die für ſie arbeiten. Gott gebe, daß wir alſo etwas thun. Die Centralgewalt iſt auch nur in ſoweit fähig zu handeln, als ſie dieſe Auflöſung fördert, und das thut ſie, ſobald ſie ſich irgend von den Regierungen unabhängig ſtellt, wie Peucker es nicht bloß in ſeiner Parade, ſondern namentlich auch beim Aufbieten der Truppen der kleineren Staaten gethan. Davon hat er den Regierungen nichts geſagt, nur an die Commandeurs

geſchrieben, z. B. in Weimar; unklug auch in der Hinſicht, als das Mobilmachen der Truppen ohne Geld ja ganz unmöglich, und ſo nothwendig die Regierung angeht. Gewiß ſollte jeder, der es kann, die Herren in dieſer Hinſicht warnen.

d. 16.

Haben Sie gehört, daß der Peuckerſche Brief an ſeinen Sohn — den ich vollſtändig beſeſſen — von dieſem ſeinem Chef Hanſemann sub sigillo mitgetheilt und daher evulgirt iſt? Hanſemann ſcheint durchaus unehrlich und im Berliner Miniſterium macht er durchaus ſeine eigene Parthei. Was er will, iſt niemand klar. Ad vocem Ehrlichkeit. Wiſſen Sie, daß Gagern durch Blittersdorf[1]) hat Memoires ſchreiben laſſen, um Preußen in die Bahn der Einheit zu locken, daß er dieſe an den Ruſſiſchen Reſidenten Struve gegeben, damit ſie durch Ruſſiſche Hände nach Berlin gebracht und empfohlen würden? Meyendorff[2]) hat es aber gerathen gehalten, die ganze Sache zu evulgiren. — Was ſoll man dazu denken? Wenn Gagern ſchon ſo weit iſt, dergleichen diplomatiſche Tricks zu verſuchen, ſo geht er ſelbſt zu Grunde, oder er richtet Deutſchland zu Grunde, oder beides.

Verzeihen Sie, daß ich lauter Unerfreuliches ſchreibe. Aber meine Stimmung und Auffaſſung iſt trübe. Ich ſehe kein Licht; auch das Cölner Feſt[3]) drückt mich. Sie wiſſen, die Pfaffen machten zu ihrem Zauberſpruch bei der Wahl den katholiſchen Kaiſer. Die Rolle ſpielt der Reichsverweſer, den der Erzbiſchof als ſein Geſchöpf oben auf der Treppe, der Prinz Fr. v. Preußen aber auf dem Flur empfängt. Der König von Preußen wird als Vaſall figuriren ſollen. Alles in majorem Dei gloriam. In Düſſeldorf hats Spektakel gegeben (hier lügen ſie, der König ſey erſchoſſen). — Die Beiden werden wahrſcheinlich in ſchönen Worten wetteifern, denn Johann verſpricht auch Allen Alles. Der König hat hier ſehr ſtark gegeſſen und getrunken, Witze gemacht und ſelbſt belacht.

Vor 8 Tagen habe ich die alte Rehberg[4]) in Marienwerder mit Gen. Hartmanns beſucht. Sie iſt etwas mitgenommen durch Unwohlſeyn, und da ich nicht allein da war, habe ich auch nicht ſonderliche Freude gehabt. Sie fragte nach Ihnen, Ihrem Leben und Verhältniſſen; davon konnte ich nun wenig berichten.

Nun noch zweierlei zum Schluß. 1. Peucker hat die Vermehrung der Heere auf 2 % der jetzigen Bevölkerung ausgeſchrieben. 2. Hanne iſt

---

[1]) Früher badiſcher Bundestagsgeſandter.

[2]) Kammerherr Frhr. von Meyendorff, ruſſiſcher Geſandter in Berlin.

[3]) Das Dombaufeſt am 14. und 15. Auguſt.

[4]) Die Wittwe des 1836 verſtorbenen Geheimen Cabinetsraths.

vom Consistorio in fide approbirt und wird, wenn das Examen gemacht, seinen Wunsch einer Pfarre erreichen. Das ist mir von Herzen lieb, denn ich schätze ihn. Er würde freilich mehr leisten.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 49. Frankfurt, 22. August.

Ich bin Ihnen, theuerster Freund, Dank und Antwort auf mehrere Briefe schuldig; ich will statt dessen aber heute nur einige Worte wegen des Bothmerschen „kühnen Griffes" bemerken. Ich hätte von Anfang an es lieber gesehen, wenn Sie sich auf gar keine direkte und schriftliche Anerkennung[1]) eingelassen, sondern lediglich den Bevollmächtigten autorisirt hätten, solche, soweit dieselbe nach der im Schreiben vom 7. Juli liegenden Anerkennung noch nöthig sei, mündlich gegen den Minister auszusprechen. Als nun ihr deßfallsiges Schreiben kam und dasselbe im Ministerrath schon heftige Debatten veranlaßte, war mir das sehr leid — und ein heftiger Sturm in der Nat.-Vers. war vorauszusehen, ja wurde schon angekündigt, weil von dem Schreiben etwas laut geworden war. Nicht diesen Sturm fürchtete ich, aber die Rückwirkung auf Hannover, und den Unsinn, der dann dort in den Vereinen wieder sein Haupt erheben würde, zumal Gerding, Hostmann und andere Sendlinge dieser Vereine hier liegen, sogar die Minister mit Zumuthungen wegen Einschreitens und dergl. molestiren und sich hier mit der Linken in Verbindung setzen behuf besserer Organisation. Unter diesen Umständen hat Bothmer nach meiner Überzeugung das Einzige gethan, was gethan werden konnte — ja ich darf sagen, daß ich ihn zu dem Schritte hauptsächlich bewogen habe und dessen Verantwortung übernehme. Daß Bothmer den Schritt gethan, mag Ihnen beweisen, daß Sie mit Bothmers Ernennung den Rechten getroffen haben (den ich Ihnen längst dazu vorgeschlagen hätte, wenn ich hätte glauben können, daß der König, der ihn nicht zum Landdrosten machen wollte, dazu consentirt hätte). Kein Anderer als B. würde den Muth gehabt haben, den Schritt zu thun. B. wird sein Amt anfangs mit großem Eifer versehen; ich fürchte nur,

[1]) Ueber die Stellung der hannoverschen Regierung zur Centralgewalt war eine nähere Erklärung gegeben in dem Schreiben des Gesammtministerii an den Reichsverweser vom 10. August, welches zugleich die Bestellung eines Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ankündigte. Diese erfolgte unter dem 13. August in der Person des Justizraths von Bothmer. Vgl. von Wangenheim, Aktenstücke S. 220 ff. Der „kühne Griff" war die in etwas weiter Auslegung der ihm ertheilten Instruktion Herrn von Schmerling gegenüber abgegebene Erklärung der „unumwundenen Anerkennung", welche der Beschluß der Versammlung vom 14. Juli verlangt hatte.

dieſer Eifer hält nicht lange an, da B. durchaus keiner irgend ſuivirten Thätigkeit fähig, was ſeine ſonſt ſo trefflichen Eigenſchaften paralyſirt — wie ja faſt immer bei ſonſtigen guten Eigenſchaften irgend eine vorhanden iſt, die jene todt macht. — Ich glaube und bin überzeugt, daß Sie B.'s Schritt nicht mißbilligen werden; Sie werden nun vor dem Vereinsweſen vorläufig Ruhe haben, namentlich da ja auch das Reichsminiſterium (wie es am Freitag erklären wird) auf einer weiteren Huldigung, wie ſolche für den 6. Aug verlangt war, nicht beſteht. Was werden dann Ihre Volksvereine anfangen? was dann fordern? Dieſer falſche unitariſche Enthuſiasmus in unſerm Lande iſt nur eine Form für die elendeſte Oppoſitionsmacherei. — Laſſen Sie doch den Dr. Lex in der Hannoverſchen Zeitung eine Rubrik anlegen: „Lügen", wo dann ganz einfach die betreffenden Nachrichten der Morgenzeitung mit Angabe der Quelle aufgenommen werden, die einfachſte Art der Berichtigung, die aber doch nöthig, weil all die elenden Nachrichten der Morgenzeitung (wie daß Bennigſen ſich von Ihrer Sonderpolitik abwende — uud daß die Hannoverſchen Deputirten auf Merkels Vorſchlag reſigniren wollten und dergl.), immer da, wo man dergleichen gern hört, Glauben finden und Stachel zurücklaſſen. — Während des Kölner Feſtes war ich, weil ich noch gar nicht aus Frankfurt fortgeweſen und mich aus dem Menſchenlärm wegſehnte, nach Freiburg, Baſel, Straßburg, wo ich dann über Franzöſiſche Zuſtände manches Intereſſante hörte, namentlich über die Junitage; wenn nur irgend Jemand die Franzoſen von ihrer Republik erlöſen wollte! In Heidelberg ſaß ich mit Rumann beim Frühſtück an einem Tiſche, ich ignorirte ihn, wie er, der ſeit 6 Wochen hier iſt, mir fortwährend aus dem Wege gegangen. Doch redete er mich beim Weggehen flüchtig, aber in alter Weiſe an; ich muß ſagen, er hat ſeine Zeit hier nicht ſchlecht angewendet, denn er ſteht bereits auf dem Standpunkte der alleralleräußerſten Linken und beklagte, daß man in Hannover ſo ungeſchickt ſei (d. h. die Volksvereine und dergl.) daß es lauter coups manqués ſeien, die dort zu Tage kämen (29. Mai!), und daß man leider gar keine Handhabe beſitze, um die Hunde von Fürſten von ihren Stühlen zu werfen.

Ihre Notiz wegen der Verbindung von Gagern mit Blittersdorf und des letzteren Memoires intereſſirte mich ſehr; ich ſehe Blittersdorf oft, und war von Anfang an erſtaunt, wie er in leidenſchaftlichſter Weiſe Gagerns „kühnen Griff" gegen mich in Schutz nahm — und wie er, wenn vielleicht, wie es oft geſchieht, ſein Name in der Verſammlung geſchmäht wurde, renommirend ſich beklagte und tröſtete: die Verſammlung ſei ihm den größten Dank ſchuldig, denn er habe ihr Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, an der ſie ſonſt geſcheitert wäre.

Wenn es der Ausſchuß-Arbeiten wegen irgend angeht, komme ich in den erſten Tagen Septembers auf 3—4 Tage nach Hannover, um in meinen eigenen Angelegenheiten etwas zu ordnen. Dann mündlich mehr. Jetzt ſtecken wir in der Paulskirche in der unſeligen Kirchenfrage, die mich ſehr beängſtigt. Ihr

D.

Nr. 50. Hannover, 26. Auguſt.

Recht vielen Dank ſage ich Ihnen für Ihre Zeilen von 22., die zumal Bennigſen ſehr angenehm geweſen ſind. Bothmers Schritt drückte ihn, und da hat Ihr Brief ihn denn ſehr getröſtet. Allerdings läugne auch ich nicht, daß mich dieſer Schritt unangenehm berührt hat. Allein ich ſehe wohl ein, daß es rein thöricht geweſen wäre, in dem Zanke zu beharren. Es mußte ein Ende davon ſein, um eine Stellung auf dem neuen Boden zu gewinnen, auf dem wir nun einmal ſtehen. Freilich noch ſehr unſicher, wie auf dem Eiſe. H. v. Schmerling hat nun wieder geſchrieben wegen der Wahlen für Schmidt[1]) und Albrecht.[2]) Die waren aber ſchon geſchehen. Für jenen iſt gewählt Quintus[3]) und als Subſtitut Honſtedt[4]) (gegen Schläger). Für dieſen Hantelmann[5]) und als Subſtitut Gravenhorſt[6]). — Grumbrechts Umtriebe! — Bothmer hat vorgeſchlagen, Duckwitz für Schmidt wählen zu laſſen. Ich hatte D. in Harburg proponirt, erhielt keine Nachricht und habe nicht daran gedacht, ihn in Fallingboſtel zu empfehlen, wo das wohl durchzuſetzen geweſen wäre. Es thut mir nun leid, iſt aber nun zu ſpät; denn Qu. darf nicht reſigniren wegen Honſtedt, den man ja kennt.

Die Stimmung in den Städten iſt nicht ſonderlich; durch die alberne Huldigungsgeſchichte hat man den Wühlern einen Hebel gegeben, den ſie gut benutzt haben. Sie werden nun wieder agitiren. Die Göttinger haben bereits auf Publikation des Wahlgeſetzes mit „direkten Wahlen“ angetragen. Da haben Sie alſo, was man zunächſt verlangen wird. Ich glaube aber nicht, daß man damit irgend populär ſeyn wird. Es ſteht der Maſſe zu fern, bis etwa auf die Beſucher der Volksvereine, von denen ſehr viele kein Stimmrecht haben, ſolange man die Handwerksburſchen pp. nicht zuzieht.

Nicht ohne Sorge betrachte ich die Forderung der Erhöhung des Militärſtandes. Nur im Kriege wird das möglich ſeyn, wenn man nicht

---

[1]) Von Fallingboſtel. — [2]) Von Leipzig. — [3]) von Quintus-Icilius, Amtmann.
[4]) von Honſtedt, Landkommiſſar. — [5]) Advokat in Hannover.
[6]) Gymnaſiallehrer.

die Vortheile unbedingt der republikaniſchen Parthei will zu Gute kommen laſſen. Man hat das Volk mit wohlfeiler Verwaltung, Verminderung der ſtehenden Heere geködert. Nun dieſe Sache, die bei uns ſo viel heißt, als perſönliche und Grundſteuern $1^1/_2$ mal. Und dennoch haben wir unſern präſenten Stand nur um $^2/_7$ etwa zu vermehren, während Würtemberg ſolchen etwa verdreifachen müßte. Wie iſt das möglich! — Ich denke aber, wir brauchen hier nicht die Kaſtanien aus dem Feuer zu holen, wie wir es in Anſehung der Volksſouverainetät gethan, und wie ich mir ſchmeichle, mit einigem Erfolg. —

Der König hat nun das neue Jagdſtrafgeſetz unterzeichnet. Damit wird nun wohl den Uebeln etwas entgegenzutreten ſeyn, durch welche namentlich der widerwärtige Liebenburger Aufruhr vom vorigen Sonntag erzeugt iſt. Sicher Weinhagenſches Fabrikat. Es ſollte an dieſem Tage große Verſammlung auf dem Harz ſeyn, die aber nicht war. Unmittelbar an Salzgitter liegt Knieſtädt, das W. in Beſitz hat, und wo er mehrere Tage geweſen ſein ſoll. In Hildesheim corrumpirt man die Soldaten. In Liebenburg hat W. einen Agenten in einem Bauermeiſter Weinholt, und dieſer iſt wieder die rechte Hand des Aſſ. Pfafferott geweſen, um dieſen zum erſten Beamten zu machen. Das ganze Hildesheimſche Beamtenweſen iſt von Grund aus corrupt.

Ueberhaupt dieſe Unfähigkeit und Schwäche der Behörden bei äußerſter Selbſtberäucherung!! Nach ihrer Meinung ſind alle neueſten Mißbräuche von uralters ſo geweſen, und gar nicht anders möglich, und das deduciren ſie, und in demſelben Athem wird erzählt, wie ſie ſelbſt die Dinge eben ſo eingerichtet.

Auf dem Harz liegt das Uebel auch an der Unfähigkeit der Berghauptmannſchaft. In Osnabrück hat Lütcken ſich heillos in allerlei Dummheit verwickelt. — Die Gerichte haben überall das Vertrauen zu ſich verlohren; und unſer Criminalproceß iſt auch in der That nur mit Captur des Angeſchuldigten durchzuführen. Läßt man die Leute während der Defenſionsinſtanz los (wie in der Hildesheimer Sache), ſo haben ſie nur das Intereſſe, die Sache lang zu ziehen.

Ihre Kirchenſachen ſind höchſt unerfreulich, und wahrſcheinlich ein Grund neuer Verwirrung. Einſtweilen wird das Meiſte bleiben, wie es iſt. Am Ende aber dürfen wir uns nicht verhehlen, daß auch hier nach allen Seiten hin ein neuer Impuls durchaus noth thut. — Aber hat man bei Ihnen noch gar nicht an das Bundesgericht gedacht? Das wäre wirklich neben dem Staatenhauſe ein bedeutender Schritt und gäbe allen den „Grundrechten“ erſt Bedeutung.

Es soll mich freuen, Sie zu sehen! Ich wollte auch gern einmal nach Osnabrück; aber leider macht der König mit seinem Zaudern das fast unmöglich; der Sommer ist mir darüber fast vergangen, und allmälig bin ich unbehaglich. Der König kommt aber doch mehr und mehr zurecht; so hat er nun im Stillen das raschere Avancement der Garde aufgegeben, und auch wegen der Heiratsordre Vernunft walten lassen, wenngleich das noch nicht fertig ist. Gegen eine Deputation vom Harz hat er sich in diesem Sinne mit einer solchen Klugheit benommen, daß er die Leute ganz gewonnen hat. Am Ende haben sie sich die Gnade ausgebeten, den kleinen Erbprinzen zu sehen, obgleich sie mit ganz anderen Zwecken gekommen waren.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Gerding u. Co. sollen eine sehr schlechte Resolution von Frankfurt bekommen haben. Können Sie solche nicht dort erhalten? Sie wird hier wohl nicht publik werden.

Nr. 51. Frankfurt, 28. August.

Ihr Schreiben vom 26. war mir sehr lieb, auch Bothmers wegen, der noch immer ohne Antwort von dort war. — Heute hab ich Ihnen nichts zu melden, als etwa, daß Gerding u. Co. hier weder schriftliche noch mündliche Antwort irgend einer Art erhalten haben, daß aber Schmerling auf jene und andere Petitionen (heute) eine offizielle, natürlich sehr milde, Erwiederung publiciren wird, die wenigstens das Gute haben wird, daß sie das Petitum jener Adressen — den 6. Aug. — wieder in's rechte Licht rückt, da die Hannoverschen Wühler es jetzt nach Peuckers neulichen Erklärungen gar zu gern als auf den 7. Juli bezüglich ausgeben möchten. — Es ist hier jetzt eine kleine Gesellschaft im Entstehen, Radowitz, Schwerin und andere, bis jetzt nur wenige und nur Preußen, die sich's zur Aufgabe stellt, gegen die tollen Centralisationstendenzen, die schlimmsten Feinde der wahren Einheit, den Einzelstaaten und deren Recht möglichste Berücksichtigung zu verschaffen. Die Preußische Regierung hat das Frankfurter Journal gekauft und diesen Zwecken und Leuten zur Disposition gestellt. Der Zweck und die Leute sind mir recht, und so werde ich mich anschließen, schon weil die andern bloß Preußen sind und man doch in dieser Beziehung jetzt scharf zusehen muß. Die Sache ist aber noch erst im Entstehen und daher geheim. Das führt mich auf die Hannoversche Zeitung und Hannoversche Presse. Ich hoffe und wünsche, daß Krüger

die Sache richtig anfängt[1]); er muß anfangs nicht durch zuviel leitende Artikel erſchrecken, wichtig iſt der Engliſche und Franzöſiſche Artikel, den Lex ſehr mittelmäßig und ganz geiſtlos liefert; daneben Notizen aus dem Lande u. ſ. w. Das Unglück von Lex iſt, daß er kein Komma auf eigene Gefahr zu ſetzen, den kleinſten Artikel nicht auf eigenes Riſico ſchreiben mag; Alles, erwartet er, ſollte ihm zugetragen werden, damit er keine Verantwortung habe. Was Alles neben des Mannes natürlicher Anlage zu dergleichen auf den harten Druck deutet, der in den Jahren 1837 u. ſ. auf ihn geübt worden; er kann nun nicht mehr allein gehen, es iſt das Huhn mit dem Kreideſtrich. Gemeinſchaftlich mit ihm hätte ich die Sache wohl führen wollen und freute mich eigentlich, nach meiner Rückkehr dieſelbe zu übernehmen. Inſofern iſt es mir leid, daß bereits darüber disponirt iſt, ich weiß aber wohl, daß die Zeitung nur zu lange ſchon in statu quo verblieben war, nicht länger drin verbleiben konnte und daß ich obendrein ja nur unbeſtimmt mich über die Übernahme geäußert. Komme ich zurück, kann ich ſie ja doch benutzen. Jetzt hab ich zur Thätigkeit für dieſelbe keine Zeit, die Ausſchußſitzungen laſſen keine Stunde Muße. Ich werde aber Krüger mancherlei Aktenſtücke u. dergl., was dort intereſſiren kann, ganz friſch zuſenden. Vor einigen Tagen ſchrieb mir Schweiger von Clausthal über einen Plan, den er auch Ihnen vorgelegt, auf den Sie aber nicht eingegangen, wonach er die ſchlechte Preſſe durch ein wohlfeiles ſubvenirtes Blatt ruiniren will. Es iſt das alte Mittel, womit Louis Philippe durch die 40 Franken-Preſſe im J. 1836 zu wirken ſuchte. Schweigern halte ich nun ſelbſt für einen L . . . , und ſo iſt, auch von dem Gelde abgeſehen, die Sache, die er mir dringend ans Herz legte, unausführbar. — Im Verf.-Ausſchuß halten wir jetzt an der Flußzoll-Frage. Das Prinzip der Entſchädigung ausdrücklich auszuſprechen, wird kaum durchzubringen ſein; dagegen aber zweifle ich nicht, daß man in ſo fern ſchonend verfahren wird, als die Flußzölle nur allmählig aufhören werden, d. h., daß eine nach und nach ſich verringernde und endlich ganz ceſſirende Entſchädigung dafür eintritt. Es laſtet ein eigenes Odium auf dem Hannoverſchen Flußzollweſen, ich habe daher hauptſächlich auf Lauenburg, das man am Ende Dänemark in die Arme treibt, und Mecklenburg hingewieſen, die verhältnismäßig eine ſo ſehr viel größere Einnahme daraus ziehen als Hannover. Das Schreckbild einer Coalition der Nordſeeſtaaten

[1]) Stüve hatte ſich entſchloſſen, vom 1. September an die Leitung der Hann. Zeitung dem Rektor Krüger aus Emden anzuvertrauen, von dem er bemerkt, daß er dort in den politiſchen Händeln nicht ohne Gewandtheit gearbeitet habe und ein treuer, gebildeter und ernſter Menſch ſei. Er genügte ſpäter doch nicht und wurde dann durch einen Candidaten Adolph Meyer erſetzt, dem weiterhin Jürgens folgte.

unter Englands Protectorat würde hier eine größere Berücksichtigung des Rechtes und der Billigkeit hervorzubringen im Stande sein, als alles Berufen auf wohl erworbene Rechte und Verträge; leider kann man nur solchen Popanz nicht zu direkt avanciren. Wie die kleineren Staaten sowohl im Norden als namentlich im Süden das Militär verdoppeln können und werden, ist mir freilich ein Räthsel; am Ende werden Ihre Volksvereine jetzt auch bei der Reichsgewalt petitioniren, wenn Sie nicht gleich jener Anordnung nachkommen, die doch viel wichtiger ist, als der 6. August. Die Besorgniß, daß diese Sache den Republikanern nützen werde, theile ich nicht; diese Parthei hat wirklich jetzt allen Halt verloren und verliert, was sie noch hat, immer mehr — die Pariser Zustände, die Berliner Bestialitäten, der Sieg der Autorität in Wien, die Siege in Italien und tausend Anderes, namentlich auch der Geldmangel der Leute wirken dahin: Hecker ist vor einigen Tagen von zweien seiner Leute, die Geld von ihm forderten und die er hart anließ, halb todt geprügelt worden.

Soll denn nicht dieser Einfaltspinsel von Grumbrecht mit seinen Wahlumtrieben, die er gern geheimgehalten hätte, einmal beleuchtet werden? Dieser Kerl ist doch gar zu jämmerlich; hier ist er ganz fertig und hat schon in den letzten Monaten nicht mehr gewagt, die Tribüne zu betreten. Ich höre, er arbeitet dort auf Sandvoß' Stelle in Goslar los.

Ihr

Detmold.

Nr. 52. Frankfurt, 31. August.

Ich kam gestern nicht dazu, Ihnen zu melden, daß der Verf.-Ausschuß die Flußzollfrage ganz in dem Sinne entschieden hat, wie ich Ihnen vorgestern geschrieben. Die Flußzölle werden aufgehoben, das Princip einer „billigen Ausgleichung" aber ausgesprochen, sogar in der Verfassung; diese wird in einer in einer kleinen Reihe von Jahren sich immer mehr verringernden und endlich ganz cessirenden Entschädignng bestehen. Daneben aber hat der volkswirthschaftliche Ausschuß, der jetzt ganz toll ist, beschlossen, den Antrag zu einem Gesetze an die Nat.-Vers. zu bringen, wonach die Flußzölle ohne alle Entschädigung aufgehoben werden; der Beschluß ist gestern nur mit 11 gegen 10 Stimmen gefaßt worden. Carl[1]) aus Berlin sagte mir gestern Abend, er werde heute noch dagegen stimmen, um wenigstens ein Minoritätsgutachten von 11 Stimmen gegen 11 Stimmen zu veranlassen. Sonst hoffe ich, daß die N. V., wenn der Antrag kommt, denselben zur Begutachtung pp. an den Verf.-Ausschuß verweisen wird. Wie

[1]) Geheimer Kommercienrath.

die Sachen in den Verhandlungen der Comiſſarien ſich geſtellt haben, werden Sie beſſer wiſſen als ich.

Wenn Sie von einer Zerſetzung rectius Verſchiebung in der N.-V. etwas hören, ſo hat das ſeine Richtigkeit; der Urgrund der Thatſache iſt aber kein innerlicher, ſondern ein ganz gemeiner Hunger nach guten Stellen. Der Würtemberger Hof, das ſ. g. linke Centrum, die elendeſte aller Partheien in der Verſammlung, aber ſtark organiſirt durch den Eifer der Führer und dergl. Mittel, mächtig und einflußreich dadurch, daß ſie, ohne ſich etwas zu vergeben, mit der äußerſten Linken ſtimmen konnte (vgl. die Abſtimmung über die Centralgewalt), ebenſo bereit, der Rechten ſich anzuſchließen, hat dieſe ihre Stellung bei Beſetzung des Reichsminiſterii auf das allerunverſchämteſte exploitirt. Nun ſie als Parthei zufriedengeſtellt ſein muß mit dem, was ſie erhalten, löſt ſie ſich auf, um durch Heranziehen Einiger (von denen die Idee wohl zum Teil ausgeht) und durch Ausſtoßen Anderer eine neue Parthei in derſelben Stellung (gegen links und rechts) zu bilden, die dann neue Anforderungen ſtellen kann und befriedigt werden muß. Das iſt nach meiner Überzeugung des Pudels Kern. Man mag nur nicht immer die Schande aufdecken, weil man die Leute dann leicht der Linken zutreibt, ſonſt könnte ich darüber mancherlei Aufſchlüſſe liefern.

Der Ihrige

D.

Nr. 53. Frankfurt, 8. September.

Ich habe Ihnen, th. Freund, über die Criſis, die man ſo muthwillig über uns hereingezogen, nicht geſchrieben, weil ich wußte, daß Bothmer Ihnen fleißige Mittheilung macht. Ich füge heute nur nachträglich Einiges hinzu. Der Linken, welche fort und fort Conflikte zwiſchen Frankfurt und den Einzelſtaaten anſtrebte, iſt nun auf einmal ohne ihr Wollen und Zuthun eine treffliche Frucht dieſer Art in den Schooß gefallen, nur leider ſo dick und ſo hart, daß ſie ſie nicht beißen kann, weil die Anderen, die ſo leichtſinnig ihr halfen, die Frucht abzuſchütteln, nun erſchrocken ſind und zum Aufknacken ihre Zähne nicht leihen wollen. Darum auch zweifle ich nicht, daß die Sache bald wieder in das rechte Geleiſe kommen werde. — Frankreich, Rußland, Schweden wollen, im Falle der Krieg fortgeſetzt wird, d. h. die Gränze von Jütland überſchritten wird, ſelbſt den Krieg erklären. Preußen will und muß den Waffenſtillſtand [1]) aufrecht erhalten; das hieſige

[1]) Den Wortlaut des unter dem 26. Auguſt unter Schwedens Vermittlung von Preußen für ſich und Namens des deutſchen Bundes mit Dänemark zu Malmoe auf die Dauer von 7 Monaten geſchloſſenen Waffenſtillſtandes ſ. Deutſche Chronik, 1848, S. 53.

Cabinet konnte daher nichts anders thun, als denſelben gleichfalls genehmigen. Eine Verwerfung würde zum Conflikte mit Preußen und zum Bürgerkriege geführt haben, daher mußte das Cabinet aus der Verwerfung eine Cabinetsfrage machen. Durch des ſonſt ſo trefflichen, hierin aber durch ſeine Schleswig-Holſteinſchen Sympathien verblendeten Waitz (bei Dahlmann [1]) iſt das noch ſchlimmer) verkehrten Antrag: die militäriſchen Maßregeln [2]), die zur Ausführung des Waffenſtillſtandes nöthig, zu ſiſtiren vor Berathung der Waffenſtillſtandsfrage ſelbſt, hätte man einen Theil des Waffenſtillſtandes verworfen, und da man dieſen nicht theilweiſe annehmen, theilweiſe verwerfen kann, da er nur als Ganzes zu behandeln iſt, ſo mußte das Cabinet konſequenter Weiſe auch aus dieſer Sache eine Cabinetsfrage machen. Nun traten neben der Unkenntniß der Sache, neben der wahnſinnigen Leidenſchaftlichkeit Dahlmanns, die ihn ganz verblendet, und neben den bekannten Wünſchen der äußerſten Linken noch allerhand andere unheimliche Elemente ins Spiel, namentlich die Abſicht, das Miniſterium zu ſtürzen, um die Beute zu gewinnen (Würtemberger Hof und einige andere, wie v. Mayern [3]), Möring [4]) u. ſ. w.). So iſt denn der Beſchluß [5]) zu Stande gekommen, vor deſſen Folgen nun die Meiſten, die dazu mitgewirkt, ſelbſt erſchrocken ſind. Die Lage tritt gleich in der Unmöglichkeit zu Tage, ein neues Miniſterium zu bilden. Dahlmann wird (erſt lehnte er ab, der Reichsverweſer inſiſtirt aber) mit Bildung eines neuen Miniſt. beauftragt. Natürlich begreift er die Unmöglichkeit, ein ſolches zu Stande zu bringen, und das erklärt die furchtbare Situation, in der er ſich in der geſtrigen Sitzung befand. Es war eine wahrhaft erſchütternde Execution, die an dieſem ja ſo trefflichen Menſchen vollzogen wurde, gleich ſchrecklich durch die Pietätloſigkeit ſeiner bisherigen Freunde, wie durch die noch grauſamere Freundſchaft und Liebkoſungen der Linken. Ein neues Miniſterium iſt nur möglich im Sinne des Beſchluſſes vom 5., d. h. im Sinne der Verwerfung des Waffenſtillſtandes, d. i. des Bürgerkriegs. Es iſt alſo nur ein Miniſterium der äußerſten Linken möglich. Das ſehen die Herren jetzt ein, und nun haben ſie Katzenjammer. Jedes andere Miniſterium (zu dem ſonſt die Herren v. Hermann [6]), Möring, Mayern, Wurm [7]) u. andere zweideutige

---

[1]) Vergl. über die folgenden Vorgänge Dahlmanns Leben, von Springer, II., S. 280 ff.

[2]) Insbeſondere war die Räumung der Herzogthümer von den beiderſeitigen Truppen ſtipulirt.

[3]) Oberſt, Abgeordneter von Wien. — [4]) Ingenieurhauptmann, desgleichen.

[5]) Der Beſchluß, die militäriſchen und ſonſtigen zur Ausführung des Waffenſtillſtandes ergriffenen Maßregeln zu ſiſtiren, wurde mit 238 gegen 221 Stimmen gefaßt.

[6]) Miniſterialrath, von München. — [7]) Profeſſor, von Hamburg.

Menſchen gar große Luſt hätten), müßte ſofort ſeinen Urſprung verläugnen. Die Situation wird nach meiner Überzeugung ganz einfach dadurch gelöſt werden, daß die Verſammlung den Waffenſtillſtand genehmigt, dadurch ihren Beſchluß vom 5. zurücknimmt und ſich ſo ſelbſt ins Geſicht ſpeit, was ſie ja reichlich verdient hat. Dann wird — mit oder ohne geringe Modificationen — das alte Miniſterium wieder eintreten. — Man trägt ſich mit einer Miniſterliſte (Stockmar Präſident, Stedmann [1]) Inneres, H. Simon [2]) Juſtiz, v. Mayern Krieg, v. Arnim Auswärtiges, v. Hermann Handel und Finanzen), allein dieſelbe iſt ſicher eine alberne Invention und ohne alle Begründung. Im Verf.-Ausſchuß ſind die Dinge in der letzten Zeit ziemlich gut gegangen, namentlich z. B. verbleibt die Zollerhebung den Einzelſtaaten, obgleich die Einkünfte in eine gemeinſchaftliche Caſſe fließen, von dem das Reich vorab nimmt, das Übrigbleibende repartirt wird, — Matricular-Dotation des Reichs war nicht durchzuführen; da die Armee im Frieden von den Einzelſtaaten unterhalten wird, ſo iſt die Sache gegen den früheren Entwurf noch glücklich zu nennen.

Ich bitte Sie dringend, einmal über ein Wahlgeſetz nachdenken zu wollen: ich habe nach und nach die meiſten Mitglieder des Verf.-Ausſchuſſes für die Idee eines Cenſus gewonnen; allein wie iſt ein gleichmäßiges Princip zu finden? etwa nach der Größe des Tagelohns? Die Sache iſt mir jetzt durch 5 neu eintretende Mitglieder des Verf.-Ausſchuſſes, von denen 3 ſehr ſtark links ſind, ſehr bös verrückt, allein ich hoffe dennoch das Beſte.

Wenn mich nur meine Wähler in Ruhe ließen! Adv. Meyer in Eſſen, der hier war und einen Adv. Benthe als heimlichen Condeputirten und Spion gegen mich zurückgelaſſen hatte, hat behauptet: die anderen Hannoverſchen Deputirten hätten ihn beauftragt, meine Abberufung zu betreiben. Da hab ich mir nun müſſen 21 Erklärungen ausſtellen laſſen, daß das nicht wahr, und ſo geht's in Einem fort, ſo daß mir nichts übrig bleibt, als Alles über mich ergehen zu laſſen und gar keine Notiz davon zu nehmen.

Der Ihrige
D.

Nr. 54. Frankfurt, 13. September.

Wenn Sie, liebſter Freund, auch durch Bothmer hinlänglich von den hieſigen Zuſtänden unterrichtet ſind, ſo will ich doch zur Veranſchaulichung des Moments noch Einiges hinzufügen. Es wirbelt hier bunt durcheinander:

---

[1]) Carl Stedmann, Gutsbeſitzer, von Coblenz, wurde demnächſt als Reichskommiſſar nach Schleswig-Holſtein entſandt. — [2]) Stadtgerichtsrath, von Breslau.

die Beſorgniß der Guten, der Jubel, das Wühlen und die Lügen der Schlechten, der Katzenjammer und das Schwanken der Schwachen. Im Ausſchuß, der die Waffenſtillſtands-Frage zu begutachten hat (der combinirte, internationale und Centralgewalts-Ausſchuß, eine unglückliche Idee!) hat ſich die Majorität nach langem Schwanken feſtgeſtellt. Für den Beſchluß am Dienstag d. 5. waren (immer Heckſcher abgerechnet, der ſich des Votums enthält) 11 gegen 8, nun kamen am Sonnabend hinzu Trützſchler[1]) und Wippermann, die verreiſt geweſen waren, und welche für Verwerfung ſtimmten; trotzdem ſtand es am Sonntag umgekehrt, und 11 gegen 10 waren gegen Verwerfung, unſere Mitglieder hatten Angſt bekommen, unter andern auch unſer unſchuldiger Staatsrechts-Gurli Zachariae, und hatten gegen Verwerfung geſtimmt; dann kamen am Sonntag Morgen noch die bis dahin abweſenden Arndt[2]) und Claußen (aus Kiel) hinzu und ſtimmten für Verwerfung, ſo daß es in endlicher Berathung 12 gegen 11 für Verwerfung ſtand. Da bei der Maſſe in der N.-V. der Majoritäts-Antrag des Ausſchuſſes immer großes Gewicht hat, ſo iſt dieſer Umſtand gefährlich. Dazu kommen nun die durch die übertriebenſten Lügen vergrößerten Nachrichten von der Aufregung, welche der Waffenſtillſtand überall im Volke hervorgebracht. Dies iſt der böſeſte Punkt; denn er beſtimmt manche ſonſt halbwegs vernünftige und lenkſame Leute, toll zu ſtimmen, ſich und das Vaterland in die Gefahr zu ſtürzen: ſie wollen ihren Committenten gerecht ſein. Ferner kommt hinzu die Zweideutigkeit Bayerns; Graf Bray[3]) iſt hier, um Bayern der Centralgewalt zur Dispoſition zu ſtellen und zu vermitteln. Es iſt das alte zweideutige Benehmen Bayerns, das immer im Trüben fiſchen will und hier eine treffliche Gelegenheit zu der lang erſehnten Hegemonie findet, wenn Deutſchland in 3 Theile, Oeſterreich, Norddeutſchland und Süddeutſchland zerfallen wird. Bray ſchiebt zwar die Vermittelung voran, allein Sie können ſich denken, daß Seitens der Wühler der Hauptaccent darauf gelegt wird, daß Bayern ſich zur Dispoſition ſtellt. Indeſſen habe ich trotz all dem guten Muth, und Hoffnung, daß es nicht zum Schlimmſten, d. h. zu einer Verwerfung des Waffenſtillſtandes kommen werde. — Einmal wirkt der Eindruck, den der Beſchluß vom 5. in Paris gemacht hat, hier vortrefflich für all die Narren, die nach Frankreich ſehen, als dem Lande des Heils; dann iſt von Lord Palmerſton geſtern Abend ein Courier an L. Cowley[4]) mit einer Depeſche angekommen, die Annahme des Waffenſtillſtandes fordert, aber dabei für den Frieden die nachdrück-

[1]) Appellationsgerichts-Aſſeſſor von Trützſchler aus Dresden.
[2]) Ernſt Moritz Arndt.
[3]) Bayeriſcher Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten.
[4]) Geſandter in Frankfurt.

lichste Unterstützung Englands zusagt; der Friede solle aber von der Centralgewalt selbst unterhandelt und geschlossen werden, nicht von Preußen, dessen Verfahren Dänemark am meisten disgustirt habe. Ferner ist der Herzog von Augustenburg hier angekommen und wirkt in gutem Sinne auf die Schleswig-Holsteinschen Deputirten ein, deren viele jetzt nicht für Verwerfung stimmen würden, wenn sie nur nicht gerade für Genehmigung stimmen müßten. Da liegt überhaupt die Hauptschwierigkeit, und ich bin noch nicht gut dafür, daß nicht irgend eine ingeniöse Dummheit erfunden wird, um zwischen Genehmigung und Verwerfung mitten inne zu stehen, freilich unter formaler Zurücknahme des Beschlusses vom 5. Endlich hat der Reichsverweser all die Oesterreichischen Deputirten, die am 5. mit der Majorität gestimmt hatten, kommen lassen und hat sie zur Ruhe, Besonnenheit u. s. w. ermahnt. Das hat der gute Mann auch bei einigen andern Leuten gethan, und das hat zu einigen sehr komischen Geschichten Anlaß gegeben. Der Reichsverweser war nämlich über den Beschluß vom 5. und die Folgen, wie natürlich, sehr bekümmert; er hatte in seiner einfachen patriarchalischen Weise die Absicht, eine Proclamation an die Nat.-Vers. zu erlassen, worin er sie zur Ruhe und Besonnenheit ermahnte, und zwar ohne Contrasignatur eines Ministers. Er ist nur mit Mühe von dieser Absicht abgebracht worden, und ihm, weil er denn durchaus etwas dergleichen thun wollte, anheim gegeben, die Hauptleute der Linken pp. zu sich kommen zu lassen. Da haben dann die pp. Venedey, Vogt u. dergl. m. Briefe mit Einladung zum Reichsverweser erhalten. Die haben natürlich geglaubt, sie sollten zu Ministern ernannt werden, und das hat dann die allerlächerlichsten Scenen gegeben. Auf der andern Seite glaubte man hier, weil die Sache bekannt wurde, ebenfalls einen halben Tag ganz ernsthaft an solche Minister. — Nur der saubere H. v. Hermann glaubte nicht daran. Der hat, vielleicht inducirt durch einige Worte in den Blittersdorfschen leitenden Artikeln, in aller Harmlosigkeit einigen Preußischen Notabilitäten Portefeuilles angeboten; die haben ihm gut heimgeleuchtet. So steht auch das Ministerium Hermann noch ganz in der Luft, bis die Nat.-Vers. über die Waffenstillstandsfrage selbst beschlossen und damit einem neuen — vielleicht auch dem alten — Ministerium Boden gegeben haben wird. — In der ganzen Angelegenheit ist mir Gagern zweideutiger als je erschienen; ich hatte mehrere Unterredungen mit ihm, wo er sehr gedrückt war, die Gefahr vollkommen einsah, aber das, was ich von ihm haben wollte, doch nicht aussprach. Da hab ich ihn nun gestern förmlich durch einen vertrauten Freund auffordern lassen, in der Sache, bei der die Zukunft Deutschlands auf dem Spiel stehe, seinerseits das Wort zu nehmen und gegen die Verwerfung des Waffenstillstandes zu reden. Ich habe absichtlich die freundliche Auf-

forderung durch einen Dritten gewählt, was Gagern auch gefühlt hat; nun weiß Einer darum, daß die Aufforderung an ihn ergangen; er hat zugesagt und das ist wichtig. Eine Menge Mitglieder werden aus Furcht vor Impopularität schlecht stimmen; wenn Gagerns Name sie deckt, werden sie vielleicht vernünftig sein. Ich hatte gefürchtet, Gagern werde es nicht wagen, seine Popularität auf's Spiel zu setzen, aber er hat offen und frei zugesagt.

Der Ihrige
Det.

Nr. 55. Hannover, 17. September.

Vier Briefe bin ich Ihnen schuldig, lieber Freund, Briefe, die ich gern gleich erwidert hätte; aber was mich erst abhielt, drückt mich auch noch, die Ungewißheit, ob das Gegenwärtige Sie in Frankfurt trifft. Seit beinahe 14 Tagen sind wir nun in Deutschland in doppelter, wo nicht dreifacher Ministerkrisis, und alles geht seinen gewohnten Gang, niemand fragt darnach, hie und da etwas Krawall, etwas Volksrederei mehr, daran sich niemand kehrt, das ist alles. Ist das Gesundheit oder ists Torpor? Ich möchte glauben, Nationalversammlungen, Ministerkrisen und all dergleichen seyen fremde Elemente, die man an das deutsche Staatsleben angehangen hat, und die man gern von außen möchte ins Fleisch wachsen lassen, wozu denn allerlei künstliche chirurgische Operationen von Volksversammlungen pp. dienen sollen; es kommt auch Unbehaglichkeit, eine Art Wundfieber zu wege, aber vereinigen will sichs noch nicht. Am Ende wird vielleicht die Nation selbst müde, sich so behandeln zu lassen, oder die Ärzte werden es müde, ihre Künste auf solche Weise zu probiren, und dann wirds heißen: es hilft doch nicht. — Und es geht zum Alten. —

Doch diese Betrachtungen werden wohl etwas zu früh seyn, obwohl meines Erachtens die Waffenstillstandssache in dieser Beziehung einen großen Schritt vorwärts gethan hat. Sie mag ausschlagen, wie sie will, es wird ein ernstliches Kopfschütteln über die Frankfurter Versammlung werden. Wollte man jetzt den Waffenstillstand verwerfen, 14 Tage nach dem ersten Beschlusse, in dem Augenblick, wo Holstein fast gänzlich geräumt ist, man würde sich lächerlich machen, der deutschen Ehre zu Ehren und das wäre alles. Kindisch lächerlich! Gewiß ein schöner Anfang für die deutsche Einheit, die in den schlechtesten Zeiten nicht schlechter gewesen ist, trotz Nationalversammlung und Hermanns Reden. Dies ist der Eindruck, den mir diese Dinge zu machen scheinen. Zwar kann ich kein recht sicheres Urtheil fällen, da ich wenig Menschen sehe; allein mein Aufenthalt in Osnabrück, wo ich 8 Tage war, hat mir ganz diesen Eindruck gelassen,

und auf der Reise so wenig als hier ist er verwischt. Das freilich haben die Leute sich aufgeredet, der Waffenstillstand sei eine Schmach; worin aber diese Schmach bestehe, das ist niemand klar. Gegen Preußen soll große Mißstimmung herrschen, allerdings haben sie auch recht große Mißgriffe begangen, der größte die Zulassung Moltkes [1]), aber daß man den Krieg fortführen solle, behauptet doch kein Mensch. Ueberall nur Negative, und auch die ohne alle Energie, trotz Grumbrechts Lüneburger Versammlung.

Das Berliner Elend macht freilich noch weniger Eindruck, wie viel schlimmer es auch seyn mag. Man ist dort einmal Schwanken und Schwäche gewohnt, und die rechte Reactionsfurcht will nicht zum Durchbruche kommen. Die Jagdexcesse sind ohne Folgen geblieben. Nur im Hildesheimschen wühlt Weinhagen mit Westrum [2]), lassen sich silberne Krüge und Pokale von Lumpengesindel schenken, und möchten gern mal, wenn sie es vermöchten. Das Ausschreiben an die Behörden [3]), das ich erlassen, hat eine mir selbst unbegreifliche Wirkung gethan. Man sieht recht, wie wenig Einsicht herrscht, wie wenig Thaten, wie viel Worte vermögen. Das Verfassungsgesetz ist nun auch da. Die Wähler, die sich läppischer Weise auf direkte Wahlen geworfen, welche die Stände ausdrücklich abgelehnt, haben zur Zeit gar keinen rechten Stoff. Sie mäkeln und deuteln nun an jenem Ausschreiben herum, das ist aber doch ein elender Nothbehelf.

Sie fragen mich wegen des Wahlcensus. Das ist freilich ein sehr schlimmes Ding, und die Wahrheit zu gestehen, ich weiß Ihnen kaum irgend ein entscheidendes Auskunftsmittel anzugeben. Der Taglohn — der Maaßstab der Constituante — ist freilich überall passend. Allein es will mir nicht in den Sinn, daß eben hier der rechte Maaßstab zu finden sey. Die Steuer soll jeder nach Kräften zahlen, und wenn meine Kraft 100 Thlr. ist, so thue ich nicht mehr als der, welcher nach seiner Kraft 6 ggr. zahlt. Ich glaube, auf diesem Wege kann man nur zu dem Satze unseres Verfassungsgesetzes kommen, das alle Steuerzahler zuläßt. Vielleicht erweitert man dann einmal die Zahl der capite censi. — Nach meinen Begriffen sollte etwas anderes entscheiden, z. B. Grundbesitz, Gemeindebürgerrecht. Dabei aber kommt einem immer die fatale Kategorie der Staatsdiener aller Art in die Quere, die in der Regel weder das eine noch das andere sind und doch mit gelten wollen. Diese Classe mit ihrem Anhängsel, den studirten Leuten, Schreibern, Ärzten, Literaten, Advokaten

[1]) Graf Carl Moltke auf Rütschau, nach Vereinbarung zwischen Preußen und Dänemark Präsident der in Gemäßheit des Waffenstillstands von Malmoe für Schleswig und Holstein interimistisch einzusetzenden gemeinschaftlichen Regierung.

[2]) Advokat in Hildesheim.

[3]) Vom 19. August. abgedruckt bei Oppermann, II., S. 58 der Beilagen.

u. ſ. w. iſt in der That die größte Plage unſeres öffentlichen Lebens, und eben dieſe vornehmen Leute und vornehmen Proletarier machen einem überall die größte Noth. Billig ſollte man auf ſie keine Rückſicht nehmen, inſofern ſie nicht den geſunderen Elementen der Gemeinde angehören wollen, und höchſtens den der Verſetzung unterworfenen Staatsdienern den Gewinn des Gemeindebürgerrechts erleichtern. Damit wäre auch in Süddeutſchland, wo man zum Gemeindebürgerrecht überall einen Vermögensnachweis fordert, einigermaßen wenigſtens geholfen.

Doch Sie werden das beſſer wiſſen. Man macht dort ja auch wohl eine neue Gemeindeordnung, wie man alles machen kann.

Für die Artikel über das Reichsgericht beſten Dank. Sie ſind das Beſte des bisher erſchienenen, und § 5. 6. der Hauptfortſchritt. Nur ſollte man freilich von der volksſouverainen Geſetzgebung auch abſtrahiren, wie in Amerika. So lange wir dieſe Marotte nicht abthun, kommen wir zu nichts. Man muß einen Abſchnitt machen in dieſem Foederalweſen, ſonſt gehts in alle Ewigkeit zur une et indivisible oder zum Chaos. —

Eben theilt mir Krüger Ihren Brief mit. Ich werde wegen der Haymſchen Berichte ſorgen. Aus ihnen habe ich geſtern die Hermannſche Rede entnommen, eine wahre Miſtpfütze von Unſinn und Großmäuligkeit. Franckes [1]) Antrag iſt vernünftig, und ſeine Rede (nach der Cölner Zeitung) in lobenswerther Geſinnung gehalten. Auch daß Droyſen ſich begriffen, freut mich; ich kann nun kaum an der Mehrheit für den Waffenſtillſtand zweifeln. Denn dem bloßen Schlachtroß der gloire zu Liebe gegen die Betheiligten ſelbſt anzurennen, ſcheint doch unmöglich. — Freilich, daß man den Frieden nicht durch Hrn. von Below [2]) unterhandeln laſſe, das iſt ſehr zu wünſchen.

Leben Sie wohl.

Ihr

JGBS.

Nr. 56. Frankfurt, 19. September.

Ich darf vorausſetzen, daß Sie, th. Freund, aus den Zeitungen und aus Bothmers Berichten die hieſigen Vorfälle kennen, den Beſchluß vom Sonnabend [3]) (als ich aus der Paulskirche herauswollte, wollte man mich nur durchlaſſen, wenn ich Heckern ein Hoch brächte, ſo daß ich eine andere

---

[1]) Regierungspräſident von Schleswig. Von ihm war der am 16. angenommene Antrag. Vgl. Anm. 3.

[2]) Generalmajor von Below. Preußiſcher Unterhändler des Waffenſtillſtands.

[3]) An dieſem Tage, dem 16., hatte die Verſammlung mit 257 gegen 236 Stimmen, unter Verwerfung des Majoritätsantrags der Ausſchüſſe, beſchloſſen, dem Waffenſtillſtand zuzuſtimmen.

Thür ſuchen mußte), die Aufläufe, Demolirungen pp. von Sonnabend Nacht, dann die Volksverſammlungen [1]) vom Sonntag (wo Zitz [2]), Schlöffel [3]), Simon [4]) u. A. offen zum Blutvergießen aufforderten, ſo daß die Herren jetzt ſchwer daran zu thun haben werden, den Zuſammenhang zwiſchen jenen ihren Reden und den heutigen Vorfällen wegzuleugnen). Da offen aufgefordert worden war, die N.-V. zu ſprengen (die Linke wollte bleiben, den Reichsverweſer gefangen nehmen und dann Deutſchland regieren), ſo hatte der Senat, weil die Bürgerwehr am Sonnabend den Dienſt geweigert, in der Sonntag Nacht Truppen aus Mainz pp. kommen laſſen und dann die Sorge für die Sicherheit dem Reichsminiſterio übergeben. Heut früh [5]) alſo waren Oeſterreicher da, und Preußen zogen ein. Thörichterweiſe ließ man die Oeſterreicher, welche die Paulskirche zu Anfang umſtellt hatten, ſich ſpäter zurückziehen; da gab's einen kleinen Verſuch eines Sturmes, indeſſen man wurde der Kerle Herr, ein in der Nähe befindliches Picket Oſterreicher eilte heran und machte von der Waffe Gebrauch. Inzwiſchen wurden von dem Augenblicke an Barrikaden an vielen 100 Punkten aufgeworfen, die Läden wurden geſchloſſen, und Alles hatte Angſt. Wir beriethen indeß ruhig Grundrechte u. dergl. m. unter fortwährenden vergeblichen Anläufen der Linken, wozu auch die Adreſſe der Volksverſammlung vom Sonntag gehört, worin die 258 der Majorität für Hochverräther erklärt wurden. Gegen 2 Uhr war die Sitzung aus, und Alles ſchien ſich gut anzulaſſen, obgleich fortwährend an Barrikaden gearbeitet wurde. Nach Tiſch um 3 Uhr beſah ich mir die Hauptbarrikaden, überkletterte einige pp. Alles hatte etwas Gemüthliches, ſelbſt der Eifer, mit dem ein Schmied mit ſeinen Geſellen an der Barrikade arbeitete. Die Stadt war ſonſt voll unheimlichen Geſindels aus Hanau, Mainz pp. Ich hatte die Hauptbarrikade an der Conſtablergaſſe (die von Kurheſſen beſetzt war) kaum einige Minuten verlaſſen, als der Kampf begann. Anfangs waren die Preußen ſchlecht placirt und avancirten ſich unvorſichtig, ſo daß namentlich da, wo ich mich befand, eine Menge fielen. Indeß wurden ſie bald vorſichtiger, und ſo wie der Kampf mehr rationell geführt wurde, kam mit dem Syſtem auch der Succeß. Indeſſen waren die Truppen doch bei dem Ausbleiben der Artillerie in übler Lage. Als dieſe nahete, kamen die Herren von der

---

[1]) Die große Volksverſammlung auf der Pfingſtweide am Sonntag beſchloß, die Mitglieder der Majorität „für Verräther des deutſchen Volks, der deutſchen Freiheit und Ehre" zu erklären.

[2]) Advokat, von Mainz. — [3]) Gutsbeſitzer, aus Schleſien.

[4]) Advokat, von Trier.

[5]) D. h. Montag den 18. Der Brief ſcheint noch am 18. geſchrieben und am 19. abgeſchloſſen zu ſein.

Linken und boten ihre Vermittlung an. Der Oesterreichische Commandant Nobili war schwach genug, darauf einzugehen. Man verlangte Zurückziehen der Truppen aus der Stadt und versprach dann Abzug der Zuzüge. Während dieser Unterhandlungen zitterte ich; ich drängte mich indessen aufs Kriegsministerium, um die dort angestellten, mir befreundeten Offiziere abzurathen, was aber nicht nöthig war. Während der Waffenruhe, die von $5\frac{1}{2}$ bis $6\frac{1}{2}$ Uhr dauerte, war das Geschütz angerückt. Gegen 7 Uhr begannen die Kanonen zu donnern, und nun war die Sache bald aus. Nur in den ganz engen Gassen, wo die Truppen bei der Nacht sich nicht hineinwagen konnten, hielten sich noch einige Barrikaden, sonst war um $8\frac{1}{2}$ Uhr die ganze Stadt in der Macht der Truppen. Um 9 Uhr wurde der Belagerungszustand und das Kriegsgesetz verkündet. Wunderbar war die Wirkung der Kanonen auf die Barrikaden. Die Hauptbarrikade, die sehr gut vertheidigt wurde, namentlich aus Nachbarhäusern, war nach 6 Schüssen übergeben. Gefangene in Masse, auch Polen, die nie fehlen, wo Barrikaden gemacht werden. Welche Gräuel verübt worden, weiß man noch nicht genau, gefehlt hat es daran nicht. Fürst Lichnowsky und Obrist v. Auerswald (Bruder des Ministers) ritten um 3 Uhr aus dem Allerheiligenthore, um zu sehen, ob von Hanau Zuzug ankomme. Aus den Fenstern wurde auf sie geschossen, beide verwundet, in Keller geschleppt, Auerswald mit Knütteln zu Tode geschlagen, Lichnowsky füsillirt; letzterer lebte gestern Abend spät noch, aber ohne Rettung. Die Sachen sind schauerlich, hoffen wir nur, daß der Moment genutzt werde. Schmerling hat den entschiedensten Willen, und hemmt ihn nicht etwa die Gutmüthigkeit des Reichsverwesers, so führt er es durch. Vielleicht gelingt es gerade von hier aus, wo man Centralgewalt und Nat.-Vers. beisammen hat, durch keine Stände-Versammlung, durch keine Clubs und Volksversammlungen (wegen des Belagerungszustandes) mehr genirt ist, der Schlange den Kopf zu zertreten. Ich hatte gehofft, heute selbst nach Hannover abreisen zu können; aber so lange die Dinge nicht wieder im Geleise sind, gehe ich nicht.

Der Ihrige

Detmold.

(Auf einem lose beiliegenden Zettel mit Bleistift geschrieben:)

Im Augenblick des Postschlusses berichte ich noch: Die Stadt ist ganz und gar in den Händen der Truppen, Sachsenhausen ebenso. Truppen kommen noch in Masse herbei, desgl. Geschütz. Das Reichs-Ministerium ist zum kräftigen Handeln entschieden; heut oder Morgen wird ein entscheidender Schlag gegen das ganze Club-Wesen in Deutschland geführt.

Lichnowsky ist gestern Abend 11 Uhr gestorben; von Jahn[1]) fehlen die Nachrichten, er soll schlimm mißhandelt sein; Heckscher hat sich mit genauer Noth gerettet. Es sind förmliche Proscriptionslisten aufgesetzt gewesen.

Dienstag, 10 Uhr. Ihr

Det.

Nr. 57. Frankfurt, 19. Sept. Dienstag, Abends.

Sie werden, liebster Freund, meinen Brief von heute Morgen erhalten haben. Aus der Sitzung ist wenig hinzuzufügen. Gagern schwach, dem Momente nicht gewachsen, die Majorität wieder zerfahren, die Linke still und einige Leute vorschiebend, welche von der Nothwendigkeit der Versöhnung schwatzen (Raveaux, dem Heckscher eine Gloriole bereitet, die uns schon oft theuer zu stehen gekommen, und Venedey[2]), die gute Mamsell). Die Majorität ließ sich richtig dupiren; indessen wird das hoffentlich morgen gut gemacht werden durch den Antrag auf eine Proclamation, welche den Aufruhr energisch tadelt — und die dann mit namentlicher Abstimmung beschlossen wird. Das Ministerium ist durchaus zu loben und wird mit größter Entschiedenheit vorangehen, — ob aber die Nat.-Vers. Muth und politische Bildung genug haben wird, den Moment, wie er nie da gewesen, nie wieder kommen wird, zu benutzen — das weiß ich nicht, hoffe ich kaum. Doch ist manches von der Criminal-Untersuchung zu erwarten, die sicher Sachen enthüllen wird, die Keiner geahnt hat. Der Coup war seit langem vorbereitet, den Beweis haben wir in Händen, nämlich den großen Friedrich Hecker; der heute Morgen hier glücklich gefaßt ist, nachdem er Deutschland durch seine Reise nach America zu beruhigen versucht hatte. Es ist noch Geheimniß, daß man ihn hat, weil man Gewaltmaßregeln zu seiner Befreiung fürchtet und vorher noch Truppen heranziehen will. Es soll ein Armee-Corps von 20000 Mann mit entsprechendem Geschütz hierher gezogen werden. Das Beste muß, wie gesagt, die Criminal-Untersuchung thun, die uns die Hauptführer der Linken vom Halse schaffen muß. — Für heute ist weiter nichts Neues.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 58. Frankfurt, 22. September.

Ihren Brief vom 17. habe ich empfangen und danke zugleich für Ihre Bemerkungen über den Census; auf das Resultat bin ich inzwischen

[1]) Fr. Jahn aus Freiburg a. Unstrut, der „Turnvater". Vgl. Jahns Leben von Pröhle, S. 268. — [2]) Schriftsteller, aus Cöln.

auch gekommen: Selbständigkeit, Unbescholtenheit und Zahlung irgend einer direkten Steuer (nicht Communal-Abgabe). Da man ja alle bisherigen Steuersysteme umwerfen und die Last hauptsächlich, ja ausschließlich auf die Wohlhabenden legen will, wird man die Besitzlosen von aller Steuerzahlung und damit dem Wahlrecht leicht entbinden. Ich denke, unter dem Belagerungszustand soll Manches leichter durchgesetzt werden, als es ohne denselben der Fall sein würde, namentlich nach der widerwärtigen Wendung, die seit 4—6 Wochen unter den Mitgliedern der N.-V. eingetreten war; es war ein — sehr natürliches — allgemeines Mißbehagen, dem die albernen Menschen durch die Formel zu entkommen suchten: man müsse mehr nach links. Unsere Hannoveraner waren darin mit die schlimmsten und wegen ihrer sonstigen Hölzernheit die widerwärtigsten. Einige der Landsleute, Freudentheil, Plaß, Nicol stimmen fast nur mit der äußersten Linken; Nicol beruft sich gegen mich auf die Ansichten seiner Wähler. Wenn Sie gelegentlich Wermuth [1]) sehen, der von dergleichen Bescheid weiß, wollten Sie nicht so gut sein und einmal fragen: ob die Hamelenser denn wirklich so toll sind? sonst könnten sie N. wenigstens erklären, daß er sich ihretwegen nicht in seinen Abstimmungen geniren möchte.

Neues hier vorläufig nicht viel: Die Stadt gleicht einem Feldlager, allnächtlich Bivouaks; es werden noch fortwährend Truppen herangezogen, um ein Armee-Corps von 25—30,000 Mann hier zu haben. Preußen hat 2 Armee-Corps zur Disposition gestellt. Das Ministerium wird auf das energischste vorangehen, d. h. Schmerling (von dem in dieser Beziehung nicht genug Gutes zu sagen ist), Peucker und Duckwitz. Dagegen hat Mohl [2]) Furcht und Zagniß, um so schlimmer, als gerade in sein Departement jetzt der Schwerpunkt fällt. Heute wird das Verbot der (Blumschen) Reichstags-Zeitung [3]) erfolgen, andere Schläge werden nachfolgen, in 8 Tagen hoffentlich Arrestation der Mitglieder der N.-V., die am 17. in der Volksversammlung zum Mord aufgehetzt haben. Ich fürchte nur, daß die Voruntersuchung bei den Frankfurter Behörden in schlechten Händen ist. — Da es in diesem Augenblicke nur heilsam sein kann, die Centralgewalt zu stärken (zumal viele Einzelregierungen nur erst durch sie wieder Kraft bekommen werden), so bitte ich Sie, zu überlegen, was etwa [von] Ihrerseits an Offerten, Bereitwilligkeits-Erklärungen und dergl. geschehen kann. Die Anarchisten und Wühler in Hannover haben ja so laut und

---

1) Wermuth war früher Bürgermeister in Hameln, wo Nicol gewählt worden.

2) Reichsjustizminister.

3) Dieselbe brachte noch am 19. einen Artikel voll maaßloser Schmähungen gegen die Majorität vom 16.

wiederholt ihre Unterwerfung unter die Centralgewalt ausgesprochen, daß sie nun auch Ausnahme-Gesetze, Preßgesetz u. dergl. bittere Früchte schlucken müssen, ohne den Mund zu verziehen. Vielleicht könnte die Hannov. Zeitung auf dergleichen leise andeutend vorbereiten. Für das Preßgesetz wollte ich gern für die Einzelregierungen die Facultät retten, einzelnen Blättern nach ihrem Belieben den Postdebit zu entziehen (z. B. Hannover den Bremischen Blättern u. s. w.), allein die Herren im Ministerio finden das zuweitgehend — während ich überzeugt bin, daß sie doch dran müssen über kurz oder lang. — Daß Ihnen der Entwurf des Reichsgerichts gefällt, freut mich besonders, weil derselbe von Soiron entworfen ist, der eines der wenigen scharf verständigen, praktischen und dabei politisch gebildeten Mitglieder ist, aber für seine Stellung leider aller Würde entbehrt, so daß darüber all seine vortrefflichen Eigenschaften verdunkelt und vergessen werden; er ist (wie viele Mitglieder) jetzt auf dem besten Wege, d. h. nach rechts zu. Im Vers.-Ausschuß hatte ich wegen der Besetzung des Reichsgerichtes den Antrag gestellt, dieselbe, namentlich die erste Besetzung, so geschehen zu lassen, daß nur die Einzelregierungen und die Reichsgewalt dabei concurrirten, weder Particular-Stände-Versammlungen noch Nat.-Vers.; die Einzelregierungen sollten ernennen, die Reichsgewalt recusiren können. Mein Antrag fiel durch, man discutirte 4—5 Stunden, verfing sich in solchen Unsinn, daß man zu der Überzeugung gekommen ist, man müsse die deßfallsigen Beschlüsse wieder aufheben und die Sache von Neuem beginnen; da hoffe ich denn, daß jenes Princip angenommen werden wird, zumal Dahlmann mir gestern sagte, daß er, der dasselbe hauptsächlich bekämpfte, nun demselben beipflichte. Ein ähnlicher Kampf wird sich beim Staatenhause entspinnen, wo ich gegen Beseler und Dahlmann, die den Entwurf zu machen haben, das Princip zu verfechten suche: daß die Mitglieder desselben, soweit sie die Einzelstaaten repräsentiren, von den Regierungen derselben ernannt werden, nicht von den Ständekammern der Einzelstaaten; da den Einzelstaaten daran liegen müsse, sich im Staatenhause durch Männer vertreten zu sehen, welche Kenntniß der Verhältnisse des Staates hätten, während die Ständekammern nur „Volksmänner" schicken würden, wodurch dann ohnehin das konservative Element des Staatenhauses durch demokratischen Beisatz vergiftet würde.

Ich hatte Ihnen geschrieben, daß Hecker verhaftet worden sei; ich erhielt die Mittheilung durch ein Senats-Mitglied, das die Dinge geleitet; ich habe aus ganz besonderer Ursache nicht an der Wahrheit gezweifelt. Im Ministerio leugnet man jetzt das Faktum — was mich irre macht, aber nicht überzeugt. Wenigstens aber will ich dadurch meine neuliche Mittheilung berichtigen.

Ich bin sehr begierig, welche Wirkung die Vorfälle vom 18. in Nord-Deutschland, bei uns wie in Preußen, machen, und können Sie mir in irgend einer Weise darüber etwas mittheilen, so würden Sie mich sehr verbinden, es wird auch von Nutzen sein, daß man hier dergleichen erfährt. — Daß Sie Voß als Cammerdirektor los sind, freut mich sehr; der Mensch war doch nur schlecht und in keiner Weise brauchbar. An Bothmer hätten Sie sicher den trefflichsten Nachfolger, allein ich zweifle, daß der König seine Versöhnlichkeit so weit treibt.

Ihr

Detm.

Nr. 59. Hannover, 24. September.

Ihren Brief vom 24. [rect. 22.], lieber Freund, erhielt ich eine Viertelstunde früher, als einen anderen von Banks, der mir durch 3. Hand von der Eisenbahn gebracht wurde und den Einbruch Struves in Baden meldete. Wir werden wohl schleunigst Truppen offeriren, die zur Noth in 3 Tagen in Mainz seyn können. Was uns hält, ist nur die Sorge des Königs wegen Ausbruchs in Berlin, der nun auf morgen angekündigt ist, während andere glauben, man werde dort nicht den Muth haben, gegen Wrangels Soldaten aufzutreten.

Ihre früheren Briefe vom 19. (3 Stück) sind mir richtig geworden, und sage ich dafür herzlichen Dank. Sie lassen in diesem trüben Pfuhl der Nat.-Vers. noch einigermaßen die leitenden Kräfte entdecken. Ueber die Thaten des 18. lassen Sie mich schweigen, sie sind zu schändlich, der Abgrund der Verderbniß zu tief, die Feigheit auf der anderen Seite zu traurig. Eine Frucht derselben ist bisher noch nicht zu entdecken gewesen. Denn der Entwurf des Gesetzes zum Schutz der Versammlung sowohl als der einer Proclamation scheinen mir eine Halbheit. Die Versammlung liebäugelt noch mit der Revolution, möchte diese am Zwirnsfaden halten, um sie gelegentlich nach Belieben loslassen und wieder anziehen zu können. Dazwischen fallen dann ferner alberne Grundrechtsbeschlüsse, die eben diesen Charakter haben. Eine Kraft, die entschieden auf das Nothwendige wirkte, sieht man nicht, außer etwa in Duckwitzens Antrag, den volkswirthschaftlichen [Ausschuß] zu depossediren. Ob nun der Struvesche Einfall die Sache zu mehrerer Entschiedenheit führe, muß man abwarten.

Auf der anderen Seite fürchte ich auch beinahe, daß Sie, lieber Freund, geneigt sind, sich etwas zu weit führen zu lassen. Mit Verboten und Chikanen von Zeitungen und Beschränkung der Vereinsfreiheit müssen wir sehr vorsichtig seyn. Namentlich in letzterer Beziehung fürchte ich ein französisches Policeiwesen recht sehr, und weiß die Gränze noch nicht zu finden. Ver-

handlungen, bei denen jeder Zutritt hat, können bedenklich seyn; aber noch bedenklicher ist dann auch die Entfernung des Heilmittels der Oeffentlichkeit. Was uns fehlt, sind Gerichte, und vor allem liegt unsere Schwäche in der durch die unitarischen Bestrebungen herbeigeführten Erschütterung der Grundlagen des Staatsrechts. Die revolutionärsten nach dem Crim.-Codex strafbarsten Dinge bleiben straflos, weil die Berufung auf die Centralgewalt das Substrat der Verfassung aufhebt. Andererseits ist aber diese Gewalt selbst ganz ohne rechtlichen Schutz, da der Bundestagsbeschluß von 1836 [1]) auf sie nicht paßt. Vid. die Hildesheimer Adressen der Volksvereine. Schaffen Sie eine Strafgewalt wieder durch Festigkeit der Verfassung; dann brauchts jener polizeilichen Plackerei nicht.

Dann möchte ich Sie wegen des Staatenhauses auch bitten, nicht zu streng auf der Wahl blos durch die Regierungen zu beharren. Wir haben das auf den 17er Entwurf zuerst begehrt. [2]) Allein ich bin mehr und mehr davon zurück und zum System des 17. Entwurfs übergegangen. Das Staatenhaus aus bloßen Repräsentanten der Regierungen würde nie genügende Kraft haben; und ich zweifle nach dem Vorgange Amerikas nicht, daß auch die Stände gouvernementale Capacitäten senden werden. Es liegt ihnen das Staatsinteresse nahe genug. Nur machen Sie das Staatenhaus nicht zu stark. Keine Verdoppelung der Stimmen des Pleni, sondern dieses einfach. Es genügen c. 70 Menschen völligst. Ich empfehle bei diesen Zahlen zu bleiben, weil sie einmal bestehen. Eigentlich sollte man, wie in Amerika, jedem Staat gleich viele zuweisen. Das würde aber Anstoß erregen, und alle Zahlendiscussionen sind sinnlos und Willkür so oder so. Könnte man sich nur entschließen, diese Gewalten, Regierung, Volkshaus, Staatenhaus, Gericht taliter qualiter herzustellen, und ihnen die Entwicklung des Restes zu überlassen, das würde weiter führen. Oder beschlösse man, die sämmtlichen Fürsten und Staaten zu sofortiger Beschickung einzuladen, um sich zu einigen, ich glaube, es fehlte Keiner. Denn daß es so nicht bleiben kann, das ist wohl allen klar. Wir könnens noch aushalten und haben eher zu scheuen, mit den mitteldeutschen Regierungen auf eine Linie zu treten; allein wir würden nicht zurückstehen und das Werk der Einigung wahrhaft zu fördern suchen. — Wollen Sie übrigens die Sache anders als durch eine Theilung ordnen, z. B. Vorschlag der Regierung und Genehmigung der Stände, oder umgekehrt, so habe ich wenig

[1]) Er brachte unter den Begriff des Hochverraths „jedes Unternehmen gegen die Existenz, die Integrität, die Sicherheit und die Verfassung des deutschen Bundes".

[2]) Vgl. Hannoversches Votatum vom 14. Mai. v. Wangenheim, Aktenstücke S. 167. Nach dem 17er Entwurf sollte die Wahl zur Hälfte den Regierungen, zur Hälfte den Ständen zustehen.

dagegen; ja es ist das wohl noch besser, weils Einigung voraussetzt. Das Beste vielleicht, die Theilung zu lassen, und jedem die Zustimmung zu den Wahlen des andern Theils zu geben.

d. 25.

Sie fragen nach der Wirkung der Ereignisse auf die Stimmung. Diese scheint mir eine erschütternde gewesen zu seyn. So etwas hatte man sich bei der politischen Spielerei nicht gedacht und sieht nun erschreckt in den Abgrund. Die Volksvereine können freilich den Weg von dem vorgeschriebenen (sicher von dorther ordonnancirten) Treiben wegen Mißtrauensvoten und Mißbilligung des Waffenstillstands nicht finden, gehen darin — wie Hildesheim — zum äußersten Cynismus, aber der Muth scheint ihnen auch geschwunden. Eine lustige Geschichte ist diese. Der hiesige Volksverein hatte zu seiner Mittwochssitzung, wo eben jene Stoffe verarbeitet werden sollten, die Gallerien übervoll, da hats argen Unfug gegeben, den die Vaterlandsblätter noch lobend referiren. — Allein nun kommt die Angst und H. Schläger hat am Sonnabend schon für nächsten Mittwoch policeilichen Schutz requirirt; man möge doch Soldaten aufstellen lassen u. dgl. Wermuth hat das natürlich verweigert und ihm gesagt, sie behaupteten ja, des Volks mächtig zu seyn; wenn sie das nicht seyen, möchten sie zu Hause bleiben, dann sey alles ruhig. Im übrigen scheint Angst im Volke. Ich bekomme nun anonyma, die die Regierung zu strengem Einschreiten auffordern, wozu aber hier gar kein Grund ist. In Berlin scheint man auf Frankfurt wenig gegeben zu haben.

Ihre Bemerkung, daß man sich dort von dem Gefühl des Ungenügens habe befreien wollen, indem man mehr links drängte, ist von schlagender und characteristischer Bedeutung. Es ist das der ächt revolutionäre Character, und erst wenn man davon los ist, ist wahrhaft zu hoffen, daß man der Revolution entgehe. Wollte Gott, es wäre dahin wirklich gekommen.

Niemand braucht sich weniger um seine Committenten zu geniren als Nicol. Gerade zu Hameln haben die Bürger den Volksvereinsunfug mit Energie unterdrückt. Ich werde aber sorgen.

Die Hildesheimer große Versammlung ist gestern ungewöhnlich ruhig abgelaufen. Außer dem Stadtpöbel sind einige 100 Landleute dageweſen. Beschlüsse die gewöhnlichen: 1. direkte Wahlen, 2. Ermahnung an den Justizrath Lüntzel, besser zu stimmen, 3. der Waffenstillstand oder etwas der Art. — Mich führt das noch auf die Wahlen zurück. Mir scheint hier ungemein viel auf das Princip der indirecten Wahlen anzukommen. Nur damit ist große Ausdehnung des Wahlrechts vereinbar und das Resultat sicher stets ein besseres.

Neues giebts sonst nicht. Merkel hat Desperation empfangen auf 3 Jahre, wozu ich ihm gratulirt habe, da er sie doch nicht entbehren kann.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 60. Frankfurt, 24. September.

Wie die Dinge sich hier compliciren, werden Sie, theurer Freund, bereits aus den Zeitungen pp. wissen. Struve, Heinzen und Wittich (nicht Hecker, der mit diesen gebrochen) sind in der Nacht vom 21. bei Lörrach über den Rhein in den Seekreis eingefallen, an der Spitze von etwa 3000 Mann, meist flüchtige Lombarden und Piemontesen, und ziehen mordend, brennend und plündernd auf Freiburg, Beamte pp. mit sich schleppend; bis Mühlheim sind sie gekommen. Von hieraus sind gestern etwa 5000 Mann hingeschickt, Graf Keller aus Erfurt, Mitglied der N.-V., als Reichs-Commissarius mit ausgedehnten Vollmachten oder vielmehr sehr beschränkten, auf Entfaltung der größten Strenge und Energie lautend. Der Linken ist dieser Einfall in diesem Augenblicke, wie es scheint, sehr unbequem, zumal seine Unterdrückung vorauszusehen; das ist unzweifelhaft, daß der Aufstand vom 18. erst am folgenden Tage losbrechen sollte, und nur losbrach, weil die Aufständischen nicht noch mehr Truppen hereinkommen lassen wollten. Es hat sich bei diesem Aufstande so manches zu Tage gelegt, daß man sich gar nicht erwehren können wird, daraus Nutzen zu ziehen. So hatte sich weder am Sonnabend (den 16.) Abends, noch am Montag Morgen auf den Generalmarsch die hiesige Bürgerwehr irgend eingestellt, nur etwa 25 Mann waren gekommen. Deshalb durfte man die 1200 Mann Truppen, die man hatte, nicht von der Paulskirche entfernen, deshalb mußte man ruhig die Barrikaden bauen lassen, weil man noch zu schwach war, den Kampf aufzunehmen. — Was ich Ihnen wohl schon geschrieben habe von der beklagenswerthen Schlaffheit der N.-V. gegenüber der energischen Entschlossenheit des Ministerii, wie dieses, nicht aber jene, die Bedeutung des Moments begreift, hat sich gestern in jämmerlichster Weise bestätigt. Die Linke hat einen glänzenden Sieg erfochten, was sie sich wahrlich nicht hätte träumen lassen. Es war ein Manifest an die Nation beschlossen, ein lauwarmes Ding, wie immer solche Dinge werden, beschlossen mit großer Majorität; die verschiedenen Fraktionen des Centrums (Mainlust, wozu die Hannoveraner meist sich halten, und Würtemberger Hof) hatten durch Abgesandte erklären lassen, daß sie für das Manifest stimmen würden, welches eine Mißbilligung des Aufstandes vom 18. aussprächе. Gestern Morgen nun, nachdem die Kunde gekommen war vom Einfalle Struve's in den

Seekreis, mochte es vielen bedenklich erſcheinen, einen Aufſtand zu mißbilligen, der zwar hier verunglückt war, aber 30 Meilen weiter vielleicht ſiegreich war. Trotz alles Verſprechens ſtimmten nun die meiſten Mitglieder jener beiden Fractionen gegen das Manifeſt, und zwar fiel dasſelbe (und das war das einzig Schlimme an der Sache) unmittelbar hinter einer infamen Rede von Vogt. Rechnet man dazu nun noch, daß etwa 70 Mitglieder abweſend ſind, die mit dem rechten Centrum ſtimmen, ſo läßt ſich demnächſt leicht erklären, warum Alles ſchief gegangen. Indeß hat dieſe Niederlage doch das Gute gehabt, daß man von allen Seiten die drohende Gefahr erkannt hat, die namentlich in dieſem Augenblicke auch um deßwillen ſo bös iſt, weil ein ſich bildendes Miniſterium nicht einmal eine Majorität findet. Der heutige Tag wird nun, da bereits morgen heftige Kämpfe drohen, dazu verwendet werden, die Majorität zu organiſiren. Heute Nachmittag wird durch Delegirte der verſchiedenen Fraktionen (ſteinernes Haus, Caſino, Mainluſt, Würtemberger Hof) bei Gagern darüber berathen; Gagern wird vermuthlich Ende d. M. das Präſidium niederlegen, um die Führung der konſervativen Partei zu übernehmen. — Die nächſten Tage werden, wie geſagt, ſcharfe Kämpfe bringen. Die Linke hatte den gefallenen Inſurgenten eine ſolenne Leichenfeier bereiten wollen; das war eludirt, indem die Polizei dieſelben, nicht heimlich, ſondern einzeln nach und nach begraben ließ. Nun erließ ſie geſtern einen Aufruf zu einer nachträglichen Leichenfeier auf heute, der Stuttgarter Zimmermann [1]) werde reden. Das Miniſterium iſt dieſer Demonſtration entgegengetreten, hat ſie verboten und das (auf den Belagerungszuſtand geſtützte) Verbot durch Truppenaufſtellung unterſtützt. Natürlich werden dieſerhalb morgen die ſentimentalſten und frechſten Anträge kommen, denen begegnet werden muß. Anderes kommt hinzu. Die Criminalbehörde hat gegen Blum und Günther [2]) als Redakteure der Reichstags-Zeitnng, die übrigens nicht verboten wird, wegen des Artikels über den Beſchluß vom 16. wegen Aufreizung zum Aufruhr pp. eine Unterſuchung eingeleitet. Dieſelben ſind vorgeladen, aber unter Berufung auf ihre Eigenſchaft als Abgeordnete nicht erſchienen. Die Behörde wird in contumaciam procediren, die Unterſuchung wird in wenigen Tagen beendigt ſein, und das Urtheil kann leicht auf einige Monate Gefängniß lauten; dann wird man von der Nat-Verſ. die Autoriſation zur Verhaftung derſelben fordern. Ein Aehnliches wird vermuthlich mit Schlöffel, Simon von Trier u. A. wegen der Reden vom 17. auf der Pfingſtweide geſchehn; Zitz ſoll bereits flüchtig ſein. — Geſtern ſind alle Orte der Um-

[1]) Profeſſor, Mitglied der National-Verſammlung.
[2]) Schriftſteller, von Leipzig, desgl.

gegend, Bockenheim, Bornheim pp., woher gerade das meiſte Geſindel gekommen, militairiſch beſetzt, viſitirt und entwaffnet; ich höre, daß man eine Menge Verwundeter dort gefunden. Es wird hier unter dem Kommando des Pr. Carl v. Bayern ein Armee-Corps von 50,000 Mann zuſammengezogen, ein Gleiches bei Coblenz; bei Mannheim formirt ſich in dieſem Augenblicke eins von 10,000 Mann, um jeden Augenblick den ſicher in kurzem in Würtemberg ausbrechenden Aufſtand erſticken zu können.

Unter dieſen Umſtänden werde ich meine Reiſe nach Hannover, ſo leid mir's auch thut, vorläufig noch hinausſchieben müſſen. Merkel hat ſich nicht durch die Umſtände abhalten laſſen und iſt geſtern fort. Ich bin neugierig, wie Sie ſich mit ihm ſtellen; ich habe hier in Nichts mit ihm einig ſein können, und ſehe ihn höchſtens in der N.-V. Sagen Sie mir doch, welchen Eindruck er Ihnen mitgebracht hat; freilich werden ihm die Dinge, wie ſie vom 5. bis 18. Sept. ſich geſtellt haben, ſehr ſeine früheren Anſichten verſchoben haben. Treiben Sie ihn doch zur baldigen Rückreiſe (aber ohne meiner dabei zu erwähnen); es kann Alles auf eine Stimme ankommen.

Ihr

Detmold.

Nr. 61. Frankfurt, 25. September.

Hieneben erhalten Sie, liebſter Freund, 2 Capitel der Verfaſſung. Das Cap. vom Reich iſt neu, das von den Befugniſſen der Reichsgewalt iſt nur Redaktion des bereits berathenen und beſchloſſenen, und dürfte im Weſentlichen unverändert in die Paulskirche kommen. — Ich bitte Sie, wenn Sie über Staatenhaus und Reichsoberhaupt Anſichten haben, die irgend Ausſicht auf Succeß hier haben könnten, mir ſolche gelegentlich mittheilen zu wollen. Wie Sie aus dem Cap. von dem Reich ſehen, wird man Oeſterreich ſo ziemlich aus Deutſchland herausweiſen, damit iſt denn auch ſchon im Weſentlichen die Frage vom Oberhaupt zu Gunſten Preußens entſchieden. Neues ſonſt nichts. Im badiſchen Oberlande iſt es bei Stauffen zu einem ordentlichen Treffen[1]) gekommen. Der Ihrige

Detmold.

Nr. 62. Frankfurt, 29. September.

Ihren Brief vom 24. habe ich mit beſtem Danke erhalten; daß Ihnen das Verhalten der N.-V. nach dem 18. noch mehr zuwider als vorher, konnte ich mir wohl denken, ich meine Ihnen auch in dieſem Sinne geſchrieben zu haben. Vielleicht wird Einiges ſich in den nächſten Tagen

[1]) Daſſelbe beendete die Schilderhebung Struves.

ändern und beſſern, wenn auch nicht viel. Namentlich die letzten Sitzungen vom 26. und 28. mit ihren tollhäusleriſchen Grundrechtsbeſchlüſſen geben dazu wenig Hoffnung, und was Grundrechte betrifft, ſo muß man auch alle Hoffnung aufgeben, mit Ausnahme der einen, daß dieſelben nie publicirt werden; — aber ich meine das Verhalten der N.-V. der Linken gegenüber. Wenigſtens wird hoffentlich eine Majorität die Verhaftung autoriſiren, wenn dieſe gefordert wird — was freilich Sache des Gerichts, alſo reichsſtädtiſchen Schlendrians, indeſſen doch zu erwarten iſt. Die gefährlichſte und widerwärtigſte, unzuverläſſigſte Fraktion der N.-V. iſt der ſog. Würtemberger Hof, der ſich heute rechts, morgen links wendet, und deſſen Ausdruck der L . . . . . Raveaux iſt. Schlägt dieſe Clique ſich zur Linken, ſo iſt bei der zahlreichen Deſertion der Rechten die Majorität ungewiß, und das macht alles Handeln unſicher und lähmt das Miniſterium, das ſonſt den beſten Willen hat. (Nur daß das aus dem Würtemberger Hofe beſetzte Juſtizminiſterium, Mohl, Widenmann, ebenfalls ſchwach und ſchwankend.)

Ich ſchicke Ihnen zur beſſern Orientirung die Zuſammenſtellung der Beſchlüſſe des Verf.-Ausſchuſſes hinſichtlich der Befugniſſe der Reichsgewalt. Ich denke, daß man in 4—5 Tagen die 3 Capitel in die N.-V. bringen kann (bei den Befugniſſen der Reichsgewalt iſt geſtern noch der alberne Beſchluß gefaßt, daß beim Fahneneid der Truppen die Verpflichtung auf das Reich 1mo loco aufzunehmen). Was das Staatenhaus betrifft, ſo war ich inzwiſchen ſchon ſelbſt von meiner Anſicht der ausſchließlichen Ernennung durch die Regierungen abgegangen, weil ich einſah, daß einem in ſolcher Weiſe zu Stande gekommenen Körper das eigentliche parlamentariſche Element, das Wurzeln und Hervorgehen aus den Wahlen, und damit das ſo nöthige Gegengewicht gegen das Volkshaus fehle. Was Ihre Anſicht über die Zahl der Mitglieder betrifft, ſo teile ich dieſelbe vollkommen; allein es wird ſchwer gegen die vorherrſchende Anſicht anzukämpfen ſein, die das Staatenhaus ſtärker haben will, weil ſie dadurch demſelben mehr Kraft dem Unterhauſe gegenüber zu geben glaubt. — Wegen der Wahlen habe ich eine recht dringende Bitte an Sie zu richten. Die Frage der direkten oder indirekten Wahl ſchwankt hinüber, herüber; Dahlmann (in der Sub-Commiſſion von großem Gewicht, und dieſe wieder im Verf.-Ausſchuß) ſcheint deshalb dahin zu neigen, dieſe Frage den Einzelregierungen zu überlaſſen. Das erſcheint mir bei der gegenwärtigen demokratiſchen Hochfluth bedenklich. Haben Sie nun in dieſen Tagen ein Viertelſtündchen Zeit, mir Ihre Gedanken über dieſe Frage mitzutheilen, ſo zweifle ich nicht, daß dieſelben eine gute Statt finden werden. Dahlmanns Gründe für direkte Wahlen (dieſelben lieferten mehr allgemeine Berühmtheiten, während bei indirekten die Local-Ambitionen und Local-Capacitäten mehr Chancen hätten) ſind

wahrhaft kindisch. Ich zweifle aber nicht, daß ich, zumal von Ihrer Autorität unterstützt, günstig auf ihn einwirken werde.

Der alte Jahn hat ein Blatt publicirt, das ich Ihnen oder Krügern wohl morgen schicken kann, worin er erzählt, daß bei Itzstein[1]) in Hallgarten die ganze Verschwörung gegen die Nat.-Vers. pp. angezettelt und, weil er (durch seine alten Turner-Verbindungen) davon Kunde bekommen, deshalb dem Tode geweiht worden sei.

In Paris stehen die Dinge sehr schlimm. Gelingt es Cavaignac nicht, sich zu halten, so siegt die rothe Republik, wer auch nach ihm ans Ruder kommen würde. So theilt mir Jemand mit, der die Dinge genau kennt.

Merkel ist ja, wie Breusing mir sagt, wenig geneigt, zurückzukommen, weil er „keine Lust habe, sich schlachten zu lassen", was freilich M. weniger zu befürchten hat, als andere. (Sein Name ist nicht auf der Proscriptionsliste, wie überhaupt von Hannoveranern nur Bothmer und ich darauf sich befinden.) Merkel scheint (ich spreche ihn selten oder nie) ungern hier zu sein, es ist nur zu befürchten, daß bei einer Neuwahl der Lüneburgische Einfluß des Hauswursten Grumbrecht uns ein ähnliches Subjekt wie den Herrn Gravenhorst herliefert, über den, wie es scheint, Grumbrecht jetzt selbst erschrocken ist. Merkel, wie eine Menge anderer Hannoveraner, gehörten eben zu denen, die am lautesten jammerten: man müsse weiter links, und die nun wie kleine Kinder erschrocken sind, daß sie in Blut treten. Unser Freund Breusing ist gar ein Narr geworden, indessen doch nur auf eigene Hand, während die andern gern Proselyten machen, um mit ihrer Albernheit nicht allein zu stehen.

Ihr

D.

Nr. 63. Hannover, 2. October.

Ihre letzten Briefe, lieber Freund, haben mich beinahe unglücklich gemacht. Die Entwürfe verdienen meinen besten Dank. Es ist auch manches darin gebessert, aber in der letzten Zusammenstellung liegt eine Unsicherheit, ein Tappen, dabei einem ganz schwach wird. Und nun diese entsetzliche Resignation, Östreich so zu excludiren. Ist das nicht der bitterste Hohn? Man faselt Jahre lang von nationaler Politik, man meint, die jetzige Bewegung solle dieselbe zu reiner Blüthe bringen und — nun macht man eine Verfassung für Deutschland, die etwa $^1/_6$ der Deutschen, und des edelsten Stammes ausschließt. Ist das Wahnsinn oder Dummheit? Ich begreife es nicht. Damit geschieht wahrlich deutscher Ehre mehr zu nahe, als durch den traurigen Waffenstillstandskram, und wenns von mir abhinge, so sollten

[1]) von Itzstein, Obergerichtsadvokat von Mannheim, Mitglied der Nat.-Versammlung.

alle Zeitungen darüber Zeter schreien, daß es der elenden Versammlung in die tauben Ohren krachen sollte. Das wäre noch was für die Linke! Ich glaube jedenfalls, daß die Nat.-Vers. sich damit den Gnadenstoß geben muß, oder ich verzweifle an Deutschland. — Ich habe es für höchst verderblich gehalten, eine Verfassung zu machen, die uns die möglichst enge Verbindung mit Holland und Belgien unmöglich machen, die die Schweiz für immer isolirt halten mußte; aber von einem solchen Verfahren gegen Östreich habe ich keinen Begriff. — Das ist die ganze Abstumpfung eines monatelangen Harrens. Freilich hat Dahlmann schon im April in dieser Beziehung völligsten Mangel an Uebersicht erwiesen.

Und nun dieser Unsinn von directen Wahlen. Man muß ein 3-zölliges Brett vorm Kopfe haben, oder ein Wühler seyn, um auf den Gedanken zu kommen, bei allgemeinem Stimmrecht directe Wahlen zu haben. Ich kann mir bei einer aristocratischen Verfassung ein solches denken. Aber bei diesen tiefsten Noten der Democratie! Haben denn diese Leute nie einer Wahl beigewohnt? Nie davon gelesen? — Neulich schwatzte ein hiesiger Junker darüber, directe Wahl müsse man haben; dann mit dem Branntweinswagen losgefahren, da könne man was man wolle! Der Mann hatte für gewöhnliche Zeiten unbedingt Recht. Glauben denn nun Ihre Herren, daß die großen Celebritäten etwa am besten dieses Branntweinsspiel zu handhaben wissen werden? Sie würden darin hoffentlich dem ersten Roßkamm oder Viehhändler unterliegen, der sich unbedingt besser darauf versteht. Glauben die Herren ferner, daß noch nicht genug Elemente der Depravation vorhanden seyen, und daß sie uns deshalb das Schlechteste aus England, die Wahlcorruption bringen müssen? Wissen sie nicht, welch ein elender Sumpf der Gemeinheit das Amerikanische Repräsentantenhaus, das auf diese Weise gewählt wird, ist? — Celebritäten!! Kein ehrlicher Mensch kann sich mehr bewerben bei solchen Zuständen. — Die größte Gefahr von Wahlen im blos localen Interesse wäre wohl theoretisch zu besorgen, wenn die Landstände der Einzelstaaten die Wahl hätten. Und nun sehen Sie Amerika. Da geben gerade die Wahlen der Staaten den staatsmännisch sehr hochstehenden Senat. Also noch einmal: allgemeines Wahlrecht und directe Wahl zusammen ist geradezu verderblich. Directe Wahl kann nur als aristocratische Einrichtung und höchstens bei einem δῆμος des Alterthums, der noch ein Volk von Sklaven unter sich hat, bestehen.

Mich haben diese Fragen wie gesagt trübe gestimmt. Nehme ich dazu die letzten unklugen Beschlüsse über die Grundrechte, das ewige Nachtreten der alten Schuhe der Constituante, nehme ich dazu die Feigheit und Schlaffheit der Versammlung im gegenwärtigen Momente, so bleibt mir auf Deutschlands Rettung eine begründete Hoffnung gar nicht über. Man

muß ſich unbedingt Gott in die Hände geben und von ihm Rettung erwarten durch Werkzeuge, die wir noch nicht kennen; die jetzt arbeitenden Menſchen ſind es nicht.

Bei uns wird die Strömung von Tag zu Tag möchte ich ſagen, conſervativer. Die Menſchen haben in den Abgrund geſehen und ſchaudern zurück. Klarheit iſt allerdings noch immer nicht in den Anſichten. Ein beſtimmtes poſitives Ziel läßt ſich nicht erkennen; allein das Deſtructive der Einheitsidee (wie traurig, daß ſelbſt dieſe nur deſtructiv hat wirken können) ſcheint mehr und mehr überwunden zu werden. Nun ſollte ſich die ſchaffende Kraft dieſer Idee in Frankfurt geſtalten. Aber — wir bitten Brod und man bietet uns den Stein ſchaaler Theorieen. Grundrechte, Trennung Öſtreichs — — Es wird noch mehr als ein Wehe gerufen werden über die, welche das treiben.

Das einzige Mittel, welches übrig bleibt, ſcheint mir darin zu beſtehen, daß man ſo raſch als möglich die Verfaſſungsformen durch die weſentlichſten Stücke ergänzt, und dann (unter Vorbehalt weiterer Bildung und Beſſerung der Formen ſelbſt) zum materiellen Inhalt ſchreitet. Weiter als bis zum Proviſorium kommt man nicht. Die Centralgewalt muß ſogar nominell proviſoriſch bleiben. So wie ſie jetzt geſtellt iſt, kann ſie nicht beſtehen. Dem einſeitigen Drängen der Verſammlung gegenüber iſt ſie in beſtändiger Gefahr, Mißgriffe zu thun, denen man es anſieht, daß ſie nur den Zweck haben, der Verſammlung Complimente zu machen. Ich zähle dahin das Schreiben wegen Rückberufung der Geſandſchaften, das doch am Ende nichts in recessu hat, den Erlaß über die Communication mit den Regierungen, die Anfrage wegen der Unruhen in Cöln pp., die wirklich lächerlich unpaſſend iſt; und ſo viel anderes. Das alles dient nur, den Grund von Mißtrauen zu entwickeln. Die Regierungen kriechen jetzt in ihrer Schwäche unter; ſobald ſie die Republikaner nicht mehr fürchten, und die Verſammlung — die im Juli und Auguſt ihre Kraft hauptſächlich daher geſchöpft hat, daß ſie von dieſer Parthei als Palladium behandelt wurde — ſich noch ein weniges mehr decreditirt haben wird, als ſchon der Fall iſt, werden ſie anders auftreten. Glaubt man denn, daß Preußen umſonſt ſeine eigene Marine einrichtet und uns zu gleichem zu bewegen ſucht? Nimmt man das perfide bairiſche Verfahren für baare Münze, glaubt man wohl gar, dieſe baisers de l'amourette würden Werth haben, wenn man die Centralgewalt Preußen zuwürfe. Man muß ſich ſelbſt Halt geben, indem man den Staaten Vertrauen giebt. Dazu gehört das Staatenhaus und Reichsgericht. Kann man die durchtreiben, ſo wird das übrige etwas beſonnener gehen (ich ſage nicht langſamer) aber es wird möglich werden. Man hat dann doch eine Grundlage. Aber jetzt laſſen Sie die Verſamm-

lung ohne Resultat, was gar nicht unmöglich, auseinandergehen, was soll dann folgen? Gott weiß es.

Ich erhalte eben einen Brief aus Thüringen. Wenn man dort nur Kraft zeigt, so ist die Republik aus; aber die fehlt. Herr Lafaurie[1]) in Jena hat gemeint, die Soldaten an der Hand zu haben und ist sehr schlecht abgefahren. Man mache es doch wie wir im März und lasse mobile Colonnen überall umherziehen, wo irgend Unruhe oder Furcht ist. Da werden die Schufte bald feig und die ehrlichen Leute muthig werden. Was war das für ein Höllenspectakel in Würtemberg, und die Würtemberger, die wir hier gehabt, entschieden schlecht gestimmt, und was ist nun daraus geworden? — Es hat entschieden an der Regierung gelegen, daß die Sachen schlecht gingen, so wie es in Preußen daran liegt.

Ein großes Uebel ist freilich die Auflösung der Rechtsbegriffe vom Staat, welche durch die Idee der Einheit in die Gerichte gedrungen ist. Lesen Sie unseren Criminalcodex. Von allen Staatsverbrechen ist kaum eines mehr strafbar, sobald die Verbrecher nur so klug sind, die Einheit vorzuspannen. Das lähmt die Regierungen, zwingt sie ihre Maßregeln da zu endigen, wo die rechte Kraft kommen sollte; auch deßhalb ist eine feste Gestalt der Verfassung unerläßlich.

d. 3.

Eben erzählt mir Pertz, daß gestern das Preuß. Ministerium wirklich eine entschiedene Erklärung über die Proclamation des Gr. Brandenburg[2]) abgegeben habe, und nun auch dort der Wendepunct eingetreten sey. Gott gebe, daß es wahr seyn mag. Zeit ists in jeder Hinsicht.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 64. Frankfurt, 2. Oktober.

Wegen der Wahl-Frage will ich Ihnen, liebster Freund, doch mittheilen, daß Gagern gestern Abend einige 20 Mitglieder der N.-V. bei sich versammelt hatte, um die Ansichten über diese Sache auszutauschen. Zu einem Abschluß darüber kam es nicht und sollte und konnte es auch nicht kommen; traurig aber legte sich zu Tage, wie die große Mehrzahl einsah, welche Gefahr hier liege, und wie doch fast Alle vor dem Geschrei

---

[1]) Sprachmeister Lafaurie und Complicen wurden wegen Verleitung von Soldaten zur Widersetzlichkeit angeklagt, demnächst aber vom Schwurgericht freigesprochen, während die Verführten schwere Strafen erhielten.

[2]) Graf Brandenburg hatte als kommandirender General des 6. Armeecorps in einer Proklamation vom 21. September energisches Einschreiten des Militärs bei Unordnungen angeordnet.

zurückbebten, das eine Beschränkung des Wahlrechts mit sich führen müsse. Und das im Angesicht der neuesten Ereignisse! Nur Bassermann hält ganz zu mir, man sieht die Gefahr ein; — aber die Beschlüsse des Vorparlaments[1])! Ich wies die ganz zurück, nicht bloß, weil sie vom Vorparlament ausgegangen, sondern auch, weil es sich um die Wahlen zu einer konstituirenden Versammlung gehandelt, wo unbeschränktes Wahlrecht allenfalls berechtigt; demnächst aber werde man zu Versammlungen wählen, welche Steuern zu bewilligen hätten u. dergl. m. Immer die Beschlüsse des Vorparlaments, die in das „Volksbewußtsein" übergegangen. Man wird sich nun in der Subcomission der Verf.-Ausschusses (Dahlmann, Beseler, Soiron) wohl an das Wort „selbstständig" in den Beschlüssen des Vorparlaments anklammern und hier zu beschränken suchen. Dann werde ich im Verf.-Ausschuß selbst noch einmal einen entschiedenen Versuch machen, durchzudringen; leider sind dort die Partheien und Abstimmungen durch das Austreten von Bassermann, Andrian pp. und das Eintreten von Rießer, Zell pp. sehr unglücklich verrückt worden. Von indirekten Wahlen wollte man gestern Abend gar nichts wissen; direkte Wahlen in kleinen Distrikten und zu gleicher Zeit.

Neues sonst wenig von hieraus. In Baden pp. hat seit dem Struveschen Einfall die öffentliche Meinung unglaublich umgeschlagen, mehr oder weniger wird das wohl überall der Fall sein. Die Struveschen Papiere, die wohl in der nächsten [Zeit] bereits gedruckt werden, enthalten wenig von Bedeutung, nur etwa ein Brief von Siegel dürfte für Zitz und einige der Sorte fatal sein. Unendlich komisch ist es, daß bei Struve nichts in so stattlichem Stande war, wie die Canzlei, die Aktenfascikel rubricirt pp. wie in einem rechten Aktenstaate, Alles in schönster Ordnung und Vollständigkeit.

Was es sonst Neues giebt, werden Sie wohl schon anderswoher oder wenigstens durch Bothmer wissen, daß zwischen Reedtz[2]), Dönhoff[3]) und Stedmann[4]) ein sehr günstiger Vertrag abgeschlossen worden, wonach die neue provisorische Regierung der Herzogthümer von der jetzigen provisorischen Regierung aus den 9 Leuten gewählt werden soll, die Max Gagern seiner Zeit vorgeschlagen hatte. — Ferner, daß das Verhalten des Ministerii am

---

[1]) Der Beschluß war dahin gegangen, die directe Wahl als Princip anzuerkennen, den einzelnen Staaten jedoch freizulassen, für diesmal davon abzugehen und nach Bedürfniß zu handeln.

[2]) Kammerherr von Reedtz, Direktor im dänischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

[3]) Graf Dönhoff, zur Zeit preußischer Minister der auswärt. Angelegenheiten.

[4]) Reichskommissar.

18. Sept. u. f. Tage der Franzöſ. Regierung ſo imponirt hat, daß dieſe nicht allein ſich zu einer formellen Anerkennung verſtanden, ſondern auch zum Beſchicken durch ſtändige Geſandte, ja ſogar, daß die Centralgewalt an der Mediation in Italien theilnehme. Man darf ſich dieſer Succeſſe ſehr freuen, weil ja eben alle Autorität bisher darniederlag und dieſe jetzt — wenigſtens, was den deutſchen Süden betrifft — ſich von hieraus kräftigt. — In Berlin wünſcht man einen Conflikt, um den Belagerungsſtand dekretiren zu können und einige Wühler zu faſſen und Blätter zu unterdrücken; wenn man von dort aus nur nicht wieder dumme Streiche macht. Was mich an den Frankfurter und Kölner [1]) Ereigniſſen am meiſten gefreut hat, iſt, daß ſich das glorreiche Inſtitut der Bürgerwehr in ſeiner ganzen Miſere gezeigt hat; ehe wir über dieſes Phantom nicht hinaus ſind, kommen wir in Deutſchland zu keinen feſten Zuſtänden.

Ihr

Det.

Nr. 65. Frankfurt, 8. Oktober.

Ihren Brief vom 2. d. M. habe ich erhalten. Daß meine Mittheilungen einen trüben Eindruck auf Sie machen würden, konnte ich mir denken: es iſt wahrlich zum Verzweifeln, wenn man ſieht, wie die Leute das Einfachſte nicht begreifen wollen. Ich habe vor 8 Tagen Dahlmann ein langes P. M. über Wahlrecht und Wahlmodus gemacht und ihm am Schluſſe deſſelben bei der Frage von direkten oder indirekten Wahlen noch geſagt: wenn man irgend zweifeln könne zwiſchen direkten und indirekten Wahlen, ſo ſolle man auf die Gegner ſehen, was die forderten, — ob nicht die anarchiſche Parthei allüberallhin das mot d'ordre ausgegeben habe: direkte Wahlen, nur direkte Wahlen. Die Entſcheidung über die Wahlfrage wird uns im Ausſchuß wohl ſchon in dieſer Woche kommen; daß ich pro viribus kämpfen werde, dürfen Sie verſichert ſein. — Ebenſo habe ich gegen den § 2 angekämpft, indeß vergebens. Alles, was zu thun war, war ein Minoritätsvotum, durch das die Frage in formaler Beziehung für die Debatte ſich vielleicht günſtiger ſtellt. Ich ſchicke Ihnen den Verf.-Entwurf, wie derſelbe eben aus der Druckerei hervorgeht, Sie ſind wohl ſo gütig, denſelben Krügern für die Hannov. Zeitung mitzutheilen, da ich für den Augenblick kein zweites Exemplar habe. Neues von hier für den Augenblick nichts, als daß man einen ganz abſcheulichen Kampf mit den

[1]) Bei den dortigen Exceſſen am 25. September hatten die Führer der Bürgerwehr Hilfleiſtungen derſelben bei Verhaftungen abgelehnt, und erklärt, daß ſie die Ruhe nicht aufrecht erhalten können.

Gassenbuben von der Linken zu kämpfen hat, in welchem man (da das Ende nothwendig ein Handgemenge sein wird), natürlich den Kürzeren ziehen wird.

Ihr

Det.

Gelegentlich erbitte ich mir, was Sie über einzelne Bestimmungen des Entwurfs mir mitzutheilen haben, damit ich solches für die Discussion benutzen kann, an der ich mich jetzt wohl eher betheiligen werde, als bei den Saugrundrechten.

Nr. 66. Frankfurt, 10. Oktober.

Hierneben erhalten Sie, theuerster Freund, das Kapitel vom Reichstage, wie die Sub-Comission solches eben dem Verf.-Ausschuß vorlegt. Dies Kapitel wird Ihnen sehr wenig genügen.

Vor etwa 8 Tagen sah ich durch Breusings Mittheilung sehr flüchtig und ungenügend ein P. M. ein, welches Sie, ich meine schon im Juni, Ihren Osnabrücker Freunden haben zugehen lassen.[1]) Es ist mir sehr leid, daß Sie mir seiner Zeit dasselbe nicht mitgetheilt haben, es hätte hier nützen können. Nun bitte ich Sie, mir jetzt noch Abschrift davon zukommen zu lassen. In Betreff dieses P. M. erfahre ich nun heute durch Droop, der in diesem Augenblicke hier ist, daß Sie nicht abgeneigt gewesen, dasselbe drucken zu lassen, daß dem aber Ihre Collegen in Hannover entgegengewesen, daß Sie dann Ihren Osnabrücker Freunden es anheim gestellt, ob sie es drucken lassen wollten, und daß diese die Publikation aus Rücksicht für Gagern u. dergl. m. unterlassen. Das ist ja aber einer der größten Gewinne der Zeit, daß man die Wahrheit sagen darf, die volle, ganze Wahrheit! Was Sie z. B. über den „kühnen Griff" darin gesagt haben, habe ich Gagern selbst viel unmotivirter und darum herber gesagt, und er hat es nicht übel genommen. Und hätte er es übel genommen, so war das nur eine neue Schuld. Wollen Sie mir nun, wie ich sehr bitte, das P. M. zukommen lassen, so frage ich zugleich: ob ich dasselbe ganz oder vielleicht Einzelnes (worüber ich mich etwa mit Bothmer besprechen könnte, um den hiesigen Verhältnissen nach Möglichkeit „Rechnung zu tragen") daraus drucken lassen darf, etwa in der Deutschen Zeitung oder in der Allg. Zeitung. Bitte, geben Sie mir darüber Ihre Ansicht, jedenfalls aber bitte ich Sie um Abschrift des P. M. oder um Erlaubniß, mir dasselbe von Osnabrück her besorgen zu lassen.

Neues giebt's hier nichts, als daß die anarchische Parthei hier und in der Umgegend wieder mit einer Energie wühlt, die mit Sicherheit einen baldigen neuen Conflikt erwarten läßt. Der Ihrige

Detm.

[1]) Das demnächst gedruckte „Schreiben Stüves an seine Wähler in Osnabrück".

Nr. 67. Hannover, 12. Oktober.

Meinen beſten Dank, lieber Freund, für Ihre Sendungen. Freilich haben dieſelben mich nicht erfreut. Der Entwurf hat ſo entſetzlich viel rohes, unfertiges, neben einem ſolchen Haufen nutzloſem Detail, daß man gar kein Ende abſehen kann. Der Entwurf zur Reichsverſammlung nun gar giebt ein ſolches „Mondkalb des Sansculottismus“, um mit Carlyle zu reden, daß einem davor ſchwindelt.

Dieſes univerſelle Stimmrecht, und daneben dieſe unerhörte Leichtigkeit, die Gränzen der Centralgewalt zu überſpringen, ſo was iſt noch keinem Staate beigefallen. Amerika hat ſeine Verfaſſung durch alle Staaten genehmigen laſſen, und ſo ſtehen auch die Gränzen der Competenz unerſchütterlich. Aber die Weisheit der Frankfurter Legislatoren kann den Gedanken nicht ertragen, daß irgend eine Gränze ſie hindern ſollte, die Welt zu beglücken; und dieſe Weisheit ſteht wahrlich nur der Feigheit gleich, mit der ſie ſich der Pöbelherrſchaft unterwirft, um nur nicht von den rothen Lumpen angefeindet zu werden, deren Muth nur ſo lange dauert, als man ihnen Feigheit gegenüber ſtellt. —

Hätte man doch noch das Wahlrecht den Hausvätern gegeben. Aber nein, jeder Strolch, jeder Handwerksburſch, jeder Lump, der keinen Groſchen Steuer zahlt, hat dasſelbe Recht, wie der anſäſſige Bürger, der Meiſter, der Bauer. In dem ganzen Matſch auch nicht eine Spur von geſammelter Kraft, nichts als der breiige Chaos der Auflöſung einer recht durchgefahrenen Landſtraße im November oder Februar. Und dieſe Sünder bilden ſich ein, berufen zu ſeyn, um Deutſchland ſouverain zu despotiſiren. Ich bitte, leſen Sie jetzt einmal Tocqueville: La démocratie en Amerique. Das dient einem wirklich eben jetzt.

Haben Sie Bunſens zweites Sendſchreiben[1]) geleſen? Sein Grundgedanke iſt richtig. Seine Idee mit den Kreiſen nicht übel, obgleich mir alle dieſe Zahlen gleichgültig ſind. Sein Reichsrath hat viel für ſich. Seine Preuß. Diplomatie möchte wenig Glück machen nach Hrn. v. Below's Probeſtück. Ungemein ergötzt mich die feine Wendung, mit der er den Preuß. Landtag nach Hauſe ſchicken will. Ich halte ſeine Gedanken aber zu gut, um in Frankfurt Anklang zu finden. (Die Behandlung der Fürſten und Mediatiſirten lobe ich nicht.)

---

[1]) Vom 5. September. Vgl. Bunſens Leben, II., S. 476. Bunſen wollte 12 Reichskreiſe bilden, davon aus Preußen 4, Oeſterreich 3, Bayern und Heſſen 2, Württemberg, Sachſen, Hannover mit Anſchlüſſen je 1. Nach den Kreiſen ſollten die Mitglieder des Staatenhauſes vertheilt werden und jeder Kreis eine Stimme im Reichsrath erhalten.

Was sagen Sie zu diesen Wiener Unthaten [1])? Freilich diese Deutsch-Magyarisch-Italienische Coalition im Sinne der Freiheit gegen die Slavisch-Oestreichischen Herrschaftsgelüste hat etwas natürliches, aber dennoch! — Am 15. erwartet man in Berlin Skandal. [2]) Der Zug der Handwerksburschen, der ächten Barrikaden-Fabrikanten, der vor einem Monat nach Süden ging, geht jetzt nach Norden. Die Centralgewalt sollte allen Policeibehörden aufgeben, die Stromer, die in 4 - 6 Wochen nicht gearbeitet, streng nach Hause zu schreiben. Das würde Effect machen. Es wird nur eine geringe Zahl Strolche seyn, die auf diese Weise als Barrikadenhelden gebraucht werden, und trennt man diese Stromerbanden, so sind sie ungefährlich. Können Sie das veranlassen?

Das Sendschreiben an meine Wähler schrieb ich im Juli. Braun, dem ichs zu lesen gab, bat mich, es nicht drucken zu lassen, wegen meiner Stellung als Minister. Es war damals die Zeit, wo man die Hannoversche Sonderbündelei gegen mich ausbeutete. Ich schickte Abschrift nach Osnabrück und das Concept an Frommann. Dort waren sie sehr feige damit — was auch Droops großer Fehler. Frommann wollte es Gagern mittheilen. Das wollte ich nicht. Damals war Gagern mit Blittersdorf in Verbindung getreten und operirte mit Rußland in Berlin. Einem solchen wollte ich meine Gedanken nicht Preis geben. Ueberhaupt war mir die Sache zuwider geworden. Jetzt scheint es mir zu alt, um noch des Druckes werth zu seyn. Ich selbst habe es seit 2 Monaten nicht mehr gesehen. Kann ichs wieder in die Hände bekommen, so will ichs Ihnen schicken, habe aber nichts dagegen, wenn etwa Droop es Ihnen schaffen will.

Wir haben hier jetzt ganz gutes Wetter. Die Clubwirthschaft schwächt sich mehr und mehr. Daß ich neulich u. a. eine Vertrauensadresse aus Hoya, von A. Oppermann [3]) mit unterschrieben, erhalten, schrieb ich Ihnen wohl. — Das Leid, was uns drückt, ist nur das Militärwesen. Durch einen übereilten Wechsel der Garnisonen ist alles, was mit dem Militär zusammenhängt, sehr und ohne Noth aufgeregt. Man ist offenbar von der Militärverwaltung übereilt gewesen.

Im übrigen arbeiten wir auf unsere demnächstige Organisation los. Ich denke daran nur mit Sorge, weil mir die Schwierigkeiten sehr groß scheinen, alle Welt thörichte Hoffnungen hat, und ich noch gar nicht klar sehe.

---

[1]) Die Revolte am 6. October, wobei der Kriegsminister Graf Latour ermordet wurde.

[2]) Am 16. fand die erwartete Emeute der Kanalarbeiter mit Barrikadenbau u. s. w. thatsächlich statt.

[3]) Advokat in Nienburg. Verfasser des Werks: Zur Geschichte des Königreichs Hannover.

Die Anlage [1]) bitte ich Bothmer und etwa Dammers, der ja wohl die Hoyaschen Zustände kennen wird, zu communiciren. Ich möchte möglichst Ansichten über diesen Gegenstand einziehen, um darauf weiter zu bauen. — Auch der alte Lang interessirt sich wohl dafür, und ich kann mehr Exemplare schicken.

d. 13.

Die heutige Post bringt nichts Erhebliches. Unsere 5000 Mann sollen nach Thüringen [2]), und nun will leider der König das Gardebataillon nicht marschiren lassen, das noch complet zusammen ist, während leider die übrigen seit 8 Tagen beurlaubt und kaum zu Hause angekommen sind. Ueber Berlin hört man wenig Erfreuliches. Was hat Raveaux in der Cölner Zeitung für eine Tactlosigkeit über die Cölner Bürgerwehr debitirt. Schöne Staatsmänner!

Eben theilt mir Wangenheim einen Brief von Smidt mit. Die Wiener Sachen scheinen dort auch aufzuregen. Ebenso enthält die Deutsche Zeitung Bericht über die Östreicher in Frankfurt. — Es ist eine heillose Verwirrung, weiter kann man nicht sagen. Ihr

JCBS.

Nr. 68. Hannover, 26. October.

Es ist wohl lange, daß ich Ihnen nicht geschrieben habe, lieber Freund; in der That habe ich die Betrachtung der allgemeinen Verhältnisse des Vaterlandes und der wirren Berathungen, in denen diese herumgeworfen werden, mehr und mehr aus dem Auge verlohren. Während in Wien so der Teufel herrschte und in Berlin die jämmerlichste Schwäche nicht herrschte [3]), während die Revolutionaire ihre heimathliche Stätte in Frankfurt aufgeben und sich in Berlin ganz einnisten möchten, und das Reichsministerium von Frankfurt aus durch den Patrouillotismus — um mit Camille Desmoulins zu reden — die Revolution abzuwehren meint, — ist mir die Lust vergangen. Bei uns haben wir Gottlob dieses Patrouillenthum nicht bedurft. Hier ist wirklich das Gegentheil der Revolution, hier ist positiver Sinn, Liebe zur Ordnung herrschend. Mag auch der hiesige Volksverein gestern einmal wieder eine abgeschmackte Addresse

---

[1]) Liegt nicht vor; anscheinend eine Exposé betreffend die Verwaltungsorganisation.

[2]) Auf Ersuchen der Centralgewalt wurde von Hannover eine Brigade nach Altenburg entsandt, um der dort eingerissenen Unordnung zu steuern. v. Hassell, I., S. 656.

[3]) Der Emeute vom 16. folgte am 18. der Terrorisirungsversuch gegen die das Schauspielhaus verlassenden Abgeordneten der Rechten. Unter dem 9. war ein Erlaß ergangen, welcher den an der Insurrektion in der Provinz Posen betheiligt Gewesenen Amnestie gewährte.

über die Wiener Sachen beſchloſſen haben. Dieſes Weſen liegt wirklich in den letzten Zügen und ſucht kümmerlich Nahrung aus dergleichen Dingen, die dann Gelegenheit geben, die obligate Feigheit des Philiſterpacks durch das Geſpenſt „Reaction“ aufzuſchrecken. Da berathen ſie nun aber in Frankfurt über dieſe Verfaſſung[1]), und ſo wird einem der Vulkan, auf dem wir ſtehen, wieder recht vor das Auge gebracht, und das Reichsminiſterium Schmerling thut denn auch ſein möglichſtes — um der Linken oder was dem anhängt, Complimente zu machen — die Sache zu verſchlimmern. Ich meine das unſinnige Ausſchreiben[2]) über die Ausführung der Grundrechte. Welchen vernünftigen Menſchen kann es einfallen, die Ausführung eines Geſetzes zu betreiben, ehe es da iſt? Und wer hat das Reichsminiſterium zu einer derartigen Function beſtellt? Es hat mit der Verfaſſung nichts zu thun[3]); warum drängt es ſich wohldieneriſch hervor? — Außerdem, daß dies eine neue Auflage der Huldigungsparade und ein ſchöner Beitrag zu der ſchon anſehnlichen Reihe von Mißgriffen und Dummheiten iſt, die man gemacht hat, iſt dieſe Reſcribirwuth ein reiner Bruch des Geſetzes, das der Centralgewalt aufgiebt, ſich mit den Bevollmächtigten ins Einvernehmen zu ſetzen — was freilich unbequem. Aber das Schlimmſte iſt, daß man hier ſo recht die Revolution provocirt. Allgemeine unbeſtimmte, dazu noch ſchlecht ausgedrückte Sätze, wie jene §§ der Grundrechte ohne weitere geſetzliche Beſtimmung auszuführen, das iſt nur in einer ſo wilden Revolution möglich, wie ſie Frankreich von 1789 bis 1799 verheerte. Iſt ſie nicht da, ſo muß ſie kommen, wenn man ſolche Experimente macht. Nun faſelt man vom Druck des Volks, dem man abhelfen will. Iſt denn unſer beſitzender Bauernſtand der gedrückte? — Dem will man aber mit Gewalt ſchenken. — Was ſoll daraus werden? Was der eine Nachbar mit theurem Gelde bezahlt, ſoll das nun dem andern geſchenkt werden? Das wird ein ſolcher Pfuhl von Neid und Widerwärtigkeit, wie ich ihn nicht denken mag. — Waren doch ſchon 1833 die Freien nur halb mit der Ablöſungsordnung zufrieden, weil ſie es den Ablöſenden nicht gönnten, billiger zu haben, was ſie unbillig theuer bezahlt. — Und nun, was iſt aufgehoben? — Dieſe Frage iſt für ſchlechte Hetzer und Wühler eine unerſchöpfliche Fundgrube, und man treibt uns den Bauern in das ganze Elend der Proceßwuth, das ich 1811 bis 1813 gekannt habe, daran der Preußiſche Bauernſtand zu Grunde geht, und das wir durch redliches Halten an dem

[1]) Die Berathung der National-Verſammlung über die Verfaſſung hatte am 22. begonnen.

[2]) Vom 22. October. Vgl. Roth und Merck, Quellenſammlung, II., S. 126.

[3]) § 3 des Geſetzes vom 28. Juni ſchloß die Errichtung des Verfaſſungswerks von der Wirkſamkeit der Centralgewalt aus.

Princip der Entschädigung glücklich vermieden. — Der Schaden, der geschieht, wenn man die Ehrlichkeit des Volks schwächt, ist nie zu ersetzen. Diese ruinirt man durch solches Aufheben ohne Entschädigung, Ködern für die Revolution mit gestohlenem Gut. — Die Erbärmlichkeit der Abfassung jenes Erlasses hält der Unklugheit seines Inhalts auch völlig die Waage.

Mich macht diese Sache ganz unglücklich; und nun die Verfassung und die Östr. Geschichten. Der erste Nutzen, den man aus diesen Sachen ziehen sollte, wäre die einfache Erkenntniß der klaren Thatsache, daß man jetzt nur eine provisorische Verfassung machen kann. Statt dessen bemüht man sich noch, die Östreichischen Wunden weiter aufzureißen, und Hr. Waitz [1]) wetteifert mit Giskra um die Krone der Unweisheit, der „Macherei". Durch ein Gespräch mit Brons [2]) ist mirs recht klar geworden, wie unglückselig diese politisch ungebildeten Köpfe durch Theorieen beherrscht werden. Dies und jenes Verhältniß paßt nicht in das System, „das uns weislich der Meister gelehrt"! Also weg damit. Krieg mit Holland, ja gänzliches Aufgeben der Maas lieber als ein unsystematisches Verhältniß. — Fragten wir zuerst, was Deutschland bedürfe? so würde man bald einsehen, daß wir nicht entbehren können 1) die Donau, 2) die Rheinmündung, 3) die Herrschaft des Sundes, daß also ein organisches Band mit Östreich, Holland, Dännemark (und womöglich auch Schweden) Bedürfniß ist, daß man die Verfassung so bilden muß, daß sie diesem Bedürfnisse entspricht, ohne sich durch formale und gemachte Begriffe (ICti vero tamquam e vinculis ratiocinantur) abhalten zu lassen.

Leider sagt mir Bothmer, daß man beim Staatenhause wieder unpolitisch und zweckwidrig die Kleinen zu unterdrücken sucht. Man sollte doch von Amerika lernen. Aber die Mediatisirungswuth ist jetzt überall laut. Auch in der Weserzeitung; obwohl Bremen doch auch sein Theil bekommen wird. — Was die Reichsoberhauptsfrage angeht, so operirt Baiern wieder in Berlin, um einen Bund zu wege zu bringen, daß man nur ein Triumvirat oder dergl. wolle. Preußen aber schweigt wieder still.

d. 27.

Ich habe den Brief noch liegen lassen in Erwartung eines entscheidenden Moments. In Wien scheints nun zum Schlagen gekommen zu seyn... Die Stellung der Ungarn und ihre Kraft ist noch zweideutig.

---

[1]) Bei Berathung des § 2 der Verfassung hatte Waitz (von Göttingen) den Zerfall Oesterreichs für nothwendig erklärt und seine deutsche Mission geläugnet; Giskra (von Mähr. Trübau) wollte die unauflösliche Einheit Deutsch-Oesterreichs mit Gewalt durchgesetzt wissen, „und sollten alle Kronen darüber erbleichen und sollten sie selbst zu Boden stürzen."

[2]) Kaufmann, Abgeordneter von Emden.

Dagegen ist der Zustand der Berliner Versammlung mit ihren Mehrheiten von 1 und 2 Stimmen ein wahrhaft grauenvoller. Was kann auf diesem Wege geschehen! Hansemann [1]) operirt und intriguirt, wie ich höre, jetzt in Frankfurt herum. Diese Leute sollten in Berlin Ordnung zu machen suchen; aber nachdem dieselben Preußen verlohren, wollen sie es in Frankfurt wieder gewinnen. Ein ganz falscher Gedanke. Bodelschwingh [2]) ist für Berlin gewählt. Ich glaube, wenn er, Vincke und alle die Notabilitäten Preußens, die sich jetzt umhertreiben, dort ihre Kraft zusammenlegten, so würden sie eine entschiedene Mehrheit gewinnen und etwas schaffen können, während Preußen sich von Anfang an zersplittert und seine besten Kräfte nach Frankfurt gesandt hat. Ich zähle auch das zu dem Glück unseres Landes, daß wir hier concentrirt geblieben sind, womit wir auf die Dauer auch der Einheit Deutschlands den größten Dienst erwiesen haben dürften.

Das, was heut zu Tage nothwendig und noch möglich ist, scheint mir einfach gegeben zu seyn. Wir dürfen nichts von Deutschland, nichts von seinen nothwendigen Bundes- und Schutzgenossen verlieren, nicht uns freiwillig in engere Gränzen concentriren wollen, um von da aus mit größerer Gewalt erobernd das Unentbehrliche wieder zu erringen. — Das liegt im Streben der Nationalität, die nur durch Geisteskraft erobert. — Daraus folgt der Bund. Für die Form dieses Bundes haben wir die zwei Räthe als gegebenes Bedürfnis. Für die Regierung ebenso bestimmt die Dreiheit oder Fünfheit. Die Bunsensche Reichsrathsidee hat manches für sich, nur nicht die dadurch hervorgerufene Spaltung in große und kleine Staaten. Gerechtigkeit ist unerläßlich, und darum dürfen wir auch die kleineren Staaten wider ihren Willen nicht unterordnen; noch weniger ihnen den Antheil am Staatenhause entziehen. Thun wir das, nun, so revolutioniren wir, und das Ende der Revolution kennt keiner; und wer die Revolution beginnt, der muß auf das Ende in Gewaltthätigkeit gefaßt seyn.

Aber die Dinge und die Begriffe haben sich nun in Frankfurt so völlig verwirrt, daß dies alles niemand mehr wird einsehen können oder wollen. Man treibt mich hier, ich soll ein Sendschreiben an meine Wähler, das ich im Juli schrieb, drucken lassen. Vielleicht haben Sie es gesehen. Ich habe keinen Sinn dazu. Da ich es aber seit ca. 3 Monaten nicht gelesen, so kann ich nicht darüber urtheilen. Können Sie es, so bitte ich um Ihre Meinung.

Herzliches Lebewohl

Ihr

JCBS.

---

[1]) Das Ministerium Auerswald-Hansemann war am 10. September entlassen und Hansemann am 25. September zum Chef der Preuß. Bank ernannt.

[2]) Bis zum März Minister des Innern.

Nr. 69. Frankfurt, 5. November.

Ich habe Ihnen, theuerſter Freund, lange nicht geſchrieben, weil kein beſtimmter Stoff vorlag und die Dinge hier ſich in ſo widerwärtiger Weiſe abſpannen, daß die Luſt verging, dem Drehen des Fadens mehr Beachtung zu ſchenken, als durchaus nöthig war. — Daß das Ausſchreiben des Reichsminiſterii wegen der Grundrechte auch hier die Verſtändigeren, zu denen ich mich rechne, auf das fatalſte berührt hat, können Sie ſich denken. Vincke, ich und andere hatten die Abſicht, zu interpelliren wegen der Ungehörigkeit, wir ſtanden aber ab, weil an unſere Interpellation die Linke ſicher einen Antrag geknüpft haben würde, für den wir dann mit hätten ſtimmen müſſen, was dann gar leicht einen neuen 5. Septbr. hätte zur Folge haben können. Daher unterließen wir es. Für unſer Land, wo es ja zu den beſtimmten Vorſchriften gehört, daß ein Geſetz mit den Ständen vereinbart werde, wird es überhaupt mit dieſen elenden Grundrechten ſeltſam zu ſtehen kommen; Sie werden auf lange Jahre damit zu thun haben, dieſen Kohl in nur halbwegs brauchbare Geſetze zu überſetzen. Ich lege Ihnen nur notitiae causa die durchberathenen Abſchnitte der Grundrechte bei, wie der Verf.-Ausſchuß ſolche erſt noch einmal durchberathen und dann der N.-V. wieder vorlegen wird. — Erfreulicher iſt nun Folgendes, was ich Ihnen zu melden habe. Aus dem neulich mitgetheilten Abſchnitte: Vom Reichstage haben wir ſämmtliche, auf die Wahlen bezügliche Paragraphen verworfen und in ein beſonderes Wahlgeſetz zu verweiſen beſchloſſen. Den Entwurf deſſelben werde ich Ihnen morgen oder übermorgen überſchicken. Da iſt es denn glücklich gelungen, die breite Baſis etwas zu verlaſſen. Was den Wahlmodus betrifft, ſo war man freilich um direkte Wahlen (die Holſtein-Schleswiger ſchwören dafür) nicht wegzukommen und werden auch in der Berathung ſelbſt indirekte ſchwerlich durchzuſetzen ſein, weil ſich da wieder die Profeſſoren mit der Linken verbünden, — aber dafür iſt ein Cenſus durchgeſetzt und wird, wie ich hoffe, ſtehen bleiben, der groß Geſchrei machen wird. Nicht wahlberechtigt ſind alle Tagelöhner, Wochenlöhner, Soldaten u. ſ. w. u. ſ. w., ferner diejenigen, welche in Staaten, wo eine Einkommenſteuer beſteht, dieſe nicht zahlen, in denjenigen Staaten aber, wo eine ſolche Steuer nicht beſteht, nicht wenigſtens ein reines Einkommen von 300 Gulden beſitzen. Ginge es nun noch an, das Wahlgeſetz in der Reformirten Kirche zu berathen, die wir morgen beziehen und wo die Gallerie ganz unmächtig ſein wird, ſo ließe ſich noch Einiges von der Zukunft hoffen. — Das Einzige, woran ich mich jetzt freue, ſind die ruhigen und glücklichen Zuſtände von Hannover: in jeder Zeitung, die ich in die Hand nehme, finde ich das Lob derſelben, nämlich nicht die geringſte Nachricht aus Hannover, aber auf dem Courszettel die Hannoverſchen

Papiere 5 bis 10 p.C. höher als alle andern. Wenn wir nur nicht in die allgemeine Misere mit hineingezogen werden! — Ihr P. M. an Ihre Wähler vom Juli habe ich jetzt erst erhalten und will den heutigen Morgen dazu anwenden, es durchzulesen, und zwar mit Rücksicht auf einen eventuellen Abdruck. Darüber in den nächsten Tagen ausführlicher. So wenig ich mich scheuen würde, gegen Gagern Alles und Jedes auszusprechen, und so oft ich ihm auch schon dergleichen ausgesprochen, so möchte ich doch nicht in diesem Augenblicke, wo die Linke ihn in den Schmutz zu ziehen sucht, irgend etwas Reelles gegen ihn vorgebracht sehen. Aber das ist nur eine untergeordnete Rücksicht. Meine Ansicht, falls Sie irgend Werth darauf legen, in den nächsten Tagen.

Der Ihrige
Det.

Nr. 70. Hannover, 11. November.

In der Anlage sende ich Ihnen, lieber Freund, ein P. M. [1]), welches in vielleicht etwas modificirtem Maaße durch Bothmer an Hr. v. Schmerling gelangen soll. Vielleicht enthält es einiges für Sie brauchbare. — Die Bauern sind wegen der Theilbarkeit besorgt. Im Hildesheimschen hat das unglückliche Rundschreiben schon großen Jagdunfug hervorgebracht, und am Gericht Harbenberg fangen die Leute sogar an, auf Grund desselben die Prästationen zu weigern. So bringt man die Revolution herbei, wo sie nicht war.

Könnten Sie nicht vielleicht durch die hierländischen Deputirten zum Congreß der Landwirthe (leider hat sich Kirchner [2]) eingedrängt) ein Gutachten gegen die Theilbarkeit veranlassen?

Ihre Mittheilung über den Census hat mir große Sorge gemacht. Ich halte allgemeines Stimmrecht mit indirecter Wahl in den Gemeinden für viel sichernder, als Ihren Census mit directer Wahl. Man verliert dabei allen Boden der Gemeinde, macht die Sache wirklich atomistisch, und bei dem nothwendig willkürlichen und unbestimmten, daher vielfach unpractischen der Bestimmung des Census selbst ist 1 gegen 3 zu wetten, daß die Sache in der Versammlung fällt. Ich bitte, erwägen Sie das nochmals.

Ich behalte mir Näheres vor, bis ich Ihren versprochenen weiteren Brief habe. Dies schreibe ich in Eile in der Sitzung.

Der König ist krank gewesen, aber wieder hergestellt.

Ihr
JCBS.

---

[1]) Denkschrift, den Artikel VII des Entwurfs der Grundrechte des deutschen Volks betreffend. Als Manuscript gedruckt, Hannover, Culemann. Die Schrift ist nicht von Stüve selbst verfaßt, enthält aber die Darlegung seiner Gedanken. Art. VII behandelt die Theilbarkeit des Grundeigenthums, Aufhebung der Jagdrechte, der Grundlasten, der Fideikommisse u. s. w. — [2]) Kammer-Kommissair in Oldenstadt.

Nr. 71. Frankfurt, 19. Nov. [1])

Ich habe von Tage zu Tage auf einen ruhigen Moment gehofft, um Ihnen, theuerſter Freund, zu ſchreiben, auf etwas Fertiges, was ich Ihnen melden könnte, auf einen Abſchnitt, der einen Rückblick vergönnte; aber von all dem iſt nichts gekommen; fertig iſt nichts geworden und wird's auch ſchwerlich werden; an einen Ruhepunkt iſt nicht zu denken, da ein Wirrſal dem andern die Hand reicht und man ſich faſt jeden Abend mit dem Gebete zu Bett legt, daß es am andern Tage nur nicht noch ſchlimmer werden möge, als es heute war. Nun will ich aber auch nicht länger warten, ſondern Ihnen ſchreiben, wenn auch nur als Lebenszeichen. Indeß iſt ſogar Beſtimmteres zu melden, wenn Sie wollen ſogar Erfreuliches. Wir ſind nämlich großen Gefahren entgangen, wenigſtens für den Augenblick (und das wäre ſchon an ſich viel) vielleicht auf längere Zeit. Es hatte ſich in den letzten Wochen unter dem Einfluſſe der Ereigniſſe in Wien und Berlin [2]) ein Zuſtand herangebildet, der dem, welcher im Auguſt und September die Verſammlung beherrſchte, vollkommen ähnlich war. Es war ein Mißbehagen, das immer und immer wiederkehren muß, weil man ſich die eigene Stellung nicht klar macht, nicht klar machen will, und das am peinigendſten hervortritt, wenn die äußere Huldigung der Maſſen gegen die Souveränetät der N.-V. nicht immer gleich bei der Hand iſt; da will man dieſer Huldigung nachlaufen: man „rückt mehr links", man macht der ſ. g. öffentlichen Meinung, die nichts iſt als Gebell und Gebrüll der ſchmutzigſten Schufte, getragen von dem feigen Schweigen der Beſſeren, Conceſſionen über Conceſſionen; man giebt von ſeinen Principien Stück für Stück weg, bis man ſich allen Boden unter den Füßen weggezogen hat und inmitten einer Criſis ſteht, die wenigſtens das Heilſame hat, daß ſie erkennen läßt, daß wir durch eignen Unverſtand zu Grunde gehen. So ſtand es hier bis zum 18. Sept., und ſo ſtand es hier wieder auf- und abwogend ſeit Mitte Oktober. Ja, die Criſis, die in den letzten Tagen drohete, war viel gefahrvoller wie die im September. Denn der Riß, der jetzt aufzuklaffen drohete, war, wenn ich ſo ſagen darf, ein mehr doktrineller, ein mehr principienmäßiger. Die N.-V. war in Gefahr, ſich von der Sache der Ordnung förmlich loszuſagen, — eine Gefahr, die ſie durch ihren miſerabeln

[1]) Der Brief findet ſich zum Theil abgedruckt in der Hannoverſchen Zeitung vom 22. November.

[2]) 31. October Unterwerfung Wiens, 8. November Erſchießung R. Blums, 3. Nov. Miniſterium Brandenburg-Manteuffel, 7. Verlegung der konſtituirenden Verſammlung nach Brandenburg, 11. Auflöſung der Berliner Bürgerwehr, 12. Berlin in Belagerungszuſtand u. ſ. w.

Beſchluß [1]) vom 14. in der Preußiſchen Sache ſich freilich ſelbſt bereitet hatte. Als zur Berathung des Rappardſchen Antrages [2]) am 17. eine Sitzung auf den folgenden Tag, den Sonnabend, beſchloſſen wurde, da hielt ich die Sache für verloren. Sie wär es auch geweſen, wenn nicht Baſſermann angekommen wäre mit ſeinen Nachrichten und Berichten über die Berliner Zuſtände. Da gingen der zahlreichſten, aber diſſoluteſten Parthei, dem Caſino, dem rechten Centrum, die Augen auf, und man begriff die Gefahr. Die Folge war dann der geſtrige Beſchluß [3]), der mit 90 Stimmen Majorität gefaßt wurde und der der Linken all die Früchte ihrer eigenen ungemein klugen Operationen, der Ereigniſſe und der Dummheit der Majorität entriß. Da nun außer Baſſermann auch Reichensperger [4]) aus Berlin hier eingetroffen iſt mit ſeiner Kenntniß der Zuſtände dort, ſo iſt zu hoffen, daß die N.-V. die Löſung der dortigen Criſis ſich ſelbſt überläßt und in keiner Weiſe eingreift. Um auch das anzuerkennen, muß ich ſagen, daß das Reichsminiſterium ſich in den letzten Tagen ſo ungeſchickt benommen hatte, daß auch daher die Gefahr noch drohender wurde. Löſen ſich, was ich feſt hoffe, die Dinge in Preußen glücklich, dann bleibt der rothen Republik nach ihren Niederlagen in Frankfurt, Wien und Berlin nur als letzter verzweifelter Verſuch etwa noch Hamburg übrig. Dann wird ſich zuletzt, was ja ſchon in den letzten Wochen geſchehen iſt, die Anarchie auf den Particularismus ſtützen, da es ihr mit der Centraliſation fehlgeſchlagen; das hat ja Rob. Blum ſchon vor etwa 6 Wochen offen und laut im Verf.-Ausſchuß angekündigt: da er mit ſeinen Ideen hinſichtlich des Centralſtaates nicht durchgedrungen, werde er jetzt den Particularismus verfechten, die volle Geltung der Einzelſtaaten.

[1]) Der Beſchluß ging dahin: Die Verſammlung erachte für nöthig:
1) die k. preußiſche Regierung dahin zu beſtimmen, daß ſie die angeordnete Verlegung der National-Verſammlung nach Brandenburg zurücknehme, ſobald ſolche Maßregeln getroffen ſind, welche ausreichend erſcheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin ſicher zu ſtellen.
2) daß die Preuß. Krone ſich alsbald mit einem Miniſterium umgebe, welches das Vertrauen des Landes beſitzt und die Beſorgniſſe vor reactionären Beſtrebungen und Beeinträchtigungen der Volksfreiheiten zu beſeitigen geeignet iſt.

[2]) Derſelbe verlangte, daß an Stelle des zur Vermittelung des Konflikts nach Berlin entſandten Reichskommiſſars Baſſermann, da derſelbe ſich dem Beſchluß vom 14. zuwider auf die Seite der Regierung geſtellt, eine andere Kommiſſion dorthin geſandt werde.

[3]) Verweiſung des Rappardſchen Antrages zur Berichterſtattung an den Ausſchuß. Ein Beſchluß vom 20. November erklärte ſodann „den auf Suſpenſion der Steuererhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen Beſchluß der in Berlin zurückgebliebenen Verſammlung ausdrücklich für null und nichtig".

[4]) Auguſt Reichensperger, von Trier.

Um zu Speziellerem überzugehen, hab ich Ihnen unter herzlichſtem Danke für die gütigſt überſandte Denkſchrift über Art. VII der Grundrechte zu melden, daß eine Menge der darin enthaltenen Wünſche bei der Berathung im Verf.-Ausſchuß bereits berückſichtigt waren. Die Beſtimmung: Jeder Grundeigenthümer kann ſeinen Grundbeſitz unter Lebenden oder von Todeswegen pp. veräußern, iſt total geſtrichen (§ 31 der neuen Faſſung); § 34 (der neuen Faſſung) iſt weſentlich im Sinne der Feſtſtellung durch die Einzelſtaaten gebeſſert; § 35 (der neuen Faſſung) iſt ganz geſtrichen, bei § 36 iſt wenigſtens Entſchädigung für die titulo oneroso erworbene Jagdgerechtigkeit ausgeſprochen u. ſ. w. Zugleich ſind in dem Abſchnitt von der Reichsgewalt die meiſten der von der Commiſſarien über die Zoll- und Steuer-Paragraphen erhobenen Bedenken und Wünſche berückſichtigt. Ungemein charakteriſtiſch war bei der 2. Berathung der Grundrechte im Ausſchuß, wie die meiſten Mitglieder, namentlich die Profeſſoren (dieſe ſind der wahre Fluch der ganzen N.-V.), ſich wandten und krümmten, einerſeits zwiſchen dem Bewußtſein und Eingeſtändniß, daß man Unrecht thue, und andererſeits der ungeheuren Angſt vor dem Verluſte der Popularität. — Was das Wahlgeſetz betrifft, ſo theile ich ganz und gar Ihre Bedenken gegen das Princip. Ich habe mehrfach verſucht, der Idee Eingang zu verſchaffen, das Wahlrecht an das Gemeindebürgerrecht zu knüpfen, aber das heißt tauben Ohren predigen; dann könnte ja z. B. Beſeler nicht mitwählen. Man muß bei der tiefſten und ernſteſten Liebe zur Sache hier ſehr gleichgültig und ſtumpf gegen Alles werden, wenn man ſieht, wie hier die wichtigſten und einſchneidendſten Sachen traktirt werden. Das Wahlgeſetz wird in dieſer Woche zur Berathung kommen, und will ich dann noch einmal den Verſuch machen, — aber, wie mit Sicherheit vorauszuſehen, vergebens. Denn das Princip, auf dem es ruht, daß der Staat aus ſo und ſoviel gleichberechtigten Individuen beſteht, iſt ja das zeitgemäße, und die Willkür im Cenſus iſt ja auch bequem für Ab- und Zuhandeln. Hier knüpfe ich noch perſönliche Klagen an. Der Ausſchuß hatte Vacanzen zu beſetzen, in der Art, daß er für jede Vacanz 3 Candidaten vorſchlägt, aus denen die N.-V., d. h. die Clubbs wählen. Ich hatte (außer Vincke) Merkeln auf die Candidaten-Liſte zu bringen gewußt, hauptſächlich in Rückſicht auf die demnächſtige Frage vom Reichsoberhaupt, und hatte ſodann veranlaßt, daß der Ausſchuß ſeine Wahl ſo warm empfahl, daß ſie ſicher war. Da erklärte Merkel, daß er ſie nicht annehmen könne, weil er Weihnachten zu Haus müſſe! Dafür mag man ihm in Hannover eine Bürgerkrone flechten; denn es iſt viel mit dieſer einen Stimme verloren gegangen. Vincke, den ich nicht um der Frage vom Oberhaupt, wohl aber wegen des Wahlgeſetzes pp. gewünſcht hatte, iſt den Profeſſoren, die im

Ausschuß dominiren, natürlich viel zu bedeutend und gefährlich, und darum haben die Herren jetzt die Absicht, bei einer neuen Vacanz 3 Candidaten von der Linken vorzuschlagen, damit ja Niemand hineinkomme, der ihnen mit rechter Entschiedenheit entgegentrete. Jetzt machen Scheller [1]) und ich allein Opposition in diesem Sinne, aber zu schwach, als daß dieselbe mehr vermöchte, als hie und da Übles verhüten.

Sie haben früher meine Ansicht über Ihr P. M. vom Juli d. J. an Ihre Wähler zu haben gewünscht, d. h. namentlich über die Frage, ob Sie dasselbe sollen drucken lassen. Ich habe diese Frage auf das allergründlichste geprüft, ich habe das P. M., das ich durch Droop erhalten, zuletzt noch wiederholt so gelesen, als wenn es schon gedruckt wäre, und kann Sie nur auf das allerdringendste bitten, dasselbe ja drucken zu lassen. Etwaige Bedenken dagegen, welche Ihre Collegen früher gehabt und geäußert haben, stehen jetzt dem Drucke nicht mehr entgegen. Was Sie darin von den kommenden Dingen gesagt haben, hat sich so bewahrheitet, daß eben darin, daß schon Monate zwischen der Abfassung und der Veröffentlichung vergangen, einer der größten Reize und Vorzüge des P. M. liegt. Die Veröffentlichung wird auch, wie ich überzeugt bin, im besten Sinne auf unsere Hannoverschen Wahlen wirken. Die Veröffentlichung, wenn Ihre Collegen dieselbe nicht gewünscht haben, könnte ja, was dieselben jetzt gewiß nicht mehr beanstanden werden, von Osnabrück aus geschehen; ich bitte Sie aber nochmals dringend, lassen Sie sich nicht von ganz vagen Bedenklichkeiten Anderer zurückhalten. Mir hat, ni fallor Droop gesagt, ehe ich die Schrift selbst gelesen: ein Hauptbedenken gegen die Veröffentlichung sei das, was Sie über Gagern darin sagen. Nun ist das ja aber Alles die reine Wahrheit und weiter nichts; ich bin mit Gagern sehr befreundet und ein Angriff auf ihn schmerzt mich, aber so weit geht meine Freundschaft nicht, daß ich die Wahrheit darum nicht gesagt wünschte. Wenn Sie und Ihre Collegen noch einmal die Sache überlegen, bitte ich das Moment der Wirkung auf die Wahlen nicht zu vergessen. Ich fürchte überhaupt, es wird dort wenig für die Wahlen geschehen. Die Wühler werden sich derselben natürlich zu bemächtigen suchen. Hielte gar der schlimme Zustand in Berlin so lange an, daß unsere Wahlen unter dem Drucke und Eindrucke desselben vorgenommen würden, so würde es auch mit dem glücklichen Zustande unsers Landes zu Ende sein. Das ist eine Sorge, die mich vielfach drückt.

Vor einigen Tagen wurde ich hier durch Christiani [2]) überrascht; er ist noch hier, ich sehe ihn aber nur auf der Tribüne der N.-V. Verstand ich ihn recht, so hat er Sie in Hannover gesehen.

[1]) Oberlandesgerichts-Präsident von Frankfurt a. d. Oder.

[2]) Aus Lüneburg, bekannt als liberales Mitglied der Kammer von 1832 ff.

Vermuthlich wird man nächstens noch mehr Truppen für den Reichsdienst von Ihnen verlangen, diesmal wahrscheinlich für das südwestliche Deutschland; es gährt überall wieder, und wäre nicht das schlechte Wetter, so hätten wir sicher schon wieder einige Putsche gehabt. Was ich mehr als dergleichen fürchte, ist, zumal seit Blums Hinrichtung, der Meuchelmord, zu dem sich in der demoralisirten Canaille hier im Südwesten Werkzeuge genug finden.

Herzlich ergeben Der Ihrige

Detmold.

Nr. 72. Hannover, 19. November.

Wenn die diplomatischen Berichte nicht täuschen, so scheint die Fluth in Berlin sich zu senken; der dortige Beschluß hat darauf eingewirkt. Er ist an sich eine Halbheit; allein in dieser rasenden blinden Leidenschaft, in dieser Aufregung, von der durch Gülich [1]) Ihnen höchstens noch ein schwacher Abglanz zugekommen seyn wird, da ich ihn hier 24 Stunden gemäßigt und Hannover seinen beruhigenden Einfluß nicht verfehlt hatte, war eine solche Halbheit wohl das Einzige, das Eingang finden konnte. Ich glaube, daß die Aufgabe Frankfurts in dieser Sache durchaus keine andere ist, als zu temperiren, mit allen Mitteln, die dazu dienen können. Zeit gewinnen, vermitteln, wenn auch erfolglos; ist doch auch schon der Zeitgewinn unter solchen Umständen viel werth. — Was wäre auch anderes zu thun? Die gänzlich toll gewordenen Streiter sich selbst zu überlassen? Das würde ein Amerikanisches Messergefecht. Dazwischen donnern? Ja, wenn man Radicalismus und crasses Preußenthum einigen will; gesetzt nämlich, man hätte die Kraft einzureden nicht blos, sondern zu handeln. — Was soll aber anderes geschehen als Zeit gewinnen? Wenn die Berathung zu Brandenburg von diesen 226 Wüthenden gegen höchstens 175 Mildere fortgesetzt wird, was will daraus werden? Und wenn man auflöfete, was wollte aus der Crisis bei dieser furchtbaren Aufregung des Fiebers werden? Wenn man einen 18. Brumaire wollte, so mußte man die Sache nicht so angreifen.

So wie die Sache jetzt liegt, thut es mir leid, daß Bassermann sich daran abgenutzt hat; aber es schadet nicht. Man rufe ihn zurück und schicke andere hin, solche, die auch nichts ausrichten, und an denen möglichst wenig verlohren, halte nur die Sache schwebend, bis die Zeit das Beste gethan hat und nach dem Paroxismus die natürliche Erschlaffung eingetreten

[1]) Regierungsreferendar von Gülich, Sohn von Stüves Jugendfreund Gustav von Gülich, war, von Berlin kommend, durch Stüve an Detmold empfohlen worden.

ist. Bis dahin aber lasse man in allen Zeitungen den anticonstitutionellen Unsinn dieser Beschlüsse, den Wahnwitz einer Steuerverweigerung — nicht etwa durch die Versammlung, die zu bewilligen hatte, nach Ablauf einer Finanzperiode, nicht etwa eine solche, gegen die man durch Wahl ans Volk appelliren könnte, sondern einer inamoviblen Versammlung, eine Verweigerung bewilligter Steuern, morgen im Tage durch quemlibet de populo [ans Licht stellen?]. Sind denn nun etwa auch alle Preußen von Gottes und Rechts wegen befugt, zu schmuggeln? Was wird dann aus dem Zollverein. — Gewiß dieser sogenannte letzte Trumpf ist der letzte Unsinn. Aber alles das, welch ein Stoff zu beschwichtigender Unterhandlung!

Sie werden das freilich ohne mich wissen, aber wes das Herz voll ist, davon geht der Mund über. Der Regierung müssen solche Zwischenfälle willkommen seyn, und die Versammlung verliert dadurch Sympathieen. M. E. hätte die Regierung nicht zugleich die Versammlung und die Berliner Bürgerwehr, sondern zuerst nur diese angreifen sollen Sie that dann nur, was ihres Amts, indem sie Ordnung herstellte, und die Versammlung, die die Unordnung hätte schützen wollen, wäre verlohren gewesen. Das ist aber verlohren gegangen, und jetzt sehe ich kein anderes Mittel, als in jenem Wege, die Sache erst wieder aus der rasenden Leidenschaftlichkeit heraus zu ziehen.

Die Deutsche Zeitung scheint mir jetzt ziemlich haltlos umher zu schwanken. Gestern enthielt sie einen Artikel gegen die Zolldenkschrift, der von der allerwillkürlichsten rechtlosesten Gesinnung dictirt schien. Es ist überhaupt Politik der Partheien, die gründlicheren Gegenschriften in den Zeitungen zu belügen, und solche nicht aufkommen zu lassen. So giebt sich die Morgenzeitungsclique alle Mühe, die Wangenheimschen Aktenstücke [1]) zu belügen, und der armselige Wachsmuth hat sich darauf auf eine wahrhaft erbarmenswerthe Weise prostituirt. Das Buch wird aber doch mit Effekt gelesen. Dabei fällt mir ein, ob vielleicht es dienen könnte, wenn unsere Denkschrift über Art. 7 der Grundrechte in irgend einer Zeitung vernünftig besprochen würde. Die Helden der Grundrechte werden natürlich sehr geneigt seyn, sie in ihrer Weise zu commentiren.

Hier ist in den letzten Tagen natürlich die Aufregung von Berlin und Wien aus auch gewachsen, doch glaube ich, daß sie eher sinkt als steigt. Am Donnerstag hat sich der constitutionelle Verein constituirt, ein wunderbarer Mischmasch, der sich nicht halten wird, von Callin, Hoyns, Rumann bis zu Oldekop [2]) u. s. w. Zum Präsidenten hat man gewählt wen? Rumann. Der hat abgelehnt. Darauf ist am Ende Starcke [3]) Präsident ge-

[1]) Vgl. oben S. 30. — [2]) Kammerrath.
[3]) Regierungsrath im Justizministerium.

worden und ich glaube Callin Vicepräsident. Es wirkte gerade die Berliner Sache auch da ein. — In Nörten haben die Leute auf den Grund des Rundschreibens die Zahlung einer Dienstablösungsrente geweigert, indeß legen sie sich zum Ziele.

Die Berliner Zeitung ist heute nicht zur rechten Zeit gekommen; aus den andern sehe ich, daß der unsinnige Antrag des volksw. Ausschusses über die Flüsse[1]) mit 207—200 Stimmen angenommen ist; auch verkündigt die Cölner Zeitung wieder das Sinken des Reichsministeriums, damit könnten denn meine obigen Betrachtungen auch sehr haltlos werden, und würde ohne Zweifel die Sache zu einem offenen Kampfe kommen, dessen Ausgang ich weit entfernt bin, auch nur zu muthmaßen. Wahrscheinlich würde sichs zeigen, daß das Sinken der Aufregung seit dem 18. September doch nur „Patrouillotism" war und keine Heimkehr der Gemüther zum Rechten.

Abends.

Ich habe den Brief noch nicht geschlossen, um erst Abends nach Nachrichten mich umzuhören. Es ist aber nichts. Gestern Abend, und heute früh fehlt der Bahnzug von Berlin. Auch von Leipzig ist derselbe ausgeblieben, dagegen von Magdeburg angekommen. Was das nun zu bedeuten hat, darüber wollen wir uns den Kopf nicht zerbrechen.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 73. Frankfurt, 28. November.

Dem beiliegenden Stück der Verf. will ich in Eile nur einige Zeilen beifügen. Die Berliner Wirren sind ja gelöst und zwar ehe Gagern Zeit hatte, kühne Griffe darin zu thun, was mir auch seinethalben lieb, da er mehr als jeder Andere (wegen seiner leicht entzündbaren Natur) dabei sich kompromittirt haben würde. Seine Reise[2]) hat aber auch, wie ich überzeugt bin, von Anfang an einen über jene Wirren hinausgehenden Zweck gehabt, nämlich die Frage vom Reichsoberhaupt. Ohne Zweifel hat man sich in Berlin bisher geweigert, die angebotene Kaiserkrone anzunehmen; man hat nun hier wahrscheinlich gemeint, der König sei dort wieder so tief in den 18. März hineingerathen, daß er jetzt acceptiren müsse, sich wieder aus Preußen nach Deutschland hineinretten, obgleich man jetzt in Berlin mit Schwarzrothgold schwerlich einen Hund hinterm Ofen hervorlocken wird.

[1]) Aufhebung der Flußzölle.

[2]) Er war am 23. in Begleitung Simsons nach Berlin abgereist. Am 27. November trat die Nationalversammlung in Brandenburg zusammen, vertagte sich jedoch wegen Beschlußunfähigkeit. Am gleichen Tage hatte Wrangel etwaige Versammlungen der Abgeordneten in Berlin verboten.

Dabei ist wohl auf Gagerns eminente und bezaubernde Persönlichkeit und des Königs Empfänglichkeit für alles Subjektive und Persönliche gerechnet. Kurz, ich glaube, Gagern soll in Berlin das Capitel der Verfassung: Vom Reichsoberhaupte fertig machen. Im Verfassungsausschuß, wo die Frage in der nächsten Woche zur Erledigung kommen wird (bisher ist sie noch gar nicht berührt worden) sind die Verfechter der Monas in der Majorität, und kommt die Monas aus dem Ausschuß, so ist in der Versammlung selbst an gar keine Remedur zu denken. Umgekehrt eher: siegt im Ausschuß die Trias, so kann sie noch in der N.-V. unterliegen. Da nun die Frage vermuthlich gerade jetzt in Berlin verhandelt wird, so möchte ich anheim geben, dorthin Jemanden zu senden, der ein gewichtiges Wort mitsprechen könnte, vielleicht auch Sachsen pp. zu ähnlichen Schritten aufzufordern. Ich bin fest überzeugt, daß dergleichen in Berlin selbst den größten Anklang finden wird, wo man wahrscheinlich von hieraus in unangenehmer Weise gedrängt wird. Doch Sie werden das Alles durch Bothmer schon wissen und das Nöthige wohl längst eingeleitet haben.

Über den schmachvollen Beschluß wegen der Blumschen Todtenfeier[1]) sage ich nichts; es ist meines Erachtens das Schimpflichste, was je über die N.-V. gekommen; vielleicht ist Einiges noch zu remediren, aber freilich unter bösen Kämpfen.

Herrn von Gülich habe ich gesprochen und will sehen, ob ich ihm nützen kann. Da er aber durch Stockmar empfohlen ist, scheint mir jede weitere Empfehlung überflüssig. Merkwürdig, wie der sonst so klar sehende Mann von den Berliner Phantasmagorien umnebelt war — wie freilich so viele Andere es waren. Die Herren Rodbertus und Schulz waren hier, um Bassermann zu widerlegen u. s. w., haben aber ein so schmachvolles Fiasco gemacht, wie ich es nie erlebt. Nächstens mehr.

Wie stets der Ihrige
D.

Nr. 74. Frankfurt, 5. December.

Sie werden, theuerster Freund, ohne Zweifel bereits von Berlin aus bestimmte Kunde darüber haben, daß meine neulichen Vermuthungen über Gagerns Reise nach Berlin gegründet waren — ohne Zweifel auch, daß er seine Zwecke nicht erreicht hat. Der König hat die offerirte Kaiserkrone auf das allerentschiedenste refüsirt. Das macht aber die Professoren-Parthei, die jetzt Alles umkehren will, nicht irre. Die Sub-Comission des Verf.-

[1]) Beschluß vom 23. November: das Andenken Robert Blums durch eine würdige Todtenfeier zu ehren, und mit den desfallsigen Einleitungen eine Kommission von 5 Mitgliedern zu beauftragen.

Ausschusses hat den Abschnitt vom Reichs-Oberhaupte in den Grundzügen fertig, noch ist nichts davon vorgelegt, alles vielmehr noch tiefes Geheimniß — aber das weiß ich, daß der König von Preußen als erbliches Oberhaupt die Spitze bilden soll. Die Weigerung des Königs, diese Stellung anzunehmen, hat die Herren zwar für den Augenblick etwas irre gemacht, allein sie haben sich wieder recolligirt. Des Königs Weigerung macht nichts — er soll gezwungen werden. Der Abschnitt wird nächstens (wann, ist noch nicht genau zu bestimmen) dem Verf.-Ausschuß vorgelegt werden; hier wirds zwar harte Kämpfe geben, Dahlmann, Beseler, Waitz, Droysen[1]), Soiron pp für die Einheit mit dem König von Preußen; Welcker[2]), Rotenhan[3]), Lasaulx[4]), Jürgens, ich und einige andere dagegen; aber Jene werden die Majorität haben, das ist außer Frage. In der Nat.-Versammlung selbst ist ebenfalls nicht daran zu zweifeln. In die Fraktion, von welcher noch besonderer Widerstand zu erwarten gewesen wäre, der s. g. Augsburger Hof, ist Beselers Bruder, der Schleswiger[5]) eingetreten, den man alberner Weise, ohne daß er sich auch nur bisher in der N.-V. einmal gezeigt gehabt hätte, zum 2. Vice-Präsidenten gewählt hat und sicher bald zum 1. Präsidenten wählen wird, in kindischer Demonstration gegen Dänemark, mit dem man über den Frieden unterhandelt. An eine Majorität in der N.-V. selbst zweifle ich, wie gesagt nicht für jene Idee der Monas — ebenso wenig aber zweifle ich daran, daß Österreich protestiren wird, und Bayern wahrscheinlich mit; letzteres hat gewiß nicht umsonst seine Armee jetzt in aller Eile auf 90000 Mann gebracht. Am stärksten wird der Wahnsinn dem Könige von Preußen gegenüber zu Tage treten: denn wer soll ihn zwingen, wenn er sich nicht zwingen lassen will, und wie will man das durchführen? — Ich gebe Ihnen von der Geschichte, die ich in dem Augenblick erfahre, sogleich Kunde, damit Sie wenigstens einige Vorkehrungen treffen können; ich meine, Sie müßten die Höfe von Wien oder jetzt Olmütz, Berlin, München, Dresden sofort durch vertraute Leute beschicken und zu gemeinschaftlichem Handeln auffordern, damit man Sie nicht wieder allein lasse, wie im Juni d. J. (In Dresden werden Sie freilich bei Oberländer[6]), dem Freunde Blums, wenig Unterstützung finden.) Kommen gemeinschaftliche Proteste von Oesterreich, Preußen, Bayern pp., so werden die Gegner doch am Ende noch Vernunft annehmen. Die Hauptsache ist, den König von Preußen in seiner Weigerung stärken und erhalten. — Ich

---

[1]) Professor, von Kiel.
[2]) Geheimerrath, letzter Vertreter Badens in der Bundesversammlung.
[3]) Freiherr von Rotenhan aus Franken. — [4]) Professor, von München.
[5]) Expräsident der provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein.
[6]) Minister des Innern und Leiter des Ministeriums.

will heut Abend noch mit Bothmer reden, damit der sich mit dem Bayerischen Bevollmächtigten pp. in Verbindung und Benehmen darüber setze. Sowie ich Näheres höre, melde ich's. — Merkel wird wohl in diesen Tagen, gründlich von seinem Deutschen Enthusiasmus geheilt, bei Ihnen eintreffen. Er ist sehr unzufrieden mit seinem hiesigen Aufenthalt und hat alle Ursach dazu, von seinem ersten albernen Enthusiasmus an, durch die ganze Protestgeschichte der 22 Hannoverschen Deputirten (er ist ja Conceipient des albernen Dings) bis zu seinem Ausscheiden aus dem Casino und seiner endlichen Weigerung, in den Verf.-Ausschuß einzutreten, wo er eben in dieser heißen Frage vieles wieder hätte gut machen können, statt daß statt seiner Gülich [1]) von Schleswig eingetreten ist, der ein Werkzeug in Beselers Hand ist.

Das Oesterreichische Programm [2]) ist doch einmal wieder ein staatsmännischer Ton in dem Geheul und Gebrüll der Betrunkenen und Kinder, das in den letzten Monaten Einem die Ohren erfüllt hat.

Von Herzen der Ihrige
Detmold.

Nr. 75. Hannover, 7. December.

Lange Zeit, lieber Freund, sind mir die Dinge nicht so widerwärtig gewesen, als eben jetzt. Nicht um hiesiger Zustände willen. Der Blumscandal ist längst im Sande verlaufen und die Versuche unserer Rothen, im Militär Hetzerei zu erregen — ermöglicht durch eine fehlerhafte Maaßregel Jacobis [3]), die Verlegung der Bataillone aus den alten Quartieren, wodurch man namentlich die Unteroffiziere sehr hart getroffen und verletzt hat — werden wohl nur den Erfolg haben, daß es leichter ist, jetzt fehlerhafte Einrichtungen zu beseitigen. Daß der König etwas kränkelt, ist doch sorgenerregend. Im übrigen sind wir eifrigst beschäftigt mit den Vorbereitungen für den Landtag, der einem diesmal wirklich mit Ende Januar zu früh kommt. Es ist so unsäglich viel zu thun. Die Organisation von Justiz und Verwaltung sollte billig so reiflich durchgearbeitet werden, daß man Zeit wünschen muß. Ich will nun hauptsächlich die Provinzialbehörden auf die Niederländische Basis bringen, d. h. den Provinzialständen einen

[1]) Obergerichtsadvokat.

[2]) Das vom Fürsten Schwarzenberg der Reichsversammlung zu Kremsier vorgelegte Programm vom 27. November. Vgl. Roth u. Merck, Quellensammlung. II. S. 67. Es fand sich darin bezüglich des Verhältnisses zu Deutschland der Passus: „Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen."

[3]) Oberst, General-Adjutant.

großen Einfluß einräumen. Ebenso den Landleuten bei den Aemtern. Beide Dinge greifen aber so tief, daß ich mich darauf beschränken werde, die Grundzüge von den Ständen genehmigen zu lassen, damit man uns zugesteht, die Sache durch Verordnungen zu organisiren, von denen man, wenn die Praxis es fordert, leichter abkommt. Gesetzlich muß man dergleichen erst feststellen, wenn es wirklich ins Leben getreten ist. Dazu kommt, daß eine Hauptarbeit in der Organisation der Gemeinden besteht. Das sollte durch Bildung von Domizilverbänden geschehen, und dazu steht mir nun wieder die dumme Idee des Reichsgesetzes im Wege. — Wie faselnd ist es doch, über Heimathsrecht zu legisliren (mit K. Reck[1]) zu reden), ohne die Gemeinden zu kennen. Braun arbeitet heftig an den Schulen, Lehzen an den Finanzen; wüßte er auch da nur, wessen man sich in Frankfurt zu versehen hat! Düring plagt sich mit dem Gerichtswesen, hat einige Grundzüge publik gemacht, darüber die Meinungen nun wild durcheinander laufen. Alles das führt aber doch wieder auf die Bahn des Positiven. Die Provinziallandschaften berathen selbst ihre Umgestaltung auf ganz vernünftiger Basis; die Junker scheinen einzusehen, daß sie sich neben die Bauern stellen müssen, wenn sie wieder aufkommen wollen. In Stade haben sie Öffentlichkeit bereits eingeführt, für Lüneburg ist sie beschlossen. Schmoldt von Ritsch[2]) hat deßhalb mit seiner konstituirenden Versammlung gar nicht auftauchen mögen.

Das sind unsere Zustände, bei denen mich nur das drückt, daß ich die Sachen nicht so rasch ausführen kann, als ich wünschte, um mich wieder zurückziehen zu können, das Einzige, wonach ich wahres Verlangen habe. — Aber nun sagen Sie um Gottes Willen, wie stehen denn nun die Dinge draußen. Östreich, Preußen, Pabst, Kirche. Man braucht die Worte nur zu nennen, um die äußerste Confusion anzudeuten. Dazu in Paris am Sonntag die Präsidentenwahl! — Ich kann an die unselige Lage, in die die Wuth der Volkssouverainetät, das Verlassen der positiven Basis Deutschland gegen Östreich gebracht hat, nicht ohne Schmerz denken. In Frankfurt hat man das nicht gefühlt; Gagern selbst scheint trotz seinem Versuch, die Dummheit zu erhellen, nicht gefühlt [zu haben], daß seine Preußische Kaiseridee diesen Riß unheilbar macht. Wird er nun jetzt nach diesen Errungenschaften des 5. December[3]) noch dabei beharren? — Uebrigens war

---

[1]) Dr. Reck, Assessor des Spruchkollegiums in Göttingen. Vgl. über den Sonderling Bunsens Leben von Nippold. I. S. 48. R. hatte den Ausdruck spottweise in einer geistreichen Schrift über Hypothekenwesen (1836) gebraucht.

[2]) Hofbesitzer im Bremischen.

[3]) Octroyirung der preußischen Verfassung und königliches Patent, welches eine Reihe von Reformgesetzen ankündigte.

ſchon, ich meine vor dem 21. oder 22. November, dieſe Octroyirung ziemlich reif, wurde aber noch zurückgehalten. Neben dieſer Octroyirung aber ſtand auch ganz entſchieden der Gedanke, in den Deutſchen Reichsfragen ſich von den übrigen Staaten nicht zu trennen. Speculirte alſo Gagern wieder auf die Verlegenheit, ſo war er darin falſch geführt.

Es iſt löblich, daß Sie dort die Verfaſſung fördern. Zwar enthält auch der ſchließliche Entwurf der Grundrechte Unſinn die Fülle, und ich zweifle nicht, daß dieſer auch wird beſchloſſen werden. Allein wenn man nur aus dieſem ſouverainen Hin- und Herfahren herauskommt, ſo muß man ſich alles gefallen laſſen. Der Entwurf des Zollgeſetzes bringt die Stadt Hannover in Deſperation, die ihre Laſt durch ein freilich unhaltbares indirectes Steuerſyſtem erleichtern möchte. Das muß man ſich jetzt alles gefallen laſſen. Kommt Zeit, kommt Rath. — Das neue Preuß. Wahlgeſetz ohne Cenſur, aber mit Wahlmännern, kommt aber auch Ihrem Reichswahlgeſetze wieder in die Quere. Je mehr Sie dort ſpecialiſiren, deſto ſchwerer machen Sie ſich alles.

Daß Freudentheil die bêtise begangen, für Einkommenſteuer zu peroriren, iſt um ſo characteriſtiſcher, als Plaß doch ſogar hierher geſchrieben: In den einzelnen Staaten halte er zwar auf Einkommenſteuer, aber in der Reichsverfaſſung gehe es nicht. Er hat gemeint, im März wären Sie dort wohl fertig — was Gott geben wolle, ich aber nicht hoffe, wenn die Geſetze alle fertig werden ſollen. — Aber was wird aus dem Ganzen, wenn Öſtreich beim Bunde verharrt? Preußen mit den übrigen Staaten unterhandeln will? Wenn die Trias — der einzige praktiſche Gedanke — von der überweiſen Verſammlung in ähnlicher Art zurückgeſtoßen wird, wie Öſtreich? — Zuweilen hat die Verſammlung ihre Schauer von Trunkenheit, auf die dann der Katzenjammer folgt. Vid. Rob. Blum!

d. 8.

Vielen Dank für Ihre Mittheilungen, die ich eben erhalten und ſofort an Graf Bennigſen weiter geſandt habe. Sie geben mir den vollſtändigen Commentar zu den leidenſchaftlichen Artikeln der heutigen Deutſchen Zeitung, namentlich gegen Cloſen[1]), ſowie zu dem Hin- und Herlügen der Cölner Correſpondenten über Gagerns Aufnahme in Potsdam. Wie wird man nun die Octroyirte aufnehmen! Lächerlich iſt mir der Beſchluß: der Adel iſt als Stand abgeſchafft. Das heißt mit anderen Worten: dem alten Adel wird der höchſte Werth beigelegt. — Denn bleiben thut er ja, und die Regierungen haben kein Mittel, ihn zu paralyſiren. — Der Entwurf des Heimathgeſetzes hat zwei tiefe Fehler. 1) daß man ſich nicht gegen Schufte

[1]) Staatsrath Freiherr von Cloſen, bayeriſcher Bevollmächtigter bei der Centralgewalt.

schützen kann, so lange sie nicht wegen gemeiner Verbrechen gestraft sind; 2) daß ein Recht auf Armenunterstützung gegeben ist. Beides ist verderblich. Daß Merkel nicht zu Staatsgeschäften taugt, ist meine Ueberzeugung von lange her. Er wird sich darüber unglücklich fühlen, und das ist der Hauptmangel. Er hätte sich selbst kennen sollen; und die andern hätten ihn auch kennen sollen. Ich muß schließen und zum König. Leben Sie recht wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 76. Frankfurt, 10. Dezember.

Neues hab ich Ihnen, th. Freund, eben nicht zu berichten. Den Entwurf der Sub-Comission sandte ich Ihnen gestern. Den §, der die erbliche Kaiserwürde dem Hause Hohenzollern überträgt, hat man gestrichen nach Gagerns Rückkehr, was unnütz und nur albern ist. Im Übrigen beharrt die Professoren-Parthei bei ihrer Ansicht, den König von Preußen zum erblichen Kaiser zu machen. Da er nicht will, soll er gezwungen werden, nöthigenfalls zur Abdikation: der Prinz von Preußen werde schon wollen. Daß aber der König nicht will und festbleibt, ist namentlich aus Vinckes Rückkehr sicher, und, wie er mir sagt, zum Hierbleiben, ersichtlich; der, so klar und praktisch er sonst ist, will doch in dieser Sache das Unausführbare, den erblichen Kaiser; sein Name in einem neuen Preußischen Ministerium wäre also ein Programm in dieser Richtung gewesen. Als es einige Tage lang hieß, Vincke sei doch Minister geworden, sagte mir Radowitz: „dann hat der König nachgegeben" (denn Vincke giebt nie nach). Daß aber der König festbleibe, ist jetzt wohl mit Sicherheit anzunehmen; denn wie ich weiß, geschehen von München und auch von Wien aus entschiedene Schritte in dieser Richtung, und der König in München, der sehr schwankend, hat von hieraus eine ganze Reihe Briefe vertrauter Freunde erhalten, die alle im gleichen Sinne lauten. Das Alles muß der Professoren-Parthei ebenfalls bekannt sein; aber sie läßt sich nicht beirren, sondern geht grad aus auf den Erbkaiser los. Überleg ich mir, wie die Dinge sich praktisch gestalten werden, so ist nur Eins zu besorgen, daß nämlich die N.-V. ihre Thätigkeit zuletzt noch mit einem enormen Ridicule schließe; Schlimmeres befürchte ich nicht. Die Regierungen haben die N.-V. gewähren lassen und trotz ihrer Insolenz schonend behandelt, so lange und weil die N.-V. eine gute und tüchtige Schutzwehr gegen die Anarchie bildete. Jetzt ist die — bis etwa neue Pariser Crisen neue Erschütterungen bringen — überwunden; denn in Wien und Berlin ist die Ordnung wiederhergestellt, und anderswo macht man höchstens Putsche und Krawalle,

Revolution nur in Wien und Berlin. Man hat die N.-V. also nicht mehr nöthig und wird sie bei erster Gelegenheit hinter den Ofen stellen. Die Gesammtverfassung, die dann vielleicht die Regierungen für Deutschland vereinbaren werden, würde auch sicher weit vernünftiger werden, als die, welche die N.-V. macht. Statt nun diese Stellung der N.-V. richtig zu begreifen und sich vernünftig zu betragen, will man zu guter letzt noch einen recht tollen und albernen Spuk machen, der kaum im März möglich gewesen wäre, jetzt aber kompleter Wahnsinn ist; man wird sich blutige Nasen und einen vielbelachten Tritt in den H..... holen und dann hinter den heimischen Ofen zurückkehren. Dieses Ridicule möchte ich der N.-V., weil ich und einige gute Freunde zu ihr gehören, gern ersparen, aber ich predige bis jetzt tauben Ohren. — In Preußen werden die Sachen, wie ich nicht zweifle, gut gehen; das Volk wird und muß die Vereinbarungs-Versuche, die in 6 Monaten nur bis § 3 gekommen, satt haben und wird sich nicht für die rein formelle Frage über die Genesis der Verfassung erheben und in Bewegung setzen lassen. Man wird etwas Spektakel machen, unter Protest wählen, unter Protest am 26. Febr. in die Kammer eintreten und dann die Verfassung acceptiren. Ich denke, daß die Sache auch namentlich für uns in Hannover glücklich gekommen ist, und daß die Wahlen jetzt ein anderes Resultat liefern werden, als sie bei einer Fortdauer der Wühlerei und Unruhe in Berlin gegeben haben würden.

Der Gedanke an diese unsere Wahlen beschäftigt mich viel, und ich wünsche mich oft nach Hannover, um dabei mitwirken zu können, obgleich mir noch heute Rasch[1]) sagte, mein Name sei jetzt dort so sehr als reaktionär verschrieen, daß mir alle Wirksamkeit fehlen werde. Tempora mutantur, aber wir wahrhaftig nicht mit ihnen. Wenn nur in Ihren konstitutionellen Vereinen dort Leute sind, welche die Sache mit Energie in die Hand nehmen! Darüber möchte ich gern einmal etwas hören. Haben Sie irgendwo Einfluß, so verhelfen Sie mir zu einer Wahl; ich denke, wir werden hier früh genug fertig werden, so daß ich dort noch eintreten kann. Denke ich mir die Elemente der nächsten Cammer-Opposition, die Ihnen gegenüber stehen wird, so wird mir kurios zu Sinn; seltsame Subjekte werden sich da gegen Sie zusammenschaaren — aber nur um bei der allerersten Gelegenheit auseinander zu fallen. Rumann, Gerding von Celle, Ellissen von Göttingen, Fr. Lang, Hantelmann, Detering[2]), Julius Meyer[3]), Harrys[4]), Lafrenz[5]), Bueren u. s. w. u. s. w., wahrhaftig, mich

[1]) Schatzrath, später Stadtdirektor in Hannover.

[2]) Advokat in Osnabrück.

[3]) Hüttenbesitzer zu Beckerode bei Osnabrück, demokratischer Agitator.

[4]) Redakteur der Morgenzeitung. — [5]) Gutsbesitzer in Otterndorf, Condeputirter.

lüstert's, unter diese Leute zu kommen, und ich bitte Sie, mir zu rathen, wie ich's anzufangen habe, da ich von hieraus nicht übersehen kann, wo die Leute ganz oder weniger toll sind. Am liebsten hätte ich eine Wahl in der Residenz selbst — dort ist aber wohl keine Hoffnung? Entschuldigen Sie, daß ich Sie mit dergleichen Personalien und Lappalien behellige.

Noch muß ich Sie mit einer andern Sache behelligen. Braun schrieb mir vor einigen Tagen wegen eines Germanisten für Göttingen: er reflektirte auf Beseler oder Thöl. Da letzterer mir ein wenig zu links, ich auch mit B. und dessen bedeutenden Eigenschaften wohl bekannt, wandte ich mich an ihn, eigentlich im Voraus einer hochmüthigen Ablehnung gewiß: ich wußte, wie hochmüthig er eine Unterstaatssekretärsstelle ausgeschlagen, weil ihm nur ein Ministerposten gebühre. Er nahm die Sache aber besser auf, als ich erwartet, und wünschte nur einige Bedenkzeit, bis die Dinge in Preußen sich übersehen ließen. Das ist nun freilich nur ein Vorwand. Es wird hier von vielen Seiten, und unter der Hand auch von Beseler, auf einen Minister-Wechsel hingearbeitet. Tritt der ein und wirft er ein Portefeuille für B. ab, so wird er den Ruf nach Göttingen ablehnen, sonst wird er ihn wohl annehmen. Hätten Sie wohl die Güte, dieses vorläufig Ihrem Collegen Braun mitzutheilen, nur damit er sieht, daß ich seinen Brief erhalten. Ich werde in den nächsten Tagen bei Beseler sofort anfragen, und ihm ins Gewissen schieben, daß die Sache bald in Ordnung komme. B. würde übrigens ein außerordentlicher Gewinn für Göttingen sein, trotz seines ungeheuren Hochmuths. —

Morgen wird im Vers.-Ausschuß die Berathung über die Oberhaupts-frage beginnen.

Ihr

Detm.

Für Kritiken der Aktenstücke Wangenheims will ich sorgen, namentlich, daß die OPAZ. nun dergleichen bringe, was ihrer Stellung zum Reichs-Ministerio wegen besonders interessant sein würde. Dann noch wo möglich für die Deutsche Zeitung und die Augsb. Allgemeine Zeitung. Können Sie mir dort eine Kritik schreiben lassen, so bin ich gern bereit, sie unterzubringen, da mir wegen der vielen Sitzungen in der N.-V., dem Ausschuß, den Clubbs pp. es an aller Zeit fehlt.

Nr. 77. Hannover, 13. Dezember.

Was ich Ihnen heute mittheilen wollte, lieber Freund, ist besonders zweierlei. Erstlich sage ich herzlichen Dank für den Entwurf der Sub-commission über die Reichsgewalt. Derselbe hat mich überrascht durch den Reichsrath. Ich hatte mir nicht möglich gedacht, daß diese Unitarier die

Haltung der Einzelstaaten so sehr verstärken würden, nachdem sie das Staatenhaus so schlecht componirt, daß ich seitdem an die ganze Sache kaum mehr denken mögen. M. E. ist dieser Entwurf den Staaten von Baiern abwärts günstiger als die Trias. Ob dem Reiche selbst, das stelle ich dahin. — Preußen mit 40 Stimmen im Staatenhause und der Eifersucht von 128 anderen, gestützt durch einen Reichsrath, würde gebunden seyn, wenn auch das Volkshaus unitarisch zu ihm hielte. Ferner wird der Reichsrath noch 6—7 maritime Stimmen haben, außer den Großmächten, während die Trias außer diesen wahrscheinlich gar keine hätte. Daß die Bunsensche Idee durch bloßen Beirath abgeschwächt erscheint, achte ich weniger. Die Kraft liegt in der durch das Staatenhaus gestärkten Stellung.[1]) —

Ob nun aber in dem Ganzen nicht mehr Negative steckt, — wie in allen unseren schönen Staatsformen, als positive schöpferische Kraft, das stelle ich dahin. Und Östreich? — Ich habe aber diese Betrachtungen für wichtig genug gehalten, um sie Ihnen sofort mitzutheilen.

Das zweite, was ich Ihnen sagen wollte, bezieht sich auf Preußen. Das Minist. Brandenburg will durch Wahlcommissarien positiv auf die Wahlen einwirken, und man legt ihm dabei den Gedanken unter, der mir bei solchem Wesen gar nicht unwahrscheinlich ist, demnächst durch einen errungenen günstigen Landtag die democratischen Concessionen der Verfassung zurückzuziehen, und, wenn das nicht gelänge, noch einmal Octroyiren zu spielen. — — Man schaudert bei diesem Gedanken. Nehmen Sie dazu die Thätigkeit der Linken, die ungemeine Kraft, die eine solche Thätigkeit gewinnen wird durch unkluge Wahloperationen der Regierung, und mahlen Sie sich die Folge aus. Im günstigen Falle wird daraus ein System Louis Philippe; aber im viel wahrscheinlicheren entgegengesetzten, was dann? — Und Deutschland unter der Leitung einer solchen Regierung und in die Stürme eines solchen Verfahrens mit hineingerissen! Das entscheidet demnach für die Trias um so mehr, als nur diese den Character des provisorii wahren kann, der Östreich allein offen hält.

Gagern hat in Berlin allerdings die Persönlichkeit des Königs überrumpelnd gewinnen wollen, und deßhalb zweimal den Versuch gemacht: am Tage nach seiner Ankunft, wo er zur Tafel geladen war, und am silbernen

---

[1]) Nach dem Ausschußentwurf sollte das Staatenhaus 176 (nicht, wie im Brief angenommen scheint, 168) Mitglieder haben. Preußen 40, Oesterreich 35, Bayern 16, Hannover 10 u. s. w, die kleinen Fürstenthümer zu Gruppen vereinigt. Im Plenum wurde die Zahl auf 192 erhöhet. — Zum Reichsrath sollte nach dem Ausschußantrage jeder im Staatenhause vertretene Staat oder Staatenverband ein Mitglied, die 4 freien Städte zusammen ein solches, im Ganzen 19 Mitglieder senden. Der Reichsrath wurde bei der zweiten Berathung im Plenum ganz wieder gestrichen.

Hochzeitstage. Erst nachdem er beidemale abgefahren, hat er sich an die Minister gewandt, die er vorher gar nicht gesprochen. — Die Kirche ist aber jetzt ganz für die neue Preuß. Verfassung. Man scheint dahin operirt zu haben, und alle Zeichen beweisen es. Das macht diese unglückliche Gedankenverwirrung den Leuten noch plausibler, in der sie meinen, nun alles gerade und krumm durchsetzen zu können.

Da kommt Ihr Brief vom 10., und ich füge noch folgendes hinzu:

1) Das Reichsmin. der Justiz hat am 27/11. an Preußen eine wahrhaft unerhört unverschämte, plumpe Aeußerung wegen Publikation der Gesetze erlassen, womit sicher ungeheuer verdorben ist; nach einem neueren Erlasse an Hergenhahn und Simson [1]) scheint es nachgeben zu wollen.

2) Sie werden gesehen haben, daß die Preußische Linke plötzlich submittirt, um Wahlen zu erschnappen und hinterher in legaler Form ihre Agitationen wieder anzufangen, die für den ganz unerwarteten Fall, daß Preußen die obigen wahnsinnigen Pläne durchsetzte, gleich das fertige Werkzeug wäre, um den Boden zu unterwühlen. Auch die Morgenzeitung ist aller Welt zum Wunder seit gestern ministeriell. Was bedeutet das?

3) Von unseren Wahlen habe ich noch keinen Begriff. Wir haben sie leider wegen der traurigen Fahrlässigkeit unserer Behörden noch nicht ausschreiben können. Von den meisten Seiten her höre ich Gutes, fürchte fast zu viele Beamten. Ob die von Ihnen genannten Leute gewählt werden, ist sehr fraglich; aber für Sie halte ich ohne Bewerbung und ohne Gegenwart eine Wahl schwer, obgleich ich, wie gesagt, noch nichts übersehe. Der constitutionelle Verein hier ist lahm; wenn ich irgendwo kann, werde ich Ihren Wunsch nicht vergessen. Hier in H. sind die Sachen auch noch sehr unklar. Rumann hat neulich im const. Verein sich verschiedentlich sehr blos gegeben. Wedemeyer [2]) dagegen scheint dort eine Rolle zu spielen. Der eigentliche Gründer ist Advocat Lüders, den ich nicht kenne, der sich aber anscheinend vor allem Hervortreten scheut, obgleich er Achtung besitzt. Im übrigen haben sich dort auch Leute wie Goedeke, Hoyns, Callin geltend gemacht, während die Staatsdienerschaft, deren dort viel ist, bis auf W. wenig zu erheben scheint. — Im Volksverein dominirt Schläger und auch — — Hoyns und Callin, die in allen Sätteln gerecht sind. Diese halte ich beinahe für unvermeidlich. Wollte Gott, daß das trübe Wasser sich einmal abklärte, was erst möglich, wenn Sie in Frankfurt zu Ende sind. —

---

[1]) Hergenhahn, Präsident des nassauischen Staatsministeriums, und Simson, Tribunalsrath und Professor in Königsberg, waren nach Bassermann als Reichskommissare nach Berlin gesandt.

[2]) Geh. Kriegsrath, Generalsekretair des Kriegsministeriums.

Leider bringt es meine Stellung mit ſich, daß ich mich nicht in dieſe Vereine wagen kann, und noch weniger habe ich Zeit und Laune, in der gewöhnlichen Kneipengeſelligkeit Verbindung mit den Leuten zu gewinnen. Daher weiß ich weniger als irgend jemand. So viel ich ſehen kann, ſind die Zuſtände wenig werth. Auf das Land werden wir bauen können und müſſen.

Damit laſſen Sie mich ſchließen, da mich die Zeit drängt; erfahre ich etwas, ſo ſollen Sie weiter hören. Bis dahin leben Sie wohl und vergeſſen Sie nicht, mich in dem jetzigen bedeutenden Momente etwas im Laufe zu erhalten.

Ihr

JGBS.

Nr. 78. Frankfurt, 15. Dezember.

Eben empfange ich Ihren Brief von vorgeſtern und will in Eil nur das Neueſte melden, da ich weiß, daß Bothmer Sie au courant hält. Durch den werden Sie die letzten Vorgänge wiſſen. — Man war über die Ausſtoßung Oeſterreichs doch beunruhigt, namentlich dem ächt ſtaatsmänniſchen Programm von Kremſier gegenüber, man verlangte vom Miniſterium Unterhandlungen mit Oeſterreich. Dazu war das Miniſterium nicht berechtigt und wollte dieſe Autoriſation haben; dann ſollte Gagern als Präſident des Miniſteriums und für das Auswärtige eintreten, zugleich aber die Unterhandlungen mit Oeſterreich leiten. Ertheilung der Autoriſation war Bedingung des Eintritts Gagerns, zugleich Cabinetsfrage. Daß die Linke eben deshalb die Autoriſation weigern werde, war vorherzuſehen; auffallender Weiſe aber hieß es, daß auch eine große Anzahl Mitglieder aus den Centren dieſelbe weigern würden. Der Plan war aber nur, Schmerling aus dem Miniſterium herauszudrücken, und zwar ging der Plan hauptſächlich von der Schleswig-Holſteinſchen Parthei aus. Das Miniſterium wollte den Kampf dennoch aufnehmen, zumal die äußerſte Rechte (die Parthei Vincke) ihren Beiſtand zugeſagt und zu erwarten war, daß dieſe viele Preußen nach ſich ziehen würde. Nun ließ jene Schleswig-Holſteinſche Parthei im Caſino, die eigentlich miniſterielle Parthei, zugleich die zahlreichſte, alle Minen ſpringen; Beſeler (von Greifswalde) voran erklärte ſich gegen Schmerling; eine Menge der kurzſichtigen Preußen, die von der Kaiſerkrone träumen, ſchloſſen ſich ihm an. Man wollte Schmerling hinaushaben, ohne die Verlegenheit einer Miniſter-Criſis. Der Plan gelang, weil das Miniſterium ſchwach genug war, Schmerling zu bitten: er möge austreten und dadurch das Miniſterium von der Impopularität befreien, die an ihm hafte und die in dieſer Sache (der Oeſterreichiſchen

Frage) so sehr schaden könne. Schmerling, der einzige staatsmännische Kopf im Ministerium und von der Linken tödtlich gehaßt seit dem 18. Sept., konnte nun nicht bleiben. Jetzt wird Gagern eintreten für das Innere, und für das Äußere wahrscheinlich ein Fremder (ob Stockmar? weiß ich noch nicht). Gagern ist, beiläufig gesagt, ganz und gar in Beselers Händen; gelingt es dem oder seinen Landsleuten, das Casino beisammen zu halten (das aber über die Niederträchtigkeit unerhört en deroute ist), so hat die Schleswig-Holsteinsche Partei die Majorität in der N.-V. Dann wird Oesterreich eben durch die einzuleitenden Verhandlungen hinausgedrückt aus Deutschland und Preußen an die Spitze gestellt, damit es dann den Krieg mit Dänemark, den es procuratorio nomine im Sommer 1848 für das Reich nicht ganz auf Wunsch der Professoren geführt, nun im Jahre 1849 als eine eigene Sache für eigene Rechnung und eigene Ehren besser führen möge; dann hat Deutschland, damit es einig und stark werde, jene Lumpenfetzen von Schleswig für Oesterreich eingetauscht. Inzwischen ist die Sache doch noch nicht ganz fertig. Ich habe die Gefahr sehr früh erkannt und das, was man wollte; manche Freunde, zumal unter den Süddeutschen, verlachten meine Warnungen, nun sind sie erfüllt, und nun will man retten, was zu retten ist. Für's erste wird nun die Süddeutsche Presse, unter Beihülfe eines Theils der Rheinischen, die Sache in obigem Sinne anfassen, daneben aber consolidirt sich der Widerstand auch in der N.-V. selbst. Die Hauptsache aber war für mich der Verf.-Ausschuß. Seit 5 Tagen wird da die Oberhauptsfrage berathen; die Ansichten zerfallen in 4 Gruppen, Erbkaiser, Wahlkaiser, Trias, republikanische Spitze. Gestern kam es zur Abstimmung. Beseler (beiläufig gesagt: heute Morgen erklärte er mir, er könne den Ruf nach Göttingen nicht annehmen, eventualiter wolle er mir Reyscher empfehlen), Beseler und die Erbkaiserlichen wußten einen Abstimmungs-Modus durchzusetzen, der ihnen mehrere Stimmen (Deiters [1]), Gülich, Tellkampf [2]) pp.) für den Erbkaiser sicherte, falls deren principale Ansicht, der Wahlkaiser, durchfiele. Da nun habe ich und mit mir auf mein inständiges Bitten der Bayer Rotenhan die Sache entschieden, indem wir für den Wahlkaiser stimmten und nachher für eine sehr kurze Wahlperiode. Es war ein heftiger, bis tief in die Nacht hin verlängerter Kampf. Vorauszusehen war, daß, wenn der Erbkaiser durchgesetzt war, die Deutsche Zeitung und andere Blätter das in alle Welt hinausposaunt hätten, wo dann der (künstlich verstärkte) Widerhall wieder auf die N.-V. eingewirkt haben würde. Die Erbkaiser-Parthei ist nun vor Zorn ganz außer sich; vermuthlich wird sie einzelne schwache Mitglieder

[1]) Professor, von Bonn. — [2]) Desgl., von Breslau.

des Ausschusses herumzubringen suchen, um die Beschlüsse von gestern Abend wieder aufzuheben. Da wird's nun noch recht bittere Kämpfe geben, bei denen ich mir meinen Gleichmuth zu bewahren suchen muß, da die Anfeindung vorzüglich gegen mich geht. Ich melde Ihnen, th. Freund, das ausdrücklich, damit Sie, wenn Sie Anschuldigungen irgend einer Art gegen mich hören, dieselben gleich richtig zu rubriciren und zu würdigen wissen.

Soviel für heute; wollten Sie die Güte haben, die Idee mit Reyschers Berufung Braun mitzutheilen. NB. Mit Thöl habe ich noch nicht gesprochen, werde es aber bei erster Gelegenheit. — Gern käme ich zum Feste nach Hannover, aber ich mag jetzt weniger als je hier vom Platze.

Von Herzen der Ihrige
Detmold.

Nr. 79. Frankfurt, 20. Dezember.

Wir sind hier bei einer Crisis angelangt, die sich wohl erst nach Neujahr vollständig lösen wird, wahrscheinlich oder wenigstens möglicher Weise aber mit einem vollständigen Bankerott der N.-V. endigen kann.

Wie Schmerling aus dem Ministerium herausgedrückt worden, habe ich bereits gemeldet; hauptsächlich war es die eigentlich ministerielle Parthei, das Casino und in diesem Beseler (von Greifswalde), der die Minister zu dem Schritte verleitete, Schmerling zu bitten, daß er austreten möge. Daß dies die Einleitung sein solle, Oesterreich aus Deutschland vollständig herauszutreiben, um Preußen die Kaiserkrone zu übertragen, fühlte man wohl; allein die Schwachen und Halben hatten doch noch eine Art Anhalt, daran nicht zu glauben. Gagern trat in das Ministerium; zwar wußte man, daß er für eine Preußische Kaiserkrone schwärme, aber man erinnerte sich auch, wie er gegen § 2 und 3 gesprochen.[1]) Was mir, der ich seit

[1]) Die §§ 2 und 3 lauteten nach dem in der Sitzung vom 27. Oktober, dem Antrag des Verfassungsausschusses gemäß, gefaßten Beschlusse:

§ 2. Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Reiche vereinigt sein.

§ 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Oberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.

Gagern hatte am 26. October gegen diese Anträge gesprochen und den Gegenantrag gestellt:

Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflöslichen Bunde. Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundesakte,

diesen Antrag aber am 27. mit Vorbehalt der Wiedereinbringung bei der zweiten Lesung zurückgezogen.

langem den Leuten vergebens von der Schleswig-Holſteinſchen Intrigue predige, zuerſt auffiel, war der Umſtand, daß, während Schmerling Monate lang Miniſter des Innern geweſen und das Auswärtige nur proviſoriſch verwaltet [1]), Gagern, der für das Auswärtige viel weniger paſſend, zum Miniſter des Auswärtigen mit proviſoriſcher Verwaltung des Innern ernannt wurde; in das Innere ſollte, davon bin ich überzeugt, Beſeler einrücken. Gagern trat nun mit ſeinem Programm hervor, das, wie ich glaube, mit Ausnahme des Eingangs von Beſeler entworfen iſt; er hatte es, wie ich zufällig weiß, dem Miniſterrathe Montag Morgen um 8 Uhr vorgelegt und dieſer hatte es eine halbe Stunde lang flüchtig berathen. Das Programm [2]) nun iſt wieder ein kühner Griff, die Fortſetzung der Berliner Reiſe. Er, der gegen § 2 und 3 geredet, nimmt nun dieſe § 2 und 3 als Baſis von „diplomatiſchen" Verhandlungen mit Oeſterreich. Was ſich Alles gegen, und was ſich allenfalls für das Programm ſagen läßt, brauche ich Ihnen wohl nicht auseinanderzuſetzen. In der N.-V. wirkte es furchtbar zerſetzend Die Preußen und die Unitarier um jeden Preis acceptirten es, von der andern Seite war man erſtarrt über den kühnen Griff, und die Linke freute ſich der Bundesgenoſſen, die ihr in ſolcher Weiſe zugetrieben wurden. Schon bevor Gagern ſein Programm vorlegte, hatte ſich eine bedenkliche Zerſetzung der Partheien bei der Präſidentenwahl gezeigt. Beim 1. Scrutinio hatte Schmerling 93 Stimmen gehabt, lediglich als eine Art Bezeugung der Theilnahme, und zwar theils von

---

[1]) Nach dem Austritt Leiningens.

[2]) S. das Gagernſche Programm vom 18. December bei Roth u. Merck, Quellenſammlung, II., S. 74. Unter Bezugnahme auf das Pragramm von Kremſier, wonach

1) alle öſterreichiſchen Lande in ſtaatlicher Einheit verbunden bleiben ſollen,

2) die Beziehungen Oeſterreichs zu Deutſchland dann erſt ſtaatlich geordnet werden könnten, wenn beide Staatenkamplexe zu neuen und feſten Formen gelangt ſeien, d. h. ihre innere Geſtaltung vollendet haben würden,

ſtellte es der Hauptſache nach folgende Sätze auf:

Oeſterreich werde nach den bis jetzt durch die National-Verſammlung gefaßten Beſchlüſſen, wodurch die Natur des Bundesſtaats beſtimmt warden, als in den zu errichtenden Bundesſtaat nicht eintretend zu betrachten ſein.

Oeſterreichs Unionsverhältniß zu Deutſchland werde mittelſt einer beſonderen Unionsakte zu ordnen, und darin alle .... Bedürfniſſe nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutſchland und Oeſterreich von jeher verbunden haben und in geſteigertem Maaße verbinden können, bliebe der nächſten Zukunft vorbehalten.

Die Verſtändigung über alle gegenſeitigen, ſowohl bereits beſtehenden als künftigen Bundespflichten, ſei auf geſandtſchaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten.

Die Verfaſſung des deutſchen Bundesſtaats könne jedoch nicht Gegenſtand der Unterhandlungen mit Oeſterreich ſein.

Mitgliedern der bisher miniſteriellen Parthei, den aus dem Caſino geſchiedenen Mitgliedern des Rechten Centrums, theils von den Oeſterreichern aus allen Fraktionen. Beim 2. und 3. Scrutinio hatten die ausgeſchiedenen Caſino-Mitglieder für Simſon geſtimmt, während die Oeſterreicher nun mit der Linken für Kirchgeßner [1]) ſtimmten. Die ganze Coalition hatte aber, trotzdem daß zum 3. Scrutinium Kranke aus den Betten geholt wurden, nur 223 Stimmen. Als aber nach beendigter Wahl Gagern ſein Programm vorgelegt hatte und es nun zur Abſtimmung darüber kam, an welchen Ausſchuß daſſelbe zur Begutachtung gehen ſollte, hatte die Coalition konſtant 258 Stimmen und damit die Majorität. Der Vorſitzende Beſeler ließ ſich zuletzt noch auf eine Unvorſichtigkeit ein, die dem neuen Miniſterio ſchon gleich ein Ende hätte machen können. Als alle die verſchiedenen Ausſchüſſe abgelehnt waren, durfte er die Frage: ob ein neuer zu wählen? nicht zur Abſtimmung bringen. Ließ die Majorität denſelben fallen (was ſie nur aus Hunger und Eile unterließ) ſo hätte Gagern eigentlich gleich zurücktreten müſſen. Die Majorität aber beſchloß Wahl eines neuen Ausſchuſſes. Der iſt dann geſtern, Dienſtag, gewählt worden, aber in einer ſolchen Weiſe, daß damit die Criſis gegeben iſt. Unter den 15 Mitgliedern ſind nur 2 Preußen, und das iſt Venedey und Simon, ſonſt lauter Oeſterreicher oder entſchiedene Linke und entſchiedene Gegner der Preußiſchen Kaiſerkrone. Das Gagernſche Programm iſt damit gerichtet. Die Sache iſt in den einzelnen Abtheilungen mit ſolcher Entſchiedenheit behandelt worden, daß auf eine Wirkung etwaiger Gagernſcher oder ſonſtiger Reden gar nicht zu rechnen iſt. Der Ausſchuß hat ſich gleich conſtituirt und vorläufig beſchloſſen, mit ſeinem Gutachten bis nach Neujahr zu warten. Das iſt der Stand der Dinge; was nun werden wird, wenn das Miniſterium zurücktritt, mag Gott wiſſen. Gagern hat jedenfalls albern gehandelt: ein ſo kühnes Spiel ſpielt man nicht in dem Stadio, worin wir jetzt ſtehen. Er iſt, wie ich nicht zweifle, inducirt worden; ſeine Autorität, ſein Anſehen ſollte entſcheiden; gelang der kühne Griff, dann war freilich ein gutes Stück der Kaiſerkrone für Preußen gewonnen, — aber er wird mißlingen und wie dann? Gagern iſt zu beklagen, denn an ſeinen Namen wird ſich dann unverdientes Schlimme anknüpfen, all die Rancüne über den kühnen Griff vom 24. Juni, all der Haß der Linken, all die ungeheure Antipathie gegen Preußen, die doch größer iſt, als ſelbſt ich glaubte.

Im Verfaſſungs-Ausſchuß ſtehen die Dinge noch ungefähr, wie ich in meinem letzten Briefe meldete. Wie ich vermuthete, hat man die am Freitag

[1]) Advokat, von Würzburg.

gefaßten Beschlüsse in einer Sonnabends gehaltenen, ebenso langen als erbitterten Verhandlung wieder aufgehoben. Montag kam es dann zu neuen Beschlüssen, die aber noch negativer ausfielen als die früheren, was wohl von der Preußischen Parthei mit beabsichtigt wurde. Es wurden nämlich alle Vorschläge, alle Systeme, abgelehnt, und zwar alle mit großer Majorität. Wir berathen nun nach den Vorschlägen der Sub-Comission an den Befugnissen und Attributen des Oberhauptes weiter, wie dasselbe aber entstehen und wer es sein soll, ist und bleibt vorläufig unentschieden. Ist denn keine Hoffnung, daß die Regierungen, die sich doch jetzt recolligirt und verständigt haben werden, wenigstens dieses Capitel octroyiren? — Die Deutsche Zeitung erzählt wieder große Lügengeschichten von Hannoverschen Sondergelüsten; die Hannoversche Zeitung könnte hier wohl einmal entgegentreten.

Die Theilbarkeit des Grundeigenthums ist leider wieder angenommen worden. Daß von den Hannoveranern Wedekind, Brons und Breusing dafür stimmten, will ich wenigstens als eine Merkwürdigkeit berichten. Diese unglücklichen Grundrechte werden in diesen Tagen fertig werden und Elend genug veranlassen.

Für Ihren Brief vom 14. [rect. 13.] bin ich Ihnen noch herzlichen Dank schuldig. Die Notizen über Berlin und was man dort wegen der Wahlen beabsichtige, kamen mir nicht ganz unerwartet. Ich wußte, daß Kisker [1]) sich den Entwurf des Reichswahlgesetzes hatte kommen lassen, um die „Selbstständigkeit" zu interpretiren. Und dergl. mehr. Besonders dankbar bin ich Ihnen für die Bemerkungen über den Reichsrath, die bestens benutzt werden sollen.

An die Wahlen bei Ihnen denke ich mit großer Sorge. Je weniger Gescheutes hier gemacht wird, desto mehr muß man daheim zu retten suchen, was zu retten ist.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 80. Hannover, 23. December.

Herzlichen Dank sage ich Ihnen für Ihre Briefe vom 17. [rect. 15.] und [20.]. Sie haben mir in der trübseligen Zerfallenheit der dortigen Zustände, in die mich zuerst der Bericht über die Präsidentenwahl einen Blick werfen ließ, Licht gegeben. Wahrlich, ich hätte nicht gedacht, daß so schnell dies thörichte Streben nach blos constitutioneller Einheitsform sich richten werde, hatte am wenigsten gedacht, daß schon in der Versammlung selbst das der Fall seyn würde. Wie sehr zeigt es sich nun, daß die

[1]) Im Ministerium von Pfuel Vorstand des Justizministeriums.

dortigen Clubs rein persönliche, auf gar keiner tieferen Basis ruhende Cliquen sind, und daß mit solchen Cliquen nichts zu machen ist, daß sie beim ersten Stoß auseinander fallen. Und in diesem Momente rückt man mit den albernen Grundrechten los, zu denen mir Merkel eben den Commentar giebt, daß sie der Schwachherzigkeit der süddeutschen Liberalen, die selbst nicht Mannes genug sind, ihren 1. Cammern etwas abzuringen, nachhelfen sollen. — Was kann man jetzt davon erwarten? Was von der unsinnigen Drohung, daß die Staaten, die nicht in 6 Monaten damit fertig sind, verdammt seyn sollen, constituirende Versammlungen zu berufen! Jetzt! — —

Ich schreibe aber blos, um Ihnen folgendes mitzutheilen. Vorhin war ein Landsmann von mir aus dem Preuß. Auswärtigen[1]) bei mir, durchaus zuverlässig, von dem habe ich folgendes. Man will in Preußen entschieden das Kaiserthum nicht. Man weiß, daß es das Kleid der Dejanira ist, daß es nur Wahrheit hat in der Zerstückelung Preußens ad modum der Deutschen Zeitung. Der König insbesondere will gar nicht. Er hat eine romantische Liebe für ein Östreichisches Kaiserthum. Graf Brühl, der nach Olmütz gesandt war, ist ohne Resultat zurückgekommen, nicht ablehnend, aber auch nichts bestimmtes. Man scheint dort erst Ungarn beseitigen zu wollen und wird dann vielleicht zu weit rückwärts gehen. Die jetzige Lage in Frankfurt ist in Berlin schon zur Erwägung gekommen und die Frage discutirt: Ob man die Versammlung sich selbst überlassen oder von Seiten der Regierungen die Sache in die Hand nehmen wolle. Entschluß ist noch nicht gefaßt; man scheint aber zur letzten Alternative zu neigen, wird aber auch dort erst mit Östreich, dann mit den übrigen sich zu einigen suchen; wenigstens über eine Form zum Mitreden, und zwar in solcher Weise, daß die Versammlung möglichst bei Ehren bleibe. Aber entschieden wird man das Princip der Vereinbarung aufrecht halten, von dem freilich keine Regierung abgehen kann, und Baiern, Sachsen jetzt weniger abweichen wird, als je.

Was die dänische Sache angeht, so referirte er aus einer Depesche Palmerstons[2]) an Ld. Cowley, die Ld. Westmoreland[3]) ihm vorgelesen: „die früheren 2 Propositionen halte man auch in England nicht mehr für zulässig. Die Theilung nämlich wolle in Schleswig keiner und die Verbindung mit Holstein ohne Eintritt in den Bund sey unausführbar — — wegen § 2 und 3. Also bleibe nichts übrig, als die Unabhängigkeits-Erklärung von Schleswig, wie Dännemark sie offerire“ — das sey jetzt Palmerstons Meinung, der entschieden den Krieg vermeiden wolle, und deßhalb

[1]) Abeken.

[2]) Wegen des Palmerstonschen Programms vom 12. Dezember, vgl. v. Sybel. I. S. 375. — [3]) Gesandter in Berlin.

nun Dännemark nachgebe, weil dieſes den Krieg nicht zu ſcheuen erklärt (das ſagt auch Banks). — Aber dieſe abſcheulichen, ſinnloſen, aller Geſchichte und allen Verhältniſſen Deutſchlands zum Norden, Holland, Belgien, Öſtreich widerſprechenden § 2. 3!!

Sehen denn die unſeligen Profeſſoren noch nicht ein, daß ſie etwas rein Unſinniges thaten, indem ſie auf einen Plan eigenſinnig losarbeiteten, den ſie nimmermehr durchführen konnten, ſondern nur die äußerſten Linken, der, wenn ſie ihn durchführten, ſie ſelbſt ſofort der äußerſten Linken in die Klauen lieferte? Dieſe Girondiſten!

Doch genug, damit der Brief zur Poſt kommt. Leben Sie von Herzen wohl und feiern Sie ſo viel möglich ein frohes Feſt. Mich drücken Ihre Sachen.

Ihr

JCBS.

Sollte [man] nicht die in Verweſung übergegangene Leiche des B. T. mit den Nägeln aus der Erde graben? — Der unvermeidliche Hoyns hat geſtern einen Volksverein in der Gartengemeinde bilden wollen, natürlich ipse praeses! Iſt aber ganz ſchlimm durchgefallen. Dieſe Leute wühlen zu früh für die Wahlen.

Nr. 81. Frankfurt, 24. December.

Obgleich ich Ihnen, theurer Freund, faktiſch Neues eben nicht zu melden habe, will ich doch die freie Stunde zu einigen Notizen benutzen. — Über Schmerlings Reiſe nach Kremſier herrſcht ein eigenes Dunkel; daß er im Auftrage des Miniſteriums die Reiſe mache, wird offiziell in Abrede genommen. Als er von mir Abſchied nahm, war ich leider nicht allein; indeß iſt mir doch ſoviel verſtändlich geworden, daß er im Intereſſe Gagerns und für dieſen die Reiſe mache, um vom Oeſtreichiſchen Cabinet eine Duplik auf das Gagernſche Programm zu extrahiren. Fällt dieſe im Sinne des Gagernſchen Programms aus, ſo hat Niemand mehr das Recht, gegen dieſes Programm Einwendungen zu machen; fällt dieſe Erwiederung gegen jenes Programm Gagerns und deſſen Interpretation des Programms von Kremſier vom 27. Nov. aus, hat Gagern alſo jenes Programm von Kremſier unrichtig aufgefaßt, ſo kann er auf eine ſolche authentiſche Interpretation hin von ſeinem Programm abgehen. Bis zum 3. Januar ſoll Schmerling zurückkommen, und dann fangen erſt die Sitzungen wieder an. Bemerken Sie den Ton der Deutſchen Zeitung; unmittelbar nach der halb verunglückten Präſidenten-Wahl pp. wurde auf Schmerling geſchimpft, wie auf den ärgſten Schurken, hinterher lenkt ſie wieder ein. Der laue Oeſterreichiſche Ausſchuß giebt wenig Hoffnung, obgleich Gagern ſelbſt ſich mit

ihm in Verbindung gesetzt, und sonst alles Mögliche versucht wird, die Leute zu einem bequemen Gutachten zu veranlassen; der Antrag, über das Programm zur einfachen Tages-Ordnung überzugehen, ist nur mit Einer Stimme abgelehnt worden. Gagern war in den letzten Wochen so ausschließlich von den tollsten Unitariern umgeben, daß er die jetzige Wendung gar nicht begreifen kann. Als Schmerling vor 14 Tagen beschlossen hatte, einen im Wesentlichen gleichlautenden Antrag [1]) auf Ermächtigung zu Unterhandlungen mit Oesterreich einzubringen und dieserhalb die verschiedenen Fraktionen beschickte, erklärte man sich überall (d. h. in den Fraktionen der Majorität, die etwa 277 Stimmen zählt) einverstanden. Schmerling sollte um diese Ermächtigung nachsuchen; wenn sie ertheilt worden, Gagern eintreten, um die Verhandlungen zu führen. Wie gesagt, die Sache fand nirgend Widerspruch. Das machte die unitarische Parthei blind und dumm; nun brauchten sie nur zuzugreifen, meinten sie. Daher Beselers Antrag im Casino auf Schmerlings Austritt: Gagern, der beste Mann, den man habe, könne durch Schmerlings Impopularität nicht kompromittirt werden; die Majorität sei zweifelhaft, wenn Schmerling bleibe, unzweifelhaft und sehr groß, wenn er austrete. Die Minister, der eigenen und eigentlichen Ministerialparthei ungewiß (die sich bei diesem Anlaß denn gespalten), baten Schmerling, auszutreten, was dieser that, mit ihm Würth und Andrian [2]), welcher letztere zufällig seit 14 Tagen hier war. Gagern übernimmt das Auswärtige, das Innere bleibt offen, damals ohne Zweifel für Beseler bestimmt. Nun tritt die Wendung ein: statt der ungewöhnlich großen Majorität eine Zersetzung der bisherigen sichern, und bei der Wahl zum Ausschuß eine Niederlage, wie sie noch nicht vorgekommen. Natürlich; denn in Schmerlings Händen wäre die Oesterreichische Frage eben nur die Oesterreichische gewesen, in Gagerns Händen, und nachdem man die Oesterreicher aus dem Ministerio herausgedrückt, involvirte sie die Frage vom Reichs-Oberhaupte. Daher wandte sich Alles, was nicht den Erbkaiser will, in dieser Sache gegen Gagern, und Mancher, der ihm sein Programm nicht weiter bestreiten mochte, stimmte bei den Wahlen zum Ausschuß, die ja obendrein geheim vorgenommen wurden, gegen ihn. Statt das zu begreifen, was so einfach und natürlich war, schreit die unitarische Parthei über Coalition und Verrath. Ich kann Sie versichern, daß an eine derartige Coalition nicht im Entferntesten zu denken ist, sofern irgend eine Abrede darunter zu verstehen ist; man hatte eben die Oesterreicher pp. mit Gewalt in die Opposition getrieben. — Neben diesen Dingen laufen die

---

[1]) Den Wortlaut s. bei Jürgens. I. S. 397.

[2]) Freiherr v. Andrian, Vertreter der Centralgewalt in London.

Verhandlungen im Ausschuß über die Oberhauptsfrage her; Sie können sich also die Stimmungen und Verstimmungen denken.

Was die Oberhauptsfrage betrifft, so möchte ich von Herzen gern, daß endlich einmal die Regierungen in irgend einer Weise sich aussprächen; dieses stille Kämpfen hier ist auf die Länge nicht durchzuführen; die unitarische Parthei, so schwach sie auch an Zahl ist, hat natürlich bei der Bestimmtheit ihres Zweckes, bei der Zustimmung der Preußen u. dergl. m. große Vortheile voraus, die sie bedeutender erscheinen lassen, als sie ist. Aber wie gesagt, es ist von Herzen zu wünschen, daß die Regierungen sich einmal aussprechen; die Gemüther sind hier furchtbar erbittert, und kommt die Sache in der Paulskirche zur Verhandlung, so ist zu riskiren, daß die Partheien mit dem Messer an einander gerathen.

Ihr Protest gegen die abgesonderte Publikation der Grundrechte hat hier alle Vernünftigen hoch erfreut; die unitarische Parthei wird denselben aber ohne Zweifel stark für ihre Zwecke ausbeuten. Aus diesem Grunde würde es, meine ich, zweckmäßig sein, dem ganzen Sachverhältniß Ihrerseits die möglichste Publicität zu geben, und Ihre Erklärung vom 17. [1]) in der Hannoverschen Zeitung abdrucken zu lassen, etwa mit den vielleicht noch nöthigen Aufklärungen und Erläuterungen, wohin ich namentlich auch Nachweise darüber zähle, daß alles irgend Gute und Zweckmäßige, was die Grundrechte enthalten, in unserm Lande bereits verfassungsmäßig feststehe, daß aber das Andere, was unsere Verfassung nicht enthalte, nur schädlich sei. Sie begegnen damit auch allen Wühlereien, zu denen die Grundrechte vielleicht benutzt werden. In der N.-V. selbst wird die Sache, denke ich, diesmal sehr leicht vorübergehen: das Protokoll über die gestrige Sitzung des Minist. und der Bevollmächtigten [2]) wird, wie ich nicht zweifle, vom Ministerio als ein Gelungenes veröffentlicht werden; dann wird ein Antrag in der N.-V. erfolgen, Verweisung an den s. g. Biedermannschen Ausschuß — keinesfalls ein extremer Beschluß. — Ist der Hannoversche Protest der unitarischen Parthei vielleicht erwünscht und zu ihren Zwecken brauchbar, so ist dafür die Wendung der Dinge in München ihr desto fataler.

[1]) Der Erlaß an den hann. Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, worin im Hinblick auf die Grundrechte der dringende Wunsch ausgesprochen wurde, daß nicht mit theilweiser Publikation der Beschlüsse über das Verfassungswerk vorgeschritten werden möge, findet sich abgedruckt in der Hann. Zeitung vom 5. Jan. 1849.

Ebendaselbst der Erlaß an denselben vom 4. November, worin die Voraussetzungen für die Rechtskraft der Reichsgesetze im Königreich Hannover erörtert wurden. Vgl. auch Roth u. Merck, II., S. 49.

[2]) Die Konferenz, welche Gagern am 23. mit den Bevollmächtigten der Regierungen abhielt, bezog sich auf die am 21. von der Versammlung beschlossene Separatverkündigung der Grundrechte.

Lerchenfeld [1]), ein radikaler Phantaſt (der im Ernſt den Vorſchlag gemacht, alle Beamten müßten vom Volke gewählt werden) war dem König längſt und von jeher zuwider; derſelbe hat aber nicht früher gewagt, ſich deſſelben zu entledigen; höchſtens in München ſelbſt könnte es darüber zu einigem, aber gewiß nicht nachhaltigen Spektakel kommen. — Gut, daß dort die Eröffnung der Cammern dicht vor der Thür iſt.

Sie bekommen ja die verrückte Bremer Zeitung nach Hannover? Wenn ſie nur den wahnſinnigen Ton der letzten Monate beibehält, ſo wird ſie bei den Wahlen weiter nicht ſchaden, im Übrigen den Nutzen haben, daß ſie die Morgenzeitung und dergl. Blätter mehr ruinirt und etwa nach Jahresfriſt ſelbſt ſterben wird. Sie hatte in den letzten Monaten in Bremen ſelbſt und namentlich in Oldenburg alles Terrain verloren, daher die Ueberſiedelung.

Schließlich noch eine Bitte, und zwar an den Miniſter des Innern. Hier iſt eine Verſicherungs-Geſellſchaft, der Phönix, die für unſer Königreich conceſſionirt zu werden wünſcht. Ich habe für die Feiertage die Anfertigung des Geſuches pp. und Betreibung der Sachen übernommen, und zwar für einen Bekannten, dem ich Verpflichtungen ſchulde und dem ich daher gern gefällig wäre. Hätten Sie nun wohl für einen Freund ſoviel Nepotismus, daß, wenn die Sache ſich ſonſt empfiehlt (worüber das Geſuch und die Anlagen demnächſt das Nähere ergeben werden), Sie günſtig reſolviren würden? Verſteht ſich, daß ich um nichts nachſuchen werde, als was Sie ſonſt auch bewilligen können.

Mit meinen Wünſchen für's Feſt komme ich zu ſpät, daher nur herzlichſte Wünſche für den Jahreswechſel, der mir diesmal willkommener als je.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 82. Frankfurt, 29. Dezember.

Ich habe Bothmern, der bereits bei Ihnen eingetroffen ſein wird, verſprochen, jeden Tag Nachricht von hier zu geben; das iſt der Grund, weshalb ich ſchreibe. Zu berichten iſt ſonſt wenig. Im Verf.-Ausſchuß ſteht es ſchlimmer als je; ich bin geſtern Abend und heute Morgen aus der Sitzung weggelaufen, weil ich den Ausbruch von Thätlichkeiten vermuthete. Die Profeſſoren-Parthei hat, während die Meiſten verreiſt ſind, all ihre Leute hier behalten oder (wie Max Gagern, Hergenhahn, Deiters pp.)

[1]) Freiherr von Lerchenfeld, bayeriſcher Miniſter des Innern, ausgeſchieden am 20. December.

auf gestern Abend aus der Heimath, wohin sie zum Fest gereist waren, hercitirt. Da wollte man denn eine Majorität erzwingen, da man 10 gegen 9 Stimmen hatte. Gestern Abend mißlangs gänzlich, weil ich und mehrere andere davonliefen und man sich nun schämte; heute früh hat man wenigstens durchgesetzt, daß in den Entwurf kommt: Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem regierenden deutschen Fürsten übertragen. Wie gestern Abend Welcker mit Dahlmann und Beseler, so kamen heute Morgen Wigand [1]) mit Soiron pp. so furchtbar heftig an einander, daß ich's verlief, denn auf Prügeleien, die ich erwarten durfte und mußte, bin ich nicht eingerichtet. Das ist Alles, was ich zu melden habe, des Schreibens und Lesens gar nicht werth.

Für Ihren Brief vom 23. herzlichsten Dank; die Nachrichten trösten und halten aufrecht. Gebe nur Gott, daß bald etwas von Berlin oder Wien aus laut werde; denn sonst geht's hier schlimm. In München ist ein solches Schwanken und dazu ein solcher Mangel an brauchbaren Menschen, daß von dorther wenig Gescheidtes zu erwarten ist. Über die Kaiserfrage bemerke ich noch folgendes. Der Erbkaiser wird in der Nat.-Vers. die Majorität schwerlich erlangen; ebenso wenig aber auch irgend welche andere Form des Oberhauptes. Die Gefahr liegt aber darin: jene Frage wird eine so furchtbare Spaltung in der Versammlung, so heftige Kämpfe herbeiführen; daß an ein späteres Wirken dieser Versammlung gar nicht zu denken ist. Will man also von dieser Versammlung wirklich irgend Früchte ernten (und das wird der öffentlichen Meinung und selbst dem Auslande gegenüber doch wohl nöthig sein), soll die Versammlung irgend die Verfassung Deutschlands machen, dann muß man ihr jene Frage vom Oberhaupt aus der Hand nehmen. Dieses Moment kann ich gar nicht stark genug betonen; es ist nicht bloß meine, sondern (namentlich seit den letzten Tagen) auch mehrerer Anderer entschiedene Ansicht.

Gestern hatte ich von Buddenberg Brief, der im Ganzen sehr erfreulich lautete und für die Wahlen namentlich der Provinz die besten Hoffnungen gab. Ich glaube, es ist von größter Wichtigkeit, tüchtige Geschäftsleute in beide Cammern zu bringen; dann nimmt man der demokratischen Parthei, falls dieser gelingt, sich einzudrängen, die Leitung der Sache von selbst aus der Hand.

Mit den allerherzlichsten Wünschen zum Jahreswechsel

Der Ihrige
D.

---

[1]) Professor, von Dresden.

Nr. 83. Frankfurt, 1. Januar 1849.

Ich fange das neue Jahr 49, in welchem wir Manches werden ausfreſſen müſſen, was wir oder Andere im Jahre 48 eingebrockt haben, mit einem Briefe an Sie, beſter Freund, an; — hauptſächlich um meiner Bothmern gegebenen Zuſage willen, denn eigentlich Neues habe ich nicht zu melden. Man ſchürt hier durch alle und jede, zum Theil unglaubliche, zum Theil kindiſche Mittel an dem Enthuſiasmus für den Erbkaiſer. Man hat denn auch hier in Frankfurt eine Atmoſphäre in dieſer Hinſicht zu erzeugen gewußt, die in manchem Schaafe, deren hier ſo viele in der N.-V. ſind, die nöthige Drehkrankheit ſchon zur Folge haben wird. Ich glaube ſogar, daß von unſern Hannoverſchen Hämmeln mehrere daran leiden. Wenigſtens höre ich das von anderer Seite als Einwand gegen meine Anſichten, und macht das natürlich meine Stellung, in der ich nun gegen all meine Freunde (Gagern, Vincke, Schwerin u. ſ. w. u. ſ. w.) Front machen muß, um ſoviel widerwärtiger. Die Rotenburger Adreſſe für den Erbkaiſer iſt auch wohl von hieraus, von Freudentheil oder Plaß, veranlaßt. Noch ſchlimmer ſiehts vielleicht bei den Hannoveranern aus, die zum Landsberg halten, denn dies iſt im Ganzen die allerunwürdigſte unzurechnungsfähigſte Fraktion. Vielleicht könnte Merkel auf dieſe Leute einmal wirken. Von Bothmer werden Sie gehört haben, wie wir hofften, den Regierungsrath Lodemann [1]) zum Einfluß auf Jene brauchen zu können und wie Bothmer zu ſeinem Schrecken hören muß, daß auch der ſchon erbkaiſerlich geſinnt. Irgend eine Meinungs-Äußerung im Lande ſelbſt würde vielleicht, zumal in jetziger Zeit, wo hier die Sache bald zu Ende, von Nutzen ſein; freilich iſt dabei ſo leicht Ungeſchicklichkeit zu beſorgen, daß man vielleicht froh ſein muß, wenn nur Nichts geſchieht. — In Berlin ſcheint man doch kein ganz ehrliches Spiel in dieſer Beziehung zu ſpielen, ſonſt würde ich mir die Stellung der beſſeren Preußen (Vincke, Schwerin pp.) nicht erklären können. Vincke iſt in den Weihnachtstagen in aller Stille in Berlin geweſen, ich glaube eher auf Anlaß Gagerns und wegen der Oberhauptsfrage, als zur Bildung eines neuen Miniſterii. Denn — was letzteres betrifft — da Vincke der Oktroyirung entgegen war, wird er doch dieſelbe nicht vor der Cammer vertreten. Daß er ſpäter, wenn die formalen Fragen erledigt, ein Miniſterium bilden wird, iſt wohl außer Zweifel. — In München noch immer die alte Ungewißheit. Hinſichtlich Lerchenfeld muß ich aber, was ich Ihnen in einem frühern Briefe gemeldet, rectificiren. L. war dem Könige als Verkörperung der Märzerrungenſchaften, wohl auch wegen ſeines barſchen Weſens von Anfang an fatal; er hat geglaubt, ihn jetzt abſtreifen

[1]) von Lüneburg.

zu können, nachdem L., der wenig façons macht, ihm schon früher oft das Portefeuille quasi vor die Füße geworfen. L. ist sonst ein sehr vernünftiger, sehr gemäßigter Mann, der die Dinge beim rechten Ende anzufassen weiß und namentlich das selfgovernment der Gemeinden im Auge hatte. Lächerlich ist nun, wenn die Deutsche Zeitung u. dergl. in seinem Abgange eine schlimme Wendung für die Deutsche Frage erblicken; eben in dieser Frage hätte jenen Kaiser-Ideen Niemand entschiedener entgegengestanden als Lerchenfeld. Ich habe das zum Theil aus Briefen an einen vertrauten Freund. Der König hat also eine große Dummheit begangen, als er L. entließ, und mag das wohl schon jetzt bereuen, da sich zeigt, daß es ganz am Zeug zu einem Nachfolger gebricht. Überhaupt muß der König eine so traurige Person sein, daß uns von der Seite sicherlich noch viel Unheil bevorsteht. — In Würtemberg wird man nun tüchtig wühlen; die Erbkaiserlichen sehen das natürlich mit Freuden; sie hoffen, der König von W. werde vor allen Dingen nach einer starken Hand trachten, die ihn von der Wühlerei errette, und dazu sei eben keine geschickter, als die des Erbkaisers. Ähnliches hofft man vom Königreich Sachsen und dessen bevorstehendem Landtage; dort soll mehr der Minister v. d. Pfordten als der König selbst der Erbkaiser-Idee entgegen sein. Auch für Hannover hofft man von dem bevorstehenden Landtage solche Verwickelungen, daß die Regierung, um nur die Existenz gegen die Wühler zu behaupten, sich eine durch den Erbkaiser geminderte und verkümmerte werde gefallen lassen. Wie in Betreff Bayerns auf Franken und Schwaben, hofft man hinsichtlich Hannovers auf die Altpreußischen Sympathien in Ostfriesland — auch auf geringe Anhänglichkeit an die Dynastie in Osnabrück, Hildesheim pp. Ich theile Ihnen dies mit, weil ich zufällig in die jenseitigen Karten gesehen habe, und es doch vielleicht gut ist, wenn Sie diese Rechnungen kennen, obgleich Sie sich dieselben auch ohnehin wohl denken können.

In der Oesterreichischen Frage ist noch Alles dunkel und trübe. Im Ausschuß ist zwar die Majorität entschieden gegen das Programm, aber über die einfache Verneinung ist man bis jetzt nicht hinausgekommen; man hofft auch noch von Schmerlings Rückkehr entscheidendere Bestimmung. Die Oberhauptsfrage wird man Seitens der Unitarier nun sehr bald an die N.-V. bringen; mir graut davor, wie ich überhaupt nach einer Lösung und Erlösung seufze. Die Frage ist, wenn man nur ein Mittel findet, die Oesterreichische Frage zu erledigen oder zu beseitigen, bis Mitte Januar entschieden.

Ich habe Ihnen neulich schon wegen eines Gesuches geschrieben, das ich für eine hiesige Assecuranz-Gesellschaft an Sie gebracht habe. Dasselbe ist vor einigen Tagen übergeben und ich möchte Sie, wenn es sich mit den

dortigen Grundsätzen verträgt, dringend bitten, dem Gesuche zu entsprechen. Ich bitte darum, weil ich hauptsächlich von Seiten Breuers, der alle Mittel und Wege dort kennt und keinen scheut, Intriguen gegen die Gewährung besorge.

Wie stets der Ihrige

Detm.

Nr. 84. Frankfurt, 1. Januar.

Meinem Schreiben von heute Morgen füge ich noch folgendes hinzu. Mittags erhielt ich von den andern Hannoveranern eine Einladung zur Berathung von Maßregeln wegen Ihrer Weigerung, die Grundrechte zu publiciren. So widrig mir das in alle Wege war, ging ich doch hin, um wenigstens Kenntniß zu erhalten, was für Dummheiten präparirt werden. Da nun Bothmer fort ist und Hugo nicht erschienen war, stand ich mit meiner Ansicht einer Masse Albernheiten allein gegenüber und wurde natürlich in Allem überstimmt. Es wird also zunächst erfolgen: 1) eine Interpellation an das Reichs-Ministerium: ob die Hannoversche Regierung sich in jener Weise geweigert und was das Ministerium zu thun gedenke? — Sodann aber — und das ist das Böseste — soll commissarisch die Frage einer Ansprache an das Hannoversche Volk in Beziehung auf die bevorstehenden Wahlen geprüft werden. Ich wies nach, daß eben eine Einwirkung auf die Wahlen, damit die Stände-Versammlung aus deutschgesinnten Männern componirt werde, im Widerspruch stehe mit dem Grundsatze, daß keine Vereinbarung nöthig, daß man damit nur im eigenen Fleisch wüthe, weil man mit jeder solchen Ansprache den Demokraten in die Hände arbeite und weil, je demokratischer die Wahlen ausfielen, um so partikularistischer die St.-V. sich gebahren werde. Alles vergebens. Lüntzel, der sich (mit Wachsmuth, Freudentheil, Groß [1]), Wedekind) am feindseligsten aussprach, und von [dem] die Idee der Ansprache herrührt, soll sich Zwei wählen, mit denen er die Frage der Ansprache: ob und wie? begutachten soll. Die erste Frage wird natürlich bejaht und die Ansprache selbst in jedem Falle schädlich sein. Die Interpellation wird wohl erst am 4. oder 5. erfolgen. Sie haben jedenfalls Zeit, sich in aller Weise die Sache zu überlegen: ich erinnere noch einmal an meinen frühern Vorschlag, daß Sie in der Hannoverschen Zeitung mit der Sache offen hervortreten und die materiellen und formalen Bedenken darlegen, zugleich auch zeigen, wie wenig Nutz die Grundrechte für uns sind — was Freudentheil, Ahrens [2]) pp. auf das entschiedenste leugneten, in den Grundrechten vielmehr das Heil der Welt

[1]) Amtsassessor von Leer. — [2]) Director des Lyceums in Hannover.

erkennend. Komisch wars, daß Freudentheil u. a. die Gültigkeit der Reichsgesetze doch nur aus der Erbschaft des Bundestages deduciren konnte.

Daß Vincke nicht nach Berlin, sondern nur nach der Wartburg war, in Privathändeln, werden Sie wissen; Schmerling kommt heut Abend zurück.

Der Ihrige

D.

Nr. 85. Frankfurt, 3. Januar.

Ich melde Ihnen, theurer Freund, heute, daß der Oesterreichische Bevollmächtigte Menßhengen dem R.-Ministerio gestern eine Notiz [1]) übergeben hat, worin das Oesterreichische Cabinet gegen die in dem Gagernschen Programm enthaltene Interpretation des Programms von Kremsier vom 27. Nov. protestirt. Gagern soll aber trotzdem entschlossen sein, an seinem Programm festzuhalten und jede Modification desselben zurückzuweisen. — Daneben wird mir aus bester Quelle erzählt, daß der Reichsverweser die Absicht habe, seinerseits Gagern zu entlassen, da ihm dessen Politik nicht convenire. Ich würde das für ein Märchen halten, wenn's mir nicht, wie gesagt, aus bester Quelle gemeldet würde. So muß ich glauben, daß, wenn diese Absicht ausgeführt würde, Gagern selbst diesen Plan an die Hand gegeben hat, um nicht durch die Nat.-Vers. zu fallen. Auf diese Weise würde der Fehler, den seine Freunde durch Herausdrückung Schmerlings und Exponirung Gagerns gemacht haben, einigermaßen wieder gut gemacht. Wie tief Gagern diesen Fehler seiner Freunde selbst beklagt, hat er mir noch vor einigen Tagen mit tiefer Klage erklärt. Vermuthlich würde, wenn es zu einer solchen Entlassung Gagerns käme, Welcker vorläufig an seine Stelle treten; von der wahnsinnigen Idee, Reventlow-Preetz [2]) zum Minister des Innern zu machen, die vor einigen Wochen spukte (eine Demonstration gegen Dänemark und Combination der Schleswigschen Professoren) ist man zurückgekommen. Schmerling ist seit gestern Abend zurückgekommen, ich habe ihn aber noch nicht gesprochen und weiß auch sonst nicht, was er mitgebracht hat.

Wollen die Regierungen auf etwas Praktisches hinaus, so müssen sie die Sache bei einem provisorischen Staatenhaus anfassen, das etwa aus der Hälfte der Mitglieder bestände, die die N.-V. beschlossen hat, und etwa bloß die von der Regierung zu ernennende Hälfte enthielte — eine Art Haus oder Congreß von Regierungs-Bevollmächtigten.

Von unsern Landsleuten und deren Plänen — Interpellation und Ansprache an die Hannoveraner wegen der Wahlen — hab ich noch nichts

---

[1]) Erlaß Schwarzenbergs vom 28. Dezember. Roth u. Merck, II. S. 77.

[2]) Mitglied der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein.

weiter gehört. Ist die Ansprache nicht gar zu albern, so unterzeichne ich sie mit, was vielleicht das beste Mittel sein würde, den demokratischen Vereinen die in einer solchen Ansprache liegende Waffe aus der Hand zu winden, da ich höre, daß mein Name sehr schlechten Klang hat. — Die Oesterreichische Frage wird wohl am Sonnabend zur Verhandlung kommen. Die beurlaubten Oesterreichischen Deputirten kehren sämmtlich zurück, die meisten sind schon da.

Der Ihrige

Det.

Nr. 86. Hannover, 4. Januar 1849.

Ihre Briefe vom 20., 24., 29., 1. — ich weiß nicht, wann ich zuletzt geantwortet, habe ich erhalten, und die letzteren Bothmer mitgetheilt; auch ist daraus und aus einem Briefe des alten Smidt über Camphausens zweideutige Haltung nach Berlin die nöthige Mittheilung gemacht. Ich glaube eher, daß diese Symptome, die Sie dort betrachten, in der eigenthümlichen Frankfurter als in der Berliner Athmosphäre wurzeln. Ueber das Resultat Ihrer Kommission haben uns die Zeitungen auch belehrt. Es ist lächerlich und fehlt nur Ein Satz darin, nämlich, daß jeder Fürst bei Strafe der Wühlerei verbunden ist, die Kaiserwahl anzunehmen. Denn wer es thut, ist der bekannte Hund mit dem Knochen im Wasser. — Soviel ist klar, und ich sollte denken, auch für die dortigen Schwindelköpfe begreiflich, daß ein vernünftiger Beschluß in dieser Sache nicht eher gefaßt werden kann, als nach Erledigung der Östreichischen Sache, obwohl die dortigen Faselhänse meinen, so lange dürfe man gar nicht warten. Aber in welchen Händen da die Schicksale Deutschlands liegen, davon hat mir vor Kurzem Siemens ein schauderhaftes Exempel geliefert, als ich ihn zufällig bei Lehzen traf.

Wippermann[1]) schrieb mir kürzlich um unsere Ansicht. Ich habe erwiedert, die mittleren Staaten könnten nur warten. Uebrigens sey meine Privatmeinung, die § 2 und 3 müßten als unsinnig weg. Damit falle die Verdrängung Östreichs und mit dieser der Erbkaiser. — Wahlkaiser sey das schlechteste von allem, zumal ad dies vitae. Nun sey mir Präsident oder Directorium gänzlich gleich. Man solle nur thun, was weder Östreich, Preußen noch Baiern feindselig mache; die kleineren Staaten hätten am Reichsrathe, dem verjüngten Bundestage, genug. Die Einheit müsse in der Volksvertretung und im Reichsgericht wurzeln. In der Volksvertretung aber werde nach meiner Ansicht das Staatenhaus sehr bald das unbedingte Uebergewicht behaupten. Das ist auch brevibus mein Glaubensbekenntniß.

[1]) Seit September Vorstand des hessischen Finanzministeriums.

Wegen der Grundrechte fragte er auch; sie hofften dort die Adelsvertretung dadurch los zu werden. Ich habe erwiedert, alles practische hätten wir und wären die Adelsvertretung schon seit Juli los; uns bringe die Geschichte nichts als einige schlechte und schlecht ausgedrückte Theorieen. Ein Corollarium unserer jetzigen Legislation den Grundrechten gegenüber enthält die gestrige Hann. Zeitung.[1])

Hier ist von den Grundrechten gar wenig die Rede. Die Bauern hassen die Theilbarkeit und schätzen es sehr, daß die Regierung sich dagegen gestemmt hat. Die Schullehrer fürchten durch die Unentgeltlichkeit von den Gemeinden abhängiger zu werden. Nur aus Ostfriesland ist eine dumme Volksvereinspetition deßhalb bei uns eingelaufen. Die democratischen Wahlplacate erwähnen Frankfurts mit keiner Silbe; und sind die Herren dort sehr schief gewickelt, wenn sie meinen, in der Wühlerei einen Halt zu finden. Januar ist nicht Juli. Die Wahlaussichten bessern sich nach allen Seiten ungemein, ja so sehr, daß ich fürchte, der ganze Character könne zu conservativ werden und unseren Sachen dann Gefahr von der anderen Seite drohen. Nun wäre mir die Rückkehr nach Osnabrück, Gott weiß es, von Herzen lieb und fast mein einziger Wunsch auf der Welt; aber es ist noch zu früh. Lassen Sie sich doch vom alten Lang die Grundzüge zu meinem Organisationsplan geben.

Vor den hiesigen erbkaiserlichen Gesinnungen fürchten Sie sich nur nicht. Das sind so läppische Volksvereinsfaseleien, die sehr bald zusammensinken werden. Traurige Folgen des gänzlichen Mangels aller wahren politischen Einsicht in Deutschland. Dieser Mangel kann Deutschland sehr theuer zu stehen kommen. Aber in Hannover liegt die Quelle der Uebel nicht. Man hat den Gedanken, mich hier zu wählen. Demonstrationis causa.

Noch eins zur Würdigung der Grundrechte. Neulich war Garssen hier mit einer Deputation aus seiner Gegend. Die erklärten: „sie verlangten die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts gar nicht. Sie wollten es bezahlen!“

Herr Duckwitz hat nun auch Klenze nach Frankfurt berufen; möchte er ihn behalten! Ich habe den Kerl bei der Gelegenheit zum erstenmal wieder gesprochen, mit welchem Ekel, kann ich nicht beschreiben. Leben Sie wohl. Vielleicht wird meine Correspondenz noch schlechter, denn unsere Arbeit wird sich nun sehr häufen; leider kommen uns die Stände zu früh. Möge das Jahr Ihnen Freude bringen.

Ihr

JCBS.

---

[1]) Hannoversche Zeitung vom 3. Januar. „Die Grundrechte, verglichen mit der Hannoverschen Gesetzgebung.“

Von Braun soll ich dringend bitten, doch mit Thöl zu reden. Reyscher kann er dem König nicht wohl vorschlagen. Er würde ihn als den Verfasser des Tübinger Gutachtens[1]) nennen müssen. — Das ist zu bedauern; es gehört auch zu den Schwierigkeiten, die wir ohne unsere Schuld aus der Vorzeit überkommen haben.

Das Gesuch, von dem Sie schreiben, ist eingekommen und wird geprüft. Ich verlange 1. Sicherheit; 2. wegen des traurigen Zustandes des Versicherungswesens im Hildesheimischen, daß die Gesellschaft sich verpflichte, unter gewissen Bedingungen Versicherungen auf Verlangen der Regierung nicht abzulehnen. Diese Bedingung ist in allen neueren Fällen gemacht, und die Noth wird mich zwingen, auch hier daran festzuhalten.

Eben kommt Ihr zweiter Brief. Er macht mir keine Sorge, und ist schon das Nöthige vorgekehrt, damit wir jedenfalls die Ueberraschung vermeiden. Darum nur muthig.

Nr. 87. Frankfurt, 9. Januar.

Ich sage Ihnen, theuerster Freund, meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 4., dessen Mittheilung über die Wahlaussichten mir Ruhe und Muth gegeben haben; es war das ein Punkt, der mich seit Wochen und Monaten gequält hat; ich kann nun die hiesigen Dinge viel ruhiger und entschiedener angreifen. Meine würdigen Landsleute, 16 an der Zahl, haben nun die Lüntzelsche Ansprache[2]) unterschrieben und wird sie Ihnen wohl bald zukommen. Ich hatte mich gegen Einige derselben über den Mangel an Lebensart und gewöhnlichen Anstand beklagt, den ich darin finden müsse, daß die Ansprache, wie ich gehört, abgefaßt, berathen und unterschrieben sei, ohne daß ich irgend Kunde davon erhalten; da hat mir Lüntzel gestern Abend das unleserliche Concept derselben mit den Unterzeichnungen der 16 (den Schluß machte Piepmeyer[3])-Wachsmuth) zugeschickt, ich habe sie ungelesen zurückgeschickt, da ich Besuch hatte. Ich will hoffen, daß die Dummheit in keiner Art schade. Die Art der Menschen bei jener

---

[1]) Aus der Zeit des Verfassungskampfes 1839. Thöl, Professor in Rostock, welcher sich als Mitglied einer Kommission zum Entwurf eines Handelsgesetzbuchs in Frankfurt befand, wurde demnächst berufen.

[2]) Oppermann, II. S. 155. Es ist ein Wahlmanifest, worin im Gegensatz zu der Auffassung der hannoverschen Regierung das Vereinbarungsprincip verworfen, und für die Beschlüsse der Nationalversammlung Geltung aus eignem Recht in Anspruch genommen wird.

[3]) Vgl. die illustrirte Satire: Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, Abgeordneten zur constituirenden National-Versammlung zu Frankfurt am Main. Von JHD. (Detmold, Verfasser des Textes) und AS. (Schroeter in Düsseldorf, von dem die Zeichnungen).

Berathung, wie bei der im Juli, hat mich empört: dieſer komplete Mangel an Patriotismus, dieſe Hingebung an den Herrn des Tages. Wenn Morgen die Franzoſen kämen, würden die Meiſten unter ihnen ſofort zu den Franzoſen ſo gegen Deutſchland ſtehen, wie jetzt gegen Hannover zu Deutſchland. Anknüpfend an dieſe albernen Burſchen bemerke ich, daß Grumbrecht, der zu Haus geweſen, allenthalben radotirt, im Königreich Hannover ſei Alles erbkaiſerlich geſinnt und der Strohkopf Tellkampf[1]) verſichert ein Gleiches; ſogar im Militair, mit Ausnahme etwa der Garde, ſei [man] Preußiſch geſinnt. Grumbrecht iſt längſt in den Händen der Unitarier pp., die ihm, glaub ich, auf eine Unterſtaatsſekretairſtelle Hoffnung gegeben und ihn (und durch ihn die andern Hannoveraner) auch gegen Schmerling gebraucht haben. Und daran knüpfend melde ich Ihnen, daß jene Parthei der Erbkaiſerlichen, da ſie einzuſehen ſcheinen, daß Bayern, Hannover und wohl auch andere Staaten ſich durch die Furcht vor Wühlereien nicht in das Erbkaiſerthum hineinjagen laſſen, nun beſchloſſen hat, einen unſchuldigen Schritt weiter zu gehen und da, wo ſie keine Wühlerei findet, um ſich darauf ſtützen zu können, eine ſolche hervorrufen wird. Wenn binnen Kurzem es wieder hie und da republikaniſche Erhebungen geben ſollte, wiſſen Sie, wo Sie die Urheber zu ſuchen haben. Was ich Ihnen da mittheile, iſt keine bloße Vermuthung, ſondern auf ganz beſtimmte Thatſachen gebaute Mittheilung. In Gagerns Erläuterungen zu ſeinem Programm, die er dem Oeſterreichiſchen Ausſchuß hat zugehen laſſen[2]), finden Sie in der geſuchten Herbigkeit, mit welcher das Princip der Vereinbarung zurückgewieſen wird, ſchon die Cajolerie gegen die Linke. Die ganze Idee iſt nur zu dumm; — da, wo dergleichen möglich, wie etwa in Baden, Naſſau, Heſſen, da iſt es nicht nöthig, — da, wo es nöthig, wie in Bayern, Hannover pp., da iſt es nicht möglich. Nur etwa in Franken ließe ſich's ausführen, und darauf ſcheint man auch zu ſpekuliren, deshalb hab ich gleich Warnung nach München gegeben. Des Juſtizminiſters Mohl kühner Griff mit der Improviſation des Geſetzes über Spielbanken[3]), obgleich anſcheinend dahin gehörig, reſultirt doch nicht aus jener Intention, ſondern iſt nur eine Dummheit, die ganz allein ihm gehört. — Zu den Zeitungslügen gegen Hannover gehört ohne Zweifel auch die wegen der in London gegen den Erbkaiſer übergebenen Bairiſch-Hannoverſchen Collektiv-Note: dieſe Lüge iſt aber nicht hier erfunden, obgleich die Nachricht vom Reichsminiſterio ausgeht; ſie iſt von London hierher gemeldet, ich vermuthe Berliner Fabrikat. Wenn die Sache, wie ich nicht zweifle, wirklich ganz ungegründet, ſollte doch

[1]) Profeſſor in Breslau, mit verwandtſchaftlichen Beziehungen in Hannover.
[2]) Schreiben vom 5. Januar. Roth u. Merck, II. S. 79.
[3]) Vgl. R. v. Mohl, Lebenserinnerungen, II. S. 96.

die Hannoversche Zeitung dieselbe einmal einfach als Lüge bezeichnen; etwa die Nachricht wiederholend und die Erklärung daneben oder als Anmerkung darunter.

Klenze's Hiersein wollte ein Freund für sehr gefährlich für die Hannoverschen Interessen erachten. Duckwitz ist zu der Berufung durch den Lübecker Senator Brehmer gebracht, der ganz und gar in Klenze's Händen ist. Consolidiren sich die Zustände des Deutschen Reichs, so geht Klenze im entscheidenden Augenblicke mit Sack und Pack über; um sich gute Reception und Stellung zu sichern, werde er, so meinte der Freund, vorher leicht bei dieser oder jener in die Hannoverschen Interessen tief einschneidenden Frage über Zolltarif, Flußzölle oder dergl. durch ein Achselzucken, Lächeln oder dergl. mehr verderben können, als unsere Commissarien jemals durch die angestrengteste Arbeit wieder gut zu machen im Stande seien. Ich will das wenigstens mitgetheilt haben.

Sie sagen mir, daß in der Folge wegen der Stände u. s. w. unsere Correspondenz sparsamer werden würde. Ich verstehe das vorläufig von Ihren Briefen; so sehr mich die erfreuen uud belehren, so rechne ich auf die nicht und werde natürlich, so wie Ihre Arbeiten sich mehren, noch weniger darauf rechnen. Mit meinen Mittheilungen übet das, von dem ich glaube, daß es für Sie Interesse habe, fahre ich, bis Sie's ausdrücklich abbestellen, fort.

Thöl hat sich Bedenkfrist erbeten: in den nächsten Tagen aber erhalte ich Bescheid, sagt er nein, so würde ich mir erlauben, Sie auf Phillips, den bekannten Ultramontanen, aufmerksam zu machen, der, seit Lola ihn abgesetzt ohne Stellung, billig zu haben und ein wahrhaft ausgezeichneter Mann ist, auch von klarer politischer Einsicht.[1]) Der Ihrige

Detmold.

Nr. 88. Hannover, 10. Januar.

Herzlichen Dank für den Brief vom 3., den ich mit folgendem erwidere. — Von Berlin protestirt man[2]) heftigst über die Ehrlichkeit der dortigen Absichten; aber man will sich erst mit Östreich einigen. Daher das Schwankende in dem Benehmen Camphausens. Vincke, Schwerin haben keine Verbindungen. Der König sei ehrlich pp., auch das gegenwärtige Ministerium.

Nun ist aber gestern Abend Bunsen hier durchgekommen, und hat 2 Stunden bei mir gesessen und geschwatzt nach seiner Weise. Habe ich ihn

[1]) Phillips war auch Mitglied der National-Versammlung.

[2]) Brief von Abeken an Stüve.

richtig verſtanden — denn vieles war in den Wind geſprochen und captatio benevolentiae, ſo iſt Gagerns Programm von ihm und Stockmar soufflirt, aber übel verſtanden. Gagern hat ſagen ſollen, wie es in dem Schreiben vom 5. ſteht: Öſtreich kann und ſoll nicht aus dem Bunde treten; wir halten es; aber wir wollen einen engern Bund im Bunde machen. Statt deſſen habe er geſagt: Öſtreich muß ausſcheiden, und wir wollen uns dann wieder mit ihm verbünden. Die Engländer haben die Richtigkeit der Idee gleich gefaßt und Ld. John ſie für den erſten politiſchen Gedanken in Deutſchland erklärt. Ueber die ſchlechte Abfaſſung habe er und Stockmar Gagern geſchrieben und dieſer es auch eingeſehen. — An dieſem politiſchen Gedanken hält Bunſen feſt und will ihn nun in Berlin durchſetzen. Einigung mit den Fürſten, namentlich Baiern, affichirt er auch; aber im Grunde, meint er doch, ſey in den Fürſten keine Kraft mehr zum Widerſtande; das Volk werde ſie zwingen. Einſtweilen bietet er, um ſie zu befriedigen, votum decisivum im Reichsrath ad modum ſeines 2. Sendſchreibens; und Mediatiſirungen; Sündenſold. Auch Baiern könne man ſchon ſtill kriegen, da beim Widerſtande ſeine Flügel, die Pfalz und das altpreußiſche Ansbach, abfallen würden. Uebrigens tadelte er auch die Profeſſoren und behauptete, Gagern wolle ſich von ihnen losmachen. Ferner, Schmerling ſey unehrlich (wobei er eingeſtand, Ld. Palmerſton, der das wiſſen könne von der Poſt, ſage von Metternich: You may depend upon, he governs Austria still —). Er ſcheint mir in Berlin einen Miniſterwechſel zu wünſchen, wohl ſelbſt an die Stelle zu wollen; denn er gab keinen andern an. Vincke ſey zu kleinlich juriſtiſch, doch nicht ſtaatsmänniſch. Radowitz klug, entſchieden, aber ohne eigene Ideen und Katholik, alſo nicht zu trauen (darin hat er ohne Zweifel Recht und ich bitte Sie, das Wort alſo nie zu vergeſſen). Daß man die Würzburger Pfaffendeclaration [1]) ſo wenig beachtet, wunderte ihn ſehr; aber ſie gehe weit über Rom hinaus und werde nur die Parthei zu Fall bringen, u. dgl. mehr.

Ueber die große Politik gab er folgende Anſicht. Italien ſei nicht zu behaupten. Das Volk, wenn auch in ſich haltlos, ſey ganz fähig, jeden Herrn auf Knechtsweiſe zur Verzweiflung zu bringen. Der Krieg werde wieder ausbrechen, zumal Öſtreich auch den Andrianſchen Plan (Trennung von Mailand und Eintritt desſelben in eine Liga Italiana, zur Noth unter einem Prinzen des Hauſes) verwerfe. Dann komme die Türkei, von der Nicolaus 1844 zum großen Schrecken von Peel und Aberdeen geſagt: Il y a deux opinions là-dessus, l'une qu'elle est mourante; c'est

[1]) Denkſchrift der in Würzburg verſammelten Erzbiſchöfe und Biſchöfe vom 14. November. Roth u Merck, II. S. 134.

celle de mon cabinet; l'autre qu'elle est morte et qu'il ne s'agit plus que des funerailles, c'est la mienne. Je ne veux pas de Bizance; mais je ne peux souffrir un empire oriental. England verlange zwar die Türkei nicht. Aber hierüber werde der Krieg ausbrechen, und dann müſſe Deutſchland eine ſtarke Neutralität behaupten. Öſtreichs Deutſche Lande mit ſchützen; aber nicht mehr. Zu dem Ende müſſe Preußen an der Spitze ſtehen. — Darin finde ich einen erweiterten Basler Frieden.

Doch satis superque von dieſem diplomatiſchen Bavardage. — Sie werden wiſſen, was daraus zu entnehmen und werden weiter anknüpfen können, um zu erfahren, wie Gagern eigentlich ſteht. Ob nun Bunſen in Berlin durchdringt; ob er namentlich Miniſter wird — wer weiß das! Aber ehe dies nicht entſchieden iſt, wird wohl Gagern die Verhandlungen nicht eben fördern.

Die Wahlmännerwahlen ſind nun im Gange. In wenigen Tagen die Bauernwahlen. Es iſt viel die Rede davon, mich zu wählen: in Osnabrück — wo ſtarke Bewegung der bekannten 3 Partheien — hier und in dem Landbezirke der Umgegend. Der Adel bewirbt ſich viel um die erſte Cammer. Ich bin ſehr zweifelhaft, ob nicht die Schwierigkeiten für 1849 gerade von der entgegengeſetzten Seite kommen als 1848. Daß Windiſchgrätz in Peſth, wird uns jetzt die Sache ſchwerlich erleichtern; wohl aber könnte das dadurch geſchehen, wenn in Preußen die breite Baſis nicht nach vollem Wunſche operirte.

Noch ein paar Dinge. Woher rührte die Nachricht der Ober-Poſtamts-Zeitung, daß Hannover in London Anzeige über ſeine Nichtunterwerfung unter die Verfaſſung gemacht habe? Iſt das blos eine Reichsminiſteriallüge? — Die Deutſche Zeitung, ihrem jetzigen Character treu, baut ſchön darauf weiter. —

Ferner, ein Hr. Humann von Paris in Berlin erklärt dort: Es ſeyen die größten Ausſichten auf — Anerkennung Heinrichs V.!!! Freilich nicht ohne Erſchütterungen. In Folge der Fortification ſeyen 100000 überzählige Arbeiter nach Paris gezogen, dort hangen blieben und der Stadt eine Maſſe von 200000 Köpfen daher zur Laſt. Das lähme alles. — Die Provinzen machen ſich immer mehr von Paris los. — Mir erklärt das die Metternichſchen Reactionshoffnungen.

Endlich ſchreibt Knyphauſen[1]) von einer Negotiation zwiſchen Berlin und Frankfurt, die ſehr geheim betrieben werde. — Ich habe das doch melden wollen. Damit herzliches Lebewohl

Ihr
JCBS.

[1]) Hannoverſcher Geſandter in Berlin.

Nr. 89. Hannover, 15. Januar.

Unſere Wahlen haben begonnen und wie es ſcheint, erwünſcht. Hier in Hannover freilich fällt alles auseinander. Nie iſt mir das Bild der Zerfahrenheit der ſtädtiſchen Zuſtände, in Folge der traurigen Schwäche von Evers, des gänzlichen Mangels jeder Perſönlichkeit, ſo ſchlimm entgegengetreten. Das Reſultat wird wohl — da Hantelmann in Einbeck gewählt wird — ſeyn, daß Rumann und Goedeke[1]) (!!) gewählt werden. In Hildesheim hat Weinhagen die Wahlmänner ganz erobert; in Göttingen ſoll Elliſſen geſiegt haben. In Osnabrück dagegen haben meine Freunde, wie zu erwarten, complet geſiegt; in den kleinen Städten, wo Jul. Meyer gewählt ſein wollte, hat er auch nicht Eine Stimme bekommen. Die Hoyaſchen Flecken ſcheinen nicht ſonderlich gewählt zu haben. Die Bauernwahl ſcheint dort gut zu werden. Die Calenberger haben drei tüchtige Landleute gewählt. Zu Arnum hat man Hrn. Gerding, der ſich empfohlen, etwas herbe zurückgewieſen, und zu den Grundrechten gemeint: die Höfe müßten zuſammenbleiben; und wenn ſie einen in die Gemeinde nehmen ſollten, müßten ſie auch ein Wort mitſprechen. In Neuſtadt iſt Hrn. Menſching ähnliches widerfahren u. ſ. w. Die rechte Entſcheidung kommt erſt heute oder morgen.

Dort ſcheint man ja nun nach c. 4wöchigem Wüthen ſich ziemlich wieder auf dem Puncte Öſtreich und Preußen gegenüber zu befinden, auf dem man Mitte December ſtand, d. h. in der Luft. Man wüthet gegen Vereinbarung und geſteht Verſtändigung zu. Wer denkt bei dieſem verbiage nicht an Talleyrand mit Legitimität und Nonintervention, an Metternich mit ſtändiſch und repräſentativ pp. Es ſind die abgegriffenen Geräthe der alten Diplomaten, mit denen man ſich herumplackt.

Die Heldenthaten unſerer dortigen Vertreter ſind hier gänzlich nichtig. Das matte Ding von Lüntzel[2]) lieſt man kaum. Es ſind hier ganz andere Sachen in Umlauf, die näher treten und tiefer greifen. Die Herren ſind wirklich ſchon veraltet. Piepmeyer-W[edekind] ſchickt alle Tage Dutzende von Packeten an Frau und liebe Kinder, Vettern, Freunde und Verwandte, um ſeinen Antheil an den 100000 St. Grundrechten an den Mann zu bringen. — Fritz Reden hat ſogar die Grundrechte mit Goldſchnitt an die Hildesheimer Bauern geſchickt. Am Sonntag ſoll hier auch ein Grundrechtsdiner ſeyn. Nichts deſto weniger wird das alles täglich matter, und in Wahrheit muß man mehr vor einem Umſchlagen zur Rechten als zur Linken beſorgt ſeyn. Mich hat dieſe Sorge mehrfach gedrückt.

---

[1]) Der Literarhiſtoriker. — [2]) Vgl. Oppermann, II. S. 155.

Was Sie von Klenze schreiben, habe ich Lehzen mitgetheilt. Witte [1]) hat ähnliche Besorgnisse hieher geschrieben. L. ist aufmerksam, wünscht aber recht dringend über die Sache, wo irgend möglich, ein Urtheil noch von anderer Seite als eben von Witte zu haben. Albrecht [2]) ist viel zu ängstlich und zugeknöpft, um gerade aus zu reden. Daß Kl. zu allem fähig, versteht sich ja von selbst. Könnten Sie nicht über sein Benehmen und seine Stellung auch von einem andern als Witte einmal sich Kenntniß verschaffen? Bestätigen sich W.'s Beobachtungen, so muß man ihn, sobald sein Urlaub abgelaufen, wieder kommen lassen, aber ohne ihm vorher etwas zu zeigen. Wir hätten ihn viel lieber nicht geschickt, wollten nur den Schein der Unwillfährigkeit vermeiden. —

Braun habe ich Mittheilung gemacht, er wartet mit Schmerzen. Zu Phillips scheint er keine Lust zu haben, und in Wahrheit, ich scheue diese Ultramontanen auch in mehr als Einer Hinsicht. — Wiewohl sie in Göttingen wohl nicht sehr gefährlich sein möchten. Im Lingenschen haben unsere Pfaffen es nun wirklich so weit gebracht, daß Militär dahin gelegt ist, um die Protestanten gegen Gefahr, Drohungen, Angst (die hauptsächlichste Waffe) zu sichern. Ihre Notiz über die freundlichen Intentionen zu Frankfurt hat mich veranlaßt, hie und da Vorsicht zu empfehlen. Ich glaube, man irrt sich dort sehr. Uebrigens wird allerdings mit den kleinen Leuten viel gehetzt und gedroht; namentlich auch in Preußen. In der Nähe von Magdeburg wird geflissentlich große Angst vor entsetzlichen Ausbrüchen im Frühjahr zu verbreiten gesucht.

Die Lügen der dortigen Zeitungen sind hier grob zurückgewiesen [3]); die Deutsche habe ich auch etwas aufs Korn genommen. Sie ist bald mit der Weser- oder der Bremer (Norddeutschen Zeitung, von der man hier nichts hört) au niveau, und dürfte hoc tramite nicht sehr lange mehr existiren.

Die heutigen Wahlnachrichten sind ferner gut. Im Bremischen sollen die Radicalen die andern bei den Wahlmannswahlen überlistet haben und dort schlechte Wahlen zu erwarten sein. Lang ist hingewesen und hofft, dort gewählt zu werden. Stubbe ist wieder gewählt. Rumann ist mit 37 St. von 63 gewählt, und Goedeke gegen Schütz mit 32/31. Zu den Städten mit gesicherter schlechter Wahl kommt Emden, wo der S..... Bueren die Mehrzahl der Wahlmänner hat. Die Calenbergischen kleinen Städte haben gut gewählt. — Die hiesigen Wahlen zeigen recht den von Ihnen so oft beklagten faulen Fleck der Zustände; es ist mir

[1]) S. oben, S. 80. — [2]) General-Steuerdirektor.
[3]) Vgl. Hannoversche Zeitung vom 12. Januar.

recht lieb, nicht gewählt zu seyn, da mich das unfehlbar in Verlegenheit brächte.

Auf Sonntag hat Hr. Stegen, der Agent der Republikaner, die Festlichkeit wegen der Grundrechte arrangirt. Es ist das ein Grund zur Aufmerksamkeit mehr.

Leben Sie wohl

Ihr
JCBS.

Nr. 90. Frankfurt, 17. Januar.

An Ihren Brief vom 10. mit den diplomatischen Nachrichten, für die ich herzlichst danke, knüpfe ich folgendes an. Was ich hier früher und namentlich nach Empfang Ihres Briefes gehört habe, bestätigt die Mittheilungen im Wesentlichen. Ich habe noch Folgendes in den Kauf bekommen. Hinter Bunsen (wie öfter schon) steht Palmerston selbst (daher die Mittheilung, das P. den Plan gebilligt), der auf das leidenschaftlichste gegen Oesterreich erbittert sei. Hierin sei auch die eigentliche Wurzel des Plans zu suchen. Am herbsten trete diese Erbitterung in der Italienischen Frage auf, wo P. darauf ausgehe, Oesterreich ganz aus Italien zu verdrängen; da nicht anzunehmen, daß das zu Frankreichs Gunsten beabsichtigt werde, so ist wohl anzunehmen, daß Palmerston eine Art Unabhängigkeit Italiens will, unter Schirmherrlichkeit und Ausbeutung von Seiten Englands, ad modum von Portugal. Von der Oberherrlichkeit Preußens über Deutschland werden gleichfalls im Sinne des Freihandels Vortheile für England gefordert und erwartet. Metternich, dessen Leitung der Oesterreichischen Angelegenheiten bei der Feindschaft Schwarzenbergs und Stadions doch nicht ganz zweifellos erscheint, führt nun einen erbitterten Kampf gegen Palmerston, der (es klingt unwahrscheinlich, aber kommt aus guter Quelle) wohl mit Palmerstons Sturz endigen könne. — So ist also Deutschland wiederum der Kampfplatz der Intriguen auswärtiger Mächte. — An Ihre Humannsche Äußerung über die Chancen der Bourbons knüpfe ich ein Wort, daß mir im Jahre 1837 Graf Las Cases in Paris sagte, ein eifriger Bonapartist, noch mehr Louis-Philippist und Todfeind der Bourbons. Ich fragte ihn, ob er es für möglich halte, daß die damals noch häufigen republikanischen Schilderhebungen einmal reüssiren könnten. Er bejahete das, fügte aber hinzu, daß die Republik nur 8 Tage dauern werde. Und dann? fragte ich. „Dann kommen die Bourbons." —

Von hiesigen Dingen spreche ich lieber nicht. Es liegt hier alles im hitzigen Fieber, und, was nicht mitrast, wird verketzert und geschmäht. Man hat hier durch die Presse und tausend andere Mittel eine solche Tollhaus-Atmosphäre für den Professoren-Kaiser zu erregen gewußt, daß

es nicht zu verwundern, wenn Alles toll ist. Welche unerhörte Unehrlichkeiten dabei angewendet werden, brauch ich Ihnen wohl nicht zu erzählen. Gagern und die ganze imperialistische Clique treibt die National-Versammlung, welche in der letzten Zeit in puncto ihrer Souveränetät etwas nüchterner zu werden schien, wieder mit Gewalt in den falschen Weg; das Komische ist nun, daß die Linke, die auch den Rausch wohl am vollständigsten ausgetobt hat, am meisten widersteht. Gern und nicht bloß mit halben Worten riefe Gagern die revolutionären Elemente auf: die offizielle O. P. A. Zeitung bringt ab und an Artikel, wie sie früher nur die Blumsche Reichstagszeitung geliefert, und nicht bloß versteckt wird mit dem Aufpflanzen der rothen Fahne gedroht. Hier liegt nun eine große Gefahr, nicht von der linken Seite, sondern — wo Sie dieselbe auch besorgen — von Seiten der Regierungen. Durch dergleichen werden die Regierungen offenbar der Reaction in die Arme getrieben. Dazu kommt noch, daß man kein Wort der Schmähung giftig genug findet für alle solche an die Spitze zu stellende Institutionen, die dem alten Bundestag ähneln (cfr. nur Gagerns Erklärung vom 5. Jan.), als wenn ein Direktorium, das ohne Instruktionen und per majora entschiede, mit Volksvertretung und Reichsgewalt neben sich, irgend dem alten Bundestage ähnlich wäre. Nun wird und muß es ja in irgend einer Weise doch auf ein solches Direktorium hinauskommen, das nun im Voraus durch diese kindischen Phrasen gerichtet und verdammt ist. Also im Voraus Keime gelegt zu einer neuen Revolution.

Im Verfassungs-Ausschusse habe ich mit einigen Freunden pro viribus für indirekte Wahlen gekämpft, die Sache ist aber gestern Abend gegen uns und für direkte Wahlen entschieden; weil in Schleswig-Holstein direkte Wahlen sind und gute Resultate geliefert haben, müssen Preußen, Bayern, Hannover u. s. w. ihr System ändern. Nun haben wir, nicht sowohl um die Gefährlichkeit der direkten Wahlen abzubrechen, als vielmehr um sie geradezu zu vernichten und für die Berathung in der N.-V. die Annahme der indirekten Wahlen zu erleichtern, die Bestimmung in den Entwurf gebracht, daß die Wahl mit absoluter Stimmen-Mehrheit (von den abgegebenen Stimmen) geschehen müsse; wenn das zweimal manquirt, ist bei der 3ten Wahl nur unter den 2 Candidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen hatten, immer mit absoluter Mehrheit. Wenn nun die Wahldistrikte sehr klein gemacht, etwa (in ländlichen Bezirken) jede Gemeinde in loco wählt, so ist vielleicht, selbst wenn die N.-V. sich nicht für indirekte Wahlen entscheidet, manche Gefahr der direkten Wahlen zu vermeiden. Ich hoffe aber, wie gesagt, noch von der N.-V. Annahme der indirekten Wahlen, namentlich wenn der Erbkaiser abgelehnt wird. Denn, wenn das der Fall, greifen die Preußen auf die Verfassung vom 5. Dec. mit ihren

indirekten Wahlen, während bei Annahme des Erbkaisers die Preußische Repräsentation auffliegen würde. Seit 2 Tagen haben nun die Berathungen über das Oberhaupt begonnen; es werden vor meist leeren Bänken Reden für und wider gehalten.

Die Lüge von einem in London angebrachten Bairisch-Hannoverschen Proteste gegen den Preußischen Kaiser ist von London, und wie mir, aber sub sigillo, anvertraut worden, von Andrian hierher berichtet worden. Ich trat so scharf gegen die Herren auf, daß sie mir — aber nur mir — das vertrauen zu müssen glaubten, sich dahinter versteckend, daß vielleicht der König das für sich gethan. Da hab ich ihnen denn gesagt: wenn der König dergleichen wolle, werde er es gewiß am wenigsten in London thun, wo Palmerston die deutsche Einheit nach der Englischen Elle anfertige. Vielleicht könnte die Hannoversche Zeitung auf die Sache noch einmal in diesem Sinne zurückkommen. [1])

Über einige von Bunsen Ihnen genannte Persönlichkeiten noch Folgendes: Schmerling ist sicher nicht unehrlich, oder richtiger, er war es nicht, — aber seine jetzige Stellnng ist eine so schwierige, schiefe, angefeindete, daß ein Schwanken seinerseits wohl zu entschuldigen wäre, zumal er mehr als ein Mensch sein müßte, wenn er nicht den jetzigen niederträchtigen Anfeindungen gegenüber Rancune und Rache empfände. Ihre Warnung vor Radowitz war insoweit unnöthig, als eben Niemand offener als R. selbst erklärt, daß, wenn in irgend einer Frage seine confessionelle Ansicht mit andern Ansichten und Principien in irgend einen Conflikt käme, er diesen confessionellen Rücksichten jede andere nachsetze. An ein Ministerium in Berlin denkt er nicht; schon seit 1840 hat der König, der ihn auf das zärtlichste liebt, fort und fort ihn gequält, in das Ministerium einzutreten; R. sagt aber, das Princip des Preußischen Staats sei der Protestantismus, darum sei und bleibe er dort ein Fremder u. s. w. Ich weiß das nicht bloß von ihm selbst. In der ganzen Nat.-Vers. ist er der Einzige Staatsmann, nach allen Richtungen hin bedeutend. — Vincke ist von Bunsen richtig beurtheilt: außerordentlich talentvoll, aber kleinlich, nicht bloß juristisch, sondern advokatisch, dabei leidenschaftlich u. s. w. Er hat sich mit der von ihm anfangs bekämpften Octroyirung abgefunden und würde, wenn's nicht anders geht, doch am Ende noch vor dem Landtage ein Minist. übernehmen.

Eben kommt mir auch ein von Droop u. A. unterzeichnetes Gesuch des vaterl. Vereins zu Osnabrück wegen Publikation der Grundrechte zu; wie kommt der zu dergleichen Thorheiten? Ihr

Detmold.

---

[1]) Vgl. Stüves Artikel: „Deutschland und England" in Nro. 20 der Hannoverschen Zeitung vom 22. Januar.

Morgen ist der 18. Jan., der Gründungstag der Preußischen Monarchie. Vermuthlich wird man morgen die Kaiserfrage zur Abstimmung zu bringen suchen. Ich kann mir aber es kaum denken, daß man sich nur über den Modus der Abstimmung einige.

Nr. 91. Hannover, 25. Januar.

Es wird Ihnen von Interesse seyn, lieber Freund, zu erfahren, daß Preußen nun mit einer Erklärung an sämmtliche Regierungen Deutschlands hervorgetreten ist, die gestern Schleinitz [1]) hier übergeben hat. [2]) Es ist 2 Bogen eng lithographirt. Erst lange Beschönigung des seither von Pr. beobachteten Schweigens. Dann Wunsch, mit Östreich zusammenzugehen. — Östreich sey aber berechtigt, seine gesammten Verhältnisse zu ordnen, wenn es gegen Deutschland die Bundespflicht erfülle, ebenso wie Deutschland seine Verhältnisse fester ordnen könne. — Eins könne das andere nicht hindern, das zu thun, wie der Zollverein davon ein Beispiel sey. Wenn nun Östreich sich in die engere Verbindung mit Deutschland nicht einlassen wolle, so könne es auch keine Rechte in dieser erwerben, ohne Pflichten zu haben. — Nun sey die Sache in Frankfurt so weit gediehen, daß man nothwendig die Verständigung mit den Regierungen anbahnen müsse. (Einige Floskeln über Zustimmung und Verständigung.) Preußen fordere daher sämmtliche Regierungen auf, sich durch ihre Bevollmächtigten mit ihm zu einer an die Centralgewalt abzugebenden Erklärung zu einigen. — Endlich erklärt Preußen, zu der Kaiserkrone keine Lust zu haben. (Der König hat mppria hieher geschrieben: die Frankfurter Narrenkrone wolle er nicht. Das aber streng unter uns.) Aus Privatbriefen weiß ich auch, daß man in Berlin Gagerns Unterhandlungsplan für richtig hält — was er auch wohl ist, und glaubt, Östreich wolle die Verhandlungen nur hinziehen, um demnächst die Versammlung zu sprengen, oder sonst unwirksam zu machen. Das sey Schmerlings Aufgabe.

Von Wien berichtet man, daß Aretin von München für Olmütz geschickt sey, und daß Schwarzenberg eine sehr kategorische Note nach Frankfurt habe abgehen lassen.

Von den Grundrechten sagt die Preuß. Erklärung nichts. Das, sowie der Mangel eines festen Plans scheint mir tadelnswerth, sonst kann man m. E. nach den Umständen zufrieden seyn. Denn die Stellung Östreichs ist allerdings eine doppelte, wie das auch schon in Ihren Anträgen ad §§ 2 u. 3 anerkannt war. Die Kaiserkrone ist in der That aber auch

[1]) Freiherr von Schleinitz, preußischer Gesandter in Hannover.

[2]) Die Circularnote vom 23. Januar. Roth u. Merck, II. S. 253. Ueber die Entstehung derselben vgl. Bunsens Leben, II. S. 485 ff und v. Sybel, I. S. 286 ff.

mit dem Beharren Öſtreichs im Bunde nicht wohl zu vereinigen. Gebe Gott nun nur, daß die Regierungen ſich auf einen vernünftigen Plan einigen. Dann werden die 47 oder 38 Stimmen ſich auch noch wohl umkehren, wiewohl die lügenhafte Hetzerei der Erbkaiſerzeitungen ſehr und ſchwer zu bedauern. Man wird ſich dann aufs Maul ſchlagen oder wieder alles auf den Kopf ſtellen müſſen — wenn man das kann.

Unſere Wahlen ſind ziemlich gut gerathen. Die Wahlen zu 1. C. ſind noch nicht fertig. Wenn nur nicht zu viel bloße Bauern gewählt werden, ſo wäre das Experiment gelungen. Ich halte auch immer dafür, daß mein urſprünglicher Plan von 20 Grundeigenthümern beſſer war als der von 33, den mir die Cammern aufdrangen. — Schlecht iſt gewählt in Göttingen, Hildesheim und Celle, wo die Handwerkerintrigue geſiegt hat, die überall ſehr übel wirkte. Hier ſchämt man ſich auch. Rumann hat ſich neulich ſehr deutſch erklärt. Ich bin neugierig, was er macht.

In Diepholz iſt vom Volksverein Unfug erregt; in Loccum von Wilddieben; in Hildesheim in Folge der Grundrechtsfeier. Man hatte dort die Jäger vom 2. Bat. den ganzen Sommer furchtbar gereizt; nun haben ſie ſich ſchwer gerächt, ſo daß einige Leute wohl dabei das Leben laſſen werden. Das Bataillon wird weggelegt und wollen wir wohl Herr bleiben. In fine finali wird die Sache den Hildesheimern einen Schrecken einjagen und im Grunde gut wirken, da im Lande die Nothwendigkeit, Ordnung zu halten, einmal wieder hervortritt. In Osnabrück haben ſie ſehr gut gewählt, dagegen mit den Grundrechten eine alberne Kinderei gemacht, indem ſich die Bürgerwehr bei der Feier betheiligt und die eine Seite des conſtitutionellen Vereins ſich auch durch die Demagogen hat ziehen laſſen. Dieſe Vereine als eine gründliche Halbheit haben überall nichts ausgerichtet und nichts genutzt. Es iſt der wahre Herr Piepmeyer.

Daß übrigens Piepmeyer-Wachsmuth hier von den Rechtsgelehrten zur 1. C. gewählt iſt, werden Sie gehört haben. Der Mann hat ſich durchaus lächerlich gemacht. Durchgeſetzt haben ihn die auswärtigen Advokaten.

Da ſehe ich eben, daß die Erblichkeit verworfen iſt, 211/263, und alles andere hinterdrein. Die meiſten Chancen hat noch der 6jährige Turnus gehabt, 264/196, was auch noch das Klügſte wäre. Mir fällt dabei Dürr[1]) ein, der 1832, als auch einmal alle Compoſitionen der 1. C. verworfen wurden, ſagte: Nu haben wir nix! Was wird aber die Deutſche nun machen? —

Noch ſagt mir jemand aus einem Briefe aus Berlin: Man würde den obigen Schritt nicht gethan haben, wenn man von der eigentlichen Lage

[1]) Canzleirath, Mitglied der Kammer von 1832.

der Dinge in Frankfurt unterrichtet gewesen wäre. Man sey doch Camphausen gefolgt. — Mag seyn! — Die Erzählung der Deutschen Zeitung, daß man von Olmütz zur Auflösung der Frankfurter Versammlung aufgefordert, glaube ich nicht. Aber ist K. Ludwig wieder auf den Pegasus gestiegen und liefert der D. Z. die schönen Gedichte? Welche Misere!

Ich will aber nicht spotten. Man sollte recht traurig seyn über diese unglückliche Lage der deutschen Dinge. Gebe Gott nur, daß die eingebildeten Macher dort in Frankfurt nun doch einmal erkennten, womit sie es zu thun haben.

Adieu

Ihr

JCBS.

Nr. 92. Hannover, ohne Datum (Februar).

Ich muß Ihnen, lieber Freund, doch den Ursprung der Closenschen Weisheit[1]) mittheilen. Der bekannte Türkische General Jochmus[2]) hat resp. am 12. September und 30. November sehr gut Englisch geschriebene Memoires in Frankfurt über die Gestaltung Deutschlands übergeben. Man vermuthet, daß sie aus dem Englischen Ministerio herrühren, dabei sind 2 Tabellen, die das Ding versinnlichen sollen.

Nr. I stellt eine Union von ganz Östreich mit Deutschland dar.

Nr. II ist das Original, das Herr v. Closen ins Deutsche übertragen, aber in der äußeren Form schlecht wieder gegeben zu haben scheint, so daß es fast unverständlich geworden ist. Namentlich ist zu bemerken, daß die Östreichischen Unterstaatssekretaire für beide Theile Östreichs bestimmt sind.

Der Ursprung des Dings ist am Ende das Bedeutendste dabei, zusammengehalten mit Bunsens Inspirationen und mit seiner Erzählung, daß Ld. Palmerston den Gagernschen Plan gleich richtig verstanden, und ihn für eine politische Idee erklärt habe. Jochmus soll mit Ld. Cowley viel zusammengesteckt haben.

Ihr

JCBS.

Nr. 93. Hannover, 6. Februar.

Der alte Smidt schreibt mir eben, er würde morgen früh halb 6 von Bremen abreisen und halb 10 hier ankommen, um mich noch vor der

---

[1]) Es handelte sich um einen von dem bayerischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt Freiherrn von Closen in Olmütz übergebenen Vorschlag für die Konstituirung Deutschlands und Österreichs, welcher Stüve von dem für einige Tage nach Hannover gekommenen Detmold mitgetheilt war.

[2]) Uebernahm später im Reichsministerium vom 16. Mai das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Cammersitzung zu sprechen. Ich muß nun schon um 10 Uhr aufs Ministerium und weiß nicht, wohin ich ihm Nachricht geben könnte, da er nicht schreibt, in welchem Gasthofe er abzutreten denkt. Wenn es Ihnen vielleicht convenirte, ihn auf der Eisenbahn zu erwarten und ihm zu sagen, daß er mich bis 12 Uhr auf dem Ministerium finde, ich auch gern bereit sey, ihn aufzusuchen, wenn er mir nach dem Ministerio Nachricht gebe, wo er sich aufhält, so würde das ihm gewiß sehr angenehm seyn, und ich wäre Ihnen sehr dankbar.

Die Hauptsache, die er von mir hören will und die ich von ihm hören möchte, betrifft die Östreichische Angelegenheit. Er theilt nämlich mit, wie man von Paris melde, Östreich wolle einen großen Europäischen Congreß ad modum des Wiener von 1815 halten. Das mag zunächst sich auf Italien beziehen; allein es liegt derselbe Gedanke des Verschiebens wie in der Deutschen Sache zum Grunde, und vielleicht bringt uns der Östreicher, der heute hier ankommen soll, näheres. — Es ist fatal mit dieser Östreicher Wirthschaft.

Ihr

JCBS.

Nr. 94. Frankfurt, 28. Februar.

Ich habe Ihnen, theurer Freund, lange nicht geschrieben; anfangs nach meiner Rückkehr von dort, hoffte ich von Tage zu Tage auf irgend eine Consolidirung der hiesigen Zustände, nachher schwieg ich, weil mein Blick mehr nach dort als hieher gewendet war, wo inzwischen die Zustände statt consolidirter nur immer verwotrener geworden sind und werden. In der That: ich habe die Überzeugung, daß wir hier am Ende sind. Desto schändlicher, daß diese selbstverschuldete Misere hier uns unsere gesunden Zustände dort noch ruinirt. Wir sind hier am Ende, aber ein Bild der Zustände kann ich Ihnen nicht geben; es ist eben das komplete Chaos. Und von allen Seiten arbeitet man daran, das Chaos noch chaotischer zu machen, und man thut das mit Bewußtsein: die Erbkaiserpartei, weil sie weiß, daß sie aller Negation doch am Ende einen positiven Gedanken entgegenzusetzen hat und daher die Negation erst bis zur Unerträglichkeit steigern will; die conservativen Gegner der Erbkaiserpartei, weil sie nach allen Seiten hin auseinanderfahren, und weil, solange das Verhältniß Oesterreichs nicht klar gestellt, sie nichts können als negiren; die Linke endlich, weil sie den Nutzen von all dem Wirrsal zu erlangen denkt und nur erwartet, daß irgend ein Ereigniß die Frucht abschütteln werde. Die beiden Hauptpartheien, jetzt geschieden durch die Oberhauptsfrage, Weidenbusch (Erbkaiserlich) und Mainluft (Bundesstaat mit Oesterreich) sind jede stark genug,

um die andern zu paralyſiren und zu neutraliſiren, zu ſchwach, um einen Gedanken durchzuſetzen; nun wirbt jede von ihnen um den Zutritt der Linken; die iſt, um *ihre* Gedanken durchzuſetzen, ebenfalls zu ſchwach und wirft ſich alſo nur dahin, wo es die Negation gilt. Die beſonneneren Führer der Erbkaiſerpartei ſcheinen einzuſehen, daß ſie, namentlich Angeſichts der Preußiſchen Note vom 16.[1]), Angeſichts des Verhaltens Preußens, der ſchleunigen Abreiſe Bunſens aus Berlin, der Ernennung des Grafen Arnim zum Miniſter des Auswärtigen mit ihrer Idee des Bundes- oder vielmehr Centralſtaates nicht durchdringen werden und haben ſicher Luſt, einzulenken. Aber ſie haben Mächte heraufbeſchworen, Elemente zu Bundesgenoſſen aufgerufen, deren ſie nicht ſo plötzlich Herr werden oder ſich entledigen können. Eben aus ſolchen Schichten der Parthei hört man jetzt ſchon davon reden: daß, wenn § 2 und 3 abgeworfen würden, man ein Gegenparlament nach Bremen oder Caſſel berufen müſſe. Die Sorge, daß in dem jetzigen Treiben die Nat.-Verſ. *ganz* ruinirt und nachher zu *Allem* unfähig werde, ſcheint, freilich auch neben dem Verhalten Preußens, den Anſtoß zu den Anwandlungen zum Einlenken gegeben zu haben. Ich hoffe, daß die nächſten Tage, namentlich die bevorſtehende Präſidenten-Wahl, in dieſem Sinne noch entſchiedener und entſcheidender wirken werden. — Die Linke läßt, wie geſagt, Alles ruhig an ſich kommen: ſie erkennt an, daß ſie für den Augenblick keine Chancen in Deutſchland habe; deßhalb wirft ſie alle *ihre* Energie auf das Wahlgeſetz und will deſſen 2. Leſung vor allem Andern haben. Hier liegt auch die größte *Gefahr*; denn die Verblendung auch der Conſervativen iſt in dieſer Beziehung oft unglaublich. Käme es zur 2. Leſung des Wahlgeſetzes vor Entſcheidung der Hauptfragen, ſo würde die 2. Leſung ſicher im Sinn der 1. Leſung ausfallen, und dann müſſen die Regierungen zugreifen, ſonſt iſt die ganze Zukunft verloren.

---

[1]) Die preuß. Cirkularnote vom 23. Januar hatte durch den darin aufgenommenen Plan eines engeren Bundesſtaats innerhalb des bisherigen deutſchen Bundes in Wien ſtarke Verſtimmung hervorgerufen; dieſelbe kam in der Depeſche Schwarzenbergs an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt vom 4. Februar (Roth u. Merck, II. S. 262) zum Ausdruck, in welcher gegen den Gedanken eines unitariſchen Staats, wie er in dem engeren Bundesſtaat des Gagernſchen Programms liege, proteſtirt und erklärt wurde, daß der Kaiſer ſich einer von einem andern deutſchen Fürſten gehandhabten Centralgewalt nicht unterordnen werde. Die Note vom 16. Februar an den preußiſchen Bevollmächtigten (Roth u. Merck, II. S. 292) gab dieſem nähere Anweiſung wegen der inzwiſchen mit den Bevollmächtigten der übrigen Regierungen gepflogenen Verhandlungen über die Reichsverfaſſung, erklärte, darin im Weſentlichen die Grundlagen und Bedingungen eines kräftig und den Anforderungen der Zeit gemäß geſtalteten Bundesſtaats zu finden, behielt jedoch die Erklärung über den Umfang des Bundesſtaats und die Oberhauptsfrage vor. Wegen der internen Verhandlungen vgl. v. Sybel, S. 294 ff.

Was von einer Coalition der Oesterreicher mit der Linken geschwätzt wird, ist ganz oder zum größten Theil erlogen und übertrieben; noch ist keine solche Coalition geschlossen, sie wird es aber ohne Zweifel behuf der bevorstehenden Präsidentenwahl, aber vorläufig nur ad hoc. Aber auch ohne solche Coalition wird das Wahlgesetz das Opfer der Parteistellungen. Ich mache Sie ganz beiläufig darauf aufmerksam, wie gerade diejenigen Hannoveraner und Braunschweiger, welche für den Erbkaiser gestimmt, jede Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts abvotirt haben — beides nicht wegen einer unnatürlichen Coalition, sondern aus natürlicher Bornirtheit. Die Linke beharrt in ihrer abwartenden Stellung, selbst den Putschen gegenüber, die sich vorbereiten. Ich habe die feste Überzeugung, daß die Führer diesmal alle solche Versuche dreist desavouiren können; wenn sie sie nicht hindern, so ist das auch, weil sie der angerufenen Bundesgenossen nicht mehr Herr sind — vielleicht auch, weil sie von den Putschen und den Vorbereitungen dazu sich gute Wirkung auf die Assisenverhandlungen gegen Struve versprechen —, eine Rücksicht, die, wie ich glaube, überhaupt viel Theil an diesen beabsichtigten Putschen hat. Kommt es wirklich dazu, und war nicht die Vorbereitung dazu nur jener Assisen wegen, so wird sich die Sache so gestalten, daß selbst die alleräußerste Linke das Ding desavouiren wird, nämlich nur Mord, Brand und Plünderung, eigentlich ohne allen politischen Zweck. Ich aber meine, trotz sehr detaillirter Anzeigen über die Anstalten, doch nur, daß weiter nichts als jene Einschüchterung beabsichtigt wird. Daß daneben der März-Verein auf einer breiteren Basis operirt, und zwar dahin, die Republik in den Einzelstaaten vorzubereiten — ist eine Sache für sich, und für mich zweifellos. Und hier ist der Punkt, wo wieder die Linke mit den Imperialisten zusammentrifft.

Soviel von den hiesigen unerquicklichen Dingen. Sie können sich denken, mit welcher Sorge meine Blicke jetzt nach dort gerichtet sind.[1]) Mir ist nur das Eine Moment klar und wird mir immer klarer, je länger ich der Situation nachdenke, das ist: das Land kann das jetzige Ministerium nicht entbehren. Von dieser Basis aus operire ich weiter und suche die Mittel zur Erhaltung. Daß ich dabei nicht an Publikation der Grundrechte denke als Mittel zur Erhaltung, versteht sich von selbst; denn das wäre ja nur eine Vernichtung. Und da komme ich immer und immer wieder auf Auflösung der Stände-Versammlung. Ich meine, das Ministerium ist es dem Lande schuldig, ihm selbst die Frage vorzulegen, nicht bloß den Deputirten, die nicht zu solch schlimmer Entscheidung gewählt waren. Die

[1]) Ueber den Konflikt des Ministeriums mit der Kammer wegen der Grundrechte und die dadurch hervorgerufene Ministerkrisis vgl. JCB Stüve, II. S. 73 ff., Oppermann, I. S. 173 ff., v. Hassell, II. S. 25 ff.

demokratiſche Partei kann gegen die Auflöſung nichts haben, es iſt ja eine Appellation ans Volk; in 6—8 Wochen aber, wenn die Cammern wieder zuſammentreten, iſt manche der jetzt ſo drückenden Fragen bereits gelöſt, die Löſung der andern ſowohl dem Miniſterio als den Cammern leichter. Ich habe ſchon vor einigen Tagen ausführlich meine Anſicht der Situation an Hausmann[1]) geſchrieben, dieſelbe Bothmern vorgelegt, der ſie gebilligt und in gleichem Sinne an Neubourg[2]) ſchreiben wollte. Wie hier die Vernünftigen denken, ſelbſt Gagern und die andern Imperialiſten, wie ſehr ſie die Erhaltung des Miniſterii wünſchen, brauch ich Ihnen kaum zu ſagen, und erwähne es nur Angeſichts der albernen Adreſſe an den alten Lang, unter die, Gott weiß in welcher ſchwachen Stunde, Simſon ſeinen Namen geſetzt hat. Gagern äußerte ſchon vor etwa 14 Tagen in Beziehung auf die Erhaltung des Hannoverſchen Miniſterii, daß er die Grundrechte zehnmal Preis gebe. Er meinte das ganz ehrlich — denn er meinte nebenher, Sie hätten ja publiciren können, ohne die Sache zur Wahrheit werden zu laſſen. Die Leute ſind durch und durch unehrlich, oder vielmehr die Situation iſt es, in die ſie ſich gebracht haben. Gagern fühlt das ſicherlich, denn er iſt furchtbar gedrückt. Dazu nun die Kündigung des Däniſchen Waffenſtillſtandes und die Schwierigkeit, die Preußen machen wird und muß! Ich ſehe keinen Ausweg! — Ich erwarte ſehnlichſt gute Nachrichten von Hannover, die der Auflöſung wäre mir die erfreulichſte.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 95. Hannover, 3. März.

Vielen Dank für Ihren Brief, lieber Freund, der doch einmal wieder die dortigen Zuſtände, ſo unerbaulich ſie auch ſind, im Zuſammenhange überſehen läßt. Ich will Ihnen darüber gar nichts ſagen, da Sie die Dinge jedenfalls beſſer beurtheilen; aber ein lebendiges Bild von dem dort herrſchenden Unſinn hat uns dieſer Tage Herr Brons[3]) geliefert, der einmal erklärt hat, wenn Öſtreich und Preußen ſich einigten, ſo würde die Verſammlung ſich in einen Convent verwandeln und mit rothem Schwerte kämpfen, und ein andermal ſagt, wenn man das Erbkaiſerthum nicht wolle, ſo würden ihrer 211 ſich zum Convent machen pp. Das iſt ja nur kindiſch; dieſe Gecken haben den Schlüſſel zur Höhle des Aeolus ſo wenig als ich oder Sie, und wenn man ſie morgen nach Hauſe ſchickte, ſo würde noch

[1]) Baurath, Vizepräſident I. Kammer.

[2]) Legationsrath, Generalſekretair im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten.

[3]) Kaufmann, engliſcher V.-Konſul aus Emden, Mitglied der National-Verſammlung.

weniger ein Hahn darnach krähen, als nach der Geschichte vom 5. December[1]), wenn nur die Fürsten irgend ein vernünftiges Ding machten. Was mich wahrhaft betrübt, ist aber die Äußerung Gagerns über das System der Lüge, das er uns anmuthen möchte. Neulich rapportirte Klenze sehr ähnliches an Bennigsen; (Bar[2]) schloß daraus, daß Klenze dem Handel in Frankfurt nicht mehr traue); ich glaubte, er lüge, aber nun ists doch so. Da ist freilich alle Hoffnung verlohren, und man muß am Ende auf Staatsstreiche verfallen. Gegen Klenze hätte G. auch gesagt: man irre, wenn man vom Staatenhause Gutes hoffe. Nach der jetzigen Beschaffenheit der Stände werde dieses noch radicaler werden als das Volkshaus u. dgl. mehr. Was soll man dazu sagen? Als ob nicht die nothwendige Sorge für wirkliche Interessen die Stände der Länder schon conservativ machen würde, sobald nur dies verdammte Schwanken von Frankfurt weg ist, und als ob die Regierungen gar nicht zur Bildung des Staatenhauses mitwirkten. — Dazu nun diese infame Zänkerei mit dem Erzherzog[3]), die in der That alles blos stellt. Wenn die Menschen nicht die Republik schon satt hätten, hier wäre die Schule.

Was unsere Sachen hier angeht, so ist es natürlich schwer, auf den Grund im Lande zu sehen. So viel ist aber gewiß, daß diese 14 Tage dem Ansehen der Grundrechte ungemein geschadet haben. Nur in Ostfriesland scheint die Querköpfigkeit, die sich dort von jeher geltend gemacht hat, auch diesen Gegenstand zu fassen; sonst sind die Gemüther wankend geworden. Das Feldgeschrei: das Ministerium und die Grundrechte oder Frankfurt, unter welchem die Cammern gewählt sind, ist nicht allgemein mehr. Demnach scheint mir eine Auflösung zu früh. Ich würde dem König rathen, einmal dem alten Lang ein Programm und Ministerium abzuverlangen. Dann wird sichs erst zeigen, und dann kann von uns aufgelöset werden, um nicht ein Ministerium der äußersten Rechten zu haben.

Die Sache ist abgeschmackt zu Ende gelaufen. Den albernen Konferenzbeschluß werden die Zeitungen wohl bringen. Um ihn zu erklären, müssen

---

[1]) Vielleicht ist der Beschluß der Nationalversammlung von diesem Tage gemeint, die Centralgewalt aufzufordern, daß sie die Vereinigung kleinerer Staaten unter sich oder mit größeren Staaten da, wo die Wünsche der Bevölkerung sich deutlich dafür aussprechen, auf dem Wege der Uebereinkunft zwischen den betreffenden Regierungen und Volksvertretungen vermittele.

[2]) Oberfinanzrath, Generalsekretair im Finanzministerium.

[3]) Gagern hatte im Namen des Reichsverwesers, aber ohne dessen Instruktion, einigen Regierungen gegenüber Erklärungen abgegeben, welche ein den Empfindungen des Reichsverwesers keineswegs entsprechendes weitgehendes Entgegenkommen gegen den Gedanken der preußischen Spitze bekundeten. Vgl. darüber Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerks, III. S. 105 und 645.

Sie nehmen, daß die Leute in 1. C. ebenſo wie die in der 2. ſchwach, ohne Zuſammenhang, Einſicht und politiſchen Tact ſind, den der Adel doch hat. In der 2. Cammer hat man ihnen Gewiſſenszwang auf niederträchtige Weiſe angethan — recht wie das Frankfurter Clubweſen das mit ſich bringt. In 1. wackelten alle. Nun machten Briegleb[1]) und Sander[2]) den Fehler, in der Conferenz Vermittlung zu verſuchen. Damit waren ſie geſchlagen. Zwar ging die Conferenz auseinander, aber die Gegner wußten nun wie und wo. In der 1. Cammer, wo man nun über die Sache ſelbſt abzuſtimmen hatte, war der alte Dörrien[3]) Schuld, daß gar nichts zur Majorität kam, indem er durch einen ächt Piepmeierſchen Antrag die Stimmen ſpaltete. In der neuen Conferenz hatte 1. Cammer alles nachgegeben; da tritt Lang II mit dieſem Unſinn auf (die ganze Conferenz war aus 2. C. extrême gauche). Rumann hat dagegen geſtimmt. Die übrigen haben die Albernheit angenommen.[4]) Da die 2. Cammer ihrem Princip inhärirt, dieſes jeden Augenblick wieder zur Sprache kommen muß, ſo müſſen wir natürlich unſerer Reſignation um ſo mehr inhäriren, als in der 1. keine Kraft iſt, auf die wir uns ſtützen können. Nun hören Sie aber doch das Uebermaaß der Albernheit. Heute in der Redaction des Schreibens hat Merkel ein Vertrauensvotum für die Miniſter einſchwärzen wollen. Das hat dann aber doch Lindemann[5]) gleich beſeitigt. Nun tritt in 1. C. Wyneken[6]), in 2. Lang II auf, und laſſen die Cammern das herkömmliche Manöver des allgemeinen Aufſtehens machen, um uns ihre Anerkennung pp. zu decretiren. Ja Wyneken hat von Deputationen an den König oder an uns geſprochen, um uns zum Bleiben zu bewegen. Kommen ſie mir, ſo werde ich ihnen ſagen: Schmeichelei, möge ſie vom König oder von Ständen kommen, wende mich nicht von der Bahn des Rechts. Ich habe den Eid dem Volke nicht brechen wollen, und werde ihn auch dem Könige nicht brechen!

Seit ſich die Dinge nun ſo mißlich geſtaltet, hat ſich auch der Kronprinz an mich gemacht, bittet, ich möge ihn beſuchen, wann und wie ich wolle. Ich bin auch ein Paar mal da geweſen. Der König ſcheint übrigens guter Dinge zu ſeyn.

Vielleicht hat es für Sie noch einiges Intereſſe, daß der Abgang Bülows in Berlin und der Eintritt Arnims eine Conceſſion für Öſtreich hat ſeyn ſollen, da der Streit in der Perſon des erſtern ſich etwas feſtgeſetzt

---

1) Profeſſor, Abgeordneter der Univerſität Göttingen.
2) Paſtor in Geismar, Abgeordneter der Geiſtlichkeit.
3) Kaufmann in Nienburg, Abgeordneter für Handel und Gewerbe.
4) S. den Wortlaut bei Oppermann, II. S. 186. — 5) Präſident.
6) Canzley-Procurator, Abgeordneter des Standes der Rechtsgelehrten.

hatte [1]), obwohl die Politik ziemlich dieselbe bleiben mag, wenigstens wird man die Instruction vom 16. Febr. festhalten. Darin aber liegt noch keine Form des Bundesstaats. Für uns ist die Sache insofern unerfreulich, als Bülow persönlich mit Bennigsen und Wangenheim befreundet ist, und darauf allerdings manches beruht hat.

Ich muß Ihnen doch noch melden, daß ich vor 8 Tagen eine Correspondenz mit dem alten Lang geführt habe: er möge mir seine Ministercandidaten nennen, damit ich den König darauf vorbereiten könne. Er antwortet mit allerlei Schmeicheleien für uns: „er habe keine, seine Parthei denke nicht daran, endlich sogar, sie würde sich lächerlich und verächtlich machen, wenn sie daran dächte." — Was sagen Sie zu diesem Unsinn? Ich glaube allerdings auch, daß die Zeit gekommen ist, wo die Regierungen Ernst zeigen müssen, aber wie sorgt man, daß der menschliche Verstand nicht wieder von der andern Seite vom Pferde herunter fällt, wenn man ihm hier hinauf geholfen? — Ich glaube auch, daß uns dieser Moment recht nahe ist, aber er macht mir recht schwere Sorgen nach allen Seiten hin.

d. 5.

Der Brief ist gestern an meinem Geburtstage liegen geblieben. Der König hat sich entschlossen, wenn wir dazu riethen, vom alten Lang ein Programm zu fordern, und wir haben dazu gerathen. Bis jetzt hat die Linke geredet: sie wollen den Fehler nicht machen, eine Regierung zu bilden. So mag sie diese Unfähigkeit offen bekennen. Nach dem, was man mir schreibt, scheint die bessere Stimme im Lande zu gewinnen; aber nach Art unseres Volks langsam. Auch werden die Menschen thatkräftiger. Hier hat sich ein Verein von Bürgern gebildet, der Flugblätter ins Land schickt. Einige, die ich gesehen, sind gut geschrieben. Dagegen wühlen die andern, suchen die Leute zu schrecken u. s. w., namentlich die schwachen Bauerndeputirten der 2. C. — Daß Östreich seine Entschließung in der Oberhauptsfrage (7 mit 9 Stimmen [2])) abgegeben, werden Sie dort schon wissen. Auch wohl, daß Ld. Palmerston den Krieg nicht wieder will aufkommen lassen.

Breusing kann in Kurzem ein Mißtrauensvotum von seinen Wählern erhalten. Freudentheil redet davon, er wolle nun wieder nach Frankfurt,

---

[1]) Unterstaatssekretair Graf v. Bülow war seit 6. Dec. 1848 mit interimistischer Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt und hatte die Cirkulardepesche vom 23. Januar gezeichnet.

[2]) Die Instruktion an den österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, von Schmerling, vom 27. Februar (Roth u. Merck, II. S. 430) enthielt nach Ablehnung der Unterordnung unter eine von einem anderen Fürsten gehandhabte Centralgewalt den positiven Vorschlag eines Direktoriums von 7 Mitgliedern mit 9 Stimmen, von welchen

hat sich hier die Diäten verbeten, um die höheren Frankfurter fort zu beziehen. Wissen Sie, wie die Geschichte mit Simsons Unterschrift unter der Adresse zusammenhängt? Die Nordd. Zeitung giebt es zu, daß sie unrichtig, ohne Aufklärung darüber.[1]) Man ist hier nachgerade in der Stimmung, alles von der schmutzigen Intriguenmacherei zu fürchten, welche die schlechteste Errungenschaft ist, die wir Frankfurt verdanken.

Doch es mag genug sein. Leben Sie wohl. Ihr

JGBS.

Mein ganzes Zimmer duftet von einem großen Veilchenstrauß, den mir die Kronprinzessin vorgestern hat übersenden lassen. Wie komme ich nur zu dergleichen, das mir unbehaglicher ist, als aller Streit mit den Ständen, weil es nicht zu meiner Natur paßt.

Nr. 96. Frankfurt, 9. März.

Ihr Brief vom 5. mit seinem reichen Inhalt hat uns (ich rede zunächst von Bothmer und mir) sehr glücklich gemacht: wir sehen jetzt den Faden, an dem dort die Ereignisse sich abspinnen werden. Ich sähe die Dinge dort gar zu gern in der Nähe, aber daran ist vorläufig nicht zu denken, da hier noch immer keine Lösung nahe und Jeder auf seinem Posten bleiben muß. — Wie es hier steht, habe ich in einigen in den letzten Tagen geschriebenen Artikeln der Hannoverschen Zeitung[2]) angedeutet, die Sie wohl gesehen haben; die Regierungs-Bedenken und Wünsche wegen

---

letzteren Oesterreich und Preußen je 2, Bayern eine führen, und die übrigen nach Kreisen vertheilt werden sollten. Eine nähere Präzision, insbesondere hinsichtlich der letzten 4 Stimmen, enthielt der Vorschlag des österreichischen Bevollmächtigten vom 8. März (ebendaselbst S. 433). In der preußischen Cirkularnote vom 10. März (ebend. S. 436) wurde der Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß Oesterreich mit jenen Vorschlägen auch den Weg der Verständigung betreten habe und die Bereitschaft erklärt, dieselben in reifliche Erwägung zu nehmen. Von Herrn v. Manteuffel wurde die Note in der Kammer dahin erläutert, daß sie eine materielle Antwort nicht habe geben wollen. S. von Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministers von Manteuffel, I. S. 87.

[1]) Die bereits von Detmold in seinem letzten Briefe (S. 180) erwähnte Adresse der hannoverschen Abgeordneten in Frankfurt vom 20. Februar (Oppermann, II. S. 185), welche in der Veröffentlichung sonderbarer Weise auch die Unterschrift des Präsidenten Simson trug. Letzteres beruhte auf einem Mißverständniß. Man hatte aus Lüntzels Unterschrift unbegreiflicher Weise: „Simson, Präsident" herausgelesen. Vgl. den Brief von Lüntzel an Römer vom 7. März in Doebner, Studien zur Hildesheimischen Geschichte, S. 209.

[2]) Vgl. die mit V bezeichneten Artikel aus Frankfurt vom 1., 2., 4., 7., 8. März in der Hann. Zeitung vom 3.—10. März, ferner vom 14. März in der Zeitung vom 16. März.

der Verfassung, die am Ende einen festen Punkt hätten abgeben können, an dem eine Parteibildung, eine Majorität sich hätte ansetzen können, haben vorläufig zu nichts geholfen, als etwa die Verwirrung zu vermehren. Was der Verfassungs-Ausschuß vorgestern gethan hat, müssen Sie aus der Hannoverschen Zeitung [1]) ersehen, die Sache ist rein unglaublich: die Erblichkeit, die er früher, zu wiederholten Malen, nicht zu beschließen vermocht hat, hat er jetzt Angesichts der Erklärungen von Oesterreich, Preußen, Bayern pp. auf den Wunsch von Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt beschlossen — mit einer Stimme, 13 gegen 11 (eine Stimme Majorität, weil bei Parität die Erblichkeit nicht beschlossen gewesen wäre). Um Ihnen diesen Wahnsinn zu erklären, reicht vielleicht, obgleich der Wahnsinn jetzt kaum der Erklärung bedarf, folgendes hin. Als die Preußische Note vom 16. Febr. [2]), die sich gegen Errichtung eines Kaiserthums ausspricht, hier ankam, verbreitete man über den Inhalt derselben gerade das Gegentheil, es hieß, Preußen sei geneigt u. s. w. u. s. w. Zu gleicher Zeit und mit wahrer Wuth wurde eine Vereinigung aller derer, welche den Bundesstaat wollten, zu einer Parthei betrieben: die s. g. Weidenbusch-Partei. Des Namens wegen traten manche zu, die theils sich leichtsinnig banden, theils gleich nachher zurücktraten. Wer aber zutrat, mußte sich durch Unterschrift verpflichten, für §§ 2 und 3 zu stimmen; es war ein eigenes Buch für die Unterschriften ausgelegt und herangezogen, wer irgend sich heranziehen ließ, auch vieles von der Linken; 210—20 mögen in solcher Weise sich gebunden haben. Erst als das fertig war, trat man mit der Note vom 16. Febr. hervor, die nun die Deutsche Zeitung und die O. P. A. Zeitung in bekannter Weise interpretirten. Indeß die Unterschriften sicherten noch immer keine Majorität, die auch schwerlich vorhanden sein wird, wenns über § 2 und 3 zur Abstimmung kommt. Die Haupthoffnung ist auf Berlin gesetzt. Dort hat Vincke die Sache in die Hand genommen. Er hat mit großem Geschick die Rechte organisirt, die dadurch stärker erscheint, als sie ist, während die Linke, trotzdem, daß sie bei der Präsidentenwahl gut zusammengehalten, aller Organisation, aller positiven Idee entbehrt. Sobald die Rechte eine irgend bedeutende Majorität hat, so daß sie nöthigenfalls — auch um Vinckes herber Leidenschaftlichkeit willen — Etwas zuzusetzen hat, wird die Rechte das Ministerium zu modificiren, Vincke hineinzubringen versuchen. Und dann wird der Landtag — sogar auf den Zutritt der Linken oder eines Theils wird um der Preußischen Nationaleitelkeit willen gerechnet — die Deutsche Frage in die Haud nehmen, den König und event. den Prinzen von Preußen zwingen, die Kaiserkrone zu

[1]) Vgl. den Detmoldschen Artikel vom 8. März.

[2]) Roth u. Merck, II. S. 292.

uſurpiren u. ſ. w. Es iſt das Alles Unſinn — aber der Plan iſt ſo; und die Verwirrung wird jedenfalls dadurch ungeheuer werden. Camphauſen iſt ganz und gar in den Händen der imperialiſtiſchen Partei und ſchwört hier hoch und theuer, der König von Preußen werde die Krone annehmen, wenn ſie ihm von hieraus in irgend annehmbarer Weiſe geboten werde. Sie können auf dieſe Nachricht hin nachſagen [sic!], zumal dergleichen Äußerungen von Camphauſen, die in offenbarem Widerſpruch mit den offiziellen Erklärungen ſtehen, den Wirrwarr nur mehren, den Unſinn nur ſteigern. Rechnen Sie dazu die unſeligen Zuſtände in Bayern, wo ein characterloſer, ewig ſchwankender König geradezu die Monarchie auf's Spiel ſetzt durch wahrhaft kindiſches Benehmen, während das Volk ſo gut geſinnt iſt wie nur irgend eins; rechnen Sie dazu die Zuſtände in Oeſterreich: ſo haben Sie den Schlüſſel zu dem, worauf die Kaiſerpartei ihre Rechnung baut. Sie begreifen aber auch, wie Alles nach Hannover ſchaut, dem Einzigen Lande ſchaut („le seul pays ou il y a encore des hommes", wie mir Tallenay[1]) kürzlich ſagte, womit er freilich, wenn auch vorzugsweiſe Sie, doch auch ebenſo Falcke, den er perſönlich kennt, meinte) — weil dort allein ſich noch feſter Wille und entſchiedener Charakter zeigt. — Was Oeſterreich betrifft, ſo iſt in Olmütz, wie ich glaube, wenig Entſchiedenes zu hoffen. Die Stellung zu den Magyaren, Slaven, Kroaten iſt zu unglücklich. Windiſchgrätz hätte längſt den Krieg vollſtändig beendigen können, wenn nicht die großen Ungariſchen Familien, Eſterhazys u. ſ. w. fortwährend intervenirten, Schonung anempföhlen und darauf aufmerkſam machten, wie man die Magyaren nicht vernichten, ſondern ſchonen müſſe, um ſie gegen das Uebergewicht der Slaven benutzen zu können. Das erklärt das Schwankende in der Kriegsführung in Ungarn, das erklärt auch die Widerwilligkeit von Seiten der Kroaten, die faſt ſchmollende Stellung von Jellachich, der das Spiel einſieht, was man in Olmütz ſpielt und ſpielen muß. — Noch will ich hinzufügen, daß die hieſige Kaiſerpartei an dem Erbkaiſer jetzt noch um ſo feſter hält, um etwas zum Ablaſſen zu haben; man wird — das weiß ich — ſich mit einem Wahlkaiſer auf Lebenszeit, ja auf 6 Jahre begnügen. Ich habe auf Anwürfe, die mir dieſerhalb gemacht worden, erwidert: das ſei mir auch noch zu theuer.

Über Klenze vergaß ich in meinem letzten Briefe zu berichten. Der hat hier mit ſeiner gewohnten Klugheit die Unhaltbarkeit der hieſigen Dinge wohl erkannt; ich habe mehrfach mit ihm darüber geredet und möchte Sie, wenn Sie's über ſich gewinnen können, wohl bitten, ſich von Kl. die Dinge ſchildern zu laſſen.

---

[1]) Marquis de Tallenay, franzöſiſcher Geſandter in Frankfurt.

Daß sich ein Verhältniß zwischen Ihnen und dem Kronprinzlichen Paare bildet, hat mich sehr erfreut. Ihnen wird das vielleicht noch manche unnütze Stunde verursachen, diese oder jene Unannehmlichkeit, später sogar Peinliches — aber der Nutzen für's Land ist unverhältnißmäßig groß.

Herzlich ergeben

Der Ihrige
D.

Nr. 97. Frankfurt, 15. März.

Da Sie, th. Freund, kürzlich von Bothmer Bericht erhalten haben, habe ich nicht geschrieben, weil ich jenen Berichten nichts würde hinzufügen können. Wie die Dinge stehen, wissen Sie daher. — Die N.-V., durch die Oesterreichische Verfassung[1]) hauptsächlich auch in der Beziehung erschreckt, daß es ihr, der N.-V., ebenso gehen könne, wie den konstituirenden Versammlungen in Berlin und Kremsier, die N.-V. also, damit ihr die Verfassung nicht auch oktroyirt werde, will in aller Eile in Einem einzigen Beschlusse dieselbe annehmen, die Verfassung incluſ. des Preußischen Erbkaisers, und, damit dieser den Demokraten einigermaßen munde, incluſ. des wahnsinnigen Wahlgesetzes, — was sehr schmeichelhaft sein muß für den König von Preußen, zumal der größte Teil der Linken dennoch um diesen Preis nicht will. Bitte aber auch noch ein anderes Zugeständnis gegen die Linke zu bemerken, Nr. 7 des anliegenden Berichts, nämlich, daß die jetzige N.-V. zusammen bleibe bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags. — Die Sache wird ohne Zweifel bereits Morgen zur Berathung kommen, — was der Ausgang sein wird, wage ich nicht voraus zu sagen, ich glaube aber, der wahnsinnige Antrag wird angenommen. Die ganze Idee ist aber nur das schlechte Gelüste eines alten Mannes[2]), bei dem, um mit

---

[1]) Die Verfassung von Kremsier vom 4. März. Mittelst Schreibens an den Bevollmächtigten vom 9. März verlangte sodann Fürst Schwarzenberg den Eintritt des Gesammtstaates in das Deutsche Reich. S. Roth u. Merck, II. S. 437.

[2]) Welcker, welcher in Veranlassung der in Anmerkung 1 berührten Thatsachen von der Direktorialpartei zur Erbkaiserpartei überging und am 12. März die Enbloc-annahme der Verfassung und Uebertragung der erblichen Kaiserwürde auf den König von Preußen beantragte. Nach heftiger Debatte fiel jedoch der Antrag am 21. März mit 252 gegen 283 Stimmen der Großdeutschen und der Linken, welche diesmal trotz des demokratischen Wahlgesetzes für den Antrag noch nicht zu gewinnen war. In Folge dieser Abstimmung erbaten Gagern und die übrigen Reichsminister noch am selbigen Tage ihre Entlassung. Bekanntlich machten weitere Konzessionen der Erbkaiserpartei an die Linke alsdann eine Coalition beider Parteien möglich, durch welche bei der im Fluge durchgeführten zweiten Lesung der Verfassung wenige Tage nachher eine Majorität von

Shakeſpeare zu reden, die Begierde die Kraft überlebt hat. — Daß man in Berlin dieſe Goldpapierkrone refüſiren werde, ſehe ich als ausgemacht an; — wie weit es dann die Berliner Cammern treiben werden, iſt nicht abzuſehen, zumal dort die Linke, wenn ſie den Umſturz will, nicht klüger thun kann, als in dieſer Sache mit der Rechten zu gehen. Bei Oeſterreichs entſchiedenem Auftreten ſind die Folgen nicht zu verkennen. Jedenfalls wird Oeſterreich dafür zu ſorgen wiſſen, daß Bayern, und vielleicht mit ihm Würtemberg, gegen das Preußiſche Erbkaiſerthum renitirt. Hannover iſt dabei in der allerübelſten Lage; namentlich werden Sie dem Könige gegenüber einen ſchlimmen Stand haben, der vermuthlich Deutſchland wird verlaſſen wollen. — Unſere ganze Hoffnung muß nunmehr darauf ſtehen, daß die Cabinette von Olmütz und Berlin einig ſind, und daß man in Berlin Kraft und Entſchiedenheit genug beſitze, die etwaige Abrede mit Olmütz durchzuführen. — Die Oeſterreichiſche Verfaſſung hat mich auch ſehr erſchreckt, hauptſächlich der überſtraffen Centraliſation wegen, in die auch Ungarn und Italien hineingezogen, wodurch eine friedliche Löſung jener beiden Fragen unmöglich gemacht worden. In Olmütz ſcheinen ſich zwei Tendenzen bekämpft und lange balancirt zu haben, die centraliſtiſche (Schwarzenberg?) und die föderative (Bruck?), die Noten lauteten vom Programm von Kremſier an je nach dem augenblicklichen Siege der einen oder andern Partei; — nun hat die centraliſtiſche Richtung geſiegt und ihren Sieg durch Oktroyirung der Verfaſſung vollſtändig benutzt. — Daß wir ſchlimmen Dingen entgegengehen, iſt nur zu ſicher; wäre nur in Hannover jetzt Alles in Ordnung, dann wäre doch im Norden ein feſter Punkt. Ich meine aber, wenn Sie jetzt mit dem Verſuche Langs I vor die Cammern treten und Erklärungen abgeben und hinterher ſofort auflöſen, ſo wäre Manches in der Zwiſchenzeit zu gewinnen und zu überlegen. Laſſen Sie die Cammern zuſammen, bis hier der Welckerſche Antrag angenommen worden, was vielleicht ſchon morgen geſchehen ſein kann, — ſo klemmt ſich die ganze Linke dort an den Preußiſchen Erbkaiſer, lediglich als eine Form der Oppoſition. Doch Sie werden das ja am beſten wiſſen. — Käme es zum Preußiſchen Erbkaiſerthum, ſo erwarte ich eine tüchtige Oppoſition auch noch vom ſpecifiſchen Preußenthum, das eigentlich am weſentlichſten davon betroffen wird. — Aber Verwirrung, unlösbare, überall!

Der Ihrige

D.

---

267 gegen 263 für den Erbkaiſer erreicht, und alsdann am 28. März die Wahl des Königs von Preußen mit 290 Stimmen vollzogen wurde, während die Uebrigen ſich enthielten. Vgl. von Sybel, I. S. 300 ff.

Nr. 98. Frankfurt, 15. März.

Meinem Briefe von heute früh füge ich noch Folgendes nach der heutigen Sitzung hinzu. Die Berathung über den Welckerschen Antrag findet erst übermorgen, Sonnabend, Statt. Morgen ist keine Sitzung. Ob am Sonnabend schon abgestimmt werden wird, weiß ich nicht, bezweifle es aber sehr, da die Majorität noch sehr zweifelhaft ist. Die Erbkaiserpartei hat 232 Stimmen sicher, meist durch Unterschrift verpflichtet, das ist aber noch nicht die Majorität. Die eigentliche Linke wird *gegen* den Antrag stimmen, trotz des Wahlgesetzes! Das ist für mich eine Art Trost, da nun möglicher Weise das demokratische Element sich nicht so sehr des Erbkaisers bemächtigen wird. Dies führt mich auf etwas, was ich heute Morgen zu schreiben vergaß: gerade bei uns in Hannover wird es in Kurzem Demonstrationen für den Erbkaiser geben, natürlich nur Form der Opposition. Sie dürfen daher sogar von den Ständen einer derartigen Äußerung gewärtig sein. Die Sache ist von hier aus betrieben worden, wie es mir scheint hauptsächlich durch Grumbrecht u. a. Schon deshalb, glaube ich, wäre eine Auflösung zweckmäßig; wenn Sie nach 6—8 Wochen die Cammer wieder berufen, steht die Sache sicher so, daß man genau weiß, wie man dran ist, es ist dann ein Aufwaschen. — Vincke und die übrigen Berliner Deputirten sind durch den Telegraphen hieher berufen, meist schon hier, wollen aber bis Montag oder Dienstag wieder fort, weil es doch auch in Berlin an Stimmen fehlt. Gagern wird am Sonnabend die Sitzung eröffnen mit Beantwortung einer Interpellation wegen des Verhaltens von Oesterreich; er wird das mit den schwärzesten Farben schildern, und unter dem Eindruck dieser Erklärungen soll die Berathung beginnen. Wenn Sie in Berlin, wie ich meine, Bekanntschaften im Ministerium des Auswärtigen haben, suchen Sie doch hinter die Verhandlungen zu kommen (falls jenes Departement sie führt), die mit Gagern über die Dänische Sache[1]) Statt gefunden. Er hat von Berlin ein sehr scharfes Rescript bekommen über sein unstaatsmännisches Verhalten in dieser Sache, ja ich habe Grund zu zweifeln, ob Preußen überall auf seine Forderungen hinsichtlich des Krieges mit Dänemark eingegangen ist; ich glaube noch nicht, daß die Preußischen Truppen marschiren werden. Ich habe Bothmern seine deßfallsigen Zweifel mitgetheilt, der hier darüber hie und dort ins Haus hören will; ich denke aber, Sie erfahren in Berlin am sichersten etwas Genaues darüber. Ebenso schlimm ist er mit England angekommen; von Lord Cowley will er dies und das, was er eben gewünscht hat, verstanden haben; Lord Palmerston aber will davon nichts wissen. Letzterer hat jetzt von den Englischen Kron-

[1]) Der Waffenstillstand war dänischer Seits zum 26. März gekündigt.

juriſten ein Gutachten gefordert über die angebliche Garantie, die England in dem Vertrage von 1726 [1]) übernommen. Jetzt hat er Schöff Souchay als Reichs-Comiſſar nach Schleswig geſchickt, den er gewählt hat, um nicht bei der Abſtimmung über den Erbkaiſer eine Stimme zu verlieren.

Daß Hoppenſtedt [2]) dort gewählt worden, war mir als Zeichen der antidemokratiſchen Majorität erfreulich; hoffentlich kommt er noch früh genug, um ſeine Stimme mit einzuwerfen. Der Ihrige

D.

Nr. 99. Frankfurt, 22. März.

Sie werden, theurer Freund, durch Bothmer und die Zeitungen über die Vorgänge der letzten Tage vollſtändig unterrichtet ſein. Ueber das dessous des cartes hab ich Einiges heute an Krüger für die H. Z. geſchickt. [3]) Gagern war wegen des Däniſchen Krieges (freilich auch wegen vieler anderer Dinge) in der ſchlimmſten Situation; eingeklemmt zwiſchen Preußen, das nicht wollte (Gagern wird vermuthlich die Hauptſchuld auf Hannover ſchieben), und die Profeſſoren, die zum Kriege trieben. Die Kaiſerkrone ſollte da noch einmal Schleswig retten, die Berliner Cammern allenfalls den Krieg als Zugabe der Krone hinnehmen. Das iſt nun mißlungen. Die Scenen geſtern ſind unglaublich komiſch, unglaublich tragiſch geweſen. Die Leidenſchaften ſind auf eine Höhe geſtiegen, von der man gar keinen Begriff hat. Daß der Däniſche Krieg eine ſchlimme Rolle bei der Entlaſſung des Miniſterii ſpiele, war ſchon daraus klar, wie giftig Beſeler geſtern gegen Gagern war; denn daß Preußen, das jetzt den Frieden ſchließen wird, eben nicht viel Rückſicht auf die Profeſſoren nehmen werde, iſt klar. Nun ſcheint man noch einen Haupt-Coup verſuchen zu wollen und das iſt's, worauf ich Sie vorläufig präveniren wollte. Der Eiſenſtuck'ſche [4]) Antrag, Abſtimmung über die einzelnen §§ der Verfaſſung ohne Discuſſion, aber unter Zulaſſung von Anträgen, die von 50 Mitgliedern unterſtützt werden, iſt angenommen. Dieſe Abſtimmung beginnt Morgen. Nun haben, wie ich ſo halb und halb herausgehört habe, die Führer den wahnſinnigen Gedanken, noch einmal ein tolles va banque zu ſpielen. Werden § 1, 2, 3 angenommen, ſo kommt ein Antrag: die Oeſter-

[1]) Es wird die Deklaration vom 23. Juli 1720 gemeint ſein, durch welche Großbritannien dem Könige Friedrich IV. von Dänemark den Beſitz des von ihm während des nordiſchen Kriegs eroberten und der Krone Dänemark einverleibten Gottorpiſchen Antheils von Schleswig garantirt hatte.

[2]) Regierungsrath im Miniſterium des Innern.

[3]) Vgl. Detmolds Berichte unter der Chiffre V in der Hannoverſchen Zeitung vom 23. u. 24. März. — [4]) Kaufmann, von Chemnitz.

reicher sollen aus der Versammlung heraus; werden jene Paragraphen verworfen, bleibt Oesterreich also bei Deutschland, dann sei der Bundesstaat, den und wie ihn Deutschland einmal haben müsse, haben wolle, nicht mehr möglich — dann müsse Alles aus der N.-V. austreten, was jenen Bundesstaat wolle. So ist der Plan der Führer; es fragt sich nur, ob sie für die 2te Alternative genug Leute gewinnen können. Die Sache wird in größter Heimlichkeit heute Abend berathen. Ich hatte etwas davon gemerkt und habe — da ich selbst seit 14 Tagen mich von den eigentlichen Partheiberathungen fern halte — den diversen dabei interessirten Fractionen Kunde zukommen lassen, damit Morgen Alles gerüstet und auf dem Platze sei. Es wird sich schon um § 1 [1]) handeln, den die Erbkaiserlichen weg haben wollen. Gehen die Menschen auf diesen Wahnsinn ein, so wird die Aufregung in Deutschland ungeheuer sein; dann ist es an den Regierungen, die Sache ehrlich in die Hand zu nehmen. Man will hier eine Spaltung in Süd- und Norddeutschland, oder vielmehr Süddeutschland und Preußen, denn Alles Andere soll Preußisch werden. Darum muß man in Berlin am entschiedensten und ehrlichsten sein. So lange Arnim am Ruder des Auswärtigen, ist nichts Schlimmes zu besorgen. Ich habe gerathen, wenn die Leute den Wahnsinn ausführen, hier ruhig die Sache in der Hand zu behalten, ein farbloses Ministerium zu bilden, die Dänische Sache ganz in die Hände Preußens zu legen und dann wo möglich auf Ausführung Ihrer Ideen (provisor. Staatenhaus pp.) hinzuarbeiten. Die Gefahr wäre dann vorläufig nur darin am schlimmsten, daß in dem Rumpfparlamente die Linke die Majorität hätte. Noch hoffe ich, daß einzelne Verständige des Wahnsinns Herr werden, namentlich z. B. Radowitz, der in den letzten Tagen gepiepmeiert und sein ganzes politisches Renommé verloren hat.

Morgen mehr.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 100. Hannover, 24. März.

Zuerst muß ich Ihnen für drei Briefe danken, lieber Freund, die bis jetzt unbeantwortet sind; aber trotz der Ferien, die uns die Entfernung der Stände giebt, hat man doch viel zu thun, und ich werde im Briefschreiben faul, wenn ich nicht bestimmte Stoffe habe. Die Vertagung unserer Stände hat das Sonntagsblatt unserer Zeitung vom 18. erläutert. Sie ist eine glückliche Maßregel, die sich bis jetzt durchaus calmirend zeigt. Die Aufregung ist nicht im Lande, nur in einigen verrückten Köpfen, die sich dann

[1]) „Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen Deutschen Bundes."

der leidigen Klubs von Handwerksgesellen, Cigarrenmachern und dgl. Arbeitern κατ' ἐξόχην bedienen, um Lärm zu machen. Der trübselige Ausgang des tollen Einfalls von Welcker war auch von mir nicht vorhergesehen. Obgleich ich von der Unzucht der Kaiserparthei mit der Linken allmäligen Ruin der Versammlung vorhersah, in der nun alles gleich schlecht ist, und als gleich schlecht sich prostituirt, so glaubte ich doch an eine Mehrheit für das Ende, und mehrere meiner Collegen hofften das sogar; denn sie sind alle den Kampf müde. Ebenso wenig habe ich den Abgang des Ministeriums vermuthet. Um so bereitwilliger aber erkenne ich Ihre Behauptung an, daß der Schleswigsche Krieg eigentlich der Grund des Abgangs sey. [1])

Freilich ist hier die Sache noch nicht so schlecht wie Sie denken. Die Baiern marschiren, unsere Leute auch. Ob das Gerücht, das der Schwede d'Ohßon [2]) verbreitet hat, richtig sey, daß Bunsen Befehl habe, das Palmerstonsche Protokoll zu zeichnen, weiß ich nicht. Allein, um die Stellung der Reichsminister zu würdigen, muß man nur das Protokoll der Conferenz mit den Bevollmächtigten vom 5. März lesen. Wer da nicht begreift, daß diese sg. Centralgewalt weniger wie gar nichts ist, wem nicht die Augen und das Herz übergehen bei dieser Misere Deutschlands — nun, der mag Reichsminister werden. In quo peccastis in eo puniemini! Gagern mag nun, wenn er irgend noch urtheilt, erkennen, welche Früchte sein kühner Griff getragen hat. Er mag die tolle Vernichtung des Bundestags bereuen.

Ihre Mittheilung über den wüthigen letzten Plan der Kaiserparthei ist mir ebenfalls glaubwürdig. Statt den einzigen Ausweg, der noch wozu führen konnte, Coalition der beiden Rechten auf irgend ein Programm, einzuschlagen, muß eine solche leidenschaftliche Masse natürlich alles auf eine Karte setzen, um Deutschland und sich selbst in die Luft zu sprengen. Allerdings ist jetzt schwer irgend vernünftiges zu thun. Solange diese Östreichische Verfassung besteht, ist keine Deutsche Verfassung möglich. Sie wird aber zerfallen, und für diesen Fall müssen wir im Stande seyn, Östreich aufzunehmen, dürfen also nur ein provisorium machen. Wie das einzurichten seyn wird, das hängt von den Frankfurter Schritten zumeist ab. Nach meiner Ansicht müssen die Regierungen suchen, mit den Ständen darin zusammenzugehen, weil sie ohne solche kein Vertrauen im Volke finden werden. Dann muß man die Verfassung oder wenigstens ein

[1]) Die von Gagern unter dem 22. März nachgesuchte Entlassung kam nach den Vorgängen der folgenden Tage nicht zur Ausführung. Detmolds Ansicht ist weiter ausgeführt in seinem (V) Artikel vom 22. März, Hannov. Zeitung vom 24. März. Das Entlassungsgesuch ist abgedruckt ebendaselbst Nr. 79 vom 29. März. — [2]) Gesandter in Berlin.

Wahlgesetz octroyiren, Preußen aber für den Schleswigschen Krieg allerdings eine Dictatur übertragen, damit diese lausige Geschichte, ein Erbstück des Hrn. v. Arnim, ein Ende bekommt.

Aber was ich Ihnen eigentlich heute zu sagen habe, das ist eine Frage. Mit Krüger gehts nicht mehr bei der Hannoverschen Zeitung, er ist zu tactlos, und je mehr man ihn erinnert, desto dummere Streiche macht er. Er wird also wieder in den Schulstand zurückkehren, und nun, da doch die Dinge dort in Frankfurt zu Ende gehen, möchte ich Sie fragen, ob Sie die Sache übernehmen wollen? Die Sache steht so, daß sie sich m. E. recht gut halten kann und eine gewandte Redaction sie sehr wohl zu heben vermag. Krügern war ein Gehalt von 1000 Thlrn. gesichert. Er hat zwei Gehülfen, die aber auf Kündigung stehen und also nicht im Wege seyn können. — Ich bitte, überlegen Sie die Sache und lassen Sie mich bald Bescheid haben. Der Antritt der Sache wird immer noch um einige Wochen hinausgezogeu werden können, und so wenig ich sonst meine, daß die Sachen sich in der Welt sehr rasch bewegen, so möchte ich doch jetzt glauben, daß die Frankfurter Versammlung sehr ihrem Schlusse zueile.

Ich muß schließen, um den Brief zur Post zu bekommen. Also leben Sie wohl und geben Sie mir bald Nachricht.

Ihr

JCBS.

Nr. 101. Frankfurt, 25. März.

Ich darf annehmen, daß Sie, theurer Freund, von den Vorfällen und Abstimmungen von Freitag und Sonnabend genaue Kenntniß haben, durch die Zeitungen, Bothmers Berichte und Gagerns Protokolle. Die Zustände sind hier wahrhaft entsetzlich, grauenvoll und unerträglich: es ist eine Leidenschaft und Erbitterung, die sich in tausend rohen Wuth-Ausbrüchen Luft macht. Am Freitag, beim Schluß der Morgen-Sitzung, als der eine Paragraph[1]) mit Einer Einzigen Stimme gefallen war und man nun hinterher die Abstimmung anfechten wollte wegen des Protoste der 3 Welschtiroler, hat wenig gefehlt, daß es nicht zur Balgerei gekommen wäre; die Sitzung wurde aufgehoben und die Frage sollte in der Nachmittags-Sitzung zur Verhandlung kommen. Für diese hatten sich viele Mitglieder mit Waffen versehen. Daß die Erbkaiser-Parthei aber inzwischen, von der Unhaltbarkeit ihres Antrages und Grundes überzeugt, den Antrag zurück-

[1]) § 2. „Kein Theil des Deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein." Vgl. über die Vorgänge in dieser Sitzung Detmolds (V) Bericht in der Hannov. Zeitung vom 26. März.

nahm, werden Sie wiſſen; ſo ging der Reſt vom Freitag und die beiden Sonnabend-Sitzungen ziemlich ruhig ab. Die Erbkaiſerlichen arbeiten und wühlen aber fort und fort und machen unglaubliche Anſtrengungen, um noch Stimmen herüber zu ziehen, bei H. Simon und einigen Freunden deſſelben wird es ihnen auch gelingen. Ihre Hauptſtärke beſteht nun darin, daß man gegneriſcher Seits ſich eben nur in der Negative zuſammenfindet, ohne jener wahnwitzigen Kaiſer-Idee etwas Poſitives entgegenſtellen zu können. Dieſe Rückſicht, tauſend andere Rückſichten, die Sie aus der Lage der Dinge erkennen werden, auch ohne daß ich ſie detaillire, Parthei-Erbitterung wenn Sie wollen auch, haben mich zu der Überzeugung gebracht, daß das Wichtigſte ſei, den Erbkaiſer zu tödten und ein Direktorium zu beſchließen. Gelingt das, ſo werden die Regierungen demnächſt mit dem Staatenhauſe dann ſchon die Sache in das richtige Geleis bringen können. Kommt der Erbkaiſer zu Stande, ſo giebt's endloſe Verwirrung; kommt Nichts zu Stande, ſo werden die Erbkaiſerlichen fort und fort behaupten: das ſei Schuld ihrer Gegner. Wird ein Direktorium beſchloſſen, ſo wird Preußen aus ſeiner bisherigen perfiden Stellung herausgetrieben. Für mich iſt alſo jetzt die Oberhauptsfrage die *Hauptſache*, der ich *Alles Andere* unterordne. Bothmer, mit dem ich die Dinge täglich und ſtündlich beſpreche, denkt ebenſo. In dieſem Sinne werden wir von nun an handeln und ſtimmen, und namentlich bin ich entſchloſſen, da ich freier ſtehe als Bothmer, der Rückſichten zu nehmen hat, als Ihr Bevollmächtigter, in dieſer Richtung mit aller Entſchiedenheit voranzugehen. Ich ſchreibe Ihnen das, damit Sie in keiner Weiſe irre an mir werden ſollen, ſelbſt wenn Sie ebenſowenig wie ich ſelbſt das billigen, was nun einmal für Erreichung jenes Gedankens nothwendig wird. Den Plan in Maſſe auszutreten hat die Preußiſche Parthei aufgegeben, eben weil ſie doch noch in fine finali der Zerfahrenheit der Gegner gegenüber ihren Plan durchzuführen hofft. Was kommen wird, wenn ſie nun in den nächſten Tagen zum dritten und letzten Mal unterliegt, mag ich nicht vorausdenken. Wie die Entſcheidung fallen wird, iſt noch nicht vorauszuſehen, weil ſie ſicher nur mit der Mehrheit von einigen wenigen Stimmen gefaßt werden wird. Es wird eine böſe Woche werden; man darf nicht an den andern Tag denken, weil der heutige ſo ſchlimm und der Morgende nicht beſſer ſein wird, es iſt ein entſetzliches, Geiſt und Körper zerſtörendes, alle Nerven zerrüttendes Treiben. Nun dieſe ſtummen Abſtimmungen ohne alle Discuſſion, wo auch nicht einmal mehr zum Schein Gründe für und wider, ſondern lediglich die Stimmen gegen einander kämpfen, dieſe raſende Haſt, mit der an einem Tage 30—40 wichtige Paragraphen votirt werden; denn die Verſammlung iſt todt und die Todten reiten ſchnell; dieſe tödtliche Erbitterung, mit der

ſich Leute einander gegenüberſtehen, die noch vor 14 Tagen Herzensfreunde waren, — das alles ſind Zuſtände, die man erleben muß, um ſie für möglich zu halten, die man aber doch lieber nicht erlebt und die ſelbſt erlebt zu haben nicht frommen wird. [1])

Hoppenſtedt und Oberg [2]) ſind im Lager der Erbkaiſerlichen, und haben geſtern und vorgeſtern mit denen geſtimmt. Ob Hoppenſtedt auch in der Oberhauptsfrage dort ſtimmen wird, ſoll mich ſehr wundern. Er hat ſich weder vor Bothmer noch vor mir bis jetzt ſehen laſſen und vermeidet uns ſelbſt in der Sitzung.

Mein armer Freund Jürgens iſt von den Erbkaiſerlichen, Gagern, Beckerath u. ſ. w., ſtark bearbeitet worden; er mag ihnen wohl Hoffnungen gegeben haben, daß er am Mittwoch (21.) ſich der Abſtimmung enthalten werde. Das hat er nun doch nicht gethan, und da hat Hergenhahn ihn in der Sitzung nicht allein mit den pöbelhafteſten Schimpfworten überhäuft, ſondern ſogar nach ihm geſchlagen. Ich meine Ihnen ſchon vor Monaten geſchrieben zu haben, daß man in der Oberhauptsfrage noch mit Meſſern an einander kommen werde, — ich habe da nicht zu ſchwarz geſehen. Ich wollte nur, es wäre erſt Alles aus, ganz aus.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 102. Frankfurt, 1. April.

Von den Ereigniſſen der letzten Tage gebe ich Ihnen, th. Freund, vorläufig noch keine Schilderung, weil der Ekel und der Zorn über die beutelſchneideriſche Art und Weiſe, mit der ſie herbeigeführt worden, mich noch ſchwerlich zu objektiver Auffaſſung der Dinge kommen laſſen würden. Darüber alſo ein ander Mal. Was mich heute an Sie ſchreiben läßt, das iſt die Angſt und Sorge um das was kommen wird. Daß der König von Preußen in der ganzen Geſchichte, wenn auch vielleich ſchwankend, doch gewiß ehrlich verfahren iſt, bin ich überzeugt. Deſto perfider hat eine in Berlin mächtige Parthei gehandelt. Was wird nun geſchehen? Der König würde gewiß am liebſten entſchieden ablehnen; — aber wird jene Parthei, der die Preußiſche Nationaleitelkeit (jeder hieſige Preußiſche Deputirte ſah ſich ſchon im Geiſt als Proconſul in eins der andern 33 Länder geſchickt) zur Seite ſteht, die Vereine, die Cammern u. ſ. w. dies zugeben? Gewiß

[1]) Vgl. die Schilderung von den Vorgängen dieſer Tage in Detmolds (V) Berichten vom 27. und 29. März in der Hannov. Zeitung vom 29. und 31. März. Weiterhin finden ſich noch Briefe Detmolds (V) vom 10., 21. und 23. April in der Hannov. Zeitung vom 12., 23. und 26. April. — [2]) Juſtizrath in Hildesheim.

nicht! Es wird also das Schlimmste kommen, etwas Unentschiedenes, deshalb das Schlimmste, weil man ihm keinen entschiedenen Widerstand entgegensetzen kann; es wird eine Erklärung kommen: daß der König sich über die ihm überwiesene Würde mit den Regierungen verständigen werde u. s. w., einstweilen aber bis zu dieser Verständigung die Sache in die Hand nehme und den künftigen Reichstag einberufe. An die Regierungen wird dann eine geschrobene, verlogene Note ergehen: diejenigen Regierungen, welche dem in Frankfurt beschlossenen Bundesstaate vorbehältlich der Revision der Verfassung durch den nächsten Reichstag (in dessen Staatenhaus ja auch die Regierungen eintreten) und, vorbehalten die ganz offene Frage des Kaisertitel, zutreten wollen, möchten sich erklären u. s. w. Die Regierungen werden auf die Note antworten, wie sie eben auf ein so unentschiedenes unklares Ding antworten können. Nun kommt aber die Einberufung des nächsten Reichstags. Wer dazu wählen läßt, erkennt an; ja was weit schlimmer, er zieht sich den Strick rettungslos über den Kopf. Denn wenn, wie zu erwarten, Oesterreich den nächsten Reichstag nicht beschickt, so ist Preußen (ganz abgesehen, daß dort die Macht und die Gnaden sind) durch seine Zahl von Deputirten sowohl im Volks- als Staatenhause in der allerentschiedensten Majorität, und das Werk der Ungerechtigkeit, das jetzt wenigstens als ein Werk der Revolution besteht, wird dann legalisirt. Dem entgegenzutreten giebt es zwei Wege Entweder Oesterreich beschickt ebenfalls den Reichstag. Obgleich durch die vorbehaltene Revision der Verfassung eigentlich noch res integra ist, so bezweifle ich doch, daß Oesterreich das thun wird; ich würde aber, hätte ich Macht und Mittel dazu, entschieden darauf hinzuwirken suchen, daß Oesterreich es thue. Nur dann, nur dadurch ist es möglich, zum Heil zu gelangen. Die Preußische Kaiserwürde stellt sich dann von selbst als Provisorium dar, es ist ein Volks- und ein Staatenhaus, vernünftige Beschlüsse also wenigstens möglich, und dem Reichstage gegenüber steht eine Regierung. Indessen es ist zu bezweifeln, ob Oesterreich diesen nach meiner Ansicht zweckmäßigsten Weg gehen werde. — Oder — und das ist der zweite Flügel meiner Alternative — die anderen mächtigeren Staaten, Bayern, Hannover, Würtemberg, Sachsen weigern sich (wie Oesterreich) dem Bundesstaate, wie er in Frankfurt beschlossen worden, beizutreten. Wird es ihnen aber möglich sein, wenn der Reichstag in Frankfurt zusammentritt, auf welchem Preußen und das kleine Pack vertreten, wird es jenen Regierungen möglich sein, dem unsinnigen Gelüste des Volkes nach Vertretung entgegenzutreten? Ich glaube nicht — namentlich wenn im unitarischen Sinne gehetzt und gearbeitet wird; die Regierungen werden die Wahlen zu der Nationalversammlung ausschreiben müssen, und sind damit verloren. — Am schlimmsten

nun ist unser Land daran. Denn auf Hannover, das darf man nicht verhehlen, ist es vor Allem Andern abgesehen; das muß zu Preußen kommen um jeden Preis. Daß Bayern, daß Würtemberg, ja selbst daß Baden an dem Bundesstaate nicht Theil nehmen, darauf ist man längst gefaßt; aber Hannover soll und muß. Die Stürme, die dadurch nun über uns kommen werden, drücken und beängstigen mich sehr. Die Hannoverschen Piepmeyers, die man durch den Vorwurf des Particularismus und undeutscher Gesinnung zu Vater- und Mutter-Mord bringen kann, werden wie die Gimpel in das Netz hineinrennen. Der König wird seine letzten Augenblicke in Ruhe vollenden wollen, und die Krone niederlegen, was ja die Verwirrung ins Endlose steigern würde. Aber so wird es kommen, zumal die Grundrechte dem Wahnsinn den Weg gebahnt haben. Sie werden mit der jetzigen Cammer dem Preußischen Erbkaiserthum nicht widerstehen können. Denn, das ist wohl zu bedenken, die Demokraten haben zwar gegen das Erbkaiserthum gestimmt, aber sie werden es stützen. Mir hat Vogt gestern ganz offen erkärt: die Linke werde nun mit allen Kräften den Erbkaiser stützen: der sei das sicherste Mittel, die einzelnen Regierungen todt zu machen; seien die todt, werde die Linke mit dem Erbkaiser schon fertig werden. Die demokratischen Vereine bei uns würden also nach Kräften für den Erbkaiser arbeiten. Es fragt sich nun, ob Sie durch Auflösung eine bessere Cammer erlangen würden: ich bin lange aus Hannover fort, habe wenig Beziehungen dorthin und bin daher nicht kompetent, über diese Eventualität irgend urtheilen zu können. Aber ich meine: mit dieser Cammer muß die Geschichte nothwendig zu Grunde gehen; eine schlechtere kann nicht kommen (schon weil auch die Bessergesinnten wegen der Grundrechte Versprechungen gegeben haben, Abstimmungen hinter sich haben, bei denen die Wühler Freudentheil, Lang, Rumann pp. sie fassen können); wohl aber ist es möglich, daß, wenn Sie offen vor das Land hintreten, die Sachlage darstellen, und der König von seinem rein dynastischen Standpunkte aus eine Proclamation in ähnlichem Sinne erläßt, wenn das ganze Land ermahnt wird, die Sache, an der das Heil des Landes hängt, mit Ernst anzufassen, wohl halte ich es dann für möglich, daß Sie eine bessere Cammer erhalten. Und mit einer solchen können Sie nicht bloß Hannover, sondern das ganze Deutschland retten. — Doch Sie, liebster Freund, werden das Alles tausendmal reiflicher erwogen haben, besser übersehen als ich. Mich drückte es nur, meine Sorgen gegen Sie auszusprechen, als könnten Sie mir Trost geben. — Ihre Anfrage wegen Übernahme der Hannoverschen Zeitung würde ich sofort bejahen, wenn nicht eben die Lage der Dinge eine so ungewisse wäre, daß durchaus nicht zu sagen, wie lange Ihr Ministerium noch am Ruder. Daß ich aber keine Lust habe, die Hannoversche

Zeitung etwa unter einem Ministerium Lang-Rumann zu übernehmen, brauche ich wohl nicht zu sagen. Daß es mit Krüger nicht weiter geht, ersehe ich aus einem neulichen Briefe von ihm; der gute Mensch meint, man könnte 1848/49 eine Zeitung redigiren und mit aller Welt in Frieden leben. Überhaupt scheint ihm das feste Verhältniß zu den Dingen zu fehlen, und so werfen sie ihn hierhin und dorthin.

Daß Ihr Regierungsrath Hoppenstedt (wie sein College Lodemann) für den Erbkaiser gestimmt, werden Sie schon wissen. Die Erbkaiserliche Parthei thut sich nicht wenig darauf zu Gute. Grumbrecht und Gravenhorst sind schon vor der Deputation abgereist, um wo möglich im Hannoverschen einigen Jubel- und Kaiser-Enthusiasmus zu Stande zu bringen. Überhaupt wird man auf Hannover vorzugsweise demnächst einzuwirken suchen.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 103. Hannover, 4. April.

Wenn Sie diesen Brief erhalten, lieber Freund, werden Sie auch schon die Antwort kennen, die der König von Preußen der Deputation ertheilt hat, so wie die entsetzliche Albernheit Vinckes, nachdem er erst es nicht über sich hat gewinnen konnen, mit der Linken gemeine Sache zu machen, nun hinterher in einer 2. Adresse sich expectoriren zu wollen. In Berlin soll jedoch der Enthusiasmus nicht groß seyn, so wie er es hier auch nicht ist. — Nur die schönen Vereine haben den Spectakel am Sonnabend [1]) gemacht, und es ist Herrn Simson pp. gleich gesagt, sie möchten sich nicht irren, der Bürger betheilige sich dabei eben nicht. — Was ich aber eigentlich schreiben wollte ist, daß die Rede wahrscheinlich in Conferenzen mit Meyendorff und Prokesch [2]) verabredet ist. Nimmt man dazu, daß Radetzky auch wieder zwei Armeecorps zur Disposition stellt, so sollte es mich gar nicht wundern, wenn diese Kaiserwirthschaft unser Deutsches Staatsschiff einmal wieder etwas weiter über die Sandbänke des Absolutismus triebe, als wir uns träumen lassen. Betrachten wir einmal ernstlich die Umstände. Östreich im Bunde mit den Russen, siegend, hat durch die unkluge Verfassung vom 4. März unleugbar sehr dazu beigetragen, die Paulskirche zur äußersten Tollheit zu treiben. — Ich traue dieser Östreichischen Politik allen Macchiavellism zu. Ehe sie die Gefahr dulden, das Dominat in Deutschland zu verlieren, oder zu theilen, werden

[1]) Bei der Durchreise der Kaiserdeputation.

[2]) Dem russischen und dem österreichischen Gesandten in Berlin. Vgl. über deren Einwirkung: von Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministers von Manteuffel, I. S. 88.

ſie eine Theilung von Deutſchland ſelbſt verſuchen, und mit einem durch Tirol und Vorarlberg heranrückenden Corps iſt es nicht ſchwer, Baiern, Würtemberg, vielleicht auch Baden zu halten; von Böhmen aus Sachſen. Die Conſtitution vom 4. März wird man dann den vielen Widerſprüchen gegen dieſelbe preisgeben, und wieder über Provinzen herrſchen. Kann Preußen dann ſeinen Bund zu Stande bringen, ſo iſt das das militäriſch ſchwächſte, haltloſeſte Ding von der Welt. Sollten aber gar, wie der König geſtern wiſſen wollte, die Whigs wieder fallen, und die Peels ohne Peel an die Reihe kommen, ſo fehlte ihm jede Stütze. Selbſt auf Frankreich dürfte nicht zu zählen ſeyn; denn daß ſogar Thiers zum Frieden räth, ſcheint mir ein Zeichen entſchiedenſter Unfähigkeit zum Kriege zu ſeyn. Was dann? Man wird ſich zur Ruhe begeben, die Clubs unterfuttern, Herr Piepmeyer geht mehr rechts — ſo lange es dauert.

Sie ſehen, ich betrachte die Sache aus einem etwas anderen Standpunkte als Sie. Die Zeit, wo die Verſammlungen dominiren, ſcheint mir einigermaßen vorüber zu ſeyn, wenn auch noch immer die Sachen einige Zeit in peinlicher Schwebe bleiben können. Öſtreich verfolgt noch immer den Gedanken, die Frankfurter Verſammlung auseinander zu treiben, wird von der Permanenzerklärung neuen Grund hernehmen.[3]) Wie, wenn Preußen auch zur Auflöſung ſeiner Verſammlung ſchritte, die doch wenig Gutes verſpricht? — Es kann darin das einzige Mittel liegen, den Regierungscongreß, den man aus der Rede des Königs von Preußen entnehmen kann, durchzuſetzen. Alſo kommts nur auf die Feſtigkeit des Entſchluſſes an.

Das alles ſind Möglichkeiten, ich ſage nicht, daß ſie nahe liegen. Es kann ſehr wohl ſein, daß noch eine Periode größeren democratiſchen Unſinns vorhergehen muß. Kann ſeyn, daß noch ein Streifen Bürgerkrieg dazwiſchen liegt; obwohl die grandioſe Feigheit unſerer Democraten eben nicht viel fürchten läßt, wenns zum Schlagen kommt, da die Heere wieder brauchbar ſind und durch dieſen Feldzug es noch mehr werden. Am Ende wird es dahin kommen. Wollte Gott, daß wir dann den Bundestag mit einiger Vertretung und Reichsgericht aus dem Strudel zu retten vermöchten.

Was uns hier in Hannover angeht, ſo dürfen wir auf keinen Fall viel wagen. Ja, wäre der König 20 Jahre jünger! Aber der Kronprinz. Da iſt Abhängigkeit von Preußen m. E. eine größere Sicherheit im Sturme, als die größte Selbſtändigkeit. Es gilt nicht zu entſcheiden, ſondern zu laviren. Wir werden die Vertagung noch verlängern, da wirklich die jetzige Ver-

[3]) Das beſtätigte in der That ſchon die Verfügung vom 5. April an den Bevollmächtigten in Frankfurt, unter gleichzeitiger Ernennung des Grafen Rechberg an Stelle v. Schmerlings für dieſen Poſten, welche die öſterreichiſchen Abgeordneten zurückrief. Roth und Merck, II. S. 453.

ſammlung nicht ſchlimm iſt und durch die Kaiſerſache vielleicht beſſer wird. Die Volksvereine, die allerlei Demonſtrationen angekündigt haben, werden wir kurz zuſammen halten und ſehen was zu retten iſt.

Es hat mir ſehr leid gethan, daß Sie und Bothmer ſich durch die Schuftereien der Erbkaiſerparthei haben verleiten laſſen, ebenfalls mit der Linken zu tranſigiren. Ich fürchtete das nach Ihrem vorletzten Briefe, wo Sie ſelbſt es zu fühlen ſchienen, daß Sie durch die Leidenſchaft zu weit geführt würden. Man bedient ſich der Sache nicht wenig. Es war beſſer, die Niederlage mit reinen Händen zu befahren, als einen zweifelhaften Sieg mit dieſen Mitteln erkaufen, und nun gar noch eine Niederlage! — Ich kann nicht anders, ich muß Ihnen das offen ſagen. Mich erbittert nichts mehr, als wenn jetzt Piepmeyer-Hoppenſtedt pp. ewig reden, die Perfidien der Öſtreicher hätten die Affenſchande der Erbkaiſerparthei nöthig gemacht. Gerade als ob ich ſtehlen müßte, weil Claus ſtiehlt. Aber was ich gegen jene ſage, das ſchlägt auch auf uns zurück.

Daß Sie mich mit der Zeitung im Stich laſſen, thut mir ſehr leid, und ich möchte Sie ernſtlich fragen, ob denn nicht jetzt eben die Zeit ſey, um zu arbeiten? — Mit Krügers gänzlicher Tactloſigkeit iſt gar nicht durch zu kommen. Offen und wahr zu ſeyn wagt er nicht, und bringt dann Bosheiten anderer Leute, die zehnmal ſchlimmer ſind. Oder giebt Artikel, die unſere Gegner aushecken, und wagt nicht zu geben, was für uns wäre. Er weiß weder zu geben noch zu nehmen. — Ich bitte Sie noch einmal recht ſehr, überlegen Sie, ob Sie die Sache nicht eingehen wollen. Zurücktreten müßten Sie natürlich ſtets können. Noch iſts mit den Miniſterio Lang-Rumann nicht ſo weit und ich meine, Sie würden doch auch mitarbeiten, um dasſelbe abzuhalten.

Doch es iſt höchſte Zeit, den Brief zur Poſt zu ſchaffen. Alſo noch einmal bitte ich um Ihre Erklärung. Es liegt jetzt wirklich daran.

Ihr

JCBS.

Nr. 104. Frankfurt, 5. April.

Ich habe Bothmern verſprochen zu ſchreiben, ſo wie ſich hier etwas ereignet; deshalb melde ich heute Unbeſtimmtes und Ungenaues, das Sie ohne Zweifel von Berlin aus bereits genauer und auch ſchon früher erfahren haben. Man theilt mir nämlich eben im ſtrengſten Vertrauen (aus guter Quelle) mit: es ſei eine telegraphiſche Depeſche aus Berlin angekommen, die Deputation habe dem König erklärt, eine Änderung der Verfaſſung ſei unmöglich; zugleich ſei der Beſchluß der 2. Cammer auf Vinckes Antrag

gestern in einer Weise ausgefallen, daß dem König nichts anderes übrig geblieben, als zu erklären: er nehme die Krone und die Verfassung für sich und die beitretenden Regierungen so an, wie sie dargeboten. Revision der Verfassung durch den nächsten Reichstag soll von der Deputation in Aussicht gestellt worden sein, Änderung durch die N.-V. für unmöglich erklärt worden sein. — Die Nachricht kommt, wie gesagt, aus guter Quelle, aber ich kann doch nicht recht daran glauben. Sie werden bei Empfang dieses jeden Falls genau wissen, was an der Sache wahr ist. — Läge die Sache wirklich so, dann kann Oesterreich nicht mit wählen lassen zum nächsten Reichstage; ob die einzelnen Regierungen die Kraft haben werden sich zu wehren? ich kanns mir kaum denken; die Bayern behaupten es, in ihrem Lande würde es möglich sein, die Wahlen zu unterlassen. Aber die Erbkaiserlichen rechnen auch gar nicht auf Bayern, nicht auf Würtemberg und Baden: Hannover ist ihr Ziel, das muß Preußisch werden. Sie, th. Freund, werden den Sturm zu bestehen haben. Ich habe Bothmern schon gebeten, Sie darauf aufmerksam zu machen, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Herzog und den Prinzen von Cambridge kommen zu lassen, denn die sog. Deutsche Frage wird für uns eine Frage der Dynastie werden. — Oesterreich wird hoffentlich entschieden Einspruch thun —; aber das ist es ja eben, was die Erbkaiserlichen erhoffen und wünschen, Krieg mit Oesterreich.

Der Ihrige

Detmold.

In Heidelberg war ein Congreß der verschiedenen Linken; dort soll beschlossen sein, von den Einzelregierungen durch ihre Cammern Anerkennung der Reichsverfassung zu erzwingen.

Nr. 105. Frankfurt, 10. April.

Ich bin Ihnen, th. Freund, von Herzen dankbar für Ihren Brief vom 5. [rect. 4.], dessen Mittheilungen, namentlich über die möglichen Olmützer Intentionen, für mich von großem Interesse waren. Dieselben erklären mir Manches, was sich auch hier auf der Oberfläche zeigt. Hier stehen die Dinge sonst unendlich trostlos. Die tolle unitarische Parthei hat so gründlich alle Brücken hinter sich abgebrochen, daß ihr jetzt nichts Anderes übrig bleibt, als ein wahnsinniges va banque zu spielen. Die Verfassung incl. des Kaisers ist endgültig beschlossen und besteht, und das Volk muß die Regierungen zwingen, dieselbe anzuerkennen; die Regierungen, so gezwungen, müssen nun ihrerseits den König von Preußen bitten, die Krone anzunehmen. Es läuft, wie mir das schon seit mehreren Wochen klar ist, geradezu auf einen Convent hinaus — nur Schade, daß die

Nation dahinter gar keine Luſt zu der ſchlechten Comödie hat. Man hatte von Seiten jener Parthei die einzelnen kleineren Regierungen ſo eingeſchüchtert durch Mittheilungen über bevorſtehende Putſche, ja ſelbſt über beabſichtigten allgemeinen Fürſtenmord, daß man dieſelben zu der im Voraus ausgeſprochenen Unterwerfung unter die Preußiſche Oberhoheit leicht brachte, zumal Gagern den Großherzog von Heſſen und Hergenhahn den Herzog von Naſſau ſtets zum Vorangehen zu bewegen wußten, wo dann Andere leicht folgten. Jetzt aber iſt der gefürchtete 18. März vorüber, die kleineren Regierungen haben geſehen, daß die größeren, auf deren baldige Nachfolge man ſie vertröſtete, nicht gefolgt ſind, und jetzt werden ſie, wenn es zu Verhandlungen kommt, gewiß keinen Übereifer an den Tag legen, ſich zu Preußiſchen Vaſallen zu machen. Die unitariſche Parthei aber rechnet darauf, und hat mit der Linken einen Bund geſchloſſen, wie denn ja auch die in dieſen Tagen zu Heidelberg verſammelt geweſenen linken Fraktionen einzelner Stände-Verſammlungen Anerkennung und Durchführung der Verfaſſung beſchloſſen. Die Sache wäre luſtig, wenn ſie nicht ſo traurig wäre; denn es iſt eine Schmach, daß die Nation ſich ſo unfähig erweiſt, durch die Vertreter ihrer Wahl ihre Angelegenheiten zu ordnen, daß nun doch die Regierungen die Sache in die Hand nehmen müſſen. Je ruhiger, bedachtſamer und vernünftiger, namentlich auch je langſamer die Regierungen vorſchreiten, deſto eher zappelt ſich die Verſammlung zu Tode. Das Einzige, was ſie erreichen wird, iſt, daß alle ſpätere Oppoſition die Verfaſſung vom 28. März 49 auf ihren Fahnen führen wird, alle demnächſtige Putſche im Namen der Verfaſſung von 1849 gemacht werden, wie noch bis ins Jahr 1800 hin die Verfaſſung von 1793 die Fahne für die Anarchie war. Wenn aber Gagern und ſeine Parthei ſich auf die Linke ſtützen, wie ich mit Beſtimmtheit höre, ſo kommen ſie nicht einmal zu einem ruhigen unehrenvollen Ende, ſondern dann giebt es Conflikte, wie ich Gagern ſchon vor 5 Monaten geſagt habe, daß er auf dem Wege nach Amerika wäre. Große Gefahr iſt ſchon um deßwillen nicht, weil, wenn derartige Conflikte heranziehen, die konſervativen Elemente, welche (namentlich aus Preußen) bisher zu Gagern und dem Erbkaiſer hielten, dann gleich abfallen werden. Ich hatte folgende Baſen vorgeſchlagen: das Kapitel vom Reichsoberhaupte wird neu berathen, ein Direktorium beſchloſſen, mit Preußen (mit ausgedehnten Befugniſſen) an der Spitze, bis Oeſterreich erklärt, beitreten zu wollen, dann jährlich alternirendes Präſidium; die Verfaſſung wird revidirt von einem dazu einzuberufenden Reichstage (Volks- und Staatenhaus), erſt bei Vollendung der Reviſion tritt die Frage über Eintritt in den Bundesſtaat ein, die Wahlen zu dem Reichstage präjudiciren alſo in keiner Weiſe; der Reichstag wird von dem Direktorio innerhalb einer von der Nat.-Verſ.

zu bestimmenden Frist einberufen, innerhalb welcher Frist die Regierungen sich über die Vorschläge behuf der Revision vereinigen. Das Wahlgesetz wird von der Nat.-Vers. zum 2ten Male berathen. Ich bin aber mit diesen Vorschlägen, für die ich noch einige Freunde gewonnen hatte, von den Gegnern ausgelacht worden, und wir stehen also wie früher und wollen die Sache an uns kommen lassen. — Was die Concessionen gegen die Linke betrifft, die Sie uns und auch mir zum Vorwurfe machen, so haben dergleichen allerdings stattgefunden, in specie wegen des suspensiven Veto's und des Reichsraths, ich habe nur in Betreff des Letzteren der Linken zu Gefallen gestimmt, weil es keine Principfrage war und ich die Verfassung doch für todtgeboren ansah. Daß wir gesündigt, erkenne und bekenne ich — aber in diesem Wirbelwind und Sturm der Leidenschaften war es unmöglich, sich ganz rein zu halten. Wegen des Wahlgesetzes pp. sind unsererseits keine Concessionen der Linken gemacht worden.

Zum Schluß noch wegen der Hannoverschen Zeitung. Ich schrieb Ihnen, ich würde Ihre Anfrage wegen Übernahme derselben sofort bejahen, wenn ich auf eine Dauer der jetzigen Regierung rechnen könnte, was damals, als ich den Brief schrieb, nicht der Fall war; denn nahm der König von Preußen die Verfassung an, so konnten Sie eine Publikation der Grundrechte nicht hindern. Das ist ja aber jetzt anders; ich hoffe und zweifle nicht, daß Sie noch lange am Ruder bleiben, und daher bejahe ich denn Ihre Frage auch sofort. Sobald hier die Dinge beendigt (eher möchte ich nicht gern fort), stelle ich mich Ihnen ganz und gar zur Disposition. Wenn Krüger fortgeht, ehe wir hier fortgehen, möchte ich Sie bitten, an ein Provisorium zu denken; lange kann's hier nicht mehr dauern, und dann, wie gesagt, komme ich und trete sofort ein. Der Ihrige

D.

Ich bitte Sie, diese meine demnächstige Übernahme der Redaktion der H. Z. vorläufig noch unter uns zu lassen.

Nr. 106. Hannover, 12. April.

Zum Dank für Ihren eben empfangenen Brief will ich Ihnen sofort, lieber Freund, einige Nachweisungen geben, wie die Dinge stehen. — Die Berliner Note[1]) versteht kein Mensch, nicht einmal die, welche sie gemacht. Daß in 8—14 Tagen nichts zu Stande zu bringen, geben sie zu. Sie haben in momentaner Angst vor den Ständen gehandelt. — Wenn sie irgend einen Gedanken haben, so ist's der engere Bund (S. meinen Art.

[1]) Die Cirkularnote vom 3. April. Roth u. Merck, II. S. 458; v. Poschinger a. a. O., I. S. 91.

in der H. Z. vom 9.). Dieſen aber denken ſie ſich ſo, daß auch Holland und Belgien eintreten können — alſo gewiß kein Bundesſtaat, gewiß keine gleichen Rechte. Alles hängt hier von den Cammern ab. Man glaubt, das Miniſterium werde abgehen (es iſt in ſich nicht einig, v. d. Heydt und Simons unitariſch), und Camphauſen und Vincke eintreten. Das wäre denn ein großes Elend.

Öſtreich dagegen wartet. Es hofft in 4 Monaten zu Haus fertig zu ſeyn. Bis dahin reſervirt es ſich quaevis competentia und kommt nachher, ſich ſeinen Theil wieder auszubitten, den man ihm dann auch wohl nicht verſagen wird. Bis dahin alſo jedenfalls ein traurig ſchwankender Zuſtand, wenn nicht Brandenburg ſich hält und die Sache ganz nach der andern Seite hin ausſchlägt. Unſere Oppoſition iſt geſtern hier verſammelt geweſen. Sehr heimlich, nur Herr Dr. Althaus von der Norddeutſchen iſt zugezogen. Dieſer iſt wegen Beleidigung des Miniſterii auf 6 W. vom Stadtgericht condemnirt. Ueberhaupt beſſern ſich die Gerichte.

Nachdem Frankfurt ſich nun einmal doch unfähig erwieſen hat, iſt nur zu wünſchen, daß es ſeine Rolle gänzlich ausſpiele, und ſo ſtark wie möglich. Daß uns die Annahme der Kaiſerkrone auch von Frankreich her in die traurigſte Lage von der Welt verſetzen würde, iſt klar. Sehr wohl unterrichtete Leute behaupten, Louis Napoleon würde dann ebenfalls die Krone nehmen, und, um ſich zu halten, ſofort die Rheingränze fordern. Das wäre denn die Größe und Integrität Deutſchlands! Nun, die Profeſſoren werden uns ja ſchützen.

Leben Sie wohl

Ihr
JCBS.

Unſere Oppoſitionsdeputirten drängen auf baldigſte Berufung der Stände. Wir werden das nicht thun und die Sache ad acta gehen laſſen.

Nr. 107. Frankfurt, 17. April.

Beſten Dank für Ihren Brief vom 12. mit den Mittheilungen über die Rathloſigkeit in Berlin, die ich mir ſonſt faſt auch hätte denken können. Hier ſtehen die Dinge elend und jämmerlich. Nat.-Verſammlung und die Regierungen haben ſich gegenüber geſtanden wie der Mohr und Papageno in der Zauberflöte, jeder voll Furcht vor dem andern; nur haben die Regierungen die meiſte Furcht und deshalb wird die Nat.-Verſ. ſiegen. Camphauſen iſt da [1]); aber über ſeine Inſtruktionen verlautet nichts — ein

[1]) Zu den auf Einladung durch die Note vom 3. April mit den Vertretern der Regierungen zu führenden Verhandlungen über die Begründung eines Bundesſtaats.

Beweis, daß sie nicht so sind, wie die unitarische Parthei hier sie wünscht. Aber was sie noch nicht sind, das werden sie, und ich bin überzeugt, der Telegraph bringt noch in der letzten Stunde ganz andere Instruktionen, als die, welche Camphausen mitbrachte. Wie ich höre, sollen seine Instruktionen und Intentionen dahin gegangen sein, die andern Regierungen zu Einwendungen und Ausstellungen gegen einzelne Punkte: § 1, suspensives Veto, und Wahlgesetz, zu veranlassen. Nun ist er bitter und angenehm zugleich überrascht, lauter Unterwürfigkeits- und Anerkennungs-Erklärungen von 28 bis 30 Regierungen vorzufinden, und nun spielt der Telegraph in einem fort. Ist man in Berlin so wahnsinnig oder so jämmerlich feige, diese Verfassung anzunehmen — dann freilich wird der Abgrund der Revolution Preußen zuerst verschlingen, aber das übrige Deutschland dazu. Wenn ich nun den Blick auf die engere Heimath richte, so erfaßt mich die Trauer und Zorn am grimmigsten; dort ist Alles noch gesund, voll trefflicher Keime, voll der gegründetsten Hoffnungen. Das Alles soll nun auch unter die Füße gestampft werden! Daß Sie allein (d. h. Ministerium und König) den Kampf gegen den Wahnsinn und die Lüge, die momentan Alles beherrschen, nicht führen können, scheint mir ziemlich entschieden — aber können Sie sich unterwerfen, können Sie eben so schwach sein wie die Andern? Leider werden Sie am Ende müssen — aber was wird das Ende sein? Auf Bayern dürfen Sie keinen Augenblick zählen; der König ist vor lauter Rath, den er überall einholt, der rathloseste Mensch von der Welt, weil er der schwächste ist. Bei dem traurigen Stande der Dinge in Ungarn wird er auf Oesterreich nicht rechnen können und sich daher blind unterwerfen. Dann steht die Sache allein in der Hand der ebenso perfiden als dummen Preußischen Politik. — Ich theile Ihnen Obiges über die angebliche Instruktion Camphausens nur mit, damit Sie sich nicht zu sehr auf Zusagen verlassen, die Sie von Berlin etwa erhalten hätten; die letzte Stunde noch würde Änderungen bringen können; sein Sie daher auf Alles gefaßt. — Im Ausschuß sucht man die Sache hinzuziehen, bis sie faktisch erledigt ist, und wird sich vor dummen Streichen gewiß zu hüten suchen. Wie Raveaux erklärte (und das ist sicher wahr) sind aus dem Hannoverschen eine Menge Zustimmungs-Adressen zur Verfassung und Erklärungen, sie mit Gut und Blut schützen zu wollen, an den März-Verein eingegangen, und zwar sowohl von den demokratischen als auch von den konstitutionellen Vereinen.

Der Ihrige

Detmold.

Ich denke mir, Preußen wird, wenn Alle zu der Verfassung ja sagen, erklären: Da alle Regierungen dieselbe genehmigt hätten, so genehmige man dieselbe ebenfalls.

Nr. 108. Hannover, 26. April.

Zuerſt meinen Dank, lieber Freund, für den trefflichen, nunmehr ſehr vornehm gewordenen Piepmeier, der hoffentlich zu Berlin etwas geworden ſeyn wird[1]); und dann die Nachricht, daß wir unſere Stände aufgelöſet haben. Sie werden die Proclamation in den Zeitungen finden. Der dort angegebene Grund iſt der durchſchlagende.[2]) Was ſollten wir mit ihnen. Sie zuſammen kommen laſſen, um noch einmal Gelegenheit zu unnützem Lärm und Aufregung zu geben, und dann unter ſchlimmeren Umſtänden vertagen? Nachdem es mit der Seelenverſchreiberei einmal ſo weit gegangen war, blieb uns nichts mehr übrig. Freilich nicht ohne Sorge wegen des Befindens des Königs; indeß haben wir dieſen geſtern im Conſeil über Erwarten munter gefunden. Die nächſten Wahlen müſſen wir nun noch ausſetzen, bis ein feſter Punkt gewonnen iſt. Es iſt gegenwärtig allerdings ein entſcheidender Moment. Namentlich bin ich geſpannt auf Würtemberg. Wird da die Rothe nicht proclamirt: ſo iſt das ein deutlicher Beweis, daß dieſer ganze Lärm weiter nichts iſt als ein Popanz, mit dem die Kinder in Frankfurt ins Bett gejagt werden. Dann ſind wir eines Reſultats gewiß; nämlich, daß Repräſentativ-Verſammlungen auch ihre großen Mängel haben. Ich habe mich völlig überzeugt, daß ſie nur möglich ſind „innerhalb beſtimmt gezogener Gränzen" und verſtehe nun erſt recht den Machiavell, Disc. I. 9: Come egli è necessario a esser solo a volere ordinare una republica di nuovo, o al tutto fuori delli antichi suoi ordini riformarla. Das habe ich früher nicht begriffen. Ueberhaupt leſe ich jetzt dieſen Staatsmann mit wahrer Bewunderung ſeiner Klarheit und Tiefe.

Was nun weiter in Deutſchland werden wird? Gott weiß es. Ich glaube, Ihre Verſammlung von Piepmeiern wird, wenn ſie ſieht, daß das Volk nicht in Waffen den Kaiſer ausruft, ſich begeben. Ich ſchließe das aus dem Commiſſionsantrag und ſelbſt aus den albernen Reden, die Leute wie Welcker halten. Hier wird nun ſehr gewühlt. Die Nordd. Zeitung hat bereits geſtern die Bürgerwehr aufgefordert, mit Gut und Blut den Kaiſer oder vielmehr die Verfaſſung als gültiges Geſetz durchzuführen, die Volksvereine werden auch agitiren ſollen. Es wird aber nichts heraus-

---

[1]) Vgl. das letzte Blatt: „Piepmeyer reiſet am 1. April nach Berlin, um etwas zu werden."

[2]) Es war der Verſuch, während der Vertagung der Stände die Mehrheit der Mitglieder beider Kammern zur Unterſchrift einer Eingabe zu bewegen, welche dieſelben verpflichten ſollte, die Regierung zur Anerkennung der Frankfurter Reichsverfaſſung und zur Zuſtimmung zur Wahl des Königs von Preußen zum Deutſchen Kaiſer zu nöthigen.

kommen. Die Stadt ſieht nach nichts weniger aus als nach Revolution. In Celle, ſogar in Hildesheim, ſoll die Stimmung beſſer ſeyn; auf dem Lande gewiß. Nur Oſtfriesland und Bremen lärmen. Vielleicht auch der Strich am Fuße des Harzes, Oſterode bis Lauterberg.

Wichtig wäre es, wenn die Nachricht ſich beſtätigte, die aus Berlin und London hierher gekommen, daß Dännemark ſich zum Ziele legte. Kaiſer Nicolaus ſoll ſehr ſtark — nach Brunnows [1]) Ausſage — nach Copenhagen geſchrieben haben. Die Armee iſt dort ſehr gebeſſert. Bei beſter Cameradſchaft ſoll entſchieden Stimmung gegen „Preußiſchwerden“ vorhanden ſeyn. Sogar die Reußen wollen Reußen bleiben. Und da wollten die Profeſſoren Nr. 1—120 oder ſo etwas machen!! Es ſind dort jetzt 70 Bataillons und 30 Batterien, Cavallerie ungerechnet. Für uns wäre Herſtellung des Friedens, um der Finanzen willen, das größte Glück.

Aber wie weiter in der Verfaſſungsſache! — Wir [2]) haben den Preußiſchen engern Bundesſtaat gänzlich abgelehnt, uns auf den Inhalt der Collectivnote bezogen und Preußen dringendſt ermahnt, wegen der Oberhauptsfrage ſich mit Öſtreich zu einigen, was nach der Erklärung vom 21. [3]) — die wir in dem für uns günſtigſten Sinne nehmen — möglich ſeyn werde. Wenn Würtemberg oben bleibt, ſo wäre es möglich, daß eine gemeinſame Propoſition diesmal nicht von den Kleineren, ſondern von den Großen gemacht würde, welche die Nationalverſammlung dann anzunehmen oder abzulehnen hätte. — Mir ſcheint das die einzige Hoffnung zu gewähren, ob es aber dahin komme, weiß ich nicht. Projekte tauchen ſchon wieder auf. Von Leipzig ſtellt man mir Eins zu, das aus den kleineren Staaten, neben Preußen und Öſtreich, einen Bundesſtaat machen will, der mit dieſen wieder im Bunde ſtehen ſoll. Ein alter Gedanke, der mir nicht klar iſt. — Auf irgend eine Weiſe wird man aber die Form geſtalten müſſen, nur, daß ſie wahre Einheit und nicht tollen Schwindel und leere Formeln gebe.

Ihr

JCBS.

---

[1]) Ruſſiſcher Geſandter in London.

[2]) Note an den hannoverſchen Geſandten in Berlin vom 24. April. Roth u. Merck, II. S. 471.

[3]) Des Grafen Brandenburg in der preuß. zweiten Kammer. Die Regierung bedauere ſchmerzlich, daß eine Vereinigung aller deutſchen Staaten zu einem Bundesſtaate in bekannten Verhältniſſen für jetzt ein unüberſteigliches Hinderniß gefunden habe, und erblicke darin eine Täuſchung ihrer eigenen Hoffnungen, könne ſich jedoch dadurch nicht abhalten laſſen, ihre Beſtrebungen auf die Bildung eines engern deutſchen Bundesſtaats zu richten. Es wird dann auf die früheren vergeblich gebliebenen Bemühungen, die nothwendigen Aenderungen der Verfaſſung zu erreichen, hingewieſen, die Annahme derſelben ohne ſolche Aenderungen für unthunlich erklärt, und die Abſicht ausgeſprochen, weiterhin auf ſolche hinzuwirken. Vgl. Deutſche Chronik, 1849, I. S. 144.

Es scheint doch in der Bürgerwehr die Thorheit zu wuchern. Eben kam ein Kaufmann Eichhorn, den ich sonst nicht kenne, zu mir, um mich dringend zu bitten, wir möchten doch alles anerkennen; ich stände dem ganzen Bürgerthum gegenüber; man halte mich blos für hartnäckig u. s. w. Vielleicht erleben wir also doch etwas. Dagegen sagt mir Siemering, der nachher kam und den ich fragte: die Meinung sey vorherrschend, die Bürgerwehr dürfe sich in Politisches durchaus nicht mischen.

Nr. 109. Frankfurt, 27. April.

Ich habe Ihnen, th. Freund, seit mehreren Tagen nicht geschrieben, da theils die vielen Ausschuß-Sitzungen wenig Zeit ließen, theils auch die Zustände so sind, daß es Überwindung kostet, sie sich noch auf dem Papiere zu vergegenwärtigen. Auch ist des Faktischen im Grunde wenig zu berichten: die Nat.-Vers. sucht die Zeit hinzubringen, damit inzwischen die einzelnen Regierungen gebrochen werden. Es scheint in der That, daß wir uns der kompleten Auflösung alles Bestehenden nicht werden wehren können. Die Regierungen, die doch über ein Jahr Frist gehabt haben, sich zu recolligiren, sind uneiniger, kopfloser als je, und ihre Gegner haben Recht, daß sie einfach die Hände in den Schoß legen, um zu warten; jene graben sich ihr eigenes Grab. Die Republikaner werden nicht allein am Ende Recht behalten, sondern ich glaube auch, daß sie Recht haben, wenn sie sagen, daß die Fürsten unfähig sind. Diese Würtembergische Sauerei hat mich sehr niedergeschlagen. [1]) Niemals stand eine Sache günstiger als diese; mit der allergeringsten Mühe konnte dieser König nicht allein sich, sondern Deutschland retten; nun hat er nicht allein sich, sondern die ganze Sache der Fürsten beschmutzt und ruinirt. Welche vortreffliche Situation: ihm gegenüber nicht bloß die Wühlerei, sondern auch das Ministerium, so daß die ganze konstitutionalistische Lüge von dem Ministerium, gegen das man die Schläge führt, gar nicht aufkommen konnte, sondern die Schläge direkt gegen das Königthum geführt werden mußten, der Kronprinz außer Landes und weit entfernt, so daß, wenn der König festhielt, der Nachfolger ihm das Spiel nicht verderben konnte, sondern — zumal das Land so unterwühlt — gleich Einsetzung einer provisorischen Regierung, vermuthlich Proclamation der Republik, erfolgt sein, die Bestialität sich also aufs

[1]) Der König von Württemberg, welcher unter dem 16. April dem Ministerium Römer und unter dem 21. einer Deputation der II. Kammer gegenüber entschieden erklärt hatte, die Reichsverfassung nicht anerkennen und der preußischen Spitze sich nicht unterwerfen zu wollen, wurde durch die drohende Haltung des Ministeriums und der Kammer bewogen, nachzugeben und der letzteren zu erklären, daß er die Reichsverfassung einschließlich des Capitels über die Oberhauptsfrage und des Wahlgesetzes annehme.

herrlichſte offenbart haben würde. Hätte er ruhig feſtgehalten, wie ſeine großen Worte es erwarten ließen, und hätte er dann hier dem Reichs-Miniſterio angezeigt, daß Aufruhr ausgebrochen, daß er ſeine Truppen als Reichstruppen nicht gebrauchen wolle, ſondern den Schutz der Centralgewalt nachſuche — dann ſtellte er hier die Gagernſche Parthei gegen die Wand; ſie mußte entweder offen mit der Revolution gehen, oder mit ihren Bundesgenoſſen von der Linken brechen. Das Alles iſt nun auf die elendeſte, feigſte und dummſte Weiſe ruinirt! In Bayern wird ſich das Spiel wiederholen, nur daß die Revolution dort noch günſtigere Chancen hat, indem ſie erſt ihre Schläge gegen das Miniſterium führen und damit Alles ruiniren kann. Und ſo geht es denn weiter. So daß wir von der Verfaſſung und dem Erbkaiſer all den Schaden und Nachtheil bereits haben, den ſie uns bringen können, ohne den angeblichen oder auch möglichen Vortheil. Denn die Einzelregierungen werden ſo gründlich zerbrochen, getödtet, vernichtet, wie es durch den kräftigſten übergreifendſten Kaiſer geſchehen könnte. Der März-Verein hat vorgeſtern beſchloſſen, mit der größtmöglichen Kraftentwickelung gegen Bayern aufzutreten; die Mitglieder der Bayriſchen Stände-Verſammlung werden in dieſen Tagen in Nürnberg zuſammentreten, um da gleich die Beſchlüſſe im Voraus fertig zu machen; die Centralgewalt ſoll nun nach den geſtrigen Beſchlüſſen der Nat.-Verſ. Bayern (wie Hannover) zur Einberufung der Cammern auffordern, und dann geht die Comödie los. Gegen Berlin, das in der kopfloſeſten Perfidie oder perfideſten Kopfloſigkeit alles und jedes leitenden Gedankens entbehrt, wird man gar nicht oder zuletzt operiren; characteriſtiſch iſt, wie die O. P. A. Z. geſtern warnte, man möge die dortige Entwickelung nicht durch voreilige Beſchlüſſe ſtören. Dort müßte man jetzt ſofort die Cammern zu Haus ſchicken, vorläufig nur in Vertagung, als Antwort auf den geſtrigen Beſchluß,[1]) dann, ſo wie man hier etwas dreiſter würde (was aber ſchwerlich der Fall, da die Linke jetzt ſelbſt einſieht, daß ſie beim Warten mehr erntet, als mit allen gewaltſamen Maßregeln), die Deputirten abrufen, eine Maßregel, die freilich zu gleicher Zeit auch von den anderen Regierungen ausgeſprochen werden müßte. Die Leute gehen ganz gewiß, ſo große Worte ſie auch jetzt führen. Dann aber müßten die Regierungen mit irgend einem poſitiven Gedanken auftreten. — Der alte Smidt hat mir erzählt, er und Andere hätten Ihnen zugeredet, Sie möchten hierher kommen, was Sie aber natürlich refüſirt. Ich begreife nicht, wie man eine ſolche Dummheit Ihnen zumuthen mochte; was hätten Sie hier gekonnt oder auch nur ge-

[1]) Daß die Fortdauer des Belagerungszuſtandes ohne Zuſtimmung der Kammern ungeſetzlich ſei, und die Zuſtimmung nicht ertheilt werde, derſelbe daher ſofort aufzuheben ſei. Die Auflöſung erfolgte unter dem 27. April.

wollt? Sie hätten ſich geärgert und ſich ruinirt, voilà tout. Will man Sie einmal irgend wohin haben, ſo würde ich rathen, daß Sie einmal nach Berlin gehen, und dort mit einer poſitiven Idee aushelfen. Dort wird jetzt die Sache gemacht, aber ſie muß bald, bald, ſehr bald gemacht werden, ſonſt geht Deutſchland darüber zu Grunde. Radowitz iſt jetzt nach Berlin, um zu rathen; aber du lieber Gott, der hat ſelbſt Rath nöthig. Das iſt ein ſehr kluger Mann, aber wie unſäglich dumm hat er ſich in den letzten Wochen und Monaten benommen! Aus einer Taktloſigkeit und Dummheit in die andere; ſeit Ende Februar iſt er Piepmeyer tout craché, die größte Beleidigung für die Jeſuiten, wenn man ihn einen Jeſuiten nennt. Kommt R., wie ich hoffe, bald zurück (denn er kann in Berlin nichts nützen, nur ſchaden, namentlich ſich ſelbſt), ſo wird er wohl über Hannover gehen und wird dann Sie aufſuchen. Sie werden einen Mann an ihm kennen lernen, dem der Ruf in Gutem wie in Böſem Unrecht gethan; ein durchaus braver, ehrlicher Mann von koloſſalem Wiſſen, einem mathematiſchen Verſtande, Alles zerſetzend, außerordentlich klar und ſcharf — aber in der praktiſchen Anwendung wie ein kleines Kind. Auch Schmerling wird wohl in Kurzem durch Hannover und zu Ihnen kommen; das wahre Gegentheil, oberflächliche Kenntniſſe, aber praktiſch und gewandt, für den Moment paſſend wie wenige, aber unangenehm durch die frivole Weiſe, wie er die Dinge traktirt, obwohl er durch und durch ehrlich iſt bei entſchiedener Gaunerphyſionomie, jetzt krankhaft gereizt, und den vielfachen Schmähungen gegenüber unermüdlich ſein eigenes Lob ſingend.

Gott beſchere etwas Kraft und entſchiedene Gedanken nach Berlin; nur von dort kann uns Rettung kommen; kommt die aber nicht in den nächſten 14 Tagen, ſo haben wir binnen Jahresfriſt die Republik.

Der Ihrige
Detm.

Nr. 110. Frankfurt, 8. Mai.

Obwohl Sie, th. Freund, jetzt durch den Telegraphen von hier aus raſcher Nachricht erhalten können,[1]) als durch mich, will ich Ihnen doch noch einige Notizen über die Situation des Augenblicks zukommen laſſen, zumal wir ohne Zweifel bei dem wirklichen Ende angelangt ſind. In quo peccastis in eo puniemini — der alte Satz hat ſich denn auch in furcht-

[1]) Stüve hatte ſich am 3. Mai nach Berlin begeben, um an den Verhandlungen Theil zu nehmen, zu welchen Preußen unter dem 28. April (Roth und Merck, II. S. 494) — gleichzeitig mit definitiver Ablehnung der Kaiſerkrone (a. a. O. S. 484) — eingeladen hatte. Vgl. Anhang I.

barſter Weiſe an der Erbkaiſer-Partei hinſichtlich ihres Bündniſſes mit der Linken bewährt. Es iſt kein Affront, keine Inſulte denkbar, welche die Linke nicht Tag für Tag der Gagernſchen Partei anthat und anthut, indem ſie ihr dabei immer vorwirft, daß ſie nur durch die Gnade der Linken noch exiſtire, daß die Linke ihr noch viel Schlimmeres anthun könne, und ihr mit Aufkündigung des Bündniſſes droht, und indem ſie die Unglücklichen fort und fort zu den tollſten Maßregeln fortzureißen ſucht. Und die Piepmeyers wehren und wehren ſich und kommen doch immer tiefer in die Execution und die Revolution hinein, und hinterher kommt dann die Linke und ſagt: Ihr ſteckt ſchon im Convente, ihr könnt nicht mehr zurück, ihr müßt vorwärts auf der Bahn! Die Scenen, die in ſolcher Weiſe paſſiren uud die ich zum Theil im 30ger Ausſchuß [1]) in allernächſter Nähe zu betrachten Gelegenheit habe, ſind unglaublich furchtbar. So lange es indeſſen draußen noch ruhig war, ſuchte die Weidenbuſch-Partei die Balance zu halten, oft unter den ſeltſamſten und lächerlichſten Grimaſſen. Nun aber draußen in der Pfalz und in Sachſen der Aufruhr entbrannt iſt, nun ſeit 3 Tagen hier die Märzvereine tagen und die Linke zum entſchiedenen Handeln antreiben — nun wird die Situation ganz und gar unhaltbar, nun iſt ſie keine 24 Stunden länger durchzuführen, namentlich ſeit die Beſchlußfähigkeit auf 150 Mitglieder beſchränkt iſt und 100 Mitglieder eine Sitzung verlangen können. Bisher war die Weidenbuſch-Partei froh, wenn ſie eine Sitzung hinter ſich und bis zum folgenden Tage Ruhe hatte — aber das geht jetzt auch nicht mehr; die Linke verlangt Nachmittags- oder Abend-Sitzungen. Dazu ſchleicht ein Piepmeyer nach dem andern ſich davon, und der Tag iſt abzuſehen, wo die Linke die Majorität haben wird. Da hat nun heute Rotenhan verlangt, daß die Partei ſich darüber entſchieden erklären ſoll, ob ſie zur Durchführung der Verfaſſung lediglich das Mittel der Agitation innerhalb der geſetzlichen Schranken ergreifen wolle, oder ob ſie auch zu ungeſetzlichen Mitteln zu greifen entſchloſſen ſei, indem eben die gegenwärtige Unentſchiedenheit, wie weit man in Betreff jener Mittel gehen wolle, die Situation ſo peinlich mache. Darüber nun wird man ſich einigen und ohne Zweifel ſich gegen

[1]) Dieſer Ausſchuß war auf Grund einer Vereinbarung der Erbkaiſerpartei mit der Linken in der Sitzung vom 12. April niedergeſetzt, um die Mittel zur Durchführung der endgültig beſchloſſenen Verfaſſung und des Wahlgeſetzes zu begutachten. Nach ſeiner Zuſammenſetzung dominirte in demſelben die Linke; doch waren auch Detmold und Reichensperger zu Mitgliedern gewählt. Vgl. Jürgens, III. S. 322 ff. Ein von dieſem Ausſchuß adoptirter Antrag von Wydenbrugks (Geh. Staatsrath von Weimar), welcher die Durchführung der Reichsverfaſſung zunächſt ohne Preußen bezweckte, war von der Verſammlung am 4. Mai angenommen worden.

die ungesetzlichen Mittel entscheiden. Gagern, der nun auch das Entsetzliche der Situation begreift, wird ebenfalls mit einem Ministerial-Programm hervortreten, um zu sehen, ob er dafür noch eine Majorität gewinnen könne. Zugleich drängt man von der Linken zu einer endlichen Entscheidung. Vogt und Simon haben den Antrag gestellt, die in der Pfalz und in Sachsen für den Zweck der Durchführung der Verfassung ausgebrochenen Bewegungen Seitens der Nat.-Vers. zu schützen und zu stützen. Um diesen Antrag wird morgen der Kampf entbrennen. Lehnt ihn, wie zu erwarten, die Weidenbusch-Partei ab, dann giebt es hier wahrscheinlich einen neuen 18. September. [1]) Denn die Märzvereine, die noch hier versammelt, treiben zum Handeln, der Moment ist wegen der Bewegungen in der Pfalz pp. günstig und weil Preußen seine Heere zusammenzieht (was nun einmal das demokratische Element nicht vertragen kann), so ist der Moment wohl auf lange hin der letzte günstige. Giebt es einen Krawall, so wird, wie ich nicht zweifle, der Erfolg derselbe wie am 18. Septbr. sein — und damit der Majorität (d. i. der Weidenbusch-Partei) ein Vorwand gegeben sein, aus ihrer bisherigen Bahn einzulenken. Ohne eine solche gewaltsame Erschütterung aber glaube ich nicht, daß die Gagernsche Partei im Wesen nachgeben werde — ein solcher Kampf muß eben erst die Reverse vernichten, durch die man sich gebunden hat. Wessen Gagern aber fähig in seinem Wahnsinn, das sieht man daraus, daß er als Reichs-Commissar in die Pfalz den Herrn Eisenstuck abgesendet hat, einen erklärten Republikaner, einen der Führer der Linken; der hat denn auch gleich zu Neustadt a. d. H. in einer großen Volksversammlung in seiner Eigenschaft als Reichs-Commissarius geredet (nebst Schlöffeln [2]), der dabei ebenfalls anwesend war) und hat seine Rede mit Flüchen gegen die rebellischen Fürsten begonnen.

Betrachte ich mir nun die Situation im Ganzen und Großen, so verkenne ich die ungeheuren Schwierigkeiten ja Unmöglichkeiten nicht, welche einer Einigung über die Verfassung im Wege stehen. Das A und O ist aber immer, daß Preußen mit Oesterreich Hand in Hand gehe — und dann, daß man sich nicht durch Oesterreich und dessen leider nothwendiges Bündniß mit Rußland zu weit in die alten Sauereien hinein drängen lasse. Die Frage, ob man noch mit der Nat.-Vers. den Versuch machen solle und könne? wird wohl durch die hiesigen Ereignisse in den nächsten Tagen faktisch entschieden werden; geschieht das nicht, so wird der Versuch zu machen sein — aber jedenfalls vergeblich; denn jetzt kann die N.-Vers. wirklich nicht mehr ändern, was vor 3—4 Wochen noch anging, obgleich

[1]) Auf Gagerns Wunsch wurde am 9. Mai die Verhandlung über den Antrag vertagt.

[2]) Gutsbesitzer aus Schlesien.

man damals schon erklärte, es ginge nicht. Schlimm, daß man in Berlin sich beeilen muß, will man die N.-V. noch brauchen, während, wenn man dem entsagt, man die Sachen mehr reifen lassen kann. — Eine schwierigste Frage ist auch die: welchen Damm in der Verfassung der Demokratie entgegensetzen? Im Wahlgesetz wird man über die indirekten Wahlen hinaus schwerlich große Beschränkungen machen können, eben weil kein durchgreifendes Princip zu finden; genaue Absteckung der Competenz des Reichstages wird ein Hauptmittel abgeben müssen. Für sehr wichtig halte ich, daß man das Staatenhaus möglichst stärke und kräftige und dieses wenigstens vor demokratischen Elementen möglichst schütze. Dabei ist mir eingefallen, ob es nicht zweckmäßig sei, zu bestimmen, daß die Mitglieder des Staatenhauses keine Diäten erhalten, weder aus der Reichs-Casse noch von den Einzelstaaten aus. Da die Demokratie einen mißverstandenen Haß gegen das Staatenhaus hat, (weil hier die Professoren, um die Einzelstaaten zu vernichten, den Charakter desselben zerstört und eine Art Oberhaus daraus gemacht hatten, das der Demokratie widrig war), so würde diese Bestimmung nicht allzuviel Sturm erregen. Damit aber hielte man das Staatenhaus ziemlich rein von demokratischen Elementen, die sonst etwa durch die Ständekammern hineinkommen könnten; es könnte sich dort eine konservative Majorität bilden und das Staatenhaus dann das Volkshaus balanciren. Doch Sie werden das Alles tausendmal besser übersehen.

Wenn Sie Radowitz dort sehen, bitte ich ihn zu grüßen. Damit Sie seine Stellung zu der hiesigen Verfassung übersehen, bemerke ich Folgendes. Aus reiner Piepmeyerei, weil man auf ihn als einen Ultramontanen, Schwarzgelben u. s. w. furchtbar schimpfte, weil man die Preußen Schurken nannte, die nicht für den Erbkaiser stimmten, hat er gegen besseres Wissen und Gewissen für den Erbkaiser und die ganze Verfassungs-Sauerei gestimmt, hinterher (wie er das pflegt) eine Verwahrung einreichend facto contraria.[1]) Dann hat er sich und Andern weiß zu machen gesucht, daß er so gestimmt habe, weil das unter zwei Übeln das kleinste sei, weil nach der Oesterreichischen Verfassung nichts anders übrig gewesen u. s. w. Und weil er nun einmal Antheil an dem Dinge hat, so läßt seine Eitelkeit nicht zu, daß er es aufgiebt, und daraus entspringt dann sein (wiewohl schwaches) Gelüste, die Verfassung aufrecht zu erhalten. Am Abend vor seiner Abreise[2]) hatte ich mit ihm eine längere Unterredung, wo er mir zugeben

[1]) Die Erklärung von Radowitz und 14 Genossen vom 28. März geht dahin, daß sie die Rechtsbeständigkeit der beschlossenen Verfassung von der Zustimmung der Regierungen abhängig machen. Deutsche Chronik 1849, I. S. 119.

[2]) Dieselbe fand am 23. April Statt.

mußte, daß die Verfassung die allerschlimmste Revolution sei. Und doch, meinte er, müsse sie angenommen werden. Und wie weiter? fragte ich. Darauf antworte er, sagte er, mit dem Cardinal Retz: il y a des moments, ou la prudence même ordonne de nous fier au chapitre des accidens! Sie werden sich überzeugen, daß der Mann alles Andere eher ist als ein Jesuit. — Mich soll wundern, ob Sie Herrn Bassermann [1]) dort kennen lernen: des Mannes Talent ist ebenso weit wie sein politisches Gewissen. Dach was soll ich Ihre theure Zeit mit dergleichen Bagatellen Ihnen noch rauben.

Der Ihrige

Detmold.

Ich schicke den Brief unter Couvert an die dortige Gesandtschaft, die ihn hoffentlich prompt besorgen wird.

Nr. 111. Frankfurt, 17. Mai.

Damit Sie, liebster Freund, nicht auf den Gedanken kommen, ich sei wahnsinnig geworden, theile ich Ihnen Folgendes über die Situation mit. Gagerns Plan geht schon seit längerer Zeit dahin, den Reichsverweser zur Abdikation zu veranlassen; der soll dann die ihm am 12. Juli 48 übertragenen Befugnisse auf den König von Preußen als interimistisches Reichsoberhaupt übertragen; die Nat.-Versammlung hätte dies ratihabirt (denn die Erbkaiserpartei hat in dieser Frage noch die Majorität), und dann hätte die Versammlung sich selbst aufgelöst, oder wäre vom neuen Reichsoberhaupte aufgelöst worden. Um diese Resignation des Reichsoberhauptes zu veranlassen, suchte Gagern Conflikte herbeizuführen; als der Reichsverweser (treu dem von Oesterreich, Preußen pp. ausgesprochenen Wunsche, daß er bleiben möge) immerfort nachgab und alle Conflikte so vermieden wurden (Gagern erklärte in meiner Gegenwart im 30ger Ausschuß, der ihn dazu vorgeladen hatte: daß der Reichsverweser zwar einigemale gezögert habe, irgend etwas zu vollziehen, hinterher sich aber immer gefügt habe, und daß nie eigentliche Conflikte entstanden), als der Reichsverweser also in solcher Weise alle Conflikte vermied, kam Gagern plötzlich mit einem Programm [2]) an, wozu er der Versammlung gegenüber gar nicht die mindeste Veranlassung hatte, und forderte dessen Genehmigung; — die weigerte der Erzherzog natürlich und nun nahm das Ministerium seine Entlassung [3]), dem Reichsverweser täglich den Stuhl vor die Thüre setzend, mit der fort und fort wiederholten Erklärung, nur bis zum andern Morgen die Geschäfte

[1]) Er war als Reichskommissar zur Verhandlung über die Annahme der Reichsverfassung nach Berlin entsandt und dort am 30. April eingetroffen.

[2]) Deutsche Chronik 1849, I. S. 172. — [3]) Den 10. Mai.

fortführen zu wollen. Nun kamen die Anträge[1]) auf Absetzung des Reichsverwesers, Deputationen pp. Dieser erklärte, ein neues Ministerium bilden zu wollen. Aber wie? Die Erbkaiserpartei war ganz und gar in Gagerns Händen, aus dieser hätte es niemand unternommen; aus der Linken nahm der Reichsverweser keins; bei beiden stand auch immer das unerledigte Gagernsche Programm im Wege, Durchführung der Verfassung. Nun suchte der Reichsverweser auf einen Rath ein Ministerium außerhalb der Versammlung: Schöff Souchay, Schöff Harnier, Liebe, Banks, Kirchenpauer[2]) u. s. w. u. s. w. wurden beschickt und lehnten entschieden ab. Die Noth stieg immer höher; weil Gagern aber befürchtete, daß Schmerling oder Heckscher herangezogen würden, oder daß der Erzherzog doch noch auf Blittersdorff oder Hermann greifen würde, die sich täglich anboten, wurde ein neuer Coup versucht, der von Berlin aus geführt werden sollte, aber wahrscheinlich durch Bassermann von hieraus mit montirt worden ist, jedenfalls aber, wenn er auch Berliner Erfindung war, von hieraus bestens in obigem Sinne benutzt werden sollte. Das Berliner Ministerium beschloß Abberufung der Preußischen Deputirten (wie auch der der 4 andern Königreiche), zugleich sollte der Reichsverweser aufgefordert werden, die Nat.-Vers. *aufzulösen*. Letztere Anweisung sollte durch den Oberst Fischer hierher gebracht werden. Daß dieser uns mit diesem Auftrage kommen würde, war seit mehreren Tagen, sicher seit dem 13. oder 14., hieher telegraphirt worden. Der Erzherzog würde, wie Gagern rechnete, sich dessen weigern, und rath- und hülflos endlich resigniren, natürlich unter Übertragung der Gewalt an den König von Preußen, wofür nöthigenfalls auch die Abgeordneten der 28 unterwürfigen Regierungen gesorgt haben würden. Am 14.[3]) beschloß man in Berlin die Abberufung der Preußischen Deputirten, die der Staatsanzeiger, in der Nacht vom 14./15. gedruckt, am 15. Morgens ni fallor brachte, die am 16. ganz früh schon hier war. Am 16. Morgens traf dann auch Fischer ein. Am 15. nun hielt Gagern eine Rede in der Nat.-Vers., die uns Allen damals wie eine Ausgeburt des Wahnsinns vorkam; er sagte: die Anerkennung der Verfassung von Seiten Preußens sei dicht vor der Thür. Das sagte er am 15. Abends in der Paulskirche, während er schon am 13. oder 14. die telegraphische Nachricht erhalten hatte, Fischer werde die erwähnten Aufträge bringen, und während Bassermann noch in Berlin sitzt und sogar

---

[1]) Von Schlöffel und Genossen in der Sitzung vom 10. Mai. Vgl. über die Vorgänge in dieser Sitzung und den folgenden Tagen: Deutsche Chronik 1849, I. S. 183 ff. und Jürgens, III. S. 471 ff. — [2]) Senator, Bevollmächtigter Hamburgs.

[3]) Erlaß an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt. Roth u. Merck, II. S. 523. Die Rückberufung der sächsischen Abgeordneten erfolgte unter dem 19., die der hannoverschen unter dem 23. Mai.

über Sachen, die nicht Reichssachen sind, mit Mathy u. a. durch den Telegraphen correspondirt, also auch gewiß schon die Abberufung der Preußischen Deputirten gemeldet hatte. Daneben erklärte Gagern am 15. Abends in der Paulskirche in sehr gesuchter Veranlassung und in sehr accentuirter Weise: daß der Reichsverweser wiederholt erklärt habe, lieber sterben zu wollen, als irgend etwas gegen die Nat.-Vers. zu unternehmen. Dadurch sollte der Reichsverweser gegen die Wand gestellt und verhindert werden, irgendwie auf die Auflösungs-Anweisung einzugehen. Fischer kam dann am 16. Morgens, zugleich der Staats-Anzeiger mit der Abberufung. Der Reichsverweser (Abends vorher hatten wir auf sein flehentliches Bitten, auf seine Thränen, endlich die Annahme des Ministeriums zugesagt) erklärte dann, nicht auflösen zu wollen und ließ Gagern das Schreiben zustellen, daß Grävell die Bildung des neuen Ministeriums zufalle.[1]) Dieser empfing dieselbe wie ein Wahnsinniger, zitternd und todtenbleich, fast geistesabwesend. Inzwischen und vorher waren aber die Preußischen Deputirten zusammengetreten und hatten — in der Gewißheit, daß sie noch an demselben oder wenigstens am folgenden Tage nach Übertragung der Reichsgewalt an den König von Preußen durch Abdikation des Erzherzogs zu Hause gehen könnten — vorläufig gegen ihre Regierung Front zu machen beschlossen. Das werden Sie durch die Zeitungen kennen. Das Zustandekommen des neuen Ministeriums verdarb nun den ganzen Plan, und daher die furchtbare Wuth, mehr der Gagernschen Partei als der Linken, gegen das neue Ministerium. Was die Personen betrifft, so ist dasselbe nun freilich sehr kläglich bestellt. Der alte Grävell ist ein respektabler und tüchtiger Kerl, aber eine komische Person, dabei aber entschieden, energisch und entschlossen zu Allem; Merck eine Null, aber zu halten; Jochmus ein Aventurier aber entschlossen; das Schlimmste ist der Kriegsminister: Peucker wollte durchaus nicht bleiben, theils weil er sich gegen Gagern gebunden, theils weil er im Geheimniß sein mag; Wittgenstein von Darmstadt, der zu haben ist, hat

[1]) Ueber die Vorgänge bei Bildung des Ministeriums vom 16. Mai vgl. auch Jürgens, III. S. 522 ff. u. S. 709 ff. Dasselbe war wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzender: Geh. Justizrath Dr. Grävell aus Frankfurt a. O., zugleich Minister des Innern. Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Gen.-Lieut. Jochmus. Kriegsminister: Fürst August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg (vom 3. Juni an auch Vorsitzender). Finanzminister: Ernst Merck aus Hamburg. Justizminister, zugleich Handelsminister und vom 3. Juni ab Minister des Innern: Detmold. Das Programm dieses Ministeriums (Nichtbetheiligung an der Errichtung des Verfassungswerkes gemäß dem Gesetz vom 28. Juni 1848 — Vermittlung der Anerkennung der Verfassung bei den Regierungen, unter Niederhaltung aller ungesetzlichen Bewegungen zu Gunsten der Verfassung — Zurückweisung jeder Einmischung in die der Centralgewalt allein zustehende Regierungsgewalt) siehe Hann. Zeitung vom 18. Mai; auch v. Haffell, II. 1. S. 55.

einen bösen Namen; indessen wird man doch auf ihn oder auf Schäfer von Bernstein greifen müssen. Das Programm des Ministeriums ist das Gesetz vom 28. Juni, auf dessen Boden es sich wie in eine Festung zurückziehen wird; darum braucht es auch keine Majorität, wie ja Gagern durch die Analogie eines einheitlichen konstitutionellen Ministerii die ganze Stellung der Centralgewalt gegenüber der Nat.-Vers. verfälscht hat. Der Plan ist, die Sache hier so lange zu halten, bis Sie dort in Berlin fertig sind; einen festen Punkt für den Süden zu halten, der als Demarkationslinie gegen Baden pp. dienen soll. Wäre der Erzherzog gegangen, so wäre hier Alles zusammengebrochen; halten wir's nur 6—8 Tage, so wird es möglich sein, soviel Truppen heranzuziehen, daß der feste Punkt und die Demarkationslinie gewonnen ist. Giebts hier einen Putsch, was möglich, oder ziehen die Badischen Meuterer auf hier, so wird die Stadt und Umgegend in Belagerungszustand erklärt und dieser eisern gehandhabt. Ich habe mich unter tausend Ängsten in die ganz verlorene Sache embarquirt, aber es ging dem Erzherzog und der ganzen Situation gegenüber durchaus nicht anders an, und obgleich ich nun entschlossen bin, da ich A gesagt, das ganze Alphabet nöthigenfalls durchzumachen, so zähle ich doch die Stunden und Tage und werde Gott danken, wenn die Nacht kommt, wenn auch der andere Morgen noch keine Erlösung bringt — etwan wie einer, der Spießruthen läuft, sich freut, daß er die Reihe einmal durch hat.

Von Berlin aus hat man dem Erzherzog selbst von der Seite, wo man's ganz ehrlich meint, die größten Schwierigkeiten bereitet. Vermuthlich hat man (vielleicht Radowitz) so räsonnirt: die Versammlung faßt tolle Beschlüsse, folglich hat die Linke die Majorität, und da Gagern abgegangen, muß das neue Ministerium aus der Majorität gebildet werden.

Können Sie, theuerster Freund, dort nun irgendwie dazu thun, uns hier zu erlösen oder zu erleichtern, so beschwöre ich Sie darum; die Stunden und Minuten lasten wie Blei auf mir. Den Inhalt dieses Briefes können Sie beliebig mittheilen, auch Herrn von Radowitz, wenn Sie Gelegenheit dazu haben, wo ich dann auch herzlich zu grüßen bitte.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 112. Berlin, 21. Mai.

Ich weiß nicht, lieber Freund, auf welchen Ihrer Briefe ich zuletzt geantwortet. Den Empfang derer vom 8., 17. kann ich aber anzeigen, da

ich sie hier habe und Herr v. Bally[1]) mir eine schöne Gelegenheit zum Schreiben bietet. Der letzte Ihrer Briefe, den ich am 19. spät empfing, hat mir große Sorgen gemacht, Sorgen, die nicht geringer werden durch die verworrenen aufgeregten Mittheilungen v. Bally's. Ich fürchte, Sie operiren dort von einem Standpunkte aus, der hier nicht anerkannt wird, und der überhaupt als ein verlorener Posten zu betrachten ist. Doch ehe ich dazu übergehe, lassen Sie mich noch die Bemerkung vorherschicken, daß ich nun 14 Tage mit Radowitz verhandle, daß ich in vielem Ihr Urtheil über ihn nur zu sehr bestätigt finde, daß ich ihn für einen nothwendig unglücklichen Negociateur halte, weil er nur im Stande ist, seine eigenen Ideen zu begreifen und diese mit Anmaaßung durchführt, daß ich sehr zweifelhaft bin über seine unbedingte Ehrlichkeit. Er macht uns gegenüber viel zu sehr den Alarmisten, giebt sich zu viel Mühe, die Sachen etwas im Dunkel zu halten, als daß ich ihm trauen könnte. Unser König hält ihn für den größten Spitzbuben und hat mich mündlich gewarnt, ihm nie anders als schriftlich zu trauen, und schreibt heute, ich solle dem König von Preußen geradezu erklären, ich wolle nicht mit ihm unterhandeln. R. aber scheint sich allerdings mit seinen schaalen Projecten hinter meinem ehrlichen Namen verstecken zu wollen. Im übrigen ist hier die traurigste Schwäche zu Hause. Ich begreife jetzt völlig das Geschrei gegen dieses sehr schwache Ministerium, table es aber, weil ich nirgend sehe oder höre, daß jemand ein besseres wüßte. Dieses Volk hier hat keine politischen Gedanken; kommts aber zum Schlagen, so werden sie ihre Fäuste sehr gut und tüchtig gebrauchen; das ist der Grundcharacter.

Nun lassen Sie mich zur Situation zurückkehren. Wir sind hierher gekommen mit ehrlichstem Willen und einem festen Plan, Östreich in Deutschland zu halten; den albernen Plan der Östreichisch-Deutschen Union[2]) haben wir aufs äußerste bekämpft; aber Östreich selbst macht allen Erfolg unmöglich. Herr v. Prokesch, ein schwatzender Strohkopf, predigt über Revolution, über Unmöglichkeit einer gemeinschaftlichen Gesetzgebung pp., giebt deutlich zu vernehmen, daß man in Wien gar nichts will als den alten Schmutz, zieht sich von den Conferenzen zurück, wo er selbst im ganz schlechten Östreichischen Sinne sehr viel hätte gewinnen und ausrichten können, und giebt dadurch R. nur um so mehr Stoff zu seiner ewigen

[1]) von Bally, Geh. Rath, Abgeordneter von Beuthen, war vom Reichsverweser mit Depeschen nach Berlin gesendet. Ueber seine Mitwirkung bei Bildung des neuen Ministeriums vgl. Jürgens a. a. O.

[2]) Siehe die preußische Denkschrift, die Union des deutschen Bundesstaates mit Oesterreich betreffend, vom 9 Mai, die Instruktion des mit Ueberbringung derselben nach Wien beauftragten Herrn von Canitz vom 10. Mai und die österreichische Erwiderung vom 16. Mai bei Roth u. Merck, II. S. 570 ff. — Vgl. v. Sybel, I. S. 329.

Predigt: Östreich kann nicht zu Deutschland treten nach der Verfassung von Kremsier; es will es auch gar nicht. — Leider ist das unwidersprechlich wahr. In Wien will man von allen deutschen Bedürfnissen gar nichts gewähren, will nur die Revolution bekämpfen, nur den specifisch-katholischen Staat aufrecht erhalten. Die Fluth der Reaction geht dort — im Bunde mit Rußland nach unseren eigenen Nachrichten so hoch, daß man wohl auch die Existenz von Preußen im Fall des Siegs aufopfern möchte, und dazu mitzuwirken haben wir keinen Beruf. Wir müssen gemeinschaftlich dem entgegenwirken, zumal das Preußische Project in Bezug auf die deutschen Staaten, wenn auch auf die Dauer nicht ausreichend (ein Fürstenrath hat die Legislation, Preußen unter 6 Stimmen nur im Fall der Parität den Ausschlag, die Executive ein von Preußen ernanntes Ministerium) doch sehr loyal gedacht ist. Unser Plan war nun freilich, unser Project noch an die Frankfurter Versammlung gelangen zu lassen, und daß das nicht mehr geschehen kann, ist eine große Schwierigkeit; denn wie es möglich seyn soll, den Reichstag anders als rein via facti wieder zu berufen, das ist schwer abzusehen. Aber Preußen hat einmal ohne uns — in meiner Abwesenheit, ich war am 13. u. 14. in Hannover — den Schritt der Abberufung gethan und consequent muß es nun die Aufhebung des Reichstags betreiben. Wenn wirklich Gagerns Idee — was ich sehr bezweifle — dahin gegangen wäre, das zu bewirken, so würde er rebus sic stantibus sich ein Verdienst erworben haben. Denn nachdem der Reichstag möglicher Weise nicht mehr dazu dienen kann, die Bahn zur Legalität zurückzuführen, so ist er nur der Deckmantel der Wühler. — Etwas anders steht allerdings die Frage wegen Erhaltung des Reichsverwesers. Dieser, das verkenne ich nicht, kann vermöge der ihm am 12. Juli übertragenen Rechte des Bundestages irgend eine Brücke bilden; allein dazu ist erforderlich: 1) Entfernung des Reichstags; denn wenn dieser mit seinem ganzen linken Wesen bleibt, so kann der RV. sich nicht halten und Ihr Ministerium kann es auch nicht; — 2) ein fester Entschluß, für Deutschland handeln zu wollen, und Garantie, daß nicht etwa in Östreich, in Gastein, oder wo sonst, eine Umstimmung erfolge. — Der Erzherzog könnte auf diesem Wege sich auch um Östreich das entschiedenste Verdienst erwerben. Er könnte ihm den Zutritt zum Reichstage, der, von Preußen via facti berufen, ihm ganz verschlossen bleibt, offenhalten und sichern. Darin wird die große Schwierigkeit, dem Herrn von Radowitz gegenüber, liegen, ihn zu halten, was nur durch Preußische Truppen geschehen kann. Allein ich will gern dafür arbeiten. Nur wird es schlechterdings nöthig seyn, daß er Garantieen in dieser Hinsicht gebe. Kann das nicht geschehen, so bleibt gar nichts übrig, als der reine Kampf, wozu hier viel Stimmung ist; und für diesen Kampf haben wir nichts zu

thun, als Preußen vorher zu binden, daß es nachher nicht ganz preußisch für den Fall des Siegs auftrete.

Es haben sich die Sachen in Bezug auf den Kampf sehr gebessert; nachdem in Westphalen die Ruhe hergestellt, kann das dortige Corps von 12—15/m über den Rhein gehen und mit den aus den Festungen disponibel zu machenden 10—12/m am Rhein operiren, während allmälig von Osten Nachschub erfolgt, der auf 60/m heransteigen kann. Schlesien ist ruhig, Sachsen durch den Dresdener Schlag sehr betäubt, der ganze Norden beruhigt sich; die Addressen sind Thorheit. Dann wird's in der Pfalz und Baden dem Kampfe mit Republikanern und Franzosen(?) gelten. — Jetzt ist die Frage: Soll der Wühlerei die Stütze in der Versammlung bleiben oder nicht? — So lange diese noch vorhanden, wird hier Mißtrauen gegen den Erzherzog herrschen. Man wird es sich möglich denken, daß er von Östreich inspirirt, sich selbst zum Führer der Wühler machen könnte, und deßhalb wird man ihn weg haben wollen.

Ich kann dem hiesigen Getreibe in diesen Dingen nicht völlig auf den Grund sehen, möchte aber glauben, daß Sie Bassermann und Gagern zuviel Intriguen zutrauen. Der erstere correspondirt von hier viel per Telegraph mit seiner Frau über deren Rückzug u. dgl. Er scheint sich sehr zu fürchten, bittet, wenn die Regierungen einmal ändern wollten, es doch ja auch gleich so zu machen, daß es helfen könne. Ich habe ihn einmal gesprochen; da war er sehr gedrückt, freilich aber auch noch voll ganz thörichter Ansichten. — Herr v. Bally scheint mir ebenfalls viel zu befangen, um hier die Dinge richtig anzugreifen und zu begreifen. Es ist einmal zwischen hier und Frankfurt ein so entschiedener Abschnitt der Stimmung, daß man sich vorkommt, wie in anderer Welt. Vor allem müßte die dänische Sache zu Ende, wozu aber Dännemark bei den Unruhen in Deutschland, dem Auslaufen der Russischen Flotte wohl wenig Eile hat. Hier wird der Unterhändler schon seit 8 Tagen umsonst erwartet. Da in Jütland aller Widerstand verschwunden ist, und viele Schiffe sich vor Kiel pp. zeigen, so sollten mich Landungen im Rücken gar nicht wundern, um uns aufs Neue zu beweisen, daß der Krieg thöricht ist. — Die Holsteiner haben einen sehr vernünftigen Vorschlag gemacht, daß man Unterhandlung zwischen ihnen und den Dänen direct einleiten möge; aber das wird Rußland nicht leiden, das sie wie Insurgenten behandelt und deßhalb nicht zur Unterhandlung kommen lassen will. Daß Gagern das Palmerstonsche Protocoll als Basis der Unterhandlung zugelassen — ein unverzeihlicher Fehler, dessen späteres Verschweigen ihn auch wenig ehrt — macht fast jede Möglichkeit eines gedeihlichen Ausgangs für Deutschland zur Chimäre. — Wangenheim hat hier mehrfach proponirt: man solle die Holsteinischen Ansprüche als

Rechtsfrage behandeln, und als solche zu irgend einer Austrägal-Entscheidung fördern. — Zieht sich darüber die Sache auch nur hin, so ist das schon Gewinn, nachdem sie durch Gagern verdorben ist; interim aliquid fit! — Könnten wir uns unterdeß constituiren und einen Bund mit Dännemark schließen, das wäre allen das Beste. Thun Sie aber ja das Mögliche, um die Erledigung dieser Sache zu fördern! Freilich das elende Gesetz vom 28./6. 48!!

Gott schütze Sie in der schweren Lage, in die Sie eingetreten sind. Möchte Ihnen für dieses Opfer das Bewußtsein werden, etwas zum Guten gewirkt zu haben.

Ihr

JCBS.

Nr. 113. Frankfurt, 23. Mai.

Ich sage Ihnen, th. Freund, den herzlichsten Dank für Ihren durch Bally empfangenen Brief, der mir einen trüben Einblick in die dortigen Zustände eröffnete, die ich mir verwirrt, aber doch nicht ganz so trostlos gedacht hatte, zumal mir der Verfassungs-Entwurf im Wesentlichen wohl zugesagt hatte, freilich mit Ausnahme der Radowitzschen Unions-Akte. Also noch immer der Hader zwischen Wien und Berlin — so soll uns denn keine Thorheit und kein Jammer erspart, keine Erfahrung benutzt werden! — Über die Situation bemerke ich noch Folgendes. Dort in Berlin ist man, wie von jeher, über die hiesigen Zustände so schlecht als möglich unterrichtet gewesen; die Abberufung war der größte Fehler, der begangen werden konnte, ich habe mich darüber, wie überhaupt über die Lage, gegen Fischer ausgesprochen; ohne diese Abberufung würde die Nat.-Vers. wahrscheinlich jetzt schon nicht einmal mehr agonisiren; schon am Dienstag war sie nur 139 stark, nicht mehr beschlußfähig; wenn sie in den nächsten Tagen wieder beschlußfähig wird, so ist daran lediglich das brutale Auftreten Preußens gegen die Centralgewalt stark [schuld?], von welchem die Wühler neuen Succeß hoffen. Diesem ganzen Auftreten Preußens gegen den Reichsverweser liegt wieder ein Calcul von Radowitz zu Grunde, der ganz richtig sein würde, wenn er nicht falsch wäre. Gagern ist abgetreten, räsonnirt er, Gagern, der schon die Mittel der Centralgewalt zur Wühlerei mißbrauchte; die Linke hat die Majorität, folglich wird das Ministerium, das auf Gagern folgt, aus der Linken genommen werden und noch toller wirthschaften, als Gagern. Das muß verhütet werden und darum muß die Centralgewalt fallen. Mit diesem Räsonnement war man in einem falschen Wege, und aus einem solchen kommt Radowitz und überhaupt die Berliner Weisheit nicht so leicht wieder

heraus. Daher procedirt man mit unerhörter Brutalität gegen den Reichsverweser — und will den forthaben. Daß der längst disgustirt, sollte man doch wissen — und doch auch an den Wettstreit zwischen der Sonne und dem Winde denken, wo der letztere dem Wanderer den Mantel mit allem Wüthen nicht zu entreißen vermochte. Wenn Preußen, das mit jedem Tage im Süden unpopulärer wird, die Centralgewalt irgend menagirte, so könnte es dieselbe — mit Ausnahme der Auflösung der Nat.-Vers. — zu allen ihm nützlichen Dingen gebrauchen, weil dem Reichsverweser sehr wohl bewußt, daß die Centralgewalt nur durch die Gnade Preußens existirt. Stellt man sich aber feindselig und so brutal, wie man gethan, gegen den Reichsverweser [1]), so wird derselbe zwar gehen, aber ich glaube, es kann Preußen nicht gleichgültig sein, ob derselbe in gereizter Stimmung zurücktritt oder in geneigter. Und wie nun, wenn er es auf das letzte, auf die halbe oder ganze Gewalt ankommen ließe? Ich will aber nur Eins zu bedenken geben, und das ist der Grund, warum wir auf diesen verlorenen Posten hingetreten sind. Daß der Erzherzog seine Gewalt, wie von Berlin aus gefordert wurde, in die Hände des Königs von Preußen niederlege — daran ist nun und nimmermehr zu denken; er wird sie in die Hände der Bevollmächtigten zurückgeben. Hier aber würden, so lange man in Berlin nicht über diese Frage wenigstens mit den andern Höfen vollständig einig, sofort sich drei Gruppen, drei wenigstens, bilden: einmal Oesterreich, wahrscheinlich mit Bayern, sodann Preußen mit Sachsen und Hannover, endlich drittens die 28 der Reichsverfassung anhängenden Regierungen. Das gäbe dann ein Gezerr um den abgelegten Mantel, ein Gezerr, das nur den Republikanern zu Gute gekommen wäre. Darum, um das zu verhüten, und hauptsächlich um Frankfurt zu halten, das bei des Erzherzogs Fortgang verloren gewesen wäre, nahmen wir das Ministerium an, weil nur dann der Erzherzog blieb. Nun möge man sich in Berlin über diese Frage so einigen, daß, wenn der Erzherzog in die Hände der Bevollmächtigten niederlegt, unter diesen Einigkeit sei. Ohne diese Einigkeit würde bei einer Abdikation des Erzherzogs der Bürgerkrieg in vergrößerter Dimension entbrennen. Besonders, wenn bei des Erzherzogs Fortgehen Frankfurt in die Hände der Rothen gefallen wäre. Die hätten hier sofort eine Contribution von 20 Millionen erhoben und damit Mittel gehabt, den Aufstand, der sofort sich über Kur-

[1]) Auf die bezüglichen Ansinnen der preußischen Regierung erwiderte H. v. Gravell unter dem 24. Mai, daß der Reichsverweser, wie bekannt, längst entschlossen sei, sein Amt niederzulegen, hinsichtlich des Zeitpunkts aber lediglich das Interesse Deutschlands konsultire und keiner Macht der Erde das Recht zugestehe, ihn von dem ihm anvertrauten Posten zu verdrängen. Roth u. Merck, II. S. 538.

heſſen gewälzt hätte, bis in den Norden zu treiben. Jetzt wird die Sache zu halten ſein, da Peucker zum Höchſt-Commandirenden ernannt iſt und Truppen heranzieht. Aber vor 8 bis 10 Tagen ſtand die Sache gefährlich anders. Die Nat.-Verſ. iſt, wie geſagt, gar nicht mehr zu fürchten, ſie iſt todt und wird nur durch die Berliner Gewaltſtreiche galvaniſirt. Die brutale Note wegen des däniſchen Kriegs [1]) iſt wieder ein ſolcher. Uns iſt dieſelbe ganz recht, ſie nimmt uns alle Verantwortung ab. Auf den erſten desfallſigen Wunſch würde die Centralgewalt Preußen unbeſchränkteſte Vollmacht in dieſer Sache gegeben haben, ja, unter den 5 Miniſtern waren 2 Stimmen dafür, auch jetzt noch hierüber Vollmacht zu geben, um Preußen Dänemark gegenüber zu legitimiren. So aber haben wir uns ſo geſtellt, daß wir ganz frei in der Sache daſtehen. Gott gebe nur bald Frieden, meinethalben um jeden Preis; da wir in dem Kriege weder das Recht noch die Macht für uns haben, kann der Frieden kaum ehrenvoll ſein, und das Ende des Kriegs mag dann dunkel und trübe ſein, wie ſein Anfang. Das Schlimmſte an dieſer Preußiſchen brutalen Note iſt die Wirkung auf die Nation und die Nat.-Verſammlung; wahrſcheinlich wird es, wenn die N.-V. morgen beſchlußfähig, Interpellationen dieſerhalb geben. Alles das wäre ſo leicht zu vermeiden geweſen ohne dieſe Berliner Überweisheit. — Wenn Sie Fiſcher ſehen, laſſen Sie ſich von ihm von hieſigen Dingen erzählen; ich denke, er hat eine richtige Anſchauung davon gewonnen; Herr v. Kamptz [2]) hat ſie aber, glaube ich, nicht.

Ich bitte, Radowitz und Wangenheim zu grüßen und beſtelle zugleich Grüße von Bothmer.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 114. Hannover, 10. Juni.

Seit vorgeſtern bin ich wieder hier, lieber Freund, habe geſtern vom König die Ratifikation unſers Vertrags [3]) — trotzdem, daß von öſter-

---

[1]) Vom 18. Mai. Roth u. Merck, II. S. 535. Preußen erklärt, die Kriegführung und Unterhandlung ſelbſtändig in die Hand nehmen zu wollen, da es die Centralgewalt nicht mehr als legitimirt erkenne.

[2]) Preußiſcher Geſandter in Hamburg, Vertreter Camphauſens als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt.

[3]) Wegen des Bündniſſes vom 26. Mai iſt zu verweiſen auf die vollſtändige Mittheilung der Aktenſtücke in den Anlagen zu dem Schreiben des Geſammtminiſteriums an die Stände vom 10. Dezember 1849, die deutſche Angelegenheit betreffend (Ständiſche Aktenſtücke 1849—1850, I. S. 573), insbeſondere auf das in Anlage VIII daſelbſt mitgetheilte Promemoria Stüves über den Gang der berliner Verhandlungen. Auch die vollſtändigen Protokolle des Verwaltungsraths finden ſich dort abgedruckt.

reichiſcher Seite ein ungeheurer Aufwand von Aufhetzerei gemacht war — erhalten, und am 16. wird nun wohl der Verwaltungsrath in Berlin zuſammentreten. Da ich aber in dem berliner Trubel ſo wenig zum Schreiben gekommen bin, ſo hohle ich jetzt mein Verſäumtes nach, um Ihnen meine Anſicht der Dinge, namentlich der Stellung von Preußen, der Centralgewalt Öſtreich und Preußen gegenüber, darzulegen.

Zuerſt muß man hier zur Grundlage nehmen, daß Preußen — wie Hr. v. Meyendorff[1]) ſehr richtig bemerkt — durch und durch unfähig iſt, einen milden, freundlichen Gang in irgend einer Unterhandlung zu befolgen. Die Leute ſind einmal wie die Studenten, die aus jedem Blick ein Duell machen zu müſſen glauben. Das ſteckt ihnen allen unter der Haut und damit verderben ſie Alles. Meiſter in dieſer ſublimen Politik iſt aber Hr. v. Radowitz. Wir haben dieſem gegenüber uns heiſer und müde gepredigt, man möge doch keinen unnützen Streit machen, aber nichts davon geerntet als hohe Reden. Dagegen giebt er nach, wenn man ihm recht derb auf die Krähenaugen tritt, und das iſt denn auch genügend geſchehen. Es wird Ihnen hiernach natürlich erſcheinen, daß mich nichts weniger wundert, als die Erfahrung, daß in Hrn. v. R. Händen bisher alle Unterhandlungen mißglückt ſind; wohl aber werden Sie ſich wundern, wie man einen ſolchen Mann gebrauchen kann, wie man die Idee haben konnte, ihn ſogar zum Miniſter des Auswärtigen zu machen, was er abgelehnt hat, weil er weiß, daß ſeine Stellung unhaltbar ſeyn werde. Nämlich Hr. v. R. iſt der ganzen altpreußiſchen Parthei durch und durch verhaßt. Man hält ihn für falſch und rachſüchtig. Man verwirft ſeine Politik vielleicht mehr um ſeiner Perſon als um ihrer ſelbſt willen. R.'s einzige Stütze iſt ſein Einfluß auf den König. Dieſer iſt groß und dem Könige wahrhaft gefährlich, da R. durch ſeine mathematiſche Conſequenz auf falſche Vorderſätze gebaut, des K.s richtige aber nie feſt geſtaltete Ideen dominirt. — Nun ſucht R. ſich andere Stützen und findet die theils darin, daß er Preußen einen äußern Glanz ſchaffen möchte, Pacification Deutſchlands, Waffenherrſchaft zum Beſten Deutſchlands (NB. auch eine Lieblingsidee des K.). Damit meint er den Preußen zu gefallen. Außerdem kokettirt er mit der Parthei Gagern-Baſſermann, wie er ſie ſelbſt nennt. Dagegen läßt er die Rheinländer, Baiern, Öſtreich gänzlich aus der Acht, verſäumt die billigſten Rückſichten auf die Katholiken, weshalb ſein Amanuenſis Blömer[2]), übrigens ein verſtändiger und angenehmer Menſch, ſich wieder-

[1]) Ruſſiſcher Geſandter in Berlin.

[2]) Landgerichtsrath, Protokollführer bei den Konferenzen, vorher Mitglied der Nationalverſammlung in Frankfurt.

hohlt an uns gewandt hat, um hier zu helfen, was wir nach Kräften gethan. — Ich glaube, R. visirt auf den Reichsminister. — Ohne Zweck ist er nicht.

Ich habe so viel von diesem Manne sagen müssen, da auf ihm die Preußische Politik in dieser Sache ruht; denn er beherrscht diese ganz. Brandenburg, durchaus ein Biedermann, traut sich zu wenig, läßt ihn schalten und läßt sich durch ihn von diesen deutschen Dingen gänzlich isoliren; wir haben ihn dringend gewarnt. Aber was soll ich nun von dem zweiten Factor in diesem Exempel, von Östreich sagen! Prokesch ist ein wahrer fat, hält ellenlange Predigten im Kanzeltone über Revolution und Mediatisirung, versteht von der Sache gar nichts, und verläßt die Conferenzen im Moment, wo seine bloße Gegenwart, ohne ein Wort zu sagen, Östreich schützen könnte. Nur soviel ist mir aus ihm und durch ihn klar geworden, daß Östreich keinen andern Plan hat, als alle alte Sünden zu erneuern. Man meint, mit Russischer Hülfe den Bund von 1815 herstellen zu können. Die Verfassung von Kremsier ist ihnen ein leeres Wort, das sie hin und her werfen, wie es ihnen gefällt. Ist doch schon den Ungarn das Studiren zu Göttingen wieder verboten. Nun sollen wir nichts thun, bis es ihnen gefällt, die Sache à sa guise wieder zurecht zu machen. — Darum habe ich gleich das Bundesschiedsgericht ins Leben gerufen, damit wenigstens etwas dasteht, das eine Garantie giebt. — Diese Lage der Dinge ist allen klar, und so ists denn die größte Dummheit auf Preuß. Seite, durch Brutalitäten gegen die Centralgewalt oder gegen Östreich selbst die Schuld eines etwaigen Bruches auf sich zu ziehen, während selbst Blömer, von der Schlechtigkeit der Oesterreichischen Politik überzeugt, nur strebte, es dahin zu bringen, daß dasselbe mit seinen Absichten, das gute zu hindern, rein ans Licht trete und nicht, in bloßer Negative sich haltend, Preußen solche zur Last legen könne.

Der Kampfplatz für die Sache ist nun die Centralgewalt. Unser Bündniß läßt diese ganz unberührt. Rein an den Bund sich haltend, tritt es keiner Form der Bundesregierung in den Weg, giebt dieser ein Mittel, bei geschickter Benutzung sich zu stärken, kann aber solche, wenn sie schwach wäre, auch durch das Requisitionsrecht der Staaten auf Hülfe überflüssig nnd unschädlich machen. — Das mußten wir zu einer Zeit, wo die Stellung noch eine sehr precäre war. Östreich (und Baiern, das eine gar traurige Rolle spielt) sucht nun das Bündniß mit der Centralgewalt zu confundiren, und Radowitz — — geht darauf beständig ein. Sein Hochmuth, sein Plan, den Preußen Glanz zu schaffen, stacheln ihn immerfort, die Centralgewalt ganz beseitigen zu wollen; bei jeder Gelegenheit kommt er darauf zurück; wir haben dann immer wieder die Thorheit dieser Schritte demonstrirt; allein diese Plumpheiten stecken allen Preußen so sehr

im Blute, daß wohl oder übel die Sachen in den Zug hineingerathen, nicht aus böser Absicht, aber secundum naturam sui generis!

Was soll nun aber die Centralgewalt thun zwischen Östreichischer mauvaise volonté und Preußischer Unbehülflichkeit? — Ich kann mir natürlich nicht anmaßen wollen, Ihnen Rath geben zu wollen; aber mir scheint die Sache so zu stehen: 1. Sie dürfen sich nicht zum Werkzeug Östreichischer Reaction machen lassen, was man in Wien offenbar beabsichtigt, ebenso wenig als Sie einer bloßen Brutalität von Berlin zu weichen geneigt sein können. — 2. So lange ein Theil von Deutschland sich weder der Revolution hingegeben, noch dem Preuß.-Sächs.-Hannoverschen Bündniß sich angeschlossen hat, können Sie einen Mittelpunkt bilden, der von großem Nutzen sein kann. — 3. Sollte aber die Stellung sich so ändern, daß nur etwa Baiern und einige wenige andere Staaten übrig blieben, so wird es schwer seyn, sich zu halten. Es würde dann wahrscheinlich alles sich in 3 Theile zerlegen: a) Preußischer Bund, b) Östreichischer Bund, c) Revolutionärer Bund. Wie zwischen diesen Massen die Centralgewalt eine Stellung behaupten könne, sehe ich ebenso wenig, als wie sie im Stande seyn sollte, sich Einer derselben rein anzuschließen. Dann wäre m. v. der Moment da, einen letzten Einigungsversuch zu machen, und wenn der fehlschlüge, mit Ehren aus der Sache zu scheiden. Bis dahin aber glaube ich, daß die Centralgewalt nur die Politik haben könne, alle Bemühungen zur Herstellung der Ordnung zu fördern.

Unser Verfassungsplan (der Hannoversche mit erläuternder Denkschrift) [1] ist gedruckt; ich hoffe, ihn baldigst mittheilen zu können. Ob er noch einen Werth hat, stelle ich dahin. Ich werde noch eine Denkschrift bearbeiten, über den ganzen Zusammenhang unserer Thätigkeit, den Plan derselben, die Bedeutung unseres Bündnisses; das wird, hoffe ich, die gänzliche Mißdeutung desselben beseitigen. [2])

Somit leben Sie wohl und lassen Sie mich etwas von dort hören. Hrn. Bürgermeister Smidt bitte ich mich gelegentlich zu empfehlen.

Ihr
JCBS.

---

[1]) Der von Stüve zu den berliner Verhandlungen mitgebrachte Entwurf wurde, da dessen Grundgedanken der preußischen Auffassung gegenüber nur unvollkommen hatten zur Geltung gebracht werden können, nach Abschluß der Verhandlungen in einer von Stüve bearbeiteten Denkschrift vom 1. Juni von den hannoverschen Vertretern den preußischen mit dem Vorbehalt überreicht, bei schließlicher Feststellung der Verfassung Deutschlands darauf zurück zu kommen. Vgl. Anlage XVI des Schreibens vom 10. Dec. 1849.

[2]) Aus dieser Denkschrift erwuchs die Broschüre Stüves: Das Bündniß der drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai 1849. Ein Wort zur Beherzigung und Verständigung von A. E. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1849. Vgl. JCB Stüve, II. S. 107.

Nr. 115. Frankfurt, 10. Juni.

Ich weiß nicht, ob dieſe Zeilen Sie, liebſter Freund, noch in Berlin treffen; ich hab's aber drauf wagen wollen, um Ihnen folgende Notiz zukommen zu laſſen. — Wie Sie wiſſen werden, tritt die ganze Erbkaiſerliche Parthei, Gagern, Baſſermann, Dahlmann u. ſ. w. am 26. Juni in Gotha zuſammen, um ihr Verhalten gegenüber der Berliner Verfaſſung zu berathen. Es iſt dies nur eine Form für die Schwenkung, welche dieſe Parthei von der Frankfurter Verfaſſung, die ſie mit Gut und Blut aufrecht zu halten gelobt hatte, ab und auf die Berliner Verfaſſung hin machen will. Inſofern könnte man ſich nur darüber freuen, denn das Beiſpiel dieſer edeln Piepmeyer wird manche Ständekammer, manchen Volksverein weniger bedenklich gegen die Berliner Verfaſſung machen. Und inſofern freue ich mich auch darüber, denn, ſo wenig möglich und ausführbar ich die Berliner Verfaſſung halte, ſo gilt es jetzt weniger etwas Brauchbares, als nur irgend Einen Punkt zu erhalten, in welchem die Nation ſich einigt, irgend Einen Punkt, und wärs der albernſte und einfältigſte von der Welt (aus dieſem Grunde ſchon ſollte Preußen die Centralgewalt hier nicht zu zerſtören ſuchen, ſondern zu erhalten, zu brauchen und auszunutzen). Inſofern alſo dürfte man das Gothaer Nachparlament freudig begrüßen — aber des Pudels Kern iſt ein ſchlimmer. Der Schwenkung von der Frankfurter zu der Berliner Verfaſſung liegt als Abſicht die Aenderung der Berliner Verfaſſung zu Grunde und dieſe Änderung wird jener Schwenkung zugleich als Bemäntelung dienen. Man wird auf dem nächſten Reichstage die Berliner Verfaſſung ganz und gar im Sinne der Frankfurter ändern, d. h. ganz im Sinne der Centraliſation; das, was die Berliner Verfaſſung aus der Frankfurter an über-demokratiſchen Beſtimmungen getilgt hat, wie z. B. das ſuspenſive Veto pp., wird man ungeändert laſſen — aber ſonſt die Berliner ganz genau nach der Frankfurter umändern. Von Berlin aus, ſo hofft man, würden derartige centraliſtiſche Aenderungen nicht mißbilligt, vielleicht ſogar quam utilissime acceptirt werden, Hannover, Sachſen und die übrigen Staaten aber würden natürlich ſich den Aenderungen ſo wenig wie dann noch der Verfaſſung überhaupt entziehen können. Wahrſcheinlich wird man das ganze Fürſten-Collegium auf ſolche Weiſe beſeitigen, Reichsſteuern einführen, kurz den ganzen Frankfurter Unſinn herſtellen. — Ich habe Ihnen dieſe Notiz zukommen laſſen wollen für den freilich kaum denkbaren Fall, daß Sie und Sachſen eine derartige Gefahr nicht vorgeſehen hätten. Wär's nicht der Fall und Sie noch in Berlin, ſo müßten Sie ſich eine Zuſicherung geben laſſen, wie Heinrich Simon ſie ſich von Heinrich Gagern geben ließ, daß nämlich Preußen derartige Änderungen nicht ratihabiren werde.

Von hiesigen Dingen schreibe ich nichts, weil es für den Augenblick zu weit führen würde. Ich glaube, man hätte in Berlin sehr Vieles und darunter auch die hiesigen Dinge anders angreifen sollen. Das Eine nur will ich erwähnen: hätte man nicht so ungeschickt und täppisch von Berlin aus eingegriffen, so hätten wir die Nat.-Vers. schon 8 bis 10 Tage früher los werden können, — es war Alles so trefflich vorbereitet und ging Alles so Schlag auf Schlag, wie an einem Faden, daß es gar nicht fehlen konnte und auch am Ende nicht gefehlt hat. Jetzt sitzen sie Gottlob in Stuttgart und können zur 2. Sitzung nicht einmal beschlußfähig werden. Wir haben die Würtembergische Regierung aufgefordert, dem Unfuge ein Ende zu machen, womit ich zugleich den perfiden Römer endlich gegen die Wand zu stellen hoffe, so daß er sich endlich einmal entscheide, ob rechts oder links. — In Folge der Berliner Politik ist Frankfurt in diesem Augenblick ganz und gar von Truppen entblößt, mit Ausnahme von 1600 Mann Oesterreicher. Giebts hier einen Putsch und gelingt der, so fliegen die Flammen bis vor die Thore von Hannover. Doch hoffe ich, daß es nicht dazu kommt, da das wüste Gesindel sich nach Baden gezogen hat.

Ihr getreuester

Detmold.

Nr. 116. Hannover, 12. Juni.

Dieses mal komme ich Ihnen mit einer Bitte, lieber Freund; Sie schrieben mir neulich, daß Sie geneigt gewesen seyen, Preußen Vollmacht in der Dänischen Sache zu geben, wenn es statt der unpassenden Mittheilung telegraphischer Depeschen[1]) solche begehrt hätte. Ich habe auf diese Ihre Mittheilung dort wiederholt Bezug genommen, um den Leuten ihre unerhörte Tölpelei recht klar zu machen. Jetzt chicanirt Herr Reedtz an der Vollmacht, und so wird uns von Berlin angeblasen, ob wir nicht im Stande seyen, eine solche Vollmacht zu erwirken. Bennigsen hat mir heute deßhalb geschrieben, und ich möchte Sie dringend bitten, doch das Mögliche zu thun. Die Beendigung dieser gänzlich verdorbenen Sache ist durchaus nöthig, um so mehr als die jetzigen Mißverhältnisse in Deutschland auf die Truppen zurückwirken und unter Baiern, Würtembergern pp. Reibungen verursachen (nach Slichers[2]) Bericht), die nicht ohne die schädlichsten Folgen seyn können. Dazu das Darniederliegen des Verkehrs, die Erhaltung einer Armee, von der gar nichts geschafft werden kann.

So viel ich weiß, hat man in Berlin den ganz richtigen Plan, erst einen Waffenstillstand, und dann durch Hineinziehen der Successions- und

[1]) S. v. Hassell, II, 1. S. 63. — [2]) Freiherr von Slicher, Flügel-Adjutant.

Administrationsfrage einen erträglichen Frieden herbeizuführen. Wollte Gott, der erstere wäre nur zu Stande.

Bothmer hat uns wegen der Hannov. Ztg., die auf Sie nun wohl nicht mehr rechnen kann, auf Jürgens als Redacteur aufmerksam gemacht. Was sagen Sie dazu, Sie kennen ihn ja.

Der Bremer Democratencongreß faßt die gewöhnlichen Beschlüsse: Aufrechterhaltung der Reichsverfassung u. s. w. Ich habe hier meine Noth mit der großen Ängstlichkeit gewisser Leute, die noch gar nicht begreifen, daß man einmal mit Kraft auftreten muß. Aber es wird doch gehen. Vor allem müssen wir daran denken, einmal dem Gesetze wieder Ansehen zu verschaffen. Die Verwirrung ist furchtbar fortgeschritten.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 117. Frankfurt, 17. Juni.

Aus Ihrem Schreiben vom 12., welches ich wie das vom 10. mit herzlichem Dank empfangen, will ich, weil zu dem Eingehen in das andere in diesem Augenblicke Zeit und Ruhe fehlt, nur den Einen, mich persönlich berührenden Punkt, wegen der Hannoverschen Zeitung beantworten, zumal die Sache durch ein Schreiben von Bothmer und Witte zur Erledigung drängt. Mein Plan war, wenn die Dinge hier zu Ende, nach Hannover zurückzukehren und die Hannoversche Zeitung zu übernehmen. Ich hätte darin einen angemessenen Wirkungskreis gefunden. Manches, was mich früher drückte, ist jetzt, wenn auch nicht überwunden, doch zurückgedrängt, und ich bedarf der Thätigkeit, zumal ich mich in den letzten Wochen einer fast aufreibenden Vielthuerei (Arbeit ist es nicht, nur ein ungeheuer geschäftiges Müßiggehen) habe hingeben müssen, die eine stille Muße hinterher nicht ertrüge. Glauben Sie aber, mich zu etwas Anderm brauchen zu können (wohin wenigstens Äußerungen von Bothmer zu deuten scheinen), so stehe ich Ihnen auch dafür, überhaupt für Alles, wozu Sie mich brauchbar halten, zur Disposition. Natürlich erst, wenn hier die Sachen zu Ende; denn eher kann ich nicht fort. Mit Jürgens habe ich nun vorläufig noch nicht wegen der Zeitung gesprochen, habe auch Witte gebeten, das einstweilen zu lassen; übrigens zweifle ich keinen Augenblick, daß er sofort auf die Sache eingehen und dann dieselbe sehr gut und besser als ich machen wird.

Ihre Ansichten in Ihrem Briefe vom 10. über die Stellung der Centralgewalt sind mir von sehr großem Troste gewesen; Ihre Ansichten treffen ganz haarscharf die Linie, die wir vom ersten Augenblick an inne-

gehalten haben und ferner innezuhalten gedenken. Ich habe darum auch gegen andere Anſichten feſtgehalten und durchgeſetzt, daß wir die Zuläſſigkeit des Sonderbündniſſes anerkennen. Unſere Stellung würde viel reiner und entſchiedener durch eine ſolche Anerkennung, und zugleich müßte Preußen zwiſchen jener von ihm behaupteten Bundesmäßigkeit des Sonderbündniſſes und der Intention, die Centralgewalt an ſich zu reißen, über kurz oder lang in eine ganz ſchiefe Stellung und tüchtige Klemme gerathen, aus der es, wenn es nicht geradezu revolutioniren will, nur durch eine neue Anerkennung der Centralgewalt ſich retten kann. Das Schlimme iſt nur, daß die indirekten Mittel, die angewandt werden, den Reichsverweſer zu verdrängen, ſicherer wirken, als die direkten; mancherlei Avanien, die ihm angethan werden, machen den widerwärtigſten Eindruck, ſo daß alle Augenblicke die Luſt kommt, die Sache niederzulegen. Das erſchwert denn uns die Stellung, die ohnehin ſchwer iſt, ungemein, weil wir nie auf den morgenden Tag rechnen können. F. Wittgenſtein, ſonſt ein tüchtiger und vortrefflicher Menſch, ein ganzer Mann, läßt ſich dann ebenfalls von dergleichen Avanien, die ihm angethan werden, leicht disguſtiren, ſo daß die Situation überaus peinlich und unangenehm iſt. Und doch halte ich das Abreißen dieſes Einen dünnen, dünnen Bandes, das noch von ganz Deutſchland anerkannt wird (der perfide Burſche Römer ſoll auch bald anders pfeifen), das allein die deutſche Einheit, wovon im vorigen Jahre mehrfach die Rede war, repräſentirt, für ein ſolches Unglück, daß ich ſo lange es nur irgend mit Ehren geht, der Situation Front machen werde. Aber da wir in dem Erzherzoge mit einem alten ſehr von Launen beherrſchten Herrn zu thun haben, ſo kann der Faden ſehr plötzlich abreißen. Daß man uns von Oeſterreichiſcher Seite brauchen möchte, bezweifle ich nicht; indeſſen dafür iſt geſorgt und der Erzherzog ſelbſt iſt dorthin ziemlich unzugänglich, da er auch von dorther verlaſſen wird und daher Rancune trägt. Eben daß wir uns rein auf den Boden der Preußiſchen Interpretation des Art. 11[1]) ſtellten, mag als Beweis dienen, daß wir Oeſterreichiſchen Plänen nicht dienen wollen; Graf Rechberg hat das auch ſehr übel genommen, ich habe ihm aber die Gründe entwickelt und mich ihm empfohlen. — Über die Preußiſche Brutalität begegnen ſich unſere Erfahrungen durchaus. Wenn Bayern nicht beitritt, hat Preußen es ganz allein Schuld, denn mit irgend vernünftiger Behandlung würde Bayern zu haben ſein. Ein böſer Punkt würde höchſtens die Beſtimmung wegen der Conſumtionsſteuern ſein, eben weil er vom Hannoverſchen Leibe gehalten werden müßte. Der wird dann ſpäter auch, wenn Bayern nicht zutritt, Baden wieder vom Bündniſſe ab-

[1]) Der Bundesakte.

ziehen. Tritt Bayern nicht zu, so hält Würtemberg sich zu Bayern und zieht wie gesagt das jetzt vom Großherzog für militärische Hülfe verhandelte Baden dann wieder von Norddeutschland ab. Dann ist die vielbesprochene Mainlinie die Gränze.

Über Manches Andere wird Witte Ihnen berichten, da mir für den Augenblick die Zeit fehlt. Von Herzen der Ihrige

Detmold.

Nr. 118. Hannover, 19. Juni.

Wenn Sie, liebster Freund, noch im mindesten Lust haben, sich mit unserer Zeitung zu befassen, so versteht sichs, daß sie Ihnen bleibt, bis sich besseres findet. Das muß aber Ihrer Neigung gemäß seyn, und bestimmt sich also jedenfalls am besten, wenn Sie wieder hier sind und einstweilen die Entwicklung abwarten.

Ich bekomme heute einen Haufen Briefe. Ueberall Aenderung zum Besseren, nur die Piusvereine haben sich gegen den Preußischen Entwurf erklärt. Natürlich! Folge der Österreichisch-Bairischen Sonderstellung. Ich habs Radowitz genug gesagt; aber dem ist nicht zu rathen und zu helfen. Er ist jetzt auch hors de credit, in Folge (wie er sagt) des Zanks mit mir; in Wahrheit aber in Folge eines Streits mit Gen. Rauch [1]) in Gegenwart des Königs, davon er vor Aerger krank geworden. 17 Regierungen haben sich zum Beitritt gemeldet; fehlen noch Cassel, Holstein, Gotha, Altenburg, Dessau?, Reuß?, Hohenzollern, Waldeck, Bückeburg, Hamburg, Liechtenstein und Frankfurt, außer Baiern und Östreich. — Mit Östreich soll der Zank jetzt leider sehr erbittert seyn. Das zeigt schon die Zeitungspolemik über den erbärmlichen Prokesch, von dem Meyendorff — der einzige bedeutende Mann in Berlin — am 5. sagte, er werde sich auf keinen Fall dort halten können. — Baiern hat sich auf alle Weise herumgelogen. Das fällt auch Lerchenfeld [2]) zur Last. Was nun aus des abgründlich eitlen v. d. Pfordten [3]) Reisepolitik wird, mag Gott wissen. Wer ihm am meisten schmeichelt, wird ihn beherrschen; das ist nun aber die Gabe der Berliner nicht.

Die Hamburger fangen wieder ihr unehrliches Treiben gegen die Zolleinigung an, unter dem Vorwande des Zollvereins [4]). Sogar hat Herr Roß [5]) am 17. sich zu diesem Zweck hier in der unsäglich schwachen

[1]) General-Adjutant. — [2]) Graf Lerchenfeld, Bayerischer Gesandter.

[3]) Seit 18. April Bayerischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

[4]) Vgl. Verfügung des Grafen Bennigsen an den hannov. Minister-Residenten in Hamburg vom 23. Juni. Anl. XXII des Schreibens vom 10. December.

[5]) Edgar Roß, Deputirter des Vereins für Handelsfreiheit.

Oppositions-Versammlung der Firma Lang, Böse, Rumann introducirt. Breusing war auch da; ich habe ihn gesprochen. Seine gekränkte Eitelkeit hat ihn verbissen gemacht, und dadurch hat er auch in Osnabrück seinen Anhang sehr geschwächt. Die Beschlüsse, die die Menschen gefaßt, die Reden, die sie gehalten haben, sind kindisch.[1])

Bodungen, der sehr reactionär geworden, schreibt mir einen merkwürdigen Brief über Cassel. Auch in Hessen conservative Wahlen; Wippermann ungewiß. Diese Menschen sind zu bedauern, weil sie sich gegen bessere Ueberzeugung in die Anerkennung des Reichsunsinns haben drängen lassen, und nun zu ehrlich sind, um sich davon rein lossagen zu können. Er will mich bereden nach Gotha zu gehen, weil man sich nun vor der Unterordnung unter Preußen und vor Radowitz fürchtet. Ich habe dort freilich nichts verlohren; aber das alles zeigt eine vollständige deroute. Es ist keine Spur von Plan und Haltung.

Ein Brief von Gervinus, den man mir mittheilt, ist nicht weniger merkwürdig. Es ist die schiefste Ansicht der Dinge, die man sich denken kann. Reine Negation und Erbitterung.

Die Dinge sind im Gange sich abzuklären, und darum muß man nicht zu eilig seyn. Auf der andern Seite fürchte ich jetzt nicht weniger, daß man in Berlin ganz zur Wien-Petersburger Fahne umschlagen könne. Das specifische Preußenthum, darin man jetzt unleugbar seine Kraft erkennt, kann dahin führen. Dann wäre unser Verdienst (worauf ich schon früher das meiste Gewicht gelegt hatte), Grundsätze zur Anerkennung gebracht, und das Reichsgericht ins Leben gerufen zu haben.

Leben Sie wohl

Ihr

JCBS.

Nr. 119. Hannover, 21. Juni.

Eben, lieber Freund, lese ich Ihre Note an Graf Brandenburg vom 17.[2]) und kann nicht umhin, Ihnen ein Paar Bemerkungen darüber zu machen.

Mit Ihrem Princip (p. m. 5.) „Die Centralgewalt hindert . . . . . noch nicht ersetzt" und „Die verbündeten Regierungen erkennen . . . . . räthlich erscheint" bin ich ganz einverstanden; allein einmal bleibt ein

[1]) Vgl. Oppermann, II. S. 232.

[2]) Vgl. Deutsche Chronik, 1849, I. S. 315. Das Princip ist: Die Centralgewalt hindere die verbündeten Regierungen nicht an Handhabung und Erweiterung ihres Bündnisses, wirke vielmehr mit ihnen überall zusammen, wo das Bündniß die Bundesgewalt noch nicht ersetze. Die verbündeten Regierungen erkennen dagegen in der Centralgewalt das einstweilen noch erforderliche Band zwischen den in verschiedener Stellung ver-

Mangel, indem die Handhabe zur Geltendmachung dieſes Grundſatzes fehlt, und dann ſind in den Argumenten mehrere Puncte, die zur Sache wenig thun, über die aber mit Preußen ein Streit unvermeidlich iſt, über den der gute und wichtige Zweck des Ganzen verlohren zu gehen droht. Dahin rechne ich die drei Vorwürfe, die Preußen weiterhin gemacht ſind, und worauf die Beſchuldigung baſirt iſt, daß ſeine Handlungen und Erklärungen nicht im Einklange ſtehen. Denn 1) die Weigerung, ſeine militäriſchen Kräfte der Centralgewalt zu Gebote zu ſtellen, iſt nicht ohne Grund. So lange die Kräfte der Bundesſtaaten nicht gleichmäßig herangezogen werden, ſo lange namentlich Öſtreich gar nichts thut, beruht hier unendlich vieles auf gutem Willen, und die Centralgewalt iſt eigentlich etwas darauf angewieſen, gute Worte zu geben, während man allerdings ſich unter Hrn. v. Peuckers régime (erſt ſeit ich in Berlin geweſen, begreife ich, wie die unſägliche Dummheit der Parade vom 6. Aug. möglich war) etwas zu ſehr gewöhnt hat, auf gut Preußiſch zu commandiren. — 2) Die Bundeshülfe auf bloße Requiſition iſt immer ein ſehr precäres Ding. Vgl. den Beſchluß vom 30/10. 1830, auf dem ſie beruht. Dazu weiß ich nicht, daß der Grundſatz, nur dem Beitretenden zu helfen, officiell aufgeſtellt ſey. Wir haben ihn bekämpft; ich habe mich beim Könige ſelbſt darüber beſchwert, und dieſer hat mir zugeſtanden, es ſey gar nicht die Abſicht. Nur in Hrn. v. Radowitz eigenem Zeitungsartikel iſt er öffentlich ausgeſprochen — nicht in der Note. — 3) Was die Däniſche Sache angeht, ſo hat Preußen doch auch einen Grund in der alten Bundesvollmacht. Alſo iſt in allen Stücken Grund zur Controverſe, und darauf hätte ich lieber nicht gebaut geſehen.

Was aber die practiſche Ausführung des obigen richtigen Satzes angeht, ſo hat Preußen Recht, wenn es ſagt: Unterhandlungen und Kriegsoperationen können nicht von zwei Puncten geleitet werden. Man mußte hier eine Form für einheitliche Leitung finden; das war nothwendig, und

---

harrenden Staaten Deutſchlands und gewähren ihr die bundesmäßige Unterſtützung überall, wo nicht ihr Auftreten, ſondern das der Centralgewalt nothwendig oder räthlich erſcheine. — Nach Abſchluß des Maibündniſſes hatte Preußen wiederholt Verſuche gemacht, den Reichsverweſer, deſſen Mandat mit Auflöſung der National-Verſammlung hinfällig geworden ſei, zur Abdication zu beſtimmen (vgl. Schreiben an den preußiſchen Bevollmächtigten vom 28. Mai, vom Präſidenten des Reichsminiſteriums beantwortet am 8. Juni, Roth u. Merck, II. S. 539, 544). Die obige Note ſollte die Gründe darlegen, weßhalb ein ſolcher Entſchluß zur Zeit nicht für opportun erachtet werde. Es erfolgte darauf zunächſt die Antwort des Grafen Brandenburg an den „Großherzoglich Heſſiſchen Generallieutenant" Prinzen zu Sayn-Wittgenſtein vom 20. Juni (Deutſche Chronik, S. 324) und ſodann unter dem 22. Juni die Abberufung des preußiſchen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt (a. a. O. S. 328).

ich würde die Ernennung Preußens zum Bundesfeldherrn oder etwas dergleichen vorgeschlagen haben. Dann wäre alles in der Ordnung gewesen. Wir müssen nun sehen, wie wir das Ding auf gute Wege leiten; ich werde Wangenheim auch darüber schreiben. Aber Preußen wird sehr verletzt seyn, und das ist nicht gut.

Die Stimmung scheint fortschreitend zu bessern. Eben geht Mosengel [1]) von mir, der von Cassel kommt und erzählt, er habe sonst ganz enragirte Beamte jetzt gänzlich zahm gefunden; man spreche offen die Ansicht aus, es bleibe nichts übrig als sich dem Bündnisse anzuschließen. Wenn die Sachen am Oberrhein [2]) abgethan sind, so wird sich nach meiner Ueberzeugung alles geben. Sonst treiben die anerkennenden 28 Regierungen jetzt zum Theil wieder eine wahrhaft jammervolle Piepmeierei, die hauptsächlich ihren Sitz in dem Bevollmächtigten-Collegio zu Frankfurt hat. Ce sont les professeurs et les niais qui ont fait le malheur de l'Allemagne! hat neulich ein Franzose gesagt. Niais ist die Uebersetzung von Piepmeier.

Gestern Abend hat Hr. Cohen-Honeck im Volksverein angekündigt, wegen leerer Casse und schlechten Besuchs wolle man die wöchentlichen Zusammenkünfte auf 14tägige reduciren; da manche sich fürchten, der Besuch könne ihnen Nachtheil bringen. — Dazu hat er geklagt, daß Goedeke und Rumann gar nicht mehr in Vereinen und sonst für die gute Sache würben. Der Letztere habe freilich kein Organ und eine schlechte Brust; aber der erstere sey gar nicht zu entschuldigen.

So stehen die Dinge hier. Machen wir nur nicht grobe Fehler, so ist der Sieg unser trotz Hamburg und Edgar Roß.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 120. Frankfurt, 24. Juni.

Ich habe Ihnen, theuerster Freund, für zwei Briefe, vom 19. und 21., zu danken. Lassen Sie mich zuerst aus dem letzteren Ihre Bemerkungen über unser Memorandum hervorheben. Was Sie an dem Memorandum tadeln, ist, namentlich von faktischer Seite, nur allzusehr begründet und hätte jedenfalls vorsichtiger gefaßt, wenn nicht ganz weggelassen werden können. Indessen hat das Berliner Cabinet sich keine dieser Ausstellungen angeeignet, das Memorandum an keiner jener schwachen Parthien angegriffen, sondern, wie Sie aus Brandenburgs Antwort [3]) ersehen, die ich

[1]) Oberbaurath. — [2]) Der Aufstand in Baden, Pfalz und Rheinhessen.
[3]) Deutsche Chronik 1849, I. S. 328.

Ihnen hoffentlich noch in Abſchrift beilegen kann, den Stier gerade bei den Hörnern gepackt, was denn ſehr muthig, aber nicht ſehr klug iſt. Jetzt auf einmal beſtreitet man der Centralgewalt die Berechtigung zur Exiſtenz: weil die National-Verſammlung nicht mehr exiſtire. In welchem Lichte erſcheint ſolchem Argument gegenüber das frühere Verlangen: die Centralgewalt ſolle die Nat.-Verſammlung auflöſen? und das zwiſchen dem 16.—25. Mai mehrfach gebrauchte Argument: Preußen könne nicht mehr mit der Central-Gewalt verhandeln, da deren Miniſterium der von Preußen nicht mehr anerkannten Nat.-Verſ. verantwortlich, alſo von dieſer abhängig ſei? Dies Berliner Staatsrecht ſchwankt wie ein Betrunkener hin und her; die Leute haben offenbar nicht den Muth zu dem, wozu ſie die Luſt haben, und nun ſchwanken ſie zwiſchen Gelüſte und Vollbringen, verwickeln ſich in die größten Widerſprüche, fangen ſich in ihren eigenen Argumenten und thun das Unrecht halb, weil ſie meinen, das ſei keine Sünde, während das aber die ganze und rechte Sünde iſt. Bemerken Sie nur, wie fein Wittgenſtein nur als Heſſiſcher Generallieutenant, nicht als Miniſter-Präſident bezeichnet iſt, und was dergl. Nicht-Anerkennungs-Fineſſen mehr ſind. Ich wiederhole es: Ihre Ausſtellungen gegen das Memorandum vom 17. erkenne ich als gegründet an, aber dieſe Brandenburgſche Note iſt doch nichts als die alberne Ausrede eines Menſchen, der die Wahrheit zu geſtehen nicht den Muth hat. — Unter Ihren Bemerkungen über das Memorandum vom 17. war auch die, daß man Preußen etwa zum Bundesfeldherrn hätte ernennen können; ſeien Sie verſichert, zu einer ſolchen Maßregel wäre man von hieraus gleich bereit geweſen, aber offeriren konnte man's doch nicht, zumal nach der Art und Weiſe, wie man von Berlin aus ſeit Mai gegen den Reichsverweſer verfuhr. Was geſchehen konnte, iſt geſchehen. Durch L. Weſtmoreland [1]) iſt vertraulich offerirt worden, daß man dem Prinzen von Preußen ſämmtliche Truppen unterordnen wolle, unter der Bedingung, daß die Preußiſchen gegen Baden operirenden Truppen zu Reichstruppen erklärt würden. Einfach abgelehnt. Worin von *hieraus* vorzugsweiſe gefehlt worden, das iſt das perſönliche Verhalten des Reichsverweſers. Der hat immer geſagt und zwar ſeit Anfang Mai, ja noch früher: ich will fort, ich reiſe Morgen. Das iſt dann von den Preußiſchen Agenten immer nach Berlin berichtet, und ſo hat man denn freilich kaum umhin gekonnt, von dort aus den Reichsverweſer wie einen abgegangenen oder jeden Augenblick zum Abgehen bereiten zu behandeln, und hat das dann in ſehr täppiſcher Weiſe gethan. Das entſchuldigt die Berliner einigermaßen, aber doch nicht ganz. — Daß man

[1]) Engliſcher Geſandter in Berlin.

ſich ohne oder mit v. d. Pfordten mit Oeſterreich einigen werde, glaube ich nicht, weil man in Berlin wenigſtens ebenſo unehrlich iſt als in Wien. Und dieſe Einigung zwiſchen Oeſterreich und Preußen iſt doch das Ziel, auf das wir losſteuern müſſen; nur darin ſehe ich die Einheit, deren wir bedürfen. Glauben Sie mir, der ich hier vielen Dingen ſehr nahe gekommen bin: ohne die Einigung zwiſchen Oeſterreich und Preußen iſt keine Beſiegung der Demokratie zu hoffen. Eine Beruhigung Deutſchlands ohne jene Einigung iſt ein elendes Flickwerk, ein übergipſeter Frieden, der beim erſten Sturm in Stücke fällt. Radowitz hat das auch wohl verſtanden oder wenigſtens gefühlt, und darum die zum Theil kindiſchen Zugeſtändniſſe, welche der Entwurf der Demokratie macht. Und möglicher Weiſe macht man ihr in Gotha noch mehrere. Ich halte die Verfaſſung — worin ich, was mir ſehr leid wäre, vielleicht mit Ihnen in Widerſpruch mich befinde — für ganz unausführbar; es iſt ein Spielzeug, das man der Nation hinwirft und das auf 4—6 Monate, vielleicht auf 2—3 Jahre, aushält. Dem Grafen Rechberg, mit dem ich geſtern eine längere Unterredung hatte, hab ich gerathen: Oeſterreich möge die Berliner Verfaſſung ganz und gar annehmen, hinſichtlich der Oberhauptsfrage unter Aufgeben ſeiner Bundes-Präſidial-Anſprüche Theilung mit Preußen verlangen, ſei's durch Turnus (unter Vorantritt Preußens), ſei's durch Beſtellung zweier Reichsvorſtände, die im Falle einer Nicht-Einigung das Fürſten-Collegium entſcheiden laſſen müßten, wodurch Bayerns Verlangen nach größeren Rechten für dieſes erfüllt würde, — was aber weiterhin nicht viel vorkommen würde, weil die Beiden ſich lieber einigen würden, als die Entſcheidung aus der Hand geben. Ginge Oeſterreich auf ſolchen Vorſchlag ein, ſo würde die Baſis der Unterhandlungen mit Preußen ſehr concentrirt, Preußen bös gegen die Wand geſtellt und damit eine ehrliche Einigung ſehr erleichtert. Der Verfaſſung wäre damit auch die ſofortige Annahme in ganz Deutſchland geſichert und damit die Brücke zu feſten Zuſtänden gefunden. Ich habe leider Niemanden, dem ich dieſe Idee recht einträufen könnte, und den ich dann nach Wien ſchicken könnte; Graf Rechberg taugt nicht dazu, da er ein Diplomat nach altem Stil und Schnitt iſt. Dann könnte man ſich ſchließlich einigen auf Ihren Entwurf, den ich ganz vortrefflich finde; ich bitte Sie, mir wo möglich recht bald noch einige Exemplare davon zukommen zu laſſen, da er allgemein intereſſirt und ich jetzt, da er in Gotha nicht mehr mißbraucht und mißhandelt werden kann, denſelben nicht mehr ſo geheim gehalten ſehen möchte wie bisher; warum ſoll man das Gute verbergen, da das Schlechte ſich ſo breit macht? — Daß Oeſterreich übrigens ſich nicht leichten Kaufes aus Deutſchland herausdrängen läßt, darauf können Sie ſich verlaſſen; ſobald es alſo in Ungarn freie Hand hat, würde es nöthigen-

falls mit gewaffneter Hand sein Theil wiederfordern. Schwarzenberg scheint auch in jüngster Zeit seine Politik in dieser Beziehung etwas geändert zu haben: von den rückständigen Matrikularbeiträgen hat Rechberg vorgestern 50000 fl. einbezahlt, mit dem Versprechen, alle 8 Tage weitere 50 m zu zahlen (die nächsten 50 m sind, meine ich, bereits angewiesen). Dann ist ein Corps von 7200 Mann unter FML. Schwarzenberg zu Bregenz unter die Centralgewalt gestellt, mit der Zusage der Verstärkung, sobald der Friede mit Sardinien abgeschlossen. (Beiläufig erwähne ich, daß FML. Schwarzenberg gleich nach seiner Ankunft in Bregenz von der Stadt Constanz flehentlich gebeten worden ist, 3 bis 4 Bataillons dorthin zu schicken.)

Daß die Stimmung im Norden von Deutschland umschlägt, freut mich sehr, ich habs von dort eigentlich schon lange erwartet, weil die Zustände dort doch noch innerlich gesund sind, während hier Alles durch und durch faul ist. In Baden ist die Sache gestern gründlich beendigt, aber unter diesem P . . . . . von Großherzog und diesem kläglichen neuen Ministerio (drei davon, Stengel [1]), Roggenbach [2]) und Klüber [3]) kenne ich — lauter Piepmeyer, vorzüglich der letztere; Regenauer [4]) und Marschall [5]) sollen gut sein) wird der Tanz aber bald wieder losgehen; es ist eben Alles unterwühlt, Alles gesinnungslos, zum Theil talentvolle, begabte Menschen (cf. Bassermann, Mathy, Soiron u. a.), aber ganz gesinnungslos. Wenn jemals, so war hier eine Mediatisirung indicirt, der Großherzog auch zur Resignation ganz bereit; aber es lag Preußen daran, zu dem Bündnisse den Anfang vom Beitritt zu haben und da hat Herr von Savigny [6]) die Geschichte gemacht; es ist ein Moment, der nicht wiederkommt; die Verhandlungen der provisorischen Regierung in Karlsruhe mit den Franzosen hätten doch wahrlich die Gefahr vollauf zeigen sollen und nicht bloß als Vorwand dienen können. Ich weiß, Sie sind principiell Mediatisirungen abgeneigt; aber hier sollten Sie eine Ausnahme machen, weil dieselbe vorliegt und sollten die Sache in Berlin zur Sprache bringen; es wäre ja auch ohnehin nur ein Sprung zur Legitimität zurück. — Unsre Hannoverschen Piepmeyer wollen also noch durchaus die Frankfurter Verfassung! Die Tölpel die! Hier ist man längst damit fertig, was sich denn in Gotha zeigen wird. Die Gefahr, die mir anfangs von Gotha zu drohen schien, hat sich neuerdings, je mehr die Dinge klarer werden, verringert. Gagern bereut auf's

[1]) Staatsrath Frhr. v. Stengel. — [2]) Frhr. v. Roggenbach, Kriegsminister.
[3]) Staatsminister, Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
[4]) Staatsrath, Finanzminister.
[5]) Staatsrath Frhr. Marschall von Bieberstein, Minister des Innern.
[6]) Preußischer Gesandter in Carlsruhe.

tiefſte, daß er ſein Wort gegeben, hinzukommen; er iſt für unbedingte Annahme des Berliner Entwurfs. Am meiſten dagegen iſt Dahlmann; Der will durchaus vollſtändige Umformung des Berliner Entwurfs nach dem Frankfurter Unſinn — nur mit Ausnahme des ſuspenſiven Veto. Man wird das, was beide Verfaſſungen gemeinſchaftlich haben, acceptiren, die divergirenden Punkte beſprechen, und da wird Dahlmann eben am entſchiedenſten auf den 28. März hinauswollen. Von der Frankfurter Verfaſſung ſelbſt iſt alſo gar nicht mehr die Rede. Die Unmöglichkeit des Frankfurter Wahlgeſetzes wird man anerkennen, aber das Berliner auch verwerfen und am Ende zu dem vernünftigen Ausweg kommen, daß man das Wahlgeſetz jedem einzelnen Staate überläßt, wie im April 1848.

Daß und wie der Badiſche Aufſtand zu Ende gegangen, werden Sie bereits aus den Zeitungen erſehen haben. Hierbei hab ich zum Erſten Mal einen mich überraſchenden Beweis der Kriegskunſt geſehen. Den Operationsplan hat mir Wittgenſtein ſchon vor 8 Tagen explicirt, und er iſt bis in das Kleinſte hinein gelungen. Peucker zog in den Odenwald, ging bei Zwingenberg über den Neckar, um die Inſurgenten, falls ſie geſchlagen ſich in den Odenwald und nach Würtemberg werfen wollten, zu empfangen; General Gröben ſtellte ſich bei Ladenburg auf, um dort überzugehen, während der Prinz von Preußen in der Pfalz hinzog und bei Germersheim über den Rhein ging, ſeine Avantgarde vorausſchiebend zur Verbindung mit Peucker. Bei Waghäuſel (wo ſchon im vorigen Jahrhundert 3 oder 4 Schlachten geſchlagen worden) ſchlug er die Inſurgenten unter Mieroslawski zur ſelben Zeit, als Gröben bei Ladenburg über den Neckar ging. Mieroslawski nun hat ſich mit dem Kern ſeiner Armee dem Odenwald zugewendet, wo ihn Peucker empfangen wird, während Gröben und der Prinz von Preußen zu- und nachrücken. Hält Peucker ſich gut und gelingt es Mieroslawski nicht, deſſen Corps zu durchbrechen, ſo kann nicht Mann noch Maus von den Inſurgenten entrinnen. Hier haben dieſe Dinge natürlich auch einen gewaltigen Umſchwung hervorgebracht; kam die Sache nicht ſo und ſobald zu Ende, ſo war große Gefahr; denn in Marburg, Hanau pp. organiſirt man Freiſchaaren, um den Truppen in den Rücken zu fallen.

Daß der wahre Sitz der Piepmeyerei der 28 verfaſſungstreuen Regierungen hier in Frankfurt im Collegio der Bevollmächtigten zu finden, haben Sie haarſcharf getroffen, und deshalb war's uns eine beſondere Freude, den Herren auf ihre kindiſche Note vom 3. [1]) ſo zu dienen, wie geſchehen. [2])

[1]) Deutſche Chronik 1849, I. S. 275.

[2]) Antwort vom 5. Juni, a. a. O. S. 277.

Es ſtecken da allerlei nicht bloße Piepmeyerliche, ſondern noch ſchlimmere Elemente, namentlich z. B. in Herrn Francke[1]), einem ganz gemeinen Intriguanten, ja Schlimmere; damit hängt Baſſermann u. ſ. w. zuſammen, die Anfeindungen der Deutſchen Zeitung u. dergl. m. Baſſermann, der in Berlin Hoffnungen erhalten hat, wenn die proviſor. Centralgewalt an Preußen übergehe, Reichs-Miniſter zu werden (ſeine âme damnée Mathy natürlich mit), betrachtet die gegenwärtigen Miniſter wie Uſurpatoren, die ihm ſeinen rechtmäßigen Platz vorenthalten. Doch genug und übergenug für heute; können Sie uns in Berlin helfen, ſo thun Sie gewiß ein gutes Werk.

Von ganzem Herzen der Ihrige
Detmold.

Nr. 121. Berlin, 1. Juli.

Sie werden ſich wundern, lieber Freund, nun wieder einen Brief aus Berlin von mir zu erhalten und zwar Antwort auf den Ihrigen vom 24. Als v. d. Pfordten von Wien hierher ging, wollte der König, ich ſollte auch her. Ich habe das verſchoben, weil ich keinen Erfolg ſah und erſt abwarten wollte, bis die Sache hier im Gange; denn in Berlin geht alles langſam. Am Ende mußte ich doch fort und kam hier längſt früh genug, war aber für mein Zögern reichlich bezahlt dadurch, daß ich Ihren Brief noch in Hannover erhielt. Hier iſt der Zuſtand nun kopflos miſerabel. Statt vorhin 2 (Brandenburg pp. und Radowitz) haben wir nun 3 Behörden für deutſche Politik (Brandenburg, Canitz und wieder Radowitz, der die Unterhandlung mit Pfordten und Prokeſch in Händen hat). Nun weiß niemand, wer Koch oder Kellner. Dazu überall die gedanken- und kopfloſeſte Wirthſchaft. Graf Lerchenfeld hatte die hieſige Unterhandlungskunſt in ein Syſtem gebracht von 3 Stadien: 1. Stadium der Doctrin; da müſſe man Radowitz ruhig anhören. 2. Stadium der Drohung; daran müſſe man ſich nicht kehren. Dann komme man 3. ins Stadium der Unterhandlung. Die Politik der Leute iſt einfach ſo, daß ſie überall ihre Einfälle erzwingen wollen — ohne am letzten Ende den Muth oder die Kraft zu haben, Gewalt zu brauchen. Da beleidigen ſie alles, wollen die neuen Schwierigkeiten durch neues Gezänk beſiegen, kommen wieder in Schwierigkeiten, bis ſie feſtſitzen. Ich habe es mir vorzüglich zur Aufgabe gemacht, in dieſer Beziehung hier recht ernſtlich und derbe Vernunft zu predigen, und da man nun mit Ihrer Angelegenheit, Gott ſey dank, ſich überall rein feſtgefahren hat, ſo ſcheint mein Predigen Eingang zu finden. Es iſt auch zu lächerlich, daß man der „nicht exiſtirenden" Centralgewalt die Verwaltung

[1]) Bevollmächtigter für Holſtein. Vgl. oben S. 101 Anm. 1.

der Bundesfestungen noch immer überläßt. — Die Dänische Angelegenheit [1]) hängt jetzt buchstäblich daran, und Reedtz giebt sich wirklich die redlichste Mühe von der Welt, diesen Stein des Anstoßes durch Vermittlung von Hannover zu beseitigen. Ich komme unten darauf zurück, da ich heute noch einmal zum Grafen Brandenburg will, um die Sache wo möglich zu arrangiren.

Auch die Östreichisch-Bairische Unterhandlung hängt auf dieser Sandbank. Die ist nun freilich auch in traurigen Händen. Pfordten, der sich in Dresden von dem albernen Oberländer (ein Dresdener characterisirte ihn als „ein 16jähriges Mädchen" — jetzt ist er sehr unglücklich über seine Politik) schleppen ließ, der Blums Todtenfeier mitmachte, der von den loyalen Sachsen am meisten der tollen Wahlgesetze des vorigen Jahres halber, neben Oberländer, angeklagt wird, ist ein eitler Professor, dessen Unterhandlungskunst eben so in großen Worten besteht, wie die anderer Leute, und der in der That sehr oberflächliche Einsicht in die Dinge zeigt. Der soll denn nun die Östreichischen Ansichten ganz kennen, wie mir gestern Prokesch sagt, der sich darauf beschränkte, mich deßhalb lediglich an ihn zu verweisen (!) [2]) und überdies meinte, sie könnten in Östreich ihre Pläne nicht formuliren, weil sie keinen Menschen hätten, der das verstehe. Ich habe ihn an Schmerling verwiesen. — Einstweilen haben sie hier mit den Preußen über Begründung einer neuen provisorischen Centralgewalt gehandelt, wobei denn letztere wieder eine ganz alberne Wendung in die Sache gebracht, weil sie sich auf völlig falsches und unhaltbares Terrain stellen. Nachdem man darüber zu nichts gekommen, ist eine vertrauliche Besprechung zwischen Radowitz und Pfordten eingeleitet; aber da haben sie Projecte und Gegenprojecte gemacht, und weiter ists auch nicht gekommen. Herr v. d. Pfordten hat in seinem Herzen Mediatisirungsweisheit. Da würde er z. B. Preußen mit Braunschweig pp. abfinden. Geht das nicht, so läßt er Preußen einen norddeutschen Bund machen. Daraus entsteht dann aber „kein Dualismus, sondern eine Dreiheit". Ipsissima verba. — Dann hätten wir also den Kern des Pudels, das große Baiern. — Daß damit wahrscheinlich ein Auseinanderfallen unbedingt gegeben wäre, bedenkt man dann nicht.

So weit schrieb ich früh. Ich habe nachher nichts gründliches erfahren, habe nur Brandenburg und Manteuffel gesprochen. Es scheint Stimmung zum Nachgeben vorhanden zu seyn, wie weit aber, das kann ich noch nicht absehen. Nun aber zu unserer Dänischen Angelegenheit, die

[1]) Vgl. v. Sybel, I. S. 378. — Protokoll vom 10. Juli, Deutsche Chronik 1849, II. S. 21.

[2]) Herr v. d. Pfordten war über Wien gereist, um sich dort zunächst mit dem Fürsten Schwarzenberg zu besprechen. Vgl. v. Hassell, II, 1. S. 81 ff.

ich bereits oben erwähnte. Neulich schon hatte Schleinitz [1]) gegen Knyphausen den Wunsch geäußert, daß wir Preußen die Vollmacht zum Abschlusse mit Dännemark schaffen möchten. Man wollte in Hannover keine officiellen Schritte dieserhalb thun, ohne der Zustimmung der Preuß. Regierung gewiß zu sein. Da hatte nun Brandenburg sich erst geneigt erklärt, nachher wurde es abgelehnt in einem Schreiben, das wörtlich mit dem mir von Ihnen übersandten Actenstücke übereinstimmt (ohne die verbündeten Regierungen mit hinein zu ziehen). Nun ist Reedtz zu Knyphausen gekommen und hat diesem den Wunsch geäußert, daß Hannover doch zu den von Preußen expromittirten Zustimmungen aller einzelnen Regierungen zu dem abzuschließenden Tractat doch jedenfalls auch die Zustimmung der Centralgewalt besorgen möge, da man in Dännemark darauf Gewicht lege. Offenbar war dies von Reedtz, dessen Character allgemein gerühmt wird, ein gut gemeinter Schritt, um das Friedenswerk zu fördern. — Wir können indeß im Voraus schwerlich Zusicherungen über einen Vertrag geben, den wir zur Zeit gar nicht kennen, und so habe ich mir gedacht, daß es zweckmäßig sey, die Sache so zu wenden:

Man ließe von Hannover aus bei der Centralgewalt Mittheilung von jener Lage der Dinge machen und erklärte, wie man Hannoverscher Seits durchaus kein Bedenken dabei finde, in Mitrücksicht auf die schon im vorigen Frühjahre durch den Bundestag an Preußen ertheilten Vollmachten diese Angelegenheit gänzlich dem Ermessen Preußens zu überlassen, wie man aber bei dem großen Interesse, welches diese Sache für Hannover habe, und bei den Gefahren, die bei längerer Fortdauer des Kriegs für Hannover entstehen könnten, den dringenden Wunsch hege, darüber versichert zu seyn, daß die Centralgewalt dieselbe Ansicht hege und ihrerseits geneigt sey, den von Preußen zu treffenden Vereinbarungen keine Hindernisse in den Weg zu legen. Man bitte hierüber um eine Äußerung.

Auf diese Weise würde man, meine ich, Reedtz beruhigen, ohne daß Sie nöthig hätten, sich gegen die Preußen etwas zu vergeben. Diese aber hoffe ich noch zu vernünftigen Maßregeln zu bewegen. Sie erkennen jetzt ihren groben Fehler wohl, aber nun scheut man sich, denselben wieder gut zu machen. Diese kleinlichen Zänkereien verdanken wir aber nicht zum geringsten Theil meinem Landsmann Abeken, einem sehr fähigen Menschen, Theologen, Alterthumskenner, aber — — — ohne alle und jede juristische Bildung und Geschäftserfahrung. Das ist Preußische Art, solche Leute zu gebrauchen, wozu sie nicht nützen.

---

[1]) Als preußischer Friedensunterhändler.

Leben Sie wohl und ſchreiben Sie mir nach Hannover; ich denke in 3—4 Tagen wieder dort zu ſeyn. Laſſen Sie aber jedenfalls den Brief an Bennigſen gehen, den ich autoriſiren werde, ihn zu öffnen, damit die Sache raſcher geht.

Leben Sie wohl.

Ihr
JCBS.

Nr. 122. Frankfurt, 4. Juli.

Aus Ihrem Briefe vom 1. d. M. nehme ich zuerſt heraus, was die Däniſche Sache angeht. Sie wiſſen, liebſter Freund, daß ich gewiß Alles, was ich irgend vermag, thun werde, um dieſen albernen Profeſſorenkrieg, der ſo recht ſymboliſch als Parallele neben der Nat.-Verſammlung herläuft, und in welchem wir weder das Recht noch die Macht für uns haben, ſobald als irgend möglich beendet zu ſehen. Ihre Wünſche werden daher nicht bloß als ſolche in dieſer Sache mich zu Allem treiben, was ich irgend vermag. Ich zweifle aber, ob das, was in der von Ihnen gewünſchten Weiſe von hieraus geſchehen kann, dem Zwecke entſpricht. Reedtz will doch jedenfalls, wenn er auch hinſichtlich der Stellung der Centralgewalt nachgiebt und abläßt, und ſie mehr wie eine der den Krieg mitführenden Mächte als wie das Geſammtorgan derſelben behandelt, eine formelle Vollmacht haben. Eine ſolche aber wird auf dem von Ihnen vorgeſchlagenen Wege nicht gegeben werden können. Wenn der Hannov. Bevollmächtigte hier die von Ihnen bezeichnete Eröffnung, im Weſentlichen dahin gehend, daß Hannover den „dringenden Wunſch hege, darüber verſichert zu ſein, daß die Centralgewalt derſelben Anſicht ſei wie Hannover, und ihrerſeits geneigt ſei den von Preußen zu treffenden Vereinbarungen keine Hinderniſſe in den Weg zu legen" — machen wird, ſo wird Alles, was wir antworten können, das ſein: „daß die Centralgewalt nach wie vor bereit ſei, Preußen die etwa nöthige Vollmacht, falls ſolche gewünſcht werde, zu ertheilen". Ein Mehreres können wir nicht geben, aber dies wird Reedtz gewiß nicht genügen. Es iſt hier, weiß Gott, trotz aller Preußiſchen Brutalität keine Spur von Rancune; wenn nur irgendwie die geringſte Spur von gutem Willen ſich zeigt, ſo wird man von hieraus in jeder Weiſe entgegenkommen. Aber eine Vollmacht hinter dem Rücken Preußens zu geben, würde uns in die Gefahr bringen, daß man Preußiſcher Seits uns ſagte: wir brauchen Eure Vollmacht nicht; und daß wir das Odium, welches der Frieden mit Dänemark hervorrufen wird, vollſtändig theilen, ohne auch nur einmal von Preußen die ſimple Anerkennung unſerer Exiſtenz dafür erhalten zu haben. Dieſe Däniſche Sache drückt mich unſäglich; denn ich fürchte vor Allem das

Eine, daß etwa hinterher nach abgeschlossenem Frieden oder Waffenstillstande, die Ratifikation der Centralgewalt eingeholt würde. Da wäre denn, da der Reichsverweser doch all die ihm angethanen Demüthigungen gewiß nicht vergessen, die Situation allzugünstig, als daß er nicht vielleicht die Ratifikation verweigern würde. Mit einer Vollmacht, namentlich einer ganz generellen, steht es anders. Es ist mir herzlich leid, liebster Freund, Ihren Wünschen nicht besser entgegenkommen zu können — aber bei der Stellung, die Preußen der Centralgewalt aufzwingt, ist es gar nicht anders möglich. Lassen Sie sich in dieser Beziehung nur noch einige neueste Stücke erzählen. Seit 14 Tagen hat die Oesterreichische Regierung der Centralgewalt ein Corps von etwa 10000 Mann, das bei Bregenz unter Fürst Schwarzenberg steht, zur Disposition gestellt. Ich rieth gleich anfangs entschieden, das Corps in Baden einrücken zu lassen, aus politischen und militärischen Gründen, damit Oesterreich faktisch theilnehme an der Pacifikation Süddeutschlands, und um die Insurgenten in der Wiege der Revolution, dem Seekreise, zu fassen, während sie im Unterlande in den Seekreis hineingetrieben wurden. Berechtigt seien wir durch das am 25. Mai von der Badischen Regierung an uns gestellte Hülfsgesuch, dem entsprechend wir die Hülfe gewährt hatten, soweit unsere Mittel reichten, nämlich 15 m Mann unter Peucker; wären unsre Mittel größer gewesen, hätten wir mehr gewährt, was ja nicht ausschlösse, daß wir hinterher noch mehr schickten. Wittgenstein war dagegen und widerstand allem wiederholten Andringen. Nun lauteten die vor 3 Tagen vom Kriegsschauplatz kommenden Nachrichten gar bedenklich, die Hohenzollerner und Nassauer waren geflohen, die Mecklenburger hatten eine Kanone verloren, die Insurgenten schlugen sich trefflich und waren 15 Bataillons stark in geordneter Retraite, nicht en deroute. Nun schien Wittgenstein der Zeitpunkt gekommen, die Oesterreicher einrücken zu lassen, zur Unterstützung von Peucker, der im Schwarzwalde sich festsetzen und dann bei Freiburg debouchiren sollte, eine sehr schwierige Aufgabe. Zu gleicher Zeit hatte Wittgenstein ein an sich ganz indifferentes überaus artiges Schreiben vom Prinzen von Preußen erhalten vom 27. Juni, mit recht gesucht hervorgehobener Titulatur als Präsident des Reichs-Minister-Raths u. s. w., während er früher nur als Hessischer Generallieutenant galt. W. giebt nun dem Fürst Schwarzenberg Ordre über Constanz in Baden einzurücken pp, schickt den Courier aber an den Prinzen v. Preußen, notificirt ihm die Ordre an Schwarzenberg und stellt es seinem Ermessen anheim, ob der Courier an Schwarzenberg abgehen solle. Inzwischen hat der Wind in Berlin wieder umgesetzt und es kommt heute (ohne Zweifel autore Savigny) ein Schreiben an, sackgrob, worin W. wieder nur Hessischer Generallieutenant ist: der König von

Preußen habe kraft eines mit dem Großherzog von Baden geschlossenen Bündnisses diesem Hülfe zugesagt und dazu hinlängliche Truppen geschickt. Wenn er, der Prinz v. Preußen, Oesterreichische Truppen haben wolle, würde er deshalb in Wien anfragen und sie dort sicher erhalten, da beide Höfe im zärtlichen Einvernehmen, — das Ganze unsäglich lächerlich. Sie sollen Abschrift haben, nebst der Antwort Wittgensteins, der sich einfach auf Mittheilung des Badischen Hülfsgesuchs beschränkt.[1]) W. hat nun auch, womit ich nicht ganz einverstanden war, was ich aber nicht hindern mochte, den Reichsgeneral Prittwitz aufgefordert, energisch vorzugehen, damit ein Friede mit Dänemark möglich werde, zugleich aber alle 8 Tage hierher Bericht zu erstatten. Letzteres war die Hauptsache; Prittwitz hat nämlich einen Revers unterschrieben, daß er von keiner andern Regierung als von der Centralgewalt Befehle annehmen wolle u. s. w.

Wenn dieses Sie noch in Berlin trifft, so möchte ich wohl, daß Sie Radowitz als aus einem Briefe von mir eröffneten, daß wir uns unserer Stellung auf das allervollkommste nnd klarste bewußt wären, daß wir, selbst wo wir es könnten, aller Preußischen Brutalität gegenüber der Preußischen Politik nicht die geringsten Hindernisse in den Weg legen würden, daß wir aber weder direkten noch indirekten Angriffen (Deutsche Zeitung, Kölnische Zeitung u. s. w.) irgendwie weichen würden und sicher sein würden, daß Preußen entweder nachgeben oder zu offenbarer Gewalt greifen müsse, wozu ihm der Muth fehle — und wozu jetzt auch der Augenblick nicht mehr da. — Daß der Erzherzog fort,[2]) schwächt zwar auf der einen Seite unsere Stellung, auf der andern Seite aber stärkt es dieselbe, da wir nun nicht mehr mit seinen fortwährenden Gelüsten zur Niederlegung des Amts zu kämpfen haben, und nun Wittgenstein, der auch bisweilen schwankt, jetzt, solange der Erzherzog im Bade, das entschiedenste Festhalten zugesagt und Ehrenmann, wie er durch und durch ist, sicher halten wird. Dazu sind wir den Strohkopf Jochmus[3]) los, so daß die Sachen viel einfacher und leichter gehen — und dazu hab ich noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, noch neue und freilich sehr nöthige Kräfte zu gewinnen, zumal Biegeleben[4]) seit 10—12 Tagen im Bade ist. Hieran knüpfe ich noch gleich eine Bitte. Wie ich höre, kommt Bothmer Morgen oder übermorgen wieder. Dann würde Witte hier frei sein und zurückkehren. Nun bitte ich aber dringend, lassen Sie ihn noch hier. Ich bin gewohnt, Alles mit ihm zu durchsprechen

[1]) S. die Korrespondenz Deutsche Chronik 1849, II. S. 10, 12, 13, und ferner S. 28, 42.

[2]) Er befand sich in den Monaten Juli und August in Gastein.

[3]) Welcher sich in Begleitung des Erzherzogs befand.

[4]) Früher Unterstaatssekretair im Ministerium Gagern.

und finde an ihm die allerbeste Hülfe, die ich zwar auch an Bothmer finden würde, dem aber die Anschauungen der letzten Wochen fehlen. Wittes fernerer Aufenthalt wird auch Hannover reichlich zu Gute kommen, da er darüber aus ist, sich die Marine-Sachen recht zu eigen zu machen, was jetzt, da Jochmus fort ist, mit aller Bequemlichkeit geschehen kann. In diesen Dingen muß Hannover zugreifen, damit es etwas zu seinem Schaden komme. Die Sachen sind in unglaublich schlechten Händen von Anfang an gewesen; Duckwitz verstand nichts davon, hatte nur Bremen im Auge, Kerst [1]) verstand noch weniger und ist ein L... durch und durch, und so mit Grazie in infinitum. Sie sollen über Alles das genaue Details haben.

Ein Packet Aktenstücke, die Noten, die zwischen Berlin und Wien gewechselt worden, geht heute an Sie ab. Andere werden folgen, direkt oder durch Witte. Durch diesen werden Sie eine Note erhalten, die von hieraus an Oesterreich gerichtet worden. Zum Verständniß diene, daß nach Einlauf der Brandenburgschen Note vom 20. v. M. Wittgenstein pp. fort wollten, und daß ich darauf vorschlug, erst einmal eine Note an Oesterreich zu erlassen und deren Erfolg abzuwarten. Darauf hin beruhigte er sich, entschloß sich, als der Erzherzog fortging, zum Festhalten, bestand aber, da ich nun die Note fallen lassen wollte, auf Absendung derselben.

Wenn die Herren in Berlin doch bedenken wollten, daß sie jetzt noch mit Ehren einlenken können und aus freien Stücken, — später (einlenken müssen sie) sieht's immer aus, als geschähe es in Folge der Ungarischen Ereignisse.

Ganz der Ihrige

Detmold.

Nr. 123. Hannover, 9. Juli.

Mit bestem Dank für Ihren Brief vom 4. kann ich Ihnen, lieber Freund, heute nichts sonderlich Erfreuliches melden. Ich bin von Berlin weggegangen mit der Ansicht, daß es mir gelungen sey, die Leute dort davon zu überzeugen, daß sie nichts verkehrteres thun könnten, als sich mit der Centralgewalt zu überwerfen, aber auch mit der eigenen Ueberzeugung, daß es völlig unthunlich sey, sie nun noch zu einem Anerkenntnisse zu bewegen. Nicht nur haben sie sich in dieser Beziehung überall compromittirt, sondern es liegt eben auch Östreich und Baiern gar nicht daran, ein solches Anerkenntniß zu erlangen. Für diese ist Frankfurt eben auch nur ein Mittel zu ihrem Zwecke, das man gebraucht, so lange man kann, und

[1]) Generalsekretair für die Marine im Handelsministerium.

das man nachher wegwerfen wird. — Ich kann deßhalb Ihre Stellung nur als einen verlohrenen Posten ansehen und halte es für meine Pflicht, Sie zu bitten, sich nicht nutzlos den Intriguen zu opfern, die nun leider die deutsche Sache zu beherrschen anfangen.

Östreich und Baiern wollen eine neue Centralgewalt zu Stande bringen, um Preußen die Stellung zu nehmen, die es nun erhalten hat. Preußen will darauf nur eingehen, wenn man ihm noch mehr einräumt, als es besitzt und meint in seinem „engeren Bundesstaat" ein Mittel zu haben, Östreich überzutrumpfen. Es ist die elende Politik der halben Köpfe unserer Zeit, die immer meinen, es gebe ein Mittelding zwischen Recht und Unrecht, so wie Schmidt Elends Invalidenhaus zwischen Himmel und Hölle. Dieser Limbus infantium der Diplomatie alter Schule, deren Erbschaft unsere Liberalen auch hier angetreten haben, ist nun das Feld, auf dem wir arbeiten sollen. Ich gestehe, daß mir dazu die Fähigkeit fehlt.

Die Preußen haben die Bairisch-Östreichischen Anträge wegen Bildung einer neuen Centralgewalt an den Verwaltungsrath gelangen lassen. In Potsdam würde man gern darauf eingehen; allein in Berlin ist man klug und will bei dieser Gelegenheit die Östreicher nöthigen, ein Anerkenntniß zu Gunsten des engeren Bundesstaats zu geben; natürlich nicht gerade heraus, sondern so halb erlistet, in der Art, daß man nicht sagt, was man will, aber jedermann es weiß. F. Schwarzenberg, der Hrn. v. d. Pfordten über die Östreichischen Verfassungsintentionen mit Redensarten abgefunden und so nach Berlin geschickt hat (wo Prokesch sich wohl hütete, diese Floskeln selbst zu wiederholen, sondern die Mühe davon Hrn. v. d. Pf. selbst überließ, der dann auch das Gesagte verantworten mochte), der dann gegen Andere sich immerfort auf seinem Standpunkt der Negative behauptet, meint, es sey jetzt die Zeit, Sachsen und Hannover von dem Preuß. Bündniß loszureißen, worin er sehr irrt, und droht, wenn er nur erst die Ungarn unterworfen haben werde. — Allem diesem gegenüber wäre unsere Politik die, völlig ruhig zu beharren; und das könnten wir, wenn Preußen nicht den albernen Streit mit der Centralgewalt angefangen hätte. Ueber diesen Streit aber hatte man auch den König persönlich so eingetrieben, daß darüber mit diesem nicht zu reden war. Was hier nun zu thun, ist schwer zu sagen. Alles Notenwechseln hilft natürlich nichts, sondern macht die Sache nur schlimmer. Gehen lassen kann man die Dinge auch nicht, wenn so heillose Geschichten die Folge sind, wie die Englische Erklärung, daß sie die Deutsche Marine als Piraten behandeln werden, weil sie keinen anerkannten Kriegsherrn habe.

Um dieſe heilloſen Folgen des kühnen Griffes wieder herzuſtellen (wir haben nun nächſtens den Jahrestag der Baſſermannſchen Zermalmung [1]) iſt in fine finali kein anderes Mittel, als dasjenige der Einigung mit Öſtreich. Als Bedingung dieſer Einigung ſtellt Öſtreich die Beſeitigung des Volkshauſes auf, und ich geſtehe, nicht ganz ohne Grund, obwohl die Sache damit gar nicht abgethan iſt, vielmehr die Schwierigkeiten auch erſt wieder anfangen. Nun iſt aber einerſeits eine Einigung auf dieſer Baſis zur Zeit noch unmöglich und um ſo bedenklicher, je größer und je gerechter das Mißtrauen gegen Ö. in allen deutſchen Sachen iſt, ſo lange es keinen reinen, abgeſchloſſenen Plan hergiebt, und ſich blos mit „vorſchweben“ [2]) hilft. — Andererſeits iſt es ſehr bedenklich, lange zu zaudern, da der Sieg in Ungarn nichts beſſert, wie ſelbſt General Rauch bemerkte. — Die definitive Einigung ſchiebt deßhalb jeder gern zurück; Öſtreich, weil es erſt in Ungarn ſiegen will, Baiern, weil es das Volkshaus durchzuführen ſich anheiſchig gemacht hat, Preußen, weil es immer noch nach ſeinem engern Bundesſtaat viſirt. Rußland wird ſie vielleicht befördern, aber in welchem Sinn? — Für den Augenblick möchte auch ihm das Proviſorium lieber ſeyn. Wir kommen alſo nolens volens auf dieſes zurück. Nun war unſer Plan ganz der von Ihnen im Memorandum vom 17/6. ausgeſprochene; den hat Preußen durch einſeitige Querſprünge verdorben. Quaeritur, kann man darauf zurückkommen? oder muß man ſchlechterdings zu einer neuen Einigung ſchreiten? — Man kann zu dem letzten nicht ja ſagen, ſo lange keine feſten Pläne vorliegen. Baiern hat erklärt, dieſe Sache ganz in die Hände von Öſtreich und Preußen zu legen. — Ich hätte das nicht gethan, da man nothwendig Competenzbeſtimmungen machen muß; es iſt aber geſchehen, und da man die Sache an den Verwaltungsrath gebracht hat, ſo mag dieſer die Competenzbeſtimmungen vorſchlagen.

Kann man ſich nicht einigen, ſo bleibt nichts übrig, als die Proviſoriſche Centralgewalt zu continuiren, und es wäre gewiß für Preußen ſehr klug geweſen, ſich dieſes Auskunftsmittel zu menagiren. Aber wie ſoll man jetzt den Preußiſchen Stolz dahin bringen? — Es iſt mir ſchon der Gedanke gekommen, ob Sie vielleicht Preußen den Vorſchlag machen könnten, das Schiedsgericht darüber entſcheiden zu laſſen? Darin könnte man bei einigem guten Willen einen ehrenhaften Rückzug finden. Aber man kann den Gedanken noch nicht ertragen, einer ſo gänzlich von aller materiellen Macht entblößten, allerdings auch durch ihre Entſtehungsweiſe ſchwach geſtellten moraliſchen Perſon nachzugeben.

---

[1]) In der Debatte über das Schreiben des hannoverſchen Miniſteriums vom 7. Juli 1848. S. oben S. 64. — [2]) Vgl. Depeſche vom 4 Februar.

Daß Sie, wie ich aus Ihrer letzten Note an Rechberg sehe, Östreich zur Erklärung drängen, ist wohlgethan. Man muß das jetzt von allen Seiten; aber Erfolg hoffe ich zur Zeit noch nicht. Man zieht es vor, mit Baiern zu hetzen und die Piusvereine zu Hülfe zu nehmen. Die sind jetzt ihre Waffe am Rhein. Geben Sie Acht auf die Preuß. Wahlen.

So viel schrieb ich vor der Sitzung. Dort wurde ein Bericht aus München mitgetheilt, nach welchem Kleinschrod [1]) sich sehr friedlich ausgesprochen und die Vereinigung Baierns mit dem Bündniß in Folge mündlichen Berichts v. d. Pfordtens in Aussicht gestellt hatte. Daraus mag ein anderer klug werden!

Herzliches Lebewohl

Ihr
JGBS.

Nr. 124. Frankfurt, 12. Juli.

Ihr Brief vom 9., theurer Freund, hat mich sehr traurig gemacht. Denn ich sehe daraus, wie wenig Grund wir haben, irgend Hoffnungen auf die Zukunft zu bauen. So lange aber nicht Preußen und Oesterreich vollständig geeinigt dastehen, ist keine Aussicht auf irgend ruhige Zustände. Ich habe früherhin Gelegenheit gehabt, einen Blick wenigstens im Allgemeinen in die Pläne der hiesigen Führer der Demokratie zu thun, zu einer Zeit, wo der Antagonismus Oesterreichs und Preußens noch nicht so zu Tage getreten war wie jetzt; schon damals ging die einzige Hoffnung dieser Leute auf ein solches Zerwürfniß, alle andern Faktoren ihrer Rechnung schlugen sie geringer an, als man hätte glauben sollen. Und jetzt, da jenes Zerwürfniß offen vorliegt, jetzt, da die Hoffnungen der Demokraten durch Unterdrückung der Aufstände in Baden und der Pfalz, durch den mißglückten 13. Juni [2]) in Paris wesentlich geknickt sind, jetzt sprechen ihre Blätter es offen aus: Das alles seien Bagatellen, die die Demokratie für den Augenblick an den Boden werfen, nicht aber sie zu tödten vermöchten; dort sei die Hoffnung und die Bedingung ihres Sieges, in dem Zerwürfniß der beiden Großmächte. Und so ist es auch: Preußen wird zuerst von der Demokratie getroffen werden, trotz all der künstlichen Classen-Wahlen und anderer pfiffiger Kniffe. Das ist das Unglück und der Jammer, daß der glückliche Umschlag in der öffentlichen Meinung, der jetzt eingetreten und der halten wird bis zur nächsten Auflösung, daß der in keiner Weise

[1]) Bayerischer Justizminister.

[2]) Eine auf Beseitigung des Präsidenten abzielende, vom General Changarnier rasch unterdrückte Revolte.

benutzt werden kann zur Gewinnung fester Zustände. Und er könnte es so gut, wenn man einig wäre zwischen Berlin und Wien, oder, um das Wort gerade herauszusagen, wenn man in Berlin ehrlich wäre. Denn das ist es. Die Schuld liegt für den Augenblick mehr dort als in Wien. Die Unehrlichkeit ist es, die durch das Preußische Treiben jetzt durch und durch geht. Dieser ganze Verfassungs-Entwurf ist ja nicht ehrlich gemeint (Sie sehen, wie die Extreme sich berühren, wie ich darin mit der Demokratie übereinstimme!). Der Plan war: die Centralgewalt und nur die Centralgewalt. Hieher wollte man, ins Turn-Taxissche Palais der Eschenheimergasse! Dem guten Rechte (12. Juli, heute jährig) des Reichsverwesers fehlte Eins: die Macht. Hätte Preußen jenes Recht überkommen und seine Macht hinzugebracht, so war Alles da, was man wünschen konnte. Dann hätte man von wegen der provisorischen Centralgewalt, als Erbe und Nachfolger des Erzherzogs Johann Deutschland regiert. Die Verfassung war nur ein Lockbild, ein Köder, weshalb man sie auch der Frankfurter Verfassung so ähnlich gemacht hatte, mit ihr sollten die Piepmeyer eingelullt und beruhigt werden; sie wäre gewesen wie die Versprechungen Friedrich Wilhelm III.; ja die Preußische Regierung hätte zu derselben noch ungleich reiner gestanden, als die frühere Regierung zu jenen Versprechungen. Denn diese Verfassung ist unausführbar; und daß sie unausführbar, war nicht die Schuld der Preußischen Regierung, sondern der Frankfurter Nat.-Versammlung, die sie ja eigentlich gemacht. Das Provisorium, das Preußen die Bundesfestungen, die Cassen, die Flotte, kurz Alles in die Hände lieferte, hätte man dann ewig dauern lassen oder vielmehr so lange, bis Oesterreich sich erhoben hätte. In dem Kriege mit Oesterreich (scheuen wir uns nicht, das Wort auszusprechen, die Sache wird uns bald genug über den Hals kommen!) hätte man aber über die Mittel des übrigen Deutschlands von wegen der provisorischen Centralgewalt disponirt. Doch die einzelnen Chancen und Seiten dieses Planes werden Sie besser übersehen als ich. Aber dieser Plan ist nun vereitelt, wie er es werden mußte. Preußen steht jetzt draußen, statt drinnen weich und warm zu sitzen im Vollbesitze; jetzt muß es seine eigenen Argumente (Note vom 28. Mai) bekämpfen, jetzt muß es als einzigen Hebel und Werkzeug jene Verfassung brauchen und ins Leben zu führen suchen, die gar nicht dazu bestimmt war. Wie unmöglich es ist, mit ihr zu operiren, wird sich bald zeigen. — Sie reden vom Volkshause. Dies ist ja der Hauptpunkt der Preußischen Unehrlichkeit. Hundertmal hab ich mit Radowitz diese Sache durchsprochen; anfangs war auch er der entschiedensten Ansicht, ein Volkshaus sei unmöglich, nur durch ständische Ausschüsse könne die Volksvertretung geübt werden; erst seit Mitte März meinte er, man könne nicht

gegen den Strom ſchwimmen, man müſſe den Verſuch machen; es werde ſich bald abnutzen u. ſ. w. Das iſt Alles eitel Unehrlichkeit. Bringen Sie Ihre Verfaſſung zum Operiren (eine Sache, deren Möglichkeit ich noch bezweifle), ſo haben Sie, wie Sie das vor einem Jahre in dem Schreiben an Ihre Wähler ausgeſprochen haben, in kurzer Zeit Einheitsſtaat und Republik. Da will ich doch lieber gleich das Allerſchlimmſte, als die Ausſicht auf dieſe ewigen Kämpfe und Krämpfe. Meine Hoffnung und meine Rechnung nun war dieſe: Da Preußens Plan auf die Centralgewalt vereitelt worden, muß es ſuchen, ſein Bündniß auszudehnen. Dem ſtand entgegen: 1) die Luſt zur Selbſtändigkeit der einzelnen Regierungen, die im Preuß. Bündniß mehr oder weniger, ſpäter ſicher ganz und gar untergehen mußte. Dieſe war früher bei den 28 kleineren Regierungen durch das Clubregiment gebrochen worden und die Regierungen unter den Erbkaiſer gezwungen worden. Das war aber die Frankfurter Verfaſſung und darum rechnete Preußen falſch, wenn es auf das demokratiſche Element als Bundesgenoſſen zählte; — im Gegentheil iſt dieſes 2) ein entſchiedener Gegner des Preuß. Bündniſſes. Die einzige Unterſtützung des Preuß. Bündniſſes war vielmehr nur in der Furcht vor der Demokratie zu finden, welche die kleinen Fürſten unter den Preuß. Schutz treiben konnte; aber dieſe Furcht mußte ſchwinden, je ſiegreicher Preußen die Demokratie in Baden bekämpfte. Ich hoffte nun, Ihr Bündniß werde ſobald keine neuen Theilnehmer finden, die Gründe zur Theilnahme (Furcht vor der Demokratie) bis dahin immer mehr ſchwinden und die beiden Cabinette zu Wien und Berlin dann am Ende einſehen, daß Einigung unter ihnen vor Allem Noth, und daß dieſe Einigung dann auch erfolgt wäre. Dieſe Rechnung und Hoffnung iſt noch nicht erfüllt worden, aber ſie kann es noch immer, denn, wie es ſcheint, iſt die Luſt zum Beitritt noch gar nicht groß. Tritt Oeſterreich dann zugleich kräftig und auf der andern Seite beſcheiden auf, dann ließe ſich die Sache noch machen. Der rechte Moment iſt freilich bereits verpaßt und verdorben dadurch, daß Ihre Berliner Verfaſſung das Volkshaus enthält. Es war eben wieder eine ächte Berlinerei, unehrlich und dumm zugleich, ſo daß dann (wie es ja auch geſchehen iſt) der Spitzbube in ſeinen eigenen Netzen gefangen wird: man erregt Geſchrei, als wollte man eine Million haben und fordert am Ende einen Pfennig; man konnte etwas oktroyiren, was geſund und lebenskräftig geweſen wäre und oktroyirt den Entwurf zu einer Verfaſſung, die auf der Frankfurter abgeklatſcht iſt und ein Wahlgeſetz, das auch nichts ſichert ſondern nur erbittert. Um ſolcher Lumpereien willen hätte man nicht ſollen ſolches Geſchrei veranlaſſen; war aber das Geſchrei einmal da, ſo ſollte man ſich nicht mit ſolchen Lumpereien begnügen. — Halten nun aber Bayern und Würtemberg noch feſt, und wendet nament-

lich das heillose Unglück vor Friedericia [1]) die Meinung noch einmal entschieden gegen Preußen, so ist, bei sonstiger vorsichtiger Leitung, noch immer einige Aussicht da, daß Alles sich zum Besten wende, d. h. daß Preußen nachgebe und sich mit Oesterreich verständige. Vergleichen Sie — Zeit und Papier zwingen mich hier zu Sprüngen und Lücken — hier nur den Schluß in der sonst so albernen Rede Gagerns in Gotha, wo er sagt, daß ihm ohne Bayern selbst der alte Bund lieber wäre pp.

Doch Alles dieses sind Sachen, die Sie, liebster Freund, tausendmal besser übersehen als ich, und mit deren Besprechung, wie es hätte gemacht werden müssen und wie es nicht gemacht ist, man am Ende in ruhigen Tagen sich die Zeit vertreiben mag. Wir müssen jetzt die Dinge gehen lassen. Daß Sie in Berlin mit den Vernunftpredigten kein Gehör gefunden, kann ich mir wohl erklären; der Zorn auf uns ist zu groß, als daß er die Leute nicht verblenden sollte. Daß allerlei Neues in der Luft, ist mir klar, namentlich das Mouvement in der Englischen Diplomatie deutet dahin; gestern kam hier Lord Ponsonby durch nach Wien, L. Cowley ist vorgestern nach Stuttgart gegangen, Henry L. Bulwer, der seit einiger Zeit sehr unwohl in Homburg verweilte, vorgestern nach Carlsruhe. Haben Sie dort vielleicht Näheres darüber, so theilen Sie mir's mit. Englischer Seits wirken eine Menge seltsamer Faktoren auf unsre Deutschen Zustände ein. Merkwürdig ist, daß, während über das Helgolander Gefecht so unverschämte Englische Noten nach Berlin, Hamburg pp. gegangen sind, wir eben darüber eine ungemein artige und liebenswürdige erhalten haben, die ich wohl noch heute durch Witte mittheile. Vielleicht hat der König über Alles dieses Näheres?

Sie warnen mich wegen Oesterreichischer Intriguen. Ich kann Sie versichern, daß, wenn man nicht etwa unsre ganze hiesige Existenz eine Oesterreichische Intrigue nennen will, sonst von dergleichen nicht im Mindesten die Rede sein kann. Kämen Anwürfe dazu, so seien Sie versichert, daß sie zurückgewiesen würden. Wir müssen uns nur hüten, daß wir den Preußischen Brutalitäten gegenüber nicht zu Preußenfeinden werden. Unsre Note an Rechberg wird natürlich nichts helfen; gegen Berlin werden wir uns natürlich ganz ruhig verhalten und nur Mittheilungen machen, wo sie durchaus nothwendig, eben um das Nothwendige nicht zu unterlassen.

---

[1]) Die Niederlage der schleswig-holsteinischen Armee vor Fridericia am 6. Juli wurde ohne Grund dem Oberkommandirenden der Reichstruppen, von Prittwitz, zur Last gelegt, welcher die Möglichkeit rechtzeitiger Hilfsleistung versäumt habe.

Ich erwähnte Witte in Beziehung auf die Flotte. Ich möchte nicht, daß W. jetzt, wo faſt alle Bevollmächtigte fort, auch wegginge, und doch wünſchte ich ſehr, daß W. einmal nach Hannover ginge, um über jene Angelegenheit mit Ihnen zu reden. Kommt Bothmer nicht bald zurück?

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 125. Hannover, 19. Juli.

Ihr Brief vom 12., lieber Freund, iſt einige Tage unbeantwortet geblieben, weil mir durch Beſuche und Feſtins die Zeit verdorben iſt. Wenn doch die gute Kronprinzeſſin unſereins mit dergleichen nicht erfreuen wollte! — Aber zur Sache. Sie haben vielleicht aus meinem Montagsartikel [1]) geſehen, daß ich Ihre Anſicht von der Gefahr des Zanks der Democratie gegenüber adoptirt habe, daß ich aber die Stellung zu Öſtreich und Preußen anders auffaſſe. Ich meine nämlich, um es mit Einem Worte zu ſagen, daß die Dummheit in Berlin, die Unehrlichkeit in Wien größer ſey. In Berlin iſt großer Mangel an Einſicht in das eigene Intereſſe, gänzlicher Mangel an Menſchen, gänzlicher Mangel an Zuſammenhang, indem ein halb Dutzend Menſchen und Anſichten durch einander pfuſchen, die alle nur darin übereinkommen, daß die Warnung von Leibnitz: La cour de Berlin prend feu sur la moindre chose, qui mérite à peine qu'on en prenne connaissance, ewig auf ſie paßt. Das erhält immer das Anſehen der Unehrlichkeit und wirkt ebenſo; aber man wird ſtets irre gehen, wenn man einen tief angelegten Plan dahinter ſucht. In Wien dagegen, wo ſich alles im Kopfe des Fürſten Schwarzenberg concentrirt (Gott weiß wie!), kann man einen ſolchen Plan erwarten, und in der That kann nur die abſolute Unfähigkeit irgend etwas zu machen (wie Prokeſch, den ich für entſchieden unehrlich halte, behauptet) oder die abſolute Unehrlichkeit das Benehmen Öſtreichs, nie klar heraus zu gehen, entſchuldigen. Was ſind das denn für Pläne, wenn man in dieſem Winter Preußen Churheſſen anbot, und noch jetzt in Wien Herr v. d. Pfordten ausſchwatzte: Man könne Preußen mit Mecklenburg, Anhalt und Braunſchweig den Mund ſtopfen, während er ſelbſt ſehr deutlich darauf viſirt, daß Baden zerriſſen und zwiſchen Baiern und Würtemberg getheilt werden müſſe. — Wenn in Berlin ein Plan, wie der, den Sie vorausſetzen, ſeyn ſollte, ſo kann derſelbe möglicher Weiſe in keinem anderen Kopfe ſeyn, als in dem von Radowitz. Dieſen kennen Sie beſſer als ich. Was mich angeht, ſo habe ich große Zweifel an ſeiner Ehrlichkeit. Gewiß iſt, daß er ein Principien- und Conſequenzenmacher iſt, und daß es ihm nie auf die Wahrheit ſeiner Principien an-

[1]) Hann. Zeitung vom 16. Juli: „Zeitbetrachtungen."

kommt, ſondern nur auf die Conſequenz ſeiner Folgerungen; wenigſtens argumentirt er ſo regelmäßig aus falſchen oder halbwahren Principien, und iſt ſo geneigt, das Princip oder den Zweck ſeines Handelns zu wechſeln, daß mir das nur erklärlich iſt durch die Annahme, daß ihm die Wahrheit ſeiner Principien gleichgültig ſey. In Berlin ſchreibt man ihm tiefe Rachſucht zu, erzählt, daß er nach ſeiner vornehmen Heirath ſich Ahnenbilder angeſchafft u. ſ. w. Das laſſe ich dahin geſtellt. Sie ſchrieben mir, er ſey grundehrlich aber unpractiſch. Ein andermal haben Sie mir eine Äußerung von ihm mitgetheilt, daß er erſt Ultramontan und dann Politiker ſey. Wie reimen Sie nun ſeine entſchieden antikatholiſche Oppoſition gegen Öſtreich mit der ultramontanen Geſinnung? Oder wenn er durch ſeine tolle Union etwa einerſeits Öſtreich rein katholiſch halten und andererſeits ihm die ganze Politik des Deutſchen Bundes der Mitte (das iſt am Ende die Union) in die Hände legen wollte, wie iſt das mit ſeiner Stellung zu Preußen zu reimen? — Entſchuldigen Sie, daß ich mich ſo lange bei ihm aufhalte; aber er iſt der Menſch, der in Berlin die Dinge in dieſe Lage gebracht hat, der den Zank mit der Centralgewalt hervorgerufen, den Streit mit Wien vergiftet hat. Er iſt es auch, dem wir dieſen Abklatſch der Frankfurter Verfaſſung verdanken, und dem allein die Unehrlichkeit, die darin liegen mag, zur Laſt fällt. Die Stockpreußen wollten das nicht, ſind damit gar nicht zufrieden. Dieſen hat er geſtändig die Suprematie als Köder hingehalten (ſein Unionsproject war freilich geſcheitert). Die Stockpreußen wollen Preußen bleiben und als ſolche das große Wort in Deutſchland führen, fürchten jede Amalgamirung. — Verwechſeln Sie aber nicht die Intriguen Preußiſcher Subalternen (z. B. der Marineräthe in Frankfurt) mit der Regierung.

Doch genug davon; ich bin nicht zum Apologeten Preußiſcher Politik beſoldet; am wenigſten nach der neuen Unfähigkeit, die ſie in der Däniſchen Sache begangen, und deren Ende ich noch gar nicht abſehe, und aus der ich ſchlimme Verwicklungen beſorge. — Laſſen Sie uns lieber ſehen, was aus unſerem Bündniß werden wird. Dieſes Bündniß befaßt jetzt alle größeren Staaten bis auf Öſtreich, Baiern, Würtemberg, Holſtein. Daß die noch fehlenden kleinen folgen, iſt ohne Zweifel. Wir haben alſo Norddeutſchland und in Darmſtadt NB. den Schlüſſel zur Mainlinie. Von Baden rede ich nicht. Darmſtadt aber halte ich um ſo wichtiger, als dieſe Verbindung auch 1828 den Zollverein erzwungen. Öſtreich und Süddeutſchland können Mainz nicht entbehren. Es muß alſo auf die Dauer immer zu einem Bunde zurückkehren, inſofern man nicht durch einen Krieg Deutſchland dauernd zerreißen will, ein Gedanke, der unmöglich iſt. Die Unterhandlungen über jenen Punct müſſen dem Reichstage, von welchem die Durchführung

der Verfassung abhängt, vorhergehen, und halte ich es für eine völlige Tollheit der radicalen Köpfe, in denen noch das Frankfurter Revolutionsfieber steckt, daß man einen Reichstag berufen könne, der eben kein Reichstag seyn würde. Das werden ja nun auch die Actenstücke vom 26. Mai klar machen. Wir nehmen an, daß der Reichstag möglich ist, wenn Baiern beitritt, und Östreich nicht widerspricht. Setzen wir diesen Fall ohne Modification des Entwurfs, nehmen wir ferner an, der Entwurf gehe nun ohne Weiteres durch, dann hängt viel mehr davon ab, welche Geschäfte der Reichsverwaltung zufallen, als von den Formen der Verfassung. Diese letzteren sind nicht unbedeutend, aber nur insofern, als sie auf die Competenz einwirken. Die Verfassung schränkt nun die Competenz sehr wesentlich ein. Ich gebe zu, daß sie hie und da noch besser zu bestimmen wäre, daß es namentlich rathsam wäre, die von den Professoren ausgeheckte Gesetzbuchsfabrik wegzuschaffen, daß das Bedürfniß der Reichsregierung in großen und kleinen Staaten, in Baiern und z. B. in Lippe-Detmold oder Thüringen ein sehr verschiedenes ist; im Ganzen sind die Gegenstände des Bedürfnisses richtig bezeichnet, und das punctum saliens ist in der That jetzt die Frage, wie weit sich die Oberaufsicht erstrecke? worüber die Denkschrift nachzulesen. Die Entwicklung aller dieser Dinge aber gehört der Zukunft, und es ist ganz unmöglich, dergleichen auf einmal abzuschließen, am wenigsten in einer sg. Verfassungsurkunde, die eigentlich nichts ist und seyn kann als ein Rubrikenverzeichniß (wie ich denn, so wie die Sache liegt, es für den größten Fehler halte, daß man in die Reichsverfassung mehr hat legen wollen), oder eine complete Revolution. Auch die Verfassungsurkunden der Länder sind das nur, und blos einzelne Puncte bedeuten wahrhaft mehr. Dieser Stoff ist aber für einen Brief viel zu reich; darum will ich nur noch die Bemerkung hinzufügen, daß ich nicht glaube, daß es möglich sey, in Bezug auf innere Politik und Verfassungsverhältnisse irgend einen Gang der Entwickelung mit Bestimmtheit als den nothwendigen vorherzusagen; ebenso wie ich die Betrachtungen über die Vergangenheit, was etwa geschehen wäre, wenn dies oder das anders gewesen wäre, für vergeblich halte. Denn in beiden Fällen ist es eben unmöglich, alle eventuellen Factoren zu übersehen. Sie sagen, man hätte etwas lebenskräftiges octroyiren können statt des Entwurfes. Ich frage: Was würden Sie für lebenskräftig gehalten haben (nicht jetzt halten)? und wer hätte dann octroyiren können? Preußen etwa mit oder ohne die Könige, Baiern? Würtemberg? — mit oder ohne Östreich?

Sie setzen Hoffnung auf eine noch mehr sich entwickelnde Meinung gegen Preußen. Ich fürchte sehr, daß solche Hoffnungen auf feindselige Stimmungen in Deutschland uns nirgend zum Guten führen. Diese Feind-

ſeligkeiten werden mit Sicherheit nur der auflöſenden Richtung, alſo entweder der Republik, oder der Despotie Preußens dienen. Der Hauptkern meiner ganzen Politik iſt, daß von jeher der Schwächere dem Stärkern gegenüber kein anderes Mittel gehabt hat, als dieſen durch Recht und Treue zu binden. Er kann dann dem Rechte Kraft geben durch Schutz eines anderen Mächtigen; das gebe ich zu, wo es Recht gilt. Eine Politik, wie die von Sardinien ſeit dem 16. Jahrh. beobachtete, würde ich nicht durchführen können. Ich halte ſie auch nur möglich für einen despotiſch regierten Staat.

Von den etwaigen Engliſchen Umtrieben weiß ich nichts, auch ſchwerlich der König, der bekanntlich kein Freund Palmerſtons iſt, und ſeine ganze Hoffnung auf deſſen Fall ſetzt. Er hat aber gar nichts über die jetzige Lage der Dinge geäußert, und ich habe von allen Seiten her nichts vernehmen können, als daß England ſich in die Deutſchen inneren Verhältniſſe durchaus nicht mengen wolle. — Es iſt in Frankfurt von Ruſſiſchen Intentionen gegen Deutſchland die Rede. Nach meinem Geſpräch mit Rauch und mehreren mit Meyendorff weiß ich nur, daß Rußland dringendſt zum Frieden mit Öſtreich treibt. Ueber die Ruſſiſche Flotte in der Oſtſee erklärte Meyendorff ſich in einer Weiſe, die bloß den Schutz der Neutralität bezielte, und führte eine Reihe ähnlicher Fälle dazu an. Für jetzt fürchte ich eine Einwirkung Europäiſcher Art nicht. Käme ſie, ſo wird man ſich auf das Gebiet des Deutſchen Bundes zurückziehen müſſen. Damit kann man auch alle Kriegsgelüſte Öſtreichs todſchlagen. Denn dieſes kann nichts weniger als den Bund herſtellen. Darüber nächſtens mehr.

Neues iſt heute nicht weiter vorgekommen. Nur ein Zeichen der traurigen Auflöſung im Reichsminiſterium der Marine, theils wohl Schuld der Herren Teichert und Jordan. Die Preußiſche Regierung iſt aber loyaler als dieſe Subjecte. Dann neues Gerede von Frankfurt her über den zu Regensburg zu berufenden Reichstag. Zuſammenlügen kann man wohl was, und ſchwerlich iſt jemals grauſamer gelogen, als jetzt. Dennoch beſſert ſich die Stimmung fortwährend. Der Paroxysmus der freien Preſſe und Volksvereine ſcheint vorüberzugehen. Das iſt der erſte Schritt zu Geſundheit.

Herzliches Lebewohl. Ihr

JCBS.

Nr. 126. Frankfurt, 20. Juli.

Da ich weiß, daß Sie, liebſter Freund, ein Gourmand ſind, ſchicke ich Ihnen hier ein Kiſtchen Frankfurter Delikateſſen und wünſche, daß Sie ſich ſolche wohlſchmecken laſſen mögen.[1] Der Ihrige

Detmold.

[1] Auf dem Briefe findet ſich mit Bleiſtift von Stüves Hand bemerkt: Eine vollſtändige Sammlung der Bundestags-Protocolle, Folio-Ausgabe, begleitete dies Billet.

Nr. 127. Frankfurt, 2. Auguſt.

Zuerſt meinen herzlichen Dank dafür, th. Freund, daß Sie meine Bitte wegen Wittes Reiſe zu Ihnen erfüllt haben; er wird natürlich nicht eher reiſen, als bis es wirklich nothwendig; mir lag aber daran, die Sache hier in der Hand zu haben. Ein Theil deſſen, was er dort beſprechen ſollte, iſt nun freilich bereits in den letzten Depeſchen des Gr. Bennigſen theils erledigt, theils angebahnt worden; — allein theils iſt jene Angelegenheit doch durch die Depeſchen noch nicht ganz erledigt, theils war ſie auch nicht allein Grund meiner Bitte, und ſo bleibt der Reiſeplan vorläufig noch beſtehen. — Was mich neben jener Marine-Sache mit zu der Bitte veranlaßte, war — neben Anderem — Folgendes. Die unſelige Waffenſtillſtands-Angelegenheit[1]) wird mancherlei Verwickelungen herbeiführen (namentlich die geheimen Artikel) und dieſe werden dann vor Allem den souffre douleur, die Central-Gewalt treffen. Dieſe Geſichtspunkte, noch mehr aber der allgemeine, haben uns zu dem Verſuche veranlaßt, unſre Stellung mit Ehren aufgeben zu können, d. h. an eine andre neu zu ſchaffende proviſoriſche C.-G. überliefern zu können. V. d. Pfordtens Verſuche, eine ſolche zu bilden, ſind zwar vor 4 Wochen in Berlin an der Berliner Brutalität geſcheitert; allein ſeitdem muß Preußen ſich überzeugt haben, daß theils jener Waffenſtillſtand, theils aber und noch mehr das konſequente Weitergehen auf dem Wege, den es eingeſchlagen hat, doch Verwickelungen herbeiführen müſſen, die am Ende nur mit dem Schwerte zu löſen ſein möchten, — und ob man dazu von vornherein entſchloſſen, d. h. wirklich und nicht bloß behuf Drohens entſchloſſen iſt, möchte doch ſehr zu bezweifeln ſein. Zu jenen Verwickelungen, zu denen ein Weitergehen auf dem eingeſchlagenen Wege führt, rechne ich ſo manche Angelegenheit, wie ſie jetzt toto die zur Sprache kommt, z. B. die Bundesfeſtungen pp. Da iſt es nun gar zu lächerlich, wie Preußen, die Central-Gewalt konſtant ignorirend, Verhandlungen mit Wien, München pp. zulegt und, namentlich von Wien, fortwährend an die Centralgewalt verwieſen wird. Ich werde ſuchen, Ihnen einige Noten mitzutheilen, die in dieſer Beziehung ſehr intereſſant ſind. Preußen wird alſo den Fehler, den es begangen, gewiß vollauf einſehen; von einem Mächtigen, von einem Starken, von einem Klugen darf man dann aber nicht verlangen, daß er den eingeſchlagenen verkehrten Weg zurückgehe, um den rechten Weg einzuſchlagen, — ſondern man muß ihm eine Brücke bauen, um auf den rechten Weg zu gelangen. Da nun nach v. d. Pfordtens Scheitern weder Oeſterreich noch Bayern, noch auch Preußen

[1]) Die Friedenspräliminarien und die Waffenſtillſtands-Convention vom 10. Juli ſ. Deutſche Chronik 1849, II. S. 21.

in dieſer Sache die Initiative zu neuen Verſuchen ergreifen werden, ſo wollen wir es unternehmen; bei den ſüddeutſchen Regierungen wird man ſicher auf unſre Vorſchläge eingehen; iſt man in Berlin nicht ganz und gar wahnſinnig, ſo wird man ebenfalls die dargebotene Hand ergreifen. Wir haben in dieſen Tagen die Inſtruktionen ausgearbeitet, unſer Sendbote geht heute oder Morgen fort, nach Stuttgart, München, Gaſtein, Wien, von dort nach Dresden und dann nach Berlin, am letztern Ort wird er natürlich nicht offiziell auftreten. Da uns nun vor Allem daran liegen muß, daß Sie in dieſer Frage mit dem vollen Gewicht Ihrer Stimme eintreten und ſich nicht etwa vorher von Berlin aus binden laſſen, ſo hätte ich gewünſcht, daß dieſerhalb Witte, den wir genau inſtruirt haben würden, zu Ihnen gekommen wäre. Wahrſcheinlich wird ſich nun Beides, dieſe und die Marine-Sache mit einander verbinden laſſen, d. h. die Inſtruktion der letztern ſich ſo beſchleunigen laſſen. Was unſern Plan wegen Bildung einer neuen Centralgewalt am erſten ſcheitern machen könnte, iſt das Zuſammentreten der Berliner Cammern. Haben dieſe ſich erſt einmal der deutſchen Frage bemächtigt und die Regierung auf dem falſchen Wege, den ſie eingeſchlagen hat, feſtgemacht, dann iſt freilich ein Herauskommen ſehr ſchwer. — Ein Näheres, wenn ich Ihnen die Inſtruktionen ſchicke, die wir unſerm Sendboten mitgeben.

Daß Preußen, um einmal ganz von ſeiner Stellung zur Centralgewalt abzuſehen (denn dies iſt eine ganz iſolirte, ſelbſtändige und unnöthige Dummheit), auf dem Wege, den es eingeſchlagen, zum Ziele kommen werde bezweifle ich täglich mehr. Wegen der Ungezogenheiten der Preußiſchen Lakaien gegen uns bin ich doppelt auf der Hut, mich aller feindſeligen Gefühle gegen Preußen zu wahren, und um das zu können, kümmere ich mich ſehr wenig um die Fortſchritte, welche der Spreebund macht. Allein glänzend ſind dieſe Fortſchritte nicht. Das ſehe ich an einzelnen ſchlagenden Symptomen. Sachſen, glaube ich, ſitzt ſehr loſe im Bündniß und fällt bei erſter Gelegenheit heraus; in Heſſen-Darmſtadt hat man den Miniſterialrath Eigenbrodt (Gagernianer quand même) desavouirt, aus Berlin abberufen und durch Lepel erſetzt u. ſ. w. Die elende Politik der elenden Bayriſchen Regierung wird durch die Cammern diesmal ſoutenirt werden das wird Würtemberg auch feſt machen, und wenn dann Oeſterreich nur irgend klug iſt, ſo kann Preußen nicht durchdringen. Auf unſre neuliche Note an Oeſterreich wegen poſitiver Verfaſſungs-Vorſchläge hat Schwarzenberg erwidert, daß er in ganz kurzem damit kommen werde. Vermuthlich ſtändiſche Ausſchüſſe, wie ſie ſchon früher vorgeſchlagen, alſo Volksvertretung im Staatenhauſe. Sie werden das tauſendmal beſſer überſehen als ich (wenngleich ich im Detail Manches geſehen habe, was Sie nicht kennen),

daß ein Volkshaus geraden Weges zum Umsturz führen wird. Darum führe ich das nicht weiter aus. Auf das Volkshaus pocht aber hauptsächlich die Partei Gagern-Bassermann, die eben nur durch die Tribüne Geltung erlangen kann, und denen ihr specielles Vaterland zu klein ist. Um der Ambition dieser Menschen willen soll Deutschland nun zerstört werden. Dieses Volkshaus ist es hauptsächlich, was mir die Berliner Verfassung zuwidermacht.

Nun möchte ich — verzeihen Sie diesen brüsken Uebergang — noch Manches wissen, über das ich noch nicht ganz im Klaren bin. Wie denken Sie sich die Sache, wenn Ihre Stände den Beitritt zur Berliner Verfassung refüsiren? Werden Sie eine Cabinetsfrage daraus machen? Wenn die Stände nun auf die Sache eingehen, das Volkshaus zu Stande kommt und von Hannover beschickt, die Verfassung revidirt und genehmigt wird — bleibt dann Ihr Vorbehalt wegen des Beitritts von Bayern pp. bestehen? Ueber das Alles, so wie über das reiche Thema Ihres letzten Briefes (vom 19.) dachte ich Ihnen ausführlich zu schreiben, aber ich habe immer nicht dazu kommen können, mancherlei die Zeit zersplitternde Geschäfte und in den letzten Tagen Unwohlsein, raubte mir alle Lust zum Briefschreiben. Daher hierüber ein ander Mal.

Ich schickte Ihnen neulich eine Kiste mit Büchern, davon fehlen 2 Bände, die Sie nachgeliefert erhalten werden.

Der Ihrige

Detmold.

In den nächsten Tagen kommt Jürgens durch Hannover; er wird sich erlauben, Sie aufzusuchen, sehen Sie ihn sich einmal auf die Redaktion der H. Z. an, um zwei Sehnen an Ihrem Bogen zu haben. Er hat sehr, sehr Vieles, was mir ganz fehlt, namentlich eine unermüdliche, liebenswürdige Geduld und einen stillen, rastlosen Fleiß.

Nr. 128. Frankfurt, 4. August.

Meinem vorgestrigen Briefe füge ich noch Folgendes hinzu, unsern Plan, die behuf Beschaffung einer neuen Centralgewalt einzuleitenden Verhandlungen betreffend. Wir haben es in Rücksicht auf die schon in meinem letzten Briefe angedeuteten Gründe, die Gefahr nämlich, die für den Plan dadurch entsteht, daß die Sache vorher durch die Preußischen Cammern ruinirt würde, für besser gehalten, daß der mit der Verhandlung betraute Herr von Biegeleben seine Studienreise mit Berlin anfange. Dort kann er nun freilich in keiner Weise offiziell auftreten; er ist mit Canitz bekannt und wird bei dem u. s. w. ins Haus hören. Ich habe ihm gesagt, sich auch

an Wangenheim[1]) zu wenden, bei dem gewiß der beſte Wille zur Unterſtützung des Plans vorhanden, habe aber abſichtlich nicht an W. darüber ſchreiben wollen. Ich ſchicke Ihnen hier das P. M., das den Aufträgen Biegelebens als Baſis dient, und bitte Sie, nöthigenfalls Ihre Anſichten darüber Wangenheim zukommen zu laſſen, obgleich ich nicht glaube, daß die Sache in Berlin ſobald in das Stadium kommen werde, wo Wangenheim etwa eingreifen könnte. Ob Biegeleben von Berlin nach Hannover kommt oder nach Wien geht u. ſ. w., wird wohl davon abhängen, wie die Dinge ſich in Berlin machen. B. war Unterſtaatsſekretair im frühern R.-Miniſterio, der Einzige, der in das neue Miniſterium mit übertrat, um die däniſche Sache, die er früher bearbeitet hatte, auch ferner zu hegen. B. iſt ein feiner, ſehr ſinniger und verſtändiger Menſch, der Einzige, der im früheren Miniſterio (zum Theil auch im jetzigen) von Geſchäften und Verhältniſſen einen Begriff hatte, mit Gagern ſehr verzapft [?] und verzweigt, aber wie ich nicht zweifle (offen ſpricht B., der ſehr boutonnirt iſt, es nicht aus) ohne Illuſion über die Gagernſchen Fantaſtereien. Wenn in dem P. M. die Auffaſſung des Spreebundes und des Artikels XI vielleicht nicht ganz und gar mehr ſo erſcheint wie unſre frühere, ſo iſt das eine Folge vielfacher Debatten und Verhandlungen, in denen die frühere, als von Preußen ſo plump zurückgewieſen, etwas zurücktrat. Das P. M. iſt von Biegeleben ſelbſt redigirt (ebenſo wie die Denkſchrift vom 17. Juni und die Note in der Däniſchen Sache).[2]) — Sehen Sie, liebſter Freund, nun zu, ob Sie in der Sache wegen Schaffung einer neuen C.-G. irgend helfen können; der Moment, meine ich, wäre günſtig, aber es iſt der letzte. Mir lag daran, Sie von der Sache vollſtändig zu unterrichten, ehe man von Berlin aus vielleicht den Verſuch machen könnte, Ihre Stimme zu binden. Die Form der neuen C.-G. iſt uns natürlich vollkommen gleichgültig, und wir haben nur Vorſchläge darüber gemacht des Schluſſes wegen.

Mit großem Intereſſe las ich Ihren Artikel in der Hannoverſchen Zeitung[3]) über Süd- und Nord-Deutſchland. Mit einem Freunde, Varnbüler aus Würtemberg, der die Verhältniſſe, namentlich von Würtemberg, genauer wie andere kennt, habe ich dieſe Dinge oft beſprochen, und das Reſultat war immer, daß die frühere ungeheure Zerſtückelung in die verſchiedenartigſten Territorien und die ſpätere willkürliche Zuſammenwerfung dieſer zerſtückelten Territorien die Urſache ſei, daß dort aller innere Halt

[1]) War in Berlin als Bevollmächtigter Hannovers im Verwaltungsrath des Maibündniſſes, in welchem Preußen durch Herrn von Canitz vertreten wurde.

[2]) Das Promemoria liegt nicht vor. Wegen der von Herrn v. Biegeleben nach Berlin überbrachten Vorſchläge bezüglich des Interim ſ. Deutſche Chronik 1849, II. S. 66. Der preußiſche Gegenvorſchlag ebend. S. 89. — [3]) Vom 30. Juli.

und Zusammenhang fehle. Die Territorien in Norddeutschland, wenngleich zum Theil jetzt kleiner als die süddeutschen Staaten, sind doch ihren Hauptbestandtheilen nach von Anfang an zusammen gewesen. Aber man sehe nur eine alte Homannsche Karte des südwestlichen Deutschlands an!

Ich lege Ihnen noch für Ihr Archiv einige Aktenstücke bei, falls Ihnen dergleichen nicht anderweitig zukommt. Der Ihrige

Detmold.

Witte wird wohl gegen Ende der nächsten Woche reisen; wir arbeiten jetzt an dem Contrakt u. dergl.

Nr. 129. Hannover, 5. August.

Für Ihren gestern erhaltenen Brief vom 2. bin ich Ihnen eben so dankbar, lieber Freund, als für die Frankfurter Delicatessen, über die ich freilich halb erschrak, und dann herzlich lachen mußte, als ich die ungeheure Kiste und den Inhalt sah. Wer nur Zeit hätte, sie zu nützen. Es steckt in dem Wust unnützer Worte doch oft ein bedeutender Kern, und mitunter ist auch das bedeutend — oder vielmehr ist es das bedeutendste, daß die wichtigsten Sachen nicht darin zu finden sind. Habe ich doch vergebens eine Silbe vom Badisch-Bairischen Streit 1830 gesucht! und dann der Zollverein! Auch da habe ich fortgefahren, aus unseren Acten sehr interessante Notizen zu sammeln.

Doch zu Ihrem Briefe. Ihr Gedanke, den Versuch der Einigung nochmals zu machen, ist mir sehr willkommen gewesen, wie ihn Witte neulich andeutete, aus mehr als einem Grunde. Was den Erfolg angeht, so hat wahrlich v. d. Pf. die Sache so verkehrt angegriffen und so verdorben, wie es nur irgend möglich. Die Bairische Circularnote vom 12.[1]) und die darauf erfolgte Preuß. Antwort[2]) lassen nichts mehr übrig, als daß man sich nun ins Gesicht speie. V. d. Pf. behauptet, den Aufstand in der Pfalz habe Preußen erregt, das wolle er beweisen. Wer es weiß, daß man damals in Preußen entschlossen war, im Nothfall Trier und Aachen der Revolution zu überlassen, um sich im übrigen Lande jenseits des Rheins halten zu können, bis man die Armee zusammen hatte, der wird das über alles Maaß lächerlich finden. — Aber so leidenschaftlich blind ist dieser Mensch in seiner selbstüberschätzten Weisheit. Die Unterhandlungen hat er kaum angefangen, es war, als läge es ihm nur daran, sie abzubrechen. In der That hat er auch gar keinen Boden. Denn seine Proposition will Östreich auch nicht, so wenig als Preußen, vielleicht noch weniger. Daß die Süddeutsche Politik in die Hände von ein Paar solcher

[1]) Deutsche Chronik 1849, II. S. 26. — [2]) Vom 30. Juli, a. a. O. S. 50.

Schwätzer gekommen ist, wie Prokesch und Pfordten, ist ein großes Elend und hat mehr verdorben als scheinen möchte. Mit Geduld und Ruhe war vieles zu erreichen. — Genug von dieser Verworrenheit; es ist nur Einleitung zu meiner Ansicht, daß Geduld und Ruhe das erste Erforderniß in Berlin sind, mit klarem Verständnisse dessen, was man will. Denn in B. hat man beides nicht. — Namentlich traue ich auch Schleinitz [1]), einem ziemlich liederlichen Diplomaten alter Schule, beides nicht zu. Daß man in Preußen schlagen wolle, glaube ich mein Tage nicht. Kommt man dazu, so ists wie die Jungfer zum Kinde Das ist aber auch möglich.

Sehe ich die Sachen zu Berlin an, so finde ich die Hauptschwierigkeit darin, daß man dort jetzt alles thut, um die Altpreußische Parthei zu halten und zu befriedigen. Dieser aber darf man — wie man glaubt — keine mit Östreich getheilte Gewalt in Deutschland bieten. Sie würde lieber zum Bunde zurückkehren, in der Hoffnung, dort die alte Stellung wieder zu gewinnen, was sehr schwer seyn möchte; aber man glaubt es, und so spricht sich auch die tolle Schleinitzsche Note gegen Baiern aus; diese Tendenz kann sehr wohl im jetzigen Preuß. Landtage Stütze finden. Denn selbst die sg. Deutsche Parthei in Preußen — z. B. Simson, mit dem Lehzen in Carlsbad gewesen, sieht Deutschland schlechterdings nur mit Preußischen Augen an und begreift gar nicht, daß andere Leute in Preußen nicht den Gipfel deutscher Vollkommenheit erblicken.

Diese Richtung ist es nun, welche Preußen treibt, von Östreich vor seinem Beitritt zum Provisorio Garantieen in Bezug auf das definitivum zu verlangen — dabei aber steht man noch immer auf dem dummen Radowitzischen Satze, daß der Preuß. Bundesstaat im Bunde von 1815 bestehen könne. Dieses ist die Preuß. Sünde, während Baiern und Östreich darin sündigen, den Entwurf fortwährend als etwas bestehendes, als einen Bruch der Bundesverträge zu behandeln.

Die schwache Seite des Preuß. Systems liegt allerdings in der gänzlich schiefen Stellung zur Centralgewalt, die sie theils anerkennen, theils ableugnen. Das ist im Grunde albern; und an diesem Hebel wären sie zu fassen. Das ist meine Bemerkung in Berlin gewesen. Sie werden diesen Hebel viel besser in Bewegung setzen können. Rechnen sie aber nicht zu viel a) auf die Erkenntniß von Schwierigkeiten in der Dänischen Sache, noch b) auf die Schwäche des Bündnisses, das sie den Spreebund nennen; allerdings werden Baiern und Württemberg nicht beitreten, und ich weiß noch nicht, welchen Wechsel die Persönlichkeit von Lepel andeuten mag. Eigenbrodt hatte schließlich angefangen meskine Mäkeleien zu machen; es

[1]) Seit 29. Juli Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

kann eben so gut seyn, daß Lepel besser als schlimmer ist. Daß Sachsen so lose sey, glaube ich nicht. Man denkt sich das in Östreich auch falsch. — An den Hessischen Ständen können Sie sehen, wohin das Gewicht in Norddeutschland zieht. Für Süddeutschland ist aber Baden und Hohenzollern ein schlimmer Pfahl im Fleische. Baden aber wird sich nur durch Preußen quasi halten können, da Baiern und Würtemberg ihm viel gefährlicher sind, und viel größere Freßbegierde haben. — Ich glaube aber nicht, daß in Baden irgend jemand Lust zu einer solchen Verzehrung habe. Eine Bairische Parthei giebt es wohl in Deutschland nirgend. — Weisen Sie aber doch Ihren Unterhändler an Wangenheim. Er ist nicht übel instruirt. — Und der Verwaltungsrath hat die Sache mit in Händen.

Daß Östreich einen brauchbaren positiven Vorschlag mache, glaube ich nicht; jedenfalls kommt der nun zu spät. Daß man ständischen Ausschüssen den Titel Volkshaus beilegen werde, glaube ich. Das hatte schon v. d. Pfordten von Wien mitgebracht, und so auch jetzt Münchhausen, der dort gewesen ist und mit Schwarzenberg geredet hat. Ich habe kein Vertrauen zur Durchführung dieses Vorschlages, der unpopulär ist, und der jedenfalls noch einer viel tiefern Durcharbeitung in der Verfassung bedarf, um praktisch zu seyn. Sollen diese Ausschüsse neben einem Fürstencollegium nach dem Preuß. oder nach unserem Plan oder neben einem Bundestag stehen? Oder soll noch ein Oberhaus dazu kommen? Ueberhaupt ist dieser ganze Plan mit einem eng zusammengeschneiderten Östreich und einem möglichst auseinandergesprenkelten Deutschland eine Albernheit; wie denn auch Östreich nicht verkennen darf, daß es in Deutschland gar keine rechte Parthei im Volke hat. — Doch das geht weiter.

Auf Ihre Frage, ob ich aus der Verfassung eine Cabinetsfrage machen würde, kann ich nur antworten, daß in Dingen dieser Art nothwendig die Umstände entscheiden. Ich bin aber von Anfang an und fortlaufend der Meinung, daß man gar den Reichstag nicht berufen kann, ehe nicht Baiern beigetreten und mit Östreich irgend eine Einigung getroffen, womöglich dieses auch beigetreten ist. — Sollte man die Sache abmachen wollen und müssen ohne Baierns Beitritt, so liegt am Tage, daß dann Modificationen nöthig sind und daß diese Modificationen um so mehr vom blos völkerrechtlichen Bunde an sich tragen werden, je weniger Staaten daran Theil nehmen. — Es ist ein Grundfehler der Gagernschen Auffassung, daß man dort meint, wir werden einen Reichstag berufen, ehe die Staaten beigetreten. Das hieße das süddeutsche Revolutionsspiel noch einmal spielen und sähe einer Gagern-Dahlmannschen Politik sehr ähnlich, ist aber gar nicht meine Sache.

Ueberhaupt ist es merkwürdig, wie in Norddeutschland alles mehr und mehr einen geregelten friedlichen Charakter annimmt, während man in Süddeutschland vor Kriegsluft brennt und — lärmt. Ich versichere Sie, daß man allem Anschein nach in Berlin gar nicht sonderlich feindselige Gedanken gegen Baiern und Östreich hat. Vielleicht ist hier, wie nach Macchiavells Regel in bürgerlichen Unruhen, der angreifende Theil der ruhigere. — Merkwürdig ist mir das Gerede von den geheimen Artikeln des Dänischen Friedens. Schwarzenberg hat davon auch als von Wirklichkeiten gesprochen. Wie konnte dann aber Schleinitz den Artikel des Preuß. Staatsanzeigers [1]) selbst schreiben. — Man lügt viel, namentlich in Wien.

Die Ständeversammlungen haben jetzt eine große Bedeutung; schwerlich werden sie solche fassen. Es sollte mich nicht wundern, wenn da 4—5 verschiedene Ansichten durcheinanderliefen, und ebenso wenig sollte es mich wundern, wenn dieser ganze Wettkampf der Dummheit am Ende noch zu Gunsten der Fürstlichkeit zu Ende ginge.

Fürst Schwarzenberg will Stände-Ausschüsse und Gruppen [2]); letztere um Norddeutschland zu paralysiren, das im Bundestag immer an Stimmenzahl überwiegt. Er darf beides nicht aussprechen, wenn er nicht die letzte Stütze in Deutschland verlieren will. Denn das Volkshaus kann Baiern auch nicht aufgeben. Also überall trostlose Verwirrung.

Genug davon für heute.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Morgen ist der Jahrestag der Peuckerschen Parade!!

Nr. 130. Hannover, 17. August.

Sie haben mir eine große Freude durch die Mittheilung Ihres gestrigen Briefes [3]) gemacht, lieber Freund; so weit fortgerückt habe ich mir die Unterhandlung — über die man sehr tiefes Schweigen zu beobachten scheint, gar nicht gedacht. Die Differenzen von Radowitz und Biegeleben (im Grunde nur die Vermittlung in Verfassungssachen) ist m. E. unerheblich, das ganze vernünftig gedacht, für die Dauer bis 26/5. 50 zulässig, und ein sehr zweckmäßiges Compelle im Hintergrund; wenn nur Östreich nun vernünftig ist. Allerdings kommen auch jetzt noch Preußische Dummheiten vor. So hat Canitz [4]), davon angefangen zu reden, daß man an Be-

[1]) Vom 19. Juli. Der Artikel erläuterte eingehend die Verträge, bei denen Hr. v. Schleinitz preußischer Unterhändler gewesen.

[2]) Ueber das Schwarzenbergsche Gruppenprojekt vgl. v. Sybel, I. S. 271.

[3]) Derselbe liegt nicht vor. — [4]) Welcher den Vorsitz im Verwaltungsrath führte.

rufung des Reichstags denken müſſe, „weil das guten Eindruck auf die Stände machen werde"! — Ich denke aber, es ſoll damit nichts auf ſich haben, da Leute von Einfluß doch den Unſinn der Eile zugeſtanden haben.

Dagegen hat mich der Entwurf zum Marinetractat ſehr überraſcht und niedergeſchlagen. Auf dieſe Weiſe iſt die Sache nicht zu machen. Wir können 1) die Oſtſeeflotte nicht mit übernehmen (Witte meinte mit großem Leichtſinn, es ſey ja dort nichts als die Geſion, während Duckwitz 27 Kanonenboote und Sa. Material für 432000 Thlr. aufführt, außer den Preußiſchen Sachen). Wir können noch weniger 2) uns verpflichten, Vorſchuß zu leiſten. Wir haben dazu gar keine Mittel in Händen und dürfen uns am wenigſten unſeren ſchlecht zahlenden Bundesſtaaten gegenüber in die angenehme Lage bringen, daß man uns ſagt: Ihr ſeid verpflichtet auszulegen. Wir können 3) nimmermehr uns verpflichten, „alle in Bezug auf die Marine eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen", — alſo auch die 380000 [Thlr.] herbeizuſchaffen, die Duckwitz aus dem Feſtungsfonds entnommen. — Wir ſollen 4) jederzeit die Sache zurückgeben, uns einer Maſſe unangenehmer und unnützer Berichtſchreiberei und Controle — die uns namentlich jedes Arrangement mit Preußen über die Oſtſeeflotte unmöglich macht, unterwerfen, und dagegen ſelbſt nie wieder den Kopf aus dieſer Schlinge der Vorſchußpflicht, die uns den Hals zuſchnürt, herausziehen können.[1]) Wir werden 5) durch die precäre Natur des ganzen Verhältniſſes völlig außer Stand geſetzt werden, geſunde Pläne zur Entwicklung der Sache — die durchaus nöthig ſind, z. B. Häfen — zu entwerfen. — Endlich werden wir 6) durch dieſes Verhältniß von Preußen nicht unabhängig, ſondern, falls dieſes Arrangement über die Centralgewalt zu Stande kommt, erſt recht mit Leib und Seele abhängig. — Das geht alſo nicht, und auf dieſe Bedingungen werde ich gern auf die Sache verzichten. Es kommt mir vor, als ob H. Merck eben mit großer Vorſicht geſucht habe, ſein Miniſterium möglichſt brillant aus der Affaire zu ziehen. Allein dazu haben wir weder den Beruf noch die Mittel. Es iſt Kaufmannspolitik, aber zu dick.

Witte ſcheint mir wirklich dieſe Sache gar nicht zu überſehen und von einem ſehr engen hannoverſchen Geſichtspunkte und ſeinen alten Rancunen gegen Preußen geleitet zu werden. So meinte er, es ſey ein großes Glück,

[1]) Nach dem durch Witte überbrachten Vertragsentwurf, durch welchen das Reichsminiſterium ſich der Verwaltung der deutſchen Kriegsflotte zu entledigen wünſchte, ſollte Hannover die Verwaltung übernehmen und die Koſten der Unterhaltung vorſchießen. Der Centralgewalt, nicht auch Hannover, ſollte Kündigung dieſes Verhältniſſes vorbehalten bleiben.

daß der große Canal zur Verbindung der Oſt- und Nordſee nun nicht zu Stande komme, während dieſer Canal, wenn er wirklich möglich iſt, unfehlbar die Kraft Deutſchlands zur See verdoppeln würde, wogegen ein ſolches Hannoverſches Interreſſe gar nicht in Betracht kommen kann. Doch genug von der fatalen Sache. Wir werden morgen im Miniſterium darüber zu deliberiren haben; mir hat ſie heute den ganzen Tag verdorben.

Daß Baiern und Würtemberger ſich nicht trauen, amüſirt mich — um Hr. v. d. Pfordtens willen. Der Hamburger Pöbel hat durch den Spektakel mit den Preußen [1]) gewiß niemand einen größeren Dienſt gethan als dem hochedeln Senat, der nichts ſehnlicher wünſchte, als die Preußen zu bekommen, aber nicht wußte wie?

Höchſt amüſant iſts, wie jetzt die Zeitungen Gagernſcher Farbe auf unſere Frankfurter Helden lospredigen, und die Norddeutſche dagegen an. Es iſt doch eine rechte Affenſchande um ſolche Straßenjungen-Politik. — Aber während Lang jun. an ſeine Wähler das ſchuftige Zeug ſchreibt, das Sie in der heutigen Zeitung leſen können, kommt heute der alte Lang zu mir, um mir zu ſagen: Er reiſe in Privatgeſchäften nach Holſtein, um bei der Wahl [2]) nicht zugegen zu ſeyn, da er ſich nie beworben habe. Er wolle mir aber nur ſagen, aufgeben würden ſie ihr Princip zwar nicht, es ſey aber ihre Anſicht, ſich jetzt ganz auf unſere inneren Verhältniſſe zu legen, um die zu ordnen; denn da wir wohl nicht nachgeben würden, ſo ſey es thöricht, die Köpfe an der Wand zu zerſtoßen, obgleich er, wenn Ausſicht auf Erfolg da wäre, wohl einer von denjenigen ſeyn würde, die ihre Köpfe mit daran ſetzten! — Ich habe ihm eben nichts darauf erwidert. Aber was iſt das für ein Volk!

d. 18.

Wir haben heute nur vorläufig über die Sache geſprochen; aber die Anſicht, daß wir die Vorſchußpflicht weder übernehmen können noch dürfen, iſt ganz allgemein. Wenn man Erfahrungen gemacht hat, wie wir ſeit einem Jahre, wenn wir ſeit März von Baiern nicht lumpige 10000 Thlr. Eiſenbahngeld erhalten können, da wird man ſich hüten, eine Vorſchußpflicht zu übernehmen, zumal unter ſo unerträglichen Bedingungen. Wangenheim, der hier iſt, ſoll nun mit Witte die Sache nochmals in separato beſprechen. Dann beſchließen wir. Nach Wangenheims Relation iſt gegen den Camp-

[1]) Preußiſche Truppen, welche in Folge des Waffenſtillſtandes vom 10. Juli aus Schleswig zurückkehrten, wurden in Hamburg von Volksmaſſen angegriffen. Die hierbei vorgekommenen Exceſſe veranlaßten eine länger dauernde Beſetzung Hamburgs durch preußiſche Regimenter.

[2]) Die Neuwahlen für die aufgelöſte zweite Kammer fanden Ende Auguſt Statt.

hauſenſchen Antrag [1]) das Schwarzweißthum aufgetreten und mit geſunderer Politik als jene Gagernſche Parthei, die Camphauſen ſchlecht vertreten hat.

In dieſen Tagen wird das Straferkenntniß in der Weinhagenſchen Sache publicirt; ca. 60 Verurtheilungen von 3 M. Arbeitshaus bis zu 8 Jahr Kettenſtrafe. Weinhagen 3 Jahr Arbeitshaus. Wir haben Sicherheitsmaßregeln ergriffen. Aus einer dummen Halbheit will aber die Canzlei vor der Rechtskraft nicht zur Captur ſchreiten.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Wangenheim meinte, Preußen würde Baden ganz gern den Öſtreichern überlaſſen. — Man wird ein Haar darin gefunden haben.

Nr. 131. Hannover, 24. Auguſt.

Ich mag die Poſt nicht abgehen laſſen, ohne Ihnen, theuerſter Freund, für Ihre trefflichen Mittheilungen [2]) zu danken. Leider ſehe ich aber, daß H. v. Biegeleben auf eine falſche Bahn in Berlin gerathen iſt. Statt ſich an Leute wie Wangenheim zu halten, hat er ſich durch Radowitz von dieſen iſoliren laſſen, hat nur Gothaner geſprochen, und iſt ſo in die traurige Lage gekommen, die ſeine letzte Depeſche zeigt, grade im Momente, wo vor der Sitzung vom 18. die Preuß. Politik am meiſten nach Gotha ſchwenkte, das letzte Wort in Empfang zu nehmen. Mir iſt es völlig klar, daß R. mit der ganzen Sache nichts gewollt hat, als ſeine Union in der „Reichscommiſſion" bilden und freie Hand für ſeinen engeren Bundesſtaat behalten. Das lag ſchon in der geſtern empfangenen Depeſche deutlich gezeichnet, die heute empfangene letzte fällt nun mit der Thüre ins Haus, was mir gar nicht unerwartet mehr war. Wäre man in Wien klug, ſo nähme man an. Hat man erſt die Hand wieder dazwiſchen, ſo kann man viel beſſer operiren als in der jetzigen Iſolirung, und der Termin vom 26. Mai iſt den Preußen ſehr ungünſtig. Man wird nun allerdings warten müſſen, was in Wien geſchieht. Halten Sie B. aber nicht bevor, daß er ſich hat dupiren laſſen. Er iſt gleich mit einem fertigen Syſtem

[1]) Art. 111 der preußiſchen Verfaſſung vom 5. Dezember 1848 beſtimmte, daß, wenn durch die deutſche Verfaſſung Aenderungen der erſteren nothwendig würden, der König dieſelben salva ratificatione des Landtags ſolle anordnen können. Camphauſen beantragte nun in I. Kammer, dieſen Artikel auf die Verfaſſung anzuwenden, welche aus den Berathungen des in Folge des Maibündniſſes zuſammentretenden Reichstags hervorgehen werde.

[2]) Dieſelben ſcheinen, da ein Brief an Stüve nicht vorliegt, auch nicht beſtimmt citirt iſt, auf anderem Wege gemacht zu ſein.

bei der Hand, recht hübsch diplomatisch-französisch-süddeutsch, und so ist er mit der Nase im Winde in die Grube gelaufen, die der lauernde Radowitz durch den indolenten, planlosen und von Umständen bestimmten, blasirten Schl[einitz] ihm gegraben. Hoffentlich ruinirt R. sich als Commissar in der 2. Cammer, eine Rolle, die zu seinem Naturell wenig paßt.

Was die Marinesache betrifft, so haben wir die Angelegenheit so gefaßt, daß es lediglich darauf ankommt, ein bedeutendes Depositum aus unsicheren in sichere Hände zu bringen. Das wollen wir übernehmen, ob es gleich eine bloße Last ist. Sollte die Sache mehr seyn, so müßten wir in die Lage gesetzt werden, einen Hafen zu bauen. Das ist das punctum saliens, da das nicht geht, so muß man sich begnügen, vor allem aber sich keine Illusionen machen.

Ihr

JCBS.

Nr. 132. Frankfurt, 1. September.

Hieneben, liebster Freund, erhalten Sie fernere Depeschen des Herrn von Biegeleben. Daß man in Berlin statt der diesseits beabsichtigten tüchtigen und lebenskräftigen neuen Centralgewalt nur das Unions-Direktorium vom 26. Mai untergeschoben, mit der Einzigen Aenderung, daß man statt Regensburg Mainz als Residenz vorschlägt, ist klar. Gäbe man dort aber die zuletzt noch verlangte Anerkennnng des engern Bundes auf, so wäre es möglich, daß man in Wien den Vorschlag annähme. Im Sinne Ihres dahin gerichteten Rathes ist auch von hieraus an Fürst Schwarzenberg geschrieben. Der Wunsch, von hier erlöst zu werden, gab zu einer deßfallsigen Auseinandersetzung den bequemsten Vorwand. Ich denke, in den nächsten Tagen kommt ein Bericht Biegelebens aus Wien.

Ihre Broschüre [1]) — denn daß Sie trotz A. E. und Brockhaus der Verfasser, wurde mir schon auf der zweiten Seite klar — hab ich mit dem größten Interesse gelesen. Was Sie sagen, ist Alles wahr und schneidend wahr und treffend, auch die Rechtfertigung des Bundes ganz überzeugend; trotzdem hat mich das Alles nicht bekehrt, weil Alles das zum Volkshause führt und das Volkshaus ist der Umsturz. Ich habe die Paulskirche gesehen und besser gesehen als Andere, und niemals werden spätere Wahlen zum Volkshause so konservativ ausfallen, wie die im April 48 zur Nat.-Versammlung. Die Contrebalancirung durch Staatenhaus und andre Institutionen mag die letzte Gefahr vielleicht um einige Zeit hinausschieben, aber mehr auch nicht. Man wird dann auf Berliner

[1]) Das Bündniß der drei Königreiche u. s. w. Vgl. Anmerkung zu Stüves Brief vom 10. Juni, S. 226.

Weiſe mit Gewaltſchritten retten wollen, aber auch das wird höchſtens den Kampf verlängern, deſſen Reſultat gewiß iſt. Hier liegt auch für mich der Grund zur Rancune gegen Berlin, wo man von der Verderblichkeit des Volkshauſes ſicher überzeugt iſt und dasſelbe nur bietet, um zur Herrſchaft zu gelangen. Gebe Gott, daß Oeſterreich bald ein vernünftiges poſitives Wort reden möge! Die Sache iſt freilich in den letzten Tagen durch das Gebahren von Radowitz pp. [1]) viel verwickelter geworden, indeſſen ſchlimmſten Falls fällt das Miniſterium Brandenburg; wird man um den Preis das Volkshaus los, ſoll mich's freuen.

Daß es mit unſrer Flotten-Angelegenheit nichts wird, iſt mir ſehr leid; denn die politiſche Bedeutung, welche Hannover durch die Flotte erhalten müßte, und nur Hannover durch dieſelbe erhalten konnte, war für mich die Hauptſache dabei. Die Unterhandlungen dauern zwar noch fort mit Witte oder werden wieder aufgenommen werden, aber ich ſehe die Sache doch als aufgegeben an, und müſſen wir nun ſehen, wie auf andere Weiſe zu helfen.

Der Erzherzog Johann wird Morgen, ſpäteſtens übermorgen hier eintreffen und ſeine Ankunft wird uns aus einer Poſition erlöſen, wie ſie ſchwieriger und unangenehmer nicht leicht getragen worden iſt. Inzwiſchen haben wir hier noch zu Guter Letzt allerlei Hetzereien mit dem Prinzen von Preußen, der — oder deſſen Umgebung, namentlich der Herr von Savigny, denn der macht die Sachen — in einzelnen Dingen ſich äußerſt kindiſch benimmt. Als er neulich zum 1. Male kam, ließ er vorher dem ihm ſeit langem bekannten F. Wittgenſtein ſagen: er werde ſich freuen, ihn zu ſehen. W. wartete ihm auf, der Prinz war von dem in jeder Hinſicht trefflichen und imponirenden W. ganz enchantirt, konnte kaum von ihm laſſen, und nachher kam durch des Prinzen Adjutanten eine Notiz an die O. P. A. Z., worin W. nur als Heſſiſcher Generallieutenant aufgeführt war: Der Redakteur weigerte erſt die Aufnahme, wenn nicht das Prädikat „Reichs-Miniſter" hinzugeſetzt würde, als man das jenſeits weigerte, nahm er die Notiz doch auf. W. hatte den Hofmarſchall gefragt, ob der Prinz auch die andern Miniſter ſehen wolle? worauf der Prinz ſeinen Adjutanten ſchickte und das unter höflichſter Entſchuldigung ablehnte. Nun kommt der Prinz zum 2. Male, läßt dem Fürſt W. wiederum (wie das erſte Mal durch den Generalintendanten Loos) ſagen: er freue ſich, ihn zu ſehen, worauf W. erwidern läßt: das könne nur zufällig geſchehen, denn nach jener Geſchichte mit der Zeitung ſei es ihm, dem Fürſt W., unmöglich,

[1]) Es werden die Reden gemeint ſein, mit welchen Graf Bülow und Hr. von Radowitz am 24. u. 25. Auguſt den preußiſchen Kammern die Actenſtücke über das Maibündniß vorgelegt hatten. S. dieſelben Deutſche Chronik 1849, II. S. 95 ff.

dem Prinzen aufzuwarten. Ferner: Graf Rechberg und Witte melden sich zur Audienz, die aber — wegen Mangels an Zeit — versagt wird; der alte Rothschild meldet sich, wird sofort zu Tisch geladen; da er nicht bei Christen ißt, hat der Kerl die Frechheit, ohne Weiteres statt seiner seinen Neffen zu schicken, der nicht so skrupulös ist und ißt, und der Prinz läßt sich das ruhig gefallen. Ich glaube nicht, daß er noch hier sein wird, wenn der Reichsverweser zurück ist. Der, klug und gewandt wie Wenige, würde sonst den guten Prinzen, der gewiß recht brav und tapfer ist, aber nur auf einige wenige Redensarten gesetzt ist, übel zurichten.

Es ist ein Moment der Ruhe eingetreten, das legt sich überall zu Tage, der herrlich benutzt werden könnte, um die Revolution auf ein ganzes Menschenalter zu binden und in den Abgrund zu werfen, aber ich fürchte, der Moment wird nicht benutzt; benutzt werden aber könnte er nur durch Einigung von Oesterreich und Preußen. Käme es dazu, so wäre, was Sie ja auch in Ihrer Broschüre hervorheben, jetzt das Einfachste, den alten Bundestag wieder zu berufen, um das Deutsche Staatsrecht wieder da aufzunehmen, wo die Nat.-Versammlung es gelassen hat, und dann durch den Bundestag die Mittel zum Definitivum finden zu lassen. Jetzt darf Oesterreich eine solche Maßregel nicht ergreifen oder vorschlagen, denn Preußen würde gleich eine Waffe daraus machen. — Bei Ihren Wahlen hat mich namentlich die Wahl der Residenz [1]) gefreut — denn damit ist Rumann beseitigt und das ist ungeheuer viel; eine Wahl anderswo wird er nirgends erhalten, für den Landtag und wahrscheinlich darüber hinaus ist er also ungefährlich und auf seine Intriguen auf der Gasse angewiesen, wo er sich doch über kurz oder lang festrennen wird.

Der Ihrige
D.

Nr. 133. Frankfurt, 1. September.

Ich bin so frei, Ihnen, verehrtester Freund, in dem Überbringer dieses den Herrn Dr. Mettenius vorzustellen, Ministerialrath im Reichsjustizministerium. Derselbe macht eine Vergnügungsreise, die ihn durch Hannover führt — ich erlaube mir, ihn bei Ihnen zu introduciren, weil er ad latus des Herrn Minister Merck mit Witte über die Flotten-Angelegenheit verhandelt hat, unsere Lage und Intentionen in dieser Sache kennt und es vielleicht Ihnen angenehm und der Sache förderlich sein könnte, mit Dr. Mettenius einmal davon zu reden. Der Ihrige

Detmold.

[1]) Statt Rumanns war dort Stüve gewählt.

Nr. 134. Hannover, 6. September.

Außer meinem Danke für Ihre neuliche Sendung bin ich Ihnen, lieber Freund, noch den Bericht über unsere Wahlen schuldig. Sie wissen, daß wir hier gesiegt haben. Rumanns Hauptwaffe war — die Behauptung, das Ministerium wolle das Land an Preußen verkaufen. Als er hier durchgefallen, wollte er nach Springe, um sich dort wählen zu lassen; zu spät. Er soll geschäumt haben vor Wuth. Von Celle hatte Hostmann goldene Berge versprochen. Er hatte schon drei Wochen vorher alles fix und fertig, und ist schmählich durchgefallen. Wollten wir an Ellissen ein mäßiges Geld wenden, er wäre zu haben. In Hildesheim hat die Bürgerschaft doch einen scharfen Kampf gegen Weinhagen gekämpft; in Harburg mißlang die Wahl, weil Hastedt krank war, Gravenhorst und Grumbrecht intriguirten. Letzterer, der sich an 4 Orten beworben, und Richelmann in Winsen auf das schlimmste angegriffen, ist diesem mit 30/60 Stimmen unterlegen, und so überall. Nur das Bremische und Ostfriesland sind toll. Aber während dieses Preußischultradeutsch seyn möchte, ist jenes antipreußisch. Also Confusion überall. Glücklicher Weise habe ich das Programm, darauf Gerding die Leute hat verpflichten wollen. Es ist mit zwei Worten dieses: dem Ministerium so viel als möglich Concessionen abzulocken, und es dann abzuthun; ebenso dumm als heimtückisch. Uebrigens antipreußisch. — Dieser Ton klingt jetzt überall durch. Gestern war Wippermann bei mir. Große Angst vor Preußisch-Österreichischem Uebergewicht. — Mißtrauen gegen Preußen. Und die Piepmeier des Berliner Landtags werden mit ihren Rodomontaden sehr gegen den Sinn der D. Zeitung (die sich mit der Nordd. aufs Blut zankt) diese Stimmung muthmaßlich steigern.

Das führt mich auf unsere Deutschen Angelegenheiten. Von München aus warnt man: Östreich, in seine Kremsierer Constitution verstrickt, werde Preußen Norddeutschland überlassen und Baiern Süddeutschland, darauf vertrauend, daß letzteres doch nicht im Stande sey, Ostreichs Hülfe zur Befriedigung von Baden und Würtemberg zu entbehren — das sey schon formulirt. Ist Ihnen davon irgend etwas kundig? — Die Herren in München meinen auch: die Reichsminister suchten nur um ihrer Sinecuren willen den Erzherzog zu halten. Man wolle ihnen aber auch kein Geld mehr zahlen. Daraus ist zweierlei zu lernen: 1) Wer hinter dem Ofen sitzt, sucht den andern auch dahinter. 2) Baiern ist sehr sinnreich, wenns darauf ankommt, seine Schulden nicht zu zahlen. — Wippermann wollte gestern auch von neuen Wiener Gruppenplänen gehört haben, aber weiter wußte er nichts, wie er denn überhaupt merkwürdig ununterrichtet, und in alten Begriffen befangen war, Radowitz und die Potsdamer fromme Parthei (Gerlach) untereinander warf pp.

Daß Sie den 'A(λη̃θόφιλος) 'E(ιρηναῖος) erkennen würden, habe ich nicht bezweifelt. Ihre Sorge wegen des Volkshauſes — ſo wenig mich meine Neigung zu dieſem zieht — iſt aber doch nicht richtig. Denn 1) was die Wahlen nach den bekannten 3 Klaſſen bringen, zeigt Berlin, und 2) der Schluß von der Paulskirche iſt nicht richtig. Dieſe bildete ſich ein, conſtituirend zu ſeyn. Daran ging ſie ebenſo nothwendig zu Grunde, wie eine jede derartige Verſammlung an dieſer Klippe ſcheitern muß. Denn nicht umſonſt hat Machiavell geſagt: Come egli é necessario essere solo a volere ordinare una republica di nuovo, o al tutto fuori delli antichi suoi ordini riformarla! — Es iſt ein himmelweiter Unterſchied, ob man eine ſolche Verſammlnng auf die vermeinte tabula rasa, oder in eine feſte begränzte Sphäre ſetzt. — Uebrigens iſt man in Berlin auf dem Wege zum alten Bunde. Wangenheim theilte dieſer Tage merkwürdige Äußerungen der Art mit von Leuten, die im Juli noch ſehr engerebundesſtaatlich waren. Und ich glaube kaum, daß Brandenburg, Manteuffel darum fallen. Vielleicht könnte es aber Gelegenheit geben, v. d. Heydt u. Co. los zu werden.

Die Flottenſache ſteht in Berlin nicht ſonderlich; als vom Gelde die Rede geweſen, hat kein Menſch Inſtruction gehabt. Dachte ichs doch! Mit Herrn Jordan [1]) und Mettenius habe ich darüber geſprochen, ehe ich dieſe Nachricht hatte. Jordan ſah beſonders ſein Kind mit recht väterlichem Auge an. Indeß iſt Duckwitz von Hamburg aus wieder bitter angegriffen; und in ſo weit mit Recht, als dieſe ganze Flottentreiberei eine tolle Verſchwendung geweſen iſt.

Die Gemeinheit, die Sie von dem Benehmen der Umgebung des Pr. v. Pr., namentlich von Savigny, berichten, ſieht dieſem ganz ähnlich, nach anderem Zeuge, das ich aus eben dieſer Stellung von ihm geſehen. Unter dieſen ganzen Preuß. Diplomaten vom Handwerk iſt dieſe rouerie und filouterie, wie es ſcheint, ebenſo zum vertrockneten Büreauapparat geworden, wie ſo manches andere Stück aus ihren inneren Regierungskünſten.

Uebrigens vergeſſen wir auch nicht, daß, ſo wie die Furcht vor der Revolution ſchwindet, die jämmerliche Hof- und Hinterthüren-Intrigue wieder den Kopf hebt. Davon iſt hier auch zu ſagen. Es iſt das freilich alles noch jämmerlich und dreht ſich um die Antichambre, aber es iſt da.

Nach den heutigen Wiener Nachrichten iſt Öſtreich zu einem Reſultate gekommen, welches durch Prokeſch in Berlin proponirt werden ſoll, nachdem Bernſtorff [2]) ſich zweifelhaft ausgeſprochen. — Wir haben nun ſogleich nach Berlin geſchrieben, daß wir in dem (ſehr wenig ſagenden) Schiedsrichter-

[1]) Admiralitätsrath. — [2]) Preußiſcher Geſandter in Wien.

amte Sachsen den Vorrang nicht bestreiten. Nach den Münchener Nachrichten ist F. Schwarzenberg von der oberwähnten Trias zunächst zurückgekommen, und will erst mit dem provisorio zufrieden seyn. — Für Würtemberg ist dagegen der coup d'état organisirt. Entlassung der Minister, Zusammenziehung des Heers an der Westgränze. Hülfe durch Baiern und Östreich. Da hat man freilich wohlgethan, unserem Bündniß und Schiedsgericht nicht beizutreten. In Berlin scheint Radowitz etwas zu reculiren, während der König mit Gerlach und vielleicht auch Rauch in Töplitz den Kaiser Franz Joseph und Schwarzenberg spricht. Es ist ohne Zweifel ein ominöser Moment.

Ich wollte Raumers Briefe über Frankfurt und Paris wieder wegschicken. Da sehe ich am Schluß hinein und finde nun wirklich ein bedeutendes pathologisches Interesse in dem Buche. Wie ist auch dieser so kluge Professor in die complete Ideenverwirrung gerathen! Zuweilen ein lucidum intervallum, aber dann obligater Frankfurter Unsinn, mit Preußenthum gewürzt. Das nennt man Deutsch.

Damit mags genug seyn. Leben Sie wohl und lassen Sie mich bald mehr hören.

Ihr

JCBS.

Nr. 135. Frankfurt, 7. September.

Ich schicke Ihnen, theuerster Freund, hieneben Biegelebens neueste Berichte. Wie Sie sehen, hat man in Wien guten Willen, und so ist doch am Ende noch Erfolg zu hoffen, zumal, wenn die gestrige Entrevue der beiden Monarchen in Töplitz — über welche der Prinz von Preußen eine telegraphische Mittheilung empfangen haben will — nachhilft. — Hier ist nun der Erzherzog wieder eingetroffen und zwar so gestärkter Gesundheit und gefestigten Muthes, daß ich ihn kaum wiederkenne, und daß wir in Betreff des letzteren jetzt fast zu zügeln haben. Unsere Situation ist durch diese Rückkehr wesentlich gebessert; die finanziellen Schwierigkeiten werden auch applanirt werden, und so wollen wir denn weiter ausharren bis zur Ablösung. Was in diesem Augenblick drückt, ist, daß Preußen die Stadt Frankfurt zum Beitritt zum Bündniß zu treiben sucht; indessen hoffe ich, daß hier noch Einiges zu retten ist, obgleich des Erzherzogs verspätete Ankunft und die gänzliche Unfähigkeit des bei der Stadt beglaubigten Oestereichischen Ministers von Menßhengen unendlich geschadet haben. Harnier geht Morgen nach Berlin, ich glaube aber nicht, daß er über den Abschluß unterhandeln wird, sondern nur eben hinhalten. Sollten Sie in dieser Beziehung etwas erfahren, so bitte ich, es mich wissen zu lassen, denn diese

Frage hat eine große Bedeutung für uns, obgleich wir den Erzherzog bestimmt haben, unter keiner Bedingung Frankfurt zu verlassen. Über die Entrevue zwischen dem Erzherzog und dem Prinzen von Preußen wird Ihnen Witte wohl ausführlich berichtet haben. Der Prinz ist in derlei Dingen dem Erzherzog gar nicht gewachsen, und so hat ihn denn dessen Anrede: „Ja mein allergnädigster Herr! was sind das für Verhältnisse! Was würde Ihr seliger Vater sagen, wenn der jetzund aufstände!“ — und weiter: „Schauens, ich bin halt zweierlei Person, Oesterreichischer Erzherzog und Deutscher Reichsverweser. Den Erzherzog hab ich daheim gelassen und bin hier nur der Reichsverweser; die Stellung ist nicht angenehm; ich bin aber als guter Soldat auf meinen Posten zurückgekehrt und werd mich nicht verdrängen lassen“ u. s. w. — sehr dekontenancirt, so daß er am Ende feierlich gegen dergleichen Verdrängungs-Absichten protestirt und betheuert hat, er sei nur gekommen, um dem Erzherzoge seine Hochachtung zu bezeugen. Skandalos war, daß die Preußischen Agenten das Landhaus, welches der Erzherzog miethen wollte, zu höherem Preise dem abspenstig machen und für den Prinzen zu miethen suchten, doch ist es noch glücklich für den Erzherzog gewonnen worden. Uebrigens will ich noch in Betreff des Prinzen und seines hiesigen Aufenthalts bemerken, daß auf eine Anfrage von Prokesch in Berlin Schleinitz demselben erklärt hat, die Notiz, daß das Hauptquartier hierher verlegt werde, sei ganz falsch. F. Wittgenstein, dessen ritterliches Wesen auf den Prinzen von Preußen einen großen Eindruck gemacht hat, so daß dieser durchaus und wiederholt verlangt, W. solle ihn besuchen, hält sich nach der Geschichte mit dem Zeitungsartikel dem Prinzen ganz fern; der Prinz, der ihn durchaus sehen und sprechen wollte, hat sich damit begnügen müssen, daß Lady Cowley den Fürsten in eine Abendparthie lockte, wohin der Prinz unerwartet kam. Ich erzähle Ihnen derlei Bagatellen, weil, wenn auch nicht für Sie, doch vielleicht für den König dergleichen Interesse hat, und weil uns diese Lumpereien jetzt fortwährend beschäftigen. Der Prinz hatte den Erzherzog zu einem Galadiner geladen, was dieser refüsirt, dagegen den Prinzen auf Morgen zu einem diner en famille geladen hat, der denn auch zugesagt hat.

Die Flotten-Angelegenheit betreffend will ich noch melden, daß Merck im Begriff ist, auf die 3 Dampfschiffe in England £ 20000 aufzunehmen, welche die augenblickliche Verlegenheit beseitigen werden.

Ihr

D.

Nr. 136. Frankfurt, 9. September.

Hier ist Biegelebens Nr. 13. Wir haben heute anderweitige günstige Nachrichten aus Wien, d. h. daß man dort den ehrlichsten Willen zu einer

Verſtändigung habe; gebe Gott, daß ſie zu Stande komme; ich wünſche das nicht bloß um Deutſchlands und Europas, ſondern auch um meinetwillen.

Ich lege noch den Brief eines Miniſterialſekretairs bei in Betreff der Acceſſionen zu der Frankfurter Verfaſſung. Eine Stelle in Ihrer A. E. Broſchüre hat mich dazu veranlaßt; als ich in den Akten nichts fand, hab ich dem Sekretair den Auftrag gegeben, nachzuſehen und mir darüber Bericht zu erſtatten, damit etwas bei den Akten ſei oder vielmehr conſtatirt werde, daß nichts darin ſei.

Uns drückt hier jetzt ſehr das Beſtreben des Prinzen von Preußen und ſeiner Gehülfen, die Stadt Frankfurt in das Berliner Bündniß hineinzuziehen, weil die Hauptabſicht die iſt, den Reichsverweſer fort zu chikaniren. Nun iſt Harnier nach Berlin geſchickt worden; ich glaube nicht, daß er über den Beitritt eigentlich verhandeln wird, möchte aber gar zu gern wiſſen, wie er ſich dort ſtellt und bitte Sie dringend, Wangenheim zu veranlaſſen, daß er Ihnen darüber Nachricht gebe, die Sie dann wohl mir zukommen laſſen. Der Erzherzog geht in keinem Falle fort, aber ich möchte ihm die Inſulten, zu welchen ſich jetzt ſchon und nach dem Anſchluſſe noch mehr die Preußiſchen Lakaien berechtigt halten, gar gern erſpart ſehen.

Wann werden Sie denn Ihren Landtag berufen?

Von Herzen der Ihrige
D.

Nr. 137. Frankfurt, 11. September.

Sie erhalten hieneben Biegelebens 14. Bericht. Für Ihren Brief vom 7. [rect 6.] ſage ich Ihnen den herzlichſten Dank. Der reiche Inhalt hat mich nach mehreren Seiten hin orientirt. — Mit den Wahlen kann man ſehr zufrieden ſein; die Oppoſition iſt diesmal ſehr ungefährlich, da ihr jeder poſitive Gedanke fehlt. Daß Rumann unterlegen, iſt gar viel werth; wird der Landtag nicht vor der Zeit aufgelöſt, ſo iſt er für immer unſchädlich. Es bleibt ihm nun für ſeine Intriguen, für ſeine Leidenſchaftlichkeit nur die Gaſſe als Schauplatz; er wird hier ſicher noch das Ein und Andre verſuchen, ſich aber verbrennen, weil der Herbſt 49 anders iſt als der Mai 48. Ebenſo iſt es gut, daß Grumbrecht unterlegen, deſſen Talente nur durch ſeine Geſinnungsloſigkeit gefährlich werden. Lang wird ſchon zur rechten Zeit eine neue Wendung machen, Elliſſen kenne ich nicht, der ganze Reſt iſt nur zum Lachen. Uebrigens iſt der Moment in mehr als einer Beziehung ſehr bedeutend und intereſſant, und wär ich dort und in der Cammer, ſo würde ich eine Verſöhnung der Partheien verſuchen, die,

wie's mir vorkommt, sehr leicht ist und gewiß allen unrechten Gelüsten, sowohl denen von außen, als denen, die nach abgethaner Revolution sich wiedererheben, einen tüchtigen Damm entgegensetzen könnte. Theodor Meyer könnte dazu thun; aber er glaubt immer nur von allen Menschen das allerbeste und wird so leicht ihr dupe.

Was Ihnen von München aus über die Oesterreichischen Pläne in betreff des definitivi gemeldet worden, Dreitheilung Deutschlands, mit der arrière pensée, daß das Bayrische Drittel doch wieder Oesterreich zufallen müßte, ist sicher eine Phantasie; wir wissen hier nicht allein Nichts davon (ich hab noch mit dem Erzherzog und Rechberg darüber geredet); sondern Berichte aus Wien sagen entschieden das Gegentheil. Es ist eben eine Bayrische Phantasie, Bayrisches Gelüsten, das bei einer unglaublichen innern Schwäche, die nur Schuld der elenden Regierung ist, stets etwas naiv Materielles hat; unser langer Jochmus hat mit v. d. Pfordten pp. in München mehrere Unterredungen über Deutsche Dinge gehabt; Jochmus, der sonst wie Fliespapier ist, sehr genau referirt und nie seine Gedanken dem Interlocutor unterschiebt (et pour cause) erzählte mir, wie v. d. Pfordten ihm immer und immer mit der Karte von Deutschland gekommen. Der Gedanke jener Dreitheilung wäre doch auch gar zu dumm, wär's auch nur als Ruin Deutschlands. Oesterreich will eine Rückkehr zum Bunde, ohne aber irgend Reformen auszuschließen; daß Rußland auch dahin arbeitet, bezweifle ich keinen Augenblick, und daß Frankreich den Bundesstaat, wie ihn Preußen will, nicht zugeben wird, hab ich noch kürzlich aus einer Note Tocquevilles [1]) vom 28. August, die mir Tallenay vorlas, ersehen. Dieser Bundesstaat scheitert daran, daß er auf den Verträgen von 15 stehen will und sie doch aufhebt. Komisch ist, daß Radowitz in einem ganz neuesten Briefe an Jürgens, wie mir dieser mittheilt, schon von einem „Bündniß-Staat" spricht, das ist der leise Uebergang vom Bundesstaat zum Staatenbund. Daß Radowitz die Parthie selbst schon halb verloren giebt, ging mir aus seiner waffenrasselnden Rede hervor, das war mehr die Angst vor dem Mißlingen als die trotzige Gewißheit des Gelingens, die aus all dem tönenden Apparat hervorsah. Und was Beckerath und die Andern neuerlichst geredet, ist doch so unsäglich miserabel, kindisch und albern, daß auch da das blasse, angstvolle Mißlingen nur kläglich maskirt erscheint.

Raumers Briefe hab ich nicht ansehen mögen; ich kenne den Menschen selbst und er ist mir wie wenige zum Ekel. — Von seiner politischen Weisheit erwähne ich nur, daß er der unbedingteste Vertheidiger des un-

[1]) Minister der auswärtigen Angelegenheiten seit 2. Juni.

bedingteſten allgemeinen Wahlrechts iſt — in ſo abgeſchmackter, kindiſcher Weiſe, daß man in Verzweiflung geräth über Deutſchland, wo doch ſolche Namen wie der ſeine noch Klang und Autorität haben. Dagegen las ich mit Intereſſe das Buch von Haym[1]): Die Deutſche Nationalverſammlung von den Septemberereigniſſen bis zur Kaiſerwahl. Das iſt ſo recht aus dem innerſten Kern der Erbkaiſerparthei aus geſchrieben, hat deß auch gar kein Hehl, und dabei enthält das Buch, ſo ausgeputzt die äußere Form auch iſt, ſo viele merkwürdige Geſtändniſſe, daß ich oft laut auflachen muß; dieſer kleine Haym iſt offenbar mehr dupe als Spitzbube. Was er z. B. über die Weisheit und Intentionen der Abſichten und Beſchlüſſe der Caſino-Partei in Betreff der im November 48 zur Verhandlung gekommenen Preußiſchen Frage ſagt, iſt zu naiv; ebenſo ſeine Andeutungen über die Intentionen, die der abgeſonderten Publikation der Grundrechte zu Grunde gelegen, über die Beſeler damals ſagte: „Wenn die Regierungen nur erſt das Rattengift der Grundrechte im Leibe haben, wird ihnen die Luſt zur Vereinbarung ſchon vergehen." Es iſt der ganze halb kindiſche, halb ſpitzbübiſche Hochmuth dieſer Parthei; ehe dieſe Parthei Gagern-Dahlmann pp. nicht ganz gründlich vernichtet iſt, dürfen wir in Deutſchland auf keine feſten Zuſtände hoffen, das iſt die wahre revolutionäre Parthei, gegen die das Treiben von Zitz, Fröbel u. dergl. nur Kinderſpiel iſt. Und dieſe Parthei würden Sie im Volkshauſe immer wieder und zwar vermöge ihrer großen parlamentariſchen Talente (eben nur dieſe haben ſie) oben an finden. Was Sie vom Volkshaus in Bezug auf die jetzige Berliner Cammer ſagen, die aus der Claſſenwahl hervorgegangen, ſo kann ich dieſen Schluß nicht zugeben, weil alle Demokraten ſich von den Wahlen zurückgezogen hatten. Hätten ſie es nicht gethan, wär die Cammer eine ganz andere. Doch über Alles dieſes müſſen wir uns einmal mündlich verſtändigen.

Ihr

D.

Nr. 138. Ohne Datum. Notiz von Detmold: acc. 14. Sept. 49.

Dr. Mettenius kommt eben bei mir vor und will ſo gut ſeyn, einen Brief mitzunehmen, und da mag ich die Gelegenheit nicht verſäumen, Ihnen für Ihre beiden letzten Briefe zu danken. Die Mittheilungen über die Propoſitionen haben wir gleichzeitig auch über Berlin und Wien erhalten und haben auch bereits die Erklärung über das Schiedsrichteramt in höflicher Form nach Wien gelangen laſſen, daß wir keine Bevorzugung von Sachſen und Württemberg verlangten. Ich war Willens, heute nach

[1]) Damals Privatgelehrter in Halle, Abgeordneter zur Nat.-Verſammlung.

Osnabrück zu gehen, habe mich aber aufhalten müssen, weil Beust von Dresden herübergekommen, und werde so wohl erst morgen gehen können. Beust ist bei der entrevue in Töplitz gewesen, die auf bloße Freundlichkeiten hinausgelaufen und ihren Werth eben auch nur darin hat, daß sie den Glauben an feindselige Stellung der Regierungen schwächt. Aus den Reden des K. v. Pr. erzählt er, daß dieser gesagt: „Radowitz' Logik dominire ihn, dagegen könne er nicht aufkommen." Sehr wahr und traurig, eben weils nichts als Logik. — Dann hat er gesagt: Den Gang, in dem er einmal sey, müsse er fortgehen; aber wenns zu Conflicten führe, werde er umkehren, also eine Politik halber Maßregeln, versuchen und vor der Gefahr scheuen; Bangemachen! — Schwarzenberg scheint seinerseits Preußen gewähren lassen, aber Zwang nicht dulden zu wollen. Was aus dieser Politik des nebeneinander werden muß, ist wohl klar; aber lange kann sie nicht dauern.

Beust benutzt die Gelegenheit, um sich mit uns zu verständigen, damit Sachsen und Hannover gleichen Strang ziehen, was sehr nothwendig. Ich habe folgende Grundsätze aufgestellt, die er billigt: I. So lange Baiern nicht die Theilnahme am Bündniß auf eine völlig unheilbare Weise zurückgewiesen, ist die Unterhandlung fortzusetzen. II. Müßte diese Theilnahme aufgegeben werden, so tritt die Rechtsfrage ein: ob der Bundesstaat im Bunde ohne Zustimmung sämmtlicher Bundesglieder zu errichten sey. Diese Frage ist jedenfalls vor dem Reichstage zu erledigen. Sie kann ans Schiedsgericht kommen. Die Erledigung schließt jedenfalls die weitere Frage in sich, welches Verhältniß zwischen den Staaten des Bündnisses und den übrigen entstehen soll. III. Wäre sie erledigt und dadurch nicht die Verhältnisse so verändert, daß ganz andere Grundlagen eintreten, so wäre dann das modificirende Verfassungsproject für einen etwaigen nord- und mitteldeutschen Bund aufzustellen. Dafür aber gebe ich folgende Basis: Es darf 1. sich von den rechtlichen Grundlagen des Deutschen Bundes nicht entfernen (das kann Preußen nach eigenen Principien nicht weigern). — 2. Es muß nur den Uebergang zu völliger Einigung oder Wiedervereinigung bilden, d. h. a) für die Gegenstände der alten Bundesthätigkeit die alte Bundesverfassung, also Militärwesen pp., jedoch mit Oeffentlichkeit, Preßfreiheit pp. — b) für sonstige Bedürfnisse (Schiffahrt, Handel, Zoll, Münze, Gesetzgebung u. s. w.) besondere Einigung mit Volksvertretung. c) Vor allem das Gericht.

Das sind die rohen Gedanken. In Sachsen hat man freilich auch noch ein anderes Desiderium und einen anderen Druck. Dort leidet man an schlechten Gesetzen, Grundrechte, Wahlgesetz u. s. w. Möchte diese gern los werden, und die Aristocratie liebäugelt deßhalb nach Preußen wegen des

ſüßen Octroyirens. Möchte auch gern eine Reichsgeſetzgebung, die ihnen geſchwind aus der Noth hülfe. Aber das geht ſchwerlich ſo ſchön.

In Würtemberg ſcheinen die Radicalen ſich ja nun zum Preußenthum zu neigen. — Das iſt ähnlich wie in Heſſen, deſſen Vertreter in Berlin, Hr. Pfeiffer, mir geſtern einen unauslöſchlichen Ekel beigebracht hat. Welch ein dummer Stolz auf ihre verkehrte heſſiſche Beamtenſelbſtſucht und Zänkerei. Das ſoll dann Volksſache ſeyn. Und dabei duldet man ein Blatt wie die Horniſſe und ſagt: Es exiſtirt für uns nicht!

In Berlin ſcheint übrigens die Frankfurter Parthei Terrain zu gewinnen, zumal in der 1. Cammer, und Brandenburg und Manteuffel werden, wie es ſcheint, umgarnt. In der 2. ſoll die Sache eher beſſer ſtehen. — Das Wiener Project hat ſowohl Schleinitz als Brandenburg für acceptabel erklärt, nur wegen des Schiedsgerichts ſind ſie nicht einverſtanden und wollen, wie es ſcheint, lieber alle 15 Bundestagsſtimmen entſcheiden laſſen. — Unverkennbar im Intereſſe Preußens. — Es fragt ſich, obs nicht beſſer wäre, die Sache offen zu laſſen, zumal Sachſen und Würtemberg ſehr Anſtoß nehmen.

Nach unſeren Wiener Berichten iſt Schwarzenberg geneigt, an neuen Verhandlungen über das Definitivum Theil zu nehmen und ſieht ein, daß er dann einen poſitiven Gedanken haben muß. Aber allerdings giebts erſt nichts wichtigeres als das Proviſorium zu erledigen.

Und nun leben Sie wohl; ich fahre morgen auf c. 8 Tage nach Osnabrück. Ich will doch einmal ein wenig aus dieſem Zwange.

NB. Der Monat April hat auf unſeren Eiſenbahnen das vorige Jahr wieder um 45000 [Thlr.] übertroffen. Alſo in den erſten 4 Monaten faſt 150000 plus gegen v. J.

Ihr

JCBS.

Nr. 139. Frankfurt, 27. September.

Sie erhalten hieneben, theuerſter Freund, Biegelebens letzten Bericht, aus Wien, der Ihnen aber wohl nichts Neues bringen wird, was Sie nicht ſchon von Berlin oder von Wien aus kennten. Preußen hält offenbar an dem Unions-Direktorium feſt, wird in Allem nachgeben, was unter dieſe Linie fällt, in allem, was drüber hinausgeht, entſchieden feſthalten. In dieſem Sinne faſſe ich die neuen Vorſchläge auf und glaube deshalb z. B., daß man wegen des Präſidii Oeſterreichs am Ende nachgeben wird, nicht aber wegen der „Kriegsverfaſſung", am wenigſten wegen der Bevollmächtigten-Frage. In den beiden letzten Punkten aber wird auch Oeſterreich gerade am entſchiedenſten feſthalten und kann ſie nicht aufgeben, namentlich den letzteren, da Preußen darunter ja ſeine angebliche Bevoll-

mächtigung für die übrigen Staaten, d. h. seine Reichsvorstandschaft, verstecken will. Wie nun weiter? Das Meiste wird nun davon abhängen, was Hannover und Sachsen der Bayrischen Erklärung [1]) gegenüber thun: treten sie zurück, so wird man in Berlin nachgeben, treten sie nicht zurück, so wird man festzuhalten suchen, bis von Paris oder St. Petersburg aus ein nachdrückliches Wort erschallt. Daß man in Paris in diesem Augenblicke sich ernstlich mit der Deutschen Frage beschäftigt, ist für mich kein Zweifel. Der hiesige Gesandte Tallenay, von allen Franzosen, die ich kenne, am meisten in Deutschen Verhältnissen versirt, ist nach Paris berufen; von einer frühern Depesche Tocquevilles vom 28. Aug. meine ich Ihnen bereits erzählt zu haben. Tocqueville und Falloux [2]) pp. sind zum Glück sehr vernünftige und wohlgesinnte Menschen, sonst möchte eine Revision der von Preußen angetasteten Verträge von 1815 leicht in Frankreich ein sehr populäres Geschrei merden können.

Ich lege Ihnen noch einige Mittheilungen Biegelebens aus Wien bei, die aber auch wohl für Sie nichts Neues enthalten. Die ganze Biegelebensche Verhandlung ist mir durch perfide Indiskretionen darüber in verschiedenen Zeitungen höchst widerwärtig geworden. In Berlin hat die Regierung, um sich der Presse zu bedienen, sich ihr gewissermaßen ganz hingegeben — ähnlich wie mit der Kammer dort, so daß die Presse gleich von vornherein Alles weiß und beschnüffelt und zerreißt. Damit kann wohl ein specieller Zweck erreicht werden, wie das 1840 unter Thiers in Paris probirt wurde und ja auch jetzt in Berlin beabsichtigt wird — aber ein eigentliches Regieren ist dabei nicht möglich. Wenngleich wir nun hier aus guten Gründen mit dem eigentlichen Regieren nichts zu thun haben, so ist mir doch jenes Verhältniß zur Presse so durchaus widerwärtig gewesen, daß ich eher im Gegentheil zu sündigen gestrebt habe. Und nun kommen uns doch solche Geschichten! Ich mag meinen Verdacht nicht überall hin werfen, gewiß aber ist, daß, so nothwendig uns des Erzherzogs Rückkehr auch war, unsere Stellung in vieler Hinsicht dadurch erschwert wird, nicht sowohl direkt durch ihn als durch allerlei Einflüsse — namentlich der Frau von Menßhengen, die bald diesen, bald jenen von unsern Leuten in Wien verdächtigt, um für ihre Protegés Platz zu gewinnen. Das ist nun so gar abscheulich widerwärtig für mich, daß ich oft toll und grob dazwischen fahre und das Uebel dadurch nur mehre.

---

[1]) Bayern hatte unter dem 8. September den Beitritt zum Dreikönigsbündnisse definitiv abgelehnt. Vgl. Deutsche Chronik 1849. II. S. 129, und die Rede des H. v. d. Pfordten vom 21. September, ebendaselbst S. 157.

[2]) Minister des öffentlichen Unterrichts.

Ihren Brief vom 13. habe ich s. Z. durch Mettenius empfangen und bin ich Ihnen namentlich für die mitgetheilten Notizen über die demnächst einzuhaltenden Grundlinien der Hannover-Sächsischen Politik sehr dankbar. Die Sache hat darum gleich Grund und Boden, weil sie von vornherein auf ein Positives zusteuert, was z. B. in München ganz fehlt. In Würtemberg wird man wahrscheinlich Römer noch einstweilen halten, bis man mehr Land in der Deutschen Frage sieht, dann wird man ihn fallen lassen.

Hier muß von Zeit zu Zeit der Prinz von Pr. sich sehen lassen und Propaganda machen für das Bündniß. Daß es dabei an Täppigkeiten hüben und drüben nicht fehlt, läßt sich denken. Als er das vorletzte Mal hier war und vom Erzherzog Abschied nahm, sagte er — wahrscheinlich eine Savignysche Redensart schlecht anbringend: „Wenn man uns zu sehr drängt, müssen wir uns auf die Revolution stützen". Offenbar schlechter gesagt als gemeint. Übrigens ist es auffallend, wie die Antipathien gegen Preußen hier im Südwesten steigen, und das ohne auffallenden Grund. Ich gebe im Grunde auf Sympathien nnd Antipathien der Masse nicht viel, indessen als Symptom tiefer liegender Zustände sind sie doch von Interesse.

Ihr

D.

Nr. 140. Hannover, 28. September.

Die Zeitungen haben so viel auf mein Conto gelogen, daß ich Sie, lieber Freund, wohl wieder orientieren muß. Ich bin am 13. nach Osnabrück gegangen, habe dort bis zum 19. ganz still meine eigenen Angelegenheiten geordnet, was hoch nöthig war, bin darauf über Bremen nach Bremerhafen gefahren, um diesen bedeutenden Punct und namentlich unsere Anlage zu Geestemünde zu sehen und kennen zu lernen. Dazu hatte ich leider viel zu wenig Zeit. Doch habe ich jetzt mehr Begriff vom Wasser. Die Deutsche unglückliche Marine lag mit ihren Dampfbooten langweilig auf der Rheede, sehr kümmerlich gegen den prächtigen Lawrence. So ein Segelschiff mit den thurmhohen Masten (220 Fuß) ist eine große poetische Erscheinung und verhält sich zu jenen Nußkasten etwa wie ein gothischer Dom zu einem englischen Factorey-Gebäude. Um gleich den augenscheinlichen Beweis zu haben, wie thöricht man gehandelt, diese Räderdampfschiffe zu kaufen, lag auch ein Schraubenboot bei Brake. Das ist schon viel zweckmäßiger und kriegstüchtiger. — Doch das Geld ist nun einmal fort und das Philosophiren hilft nichts. — In Bremen hätte ich so unglücklich seyn können, einem großen Fraß beiwohnen zu müssen, wenn mich nicht mein Incognito, das ich bis Bremerhafen durchführte, geschützt hätte.

Als ich hieher zurückkam — ziemlich desorientirt, denn Zeitungen hatte ich keine gelesen, hörte ich, daß der König befohlen habe, Bennigsen solle nach Wien reisen. Dieser hatte sich denn auch entschlossen, über Berlin zu gehen, dort Ziel und Zweck seiner Reise Schleinitz mitzutheilen und zu versuchen, auf Einigung und bestimmte Propositionen für das Definitivum hinzuwirken. Mir ist das lieb. B. sieht so einmal tiefer in diese Schlünde und Abgründe der Nichtigkeit hinein. Er ist von Natur nicht ehrgeizig und activ; die Anregung der Reise ist ihm also wohlthätig, und bei seiner ruhigen und bestimmten Natur wird er auch einen Eindruck machen, dem König gegenüber aber auch ein Relief erhalten. Ich habe ihm meinen Plan entwickelt, wie etwa die Bundesverfassung zu modificiren wäre. [1]) — Freilich wird F. Schwarzenberg wohl auf die höchst alberne und den Großmächten günstige Dreitheilung der von ihm empfohlenen Broschüre: „Oesterreich, Preußen und Westdeutschland im Dreistaatenbund, Leipzig und Wien“ [2]) zurückkommen, quod deus avertat. — An eine Reise von mir nach Berlin hat eben so wenig ein Mensch gedacht, als an der von den Zeitungen viel breit getretenen Hannoverschen Note auch nur ein wahres Wort ist.

Die Berliner Piepmeyer im Bundesrath wollen nun mit Gewalt den Reichstag erstürmen. Dagegen hat Radowitz gegen Prokesch erklärt, er gebe seinen ganzen Plan verlohren, weil man in Berlin zu unfähig gewesen, ihn durchzuführen, sich mit Östreich in Streit verwickelt, statt sich zu einigen pp. Abeken schreibt an jemand das confuseste Zeug, woraus nur zu entnehmen, daß man sich in Berlin im Auswärtigen einbildet, man könne mit Wien das Interim abschließen und zugleich den engeren Bundesstaat machen! So kopflos, unehrlich und dumm sind diese Leute. — Sie möchten die Hegemonie Deutschlands wegstipitzen, während sie solche nur mit dem Schwerte gewinnen könnten. — Das Zeug aus den kleinen Staaten aber erregt mir vollkommen den unsäglichsten Ekel. Diese Helden von Hornau [3]) und Gotha machen sich nun hier im Lande lächerlich, indem sie den offiziellen Abdruck von Radowitz' Rede (zu nützlichem Gebrauch?) überall vertheilen lassen. Welche Erbärmlichkeit.

Aus der Marinesache wird jetzt sicher nichts. — Im Verwaltungsrath hat Preußen eine Erklärung abgegeben, wir sollten gleich abschließen, aber nur auf Uebertragung „ohne Kündigung“. — Wegen des Geldes sehr

---

[1]) Vgl. die „Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Bundesverfassung“. J. C. B. Stüve, II. S. 112 und Anhang I. — [2]) S. 282.

[3]) Von Hornau, Gagerns Besitzthum, war das Rundschreiben des Ausschusses der Gothaer Versammlung vom 17. Juli über die Organisation dieser Partei datirt. S. dasselbe Deutsche Chronik 1849, II. S. 34.

weitläuftig. Schleinitz und Bülow ſagen mündlich: Wir möchten doch nur abſchließen mit Kündigung. Aber wir wollen nicht die Narren ſeyn, uns dieſe Sache auf den Hals zu locken und am Ende ſtecken zu bleiben. Mir verdirbt das Ernennen ſo vieler Leute durch Hrn. Merck völlig die Luſt. Ich finde das ganze Verfahren verkehrt und planlos, und es iſt keine Freude, hinterher eine verpfuſchte Sache anzunehmen. Die Schiffe halte ich auch für eine ſchlechte Adquiſition. — Hafen und langſames Anziehen von Menſchen durch Dienſt auf fremden Flotten, das wäre Sache; aber ſo? —

Die Baiern drängen ſich jetzt entſetzlich an uns und wollen uns zum Bruche treiben. Dazu iſt freilich Montgelas [1]) der Mann! — Kneſebeck war hier ganz voll von der unſäglichen Schwäche aller dortigen Perſonen. —

In Berlin halte ich nach den wirren Beſchlüſſen der Cammern über die Verfaſſung und der Kraftloſigkeit der Regierung den Zuſtand doch für recht gefährdet. Es ſchwankt alles hin und her ohne feſtes Princip und klare Erkenntniß der Dinge und Bedürfniſſe.

d. 30.

Geſtern erhielt ich Ihre weiteren Mittheilungen, die uns erſt recht über den Stand der Anſichten in Wien klar gemacht. Die unglückliche Dreieinigkeit, in die ſich Schwarzenberg nun verliebt, iſt ein ganz trauriges Machwerk eines Advocaten in Leipzig, Dr. Schellwitz, eines ganz thörichten Syſtemmachers, der uns dieſe Geſchichten ſchon theils im April ſchickte. In Berlin drängen die 28 Anerkenner nun auf den Reichstag. Preußen ſcheint nicht zu wiſſen, was es will. Wegen der Marine hat Schleinitz ſich aus der Kerſt-Ammonſchen Interpellation ſo gut als möglich herausgelogen. Es gehört aber viel Naivetät dazu, wenn man erwartet, dergleichen specimina eruditionis ac eloquentiae ſollen anderen Leuten Luſt machen, ſich unter die Leitung einer ſo fehlerhaften Regierung zu begeben. [2])

Nach meiner Anſicht werden wir jetzt zu erklären haben:

daß nach Inhalt des Bündniſſes den nicht beitretenden Regierungen ihre Rechte aus der Bundesacte zu wahren ſeyen; daß deßhalb die

[1]) Graf Montgelas, bayeriſcher Geſchäftsträger in Hannover.

[2]) Die Interpellanten verlangten zu wiſſen, was die Regierung der von ihr nicht mehr anerkannten Centralgewalt gegenüber gethan habe, um Preußens Rechte an der Flotte zu ſichern, unter Hinweis auf ein Gerücht, wonach die Centralgewalt die Flotte in das adriatiſche Meer zur Ueberwinterung ſenden wolle. Die Antwort bezog ſich auf die Verhandlungen mit Hannover wegen Uebernahme der Flotte. Ueber dieſe vgl. die Protokolle des Verwaltungsraths vom 8. September, 10. September und 2. October, und Bär: Die deutſche Flotte von 1848—1852, S. 80 ff.

Abänderung, welche in der Berufung des Reichstags implicite liege, nicht zuläſſig ſey, ohne die Zuſtimmung der nicht beitretenden, und daß dieſes wieder die Nothwendigkeit einer neuen Verhandlung ergebe, bei welcher auch die Vorbehalte von Sachſen und Hannover zu erledigen ſeyen.

Gebe Gott nun, daß ſie in Wien klügere Gedanken haben als Schellwitz. Ich habe Bennigſen ein Project einer bloßen Entwicklung der Bundesverfaſſung durch 1. beſtimmtere Ausdrücke der Volks- und Bundesrechte, 2. Organiſation der Bundesregierung und Volksvertretung, 3. Grundſätze für das Rechtsverhältniß der beſonderen Einigungen zu näherer Ausführung der Grundſätze zugehen laſſen — das wäre immer die beſte Baſis; aber die Großen wollen vom Bunde los.

Der alte Lang hat, wie man hört, die Bruſtwaſſerſucht und iſt ſehr elend. Nachdem er ſolange Abends Grog getrunken, dürfte ihm der Frankfurter Rheinwein ſchlecht bekommen ſeyn. Ich glaube kaum, daß ſein Abgang von großer Erheblichkeit iſt, wiewohl er mit ſeiner Ruhe, ſeinen treffenden Worten und ſeiner Schlauheit ſich ungemein dazu eignete, die Menſchen zu führen. Er inſpirirte, glaube ich, ſeinen Sohn auch. Dieſer reiſet jetzt viel im Bremiſchen und giebt dort politiſch-declamatoriſche Gaſt-Vorſtellungen. — Haben Sie wohl bemerkt, daß die Norddeutſche Zeitung anfängt, dem Interim, ja ſogar der Bundesverfaſſung das Wort zu reden? Zeichen der Zeit.

Leben Sie wohl

Ihr

JCBS.

Nr. 141. Frankfurt, 29. September.

Sie erhalten hieneben Biegelebens 18. Bericht, der aber wohl nichts Neues für Sie hat. Die Frage wegen der Bevollmächtigten als Hülle für die Frage des engeren Bundesſtaates wird wohl noch die Hauptſchwierigkeit bieten. — Neues giebt's hier ſonſt gar nichts. Der Reichsverweſer hat die größte Luſt, eine Reiſe in den Norden Deutſchlands zu machen nach Bremerhaven, um die Flotte zu ſehen, die, wie die Zeitungen melden, ja auch wohl von Ihnen beſichtigt worden iſt. Inzwiſchen drückt uns die Frage von der Jurisdiktion auf der Flotte, für die bisher gar Nichts geſchehen. Schicken wir die Flotte aber für den Winter vielleicht fort, ſo muß die Sache vorher erledigt werden. Ich habe mit Witte über eine Art und Weiſe der Erledigung geſprochen, über die er Ihnen wohl berichtet haben wird.

Was ſind doch das für elende Zuſtände in München wie in Berlin! Pfordten weiß nicht, was er will, was er ſoll und wird am Ende trotz

aller Majorität Schiffbruch leiden. In Berlin ſcheint das Miniſterium im eigentlichen Sinne an der Majorität geſcheitert zu ſein. Dieſes Miniſterium, das ſich tüchtig benahm, wenn es in der Minorität war (weil es da thun konnte, was es wollte und eben ſollte), hat, nun es die Majorität hat, ſich ganz und gar das Ruder aus der Hand winden laſſen und wird von der Cammer durch Dick und Dünn geſchleift! Dieſer Zuſtand *kann* nicht dauern; der Bruch wird und muß kommen, weil dieſes Verhältniß ein unnatürliches und verkehrtes iſt. Ich glaube nur immer, daß das Miniſterium darüber fällt, ein Fall, der dann vielleicht die Auflöſung der Cammer nach ſich ziehen könnte. — Entſchuldigen Sie dieſe Phantaſien, die vielleicht ſehr bodenlos ſind. Wir aber leben hier in kompleter Dunkelheit und Unwiſſenheit, und da kommt man leicht auf Phantaſien. Ich kann Ihnen nicht läugnen, daß wir ſehnſüchtig auf das fiat lux warten, was von *Ihnen* kommen würde; ich denke mir, Sie wollen erſt das Votum der Bayriſchen Cammer abwarten, ehe Sie ſich ausſprechen.

Der Ihrige

Detmold.

Nr. 142. Frankfurt, 2. October.

Sie empfangen, th. Freund, hieneben Biegelebens 19. Bericht, der wohl wenig Neues für Sie hat. — Es iſt ein erwartungsvoller Moment. Gott gebe nur, daß man in Wien vernünftige Gedanken hat, darauf kommt jetzt wohl Alles an; fänden ſich die dort, dann werden Hannover und Sachſen wohl von ihrem Vorbehalt Gebrauch machen und die Berliner Seifenblaſe platzt. Welch gräuliche Confuſion dort herrſcht, entnehme ich recht — obgleich man's aus jedem Zeitungsblatte herausleſen kann — aus einem Briefe von Liebe[1]) an Jürgens, den dieſer mir ſchickte. Offenbar weiß dort keiner von dem andern, jeder macht Spektakel, um ſich und andern Courage zu machen, und ſo geht zum Teufel, was vielleicht noch zu retten geweſen wäre. Das ſchmählichſte Schauſpiel iſt für mich dieſes Miniſterium, das ſich von dieſer elenden Cammer — ich kenne die Heroen derſelben — durch allen Dreck ſchleifen läßt. Das iſt ſo verkehrt, ſo geradezu unſittlich, daß ein Bruch folgen muß, ſelbſt ohne die Conflikte der Deutſchen Frage. Ob dem Sturze des Miniſterii die Auflöſung der Cammer folgen wird? ich glaube nicht; dieſe wird, um, da die Deutſche Frage jedenfalls verloren, wenigſtens den Conſtitutionalismus zu retten, der bei einer Auflöſung ſehr gefährdet ſein würde, eine Wendung à la Gotha machen und das neue Miniſterium unterſtützen. Und dann werden die

[1]) Vertreter Braunſchweigs im Verwaltungsrath.

Berliner triumphiren und ſagen: „Wir haben das eben gewollt, waren aber ſo ungeheuer pfiffig, etwas Anderes zu fordern, damit keiner denken ſollte, was wir eigentlich wollten.“ — So hat der Prinz von Preußen, dem Wittgenſtein vor einigen Tagen Biegelebens 18. Depeſche ſchickte (es iſt ein zärtliches Verhältniß zwiſchen beiden, aber ſie ſehen ſich nicht), dieſem ſagen laſſen: wegen des Präſidii könne Preußen nicht nachgeben, wegen der Bevollmächtigten aber habe er, der Prinz, ſofort nach Berlin telegraphiren laſſen, daß man nachgeben ſolle; übrigens beſchwöre er Wittgenſtein, auf dem eingeſchlagenen Wege zu verharren. — Dieſer Äußerung liegen Mißverſtändniſſe, Unwahrheiten und ohne Zweifel auch ſchlechte Nachrichten aus Berlin zu Grunde, wo man dann ſich wenigſtens das Air geben will, als ſei das Nachgeben ein ganz freiwilliges geweſen, um aus der Noth eine Tugend zu machen. — Der elende Kerſt hat in Berlin gelogen, wir wollten die Flotte ins Mittelmeer ſchicken, woran niemals gedacht worden, ſchon wegen der Flagge, die dort nicht anerkannt wird; die großen Schiffe ſollen den Winter nach Belgien, die andern müſſen auf der Weſer oder Elbe unterkommen. Und auf die deßfallſige Interpellation hat der Miniſter in einer Weiſe geantwortet, daß ich mich ſchämen würde, in einer Damengeſellſchaft ſo albernes Zeug zu ſchwätzen. Die Beeidigung der Mannſchaft iſt ihm ſuspekt. Das frühere Miniſterium hatte die Beeidigung immer hinausgeſchoben (trotzdem daß die Mannſchaft dadurch im Gefahr kam, als Corſaren behandelt zu werden, wenn ſie irgendwo anliefen), weil man auf den „Kaiſer“ ſchwören laſſen wollte. Wir haben auf „Reich und Reichsgewalt“ [1]) beeidigen laſſen; das paßt alſo auch auf den Reichsvorſtand vom 26. Mai, der aber hoffentlich beim Kaiſer bleiben wird; der Strohkopf von Schleinitz nimmt aber ohne Zweifel an, wir hätten auf den Reichsverweſer beeidigen laſſen.

Hier giebts vielen Aerger durch die Soldatenprügeleien, an denen ja nach den Zeitungen Sie auch dort leiden. Hier ſinds aber politiſche Prügel, das Gagernſche Programm in Schemelbeine überſetzt. Hauptſächlich in der letzten Zeit zwiſchen Preußen und Bayern. Auf die letzteren iſt es gemünzt und die letzten 3 bis 4 Prügeleien waren prämeditirt und von oben herab gut geheißen, vielleicht noch mehr. Man will durchaus die Bayern aus der Stadt haben; nach jeder Prügelei kommt der Bürgermeiſter mit deßfallſiger Bitte ein, ſo daß ich jetzt einen deßfallſigen Beſcheid lithographiren laſſen will. Es iſt nun nicht bloß die ſpecielle Rancune gegen Bayern, als ein andrer Grund, der das veranlaßt. Die Bayern liegen in dem „Deutſchen Hauſe“ in Sachſenhauſen, einer ſehr großen

[1]) Vgl. den folgenden Brief vom 4. October.

Caserne, die unmittelbar an der Mainbrücke diesen wichtigsten aller Main-Übergänge vollständig dominirt. Auf die zielt man und möchte sie um jeden Preis haben.

Eben da ich schließen will, kommt Ihr Brief vom 30. mit reichem langerwarteten Inhalt, aus dem ich jetzt nur Einzelnes berühren will. Die Anstellungen in der Marine sehen vielleicht schlimmer aus als sie sind; ich war auch stets dagegen (namentlich auch gegen das Bekanntmachen, was in Bayern böses Blut macht) aber Merck und Jochmus versichern, daß noch nicht einmal die dringend nothwendige Anzahl von Leuten angestellt sei. — Auf die elende Broschüre von Schellwitz reist der Verleger Spamer, um die Sache mit Gewalt zu treiben; ich kann mir kaum denken, daß es Schwarzenberg voller Ernst mit der Idee. Es wäre das Allerelendeste. Und Würtemberg z. B. würde er sicher damit Preußen in die Arme treiben. Ein Glück, daß Sie Bennigsen einen positiven und so einleuchtenden Vorschlag mitgegeben! — Wangenheim dringt jetzt mächtig in Witte, er solle hier abschließen, alles wegen der Lüge von Kerst; aber dazu ist es jetzt zu spät, schon weil jetzt wahrscheinlich der Erzherzog Schwierigkeiten machen würde.

Der Ihrige
D.

Nr. 143. Frankfurt, 4. October.

Obwohl Sie, liebster Freund, wohl schon die Nachricht von Berlin haben werden, will ich doch nicht verfehlen, Ihnen zu melden, daß die Convention über das Interim zu Wien am 30. Septbr. von Fürst Schwarzenberg und Graf Bernstorff unter Vorbehalt einer 30tägigen Ratifikationsfrist unterzeichnet worden ist.[1]) Wegen der Bevollmächtigten hat Preußen nachgegeben — ebenso wegen des Präsidii von Oesterreich, doch ist dieses nicht in die eigentliche Convention aufgenommen, sondern in einer Separatakte festgestellt worden. Die Comission wird den Titel „Bundes-Comission" führen; Oesterreich hat es übernommen, die Einwilligung des Erzherzogs-Reichsverwesers dazu einzuholen. — Biegeleben hat uns das erst durch einen kurzen Brief angezeigt, ein officieller Bericht wird morgen erst kommen.

Der Erzherzog will die Flotte sehen; höchst wahrscheinlich wird er am Sonntag früh von hier fortgehen, den Rhein hinunter bis Cöln, Abends gleich mit dem Nachtzuge weiter, am andern Morgen an Hannover vorbei nach Bremen, von da nach Bremerhaven, von da nach Cuxhaven, nach Hamburg, von da nach Hannover. Genau ist noch nichts darüber bestimmt,

[1]) Deutsche Chronik 1849, II. S. 186.

Sie sollen jedenfalls auf das genaueste Nachricht haben, ob er reist und ob und wann er nach Hannover kommt.

In einem vorgestrigen Briefe, wo ich über die Beeidigung der Flottenmannschaft schrieb, hatte ich gesagt, der Eid sei auf Reich und Reichsgewalt abgelegt, ich wollte das corrigiren, ward aber dabei gestört und so blieb's; es muß heißen: Reich und dessen Regierung.

Der Ihrige
D.

Nr. 144. Hannover, 7. October.

Sie haben mir wieder mehr als einmal geschrieben, und so muß ich die Antwort mit Entschuldigungen anfangen; indessen habe ich auch nicht viel zu schreiben. Was die Marinesache angeht, so werden Sie von Witte hören, wie das steht. Es sind Halbheiten, und ich sehe nicht ein, daß damit viel anzufangen ist. — Was dagegen die Deutschen Angelegenheiten überhaupt betrifft, so ist es nur zu wahr, daß Fürst Schwarzenberg auf der Dreiheit beharrt. Er erkennt an, daß seine Verfassung vom 4. März mit der alten Bundesacte *nicht bestehen kann*. Eben deßhalb weiset er einen Plan wie den Meinigen völlig zurück, hat auf den Grund der Schellwitz-Spamerschen Trinität einen Entwurf ausarbeiten lassen, mit dem er sehr heimlich thut, der aber nach Bennigsens Urtheil völlig nichtig ist, und will diesen per brochure in die Welt schicken. So trübselig stehen die Dinge dort. In Berlin ist die ganze Nichtigkeit aus der Schleinitzschen Antwort [1]) vom 5. zu entnehmen. Man wird aber wahrscheinlich doch ratificiren. Inzwischen ist am 5. Abends im Verwaltungsrath die Debatte [2]) heftig gegangen. Bodelschwingh [3]), von dem Wangenheim schreibt, er sey ganz ohne staatsmännische Einsicht und habe nichts als Camphausensche Ideen, von dem mir so eben Graf Bülow [4]) sagt, vom 18. März falle ihm viel zur Last, denn er habe den Ausmarsch der Truppen und die unselige Proclamation von der Nacht hindern können, dieser scheint sein mögliches gethan zu haben; allein die Debatte ist nicht zu Ende gekommen. Am Dienstag wird

[1]) Ausweichende Antwort auf eine Interpellation von Beckeraths vom 29. Septbr. über das Interim, welches inzwischen am 30. Septbr. abgeschlossen, aber noch nicht ratificirt war.

[2]) Ueber den vom nassauischen Bevollmächtigten gestellten Antrag auf Vornahme der Wahlen zum Reichstag, gegen welchen Sachsen und Hannover protestirten. Protokoll der 47. Sitzung. Deutsche Chronik 1849, II. S. 191.

[3]) Der frühere Minister des Innern, war an Stelle des Hrn. v. Canitz zum Vorsitzenden ernannt.

[4]) Der frühere Leiter des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, jetzt Gesandter in Hannover.

nun das schwere Geschütz meiner staatsrechtlichen Deduktion[1]) ins Feuer kommen; Graf Bülow aber, der gestern hier angekommen, und den ich eben gesprochen, sagt mir: Er betrachte den engeren Bundesstaat als gescheitert. Denn wenn die größern Staaten nicht wollen, so werde Preußen mit Bückeburg und Reuß-Ebersdorf keinen engeren Bundesstaat machen. Es bleibe dann nichts übrig, als auf das Alte zu recurriren, wenn man glaube, einen Bundestag wieder berufen zu können. Nun scheint es mir, als ob er die Ansicht habe, damit zu schrecken, daß dann gar nichts abzuändern seyn werde; dagegen habe ich mit Maaß opponirt. Jedenfalls aber wird nun für Österreich die Krisis unangenehm. Denn wenn Preußen sich geradezu auf den Bund retirirt und F. Schwarzenberg meint, seine Kremsiersche Verfassung könne auch damit nicht bestehen — worin er Recht hat — so wäre consequent das Ende vom Liede, daß Östreich ausscheiden müßte et. s. p. Inzwischen gehen die öffentlichen Dinge nicht consequent und so mag man ruhig seyn. Wenigstens sehe ich für uns jetzt gar keine Rolle und habe das an Wangenheim geschrieben, als auf unserem Rechte zu bestehen, unerschütterlich und unbeweglich, nichts uns nehmen zu lassen, aber auch nichts zu begehren. Das ist am Ende der einzige Weg zum Ziele. Denn es liegt im Rechte eine große Kraft, wenn das Volk nur erst auf diese Bahn zu bringen ist, was wohl nicht so leicht sein mag, als Graf Bülow zu glauben scheint.

In Preußen müssen sie jedenfalls noch sehr viel lernen, um Freiheit und freie Verfassung, um Deutschland und ihre Stellung in demselben zu begreifen. Leute wie Schleinitz, der seinen Posten übersatt ist und gern als Gesandter nach Petersburg möchte, taugen dazu nicht. Alles schwankt dort; niemand hat Glauben an das eigene Treiben; man meint nur, man müsse es forttreiben, so weit es gehe, und dürfe den Cammern gegenüber nicht umkehren. Man verkennt, daß der Entwurf, so wie es nun liegt, nach eigenen Plänen ein bloßes Fragment ist, und weiß die Ergänzung nicht zu finden. So ist denn auch das Ministerium in sich so schwach, daß alles per majora entschieden wird — — unter Verantwortlichkeit!! Das sind die Folgen jenes 30jährigen Stillstehens und Herumzerrens, jener büreaukratischen Abgeschlossenheit. Sie verrennen sich augenscheinlich in eine Theorie, z. B. „einer Volksvertretung gegenüber müsse eine einheitliche Bundesregierung stehen" — und sitzen auf dem Trocknen, sobald man diesen Haufen Worte (Volksvertretung — einheitlich — Bundesregierung) analysirt.

---

[1]) Gegen die Zulässigkeit der sofortigen Berufung des Reichstags. Protokoll der 49. Sitzung. a. a. O., S. 216.

Ich habe Bülow gesagt: Man dürfe schon deßhalb die Ratification des Vertrages vom 30/9. nicht weigern, weil bei der anscheinenden Unbedeutendheit der Streitpuncte das ein Geständniß sei, daß man den Compaciscenten damit habe täuschen wollen. — Das ist auch wahr!

Doch genug davon. Ihrem Erzherzog wünsche ich zu seiner Reise gutes Wetter. Bei solchem Regenhimmel wie heute ists zwischen den Deichen unerfreulich. Die Aequinoctialstürme sind vorüber, sonst könnte er auch noch eine kleine Bö mitmachen.

Hier machen die Bedientenstubenartikel der Deutschen und Cölner Zeitungen über den kronprinzlichen Hof [1]) wieder eine gewisse Bewegung. Sie sind superlativ erbärmlich, auch keine Persönlichkeit richtig aufgefaßt. Zur Characteristik der Kronprinzessin will ich Ihnen eine Anekdote aus den letzten Wochen erzählen. Ich ging hinaus nach Monbrillant, Abends. Als ich auf dem Flur einen Lakaien nach dem Adjutanten zur Anmeldnng schicke, kommt die Kronprinzessin die Treppe herunter, sieht mich und empfängt mich mit den Worten: „Ich habe meine Mäuschen zu Bett gebracht; wollen Sie den Kronprinzen sehen, so will ich Sie gleich melden." So alles in der Freude des Herzens. Ich suchte sie abzuhalten. Es war aber unmöglich. — Das ist gewiß recht liebenswürdig freundlich; aber ich wollte, sie hätte mehr Stolz, Gefühl ihrer Würde; obgleich sie ihre Stellung als Mutter erkennt und den Jungen, der etwas trotzköpfig ist, streng und gut erziehen soll. Davon schreibe ich nun Fräulein v. d. Gabelentz [2]) etwas zu, die in der That eine edle Erscheinung ist, an der ich mich jedesmal freue, wenn ich sie sehe und ein Wort mit ihr wechseln kann. Da hat nun dies Correspondentenpack Fratzen von Pietismus dran geworfen, von denen kein vernünftiger Mensch was weiß, wie denn Niemann [3]) gar kein Verhältniß zum kronprinzlichen Hause hat und selbst sehr fern von solchem Spuk ist. — Ich wollte, es nähme sich jemand die Mühe, einmal die beiden Sudelköche von Zeitungsschmierern recht derb ablaufen zu lassen. Nur geht das von hier aus nicht gut.

Doch nehmen Sie das Sonntagabendsgeschwätz nicht übel. Ich will auch gleich schließen nnd sage Ihnen herzliches Lebewohl.

Ihr

JCBS.

---

[1]) Die boshaften Artikel, welche Oppermann noch im Jahre 1862 angemessen gefunden hat, wieder abdrucken zu lassen (II. Anhang, S. 126 ff.), zeigen, welch karrikirendem Klatsch über mißliebige Fürstenhöfe selbst angesehene Parteiblätter zu jener Zeit zugänglich waren.

[2]) Hofdame, welche der Kronprinzessin aus Altenburg nach Hannover gefolgt war.

[3]) Konsistorialrath und Schloßprediger.

Nr. 145. Frankfurt, 8. October.

Hieneben, th. Freund, Biegelebens Berichte Nr. 20, 21, 22, 23, die wohl alleſammt nichts Neues für Sie enthalten, die ich Ihnen aber ſchicken will, weil ſie doch zum Bilde der Zuſtände gehören. Die Convention vom 30. v. M. haben wir durch Graf Rechberg erhalten (und wird auch Ihnen von Wien zugegangen ſein, daher ich keine Abſchrift beilege), der die Zuſtimmung und eventuell Reſignation des Reichsverweſers einholen ſollte. Als dieſe berathen und gegeben wurde, iſt mir die ſchlechte Redaktion der Convention in mancher Beziehung klar geworden, die, wenn die Einigung zwiſchen beiden Höfen keine wirkliche iſt, noch zu mancherlei Zwiſt Anlaß werden kann. Zugleich aber kamen mir mancherlei Fragen wegen der nun demnächſt, wenn man ſich in Berlin und Wien über die Comiſſions-Mitglieder pp. geeinigt, vorzunehmenden Verzichtleiſtung des Reichsverweſers. Für dieſe Angelegenheit — die ja eigentlich Zweck und Ziel unſers ganzen Feſthaltens hier war — erbitte ich mir Ihren Rath und Ihren Beiſtand. Der Reichsverweſer hat mehr Rechte, als er nach jener Convention in die Hände des Kaiſers von Oeſterreich und des Königs von Preußen niederlegen ſoll; ferner, die Convention enthält ausdrücklich dieſen terminus: „in die Hände des Kaiſers von Oeſterreich und Königs von Preußen“. Genügt derſelbe Ausdruck bei der demnächſtigen Niederlegung, oder ſoll er in die Hände der Comiſſion niederlegen? Was rathen Sie überhaupt hinſichtlich dieſes Aktes? Feierlich (wie der Erzherzog wünſcht) oder nicht? er wünſcht noch eine Proclamation an die Nation zu erlaſſen; rathen Sie zu, und haben ſie ſpecielle Wünſche für den Inhalt, oder ab? jedenfalls würde er ſie erſt nach der Entſagung erlaſſen, alſo ohne Contraſignatur. Ich bitte Sie, all dieſe Fragen ſich gelegentlich überlegen zu wollen und mir Ihre Anſicht mittheilen zu wollen.

Kerſt hat die Berliner ſchändlich belogen; indeſſen werden ſie jetzt wohl ſelber dahinter gekommen und mit dem elenden Burſchen fertig ſein. Es iſt ein ganz elendes Subjekt, von Radowitz in die Marine gebracht, der auch den Herrn Jordan da untergebracht hat, der ebenſowenig als K. davon verſteht. Hätte nur unſer Landsmann Marcard etwas mehr Schneide, Einſicht und Umſicht, dann würfen wir Jordan auch über Bord. Auf dieſer ganzen Deutſchen Marine haftet von vornherein ein Fluch, der bis ins Kleinſte geht!

Der Ihrige
D.

Nr. 146. Hannover, 10. Oktober.

Herzlichen Dank ſage ich Ihnen, lieber Freund, für die Biegelebenſchen Depechen, die zwar in der Sache ſelbſt nichts neues haben, aber um

ſo intereſſanteren Aufſchluß über die Stellung B.'s zu den Gothanern im Verwaltungsrath geben. Daß er ſo wenig wie dieſe Menſchen irgend einen feſten Boden unter den Füßen hat, iſt darin klar gezeichnet. Es ſcheint den Leuten etwas unerwartet zu ſein, daß man ſich nicht aus Angſt vor Ihnen fortſchleifen läßt; allein das iſt nicht geſchehen, und geſtern werden ſie die Gründe vollſtändig bekommen haben, die der kleine Meyſenbug [1]) dann widerlegen mag si placet. — Daß Preußen auf die ſchöne Idee, erſt den Reichstag zu berufen und dann unter dem Schutze dieſes neuen Revolutionsverſuchs zu unterhandeln, eingehen werde, hoffe ich nicht, obwohl man dort grundſatzlos genug dazu iſt. Am Montag hat Bodelſchwingh den Vertrag mit Wien vorgelegt mit der Erläuterung: „Preußen werde ſich in der Bundescommiſſion ſtets nur als Vertreter des Verwaltungsraths betrachten." — darauf hat Sachſen und Hannover per mere generalia dankbar geantwortet, die anderen große Sorge gehabt; beim Abſtimmen aber hat ſich nur Lepel (s. v. ein Darmſtädter, ſchreibt Wangenheim), Mosle [2]) und Seebeck [3]) gegen den Antrag erklärt mit dem naiven Motive: Es ſey beſſer, daß die jetzige Confuſion fortdauere, um den Leuten den Appetit zum Bundesſtaat zu ſchärfen. Man wird nun geſtern wohl ratificirt haben; und fragt ſich dann, ob man geſtern im Verwaltungsrath auf den von B. gemeldeten Plan eingegangen ſeyn wird. Meyendorff hat ähnliches augurirt: Man werde beſchließen, den Reichstag zu berufen, aber zum Berufen werde es nicht kommen.

Ich fürchte aber, Biegeleben hat mit dazu gewirkt, uns in Wien die Sachen zu verderben, indem er direct oder indirect Schwarzenberg in ſeiner Idee von der Unhaltbarkeit der kleineren Staaten noch mehr überzeugt hat. Dieſer ſteckt noch immer in ſeinem 3fachen Bunde; und können Sie die Gedanken, die er hegt, aus dem anliegenden, ſehr vertraulich mitgetheilten (leeren und nichtigen) P. M. [4]) erſehen. Es iſt, was ich lange geſagt habe; nur Schade, daß die Revolution aus den großen in die kleinen Staaten gekommen iſt, und nicht umgekehrt. Dieſes Vernichten der Deutſchen Fürſtenhäuſer iſt aber m. E. der Todesſtoß für die Europäiſche Monarchie, die ſich ſeit lange nur von daher recrutiren kann. Vernichtet aber werden ſie nach ſolchen Plänen. Es liegt deutlich vor, daß Schw. ſehr geneigt iſt, Preußen viel nachzugeben für Vortheile, die er erwartet, wahrſcheinlich in Bezug auf Sicherung gegen Rußland, auf das man in Wien ſehr erbittert iſt, da man ſagt: Paskiewitſch habe Görgey ſchon durchſchlüpfen

---

[1]) Legationsrath von Meyſenbug, badiſcher Bevollmächtigter im Verwaltungsrath.
[2]) Oberſt, oldenburgiſcher Bevollmächtigter.
[3]) Staatsrath, Bevollmächtigter der thüringiſchen Regierungen. — [4]) S. unten.

laſſen und nur Haynaus Gewaltmarſch von 11 Tagen ohne Raſt habe durch den Sieg von Acs den Krieg zu Ende geführt.

Für uns wird aber die Politik des Beharrens auf unſerem Rechte um ſo klarer gezeichnet, und in dieſer Beziehung möchte ich, was Ihre Frage angeht, allerdings wünſchen, daß der Reichsverweſer eine Erklärung gäbe — wie er ſie allein mit Ehren geben kann —, durch die er die ihm anvertraute Macht denen zurückgäbe, von denen er ſie erhalten. Die Lüge des ganzen Weſens liegt freilich ſchon überklar vor. Denn man fußt auf den Bund, während man ihn nicht mehr anerkennen will; aber es iſt zu wünſchen, daß dieſe Lüge immer ſchärfer ans Licht geſtellt werde. Offenbar hat man die Zuſtimmung der Bundesglieder, die Öſtreich anfangs wollte, die beſtimmte Andeutung des Eventuale nach dem 1. Mai 50 aus dieſem Grunde heraus escamotirt.

Daß Ld. Palmerſton in Paris zum Kriege treibt, werden Sie wiſſen. Merkwürdig hat Thiers ſich hartnäckig widerſetzt und zu Ld. Normanby [1]) geſagt: Er und ſeine Miniſter betrügen ſich wie die Schulkinder, wenn der Schulmeiſter nicht da ſey. Sie ſollten mal Sir R. Peel fragen, was der zu ihren Streichen ſage. — Er fürchtet aber doch, daß Tocqueville ſich ſchon eingelaſſen. [2])

Noch fällt mir ein, daß doch der Reichsverweſer anſtändig nicht eher ſein Amt niederlegen kann, als er von ſeinen Mandanten dazu autoriſirt iſt.

Leben Sie wohl. Ihr
JCBS.

Wir haben hier Hrn. Dirckinck-Holmfeld [3]) zu betrachten, der bei Hannover, Hamburg, Bremen, Oldenburg accreditirt iſt, um Freundſchaft mit Dänemark zu ſtiften. Der König ſcheint keine große Freude daran zu haben, und mir hat Hr. D. entſetzlich ungewaſchenes Zeug vorgeſchwatzt.

Anlage zum Brief vom 10. October.

Der Weg, den Preußen zu einer Umgeſtaltung Deutſchlands eingeſchlagen hat, führt zur Mediatiſirung der Deutſchen Staaten. Jede ihnen dagegen ertheilte Bürgſchaft muß ſich als ungenügend erweiſen. Ein Bundesſtaat, ja ſelbſt ein Staatenbund, an deſſen Spitze ein einziger, allen übrigen Mitgliedern an Macht ſo bedeutend überlegener Bundesgenoſſe ſteht, muß dieſem letzteren die Herrſchaft über die andern ſichern.

Dieſer Ueberzeugung iſt ohne Zweifel der heute wieder ſo lebhaft und vielſeitig ſich äußernde Wunſch entſprungen, den alten Bund mit

[1]) Engliſcher Geſandter in Paris. — [2]) S. S. 296, Anmerkung.
[3]) Kön. däniſcher Kammerherr Dirckinck von Holmfeld.

zeitgemäßeren Einrichtungen wieder hergestellt zu sehen, damit Oesterreichs Einfluß die Uebermacht Preußens aufwiege und hierdurch den schwächeren Staaten ein genügender Schutz ihrer Unabhängigkeit gewahrt werde.

Eine solche Wiedergeburt ist jedoch kaum möglich.

Die Ereignisse der letzten 18 Monate haben alle Verhältnisse in Deutschland wesentlich verrückt.

Die kleineren Staaten haben sich als lebensunfähig erwiesen. Wollte man dessenohnerachtet ihre Selbstständigkeit zu fristen suchen, würde ihre Fortdauer nur eine Quelle des Mißvergnügens, ihr Gebiet der Sammelplatz aller Feinde der Ordnung bleiben.

Andererseits ist Preußen durch die Macht der Umstände zu einer Stellung gelangt, welcher es nicht wohl mehr entsagen kann, um in seine frühere Sphäre zurückzutreten.

Vergebens würde man sich daher bemühen, den alten Bund, wenngleich mit verbesserten Institutionen, auf seinen bisherigen Grundlagen wieder herzustellen.

Und gelänge es auch, die großen Schwierigkeiten scheinbar zu überwinden, müßten die Nachtheile eines solchen Werkes bald fühlbar werden.

Die Mängel des alten Bundes würden trotz aller Vervollkommnung in dem neuen wieder aufleben.

Jede Frage, über welche Oesterreich und Preußen sich verständigt hätten, wäre hierdurch als erledigt zu betrachten, wogegen der Mangel dieses Einverständnisses die Ausführung der trefflichsten Maßregeln verhindern würde.

Unter solchen Verhältnissen würden sich die früheren Zustände erneuern. Die allgemeine Bewegung, welche theils in dem Streben nach größerer Einheit, theils in dem billigen Wunsche der verschiedenen Stämme und der noch lebenskräftigen Regierungen, ihren speciellen Interessen Geltung zu verschaffen, ihren Grund hat, würde nicht beschwichtigt werden. Der Kampf, dessen Schauplatz Deutschland seit 18 Monaten ist, würde mit gesteigerter Erbitterung fortdauern, und wohin das am Ende führen müßte, ist nicht zu verkennen.

Es wird sich daher darum handeln, aus dem Bestandenen Neues herauszubilden. [Ohne Unterschrift.]

Nr. 147. Frankfurt, 14. October.

Ich bin Ihnen, th. Freund, den Dank für zwei Briefe, vom 7. und 10., schuldig, deren reichen Inhalt ich freilich mit Nichts zu erwiedern vermag. Ihre Wiener Nachrichten lauten nun freilich sehr trübe und niederschlagend; wenn man dort die wiedergewonnene Situation nur zu einem

ſo ſchmählichen Handel benutzen will, dann freilich möchte man es faſt bereuen, hier eine oft kaum zu ertragende Stellung durchgeführt zu haben. Indeſſen glaube ich noch nicht ſo recht daran; nicht, weil ich die Leute dort nicht dazu fähig hielte, ſondern weil doch eine eigene Schwere und Wucht in den Dingen liegt, die mehr Widerſtand leiſten wird, als man ſich wohl denkt. Es wird Alles darauf ankommen, ob in Berlin der Reichstag berufen wird oder nicht; ich denke da wie Meyendorff, man wird höchſtens die Wahlen, nicht aber den Reichstag ausſchreiben, ja ich glaube kaum an die Ausſchreibung der Wahlen, denn die würden doch in Hannover und Sachſen nicht vorgenommen werden. Ihre Politik: das unbewegliche Feſthalten am Rechte, iſt unter dieſen Umſtänden gewiß die einzig zum Ziele führende. Sie wird auch die Stellung zu den Ständen weſentlich erleichtern. In Beziehung auf dieſe bemerke ich noch (was ich auch ſchon vor einigen Tagen Witten mitgetheilt, der's wohl geſchrieben haben wird), daß Gagern und Mathy nach Bremen gereiſt ſind zu dem oſtenſiblen Zwecke einer Schiffstaufe, hauptſächlich aber, um im Sinne von Gotha zu wühlen. Der außerordentlich ſchlaue Mathy iſt Meiſter darin, Menſchen zu beſtricken, Gagern iſt nur mit, wie ein Bär, den er tanzen läßt, um das Publikum anzulocken. Ich denke mir, daß ſie im Bremiſchen und Lüneburgſchen, etwa unter dem Protektorat von Freudentheil, Lang, Grumbrecht und Gravenhorſt, Vorſtellungen geben werden. Es wird Ihnen nun dort zwar nicht gelingen, Colonien von Gotha anzulegen, indeß iſt es immer der Mühe werth, das Auge auf die Beiden zu haben.

Des Interims freue ich mich, weil es uns hier erlöſt, und weil es doch einen, wenn auch noch ſo geringen Punkt giebt, an welchem in dem allgemeinen Chaos etwas feſtes ſich wieder anknüpfen läßt. Sonſt freilich — und vielleicht iſt das auch ein Vorzug — legt es die Schäden ziemlich klar dar: ein Oeſterreich und ein Preußen, kein Deutſchland. Auf die Bevollmächtigten-Frage wird nun ſehr viel ankommen. Daß Preußen die Abſicht hat, die ſämmtlichen Mitglieder des Bündniſſes vom 26. Mai zu vertreten, iſt klar; damit kann es freilich bei der Schiedsrichterfrage in einigen Widerſpruch und Verwickelung gerathen, den man am Ende Oeſterreichiſcher Seits leicht herbeiführen kann. Alles wird hier wieder darauf ankommen, wie Hannover und Sachſen ſich ſtellen; ſchicken die Bevollmächtigte, ſo werden Kurheſſen pp. bald nachfolgen. Weil dieſe Frage ein gewiſſes perſönliches Intereſſe für mich hat, bemerke ich Ihnen noch, daß gleich nach Abſchluß des Vertrages vom 30. v. M. Graf Rechberg zu mir kam und mir ſagte: ich müſſe durchaus Bevollmächtigter von Hannover werden. Ich lehnte das ab, vielleicht zu ſehr unter Bezugnahme auf meine frühere Stellung, denn er erklärte mir, er werde nach Wien ſchreiben, daß

man von dort aus in Hannover den Wunsch ausspreche. Ich habe ihn nur mit Mühe davon abbringen können, indem ich ihn darauf aufmerksam machte, daß, wenn je man in Hannover mich dazu ernennen wollte, ein solcher Schritt, der nicht geheim bliebe, mir im Voraus die Stellung ruinire. Er versprach zwar, es zu unterlassen, ich bin dessen aber nicht gewiß. Ihm liegt indessen im Grunde den Teufel wenig an mir, sondern nur daran, daß Hannover einen Bevollmächtigten schicke. Das wird jedoch wieder nur davon abhängen, wie man in Berlin vorangeht. Beiläufig noch die Bemerkung, daß, wenn Oesterreich irgend dazu konsentirte, der Reichsverweser jeden Augenblick bereit sein würde, seinerseits einen Gegen-Reichstag zu berufen, wozu indessen — außer vielleicht Jochmus — keiner von uns die Hände bieten würde, was aber durch anderen jetzt leicht zu findenden Ersatz für uns sogleich unterstützt werden würde. Geht Preußen mit seinem Reichstage voran gegen den wirklichen Willen Oesterreichs, so legt dies der Ausführung des Interims Hindernisse in den Weg, die jetzige provisorische Centralgewalt reconstruirt sich und beruft einen Reichstag, zu welchem man die beiden Hauptmöbel hat: die Paulskirche und den Reichsverweser. Es wäre eben Revolution gegen Revolution. Der Erzherzog, das wiederhole ich, wäre dazu im Stande, zumal er jetzt fast ungern aus seiner Stellung scheidet. Was die von ihm abzugebende Erklärung betrifft, so sollte diese natürlich erst bei der Niederlegung seiner Stelle, diese aber natürlich erst in die Hände der Comission erfolgen. Ich bin nur darüber noch nicht ganz klar, ob jene Erklärung etwa unter der Form einer Proclamation an das Deutsche Volk a) unmittelbar vor seiner Abdikation und unter Contrasignatur der Minister, oder b) unmittelbar hinterher als seine rein persönliche Ansicht erfolgen solle —, oder ob nicht eine andere Form vorzuziehen. Ich bin jetzt fast der letzteren Ansicht, und denke sie in die Form einer im Augenblick der Niederlegung zu Protokoll zu gebenden Erklärung einzukleiden; etwa so, daß, nachdem der Erzherzog erklärt hat, daß er bereit sei, seine Würde in die Hände der Comission niederzulegen, er durch einen der Minister seine Erklärung vorlesen läßt, und hinterher niederlegt. In dieser Erklärung wäre sein Bedauern zu accentuiren, daß er nicht in die Hände der Nation niederlege, aus der er die Würde empfangen, weder wie sie in der Nat.-Versammlung, noch wie sie in der Bundes-Versammlung repräsentirt gewesen, daß er festgehalten, um den Deutschen Bund, dessen einziges Organ Er gewesen, zu retten u. s. w. Ich erlaube mir, Ihnen vielleicht demnächst meinen Gedankengang ausführlicher vorzulegen.

England spielt bei allen den deutschen Wirren die allerwidrigste Rolle oder vielmehr L. Palmerston allein. Ich habe das täglich am hiesigen Gesandten L. Cowley zu beobachten Gelegenheit. Vor einigen Tagen war

er über den Abſchluß des Interims und deſſen Ratifikation ganz außer ſich; ſehr komiſch war's, wie er mir ſagte, Preußen habe, nachdem die Bundes-Akte durch Berufung einer Nat.-Verſammlung und Einſetzung eines Reichsverweſers thatſächlich zerriſſen, den ungeheuren Fehler gemacht, mit Einem Fuß auf der Bundes-Akte ſtehen zu bleiben, und dadurch ſich ſeine Bewegung ſehr zu erſchweren; ich erwiderte ihm, daß es freilich viel leichter beweglich geweſen ſein würde, wenn es die Bundes-Akte hinter ſich geworfen, erzählte ihm dabei zur Exemplifikation aber, daß ich ſchon im November v. J. im Verfaſſungs-Ausſchuß der Anſicht geweſen ſei, daß der Erbkaiſer Preußen die Rheingrenze koſten würde. — Daß Palmerſton in Paris irgend zum Ziele kommen werde, glaube ich nicht; man wird vielleicht einige Redensarten für die Pforte vom Stapel laufen laſſen, mehr gewiß nicht. Man hat ſich mit Oeſterreich über Italien viel zu gut vertragen, um der Türkei wegen Händel anzufangen.[1]) Was die Anſichten des franzöſ. Miniſterii über die Deutſchen Dinge betrifft, ſo kann man darüber ſehr zufrieden ſein. Der hieſige Geſandte Tallenay, ein Freund von mir, derjenige franzöſiſche Diplomat, der die Deutſchen Verhältniſſe genauer als alle andern Franzoſen kennt, hat ſeit länger als 6 Monaten fort und fort in demſelben vernünftigen Sinne berichtet; er iſt vor Kurzem nach Paris berufen, um dort noch weitere Auskunft zu geben, kommt in den nächſten Tagen zurück, und ſchreibt mir vor einigen Tagen im Vertrauen, daß das Miniſterium ſeine Anſichten von den Deutſchen Dingen ſich ganz und gar angeeignet habe. Die Ausſicht auf Vortheil mag nun freilich dergleichen Anſichten ſehr ſchnell ändern, aber die Grundanſicht iſt doch wenigſtens da. Die Geſchichte mit der Türkei iſt aber namentlich um deßwillen lächerlich, weil Rußland ohne einen Finger zu rühren die Pforte über den Haufen werfen kann. Zieht Rußland ſeinen Geſandten zurück und läßt die Pforte in dieſer Iſolirung, ſo iſt innerhalb 2 Monaten die ganze Türkei in voller Inſurrektion begriffen. Dann kann England die Schlacht von Navarin rückwärts ſchlagen, d. h. für die Türken und gegen die Chriſten.

Doch verzeihen Sie das leere Stroh. Um doch etwas Beſſeres zu geben, lege ich Ihnen ein intereſſantes Oeſterreichiſches Aktenſtück bei — auch zur Vervollſtändigung die letzte Depeſche Biegeleben's, der ſich Ihnen jetzt wohl ſchon perſönlich präſentirt haben wird.

Ihr

D.

---

[1]) Der Sultan weigerte Rußland und Oeſterreich gegenüber die Auslieferung der ungariſchen Flüchtlinge, und wurde darin von Frankreich und England unterſtützt.

Nr. 148. Hannover, 17. October.

Für Ihren Brief, lieber Freund, sage ich Ihnen meinen besten Dank. Gagern und Mathy geben allerdings ihre Gastrollen in Bremen. H. Duckwitz hatte ersteren quasi hier angekündigt und angefragt, ob ich ihn sehen wolle. Ich habe gar nichts dagegen; wenn sie aber Erfolge haben wollen, so müssen sie nach Ostfriesland gehen. Da ist noch was für sie zu thun. Hier scheint eben gar kein Gothaner Enthusiasmus aufkommen zu wollen. Im Lande ist tiefe Ruhe, der hiesige Volksverein pp. fast tod. Die democratischen Handwerksgesellen pp. sind wegen Batthyanyi[1]) zwar sehr in Sorgen, den ja die Zeitungen jetzt als Robert Blum oder resp. Schleswig-Holstein gebrauchen, so lange es vorhält; allein dafür ist hier doch gar kein Sinn, wie es scheint. Wir müssen nun sehen, was unsere Stände bringen. Bleiben diese bei der Politik des Abwartens, so bin ich zufrieden, und ich glaube, sie werden das thun. In der That ist aber kaum etwas Lächerlicheres zu denken, als daß die Zeitungen, die uns im Juli zerreißen wollten, weil wir nicht mit Gotha einig waren, uns nun Inconsequenz vorwerfen, weil wir eben auf dem Standpunkte beharren, auf dem wir stets gestanden.

Daß Wien und Berlin nun ihre neue Centralgewalt installiren, bezweifle ich gar nicht, was aber dabei herauskommt, mag der Himmel wissen, da dieses zusammengeleimte Wesen, bei welchem jeder sich was anderes gedacht hat, wohl Stoff zum Streite, aber schwerlich zur Einigkeit hat. Wären nun die übrigen Regierungen was sie seyn sollten und könnten, so hätte es damit keine Noth; aber diese Feigheit und Jämmerlichkeit ist auch gar zu arg. Man fürchtet sich vor allem, und am Ende vor dem eigenen Schatten. In Preußen ist der Appetit groß, und die Kleinen meinen, gefressen müßten sie doch seyn, entweder von den Mäusen oder von den Katzen, oder endlich vom Haifisch, und da wollen sie es mit dem letzten zuerst versuchen, und meinen, es könne ihnen gelingen, wie weiland Jonas dem Propheten, oder man könne sich im Bauche des Fisches schon häuslich einrichten. — Ich meines Theils sehe je länger je mehr die Doppelbündeleien (Union u. s. w.) für etwas ganz unhaltbares an. Ich weiß für diese drei Stockwerke von Regierungen keine Arbeit; die Projecte von dem Jochmus-Bairischen[2]) bis zu dem — „Biegelebenschen" hin geben auch immer für die beiden Stockwerke, mit denen sie sich beschäftigen, dieselben Objecte an, und für die Landesregierungen, mit denen sie sich beschäftigen, lassen sie nichts übrig; wie das gehen soll, mag ein anderer begreifen. Ich wollte Ihnen

[1]) Das über den früheren ungarischen Premierminister Grafen Batthyanyi wegen Hochverraths gefällte kriegsrechtliche Todesurtheil war nach einem vergeblichen Selbstmordversuch am 6. October vollzogen worden. — [2]) S. oben S. 176.

ſchreiben wegen des Biegelebenſchen Operis. Das iſt das Unhaltbarſte von allen. Erſtlich hat ſein Deutſch-Öſtreichiſcher Bund, als matter Abklatſch der Union, gar keine Klammer, und dann bin ich wahrhaft erſtarrt vor Schrecken über die Leichtfertigkeit, mit der er das Deutſch-Oſtreichiſche einheitliche Zollſyſtem acceptirt. Das iſt jetzt ſo eine Idee von Herrn Bruck, der einſieht, daß er die Tabacksregie in Ungarn nicht einführen kann. Aber wenn Biegeleben meint, es ſey leicht, einen anderen Diviſor als die Kopfzahl herzuſtellen, wenn er meint, man könne die Lenkung der Deutſchen Handelsſachen ſo ohne Weiteres nach Wien legen — dann erſtaune ich über die Unwiſſenheit dieſer Süddeutſchen, die ſo viel von Flotten faſeln, und die Nordſee von Wien aus regieren wollen. Das iſt gerade ſo klug oder ſo dumm, als die früheren Darmſtädter Auswanderungs-Projecte, deren Direction in Darmſtadt ſeyn ſollte, und nur ſo viel ganz gewiß, daß Hamburg und Bremen ſich ganz gewiß lieber mit Haut und Haar von Preußen verſpeiſen, als ihren Handel von Wien aus dirigiren laſſen. Dieſe Süddeutſchen ſcheinen etwas entſchieden Unpractiſches an ſich zu haben. Leider habe ich B. nur ſehr wenig und nach Anſicht jenes Projects gar nicht ſprechen können. Er thut mit der Sache ſehr heimlich. Wenn Sie von ihm etwas darüber vernehmen, ſo warnen Sie ihn ja. Ueberhaupt ſcheint er mir auf eigenthümliche Weiſe zwiſchen Gotha und Wien in der Luft zu ſchweben.

Ihre Mittheilungen über die eventuellen Gedanken bei Berufung des Reichstags ſind uns von großem Intereſſe. Ein ſolcher Gegenreichstag wäre allerdings eine ſcheußliche Verwirrung, die auch zu gar nichts führen könnte. Erlauben Sie mir aber, noch einmal auf die Formen der Abdication zurückzukommen. Nach dem Vertrage vom 30/9. ſoll allerdings die Zuſtimmung aller Staaten eingeholt werden, was mir beim eiligen Schreiben meines letzten Briefs nicht klar war. Nun ſcheint es, als ob Preußen ſeine Communication mit dem Verwaltungsrathe als eine hinreichende Zuſtimmung zu behandeln gemeint ſey. Es iſt zwar von hier Wangenheim geſchrieben, daß man der Anſicht hier nicht ſeyn könne, und er wird das mittheilen; ich glaube aber, daß dieſer Umſtand auch für die Beurtheilung der Stellung des Erzherzogs nicht ohne Werth ſey. Offenbar will man in Berlin der Sache gern den Schein geben, als ob die ganze Verhandlung lediglich zu denjenigen diplomatiſchen Verhandlungen gehöre, welche dort Preußen aufgetragen ſind. Es liegt aber in des Erzherzogs Hand, das Glaucoma zu zerſtören, und damit wird denn das Anerkenntniß des engeren Bundesſtaats, das man, wie die Cölner Zeitung zeigt, wirklich erliſtet zu haben meint, gründlichſt beſeitigt. Ueberhaupt geht ja dieſe ganze traurige Politik auf nichts heraus, als auf Erſchleichen und Erliſten. Daß Radowitz

den Plan als verfehlt betrachtet, hat er nicht blos an Prokeſch geſagt, ſondern auch, wie ich weiß, an Schleinitz geſchrieben.

Mir ſchickte dieſer Tage der katholiſche Theologe Braun[1]) ſeine Schrift über das Parlament; der nimmt Radowitz auch tüchtig durch, und ich kann mir ſehr wohl denken, daß dieſem die Reue komme. Aber beim König ſoll jetzt — — — v. d. Heydt!! gelten. —

Aus geſtrigen Berliner Berichten ſehe ich, daß der Prinz von Preußen in einer Audienz des Verwaltungsraths ſich ziemlich unumwunden für die Bundesſtaatsgeſchichte ausgeſprochen hat. Wenn nicht, ſo ſey Preußen groß genug pp. Der Soldatenſpectakel in Frankfurt rühre daher, daß die Democraten die Baiern gehetzt. Dieſe hingen ſich überhaupt an alles, das habe er dem Reichsverweſer auch geſagt — u. dgl. Wichtiger iſt, daß man beabſichtigt, die Acceſſionen zum Vertrage vom 30. von Öſtreich und Preußen gemeinſchaftlich einholen zu laſſen. Dann fielen meine obigen Bedenken weg.

Ein ſchauderhafter Zuſtand iſt es in Mecklenburg, wo Lützow (deſſen Miniſtergehalt noch 9000 Thlr. entre nous beträgt) den ſchwachen Großherzog gegen alle Proteſte pp. zur Publication des Verfaſſungsunſinns gedrängt hat. Die Junker ſprechen nun davon, der Großherzog müſſe abdiciren. Uebrigens hat noch der Prinz von Preußen ſich ſehr ſtark dagegen ausgeſprochen, ſowie auch der Verwaltungsrath dehortatoria erlaſſen hatte. Nicht der Drang der Völker, ſondern die Schwäche der Regierungen macht die Revolutionen. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen geſchrieben habe, daß die Schweriner den albernen Plan haben, ſich pure unſerem Steuervereine[2]) anzuſchließen. — Das brächte uns mehr Laſt als Vortheil; das odium in Kauf; alſo absit.

Leben Sie recht wohl.

Ihr
JCBS.

Nr. 149. Frankfurt, 21. October.

Ihr Schreiben vom 17., theuerſter Freund, enthält wieder eine Maſſe der intereſſanteſten Notizen. Leider iſt von hieraus dergleichen in keiner Weiſe zu erwiedern. — Was das Interim betrifft, ſo kann ich's nur aus dem Einen Geſichtspunkte loben, daß es mich aus meiner jetzigen Stellung befreit, im Übrigen finde ich es durch und durch verdammlich. Auf der anderen Seite muß ich mir freilich ſagen, daß es am Ende wie all dergleichen nur ein leeres Faß iſt, auf das ein hoffnungsreicher Moſt gefüllt werden kann, aber auch ſchlechtes Spülicht. Es kommt nur darauf an, den

[1]) Profeſſor in Bonn, Mitglied der Nationalverſammlung.

[2]) Umfaſſend Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und einen Theil von Braunſchweig.

Dingen den rechten Inhalt zu geben; und hier ſtimme ich nun auf das allerentſchiedenſte überein mit Ihnen in dem Jammer über die Miſere der Deutſchen Regierungen. Davon iſt nun aber gar nicht anzufangen, denn ich wüßte gar nicht zu enden davon; ich habe ja ſo viele von den Miniſtern, ja ſelbſt von den regierenden Herren in ſolcher Nähe geſehen, daß ich mich nur über Eins verwunderte, nämlich, daß es noch nicht ſchlimmer ausſieht in Deutſchland. Daraus aber ſchöpfte ich auch die Hoffnung, daß noch Manches zu retten. — Daß Preußen ſein Taſchenſpielerſtückchen mit dem Unionsdirektorium demnächſt am Interim fortzuſetzen Luſt haben werde, bezweifle ich nicht; indeſſen ſoll ihm das doch einigermaßen ſchwer werden, wenn Oeſterreich nur irgendwie klug vorgeht. Was wir dazu thun können, den richtigen Geſichtspunkt feſtzuhalten, durften Sie mir nicht erſt ſagen; auf Einzelnes komme ich wohl zurück. Der Erzherzog hat in dieſem Sinne auch dem Fürſten Schwarzenberg mehrfache Vorſchläge gethan, die, wenn Schw. darauf eingeht, dazu helfen ſollen, den Schwerpunkt und Mittelpunkt der Deutſchen Verhältniſſe hieher nach Frankfurt zu legen. Dahin gehört namentlich ein reiches Corps diplomatique; Rußlands Vorgang vermag dazu vieles. Da es nun noch immer heißt, der Prinz von Pr. werde einen Theil des Winters hier reſidiren, d. h. hier Propaganda machen für Preußen, ſo hat der Erzherzog auch vorgeſchlagen: Oeſterreich möge an Preußen die höflichſte Anfrage richten, ob man Seitens Preußens vielleicht (neben der Comiſſion) einen Prinzen hieher ſetzen wolle? Für ſolchen Fall ſei Oeſterreich auch gern bereit, einen Erzherzog hieher zu ſchicken. Daß Preußen Radowitz in die Comiſſion[1]) ſchicken wird, ſcheint gewiß, neben ihm wahrſcheinlich Uhden[2]). Oeſterreichiſcher Seits ſcheint FML. Schönhals auserſehen zu ſein, wegen des zweiten aber iſt wohl noch nichts beſtimmt. Nach Allem, was ich über die dortigen Perſönlichkeiten weiß, wäre jede andere Wahl als die Werner's[3]) ein Fehler.

Laſſen Sie mich jetzt auf eine Sache kommen, die mich ſehr drückt und in der Sie mir leicht rathen und helfen können, ſo unbeſcheiden es auch iſt, Sie den Ueberbeſchäftigten darum anzugehen. Es iſt das die Abdikation des Erzherzogs. Die ganze Sorge für dieſe Sache liegt mir ob, und weiß Gott, daß ich in jeder Beziehung für dergleichen der Ungeſchickteſte bin. Biegeleben iſt zwar wieder da, aber ich möchte den nur im höchſten Nothfall an die Sache laſſen. — Was den Aktus ſelbſt betrifft, ſo habe ich

[1]) Die nach der Interimskonvention aus je zwei öſterreichiſchen und preußiſchen Mitgliedern zu bildende Bundes-Central-Kommiſſion. — [2]) Früherer Juſtizminiſter.

[3]) Freiherr v. Werner, Unterſtaatsſekretair im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten. Ernannt wurden demnächſt von Oeſterreich als erſtes Mitglied Wirkl. Geh. Rath Freiherr v. Kübeck, als zweites Feldmarſchall-Lieutenant v. Schönhals.

eine Art Programm in einem Schreiben an Rechberg aufgestellt, um zu erfahren, ob man in Wien vielleicht besondere Wünsche habe. Ich lege Ihnen Abschrift des Conceptes bei, bemerke aber, daß dasselbe noch so sehr Entwurf ist, daß weder Wittgenstein noch der Erzherzog, noch sonst Jemand davon wissen; Alles, was Sie mir darüber sagen, kann also noch vollauf berücksichtigt werden. Was aber nun die Hauptsache betrifft, die Erklärung des Erzherzogs, so ist es die eben, die mich so quält. Die Worte, die er bei dieser Gelegenheit spricht, werden in ganz Europa gelesen werden, also Aufforderung genug, etwas Würdiges zu geben. Ich lege auch für diese Erklärung ein Concept bei, das, so sauer es mir auch geworden, doch eigentlich von All dem, was ich gern ausgesprochen sähe, nichts enthält. Thun Sie mir den Gefallen, sehen Sie sich das Ding an und machen mir einige Bemerkungen dazu; geniren Sie sich aber durchaus nicht, mir zu sagen, daß ich das Ganze wegwerfen soll. Ich dachte ihn kurz sagen zu lassen: wie er seine Macht von der Nat.-Vers. und der Bundes-Versammlung habe, wie er sie weder an die eine noch an die andre zurückgeben könne; die Befugnisse der einen seien auf ihn übergegangen und das sei für ihn die Verpflichtung gewesen, auszuharren, bis er das Depositum consensu omnium in andre Hände legen könne. (Ist eine Art Kritik der Nat.-Vers. hier am Platze?) Denn der Deutsche Bund bestehe noch, ja es sei allein im Festhalten daran Heil zu finden. Nun wäre etwa der Dualismus zu erwähnen mit Warnungen (wie sie in dem Concept versucht). So ungefähr dachte ich mir's, aber statt dessen habe ich da ein breites Geschwätz, worin das Wenigste von dem steht, was nöthig. Ich bitte dringend, enthalten Sie mir in dieser Sache Ihren guten Rath nicht vor, es ist ja eine Sache, die Sie schon um ihrer selbst willen nahe interessiren muß. Wenn der Erzherzog diese Erklärung verlesen hat, könnte er fragen: ob noch irgend etwas zu erinnern pp. wäre? Dann könnte Bayern und etwa Hannover einen Dank gegen den Erzherzog aussprechen — der dann in die Hände der Comissarien niederlegte, was diese dann acceptirten. Damit finis. Ferner dachte ich mir, daß der Erzherzog durch Separat-Protokoll Wittgenstein den Auftrag gäbe, die Notificatorien an die Behörden pp. zu erlassen.

Was Sie über Biegeleben und dessen Richtung, sein Schweben zwischen Wien und Gotha sagen, ist schneidend richtig und zutreffend. Er ist Wiener, weil er dort lange gelebt, seine Frau von dorther (ni fallor eine Buol) u. s. w., Gothaner als Freund und Anbeter Gagerns. Von seinem Plan eines definitivi wissen wir hier gar nichts; zugleich mit dem, was Sie darüber schrieben, meldete Prokesch an Rechberg davon und bezeichnete es als Gagernsch. B. ist überhaupt ein aparter Mensch, mit dem ich niemals habe in ein Verhältniß kommen können, und den Meisten ist es so ergangen.

Er blieb aus dem Gagernſchen Miniſterio bei uns (der Einzige) bloß der Schleswigſchen Sache wegen, die er früher bearbeitet hatte, und für die er uns nicht traute, worin er freilich in mancher Beziehung Recht haben mochte. Ad vocem dieſer glaube ich, daß Preußen die Däniſche Sache höchſt wahrſcheinlich der Bundes-Comiſſion, ſo wie dieſe ſich konſtituirt haben wird, aufhalſen wird; wenigſtens denke ich mir's. Kennen Sie Wegeners Schrift: Das Verhältniß des Herzogs von Auguſtenburg zum Holſteiniſchen Aufruhre? Es iſt das Merkwürdigſte, was ich lange geleſen, und zeigt die für unſre Deutſche Angelegenheit ſo unglücklich wichtige Sache in einem ganz neuen Lichte.

Wenn Sie Gagern ſehen könnten, ſo würde mich das intereſſiren. Denn wenn man den Mann nicht ſelbſt geſehen hat und kennt, ſo glaubt man gar nicht, wie unſäglich wenig dazu gehört, um dem deutſchen Michel als ein großer Mann zu gelten. Man hat ihn, wie 1809 den Sandwirth Hofer ſeines ſchönes Bartes wegen, ſo wegen ſeiner ſchönen Augenbraunen und ſonſtiger Stattlichkeit zur Fahne gebraucht. Das rechte Gegenſtück dazu iſt Mathy, der ſich immer zu effaciren ſucht, klug durch und durch, aber immer auf unrechten Wegen. Als im Mai d. J. Baſſermann von Berlin aus, wo er für die Frankfurter Verfaſſung wirken ſollte, übertrat von der Frankfurter Verfaſſung zu Preußen, und den Leuten hieher ſchrieb: ſie ſeien Eſel, einem idealen Preußen nachzujagen und auf Brandenburg zu ſchimpfen, ſie ſollten Brandenburg und Manteuffel auf ihre Fahne ſchreiben u. ſ. w., da wollte Gagern erſt gar nicht an ſolchen Wechſel. Da iſt Mathy 8 Tage lang ihm nicht von der Seite gewichen, ohne viel mit ihm über jene Sache zu reden. Nach den 8 Tagen hat Gagern gar nicht mehr gewußt, daß er je anderer Meinung geweſen. Ihr

D.

Nr. 150. Hannover, 24. Oktober.

Sie haben mir, lieber Freund, durch die geſtrige Mittheilung eine große Freude gemacht; das hier wieder anliegende Concept enthält in der That die Hauptgedanken in ſo vortrefflicher Zuſammenſtellung, daß ich daran gar nichts zu meiſtern weiß und nur wünſche, der Erzherzog möge ſich damit einverſtanden erklären. Es wird ſehr großen Eindruck machen. Daß ich einige Bemerkungen mit Bleiſtift auf den Rand geſchrieben, nehmen Sie nicht als ein Urtheil, daß dies oder jenes nothwendig ſey. Weil ſie mich dazu aufforderten und ich im Ganzen nichts zu ſagen hatte, fiel ich darauf, Verſuche zu machen, ob im Einzelnen noch irgend ein Gedanke eingeſchoben werden könne. Einmal ſchien es mir wünſchenswerth, einen Ausdruck zu mildern. Auch hätte ich gern den

beiden Großen noch die Lehre gegeben, daß ſie vor allem am Rechte halten ſollten; allein ich ließ es; dann würde das Ganze zu ſchulmeiſternd. Kurz, meinen vollen Beifall haben Sie. Zu dem Programm habe ich nichts zu ſagen. Doch ſchien mir der Inhalt des Protocolls etwas zu minutiös angegeben, namentlich in Anſehung der Formalien, Präſenten pp. [1])

Welche Wendung die Dinge in Berlin genommen haben [2]), werden Sie aus den Zeitungen geſehen haben. — Daß man aber das Protocoll vom Freitag noch (in Abweſenheit von Wangenheim und Zeſchau) hat verdrehen wollen, und daß Bodelſchwingh die Proteſte und Abſchiedsnoten nicht mitgetheilt hat, ſondern nur Privatbillets, die denſelben beigefügt geweſen, wird Ihnen neu ſeyn. Zu der Deduction [3]) kann ich nur mit Burke ſagen: If intemperately, unwisely, fatally you sophisticate and poison the very source of government by urging subtle deductions and consequences odious to those you will govern: — You will teach them to call that sovereignty itself in question. — Nobody will be urgued into slavery. Es iſt dort ein unbegreiflicher Zuſtand. Im Miniſterium dominirt v. d. Heydt oder durch ihn Camphauſen — Beckerath. Brandenburg, Manteuffel haben ſich ſelbſt, wie es ſcheint, aufgegeben. Nach Frankfurt zu gehen, haben Alvensleben [4]), Uhden, Eichhorn [5]) abgelehnt. Nun ſteht die Wahl zwiſchen Bonin [6]) und Böttticher [7]). In den Cammern ſind, ich glaube, 23 alte Miniſter, die alle wieder Miniſter werden möchten. Dagegen hat die 1. Cammer an ihrem Beſchluſſe über

---

[1]) Das Protokoll vom 20. Dezember über die Amtsniederlegung des Reichsverweſers und deſſen Erklärung ſ. Deutſche Chronik 1849, II. S. 416.

[2]) Nachdem in der 52. Sitzung des Verwaltungsraths vom 29. October auf Preußens Antrag gegen den Widerſpruch Sachſens und Hannovers beſchloſſen worden, die Wahlen zum Reichstage am 15. Januar 1850 ausführen zu laſſen, richteten die Bevollmächtigten Sachſens und Hannovers, von Wangenheim und von Zeſchau, an den Vorſitzenden unter dem 20. eine Erklärung, in welcher ſie gegen den Beſchluß, den Reichstag ſchon jetzt zu berufen, als eine dem Bündniß vom 26. Mai zuwiderlaufende, die Zwecke deſſelben gefährdende und die innere und äußere Sicherheit Deutſchlands bedrohende Maßregel, wozu es übrigens der Einſtimmigkeit bedürfe, proteſtirten und auf die bei Unterzeichnung des Bündnißvertrages gemachten Vorbehalte hinwieſen, wonach ſie für die jetzt eintretende Eventualität, daß es nur zu einem nord- und mitteldeutſchen Bunde komme, nicht gebunden ſein wollten, a. a. O. S. 281. Sie verließen dann am 21. Berlin, was ſie dem Vorſitzenden mittelſt gleichlautender Schreiben von dieſem Tage anzeigten, a. a. O. S. 283. Die Erklärung wurde in der Sitzung vom 23. vorgelegt.

[3]) Die in der Sitzung vom 17. Oktober übergebene Antwort Preußens auf die hannoverſche Deduction (oben S. 288), a. a. O. S. 243.

[4]) Graf von Alvensleben, Staatsminiſter a. D. — [5]) Desgl.

[6]) Desgl., Ober-Präſident in Magdeburg.

[7]) Ober-Präſident in Königsberg.

Art. 108 [1]) ſich gekräftigt und ſcheint ſchwarzweiß zu werden. Schwarzweiße approbiren unſer Benehmen. Das Centrum der 2. C. ſoll dagegen bei Mielentz ſich über die feindlichen Maßregeln gegen die 1. faſt in die Haare gefallen ſeyn.

Es ſind das alles Zuſtände von ſo heilloſer Verwirrung, daß man wahrlich glauben muß, es ſtehe dort abermals die Revolution an der Thür. Wenigſtens iſt noch nicht im mindeſten Feſtes zu bemerken. Das einzige lebenskräftige Element des Staats, das Preußenthum, ſteht mit all dieſen conſtitutionellen Dingen in Widerſpruch, ſucht dieſen Widerſpruch durchzuſetzen. So ſagt Bismarck-Schönhauſen: Das ſey das Beſte in ihrer Verfaſſung, daß es gar kein Mittel zwiſchen beiden Cammern gebe, ſich zu einigen. — — Ex ungue. — Wie geſagt, reime man mir dieſe Zuſtände und bringe ein geſundes Bild heraus, beweiſe, daß das ein Staat iſt, der Leben verſpricht. So giebts denn auch eine Parthei, die deßhalb uns und andere mit ſich verkneten möchte, um friſches Blut zu bekommen — und andere, z. B. H. Vollpracht [2]), Mosle, möchten ſich recht gern verkneten laſſen, um Regierungspräſident, Brigadegeneral pp. zu werden.

Uebrigens wünſcht man in Berlin ſehr, der neuen Centralgewalt ſeine gänzlich unhaltbare Schweinerei in der Däniſchen und Schweizer Sache aufzuhängen; ſo war geſtern Droyſen und nachher Forchhammer bei mir, unſere bona officia implorirend. Erſterer ſah nun, wie es ſchien, den früheren Fehler des Uebermuths ein. Er dauerte mich, elend wie er ausſah. Auf Gagerns Bärenfahrt ſchalt er, daß Männer, von denen Deutſchland noch hätte hoffen können, ſich ſo zu Grunde richten. Die Anarchie dort iſt ſcheußlich. Wegeners Buch habe ich geleſen. Es iſt allerdings merkwürdig, aber doch boshaft geſchrieben, und eben deßhalb wohl nur halb wahr, weil man nur das Schlimmſte aufdeckt. Daß Einwirkungen hoher Ariſtocratie in Revolutionen das allergefährlichſte ſind, habe ich ſchon 1837/8 erkennen gelernt, als ich die Zuſtände der Niederlande 1570 mit unſeren verglich. Was wäre dort geweſen ohne Oranien, Brederode u. ſ. w.

Doch ich muß ſchließen. Bülow hat Auftrag, gemeinſam mit Kreß [3]) unſere Acceſſion zu begehren. Darüber ſtirbt Kreß in die Schuhe, weil er die Form nicht finden kann. Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Wiſſen Sie, daß ich durch Sie und Tallenay mit Frankreich unterhandeln laſſe? Das lügt nun die Braunſchweiger Reichszeitung. Das

[1]) Forterhebung der beſtehenden Steuern, bis ſie durch Geſetz geändert werden.

[2]) Präſident, Bevollmächtigter von Naſſau.

[3]) Frhr. Kreß von Kreſſenſtein, oeſterreichiſcher Geſandter.

Lügen wegen englischer Verbindung muß nachgerade zu absurd scheinen, da doch wohl Coburg und Preußen (projectirte Heirath des Prinzen mit der ältesten Tochter der Königin Victoria) näher stehen.

Nr. 151. Frankfurt, 2. November.

Ich sage Ihnen, theuerster Freund, meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 24. v. M. und den Rath in Betreff der dem Erzherzog in den Mund zu legenden Erklärung; Ihre Notizen dazu sollen dankbar benutzt werden. Der Erzherzog ist auch durchaus einverstanden, mir selbst aber will das Ganze noch nicht recht gefallen. Indessen wird da ein langes Drehen und Wenden um so weniger helfen, als das Ende denn glücklich immer näher rückt. Bis zum 15. wird hoffentlich Alles erledigt sein, Bayerns Accession und der Ministerwechsel in Würtemberg [1]) fördern auch sehr zum Schluß. Nun muß ich aber Ihnen mit einer neuen und recht dringenden Bitte kommen, und zwar in Betreff der Bentinckschen Sache. Der arme Bentinck hat das Unglück gehabt, daß jedesmal, wenn seine Sache spruchreif war, irgend ein Wechsel eintrat, der ihn wieder auf das hohe Meer des Wartens hinauswarf. So droht es ihm auch jetzt; ich dachte seine Sache natürlich der Bundes-Comission zu überlassen, das macht ihn ganz unglücklich; ehe die sich entschließen würde, sie anzugreifen, würde Zeit vergehen, und wenn sie es endlich thue, werde ein neuer Wechsel eintreten; Alles sehr wahr und begründet. So hab ich's denn angegriffen und mich entschlossen, die Sache zu Ende zu führen. Unsere Competenz kann nicht bestritten werden, und würde sie bestritten, so würde Preußen ohne Zweifel in die komische Lage kommen, dieselbe demnächst etwa gegen Oldenburg oder dergl. zu verfechten. Es fragt sich nur: ist es klug und ist es recht, den Schein auf sich zu ziehn, als habe man die letzte Minute der Existenz benutzt, um die Sache abzumachen, thue ich gut, das ohne Zweifel folgende Spektakel mir auf den Hals zu ziehen? Daß ich es nicht fürchte, daß ich weiter keine Rücksicht drauf nehme, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen, aber leichtsinnig will ich's doch nicht thun und bitte Sie daher dringend, mir als Freund Ihre Ansicht darüber zu sagen — aber wenn ich bitten darf, wo möglich recht bald, wär's auch nur mit einem Worte. Ich bemerke, daß das Erkenntniß mit allen Motiven pp. (eine Arbeit des Dr. Mettenius) fertig ist und daß ich die nächsten Tage benutzen würde, um die Sache beim Erzherzog pp. in Ordnung zu bringen, und daß daher an dem Tage, wo Ihre Antwort eintrifft, der Bescheid, falls Ihre Antwort dafür lautet, unterzeichnet wird. Ich verlange in

[1]) Das Ministerium Römer wurde am 28. October entlassen.

keiner Weiſe, daß Sie mich und das Reichs-Miniſterium dabei und ſpäter irgendwie vertreten ſollen, nur Ihren Rath als Freund wünſche ich, ob ich die Sache erledigen ſoll oder nicht. Ich lege Ihnen den Beſcheid bei, lediglich notitiae causa und ohne daß ich Ihnen Eingehen auf die materielle Frage zumuthe. In Berlin wünſcht man dringend, daß wir die Sache erledigen ſollen, indeß kann mich das weder für das Erledigen noch für's Liegenlaſſen beſtimmen. Werden Sie nur über meine Zumuthungen nicht böſe und geben Sie mir mit einem Wort Ihre Anſicht.

Witte ſagte mir vor einigen Tagen, es ſei von dort aus angefragt über das, was hier ſo geſprochen und geurtheilt werde über das Verhalten und Vorbehalten Hannovers. So hab ich ihn wenigſtens verſtanden. Die Sache wird natürlich durchaus und allein vom Partei-Standpunkte aus beurtheilt und danach richtet ſich dann das Urtheil. Ich habe aber hier auch manches Wort gehört, das durchaus über den Parteiſtandpunkt hinausging und entſchieden günſtig lautete für das Verhalten Hannovers. In dieſer Beziehung (wie überhaupt in vielfacher Hinſicht) iſt mir ſtets das Urtheil des alten Bürgermeiſters von Guaita wichtig und intereſſant, eines alten 78 jährigen Mannes, der aber ſich die volle Friſchheit und Thätigkeit der Jugend bewahrt hat und nur die Ruhe und Klarheit des Alters dazu gewonnen hat, unter den politiſchen Capacitäten der Stadt Frankfurt (und die freien Städte haben immer feine und tüchtige Diplomaten gehabt) unbeſtritten und anerkannt der Erſte; ein ganz anderer Kerl als Polonius Piepmeyer Smidt, der nur noch die äußeren Façons ſeiner früheren Fähigkeit bewahrt hat, die nun ſo ohne rechte innerliche Spontaneität fortarbeiten, wie Räder, die ablaufen müſſen, und dem die Ereigniſſe über den Kopf gewachſen ſind. Der alte Guaita aber, der früher nichts von Ihnen und von Hannover wenig gewußt hat, ſchwört jetzt nur bei Ihnen. Der alte Guaita iſt aber ein Mann, dem in der Politik nichts verhaßter iſt als Hintanſetzung der bürgerlichen Ehrlichkeit und Moral, und der darüber das Berliner Weſen tief verdammt. So aber wie der alte Guaita urtheilen alle Männer, auf deren Urtheil ich hier irgend Werth legen kann. Sie mögen kein Lob, darum habe ich Ihnen früher nie dergleichen geſchrieben und gehe auch jetzt nicht ins Einzelne. Noch zwei Ihrer Verehrer und Bewunderer nenne ich Ihnen: der eine iſt unſer Präſident Fürſt Wittgenſtein, ein ausgezeichneter, trefflicher Menſch, der andere Prinz Emil von Heſſen [1]), einer der klügſten Männer, die ich kenne. Vom Erzherzog-Reichsverweſer rede ich nicht; denn der ſtellt innerlich die Klugheit doch über die Ehrlichkeit. Von dem Vorbehalten erzähle ich Ihnen noch folgende

[1]) Oheim des regierenden Großherzogs, oeſterreichiſcher Feldzeugmeiſter.

Geſchichte. Als ich die Denkſchrift[1]) erhielt, wollte ich die gleich drucken laſſen in der O. P. A. Zeitung; davon hielt mich Witte ab und ſagte: Laſſen Sie die Leute erſt nach Gotha gehen und ſich dort ruiniren; wenn ſie zurückkommen, laſſen Sie drucken. Da er dringend rieth, folgte ich ihm und hielt zurück. Aber unmittelbar nachdem die rettende That von Gotha vollbracht war, erſchien die Denkſchrift in extenso in der O. P. A. Zeitung. Nun iſt hier auf dem Miniſterio ein großes Leſezimmer mit Zeitungen, in jener Zeit und noch lange nachher der Sammelplatz für Welcker, Mathy, Baſſermann und all jene Gothaer, die damals noch hier der Wendung der Dinge warteten, die ſie wieder oben auf bringen ſollte. Da hat mir nun Jemand, der dabei war, [erzählt], wie Welcker, Baſſermann und Mathy und andere der Art, das eben erſchienene Blatt der O. P. A. Z. mit Ihrer Denkſchrift in der Hand, über die Dinge ſprachen, voll Eifer und Grimm, daß ja nun doch Alles in der Luft ſtehe, daß nichts, gar nichts erreicht ſei und ihr ganzes Mühen umſonſt. Welcker hat namentlich geſagt: Das hab ich mir gleich denken können, daß ein Fuchs wie Stüve ſich nicht werde fangen laſſen. Ich erzähle Ihnen die Schnurre nur, um zu zeigen, daß Witte richtig calculirt hatte, mit Kenntniß der Denkſchrift und Vorbehalte wären ſie nie nach Gotha gegangen, daß mir's aber doch oft leid war, ſeinen Rath befolgt zu haben, und endlich, daß Jene die Vorbehalte damals ganz richtig aufgefaßt haben und jetzt nur's anders drehen wollen. Die Deutſche Zeitung hat damals auch immer gepredigt: Die braven Hannoverſchen Stände müßten die Regierung von ihren Vorbehalten fortdrängen.

Daß Gagern Sie beſucht, hat er meiner Schweſter erzählt, die er dort beſucht hat; einen Bericht über Ihre Unterredung (aus Mathys Feder ohne Zweifel) las ich aus der Braunſchweiger Reichszeitung, gern aber hörte ich von Ihnen über den Eindruck, den er Ihnen gemacht hat.

Der Ihrige
D.

Ich lege Ihnen da noch ein Oeſterreichiſches Aktenſtück bei, das von Intereſſe iſt.

Nr. 152. Hannover, 4. November.

Schon geſtern wollte ich Ihnen ſchreiben, lieber Freund, um Ihnen zu ſagen, daß es dem König gerade recht ſeyn wird, wenn Rechberg veranlaßt, daß Schwarzenberg Ihrentwegen ein Wort an Platen[2]) ſagt. Da

[1]) Die Denkſchrift vom 1. Juni wird gemeint ſein. S. oben S. 226, Anmerkung 1.
[2]) Graf Platen, hannoverſcher Geſandter in Wien.

wir in verschiedenen Dingen nicht ganz schwarz-gelb seyn können, so wird er gerade hier gern der Sache diese tournure geben. Ich kam aber darüber weg, weil ich bei dem kranken Arnswaldt[1]) hängen blieb, und nun ist mirs lieb, weil ich Ihnen antworten kann auf Ihren Brief vom 2.

Was hier die Bentinckſche Sache angeht, ſo wiſſen Sie, daß ich ein Pedant bin und gar nicht urtheilen kann, wenn ich nicht eine Sache ergründet habe. Das wollte ich hier nun verſuchen, kann aber meinen geringen Apparat nicht zuſammenfinden. So bleibt mir denn nur übrig, mit dem Mönch in der Natürlichen Tochter zu ſagen: „Du haſt nur allgemeines mir vertraut; ich kann Dir nur das allgemeine rathen!“ Haben Sie die volle Ueberzeugung, daß das Urtheil gerecht iſt: ſo publiciren Sie's in Gottes Namen, und ſchließen Sie dann Ihre Thätigkeit damit, daß Sie dem ungerecht Behandelten zu ſeinem Rechte helfen. — Haben Sie das nicht: ſo laſſen Sie's liegen und machen keinen casum pro amico. Mehr brauche ich nicht zu ſagen. — Ich bin nicht im Stande, die Frage wegen der Ebenbürtigkeit, die doch wohl cardo rei iſt, in jure und in facto zu entſcheiden. Ich glaube, daß bei einem Hauſe wie das Bentinckſche ſie nach allgemeinen Grundſätzen für die Ehe mit der Gerdes zu entſcheiden wäre. Liegen aber beſondere Rechtsnormen in medio, ſo laſſe ichs dahin geſtellt.

Für Ihre Notizen über die Meinung wegen unſerer Sache bin ich ſehr dankbar. So wenig ich Lob von Freunden vertragen kann, ſo empfänglich bin ich doch für das laudari a viro laudato, und in einem Kampfe wie dieſer, wo man nicht umhin kann, ſich mit Koth bewerfen zu laſſen, iſts doch nicht ohne. Ich habe meine Darſtellung der Sache nun ziemlich fertig; nicht ohne bittre Stöße. Schleinitz hat aber geſagt: Preußen müſſe ſeine Bahn bis auf die äußerſte Gränze verfolgen, „wäre ſie auch die Gränze des Abſurden“.

Dieſer Preußiſche Kohl aber würde mich viel weniger kümmern, wäre da nicht die Öſtreichiſche Schweinerei. Da will Schwarzenberg uns immer verleiten, ſeinen Dreiſtaatenbund in die Arme zu nehmen, und nun zuletzt gar die ganze Deutſche Verfaſſungsfrage der Einigung von Öſtreich und Preußen zu unterwerfen. Aber da werde ich ihm den T.....! Warten hab ich gelernt und werde mich auf keine Weiſe vom geſetzlichen Rechte wegdrängen oder locken laſſen.

Das iſt auch der Hauptgegenſtand des Geſprächs zwiſchen mir und Gagern geweſen. Wie ſo ein Wort das andere gab, ſagte er: Baiern werde ſich gegen den Reichstag nicht halten können. Ich: Wir kommen da auf einen radicalen Unterſchied in der Anſicht; ich wolle in der

[1]) Legationsrath von Arnswaldt, Stüves Univerſitätsfreund.

Deutſchen Sache nichts anderes als Recht und Einigung; zwiſchen dieſen und der Gewalt erkenne ich kein Drittes. Er: wollte ein ſolches Dritte zulaſſen, worauf ich entgegnete: Ich würde nie die Hand zu irgend einer Art Gewalt bieten, noch ſolche leiden. Das wollte er auch nicht. Ich ſagte: Ich wolle mich anders ausdrücken, ich werde auch nie die Hand zu etwas anderem bieten als zur Einigung! Da erkannte er an, das ſey freilich ein großer Gegenſatz gegen ihn. — Nun ſprachen wir von Preußen, und ich verfocht den Satz, Preußen ſey nothwendig, ſeine Kraft und ſeine Mängel ſeyen aber eng verbunden und müßten ſich ſelbſt durchkämpfen. Desorganiſire man es, um den Sieg eines in ihm nicht reifen Princips zu wege zu bringen, ſo ſchade man Deutſchland. — Das wollte er natürlich nicht zugeben. Endlich fragte er: Ob wir denn am Vertrage hielten. Ich: Allerdings, ſo wie wir ihn geſchloſſen. Er: Was wir denn wollten? Ich: Das hätten wir drucken laſſen.[1]) Er: Ob wir das denn nicht aufgegeben hätten? Ich: Wie? Wo? Wann? Mir ſey davon nicht das Mindeſte bewußt. Ob wir es durchführen könnten, wiſſe ich freilich nicht. — Damit wurde er vertrieben. Er hat mir aber durchaus nicht den Eindruck eines bedeutenden Mannes gemacht. Weniger als ich, trotz Ihrer Zweifel, glaubte. Denn 1818 imponirte er mir.

Sie werden wiſſen, daß die letzte Miniſtercriſe in Caſſel[2]) allein ihren Grund darin hatte, daß der Miniſter Schenck dem Kurfürſten vorlog: Die Preußen hätten beantragt, daß auch heſſiſche Truppen nach Hanau gelegt würden. Der Kurfürſt erfuhr die Lüge und erklärte nun, keine Lügner zu Miniſtern haben zu wollen — überzeugte auch endlich den Ausſchuß von ſeinem Rechte, obgleich er in der Mitte auch Dummheiten machte. So mußte Schenck fort. Aber ein conſervatives Miniſterium, wie er wollte, zu bilden, wagte er nicht, weil er den Preußen nicht trauen konnte. Der Herzog von Meiningen hat dagegen ſeine Miniſter entlaſſen, weil ſie nicht alle Schritte wegen der Thüringer Einigung[3]) zurück thun wollten: ſo toll

---

[1]) Vgl. hierüber die Denkſchrift der hannoverſchen Regierung vom 1. November, welche dem preußiſchen Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten zur Mittheilung im Verwaltungsrathe überreicht wurde. Vollſtändig abgedruckt in der Hann. Zeitung vom 9. November; auszugsweiſe Deutſche Chronik, II. S. 323. Auch die obigen Gedanken bezüglich Preußens finden ſich darin ausgeführt.

[2]) Das aus dem Jahre 1848 ſtammende Miniſterium hatte am 9 Auguſt ſeine Entlaſſung erbeten und erhalten, trat aber, vom Kurfürſten „nach Beſeitigung der Meinungsverſchiedenheiten“ dazu aufgefordert, am 20. Auguſt in ſeine Funktionen wieder ein; dabei wurde jedoch der Miniſter der ausw. Angelegenheiten Frhr. Schenck v. Schweinsberg ausgeſchieden.

[3]) Der von Delegirtenkonferenzen der thüringiſchen Einzellandtage unternommene Verſuch, für die thüringiſchen Staaten ein gemeinſchaftliches Geſetzgebungsorgan für gewiſſe Rechtsmaterien herzuſtellen.

ſind dieſe kleinen Köter, deren Haltbarkeit mir allerdings nun auch zweifelhaft erſcheint. In Bückeburg iſt auch große Kriſis. In Deſſau ſollte das Stück ſpielen, man hat aber nicht die Courage gehabt. — In Detmold poſtiren ſie den Ständen gegenüber auf Hannoverſchen Treubruch und ſchimpfen auf Öſtreich und Baiern. (S. Preuß. Staatsztg. vom 31. oder 1.). Wir werden uns Genugthuung erbitten. Können Sie bewirken, daß man von Wien ihnen auch zu Kleide geht? — Man darf das nicht zulaſſen, daß dieſe zum Luder entwürdigten Regierungen (denken Sie an Bandel und Althof) andere behandeln als wären Sie frère et cochon!

Mags mit dieſem Geſchwätz für heute genug ſeyn. Haben Sie, lieber Freund, die Güte, die obige Notiz wegen Gr. Rechberg zu beachten, und haben Sie Dank für das Actenſtück, das uns ſchon bekannt war. Es iſt eine milde Note an Schleinitz von Wien gegangen wegen der Reichstagsſache, aber ſchon vor Empfang der deshalb gefaßten Entſchlüſſe. Die Franzoſen haben in Wien auch ſchon einhäkeln wollen. Schwarzenberg hat jedoch geſagt, das ſeyen häusliche Angelegenheiten. Und nun leben Sie wohl.

Ihr
JCBS.

Nr. 153. Frankfurt, 13. November.

Ich will Ihnen, th. Fr., nur mit einem Worte meinen herzlichſten Dank ſagen für Ihren Rath in der Bentinckſchen Sache; je feſter ich entſchloſſen war, ſo zu handeln, wie ich gehandelt habe, Ihr Rath mochte ausfallen wie er wollte, deſto erfreulicher war es mir, daß er ſo haarſcharf mit meiner Anſicht zuſammenſtimmte. Was den Spruch in materieller Hinſicht betrifft, ſo will ich ihn verantworten; die Unebenbürtigkeit der Ehe mit der Gerdes konnte nach dem Bundestagsbeſchluſſe von 1848 kaum noch zweifelhaft ſein. Komiſch faſt war's, daß der Erzherzog, der mich immer getrieben hatte, die Sache zu erledigen, plötzlich, als er beim Referat hörte, ſie drehe ſich um die Ebenbürtigkeit oder Unebenbürtigkeit einer Ehe, Bedenken bekam und Luſt hatte, die Sache der Bundes-Comiſſion zu überlaſſen; es war eben ſein eigener Fall, der ihm dabei in den Sinn kam. Indeſſen gab er nach einigem Sträuben nach, aber hauptſächlich, indem er die uneheliche Geburt accentuirte.

Von Neuigkeiten habe ich Ihnen nichts zu melden. Vielleicht aber intereſſirt Sie, wärs auch nur in Beziehung auf Ihr Geſpräch mit Gagern, Folgendes. Am 20. d. M. findet hier ein Congreß der Gothaſchen Partei Statt, wo man über die Stellung der Partei zu den neueſten Thatſachen berathen und beſchließen will. Nun iſt der Fürſt Carl Leiningen, Bruder der K. Victoria, immer eine der bedeutendſten Stützen der Partei geweſen,

mehr noch wegen seiner Beziehungen und Verbindungen mit England (namentlich mit Prinz Albert, dessen intimster Freund er von jeher war, und dem er zu der Ehe mit der Königin verholfen), als seiner sonst auch nicht ganz unbedeutenden Stellung und Persönlichkeit wegen. Nun hat sich derselbe nicht allein seit 8 Tagen an uns gemacht, uns erklärt, daß wir in unserer auf eine enge Vereinigung zwischen Oesterreich und Preußen die allein für den Moment richtige und heilbringende Politik verfolgten, sondern er hat auch den Mitgliedern der Partei ein Memoire zugehen lassen, worin er unter ausführlicher (wiewohl bisweilen unter Rückblick auf die Fehler jener Partei fast komischer) Motivirung darthut, daß für Deutschland und folglich die Gothaer Partei allein darin Heil zu finden sei, daß man auf eine Verständigung und Vereinigung zwischen Oesterreich und Preußen hinarbeite. Wenn die Leute am 20. nicht auf diese Ansichten eingehen, will er — und wie er behauptet auch Gagern — sich von ihnen förmlich lossagen. Da der Partei jeder Vorwand zu einer neuen Schwenkung lieb sein wird, so ist fast nicht daran zu zweifeln, daß jene Ansichten durchdringen, und da jene Partei dadurch, daß sie einen großen Theil der Presse dominirt, noch immer Einfluß besitzt, so wärs möglich, daß sie denselben noch in der letzten Stunde zum Guten benutzte. Man wird sich eben in London wie in Berlin überzeugt haben, daß der Bundesstaat „mit Wenigen" sich zwar als Phrase sehr tönend und trefflich ausnimmt, in der Wirklichkeit aber ein lächerlicher Unsinn ist. Inzwischen war der gute Harnier, sonst ein klarer und tüchtiger Geschäftsmann, aber Piepmeyer, ganz angethan von der Majestät des Bundesstaates vor 8 Tagen von Berlin zurückgekommen; Preußen werde Hannover und Sachsen nicht fahren lassen, werde an das Erfurter Schiedsgericht gehen; und da dessen Ausspruch nicht zweifelhaft sein könne, sei Preußen entschlossen, Hannover und Sachsen mit Waffengewalt zum Halten des Vertrages zu zwingen. Auf nichts weniger liefen seine Berichte hinaus, die indessen nicht einmal beim Frankfurter Senate Glauben gefunden haben.

Vor 8 Tagen war der Prinz von Preußen wieder hier. Da er ein großes tendre für den Fürsten Wittgenstein besitzt, macht er jedesmal Versuche, denselben zu sehen und zu sprechen, Wittgenstein aber ist diesen Versuchen stets ausgewichen. Als er nun neulich hier war, ließ er demselben sagen: Er komme auf längere Zeit nicht wieder, wünsche ihn, den Fürsten, gern zu sehen und ließe ihn bitten, des Morgens im Ueberrock wie ein Camerad zum andern zu kommen. Dem hat sich W. denn nicht entzogen und hat eine Unterredung von 1½ Stunden mit ihm gehabt, worin er dem guten Prinzen denn einmal die Wahrheit vollauf gesagt hat, so daß der gar nicht gewußt hat, wie ihm geschehen und nichts zu erwiedern

vermocht hat. Von der Bundes-Comission (daß die Vereinigung zwischen Oesterreich und Preußen das Werk der Centralgewalt sei, hat der Prinz dankbar anerkannt) ging das Gespräch aus, dann auf Radowitz, gegen den W. sich herbe und derbe aussprach; warum? er habe Preußen in eine revolutionäre Bahn gewiesen. Darüber Erstaunen. — W. hat seinen Ausspruch motivirt und dabei tüchtig immer die Dummheit vorgehalten, sich so zu der Centralgewalt zu stellen; mit derselben habe Preußen seine Zwecke viel leichter erreichen können, Pr. hätte ja alle oder die meisten Ministerstellen besetzen können pp. Darauf hat der Prinz denn freilich nichts erwidern können, da der wahre Grund, daß man den Reichsverweser vertreiben wollte, um die Centralgewalt als res derelicta aufnehmen zu können, nicht gut zu sagen war. Als der Prinz in das Detail über die Schwäche der kleineren deutschen Regierungen einging, hat ihm W. gesagt: Der alte König von Hannover ist der Einzige, der aus dem Jahre 1848 unbesudelt hervorgegangen ist — was der Prinz denn ausdrücklich zugestanden hat.

Der Zusammentritt der Bundes-Comission ist sehr bald zu erwarten: ich hoffe, daß wir in spätestens 8 Tagen erlöst sind. Die Geschichte mit der Gefion [1]) war mir, wenngleich Dummheiten von Seiten Jochmus mir Manches zuwider machten, doch sehr lieb — um den Herren in Berlin à la Mosle den Appetit nach dem Interim zu schärfen; sie sollten uns sobald wie möglich loszuwerden wünschen, und das mag denn auch beigetragen haben, den Zusammentritt der Comission zu beschleunigen.

Mit dem Grafen Rechberg habe ich, wie Sie wünschten, geredet

Doch ich will Ihre jetzt so sehr in Anspruch genommene Zeit Ihnen nicht mit Lappalien rauben. Die Wahl von Ellissen [2]) und die bei dergleichen Gelegenheiten zum Vorschein kommenden 40 Stimmen haben Witten und mir viel Sorge gemacht. Gott gebe Ihnen in dieser widrigen Zeit frischen Muth!

Von ganzem Herzen der Ihrige

D.

---

[1]) Die am 5. April eroberte Fregatte Gefion lag in Eckernförde; da ihrer angeordneten Ueberführung nach Kiel Hindernisse in den Weg gelegt wurden, entstand die Befürchtung, sie solle den Dänen wieder in die Hände gespielt werden. Dies veranlaßte einen Befehl des Reichsministeriums, sie eher in die Luft zu sprengen, als in die Hände irgend einer andern Macht kommen zu lassen.

[2]) Zum Vizepräsidenten II. Kammer nach Eröffnung der Ständeversammlung am 8. November.

Nr. 154 Hannover, 16. November.

Zuerst sage ich Ihnen, liebster Freund, besten Dank für Ihren Brief und die bedeutenden Nachrichten über das dort ebenso wie anscheinend in Berlin eingetretene Wackeln und Schwanken. F. Schwarzenberg hat schon seit längerer Zeit behauptet, Pr. werde wieder einlenken. Er ist in diesen Versicherungen positiver geworden. In Berlin wollte vor guten 8 Tagen Schleinitz wegen der von Manteuffel (einem hartköpfigen, in Staatssachen wenig bewanderten Preußen) heftig vertheidigten Berufung des Reichstags auf den 15. Januar abgehen. Der König brachte das wieder in Ordnung. Jetzt klagt die Weserzeitung, daß man dort schwanke. Die Deutsche Zeitung schimpft wüthend auf mich und giebt in der Sache uns Recht, in Bezug auf die Preuß. Modificationen der Verfassung. Das alles zeigt deutlich, wohin es will. Man hat mit Lärm und Schimpfen, mit dem Gagernschen Mitteldinge zwischen Gewalt und Einigung uns umrennen wollen. Das geht nicht — also hat man sich blamirt. Nur Radowitz prahlt: Wenn er nur erst in Frankfurt sey, wolle er schon in ein Paar Tagen die Östreicher seinem Verfassungsplan zuwenden; dann würden die übrigen sich sicher unterwerfen. Vielleicht hat er den Stein der Weisen, der nach meiner entschiedenen Ansicht in nichts besteht, als Baden und Darmstadt abzutreten, es sey denn, daß Östreich sich doch zu tief gegen uns und Sachsen u. s. w. compromittirt fühlte, um eine solche Falschheit zu begehen. — Sie haben Baiern förmlich um ihre Allianz für den Fall des Bruchs begehrt und Bairischer Seits hat man das zugesagt. — So weit sind wir in der Deutschen Einheit fortgeschritten. Gott bessere es. Was mich angeht, so macht mir das Zeitungswüthen gegen mich viel Spaß. Die Leute haben Grund dazu; denn ich verachte diese Wirthschaft wirklich in einem solchen Grade, daß ihre Rache, die sie mit Schimpfen nehmen, noch immer ganz unzulänglich ist. Sind denn alle Leute so gleichgültig gegen die Zeitungen, oder ist diese Indolenz mir eigenthümlich?

Was unsere Stände angeht, so zählen unsere Gutgesinnten 37, von den übrigen 40 sind nach ihrer Meinung 10 Schwankende. Diese entscheiden dann wie immer hin und her. Es wird daran gearbeitet, sie zu befestigen und gelingt das, so ist die Parthie sicher. In der Deutschen Frage fühlen sich unsere Gegner gar nicht sicher. Sie machen bei Gelegenheit Gerede, wo sie sicher sind, daß es nicht zur Entscheidung kommt, weil sie sehr fürchten, in einer schimpflichen Niederlage sich zu sehen. Wir haben dagegen das Mittel ergriffen, sie reden zu lassen und möglichst wenig gegen sie zu sprechen, damit scheinen sie sich selbst nach ihrer Persönlichkeit am sichersten zu ruiniren. Nun wollen sie keine Addresse machen, und wir verlangen keine. Uns liegt nur daran, zu den Geschäften zu kommen, in

denen sie den Kürzern ziehen werden, und das scheint gut zu gehen. Neulich haben sie eine Zusammenkunft gehabt, da hat Lang wüthend — für die Reichsverfassung perorirt, Dammers für das 3 Königsbündniß. Bueren & Co. hat das für Spreu im Winde erklärt und die Geschäfte angreifen wollen. Lang ist nun in Verzweiflung, weil die Linke Hantelmann, um ihn zum Generalsyndikus (dazu er gar nicht taugt) zu machen, versprochen hat, er solle Schatzrath werden. Nun dreht und windet er sich wie ein Wurm, um der Linken zu schmeicheln und sich die Stimmen der Rechten zu sichern. Er hat nun heute wieder einen dummen Antrag in der Schleswig-Holsteinschen Sache gestellt, um sich ein Relief zu geben. Die 1. Cammer ist gut gesinnt, überhaupt das Ganze mit dem Winter gar nicht zu vergleichen, die Tribünen mäuseſtill, keine noch so schöne Phrase tönt irgend wieder. Wir haben ganz ungemein gewonnen, und wenn ich auch nicht behaupten will, daß alles schon völlig gesichert ist, so meine ich doch, daß wir entschieden auf gutem Wege sind. Wenn man nur mehr Zeit hätte, um sich zwischen den Leuten zu bewegen.

Ihre Mittheilungen haben übrigens dem König viele Freude gemacht, und das vom alten K. v. H., der sich allein nicht besudelt habe, hat er sich zweimal vorlesen lassen. Er war etwas unwohl in Folge unvorsichtigen Essens und der Jahreszeit, ist aber wieder hergestellt. Wäre er nur jünger! Das ist doch die Hauptgefahr, die uns droht.

Nun leben Sie wohl. Ich muß aufs Ministerium.

Ihr

JCBS.

Nr. 155. Frankfurt, 16. November.

Hieneben, verehrtester Freund, lasse ich Ihnen das Leiningensche P. M. zugehen, wovon ich Ihnen neulich schrieb. Wie ich höre, haben bereits mehrere der bedeutendsten Gothaner, namentlich auch Mathy, sich für den Gedanken desselben ausgesprochen. Die Parthei scheint überhaupt desorganisirt, namentlich in Betreff des Geldpunktes, denn auch die Stellung der Deutschen Zeitung soll am 20ſten berathen werden; vermuthlich wird man dieselbe aufgeben.

Wir harren nun der Comission, die hoffentlich sehr bald kommt; es ist Alles in Ordnung, und wünsche ich den Herren, die nach uns die Deutsche Einheit repräsentiren sollen, viel Vergnügen und Geduld. Nassau hat bis jetzt die Accession geweigert; gestern war der Herzog hier, da ist ihm denn von verschiedenen Seiten der Kopf so gewaschen worden, daß die

Acceſſion nun wohl erfolgen wird. — Duckwitz hat ja Verbeſſerungs-Vorſchläge zum Entwurf vom 26. Mai gemacht; ſind ſie praktiſch, oder will er ſich nur für ein neues Reichsminiſterium wieder ins Gedächtniß rufen? Merkwürdig iſt es, wie die Zeit ſich abmüht in ewigem Produciren-wollen, ohne das Allergeringſte zu Stande zu bringen, ewiges Kreiſen ohne Gebähren, und dazu werden ſtets die allerkünſtlichſten Organismen intendirt, 3ſtöckige Regierungen, Organismen, die keinen Schritt gehen können, ohne anzuhaken oder auseinanderzufallen. Und das Einzige, was die Zeit producirt hat, dieſes Interim, iſt der allerroheſte Organismus, ja kaum ein Organismus zu nennen, von der Organiſation eines Fauſthandſchuhes oder eines Polypen. Und das Geſetz vom 28. Juni 48 war um nichts beſſer, ja noch ſchlechter. Man ſollte meinen, der Zeit fehle alle Produktionskraft.

Mich hat in der letzten Zeit das Schickſal der unglücklichen Flotte viel beſchäftigt und die Frage, was daraus werden ſoll. Ich hebe da folgende Momente hervor: 1. Preußen hat Alles Mögliche gethan, um alle guten Schiffe vor dem Zuſammentritt der Comiſſion in ſeine Hände zu bekommen; das durch Hannover deßfalls geſtellte Verlangen iſt nur ein Ring in einer ganzen Kette. 2. Bayern hat ſeine Beiträge geweigert, unter der Hand aber erklärt: es wolle ſie ſofort zahlen, ſowie Oeſterreich auch zahle und ihm (Bayern) damit die Garantie gebe, daß die Flotte nicht etwa von Oeſterreich an Preußen überlaſſen werde. 3. Oeſterreich hat zwar durchaus keine Erklärung abgegeben, aber während noch vor wenigen Wochen jeder Gulden für die Flotte ihm mühſam abgerungen werden mußte, hat es jetzt, da uns der Prinz von Preußen die bei Rothſchild beabſichtigte und faſt abgeſchloſſene Anleihe von £ 25000 verdorben hat, auf das allerbereitwilligſte und entgegenkommendſte Fonds zur Dispoſition geſtellt, ni fallor *fl.* 300000. Es ſcheint demnach, daß Oeſterreich ein Recht und Antheil an der Flotte beanſpruchen wird. Das iſt gut, denn ſonſt würde Preußen ſie einfach für die Oſtſee vindiciren. Nun denke ich mir, daß man Seitens der Comiſſion wieder auf das Projekt kommen wird, die Flotte an Hannover zu übergeben, das ſie dann für Deutſchland adminiſtrire. Für dieſen Fall war nur Eins zu beſorgen — daß Preußen ſeine Oſtſeeflotte zu den Deutſchen in der Nordſee liegenden Schiffen ſtoßen laſſen würde, und die Gefahr war hier die, daß dann die ganze vereinigte Flotte unter den Befehlen des Preußiſchen Commodore Schröder geſtanden haben würde, weil der älter im Dienſt iſt als Brommy. Was aber ein Preußiſcher Oberbefehlshaber bedeutet, haben wir an Prittwitz, Peucker pp. in ſolcher Weiſe erfahren, daß dagegen nicht Sicherheitsmaßregeln genug getroffen werden können. Eine ſolche Maßregel haben wir darin zu finden geglaubt, daß Brommy zum Contre-Admiral ernannt werde, und

zwar ſollte der Reichsverweſer das eben zum Abſchiede thun, wodurch die Sache eine beſondere Motivirung erhielte. Ich theile Ihnen das mit, damit Sie wiſſen, warum es geſchieht, wenn dieſe Ernennung erfolgt.

Ihr

D.

Nr. 156. Hannover, 20. November.

Um Ihnen meinen beſten Dank für Ihre Mittheilung vom 16. zu ſagen, theile ich Ihnen, lieber Freund, mit, daß in Caſſel man das Interim nur anerkennen will unter ausdrücklichem Vorbehalt, daß daſſelbe die Gründung des Preußiſchen engeren Bundesſtaats nicht ausſchließe. — Der Kurfürſt will freilich unbedingt anerkennen; allein ſein treffliches Miniſterium, das jetzt ſeine Stütze allein in Preußen ſieht und findet, iſt anderer Meinung. In der dortigen Ständeverſammlung ſind 20 reine Democraten auf 28 Conſervative, d. h. Preußiſch-bundesſtaatliche. Denn das iſt dieſen vernagelten Köpfen ja einmal nicht begreiflich, daß Revolution Revolution iſt, ſie komme von Berlin oder Frankfurt; oder vielmehr ſie haben einen geheimen Seelenzug zur Revolution, der ſie nicht losläßt. — In Berlin aber iſt man nun mit beiden Füßen ins Revolutionmachen hineingeſprungen, indem man den quasi Verwaltungsrath hat beſchließen laſſen, die Wahlen zum Reichstag auf den 31. Januar direct durch den Verwaltungsrath ohne Zuthun der Regierungen auszuſchreiben. Dieſe Tollheiten gehen doch faſt zu weit. — So haben denn auch die Leute aus den Berliner Cammern lange Anſchreiben an unſere Linke erlaſſen, die aber dort keine große Sympathie finden. Am Sonntag hat ein Gothaner Conventikel in Magdeburg ſeyn ſollen, iſt aber abgeſagt. Es iſt eine große Agitation in dieſer Parthei der halben Revolution; allein ſo viel ich ſehe ohne Erfolg. Es iſt die vergiftete Ratte: „Sie thät gar manchen Aengſteſprung“ u. ſ. w. — Radowitz ſcheint mit dem fait accompli des Wahlausſchreibens in der Hand ſeinen ſiegreichen Einzug in Frankfurt [1]) halten zu wollen.

Hier ſcheint die Zeit der Defection für die Linke eintreten zu wollen. Manche Zeichen ihrer Auflöſung treten hervor und ich fange an, beſſere Ausſicht zu faſſen als bisher. Gothaiſch ſind aber nur die Profeſſoren in 1. Cammer, Hoſtmann, Sander, etwa Tellkampf [2]). Dann bei uns

---

[1]) Als preußiſches Mitglied der Bundeskommiſſion. Er wurde darin am 6. April 1850 durch General von Peucker erſetzt. Sein Mitkommiſſar war Ober-Präſident von Bötticher.

[2]) Direktor der höheren Bürgerſchule in Hannover.

Dammers und der alte Dörrien aus Nienburg. Sollte die Sache freilich gefährlich werden, so würden sich wohl noch mehr finden. Im allgemeinen scheuen die Leute, die Deutsche Sache anzurühren.

Doch die Post drängt, also Adieu. Ihr

JCBS.

Nr. 157. Frankfurt, 24. November.

Ich habe Ihnen, th. Freund, für zwei Briefe vom 16. und 21. zu danken, die mir namentlich wegen der Nachrichten über die dortigen Zustände und deren günstige Gestaltung von großem und tröstlichstem Interesse waren. — Wie die Gothaer Parthei namentlich in unserem Lande zu wühlen versucht hat und noch sucht, hatte ich schon aus andern Quellen erfahren, ich hab den Herren aber immer vorausgesagt, daß sie bei uns schlechte Geschäfte machen würden. Von ihrem neulichen Congreß hier ist es stille, Deutschland muß dabei nicht wieder vollständig gerettet sein, sonst würden sie schon lauter gegackert haben. Finanznöthe, namentlich wegen der Deutschen Zeitung, haben sie besonders beschäftigt. Fürst Leiningen aber hat nach einer heftigen Scene komplet mit ihnen gebrochen, Gagern hat ihm vorgeworfen, er habe sein Memoire wie eine Bombe unter sie geworfen, das hätte er nicht thun dürfen; darüber hat dann Leiningen auf das Derbste erwidert, daß er seine Freiheit nie aufgegeben habe u. s. w. Er hat ihnen und namentlich Gagern denn auch gesagt, wer jetzt nicht vorab zur Einigung und Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen wirke, der wirke für den Krieg und wer das thue, sei ein Vaterlandsverräther. So ist man geschieden. Die Parthei verliert in Leiningen nicht nur ein Mitglied von Geld und Ansehen, sondern, was ihr besonders empfindlich ist, die Verbindungen Leiningens mit seinem Oheim Leopold von Belgien und seinem Schwager, dem Prinzen Albert. Wie weit diese, namentlich der letztere, sich in unsere Dinge gemischt haben, ist gar nicht zu sagen, es erscheint geradezu abenteuerlich und unglaublich.[1]) In Wien hat man Abschrift eines P. M. des Pr. Albert aus dem Jahre 1844 oder 45, worin schon die Kaiseridee ausführlich entwickelt und, was das unglaublichste ist, daß jene Familie, ohne Zweifel durch Bunsen dupirt, wozu Stockmar geholfen, die Hoffnung gehabt zu haben scheint, der Kaiser Friedrich Wilhelm von Preußen werde nur ein Übergang sein zum Kaiser Ernst von Sachsen-Coburg. Ich hoffe, das eine oder andere der betreffenden Aktenstücke noch erwerben zu können.

Von neuesten Aktenstücken lege ich einige in Betreff der Schleswigschen Sache bei, die Sie wohl schon kennen. Von L. Cowley erfuhr ich eben,

[1]) Vgl. Dahlmanns Leben von Springer, II. S. 228 ff.

daß der König von Dänemark die Conferenz der Vertrauensmänner angenommen habe. Das seltsamste ist, daß L. Cowley vor einigen Tagen geradezu die Vermittlung der Centralgewalt in dieser Sache in Anspruch genommen hat. Es wäre übrigens ein wahrer Segen Gottes, wenn Deutschland von dieser unseligen Dänischen Sache erlöst würde, in der es weder das Recht noch die Macht auf seiner Seite hat und in der nun leider einmal die Ehre engagirt ist. Am Ende kommt dann der würdige Lang mit seinem Antrage post festum. Auch Reclamation der Rastatter Gefangenen aus Hannover hat man ja in der 2. Cammer geritten; ich wollte nur, es wären auch Russen in Rastatt gefangen und Rußland reclamirte sie; wie würden da unsere Piepmeyer schreien, daß die ja nicht ausgeliefert werden dürften. Ein Wort Ihres Briefes vom 16. ist mir schwer auf die Seele gefallen: wo Sie von den Ständen sprechen und beklagen, daß Sie sich nicht mehr unter den Leuten bewegen könnten. Daß Sie Ihre Zeit dem Zusammensein mit den Leuten nicht opfern können, begreift sich, aber es würde der allergrößte Fehler sein, wenn nicht einige ihrer Beamten, die zugleich Cammermitglieder sind, ihre ganze Zeit dem Zusammensein mit den Abgeordneten aufopferten. Wenn man nicht fort und fort mit diesen Leuten, die fremd am Orte auf einander angewiesen sind, zusammen ist, so verliert man leicht das Gefühl der Klinge, um einen Ausdruck vom Stoßrapier zu brauchen; eine Menge Dinge werden außerhalb der Cammer fertig gemacht, wo dann die Regierung mit den besten Gründen zu kurz kommt. Ich habe dieses Treiben hier in einem so großartigen Maßstabe gesehen, und die Unarten und Schlechtigkeiten der Nat.-Vers. (das Clubb- und Partei-Treiben und was dahin gehört) sind so sehr ein Gegenstand der Nachahmung für unsere Cammern, daß ich nicht dringend genug anrathen kann, einen Theil Ihrer Beamten aus der Cammer stets mit den Leuten zusammen sein zu lassen. Es ist sehr Schade, daß Lindemann keine Präsidial-Diners geben kann, weil das die Partheien sehr einander zu nähern im Stande ist. Sie werden über meine vormärzlichen Ansichten lachen, aber Menschen sind Menschen, und wer sie zu behandeln weiß, der hat sie. — Noch in einem andern Punkte möchte ich Ihnen dringend anrathen, um das obige Gleichniß beizubehalten, das Gefühl der Klinge nicht zu verlieren: das ist Ihr Verhältniß zu den andern Königreichen. Mit Sachsen scheinen Sie sich vollauf verständigt zu haben, mit Bayern aber sicher nur nothdürftig (Ihre Antipathie gegen Pfordten werden Sie überwinden müssen), mit Würtemberg aber gar nicht und dort hat man jetzt zu solcher Verständigung sicher den allerbesten Willen. Wenn die 4 Königreiche zusammengehen, müssen schon daran die Preußischen Pläne scheitern und dabei dürfen Sie versichert sein, daß man in München, namentlich

aber in Stuttgart, auf Niemandes Rath lieber hören würde als auf den Ihrigen. Wenn die 4 Königreiche nur darin einig sind, wie sie in ihrer Politik zusammenhalten (ich meine nur das Formelle), so sind sie unbesiegbar. Eben weil ich besser wie viele Andere es weiß, welchen Werth man in Stuttgart und auch in München auf Ihren Rath legt und wie bedürftig man dort des Rathes ist, habe ich mir erlaubt, Ihnen diese Sache zu empfehlen, was Sie mir nicht als Unbescheidenheit auslegen wollen. Sie müßten tüchtige Leute nach beiden Orten schicken, keine bloße Repräsentanten. Witte, der ja disponibel wird, wenn ich hier eintrete, wäre sehr zu empfehlen.

In Berlin sucht man sich jetzt in der Verlegenheit, in die man durch die Nichtanerkennung der Centralgewalt und die Convention vom 30. Sept. gekommen ist, und die man sich bei der Frage von der Uebertragung (Schwarzenberg scheint überflüssiger Weise unsere Note wegen der Requisite für den Abdikationsakt mitgetheilt zu haben) wohl zum Erstenmal recht konkret vergegenwärtigt hat, durch eine neue Theorie zu helfen: der Centralgewalt hat man die Anerkennung nie versagt, auch den Erzherzog als Träger derselben anerkannt, aber ihre Befugnisse haben bis jetzt geruht, weil sie in Abwesenheit der Nat.-Vers. nicht ausgeübt werden konnten. Aber übertragen soll der Reichsverweser sie jetzt können trotz Abwesenheit der Nat.-Vers. Es ist also nur dem Ministerio des Reichsverwesers die Anerkennung versagt. Die Herren sollen an ihrer Dummheit, der Centralgewalt die Anerkennung versagt zu haben, noch übel zu würgen haben, zumal ja die ganze Theorie damit auf das bon plaisir Preußens zurückgeführt ist, daß dieses am 14. Mai der Nat.-Vers. die Anerkennung versagte.

Doch entschuldigen Sie, daß ich Sie in dieser Zeit mit solchem Geschwätze behellige. Ihr

D.

Nr. 158. Frankfurt, 27. November.

Sie erhalten die Anlage zur Vervollständigung der letzthin mitgetheilten Aktenstücke. L. Cowley theilte gestern mit, er habe aus Kopenhagen die vertrauliche Mittheilung erhalten: der König wolle in die von der Statthalterschaft erbetene Unterhandlung[1]) treten unter der Bedingung, daß

[1]) Die Statthalterschaft hatte sich unter dem 16. November an den König mit dem Vorschlage gewandt, anstatt der Vermittlung dritter Mächte zur Vorbereitung des Friedens Vertrauensmänner aus dem Königreiche und den Herzogthümern zusammentreten zu lassen. Die Sache zerschlug sich demnächst, da der König unter dem 11. Januar den Vertrauensmännern der Herzogthümer erklären ließ, denselben eine Verhandlung mit Delegirten aus dem Königreich nicht gestatten zu können.

dieſe den Waffenſtillſtand und die Landesverwaltung anerkenne. Doch werden Sie das dort genauer und beſſer wiſſen als wir hier.

In Berlin ſchien man — abgeſehen von der allerneueſten Wendung, von der wir nur durch die Kölniſche Zeitung etwas wiſſen — ſehr unglücklich, daß man ſich Baden und Darmſtadt aufgeladen (was mit Ihrer Nachricht wegen des Radowitzſchen Geheimmittels ſtimmt); man meint, wenn man ſich mit Norddeutſchland begnügt hätte, würde Oeſtereich eine geneigtere Stellung zu dem engern Bunde annehmen. Stellen ſich die Leute bloß ſo dumm? — Wie Sie wiſſen, prahlen ſie ungeheuer, daß ſie nie in die hier gewünſchte Art der Abdikation einwilligen würden; jetzt wo ſie ſich die Sache wohl eher konkret gedacht haben, ſagen ſie, ſie wollten aus Schonung für den Erzherzog nachgeben u. ſ. w. Was Sie gegen dieſen Alles verſucht haben, um ihm die Popularität zu rauben, iſt unglaublich; in dieſer Beziehung und überhaupt zur Characteriſirung der Art, wie Preußiſche Agenten den Anſchluß an den engern Bundesſtaat betreiben, lege ich ein geſtriges Blatt der O. P. A. Z. bei. Das Subjekt heißt v. Zſchoch aus Braunſchweig und erhielt ſeine Ordres von dem Reſidenten Balan[1]) hier. Z. iſt der Hauptcorreſpondent der Braunſchweigiſchen Reichszeitung und namentlich viel von Savigny gebraucht. Durch Prokeſch hab ich einzelne Berichte anderer Agenten erhalten, womit ich demnächſt Radowitz kitzeln werde, mir ſeinen Rath erbittend in alter freundſchaftlicher Weiſe über die Art und Weiſe der Publikation eines Portfolios aus den letzten 8 Monaten mit all dergleichen Piecen. Ihr

D.

Noch Eins! Ich weiß nicht, ob Witte Ihnen ſchon von den neueſten menées wegen der Flotte Mittheilung gegeben. Ich ſchrieb Ihnen neulich über Brommys Ernennung zum Contre-Admiral (die erfolgt iſt), indem ich davon ausging, daß die Comiſſion demnächſt die Flotte einer dritten Macht übertragen werde. Dieſe Vorausſetzung war richtig, nur grollt man mit Hannover und iſt entzückt von Oldenburg. Nun ſoll Oldenburg die Flotte haben. Witte wird Abſchrift der betr. Aktenſtücke haben oder erhalten. Wenn wir den Zuſammentritt der B.-Comiſſion beſchleunigen wollten, brauchten wir jetzt nur mit Ihnen die Verhandlungen wegen Übernahme der Flotte wieder anknüpfen, dann würden die Herren gleich kommen.

Nr. 159. Hannover, 2. December.

— [1]) Ihre Schleswig-Holſteiniſchen Mittheilungen kamen ſehr gelegen, um die Discuſſion des albernen Langſchen Antrags in 1. C. zu hemmen.

[1]) Legationsrath, Reſident bei der Stadt Frankfurt. — [2]) Der hier fortgelaſſene Eingang des Briefes betrifft eine perſönliche Angelegenheit Detmolds.

Der eingeschlagene Weg ist der einzige, der für die Herzogthümer zum Ziele führt. Für Deutschland dürfte dabei leicht verlohren seyn. Denn diese Herstellung kann den Canal wieder in Dänische Gewalt bringen, an dem für Deutschland so viel hängt. Daß man in Berlin von dieser Unterhandlung nichts erwartet, ist begreiflich; aber das Urtheil dieser Herren ist nicht untrüglich. Usedom ist wohl der einzige dort, der die Sache wahrhaft im Geiste des Friedens und der Einigkeit auffassen und führen wird.

Die Gothaner Parthei folgt ganz ihrem Berliner Muster, Hrn. Camphausen pp., alles auf schlechtem Wege zu versuchen, nach der Regel des alten Florentiners: Sanno rarissime volte gli huomini esser al tutto tristi o al tutto buoni. — Jenen Kaisergelüsten habe ich Gelegenheit gehabt, etwas nachzuspüren, und hat mir Gr. Kielmannsegge [1]) solche bestätigt. Dann höre ich noch, daß schon 1841 der Convertit Beckedorf in Hannover gewesen und dort sehr romantisch poetische Faseleien über Kaiserkrone, Reichsschwert u. s. w. u. s. w. vorgetragen. Der Hebel der Coburgschen Idee ist aber ohne Zweifel Stockmar, den Bunsen als seinen Theilhaber an dem schönen Gagernschen Plane angab. Dieser hat bei einer Gelegenheit im Sommer 1848 geradezu seinen andersgesinnten Freunden erklärt: Er könne von dem Kaiser nicht lassen; es sei das sein Traum von Jugend auf. Wir müssen suchen, die Quellen dieser unglücklichen Verirrung vom Wege practischer Politik völlig offen zu legen, um sie verstopfen oder in ein gutes Bett leiten zu können.

Die Preußischen Intriguen sind in allen diesen Sachen ein leidiges Ding. Ich gehe dabei von Burke aus, der in seiner Rede über die East India Bill 1/12. 1783 (Suchen Sie doch Burkes Speeches zu lesen) sagt: Indeed my observation has furnished me with nothing, that is to be found in any habits of life or education, which tends wholly to disqualify men for the functions of government, but that, by which the power of exercising those functions is very frequently obtained. I mean a spirit and habits of low cabal and intrigue, which I have never in one instance seen united with a capacity for sound and manly policy. — An diesem spirit of low cabal and intrigue gehen die HH. zu Grunde. So in diesem unglaublich schmutzigen Waldeckschen Processe, wo Hr. Ohm offenbar Spion ist. Radowitz ist ganz dieser Art, und es wird ihm unsäglich gut thun, wenn Sie ihn etwas peinigen. Dazu können wir auch noch ein schönes Stück liefern aus der Feder des Hrn. v. Savigny, wo dieser aus dem Haupt-

[1]) Gesandter in London.

quartier des Prinzen von Preußen im Juli schon alles Bundesrecht gegen Baiern abläugnet. Es ist aber sehr heimlich gemacht. Ihr Balan und Zschoch gehören ganz dahin. Gewiß ist seit Jahren eine Masse jenes Zeitungskoths, an dem Deutschland so schwer leidet, von ähnlichen Preuß. Intriguanten gemacht. Ich erinnere an Hrn. Kombst und seine saubere Geschichte von Hrn. v. Nagler.[1]) Alles ein Ei und eine Küche. Jetzt haben sie uns eine Geschichte mit Braunschweig eingerührt, indem der Herzog einen Militärtractat (gegen die Bundes-Kriegsverfassung) abgeschlossen, was wir nicht dulden können.

Gestern und heute war Duckwitz hier; er hat ungeheure Lust, hier wieder Verfassungsbewegungen anzuknüpfen, erklärt, daß Bremen und Oldenburg am Reichstage sich nicht betheiligen werden u. s. w. Er hat hier genug zu hören bekommen und giebt alles zu, möchte auf die vormärzliche Zeit zurückgehen. Ich dachte dabei an den 50ger Ausschuß.

Unsere Sachen hier wenden sich mit jedem Tage besser. — Zuerst werden Sie wissen, daß nun 4 Hauptschiffe der Flotte im Schlick der Geeste liegen. Die Nachricht kam uns gestern, gerade als wir über die 20 m Thlr. Vorschuß mit den Ständen handelten. In 2. C. haben dagegen sich nur Gerding, Detering und Weinhagen erklärt, mit so pöbelhaft gemeinen Argumenten, daß es jammerschade ist, daß wir die Berathung vertraulich hielten. In 1. hatte der tolle Münchhausen[2]) die Bauern dagegen gehetzt — weils Geld —, da hat jene Nachricht vom Einlaufen in die Geeste bis zur Einstimmigkeit durchgeschlagen, nachdem vorher sich noch gezeigt hatte, daß der bloße Verdacht, Preußen könne dazwischen kommen, alles hoch gebracht. Eine gute Vorbereitung auf die Deutsche Frage. Dann aber haben wir das Budget[3]) in 2. Cammer bis 1. Juli en bloc bewilligt erhalten, unter wahrhaft glänzenden Umständen. Lindemann leitete die Sache schlecht ein; es entstand viel dummes Gewäsch über

---

[1]) Kombst, bei der preußischen Bundestagsgesandtschaft als Sekretair beschäftigt, gerieth mit Hrn. v. Nagler in Conflikt, welcher seine Entlassung herbeiführte. Weitern Verfolgungen sich durch die Flucht entziehend, veröffentlichte er, um sich zu rächen, geheime Aktenstücke, von denen er während seines Dienstes Abschrift genommen, in zwei Broschüren: Authentische Aktenstücke aus den Archiven des Deutschen Bundes, zur Aufklärung über die hochverrätherischen Umtriebe der deutschen Fürsten, Straßburg 1836, und: Der Deutsche Bundestag gegen Ende des Jahres 1832, Straßburg 1836. Vgl. Briefe von Naglers an einen Staatsbeamten, von Kelchner und Mendelssohn-Bartholdy.

[2]) Rittmeister von Münchhausen zu Boldagsen, Deputirter eines Wahlbezirks der Calenberger Grundbesitzer.

[3]) Nach der im Frühjahr erfolgten Auflösung konnten die Steuern bis Ende des Jahres forterhoben werden, bedurften aber von da ab einer neuen Bewilligung. Es erfolgte daher jetzt die nachträgliche Bewilligung des Budgets für 1. Juli 1849/50.

Verantwortlichkeit der Regierung und Schelten über späte Berufung, obgleich sie bewilligen wollten. Nun fingen die democratischen Esel an, den Versuch zu machen, die Sache zum ersten Male durchfallen zu lassen. Das gab mir willkommene Gelegenheit, von der Auflösung und allen politischen Maaßregeln zu reden, die vollste Verantwortung auf mich zu nehmen, und der ganzen Gesellschaft möglichst grob zu sagen, sie möchten uns nur anklagen, wir seyen die Leute dafür; aber sie sollten bewilligen, das sey ihre Pflicht. Nun war Bueren so dumm, wie er immer thut, namentliche Abstimmung zu fordern und Weinhagen unterstützte, weil ich mir herausgenommen, wo ich selbst verdiente, angeklagt zu werden, die Stände selbst in Anklagestand zu setzen. — Und das Resultat? daß nur Bueren, Gerding, Detering, Weinhagen und Schläger gegen die Bewilligung stimmten. — Was wollen Sie mehr. Die linken Leute erklärten: das sey den Democraten recht, sie richteten sich völlig zu Grunde u. s. w. Hr. Siedenburg, einer der schlechtesten Kerle, hatte gegen den alten Stubbe von vortrefflicher Regierung gesprochen. Lang dankt Gott, daß er wieder Schatzrath ist und macht keine Beschwerde mehr. Der alte Stubbe hat ihn denn auch derbe genug vorgenommen und ermahnt, „den Flecken abzuwaschen", was er sich gefallen lassen müssen.

So stehen wir nun nach 3 Wochen und ich glaube, wir können es nicht besser verlangen. Wir werden nicht nöthig haben, den Landtag aufzulösen; mit Gott kann er 6 Jahre dauern und wird uns den Uebergang zu einer neuen Regierung sicher stellen, was für ein großes Glück zu achten.

Der König hat etwas gekränkelt, wie immer im Winter, ist aber im Ganzen wohl besser, däucht mich, als vorm Jahr um diese Zeit.

Nun leben Sie wohl, der Brief muß fort. Ihr

JCBS.

Nr. 160. Frankfurt, 7. December.

Ihren Brief vom 2. habe ich erhalten und danke Ihnen, th. Freund, sehr dafür, da er mir nach mehreren Seiten hin nur Erfreuliches brachte; das Tröstlichste war mir, daß die Sachen dort so gut gehen. Je trüber es im Ganzen und Allgemeinen aussieht, desto mehr wird man am Ende auf das Einzelne und Besondere verwiesen, und da Sie dort im Norden den Eck- und Prellstein abgeben müssen, so ist es ein großes Glück, daß Sie nicht durch innere Verwickelungen gehemmt oder geschwächt werden. Auch die Geburt der zweiten Prinzessin habe ich in diesem Sinne willkommen geheißen, obgleich mir ein Prinz lieber gewesen wäre, am liebsten einer, der gleich hätte zu Pferde steigen können; indessen ist's jedenfalls

ein Zeichen, daß der alte Stamm frisch und neu grünen und neue Zweige treiben soll.

Wir befinden uns hier in einer Crise. Die Gothasche Parthei, die seit dem 30. Septbr. in Berlin bedeutend an Terrain gewonnen hat, will, da sie den Abschluß des Vertrages vom 30. Septbr. nicht hintertreiben konnte, wenigstens die Ausführung möglichst erschweren und verhindern. Darüber lassen Camphausen und Beckerath keinen Zweifel. Der Punkt wegen Gegenwart der Bevollmächtigten beim Abdikations-Akt, auf welchen wir von Hause aus gar kein großes Gewicht gelegt hatten, ist erledigt: man will sie zulassen, aber lediglich als Zuschauer, nicht als active Theilnehmer und nicht zur Unterzeichnung des Protokolls. Das ist gleichgültig Alles und, wie gesagt, von uns nie gefordert worden. Ungleich wichtiger aber ist ein anderer Punkt, der jetzt in den Vordergrund tritt. Oesterreich drängt zur Einsetzung des Interims, Preußen sagt: wir sind bereit, unsere Comissarien nach Frankfurt zu schicken pp., aber der Erzherzog hat am 6. Oct. seine Abdication von der Accession aller Regierungen zum Interim abhängig gemacht; schafft uns die Erklärung, daß er davon zurückgeht, so vollziehen wir den Vertrag vom 30. Sept. Das kam am Sonnabend (30. Nov.) zuerst durch eine telegraphische Depesche aus Wien (über Berlin). Wir haben darauf durch die Note vom 1. Dec. geantwortet, die Sie kennen. Zugleich schrieb der Erzherzog mit demselben Courier an Fürst Schwarzenberg: wenn er durch unsre in der Note entwickelten Gründe überzeugt werde, müsse er uns die nöthigen Mittel zur Weiterführung der Sache zuführen (auf eine solche Zusicherung Seitens des Wiener Cabinets würde auch Bayern sofort zahlen, wie versprochen worden). Der Courier ist am 1. December abgegangen, wird in Anbetracht der schlechten Wege schwerlich vor dem 5. oder 6. in Wien gewesen sein; daher haben wir darauf noch keine Antwort. Das Hauptbedenken ist in meinen Augen immer das, daß das Hinweggehen über die fehlende Accession einzelner Staaten es diesen oder dem hinter denselben stehenden Preußen stets möglich macht, die Competenz der Bundes-Comission in aller und jeder Sache anzufechten u. s. w. Also durchaus keine Aussicht auf einen auch nur einigermaßen gesicherten Zustand. Inzwischen ist nun ein Courier von Wien eingetroffen, vom 29. oder 30. Novemb., dessen Depeschen nur eine Amplification der telegraphischen Depesche vom 28/30. Novbr. enthalten. Graf Rechberg setzte nun aufs Neue Alles in Bewegung, um vom Erzherzog die Erklärung zu erhalten, daß er bereit sei, über die fehlende Accession von Oldenburg pp. hinwegzugehen. Unterstützt wurde er, wie schon bei Empfang der telegraphischen Depesche vom 28. Novbr., durch den sonst so trefflichen Wittgenstein, der seit 14 Tagen ganz und gar in den Händen des unseligen

Blittersdorf's ist (oder war — denn nach der letzten Scene wird er sich hoffentlich loswickeln). Blittersdorf aber ist rerum novarum studiosissimus, immer, immer etwas Anderes, ohne Rast Neues; irgend etwas könnte ihm doch eine Chance bringen, auf die er so lange wartet. Wittgenstein hatte also schon zu der Note vom 1. Decbr. ungern consentirt. Nach Eintreffen des Couriers ging also der Kampf von Neuem los. Indessen blieben wir auch diesmal dem Principe treu und bezogen uns in unserer Antwort an Rechberg lediglich auf unsere Note vom 1. Decbr. Heute ist nun eine telegraphische Depesche aus Berlin von Prokesch gekommen, worin der meldet, daß 24 Stunden nach dem Eintreffen der Erklärung des Erzherzogs (er wolle trotz der fehlenden Accessionen resigniren) die Preußischen Comissarien abreisen würden. Nun gabs einen dritten und sehr heftigen Sturm, allein auch diesmal bliebs bei der Note vom 1. Dec. So lange wir nicht wissen, daß diese in Wien die Ansichten nicht geändert, halten wir fest. Vermuthlich aber wird dieselbe die Ansichten nicht ändern, das Wiener Cabinet vielmehr auf seinem Verlangen, der Erzherzog möge auch ohne die Accession aller Regierungen resigniren, beharren. Dann natürlich, und dieser Thatsache gegenüber, daß uns damit die Mittel versagt sind, die Sachen weiter zu führen, werden wir uns fügen. Danach also kann man die Rechnung vielleicht in folgender Weise stellen: Der Courier von Wien mit dem je veux des Wiener Cabinets trifft hier am 10. ein, am 11. giebt Rechberg die telegraphische Depesche nach Berlin, daß der Erzherzog zur Resignation bereit sei, eodem geht die nach Wien. Die Wiener Comissarien reisen am 12. oder 13. ab und sind am 17. oder 18. hier, dann kann die Übergabe am 19. oder 20. Statt finden. Ich theile Ihnen das Alles so ausführlich mit für den Fall, daß Sie irgendwo, seis in Oldenburg oder in Wien, in gutem Sinne einwirken könnten, denn es wäre mir sehr leid, wenn der Erzherzog am Ende doch unter Aufgebung des unter großen Opfern festgehaltenen Princips abtreten müßte.

Die Art und Weise, wie die Stände die 20 m ℛ für die Flotte bewilligt haben, hat hier verletzt[1]), wenigstens, was die Zeitungen darüber aus der Zeitung für Norddeutschland berichten (der es auch die Hannoversche Z. entnimmt). Bekommen wir, was möglich, in den nächsten Tagen Fonds, so sollen die 20 m sofort zurückgezahlt werden; bedenken denn die Esel in 2. Cammer nicht, daß solche Dinge die Lust geben könnten, mit Oldenburg abzuschließen?

In Paris hat das Gerücht, daß Preußen Hamburg incorporiren wolle, sehr böses Blut gemacht, was Preußen hoffentlich lehren wird, wie

[1]) Der Bewilligung wurde ein Zusatz beigefügt, welcher die Anerkennung der provisorischen Centralgewalt ausschließen sollte.

gefährlich es sei, an die Verträge von 1815 zu rühren. Der Hamburger Senat ist freilich gar zu miserabel. Hier in Frankfurt ist er es weiß Gott auch sehr; der Einzige, der Mark in den Knochen hat, ist der alte 79jährige Guaita, der Bürgermeister Piepmeyer tout craché. Trotzdem hoffe ich, daß der Senat sich ermannen und die von den Montagskränzchen beherrschte Constituante auf den Kopf schlagen werde.[1])

Ihr getreuester
D.

Nr. 161. Frankfurt, 10. December.

Die Anlage hat man mir zur Pflicht gemacht, nach Hannover zu schicken, obwohl dort wie hier schwerlich Jemand Zeit und Lust haben wird, dergleichen jetzt zu lesen.

Die Dinge stehen hier noch auf demselben Flecke wie bei meinem letzten Schreiben. Bis Morgen aber wird ohne Zweifel der Courier von Wien eintreffen, der die Entscheidung bringt. — Besteht das Wiener Cabinet darauf, daß der Reichsverweser trotz der noch fehlenden Accessionen abdicire, so ist mir daraus klar, daß man in Wien zum schlimmsten entschlossen ist, d. h. das Interim trotz der tödtlichen Wunde, die man ihm von vornherein durch Verletzung des Princips beigebracht hat, gegen jeden Versuch dasselbe anzufechten, mit der Gewalt der Thatsachen, der Waffen, aufrecht zu halten, fußend auf das Interim den Bundesstaat zu bekämpfen, die Position im weiteren Bunde wiederzugewinnen, um den engeren unmöglich zu machen. Den Erfurter Reichstag kann Oesterreich nicht dulden! Für Preußen aber sehe ich keinen Weg zurück, denn den Einzigen, den es noch hat, die Sache an das Schiedsgericht bringen und dort eine Entscheidung gegen sich zu erwirken, kann und wird es nicht einschlagen. Dann aber bleibt nichts als die Entscheidung durch das Schwert. In Berlin scheint man in die Verblendung und das Renommiren ebenso hineingekommen zu sein wie im Jahre 1806. Auf Bundesgenossen kann Preußen nirgends rechnen; nicht bei Rußland, denn hier steht das Princip im Wege; nicht bei Frankreich, denn es würde ja vorab die Rheingrenze fordern; nicht bei England, denn das will den Frieden, und will ihn entschiedener als je, — wie denn überhaupt in der Englischen Politik den deutschen Verhältnissen gegenüber eine Wendung eingetreten zu sein scheint. Steht Preußen aber ohne Bundesgenossen, so begreife ich nicht, wie es den Kampf wagen will. Oesterreich stützt sich auf Bayern, das ihm den Süden frei hält und wendet sich mit seiner Hauptmacht aus Böhmen heraus durch Sachsen auf das

[1]) Der Senat verwarf am 31. Dec. den von der constituirenden Versammlung aufgestellten Verfassungsentwurf und ordnete Neuwahlen an.

offene Berlin. Auf Sachſen und Hannover wird der erſte Stoß kommen und beide wohl gleich von Preußen beſetzt werden. Fragt ſich, was für ſolche Eventualität Hannover vorbereiten könnte, namentlich ob Hülfe ſuchen in England. — Sie werden mich auslachen, liebſter Freund, wegen meiner Kriegs-Phantaſien, — aber ich ſehe jetzt wahrlich keine andere Löſung mehr. — Was England und Frankreich betrifft, ſo ſind [ſie], wie ich mich aus mehreren Depeſchen, die ich zu ſehen Gelegenheit hatte, [überzeugt habe], durch und durch friedlich geſtimmt; Frankreich reducirt ſogar in aller Stille ſeine Armee, und die letzten Depeſchen Palmerſtons über die Orientaliſche Frage zeigen, daß derſelbe allen Ernſtes dort den Frieden will; jene Verwickelung iſt auch jetzt als vollſtändig gelöſt zu betrachten. — Daß das Engliſche Cabinet, wegen der Geſion von Preußen als Schiedsrichter angerufen, gegen Preußen und für Dänemark entſchieden hat, während des Waffenſtillſtandes ſei der status quo in jeder Beziehung aufrecht zu erhalten, werden Sie wohl ſchon wiſſen.

Ein harter Schlag für Preußen iſt die Wendung in Oldenburg.[1]) Der .... Mosle hat die Sache dort heillos verfahren. Eine nochmalige Auflöſung des Landtages wird, denke ich, der Großherzog nicht zugeben, denn das Experiment würde doch immer auf ſeine Koſten gemacht. Wie aber nun weiter? Das konſtitutionelle Preußen behauptet, der ſtändiſchen Zuſtimmung bedürfe es nicht und Oldenburg ſei gebunden. Aber die Stände werden die Wahlen zum Staatenhauſe, das Land die zum Volkshauſe weigern, die Stände alle Koſten, die das Bündniß und der Reichstag doch über kurz oder lang erfordern wird. Der Schlag iſt um deßwillen ſo ſchlimm, weil Preußen um jeden Preis an die Nordſee mußte und wollte; jetzt hat es nur noch das Eckchen, was Hamburg dort beſitzt. Aber wird Hamburg im Bündniß bleiben? Piepmeyer-Banks machte ja ſchon Schwierigkeiten wegen der Hamburger Stimme im Verwaltungsrathe? Daß Bremen heraus will, ſchreiben Sie mir; in Hamburg iſt die Luſt dazu glaub ich noch größer. Der Senat kann nur ohne Truppen nicht fertig werden. Ich habe gerathen, die Entfernung der Preußiſchen Truppen nöthigenfalls mit Ungeſtüm zu fordern aber NB. nachdem man ſich vorher von Hannover dergleichen habe zuſagen laſſen. Die Verhandlungen über die Truppen können dann leicht aus dem Bündniß herausführen; wie aber will Bremen das machen? Mosle hat Hannover und Sachſen ja mit Waffengewalt bedroht, ſo gut wie Schleinitz; wie die Großen ſungen, ſo piepſen die Kleinen. Im Verwaltungsrathe macht man ſich einander gewiß ungeheuer viel Courage. — Köſtlich iſt, wie die Weſer-Zeitung und andere Blätter

[1]) Der Landtag verweigerte durch Beſchluß vom 8. December ſeine Zuſtimmung zum Anſchluß an das Maibündniß, worauf das Miniſterium ſeine Entlaſſung nahm.

auf die Hannoverſchen Demokraten zu wirken ſuchen; in der Zeitung für Norddeutſchland las ich in der Nummer vom 6. Dec. (Nr. 338) aus dem Lüneburger Vorwärts einen Artikel, ohne Zweifel von Herrn Rochau[1]), der ſich geradezu an die Demokraten wendet und ihnen auf das allerklarſte auseinanderſetzt, daß, wenn ſie die Politik des Hannoverſchen Miniſterii in der deutſchen Frage unterſtützten, ſie ſich für alle Zeiten die Ausſicht auf eine neue Revolution verdürben. Der Aufſatz leiſtet das Unglaubliche in ſolcher Naivetät, und ſollten Sie ihn doch für das nicht-revolutionäre Publikum in der Hannoverſchen Zeitung abdrucken laſſen.

Doch entſchuldigen Sie das leere Geſchwätz, zumal dießmal auch die Anlage wohl ſchwerlich entſchädigt.

Ihr
D.

Nr. 162. Frankfurt, 11. December.

Heute Morgen iſt der erwartete Courier von Wien eingetroffen; wie ich erwartet hatte, wird inſiſtirt, daß der Erzherzog abdicire trotz der noch fehlenden Acceſſionen. Als Gründe werden angegeben die Lage der Dinge, die Nothwendigkeit irgend etwas feſtes zu gewinnen, und dem Bedenken, daß man dem Interim von vornherein die Todeswunde verſetze, die Erklärung entgegengeſetzt, daß man von Preußen die bündigſten Zuſicherungen habe; die Oeſterreichiſchen Comiſſare ſollten am 10. von Wien abreiſen, am 16. in Frankfurt eintreffen, ein Gleiches ſolle hinſichtlich der Preußiſchen Comiſſare veranlaßt werden. Für die Flotte iſt ſchließlich noch eine Summe, ni fallor 150000 Gulden, angewieſen worden. Das Schreiben Schwarzenbergs an den Erzherzog denke ich Ihnen ſchicken zu können. — Die Sachen kommen alſo noch früher zu Ende, als ich geahnt hatte; kommen die Comiſſarien am 16. an, ſo kann am 18. Alles zu Ende ſein. Uebrigens ſcheint es faſt, daß die beiden Cabinette viel einiger ſind, als man von außen ſehen kann; nicht bloß, daß Fürſt Schwarzenberg das erklärt, ſondern große Egards gegen Preußen laſſen mich das vermuthen, ſo z. B. daß man von der Abdikations-Rede des Erzherzogs, die ich früherhin nach Wien mitgetheilt hatte, und die dort durchaus gebilligt worden war, jetzt abzuſtehen bittet u. dergl. m. Indeſſen werde ich um unſertwillen dieſelbe feſtzuhalten ſuchen. Alſo entweder ſind die Beiden einiger, als es den Schein hat, oder Oeſterreich will nur einen feſten Boden gewinnen, um dann entſchiedener reden zu können. Das werden Sie dort vielleicht ſchon beſſer wiſſen, wir werdens hier wohl erſt aus dem Verhalten der Preuß. Comiſſarien erſehen können.

Der Ihrige
D.

[1]) L. von Rochau, politiſcher Schriftſteller aus Wolfenbüttel.

Nr. 163. Hannover, 12. December.

Ihr Brief vom 10., liebſter Freund, zeigt mir, daß Sie dort, in geſpannter Situation und zur Unthätigkeit verdammt, die Dinge ſorgloſer betrachten als wir, die wir verdammt ſind, 4 Stunden täglich das dumme verlogene Gewäſch unſerer elenden Demokraten anzuhören, und uns nebenbei um des Decori halber etwas mit ihnen herumzuſtreiten. So habe ich die erſte Beſprechung der Städteordnung durchgebracht und die Sache nach meinem Plane in die Commiſſion gezogen. Die Sachen gehen fortwährend beſſer. — In voriger Woche haben die Democraten es ſo weit gebracht, daß die Verſammlung lachte, wenn ſie ihre obligaten Tiraden von Grundrechten pp. vorbrachten. Vorgeſtern haben wir ihnen nun unſere dickleibige Vorlage in der Deutſchen Sache gebracht.[1]) Die haben ſie ſich geſtern vorleſen laſſen. Der Eindruck ſcheint ein guter geweſen zu ſein. Geſtern Abend iſt dann eine linke Verſammlung geweſen; da hat wieder ein Programm unterſchrieben werden ſollen. Allein einigen iſts zu viel, anderen zu wenig geweſen, und am Ende hat der alte Lang ihnen tüchtig den Kopf gewaſchen über ihr ewiges Gerede von Grundrechten (er hats mit angefangen), womit ſie ſich nur blamirten, darauf iſt die Unterzeichnung ausgeſetzt auf morgen. An der Deutſchen Vorlage haben ſie nichts rechts zu machen gewußt. Wir haben keine Anträge gemacht, überhaupt das Ding ihnen kugelrund und glatt hingerollt, ob ſie es aufheben wollen. Sie ſcheinen gehofft zu haben, uns wegen etwaiger Unehrlichkeit auszuſilzen, dazu iſt nun auch kein Anlaß. Alſo ſtehen die Ochſen ſo ziemlich am Berge. Alſo dieſe Sache ſtände gut genug, und meine Sorgen gehen nun viel mehr auf das, was hinter der Ständeverſammlung kommt, auf die Ausführung, als auf die St.-V.

Was nun aber die Hauptſachen angeht, ſo ſehen wir dieſe auch minder ſorglich an, vielleicht weil uns weniger Zeit bleibt uns damit zu placken. In Berlin zeigt ſich doch ein gewiſſes Schwanken und Wackeln. Im Verwaltungsrath haben ſie beſchloſſen: die Modificationen der Verfaſſung könnten nicht vom Verwalt.-Rath, ſondern nur von den einzelnen Regierungen ausgehen, und finde kein Majoritätsbeſchluß darüber Statt. Nun braucht man nur zu beſchließen, Baiern aus dem Dinge wegzulaſſen, ſo haben wir das Recht zu ſagen: Nein! Damit fiele Alles in den Brunnen. Es ſey denn daß man wirklich das Ding beſchließen wollte, wie es auf dem Papier ſteht, um uns dadurch zum Beitritt zu nöthigen. Dann hätten wir aber immer noch klares Recht aus den Vorbehalten. — Ich glaube man ſucht die Hinterthür. Was will man, nachdem Oldenburg

[1]) Vgl. oben S. 223, Anm. 3.

ihnen entgangen, und wenn, was ja möglich scheint, Darmstadt auch entginge. Der Kurfürst zu Cassel wird jeden Kniff versuchen, um loszukommen. Berliner Correspondenten schreiben hieher: Es werde aus der Sache nichts, und das sey unsere Schuld. — Dazu führt Graf Brandenburg sehr friedsame Reden. Das wunderbarste aber ist, daß Fr. W. IV. anher geschrieben hatte (etwa um den 4.): „Unser Verhältniß zu Östreich wird alle Tage fester, klarer und vertrauensvoller. Das wird uns großen Segen bringen". — Worauf denn geantwortet ist s. s.: Er läse wohl die Depeche nicht. — Andere Nachrichten schildern freilich den Herrn als gänzlich verdreht. —

In Wien scheint man nach unseren Nachrichten die Sache ähnlich anzusehen. Man glaubt dort, Preußen werde pliiren, sey es auf Wiener Proteste, oder auf Russische Mahnungen, die allerdings eingelaufen sind. So scheint man wenigstens zum Theil in Berlin zu hoffen, das Interim werde zur Einigung mit Östreich führen; wenigstens hatte Brandenburg in dem Sinne gesprochen; ich denke mir, daß die Erledigung Ihrer Angelegenheit von Wien aus, die uns gestern der Telegraph meldete, auf ähnlichen Hoffnungen beruht.

Ich muß Ihnen darin Recht geben, daß es im Princip richtig wäre, von Oldenburg und Altenburg, den beiden allein noch übrigen, auch die Accession zu verlangen, und die Ehre des Reichsverwesers scheint das zu fordern. Bedenkt man aber, daß Oldenburg jetzt nicht weiß, was es thut, und läßt, und Altenburg sicher mitgeht, so kann ich die Gefahr, die darin liegt, nicht so groß finden. Wir leben einmal in der Zeit der Thatsachen, und namentlich in diesen unseligen Deutschen Dingen sind wir so weit, daß eine handfeste und haltbare Thatsache doch vorgezogen werden muß. Diese kleinen Fürsten, die sich alle Tage dreimal vom Winde umwehen lassen, werden von Wien schon lange als nicht recht mehr existirend betrachtet. Sie sind auch jämmerlich. Wie demüthig hat uns neulich Lippe-Detmold seine Insolenz abgebeten. —

Aber ist die Thatsache des Interim eine handfeste, haltbare und eine fruchtbare? Darauf ist allerdings schwer, eine Antwort zu geben. — In der Wiener Depeche ist seit einiger Zeit viel die Rede von der Idee einer Allemagne méridionale! Was F. Schwarzenberg drunter versteht, weiß ich nicht, begreife es auch nicht. Ob sein Westdeutschland? Ob die Mainlinie? Ich hege fortwährend die Furcht, daß man sich dort zu einer Theilung einigen werde. Dagegen könnten und müßten die Königreiche auftreten. Aber wie?

Es ist unverzeihlich, daß Preußen durch seine Unklugheit Östreich von der Pflicht befreit hat, positive Vorschläge zu machen. Sie hätten das

gar nicht vermeiden können. Aber jetzt sind sie wieder à son aise. Wenn Preußen in der albernen Note vom 21.[1]) behauptet, Rechte und Pflichten des Bundes beständen, aber kein materielles Bundesrecht, so mag man das mit seiner richtigen Hinweisung auf Östreichs Verfassungsbruch durch die Verfassung vom 4. März [erklären?]; so ist Östreichs Geständniß: es würde alles haben gehen lassen, wenn Baiern sich angeschlossen hätte, nicht weniger bedeutend. Die ewige Melodie zur Sache ist: Preußen will wachsen und Östreich wills nicht leiden. Aber quid nunc! Sie sagen: die 4 Könige müssen sich einigen! Das gebe ich zu; aber wie? — Würtemberg, etwa auf dem Standpunct, wo wir im April waren, wenn wir die Stände wieder kommen ließen, wird schwerlich zu dem nothwendigen Grund der Sache: daß die Bundesverfassung gilt, bis sie durch eine andere gültige ersetzt ist, zurückzuführen seyn. Ob Baiern dahin kommen werde, weiß ich nicht, und von Sachsen bezweifle ichs. Das ist und bleibt aber die einzige antirevolutionäre Basis, und die Königreiche haben nichts so sehr zu scheuen, als die Revolution — von Berlin und Wien. Ich zweifle nicht — wenn überhaupt die Sachen gutgehen sollen, daß die Zeit dafür komme; aber jetzt ist sie noch nicht da; und man darf vor allem nicht einen richtigen Gedanken aufs Spiel setzen, indem man ihn vor der Zeit ins Werk setzen will. Also noch etwas Geduld. —

13. December.

Gestern Abend konnte ich nicht schließen, und heute habe ich noch Ihren Brief vom 11. erhalten, der mit dem oben erwähnten übereinstimmt. Aus einer Berliner Depesche von gestern sehe ich, daß Schleinitz Altenburg treiben will, und Oldenburg — sollen wir treiben. Daneben immer noch die Erfurtiaden! Es ist eine verworrene und verlogene Welt, das ist das Beste, was man davon sagen kann. Wahrscheinlich wird man in Wien meinen, man könne mit Radowitz in Frankfurt etwas anfangen. Daß man schon eine Einigung mit Preußen getroffen hätte, ist mir nicht glaublich. Hat doch auch der König von Preußen in Bezug auf die Östreichischen Truppen in Böhmen zum Schutze Sachsens gesagt: Preußen sey die Frau von Sachsen, aber Östreich la maîtresse, welches geistreiche Dictum wohl nicht auf Einigkeit zielt. — Was ich von der Stellung unserer Linken oben gesagt, bestätigt sich heute noch mehr. Gestern haben sie das Programm weiter discutirt. Da sind denn die Linken wieder auf Durchführung der

[1]) Die Note vom 21. November (Deutsche Chronik 1849, II. S. 361) war die Antwort auf eine österreichische Note vom 12. November (a. a. O. S. 340), worin ausgeführt war, daß die Bildung des engeren Bundesstaats mit dem noch geltenden Bundesrecht in Widerspruch trete. In einer weiteren Note vom 28. November protestirte dann Fürst Schwarzenberg formell gegen die Berufung des Reichstags.

Reichsverfassung gekommen, und hat darin gelegen, daß sie zum Besten der Reichsverfassung uns auch wohl preisgeben wollen. Das genügt wohl, um diese Schächer zu characterisiren. Dann haben sie auch eine Verpflichtung auf „Gleichberechtigung" darin versteckt gehabt. —

Im übrigen scheint das Interim den Piepmeiern einige Sorge zu machen. Sie werden aber, denke ich, gerne warten, bis die Sache sich selbst entwickelt.

Das ist, was ich heute zu sagen weiß. Ich schließe den Brief, weil ich noch zu einer Abendsitzung muß. Lassen Sie mich bald hören, wie sich dort die Dinge weiter gestalten.

Ihr
JCBS.

Nr. 164. Frankfurt, 12. December.

Ich wollte Ihnen, liebster Freund, eben nur wegen einer mich persönlich betreffenden Bagatelle schreiben, da kommt mir in dem Augenblicke noch eine wichtige Nachricht zu und zwar telegraphisch — nämlich, daß Oldenburg dem Interim beigetreten. Wir hatten vor einigen Tagen den Herrn von Bally nach Oldenburg geschickt, um dort das Mögliche zu versuchen; denn die Abdikation des Erzherzogs und Uebertragung an die Bundes-Comission ohne die Accession von Oldenburg erschien namentlich mir als das allerbedenklichste und gefährlichste, ganz abgesehen davon, daß Alles, was wir seit 7 Monaten unter sehr großen Anstrengungen durchgemacht hatten, jetzt so dicht am Succeß in den Dreck fiel. Wir haben daher, wie gesagt, versucht, was möglich war; die Marine gab den Vorwand zur Absendung; der Erzherzog Stephan [1]) bekam einen langen Brief des Reichsverwesers: wie Oldenburg glauben könne, die Marine von uns zu erhalten, so lange seine Accession fehle, und in diesem Sinne weiter. Verabredet war mit Bally eine Art Chiffre, und nun giebt er uns heute aus Bremen 2 Uhr eine Depesche, die Accession sei erfolgt; um 3 Uhr hatten wir die Depesche hier in Frankfurt. Mich macht das sehr froh, man kann nun mit Ehren abtreten, die noch fehlenden Gotha und Altenburg wollen nichts sagen, deren Accession wird schon erfolgen; Oldenburg aber war bedenklich. Kreß [2]) hätte dorthin längst mehr thun können, aber von der Ungeschicklichkeit der eigentlichen Diplomaten macht man sich schwerlich eine Idee, wenn man nicht mit ihnen zu thun hat, und K. ist noch einer von den rechten Diplomaten, etwa wie Rechberg hier. Mich bringt das durch Ideen-Verbindung auf etwas, weshalb ich Ihnen schon früher einmal schrieb, nämlich möglichst enge Verbindung zwischen den vier Höfen von München, Stuttgart, Dresden und Hannover. Gerade dem

[1]) Sohn einer Schwägerin des Großherzogs. — [2]) Auch in Oldenburg accreditirt.

Interim gegenüber, das ſicher über den 1. Mai [1]) hinaus dauert, iſt die engſte Verſtändigung und die genaueſte Befolgung einer und derſelben Linie nothwendig. Aber das wollen wir noch beſprechen, wenn ich nach dort komme. Damit aber bin ich wieder bei der eigentlichen Veranlaſſung dieſes meines Schreibens angelangt. [2])

Eben ſchickt mir der Erzherzog Abſchrift des (langen) Briefes des F. Schwarzenberg vom 7. d. M., worin er als Antwort auf unſere Note vom 2. auf ſofortiger Abdikation beſteht. Der Brief iſt ſo unglaublich ſchwach und es iſt ein ſo offenbares Streben darin, die Wahrheit nicht zu ſagen, daß ich gegenüber der telegraphiſchen Depeſche von der erfolgten Acceſſion Oldenburgs, die des Briefes Sünden heilt, denſelben nicht einmal Ihnen mittheilen mag, ſondern bei mir begraben will.

Ihr

D.

Nr. 165. Hannover, 15. December.

Auf Ihren geſtern erhaltenen Brief vom 12. habe ich ſofort mit Bennigſen Rückſprache genommen. Er meint, der König werde Sie zwar ſicher ſehen wollen, aber auf der Uniform wegen der Kürze der Zeit nicht beſtehen. — Ich kann aber nicht umhin, Ihnen ein Paar Notizen zu geben, die vielleicht irrig ſind, die aber für Sie von Intereſſe ſeyn können. Nämlich 1. die telegraphiſche Depeſche von Oldenburg ſcheint mir bedenklich. Die nächſte Linie wäre über Bremen, Cuxhaven, Hamburg, Berlin. Das geht nicht in 1 Stunde. Ferner, wir wiſſen hier zwar wohl, daß in Oldenburg ein neues Miniſterium (duce Buttel, womöglich noch miſerabler als vorher), aber von der Acceſſion nichts. Daß eine pia fraus obwalte, kann ich doch nicht denken. — Ferner hat man wegen der Weigerung des Erzherzogs, zu abdiciren, Ihnen in Wien gute Dienſte geleiſtet. Sie haben das allein bewirkt und lediglich auf Hannoverſche Inſtigation, wegen der Flotte und Gott weiß. Daraus hat man dann eine Hiſtorie gemacht, die dem F. Schwarzenberg in den Kopf geſchoſſen iſt, und ihn zu allerlei ſehr unzeitigen Reden gegen Graf Platen veranlaßt hat. Ich denke nun, irgend ein Diplomat hat das Urtheil, das Sie über dieſe sly crafty animals, wie Stein ſie nennt, fällen, im voraus rechtfertigen wollen. Vielleicht hat es für Sie ein Intereſſe, in dieſer Hinſicht Maßregeln zu ergreifen.

Wir haben heute in 2. Cammer ſehr von Langerweile und von Anhören der niedrigſten Gemeinheit ſo hämiſcher Kerle wie Weinhagen, Bueren, Oppermann gelitten, gegen die Gerding und Detering noch honett ſind.

[1]) Stipulirter Ablaufstermin des Interim.

[2]) Es folgen einige Bemerkungen über die beabſichtigte Reiſe. S. den folgenden Brief.

Freilich richtet das Pack ſich damit immer mehr ſelbſt zu Grunde, aber es iſt doch ekelhaft, dergleichen anhören und anſehen zu müſſen. Dagegen iſts denn aber auch wieder luſtig zu ſehen, wie das Volk ſich windet und krümmt, um von ſeinen eigenen Heldenthaten vom vorigen Jahre los zu kommen, z. B. geſtern von der Verweigerung, dem Könige die Beſtätigung der Präſidenten der Cammern zuzugeſtehen. Da iſt denn das Mittel — daß ſie auch ferner lieber 3 als einen wählen wollen! Risum teneatis! Wahrlich, wir haben in den 5 Wochen ſeit dem 8. November hinreichend Fortſchritte gemacht. Wahrſcheinlich vertagen wir über 8 Tage etwa bis zum 1. Februar und werden dann, wills Gott, ganz à notre aise ſeyn — nach dieſer Seite hin. Es könnte aber ſeyn, daß dann großartige Politik aus vormärzlicher Zeit wieder aufkäme; wenigſtens wundern ſollte mich das gar nicht, und am 22. März ſind ja die 2 Jahre, auf die ich gerechnet, vorbei.

Wäre nur in Sachſen auch ſo viel Feſtigkeit, von Würtemberg gar nicht zu reden. Einſtweilen ſehe ich aber gar nicht, wie von einer gemeinſchaftlichen Politik die Rede ſeyn könnte. Die Baſis fehlt.

Doch genug des Geredes. Leben Sie wohl. Ich freue mich ſehr darauf, Sie im Feſte mit Ruhe zu ſprechen.[1]) Ihr

JCBS.

Nr. 166. Hannover, 26. December.

Bennigſen ſagt mir eben, der König habe Münchhauſen zu ihm geſchickt, um zu veranlaſſen, daß Sie wegen der Erlaubniß zur Tragung des Ordens[2]) einkämen. Er wolle Sie dann zugleich mit mir ſehen.

Wahrſcheinlich wird der König etwas Neckerei treiben. Er ſpricht gern darüber, daß Sie vor ihm weggelaufen ſeyen (in Hornemanns Laden) und ſagt, die Correſpondenz zwiſchen Ihnen und mir ſeien Liebesbriefe, die bekomme Niemand zu ſehen.

Der alte . . . . . Hanſemann hat einen ganz intereſſanten Anwurf hieher gemacht, um zu wiſſen, ob wir geneigt ſeyen pp., wenn eine vernünftigere Politik in Preußen aufkomme als die von Radowitz. Das unter uns.

Ihr

JCBS.

---

[1]) Detmold brachte die Weihnachtszeit und einen Theil des Januar in Hannover zu und kehrte dann, zum Legationsrath ernannt, in der Eigenſchaft als Bevollmächtigter bei der in Gemäßheit des Interim eingeſetzten Bundes-Central-Kommiſſion nach Frankfurt zurück.

[2]) Kommandeurkreuz des oeſterreichiſchen Leopoldordens.

Nr. 167. Hannover, 11. Januar 1850.

Ich beeile mich, Ihnen zu melden, lieber Freund, daß der Windthorſtſche Antrag, deſſen Durchgehen in 2. C. mit 42/34 Stimmen Ihnen bekannt ſeyn wird (wobei das Bedeutendſte, daß der Gothaner Antrag zurückgenommen wurde, weil Proponent außer ſeiner Stimme höchſtens noch 3 andere zu hoffen wagen konnte), heute auch in 1. C. durchgegangen iſt. Die Profeſſoren hatten ſich auch hier zum Mittelpunkt einer Gothaner Agitation gemacht. Daran hatte ſich der Geck Hoftmann, ferner die Oſtfrieſen, Paſtor Sander pp. geſchloſſen. Endlich coaliſirte ſich die Linke der 1. Cammer mit dieſer Parthei, weil ſie für ſich gar nichts hoffte und doch gern der Regierung Verlegenheit bereiten und das Waſſer trüben wollte. Profeſſor Herrmann ſtellte zu dieſem Ende einen nach Gotha herüber ſchielenden Antrag. Ich ſage herüber ſchielenden, weil man eigentlich nicht klar darin ſehen konnte. Da haben ſie denn heute bis 6 Uhr geſeſſen, endlich Herrmanns Antrag gegen 26 Stimmen abgelehnt, ich glaube mit Majorität von 4 Stimmen, und dann den Windthorſtſchen mit 37/21 angenommen.[1])

Damit iſt nun dieſe Sache abgethan. Merkwürdig iſt, daß Graf Münſter für den Herrmannſchen Antrag geſtimmt hat, auch Schatzrath Bothmer. Es ſcheint, daß die ariſtocratiſche Färbung der neuen Preuß. Verfaſſungs-Propoſition[2]) dieſe Leute verführt, ſo wie ſie dem Grafen Knyphauſen in die Augen geſtochen.

Uebrigens welch einen Zuſtand der Regierung ergeben dieſe Propoſitionen. Am 5/12. 48 Octroyirung der Verfaſſung mit Wahlgeſetz auf breiteſter Baſis. 30/5. 49 Wahlgeſetz mit 3 Claſſen. Vom Auguſt an 5 Monate Verhandlung mit den Cammern ohne eine Propoſition der Regierung. Nun auf einmal als Blitz aus heiterm Himmel dieſe neugebackene Ariſtocratie in einer Ständeverſammlung ohne Steuerbewilligung. Quae! qualia! quanta! Da faſſe einer Vertrauen!

Es thut mir wehe, aber ich ſehe darin den Gang zum Verderben; nicht, weil ich das ariſtocratiſche Element ſcheute, ſondern, weil ich eine Regierung nicht begreife, die ſo hin und her fährt. Was haben wir in Berlin nun ſeit dem 3. Februar 47 erlebt!

Ich muß ſchließen. Adieu Ihr

JCBS.

---

[1]) Die Verhandlungen über das Regierungsſchreiben die Deutſche Frage betreffend ſ. bei Opermann, II. S. 250 ff., den Antrag von Windthorſt, welcher das Verhalten der Regierung billigte, S. 253, denjenigen des Profeſſor Herrmann, welcher als Vertreter der Univerſität nachträglich in Erſte Kammer eingetreten war, S. 259.

[2]) Botſchaft vom 7. Januar, anderweite Abänderungen der Verfaſſung vom 5. December 1848, insbeſondere die Zuſammenſetzung der Erſten Kammer betreffend.

Nr. 168. Frankfurt, 12. Januar.

Ich bin nach einer abſcheulichen, Körper und Geiſt zerrüttenden Reiſe (über Köln, Koblenz, Ems, Wiesbaden, über die Berge und durch haushohen Schnee), hier geſtern angekommen. Wie ich die Sachen gefunden, darüber wollen Sie, theuerſter Fr., meinen heutigen Bericht an das Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten einſehen. Man wird dort an der Formloſigkeit Anſtoß nehmen, ich meine aber, es iſt beſſer, ich berichte etwas formlos, als daß ich die Sachen nur um 12 Stunden ſpäter ſchicke. Obendrein macht mir der Mangel eines Canzliſten die Erfüllung aller Formen in dieſer Beziehung faſt unmöglich; der bisherige Schreiber kommt und fragt, ob was zu thun; iſt dann der Bericht fertig, nimmt er ihn mit und bringt ihn am Abend mundirt zurück; ich kann dabei natürlich nicht wiſſen, wer Alles ihn zu leſen bekommt. Daran knüpfe ich die Bitte, mir, wenn's irgend angeht, einen Canzliſten ſchicken zu wollen. Entſchuldigen Sie, th. Fr., daß ich Ihnen mit dieſer Bitte komme. Ich werde, wenn's irgend angeht, täglich ſchreiben, allein mit der Form dürfen Sie's dort, wie geſagt, nicht allzugenau nehmen; ich will dafür in ruhigen Zeiten in beſter Form berichten. Jetzt aber halte ich's für wichtig, daß Sie dort genau informirt werden. Die Dinge erſcheinen mir ſehr ernſt, d. h. weil Oeſterreich noch immer ruhig liegt, wie die Boa, die ſich vollgefreſſen, und Preußen gewähren läßt. Die Kleineren müſſen ſich rühren, wenn ſie nicht gefreſſen werden wollen. Noch Eins: laſſen Sie mir doch Abſchrift der Bayeriſchen Vorſchläge zugehn. Und endlich: Sachſen hat, da Witte fortgeht und der bei der B.-Comiſſion angeſtellte Villers nicht mehr berichten darf, Niemanden, der ihm von hier Kunde giebt. Wie ich höre, ſucht Villers mich, um mich darum zu erſuchen; mir gebrichts dazu an Zeit, ich proponire aber, daß Sie der Sächſiſchen Regierung Abſchrift meiner Berichte, vollſtändig oder ſoweit Ihnen das beliebt, zugehen laſſen. [1])

Sollte nicht möglich ſein, daß der König von Pr., wenn einmal die Pr. Verfaſſung fertig, in der Deutſchen Frage einen andern Weg einſchlägt? Er iſt dann die Kammern los, — wenigſtens würde das ein geeigneter Moment ſein, von Wien pp. auf ihn einzuwirken.

Ihr

D.

---

[1]) Detmold berichtet in dem Briefe noch über ſeine Verlobung mit Fräulein von Guaita, der jüngſten Tochter des Schöffen von Guaita, wozu er Tags zuvor das Jawort der Eltern erhalten.

Nr. 169. Frankfurt, 15. Januar.

Besten Dank, verehrtester Freund, für Ihren Brief vom 12. [rect. 11.]. Wenn auch der Ausgang zu erwarten war, so erfreut doch die Gewißheit, daß es so gekommen und giebt Muth zu weiterem. Hier hatten die Gothaer einen solchen Staub und Spektakel erregt, daß mir Niemand glauben wollte, als ich bei meiner Ankunft die Annahme des Windthorstschen Antrages vorhersagte.

Zweck meines heutigen Schreibens sind zunächst Personalien; Sie müssen verzeihen, daß ich Sie, den Vielgeplagten, damit behellige. Allein Sie sind ja eben Einer von denen, denen nichts Großes zu groß, nichts Kleines zu klein ist, und da können Sie denn höchstens Nein sagen, aber nicht sich beschweren, daß man Ihnen damit kommt. [1])

Meinem gestrigen Berichte (Nr. 2) habe ich wenig hinzuzufügen. Oesterreich und Preußen sind — die Ueberzeugung wird mir immer klarer — noch in keinem einzigen Punkte einig. Das ist ein Fehler von Oesterreich, denn die Einigung, die erfolgen muß, wenn Deutschland nicht zu Grunde gehen soll, wird mit jedem Tage, daß sie hinausgeschoben wird, schwieriger. Ein Moment kommt noch, wo sie leicht ist, das ist der, wenn der König von Pr. nach Vollendung der Verfassung die Kammern los wird. Fällt in Folge der Botschaft vom 7/1. das Ministerium, so ist auch dann die Sache leicht, ja vielleicht damit eo ipso halb vollendet.

Ihr

D.

Nr. 170. Hannover, 17. [?] Januar.

Ihr Brief [2]), lieber Freund, ließ von unseren Deutschen Angelegenheiten eben kein glänzendes Bild fassen. Ich glaubte in jenem Augenblicke einige Hoffnung hegen zu können; aber ich sehe jetzt nur zu sehr, daß alles ganz verworren und nichtig ist. Bei Ihnen erklärt man sich für incompetent. In Wien sagt man: Preußen treibe, dem Interim auch die Verfassungsfrage zuzuweisen und daß Östreich sich ausspreche. Östreich will das nicht, um nicht die Gelegenheit zu geben, depopularisirt zu werden. Und das mit gutem Grunde. Denn nach dem, was ich von der Schwarzenbergschen Erklärung auf die von der Pfordtenschen Propositionen gehört, will man am Östreichischen Einheitsstaat mit solcher Festigkeit halten, daß selbst die Lombardei in das Deutsche Bundesverhältniß aufgenommen werden soll. Was man dann von Bundesregierung und Staatenhaus redet, verstehe ich

---

[1]) Es folgt hier u. a. eine warme Empfehlung Wittes zu einer passenden Verwendung im auswärtigen Dienst. — [2]) Es ist wohl der Bericht (vom 12.) gemeint.

nicht. Man treibt nun die 4[1]), Vorschläge zu machen und glaubt, diese durch Furcht vor der Preuß. Suprematie genugsam eingeschüchtert, um ihnen kategorisch vorschreiben zu können: Entweder ganz Östreich oder Unterwerfung unter Preußen. Dabei glaube ich nun, das letztere für das bessere Theil halten zu müssen, weil aus dem Ganzen Östreich niemals Heil erwachsen kann. Mit diesen Ansichten kann man sich ein bloß ablehnendes, unthätiges Verhalten in Frankfurt sehr wohl vereinigt denken.

Und nun wieder dieser Preuß. Wirrwarr. Ueber eine solche Inconsequenz sollte man doch wirklich des T..... werden. Die Gedanken haben ja manches für sich (vorausgesetzt, daß man den Fond zu einer Pairie hat, den Fond, der nicht bloß im großen Grundbesitze steckt, sondern auch in einer geistigen Geltung, die eine Gottesgabe ist, welche ein Land seiner Geschichte verdanken kann); aber wer hat je gesehen, daß man solche Gedanken so hinterher ex abrupto in die Verhandlung geworfen hat? Wer hat je Minister eines constitutionellen Staats gesehen, die sich solche bis dahin von ihnen auch nicht einmal angedeutete Gedanken als Exercitium aufgeben lassen? — Und dazu erklärt Hr. v. Manteuffel selbst: Wenn der Reichstag in Erfurt en bloc annehme, so werde er aufgelöset! — Was soll er denn, wenn er nicht annehmen darf, was man ihm vorlegt? Oder will man ihm etwas anderes vorlegen? und was? Weiß man das? — Was für ein Unsinn gehört aber dazu, in einem solchen Augenblicke, wie die Schwaben, oder Ihre Frankfurter, für den Beitritt zum Bündniß zu agitiren! Also zu agitiren für ein Phantom, ein Nichts. Freilich, die politische Einsicht in Deutschland macht das möglich, eben wie sie auch in Oldenburg (nach des bescheidenen, vorsichtigen Lichtenbergs[2]) Aeußerungen) sich in der gänzlichen Unfähigkeit der neugebackenen Staatsmänner, die Verhältnisse aufzufassen, zu manifestiren scheint. Das ist die Weisheit unserer Bureaukraten. — In der That hängt jetzt alles davon ab, wie die Dinge sich in Berlin wenden, und das vermag keine menschliche Weisheit vorher zu bestimmen; das ist es denn auch, was Östreich das Uebergewicht giebt, daß hier wenigstens Consequenz ist, von der man in Berlin jede Spur vermißt. Am Montag war der alte Piepmeier Smidt wieder hier auf der Durchreise nach Berlin — völlig „unwissend, was werden wolle", und voller Angst und Pein. In Hamburg wird man sich heute, bei gänzlicher Apathie der Menschen, wohl von dem Verfassungskram losmachen; schwerlich aber darum fester stehen.

---

[1]) Die vier Könige.

[2]) Ministerialreferent.

d. 18.

Heute ist nun bei uns auch die Schiedsgerichtssache erledigt[1]); im gleichen Sinne und ich glaube ganz gut. Ein Versuch, links und rechts zu einigen, mißlang an der Dummheit der Langschen Linken, die diesen sehr unangenehm genirt, so daß er heute mehr noch als sonst übers Gewissen weg sprach. Wir werden nun vertagen bis Ende Februar, um Zeit zu gewinnen. — Von Berlin haben wir Nachricht, daß man sich wohl auf den Camphausenschen Antrag[2]) einigen werde. Also morgen, morgen, nur nicht heute! Es ist ein unsäglich schwaches Regiment. Ihr Bericht giebt denn auch wenig Trost; ich komme aber auf mein Obiges zurück. In Berlin fühlt man sich fest (selbst die Weserzeitung findet, für die kleinen Staaten sey Nichtwählen das einzige Rettungsmittel); und in Wien will man die 4 Könige gebrauchen, um unitarische Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das geht ewig nicht. Die HH., die das angefangen haben, müssen es selbst zu Ende bringen.

Damit mags der Politik genug seyn, für einen Moment, der der Entscheidung wartet, zu welcher wir aber wenig thun können; nur die Notiz noch, daß Hr. Fr. Rohmer mir eine alberne Broschüre geschickt hat, in der er seine politische Brühe — nach welcher Baiern im Grunde die Sache am kleinen Finger leiten könnte — ausgießt.[3]) Diese Süddeutschen denken sichs gar nicht, daß nördlich vom Thüringer Walde Baiern nicht viel mehr gilt als Monomotapa.

Und nun meinen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Verlobung. Ich habe Sie nicht fragen wollen, weil ich mir dachte, Sie würden selbst davon reden, wenn es Zeit wäre; möge Ihnen das volle Glück eines reinen häuslichen Lebens zu Theil werden und die Zeiten sich so gestalten, daß sie Ihnen den vollen Genuß nicht verkümmern. Damit will ich nicht sagen, daß ich unbedingt Ruhe wünsche; denn ich denke mir auch, daß der Kampf für den häuslichen Heerd ein Glück ist; aber man muß dem Kampfe nicht erliegen. — Erlaubniß haben Sie nicht nöthig, wollen Sie aber privatim S. M. Anzeige machen, so wird er das sehr wohl nehmen. Er hat

---

[1]) Vgl. Ministerialschreiben vom 15. Dezember 1849, Ständ. Aktenstücke S. 601. Zweite Kammer nahm Anstand, dem Vertrage wegen des provisorisch eingerichteten Bundesschiedsgerichts beizutreten und wies auf die Errichtung eines allgemeinen Deutschen Schiedsgerichts hin. Die Sache blieb unerledigt, da Erste Kammer dem Beschluß nicht beitrat und Konferenzen nicht Statt fanden.

[2]) Es handelte sich um eine Verstärkung des Steuerbewilligungsrechts, wogegen man die Pairie zugestehen wollte.

[3]) Bayern und die Reaktion. Für deutsche Freiheit und bayerische Ehre. Ueber Rohmer vgl Bluntschli, Staatswörterbuch, VIII. S. 643.

mich schon gefragt, wie Sie eben angekommen waren, und war ungehalten, daß ich nichts wußte. Persönlichkeiten sind die starke Seite der großen Herren; genaue Orientirung darüber wird also sehr am Orte seyn.

Doch ich muß schließen, leben Sie wohl und vergessen Sie mich nicht.

Ihr

JCBS.

Nr. 171. Hannover, 29. Januar.

Während die monde theils Jenny Lind singen hört, theils Wangenheims Hochzeit feiert, will ich, lieber Freund, Ihnen meine bösen Träume mittheilen. Die gehen nun nicht die neueste Preuß. Jämmerlichkeit an — Pairs ohne Majorat, Höchstbesteuerte 1. C. ohne Steuersystem [1]), ferner Unwillen Ah. Orts auf Arnim, Manteuffel pp., daß sie das Resultat herbeigeführt, im Glauben, es sey S. M. genehm u. s. w., das mögen die Leute dort selbst fertig machen. Sondern wegen Östreichs. Ich habe sichere Zeichen, daß man die Münchner Pourparlers lediglich eingeleitet hat, um die 4 Könige zu der undankbaren Arbeit zu verführen, die Abschließung eines neuen Bundes mit allen Östr. Provinzen, nichts ausgenommen, auf möglichst schlechten Basen zu bevorworten. Haben sie sich damit erst hinlänglich blamirt, so sind sie zu weiterem reif. Würtemberg ist nun blind auf diese Thorheit eingegangen. Wir werden es nicht thun. Man meint, wie es scheint, in Wien, wir seyen in solcher Angst, Preußisch zu werden, daß wir zu allem bereit seyen. Ich für meine Person aber bin ganz entschieden darin, viel lieber einer, wenn auch nachtheiligen, Verbindung mit Preußen (das weiß Gott keine Freude bietet) zu folgen — weil dann doch dabei eine vernünftige Verfolgung gemeinsamer Landesinteressen möglich ist, — als eine fratzenhafte Verbindung mit ganz Östreich zu genehmigen (ut turpiter atrum etc.), bei welcher man eine Halbheit von repräsentativen Formen heranzieht, um damit eine gänzliche Nullität des materiellen Gehalts zu bemänteln, wo man dem Deutschen Volk eine Täuschung machen will, lediglich um für seine fabelhafte Östreichische Einheit Stütze zu gewinnen und doch zugleich Preußen nicht stärker werden zu lassen. Diese letzte Negative scheint mir der einzige wahre Zielpunkt in diesem traurigen Getriebe zu seyn.

Ich hatte es als möglich gedacht, eine Verbindung mit Ö. einzugehen, die sich lediglich auf Vertheidigung vorerst bezöge, aber eben durch ihre Kraft die Möglichkeit gäbe, die innern Interessen durch besondere Verträge

[1]) Vgl. Stüves Artikel in der Hannoverschen Zeitung vom 28. Januar: Pairs und Höchstbesteuerte in Preußen.

mit Preußen in Sicherheit zu fördern. Ich glaube, wir werden wohlthun, dieſe Hoffnung baldigſt aufzugeben. Da jeder Schritt, der nicht zum Ziele führt, immer weiter von demſelben abführen muß, ſo gerathen wir unfehlbar in unauflösliche Verwickelungen, wenn wir den falſchen Weg länger verfolgen; und wenn das Land ſich einmal an Preußen anſchließen muß, ſo iſt ſchon zu viel nach jener Seite zugegeben.

Sie werden aber, fürchte ich, nicht wiſſen, wie ich zu dieſem Eifer komme; laſſen Sie mich alſo ſagen, daß Öſtreich 1) die Aufnahme aller Provinzen, auch der Lombardei, als conditio sine qua non anſieht, daß es 2) das ſg. Volkshaus nur zu 240 Deputirten anerkennen will, alſo 80 für Öſtreich, Preußen und Deutſchland, wobei natürlich das Gewicht der Kleinen ungemein ſteigt, daß es 3) ein Staatenhaus gar nicht, oder nur ein ſolches will, das auf Inſtruction ſtimmt, ſowie 4) die Competenz als eine „offene Frage" behandelt wird. Natürlich; denn mit Siebenbürgen und Mailand iſt nichts möglich als eine Allianz, die unter jenen läſtigen Formen zu gar nichts führt. — Nun hat, entre nous, Schwarzenberg hieher geſchrieben, Baiern handle ganz mit ihm einverſtanden und auf ſeinen Auftrag, während v. d. Pfordten doch ſagt, die Lombardei nicht zu wollen und ſich über Würtemberg beklagt, daß es das Spiel verderbe — — —. Ich kann aus alle dem nichts finden, als das Streben Öſtreichs, die 4 Könige von ihrer Stärke, dem Halten am Bunde von 1815, weg zu drängen. Haben ſie ſich einmal mit ihm darauf eingelaſſen, ſo ſind ſie ein Spielwerk und weiter nichts.

Nun ſchickt uns Braunſchweig auch den mit Preußen auf 15 Jahre abgeſchloſſenen Militärvertrag „unbeſchadet der Bundes-Kriegsverfaſſung, ſoweit dieſe noch gilt", baſirt auf die unklugen 2 % der National-Verſammlung u. ſ. w., kurz die gänzliche Auflöſung des 10. Armeecorps. Sie werden das erhalten.

Was aber thun? Ich glaube, man muß Öſtreich zeigen, daß man nicht ſo abhängig iſt, muß Anerkennung der Bundesverfaſſung von 1815 ohne Winkelzüge fordern. Aber da wird uns hier die Öſtreichiſche Clique viel Noth machen; und ich bin der Meinung, daß wir viel lieber abgehen, als uns in eine verkehrte Politik in dieſer Hinſicht einlaſſen dürfen. Es könnte nützen, wenn Sie von dort in dieſer Beziehung Vorſicht zu empfehlen geeignet hielten. Ebenſo könnte es nicht ſchaden, wenn Sie den HH. Öſtreichern zu verſtehen gäben, daß unſere natürlichen Intereſſen uns viel eher zu Preußen als zu ihnen führen, und daß die Hinneigung zu ihnen nur die Folge der unglücklichen Complicationen revolutionärer Eroberungsgelüſte in Berlin iſt. — Weiß Gott, es ſollte mich freuen, wenn ich mein

Märzminiſterium an dieſer Frage aufzugeben hätte, man wäre dann mit Ehren davon.

Sonſt iſt hier alles recht wohl, trotz ſcheußlichen Wetters.

Ihr
JCWS.

Nr. 172. Hannover, 31. Januar.

Heute, lieber Freund, kommen uns die effectiven Erklärungen zu, auf deren vorläufige Notiz hin ich Ihnen vorgeſtern ſchrieb, und ich muß geſtehen, ſie übertreffen alle Erwartungen. Das Syſtem, das man aufſtellt — die Totalität Öſtreichs mit allen Provinzen, eine Bundesregierung von 7 Gruppen, ein soi disant Volkshaus von 240, d. h. 80 für Deutſchland, wovon 20 auf c. 1 Million fallen, kein Staatenhaus, d. h. gänzliche Nullität des Volkshauſes, da die Bundesregierung auf Inſtruction handeln ſoll und man ſicher ein ſolches Einkammerſyſtem gar nicht denken würde ohne den Hintergedanken, daß es zur Nullität werden ſolle, — kein Bundesgericht, — die Gegenſtände des Bundesweſens im Nebel, — Freiheit für die Gruppen, ſich auf nützliche Einrichtungen zu einigen, — das ſind die Sachen ohngefähr, will weiter nichts ſagen, als, man meint damit dem dummen Deutſchen Volke etwas auf die Naſe zu binden. Dieſe Propoſitionen ſollen nun die 4 Höfe nach Wien, Berlin und Frankfurt zugleich ſchicken, d. h. ſie ſollen ſich erſt ſolenn von dem alten berechtigten Bunde losſagen. Dann kann man hinterher mit ihnen und anderen ſpielen, wie die Katze mit der Maus — das ganze macht mir den Eindruck, als ob man in Wien die in dieſem Augenblicke ſo tief darnieder liegende Erfurter Agitation à tout prix heben wollte. — Das muß ich geſtehen, einen ſtringenteren Beweis für die Richtigkeit des Gagern-Berliner Satzes, daß mit Oſtreich eine Deutſche Verfaſſung unmöglich ſey, habe ich noch nicht geſehen; ich bin ſelbſt davon überwunden. — Und in Dresden iſt man ſo thöricht und ſo ſchwach, darauf eingehen zu wollen; man glaubt eben, das gegenwärtige Niederliegen der Preußiſch-Radowitzſchen Politik mache die Annahme von Maßregeln rathſam, die gar zu nichts führen können, als dieſe Politik wieder zu heben. Die ſchwachen Staaten bedürfen nach meinem alten Macchiavell vor allem raſcher und feſter Entſchlüſſe, und die fehlen ihnen in der Regel. So ſcheints auch hier zu gehen. Wir werden uns inzwiſchen in dieſe Politik, ſo ſchlimm die Lage auch iſt, nicht fügen und uns nicht ſo liederlich zu Grunde richten, indem wir weder Deutſchland noch unſerem Lande einen Dienſt leiſten. Prävaliren dann die Einbläſereien von Weibern u. ſ. w., ſo werden wir ſehr gern weichen; obgleich dies ja auch für das Land kein Vortheil ſeyn wird.

Ich glaube, daß Sie von dort durch geeignete Mittheilungen noch am besten wirken können, um die HH., wenn es anders möglich ist, über Deutsche Zustände aufzuklären. Dummer und muthwilliger, wie in diesem Augenblick, kann man sein Spiel gar nicht verderben. Die ganze soi disant constitutionelle Presse ist außer sich über die Berliner Dummheiten; die Wahlen zum Erfurter Tage fallen so ungeschickt da hinein. Nun meinen sie in Berlin mit Beschwörungsfarce und Rederei den Unsinn zum Sinn zu machen — neue erbliche Pairie bei unbedingter Theilbarkeit, der hohlste Liberalismus der Constituante von 1789 mit Englischem Conservatismus zusammengeleimt, also, daß diese Erblichkeit höchstens ein Menschenalter dauern könnte. Alles liegt da über und durch einander. Es bedarf wahrlich einer so unerhörten Verkehrtheit wie diese, um so enorme Fehler zu heilen. Das sind die Folgen jenes Phantoms von Staatseinheit, das man nie ins Leben rufen wird, gegen das der Widerstand in wenig Jahren so stark seyn wird, daß man es aufgeben muß. Darum kann und darf man jetzt in Deutschland nichts Definitives machen wollen; man muß warten, muß vor allem sich nicht muthwillig depopularisiren.

Doch genug, damit der Brief zur Post geht.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 173. Frankfurt, 4. Februar.

Ihre Briefe vom 29. und 31. Jan., theuerster Fr., habe ich erhalten; ich brauche Ihnen wohl nicht zu schildern, welchen Eindruck sie auf mich gemacht haben. Sind die Wiener Vorschläge wirklich so, wie Sie solche angeben, so ist die Situation eine verzweifelte. Die Gefahr ist auch nach meiner Ansicht die durch dieselben erfolgende Belebung des Erfurter Phantoms. — Ihren Wünschen entgegenzukommen, habe ich nun in der Eil einen Bericht zusammengestellt, den ich diesmal nicht dem Grafen Bennigsen, sondern Ihnen zugehen lasse. Ich weiß, daß es mir nicht zukommt, in solcher Weise Vorschläge zu machen, Rath zu geben; ich wußte aber eben Ihrem Wunsche gegenüber, daß ich in jenem Sinne berichten möge, keine andere Form zu finden. Sehen Sie sich das Ding an, erscheint es Ihnen unangemessen, so stecken Sie's in den Ofen; glauben Sie, daß Sich's verantworten ließe, so entschuldigen Sie gefälligst beim Grafen Bennigsen, daß ich diesen Bericht nicht an ihn adressirt habe. Kübeck, mit dem ich über die Sache sprach, wußte natürlich von Nichts — wie überhaupt die Unkenntniß dieser Herren in allen und jeden Dingen eine unglaubliche ist. Wie dumm sind diese Oesterreicher z. B. in die Auflösung der Comission

für Ausgleichung der Kriegskoſten hineingetappt! Und ſo in allen Fällen. Wegen der Preußiſcher Seits projektirten Wegbringung der großen Schiffe aus der Nord- in die Oſtſee hab ich mit Kübeck geſprochen, er verſprach mir, auf die Sache zu achten, der Oeſterreichiſche Marine-Beamte weiß natürlich von Nichts. — Ich ſchreibe heute in großer Eile und ſehe ferneren Nachrichten von Ihnen mit ſchmerzlicher Ungeduld entgegen.

Ihr

D.

Nr. 174. Hannover, 8. Februar.

Ihre Zeilen vom 4. nebſt Beilage, lieber Freund, erhielt ich geſtern, im Begriff, ins Palais zu gehen. Ich ſchickte beides ſofort an Bennigſen, der es dem Kronprinzen mitgetheilt hat, mit beſter Wirkung. Ich ſelbſt hatte Gelegenheit, zu bemerken, mit welcher Leidenſchaftlichkeit man gegen Preußen eingenommen iſt und wie wenig für den Augenblick nöthig ſeyn möchte, um alles in die entgegengeſetzte verkehrte Bahn zu treiben. Schon vor Tafel gabs einige heftige Aeußerungen. Nach Tafel hatte ich Vortrag; da kam die Sache wieder aufs Tapet, und wurde mir die Nothwendigkeit eines feſten Princips, und daß man nur zwiſchen Beiden zu wählen habe, Berlin aber nicht wählen könne, demonſtrirt. Ich ſtellte dagegen mein Princip, daß die Verträge von 1815 unſere einzige Sicherheit ſeyen und wir uns nie zu Schritten verleiten laſſen dürften, die uns dieſes Schutzes beraubten. Darüber wurde die Erörterung ſehr ruhig und der Abſchied freundlich. — Nach den Wiener Nachrichten erklärt man nun geradezu, wenn man nicht in allem nachgeben wolle, ſo werde Öſtreich ſich „bei dem Bunde gar nicht betheiligen“ — als ob Ö. nicht auch Verpflichtungen hätte. — Ich habe Bennigſen geſagt, die Sache ſehe zwar völlig hoffnungslos aus; das ſey aber nicht das erſte Mal in unſerem Geſchäftsleben; und er hat mir Recht gegeben; alſo halten wir feſt. Dazu will ich Ihnen einen Spruch des Bacon geben:

Omnis desperatio Deo pro contumelia est! —

Der König hat mir befohlen, Ihnen eine Hiſtorie zu ſchreiben, die ihn erſchrecklich aufregt. In Ofen oder Peſth haben ſie nämlich chiffrirte Correſpondenzen Koſſuths gefunden, haben dieſe entziffert und herausgebracht, daß Szalay, der 1848 in Frankfurt war, dort vielfach mit Radowitz verkehrt und von dieſem politiſch militäriſche Rathſchläge für Koſſuth erhalten und gemeldet hat. Schwarzenberg hat das an Bernſtorff geſagt und der K. denn auch an Schwarzenberg geſchrieben, er müſſe darauf beſtehen, daß R. nicht wieder nach Frankfurt komme. Ich kann mir ſehr wohl denken, daß damals, wo man ſich mit den Magyaren gegen Slaviſche Tendenzen coaliren

wollte, ſolche Transactionen ſtattgefunden haben. Auch vielleicht, daß man in Berlin der Sache nicht ganz fremd geblieben. Es iſt intereſſant für uns, dergleichen zu wiſſen, aber nicht rathſam, viel Gerede darüber zu machen, damit nicht, wenn [man] auf eine oder andere Weiſe ſich reinigt, es heißt: das ſeyen Hannoverſche Lügen, für die wir dann keinen Beweis haben. Man könnte in Wien uns auch füglich gebrauchen wollen, um ſolche Indiscretionen nicht ſelbſt zu verantworten.

Dabei fällt mir ein, daß Hr. v. d. Pfordten ausgeſpürt haben will, ſeine Propoſition an Öſtreich ſey durch Ihre Vermittlung Hrn. v. Blittersdorf zugekommen. Das iſt zwar kein Unglück; ich hoffe aber, Sie haben mit einem ſo zweideutigen Subjecte keine Verbindungen, die Sie compromittiren könnten.

Ueber die Berliner Entwicklung ſage ich kein Wort; alles iſt darüber zu viel. Die Braunſchweiger Militärconvention hat das dortige Officiercorps ſehr verletzt. Man hat demſelben daher vorgelogen: alle Rechte von Hannover ſeyen vorbehalten, was offenbar unwahr iſt. Es wäre gut, wenn die Convention etwa in der O. P. A. Z. erſchiene.[1]) Mecklenburg-Strelitz hat ſich von einer ähnlichen Convention zurückgezogen. Ueber die Öſtreichiſchen Finanzvorſchläge[2]) ſind die Hamburger außer ſich und möchten ſich nun hinter Hannover ſtecken, während ſie ſo eben an Preußen einen Antrag wegen Aufhebung aller Elbzölle richten (die freilich Öſtreich auch in Ausſicht ſtellt). Meo voto ſind dieſe Öſtreicher Zoll- und Finanzvorſchläge gar nichts als „das Vorſchweben eines großen pp. Deutſchlands", wie die berühmte Note vom 4. 2. v. J. es nannte.

Das Schlimmſte in all dieſem Spiele iſt, daß Sachſen, Baiern und Würtemberg ganz bereit ſcheinen — vielleicht ſchon um der Schutzzöllnerei willen — ſich Öſtreich in die Arme zu werfen. Wir werden aber ſo lange wir können feſthalten, und wenn wir unterdrückt werden ſollen, wenigſtens nicht die Hände dazu bieten. Die hieſigen Linksblätter haben ſich mit Miniſterwechſel getragen. Noch iſt davon keine Spur; aber die Menſchen werden unruhig, ſo daß ſelbſt Braun heute früh in der Herzensangſt zu mir kam, um zu fragen. — In den Commiſſionen nehmen die Arbeiten im Ganzen eine ſehr erwünſchte Wendung.

[1]) Sie iſt abgedruckt Deutſche Chronik 1849, II. S. 389. Braunſchweig ſchied damit aus dem 10. Armeekorps aus, dem es nach der Bundeskriegsverfaſſung vom 9. April 1821 angehörte. Nach letzterer durfte kein Bundesſtaat, deſſen Kontingent ein oder mehrere Armeekorps für ſich allein bildete, Kontingente anderer Bundesſtaaten mit dem ſeinigen in eine Abtheilung vereinigen.

[2]) Eine an die Bundes-Central-Kommiſſion gebrachte Denkſchrift des oeſterreichiſchen Handelsminiſteriums (von Bruck) vom 30. December 1849, welche auf eine allſeitige Reform des Zollweſens in Deutſchland und Oeſterreich im Sinne eines rationellen Schutzzollſyſtems und auf den Abſchluß einer Zolleinigung zwiſchen Beiden abzielte.

Damit haben Sie, lieber Freund, so ziemlich alles, was es hier giebt, und ich füge nur noch die Lächerlichkeit hinzu, daß der Verwaltungsrath ein Schreiben an Wangenheim erlassen hat: Er möge Auskunft über die Negotiationen in München geben. — Sollte man nicht antworten: Der V.-R. möge Auskunft über die Negotiationen zwischen Berlin, Paris und London geben? — Was diese angeht, so hats damit in London gar nichts auf sich, obwohl allerdings die HH. Stockmar und Bunsen diese Treiberei aufs Tapet gebracht haben.

Somit leben Sie wohl. Der K. wollte von mir wissen, wann Ihre Hochzeit sey. Er lobt Ihren französischen Stil [1]) ungemein.

Ihr
JCBS.

Nr. 175. Frankfurt, 12. Februar.

Ich sage Ihnen theuerster Freund, meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 8. d. M., so wenig Erfreuliches derselbe auch enthält; er hat mich wenigstens dort über die Stellung orientiert und mich beruhigt über mancherlei auch hier umlaufende Gerüchte.

Oesterreich scheint das Experiment machen zu wollen, das Erfurter Feuerwerk nicht auslöschen sondern in sich auspuffen zu lassen. Zerplatzt die Seifenblase solchergestalt in sich selbst, so ist sein Spiel bedeutend leichter; bliebe doch irgend Etwas, worauf Preußen fußend seine Sache weiter treiben wollte, so bleibt O. noch immer das Mittel an das Schwert zu schlagen. Für die 4 Königreiche sehe ich kein Heil, als das unerschütterliche Verharren auf den Verträgen von 1815. Sollte ich sagen, wie ich die Sache für angreifbar hielte, so würde ich freilich schwer die Antwort finden, allein mich dann doch dahin erklären, daß ich es für nöthig hielte 1) die 3 Höfe von München, Dresden, Stuttgart zu beschicken, um sie auf dieselbe Linie zu nöthigen; es möchte dies leichter sein als es scheint, namentlich in München, wo man von O. ebensoviel fürchtet als hofft. 2) Dann wo möglich auf dieser Linie und Basis Abschluß eines formellen Bündnisses in dem Sinne, wie ich das in meinem neulichen Berichte erwähnte und zwar unter offenen Erklärungen den Ständen gegenüber. 3) Dann, um die Lösung in gewissem Sinne zu erleichtern, müßte auf das Wiener Cabinet gewirkt werden — das aber könnten nur Sie und darum müßten Sie das schwere Opfer bringen und nach Wien gehen. Die Sache eilt nach der Art wie die Erfurter Wahlen ausgefallen sind, gar nicht so sehr; man kann jetzt dieses Capitel des Rothen Adler-Ordens, das da in Erfurt ge-

[1]) Es war herkömmlich, daß die Gesandten ihre Immediatberichte an den König in französischer Sprache erstatteten.

halten wird, ruhig ansehen; ein solches (und weiter ist es nichts; dieses ist das einzige Band, das all die Gewählten umschließt) wird die Nation nicht sehr in Aufregung bringen. Mathy hat damals in Hamburg bei dem Gagern-Klapka-Diner ein Wort gesprochen, das sehr wahr und dabei so tief komisch ist, daß man wirklich blasirt sein muß gegen alle Phantasterei und Lächerlichkeit, wie man's in Deutschland ist, um nicht darüber zu lachen; das Wort war: den Reichstag haben wir jetzt, jetzt gilt es das Reich anzuschaffen. — Das wird nun diesem Erfurter Tage meine ich nicht gelingen.

Die Geschichte zwischen Radowitz und Szalay kann man kaum so wichtig nehmen, wenn man damals (Juni, Juli 48) hier den Enthusiasmus für die Magyaren sah, selbst bei Verständigen. Szalay kam damals in alle möglichen Gesellschaften, wo ihm schwer auszuweichen war. Damals mag R. (den übrigens mein alter Schwiegervater schon damals den „Geheimen Kossuth" nannte) den S. auch in dieser Weise getroffen haben; R. mag ihm vordocirt haben und S. hat das berichtet. Daß R. damals tiefere Pläne gegen O. gehegt, glaube ich nicht, zumal nach der Art und Weise, wie er noch im November und im December 48 sich auf das allerleidenschaftlichste in der Oberhauptsfrage gegen Gagern pp. stellte, — ebenso in der Oesterreichischen. Es war eine Gefälligkeit von ihm, daß er im Januar nicht gegen Gagerns Programm stimmte, sondern fortging. Erst im Februar und März erfolgte die Wendung, zunächst und hauptsächlich veranlaßt durch die (Arnimschen) Schmäh-Artikel der D. Zeitung.

Pfordtens Beschwerde darüber, daß Blittersdorf die Bairischen Propositionen durch mich erhalten, ist wieder so eine recht elende diplomatische Kinderei. Kübeck hatte die Propositionen zu erhalten gewünscht (von Wien war ihm Nichts davon zugegangen) und hatte sich, soviel ich weiß, dieserhalb an Xylander [1]) gewandt, Xylander aber hatte auch nichts und erfuhr von München durchaus nichts. Das war Xylandern, der überhaupt in Geschäften sehr widerwärtig und verdrießlich ist, schon sehr unangenehm. Auf einem Diner bei L. Cowley äußerte Kübeck den Wunsch gegen mich, daß ich die Propositionen Blittersdorf mittheilen möchte, damit der für seine Besprechung, der er in seinen Artikeln der Ober-Post-Amts-Zeitung eben jene Münchener Conferenzen unterzog, einen festen Anhaltspunkt haben möchte. Ich nahm gar keinen Anstand es zu thun; denn in Dingen dieser Art ist es thöricht, eine Diskretion zu üben, die keinen Nutzen hat. (Sehen Sie nur, wie schon vor 8 Tagen die Deutsche Zeitung die Oesterreichischen Vorschläge so genau kannte und kritisirte.) Eben war Xylander wiederholt noch von anderer Seite um Mittheilung der Propositionen angegangen, als dieselben in der

[1]) Oberst von Xylander, bayerischer Bevollmächtigter bei der Bundes-Central-Kommission.

O.P.A.Z. erſchienen; er war ſoweit gegangen, zu mir zu kommen und mich darum zu erſuchen, als ich ihm ſagte: Morgen werden dieſelben in der O.P.A.Z. erſcheinen. Das hat ihn nun ganz gewaltig verdroſſen nnd in dieſem Sinne hat er nach München geſchrieben. An ſolchen kleinen Perſönlichkeiten und Nörgeleien iſt ſchon manches Gute geſcheitert. Ich habe ihm nachher einmal die Einſicht und Mittheilung des Conferenz-Protokolls vom 17. Jan. angeboten, die er aber ablehnte, als wenn, weil es ihm nicht von München aus mitgetheilt worden, pflichtwidrig wäre, es zu kennen.

Wegen der O.P.A.Z. in betreff der Militär-Convention will ich ſehen, was möglich iſt und hoffe es durch Dörnberg [1]) machen zu können.

Vor einigen Tagen hatte ich von Kielmansegge aus London Briefe über die Geneſis der Tripel-Allianz. K. wies auch auf Oeſterreich und nur auf Oeſterreich hin. Das iſt längſt meine Anſicht geweſen, aber die Idee darf nicht zu roh aufgefaßt werden. O. hat Hannover ebenſo nöthig als Hannover Oeſterreich — aber H. darf ſich nicht von O. mißbrauchen und durch den Koth ſchleppen laſſen. Dagegen bin ich jetzt mehr als je der Überzeugung, daß an eine materielle oder ideelle Theilung nie zu denken iſt. O. würde auf Alles eher eingehen als darauf. Von der B.-Central-Comiſſion hoffen Sie nur nie etwas. Die Menſchen ſind zu kläglich. Kübeck und Schönhals pp. wiſſen von allem Andern eher etwas als von Deutſchen Dingen und laſſen ſich fort und fort von den Preußen betrügen. Ich ſprach Rechberg darüber, der ganz unglücklich darüber war und ſich (was er ſonſt nie thut) auf das bitterſte darüber ausſpricht. Preußen geht jetzt unter Anderm darauf aus, jede Verlängerung des Interims über den 1. Mai hinaus unmöglich zu machen. Doch genug des Geſchwätzes; ich bitte Sie dringend, mich von der dortigen Situation auch ferner ſtets au courant zu halten. [2])

Ihr getreueſter

D.

Nr. 176. Hannover, 21. Februar.

Ich habe Ihnen ſeit einigen Tagen ſchreiben wollen, lieber Freund, bin aber nicht dazu gekommen, weil wir einmal eine Criſis durchzumachen gehabt haben, die heute, wenigſtens für diesmal, mit unſerem Siege geendigt hat. Jene abſurden Münchener Vorſchläge, die man in Stuttgart und Dresden

[1]) Freiherr von Dörnberg, Vorſtand der Thurn und Taxis'ſchen Poſtverwaltung.

[2]) Der Brief enthält noch die Anzeige von Detmolds am 10. Februar erfolgter Verheirathung, welche er bittet, dem Könige anzeigen zu wollen, der ihm auf die Anzeige von ſeiner Verlobung ſehr freundlich und gnädig geſchrieben habe.

aus Angst vor dem Erfurter Tage angenommen, waren vom König so aufgefaßt, als ob es sich darum handle, ob man mit Preußen gegen Östreich oder umgekehrt stehen wolle. Höchst bezeichnend drängte Östreich wüthend auf die Annahme — ohne jedoch selbst sich damit einverstanden zu erklären; namentlich wollte man in Wien octroyiren, Pfordten erst das quasi Volkshaus darüber berathen lassen u. s. w. Nun hatten wir Knesebeck von München kommen lassen, um ihn hier zu instruiren, und dieser, gänzlich voll von seiner prouesse und von Pfordtens Weisheit, setzte Himmel und Erde in Bewegung, um seiner Ansicht Eingang zu verschaffen; die Platensche Clique mag auch geheizt haben. Da ists denn hin und her gegangen. Wir haben jene Vorschläge widerlegt und die Ehre solche zu machen, abgelehnt; das wollte der König nicht, allein nachdem alle Versuche, schiefe Dinge hineinzubringen, gescheitert waren, sind unsere Vorschläge mit einem völlig unverfänglichen Zusatze, nämlich, daß wir mit Östreich und den 3 in Frieden bleiben und pro posse Preußen zu Unterhandlungen auf Veranlassung jener Propositionen stimmen wollen, approbirt.[1]) Zugleich haben wir aber auch von dem Beschlusse des Verwaltungsraths,[2]) den Reichstag auf den 20. März zu berufen, Anlaß genommen, Preußen zu erklären, daß wir diesen geradezu gegen den Art. 4 des Bündnisses vom 26. Mai[3]) anlaufenden Beschluß so betrachten, als ob Preußen sich von diesem losgesagt und mit den übrigen einen besonderen Vertrag geschlossen hätte. Wir hielten uns demnach auch losgelassen und betrachteten die Verträge von 1815 als die Basis des Verhältnisses zu Preußen, würden auch unsere daher rührenden Verpflichtungen treu erfüllen.[4])

Mir scheint überhaupt dieser Gesichtspunkt gefaßt werden zu müssen: Nach den Bundesverträgen sind besondere Allianzen unter den Deutschen Staaten ganz unnöthig, ja vom Uebel; haben auch nicht existirt. Das Bündniß vom 26. Mai hat dies Verhältniß alterirt, weil bei dem Aufruhr und dem unsicheren Zustande Süddeutschlands und der Centralgewalt irgend ein auf alle Fälle sicherer Kern um so mehr gebildet werden mußte,

---

[1]) Die Vereinbarung wurde demnächst ohne Betheiligung Hannovers von Bayern, Sachsen und Württemberg zu München am 27. Februar abgeschlossen, und am 12. März den Cabinetten zu Berlin und Wien mitgetheilt. Deutsche Chronik 1850, I. S. 73, 95. Vgl. JCBStüve II, S. 420 f. — [2]) Vom 13. Februar.

[3]) Art. IV Absatz 3 lautet: Dieselben (die Verbündeten) behalten sich vor, über Zeit und Ort der Reichsversammlung, so wie über die Form der Berufung das Weitere festzusetzen.

[4]) Erlaß an den hannoverschen Gesandten in Berlin vom 21. Februar. Deutsche Chronik 1850 I, S. 60. Vgl. ferner hierüber, so wie über die Gründe der Nichtbetheiligung Hannovers an der münchener Uebereinkunft, die ausführlichen Darlegungen in dem Schreiben an die Stände über den Stand der deutschen Angelegenheit vom 3. April a. a. O. S. 128.

als damals der Krieg mit Frankreich an einem seidenen Faden hing (Juni-Aufstand). Diesen exceptionellen Zustand aber in ein System zu bringen, und Bündniß gegen Bündniß im Bunde zu stellen, ist durchaus ungehörig, für Hannover unnütz, da es vorerst stehen kann, und selbst gefährlich, da solche Bündnisse weiter führen können, und uns dann die Hülfe von Östreich fern bleibt. Hannoveraner haben wohl in Östreich gefochten, Östreicher aber in Hannover (außer dem 30jähr. Krieg) nie. Dies führt mich auf die Frage: ob wohl ein Angriff zu besorgen sey? Ich glaube dies durchaus nicht und traue den Gothanern viel Redensarten, aber wenig Thatkraft zu. Wäre ein Angriff abzuwehren, so würden wir im Namen der Neutralität zwischen Östreich und Preußen die Stimmen sicher viel mehr für uns haben, als im Namen der Pf.schen Dummheit.

Uebrigens haben die Hansestädte bei dem Berufungsbeschlusse ausdrücklich ad protocollum erklärt, daß sie nur mitgingen, wenn Hannover es auch thue. Nun ist in einer späteren Sitzung von Vollpracht, Liebe und Lepel proponirt, uns in Erfurt [1]) zu verklagen, und beschlossen, dies zu thun, wenn von allen einzelnen Regierungen der Beschluß genehmigt und Vollmacht eingegangen seyn werde — ad calendas graecas. Duckwitz schreibt, sie würden sich bald ganz lossagen, und in der That ist die Sache sehr nahe am Auseinanderfallen. Ich fürchte nur, daß jene Münchener Sache, die von Baiern, Sachsen und Würtemberg abgeschlossen werden wird, um (thöricht) dem Reichstage zu begegnen, denselben noch hebt.

Daß die Aufnahme von Ungarn und der Lombardei eine Unmöglichkeit, davon habe ich mich in letzter Zeit ganz unwiderleglich überzeugt. Wie mir denn auch das Lesen des interessanten Bundestagsberichts über die Reihenfolge (zum Protokoll de 17/2. 17) die volle Ueberzeugung gegeben hat, daß nothwendig von Anfang an über die Vertretung des Bundes im Auslande und über dessen Einwirkung auf alle Händel zwischen den Ländern (Wegesachen pp.) positive Vorschläge gegeben werden müssen. Fakultäten wie die von 1815 werden stets wirkungslos bleiben wegen Östreich und Preußen.

Ihr Bericht über die Unterredung mit dem Prinzen von Preußen hat uns heute sehr erfreut. Es ist eine sehr interessante Darstellung, über die der König glücklich war. Man hat hier ausgemacht, daß Sie allerdings den jargon d'aujourdhui nicht schreiben, sondern ein classisches Französisch, mit dem man sehr zufrieden ist.

Und nun lassen Sie mich denn auch meinen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Verheirathung wiederhohlen. Möge Gott Ihnen und Ihrer Frau

---

[1]) Bei dem Bundesschiedsgericht.

ſo viel Gutes — zu dem freilich auch das Bittere gehört — geben, als ich Ihnen gönne. Es iſt um unſer Leben ein gar vergängliches und vorübergehendes Ding; man macht große Anſtalten dazu und iſt nicht fertig damit, wenn man mit dem Leben ſelbſt fertig iſt. So fürchte ich wird es mir gehen. Um ſo mehr freue ich mich aber auch, wenn ich einen meiner Freunde aus dieſer irrigen Bahn, in die mich verſchuldetes und vielleicht auch unverſchuldetes Schickſal und ein eigenthümlicher Lebensgang gebracht haben, heraus gerettet ſehe. Vielleicht erinnern Sie ſich der Sorge, die ich früher immer in dieſer Beziehung gegen Sie ausgeſprochen habe.

Eben leſe ich in der Zeitung die Oldenburgiſche Eröffnungsrede. Die ſcheinen ſich dem hanſeſtädtiſchen Vorbehalt auch angeſchloſſen zu haben. Denken Sie, Neubourg hatte in der Hann. Ztg. die Oldenburgiſchen Regierungsleute in der früheren St. V. namentlich Herrn Mosle etwas geſtriegelt. Da ſind die Oldenburger ſehr satisfait, daß man ihrer doch gedenkt; namentlich der Großherzog hat ſich ſehr darüber gefreut. Sollte einen ſolche Naivetät nicht rühren?

Unſere Commiſſionen arbeiten rüſtig; ich bin mit meinen Verwaltungsſachen bis jetzt gut gefahren, zweifle auch nicht daran, daß ich meine Prinzipien durchführe. Freilich ſind die manchem nicht recht, und der Staatsdienerklüngel fühlt ſich unwohl. Aber das ſollen ſie merken, wenn man Miniſter hat, die regieren ſollen, und ſelbſt in die Ständeverſammlungen gehen, ſo kann man nicht in allem markten und dingen. Aber wie wenig Nachdenken und Klarheit über die Verhältniſſe auch bei unſeren beſten Leuten iſt, z. B. Lindemann, das denken Sie ſich nicht.

Nie iſt mir ſo klar geworden, welch ein Verbrechen an der Deutſchen Nation die begangen haben, die am 26. Juni 1848 den Bundestag vernichteten, als in dieſen Tagen. Hätte man ihn gelaſſen, wie leicht würden ſich die Dinge fügen, welch eine unzerreißbare Kette würde er jetzt bilden, wie leicht könnte man noch jetzt Verbeſſerungen durchführen. Aber die Sucht populär zu ſein, in welcher dieſe politiſchen Comödianten Revolution ſpielten und ſich von den wirklichen Revolutionärs ſchrecken ließen, hat Deutſchland verdorben. Man ſollte das recht laut und unermüdet wiederholen, damit es ihnen in die Ohren gellte. Vielleicht begriffe dann Deutſchland die Lehre, daß man nie eine politiſche Form und wäre ſie die ſchlechteſte, zerſtören darf, ehe man nicht den Erſatz vollgültig und kräftig ins Leben gerufen. Doch leben Sie wohl. Ich will dieſen Brief mit der Mittagspoſt abgehen laſſen. Schreiben Sie mir doch, wieviel Unterſchied im Empfang der Briefe iſt, wenn ſie Abends und Mittags abgehen.

Ihr

JCBS.

Nr. 177. Frankfurt, 21. Februar.

Im Sinne meines letzten Briefes, den Sie, liebster Fr., wohl durch meinen Bruder richtig erhalten haben werden, möchte ich Sie noch auf Eins aufmerksam machen. Unterm 13. Februar ist mir Abschrift einer Verfügung des Kriegs-Ministeriums an das M. der ausw. Ang. vom 9. Febr. zugegangen in Betreff der Besetzung der s. g. großen Reichsbatterie zu Bremerhaven mit der Notiz: „zur geneigten weiteren Verfügung". Ich werde nun von diesen Aktenstücken weiter hier keinen Gebrauch bei der Bundes-Central-Comission machen; denn Bromm y's Anordnungen sind offenbar von hieraus oder von Preußen eingegeben (beiläufig gesagt, Br. ist ein rechtlicher Mann, aber in einer difficilen Stellung). Nun aber möchte ich Ihnen dringend rathen, daß Sie, ohne sich weiter mit Bromm y oder der B.C. Comission oder sonst jemand zu benehmen, nicht allein jene große Reichsbatterie zu Bremerhaven armiren lassen, sondern auch die Flèche zu Bremerhaven und die Position zu Wremen in Vertheidigungsstand setzen. Die Kosten sind unbedeutend (wonach ich mich ausdrücklich erkundigt habe, weil dieser Punkt dort immer besonders ins Gewicht zu fallen scheint); den Vorwand und Grund giebt immer die Besorgniß wegen Wiederausbruch des Dänischen Krieges. Der Moment kann aber kommen, wo Sie nur durch diese Armirung es verhüten können, daß man die großen Schiffe wegführt. Daß man darauf ausgeht, ist trotz aller Versicherungen von Wien aus außer Frage.

Die Situation wird immer trüber, man dürstet nach einer Lösung, gleichviel welcher. Merkwürdig ist, daß es hier verlautbart, Hannover mache eine Wendung nach Preußen hin, weil die Leute nur ein Gegen oder Für kennen, und meinen, wer nicht unbedingt mit Oesterreich geht, sei für Preußen. Woher das transpirirt, ist mir unerklärlich, zumal Könneritz [1]) oder Xylander, die am ersten davon wissen könnten, nichts davon wissen. Besonders komisch ist Folgendes, was ich Ihnen anvertraue. Wie ich Ihnen wohl schon früher erzählt oder geschrieben, nimmt der König von Würtemberg ein besonderes Interesse an meiner Person. Nun hat er in diesen Tagen einen Mann [2]), den ich auch sonst wohl kannte, hierher geschickt, der kam unter allerlei Vorwänden an mich heran, horchte mich aus pp.; ich sprach mich ganz offen aus, der Mann wollte immer tiefer eingehen, legte mir hier und dort insidiöse Fragen vor, daß ich dann am Ende etwas scharf durchging, worauf er denn aufknöpfte: Graf Degenfeld, der Würtembergische Gesandte in München, habe an den König von W.

[1]) Geh. Rath von Könneritz, der sächsische Gesandte.

[2]) Klindworth? Vgl. unten Anhang I.

geſchrieben, Hannover mache eine Wendung nach Preußen hin, dieſe Wendung ſei größtentheils oder vorzüglich durch mich veranlaßt, ich aber ſei in Radowitzens Stricke gefallen; in Stuttgart ſchien die Sache dann noch weiter ausgeſponnen, mit Engliſchen Beziehungen in Verbindung gebracht worden [zu] ſein u. ſ. w. und namentlich Allerhöchſten Orts um ſo übler empfunden, als der König erſt kürzlich, vielleicht nicht ohne Einwirkung von Äußerungen von mir, die ihm hinterbracht worden waren, die lange unterbrochenen Beziehungen zu König Ernſt Auguſt durch ein eigenhändiges Schreiben wieder eröffnet hatte. Nun ſollte der Mann ausforſchen, was an dem wäre, und war ſehr überraſcht, wie ich in meinen Äußerungen noch immer den alten Standpunkt feſthielt. Als er endlich mit der Wahrheit hervorrückte, da habe ich ihm auseinandergeſetzt, wie thöricht es wäre, ſich Oeſterreich ſo ganz und gar hinzugeben, ſich von ihm ſchänden zu laſſen um nachher alle Fußtritte ruhig einſtecken zu müſſen u. ſ. w. Der Mann begriff vollſtändig, was ich meinte; gebe Gott nur, daß er es in Stuttgart richtig wiederbeſtellt, d. h. ſo daß es Wirkung hat. Schriftlich wollte ich natürlich nichts geben, was auch nicht verlangt wurde; ließe ſich aber eine Form dafür finden, daß Sie von dort aus durch eine Inſtruktion, Promemoria oder dergl. nach Stuttgart, München, Dresden vollſtändige Notiz über Ihren Standpunkt gäben, ſo würde das nur ſehr gut wirken können; denn die Leute müſſen einſehen, daß Ihr Standpunkt nicht bloß der korrekteſte ſondern auch der vortheilhafteſte iſt. — Daß man in Wien die 4 Könige nur brauchen will, iſt für mich unzweifelhaft; aus durchaus zuverläſſiger Quelle höre ich, daß F. Schwarzenberg, dem Jemand ſagt: Vous tenez donc beaucoup aux quatre couronnes? erwidert habe: Je m'en moque. Das hat er aber nur geſagt, und er kann ſo etwas nur ſagen, weil er die Verhältniſſe nicht im Allergeringſten überſieht. Darum komme ich noch einmal auf das zurück, was ich Ihnen neulich ſchon ſchrieb: Sie müſſen das Opfer bringen und nach Wien gehen. Ich weiß genau, wie weit Sie dieſe Zumuthung wegwerfen werden, aber ich höre nicht auf, ſie Ihnen zu ſtellen. Machen Sie dort die Stellung Hannovers recht klar, das nicht Oeſterreich zum Nachbar hat und daher den Schutz ſehr fern hat, dem Oldenburg wie ein Pfahl im Fleiſche ſteckt, das eines Tages eine Militär-Convention mit Pr. abſchließen kann, worauf Sie 10000 M. Preußen ins Land bekommen pp. Zeigen Sie, daß Hannover all die Vortheile ſeiner Stellung kennt, die es hat, wenn es auf den Bundesverträgen bleibt und ſich nicht wegzerren läßt, expliciren Sie, wie Oeſterreichs Stellung zu Deutſchland verloren iſt, wenn Preußen Hannover bekommt, auf das es deshalb eben vor Allem zielt. Sie allein können das, Sie allein kennen all die einſchlagenden Verhältniſſe und können auf Alles Rede und Antwort

ſtehen. A propos der Rechte aus dem Vertrage von 1815 bemerke ich noch Folgendes: Die Holländiſche Regierung iſt feſt entſchloſſen, ſich keinerlei Gewalt anthun zu laſſen, alles was ſie in den Deutſchen Dingen thut, davon macht ſie den Mächten, welche die Verträge von 1815 unterzeichnet haben, ſofort Anzeige; ſie ſcheint entſchloſſen nöthigenfalls dieſe anzurufen. Geſtern hat nun Scherff [1]) ſeine Vollmacht hier für Limburg übergeben und nun will ich mich mit ihm in Verbindung ſetzen. Scherff iſt ein ſehr kluger, ausgezeichneter Geſchäftsmann, an dem ich gewiß 100fach finde, was ich an Könneritz (der ganz unfähig) und Xylander (der immer verdrießlich und unglaublich ſchwerfällig) vermiſſe. Ich hielte es für ſehr zweckmäßig, wenn Sie Ihre Verbindungen mit dem Haag etwas ſtraffer anzögen. Reinhard [2]) wird in dieſen Tagen erwartet, er ſoll klug und gewandt ſein, aber ohne Principien wie ſein König; ich bin neugierig, wie er ſich nach jener oben erzählten Geſchichte zu mir ſtellen wird.

Welche Dummheiten die Oeſterreichiſchen Comiſſarien hier toto die begehen, werden Sie aus meiner neulichen Mittheilung über Einführung des Oldenburgiſchen Strafrechts auf der Flotte erſehen haben. Können Sie ſich denken, daß Kübeck hier die Schweizer Frage [3]) treibt, während es klar iſt, daß Preußen gerade in dieſer Frage die B.-C.-Comiſſion brauchen will und die Flüchtlingsfrage nur vorſchiebt, während Neufchatel gemeint iſt? Könnten Sie in dieſer Beziehung nicht Warnungen nach Wien gelangen laſſen, damit die Comiſſion ſich nicht in eine Sache embarquire, die weiter führt als es jetzt das Anſehen hat? ich will auch mit Kübeck darüber reden, aber ein Wink nach Wien hat ganz andere Wirkung. Als ich vor einigen Tagen mit K. über die Edition der Protokolle ſprach, gerieth er in wahre Verzweiflung und beſchwor mich noch, damit zu warten; er wolle dieſerhalb erſt nach Wien ſchreiben, käme ich jetzt damit, ſo müßten ſie die ganze Frage vom Verwaltungsrath erörtern, es gäbe Conflikte pp. Ich trat darauf mit Könneritz und Xylander zuſammen. Die hätten mich allein ſchon operiren laſſen; als ich ihnen von Kübecks Angſt ſprach, wollten ſie nicht und wollten nun erſt die direkten Weiſungen ihrer Regierungen abwarten, die ſie erwarteten. Kübeck ſpricht übrigens jetzt offen über die Troſtloſigkeit ſeiner Stellung und des Interims überhaupt. Geſtern wurde mir geſagt, es ſei ſchon zwiſchen O. und Pr. die Verlängerung des Interims angeregt; wiſſen Sie davon etwas? — Der Prinz von Pr. iſt noch immer hier und

[1]) Staatsrath von Scherff Niederländiſcher Geſandter bei der Centralgewalt.

[2]) Geh. Legat.-Rath von Reinhard, der württembergiſche Bevollmächtigte.

[3]) Es handelte ſich um Maßnahmen gegen die Schweiz, um dieſelbe zu raſcherer Ausführung ihrer Beſchlüſſe wegen Ausweiſung der dort noch weilenden etwa 1800 Flüchtlinge zu nöthigen.

über alle Maßen liebenswürdig gegen alle Welt, des Anſchluſſes wegen; aber der Senat operirt ſo klug, daß der Prinz ſchwerlich ſobald zum Ziele kommen wird.

Sagen Sie mir, ob und was ich dazu thun kann, um ein Paar Leuten vom König den Guelfen-Orden zu verſchaffen? Der Eine iſt unſer Hannoverſcher Hauptmann Morcard, der ſchon 25 Jahre dient und über den die Oeſterreicher ſich wundern, daß er noch nicht dekorirt, zumal hier alle Oeſterreichiſchen und Preußiſchen Offiziere mit dieſem Bettel behangen ſind; der Andere iſt der Bayriſche Ober-Kriegs-Commiſſär Schultheiß, der bisher Bayriſches Mitglied der Comiſſion für Ausgleichung der Kriegskoſten; der Mann war mit in Schleswig und iſt unſerer Kriegsverwaltung, ſoweit ſie dort war, wohlbekannt. Seien Sie nicht böſe, daß ich Sie mit dergl. behellige, ich thu's weiß Gott ungern und will nur Ihren Rath.

Ihr getreueſter
D.

Nr. 178. Hannover, 27. Februar.

Laſſen Sie mich, lieber Freund, auf Ihren letzten bedeutenden Brief vom 21. antworten. Er kam ſehr gelegen. Der König, voller Beſorgniß, daß Schwarzenberg unſere Weigerung, auf ſeine Sachen einzugehen, übel nehmen werde, wollte mit Gewalt Bennigſen nach Wien haben; und es hat ſich nicht weigern laſſen. Da war mir Ihr Brief eben recht, um ihn Bennigſen noch mitzutheilen. Was dort nun zu thun iſt, muß man ſehen. Viel ſchwerlich. Man begreift die Norddeutſchen Dinge einmal nicht und iſt in eigenen Mißgriffen und ſchiefer Politik gefangen. Die Unität — — —. Was Sie von Geeſtemünde ſchreiben, paßt nicht ganz. Einmal müßte die Geeſte erſt ausgebaggert werden, um bei Ebbe oder Oſtwind auslaufen zu können. Bei Fluth und Weſtwind Einlaufen, das ging. — Das Baggern hat aber noch Zeit. Dann deckt Fort Wilhelm die Geeſte und das Fahrwaſſer der Weſer vollſtändig. Auch ſcheint man in Oldenburg nicht ſo dringend mehr. Die Stände ſtellen uns ihrer Regierung als Vorbild auf, und die Angriffe der Hannoverſchen Zeitung auf Mosles Politik ſind ſehr gut aufgenommen.

Ihre Nachrichten über Stuttgart ſind ſehr intereſſant. — Dort ſcheint die Democratie noch völlig zu triumphiren, weil die Conſervativen auseinanderlaufen. Halten Sie es nicht für gut, einmal dort hinzugehen, um ſelbſt nach Feuer und Licht zu ſehen? — Man ſcheint dort noch ſehr ſchwankende Stellung zu haben. Hr. v. Reinhard iſt nicht ohne Fähigkeit, aber ein Schwamm und ſehr zudringlich. Man theilte uns in Berlin einen

Verfassungsplan mit, der von ihm herrührte; ich will suchen, Ihnen solchen zu verschaffen. Das wird Anknüpfungspunkte geben.

Ihre Idee wegen der Niederlande hat mich diese Zeit sehr beschäftigt. Wir haben einen Fehler gemacht, aus übel verstandener Sparsamkeit die Mission aufzugeben. Wäre nur die Sache mit Holstein nicht dazwischen, so würde eine Verbindung mit diesen Nachbarn und folgeweise den Hansestädten 4 Bundesstimmen sichern mit einer nicht unerheblichen politischen Macht. Schlössen sich demnächst die 4 Könige an, so wäre das eine Macht von 7 Bundesstimmen mit 15 Mill. hinter sich. Diese hätten schon ein Gewicht, das vielleicht die Stimmen von Mecklenburg, Hessen u. dgl. noch an sich zöge.

Merkwürdig ist, daß man in Berlin anfängt, süß gegen uns zu seyn. Thut das die baldige Entfernung der Stände? Oder fürchtet man den Abfall Hessens? Oder hofft man uns wieder zu gewinnen. Man spricht von der Nothwendigkeit der Einigung mit Östreich und Bülow hat gesagt: Preußen könne nur sein Recht des Kriegs und Friedens nicht aufgeben, auch angedeutet, das lasse sich an Posen knüpfen. Er wird wieder hieher kommen bis zum 20. März, und ich bin sehr neugierig, ihn zu sehen. Daß man aber in Berlin daran denkt, Radowitz an Bodelschwinghs Stelle in den Verwaltungsrath zu bringen, ist mir noch ein ungelöstes Räthsel.

Der Ministerwechsel in Cassel ist mir merkwürdig. Wird man mit Hassenpflug[1]) durchkommen? Ist dieser gleich Baumbach[2]) antipreußisch? — Brutal wird gleich zugefahren; so hat man sofort den ekelhaften Pfeiffer per Telegraph aus dem Verwaltungsrathe abberufen und Dörnberg[3]) beauftragt. Mir ist noch vieles in dieser ganzen Sache dunkel. Dahin gehört auch Jordans[4]) Abberufung vom Schiedsgerichte. Jedenfalls ist der gegenwärtige Moment von großer Erheblichkeit, vielleicht eine Crisis, und wenn diese eine glückliche Wendung nehmen sollte, so würde ich glauben, daß unsere Unnachgiebigkeit nach beiden Seiten dabei auch in Betracht komme. Aus Wien werden immer allerlei kriegerische Redensarten gemeldet; aber ich glaube nicht, daß man das ausführen kann oder will. Kürzlich schien es dagegen, daß der Fürst Schwarzenberg nun wohl in Bezug auf die vorhin himmelweit weggeworfene Vereinbarung mit dem Volkshause eingehen wolle. Bennigsen wird nun wohl klarer in dieser Sache sehen. So viel ist nur zu gewiß, daß die Diplomatie der meisten Staaten, und

[1]) Seit 23. Februar Ministerpräsident.

[2]) Desgl. Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

[3]) Freiherr von Dörnberg, Geschäftsträger in Berlin.

[4]) Geheimer Legationsrath Sylvester Jordan, der Liberale von 1831.

namentlich der kleineren, eine ganz unbrauchbare Maschinerie ist. So geht es uns insbesondere, und auch deßhalb ist es für Deutschland unbedingt nothwendig, dieses Wesen umzugestalten.

Morgen sollen nun unsere Stände wieder kommen. Mit den Commissionen bin ich, wenigstens so weit ich dort zu verhandeln habe, zufrieden, und meine Pläne für Stadt- und Landgemeinden kommen von dort wahrscheinlich noch beträchtlich conservativer zurück, als ich sie hingebracht hatte. Das würde ich für ein großes Glück halten; es brächte die Regierung zu den Ständen in rechte Lage. Nur wegen des Staatsdiener-Gesetzes bin ich noch in einiger Sorge. Die Commission war schlecht gewählt und ich habe dort nicht unmittelbar verhandeln können. Ueberhaupt zeigt sich hier und da ein verkehrtes, verstecktes Wesen, namentlich wo der Schatzrath Bothmer Einfluß hat, was in dessen bornirter, argwöhnischer Natur und der Unfähigkeit derer liegt, die neben ihm stehen; theils auch darin, daß die Sachen ihre alten Mängel haben — Militär- und Wasserbauwesen.

Der Aufgang des Eises, die Fluthen und Stürme sind glücklich an uns vorüber gegangen. Kleine Beschädigungen und minder bedenkliche Brüche sind vorgekommen, aber nichts erhebliches, was bei dem durchweichten Zustande der Deiche sehr zu schätzen. Wir werden nun aber allmälig von der Dänischen Geschichte wieder gedrängt. Hier scheint Preußen von seinen unglücklichen Präliminarien vom 10/7. nicht abgehen zu wollen, und Schwarzenberg spricht, als ob er von dem Bundestagsbeschlusse vom September 1846 [1]) nicht abgehen wolle und deßhalb den Wiederausbruch

[1]) Nachdem gegen den Ausspruch König Christians VIII. in dem offenen Briefe vom 8. Juli 1846, daß in Schleswig die cognatische Erbfolge des dänischen Königsgesetzes gelte, von den Agnaten und den holsteinischen Ständen beim Bunde Protest eingelegt worden, hatte die Bundesversammlung in dem Beschlusse vom 17. September 1846, im Hinblick auf die bezüglich Holsteins abgegebene Erklärung des Königs, dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß letzterer bei endlicher Feststellung der in dem offenen Briefe besprochenen Verhältnisse die Rechte Aller und Jeder, insbesondere aber des Deutschen Bundes, erbberechtigter Agnaten und der gesetzmäßigen Landesvertretung Holsteins beachten werde, und dabei die Geltendmachung ihrer verfassungsmäßigen Competenz in vorkommenden Fällen vorbehalten.

Anlaß zum Ausbruch der Feindseligkeiten im Frühjahr 1848 gaben dann bekanntlich die von der dänischen Nationalpartei dem Könige Friedrich VII. abgedrungenen Maßnahmen zur völligen Inkorporirung Schleswigs, welche am 24. März die Bildung einer provisorischen Regierung für beide Herzogthümer, sowie den Brief des Königs von Preußen vom selben Tage an den Herzog von Augustenburg zur Folge hatten, in dem derselbe erklärte, für das Recht der Herzogthümer auf Selbständigkeit, auf Verbundenheit und auf Erbfolge des Mannesstammes eintreten und sie in Betracht des Bundesbeschlusses von 1846 gegen Uebergriffe und Angriffe schützen zu wollen. Die alsbald von Preußen und den Staaten des X. Armeekorps ergriffenen militärischen Maßregeln wurden

der Feindſeligkeiten fürchte. Die Dänen haben nun, wie es ſcheint, große Luſt, bloß die Preuß. Oſtſeehäfen zu blokiren und nicht die Nordſee. Unſere Schiffer aber klagen einſtweilen. Können Sie etwas Gründliches über die Sache erfahren, ſo melden Sie es ja. Die Rhederei iſt ja ein bedeutendes Ding und die Kaufleute in Bordeaux pp. bedenken ſich, Deutſche Schiffe zu chartern, wegen Furcht vor dem Kriege.

Noch eins, Wangenheim, mit dem ich über Ihren Brief ſprach, hat eben kein Vertrauen zu Scherff: ein ehemaliger Detmoldſcher Subaltern, der ſich durch Intriguen gehoben, ſchlau, ein weiland Amanuenſis von Münch und ſelbſt von Blittersdorf und wie er ſich ausdrückt: mit dem O. F. M. v. Hake zu reden, ein Subjekt, der gern klettert.

d. 27.

Daß ich den Brief geſtern liegen laſſen, ſchadet ihm nicht. Heute kann ich poſitiv melden, daß man in Berlin ſehr froh iſt über unſere Haltung, indem man hofft, nun mit Öſtreich weiter unterhandeln zu können, zu welchem Ende man einen Courier dorthin geſandt, und daß F. Schwarzenberg die Vereinbarung mit dem Volkshauſe zugegeben. Aber Preußen will entſchieden „den ganzen Kaiſerſtaat nicht“. Weitere Folgerungen will ich einſtweilen aus dieſen Dingen nicht ziehen.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 179. Frankfurt, 3. März.

Die Schluß-Mittheilungen Ihres Briefes vom 27. Febr., theuerſter Fr., haben mich in meiner Abſicht beſtärkt, daß der Moment der Löſung gekommen iſt. Die Wolken, die ſo lange herangezogen ſind und Alles verdecken und verdunkeln, gerathen in Bewegung — hoffentlich, um ſich zu

---

durch Beſchluß der Bundesverſammlung vom 4. April gebilligt, welcher zugleich das Erſuchen an Preußen enthielt, das Vermittlungsgeſchäft namens des Bundes auf Baſis der unverkürzten Rechte Holſteins namentlich auch auf die ſtaatsrechtliche Verbindung mit Schleswig zu führen.

Nach den Friedenspräliminarien vom 10. Juli 1849 (Deutſche Chronik 1849, II. S. 21) ſollte, ohne Präjudiz für die Erbfolge und das Recht dritter Perſonen, Schleswig unter Aufrechterhaltung ſeiner politiſchen Verbindung mit Dänemark eine abgeſonderte Verfaſſung erhalten, ohne mit dem Herzogthume Holſtein vereinigt zu ſein. Dabei ſollten „die nicht politiſchen Bande materieller Intereſſen, welche zwiſchen den Herzogthümern beſtanden haben“, nach weiterer Verſtändigung aufrecht erhalten werden. Der gleichzeitig abgeſchloſſene Waffenſtillſtand (ſ. die Konvention a. a. O. S. 22) ſollte eine Dauer von 6 Monaten und darüber hinaus von 6 Wochen nach erfolgter Kündigung haben. Ueber die Verhandlungen, welche unter engliſcher Vermittlung zu dieſem Ergebniſſe geführt hatten, ſ. v. Sybel, I. S. 374 ff.

zertheilen. — Die Position, die Hannover jetzt eingenommen hat, wird von allen Vernünftigen nicht allein für die natürlichste, sondern auch (obgleich das ja gewiß identisch) für die klügste erklärt. Selbst die Herren v. Reinhard und Xylander geben dies zu, wenn auch ungern, Reinhard aber doch eher als der allezeit verdrießliche und bleierne Xylander. Namentlich leuchtet den Leuten ein, daß Hannover, nun es sich entschieden vom Mai-Bündniß losgesagt und dabei neutral bleibt, viel leichter die Nordseestaaten vom Mai-Bündniß zu sich hinüberziehen wird, als wenn es in dem Bunde mit Baiern, Würtemberg pp. stände. Dahin, meine ich, müßten Sie auch auf das entschiedenste wirken; so können Sie in Norddeutschland eine bedeutende Gruppe bilden, die demnächst besser zusammenhält als bisher und daher sich nicht wieder einzeln fressen lassen wird. Daß Sie die Holländischen Beziehungen nicht anknüpfen können, ist tief zu beklagen, ich weiß mit noch größerer Bestimmtheit, als ich Ihnen neulich andeutete, daß man im Haag entschlossen ist, sich in keiner Weise von den Verträgen von 1815 verdrängen zu lassen. Geht es denn nicht noch, daß Sie Jemanden dorthin schicken? Den Ständen gegenüber werden die dort so natürlichen Handels- und noch mehr Eisenbahn-Beziehungen die Sache leicht rechtfertigen — und Sie brauchten die Mission ja anfangs nur als eine temporäre und specielle gelten lassen. Aber wen — da Sie auf Witte nicht werden greifen wollen, den ich freilich immer und immer wieder als einen die Situation Verstehenden hervorheben muß; auch kennt er die Zoll- und Handels-Interessen Hannovers, was im Haag nöthiger als anderswo. Was Scherff betrifft, um den gleich bei den Niederlanden abzuhandeln, so ist Wangenheims Schilderung durchaus richtig. S. mir obendrein durch ein Verhältniß zum Prinzen von Pr. nicht ganz recht[1]) — aber Scherff ist klug, in den Geschäften bewandert und kennt die Behandlung der Dinge und des hiesigen Terrains seit langer Zeit; das macht ihn mir schätzbar, da ich manches von diesen zum Theil äußerlichen Dingen erst lernen muß und bisher an Xylander eben kein angenehmes Beispiel hatte. Jetzt ist Könneritz da (seit einigen Tagen freilich nach Brüssel), der die Äußerlichkeiten genau kennt, dafür aber, was die Dinge selbst betrifft, von einer bezaubernden kindlichen Naivetät ist. Reinhard ist nun auch angekommen, so wie Sie ihn mir schildern und wie er mir auch von andern Seiten geschildert worden. — Reinhard und Xylander theilte ich aus Ihrem Schreiben vom 27. v. M. die Nachricht mit, daß von Berlin ein Courier nach Wien gesendet worden, um das Wiener Cabinet zu neuen Verfassungs-Verhandlungen aufzufordern — und schlug ihnen vor, sie möchten das nach Hause melden und anheim-

[1]) Es folgt eine hier fortgelassene Bemerkung über weibliche Beziehungen.

geben, daß man in Wien gleich eine Mitbetheiligung der Königreiche an den zu eröffnenden Verhandlungen fordern möge, nicht etwa bloß als ein Recht der Königreiche und eine Pflicht Oesterreichs, sondern, weil dann auch andere Staaten des Berliner Bündnisses sich zu betheiligen wünschen würden und so sich von Preußen ablösen würden u. s. w. Daß in Berlin die Sachen sich lösen und umgestalten, zeigt sich auch hier in manchen Dingen — offenbar ist der Moment abgewartet, wo man die Kammern, d. h. die Gothaer Parthei, los war. Radowitz geht, glaube ich, heute von hier fort; er ist sehr gedrückt, was er durch ein bei einem so klugen Manne doppelt albernes aufgeblasenes Auftreten zu verbergen sucht, ab und an aber doch eingesteht. Bodelschwinghs Ausscheiden aus dem Verwaltungs-Rath hatte — dies ist aber nur meine Vermuthung — wohl auch den Zweck, Radowitz Platz zu machen. Dem aber gab man die markante Stellung (eine andere wäre nicht möglich gewesen), um ihn — Alles nur Vermuthung von mir — aus der hiesigen Stellung zu entfernen, wo er, nachdem die Kossuthschen Papiere und seine Verbindung mit Szalay einmal zur Sprache gebracht worden, nicht mit Ehren bleiben konnte. Im Verwaltungsrathe, an der Spitze desselben, hat R. nun eine Stellung, die am Ende ihm mit Ehren gegeben werden konnte; fällt das Bündniß und der Verwaltungsrath, so hat man gegen R. keine so großen Verpflichtungen, ihm ein anderes glänzendes Sort zu bereiten, als wenn er aus seiner hiesigen Stellung unmittelbar ausschiede. Im Verwaltungs-Rathe wird R. nun sofort einen heftigen Kampf mit den dort dominirenden enragirten Gothanern zu bestehen haben, deren tollsten Vollpracht man am Ende nicht ohne Intention durch die Mission in die Herzogthümer entfernt hat. Daß eine Katzbalgerei zwischen Preußen und den Gothanern der ganzen Lösung vorangehen, dieselbe einleiten wird, ist klar, und ich freue mich als eine Privat-Satisfaktion recht auf die Fußtritte, welche diese Herren empfangen werden.

Die Schleswigsche Sache will ich im Auge behalten; bis in den letzten Tagen war nichts Neues hier darin geschehen, obgleich Biegeleben, der sie behandelt, gerade sehr beschäftigt; daß Gortschakoffs [1]) Sendung nur oder wenigstens vorzugsweise diese Angelegenheit bezielt, habe ich berichtet. Wegen der Schweizer Dinge hatte ich Dummheiten von der B.-C.-Comission gefürchtet, weil ich glaubte, Preußen wolle sie brauchen, um Oesterreich in die Sache hineinzuziehen, die ihm nur Neuenburgs wegen wichtig, indessen war diese Besorgniß ungegründet, die Comission ist sehr vorsichtig gewesen

[1]) Fürst Gortschakoff war vor kurzem zum russischen Gesandten beim Bunde ernannt, zugleich in Stuttgart accreditirt.

und will die Schweizer Angelegenheit allein den beiden Cabinetten von Wien und Berlin überlaſſen. Ich glaube nicht, daß ſie zu ernſthaften Verwicklungen mit Frankreich[2]) führt: vielleicht wird man in Paris ſie benutzen zu allerlei militäriſchen Zwecken, die im Grunde aber nur gegen den Socialismus gemeint ſind. So lauten bis jetzt meine Nachrichten, die ich für ſehr authentiſch und gut halte. Überhaupt erſcheinen mir die dortigen Dinge für uns nicht ſehr furchtbar. Das jetzige Gouvernement iſt ein Waffenſtillſtand zwiſchen der Anarchie und der Diktatur; giebt es irgend einen Zuſammenſtoß, wird eine dieſer beiden Formen oder Formloſigkeiten ſiegen. Iſt es die Diktatur, ſo wird ſich das übrige Europa jetzt nicht mehr um dynaſtiſcher Intereſſen willen zu dieſer feindlich ſtellen, ſondern ſie willkommen heißen und ſtützen, ſei ihr Name, welcher er wolle. Siegt die Anarchie, ſo wird man gegen Frankreich marſchiren und das anarchiſtiſche dann leicht bändigen. In dieſer Anſicht werde ich von den einſichtigſten Franzoſen beſtärkt.

Schönhals erzählte mir, wie er die Preußiſchen Comiſſarien über die Creditforderung des Kriegsminiſters von 18 Mill. verhöhnt habe: „ſo lange Ihr Kriegsminiſter nicht wenigſtens 60 Mill. fordert", hat er ihnen geſagt, „fällt es ihm gar nicht ein, Ernſt zu machen". — Der Prinz von Preußen war geſtern Abend bei meinem Schwager in Geſellſchaft; er manövrirte ordentlich, um mich allein zu faſſen und fragte mich dann leiſe nach Neuigkeiten aus Hannover. Ich ſagte ihm: König und Miniſter ſeien durchaus einig; man habe ſich vom Maibündniß losgeſagt und von den Münchener Conferenzen zurückgezogen. — Aber Bennigſens Sendung nach Wien? — Halb Höflichkeit, weil man ſich von den Wien-Münchener Dingen zurückgezogen, halb zur Aufklärung über Hannovers und Norddeutſchlands beſondere Intereſſen. — Will man ſich uns wieder nähern? — Dem Bündniß vom 26. Mai gewiß nicht. — Was will man denn? — Einfach auf den Verträgen von 1815 bleiben, bis Oeſterreich und Preußen ſich geeinigt. — So ging das Geſpräch noch in einigen Sätzen fort. Uebrigens geht der Prinz Morgen fort; ſeine Stellung mag ihm hier trotz aller Fêten (über die wie über Anderes derartiges ich Morgen zu berichten gedenke) doch nicht ſehr angenehm geweſen ſein. Er ſcheint die Stellung überhaupt zu nehmen, wie ein Soldat, den man auf einen Poſten geſtellt hat.

Daß ich Sie mit einer Bagatelle wie die Orden beſchäftigt, iſt mir leid, aber ich wollte, man thäte in dieſen Dingen mehr. Unglaublich iſt

[2]) Franzöſiſcher Seits war, wie verlautete, erklärt worden, daß man im Falle militäriſchen Einſchreitens wegen der Flüchtlingsfrage oder wegen Neuenburg in die Südſchweiz einrücken werde.

die Geltung, welche dieſe Thorheiten plötzlich wieder gewonnen haben. Die hieſigen Juweliere verſichern, daß ſie nichts anders zu thun hätten, als immer und immer Dekorationen anzufertigen; dieſe Branche des Geſchäfts überflügle alle andern und ſei niemals ſo gut gegangen.

Dem Corvetten-Capitän Bourguignon gab ich einen ausführlichen Brief an Graf Bennigſen mit, weil ich nicht früher über deſſen Miſſion [1]) berichten konnte. Iſt der Brief, da der Mann Bennigſen nicht mehr in Hannover getroffen, wohl in die rechten Hände gekommen? Iſt er in denen Bourguignons verblieben, ſo iſt das gut: hätten Sie vielleicht die Güte, mich, was Sie darüber gehört haben (ob Bourguignon z. B. ſich beim König gemeldet pp.), gelegentlich wiſſen zu laſſen.

Nach Stuttgart einmal zu gehen, habe ich ſchon lange Luſt, jetzt aber iſt mir der Moment nicht der geeignetſte; wie iſt es mit dem Urlaub zu ſolcher Reiſe und laß ich mir ihn eventuell geben, oder ſchreibe ich, wenn ich reiſe, um ihn mir ex post zu erbitten? Die Reiſe kann höchſtens 4 Tage dauern.

Ihr getreueſter
D.

Zu Ihrem Geburtstage die allerherzlichſten Wünſche, ſo ernſt, wie es der Moment nur irgend fordern kann!

Nr. 180. Frankfurt, 5. März.

In Beziehung auf das, was Sie, liebſter Fr., mir neulich ſchrieben über das Wünſchenswerthe einer engern Verbindung zwiſchen Hannover und Holland, will ich Ihnen doch aus einem Geſpräche, das ich mit Scherff hatte, Folgendes mittheilen. Die Sache ging aus von Eiſenbahn-, Schifffahrts- u. dergl. Fragen, — das gab ihm Anlaß, darauf zu kommen, wie wünſchenswerth es ſei, daß man ſich zu einem liberaleren Handelsſyſtem bekenne — was ja auch im Intereſſe und Beſtreben Hannovers läge. Ich meinte, jetzt ſei nicht der Moment, dergleichen anzufaſſen, ſei aber überzeugt, daß man in Hannover eine engere Verbindung mit der Regierung im Haag ſowohl in politiſcher als commercieller und maritimer Rückſicht gern ſehen werde; die Verbindung ſei aber aus den Rückſichten der Sparſamkeit und des Jahres 1848 abgebrochen und werde ſich jetzt ſchwer wieder anknüpfen laſſen. Darauf proponirte mir Scherff: ich möge nach Hannover hin vorſchlagen, daß man wenigſtens über Frankfurt eine derartige Verbindung wieder anfange; Sie könnten mich ja beauftragen, ihm (Scherff) dieſe oder jene offiziöſe oder offizielle Eröffnung zu machen. Ich

[1]) Ermittlung einer Flottenſtation an der Nordſeeküſte betreffend.

nahm das ad referendum und will es denn damit berichten. Sie könnten ja einfach das Haager Cabinet über die Gründe Ihres Verhaltens in der D. Verfassungsfrage unterrichten, im Sinne der Note an Platen vom 24. Febr. erklären, daß Sie an den Verträgen von 1815 festhalten würden u. dgl. m. Da das Haager Cabinet für Limburg und Luxemburg (letzteres ist jetzt dem Interim beigetreten) mit Ihrer jetzigen Stellung haarscharf auf derselben Linie steht, so würde eine solche Mittheilung fast in der Ordnung sein, — einige freundliche Worte in der Depesche machen dann den Rest. Überlegen Sie es sich einmal.

Radowitz ist abgereist, hat dem guten Kübeck so sehr von seinen enthusiastisch-freundschaftlichen Gesinnungen für Oesterreich vorgeschwätzt, daß der darüber einen großen Brief an F. Schwarzenberg geschrieben hat, dessen sofortige Absendung zwar Rechberg verhinderte, der aber doch wahrscheinlich abgehen wird.

Haben Sie wohl Jürgens Buch[1]) gelesen? Können Sie nicht eine Recension desselben in der Hannov. Zeitung veranlassen; es wäre gut.

Ihr

D.

Nr. 181. Hannover, 6. März.

Für Ihren Brief vom 3., lieber Freund, meinen herzlichen Dank; er kam mir sehr gelegen, um die Stimmung zu verbessern, die eben nicht rosig war. Daran waren theils persönliche Verhältnisse Schuld, die mich den Druck meiner hiesigen Lage besonders fühlen ließen, die ja einmal allen meinen Neigungen und meinen gewiß bescheidenen Ansprüchen an das Leben geradezu widerspricht. — Dazu kamen allerlei äußere Anstöße. Namentlich ein Brief von Bennigsen, der natürlich in Wien nichts ausgerichtet hatte und dem F. Schwarzenberg deutlich gesagt hatte: Wenn Hannover sich nicht unterordnen wolle, da könne es auf Östreich in der Noth nicht rechnen. Das kann Hannover nun freilich unter keinen Umständen. Aber dergleichen regt dann doch den König auf und es fiel mir zu, ihm die Sache zu exponiren, wie ich denn neben Ständen und meinem die übrigen an Arbeitsmasse sehr übersteigenden Departement noch eine Art Minister des Auswärtigen in B.'s Abwesenheit spielen muß S. M. nahmen die Sache aber doch von der richtigen Seite. F. Schw. hatte zu Bennigsen wieder die Ansicht geäußert: Es existire in Deutschland gar kein Rechtszustand mehr, während die letzte Östr. Note noch auf das Pfordtensche P. M. provocirte, welches entschieden die Geltung des Bundesrechts anerkannte.

[1]) Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerks.

Darauf hat der K. nöthig gefunden, eine officielle Frage über dieſen Punct zu ſtellen; und das halte ich für gut. Man kann nicht gegen alle Verträge pp. angehen und wird ſich binden müſſen oder ſchweigen.

Dieſe Wiener Wirthſchaft iſt in der That nur unehrlich. Nachdem man uns auf das heftigſte gedrängt, dem Münchner Weſen beizutreten, nachdem man ſich ſelbſt dafür erklärt — kommt man, wie heute von München gemeldet wird, auf einmal darauf, die Sache ſolle Öſtreichiſch-Deutſcher Bund heißen. Das iſt denn doch auch in München zu viel geweſen, und man ſcheint in Wien davon abgegangen zu ſeyn. Bennigſen hat man in Wien noch aufgehalten unter dem Vorwande, Gf. Bernſtorff [1]) habe Depeſchen erhalten, die er zurück zu halten ſcheine, bis B. abgereiſet ſey. Wahrſcheinlich ſeyen ſie ſehr wichtig für Hannover. Da man aus allerlei mehr oder minder concludenten Thatſachen zu beweiſen ſucht, daß Preußen nur eine Theilung von Deutſchland wolle — weil man weiß, daß das hier gefürchtet wird — ſo fragte ich am Sonntag Gf. Bülow: Ob dergleichen Anträge nach Wien gemacht ſeyen, worauf er mir mit ſeiner mir durchaus unverdächtigen Gradheit erwiderte: Es ſeyen gar keine Anträge von Preußen nach Wien gemacht; wohl aber habe Gf. Bernſtorff vor c. 3 Wochen berichtet: Er glaube, Öſtreich werde ſich auch jetzt noch mit der Mainlinie begnügen.

Wir müſſen nun in unſerm Cours fortſteuern. Wunderbar genug ſcheinen die Schöpſe im Verwaltungsrath immer noch geglaubt zu haben, wir würden doch kommen und ſind nun doppelt wüthend. Hrn. Vollpracht, dieſen albernen, eingebildeten Dummkopf, kann ich mir völlig auf der Höhe ſeiner Gothaner Weisheit denken. Die Sache ſcheint in den Hanſeſtädten in Gang zu kommen. Die Oldenburger Miniſter ſind zu dumm; man muß dort ruhig zu Werke gehen. Ueber Caſſel ziehen wir Erkundigungen ein. Von Wien meldet man, auch Darmſtadt ſei bereit, abzufallen. Wiſſen Sie davon? — Ich möchte Bennigſen in dieſen Dingen etwas thatkräftiger wünſchen. Werde aber die Holländiſche Sache jedenfalls im Auge behalten.

Ueber die Ruſſiſchen Intentionen in Puncto Schleswigs iſt uns eine Note von Gortſchakoff mitgetheilt, die in der That ſehr ſtark iſt. Er übergiebt ſeine Vollmacht nicht, ehe nicht Bülow [2]) in Frankfurt angenommen iſt. Man kann daraus ſehen, wie ſchwach wir ſind und was uns bevorſteht, wenn wir dieſe Leute in die Deutſchen Sachen ſehen laſſen.

Bourguignon hat mir am Sonntag Ihren Brief an Bennigſen gebracht. Ich habe ihn eine Stunde lang endoctrinirt. Er war den Abend im Palais

[1]) Preußiſcher Geſandter in Wien.

[2]) Kammerherr von Bülow, däniſcher Geſandter für Holſtein und Lauenburg.

zu Ball und ſchien über den brillanten Hof verwundert. Der König war den Abend leider etwas unwohl; er wird ihn alſo nur kurz geſprochen haben.

Zur Stuttgarter Reiſe laſſen Sie ſich einen eventuellen Urlaub ertheilen und gehen dann, wenn es Ihnen paßt.

Somit leben Sie denn wohl. Für Ihren Geburtstagswunſch ſage ich Ihnen meinen herzlichen Dank. Für mich war der Tag peinlich. Meine Schweſter, eine 63jährige Frau, die ſehr an mir hängt, war hier, und ich konnte nur Augenblicke bei ihr ſeyn; das gehörte nicht zu den billigen Genüſſen. Es fällt einem dabei ſehr aufs Herz, wie man doch in dieſe Dinge gerathen iſt — wie die Sau ins Judenhaus.

Ihr
JCBS.

Nr. 182. Hannover, 15. März.

Ein Paar Mittheilungen, lieber Freund, kann ich Ihnen nicht vorenthalten. Erſt leider eine unangenehme, die Sie aber auch ohne meine Schreiberei wiſſen; nämlich der Abdruck Ihres Berichts vom 4. Februar in der Cölner Zeitung. Woher dieſer Verrath? Es iſt kaum möglich, daß er von hier komme. Dagegen hat Kneſebeck Abſchrift jenes Berichts erhalten, um ihn zu belehren; er wird ihn dort ſeinem Buſenfreunde v. d. Pf. nicht vorenthalten haben, und es könnte ein Bairiſches Paroli auf Ihre Mittheilung der dortigen Pläne ſeyn. Bennigſen wollte den Bericht abläugnen. Was denken Sie zu thun? [1])

[1]) Es mag über dieſes Vorkommniß, das in den nachſtehenden Briefen mehrfach erwähnt wird und das damals großes Aufſehen erregte, hier gleich Folgendes bemerkt werden. Nachdem ſchon am 5. März einige Blätter, u. a. die Weſerzeitung „durch Vermittlung eines Gothaer Freundes", in Stand geſetzt worden, den Wortlaut der Münchener Uebereinkunft, welche durch Schreiben der Geſandten von Bayern, Sachſen und Württemberg in Wien und Berlin vom 12. März den dortigen Kabinetten mitgetheilt wurde, zu veröffentlichen, brachte die Kölniſche Zeitung vom 14. März den Bericht vom 4. Februar, in welchem Detmold, wie auch ſein Brief von dieſem Tage an Stüve ergiebt, die von Letzterem in ſeinen Briefen vom 29. und 31. Januar hingeworfenen Gedanken aufgenommen und ausgeführt hatte, unter der Ueberſchrift: „Detmolds Bericht über die Lage Deutſchlands" an hervorragender Stelle zum Abdruck. Die Redaktion, indem ſie vorgab, das Schriftſtück aus Hannover erhalten zu haben, begleitete daſſelbe in einer Einleitung und einem Schlußwort mit boshaften Bemerkungen über Stüves und Detmolds politiſches Verhalten, wobei ſie übrigens zu wiſſen behauptete, daß auch König Ernſt Auguſt von dieſer Politik keineswegs erbaut ſei, vielmehr auf alle Pläne Oeſterreichs einzugehen wünſche, und Stüve und Detmold nächſtens verabſchieden werde. Detmold beſchränkte ſich darauf, als auch die Ober-Poſtamtszeitung Auszüge aus dem Aktenſtücke gebracht hatte, in dieſer Zeitung unter dem 20. März zu erklären, daß der Abdruck in der Kölniſchen Zeitung daſſelbe verfälſcht habe, indem ein ſehr weſentlicher Paſſus über die

Angenehmer ist die Lage unserer hiesigen Verhältnisse. Die Agitation gegen den K. hat beständig fortgedauert. Man stachelte ihn zu allerlei unangenehmen Äußerungen gegen uns, auf die ich in einer Soirée beim Kronprinzen am Dienstag noch ziemlich stark zu erwiedern mich gedrungen sah. Es ist die Weise, daß dergleichen nicht in Geschäftsverhandlungen, sondern in Gesellschaft angebracht wird, wo dann übel darauf einzugehen ist. Frau v. Grote [1]) schürte, hatte sogar die alte Gräfin Bennigsen geängstet, worüber der Sohn, wie billig, sehr aufgebracht war. Dazu kam nun unsere Ständeversammlung, in der Lang höchst erbärmlich und Grumbrecht höchst unbesonnen uns anzapfte, worüber ich sie denn so weit in Angst brachte, daß sie sich am Ende gern zurückgezogen hätten, wenn sie sich nicht — eine elende Folge dieses Partheiwesens — einer vor dem andern gescheut hätten. Also ließen sie sich abvotiren. Indeß hat die Sache unter ihnen selbst eine gewisse Angst hervorgebracht, die von anderer Seite noch geschürt ist, so daß es jetzt von uns abzuhängen scheint, wenn wir uns einstimmige Vertrauens-Vota wollen geben lassen. Die Opponirerei in anderen Dingen scheint wesentlich schwächer geworden zu seyn. — Was aber viel angenehmer, ist, daß der König sich nun besonnen zu haben scheint. Man hatte nämlich in Wien auf eine von Bennigsen dort gestellte Anfrage, ob Art. 8 der Münchner Convention eine offene Frage seyn solle [2]) — wie Fürst Schwarzenberg behauptet — zu antworten, machte darüber allerlei Winkelzüge, schickte den „Entwurf" einer Antwortsnote an Kreß, verbot ihm solche mitzutheilen und drängte indeß auf reine Erklärung

deutsche Frage weggelassen und an mehreren Stellen der Sinn durch Unterschiebung eines Wortes statt eines anderen geändert worden sei. — Es war dies die „abscheuliche Indiskretion", deren der Herzog von Coburg in seinen Memoiren (I. S. 517) mit dem Bemerken erwähnt, daß er in Folge derselben genöthigt worden sei, seinen Agenten von Elshaltz, „den ausgezeichneten und scharfen Beobachter der dortigen Dinge", der ihn auch in Stand gesetzt, die Verhandlungen der vier Könige und den Abschluß der Konventian bereits zu einer Zeit aufzudecken, wo die Sache noch ein tiefes Geheimniß bleiben sollte, aus seinem diplomatischen Dienst zu entlassen. Letzteres geschah auf Verlangen Hannovers, nachdem der Sachverhalt aufgeklärt war. Ueber diesen enthält ein Brief Stüves an seinen Bruder vom 3. August 1850 das Folgende: „Wir wissen nun auch die Quelle, durch die im Februar die Hannoverschen Aktenstücke über Berlin in die Cölner Zeitung kamen. Der Sachsen-Coburg-Gothaische Geschäftsträger zu München, Hr. v. Elshaltz, ein Affidé des Preußischen Gesandten, hat sie unserem Geschäftsträger in dessen Abwesenheit durch den Schreiber stehlen lassen. Wie gefällt Dir das? Die Beweise sind zur Hand." Vgl. auch den Brief an Detmold vom 5. August. — [1]) Staatsdame Gräfin Grote.

[2]) Es sollten darnach zur Nationalvertretung wählen Oesterreich 100, Preußen 100 und die übrigen Bundesstaaten auch 100, „gleichviel, ob Preußen und Oesterreich mit ihren Gesammtstaaten oder nur mit dem größern Theil derselben dem Bunde beitreten."

ohne Vorbehalt. Das ist denn dem K. — mit Recht — als Perfidie vorgekommen, und er will nun keine andere Erklärung geben, als die am 21/2. concludirte, sich auch bei weiteren Verhandlungen die Hand frei behalten.

Inzwischen knüpfen die Preußen, wie es scheint, bei Kleinem wieder an; namentlich in den Eisenbahnsachen, die sie vorlängst ganz von der Hand gewiesen. Der alte Smidt hat in Bremen mit seiner Staatenhauswahl Fiasco gemacht, und nun kam Duckwitz hieher, um allerlei Unterhandlungen anzuknüpfen, wobei denn den Herren gesagt ist, wenn sie sich bei der Klage am Schiedsgericht [1]) betheiligten (was sie meinten, thun zu können), so werde man ihnen das gedenken. Da mögen sie sich nun darauf besinnen.

Unsere Nachrichten aus Cassel ergaben, daß man sich dort nicht traut, sehr vorsichtig zu Werke gehen, es mit Preußen nicht verderben und Angriffe gegen uns vermeiden möchte. Man beneidet unsere neutrale Stellung. — Dagegen war von Braunschweig her ein Gerücht gedrungen — aber aus schlechter Quelle — der Herzog wolle, oder werde bearbeitet, seine Regierung auf Lebenszeit an Preußen abzutreten, was dann freilich ein sehr schlimmes Ereigniß seyn würde.

So stehen die Dinge allerdings noch ziemlich im Schwanken. Indeß, wenn jene Stimmung anhält, so werden wir wohl mit Ruhe fortarbeiten können. Von Erfurt ist, glaube ich, sehr wenig zu besorgen. Daß dort Gotha und Berlin sich in die Haare fallen werden, wird mehrfach geglaubt, und Bülow erwartet, daß die Sache sich in Mißtönen auflösen werde. Da am Ende die Schwarzweißen die Sache werden benutzen wollen, um die Preuß. Verfassung noch um etwas zu entdemocratisiren, so ist das wahrscheinlich. — Ist das der Fall, dann ist freilich gar keine Noth dabei.

Der Präsident des Bundesschiedsgerichts hat an unsere Schiedsrichter, die ihm den Austritt angezeigt, erwiedert: er betrachte sie fortwährend als Mitglieder des Collegii, welche Albernheit denn in der That der Sache die Krone aufzusetzen geeignet ist.

Ich habe dieser Tage Jürgens Buch durchgelesen. Schade, daß es zu weitschichtig und unübersichtlich ist; Thatsachen, Relation und Betrachtungen vor- und rückwärts durcheinander gearbeitet. Doch giebt das Ganze einen ziemlich guten Ueberblick über die Entwicklung der Kaiseridee, das

[1]) Am 8. März war im Verwaltungsrath beschlossen, gegen Hannover wegen seines Rücktritts Klage zu erheben.

Clubsunheil u. ſ. w. Ich denke, es in dieſem Sinne in der Hann. Zeitung ſelbſt anzuzeigen. [1])

In dieſen Tagen wird hier großer Spectakel getrieben, um das 60jähr. Militärjubiläum des Königs zu feiern. Würde klüger unterlaſſen; aber die Weibsleute!

Somit ſage ich Ihnen denn Adieu. Schreiben Sie bald.

Ihr

JCBS.

Nr. 183. Frankfurt, 18. März.

Ich würde Ihnen, th. Fr., ſchon früher geſchrieben haben, wenn mich nicht ein Unwohlſein, zu welchem Aerger über die Publikation meines Berichtes vom 4/2. beigetragen haben mag, einige Tage lang ſtark verſtimmt hätten. So nun knüpfe ich an Ihren Brief vom 15., der mir geſtern Abend zugekommen, an, und muß Ihnen in Beziehung auf jene widerwärtige Angelegenheit ſagen, daß meine Vermuthungen über den Urheber ſofort einen ganz ähnlichen Weg genommen haben, wie die Ihrigen; ich würde nicht darauf gekommen ſein, wenn ich nicht durch die Sendung des Würtembergſchen Agenten um den 18. Februar herum auf jene Spur gewieſen worden wäre. Ich habe Ihnen damals darüber geſchrieben. Damals gab der König von W. mir die Wendung in der Hannoverſchen Politik Schuld, von der zu jener Zeit in dem größeren Publikum noch nicht das Allergeringſte bekannt geworden war. Sind Ihre Vermuthungen richtig, ſo hat man nicht ſowohl ein Paroli auf die Blittersdorffſche Veröffentlichung, die nur den Herrn von Xylander verdroſſen, weil der von den Dingen nichts erfahren hatte, biegen wollen, als überall nur der Hannoverſchen Politik eins anhängen. Das etwa über den Urheber und deſſen Abſichten; die Frage was nun zu thun möchte ich einfach dahin beantworten: Gar nichts, — am wenigſten den Bericht ableugnen. Die Sache iſt allerdings ſehr unangenehm, vorab aber doch nur oder wenigſtens hauptſächlich für mich. Indeſſen iſt ſie in keiner Weiſe weder für die Hannoverſche Regierung noch für mich kompromittirend. Der Bericht enthält nichts Perſonelles, nichts eigentlich im ſchlimmen Sinne Diplomatiſches — nur Anſichten und Grundſätze — und zwar ſolche, die ich — wie ja auch in der Kölniſchen Zeitung bezeugt — immer gehegt und offen ausgeſprochen habe. Daß Vieles darin gegen den Oeſterreichiſchen, Bayriſchen pp. Strich geht, mag ſein, deſto beſſer; dann

[1]) S. Stüves Aufſatz „Frankfurt zur Lehre für Erfurt“ in Nr. 68 der Hann. Zeitung vom 18. März. Der Artikel enthält eine ſcharfe ſummariſche Kritik der Frankfurter Vorgänge vom Vorparlament bis zur Kaiſerwahl.

ſehen die Leute, daß man den Berliner Dingen entgegen ſein kann, ohne darum durch dick und dünn des Leopold-Ordens wegen Oeſterreichiſch zu ſein —, und daß man den Schwarzenbergſchen Plänen abhold ſein kann, ohne darum von Radowitz gewonnen zu ſein. Da ich für meine Anſichten und Äußerungen obendrein Niemandem verantwortlich bin als meiner Regierung, ſo mögen, wenn ſie dieſer recht ſind, ſie andern Regierungen und Individuen ſoviel mißfallen als ſie wollen. — Sie ſehen, liebſter Fr., ich ſuche der unangenehmen Geſchichte die beſte Seite abzugewinnen. Die hieſigen Diplomaten ſind zum Theil über die Sache ſehr erſchrocken und danken Gott, daß es ihnen nicht begegnet; das luſtigſte aber iſt, daß, wie Tallenay mir erzählt, Allen die Depeſche ſo imponirt, daß dagegen alle andere Rückſicht zurücktritt — ein Beweis für die Miſere der hieſigen Diplomatie. Doch genug und übergenug von dieſer unangenehmen Geſchichte; ich bitte Sie nur, liebſter Fr., mit Gr. Bennigſen in obigem Sinne reden zu wollen, damit nichts geſchieht, was den Dreck noch breiter treten könnte.

Von hieraus iſt Nichts zu berichten. Ich habe in den letzten 8 Tagen verſchiedentliche Geſpräche mit den fremden Diplomaten, L. Cowley, Tallenay, Fürſt Gortſchakoff u. a. gehabt, meiſt auf den Däniſchen Krieg bezüglich; Cowley ſchien beſorgt, Tallenay desgl., Gortſchakoff, wenn er nicht aufſchnitt, dagegen ſehr ruhig und ſicher, daß die Sache ſich jetzt arrangiren werde. Ich ſinge den Herrn fort und fort das Lied, daß ſo lange die Gothaſche Parthei noch einen Finger rühren könne, es nicht zum Frieden kommen werde. Das iſt auch meine feſte Überzeugung, und will Preußen Frieden wie es muß, ſo muß es ſich erſt der Gothaner entledigen. Radowitz ſcheint hier mit Gagern einen Handel gemacht zu haben, wonach die Gothaner, namentlich im Anfang, milde auftreten und patte de velours machen werden; ſeinerſeits ſcheint er dafür Zuſicherungen in Betreff der Schleswigſchen Sache gegeben zu haben. Bülow iſt übrigens fort oder geht in dieſen Tagen, und ebenſo kehrt Gortſchakoff vorläufig nach Stuttgart zurück. Dort werden die Dinge nun auch bald zur Entſcheidung kommen, des Königs Thronrede [1]) iſt ein ſehr heftiges Zugpflaſter und das Erſte Symptom des wieder erſtarkenden Selbſtgefühls der Deutſchen Fürſten. Die Rede iſt, wie ich höre und gern glaube, vom König ſelbſt verfaßt, der ſehr viel Fähigkeit und Scharfblick, aber durchaus keinen ſittlichen Standpunkt hat. Er hatte den Würtemberger Staatsanzeiger aus ſeiner Privat-

[1]) Die am 15. März gehaltene Thronrede des Königs von Württemberg enthielt ein ſehr ſcharfes Urtheil über die preußiſche Unionspolitik, worauf der preußiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten in einer Note an den württembergiſchen Geſandten von Hügel in ebenſo ſcharfem Tone antwortete, und den Geſandten in Stuttgart abberief.

kasse eingerichtet; der Redakteur hat aber glaub ich die Allerhöchsten Artikel etwas verschnitten oder nicht recht entziffern können (sie sind meist mit Bleistift geschrieben), und deshalb hat der König denn jetzt die Ulmer Chronik angekauft, die vom 1. März an als: Deutsche Chronik[1]) erscheint.

Da kommt mir eben die 2. Ausgabe der No. 66 der Köln. Zeitung mit neuen Publikationen zu; sie sind aus Hannover datirt — ich glaube aber nicht, daß dort der Verräther sitzt, obgleich ich wirklich keine Ahnung habe wo er zu suchen. Das Schlimmste an diesen Dingen ist das Gefühl der Unsicherheit. An Briefverbrechung glaube ich nicht, obgleich von mancher Seite her mir versichert wird, das werde jetzt stärker betrieben als je. — Ist es denn wahr, daß F. Schwarzenberg jetzt sein uneheliches Kind vom 27. Febr. bereits anerkannt hat? ich kann's mir nicht denken — denn hätte er's sobald anerkennen wollen, so wäre er damals gleich beigetreten. Der Moment ist über alle Begriffe widerwärtig und ängstlich — doch was sage ich Ihnen das, der Sie's gewiß tausendfach empfinden und nun noch die Stände auf dem Halse haben! Ihr

D.

Es wird Sie wahrscheinlich ein Mr. Rio aus Paris aufsuchen, um Ihre Bekanntschaft zu machen — ich weiß nicht, ob ich Ihnen denselben schon angekündigt habe. Es war mir interessant zu hören, wie der Mann in einer Gesellschaft von Ihnen erzählte und wie er durch eine kleine Broschüre von Ihnen (der Brief an Ihre Wähler vom Juli 48) mehr über Deutschland gelernt habe als aus allen andern Büchern und Reden u. s. w., er habe sich von der Duchesse de Valmy Empfehlungen an Bennigsen geben lassen, um durch den bei Ihnen eingeführt zu werden. Ich kam nicht dazu, ihm einige Zeilen zur Introduktion mitzugeben. Er ist ein sehr wackerer Mann, französischer Ultramontaner, von der französ. Regierung nach Erfurt geschickt, um von dort Berichte abzustatten, er hat ein sehr gutes Buch sur l'art chrétien geschrieben, wie er denn überhaupt ein gründlichster Kenner dieser Dinge ist.

Mit Gortschakoff habe ich mehrfach ausführlich über die Situation gesprochen und ihm manche Gesichtspunkte beigebracht, die für ihn von Interesse waren. Namentlich habe ich ihn auch auf die Stellung Oldenburgs aufmerksam gemacht, gewissermaßen als Gewölbeschlüssel des Preußischen Bundesstaats; falle das heraus, müsse Preußen den Plan, der doch nur auf ein Norddeutschland unter Preußen berechnet sei, aufgeben. Oldenburg aber werde gegen seine Interessen und die Wünsche der Bevölkerung nur

[1]) Nicht zu verwechseln mit der in diesen Anmerkungen öfter citirten in Berlin erschienenen Deutschen Chronik.

gehalten durch die ihm beigebrachte Furcht, Hannover wolle es ſchlucken, und jetzt durch die Cajolerie mit der Flotte. Erſterem, jener albernen Furcht, könne entgegengewirkt werden u. ſ. w.

Nr. 184. Frankfurt, 25. März.

Zunächſt will ich Ihnen, theuerſter Freund, zu der Wiederkehr des 22. März gratuliren. Da ich weiß, daß Sie ſich zwei Jahre geſetzt hatten als längſte Zeit, ſo hatten die jüngſt in den Zeitungen umlaufenden Gerüchte von Ihrem Austritt aus dem Miniſterium für mich diesmal eine ernſte Bedeutung. Sie haben die Ruhe, nach der Sie ſich ſehnen müſſen (man braucht nur einen Blick in die Cammer-Verhandlungen zu werfen, um das natürlich zu finden) reichlich verdient, aber ich glaube, Sie müſſen noch eine Weile ausharren. Daß aber von verſchiedenen Seiten daran gearbeitet oder vielleicht richtiger gewünſcht wird, Sie möchten austreten, bezweifle ich nicht. — Merck aus Hamburg, der in mancherlei Verbindung mit Hannoverſchen Gutsbeſitzern, Beamten pp. ſteht, bekommt darüber bisweilen Allerlei zu hören und berichtet mir das dann. Grimmig ſind die Junker, weil ihnen die 1. Cammer verloren gegangen, zumal ſeit der Preußiſchen Botſchaft vom 7. Jan., — ferner der Althannoverſche Beamten-Weichſelzopf, weil die Geſetze über Organiſation der Ämter, Öffentlichkeit und Mündlichkeit u. ſ. w. ihre bisherige Stellung umwerfen, — endlich die Demokraten, weil Sie 1848–49 den Umſturz verhütet. Und die Maſſe der Nation, auf die Sie ſich ſtützen, bei uns Gottlob ſind die Beſſeren noch die Maſſe, iſt leider der Theil, der ſich um Nichts bekümmert und höchſtens leere Klagen hat, wenn er einen Verluſt empfindet, den zu verhüten er zu apathiſch iſt. Summa der Elegie aber iſt, daß Sie noch um jeden Preis feſthalten müſſen —; die Criſis hat begonnen, die müſſen Sie erſt zu Ende führen und jetzt das Schiff nicht ohne Steuermann laſſen. — Daß Preußen ſich mit Oeſterreich einigen werde und zwar auf der Baſis der Münchener Übereinkunft, zweifle ich nicht. — Preußen wird in Allem nachgeben, wenn es das unter irgend einer Form erhält, woran es ihm vor Allem, woran ihm einzig und allein liegt — Hannover, d. h. die Nordſee und die Niederungen der Elbe, Weſer pp. Ich habe darüber in der letzteren Zeit wieder andeutende Mittheilungen bekommen, die mir die alte Beſorgniß wieder recht lebendig machen. Ob man in Wien den Satz vollſtändig begreift und überſieht, daß Oeſterreichs Stellung in Deutſchland weſentlich bedingt iſt durch die Stellung Hannovers, das weiß und glaube ich nicht; ich predige ihn allen Oeſterreichiſchen Diplomaten hier, aber das ſind keine Leute, die einwirken können. Wenn man nun in Wien die Einſicht in die Verhältniſſe und damit den Schutz nicht findet, den

man braucht, dann bleibt noch übrig, daß man möglichſt ſich ſelbſt zu ſchützen ſucht. Und da komme ich wieder auf die alte Geſchichte: engeres Aneinanderſchließen der Nordſeeſtaaten. Wenn je irgendwo, ſo iſt hier ein ſolches indicirt, wo alte Gemeinſamkeit des Stammes (Alles was plattdeutſch redet) Gemeinſamkeit der Intereſſen, die geographiſche Lage u. ſ. w. u. ſ. w. dafür ſprechen: Hannover, Holland, Oldenburg, die Hanſeſtädte, Holſtein, Lauenburg, vielleicht auch Mecklenburg. Es würde das eine Staatengruppe, die durch ihre Lage, ihre Gränzen, ihren Reichthum u. ſ. w. ein großes Gewicht in die Wagſchaale werfen würde bei der Conſtituirung Deutſchlands. Der Moment aber, meine ich, iſt jetzt gekommen, ja vielleicht iſt es der letzte —; Preußen wird Alles, Alles anwenden, Hamburg und Bremen, namentlich das Erſtere, zu halten, und daß man Oeſterreichiſcher Seits ſo verblendet war, auf kein Staatenhaus einzugehen, erleichtert Preußen das Spiel weſentlich; man ſehe nur wie die Hanſeſtädte in der Additional-Akte [1]) cajolirt werden. Geben Sie Hamburg, das Preußen nur ungern folgt, denn es weiß, was ihm das am Ende koſten wird, die Möglichkeit, durch Anſchlüſſe an Hannover und ſeine andern Nachbarn, die mit ihm gleiche Intereſſen haben, dieſe kräftig gewahrt und vertreten zu ſehen, ſo wird es ſich ſicher zu Ihnen wenden. Dieſe Gruppe muß den ganzen Seeverkehr Deutſchlands in der Hand haben. Von Hamburg geht in dieſen Tagen (was ich im Vertrauen mitgetheilt erhalten habe und ſo weiter mittheile) Heckſcher nach Wien, nur ganz auf eigene Hand, um Schwarzenberg auf die Hamburgſchen rectius Deutſchen Intereſſen aufmerkſam zu machen; das wird nichts helfen —; engeres Anſchließen kann hier allein retten. Auf welchen Baſen — das werden Sie dort am beſten überſehen, ich kann mir denken, daß vielleicht einige Gefahr für unſer Einkommen-Budget zumal aus den indirekten Steuern entſteht, allein auch das wird ſich jenen großen Intereſſen gegenüber arrangiren laſſen. Aber geſäumt dürfte nicht werden. Es ſind das Exiſtenzfragen, die in dieſem Augenblicke zur Entſcheidung kommen und deshalb ſchwerer wiegen wie alle Organiſation. Daß Oldenburg im Bündniſſe wackelt, kommt da ſehr zu Statten, und kann beſtens benutzt werden.

Seien Sie mir nicht böſe, liebſter Fr., daß ich Sie in Ihrer jetzt ſo bedrängten Zeit und Stimmung noch mit meinen politiſchen Phantaſien plage, und dazu in meiner ungeſtümen Weiſe; allein ich habe allen Grund zu fürchten, daß wir zu ſolchen Dingen nur noch wenig Zeit übrig haben.

---

[1]) Vgl. den Entwurf derſelben, wie er im Verwaltungsrath am 26. Februar angenommen, Deutſche Chronik 1850, I. S. 70.

Gestern ist hier mit seinem ganzen Personal der Herr v. Sydow aus Stuttgart[1]) angekommen, ein alberner Pedant; er hat das komische Unglück gehabt, der Gute, daß er nichts ahnend der Eröffnung der Ständeversammlung beigewohnt hat und nun die ganze Thronrede über den Kopf gegossen erhalten hat. Dabei will ich aber notitiae causa gleich erwähnen, daß Gortschakoff uns hier schon einen Tag vor Eröffnung der Stuttgarter Versammlung auf die Thronrede des Königs als auf ein événement aufmerksam machte. Es ist kein Zweifel, daß dem Kaiser von Rußland die Berlin-Erfurter Sauerei jetzt zuviel wird. Das fühlen die Preußen auch, und einzelne Äußerungen (die zum Theil auch bereits ihren Weg in die Zeitungen finden) sind in dieser Beziehung charakteristisch.

Wie nun Oesterreich weiter vorangeht, bin ich sehr begierig zu sehen; wenn Preußen entschieden sich weigert, bleibt O. nichts anderes übrig, als die Stimmen des Direktoriums, soviel ihrer zu haben sind, nach Frankfurt zu berufen, provisorisch einzusetzen und weiter zu verfahren. Das ist dann freilich der Bruch — aber dahin wird Pr. es auch eben nicht kommen lassen. Jedenfalls ist durch die Münchener Übereinkunft und Oesterreichs Beitritt des letzteren Stellung in possessorio wesentlich geändert und gebessert; während noch vor wenig Wochen die Prolongation des Interims eine Concession Seitens Preußens war, ist sie jetzt eine Concession Seitens Oesterreichs. Daß man immer und immer wieder auf die Bundes-Akte zurückgedrängt werden wird, bezweifle ich nicht; und das lustige ist, daß jemehr Gesandte Preußen von einzelnen Deutschen Höfen abruft, desto mehr eben für Preußen dieses Zurückgedrängtwerden auf die B.-A. unvermeidlich ist.

Ich bin daher begierig auf Nachrichten aus Hannover; hier zweifelt man keinen Augenblick am Beitritt zum 27. Febr. und Reinhard wollte sogar schon vor einigen Tagen wissen, der Beitritt würde am 22. März erfolgen.

Heute schicke ich Gortschakoffs Instruktion an Bennigsen.

Ganz der Ihrige

D.

Nr. 185. Hannover, 27. März.

Noch bin ich Ihnen die Antwort auf Ihren Brief vom 18. schuldig, lieber Freund, und erhalte nun schon den zweiten vom 25. Also eile ich meine Schuldigkeit zu thun. Zuerst also die unerfreuliche Nachricht, daß seit etwa 8 Tagen der König in Folge der thörichten Strapazen am Jubi-

[1]) Der dorther abberufene preußische Gesandte.

läum, und der Aufregung, in die man ihn versetzt, krank ist. Zwar ist das Uebel gehoben, aber ein bedenkliches Sinken der Kräfte eingetreten. Noch ist keine Gefahr; aber in dieser Jahreszeit und bei diesem Alter ist ja für nichts zu stehen. Die Stimmung über unsere Politik scheint sich gebessert zu haben. Die Oldenburger Sache, die Russische Note an Preußen, die Äußerung Schwarzenbergs in einer Depesche an Prokesch, daß er das Münchener Project selbst für ungenügend und in einigen Punkten für unpassend halte, mag dazu beigetragen haben — es ist in parenth. ein schönes Zeugniß für die Ehrlichkeit der Bestrebungen, uns in die Sache hineinzudrängen. Die Antwortsnoten nach Wien sind Ihnen hoffentlich mitgetheilt. Der K. scheint uns haben mürbe machen zu wollen. Daran ist aber eben nicht wohl zu denken; obwohl es die Geschäfte unangenehm hemmen könnte, da wir Budget und Eisenbahn noch an die Stände zu bringen haben. —

Was sonst die Inneren Verhältnisse angeht, so ist die Junker- und Beamten-Reaction stark im Schwange, natürlich auf jene Dinge gestützt, und durch einige ständische Mißgriffe gefördert z. B. die Beschlüsse der 1. C. über die Jagd. Alles hofft aber auf eine Spaltung unter uns. Haben auch schon an Düring geschrieben, er werde doch nicht so dumm seyn, mit uns abzugehen. Ein Ministerium scheinen sie nicht zu haben, wenn auch Wedel [1]) und Kielmannsegge [2]) sehr bereit wären, in eins einzutreten. Man kann den größten Theil dieser Herren für immer unbrauchbar machen, sobald man die Vortheile, die sie sich verschafft, ans Licht zieht. Lütckens kahler Sand in der Elbe, Voß Wilhelms-Plate in der Weser, Kielmannsegges Pacht des Fickmühlenteichs und allerlei Geldgeschäfte, überhaupt die Art und Weise, wie man sich mit den Ablösungscapitalien geholfen; es ist Schmutz. Im Kronprinzlichen Palais scheint man übrigens mit der Politik dieser Seite (aus Erbitterung über Fr. v. Grote) nicht einverstanden und unser Bleiben sehr zu wünschen, zumal wir entschlossen sind, die Regierungsfähigkeit zu behaupten. —

In den Ständen stehts gut. Es ist nur zu bedauern, daß in der 1. C. das Bauernelement die Junker gänzlich verdrängt hat. Einige wären dort sehr gut. Vielleicht geben die bevorstehenden Wahlen im Hildesheimschen das. Für die Osnabrückschen kleinen Städte kommt Staffhorst [3]). Dort haben jetzt die Conservativen ganz gesiegt. Grumbrecht, der für Hantelmann eingetreten, scheint conservativ werden zu wollen. Röben [4]) ist dagegen

[1]) Graf Wedel, vor 1848 Kultusminister.

[2]) Graf Eduard Kielmannsegge, früher Finanzdirektor, später Finanzminister im Ministerium von 1855. — [3]) Dr. jur. in Iburg, Stüves alter Freund.

[4]) Advokat aus Dornum in Ostfriesland.

ein leeres Subject. Einſtweilen habe ich Provinzialverfaſſung, Landdroſtei- und Amtsordnung in 2. C. fertig, ebenſo wie die Gerichtsorganiſation in 1. — mit einiger Gehaltsreduction. Die Landgemeinden halb. Die Democraten wagten gar nicht mal, ihr allgemeines Stimmrecht zu Markt zu bringen. Das iſt aber das Hauptſtück in der ganzen Sache. Ich möchte auch wiſſen, wie Wedel pp. ſich dazu ſtellen wollten. Die Exemtion ſind ſie ohnehin los. Aber freilich der Kern dieſer Clique, die Familie Platen, hat von jeher im Lande wenig. Sie ſehen, an Muth fehlt mirs nicht, und ich habe auch noch was zu halten. Doch war mir der 22. kein erfreulicher Tag, und oft denke ich mit wahrer Sehnſucht an den Rückzug und an Osnabrück.

Was nun die große Politik angeht, ſo iſt der Durchbruch in Oldenburg ſehr erfreulich, befeſtigt Bremen und wird cultivirt werden. Die Mittheilung für Scherff liegt leider noch ſtill, eben weil S. M. zu keinem feſten Entſchluſſe haben kommen können.

Die eigentliche Complication wird übrigens jetzt ohne Frage in der Däniſchen Sache eintreten. Die Ruſſiſche Note [1]), die Preußen ſeine Zweizüngigkeit ſo ſcharf vorhält, die Gefahr des allgemeinen Krieges ſo nahe zeigt, iſt hier wahrlich bedeutend, und Ihre Notiz über die Kunde Gortſchakoffs von den Würtemberger Heftigkeiten iſt dabei nicht außer Augen zu laſſen. Preußen dagegen mit der brutalen Note an Hügel, mit der von Bennigſen am Sonnabend verabredeten Lüge über Bülows Abberufung [2]), mit der unwahren Abläugnung jener Ruſſiſchen Note, mit dem gemeinen Angriffe der Deutſchen Reform auf das Münchner Project kann in dieſer Stellung unmöglich bleiben. Erfurt wird ihm keinen Troſt gewähren, wohl aber Schwierigkeiten machen, und ich zweifle ſehr, daß ihm alle dort treu bleiben. Die Additionalacte könnte trotz der bloc-Annahme große Schwierigkeiten erregen. Das Schlimmſte aber wäre irgend eine Einmiſchung in die Däniſche Sache, die doch ſehr wohl möglich wäre. Hätte der Fürſt Schwarzenberg in ſeinem Hochmuth den kleinen Fürſten gegenüber nicht den

[1]) Der Wortlaut der Note an den preußiſchen Geſandten in St. Petersburg liegt nicht vor. Es verlautete, daß ſie dem Zweifel an dem ernſtlichen Willen Preußens den Frieden herbeizuführen, Ausdruck gegeben und angedeutet habe, daß man in gewiſſen Fällen Dänemark Schutz angedeihen laſſen werde.

[2]) Der preußiſche Geſandte Graf Bülow hatte am 7. März mündlich die Anzeige gemacht, daß er die Weiſung erhalten habe, ſeinen Poſten in Hannover bis auf Weiteres zu verlaſſen. Motive dieſer Weiſung waren dabei nicht angegeben. Eine Cirkulardepeſche an die preußiſchen Geſandtſchaften vom 13., welche aber nach Hannover nicht mitgetheilt wurde, gab dann als Grund den Rücktritt Hannovers vom Maibündniß an. Graf Bennigſen theilte auf Interpellation am 23. März in Erſter Kammer dieſen Sachverhalt mit, unter Hinweis darauf, daß eine förmliche Abberufung des Geſandten nicht erfolgt ſei.

ganz unzurechtfertigenden Fehler begangen, das Staatenhaus wegzuwerfen, so würde schon jetzt die Sache viel anders stehen. Der Vortheil, den ihm nach Ihrer scharfen Bemerkung das Münchner Project unzweifelhaft bringt, wäre dann noch unendlich größer. — Aber die Bundesacte auch freilich viel viel näher. Und daß wir dahin müssen, ist mir gar nicht zweifelhaft. — Daß man dort glaubt, wir würden beitreten, macht mich lachen. Da wären wir ja rechte Esel, uns erst wie die Jungfern zu sperren und dann doch — — — Nein so geht das nicht.

Was die Geschichte von den „gestohlenen Briefen" angeht, so ist so viel gewiß, daß die Sachen an Dumont [1]) selbst und zwar von Berlin gekommen sind. Unsere Vermuthungen haften noch immer an München. Wahrscheinlich haben die Preußen sie dort stehlen lassen, da Herr von Knesebeck eben nicht sehr vorsichtig zu seyn scheint. Wir werden aber schon der Sache näher kommen.

Doch ich muß schließen. Leben Sie wohl und feiern Sie ein fröhliches Fest.

Ihr
JCBS.

Nr. 186. Frankfurt, 2. April.

Ihrem Briefe vom 27/3. hatte ich diesmal mit rechter Ungeduld entgegengesehen; hinsichtlich vieler Dinge (Minister-Crisis, Anschluß an die Übereinkunft vom 27/2., die hier allgemein behauptet wurde) hat er mich nun beruhigt, beunruhigt dagegen durch die Nachricht über das Befinden des Königs. Gott gebe, daß die Gefahr für diesmal noch vorübergehe, wenigstens bis unsere Deutschen Verhältnisse einigermaßen wieder geordnet sind und die durch ein solches Ereigniß hervorgerufenen Fragen und Bewegungen eine legale Bahn erhalten, in der sie verlaufen können. — Von hieraus ist nun, wie Sie sich denken können, gar Nichts zu melden; denn Frankfurt ist in diesem Augenblicke der neutralste und den diversen Retorten, worin die Deutschen Dinge gekocht werden, am fernsten liegende Platz. Nur die Eine Notiz will ich doch mittheilen, falls sie Ihnen nicht schon sonst zugekommen, daß die beiden Hessischen Höfe, die sonst in der Regel sehr schlecht miteinander stehen, sich einander genähert haben und sich zu einigen suchen über ihr Verhalten gegen Preußen; von Cassel ist Baumbach nach Darmstadt, von dort Dallwigk [2]) nach Cassel geschickt worden. Fällt Kurhessen noch aus dem engern Bundesstaate heraus, so ist der freilich selbst auf dem Papiere — mit der nicht dazu gehörenden Linie von der Nordsee bis Frankfurt — zu Ende. Vielleicht würde Preußen dadurch einen Rück-

[1]) Eigenthümer der Kölnischen Zeitung.

[2]) Frhr. von Dalwigk, Direktor des Ministeriums des Innern.

zug erhalten, den Oesterreich, weil es die Dinge so weit hat kommen lassen, ihm jetzt verschaffen muß. In Darmstadt ist man sehr entzückt über des Königs Antwort auf die Darmstädter Entschuldigungen wegen der Lepelschen Dummheiten. Noch bemerke ich von dortigen Dingen, daß dem zum Staatenhause designirten Eigenbrodt („meinem Freund" wie Gagern ihn einst in einer Proclamation vom April 48 genannt) vom Großherzog ein Programm über sein Verhalten abgefordert wurde; als darin die en bloc Annahme sich fand, für die E. stimmen wollte, mußte er, „wegen persönlicher Gründe", wie die Deutsche Zeitung sagt, die Wahl ablehnen.

In den letzten Tagen hab ich Kübeck und Schönhals mehrfach gesehen; wie wenig diese Herren von Wien aus erfahren, ist ganz unglaublich. Über die Prolongation des Interims wird, soviel hier versichert wird, noch nicht verhandelt. Es ist das ein Punkt, über den vielleicht Sie gerade, da Sie sich Oesterreich nicht zu eigen gegeben, in Wien anfragen könnten, weil man doch die Einwilligung zur Prolongation haben muß, und den beiden Großen das Recht der Kleineren nicht oft genug ins Gedächtniß rufen kann. Ich hab über die Sache mit Kübeck und Schönhals gesprochen und bin der Ansicht, daß O. absichtlich von dieser Frage schweigt, um sie brennend werden zu lassen; Preußen aber kann sie nach seiner Stellung nicht anregen. Ich rieth Kübeck, wenn seine Ansicht irgend Eingang habe, dringend darauf zu halten, daß das Wiener Cabinet das Plenum einberufe behuf einer Revision der Bundes-Verfassung; diese an die Einzelnen gestellte Aufforderung werde den Kleineren Lust und Muth machen, sich von Preußen loszureißen. Daß Kurhessen, Hamburg und mehrere andere auf die Aufforderung eingehen würden, sei außer Frage. Weigere Preußen und die Mehrzahl seiner Verbündeten darauf einzugehen, so müsse das Wiener Cabinet mit Einberufung des Direktoriums drohen, nöthigenfalls auch vorangehen. Wenn dann gleichzeitig das Interim abliefe, werde Preußen selbst schon auf die Bundes-Verfassung greifen —, schon um des Bundes-Eigenthums willen. K. (der nur leider von den deutschen Dingen nicht die allergeringste Idee hat) hat sich diese Ansicht auch nach und nach angeeignet und erzählte mir noch gestern, daß sie Preußen so ernsthaft erklärt hätten, sie würden ihm an der Flotte nicht die allergeringste Bevorrechtigung einräumen, und daß sie Seitens der Comission alle Anordnungen so sehr in diesem Sinne getroffen, daß er wenigstens die Wichtigkeit des Bundes-Eigenthums für die Frage begriffen hat. Freilich bleibt die Flotte am Ende doch nur ein sehr bequemes Objekt für Concessionen. In dieser Beziehung aber komme ich wieder auf die Nothwendigkeit zurück, daß Sie sich im Nordwesten eng schließen. Schicken Sie doch Witte einmal nach Hamburg pp., um für dergleichen auf den Zahn zu fühlen.

Die Preußiſchen Zeitungen renommiren jetzt, daß Preußen das „weſtliche Bündniß“ wie ſie ſich zart ausdrücken, in Unterhandlung genommen. Daß man Franzöſiſcherſeits an ſo etwas nicht denkt, weiß ich auf das beſtimmteſte; Perſigny[1]) hat Befehl, ſich ſo neutral wie irgend möglich zu halten.

Daß die ſtändiſchen Dinge ſo gut gehen, macht mich recht glücklich, und Staffhorſt's Eintritt iſt in dieſer Beziehung ein großer Gewinn. Wie kommt aber nur Celle dazu, ein ſolches Demokraten-Neſt zu ſein?

Von der Antworts-Note nach Wien hab ich keine Abſchrift bekommen, wie überhaupt in letzter Zeit nichts von dergleichen, was mir um deßwillen leid iſt, weil es wie eine ſtille Vorſicht und Vorwurf wegen meiner Depeſche vom 4. Febr. ausſieht. Der Ihrige

D.

Nr. 187. Hannover, 4. April.

Die gegenwärtigen Zeilen ſollen Ihnen bloß melden, lieber Freund, daß ſich die Geſundheit des Königs wieder weſentlich gebeſſert hat. Nachdem er einige Tage allerdings ſehr an Huſten und Schleimauswurf gelitten, und dann ſehr matt war, iſt er ſeit Ende voriger Woche wieder recht wohl. Ich bin am 1. Oſterfeſte Abends eine Stunde bei ihm geweſen, habe ihn ſehr freundlich und aufgeräumt getroffen. In den Geſchäften iſt er aber noch grämlich.

Die heutige Hann. Zeitung wird Ihnen genügende Auskunft über die Verhandlungen geben.[2]) Fürſt Schwarzenberg hat geſagt, er werde auf unſere letzte Erklärung nicht antworten; tant mieux. — Mosle hat ſeine Stelle niedergelegt, oder will es. — Soviel für heute.

Ihr

JCWS.

Nr. 188. Frankfurt, 4. April.

Vor einigen Tagen erhielt ich die Notiz, daß in Caſſel in der nächſten Zeit bedeutende Entwickelungen bevorſtänden. Da gewiß nirgend in der Welt mehr wie hier in Frankfurt Lügen u. dgl. ausgeheckt werden, und ich lieber gar nicht berichte, als bloße Gerüchte (weshalb ich Sie denn auch bitte, gelegentlich gegen S. Majeſtät mein Schweigen entſchuldigen zu wollen), ſo habe ich auf jene Nachricht keinen Werth gelegt. Nun aber iſt der Kurfürſt mit ſeiner ganzen Familie angekommen, um 14 Tage hier zu

[1]) Geſandter in Berlin.

[2]) Abdruck des Schreibens vom 3. April an die Ständeverſammlung, die dermalige Lage der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit betreffend. S. oben S. 349, Anmerkung 4.

bleiben, und das ſieht denn beinahe aus, als wäre an obiger Notiz etwas, — die ich Ihnen alſo zukommen laſſe, weil es vielleicht Intereſſe für Sie hat, die Augen im Voraus darauf zu richten. — Aus Darmſtadt herüber kracht das Eis ganz vernehmlich und ich denke, das debacle wird dort auch bald erfolgen, Kurheſſen wäre freilich wichtiger — denn Darmſtadt (wie Baden) iſt, wie ich das damals in der Unterredung mit den Prinzen v. Pr. (der auch wieder hier angekommen, vermuthlich um weiter zu gehen, denn ich glaube nicht, daß er Luſt hat, ſeinen Carnevals-Aufenthalt noch einmal zu machen) klar bekommen habe, für die Radowitziſchen Pläne nur als Tauſch-Object von Werth geweſen. Max Gagern hat (dies unter uns) an Lord Cowley von Erfurt aus einen ſehr verzweifelten Brief geſchrieben; Max iſt viel klarer, als der Bruder (was freilich nicht viel ſagen will) und wird dem L. Cowley gewiß nicht in ſolchem Sinne ſchreiben, wenn er nicht Grund dazu hat.

Daß wir doch in mancher Beziehung in den 2 Jahren etwas gelernt haben, iſt mir klar geworden aus dem Eindrucke der Rede von Radowitz;[1]) faſt einſtimmig war das Urtheil ein verdammendes, namentlich fand man den ſchlecht verhehlten Zorn unſtatthaft, undiplomatiſch. Und daß nun R., der Vertreter der Preuß. Regierung, auf die Könige ſchilt, die es erſt ſeit Napoleons Fall geworden, geht denn doch wirklich ſelbſt den Preußen zu weit; und irre ich nicht ſehr, ſo hat gerade R. einſt, als er mir von ſeiner Stellung (wie er als Katholik eigentlich ein Fremdling in Preußen ſei und bleibe pp.) ſprach, noch accentuirt, wie die Römiſche Curie dem Könige von Preußen den Königstitel erſt ſeit dem letzten Concordat, alſo jedenfalls viel ſpäter, als allen andern Deutſchen Königen gebe. R. macht mir ſchon ſeit 2 Monaten, jetzt aber mehr wie je, den Eindruck eines Menſchen, der an einer Bank von fremden Gelde ſpielt, er verdoppelt den Satz immer, weil er gewinnen muß oder untergehen, und jetzt hat er den letzten Wurf gewagt, er hat nun nichts mehr einzuſetzen und muß gewinnen oder kommt ins Zuchthaus.

Daß der Brief ſo leer, wollen Sie entſchuldigen, vielleicht ſogar mir Dank wiſſen; denn Gerüchte könnte ich noch in Maſſe melden, die hier, wo die vielen Juden, Diplomaten und eine Unzahl mediatiſirter Fürſten zuſammenhocken, wie die Flöhe ausgeheckt werden, zumal es hier an einer authentiſchen letzten Inſtanz fehlt.

Der Ihrige

D.

---

[1]) Radowitz' Eröffnungsrede im Volkshauſe zu Erfurt am 25. März. S. Deutſche Chronik 1850, I. S. 118.

Nr. 189. Frankfurt, 11. April.

Herzlichen Dank, verehrteſter Fr., für Ihre erfreulichen Nachrichten über des Königs Befinden. — Von hieraus theile ich Ihnen nur Verworrenes mit, theile es Ihnen aber mit, weil Sie die Fäden vielleicht vereinigen können. — Erſtlich die Verlängerung des Interims betreffend. Meine Gedanken legte ich neulich ſchon dem Gr. Bennigſen vor, ich würde eine Verlängerung ſehr beklagen. Es wird aber auch nach Allem was ich höre (Sie werden wohl beſſer unterrichtet ſein) nicht verlängert; Preußen zwar ſcheint zu wollen, Oeſterreich aber nicht, und Bayern und Würtemberg noch weniger. Aus Stuttgart weht mir die ganz poſitive Nachricht zu, es würde nicht verlängert. Ähnliche Nachricht ſoll ein geſtern hier aus Wien eingetroffener Courier überbracht haben; da indeſſen das Gerücht hinzuſetzt: Anſtatt der 2 (O. und Pr.) werde ein neues Interim in Form einer Trias (Lerchenfeld für Bayern) eintreten, ſo muß das freilich unglaublich erſcheinen. — Dem mir von dort aus mitgetheilten Berichte Knyphauſens vom 4. April, worin er von dem Briefe des Kurfürſten von Heſſen an den König von Preußen erzählt, kann ich noch Folgendes hinzufügen. Der Prinz v. Pr. hat Hals über Kopf von Koblenz fortgemußt (wo ihm zu Ehren Eichmann [1]) Abends eine Soiree geben wollte) um beim Kurfürſten hier in Frankfurt und beim Großherzoge in Darmſtadt den Abfall der beiden Heſſen zu hintertreiben. Hier mit dem Kurfürſten hat er 2 Unterredungen gehabt, wovon er nicht ſonderlich erbaut geweſen. Er hat dem Kurfürſten zuletzt geradezu geſagt: Tritt doch aus dem Bündniſſe! — Der hat geantwortet: Nein ich habe das Recht zu bleiben. Der Prinz hat übrigens ſowohl gegen den Kurfürſten als gegen den Großherzog für den Fall des Abfalls mit Truppenmärſchen gedroht, auch erklärt, in ſolcher Weiſe werde gegen Hannover procedirt werden. Die Heſſen werden nun in folgender Weiſe operiren — nämlich in Berlin eine Note übergeben laſſen, worin ſie unter Hinweiſung auf die Nothwendigkeit einer Reviſion der B. A. und die von Oeſterreich und den 3 Königreichen gemachten Propoſitionen eine Vertagung des Erfurter Reichstags fordern, um, bevor man den engeren Bund ſchließt, die Reviſion des weiteren vorzunehmen. Sie hoffen, daß die übrigen Verbündeten dieſes Verlangen in ſolcher Weiſe unterſtützen würden, daß Preußen — ſelbſt des Rückzuges aus Erfurt froh — darauf einginge. Das weitere werde dann ſich finden. — Ich werde wahrſcheinlich hier den Kurfürſten ſprechen, obgleich er faſt Niemanden ſieht und ſehr zurückgezogen lebt; ſollte das der Fall ſein und er mit mir in die Sache eingehen, ſo werde ich friſch von der Leber wegſprechen; denn

[1]) Ober-Präſident.

ich habe gefunden, daß das zumal den Preußen am wehesten thut. In diesem Sinne ist auch die Rede des Königs v. Würtemberg, so unpassend Manches darin, ein bedeutendes Ereigniß. Es ist darin endlich offen und von einer Tribüne herab, die doch noch höher ist, als die in Erfurt, das Wort gesagt worden, was jeder wußte, keiner zu sagen wagte.

Dem Herrn v. Baumbach hab ich von Ihrem Circular wegen der Deutschen Frage und Hannovers Stellung dazu gesprochen. Er wünschte sehr heftig Abschrift davon. Die habe ich nicht geben können, versprach aber, darum nach Hannover zu schreiben, damit sie ihm von dort aus nach Cassel (wohin er Morgen früh zurückreist) geschickt werde. Könnten Sie, liebster Freund, das wohl veranlassen? es ist gut, dergleichen Beziehungen zu den Nachbaren recht lebendig zu erhalten. — Daß die Note nach dem Haag abgegangen, hat mich sehr gefreut. Ihr getreuester

D.

Nr. 190. Hannover, 11. April.

Bei dem wundersamen Zustande der Dinge, lieber Freund, werden Sie mir wohl gestatten, einmal den Versuch zu machen, mich wieder zu orientiren, indem ich Ihnen schreibe. — Ich will dabei die Erfurtiaden [1]) als bekannt voraussetzen. Was man gewollt, als man Radowitz sich und Preußen compromittiren ließ, und was man jetzt will, ist wohl kaum zu errathen. Ich knüpfe alles an die Verhandlungen mit Östreich über das Interim. Dieses wollten Baiern und die Beiden andern nicht verlängern, ohne selbst Stimmen zu haben. Nun hat Preußen proponirt ein Interim von 8 Stimmen: Östreich, Preußen, die 4 Könige, die Union jeder 2 Stimmen, — Östreich dagegen den Fürstenrath des Münchner Projects, so daß Östreich und Preußen je 2 Stimmen haben. Hier rächt sich nun der Fehler des Münchner Projects, gar keinen Platz für die Kleinen zu haben.[2]) Man kann ohne diese nichts machen, da sie zustimmen müssen. Sie werden sich aber selbst wahrlich nicht aufopfern, so lange ihnen Preußen irgendwie andere Bedingungen bietet, und darin suche ich den Grund, daß Preußen jetzt die Erfurter wieder cajolirt. Man braucht sie zur Zeit, um Östreich pp.

---

[1]) Es werden damit die anfangs April von den Herren v. Radowitz und v. Carlowitz dem Verfassungsausschusse in Erfurt gegebenen Erklärungen gemeint sein, wonach die Rücksichtnahme auf die noch fortbestehenden Verpflichtungen aus dem Bundesvertrage von 1815 eine Competenzeinschränkung der Reichsgewalt insbesondere in Bezug auf das Recht über Krieg und Frieden erforderlich mache. Vgl. dazu v. Sybel, I. S. 360 f. und v. Poschinger, Manteuffel, I. S. 161 ff.

[2]) Es sollte ihnen überlassen bleiben, sich den Stimmen der Größeren anzuschließen.

etwas abzudringen, und da müſſen ſie denn wieder Hoch machen. Hat man ſie gebraucht, ſo erhalten ſie „befördernden Fußtritt“, mit Herrn v. Hormayr in ſeiner Groteſchen Sache zu reden.

Nun kommen aber noch einige andere Incidentien in die Sache. Erſtlich wird Preußen nunmehr auch durch Lord Palmerſton ſehr ſtark angegangen, die Däniſche Sache zu Ende zu ſchaffen; es hat, wie es ſcheint aus dieſem Grunde Bonin[1]) abberufen und Williſen dafür geſchickt (?). Damit wirds aber allein nicht gethan ſeyn. Es muß auch abſchließen, und kann es das vor dem 1. Mai nicht, quod vix crediderim, ſo iſt die Vollmacht[2]) abgelaufen, und es muß dann eine neue haben, alſo eine von allen anerkannte Behörde, die ſolche giebt — das wird denn ſchon treiben, wenn man in Wien ſo klug iſt, den 1. Mai ins Land kommen zu laſſen. Nun aber iſt Sachſen entſchloſſen, wie es ſcheint, wenn Preußen zu eigenſinnig feſthält, auf Berufung des Bundestages anzutragen. Dem würden wir dann wohl beitreten, und müßte ſich damit zeigen, ob die Leute noch den Muth hätten, ſich ſelbſt zu vertreten, oder ob ſie nach dem Ausdrucke der Deutſchen Reform[3]) das thatſächlich Beſtandene zu officieller Geltung erheben d. h. ſich Preußen ganz unterwerfen wollen. — Es kann dieſe Berufung des Bundestages nur in ſofern Bedenken haben, als Preußen dann ſein Princip wird durchführen wollen, daß ihm die Führung ſämmtlicher Unionsſtimmen zuſtände. Es dürften aber, wenn die Heſſen ſich losmachen, im glücklichſten Falle die 2. 7. 12. 13. und 15. Stimme, alſo 5, für Preußen ſeyn. Die 14. 16. 17. wären geſpalten, da Strelitz, Lichtenſtein, Bückeburg und Frankfurt ausfallen und ſtände man dann 5 gegen 9, oder, ſelbſt wenn man jene Stimmen gewönne, 8:5 — Mir ſcheint unter dieſen Umſtänden in alle Wege das festina lente geboten, in den Heſſen aber auf jeden Fall der Schlüſſel zum Spiele gelegen zu ſeyn, ſelbſt wenn Baden ohne Heſſen zu halten wäre. Im Plenum iſts ebenſo. Da würde aber die Sache unerheblich ſeyn, da keine Mehrheit gilt und bei Kriegsfragen die $^2/_3$ auf andere Weiſe herbeigeſchafft werden müſſen.

---

[1]) In einem geheimen Artikel zur Waffenſtillſtandskonvention vom 10. Juli 1849 hatte ſich Preußen verpflichtet den General von Bonin aus dem Oberbefehl der Schleswig-Holſteinſchen Armee abzuberufen, falls von Seiten der Herzogthümer während der Dauer des Waffenſtillſtandes die Feindſeligkeiten wieder erneuert werden. Daß die Vorausſetzungen dieſer Stipulation eingetreten ſeien, war preußiſcher Seits anerkannt, und deßhalb Dänemark das Recht, jederzeit die Abberufung zu verlangen, zugeſtanden.

[2]) Welche unter dem 7. Auguſt 1848 vom Reichsverweſer im Namen des Deutſchen Bundes an Preußen ertheilt war. Mit Ablauf des Interims würde auch der Rechtsnachfolger des Vollmachtgebers fortgefallen ſein.

[3]) Organ des preußiſchen Miniſteriums.

Das ſind unſere äußeren Dinge. Im Innern geht es 1) was die Stände anlangt gut. Heute iſt mein Syſtem der Landgemeinden feſtgeſtellt, indem dies Stimmenſyſtem zum 3. Mal beſchloſſen iſt. Damit wäre das allgemeine Stimmrecht beſeitigt.[1]) Wir werden nun den Kampf noch in den Städten haben, aber dort, meine ich, auch jedenfalls ſiegen. Nun wird freilich eine heilloſe Zeit todgeſchwatzt; aber im Ganzen ſind wir ſtark fortgerückt. — Es werden denn aber 2) die Schwierigkeiten von anderer Seite kommen. Daß der König mir neulich ſelbſt einmal geſagt hat, er wiſſe nicht, ob das ausgeführt werden ſolle,[2]) habe ich Ihnen, meine ich, geſchrieben. Geſtern hat Münchhauſen einige verdächtige Worte fallen laſſen, worüber die Leute 1. C. — und zwar die conſervativen — ſehr entſchloſſen ſcheinen, nicht eher ein Budget zu bewilligen, als bis die Sachen genehmigt und publicirt ſeyen. Es erhebt ſich wieder ein Treiben der Junker für ihre Provinziallandſchaften u. ſ. w. und iſt das Ende dieſes Spiels noch lange nicht abzuſehen. So hat denn jedes Jahr ſeine eigenen Sorgen. Heute vor 2 Jahren war ich außer mir wegen dieſes verfluchten allgemeinen Stimmrechts; und heute kämpfe ich wieder gegen die Junker, die damals ſich allem im Gefühl ihrer Schwäche unterwarfen. Der Geiſt des Beamtenthums kommt ihnen dabei natürlich ſehr zu ſtatten. — Es iſt auch keine Kleinigkeit um ein ſolches Staatsweſen zum eleganten Durchfuttern aller faulen und dummen Jungen. Ich laſſe mir jetzt bei den Meldungen zum Examen den Gang ihrer Studien vorlegen. Hohle Worte, und dahinter Faulheit.

Was den König angeht, ſo habe ich den ſeit Oſtern nicht geſehen. Er giebt noch keine Abendaudienzen. Vielleicht werde ich ihn Morgen früh ſehen. Er iſt wohl, aber noch matt, und kann immer noch aus ſeiner Öſtreichiſchen Politik nicht heraus, fällt wenigſtens bei jeder Gelegenheit wieder darin zurück. So geſchieht es denn, daß während alles, die größten Piepmeier, ja die Gothaner in unſeren Ständen, die Ueberzeugung hat, daß unſere Politik die richtige geweſen, während über unſere letzte Mittheilung an die Stände niemand einen Laut hören läßt (gewiß die größte Satisfaction), der König ſich darüber unbehaglich fühlt. Das wird auch nicht eher anders, als bis ſich wieder die Sache zuſammengezogen hat; und ſo müſſen wir es der Geduld anheimſtellen. Hier zeigt ſich Altersſchwäche.

---

[1]) Ueber Stüves Pläne bezüglich des Wahlrechts zur Zweiten Kammer ſ. JCB. Stüve II. S. 145, 148.

[2]) Es war die im Briefe vom 15. März erwähnte Äußerung auf der Soiree beim Kronprinzen.

Doch Sie werden genug haben, und es ist Zeit zur Post. Achten Sie auf eine kleine Broschüre, die nächstens bei Fr. Frommann in Jena erscheint,[1]) und leben Sie wohl.

Ihr
JGBS.

Nr. 191. Frankfurt, 16. April.

Ich sage Ihnen, theuerster Fr., meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 12. [rect. 11.], der mich orientirt hat, so daß ich den Wirrwarr einigermaßen einzurangiren verstehe. Erfurt bleibt freilich immer noch ein ziemlich dunkler Punkt. Dort ist, wie mir Reichensperger schreibt, kurz vor der Abstimmung über den Patowschen Antrag[2]) ein Adjutant des Königs von Pr. an Radowitz als Courier angekommen, um Einsprache einzulegen gegen die en bloc-Annahme. Radowitz rieth daher noch einmal ab, scharf die Gefahr betonend. Darauf hat dann Camphausen in seiner gewohnten schlottrigen Weise, aber mit förmlich vor Grimm entstellten Zügen, dergleichen dunkle und unmotivirte Rathschläge zurückgewiesen. Und nun meldet heute der Telegraph: — Das Berliner Ministerium habe die en bloc-Annahme genehmigt. Diese Nachricht, zumal da das Staatenhaus noch nicht Beschluß gefaßt hat, erscheint mir apokryph.

In Beziehung auf das, was Sie mir von den dortigen Junker-Gelüsten berichten, kann ich Ihnen noch erzählen, daß Herr von Baumbach (der mir sehr unbedeutend vorkam, wie ich Ihnen neulich wohl schon schrieb), als ich von den inneren Hessischen Verhältnissen ihm sprach, bemerkte, ihn drücke die Eine Cammer und er ziele vorab auf das Zwei-Cammersystem. Ich stimmte dem völlig bei; nun rückte er aber in einer, ich möchte fast sagen naiven Weise heraus: — ja, das Zeug zu einer 1. Cammer habe er auch, die Ritterschaft sei als Corporation bestehen geblieben und so wolle er denn schon unter Hinzuziehung von Standesherrn pp. eine 1. Cammer machen können. Ich erlaubte mir, da er mir dies erzählte, ihn zu warnen, ein solches Experiment könnte ihn am ersten wieder unter Preußische

[1]) Es war die Schrift: Deutschlands Bedürfnisse. Sendschreiben an einen Frankfurter Reichstagsdeputirten. Stüve hatte das Manuscript am 30. März an Frommann abgesandt. S. auch Stüves Leitartikel in Nr. 84 der Hann. Zeitung vom 8. April: „Was bleibt möglich".

[2]) Auf en bloc-Annahme der Verfassung, mit Vorbehalt späterer Revision, während preußischer Seits vorherige Revision verlangt wurde, um sie theils mit dem Bundesrecht, theils mit der preußischen Verfassung in Concordanz zu bringen.

Der Antrag wurde am 13. April im Volkshause mit großer Majorität angenommen.

Später erfolgte eine Reihe abändernder Beschlüsse. Die Session wurde am 29. April geschlossen.

Herrschaft zurückführen u. s. w. Dergleichen wäre doch wirklich jetzt gar zu dumm. Aber mittheilen wollte ich Ihnen doch dies Gelüste. — Bezüglich der Union erzählte Baumbach mir noch, daß der Prinz v. Pr. sowohl den Kurfürsten als den Großherzog von Hessen verpflichtet habe, bis zum 24. d. M. bestimmte und bindende Erklärungen über ihre Stellung zur Union abzugeben. Der Kurfürst reist, glaub ich, heute nach Cassel zurück. Können Sie von Hannover aus dort stärken und stützen, so wäre das, glaub ich, sehr gut; der Kurfürst, den ich gestern gesprochen, sprach sich geradezu in diesem Sinne aus. Er schien gedrückt und unklar und schien wenig Hoffnung auf einen baldigen Rücktritt zu haben; vielleicht aber hat er mir nicht Alles sagen wollen, da ich nicht daran zweifle, daß die beiden Hessen bald abfallen. Heute Abend kommt hier der Prinz Emil an, bleibt Morgen hier (wo ich ihn sehen werde) und geht übermorgen nach Darmstadt (daß er dorthin schon hier durchgekommen, wie die O. P. A. Z. meldet, ist eine Preußische Erfindung, die dem Prinzen Emil gern die bevorstehende Anti-Gagernsche Wendung aufbürden möchte). Da werde ich denn suchen, mehr zu hören, obgleich Pr. Emil eigentlich jetzt wenig Verbindungen dort hat.

Im Interim geht es jetzt nahe am Prügeln her. Gestern oder vorgestern, wo die Herren sich ihre elendige Situation in irgend einer Sache recht vergegenwärtigten, kam es zu gegenseitigen Anschuldigungen, so daß Böttticher zuletzt geweint hat. Als der bei der Comission angestellte Oesterr. Min.-Rath v. Nell vor einigen Tagen bei irgend einer Gelegenheit in einem Concepte den Ausdruck gebraucht hatte: Bayern als 3te Deutsche Macht, wurde Böttticher wüthend und verlangte zu wissen, wer die erste sei? Da ist denn das gestrichen worden.

Ihr Russischer Gesandter Dörnberg [1]) ist gestorben. Wollen Sie denn nicht bei Zeiten daran denken, diesen Posten, der gerade in der Deutschen Frage sehr bald von Wichtigkeit werden kann, bald wieder zu besetzen? Ich denke mir, daß der König gern einen Militär dorthin schicken wird; — aber könnten Sie nicht wenigstens interimistisch diese Stelle etwa durch Wangenheim oder sonst einen in der Deutschen Sache kundigen und korrekten Mann besetzen?

Ad vocem Rußland komme ich noch mit einer andern Frage, den beiliegenden Brief betreffend. Derselbe ist von dem Buchhändler Schweiger in Clausthal, einem, soviel ich weiß, eben nicht ganz korrekten Charakter. Im Mai 48 wollte man mich am Harze für Frankfurt wählen. Damals wandte sich dieser Schweiger an mich und forderte mich auf, nach Clausthal

[1]) General-Lieutenant von Dörnberg, hannoverscher Gesandter in St. Petersburg.

zu kommen und ein Glaubensbekenntniß abzulegen. Dazu hatte ich keine Luſt und gab das ſchriftlich — hauptſächlich gegen das allgemeine Stimmrecht gerichtet. Darauf wurde ich nicht gewählt, weil vermuthlich Fr. Reden und H. Schweiger ſich verſtändigten, obgleich ich dem letzteren Unrecht thun kann, da ich nichts Schlimmes von ihm weiß. Dieſer Schweiger nun ſchreibt mir dieſen Brief wegen eines aufgefundenen Packets Briefe des verſtorbenen Generals v. Bennigſen. Natürlich werde ich mich auf eine ſolche Geſchichte in keiner Weiſe einlaſſen, ich theile Ihnen aber den Brief mit, damit Sie mit Bennigſen davon reden. falls dieſer ein Intereſſe an der Sache hat. Daß die Briefe ganz unbedeutenden Inhalts ſind, iſt mit Sicherheit anzunehmen, denn 1. wird der General Bennigſen ſeiner Schweſter nichts von Wichtigkeit oder Compromittirendes geſchrieben haben, 2. überall zu jener Zeit und in Rußland nichts derartiges der Poſt anvertraut haben; 3. aber iſt Schweigers Behauptung, er habe das Packet nicht erbrochen, offenbar unwahr, weil ihn dazu nichts verpflichtete. Jetzt möchte er gern die Katze im Sacke verkaufen; wäre irgend Bedeutendes darin, würde er es ſchon geltend machen und würde ſich dann auch ſofort ſelbſt auf die Beine gemacht haben zu Manſouroff [1]) oder Meyendorff. An Manſouroff werde ich den Mann auch weiſen. Nur wollte ich vorher Graf Bennigſen von der Sache in Kenntniß ſetzen und habe dazu, was Sie gütigſt entſchuldigen wollen, Ihre Vermittelung in Anſpruch genommen. Es wäre mir lieb, wenn Sie mir den Schweigerſchen Brief bald zurückſchicken könnten, damit ich dem Manne antworten kann.

Ihr getreueſter
D.

Nr. 192. Hannover, 16. April.

Können Sie es glauben, lieber Freund, daß Neubourg heute einen langen Brief von Duckwitz hatte, worin dieſer, der am 4. oder 5. aus Leibeskräften sauve qui peut! ſchrie, nun im Ernſt deducirt: Wenn Preußen ſich Erfurt widerſetzen wolle, ſo werde die ſchwarz-weiße Revolution ausbrechen! — Es iſt wirklich wahr, und das alles, weil ein Paar Schwarzweiße zum Bahnhof [2]) übergegangen, nachdem ſie ſich über Radowitz Eröffnungen geärgert! — Ja, ſie hegen ſchon die ernſteſte Hoffnung, daß Hannover im Begriff ſtehe, ſich anzuſchließen und ſehen in unſerer Steuererhöhung die Einleitung, während dieſe umgekehrt, wenn ſie den Zweck erreicht, geradezu die größte Erſchwerung des Anſchluſſes iſt, weil wir dann

[1]) Ruſſiſcher Geſandter in Hannover.

[2]) Nämlich zur Partei der Gothaer, welche ihren Vereinigungspunkt im Bahnhofe hatte und in welcher die Radowitzſchen Erklärungen ſtark verſtimmt hatten.

noch größere Erträge hätten, also noch größere Opfer bringen müßten. So kindisch unerfahren sind diese Menschen im politischen Leben, daß sie sich gleich einbilden, eine Majorität irgend einer beliebigen Versammlung regiere die Welt. Es ist vollkommen derselbe Dunst wieder in den Köpfen wie in Frankfurt, aber damals hatte dieser Wirbel noch was für sich, jetzt gar nichts. — Man will jetzt bei uns die ganze Sache ungerührt lassen oder lediglich zu den Acten nehmen. In der Versammlung der Linken hat Lang noch Spectakel machen wollen; aber Kröncke[1]) ist ihm entgegengetreten: „Das Land wolle die Reden nicht mehr, sondern die Reformen!" Sie wissen, wie ängstlich abhängig K. von seinen Oestingern ist, und wie toll und thörlich diese noch im Herbst waren. So ist am Freitag und Sonnabend Lang auch mit allen seinen Mucken in den Verwaltungsvorlagen durchgefallen. Diese sind nun bis auf die Städteordnung in 2. C. fertig. Auch hat der König mir die Eisenbahnsachen genehmigt. Der Antrag auf Vertagung[2]) ist am 15. oder 16. aus Cassel an Hrn. v. Dörnberg gelangt; von Darmstadt schreibt man, daß es auch hier das größte Anliegen ist, die Deutschen Verfassungs-Angelegenheiten einhellig und namentlich in Uebereinstimmung mit der K. Hannoverschen Regierung geordnet zu sehen. Östreich fordert die Regierungen auf, ihre Bevollmächtigten in Frankfurt mit Vollmacht zur Unterhandlung über die Centralgewalt zu versehen, „wovon jedoch das Verfassungswerk ausgeschlossen"! — Man will diese Aufforderung erst durch Preußen genehmigen lassen. Es ist auf 11 Stimmen abgesehen (nach dem Project eines Nassauer Zwischenträgers Verskamp oder Vorskamp[3])), je drei für Östreich und Preußen, 1 für Baiern, 1 für Würtemberg und Baden, 1 für beide Hessen, Nassau pp., 1 für Hannover ꝛc. — Und dazu nehmen Sie nun diese Erfurter Träumer; ist das begreiflich?!

Der König will sich übrigens auf den Östr. Plan nicht einlassen; er findet es unbillig, daß die beiden großen Mächte sich die Mehrheit der Stimmen zulegen wollen; hoffentlich wird dieses Selbstgefühl ihn ganz mit derjenigen Politik versöhnen, die ihn in die Lage bringt, solches geltend zu machen. Inzwischen soll man auch in Berlin nicht geneigt sein, darauf einzugehen. Man hat dort der Erfurter Rechten, die bereit gewesen, in Masse abzuziehen, erklärt, das Ministerium ignorire noch die Beschlüsse des Volkshauses; man möge suchen, im Staatenhause möglichst viel im Preuß.

---

[1]) Gutsbesitzer, Depudirter aus Neuhaus a. Oste.

[2]) Des Erfurter Parlaments zu dem Zwecke, um vor Abschluß der Unionsverfassung über die münchener Vorschläge in Verhandlungen zu treten. Depesche vom 13. April, Deutsche Chronik 1850, I. S. 157.

[3]) Hofrath Forsboom-Brentano. Ueber dessen vermittelnde Thätigkeit vgl. v. Poschinger, Manteuffel, I. S. 199, 230, 235 und den folgenden Brief.

Sinne zu erreichen. Man kann ſich wohl noch nicht entſchließen, dieſes Spielzeug, mit dem man zu ſchrecken meinte, wegzuwerfen, obwohl es hohe Zeit wäre, mit Cromwell zu ſagen: Take away that bauble! Hier lacht man nur noch über die Fratze.

Im übrigen gehen die Dinge hier gut. Junker und Staatsdiener ſind zwar giftig, aber ſcheinen ſich zu beruhigen; auch der Lüneburger Landtag, wo man große Dinge im Schilde führte, iſt ziemlich ſtill verlaufen und habe ich einen Beſchluß herausgebracht, der mir die demnächſtige Verhandlung erleichtern ſoll.

Mittheilungen aus Holland laſſen mich hoffen, daß man dort die Pläne, die Waſſerverbindung mit uns zu verbeſſern, ernſtlich verfolgt. Mir leuchtet das ſehr ein, und gäbe ich viel darum, ſo einen Canalanſchluß an unſere Weſtbahn zu erlangen. Das gäbe uns ein unbedingtes Uebergewicht über Preußen in dieſer Beziehung. Können Sie dort günſtig für ſo etwas ſtimmen, ſo thun Sie es. Die Haager Regierung hat auch mitzureden, obwohl die Hauptſache von der Provinz Overyſſel ausgeht.

In Oldenburg iſt alles toll und verkehrt. Der Großherzog hält's eigentlich mit ſeinen Ständen, aber läßt ſeine Miniſter wirthſchaften, und dieſe, die zugleich in Oldenburg und in Erfurt das Entgegengeſetzte erklärt, rennen mit den Köpfen an die Wand und wiſſen nicht, was ſie wollen und ſollen. Jetzt fährt Hr. v. Budberg [1]), den Sie kennen, dort in Hofequipage; ob er ſie klüger machen wird, muß man ſehen. — Die von Ihnen anheimgegebene Mittheilung iſt nach Caſſel gegangen.

Und nun noch eins. Nehmen Sie ſich doch etwas zuſammen und ſchicken Sie S. M. franzöſiſche Berichte. Sie haben mir ſo intereſſante Sachen geſchrieben; warum nicht dem alten Herrn, der Ihr Franzöſiſch ſo ſchön findet? Es iſt nicht gut, ſich excuſiren zu laſſen; die großen Herren wollen das nicht.

Daß in Braunſchweig Scandal geweſen, werden Sie geleſen haben. Dort iſt wirklich alles gänzlich niet- und nagellos und wird wohl endlich der Prügel regieren müſſen.

Damit ſage ich Ihnen denn für heute Lebewohl.

Ihr

JCBS.

---

[1]) Baron Budberg, Legationsrath bei der ruſſiſchen Geſandtſchaft in Berlin, früher in Frankfurt.

Nr. 193. Frankfurt, 21. April.

Ihren Brief vom 16/17. mit den Geschichten von der wechselnden Stimmung des Herrn Duckwitz erhielt ich gestern, zugleich mit Ihrer Broschüre, die mir von Jena aus (wohl von Frommann) zugeschickt wurde. Auf diese, an der ich mich wahrhaft erbaut habe, so schmerzlich es auch ist, darin immer und immer nachgewiesen zu sehen, wie wir so gar nicht weit vom Rechten sind und es doch nie und nie erreichen, komme ich wohl zurück; was jene, die Stimmungen des Herrn Duckwitz, betrifft, so meine ich fast, daß Duckwitz mit dergleichen Berichten mehr darauf ausgeht, Stimmungen zu erregen, als daß sie wirklich das Produkt seiner eigenen Stimmungen sind. Ich theile Ihnen dafür hier einen andern Bericht mit aus dem adytum des Verwaltungsraths, Abschrift eines Briefes von Liebe an Jürgens, den letzterer (wie Liebe ihm das wohl mit früheren hieher geschriebenen gestattet hat, mit diesem aber wohl schwerlich gestattet haben würde) mir zur Ansicht hieher geschickt hat, und von dem ich nun für Sie (aber nur für Sie) Abschrift nehmen ließ. Es ist Manches von Interesse darin, namentlich wie die Gothaer in Allem klein beigeben, sogar auf die besondere Unions-Regierung verzichten. Von letzterer Notiz wird wohl zu rechter Zeit Mittheilung nach Darmstadt und Cassel kommen. In Cassel, glaube ich, könnten Sie hie und da sehr fördernd nachhelfen. Daß Baumbach mir unglaublich unbedeutend erschien, habe ich, meine ich, gemeldet; er nimmt aber gern Rath an, und der Kurfürst hat gegen mich geradezu den Wunsch ausgesprochen, über die Deutschen Dinge mit Hannover in ein näheres Verhältniß und Benehmen zu treten. Ich habe über die Audienz, die ich beim Kurfürsten hatte, an den König berichtet, französisch leider, was mich quält, weil man da immer nur sagen kann, was die Sprache will, nie die Sache. Damit, sowie mit einem folgenden Berichte über Mittheilungen, die mir mein besonderer Freund und Gönner, der Prinz Emil (ein wirklich bedeutender Mensch) gemacht hat, bin ich den Befehlen Sr. Maj. wegen öfterer Berichterstattung sehr gern nachgekommen. Der König wird nun meinen, diese Berichte seien nur in Folge seines erneuten Befehls abgestattet; das ist aber nicht der Fall, ich würde beide auch ohne diesen Befehl abgestattet haben; denn nur Mangel an Stoff war Anlaß meines Schweigens. Ich muß nun sehen, wie ich weiterhin Stoff anschaffe, da ich doch nicht alle leeren Gerüchte schreiben mag. Ich erzähle Ihnen das, um nöthigenfalls, wie mein früheres Schweigen, so jetzt jene Berichte gegen S. Maj. zu erklären. — Daß Oesterreich den Vorschlag gemacht zu einem Congresse von Bevollmächtigten zur Unterhandlung über die Central-Gewalt, kommt mir gar wunderbar und abenteuerlich vor. Soll denn etwa, während die unterhandeln, die Comission fortbestehen?

In aller Ewigkeit kommt es zu keinem Resultate, wenn hier ein Congreß über eine Central-Gewalt verhandeln soll und bei jeder Frage nach allen 32 Winden um Instruktion geschrieben werden muß. Hier müssen Mißverständnisse oder dergleichen zu Grunde liegen; ich halte das nicht für möglich. Um so besser haben Sie gethan, zu erklären, daß Sie Oesterreich und Preußen die 3 Stimmen nicht zugestehen. Sie müssen nur von dieser Erklärung Nachricht an die andern Höfe geben; denn darin, daß die Staaten 2. Ranges sich soviel wie möglich auf eine und dieselbe Linie bringen, sich so eng wie möglich ins Einvernehmen setzen, sehe ich die Möglichkeit, daß sie den beiden Großen Widerstand leisten können. Nun noch eine Bitte, aber eine recht dringende. Sie schreiben mir, Oesterreich habe jene Aufforderung erlassen „nach dem Projekte eines Nassauer Zwischenträgers Verskamp oder Vorskamp". Ich verstehe das nicht recht: rührt das ganze Projekt, das F. Schwarzenberg sich dann doch angeeignet hätte, von dem genannten Zwischenträger her — oder was für eine Rolle spielt der sonst dabei? Und nun vor allen Dingen: wie heißt der Mann? Ist es vielleicht ein Nassauischer Hofrath Forsboom? Dies ist ein Verwandter meiner Frau, ein reicher, hier ansässiger Mann, ein R . . . . . ohne Gleichen, toll darauf, eine politische Rolle zu spielen, der sich aus diesem Grunde schon im Frühjahr 49 an verschiedene Leute, namentlich an den Erzherzog, nach meinem Eintritte in das R.-Ministerium an mich, darauf (weil ich ihn derb abfahren ließ und vom Erzherzog, der gern fraubasiges Geschwätz hatte, ein Gleiches durchsetzte) an den Prinzen von Preußen machte, — und der jetzt, seit Anfang Januar von hier abwesend, fortwährend zwischen Wien und Berlin hin- und herreiset, ohne daß ich (oder mein Schwager, der Dr. v. Guaita, dessen Schwiegervater Jener ist) irgend herausbringen können, was der Mann dort zu thun hat, während ich doch weiß, daß es ihm — vermuthlich unter Berufung auf den Erzherzog pp. — gelungen ist, an den F. Schwarzenberg zu kommen. Entschuldigen Sie diese lange Auseinandersetzung. Die Erwähnung eines Nassauischen Zwischenträgers Namens Vorskamp brachte mich darauf, daß das der Nassauische Hofrath Forsboom sein könne. Können Sie das nicht sicher erfahren? Ist es wirklich der Hofrath Forsboom, dann — ja dann weiß ich wirklich durchaus nicht, was ich sagen soll; denn das ist wirklich ohne alle Übertreibung gesagt in allen politischen Dingen der größte E . . ., der existirt. Und der sollte ein Projekt für eine Centralgewalt gemacht haben! Nein, es kann nicht sein; aber es verlohnt doch, nachzufragen, weil eben dieser Forsboom zur Verwunderung seiner ganzen Familie in einem fort zwischen Wien und Berlin hin- und herreist und dabei in bedeutungsvollen politischen Anspielungen schreibt. Es ist der Mühe werth,

nachzufragen; wäre es wirklich, so wäre das Wiener Cabinet in den Deutschen Dingen wirklich kindisch geworden.

Daß die Hannoverschen Dinge so gut gehen, ist mir die größte Freude und Beruhigung, der Segen wird sich erst recht offenbaren, wenn die eigentlich politischen Fragen abgeblättert. — Wegen des Canalanschlusses will ich mit Scherff sprechen, der persönlich mir sich, wo und wie er nur kann, gefällig erweiset, also sich gewiß für die Sache interessiren wird, sobald er nur Näheres weiß. Könnten Sie mich, den in all diesen Dingen gründlich Unwissenden, nicht mit Kurzem darüber au courant setzen, damit ich bei Scherff ein Gleiches thue? Scherff wird, so wie in den Deutschen Dingen etwas mehr Grund zu sehen, nach dem Haag gehen, um dort bestimmend einzuwirken; da könnte er dann dort auch für jene Sache etwas thun.

Ihr

D.

Nr. 194. Hannover, 24. April.

Morgen ists ein Jahr, lieber Freund, als wir uns nicht anders mehr zu helfen wußten, als durch Auflösung der grundrechtlichen Cammer; und vorgestern hat die 2. C., die in der Mehrheit aus denselben Personen besteht, sich nicht aus dem Lachen bringen lassen, so lange Bueren mit Emphase die unentgeltliche Aufhebung der Jagd wegen der Grundrechte forderte. Ich bin aber doch nicht zufrieden. Ueber die Besoldungen der Gerichte sind am Sonnabend dumme Schlüsse gefaßt, und gestern über die Ausübung des Jagdrechts ebenfalls. Beides wird rückgängig zu machen sein; aber im gegenwärtigen Augenblick ists schlimm. Der König ist noch fortwährend auf seinem irrigen Wege und hat nun im Sinne, Schele[1]) wider unsern Rath zum Schiedsrichter für Mecklenburg[2]) zu ernennen. Daß wir das nicht zugeben können, brauche ich nicht zu sagen. Aber welcher Mißgriff, in einem Augenblick wie dieser an der eigenen Kraft zu rütteln. — Will er uns los seyn, so kann er es später ja viel sicherer und besser thun. Man möchte glauben, daß die Kraft des Geistes abgenommen habe. — Ihre Mittheilungen sind nun unter diesen Umständen von dem größten Interesse. Erstlich ists sehr gut, daß Sie berichtet. Er will das einmal und Sie müssen es. Mit den auswärtigen Angelegenheiten und dem Militär

[1]) Geh. Cabinetsrath, der spätere Minister.

[2]) Über die Beschwerde der Ritterschaft wegen des am 10. November 1849 publicirten Mecklenburg-Schwerinschen Staatsgrundgesetzes, für welche die Bundes-Central-Kommission auf Grund der Patent-Verordnung vom 28. November 1817 und der Bundes-Austrägal-Ordnung die Einsetzung eines Schiedsgerichts angeordnet hatte.

hat er sich immer noch beschäftigt. Es ist zu wünschen, daß ihm das bleibe; sonst scheinen jetzt wieder allerlei Gelüste aufzutauchen, ein Cabinet zu machen. Sodann sind die Propositionen, deren ich erwähnte, von Östreich allerdings nach Berlin gegangen; aber wie F. Schwarzenberg jetzt sagt, auch eine andere, wonach Östreich und Preußen je 2 Stimmen, also in toto 9, haben sollen. Preußen hat, wie es scheint, ausweichend geantwortet; ohne Zweifel will man dort erst die Erfurter Sache ins Klare bringen. Ich meine, Ihnen geschrieben zu haben, daß Radowitz neulich hinter dem Rücken der Minister mit dem König correspondirt und die zweideutigen Erklärungen erhalten hatte, die Carlowitz im Staatenhause zum Besten gab. Daß man nun in Berlin wieder dilatirendes Verfahren eingeschlagen hat, scheint deutlich zu zeigen, daß man weiter will, und so kann jener letzte Gedanke, den man bisher auch vermuthen mußte, dessen klarer, bis zur wahren Landesverrätherei erhobener Ausdruck mich aber doch fast erschreckt hat, der Ausführung nahe seyn.[1]) Ich möchte glauben, daß Manteuffel darauf hinarbeitet, während Radowitz sich doch nicht ganz zu diesem Bunde „mit Wenigen" herabstimmen kann. Ob das durchzuführen sey, möchte ich nach einer Russischen Erklärung, daß man schlechterdings keine Mediatisirung dulden werde, kaum glauben. Der Nassauer, von dem die Rede war, ist allerdings Hr. Forsboom; ich hatte den Namen nicht im Gedächtnisse. Sie werden die betreffende Depesche erhalten. Uebrigens hat Bennigsen ihn schon dort getroffen und von Schwarzenberg gehört, er sey ein reicher Mann, der sich eben deßhalb viel um den Frieden bekümmere, reise beständig zwischen Wien und Berlin hin und her, wo Hr. v. Manteuffel ihm allerlei vorlüge. Er ermangele denn auch nicht, ihn mit gleicher Münze zu bedienen. Jene Depesche gab nun aber der Sache doch einen anderen Character. Das bringt mich auf eine Sie persönlich betreffende Angelegenheit. Gr. Platen schreibt nämlich privatim an Bennigsen: Der Fürst Schwarzenberg habe ihm gesagt, man möge Sie doch nicht zum Bevollmächtigten in Frankfurt ernennen, mit allerlei dummem Schnack von Freundschaft pp. Bennigsen war wüthend über diese Unverschämtheit, zumal Witte an Ihrer Stelle empfohlen war. Neubourg bemerkte, er habe Ihnen schon früher angedeutet, wie der König selbst diese stümperhaften Junker auf Sie eifersüchtig gemacht; er habe das in guter Meinung gethan, fürchte aber fast, daß Sie es übel aufgenommen. Verzeihen Sie, daß ich Ihnen diese unangenehmen Klatschereien schreibe. Aber die Wahrheit zu wissen, darauf kommt in diesen Verhältnissen ja alles an. Ohne Zweifel ist jener gestohlene Bericht der Grund des Uebels, und mag man überhaupt

[1]) Vgl. Stüves Artikel: „Die Erfurter Revision" in Nr. 102 der Hann. Zeitung vom 29. April.

geglaubt haben, für den Orden in Ihrer Person sich einen Schuft wie die alten Bundesgesandten heranzuziehen. Sich so geirrt zu haben, vergiebt man nicht.

Nun aber zu dem Hauptgegenstand des Briefs, den ich schon oben andeutete. Nach Cassel wird von hier vorsichtige Mittheilung ergehen. Dagegen war man zweifelhaft, ob Sie nach Darmstadt solche selbst gelangen lassen würden. Man hat hier kein Mittel, als das der offiziellen Correspondenz. Haben Sie die Güte, mir darüber umgehend zu schreiben. Auch sonst wird die Sache nicht unbenutzt bleiben.

Nun lassen Sie mich noch auf Holland kommen. Sie kennen meine Vorliebe für eine politisch-strategisch-commerzielle Verbindung mit diesem Lande, das ja unsere natürliche Vertheidigungslinie und den einen Ausgangspunkt des westphälischen Verkehrs in sich schließt. Allein aus einer nächstens an Sie gelangenden Depesche werden Sie sehen, daß man darauf ausgeht, Limburg von Deutschland wieder abzulösen. Das geht nicht. Was das Canalproject der Staaten von Overyssel angeht, zu dem jetzt noch ein anderes der Staaten von Drenthe kommt, so muß ich es auf ein andermal verschieben, Ihnen ausführlich darüber zu schreiben. Ich suche die Sache noch aufzuklären, die für mich viele interessante Seiten hat, namentlich wegen der Wohlfeilheit der holländischen Canalbauten.

Ich komme noch einmal auf die Preußisch-Östreichischen Dinge zurück. Der Plan war von mir richtig gemeldet. Congreß aller Deutschen Staaten zu Frankfurt, um das Provisorium zu berathen. Das Interim sollte fortbestehen. Die Königl. Regierungen haben sich gegen das Project der 3 Stimmen von allen Seiten erklärt. Da ist Einigkeit. Auch will man das Interim nicht verlängern. Darauf hatte Schwarzenberg die oben erwähnten milderen Reden gebraucht. — Jetzt, da man uns nöthig hat, um das Präsidium zu sichern u. dergl., zieht man wieder gelindere Saiten auf. Jenes Präsidium aber geben wir zu.

Nun aber kann ich Ihnen die Preußische Erklärung melden. Diese geht dahin: Preußen könne nicht ganz mit Erfurt brechen, werde aber nach vollendeter Revision alle Staaten des Bündnisses um ihren Beitritt zu demselben fragen. Treten dann mehrere zurück, so werde man in Erwägung ziehen, ob die revidirte Verfassung noch den Bedürfnissen einer so limitirten Union entspreche (NB. NB.). In jedem Falle aber werde man alles, was einen unitarischen Character an sich trage, entfernen (???). Der Einladung *aller*, auch der verbündeten Deutschen Regierungen nach Frankfurt könne Pr. sich nicht widersetzen, da es die Existenz dieser Staaten anerkenne; aber es bestreite denselben den Character einer Plenarversammlung des Bundes, indem es das Stimmenverhältniß *nicht mehr*

respectiren könne. Es werde aber die Versammlung als einen Congreß der Staaten betrachten und daran Theil nehmen. Solchen aber nur zur Bildung einer provisorischen Centralgewalt zu berufen, scheine ihm nicht angemessen, sondern nur zur Bildung einer dauernden Verfassung, zu welchem Ende es Vorschläge machen werde. — Es sey bereit, das Interim fortdauern zu lassen und wolle, um den Ansprüchen der Königreiche in etwas zu genügen, demselben alle politischen Functionen nehmen und nur die rein administrativen lassen.

Das ist die Erklärung. Schleinitz hat nun noch geäußert: Pr. sey mit der Revision durchaus zufrieden und werde keine Aenderung vorschlagen, so lange es glauben dürfe, daß alle Verbündete festhalten. Nach dem Ende der Berathung, also in etwa 8 Tagen, werde man die Versammlung vertagen und erst nach eingegangenen Erklärungen wieder einberufen.

Hieraus kann man nun noch immer nehmen, was man will. Der Satz: man wolle den unitarischen Character vermeiden, kann bestimmt seyn, Einsprüche zu entfernen, kann auch ad libitum gemeint seyn. Jedenfalls zeigt sich wieder das Entscheidende in der Stellung der Hessen.

Bülow [1]) hat wegen seines Mecklenburgischen Ministeriums an Bennigsen geschrieben, er habe halb gezwungen, den Befehlen des Königs Folge leistend, annehmen müssen. — Diese Preußischen Zustände, mit all dieser Servilität auch ihrer besten Leute, sind unser einem gänzlich unbegreiflich. Noch unbegreiflicher aber, wie daraus über Nacht ein constitutioneller Staat wachsen soll.

Leben Sie wohl.

Ihr
JCBS.

Nr. 195. Frankfurt, 26. April.

Ich hab da einige Dinge, über die ich Sie, liebster Fr., wieder inkommodiren muß. Einmal nämlich hat Scherff mich gefragt und eventualiter mich gebeten, mich dieserhalb zu erkundigen: was von Hannover aus den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen auf deren Anzeige, daß sie ihre Souveränetät an Preußen abgetreten, geantwortet worden sei? Dem Niederländischen Cabinet haben jene die Anzeige gemacht (doch wohl auch in Hannover?), nun hat man dort, der Deutschen Dinge

[1]) Der bisherige preußische Gesandte in Hannover war vor kurzem zum leitenden Minister in Mecklenburg-Schwerin ernannt.

unkundig, ſich wie gewöhnlich mit einer Frage an Scherff gewendet, was zu thun. Der wünſcht nun zu wiſſen, was Sie gethan, um danach ſeine Antwort nach dem Haag einzurichten. — Ich habe mit Scherff auch vorläufig wegen des Canalanſchluſſes geſprochen, wovon Sie mir ſchrieben. Er wird wahrſcheinlich, wenn es hier zu einem Bevollmächtigten-Congreß oder überhaupt zu einer neuen Entwicklungsſtufe der Deutſchen Dinge kommt, nach dem Haag gehen, um dort Rath zu geben und ſich Inſtruktionen zu holen. Für dieſen Fall wird er, wie er mir ſagt, eine ſolche Sache, wenn ſie irgend dazu angethan, gern betreiben und zu fördern ſuchen; er wünſcht aber für dieſen Fall nicht bloß einiger Maßen über die Sache unterrichtet zu ſein, ſondern auch vor Allem, daß, wenn er dorthin kommt, dieſelbe dort ſchon anhängig ſei, damit er nicht die erſten Eröffnungen darüber zu machen habe, was ja auch an und für ſich nicht anginge. — Scherff hat mir auch die Note mitgetheilt, die das Haager Cabinet an den Gr. Dobblhoff[1]) auf die Mittheilung und Einladung, der Münchener Convention beizutreten, erlaſſen hat. Ich habe Einiges darüber in meinem geſtrigen Berichte an den König mitgetheilt, da mir bei ſonſtigem Stoffmangel dieſe Mittheilung ſehr gelegen kam. Da dieſe franzöſiſchen Berichte dem König Spaß machen, ſo ſchicke ich ſie gern, obgleich bei dem Mangel eines beſtimmten Stoffes die Sache etwas Peinliches hat, — abgeſehen von dem Franzöſiſchen, das ich vor 12—14 Jahren ganz fertig ſprach und ſchrieb, ſeitdem aber ſo verlernt habe, daß ich ohne meine Frau jene Berichte gar nicht würde machen können.

Ein anderer Punkt, über den ich Ihnen zu ſchreiben habe, iſt das Anlehen, das Sie für Ihre Eiſenbahnen brauchen werden. Rothſchild hat ſich nämlich an mich gewendet und wünſcht nichts ſehnlicher, als demnächſt dabei berückſichtigt zu werden; er ſagt, die Hannoverſchen Juden kämen ihm doch, da wolle er jedenfalls viel lieber direkt mit der Regierung zu thun haben. Ihm ſcheint nur das Schatz-Collegium als Unterhändler ſehr fatal zu ſein, da er namentlich über den konfuſen Lang klagt, auch über Bothmers Grobheit. Ich will Ihnen das wenigſtens melden; kommt es ſo weit, ſo können Sie ja immerhin in aller Stille nach den Bedingungen fragen laſſen, die er bietet.

Die Deutſchen Dinge ſcheinen ja verwirrter als je, einem Bruche faſt nahe. Wird Oeſterreich mit der Berufung des Congreſſes vorangehen? weigert Preußen ſich wirklich, denſelben zu beſchicken? In beiden Heſſen ſcheint das Schwanken fortzudauern, Baumbach ſchickte mir die Note, um ſie in die O.P.A.Z. zu bringen; wahrſcheinlich ſollen die darin angeregten

[1]) Freiherr von Dobblhoff-Dier, oeſterreichiſcher Geſandter im Haag.

Fragen auf dem Gothaer Fürsten-Congresse[1]) zur Erledigung kommen. Die Preußische Majestät wird da sich in etwas komödiantischer Glorie fühlen, Radowitz will ihr dort ein „Parterre von Großherzögen" vorführen, darum haben auch die Schauspieler in Gotha bleiben müssen. Kommt es dazu, so wird damit Erfurt ganz todt gemacht und die Nichtigkeit dieses parlamentarischen Treibens ganz bloß gelegt. Wissen Sie nicht, ob der Kurfürst von Hessen hingehen wird und wäre nicht in irgend einer Weise von dort aus auf ihn einzuwirken? Der Großherzog von Baden soll förmlich geholt werden. In Darmstadt wird Prinz Emil, der noch dort ist, thun, was sich irgend thun läßt, aber der Großherzog ist ein gar zu schwacher P . . . . . Und Oldenburg?

Ihr

D.

Nr. 196. Hannover, 29. April.

In der fraglichen Sache, liebster Freund, ist von hier aus bis jetzt gar keine Antwort ertheilt. Von anderen Seiten hat man ein bloßes recepisse gegeben. Das ist auch wohl das Richtige, so lange keine Form für Bundesverhandlungen vorliegt.

Wegen Rothschild will ich mit Lehzen sprechen. Dieser denkt aber zur Zeit ein großes Anlehen nicht zu eröffnen, da Geld im Ueberfluß vorhanden und hier im kleinen sehr wohl für das erste Bedürfniß zu leihen ist Erst in einigen Jahren werden die großen Bedürfnisse kommen.

Die Confusion der Deutschen Sache ist traurig. Daß Preußen nun die Vertretung der Union beanspruchen soll, werden Sie wissen, so wie daß Östreich auf Grund des Art. 6 der Bundesacte berufen will; auch wohl, daß man sich nun in München und Wien beeiferſüchtelt. Gott weiß, was das werden soll. In Oldenburg äußerste Rathlosigkeit.[2]) Nachdem das Ministerium durch seine Unwahrhaftigkeit sich die Stände wieder selbst aufgehetzt, hat es sie nun re infecta vertagt, und damit den Unwillen aufs höchste gesteigert. Der Großherzog sieht ein, daß das nicht geht, kennt

[1]) Der Gedonke eines noch Gotho zu berufenden Fürstenkongresses behufs Beschlußnahme über die Revisionsbeschlüsse des Erfurter Porloments war vom Herzog von Coburg ongeregt. Der Gedonke wurde vom König von Preußen oufgenommen, der Kongreß aber ouf den 8. Moi noch Berlin berufen.

[2]) Ueber den Konflikt des oldenburgischen Ministeriums mit den Ständen, welche on die Erfurter Beschlüsse nicht gebunden sein wollten, so longe nicht ouch Sochsen und Hannover beigetreten, s. Deutsche Chronik 1850, I. S. 117, 118, 164, 176, 179. Vgl. Hann. Zeitung Nr. 94 v. 19. April. — In Bremen wor die Stellung der Bürgerschaft eine ähnliche.

die Gefahr, die ihm droht, fühlt sie und weiß auch nichts zu thun. Dem Bremer Senate hat Duckwitz gerathen, sich mit der Bürgerschaft zu vertragen, obwohl die Weserzeitung noch sehr zürnt.

Nächstens mehr.

Ihr

JCBS.

Nr. 197. Frankfurt, 30. April.

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 24., der endlich über die Unterhandlungen zwischen Wien und Berlin einiges Licht gab. Hier wußte Niemand etwas; die Mitglieder der B. Comission am allerwenigsten, die daher auch die alleralbernste Rolle spielten. Ihr Brief nun orientirte hinlänglich; freilich zeigt die heute Morgen hier eingetroffene Oesterreichische Note[1]), die die Bevollmächtigten hieher einberuft (dem hiesigen Senate bereits heute Mittag mitgetheilt), daß jene Unterhandlungen zu nichts geführt haben und daß Oesterreich ohne Preußen vorangeht. Es ist endlich ein wichtiger und entscheidender Schritt, tausendmal bedeutender, als die Münchener Convention und all jener Kram. Preußen wird schon kommen, und wenn dann die Dinge einigermaßen geschickt geführt werden, wird sich's schon machen. Fürs Erste nur ein Central-Organ, ein lebensfähiges geschaffen, das ist die Deutsche Verfassung. Das Übrige kristallisirt sich dann von selbst um diesen Mittelpunkt. Preußen wird ohne Zweifel den Congreß beschicken, nnd daneben vielleicht noch Versuche machen, sich mit Oesterreich zu verständigen, um die B. Comission fortbestehen zu lassen. Dann würde es darauf ankommen, jenen beiden Großmächten die alleinige Handhabung der Executive zu entwinden, was indessen auch kaum schwer sein dürfte. Wenn es dagegen zu der wirklichen Revision der Bundes-Verfassung kommen sollte, namentlich zu der Frage: Volkshaus oder nicht? — dann graut mir, denn ich kann mir keine lebensfähige Verfassung mit einem Volkshause denken. Doch das hat Alles noch Zeit.

Scherff hat mich die Antwort lesen lassen, die Sie vom Haager Cabinet bekommen haben; die Intention Limburg loszureißen, schaut allenthalben hervor. Eben darum aber sind Änderungen der Bundes-Gesetze nur mit größter Vorsicht zu machen. Sie haben nun auch dorthin Abschrift der

[1]) Cirkularschreiben vom 26. April. Da die Bildung eines neuen provisorischen Central-Organs unabweisliches Bedürfniß, die Verhandlungen mit Preußen wegen eines gemeinschaftlichen Vorschlags hierüber aber erfolglos geblieben, berief Oesterreich auf Grund der Art. V und VI der Bundesakte eine Plenarversammlung von Bevollmächtigten aller Bundesstaaten auf den 10. Mai, um zunächst ein solches Organ zu bilden, und weiterhin die nothwendige Revision der Bundesverfassung in Erwägung zu nehmen. Deutsche Chronik 1850, I. S. 181.

Note bekommen, die vom Haag aus auf die Einladung, der Münchener Convention beizutreten, gegeben worden ist. In Darmstadt stehen die Sachen sehr gut. Ich habe, nachdem mein heutiger Bericht an S. Maj. schon fertig war, noch Briefe vom Prinzen Emil gehabt (dem ich Ihre Antwort vom 18. auf die Oesterreichische vorläufige Einladung vom 14. mitgetheilt, auch sonst geschrieben hatte, was ich von Ihnen erfahren), und in diesem Briefe schreibt er, daß er Darmstadt sehr beruhigt verlassen, „es sei nicht leicht, aus falsch genommenem Geleise in das richtige wieder einzulenken, besonders, wenn anderer Seits kein Mittel unversucht bleibt, in ersterem beharren zu machen. Indessen, sei die Erkenntniß gewonnen, daß jene Richtung zum Verderben führe, so könne zwar eine gewisse Unsicherheit und Zaghaftigkeit die Schritte begleiten, welche auf den Standpunkt zurückführen, der nie hätte verlassen werden sollen, aber er wird unfehlbar erreicht" u. s. w. u. s. w. Jetzt ist zwar der Prinz v. Pr. hier und wird sicher auch nach Darmstadt gehen, was um so schlimmer, da Prinz Emil heute dort fortgeht, allein ich glaube, daß man trotzdem in Darmstadt fest bleibt. In Baden aber ist die Stimmung Anti-Preußischer als je.

Lassen Sie, liebster Freund, mich nun von persönlichen Angelegenheiten reden. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihre deßfalsigen Mittheilungen. Daß ich Neubourg früher für sein wirkliches Freundschaftsstück, das ich keineswegs verkannt oder gar übel empfunden, sondern recht von Herzen erkannt habe, nicht gedankt, ist nur unterblieben, weil ich den Brief an Neubourg überhaupt aufschob, und als ich endlich schrieb, [an] jene Sache vergessen hatte. Ich kann mir, zumal ich die Diplomaten vom Fach täglich mehr kennen lerne, denken, welchen Anstoß es hätte geben müssen, wenn des Königs Wohlgefallen an einem Berichte von mir sich so kundgegeben hätte, und darum mußte ich Neubourg zum aufrichtigsten Danke verpflichtet sein. — Was nun jenes Wiener Verlangen betrifft, so steckt Niemand dahinter als Rechberg, was Sie schon daraus sehen, daß Witte statt meiner in Vorschlag gebracht worden. In Wien weiß aber nur R. von Witte, schätzt ihn — mit Recht — sehr, obgleich vor Allem dessen entschiedenen Preußenhaß, weiß, daß Witte (mit dem er auch, glaub ich, in Correspondenz steht) in diesem Augenblicke nicht verwendet wird. Gegen mich hat Rechberg einen ernsten Groll, weil ich nicht zugab, daß der Erzherzog und das R.-Ministerium sich von Rechberg brauchen ließen. Da er mir mehrmal durch den Erzherzog und selbst durch den sonst durch und durch nobeln Wittgenstein die elendesten Intriguen spielte, so hab ich ihm einige böse Scenen gemacht und einige Male sogar etwas brutal behandelt, was so ein enger, kleinlicher acariatrer Mensch nicht vergißt. So ist der gestohlene Bericht sicher nur der Anlaß gewesen, der Grund ist älter und

geht namentlich auf die Scenen zurück, die ich Rechberg im Mai und Juni 49 machte, als ich die in Vorarlberg stehenden Oesterreicher in Baden einrücken lassen wollte, was er verhinderte, und als nun, nach fürchterlichen grimmigen Briefen von Schwarzenberg dieserhalb, er sie einrücken lassen wollte, als Rastadt bereits über war, und wir riskiren mußten, von dem elenden Badischen Ministerium desavouirt und uns die Anerkennung versagt zu sehen. Diese Geschichte hat er nie vergessen können, denn er fühlte nur zu gut, daß ein großer Theil des Unglücks und des Preußischen Übermuths eben dadurch verschuldet worden, daß er das Einrücken der Oesterreicher in Baden verhindert hatte. Hat denn Platen nicht dem F. Schwarzenberg Gründe gegen mich angeführt? ich möchte sie kennen, um mich, wenns angeht, zu bessern. Rechberg — das gehört noch dazu, um die Wiener Dinge zu kennen — ist Schwarzenbergs Liebling, der es ihm nicht genug zu danken weiß, daß er hier in Frankfurt die Sache im J. 1849 gehalten und Oesterreich damit den Platz in Deutschland erhalten. Rechberg ambitionirt um die Stelle in Constantinopel, die will aber Prokesch auch haben, und über dessen größere Befähigung dazu kann kein Zweifel sein. Nun ist es möglich, daß Rechberg als Oesterreichischer Bevollmächtigter hierher kommt, was gar zu komisch wäre, da er dann in mir wieder einen Hauptstützpunkt suchen würde. Es wäre übrigens ein Unglück, denn er hat so wenig Conciliantes, daß er eine Einigung sehr erschweren würde. Der einzige Oesterreicher, der hierher paßt, ist Werner, durch und durch fähig, kenntnißreich und conciliant, er wird aber von Schwarzenberg vernachlässigt, weil er gegen die Verfassung vom 4. März in den Deutschen Dingen ist, und schmollt nun auch seinerseits. Gar lustig ist, daß Kübeck, ein guter freundlicher Mann, der aber von Deutschen Dingen nichts weiß, gern hier bliebe. Das hat mir der alte Rothschild ganz heimlich, heimlich anvertraut, daß er auf Kübecks Wunsch nach Wien geschrieben habe an seinen Bruder: man möge Kübeck doch hier lassen! Der Zug ist characteristisch für die Wiener Verhältnisse, worin diese Juden immer die erste Rolle gespielt haben, besonders characteristisch aber für Kübeck als heimlichen Finanzminister. Doch entschuldigen Sie das unnütze Geschwätz, mit dem ich ohnehin aufhören muß, weil der Brief fortmuß. Ihr getreuester

D.

Nr. 198. Frankfurt, 4. Mai.

Ihren Brief vom 29. April mit dem P. M. über den Canal habe ich erhalten und letzteres Scherff mitgetheilt, der gern die Sache fördern wird, wenn er nach dem Haag geht, aber nur verlangt, daß die Sache dann dort bereits eingeleitet. — Von hieraus ist wenig mitzutheilen, nur

hinsichtlich der beiden Hessen pp. bemerke ich, was ich dem König gestern nicht mitgeschrieben, weil ich's den Canzlisten nicht wissen lassen wollte (so treu derselbe sonst auch ist), nämlich, daß in Darmstadt der alte Zustand des schwachen Wollens fortdauert; Prinz Emil hat es den neuesten Ereignissen gegenüber für gerathener gehalten, in dieser Krisis das eben Gewonnene nicht etwaigen terroristischen Einwirkungen der Gegner wieder zu überlassen; deshalb ist er nicht abgereist, sondern bleibt bis übermorgen; dann aber muß er seiner Gesundheit wegen fort. Er schreibt, daß der Großherzog ganz fest entschlossen ist, bei den Frankfurter Verhandlungen sich selbst zu vertreten; das ist entschieden. Unter den 3 für diese Vertretung auf der engern Wahl befindlichen Candidaten habe ich zu Biegeleben gerathen, da der zwar sehr Gagernsch ist, indessen dergleichen Ideen sich schwerlich auf diesem Congresse Geltung werden verschaffen können, B. auch durchaus ehrlich ist, sich also an gegebene Instruktionen halten wird. Die beiden andern Candidaten gefielen mir noch weniger, Hallwachs[1]) ist viel besser in Darmstadt selbst, in diesem Augenblicke viel Preußischer als B., und Drachenfels[2]) ist gar ein alter asthmatischer Nußknacker, auf einige alte verblichene diplomatische Späße und Stückchen gesetzt. Die nächste Verlegenheit bereitete nun der Congreß in Berlin; die Einladung dazu war noch nicht erfolgt, wird aber heute dort erwartet und zwar unter größter Angst sowohl von Jaup[3]) als vom Großherzog selbst. Dennoch ist man bis jetzt entschieden, *diese* Einladung abzulehnen. Nur war man um Gründe für solche Ablehnung in Verlegenheit und sollte ich nun in aller Eile solche suppeditiren. Nachdenken und Überlegung wären hier nun gar vonnöthen gewesen; aber das war der dortigen Angst und Verlegenheit, die sofort Antwort haben wollte, gar nicht möglich; und da rieth ich denn, die Einladung entschieden abzulehnen unter Hinweisung auf die in Kürze beginnenden Frankfurter Conferenzen, die ohne Zweifel zu einer gedeihlichen Lösung der Verhältnisse zwischen Oesterreich und Preußen führen würden, eine Lösung, welche durch des Großherzogs persönliches Erscheinen in Berlin, sofern dort Wichtiges und Bedeutendes verhandelt werden würde, nur erschwert und gehemmt werden könnte, während man Seitens der Großherzogl. Regierung die Ansicht und den Wunsch hege, eine vermittelnde Stellung einzunehmen; die Stellung der Großherzogl. Regierung zu dem Berliner Bündnisse sei eine ganz klar gezeichnete; diese wolle man festhalten, sie könne aber durch Verhandlungen in Berlin leicht verrückt werden, wozu man um so weniger Lust habe, als man sich verpflichtet

[1]) Geh. Staatsrath, Ministerialvorstand des Äußern.

[2]) Frhr. v. Drachenfels, hessischer Minister-Resident, 1848 Vertreter der Centralgewalt in Brüssel. — [3]) Ministerpräsident.

erachte, dem eigenen Lande gegenüber entschieden den konstitutionellen Standpunkt festzuhalten und neue Verpflichtungen irgend welcher Art nicht einzugehen, ohne die verantwortlichen Minister, — aber auch selbst die Zustimmung dieser vorausgesetzt, die Stellung im und zum Bündniß, die man den Ständen nicht ohne Mühe abgerungen, diesen gegenüber nicht alteriren, sondern intakt halten wolle. — Da nun die Ablehnung der Einladung die Hauptsache, so sind die Gründe gleichgiltig, und je sanftmüthiger sie sich anfühlen, desto eher wird man sich in Darmstadt dazu verstehen, sie sich anzueignen. — Der Kurfürst scheint die Einladung nach Berlin bereits angenommen zu haben oder annehmen zu wollen; allein bei diesem, der sehr verbissen und verbittert darüber, wie man ihn durch Betrügerei seiner Minister eingefangen, der daneben mißtrauisch, eigensinnig und wortkarg ist, hat ein persönliches Erscheinen in Berlin viel weniger Gefahr, als bei dem unsäglich schwachen Großherzoge. Besser wär's freilich, auch der Kurfürst ginge nicht. Sie können von dort aus wohl nicht einwirken? Daß von Darmstadt aus noch einmal geschrieben, und, wenn man's wirklich zur Ablehnung der Einladung bringt, davon Nachricht nach Cassel giebt, ist besorgt. — Der Herzog von Nassau will auch nicht nach Berlin, hat aber keine Courage abzulehnen; er wird aber mitprofitiren von den Mittheilungen nach Darmstadt, und so gelingt's auch wohl, den abzuhalten. Dort ist aber vor Allem ein Ministerwechsel nöthig, denn auf den elenden Winzigerode [1]) paßt tausendmal, was Sie in Ihrem letzten Artikel [2]) von Hoch- und Landes-Verrath gesagt haben. Ich denke auch, daß, ehe 4 Wochen vorbei sind, W. beseitigt ist; in diesen kleinen Ländern ist nur, wie freilich auch in großen — Preußen à la tête — ein fürchterlicher Mangel an Menschen. Ad vocem Ihres letzten Artikels bemerke ich, daß ich von der O. P. A. Z. den Abdruck desselben verlangte, der Preußische H. von Rosenberg [3]), der die Zeitungen fürveillirt, namentlich die O. P. A. Z., erfuhr davon, und so ist es trotz der Zusage der Redaktion bis jetzt unterblieben. Da diese Zusage aber gegeben war, werde ich nicht ruhen, zumal der Artikel gerade in Nassau, Darmstadt pp. besonders wirken wird.

Daß die Bundes-Comission zu ihrer eigenen ungeheuren Überraschung die Rechtsfrage über die Einverleibung der Hohenzollern hat aufnehmen müssen, werden Sie aus meinem gestrigen Bericht an den König ersehen haben. Die Sache war durch den Ihnen bekannten Dr. Mettenius eingeleitet, der des — sehr unwissenden — Pflugks Faiseur ist. Es ist

[1]) Frhr. von Winzigeroda, Ministerpräsident.

[2]) S. oben, S. 392 Anm. 1.

[3]) Legationssekretair, dem preußischen Bundeskommissar beigegeben.

gut, daß die Sache eingeleitet ist, dem fait accompli ist doch damit entgegengetreten.

Bayern, das für die Marine nichts zahlt, hat kürzlich gegen die Verwendung der Festungsgelder zu andern Zwecken Protest eingelegt; den hat die B.-Comission aber sehr energisch zurückgewiesen. Lustig zu sehen war's, wie in den letzten 14 Tagen Aprils die B.-Comission, weil die Preußen patte de velours machten und die B.-Comission zu erhalten wünschten, alle Geschäfte prompt abthat und auch sonst sich brauchbar und gut erwies. Diesmal zu spät!

Graf Thun [1]) als Oesterreichischer Bevollmächtigter gefällt mir nicht recht; er soll sehr entschieden und kühn sein, von den Deutschen Verhältnissen nicht viel verstehen; ohne Zweifel wird er nun die Pfordtenschen Ideen besonders poussiren. Man erwartet ihn Morgen. Ihr

D.

Sind Sie nicht auch der Meinung, daß Preußen, namentlich wenn am 8. Mai viele Unionsfürsten ausbleiben, Frankfurt ruhig beschicken werde?

Nr. 199. Hannover, 11. Mai.

Wieder habe ich auf zwei Briefe zu antworten; ich hätte es längst thun sollen, wollte aber doch gern Stoff haben, und dann Zeit. Es geht hier ziemlich langweilig zu. Die Jagdsache habe ich in 2. C. nach meinem Sinn so ziemlich zurechtgebracht. Die 1. wird wohl nachgeben, und wäre dann dieser Stein des Anstoßes weg. Aber die Dummheit, das Schwatzen der Menschen, der Zeitverderb, den das Gesindel mit ungewaschenen Reden zu Wege bringt! Man sieht gar nicht, wie auch nur das Nothwendigste fertig werden soll. Gestern und heute haben wir nun Finanzsachen verhandelt. Das ist gar scheußlich, und Grumbrecht hat da ein solches Gewäsch gemacht, daß einem übel wird. Ich studire dazu den Sachsenspiegel in einer Duodezausgabe und erfreue mich daran von Herzen. Freilich sehen die Dinge jetzt gar anders aus als vor Jahren. Am Mittwoch war der Herzog von Genua hier. Da hat der König dann einmal recht mit Pracht imponirt, was ihm bei den Italienern auch gelungen war. Gestern hat er unsern Bischof [2]) von Osnabrück, der ihm ein Schreiben vom Pabst überbrachte, köstlich abgefunden, so daß der gute Herr

[1]) Graf Friedrich Thun-Hohenstein, bisher Gesandter in München, war zum oesterreichischen Bevollmächtigten für die Frankfurter Versammlung ernannt. — [2]) Weihbischof.

auch keine Silbe anbringen konnte. In so was ist er Meister.[1]) Das ist nun unser hiesiges Leben.

Was die großen Sachen angeht (Ihre pikanten Berichte finden verdienten Beifall), so sind uns viele Actenstücke zur Hand gekommen, aus denen ich mir einiges für Sie bemerkt habe. Zuerst die Preuß. Antwort an Östreich vom 22. Mai [rect. 22. April].[2]) Man bedauert, daß Östreich die Verlängerung des Interims nicht wolle. Die Schwierigkeit liege nur in dem Widerstreben einiger Regierungen, herrührend aus dem Gedanken, daß ihre souveräne Stellung dadurch beeinträchtigt würde, daß sie nicht in dem jetzigen politischen Mittelpuncte Deutschlands vertreten seyen. Wie bedenklich aber die Theilnahme dieser Regierungen für Östreich sey, habe man schon früher angedeutet. Man könne ihnen (wenn auch beim Definitivo) doch keinen Antheil am Provisorio gestatten, und das lasse sich erreichen, wenn man das Interim ganz auf den administrativen und executiven Character reducire. Nun kommt die folgende, für Sie interessante Stelle: „Nach dem Berichte Ew. Excellenz und dem demselben beigefügten Schreiben des Hrn. v. Forsboom darf ich annehmen, daß der F. Schwarzenberg damit einverstanden ist, daß, wie auch die Stimmenzahl sonst geordnet werden möge, die Executive bei Östreich und Preußen allein bleibe." Das erleichtere die Fortdauer des Interim und mache um so nothwendiger, daß das Definitivum auch durch Unterhandlungen zwischen Wien und Berlin geordnet werde. — Die Östreichischen Vorschläge

[1]) Ein Brief an einen andern Adressaten vom 12. schildert den Vorgang wie folgt: „Er [der Weihbischof] hatte schon längst um Audienz angehalten, um dem K. ein Schreiben des Pabstes — wegen des Bisthums — zu übergeben. Der K. hatte ihn anfänglich nicht sehen wollen, dann sich doch entschlossen, ihn kommen zu lassen; als er nun am Mittwoch kom, wollte er ihn nicht sehen, entschloß sich aber doch, ihn am Freitag zur Tafel zu laden. Am Morgen gingen Braun und ich zu ihm, um eine Gegenvisite zu machen. Kein Wort von Geschäften. Wir sagten ihm nur, er möge seinen Brief mitnehmen, weil der K. dergleichen nach der Tafel anzunehmen pflege. Als nun zur Tischzeit der K. herein kommt und seine Runde bei den Gästen macht, steht der B. neben Braun; der K. redet erst mit Braun, und dann: „Guten Tag Herr Bischof, wie gehts. Sie haben ja wohl einen Brief, geben Sie her." Der Bischof sucht geschwind seinen Brief aus der Tasche, der K. nimmt ihn, marschirt damit in sein Zimmer, legt ihn sorgfältig auf den Schreibtisch, kommt wieder und schickt eine katholische Dame zum Bischof, mit einem Witz nach seiner Weise; dann zu Tische. Nach der Tafel gewöhnliche Caffeeunterhaltung. Dann: „Adieu, meine Herren." Nun läßt er Braun in sein Zimmer kommen und fragt: „Was will er denn?" (nämlich der Pabst.) Braun sagt: Es handle sich um Herstellung des Bisthums. Darauf erwidert er: „Oh! wir haben kein Geld!" Das ist die ganze Geschichte. Auch kein Wort hat der Bischof wegen seiner Sache anbringen können und ist gestern wieder abgefahren.

[2]) Vgl. v. Sybel, I. S. 366.

würden nur ein Chaos divergirender Meinungen geben, die am Ende von Ö. und Pr. zu schlichten seyen; warum nicht lieber gleich sich einigen! Nun wird noch einmal das Beibehalten des Interim damit dringend empfohlen, daß man dadurch auch die Frage wegen Anerkennung des engeren Bundesstaats pp. auf eine Weise umgehe, die keinem Theile präjudizirlich sey.

Das Ding ist nun so grundfalsch — das Behaupten des Interim und Verweisen des übrigen auf das Definitivum, der Versuch, die Östreicher mit dem Interim wegen des engern Bundesstaats zu dupiren, daß man es mit Ekel liest, zumal alle diese Kniffe so platt am Tage liegen. Indeß ließ man die Leute in Erfurt fort operiren. Östreich ging auf die Sache nicht ein, berief die Bevollmächtigten als Plenum und stellte das System der Majorität auf.[1]) Das scheint die Lebensgeister wieder sehr aufgeregt zu haben. Man ließ nun die Klagen nach Hannover und Dresden abgehen (ein superlativ miserables Machwerk; wir habens aus Dresden bekommen; reine Dummheit), und nun muß eine weitere Ministerconferenz Statt gefunden haben, wo man die Frage vom Kriege ernstlich aufgeworfen. Da hat Stockhausen[2]) erklärt, Krieg zu unternehmen sey unmöglich, und nun hat man die Antwort vom 3. Mai[3]) an Östreich abgehen lassen, worin man zwar sich von Frankfurt nicht lossagt, aber gegen die Qualität des Plenum und vor allen Dingen gegen die Östreichischen Präsidialrechte protestirt. Diese scheinen Hauptstein des Anstoßes. Unter demselben Datum hat man denn auch von Braunschweig eine wahrhaft unverschämte Note (sowie die Bedienten die Dummheiten der Herren übertreiben) wegen der Militärconvention an Östreich ergehen lassen, worin die Theorie, der Bund bestehe fort, aber ohne Verfassung (??), er sey nicht einmal ein Staatenbund mehr u. dgl., auf das albernste und plumpste übertrieben wird. Es ist mir, als hätte man nur den Bolzen von dort verschießen lassen.

Indeß ist die Östreichische Instruction für Thun am 30. verfertigt. (Von Thun schreibt Knesebeck, den ich freilich nicht für infallibel halte: caractère franc et loyal, marchant directement sur son but sans régarder ni à droite ni à gauche, s'égarant parfois un peu par excès de zèle; mais ne craignant jamais de compromettre sa responsabilité). Darin ist die Theorie des plenum aufgestellt.

[1]) Circularschreiben vom 26. April.

[2]) Der Kriegsminister.

[3]) Deutsche Chronik 1850, I. S. 196. Preußen wolle sich über die Betheiligung an der Frankfurter Versammlung zunächst mit seinen Verbündeten benehmen, welche zu einem Fürstentage auf den 8. Mai eingeladen seien.

Aus der folgt, daß alle für die Geschäftsordnung des pleni aufgestellte Regeln völlige Anwendung finden; vor allem über Leitung der Berathung und Stimmenverhältniß — also art. V u. VI der BA. und 57 der WSA. Von unwesentlichen Förmlichkeiten und zu ängstlicher Beobachtung der Geschäftsordnung soll jedoch Abstand genommen werden, um der Beschuldigung vorzubeugen, daß man zu der früheren Einrichtung des Bundesorgans zurückkehren wolle. Dahin wird art. VII der BA. gezählt, man könne Vorbereitung durch einen Ausschuß eintreten lassen. Ein Haupttheil der Instruction betrifft das Verhältniß zu Preußen. Komme Preußen, so unterwerfe es sich auch der Idee der Plenarversammlung. Zögere es, so müsse man etwas warten. Weigere es, so sey Recht und Pflicht, die Verhandlung zu beginnen, über ein provisorisches Organ zu beschließen und zur Ausführung zu schreiten, den Beitritt aber vorzubehalten. Dieses Recht des Mehrheitsbeschlusses wird auf einen Plenarbeschluß de 14/11. 1816 (Meier p. 40) und die vorläufige Geschäftsordnung [gestützt], wo allerdings ein solches Verfahren anerkannt ist. Es ist davon die Rede, daß man das Recht habe, die Weigernden des Bundesbruchs schuldig zu erklären, und wird ausdrücklich gesagt, daß man Preußen mit dem Bunde vom 26/5. 49 — der der Preußische Sonderbund genannt wird — entschieden zurückweisen müsse. — Das ist nun älter als die Preuß. Erklärung vom 3., die aber in der That gar nicht so geharnischt und unionistisch aussieht, wie in den Zeitungsauszügen, und die einen eigenen Commentar dadurch erhält, daß das Resultat der Berliner Conferenz dahin geht (wie es wenigstens der König am 9. dem Fürstencongresse ausgesprochen), daß man die definitive Erklärung über die Union aufschiebt, bis nach der Frankfurter Verhandlung. Es ist mir hiernach klar, daß Preußen kommen wird, daß es gegen die Plenarform protestiren, daß Östreich diesen Protest auf seinen kenntlichen Unwürden beruhen lassen wird, und dann wird man entrer en matière.

Was nun Östreichs Stellung angeht, so ist von Wichtigkeit zu wissen, daß Rußland darauf hingewiesen hat, daß man wohlthue, sich streng an das Bundesrecht zu halten. Darauf hat man die Aufnahme von Ungarn und der Lombardei aufgegeben. Galizien scheint man noch zu behaupten, vielleicht, um damit Preußen die Brücke zur Retirade mit Ostpreußen zu bauen.

Nach allem diesem werden Sie dort eine interessante Entwicklung erleben, um deren Beobachtung ich meiner traurigen 2. Cammer gegenüber Sie fast beneide. Die von Östreich vorzuschlagende Form des Provisorii von 9 Stimmen (Ö. u. Pr. je 2) können wir uns gefallen lassen. Das Definitivum wird nicht so schnell gehen. Preußen wird aber jetzt bei jeder

Conſtruktion im ſchrecklichſten genitivo ſtehen. Von jenen 9 Stimmen hat es nur auf ſeine 2 zu rechnen, und von den alten 17 werden auch 9 entſchieden widerwärtig und die zuſammengeſetzten gänzlich geſpalten ſeyn. Um ſo mehr wird Preußen auf Einſtimmigkeit beharren, die ja beim Definitivo unerläßlich. Eben deßhalb wird das Proviſorium dauernd ſeyn. Baiern will mit allem zufrieden ſeyn, aber den zwei Großen keine Majorität zugeſtehen. Von der Volksvertretung iſt kaum die Rede; um ſo mehr werden wir darauf und auf die Organiſation des Vereinsweſens (ein Gedanke, den auch eine Leipziger Flugſchrift „Staatsallmacht, von einem ehrlichen Deutſchen" vertritt) halten müſſen. Es wird nicht unſere Stellung ſeyn, Pläne dieſer Art aufzuſtellen und uns den Ruhm davon anzueignen; aber wenn wir machen können, daß andere den Gedanken haben, ſo könnten wir zur Entwicklung und Ausbildung mitwirken. Ich glaube, wir ſtehen dabei am beſten nicht in der erſten Linie. Doch das iſt erſt zu beurtheilen, wenn die Leute dort ſind.

Ihre Nachrichten über Wiener Zuſtände ſind unſchätzbar, man ſcheint dort wahrlich ſchwach zu ſeyn, übrigens ſcheint man die Staatseinheit, worauf Preußen ſich in der Note vom 3/5. ſteift, aufzugeben. Ihre Winke wegen Darmſtadt haben ſich trefflich beſtätigt. — Uebrigens tröſte Gott dieſe Fürſtlichkeiten! — In Berlin iſt am 9. die Haupt-Fürſtenconferenz geweſen, wo der König eine lange Rede gehalten, die Union und Erfurter Beſchlüſſe geprieſen, übrigens geſagt hat, daß jeder frei ſey, er keinem etwas nachtragen wolle, der gehe; und am Ende die Erklärung bis *nach* der Frankfurter Conferenz aufgeſchoben. — Darauf hat der Großherzog von Baden die blos complimentirende Antwort gegeben. Damit aber ſtehts ſo. Es waren 3 Anſichten: Antiunioniſtiſch (Kurheſſen, Mecklenburg-Strelitz), Gothaiſch (Koburg und Oldenburg), ni l'un ni l'autre (Mecklenburg-Schwerin u. ſ. w.). Vor der Hauptſcene war Conferenz beim Kurfürſten. Da producirte Koburg eine Antwort, die ſich mit Haut und Haar dem T.... verſchrieb. Das wollte der Kurfürſt nicht; darüber heftiger Zank mit Oldenburg; allein die Mehrheit fiel dem Kurfürſten bei. Haſſenpflug mußte eine Antwort ſchreiben, und Baden wurde beauftragt, ſie zu halten, weil der Kurfürſt auf den doyen d'âge Oldenburg zu böſe war.[1]) Im übrigen läppiſche Rangſtreitigkeiten. Der Herzog von Braunſchweig iſt bei Tafel nicht geweſen, krank geworden und nach Braunſchweig zurück. Das tollſte ſind dieſe Oldenburger, die über die Maaßen dumm, durch die verkehrten Schritte gegen ihre Stände ſich ſelbſt nun ganz verhetzt haben. Der

[1]) Vgl. über die Vorgänge Herzog Ernſt II. von Sachſen-Coburg: Aus meinem Leben, I. S. 558 ff. Die Protokolle der Miniſterialkonferenzen vom 10.—14. Mai Deutſche Chronik 1850, I. S. 200.

Großherzog war hier, aber Bennigſen hat weder mit ihm noch mit Eiſendecher [1]) irgend was anfangen können. Meyendorff hat dem Erbgroßherzog, der Öſtreich jedes Verdienſt um Deutſchland beſtritten, geſagt: das Verdienſt bleibe ihm, Robert Blum todgeſchoſſen zu haben! worüber jener ganz erſchrocken.

d. 12.

Ich hoffte, heute noch etwas hinzufügen zu können; aber es iſt mir nichts zugekommen. Leben Sie alſo wohl. Wahrſcheinlich werden die Verhandlungen der nächſten Wochen ein ernſtes Studium des Bundesrechts, namentlich der Gedanken von 1816—1819 nothwendig machen. Quis putarat.

Ihr

JGDS.

Nr. 200. Frankfurt, 15. Mai.

Ich wollte Ihnen, theuerſter Freund, gerade ſchreiben, als Ihr reicher Brief vom 13. [rect. 11. u. 12.] ankommt. Nun knüpfe ich gleich an den an, und zwar zunächſt an das mitgetheilte Urtheil Kneſebecks über Graf Thun, das ich durchaus beſtätigen muß. Graf Thun hat vom erſten Augenblicke an ſich zu mir ſehr freundſchaftlich geſtellt, was ich anfangs in Anbetracht der Wiener (ganz allein Rechberg zur Laſt fallenden) Wünſche gegen mich, etwas abzulehnen ſuchte, als ich aber des Grafen durch und durch edle Natur erkannte, gern angenommen habe. Er iſt des beſten Willens, der entſchiedenſten Energie voll, hat aber leider von Geſchäften keine Idee, nicht einmal von der formalen Behandlung. Dies iſt überhaupt die ſchwache Seite der anweſenden Bevollmächtigten; keiner weiß recht von den Dingen. Mit dem Grafen Thun aber habe ich nun die Situation recht durch und durch beſprochen und es iſt mir gelungen, denſelben ganz und gar auf dieſelbe Linie mit meinen Anſichten zu bringen. Ich habe ihm nun folgenden Plan vorgelegt, der ſich an den möglichen Ausfall des Berliner Fürſten-Congreſſes knüpft. Daß man dort ſich ganz von der Beſchickung Frankfurts enthalten werde, iſt nicht anzunehmen, ebenſo wenig wird man es verſuchen, Preußen als alleinigen Repräſentanten der Union agiren zu laſſen; vielmehr werden die einzelnen Mitglieder der Union hier erſcheinen und nach gemeinſamen Inſtruktionen agiren. Geſchieht das, ſo kommt hier nichts zu Stande. Preußen wird dann als Comiſſion ſich einlaſſen, aber nur auf Reviſion der Bundes-Verfaſſung unter der Bedingung, daß die Bundes-Comiſſion, wenn auch vielleicht in abgeſchwächter Form, einſtweilen fortbeſtehe. Dann aber kommt die Reviſion niemals zu

[1]) Miniſterialrath für die auswärtigen Angelegenheiten.

Ende, und die Comission besteht bis zur nächsten Revolution. Kommt nun Preußen und die Seinen und erkennen den Congreß als Bundes-Plenar-Versammlung, also auch Oesterreichs Präsidialrecht an — so ist freilich nichts zu machen und muß man sich dann mit Geduld waffnen und auf Oesterreichs Ehrlichkeit vertrauen, freilich unter sehr ungünstigen Umständen. Dieser Fall ist aber kaum zu erwarten, denn Preußen spricht ja der Versammlung entschieden den Charakter des Pleni und Oesterreich das Präsidialrecht ab. Weil dieses aber die Basis ist, auf welcher Oesterreich operirt, kann es unter keiner Bedingung davon abgehen. (Das ist auch, wie Graf Thun mir sagte, der feste Wille in Wien.) Daraus folgt, daß, wenn die Unions-Glieder ankommen und Eintritt wollen in die Versammlung, ohne sie jedoch als Plenum anzuerkennen, das Präsidium ihnen den Eintritt nicht gestatten kann. Das nun gäbe bitterböse Scenen, die möglichst zu vermeiden sind, — vor denen aber Graf Thun nicht recüliren wird. Um nun zwischen all diesen Klippen durchzuschiffen und den Thatsachen, auf deren Boden Preußen sich stellt, Thatsachen entgegenzustellen, wollen wir versuchen, das Provisorium fertig zu machen ohne Preußen. Erschrecken Sie nicht über einen anscheinend so leichtsinnigen Gedanken. Oesterreich hat erklärt, die Verhandlungen über das neue Centralorgan sollten am 10. Mai beginnen, binnen 14 Tagen zu Ende sein. Wenn Oesterreich diesen Termin, den es sich und den Andern gesetzt hat, innehält und das Organ bis zum 24. Mai beschlossen wird, kann Niemand Oesterreich des Mangels an Loyalität anklagen, — obgleich natürlich Niemand glaubt, daß O., das so lange gezögert und gezaudert, so entschlossen vorangehen werde; ist ja doch die Basis der ganzen Preußischen Politik der Gedanke, daß O. weder den Willen noch die Macht habe, sein, Preußens, Beginnen zu hindern. Wir wollen also, um es kurz zu sagen, wenn der Berliner Fürsten-Congreß nicht eine entschieden vernünftige Wendung in Preußens Politik herbeiführt, das neue Provisorium bis zum 24. fertig machen. Dann wollen wir (oder können wir) das fertig Beschlossene in Oesterreichs Hände legen, damit es dasselbe als Basis zu Unterhandlungen mit Preußen benutze. Dann hat Oesterreich in diesem Beschlusse eines Central-Organs, das es jeden Augenblick einsetzen kann, eine ungleich schärfere Waffe, als Preußen mit seiner so locker zusammenhängenden Union. Beschließen wir das Direktorium am 24., legen wir die Unterhandlungen in Oesterreichs Hände, setzen aber einen Termin etwa von 14 Tagen, so dürfte damit eine vollständige Wendung eingetreten sein; geht O. dann, wie es muß, mit der Einsetzung des Direktoriums voran, so muß Pr. sich fügen — oder das Schwert ziehen. Und daß es das nicht kann — das ist klar und sagt ja, wie Sie mir schrieben, auch Stock-

hauſen. — Das iſt, etwas konfus dargelegt (denn ich habe Leute im Zimmer), mein Plan. Graf Thun iſt (bis geſtern Morgen ſchwankte er noch, am 12. legte ich ihm denſelben zuerſt vor, ſeit geſtern früh aber iſt er mit Leib und Seele darauf eingegangen) feſt entſchloſſen, die Sache ſo durchzuführen, wir haben ſie bis ins Detail hinein beſprochen, ſeine Inſtruktionen hemmen ihn nicht. Geſtern haben wir eine vertrauliche Beſprechung mit Reinhard, Xylander, Noſtitz[1]) und Baumbach gehabt, die ſich ebenfalls dafür erklärt haben. Morgen haben wir eine formelle Sitzung, worin der Charakter der B.-Plenar-Verſammlung und des Oeſterreichiſchen Präſidii recht affichirt und accentuirt wird, und wovon wir das Protokoll behuf Aufforderung zur Beſchickung des Pleni an die Regierungen verſenden wollen. Bis zum 24ſten dann ſind ohne Zweifel noch Bevollmächtigte von Mecklenburg-Strelitz, vielleicht auch Schwerin, Darmſtadt und Naſſau da; in Darmſtadt iſt neues Schwanken, weil die Gagernſche Parthei mit Macht operirt; hoffentlich wird es überwunden, wo nicht, gehen wir doch voran. — Gelingt unſer Plan, ſo iſt Oeſterreich in einer Weiſe engagirt, ja man könnte ſagen, kompromittirt, daß es die Sache durchfechten muß und wird. Und ein ſolches Direktorium mit ſeiner Gruppen-Eintheilung, die in der alten Stammestheilung eine ſehr natürliche Berechtigung und Begründung hat, iſt Alles was wir brauchen. All die weiteren Gedanken von Vertretung der Nation, Bundes-Gericht u. ſ. w. u. ſ. w. lehnen ſich einfach daran. Ich hab dem Gr. Thun auch einen Plan vorgelegt über die Organiſation der Behörde: 1) Die Militär-Verfaſſung und B.-Militär-Comiſſion haben ſich als zweckmäßig erwieſen, alſo Herſtellung dieſer mit bedeutenderen Befugniſſen innerhalb ihres Reſſorts; — das zeigt auch den Weg für 2) das Marine-Departement. 3) Finanzen —: einfache Caſſen-Verwaltung. Bleiben die juridiſchen, diplomatiſchen, politiſchen Fragen. Dieſe laß ich zuſammen (denn wie wären ſie z. B. in der Schleswigſchen, in der Mecklenburgſchen u. a. Fragen zu trennen?), bilde aus den 7 Mitgliedern des Direktoriums eine Comiſſion von 5 Mitgliedern, worin Oeſterreich und Preußen vorab und ſtändig ſitzen, aber nur mit einer Stimme jedes, die beiden übrigen als Suppleants oder zu zeitweiſer Ergänzung und Wechſel. Dieſe Comiſſion leitet die Angelegenheiten und läßt ſie durch Hülfsarbeiter (wie Mettenius, Biegeleben, wenn die bleiben u. ſ. w.) bearbeiten. Vielleicht kann man noch einen höchſten Ausſchuß von 3 Mitgliedern machen, Oeſterreich und Preußen ſtändig und das 3te Mitglied alle 3 Monat wechſelnd, zur eigentlichen Executive u. dergl. Doch das ſind Alles noch rohe Gedanken. Wenn wir nur Leute hätten, die etwas

[1]) Geh. Rath Noſtitz und Jänkendorf, K. Sächſiſcher Bevollmächtigter.

von den Dingen wüßten! Wie mir's an positiven Kenntnissen fehlt, empfinde ich zu meiner Verzweiflung täglich; — in diesen Treiben aber ist es unmöglich, etwas nachzuholen, und so muß man denn sehen, wie es geht. Mein Gott! wenn Sie hier wären — wie würden dann die Sachen gehen!

Nun will ich Ihnen aber noch zum Schluß von ganzem Herzen danken, daß Sie mich aufs Neue bevollmächtigt haben, trotz der Rechbergschen Intriguen. Daß von ihm der Streich ganz allein ausgeht, ist gar keine Frage; Fürst Schwarzenberg weiß vielleicht gar nicht einmal darum. Rechberg theilt jetzt mit Thierry [1]) das Referat in den Deutschen Sachen und hat Frankfurt ausschließlich. F. Schwarzenberg aber hat die Gesandten pp. schon vorher vielfach einfach an Graf Rechberg verwiesen, worüber Werner nicht wenig böse war. R. scheint aber an Graf Platen einen willkommenen Träger für seine griefs gegen mich gefunden zu haben. Das Komische ist, daß F. Schwarzenberg im December 49 mich auf das Ungeheuerste empfohlen hat und nach 5 Monaten einer ganz thätigkeitslosen Amtsführung soll er meine Abberufung betreiben.

Was ist doch dieser Berliner Fürsten-Congreß für eine elende Farce! Dieser tollgewordene Koburger, der alte Großherzog von Oldenburg! Und der gute König von Pr., der vergebens horcht und horcht, ob das morituri te salutant erschalle, was aber nicht kommt, weil die Leute noch Lust zum Leben haben! Doch genug! Von Herzen der Ihrige

D.

Heut vor einem Jahre übernahm ich das Ministerium!

Nr. 201. Frankfurt, 16. Mai.

Wir haben also, wie Sie, liebster Freund, aus meinem heutigen Berichte sehen werden, heute Sitzung gehabt und die Sache in Angriff genommen. Aber da die Oesterreichische Vorlage so gar keinen Anhaltspunkt giebt, so ist noch Alles zu machen und allen 10 Mitgliedern fehlt es an den nöthigen Kenntnissen. Die Comission soll jetzt Vorschläge machen — wir haben Gedanken ausgetauscht, zu denen ich die Rubriken angab, die mir in dem Augenblicke gegenwärtig waren und wo vielleicht noch Bedeutendes fehlt: Namen (Provisorische Bundes-Central-Behörde? Comission ist zu untergeordnet, weil die Mitglieder nicht Comissare im Sinne des jetzigen Interims sind). Dauer (1. Jan. 1851? Limburg fordert ein bestimmtes Datum, nicht unbestimmte Zeit bis zur Vollendung des Definitivi), Competenz (die des engern Rathes und der B.-Comission? Vollziehung

[1]) Freiherr von Thierry, Hof- und Ministerialrath.

der Bundes-Gesetze — Verwaltung — öffentliche Sicherheit?), Verhältniß zum Plenum, das neben ihr bestehen bleibt. Dann die schwere Frage der Curiat-Stimmen — wie sie zu Stande gebracht werden sollen? soll ohne Weiteres der Mächtigste die Stimme führen? Dann wird's heißen, Hannover wolle Oldenburg — Würtemberg wolle Baden mediatisiren. Wählen? aber dann kann in der Norddeutschen Gruppe Oldenburg, in der Sächsischen Koburg an die Spitze kommen. Verhältniß der Glieder einer Gruppe zu dem stimmführenden Mitgliede — Instruktionen — Mittheilungen pp. Die Instruktionen z. B. könnten alle zu einer Gruppe gehörigen Glieder ihrem Bevollmächtigten zum Plenum ertheilen, und diese verständigen sich hier darüber, wenn sich nicht etwa die Regierungen der Gruppe schon vorher unter einander verständigt. Für jetzt macht die Rücksicht auf die Stellung der Union, zu der all die Kleinen gehören, die jetzt in den Gruppen untergebracht werden, diese Frage schwer, die unter gewöhnlichen Verhältnissen sonst so schwer nicht sein würde. — Endlich Organisation der Behörde und Mechanismus derselben. Hier überraschte uns Graf Thun im Verlaufe der Besprechung durch eine Ansicht — nämlich die, daß eine Behörde von 7 Mitgliedern mit 9 Stimmen doch wohl zu schwerfällig sein werde, ob's nicht besser sei, die Executive in die Hände von Zweien, natürlich Oesterreich und Preußen, zu legen? so aber, daß die Andern die fortlaufende Controle pp. behielten. Da Thun uns gestern Abend seine Instruktionen mitgetheilt, auch heute, wie früher schon, erklärt hatte, außer dem Blatte mit der Stimmen-Vertheilung habe er keine Vorlage, fragte ich ihn, ob er zu solchem Antrage von Wien aus instruirt sei. Das nahm er entschieden in Abrede, bin ich auch überzeugt; es sind aber die Einflüsterungen von Kübeck, die da gewirkt haben, vielleicht nicht ohne Preußischen Einfluß auf diesen letzteren. Nun aber habe ich diese Idee, die Thun noch obendrein als Köder für Preußen gab, so entschieden und zwar auf das Princip eingehend bekämpft, daß Deutschland eben am Dualismus zu Grunde gegangen pp., daß Thun in der Comission mit seiner Idee gewiß nicht wieder kommen wird. Obendrein würde er ja auch im Plenum nicht damit durchdringen. Aber es ist von Wichtigkeit, auf dergleichen kleine Hervorsprünge zu achten und sofort auf den Kopf zu treten. — Die Sitzung dauerte bis späthin; nun ist Diner bei Schönhals, wo alle Bevollmächtigte sind, und da wird die Comission der 4 (Thun, Rostitz, Reinhard und ich) erst Morgen Mittag zusammentreten. Bis Dienstag oder Mittwoch nach Pfingsten sollen wir fertig sein, — wie das werden wird, mag Gott wissen. Könnte ich Sie, liebster Freund, nur einmal auf eine Stunde sprechen! Haben Sie aber, wenn diese Zeilen bei Ihnen ankommen, ein halbes Stündchen ruhige Zeit, so werfen Sie

mir Einiges von Ideen auf's Papier; dieſelben finden diesmal eine ſehr gute Statt, d. h. Eingang bei denen, die darüber beſchließen ſollen. Daß Kübeck diesmal aus Thun ſprach, erſah ich auch daraus, daß Thun bei der Frage von der Organiſation mit dem Wunſche hervorplatzte, die jetzigen Angeſtellten möchten belaſſen werden. Darauf hielt ich mich verpflichtet, zu erwiedern, wie die Sache ſo ſtände, daß alle Poſten doppelt, und zwar mit Oeſterreichern und Preußen beſetzt worden ſeien, unter Ausſchuß aller Andern, die zum Theil entlaſſen wären, zum Theil ausdrücklich (wie Herr v. Villers pp.) als Oeſterreicher oder Preußen bezeichnet worden wären, ohne es zu ſein, nur damit ſie bleiben könnten. Obendrein werde keiner aus der Bundes-Caſſe, ſondern von Oeſterreich oder Preußen bezahlt; wer ſolle nun entlaſſen werden: die Oeſterreicher oder die Preußen? meine Anſicht ſei, daß uur die bleiben könnten, die aus der Bundes-Caſſe beſoldet würden (alte Beamte vom Bundestage her), alle übrigen aber, weil ſie jetzt angeſtellt geweſen, entlaſſen würden, und nachher ſich frage, ob man einzelne von ihnen wieder einſtellen wolle. Ich erwähne das nur, weil's ebenfalls charakteriſtiſch und man nicht ſchroff genug allen derartigen Gelüſten entgegentreten kann.

Ihr

D.

Nr. 202. Hannover, 17. Mai.

Ihren Brief vom 15., beſter Freund, erhielt ich heute am 17., dem Jahrestage des Beginns jener Berliner Verhandlung, und ich wünſche von ganzem Herzen, daß die Ihrige glücklicher vor ſich gehen möge. Sie ſind von den Berliner Berichten unterrichtet; ich brauche davon nicht zu reden. Ob Sie das Preuß. Schreiben an den Geſandten in Copenhagen über die Sendung von Below kennen, weiß ich nicht. Es iſt das bis zur Naivetät traurige Bekenntniß, daß man durch die Sünde der Friedenspräliminarien vom 10/7. v. J. in die Lage gekommen, weder rück- noch vorwärts zu wiſſen. Wegen Schleswig habe man nichts erreichen können, aber wegen Holſtein habe man auch nichts erreicht. Man will nun einen ſ. g einfachen Frieden ſchließen, d. h. nicht einen einfältigen, ſondern einen Frieden, bei dem man alles offen läßt, ſelbſt die Möglichkeit, daß die Herzogthümer ſich wieder zu ſchlagen anfangen. Die Dänen wollen aber nicht in die Falle. Ich habe ſeit langer Zeit nichts geſehen, was einen ſo widrigen Eindruck auf mich gemacht hätte. — Daß zwiſchen Öſtreich und Rußland Communicationen über die Preuß. Militärverträge, die Rußland reprobirt, ſtattgefunden, wird von Wien gemeldet. Dagegen wird die neulich von mir gegebene Nachricht, daß man in Wien von der Aufnahme der ganzen

Monarchie in den Bund zurückkomme, zweifelhaft. — In der That ist die ganze Lage der Dinge verkehrt. — Die beiden Hauptpuncte, die Östreich in der Münchner Proposition erreichen wollte, die Aufnahme der ganzen Monarchie, und der Ausschluß der Kleinen, finden in nichts stärkeren Widerstand, als in dem nun aufgestellten Grundsatze der Gültigkeit der Bundesverfassung. Damit kann Preußen beides am Besten beseitigen. Preußen aber, das eben die Rechte der Kleinen für sich ausbeutet, und die Gesammtmonarchie zurückweiset, protestirt gegen die Bundesverfassung, in welcher seine Stärke liegen würde. Denn unter keiner Bedingung haben die Kleinen so viel Gewicht als im Bunde. Der Plan, den Sie andeuten, ist entschieden und kühn; ich bin eine Zeitlang darüber im Zweifel gewesen; allein unter der Voraussetzung, daß die Sache eben auch nur eine Proposition ist, und nur eine Anwendung des Princips vom 26/5. v. J. in anderer Weise, wird dabei wenig zu erinnern seyn. Östreich wird dadurch um so mehr an dem Grundsatz des Bundes befestigt; es wird aber alles darauf ankommen, daß es die Sache ernst und gewissenhaft nehme. Wir können nach unseren Grundsätzen und gerade in Gemäßheit unseres Widerspruchs gegen die Münchner Proposition darauf eingehen, weil wir hier den Boden des Rechts unter den Füßen haben. Die Neunerform haben wir uns bereits gefallen lassen. Nicht zu vergessen ist aber für die Construction der Stimmen, daß Hannover dabei in eine ungünstige Lage kommt. Während Sachsen von 2800 m Seelen 1757, Würtemberg von 3450 m doch 1743 m hat, wird Hannover bei 3830 m Seelen nur 1775 m, also minora haben. Daneben ist Dännemark in der Gruppe kein angenehmer Rival, Braunschweig feindselig, Oldenburg mißtrauisch. Die Ernennung eines Vertreters bleibt also eine precäre Sache und wird es also doppelt nothwendig, auch Bevollmächtigte zuzulassen, und diesen eine nicht zu schlechte Stellung zu geben. Die Modalitäten der Geschäftsführung möchte ich nicht weiter entwickelt sehen, als unumgänglich nothwendig ist. Denn es ist nicht gut, wenn die Sache das Ansehen erhält, als solle das Provisorium ins Definitivum übergehen. — Sehr möchte ich aber wünschen, daß Östreich die Münchner Zusicherungen wegen Vertretung am Bunde und Bundesgericht auch bei dieser Gelegenheit wieder erneuern möchte. Man darf diese Lücke nicht offen lassen, an welche sich gleich das Geschrei über Herstellung des Bundestags anheften würde. Auch hege ich selbst hier kein unmäßiges Vertrauen. Die Zahl derer, die gern alles wieder auf den alten Fuß brächten, ist nur zu groß. Je mehr es gelingt, Ruhe und Sicherheit herzustellen, je mehr die Reformen ins Leben treten, um desto mehr bereut man jene Feigheit, mit der man 1848 von der Bresche lief, und haßt die, die sich damals in die Bresche stellten. Hier sind diese Treibereien von

Tag zu Tage widriger. Zwar ſind die Leute ſich darüber ziemlich klar, daß ſie nicht regieren können, daß es eine Unmöglichkeit iſt, unſere Stellen einzunehmen; aber einſtweilen geſchieht alles — mit Erfolg, um den König gegen uns einzunehmen, und daß ich der Sündenbock bin, können Sie denken. Sehr hübſch hat der Herr kürzlich gegen Düring geſagt: Nur Bennigſen könne noch einmal ein Staatsmann werden, wenn er reiſe, und Prott, der habe Einſicht (er widerſpricht nie). — Nach anderer Seite muß man auch das Auge richten. Die Pariſer Zuſtände ſcheinen mir nichts weniger als geſichert. Die halben Maßregeln mit dem Wahlrecht reizen, ohne zu helfen; und ich halte eine unglückliche Wendung ebenſo möglich, als daß die Regierung endlich einen Krieg vom Zaune bricht, um das Volk los zu werden. Sind wir darauf gerüſtet? — Auf beide Fälle?

d. 18.

Der Brief iſt liegen blieben, darüber iſt Ihr heutiger hinzu gekommen. Nun werden Sie allerdings Inſtructionen erhalten. Ob dieſe aber früh genug kommen, iſt die Frage. Deßhalb ſchreibe ich weiter. Die Preuß. Erklärungen im Staatsanzeiger [1]) u. ſ. w. ergeben recht deutlich, wie wankend jene Sache iſt. Es gilt alſo, ſie nicht noch einmal wie durch die Münchner Vorſchläge zu befeſtigen. Das führt mich auf die Frage von der Mehrheit. Ich glaube, da Preußen gern Theil nehmen möchte, aber nicht kann, thut man gut, die Sache nicht auf die Spitze zu ſtellen, d. h. man beſchließt in Frankfurt, läßt aber den Beitritt (das Protocoll) offen, und deutet die Möglichkeit von Modificationen an, wenn die Hauptprincipien anerkannt werden. Als Grundprincip iſt nun immer die Geltung des Bundesrechts bis zur Abänderung zu betrachten unter Abweiſung aller Deductionen von Gelten des Bundes ohne Verfaſſung. Preußen hat das in den Verträgen anerkannt. Wie wollen ſie davon abkommen? Sie ſcheuen ſich auch ſehr, die Verträge anzugreifen; alſo feſt daran gehalten. — Weiter aber dürfen wir nicht vergeſſen, daß das Plenum ohne engeren Rath gar nicht bundesgeſetzlich iſt, Art. VII der BA. Das iſt die ſchwache Seite Ihrer Anſicht, und deßhalb müſſen Sie vorſichtig ſeyn; man wird dahinter faſſen, um ſo mehr, als auch die Interpretation der BA. dem engern Rath zuſteht, WSA 12. 14. 17. — Ein weiteres Grundprincip aber, das Sie den

[1]) Rede des Königs in der Schlußſitzung des Fürſtenkongreſſes, Staatsanzeiger vom 16. Mai. — Eine preußiſche Note vom nämlichen Tage theilte dem oeſterreichiſchen Geſandten das Reſultat der Berathungen mit den Unionsregierungen mit: Theilnahme an der Frankfurter Verſammlung, unter Proteſt gegen den Character derſelben als Plenum der früheren Bundesverſammlung und die daraus herzuleitenden Präſidialbefugniſſe (Deutſche Chronik 1850, I. S. 234).

Preußen entgegen halten müſſen, iſt die Unmöglichkeit eines Bundesſtaats im Bunde. Das wollen ſie durchbringen, aber es geht nicht. Es muß ein Hauptheil des künftigen Bundesrechts ſeyn, die Separatverträge, die wir nie entbehren können, zu ordnen. Aber das geht nur unter Oberaufſicht und Schutz des Bundes. Ein Bund im Bunde, der alle Zwecke des Bundes vereinigt, ſchließt den Bund aus.

Was die Gruppen angeht, ſo möchte ich noch wünſchen, daß Luxemburg aus der Schwäbiſchen in die Heſſiſche käme. Dieſe iſt die kleinſte und ſchwächſte; Naſſau und Luxemburg verwandt. Uns aber liegt daran, zwei Nachbarn darin zu haben. Moſel und Rhein geben doch auch nach Naſſau beſſere Verbindung als nach Baden. Die inneren Verhältniſſe in den Gruppen ſind aber eine große Schwierigkeit. Haben die Vertreter nicht eine feſte Stellung, ſo ſind ſie nichts nütze. Ich bin deßhalb ganz entſchieden vielmehr für die alten Stimmen. Was haben denn die 13—17. Stimme je gelten können? Sollen nun demnächſt die Königreiche die Stimmen für die Gruppe führen, ſo ſind ſie Gegenſtand von Argwohn und Intrigue; ſoll mehrheitliche Wahl oder gar Inſtruction eintreten, ſo ſind ſie nichts. Hannover hat nun nicht blos die Theilnahme von Dännemark, ſondern auch die Einverleibung Oldenburgs mit D. zu erwägen. Beſſer wäre es noch, auf das Erfurt-Berliner Syſtem von halben Stimmen mit Bevollmächtigten zu kommen, als auf ein Syſtem von Wahl. — Im Proviſorio iſt freilich das alles nur halb wirkſam, aber ein Prototyp; und man wird ein gutes Proviſorium nur machen, wenn man das Definitivum überall vor Augen hat. — Die Thunſche Anſicht von der Executive durch 2 iſt ſehr gefährlich, und Sie haben wohl gethan, ihr entgegen zu treten. Man wird ſich mit Preußen allerdings gern à tout prix vertragen. — Wir Kleinen haben ein ganz anderes Intereſſe als Öſtreich und Preußen. Dieſen iſts eben recht, wenn die Gruppen nichts gelten. Uns liegt alles daran, ſie zur Bedeutung und inneren Feſtigkeit zu bringen. Ich würde dieſe „Landfrieden“ für eine Hauptaufgabe ſpäterer Staatskunſt halten. Man kann daran vieles knüpfen; die diplomatiſche und Conſularvertretung u. ſ. w. — Aber das ſind ungefangene Fiſche in dem jetzigen Unionswaſſer.

Ad vocem Preußen. Geſtern, am 17. Mai, fand Wangenheim im Archiv die geheimen Artikel vom 17. Mai 1795, in denen Preußen ſich mit Frankreich vereinigt, Hannover en depôt zu nehmen, heute einen Brief des Herzogs von Braunſchweig, darnach man 1798 in Berlin (auf den Vorſchlag des Prinzen Heinrich) die Idee hatte, England das Cap zu geben, wenn es Hannover an Preußen abtrete. — Berichte des alten Wallmoden ſtellen ins klarſte Licht, daß die Demarcationslinie nichts als eine Perfidie war, die Öſtreich in unhaltbare Stellung brachte und den Franzoſen

überall freie Hand gab. — So ein Archiv ist ein vertractes Ding. Das aber ist gewiß, so bald der Zustand Deutschlands nicht völlig fest nach Innen und Außen geordnet ist, giebts keine Preußische Politik mehr, sondern nur eine rasende Wuth, alles zu verschlingen, ohne die Kraft dazu.

Leben Sie wohl und feiern Sie fröhliche Pfingsten.

Ihr

JGBS.

Ich habe in der Ständeversammlung den Sachsenspiegel wieder gelesen. Da steht II, 1: Swar herren sich mit eyden zusamene sicheren, si en bescheiden daz riche dar buzen, so haben si wider dem riche getan; und in dem alten Landfrieden ist des Kaisers Genehmigung ausdrücklich vorbehalten.

Nr. 203. Frankfurt, 20. Mai.

Ich schicke den Canzlisten Herrn Elster zu Ihnen, liebster Freund, und zu Gr. Bennigsen mit dem Entwurfe zu dem Beschlusse über die neue Centralgewalt, so wie ich mit Herrn von Reinhard darüber einig geworden bin; die beiden andern Mitglieder der Comission, Graf Thun und Rostitz, wissen noch nichts davon, und werden ihn erst heute Nachmittag oder Morgen kennen lernen. Es ist halt Pfuscher-Arbeit und Sie würden was Anderes daraus gemacht haben; aber Sie sind ja leider nicht hier, obgleich hier jetzt wohl nöthiger, als dort. Elster soll mir nun von Graf Bennigsen meine Instruktionen pp. mitbringen, und Sie, liebster Freund, bitte ich, mir Ihre Ansichten, wärs auch nur ganz flüchtig und mit Bleistift, über den Entwurf notiren zu wollen. Elster geht heute Montag Vormittag über Biberich und Köln nach dort, kommt in Hannover Dinstag früh an, Dinstag im Laufe des Tages müssen Sie suchen, ein halbes Stündchen zu derartigen Notizen zu finden. Einiges möchte ich wohl in dem Entwurfe erläutern, aber die Zeit ist eben zu kurz; daß z. B. die Curiatstimmen im Pleno zu Stande gebracht werden, d. h. die Träger derselben von den Mitgliedern einer Gruppe in der Plenar-Versammlung ernannt werden sollen, geschieht, um zu verhüten, daß nicht etwa die Norddeutsche Gruppe den Großherzog von Oldenburg, die Sächsische Gruppe den Herzog von Coburg ernenne; bringt man sie erst auf die Linie der Anerkennung der Plenar-Versammlung, dann hat's damit keine Gefahr. Und so Manches. Das Ganze eben ein Nothwerk, ein Kind der Eile und mangelhafter Kenntniß, oder, wenn Sie am Ende wollen, vollständiger Unkenntniß. Ich hoffe, daß ich noch dazu komme, dem Herrn Elster einen französischen Bericht an den König mitzugeben, um gleich Sr. Maj. den Plan vorzulegen,

was Ihnen dann die Einholung der Allerhöchsten Genehmigung erleichtern würde. Elster soll dann Mittewochen früh wieder abreisen und trifft dann am Donnerstag Nachmittag hier ein, Donnerstag Abend oder Freitag Morgen wollen wir dann die Sache noch einmal vertraulich aber unter Zuziehung aller Mitglieder durchsprechen. Dazu kommen Ihre Notizen also jedenfalls früh genug. — Unser Plan ist, wie ich Ihnen schon neulich schrieb, Nichts zu übereilen, aber die Sachen so vorzubereiten, daß der Beschluß in einer Stunde gefaßt werden kann, wenn uns solches hier nöthig erscheint.

Da Scherff nicht, wie seine Absicht anfänglich war, behuf Instruktions-Einholung nach dem Haag gegangen ist, so hat er auf meine Bitte Ihr P. M. über die Canal-Angelegenheit an das Ministerium der ausw. Angelegenheiten eingeschickt, und hat er darauf eine Antwort bekommen, von der ich Ihnen die Abschrift beifüge. Man hat dort den besten Willen, und wenn Sie einen halbweg geschickten Menschen hinschicken, machen Sie die Sache fertig.

Neues von hier sonst Nichts. Ihr allergetreuester
D.

Nr. 204. Hannover, 21. Mai, Abends.

Eben halb 9 Uhr bringt Herr Elster mir Ihre Briefe. Graf Bennigsen hatte er auch nicht gefunden, und so ist nicht daran zu denken, daß er morgen früh abreisen könne. Ich will daher den Versuch machen, Ihnen einige vorläufige denkbare Winke und Notizen zugehen zu lassen.

Sie werden in diesen Tagen Instructionen erhalten, theils eine bloße farrago, wie Neubourg sie vor und nach zusammengeschrieben, welche Ihnen zu schicken ich angerathen habe, weil doch manches darin ist, was auf ein Bedürfniß aufmerksam macht, oder einen Gedanken anknüpfen läßt. — Es dient das alles aber nur theils 1) für die Verwaltung der Bundescommission, theils 2) für die Bearbeitung der Verfassung im Pleno.

Für das Provisorium aber werden Sie auch Bemerkungen erhalten haben, und zwar erst wegen der Stimmvertheilung. Ich lege großes Gewicht auf die Stellung Luxemburgs. — Dann aber auch wegen des Stimmverhältnisses in der Gruppe. Ich habe mir erlaubt, Ihnen meine Ansicht darüber schon privatim mitzutheilen, und kann nur wiederhohlen: Lieber ½ Stimme allein und frei, als eine ganze unter Abhängigkeit von andern. — Wäre aber die Möglichkeit, daß Hannover im Bundesrath gar keine Stimme führte, so müßte ein solches Verhältniß rein zurückgewiesen werden. Ich gestehe, daß mir Ihr Auskunftsmittel hier noch keineswegs genügt. Rechnen können wir jetzt nur auf Strelitz und Bückeburg. Von Holstein

wissen wir nicht; Schwerin ist ungewiß, Oldenburg und Braunschweig toll, Hamburg und Lübeck gefangen; Bremen lügt sich hindurch. — Nähme man ein System doppelter Stimmen an, so käme man auf die Zahl 18, also 1 mehr als der Bundestag. Davon erhielten Preußen, Östreich, Baiern statt bisheriger 3—10, die übrigen statt bisher 14—8. Von diesen 14 kämen auf die Hannoversche Gruppe unter ungefährer Ausgleichung der Bruchstimmen 5, Würtembergische $3^1/_4$, Hessische 3, Sächsische $2^3/_4$. Der Norden verliert also 3 Stimmen, Stimmen von Seestaaten. Das ist nicht auf die Dauer zu halten.

Doch ich muß schließen, wenn der Brief noch zur Post soll. Also leben Sie wohl und nächstens mehr.

Ihr

JGBS.

Nr. 205. Frankfurt, 22. Mai.

Ich hab Ihnen, theuerster Freund, zunächst für Ihr reiches Schreiben vom 18. zu danken. Eine Menge Ihrer Gedanken hatten wir schon getroffen, wie Sie aus dem inzwischen bei Ihnen eingetroffenen Entwurfe gesehen haben werden; derselbe hätte nur eine Erläuterung nöthig gehabt, die in der ungeheuren Eile, womit Elster expedirt wurde, mir leider nicht beizufügen möglich war. Und obendrein hat diese Eile doch nichts geholfen, da, wie mir Elster eben von Deutz aus schreibt, des Festes wegen (das eine ganz unglaubliche Bewegung auf Eisenbahnen und Flüssen bringt) die Rheinfahrt so langsam ging, daß er statt wie sonst um 7 oder 8 Uhr, nun erst nach Abgang des Nachtzuges in Köln eingetroffen ist. Ich verliere dadurch 24 Stunden, um die es mir sehr leid ist. — Hier hat sich inzwischen nichts Berichtenswerthes ereignet. R.-R. Mathis [1]) ist zum Bevollmächtigten ernannt, vielleicht der größte ....., den es giebt, in der berüchtigten Central-Untersuchungs-Commission der eigentliche Faiseur, d. h. der Fälscher, da ja die Maus, die damals in dem Berichte zur Welt kam, doch nur durch förmliche Fälschung möglich war. Das hat Florencourt [2]) damals von außenher nachgewiesen, es war aber so arg, daß das Bairische Mitglied ausdrücklich gegen die Mathisische Conclusionen protestirte. Nachher hat er nun hier beim Interim eine fernere gute Schule gemacht; in der Mecklenburger Sache hat er erst für die Competenz ein Gutachten gemacht, als nachher der Verwaltungsrath sich einmischte dagegen, was denn den soldatischen Schönhals in solche Empörung versetzte, daß Mathis

[1]) W. Geh. Ober-Reg.-Rath Mathis war den preußischen Bundes-Commissarien beigegeben, und wurde jetzt neben General von Peucker zum Vertreter in der von Oesterreich einberufenen Versammlung ernannt.

[2]) Ueber den Schriftsteller v. Florencourt s. v. Poschinger, Manteuffel, I. S. 77.

Angst bekam. Es ist ein ..... schlauer, durchtriebener Geselle, den man voranschickt, weil nichts an ihm gelegen, es ein Kerl ist, der sich herausschmeißen, in den H..... treten läßt, ohne daß irgend viel daran gelegen. — Mich bestärkt diese Ernennung, wie Alles, was ich sonst von Berlin höre (eben weil dort Alles schwankend, muß man zeigen, daß man hier auf ein festes Ziel fest zusteuert, der Kraft fliegen die Kleinen zu, auch gelingt es nur so, Oesterreich zu binden), bestärkt mich in meiner Ansicht, daß wir hier entschieden vorangehen müssen. Reinhard und Xylander sind mit mir ganz einverstanden, die Hauptsache ist Thun, den ich das Fest über nicht zu sehen bekommen habe, und der freilich an Kübeck einen bösen Einflüsterer hat, weil der (wie auch Rechberg) ganz in der kurzsichtigen Politik steckt, daß Oesterreich sich mit Preußen auf Kosten der Kleineren einigen müsse. Ich habe mit Thun darüber eine ausführliche Unterredung gehabt, ihm — auf die Denkschrift von 1822[1]) zurückgehend — nachgewiesen, wie der Dualismus, der erst durch Preußens räuberisches Wachsen entstanden, Alles Unheil in Deutschland verschuldet, wie Preußen das aber mit großer Schlauheit Oesterreich in die Schuhe zu schütten gewußt und es daher gewagt habe, bei der ersten großen Crise den Versuch zu machen, Oesterreich aus Deutschland herauszuschieben. Stelle jetzt Oesterreich Preußen so, daß dieses wiederum Alles hindern könne, und das Oesterreich und dessen Verbündeten Schuld gebe, so werde eine neue Crise, die vielleicht bald eintrete, Preußen sicher an das Ziel seiner Bestrebungen oder wenigstens unsägliches Unheil über Deutschland bringen. O. müsse die Kleineren so stellen, daß die ihm, Oesterreich, seine Stellung in Deutschland, die weder O. noch Deutschland entbehren könne, gegen alle Preußischen Bestrebungen intakt erhielten, damit O. sich inzwischen in und auf sich selbst zurückziehen könne, da es voraussichtlich in nächster Zeit sehr mit sich selbst beschäftigt sein werde. — Graf Thun hat diesem Raisonnement nicht allein zugestimmt, sondern er hat auch, wie ich das gewiß weiß, in diesem Sinne mit einem heute abgehenden Courier nach Wien berichtet. — Alles kommt nun darauf an, daß er den Muth hat, entschieden voranzugehen. Morgen werde ich ihn sprechen und ihn dazu zu stimmen suchen. Läßt man den Preußischen Bevollmächtigten und die der andern Unions-Mitglieder zu, so werden die ohne alle Mühe Alles hindern und die Vergeblichkeit der hiesigen Bestrebungen nur zur Empfehlung und Befestigung der Union benutzen. Weiset man sie wegen Protestes oder dergl. a limine zurück, so wird das einen so ungeheuren Scandal erregen, daß unter dem Eindrucke dieses Scandals

[1]) Die Küpfersche Denkschrift ist gemeint, welche von Kombst in der Schrift: Authentische Aktenstücke ꝛc., S. 1 ff. veröffentlicht wurde. Vgl. v. Treitschke, Deutsche Geschichte, III. S. 290.

unmöglich ein Beschluß der Art gefaßt werden kann. Es bleibt somit nichts Anderes übrig, als unter Einhaltung der durch die Circular-Depesche vom 26. April in Aussicht gestellten Frist den Beschluß zu fassen, bevor die Unions-Bevollmächtigten hier eintreffen. — So wenigstens sehe ich die Sache an, ich bin nun begierig, was mir Elster in dieser Beziehung von Hannover mitbringt. — Vor Sonnabend den 25. wird es schwerlich zu einer Sitzung der Plenar-Versammlung kommen; am 24. wird wohl nur eine vertrauliche Besprechung Statt finden. Ich gebe Ihnen vielleicht Morgen, sonst übermorgen weitere Nachricht über den Stand der Dinge, will aber hier gleich das bemerken, daß, wenn am Freitag, oder Sonnabend, oder Montag oder später ein entscheidender Beschluß gefaßt würde, ich Ihnen die Nachricht davon sofort telegraphisch zukommen lassen werde. Und zwar wird Elster an irgend einen Canzlisten der Berliner Gesandtschaft berichten: daß dieser an den Geheimen Registrator Cleeves nach Hannover melde: die Obligation sei aufgefunden worden. Haben Sie also die Güte, Cleeves durch Neubourg dahin instruiren zu lassen, daß er eine an ihn von Berlin einlaufende telegraphische Depesche sofort Ihnen und dem Gr. Bennigsen mittheile. Anders wüßte ich es nicht zu machen, da ich in Berlin Niemanden kenne und an Knyphausen nicht berichten mag, weil das gleich auffiele. Kommt jene Nachricht an, so wissen Sie, daß der entscheidende Beschluß gefaßt ist. — Ich wollte, ich könnt's Ihnen erst melden!

Der Ihrige
D.

Nr. 206. Hannover, 22. Mai.

Ob Sie meine flüchtigen Zeilen von gestern Abend zeitig erhalten, lieber Freund, weiß ich nicht, jedenfalls wird die Instruction, die hier am Sonnabend beschlossen ist, angekommen seyn. Eben so wenig weiß ich, ob dieser Brief und das heutige Rescript Sie noch trifft. Indeß habe ich doch, so weit die Eile des Tags, der mir gerade sehr zerrissen ist, es gestattete, einige Bemerkungen zu Papier gebracht [1]), die mir erheblich scheinen. Kleineres, was Redaction angeht, habe ich absichtlich nicht berührt, das werden Sie selbst finden. Es wäre vielleicht zweckmäßig, eine andere Einrichtung und Vertheilung der Gruppen vorzuschlagen, da die Östreichische sehr wenig Boden hat; allein beim Provisorium mags damit gehen. Man kanns beim Definitivum überlegen; — hier ist die Hauptsache, daß die Stimmführung jedenfalls gesichert wird, damit nicht Preußen durch seine Calanten, die in den einzelnen Gruppen meist majora haben — namentlich bei uns und Sachsen, alles verdirbt.

[1]) Anscheinend in einer Beilage des Briefs, die aber fehlt.

Die Preußen ſchicken ja Herrn Mathis. Wenn der nicht tiefer denkt, als ſeine Schrift vom October, ſo bedaure ichs. Der König von Preußen erkundigt ſich bei Knyphauſen wieder ſehr freundlich nach unſerem alten Herrn. So wird man nach dieſem eclatanten Fiasco wohl wieder freundlich werden wollen. — Aber wie werden die HH. ſpringen, wenn ſie nun das Plenum anerkennen ſollen.

Doch die Zeit drängt ſehr; leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 207. Frankfurt, 24. Mai.

Ich habe Ihnen, liebſter Freund, für Ihre Briefe vom 18., 21. und 22. (welchen letzteren mir der eben eintreffende Elſter überbringt) und die Maſſe ſchätzbaren Materials zu danken, welches in dieſen Ihren Briefen, ſowie in den beiden offiziellen Sendungen und Inſtruktionen für die hieſigen Zwecke enthalten iſt. Alles das läßt mich nur beklagen, daß Sie nicht hier ſind, ſondern Jemand wie ich, der höchſtens einen unbeſtimmten Geruch von den Dingen hat. Ein großer Theil Ihrer Bedenken iſt mir nun freilich ſchon früher gekommen, und hab ich mich vergeblich gequält, Abhülfe zu finden; für das Meiſte finde ich die nun auch nicht in Ihren Notizen. — Daß die Hannoverſche Gruppe kleiner werden müſſe, hab ich auch ſehr bald für nöthig erkannt; allein wohin damit? Sie können Lippe-Schaumburg an die Heſſiſche Gruppe abgeben, allein das iſt nun gerade eine korrekte Stimme, die man damit verliert, und dazu iſt es auch zu klein, um gründlich zu helfen. Mecklenburg pp. aber zur Sächſiſchen Gruppe würde das Übel, was wir damit aus der Hannoverſchen Gruppe entfernen, nur dort, wo es ohnehin auch ſchlimm ausſieht (wo die Herzogthümer pp. dem Königreich ohnehin feindſelig ſind und nun die Anhalter, Reuß und all die kleinen Köther in die Preußiſche Wagſchale fallen), noch ſchlimmer machen. Wir haben uns hin und her beſonnen. Alle ſ. g. klugen Auskunftsmittel helfen nichts und würde jeder ſehen, daß man damit nur die Pille vergolden will oder auf Schleichwegen das erreichen, was man nicht geradeheraus ſagen mag. Deshalb werden wir wahrſcheinlich, um die Sache kurz zu machen, von Seiten der Comiſſion vorſchlagen, daß in den betreffenden Gruppen die Königreiche die Stimmen führen ſollen. Das Geſchrei dann über uns! es geht mit Einem hin. Fügt ſich Preußen, fügen die Kleinen ſich auch. — Preußen aber wird ſich nur fügen, wenn wir vorangehen. Überhaupt iſt ja nur vom Proviſorio die Rede und ſo ſehr ich die Bedeutung deſſelben für das Definitivum anerkenne, ſo iſt es doch wichtiger, daß bald etwas gemacht wird, als daß es nun bis ins Kleinſte ausgetüpfelt

wird; vollkommenes läßt ſich für unſere Deutſchen Zuſtände doch nicht machen. Es wird übrigens im Bericht ausdrücklich anerkannt werden, daß die Vertheilung in die einzelnen Gruppen nur für das Proviſorium ſei und daß die mancherlei Übelſtände, die dieſe Vertheilung haben könne, im Definitivo leichter beſeitigt werden könnte. Ähnlich wird's mit Luxemburg gehen. Darüber hab ich nach allen Seiten hin angeknüpft; mit Scherff, der Unterſtützung zugeſagt hat, aber erſt deßhalb ſchreiben will, und das erſt, wenn er unſere Vorlage überſchickt. In dieſem Sinne thäten Sie nun gut, wenn Sie von dort aus gleich nach dem Haag ſchrieben und dort Ihre Wünſche exponirten. Scherff meinte, man werde im Haag ſo ziemlich indifferent über die Frage denken, alſo einen Wunſch Hannovers gern berückſichtigen; die Verwandtſchaft mit Würtemberg werfe im Haag kein Gewicht in die Wagſchaale. Wohl aber thut ſie das, wie Reinhard mir ſagt, in Stuttgart; noch mehr aber der Umſtand, daß Baden feindlich und mißtrauiſch zu Würtemberg ſteht, und daß man in Stuttgart daher Luxemburg gern behält als eine Art Gegengewicht. Ich habe dagegen darauf aufmerkſam gemacht, daß Holland nur für das Proviſorium auf die eigene Stimmführung verzichtet hat, und daß nach deſſen Aufhören eine Forderung Luxemburgs, an der Stimmführung vielleicht alternirend Theil haben zu wollen, nothwendig ein gleiches Verlangen Seitens Badens zur Folge haben müſſe. Aber wie geſagt, Reinhard war der Anſicht, daß man in Stuttgart Luxemburg nicht werde aufgeben wollen. Ich will ſehen, was ſich machen läßt, hab aber wenig Hoffnung und will daher wenigſtens im Berichte ſoviel wie möglich zu retten ſuchen. Haſſenpflug, der für Baumbach kommt, iſt noch nicht hier, daher hab ich mit den Heſſen über dieſe Sache noch nicht reden können.

Inzwiſchen hat man in Berlin — wie ich nicht zweifle, in Folge unſeres Beſchluſſes vom 16.[1]) — von dem ..... Mathis abſtrahirt und will den General Peucker ernennen; das ändert nun die ganze Sachlage. Peucker hat dies Thun ſelbſt angezeigt. Nun iſt ein Vorangehen vor Eintreffen des Preußiſchen Bevollmächtigten nicht denkbar. Jedenfalls aber wird der Bericht pp. ſo vorbereitet, daß die Herren darin wenigſtens Alles fertig finden. Nach den Zeitungen käme Liebe für Braunſchweig und Oldenburg, ein Freund von mir, der vielleicht noch zu retten iſt, wobei ich gewiß nichts verſäumen will.

Morgen 11 Uhr hat die Comiſſion Sitzung. Thun, mit dem ich geſtern noch ausführliche Unterredungen hatte, erſchien mir etwas ſchwankend; vielleicht will er erſt noch Ordre von Wien haben, oder Kübeck hat ſoufflirt.

---

[1]) Die Konſtituirung der Plenar-Verſammlung.

Jedenfalls will ich Morgen auf Verabredung eines ganz bestimmten Planes auch unter Berücksichtigung der durch Peuckers Designation veränderten Sachlage dringen. Ich schreibe dann Morgen ein Näheres.

Doch genug für heute, zumal ich auch noch dem König einen französischen Bericht schicken muß, der um so mehr drückt, je mehr der Stoff fehlt. Der König hat mir aber gestern geschrieben und verlangt häufigen Bericht.

Ihr

D.

Nr. 208. Frankfurt, 24. [rect. 25.] Mai.

Nach einer tödtlich ermüdenden Comissions-Sitzung von 6 Stunden kann ich Ihnen, liebster Fr., gerade noch vor Postschluß einige Nachrichten zukommen lassen und daher, weil es an Zeit für den Abschreiber fehlt, weder an des Königs Majestät noch an den Grafen Bennigsen offiziell schreiben.

Graf Thun hat heute Morgen einen Courier aus Wien erhalten mit einem für Gr. Thun außerordentlich verbindlichen und anerkennenden Schreiben über den Beschluß vom 16. Mai. F. Schwarzenberg macht dem Grafen darin die größten Complimente und beauftragt ihn, den übrigen Mitgliedern des Fürsten Anerkennung auszusprechen. Dabei wird erklärt, daß das Wiener Cabinet mehr wie je entschlossen sei, auf diesem Wege voranzugehen; es habe seiner Seits für die neue Behörde eine erweiterte Competenz gewünscht, seien aber seine Verbündeten anderer Ansicht, so wolle es sich fügen. — Dieses Schreiben ist uns viel werth, weil es den Grafen Thun festigt. Außerdem ist es ja von höchster Wichtigkeit, Oesterreich auf dem legalen Terrain des Bundesrechts festzuhalten.

Thun theilte uns ferner die Preußische Note vom 16. Mai [1]), Protest gegen Präsidium und Charakter der Plenar-Versammlung mit, wovon ich Abschrift erhalten. Dagegen theilte er uns nur durch Vorlesung die Russische Note vom 18. April mit, worin Rußland auf das entschiedenste die Preußischen Militär-Verträge reprobirt; Abschrift weigerte er, vielleicht erhalte ich solche doch noch. Endlich ein Brief von Prokesch, der ihm schreibt, daß Schleinitz ihm die Ernennung von Peucker und Mathis anzeigt, letzterer werde Ende dieser Woche von Berlin abreisen und bitte er, Schleinitz, daß Graf Thun mit den wichtigeren Arbeiten bis zum Eintreffen des Preußischen Bevollmächtigten warten möge. Peucker wird wohl in der Versammlung erscheinen, Mathis draußen soufflíren; alle Beide werden wir nicht zulassen, so wenig wie, daß Peucker den Mathis statt

[1]) S. oben S. 414 Anm. 1.

ſeiner ſchicke. Für ſolchen Fall würde nur Subſtituirung eines andern Mitgliedes des Pleni eintreten können. Wenigſtens erklärte Thun, daß er in dieſem Sinne entſchieden handeln werde. Am Montag Vormittag wird nun die Comiſſion noch einmal zuſammentreten, Abends vielleicht ſchon eine vertrauliche Sitzung der Bevollmächtigten Statt finden, vielleicht Dinstag ſchon eine formelle, wo der Ausſchuß-Bericht und Antrag vorgelegt und zur Inſtruktions-Einholung verſtellt wird. Über dieſe formelle Behandlung und Taktik werde ich weiter ſchreiben, ſowie Graf Thun (der nun zwiſchen jenem Briefe von Prokeſch und der Bitte von Schleinitz und der ihm durch Schwarzenbergs Zuſtimmung gegebenen Ermunterung, auf dem Wege zu beharren) über die nächſten Schritte ganz entſchieden iſt. Viel wird dabei auf das Verhalten der Preußiſchen Bevollmächtigten, ihre Vollmacht, ihre etwaigen Proteſte u. ſ. w. ankommen. Beharren ſie entſchieden in den jetzigen Wegen, ſo gehen wir gewiß ebenſo entſchieden dieſſeits voran, worin nach meiner immer noch unerſchütterlichen Anſicht allein Heil, d. h. alleinige Ausſicht auf ein Nachgeben Preußens zu finden iſt.

In das Materielle eingehend, bemerke ich Ihnen nun unter Zugrundelegung der Notaten aus dem Geſammt-Miniſterium vom 22. Mai Folgendes: Zu § 3. Verlegung der Reſidenz des Bundes-Raths jenen Notaten gemäß. Zu § 4. Hier haben wir uns geeinigt, die Beſtimmung im Weſentlichen salva redactione ſo zu faſſen: „Die Staaten, welche einen gemeinſchaftlichen Bevollmächtigten zu ernennen haben, haben ſich über die Stimmführung im Schooße der Plenar-Verſammlung und unter deren Vermittelung zu verſtändigen. Im Falle der Nicht-Verſtändigung werden die Regierungen von Königreich Sachſen, Hannover, Würtemberg und Kurheſſen für die betreffende Curie die Stimme [zu] führen.“ (Der Fall der Nicht-Verſtändigung liegt ja immer in der Hand deſſen, dem die Stimmführung zugedacht iſt. Es iſt nur eine Phraſe, die Niemanden täuſchen wird — aber ſie erkennt das Recht der Kleineren zur Ernennung des Stimmführenden an und damit iſt ja alles gewahrt, was jene verlangen können). Zu § 6. Im Weſentlichen, wie in der Verfügung vom 20. Mai gewünſcht worden.

Dagegen haben die Notaten zu § 7 keine Berückſichtigung gefunden. Was die dem Pleno zu ertheilende Interpretations-Befugniß zweifelhafter Beſtimmungen der B.-V. betrifft, ſo hält man nicht für nothwendig, hier etwas darüber zu ſagen. (Iſt nicht vielleicht der betreffende Paſſus des hieſigen Vorſchlages dort mißverſtanden worden?) — Daß aber 3 Stimmen ſchon hinreichen ſollten, eine Angelegenheit aus dem Bundes-Rath ins Plenum zu bringen, hält man für bedenklich, weil es den Geſchäftsgang

erſchweren könne — wenigſtens dahin verſchrieen werden könne, als ſei damit wieder die Möglichkeit, eine Sache zu verſchleppen pp., gegeben.

Ebenſo wollte man ſich nicht dazu verſtehen, in § 8 etwas über die Geſchäftsform des Pleni zu ſagen, ſo ſehr man auch die Richtigkeit, ja Nothwendigkeit anerkannte. Der Grund iſt hauptſächlich, weil wir ſchon durch unſern Beſchluß vom 16. von jener Beſchränkung der Deliberations-Befugniſſe des Pleni abgewichen. — Über die Marine wird der Bericht ſich ausſprechen; es war nicht möglich, hier eine Faſſung für den Beſchluß ſelbſt durchzubringen.

Ihre Einwände gegen § 9 theile ich vollkommen. Dagegen waren von anderer Seite, namentlich in einem Privatbriefe des Königs von Würtemberg, dieſe Beſtimmungen gerade in ſolcher Weiſe gebilligt, daß die andern Mitglieder ſie nicht aufgeben wollten. Wir haben uns nun dahin geeinigt, daß es dort heißen ſolle, daß in ſolchen Fällen eine oder mehrere Regierungen „vorübergehend mit ausgedehnten Special-Vollmachten“ verſehen werden ſollten. — Der Ausdruck „Special-Vollmacht“ wird wohl Ihre Beſorgniß heben.

Wegen des Präſidii iſt noch beſtimmt, daß Oeſterreich dasſelbe im B.-R. führen ſolle, vorbehältlich einer Verſtändigung im Bundes-Rathe ſelbſt.

Die Redaktion des Vorſchlages iſt und bleibt ſchlecht und ich fürchte ſehr, wir werden zu keinem beſſern kommen, weil die Arbeit Reinhard und mir allein obliegt und die Zeit ſehr drängt. Einzelnes iſt geändert, Anderes will ich noch zu beſeitigen ſuchen. Vielleicht ſchicken Sie mir von dort eine Abſchrift, worin Sie gerade in Betreff der Redaktion einige Notizen machen, unter Berückſichtigung der oben angegebenen Änderungen; doch aber nur, wenn Sie gerade Zeit übrig haben, etwa bei einer paſſenden Rede in der 2. Cammer.

Noch bemerke ich, daß F. Schwarzenberg in ſeinem Schreiben an Graf Thun ausſprach, wie ſehr man dort die Beſchleunigung — jedoch ohne Übereilung — wünſche und es deshalb gern ſehen würde, wenn einzelne Regierungen gegen die Fortdauer der Bundes-Comiſſion Proteſt erhöben. Der würde in Wien und Berlin zu übergeben ſein. Ihrer Seits bedarf's deſſen wohl kaum, da Sie nur bis zum 1. Juni prolongirt haben.

In Ihrem Briefe vom 21. erwähnen Sie, wie die Nordſeeſtaaten 3 Stimmen in der neuen Behörde verlieren würden; das iſt ſehr wahr — aber wie iſt zu helfen?

Ihr

D.

Nr. 209. Hannover, 26. Mai.

Ich habe wohl gefürchtet, lieber Freund, daß unſere Mittheilungen Sie nicht befriedigen würden. Die Lage iſt ja leider einmal ſo, daß wenig Geſundes zu erwarten iſt. Die Verminderung der Stimmen auf der einen Seite, die Erweiterung der Stimmen der großen auf der andern, machen einmal das Uebel unvermeidlich. Wenn diejenigen, die bisher $^{14}/_{17}$ der Stimmen hatten, ſich nun in $^{4}/_{9}$ theilen ſollen, ſo fallen die Antheile dünn aus; man wird ſich ſchicken müſſen, ſo gut es geht, und dieſen Lumpen gegenüber iſts wohl am beſten, unverſchämt auftreten. Vernunft trauen ſie einem doch nicht zu, ſondern riechen in vermeinter Schlauheit überall Hinterliſt. Da werden ſie am Ende ſtolz ſeyn, dem böſen Willen noch etwas abgerungen zu haben. — Freilich hat man ihnen in Berlin das eingebläut: Keine Gruppen! Dagegen haben ſie das Syſtem der halben Stimmen inventirt. Das iſt aber ſehr ſpaßhaft, daß ſie entweder die Union oder Stimmrecht nach Köpfen verlangen. Ueberhaupt das Berliner Protokoll,[1]) welch ein Zeug iſt das! Blömer hat ſich in Naivetät ſelbſt übertroffen. Wenn man ſo die Abſtimmungen lieſt und wie dann Radowitz ein ganz anderes Concluſum zieht, — wenn Haſſenpflug, nachdem ſie ſich in Dummheit feſtgeſchwatzt, es nicht mehr aushalten kann und ihnen einhilft. Intereſſant iſt mir geweſen, daß Radowitz gegen die Braunſchweigſche Treiberei mit Organiſation des Militärs geltend gemacht hat, man müſſe damit vorſichtig zu Werke gehen. Dieſe Sache iſt einmal völlig zu Nichte geworden. Man mag das auch in Berlin fühlen, da man jetzt wieder gegen uns ſehr liebenswürdig iſt; und da der König auf die Nachricht von dem Mordanfall[2]) ſofort einen Adjutanten nach Berlin geſchickt hat, ſo iſt das Verhältniß in den dehors wieder völlig hergeſtellt, worüber niemand glücklicher iſt als der arme Prinz Iſenburg[3]), der hier als Geſchäftsträger eine ſehr ſchlimme Rolle ſpielte. Ihre Mittheilungen über Hrn. Mathis ſind mir ſehr intereſſant geweſen. Ich las, als ich ſeine Ernennung erfuhr, ſeine Schrift vom vorigen Herbſt[4]) und ſchmeckte gleich den ..... durch. Welchen Bericht über die Central-Unterſuchung hat er denn geſchrieben? Den von 1839 oder den aus den 20ger Jahren? Uebrigens werden Sie aus den Berliner Berichten erſehen haben, daß die Vollmachten wohl nicht vor Mitte der Woche in Frankfurt eintreffen können. Uebrigens werden Sie ja das Berliner Separatprotocoll auch erhalten haben, worin die unioniſtiſchen Intentionen liegen; ebenſo werden Sie den Wiener Bericht erhalten haben, der Schwarzenbergs Reiſe nach Warſchau ankündigt. In

[1]) Vgl. oben S. 406, Anm. 1. — [2]) Von Sefeloge am 22. Mai.
[3]) Attaché bei der preußiſchen Geſandtſchaft.
[4]) Preußens deutſche Politik und ihre Gegner, Berlin, 1849.

dem beharrlichen Sinne, den Ihr letzter Brief ankündigt, war auch ein früherer Bericht von dort geschrieben; jedenfalls aber ist sehr zu wünschen, daß Sie dort einen bestimmten Entwurf zu einer provisorischen Centralgewalt fertig machen, ehe aliunde, von Warschau oder woher, ein solcher kommt; und ich meine, Preußen und seine Krüppler werden sich am Ende auch schicken; es sieht mir gar nicht aus, als wenn man dort Heldenthaten im Sinn hätte. Aber Hr. v. d. Pfordten ist noch immer sehr reizbar; sehr jaloux auf Wien, zürnend, daß Xylander nicht in die Commission gewählt worden. Thun Sie etwas, um letzteren zu begütigen.

Wir haben heut von dem dummen Groß einen Anfall über die Deutsche Sache zu erleiden gehabt und nachher beim Budget des Auswärtigen von Weinhagen, Gerding, Detering, Bueren, Grumbrecht (der sich immer zwischen 2 Stühle setzt oder stellt). Dergleichen geht fast unbeachtet vorüber; aber in den Gehaltsbewilligungen herrscht ein Geist der Nergelei und der Abgunst, der einem die Sache recht unangenehm macht. Man kommt indeß wohl durch. Fertig werden wir nicht mit sämmtlichen Arbeiten und wollen morgen einen Abkürzungsplan mit den Präsidenten berathen. Es ist ein traurig Ding um diese Cammer. Dagegen machen die Schwurgerichte, wie es scheint, überall guten Eindruck.

Doch das bei Seite und noch einige Anmerkungen zu Ihren beiden Briefen vom 24. und 25. Ich hatte wohl besorgt, daß unsere Instructionen Ihnen nicht genügen würden, und es thut mir hinterher fast leid, manches geschrieben zu haben, da ich recht gut weiß, daß man in solchen Sachen sich die Dinge nicht nach allen Seiten zurecht legen kann, sondern mit dem Erreichbaren zufrieden seyn muß. Das thut mir leid, daß die Fragen wegen der Interpretation der BA. und wegen Verweisung ans Plenum von mir nicht recht deutlich ausgesprochen sind, da darauf ein Gewicht zu legen ist, das gewiß anerkannt sein würde. Die Sache ist diese. Dem Bundesrath wird die Competenz der BV. beigelegt. Zu dieser gehört die Interpretation der BA. Nun weiß jeder, was Interpretation bedeutet, zumal bei einem so schwankenden Dinge wie die BA. Unsere Verfassungen stellen die authentische Interpretation überall der Gesetzgebung gleich. Man kann solche unmöglich, wie das jetzt geschieht, in die Hand von 3 Staaten (Östreich, Preußen, Baiern machen die Majorität) legen; deßhalb ist eine Sicherung erforderlich. — Eben so ists mit der Verweisung ans Plenum. Wenn jene 3 Staaten nicht wollen, so können sie überall die Verweisung ans Plenum hindern. Das ist nun freilich alles minder bedeutend bei einer kurzen Dauer der provisorischen Einrichtung; aber es muß beachtet werden, da es bei einer Verlängerung jedenfalls Bedingung werden müßte. — Das Wesentliche bleibt immer das Stimmrecht, und da

wird freilich am Ende Ihr Auskunftsmittel das Einzige sein, darauf man kommen kann. Ich fürchte mich nur vor allen Dingen vor der Berathung gemeinschaftlicher Instructionen. Diese sind unmöglich. Man kann dem Bevollmächtigten aufgeben, Instructionen der Nebenstimmen auf den Tisch zu legen. Aber Ein Staat muß die Hauptstimme führen. Wir fühlen jetzt in unserem Steuerwesen, was es heißt, an so einen schlaffen schwachen Staat wie Oldenburg gebunden zu seyn.

Ich wollte noch die Redaction der Artikel kritisiren; allein es wird zu spät. Sie sollen solche morgen erhalten. Leben Sie recht wohl und gehen Sie gerade fort; ich denke, es geht.

Geschl. 27. Mai. Ihr

JCBS.

Nr. 210. Frankfurt, 27. Mai.

Meine beiden letzten Briefe von vorgestern und vorvorgestern haben wahrscheinlich ein unrichtiges Datum gehabt, der vorgestrige vom Sonnabend das Datum vom 24. statt 25., was ich erwähne, damit Sie, lieber Freund, nicht in chronologischer Hinsicht irre an uns werden.

Gestern war Graf Thun seiner Frau bis Darmstadt entgegen und brachte sie gestern hieher; da war nun nichts anzufangen. Heute, Montag, waren wir in der Comission zusammen und hatten Xylander zugezogen; da haben wir Thun nun stark zugesetzt zum Vorangehen. Er hat uns dann offen erklärt, daß er am vergangenen Mittewochen, den 22., den Entwurf des Beschlusses, wie er solchen damals von Reinhard und mir erhalten, per Courier nach Wien geschickt habe und nun nicht gut entscheidende Schritte vornehmen könne, bis er von Wien Antwort darüber habe. Diese könne bis Mittewochen oder Donnerstag eintreffen. Sobald sie da sei, wolle er eine Sitzung ansetzen. In dieser wird die Comission Bericht abstatten und ihren Antrag vorlegen — und die Versammlung wird Instruktions-Einholung in kürzester Frist beschließen. Sie sehen: der Beschluß, nach welchem mich's so sehr verlangt, schiebt sich immer weiter hinaus. Kommen die Preußischen und Unions-Bevollmächtigten, so wird man den Charakter der Plenar-Versammlung sowie das Präsidium Oesterreichs auf das allerentschiedenste festhalten. — Sie glauben nicht, welche Versuche jetzt schon von den verschiedensten Seiten gemacht werden, uns diesen Boden unter den Füßen wegzuziehen; man will von anderer Seite selbst auf Übernahme des Präsidii von Seiten Oesterreichs antragen u. s. w. u. s. w., aber die Bevollmächtigten von Oesterreich und den Königreichen sind in der allerentschiedensten Weise entschlossen, hierin um kein Jota nachzugeben. Wollen die Neuankommenden also hier sich nicht beugen,

so bleiben Sie draußen, und es finden dann mit ihnen nur Verhandlungen in Form vertraulicher Besprechungen Statt, durchaus keine eigentliche Sitzung nnd formelle Verhandlung. Thun glaubt (vermuthlich Böttticher-Kübeckſche Einwirkungen), Preußiſcher Seits habe man jetzt ſchon den ehrlichen Willen, ſich zu einigen, was ich entſchieden beſtreite. Möglich, daß das Attentat eine neue Wendung der Berliner Politik veranlaßt; es iſt ja dort Alles ſchwankend. Die D. Reform und andere Berliner Blätter ſchieben das Attentat den Demokraten zu; dabei darf aber nicht vergeſſen werden, daß keine Parthei aufgebrachter gegen den König war und iſt, als die Gothaiſche Erbkaiſerliche; es war hier ſchon im März, April und namentlich Mai 1849 ihre ewige Verwünſchung gegen den König gerichtet; wenn der Prinz von Pr. den Thron beſtiege, zumal mit der Prinzeſſin, dann würden alle die Träume von Gagern und Gotha hier Wahrheit werden. Ich erinnere mich, daß ich damals in der Paulskirche mit einem höhern Preußiſchen Beamten, der ebenſolches Zeug ſchwätzte, eine heftige Scene hatte, weil der offen eine Pallaſt-Revolution predigte. Das haben die Herren jetzt vergeſſen und ſchütten den Frevel den Demokraten in die Schuh, während die vielleicht mit demſelben Rechte die Anſchuldigung zurückgeben könnten. — Aber auf hieſige Dinge zurückzukommen: — würden jene vertraulichen Beſprechungen zu einer Einigung führen, dann würde ſich die Form leicht finden laſſen, wär's auch nur die, daß die Plenar-Verſammlung ſelbſt einen Congreß veranlaßte, wo es dann nur auf neue Vollmachten ankäme. Ich aber bin überzeugt, daß für's Erſte von Berlin aus nur eine Hinderung zu erwarten iſt, nicht aber rechter Wille zur Einigung.

Noch bemerke ich, daß im § 8 des Entwurfes das Präſidium des Bundes-Raths allein Oeſterreich zugeſprochen wird; die Beſtimmung, daß es dem B.-R. unbenommen bleibe, wegen des Präſidii eine anderweitige Verſtändigung eintreten zu laſſen, iſt aufgegeben worden.

Pfordten hat ſeinem Bevollmächtigten ein großes Schreiben wegen der Zulaſſung Bülows zugehen laſſen, nicht gehauen, nicht geſtochen: wenn die Verhandlungen, die jetzt angeknüpft, nicht zum Ziele führen ſollten, oder gar der Krieg erneuert würde, ſolle er auf Ausſchluß Bülow's antragen, was ſich von ſelbſt verſtände. Das Ding iſt offenbar für die Kammern berechnet Dem Grafen Thun war das Ding, das ihm Xylander vertraulich mittheilte, ſehr fatal. Wir haben uns nun vereinigt, daß Xylander die Sache jedenfalls vorbringen, Graf Thun dann erklären ſoll: die Einladung zur Beſchickung habe erfolgen müſſen (motivirt), die Zulaſſung und Genehmigung der Vollmacht habe die Frage gar nicht präjudicirt, da dieſe aber ſehr verwickelt, trage er auf comiſſariſche Behandlung und Begutachtung

derſelben an. Die Comiſſion kann ſich dann mit der Bundes-Comiſſion in Vernehmen ſetzen, die Sache überhaupt ſo behandeln, daß Alles gewahrt wird und die Ereigniſſe am Ende entſcheiden.

Von Baden kommt als Bevollmächtigter ſtatt Marſchalls, der abgelehnt hat, Borbeck[1]), großdeutſch aber ſchwach. Von Darmſtadt noch immer nichts beſtimmtes, auch von Caſſel aus verlautet nichts. — Thun ſchreibt nun heute noch überall hin, um zum Herkommen einzuladen.

Geſtern war Herr Hofrath Forsboom bei mir; ich hab mich halb todt gelacht über ſeine Rodomontaden. Wie der Menſch ſich überall Zutritt verſchafft hat, iſt für den, der ihn kennt, rein unbegreiflich. Graf Thun, den er mehrmals beſucht und der ihn bei F. Schwarzenberg geſehen, war heute freilich ſehr dekontenancirt, als er erfuhr, daß der Gute nichts ſei als ein Tabakshändler und der Naſſauiſche Hofrath nur die Proviſion für ein Geldgeſchäft oder einen Güterkauf. Forsboom erzählte mir übrigens ganz naiv, wie er an Schleinitz berichte.

Ihr

D.

Nr. 211. Frankfurt, 4. Juni.

Ich habe Ihnen, theurer Freund, zunächſt meinen herzlichſten Dank für Ihre Briefe vom 27. u. 28.[2]) v. M., letzteren mit den Redaktionsbemerkungen, zu ſagen. Ich lege Ihnen nun das Projekt bei, wie ſich die Comiſſion geſtern nach langen und ermüdenden Kämpfen darüber geeinigt hat. Sie werden eine Menge Ihrer Ausſtellungen und Bemerkungen berückſichtigt und benutzt finden, Anderes wieder — in zum Theil auffallender Weiſe — nicht. Sie wiſſen aber, wie es mit dergleichen Kämpfen geht. Die Sache hat hier noch ihre aparten Dornen, weil vielleicht die Würtembergſche Regierung auf einen Punkt Werth legte, der Ihnen anſtößig erſchien u. ſ. w. Die Comiſſion iſt aber jetzt einig. Der Gang, den wir uns nun vorgezeichnet haben nnd für den wir möglichſte Latitude zu gewinnen ſuchen mußten, um nicht durch äußere Ereigniſſe aus der Bahn gedrängt zu werden, iſt im Weſentlichen Folgender: Morgen, den 5., iſt formelle Sitzung, Vollmacht und Eintritt von Oertzen[3]) für M.-Strelitz; Präſidium zeigt an, der Ausſchuß ſei mit ſeinen Arbeiten fertig und werde deshalb in den nächſten Tagen eine Sitzung ſtattfinden, wo der Ausſchuß ſeinen Bericht abſtatten werde. Das der ganze Inhalt, wenn nicht etwa Strauß[4]) eine vortreffliche Denkſchrift zu Protokoll liefert, von der Sie

[1]) Legationsrath von Borbeck.
[2]) Dieſer Brief fehlt. — [3]) Geh. Juſtizrath von Oertzen.
[4]) Cabinetsrath, Bevollmächtigter von Schaumburg-Lippe.

hoffentlich durch Herrn von Lauer [1]) Abschrift erhalten haben oder sonst durch mich erhalten sollen. Diese Sitzung, worin der Ausschuß seinen Bericht und Entwurf vorlegt, wird Thun anberaumen, sobald er von Wien auf seine Mittheilungen vom 22. Mai Antwort (die er wegen Schwarzenbergs Reise noch nicht erhielt) erhalten haben wird. Spätestens aber soll sie am 12. stattfinden, wahrscheinlich aber noch im Laufe dieser Woche, also bis zum 8. In dieser Sitzung legt der Ausschuß Bericht und Entwurf vor und die Versammlung beschließt Instruktions-Einholung binnen 8—12 Tagen (je nach dem die Frist zwischen der Sitzung vom 5. und der folgenden lang oder kurz war). Da der Ausschuß aber fertig, so werden die jetzt anwesenden Bevollmächtigten bereits Morgen und übermorgen den Entwurf und, wenn die Abschriften bis dahin fertig werden, auch bereits den Bericht des Ausschusses ihren Regierungen einsenden. Wenn die Wiener Antwort günstig ist, d. h. zu raschem Fortschreiten auf der eingeschlagenen Bahn auffordert, so würden wir viel rascher vorangehen, wenn nicht Scherff erklärte, daß er wenigstens 10 Tage haben müsse, um Antwort aus dem Haag zu haben. Inzwischen wird nun wohl Alles davon abhängen, was für Geschäfte der Prinz von Preußen in Warschau [2]) macht; dringt er dort mit seinem dualistischen Projekte nicht durch, so wird Preußen und seine Vasallen sich schon fügen und im Einzelnen zu erobern suchen, was möglich. Die Preußischen Rüstungen, die so säbelrasselnd, sporenklirrend durch die Zeitungen renommiren, werden hier belacht; die Forderung einer Bagatelle von 18. Mill. bewies ja schon, daß es ihnen kein Ernst sei; dazu diese Armee wie eine Douaniers-Linie eparpillirt von Constanz bis Wesel, beim ersten Vordringen aus dem Vorarlberg und dem Auftreten Bairischer und Würtembergscher Truppen aufgerollt und zurückgeworfen bis Koblenz, jetzt zumal nach Auflösung der Sächsischen Cammern ein Einmarsch der Oesterreicher in Sachsen die ganze Frage entscheidend; denn wenn die bei Dresden über die Elbe gehen, was hindert sie, in 8 Tagen in Berlin zu seyn? Kurz, an diese Dinge glaubt Niemand. Dagegen macht man von Berlin aus in andern Dingen offenbar patte de velours und was Sie von neuen Liebenswürdigkeiten gegen Hannover sagen — offenbar um eine Spaltung hervorzubringen in dem Lager der Gegner — kann ich von hieraus bestätigen. Präsident Böttticher, der mich mit Ausnahme einer Soirée im Februar, die ich ablehnte, weil ich mich an dem Tage gerade verheirathete, nie eingeladen, hat mich schon vor 5—6 Tagen auf Morgen, des Königs [3])

[1]) Regierungs-Präsident Freiherr von Lauer-Münchhofen.

[2]) Ueber die Zusammenkunft desselben mit dem Kaiser Nicolaus und Fürst Schwarzenberg in Warschau Ende Mai vgl. v. Sybel, I. S. 383 ff.

[3]) Von Hannover.

Geburtstag, zu Tisch geladen; möglich, daß dort des Tages gedacht und des Königs Gesundheit ausgebracht wird, worauf ich dann einfach zu danken mich beschränken werde. Herr v. Otterstedt, der Resident bei der Stadt, dem ich wegen des Attentats einen Besuch gemacht hatte, ohne ihn zu treffen, besuchte mich gestern und war von einer überfließenden Liebenswürdigkeit u. s. w. Da diese Leute nichts umsonst thun, so weiß man immer genau, wenn sie locken und betrügen wollen. Mathis soll gestern Abend angekommen sein, Gewisses hörte ich noch nicht darüber. Sie fragen nach seinem Berichte; es ist dies der der s. g. schwarzen Comission vom J. 1839.

Von Merck hab ich in letzter Zeit mehrfach ausführliche Briefe über die Hamburger unglaublich elenden Zustände gehabt, der Pinsel Banks regiert dort jetzt unbeschränkt; hieher wird Lappenberg geschickt (statt des bessern Kirchenpauers), der nicht sehr Preußisch ist, aber für Aufrechterhaltung der Militär-Convention schwärmen soll. Merck klagt sehr, daß Hannover seinen natürlichen Einfluß auf die Hansestädte, namentlich Hamburg, gar nicht zur Anwendung bringe; der Preußische Einfluß werde und müsse diesem, richtig angewendet und ausgeübt, unterliegen, zumal da des Ministers v. d. Heydt Pläne Preußen selbst schadeten. Die eigentlich handelspolitischen Pläne Hannovers müßten von andern Plänen, z. B. Elbübergang durch Brücken und Eisenbahn, Eisenbahn von Harburg nach Cuxhaven u dergl. m. unterstützt werden. Könnten Sie dergleichen nicht wenn auch nur zur Besprechung einmal bringen? — Sie werden vermuthlich schon wissen, welcher saubere Plan in Erfurt ausgeheckt worden war, um Oesterreich zum Bankerott zu bringen: die Hamburger Börse sollte erklären, daß sie keine Wechsel auf Wien und Prag mehr nehmen werde, die Berliner und Frankfurten Börsen sollten folgen, und so wäre der Bankerott unvermeidlich gewesen. Da hat Merck sich mit großer Energie und Entrüstung einem solchen Manöver entgegengestemmt und es scheitern machen.

Schöff Harnier fragte mich, ob ich nicht erfahren könne, wie Sie es in Hannover mit den aus der Schweiz ausgewiesenen Nicht-Hannoveranern hielten. Wenn Sie mir darüber gelegentlich etwas sagen können, thun Sie mir einen Gefallen. Und noch Eins — haben Sie die Preußische Denkschrift von 1822 über die von Preußen zu befolgende Politik, und wo ist die zu finden? Die Kombstschen Aktenstücke sind hier in Frankfurt merkwürdigerweise nicht aufzutreiben.

Eben läßt mir Graf Thun sagen, daß die Sitzung nicht Morgen, sondern erst am 6. Statt finden werde.

Ihr getreuester

D.

Nr. 212. Hannover, 7. Juni.

Ihren Brief vom 27. hätte ich längſt beantworten ſollen, lieber Freund; allein es war kein rechter Stoff. Nun iſt der vom 4. hinzugekommen; da darf ich nicht länger ſäumen. Die meiſten Gegenſtände, welche der erſte berührt, erledigen ſich durch den Gang, den die Dinge genommen, von ſelbſt. Was den zweiten angeht, ſo hat der Entwurf meines Erachtens durch die Ueberarbeitung weſentlich gewonnen; nur den Paſſus wegen der Bevollmächtigten hätte ich noch gern darin geſehen. Das wird ſich aber nicht haben machen laſſen. Das Ganze halte ich nun für ein völlig zur Einigung geeignetes Project. Sie werden die Peuckerſchen Inſtructionen jetzt erhalten haben. Ich las geſtern Ihren Entwurf und dieſe Actenſtücke zugleich durch und machte mir das Ganze den Eindruck, daß man ſich einigen könne; ich konnte im Entwurf ziemlich die Stellen auffinden, wo ſich die Erledigung der Preuß. Deſiderien anſchließen würde. Es iſt mit dieſen Rodomontaden ein gar eigenes Ding; man ſieht immer irgend ein Ohr unter der Löwenhaut heraus, und ſo hat mir von der Inſtruction nichts beſſer gefallen, als die Schlußclauſel, die ja eigentlich lautet: Wir verlangen dies; aber es iſt nicht das letzte Wort. Ihre Vermuthung, daß man es dort nun mit Gleißnerei verſuchen wolle, nachdem es mit der Grobheit nicht geglückt, ſcheint mir nur zu gegründet. Vorgeſtern wars hier ganz voll von Preuß. Uniformen. Heute iſt Hr. Wrangel hier, hat ſich aber, wie es ſcheint, benommen, wie in einer Preußiſchen Stadt, und ſo die Offiziere böſe gemacht, indem er beim Exerciren der Garde du Corps ſich als Chef der Truppen gebehrdet hat u. dgl. Wir werden weiter ſehen. Höchſt naiv iſt die Deutſche Reform, die nach ihren ſublim deutſchen Tiraden nun auf einmal die Siegesfahne aufzieht, weil — der Kaiſer von Rußland ſich für Preußen erklärt habe. — Das Wahre an der Sache ſcheint zu ſeyn, daß Meyendorff dem Kaiſer einleuchtend gemacht hat, der Dualismus und Zank von Wien und Berlin ſchade ihm gar nicht; ſey ihm auch viel beſſer, wenn die bekannte Maſſe von 70 Millionen mit maritimer Bedeutung in der Nordſee, Oſtſee und Mittelmeer ſich nicht bilde. Nun wird man geſagt haben: ſchlagen ſolle man ſich nicht; im übrigen aber möge man ſich mit Dr... werfen nach Belieben. So ſoll Meyendorff nicht gegen die Preuß. Militärverträge ſeyn. Auf dieſe Weiſe wird dann die Unterhandlung mit Preußen wohl nicht die leichteſte ſeyn. Wenn aber die Königreiche erklären, das Interim nicht zu wollen pp., ſo werden ſie ſich doch accommodiren. Die Straußſche Denkſchrift, die ich flüchtig geleſen, iſt ſehr gut. Die bisher nur ſehr einſeitig und mangelhaft behandelte Materie iſt hier trefflich durchgeführt. — Dabei bemerke ich, daß die Küpferſche Denkſchrift de 1822 ſich auch im Portfolio und in Welcker:

Wichtige Urkunden für den Rechtszuſtand der deutſchen Nation p. 356 findet. Uebrigens findet ſich wieder eine reiche Fundgrube Preußiſchen Weſens im 2. Theile von Pertz, Leben Steins.

Ihre Wünſche wegen unſerer Nachbarn möchte ich allerdings gern berückſichtigt ſehen. Allein die Sachen ſind doch nicht leicht. Wir können z. B. unſer Bedürfniß der Südbahn nicht von den kindiſch albernen Einfällen Oldenburgs von Emden über Oldenburg und Osnabrück nach Münſter zu bauen, abhängig machen. — Ebenſo wenig iſt auf Mercks Plan einzugehen, eine Eiſenbahn von 18 Meilen durch Marſch, Moor, über Ebbe und Fluth haltende Gewäſſer nach Cuxhafen zu bauen, um in den paar Wintermonaten den Hamburger Handel beſſer zu accommodiren. Die Bahn über die Elbe iſt vollends ein Problem der ſchwerſten Art, und wenn wir für unſere nothwendigen Verbindungen mit Deutſchland c. 34 Mill. Eiſenbahnſchuld machen, ſo iſts nicht leicht, zum Vergnügen Herrn Mercks noch 10 Mill. circa ohne alle Noth zu verbauen. Eine Chauſſee wird hergeſtellt werden, und ſo die Möglichkeit, die Waaren von Cuxhafen ſicher nach Hamburg zu ziehen.

In Bremen ſchreibt jetzt Duckwitz lobpreiſende Artikel für v. d. Heydts Schutzzollſyſtem. Ich halte D. für einen ungeraden Intriguanten, auf den nie zu bauen iſt, obwohl Witte auf ihn ſchwört. Wir haben mit den Bremern einige Demelées, da wir uns unmöglich von ihnen alle möglichen Uebervortheilungen können gefallen laſſen. Der alte Smidt war am Sonnabend hier, ich traf ihn bei Braun, und habe ihn ſehr geneckt, was er mit zarter jungfräulicher Scham aufnahm; da er nach Frankfurt geht, und für ſeine Seele gern gewußt hätte, was es dort giebt, ſo ſchien es uns rathſam, ihm nichts zu ſagen. Er hat aber ſchöne Anecdoten vom Fürſtencongreß.

Uebrigens ſtehen hier die Sachen ſo, daß wir nächſtens mit S. M. zu Erklärungen kommen müſſen. Frau v. Grote hat ihn ſehr gegen mich aufgehetzt, und er ſcheint die neue Organiſation nicht einführen zu wollen. Unſere lumpigen Stände haben die Zeit vertrödelt; und ſelbſt jetzt noch geſchieht das auf eine ganz traurige Weiſe, obwohl ſie Angſt haben. Das iſt unerfreulich; nächſtens mehr davon.

Merkwürdig iſt der Fang, den die Polizei hier an einem halb unklugen, ſehr verdächtigen Kerl gethan, der von London kommend nach Berlin wollte. Es ſcheint, die Democraten in London ſuchen ſolche halbverrückte Subjecte für ihre Banditenpläne aus. Doch ich muß ſchließen, alſo leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 213. Frankfurt, 7. Juni 1850.

Ich beeile mich, Ihnen, liebſter Freund, mitzutheilen, was ich heute auch dem König berichte, daß die Bombe geplatzt iſt, d. h., daß die Unions-Bevollmächtigten ſich präſentirt haben und — zurückgewieſen worden ſind. Nach Beendigung der geſtrigen Sitzung erſchienen erſt Peucker und Mathis bei Gr. Thun, kündigten ſich als Bevollmächtigte Preußens an, zugleich aber beauftragt, zu proteſtiren gegen den Character der Verſammlung und den Vorſitz Oeſterreichs. Thun erklärte: dann werde er ſie nicht zulaſſen. Nun rückte Mathis mit der Preußiſchen Note vom 16. v. M. heraus; dadurch habe Preußen ſich gebunden und könne nun nicht mehr zurück u. ſ. w. Thun: das ſei Preußens Schuld; von Wien aus ſei genug und früh genug gewarnt worden u. ſ. w. Mathis: dann möge doch Thun darüber, wie ſie ihrer Seits nach Berlin, ſeiner Seits nach Wien berichten, damit auch von dort aus entgegengekommen werde pp. Thun: das wolle er wohl thun, könne aber im Voraus die Zuſicherung geben, daß von Wien keine andern Inſtruktionen kommen würden. Darauf empfahlen ſich Peucker und Mathis. — Zweiter Auftritt: Liebe und Seebeck laſſen ſich einige Minuten ſpäter melden; auf ein Haar dieſelben Erklärungen und Erwiderungen von hüben und drüben. Liebe und Seebeck entfernen ſich. — Dritter Auftritt: Unmittelbar hinter jenen beiden kommen Elder[1]) und Lappenberg und wiederholen dieſelbe Scene. Schluß. — Soweit wären wir alſo, und nach meiner Anſicht Gottlob! daß wir ſoweit ſind und daß das Alles ſo rund und glatt und ohne Discuſſion und Erörterungen pp. abgelaufen und wir drinnen, ſie draußen — das kann man ſich gefallen laſſen. Oeſterreichiſcher Seits kann man jetzt nicht mehr zurück, und die Sachen ſind nunmehr in der Lage, daß es biegen oder brechen muß. Aber brechen wird es nicht und kann es nicht, und darum wird man ſich Preußiſcher Seits biegen. Freilich hat man ſich den Rückzug ſelbſt ungemein erſchwert. Ich bin neugierig auf den Wiederhall der Geſchichte aus Berlin. Man muß ſich dort unwöhnlich und gedrückt fühlen, die hieſigen Unions-Deputirten ſind es offenbar. Dazu dieſe Maßregeln in Sachſen[2]), die von unerwarteter eigener Kraft und Muth zeigen, Aufhebung des Ausnahme-Zuſtandes unter Zurückführung eines ſolchen regelmäßigen Zuſtandes, daß es der Ausnahme-Zuſtände nicht mehr bedarf, — das muß in Berlin ſehr

[1]) Syndikus von Lübeck.

[2]) Auflöſung der nach dem Wahlgeſetze von 1848 gewählten Kammern. — Wiederberufung der nach der Verfaſſung von 1831 gewählten Kammern behufs Vereinbarung eines neuen Wahlgeſetzes. — Verordnung über die Preſſe. — Aufhebung des ſeit Mai 1849 für Dresden und Umgegend beſtehenden Kriegszuſtandes.

unbequem sein. Über die Warschauer Entrevenue verbreiten die Berliner Blätter pp. Sieges- und Jubelgeschrei, dem man aber (abgesehen von seiner Niederträchtigkeit) das Bauchgrimmen, das innerlich sitzt, trotz des nachgemachten Jubels gar deutlich ansieht; der Prinz von Pr. geht nach Petersburg, d. h. er will die schlechten Nachrichten nicht selbst überbringen, sondern die erste Sturmfluth der Klagen und Vorwürfe erst ablaufen lassen, — dafür lügt man eine Reise des Kaisers von Oesterreich nach Warschau zusammen, die nach Schwarzenbergs Rückkehr von dort gar keinen Sinn mehr hat und was dergleichen mehr ist. Die Preußen, die, wie gesagt, sehr gedrückt sind und das gar nicht verhehlen, erklären es damit, daß sie sagen: die schwarzweiße Parthei sei durch die Oesterreichischen Brüskerien nun auch so hoch geworden, daß der König gar nicht zurückkönne — was aber offenbar eine Lüge ist.

Mit Liebe habe ich heute eine lange merkwürdige Unterredung gehabt. Sie wissen, daß ich von L. außerordentlich viel halte. Der Mensch ist durch eine unangenehme, finanziell nicht auslangende Stellung und großen Ehrgeiz in eine widerwärtige Stimmung und Lage gekommen (es ist das eine alte Anschauung von mir, nicht etwa Geständnisse seiner Seits); dazu die Schwäche seiner Regierung und die Piepmeierei der Braunschweiger; endlich die Berliner Cajolerien, wo er im Verw.-Rath die einzige Capacität war, haben ihn vom richtigen Wege verdrängt. Er sieht das Alles klar ein und wußte nur als Ausläufer der Wege, die er jetzt wandelt, nichts zu geben, als den Ausruf der Verzweiflung: die Narren und Demokraten mögen es verantworten, wohin sie uns getrieben haben. Da er Oldenburg und Braunschweig repräsentirt, unsere Allernächsten, so will ich ihn ein wenig warm halten; vielleicht kann man, namentlich in Braunschweig, sehr bald eine Wendung befördern. Der Bückeburger Strauß nämlich erzählt mir, daß sein Erbprinz ihm mitgetheilt, wie der Herzog von Braunschweig in Berlin sehr übler Laune und in politischer Hinsicht fast auf einer Linie mit dem Kurfürsten von Hessen gewesen sei. Könnten Sie von dort aus nicht versuchen, mit Braunschweig wieder anzuknüpfen? Hat des Königs Geburtstag keinen Anknüpfungspunkt gegeben? — Noch Eins möchte ich in dieser Beziehung bitten. Ich hoffe und zweifle nicht, daß die unselige Dänische Sache bald, sei's in dieser oder anderer Weise beigelegt und der Frieden geschlossen wird; ob zur Ehre oder Schande, Schaden oder Nutzen Deutschlands wollen wir dann nicht untersuchen, sondern die Thatsache hinnehmen. Für uns aber, glaub ich, dürfte es von Wichtigkeit werden, uns mit den Herzogthümern gut zu stellen. Ich glaube, daß, wenn der Frieden geschlossen und dann Hannoverscher Seits, etwa Seitens des Königs, der in solchen Dingen ja vortrefflich das Rechte zu finden weiß, ein Schritt in

Kopenhagen geſchähe, — ſo könnte das unſere Intereſſen weſentlich fördern. (Ich gehe immer auf ein Hannoverſches Principat an der Nordſee aus, wie Sie wiſſen.) Mit Bülow ſuche ich mich hier deshalb auf einen guten Fuß zu ſetzen und empfehle denſelben auch Ihnen zu gleichem Zweck, falls er über kurz oder lang nach Hannover kommen ſollte. Bülow iſt ein bedeutender, ſehr fähiger Menſch, der in dem an Capacitäten ſehr armen Dänemark demnächſt gewiß eine ſehr bedeutende Rolle ſpielen wird.

Ihr getreueſter

D.

Nr. 214. Hannover, 10. Juni.

Ihr Brief und Ihre Berichte vom 7. u. 8. haben uns über die eingetretene Criſis in Kenntniß geſetzt, während, merkwürdig genug, die Berliner Zeitungen tiefes Schweigen beobachten. Offenbar weiß man ſich nun nicht zu helfen; denn daß man an dieſe Eventualität auch nicht entfernt gedacht hat, davon giebt die Schrift (von Radowitz): Der deutſche Fürſtencongreß (zumal S. 28, 29) das ſprechendſte Zeugniß. Wir ſind mit Ihrem zurückhaltenden Benehmen durchaus einverſtanden; ebenſo mit dem Entwurfe, der durch die Emendationen wirklich gewonnen hat. Es iſt ein offenbarer Vortheil, daß der jetzige Vorſchlag gerade von den kleineren Stimmen ausgeht, und ich wüßte kaum, was die Unioniſten gegründetes dagegen einwenden wollten. Auch die Nichterwähnung der Bevollmächtigten verſtehen wir nun, da ſolche als plenum ſich von ſelbſt verſtehen.

Ihre Verhandlungen mit Liebe ſind intereſſant, ſo wie die Notiz des Erbprinzen von Bückeburg. Ähnliches ſchien uns ſchon früher vorhanden geweſen zu ſein. Leider iſt aber das Mißtrauen — Gott weiß weßhalb — ſehr groß. So iſt auch vom Geburtstage keine Notiz genommen. Ein gewiſſes conciliatoriſches Element fehlt zu ſehr, auch in Hinſicht auf Oldenburg. Herr Dirckinck, der heute von hier gegangen, hat mir auch ein Langes und Breites von einer Nordſeepolitik vorgeſchwatzt; aber er begreift nicht, daß ſolche nur möglich iſt auf der Baſis eines einigen Deutſchlands. Das wird Ihr dortiger College hoffentlich einſehen. Der oben genannte Herr dient allerdings nur dazu, Ihre Bemerkung über die Armuth an Capacitäten in Copenhagen zu beſtätigen.

Es war ſchon neulich meine Abſicht, Ihnen einiges über unſere hieſige Lage mitzutheilen. Sie wiſſen, daß ſeit der Krankheit des Königs im März eine gewiſſe Entfernung eingetreten iſt. Namentlich ſcheint er Lehzen und mich in üblem Anſehen zu haben. Wir können keine gehörigen Audienzen zu den Vorträgen bekommen. Dann redet er: die Organiſation könne nicht eingeführt werden u. dgl. So haben wir ſeit lange die Ueberzeugung, daß

es zu Erklärungen kommen muß, und daß wir gegen eine Hofparthei, namentlich gegen die Grote sehr entschieden werden auftreten müssen. Da nun die Stände nach unsäglich kopflosem Zeitverderb endlich auch der Sache inne geworden sind, und zu Ende eilen, der König mir aber vorige Woche die Ernennung von Beamten außer im Conseil abschlug, so habe ich auf das Conseil gedrungen; statt dessen giebt er mir heute eine schriftliche Erklärung[1]), welche im Grunde ganz in die alte Cabinetswirthschaft hinein zieht. Das geht nicht, und wir müssen eine entschiedene Erklärung fordern, ob er uns behalten, und die Maaßregeln durchführen will, oder nicht. Es ist gut, daß das geschieht, da die Stände noch zur Hand sind. Unangenehm ist nur, daß eine Verwicklung der Militärfinanzen (Wedemeyers Leichtsinn) mit hinzukommt. — Unsere Linken sind damit gar nicht zufrieden, wenn wir etwa wegen solcher Differenzen mit dem Könige abgingen. Sie meinen, wir müßten durch Widerstand gegen die Stände dazu gezwungen werden; dann seyen wir ruinirt, sonst wären wir doch wieder da. Wedel möchte gern gegen mich intriguiren und sucht deßhalb, wie ich weiß, die alte schmutzige Untersuchung von 1839[2]) wieder hervor, um darüber die Actenstücke zu bekommen. Man hält ihn und Ed. Kielmansegge für dumm genug, den Versuch zu machen. Der letztere ist aber durch seine Anleihen aus dem Domanialfond sehr compromittirt, und wird wohl abgehalten werden. Ich bin neugierig, wer es dann probirt.

Im übrigen steht alles im Lande vortrefflich. Tiefe Ruhe, Ordnung, Erwerb, Hoffnung, tiefer Eindruck der öffentlichen Gerichte. Wollte Gott, es wäre nirgend schlimmer. Also wollen wir Muth haben.

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 215. Frankfurt, 12. Juni.

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 8. [rect. 7.], dessen Notizen über Ihr Verhältniß zum König, wovon ja auch die Zeitungen bereits melden, mich mit Sorge erfüllt haben. Ich hoffe zu Gott, daß sich Alles wieder zum Besten wendet und bitte dann, mir Nachricht darüber geben zu wollen. Ihre Stände freilich sind gar zu täppisch; es ist so gar keine Richtung, gar kein fester Zug darin. Man sieht das am Besten an so Einigen, die so rechte Haupt-Piepmeyer sind: diese wissen offenbar noch nicht recht, von welcher Seite der Wind entschieden weht und schwanken deshalb hinüber und herüber. Wenn diese (wie z. B. Richter[3]) u. a.) erst wieder festen

[1]) Vgl. JCB Stüve, II. S. 424. — [2]) Ebendaselbst, I. S. 304.

[3]) Fabrikant, Deputirter von Buxtehude.

Grund gewonnen haben, dann ist die Richtung entschieden. Überhaupt ist dieses Stände-Wesen, diese Nachahmung des Englischen Constitutionalismus eine Unmöglichkeit in Deutschland. Sie werden über diese Ketzerei sehr verwundert sein, aber in diesem Winkel Süddeutschlands kann man sich dieser Überzeugung nicht erwehren. Ehe dieser Unsinn nicht abgethan, kommen wir zu keinen festen Zuständen. Wie ihn tödten? das weiß ich freilich nicht — aber das Hausmittel, keine Diäten zu zahlen, würde schon bedeutend fördern. Was nun an die Stelle setzen, wenn der Unsinn abgethan wäre, das ist freilich schwer zu sagen, allein ich glaube mit vollständiger Emancipation der Gemeinde, wie Sie dieselbe unternehmen, in erster Instanz, Provinzialständen in zweiter Instanz, ließe sich schon vieles machen. Für die dritte ließe sich dann vielleicht das Institut der Vertrauens-Männer weiter entwickeln, die mit einem voto consultativo immer nur ad hunc act. zugezogen würden u. s. w. Doch das sind unnütze Träumereien. — Daß der Entwurf zu dem Bundes-Rath Ihnen jetzt besser zusagt, freut mich von Herzen. Wo aber eine Einigung mit Preußen zu erreichen, sehe ich nicht ab und ich würde es dankbar anerkennen, wenn Sie mir gelegentlich die Punkte bezeichnen wollten, wo Sie eine solche für möglich halten. — Hier stehen die Dinge noch wie bei meinen letzten Nachrichten. Die Unions-Bevollmächtigten sind in Verlegenheit, wissen nicht was thun und haben mit H. v. Radowitz, der erst vorgestern von Baden her hier durchkam, conferirt. Wahrscheinlich kommt von diesem der Rath her, in die Zeitungen setzen zu lassen: die Bevollmächtigten zu dem bevorstehenden Staaten-Congreß wären 1. für Oesterreich Thun, 2. für Preußen Peucker u. s. w. Er will in Berlin erst noch weitere Thatsachen gewinnen, um jedes Nachgeben noch mehr unmöglich zu machen. In Berlin werden aber inzwischen die Warschauer Nachrichten ihm seinen Plan verdorben haben. Ist es aber nicht charakteristisch, wie diese Preußen die Presse beherrschen, daß von der vor 8 Tagen geschehenen Zurückweisung die Zeitungen noch keine Silbe bringen? Könnten Sie nicht zur Feststellung der Sache in die Hannoversche Zeitung die Notiz aus Frankfurt bringen lassen, daß, wie man ganz bestimmt wisse, die Unions-Bevollmächtigten vom Präsidio der B. Pl. Versammlung, weil sie diese und den Vorsitz nicht anerkennten, nicht zugelassen worden seien, und daß daher gar keine Conferenzen Statt fänden, daß sich vielmehr 2 Lager gebildet hätten? Jenseits hofft man auf vertrauliche Besprechungen, und Graf Thun hatte auch anfangs Lust, solche zu veranstalten; geschähe es aber, so würden die Preußen in die Welt hinaustrompeten, wir hätten uns gefügt, vom Charakter der B. Pl. V. und vom Vorsitz Oesterreichs abstrahirt und der Congreß habe seinen Anfang genommen. Wir wollen deshalb ganz stramm halten und ruhig weiter gehen.

Morgen wird die Commission ihre letzte Sitzung wegen des Berichtes halten, übermorgen aber ist eine vertrauliche Besprechung über den Bericht und wird dann Graf Thun gleich die formelle Sitzung anberaumen (die möglicher Weise noch in dieser Woche stattfindet), wo der Ausschuß den Entwurf und Bericht vorlegt und die Instruktions-Einholung beschlossen wird. Darüber werden zum Theil die Instruktionen entscheiden, die Graf Thun heute früh von Wien empfangen hatte, und über die ich hoffentlich Morgen nach der Sitzung des Ausschusses ein Näheres werde berichten können. Thun hat mir einen Brief des F. Schwarzenberg über die Warschauer Entrevue mitgetheilt, der Knyphausens Mittheilungen in aller Weise bestätigt. Der Kaiser hat sich auf das entschiedenste für die Aufrechterhaltung der Verträge, also auch des Bundesvertrages, ausgesprochen; die Details sind ihm nur unverständlich geblieben; kommt es zum Kriege, so will er nicht neutral bleiben.

Hier im Südwesten werden die Dinge sich in den nächsten Tagen viel entschiedener gestalten. In Darmstadt ist der Großherzog jetzt endlich ganz entschieden, sich von der Union loszusagen; Jaup aber, durch Gagernschen Einfluß verstrickt, schwankt. Die Dinge liegen dort nun in der Crisis, die wahrscheinlich, wenn Sie diesen Brief erhalten, sich bereits gelöst hat d. h. durch ein Abtreten Jaups. Möglich daß Dallwigk sein Nachfolger wird. In das Verhältniß der beiden Hessen zu unserer Versammlung ist durch Hassenpflug etwas Unklares gekommen; dieser scheint noch nicht entschieden genug auf dem Standpunkte zu stehen, den die Straußsche Denkschrift (die, was mich freut, Ihnen auch gefallen hat) so gut motivirt. Da nun Hassenpflug in den beiden Hessen der Entschiedenste ist, so hat dessen Schwanken natürlich ein allgemeines Schwanken veranlaßt. Das wird hoffentlich aufhören, wenn Hassenpflug hieher kommt (er wird heute erwartet); lösen sich dabei die Dinge in Darmstadt günstig, so wird die Stellung der beiden Hessen hüben und drüben klar und das ist sehr viel werth. Nassau kann dann gar nicht ausbleiben und Frankfurt folgt gern. Hier hat man sich übrigens mit allzu großer Klugheit sehr festgeritten. Auf die Oesterreichische Note vom 26. April hatte namentlich mein Schwiegervater sofortige Ernennung eines Bevollmächtigten verlangt; die Preußische Partei (im Senate nur klein) war natürlich dagegen, die Majorität aber wollte vorsichtig sein, Frankfurt Neutralität bewahren u. dgl. m. und verschob die Sache; man wollte erst sehen, was die andern thaten. Ich habe dann Harnier genug damals vorausgesagt, was kommen würde; er glaubte aber nicht, daß wir den Unions-Bevollmächtigten gegenüber so entschieden auftreten würden. Hätte die Stadt damals einen Bevollmächtigten ernannt, so schadete das ihrer „Neutralität" nicht weiter und keinenfalls hatte der Schritt etwas

Feindseliges. Jetzt muß sie denselben in unser oder in das gegnerische Lager schicken und verletzt sicher den entgegengesetzten Theil. Vorläufig scheint man sich deshalb gar nicht vertreten lassen zu wollen.

Die Preußischen Rüstungen sind ja eingestellt, wohl in Folge der Warschauer Nachrichten, weil [man] dort selbst Kriegs-Drohungen, und mehr waren ja jene Rüstungen nicht, nicht haben wollte. Dieses ganze Preußische Wesen ist so widerwärtig aus lauter Lug und Trug zusammengesetzt, daß man sich förmlich Gewalt anthun muß, um nicht das Kind mit dem Bade zu verschütten. An Graf Thun habe ich meine Freude; ich hatte ihn vielfach gewarnt, weil ich hier das Terrain nur zu genau kenne, Thun aber hat meine Warnungen wohl für übertrieben gehalten. Jetzt ist er nun ganz wüthend und erklärt, mit den Preußen stets nur in Gegenwart von Zeugen verhandeln zu wollen, die jedes Wort beschwören könnten, was er sagt; mit Mathis aber (so will er gegen Peucker ganz offen und entschieden erklären) will er gar nicht mehr verhandeln.

Der Ihrige

D.

Nr. 216. Hannover, 14. Juni.

Ihr Brief vom 12., lieber Freund, veranlaßt mich, Ihnen sofort ein Paar Notizen mitzutheilen. Zuerst, daß unsere Crisis[1]) vorerst sich zum guten zu wenden scheint. Die niedersächsische Zeitung hat gestern recantirt, S. M. außer dem hier angebogenen Schreiben an die St.-V. allerlei begütigende Erklärungen gegeben. Allein die förmliche Erklärung unserer Seits hat er noch zu beseitigen gewußt, und bei seiner Gewandtheit in solchen Dingen kann man das alles auch etwa als eine bloße Evasion betrachten, weil in der That der jetzige Moment zur Crise sehr schlecht gewählt wäre. Wir werden insistiren und die Bahn rein verlangen, namentlich im Militärwesen, wo unzweifelhaft seit 1837 sehr unreine Sachen stecken, die, weils einmal so weit ist, mit einem Male aufgeräumt werden müssen. Es ist ein harter Schnitt, der hier gemacht werden muß, aber wahrscheinlich ein für die Armee heilsamer. So urtheilen tüchtige Offiziere selbst. Sind auch unsere 20 m Mann keine Armee nach heutigem Stil, so haben sie doch schon einmal das Churfürstenthum auf den Schlachtfeldern Europas repräsentirt, als es sonst verschwunden war. Das ist nicht ohne Bedeutung.

Sie mögen nun auf den Pseudoconstitutionalismus böse sein, wie Sie wollen, so sage ich Ihnen, wir können das ganz und gar nicht entbehren. Es steckt Gottlob als Fortsetzung alter Traditionen in unserem Fleisch und

[1]) Ueber das Detail im weiteren Verlauf derselben vgl. die Aufzeichnungen Stüves in JCB. Stüve, II. Anhang II.

Blut ſo tief, daß ich kein Staatsleben ohne dies Element denken kann. Freilich muß man die Geſchäfte nicht auf Lüneburgiſche Weiſe treiben, womit Lindemann jetzt die Sachen ruinirt. Auch kann man nicht ſo vieles mit Ständen fertig machen, wie wir jetzt haben müſſen. Aber glauben Sie mir. Das dumme Geſchwätz in den Ständen nützt doch viel mehr, als die Weisheit in den Acten. Mündlich einmal mehr davon.

Ihre Sachen nun anlangend, werden Sie wohl ſchon wiſſen, daß H. v. d. Pfordten nun nahe daran iſt, zu Preußen umzuſatteln. Aus welchem Grunde, das mag er ſelbſt wiſſen. So viel iſt aber klar, daß die Lage der Dinge dadurch ziemlich verworren wird. Preußen ſcheint nun auch über die Aufnahme aller Öſtr. Länder nachgeben zu wollen. Natürlich, das greift in ſein Radowitziſches Unionsprojekt. Es wird Öſtreich dieſes zugeben, wenn Öſtreich ihm die Protection ſeiner Union zugiebt. Fragt ſich, wie weit man ihm darin nachgeben könne? — Wir für uns müſſen ſtets Braunſchweig, Oldenburg, die Städte, Bückeburg freibehalten, können Mecklenburg nicht gutwillig fahren laſſen. — Sachſen wird die Erneſtiniſchen Lande feſthalten; wir müßten ferner das Mittel haben, den Grenzchicanen in allen Verkehrsbeziehungen entgegen zu wirken.

Doch das alles geht ans Definitivum und es gilt jetzt nur das Interim, und für dieſes die Form. Dieſe Form aber iſt das Princip, und leider ſteckt die Nothwendigkeit der Interims-Bundesverwaltung dazwiſchen. Preußen will dieſe fortſetzen, man kann es nicht herausdrängen, man kann es nicht zu einer anderweiten Einigung bringen. Da fällt mir ein, ob es denn nicht thunlich wäre, auch einmal via facti zu procediren. Das Interim, auch das verlängerte, iſt abgelaufen. Wie nun, wenn die Regierungen gegen die Fortſetzung der negotiorum gestio proteſtirten und Öſtreich erklärte ſich damit einverſtanden und bereit, die Geſandten aller Staaten zur Mitwirkung nach Standesgebühr zuzulaſſen? Preußen würde durch den Proteſt depoſſedirt, man ließe es als Vertreter der Union nicht gelten, es müßte alſo in ſeinem Intereſſe dieſe mit eintreten laſſen, und man käme einen Schritt weiter in der Herſtellung der Verträge, die doch cardo rei ſind, und könnte nun die Sache in Ruhe abwarten. Die Gegenwart von Bevollmächtigten in Frankfurt erleichtert die Sache ungemein. Das muß aber raſch geſchehen, ehe am 15. Juli die Unionsregierung eintritt [1]).

---

[1]) Nach dem Beſchluſſe der Maikonferenz war die Funktion der proviſoriſchen Bundesorgane (des Unionsvorſtandes und des Fürſtenkollegiums) bis dahin limitirt. Die Konſtituirung des proviſoriſchen Fürſtenkollegiums erfolgte am 12. Juni. Vorſitzender war Radowitz, ſein Vertreter Herr von Sydow.

Man meldet uns, daß auch in Wien Neigung sey, mit den Preußen zu transigiren. Natürlich à nos depens. Ich glaube, ein Hauptgrund des Mißbehagens gegen uns besteht darin, daß sich mit jedem Tage mehr zeigt, wie nothwendig es war, im Februar eine selbständige Stellung zu nehmen, und sich weder nach Preußen noch nach Östreich schieben zu lassen. Man hat sich nicht gern geirrt, und die Leute, die man nicht zum Irrthum zwingen konnte, sind ein Vorwurf.

Da sehe ich ja, daß man in Berlin geschwind ein Provisorisches Fürstencollegium constituirt hat. Glück zu!

Wenn unsere unglückliche Budget-Commission nicht so unsäglich weitläuftig wäre, und Lindemann nicht ein eben so unglücklicher Referent (eine wahre Tollheit, ihm das Referat zu übertragen) als Präsident — da er gar keine Geschäfte zu fördern weiß, sondern alles in äußerer Form ersäuft, so ginge es jetzt sehr gut. Ich bin überzeugt, die ganze Linke ist so gesprengt, daß, wenn jetzt die Vertagung einträte, nach 6—7 Monaten keine Spur mehr davon wäre.

Leben Sie wohl.

Ihr
JCBS.

Nr. 217. Frankfurt, 16. Juni.

Da ich wahrscheinlich Morgen und übermorgen nicht zum Schreiben an Sie, liebster Freund, komme, will ich heute noch Einiges mittheilen um Ihnen die Situation recht klar zu machen. — Hassenpflug ist hier; er hat sich offenbar in Berlin etwas verschwätzt und das genirt ihn, ganz korrekt mit uns auf eine Linie zu kommen. Doch zweifle ich nicht, daß er der morgenden Sitzung beiwohnen wird. Thut er es — worüber Sie Morgen Nachricht erhalten werden — so ist die Stellung der beiden Hessen entschieden und werden dieselben dann schon in den nächsten Tagen durch eine Collektiv-Note sich von der Union lossagen. Dann wird in Darmstadt, wo man an höchster Stelle jetzt ganz entschieden ist und wo namentlich Graf Thun sehr günstig eingewirkt hat, Jaup wohl weichen und ganz gewiß Dallwigk an seine Stelle kommen. Der Herzog von Nassau ist in Verzweiflung und weiß nicht was thun; wenn dann aber nach der Hessen Lossagung die Stadt Frankfurt das Plenum beschickt, wird auch wohl der Herzog Energie finden, um über den Graben zu springen. Dann hat man in Berlin noch einmal, aber zum letzten Male, eine Möglichkeit, mit Ehren von der Sache zu kommen. Der Plan von Radowitz (der unglaublich dekontenancirt gewesen sein soll, da Graf Thun die Unions-Bevollmächtigten zurückwies) ist offenbar, soviel Thatsachen wie möglich zu erobern, wo möglich die Preußische Ehre zu engagiren und dadurch auch die Alt-Preußische

Parthei ins Spiel und in sein Interesse zu ziehen. Die Unions-Leute liegen noch immer hier und hoffen von Tage zu Tage, der Wind werde von Wien her anders wehen. Sie wünschen jetzt vertrauliche Besprechungen d. h. beider Läger gemeinschaftlich. Dazu hatte Graf Thun — durch Strauß veranlaßt — anfangs Lust; ich hab aber so entschieden gewarnt und abgerathen (weil Jene sonst gleich in die Welt hineinposaunen würden, man habe diesseits in Allem nachgegeben pp.), daß Thun jetzt von der Idee abgekommen ist; man wird von jeder Seite Einen oder Zwei oder Drei mit einander verhandeln lassen, wenn die Preußen das wollen, — Alle mit Allen ganz gewiß nicht. Einigen sich Jene Zwei und Zwei über eine Linie, einen Punkt, wo man sich begegnen kann — dann mag man die Form meinethalben fallen lassen — aber daran ist gar nicht zu denken. Gestern kam der Russische Geschäftsträger [1]), Baron Glinka, zu mir, fing von den Dingen an und war — während er sonst von den Dingen gar nichts weiß und kaum sich drum kümmert — ganz à cheval in den Fragen, Alles aber vom Preußischen Standpunkte ansehend, d. h. anscheinend neutral aber nun fragend, warum nicht erst ganz korrekt der Engere Rath berufen sei u. dgl. Die Summa war dann: man müsse nothwendig mit einander verhandeln, Alle mit Allen; komme es dann nicht zur Einigung, sei die Form gewahrt u. dgl. m. Der gute Herr war offenbar abgeschickt, ich drehte ihm seinen Spieß aber herum und sagte ihm: wenn aus jedem Lager Zwei zu Zwei mit einander verhandelten, so präjudicire das nichts, dann seien die Verhandlungen, wenn sie sich nicht einigten, gar nicht abgebrochen, sondern könnten immer aufgenommen werden, wenn die Ereignisse etwa dazu zwängen; hätten aber Alle mit Allen verhandelt und man habe nichts erreicht (er gab zu, daß keine Einigung erfolgen würde), so müsse man förmlich abbrechen und dann erst sei der Riß wirklich da. Das mußte er denn freilich zugeben. Er hatte nur dergleichen Verhandlungen gefordert über die question préalable, über die Art und Weise wie man verhandeln könne. Das Alles zeigt mir, daß den Leuten offenbar daran liegt, die Verhandlungen angefangen zu sehen nur des Scheins wegen; denn daß es zu Nichts kommen werde, giebt mir Jeder zu, den ich von ihnen gesprochen habe, und ich habe in den letzten Tagen vielfach mit Liebe, Elder (schwach und unbedeutend) Smidt uud Seebeck verhandelt; letzterer ist fein und gewandt, aber ganz Gagernsch, was Liebe, der viel praktischer, nicht ist. Durchweg kommen sie uns mit der Verfassung von Kremsier, die ich als exceptio de jure tertii zurückweise und obendrein als durch Oesterreichs Rückkehr zum Bundesrechte für uns bedeutungslos geworden erkläre; diese Rückkehr zum

[1]) in Darmstadt.

Bundesrechte bezweifeln ſie und ſtellen in Abrede, daß O. ſich mit Wiederherſtellung des alten Bundestags, des engern Raths, einverſtanden erklären könne. Daß F. Schwarzenberg aber in fine finali dafür ſich ausgeſprochen, meldete ich Ihnen ſchon, offenbar wohl zumeiſt in Folge der Warſchauer Vorgänge, weil das der palpabelſte Beweis wäre, daß man an den Verträgen halten will. Darum glaube ich auch nicht an Platens neueſte Nachricht von der Abſicht eines Miniſter-Congreſſes in Wien, und was Kneſebeck von Pfordtens Stimmungen meldet, verſtehe ich überall nicht recht; daß dort mit einem Stück von Baden gelockt worden ſei, hielte ich für nicht unmöglich. Vor einiger Zeit ſchrieb mir ein Freund aus der Paulskirche, O.-A.-Rath von Gombart in München, Pfordtens vertrauteſter Freund, wegen irgend einer gleichgültigen Sache; darin war der Vorwurf „ich ſei ein Feind von Bayern" ſo recht vom Zaun abgebrochen, und um ſo unverſtändiger, als er mich von der Paulskirche her genau kannte. Ich achtete der Sache nicht und antwortete nicht; vierzehn Tage ſpäter bekam ich einen zweiten Brief, wo jener Vorwurf wiederholt und ſehr ſtark accentuirt wurde. Nun ſchrieb ich wieder und ausführlich: warum? wie? wann? kam dabei auf die Convention vom 27. Febr. und ſprach mich darüber ausführlich aus, auch daß ich dieſelbe für ganz unter den Tiſch gefallen halte; denn die demnächſtige Reviſion der Bundesverfaſſung werde keineswegs jene Convention zur Baſis nehmen; treffe ſie mit derſelben auf einer Linie zuſammen, ſo ſei das zufällig u. ſ. w. Der Brief iſt vor 8 Tagen fortgegangen und ich bin nun auf die Antwort neugierig. Unter uns geſagt glaube ich, daß Kneſebeck da in manchen Dingen befangen und verfangen iſt und dieſe oder jene Sympathie oder Antipathie hat; doch tappe ich darüber im Dunkeln, und würde nur an Ort und Stelle manches eruiren können.

Mit dem alten Smidt hab ich heute Morgen eine Unterredung gehabt. Das iſt ein alter Fuchs und zwar ein unehrlicher. Er könne nicht von der Union los, bis ihm was Beſſeres geboten werde (er wollte wiſſen, was wir ihm bieten könnten, ich ſchwieg aber wohlweislich); ſonſt ſchwebe er in der Luft. Ich ſagte ihm, das ſei Alles Thorheit und er möge mir nichts weiß machen wollen; er wiſſe, daß ich der Union ſchon abgeneigt geweſen, als Hannover (das ihn hineingeſetzt haben ſollte) noch drin geweſen, darum wollte ich auch gar keine Vorwände brauchen, ſondern ihm als Privatmann ſagen, daß Bremen unverantwortlich dumm handle, ſich ſo gegen Hannover zu ſtellen und ſoviel auf die Gutmüthigkeit der Hannoverſchen Regierung hin zu wagen; wenn Bremen ſeinen Vortheil, den es auch in Hannover finde, verſtehe, müſſe es nicht nur ſelbſt ſofort zurücktreten, ſondern auch, was es könne, den Rücktritt von Oldenburg vermitteln. Die Union werde zerfallen (das gab er zu) da könne Bremen ſich noch ein Verdienſt

erwerben. Daß man dieſſeits nicht nachgeben werde, davon werde er ſich überzeugt haben u. dgl. m. Da ſagte er am Ende: Wir haben uns bis zum 12. Juli gebunden, ſind dann aber frei und ich glaube nicht, daß wir länger drin bleiben. — Aber er hat wie geſagt durchweg den Eindruck der Unehrlichkeit auf mich gemacht.

Ihre Criſis dort bekümmert mich tief und wird von allen Befreundeten und Verbündeten tief beklagt. Gebe Gott, daß ſich Alles und bald zum Guten löſe! Ich bitte nur mir, wenn auch nur mit Einem Worte, gleich Nachricht zu geben.

Ihr

D.

Nr. 218. Frankfurt, 17. Juni.

Ihren Brief vom 14., liebſter Fr., empfing ich heute Morgen und will die günſtigen Hoffnungen, die er mir über eine Löſung Ihrer Criſis giebt, einſtweilen gern acceptiren, aber doch die rechte Ruhe erſt wiedergewinnen, wenn die Criſis wirklich vollſtändig und glücklich gelöſt iſt. — Ihre Idee wegen Beſitz-Ergreifung des Proviſorii will ich Morgen mit den andern Herren beſprechen; mir leuchtet ſie ſehr ein, zumal unſer Plan, wenn Alles gut und glücklich geht, erſt über 5 Wochen (2 für Inſtruktions-Einholung, 3 dann bis zur Einſetzung des Bundesraths) ins Leben treten könnte.

Mit Haſſenpflug hab ich heute Morgen eine mehrſtündige Unterredung gehabt. Er hat noch allerlei ſtaatsrechtliche Zweifel, die aber wohl meiſt davon herrühren, daß er in Berlin ſich in einem beſtimmten Sinne ausgeſprochen hat, welchen er jetzt aufgeben muß. — Was die Executive betrifft, ſo iſt er ganz entſchieden für die dualiſtiſche Form und will dieſe allein Oeſterreich und Preußen in die Hand gegeben haben, die im Falle eines Streites das Direktorium heranziehen u. ſ. w. Als beſonders für Sie intereſſant erzähle ich Ihnen aus ſeinen Mittheilungen, daß in Berlin der Herzog von Braunſchweig mit ihm eine Unterredung gewünſcht hat und er nun 2 Stunden lang mit ihm die Sachen, die Union pp. durchgeſprochen hat. Der Herzog, den Haſſenpflug als durchaus einſichtig und klug und die ganze Lage der Dinge ſehr wohl überſehend charakteriſirt, ſei von der ganzen Unions-Wirthſchaft tief deguſtirt geweſen — alſo gerade was der Erbprinz von Bückeburg berichtet. Wäre es denn gar nicht möglich, ein leidliches Verhältniß dorthin anzubahnen? nicht ſowohl um Br. von der Union loszureißen, denn das wird ſich am Ende von ſelbſt machen, wenn es geht, als um des ganzen Verhältniſſes willen. H. ſagte mir, wie der Herzog ihm ſeine Lage geſchildert und wie er nicht anders hätte handeln können u. ſ. w. Meine Zweifel gegen die günſtige Schilderung des Herzogs

hab ich gegen Haſſenpflug nicht zurückgehalten; der verſicherte mich aber, über des Herzogs Einſicht und Verſtand habe er nach jener Unterredung durchaus keinen Zweifel; was ſeinen Charakter betreffe, ſo könne er über den freilich nicht urtheilen. — Der Aufnahme von Geſammt-Oeſterreich war Haſſenpflug nicht abgeneigt. — Daß Kurheſſen definitiv aus der Union geſchieden, erklärte er ganz offen. In Darmſtadt wird das Schwanken nun auch wohl zu Ende ſein und Dallwigk Morgen mit uns gehen. Ich höre aus ziemlich guter Quelle, Großherzogthum Heſſen habe nun doch noch mit Preußen eine Convention abgeſchloſſen, nach welcher es der Badiſchen Cavallerie und Artillerie (die Infanterie ſoll zu Waſſer gehen) den Durchmarſch durch Heſſen geſtattet.[1]) Ich kann und mags nicht glauben, ſo gut die Quelle auch ſonſt iſt. Die badiſchen Soldaten und Offiziere ſind wüthend über die bevorſtehende Verſetzung. Sollte die Annäherung zwiſchen Preußen und Bayern wirklich vielleicht auf dem Grund der Köderung mit einem Stücke Baden geſchehen ſein? Dann hätte dieſes Hinausziehen der Truppen noch einen beſonderen Grund. Ich kanns mir aber nicht denken. — Die Pfordtenſchen Wendungen und Stimmungen begreife ich ſonſt nicht; hier hat ſich auch noch nichts davon gezeigt; ehe ich alſo daran glaube, will ich etwas davon ſehen. In Wien iſt man bis jetzt noch durchaus auf derſelben Linie wie früher, und was von dort kommt, iſt in dieſem Sinne durchaus korrekt. Eine anfangs etwas anders lautende Stelle des Commiſſions-Berichtes über die Volksvertretung wollte Schwarzenberg, dem das Mſpt. mitgetheilt worden war, nicht paſſiren laſſen; ſie iſt nun abgeändert, ich weiß aber nicht, ob nicht der telegraphiſche Noten-Wechſel der (obendrein in Chiffern) deshalb zwiſchen Wien und Frankfurt eingetreten iſt, nicht noch eine neue Formulirung bringt. Jedenfalls zeigt die penible Art, wie man das nimmt, daß es dort Ernſt mit dieſem Wege iſt. Bernſtorff ſcheint wohl gemeldet zu haben, daß man ſich auf Separat-Negociationen in Wien nicht mehr einlaſſen werde; jetzt, heißt es, wolle der König von Preußen dem Kaiſer noch einmal privatim ſchreiben.

Recht widerwärtig ſtehn die Dinge in Würtemberg. Das Miniſterium iſt nahezu kindiſch; mit dieſen Saukerlen machen ſie noch Umſtände. Jetzt wollen ſie erſt auflöſen, wenn der Staatsgerichtshof auf die erhobene An-

---

[1]) Nach einem unter dem 25. Mai zwiſchen Preußen und Baden abgeſchloſſenen Vertrage ſollte ein preußiſches Corps von 18000 Mann nach Baden, und umgekehrt das badiſche Armeecorps in preußiſche Garniſonen verlegt werden, um letzteres dem Einfluß der revolutionären Elemente des Landes zu entziehen, und die gelockerte Disciplin wieder herzuſtellen. Wegen des von Oeſterreich gegen dieſe Convention als den Bundesgeſetzen widerſprechend erhobenen Einſpruchs ſ. die Cirkulardepeſche vom 21. Juli, Deutſche Chronik, 1850. II. S. 30.

klage den Minister frei spricht![1]) Und wenn sie dann auflösen, wissen sie nicht, auf welche Weise sie neu wählen lassen sollen. Daß sie oktroyiren müssen, ist ihnen klar und nun sind sie solche .... und wollen so wenig wie möglich oktroyiren, während der Moment nicht bloß das Gegentheil d. h. ein entschiedenes Vorangehen begünstigt, sondern geradezu fordert. Wenn sie nämlich auflösen, können sie wählen lassen entweder a) nach dem Wahlgesetze von 1849, auf dessen Grund die jetzige Landesversammlung berufen ist, oder b) nach der Verfassung von 1819, — oder c) nach dem von ihnen vorgelegten, von der Landesversammlung aber verworfenen und nun zu oktroyirenden Wahlgesetze von 1850. Nun ist aber ganz klar und über allem Zweifel erhaben, daß nach allen 3 Wahlgesetzen die neuen Wahlen die gleich schlechten Resultate liefern werden, d. h. eine Versammlung wie die jetzige, nur in den Fällen b und c mit etwas mehr Chancen für die Parthei Römer. Berufen sie aber nach der Verfassung von 1819, so müssen sie auch die Standesherren und Ritterschaft wieder berufen, die sie doch selbst nicht wollen und auch wirklich nicht berufen können, ohne das Volk, das sonst gar nicht so radikal und demokratisch ist, wie die L.-Versammlung, wirklich zu erbittern; weglassen können sie diese aber nicht, ohne die Grundrechte auf's Neue anzuerkennen, was sie auch nicht wollen. Die bei weitem überwiegende Mehrzahl des Volkes durstet nach einem energischen Schritte der Regierung und dieser (d. h. dem Ministerio) fehlt der Muth und sie werden erst noch eine ganze Reihe vergeblicher Experimente machen, die Alles gefährden, ehe sie zu dem kommen, wozu der jetzige Augenblick so günstig ist. Doch entschuldigen Sie, bester Freund, daß ich Sie, der Sie bis über die Ohren in eigenem ständischen Spektakel stecken, mit noch ungleich trübseligerer, ja gar nicht damit zu vergleichender süddeutscher Misere der Art ennuyire.

Der Ihrige
D.

Nr. 219. Hannover, 18. Juni.

Ihr heute erhaltener Brief [vom 16. Juni], lieber Freund, treibt mich doppelt, Ihnen sofort zu schreiben, als ich schon ohnehin dazu entschlossen war. Nachrichten aus Wien und Berlin stimmen überein, daß man in

[1]) Der Verfassungsausschuß hatte, auf Mohls Bericht, am 3. Juni beantragt, gegen den Minister des Auswärtigen Frhr. v. Wächter-Spittler wegen der Zustimmung zum Interim und der münchner Konvention und der darin liegenden Verfassungsverletzung Anklage zu erheben. Eine alsbald verfügte dreiwöchige Vertagung hinderte die noch auf dem Standpunkt der frankfurter Reichsverfassung stehende Kammer nicht, am 27. Juni den Antrag mit großer Majorität zum Beschluß zu erheben. Die Klage wurde später vom Staatsgerichtshof zurückgewiesen.

Berlin jetzt den Plan hat, sich vorab in Wien zu einigen. Schleinitz spricht unverhohlen aus, daß man mit Östreich leichter fertig werden könne als in Frankfurt. Der Pr. Plan ist aber in kurzen Worten dieser: Die Executive wird zwischen Preußen und Östreich getheilt. Dagegen giebt Preußen die Union auf (die ihm ohnehin zur Last ist), und Östreich giebt zu, daß eine neue Union (begreiflich so weit die Preuß. Executive geht) gebildet werde. Dann hätten wir Nord- und Süddeutschland. Man thut sehr heimlich mit der Sache. Die Östreicher behaupten, sie würden nichts thun ohne Zustimmung aller — was zu wünschen. Das ist meine Hauptnachricht, die dienen wird, Sie zu orientieren. Was München angeht, so würden Sie, wenn Sie Pfordten kennten, in dieser Persönlichkeit voll eitlen Geschwätzes den Schlüssel finden. Knesebeck war ganz von ihm überzogen. Beide dünkten sich groß als die Lenker der Weltgeschicke; der erste vergiebt es Östreich nicht (bis man ihm aufs neue schmeichelt), daß man das ihm untergelegte Kuckucksei vom 27/2. jetzt als Windei behandelt.

Die Gedanken von Strauß habe ich mit Interesse gelesen. Schwächen sind: a) der Abschnitt über die Instructionen der 5 (oder richtiger 4) Stimmen. Auf die Dauer geht das nicht ohne Vernichtung dieser Stimmen, man muß der Regierung mehr Kraft geben, oder sie fallen lassen; ferner b) die Composition des Parlaments, dabei die großen Staaten zu schlecht wegzukommen scheinen. Freilich sind Zahlen ihrer Natur nach willkürlich; allein jene beiden werden sich nimmermehr so nach allen Seiten hin binden lassen; — c) die Idee, daß das Parlament von den Landständen Instructionen erhalten solle. Ueberhaupt ist die ganze parlamentarische Parthie ohne Einsicht in das Wesen und Treiben der Versammlungen gearbeitet. Will man gegen dieses Wesen arbeiten, so thue man es geradezu. Die Zeit ist wohl günstig. Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen, beide Hessen, Würtemberg — — welche Beispiele der Verfassungswidrigkeit. So weit sind wir gekommen, fast bis 1680. — Hassenpflug hat allerdings zu Berlin Dinge geredet, die ihn sehr plagen mögen. Offenbar hat aber auch seine Stellung zu den Ständen gewirkt — mit denen er nun ganz gebrochen. Wer wird siegen, der Kürfürst oder die Beamten?

Ihr Russe scheint von den Berlinern gut eingehetzt zu seyn. Ich billige aber sehr Ihren Plan der Einzelverhandlung. Seebeck ist einer der verranntesten Gothaner, Berliner von Geburt und vertrockneter Theorie.

Daß Radowitz Thatsachen und Einfluß bei der Preußischen Parthei suche, ist wohl richtig, bedeutend, daß Gerlach an Rauchs Stelle getreten.

Hier zieht sichs hin. Der König ist nun sehr freundlich; aber wir müssen leider die Spannung fortsetzen wegen der Unordnung im Kriegshaushalt. Goldene Frucht von 1842 sqq., Wedemeyers Leichtsinn und

Servilität aller Soldaten. Wahrlich, ich ſehne mich nach dem Ende — — wenigſtens der St.-Verſammlung.

Die niederſächſiſche Zeitung iſt ein ſchuftiges Zweckblatt, in welches die Eule Grote [1]) auch wieder ihren Schmutz ergießt.

Die norddeutſche Zeitung hat Goedeke aufgegeben, der in Wolfenbüttel wieder das in neuer Zeit beliebte unfruchtbare Studium der Literargeſchichte treibt. Von Harrys weiß ich wenig. Der ..... Cohen ſteht an der Spitze und ein Dr. Freſe, ein Geck, der im März 1848 in Berlin politiſch geworden.

Leben Sie wohl, ich muß noch aufs Miniſterium.

Ihr
JCBS.

Nr. 220. Frankfurt, 19. Juni.

Ich fahre in meinen Mittheilungen fort; Sie, liebſter Freund, werden ſchon herauszufinden wiſſen, was darunter zu brauchen iſt.

Ihren Vorſchlag, die B.-C.-Commiſſion zu depoſſediren, oder vielmehr in ſie einzudringen, habe ich den Collegen mitgetheilt; derſelbe hat aber nur bei Scherff und allenfalls bei Graf Thun Beifall gefunden: man komme damit um nichts weiter, ward hauptſächlich erwidert; es gebe eine allgemeine Confuſion, indem ja keine Majorität beſchließen könne u. dergl. m. Ich ſchlug vor, die Idee nicht ganz aufzugeben, ſondern demnächſt, wenn man Seitens der B.-Pl.-Verſammlung zur Beſchickung auffordere, einen derartigen Antrag als Compelle hinzuſtellen, was dann nicht ganz von der Hand gewieſen wurde. Man hat hier jetzt die gegründete Hoffnung, daß in allerkürzeſter Zeit ein debacle eintreten werde, durch das die Union in Trümmer gehen werde, und wodurch dann die Gegner wieder auf den Boden des Bundesrechts gedrängt werden würden. Es iſt nämlich mehr als wahrſcheinlich, daß, wenn die Heſſen einen eklatanten Schritt aus der Union heraus thun, dann Bremen und Lübeck folgen werden, Baden, wenn es irgend kann; Frankfurt wird das Plenum dann auch beſchicken; in Naſſau wird man dann Kraft zum Miniſter-Wechſel erlangen, und ſo würde die Sache flott werden. Was Bremen betrifft, ſo hat mir Dallwigk darüber vertrauliche Andeutungen gegeben, mehr wollte und könne er nicht ſagen; es ſcheint, daß Smidt in den letzten Tagen mit ihm in dieſem Sinne geredet hat. Weniger, daß ich mit dem alten Fuchſe ſehr derb geredet und ihn gewarnt habe, der Gutmüthigkeit des Hannov. Miniſterii

[1]) S. oben S. 19, Anm. 1.

nicht allzusehr zu vertrauen, als vielmehr der Umstand, daß er sich auf dem ihm so lieben Frankfurter Terrain wieder befindet, mag da eingewirkt haben. Ich habe aber aus ferneren vertraulichen Mittheilungen, daß der Herzog von Braunschweig der Union ganz überdrüssig ist, daß er nur noch einige Furcht vor seinen Demokraten hat (cfr. 6. Aug. 48), daß er aber, so wie er nur Lust hat, den ganz in die Union vernarrten und von Radowitz ganz und gar erworbenen Liebe zurückrufen und den Herrn Koch [1]) schicken wird, der sofort ins Plenum eintreten wird. Können Sie denn gar nichts thun, diese Crisis von dort aus zu befördern? Witte hatte ja früher sehr gute Verbindungen dort. — In Baden machte man sich gern los; möglich, daß, wenn Darmstadt zurücktritt, es auch dort dazu kommt, wo Savigny unglaubliche Tyrannei übt. Graf Thun aber geht Morgen nach Darmstadt, um wo möglich dort einen eklatanten Schritt zu veranlassen.

Der Reinhardsche Bericht, den ich gestern überschickte, wird Ihnen sehr mißfallen haben. Das Ganze ist nichts als ein sehr mittelmäßiger Journal-Artikel; früher war er noch phrasenhafter, das ist entfernt worden; aber an wesentliche Besserung war nicht zu denken. Jetzt aber ist er einer erneuten Besprechung unterzogen worden und aus der wird sicher etwas Besseres hervorgehen; sehen Sie daher das gestern Überschickte nur als etwas ganz Vorläufiges an. Ich hätte das gestern schon an Bennigsen schreiben können; aber weil es doch auf Persönlichkeiten hinauslief, mochte ich's nicht. Vergessen hab ich gestern, über Lindes [2]) Eintritt zu schreiben. Linde lag schon längere Zeit hier ad latus des Grafen Thun; um nun seine sehr schönen und gründlichen Kenntnisse, die uns so sehr abgingen, recht zur Hand zu haben, hat Thun es vermittelt, daß er die Vollmacht für Liechtenstein bekommen hat.

Über Hassenpflug schrieb ich wohl schon; es ist das ein in jeder Hinsicht sehr bedeutender Mensch. Für uns ist er gefährlich, weil er zwar ein Gegner der Union, aber dagegen ein sehr arger Preuße ist und deshalb der dualistischen Form im Central-Organ sehr das Wort redet; er hat die Idee, Oesterreich und Preußen sollten jedes 3 Stimmen, also 6 gegen 5 haben; so wandelt er die Wege des Herrn Forsboom, der jetzt wieder in Berlin ist. Wie Sie wissen, hat Hassenpflug die Stände aufgelöst, bevor die Steuern bewilligt sind, die nun nicht erhoben werden können. In tiefstem Vertrauen kann ich Ihnen mittheilen, daß mirabile dictu der Kurfürst ins Mittel treten und bis zu einer Steuer-Bewilligung das

---

[1]) Ministerialrath von Koch.

[2]) Geh. Staatsrath von Linde, als Prozessualist bekannt.

Geld zur Führung des Staatshaushalts hergeben wird. Das wird wenigstens 1½ Monate lang dauern.

Gestern hat Oberst Bennigsen [1]) eine Mittheilung eingeschickt, auf die ich Sie aufmerksam mache. Ich zweifle nicht, daß die Hauptrolle bei dieser Geschichte Herr v. Kübeck gespielt hat, von dessen intimen Verhältniß zu Rothschild ich Ihnen wohl schon früher meldete. Es ist eben sehr characteristisch für die Oesterreichischen Finanzen, die er mit Hülfe der Juden so lange geleitet. Die Sache ist im Januar gemacht; damals war Radowitz auch noch hier. Daß der sich zu schmutzigem Handel hergegeben, glaube ich nicht, obgleich er mit Rothschild auch außerordentlich intim ist. Ich will die Dinge vorläufig unter der Hand zu erforschen suchen.

Geben Sie mir bald gute Nachrichten von dort.

Ihr

D.

Nr. 221. Hannover, 23. Juni.

Ich darf Sie, lieber Freund, doch nicht ohne Nachricht auf Ihre zwei letzten Briefe (16. [17.] u. 19. Juni) lassen, zumal ich Ihnen nun melden kann, wie Schwarzenberg auf die Preußischen Vorschläge geantwortet hat. Nach den Berliner Berichten hat Östreich 1. das Präsidium für alle Plenar-Versammlungen in Anspruch genommen, ohne damit auch das Präsidium in kleineren Commissionen pp. zu verlangen; 2. Eine Erklärung über die Zulässigkeit aller Unionen über Art. 11 der Bundesacte hinaus zu geben, hat es abgelehnt; ein unbeschränktes Bündnißrecht sey unzulässig; 3. In Ansehung der geforderten Gleichstellung von Östreich und Preußen hat es die Entscheidung den übrigen Staaten überlassen, jedoch 4. eine Theilung der Executive oder Übertragung gemeinschaftlicher Executive auf Östreich und Preußen zugelassen, wenn die übrigen damit einverstanden seyen. — Das alles ist nun keineswegs völlig ohne Bedenken. — Ueber Pfordtens Unionsgelüsten hören wir, daß Beust demselben scharf eingeredet und geglaubt hat, ihn einigermaßen rectificirt zu haben, wenigstens scheint Pf. sich darauf beschränkt zu haben, daß man Preußen eine Union mit den kleinen Staaten zulassen müsse, aber ohne Parlament und Gericht, als womit Propaganda zu machen sey.

Aus dem Haag haben wir eine Antwort, die sich sehr für Herstellung des Bundes ausspricht, ohne jedoch eine Gruppirung völlig abzulehnen. Sie sind für ihre Zutheilung zu Hessen und Nassau.

---

[1]) Hannoversches Mitglied der Bundesmilitärkommission.

Die Ihnen bekannte Note an Oldenburg[1]) hat von dort eine Erwiederung gefunden, einen unsäglich albernen Abklatsch alles Bodelschwingh-Gothaer Unsinns. In Bremen[2]) und Hamburg sitzen sie ganz stille. Die Weserzeitung speit Feuer und Flammen — aus Berlin verschrieben, wie es scheint. Wir werden weggejagt, und dann kommen Ministerien, die die Kleinen schlucken wollen. Ferner ist es ganz verrucht, daß Hannover die Städte verführen will, sich von der Union zu trennen und was der Albernheit mehr ist; das alles hat jetzt wenig Effect. Doch möchten die besseren unter unseren Leuten gern wissen, wies denn in Frankfurt steht. Es ist Zeit, daß Sie etwas bekannt werden lassen.

Wir besorgen hier einiger Maaßen, daß sich das aus Berlin[3]) und Leipzig delogirte Preßgeschmeiß hieher werfen werde und haben einstweilen beschlossen, mit schonungsloser Aufdeckung ihrer Treibereien und Ränke gegen sie zu streiten. Dieses Zeug von Unken, Kellereseln pp. scheut das Licht. Was meinen Sie dazu?

Für Ihre Nachrichten von Braunschweig bin ich sehr dankbar. Aehnliches war von anderer Seite her bekannt. Koch, leider nicht integer vitae, soll noch immer das meiste Ansehen beim Herrn haben; der Adj. Bause ist sehr gegen die Preußischen Militär-Verträge, aber wohl nicht einflußreich; wahrscheinlich wird das bekannte Mißtrauen des Herrn ihn von einer auf die andere Seite werfen. Schade, daß von hier jetzt nicht viel geschehen wird, da unsere Stellung zum König in solchen Dingen die Thätigkeit sehr hemmt. Mit dieser ists nun zum Außersten gekommen. Offenbar suchte man nur Zeit zu gewinnen; so haben wir denn heute unsere Resignation unterzeichnet, werden diese Morgen übergeben und dem K. bis Dienstag Zeit lassen. Dann zeigen wir sie auch den Ständen an. Der Grund des Uebels sind die unglücklichen Militärgeschichten, und die Schuld Wedemeyers und Protts ists, daß diese Sache so lange verschoben ist. Jetzt bildet der K. sich ein, wenn nur die Stände weg seyen, könne er auf § [97] des V.-G. hin anleihen. Allein das ist nichts. Wir wollen aber jedenfalls diese schmutzige Sache bei Lebzeiten des K. aufgeräumt haben; denn er kann das viel besser als der Kronprinz.

Uebrigens ist das Budget bewilligt, ich habe aber mit tiefstem Kummer den gänzlichen Mangel alles politischen Gefühls gesehen (von Einsicht nicht

---

[1]) Die hannoversche Note vom 7. Juni, welche eine Verständigung mit Oldenburg, Hamburg und Bremen bezweckte, s. Deutsche Chronik 1850, I. S. 247, die oldenburgische Erwiderung S. 249.

[2]) Die bremische Antwort vom 3. Juli s. Deutsche Chronik 1850, II. S. 8.

[3]) Auch in Preußen war unter dem 5. Juni eine Verordnung wider die revolutionäre Presse ergangen.

zu reden), der unſere Stände beherrſcht. Die jammervollſte Kleinigkeitskrämerei; die Krone der leeren Anmaßung hat aber Grumbrecht davon getragen, und nun erſt habe ich einen Begriff von dieſer Paulskirche, wo ſolche Phraſendreher was gegolten.

Dennoch aber wiederhole ich: Stände ſind das unentbehrlichſte Stück in unſerem Staatsweſen; und die Heſſiſche Auskunft, ohne Stände zu regieren, iſt furchtbar. Ueberhaupt ſind die Dinge dort faſt zu ſchlecht und Haſſenpflugs Dualismus-Politik doch nur ein Tragen auf beiden Schultern.

Doch ich muß ſchließen. Leben Sie wohl. Ich gebe Ihnen Nachricht, ſo oft irgend etwas Erhebliches geſchieht. Aber die Kunſt, die Sachen lang zu ziehen, iſt ſehr groß.

Adieu.

Ihr
JCBS.

Die Entdeckung Bennigſens hat mich höchlich intereſſirt. Kanns einen wnndern, wie die Sachen in Öſtreich gehen?

Nr. 222. Frankfurt, 25. Juni.

Ich hab Ihnen, liebſter Freund, den Empfang zweier Briefe vom 18. u. 23. anzuzeigen, von denen der letztere mir nun die unwillkommene Nachricht von dem Eintritt Ihrer Criſis brachte. Noch hoffe ich, daß die Sache geheilt werde, und deshalb iſt es gut, daß Sie den gegenwärtigen Moment ergriffen haben. Ich bin ſehr geſpannt auf Ihre weiteren Nachrichten.

Hier ſtehen die Dinge äußerſt widerwärtig. Ich dränge und treibe in einem fort; aber bald hapert's hier, bald dort. Die Hauptſchuld trägt die Stellung der Heſſen, die man gern herüberzöge, was denn auch eigentlich bereits gelungen iſt. Aber der Großherzog von Darmſtadt iſt ein gar zu ſchwankendes Rohr und ſo hat's denn lange gedauert. Jaup iſt entlaſſen, das iſt gewiß, und aus der Union ſcheidet man aus, Herr v. Lepel hat bereits ſein Abberufungsſchreiben zugefertigt erhalten oder erhält es mit Nächſtem. Nun iſt die Frage, wer an Jaups Stelle treten ſoll; da iſt nur Dallwigk, ein Mann, der ſich in einer unſäglich ſchwierigen Stellung in dem ganz revolutionären Mainz ganz vortrefflich bewährt hat, der in politiſcher Hinſicht trefflich und entſchieden geſinnt und überhaupt der Mann der Situation iſt; das Miniſterium iſt ihm auch bereits mehrfach angeboten; bis jetzt hat er noch abgelehnt; nach ſeinen Äußerungen gegen mich zweifle ich nicht, daß er am Ende doch annehmen wird; jedenfalls aber iſt es widrig, daß er noch zögert und ſo uns die koſtbare Zeit verlieren macht. Haſſenpflug iſt, was die Frage über die Exiſtenz und Recht-

mäßigkeit der Bundes-Verfaſſung betrifft, ſeit er in unſere Atmoſphäre getreten iſt, durch und durch korrekt. Die zweideutige Stellung im Bündniſſe, aber außerhalb der Union, iſt aber die Alt-Heſſiſche zweideutige und bei ihm wohl noch zuſammenhängend mit ſeinen Verbindungen mit der Alt-Preußiſchen Parthei. Ich ſchrieb Ihnen wohl ſchon, daß er Oeſterreich und Preußen noch eine 3. Stimme, alſo den beiden 6 gegen die 5 der andern geben will. Könnte man ſich um dieſen Preis einigen, d. h. mit Preußen, ſo glaube ich, ſollte man das thun, denn ſind die beiden einig, ſo würden ſie eine 5te Stimme immer doch herüberziehen, und ihnen 6 Stimmen geben, heißt ja nur anerkennen, daß, wenn die beiden einig ſind, ſie keine weiteren Künſte brauchen ſollen, um zu entſcheiden. Auch würde mit Wiedergewinnung des Bodens des Bundesrechts eine ſolche Stimmenvertheilung eine ganz andere Baſis haben als damals im April, als Sie unterm 17. April dieſelbe ſo entſchieden ablehnten. Die Grundbedingung derſelben müßte freilich ſein, daß Preußen ſich zu dem Syſtem der Gruppen verſtände — und dieſes, das ihm an jedes Glied einen Klotz hängt, der es feſſelt, kann und wird es nicht zugeben. So wird man am Ende auf den engeren Rath mit ſeinen 17 Stimmen zurückkommen müſſen! — Daß Oeſterreich jetzt den Boden des Bundesrechts verlaſſe, um irgendwie mit Preußen ſich zu einigen, fürchte ich in keiner Weiſe; das ſieht man in Wien zu klar ein, daß ihr ganzer Vortheil eben in dieſem Boden liegt, daß, wenn Preußen ſich beharrlich weigert, die Frage ſofort eine Europäiſche wird, und daß die durch das Bundesrecht bedingte Stellung Oeſterreichs ihm auch gar zu bequem iſt, um von Allem loszukommen, was die Verfaſſung vom 4. März für ſie Genirendes hat. In Berlin freilich, wo man ſich durch die Note vom 16. Mai den Weg verrannt hat, wird man in Verzweiflung ſein und wird am Ende erklären: wollt ihr am Bundesrechte halten, ſo wollen wir auch das Ganze, d. h. Reconſtruirung des engeren Raths. Dem würde Oeſterreich und die anderen ſich nicht entziehen können.

Scherff hat Weiſung, wegen der Gruppen in dem von Ihnen gewünſchten Sinne; er (der an ein neues Interim nicht recht glaubt, weil er es nicht wünſcht) trägt indeſſen einiges Bedenken, jetzt ſchon mit der Sache, die, als ich ſie anregte, zurückgewieſen wurde, hervorzurücken, um Würtembergs Stellung Baden gegenüber nicht zu ſchaden. Gehen wir ernſthaft auf die Sache ein, ſo wird es aber doch wohl geſchehen. In Würtemberg ſtehen die Dinge gar zu widerwärtig: jetzt iſt Reinhard mit ſeinem Miniſterio über Exiſtenz und Berechtigung der B.-Verſammlung in Differenz und wird wahrſcheinlich nach Stuttgart müſſen, um das zu arrangiren. Geht er, ſo koſtet uns das wieder Zeit, was freilich den

Würtemberger Zuſtänden vielleicht zu Gute kommen würde, da er im Sinne eines entſchiedenen, furchtloſen und energiſchen Vorangehens einwirken würde.

Ihre Klagen über Ihre Stände begreife ich vollſtändig; dieſe Kleinigkeitskrämerei, dieſe Flohjägerei iſt ekelhaft; das Tröſtliche daran, daß dieſer Oppoſition aller poſitive Gedanke fehlt, der bei der Regierung iſt, vergißt man nur gar zu leicht über den Ekel, den dieſe Nergelei einflößt.

Wie der König von Bayern dem Grafen Thun geſagt hat, wird Bayern für die Propoſition des Interims die Vereinbarung fordern — aber nöthigenfalls nicht darauf beſtehen. Immer Variationen des alten Themas: Waſch mir den Pelz und mach mich nicht naß. — Pfordtens Neigungen zur Union erſcheinen mir nur wie augenblickliche Stimmungen, vielleicht auch Verſtimmungen gegen Oeſterreich. Was Sie mir als Berliner Nachrichten über die neueſten Verhandlungen zwiſchen Preußen und Oeſterreich melden, erſcheint mir noch durchaus unklar: Summa ſcheint die erwünſchte zu ſein, daß Schwarzenberg nach Frankfurt zeigt, wo die Sachen zu verhandeln ſeien.

Wenn ſich von den Berliner und Leipziger Lumpen der eine oder andere nach Hannover wenden ſollte, laſſen Sie mich doch die Namen wiſſen; ich habe hier Mittel, über eine Maſſe dieſes Geſindels Renſeignements zu geben.

Doch verzeihen Sie den ſo leeren Brief! Ihr

D.

Eben höre ich zu meiner großen Freude, daß Liebe von Seiten Lübecks für den penſionirten O.-A.-R. Haack ins O.-A.-Gericht berufen ſei. Das wird in Braunſchweig die Wendung erleichtern. — Bei der Parade, wo die Oeſterreichiſchen Generale (nicht Truppen) gegenwärtig waren, hat Wrangel ein Lebehoch für den Kaiſer von Oeſterreich und König von Preußen ausgebracht und zur Einigkeit pp. ermahnt — was ich in meinem heutigen franzöſiſchen Bericht nicht erwähnt habe, weils mir erſt eben erzählt wird. Ich vergleiche eben das, was Sie mir unterm 23. als von Berlin aus berichtete neue Forderungen Preußens melden, mit denen, wovon Platen in ſeiner Depeſche vom 14. berichtet und ſehe, daß es ganz dieſelben ſind. Die neuen Forderungen lauten alſo anders, — ich glaube aber nicht, daß ſie andern Erfolg haben werden.

Nr. 223. Hannover, 27. Juni.

Heute kann ich Ihnen, lieber Freund, zu meiner großen Freude ſchreiben, daß unſere Sachen beſſer ſtehen. Der König hat ſich überzeugt,

daß der von uns vorgeſchlagene Weg der einzige iſt, der eingeſchlagen werden kann. Er hat uns heute, wenngleich etwas widerwärtig, über das Militär nachgegeben, uns zur Tafel geladen und befohlen — was uns ſehr lieb — daß künftig regelmäßige Conſeils ſeyn ſollen. Die ganze Sache iſt übrigens merkwürdig geheim geblieben; er ſelbſt hat auch ſeinen Vertrauteſten kein Wort davon geſagt, wir eben ſo wenig; kein Canzliſt pp. hat etwas darüber in die Hände bekommen; ſo wird die Sache hoffentlich weiter gehen, wenngleich wegen der ſonſtigen Geſchäfte noch Kämpfe übrig bleiben, die auch nicht leicht ſeyn werden; und ein Stachel wird wohl zurück bleiben. Aber ohne dieſe Wendung wäre die heilloſeſte Verwirrung eingetreten; und wenn wir auch nur von einem Tag zum andern leben, wenn wir auch in dieſen Militärſachen noch einen Augiasſtall mehr zu reinigen bekommen, ſo mags immer drum ſeyn.

Eben erhalte ich Ihren Brief vom 26. und danke herzlich dafür. Dieſes Heſſiſch-Würtembergiſch-Bairiſche Bummeln von einer Seite zur anderen iſt ein wahrer Jammer. Ich meinestheils glaube jetzt auch am meiſten, daß wir wieder zum Bundestag kommen. Die Mehrzahl der Stimmen im Directorio möchte ich aber den Großen in keiner Weiſe zugeſtehen. Kommen wir — was doch ganz nothwendig — zur legislativen Verſammlung, ſo werden ſie dort unbedingt das Mehr haben. Nun aber Mehrheit in der Executive und Mehrheit in der Legislative, das ruinirt die übrigen ſicher. Bei einer bloßen Executive wäre es eher möglich; aber die legislativen Befugniſſe ſind ſchwer aus jener Richtung heraus zu bringen, es ſey denn durch eine entſcheidende Plenarverſammlung, etwa nach jetziger Compoſition, und die wird man ſchwerlich dulden, wenn man jene Stimmenzahl hat.

Die Differenz zwiſchen Pfordten und Kneſebeck iſt köſtlich; der erſte läugnet nun, nachdem er zuvor uns in Wien verklagen laſſen wir neigten uns zu Preußen. Dieſes letzte hat eine ſchöne Note[1]) gemacht, des Inhalts: factiſch haben ſie uns aus der Union entlaſſen, aber nicht rechtlich. Radowitz ſcheint mir wieder oben dran zu ſeyn.

Unſere Stände ſind ganz ſchwach, beſchließen aber doch mitunter Kohl, ſo z. B. bei der Wahl der Magiſtrate, auf Antrag von Richter, eine ganz alberne Piepmeierei mit Einer Stimme, die ſie auch in der Conferenz aufgeben werden. Wir müſſen ſie los ſeyn, und ſie müſſen fort; aber nun wird immer geſchwatzt und geſchwatzt. Gott weiß es.

---

[1]) Note vom 22. Juni, Antwort auf eine Mittheilung, wodurch die hannoverſche Note an Oldenburg u. ſ. w. vom 7. Juni in Berlin zur Kenntniß gebracht worden. Deutſche Chronik 1850, I. S. 254.

Heute weiß ich weiter nichts zu ſchreiben; nächſtens mehr; einſtweilen leben Sie wohl.

Ihr
JCBS.

Es iſt hier ein Taubenſchlag von Fürſten; ein kleiner Prinz von Rudolſtadt hat geſagt: Er ſey ſchon ein Preuße.

Nr. 224. Frankfurt, 1. Juli.

Herzlichſten Dank, theuerſter Fr., für Ihren Brief vom 27., der mir die Nachricht brachte, daß dort wieder feſter Boden gewonnen. Dazu gratulire ich uns Allen, vorab dem Lande ſelbſt. Ich hoffe auch, daß die Sache, deren Einzelheiten ich freilich nicht kenne, ſich bald völlig zuziehen werde, ohne irgend Spuren zu hinterlaſſen.

Hier ſtehen die Dinge ziemlich auf dem alten Flecke. Wir werden aber ſuchen, in den nächſten Tagen voranzugehen, woran uns Reinhards Abweſenheit mehr formell als materiell hindert. In Stuttgart wird und muß es in der allernächſten Zeit zur Löſung kommen, und da wird Reinhard ohne Zweifel im Sinne einer entſcheidenden Maßregel einwirken. — Über die Heſſiſchen Dinge bemerke ich Folgendes mit zur Erläuterung meines heutigen dieſe behandelnden franzöſiſchen Berichts an den König. Ich erhielt nämlich geſtern vom König einen Brief, worin er ſich gegen die zweideutige Haltung Heſſens ausſprach. Ich nahm den Vorwand, bei Haſſenpflug zu fragen: ob man dort vielleicht Truppen nöthig zu haben glaube u. dgl. m., was H. verneinte. Nun ging ich auf die Sache ſelbſt ein, ihre zweideutige Stellung, aus der Union ausgeſchieden, im Bündniß verharrend. Darauf exponirte mir H.: Anerkennung des Plenums und Aufgabe des Bündniſſes ſeien Correlate; ſowie er das Plenum anerkenne, gebe er das Bündniß auf; im Bündniß habe man behuf der innern und äußern Sicherheit einen Erſatz geſucht für das fehlende Organ des Bundes; ſobald er die rechtliche Überzeugung gewonnen, daß dieſes in der Plenar-Verſammlung exiſtire, falle natürlich für ihn das Bündniß weg. Dieſe Überzeugung werde er erhalten aus der beßfallſigen Deduktion des Commiſſions-Berichtes. Sobald dieſer abgeſtattet, werde er demſelben adhäriren, und dann nach Berlin das Ausſcheiden aus dem Bündniß erklären. Ich weiß nicht, ob ich mich über dieſe Dinge im Franzöſiſchen verſtändlich ausgedrückt habe, und würde Sie bitten, falls das nicht der Fall, etwa nöthige Erläuterungen zu geben, da der König nach ſeinem Briefe auf dieſe Sache ſpeciellen Werth zu legen ſcheint. Der Grund der ganzen Geſchichte iſt wohl der, daß Haſſenpflug, nachdem er Anfangs in Berlin ſehr heftig gegen

Radowitz aufgetreten, hinterher ſich doch hat fangen laſſen und ſich verſchwätzt hat. Davon wollte er loskommen und deshalb hat er auch die ſtaatsrechtliche Deduktion über die Fortdauer der V. Verſammlung nach dem 12. Juli 1848, von der er ſich überzeugen und von ſeinen in Berlin geäußerten Anſichten zu den unſrigen bekehren laſſen will, ſelbſt redigirt.

Daß Schwerin ſeine Losſagung von der Union in Strelitz zugeſagt hat, werden Sie dort genauer wiſſen als wir hier.

Daß Meyendorffs Abberufung von Berlin und Ernennung in Wien entſchieden iſt, werden Sie wiſſen. Mir iſt das ſehr lieb, denn ſo bedeutend und klug M. ſonſt auch iſt, ſo hat er doch durch ſeine Manie, zu vermitteln, ungeheuer geſchadet, zumal in Berlin, wo man jeden Vermittlungs-Vorſchlag, den Meyendorff machte (der da meint, es ließe ſich eben Alles vermitteln) immer gleich als eine Conceſſion des Gegners anſah. Daß übrigens in Berlin eine bedeutende Wendung vor der Thür, bezweifle ich nicht; der Zuſtand iſt auch gar nicht zu ertragen; ein verantwortliches Miniſterium, das thun muß, was der unverantwortliche H. von Radowitz will; keiner im Herzen an die Sache glaubend und nur heftig agitirend, um die Andern daran glauben zu machen, die Verantwortlichkeit jedes Echecs auf den andern ſchiebend — das ſind Zuſtände, die ſelbſt in ruhigſten Zeiten unerträglich ſein würden, geſchweige jetzt. Die Union wird alſo wohl fallen, Herr von Radowitz mit ihr, wahrſcheinlich auch wohl das ganze Miniſterium. Herr von Bernſtorff wird ihnen wohl jetzt expliciren, daß Oeſterreich die Sache ganz ernſt nimmt und nicht nachgeben wird, und da wird man ſchon pliiren. Der nahe 15. Juli macht's auch leicht, der Abfall in Darmſtadt dazu. Ich denke mir, man wird ſeinen hohen Verbündeten, Reuß, Anhalt und wie ſie heißen, erklären: Preußen habe ſein Wort löſen gewollt, habe Alles gethan, was es gekonnt, ſei ſelbſt da noch vorangegangen, als es von ſeinen Verbündeten verlaſſen worden; nun aber, da das Wiener Cabinet in der Union einen Bruch der Verträge erblicke, und Preußen nur die Wahl habe zwiſchen einem Krieg und einem Aufgeben der Union, wolle man die treugebliebenen Verbündeten fragen, was zu thun? Dieſe werden dann nach Wunſch antworten und man dann die Linie finden, dabei aber erklären: ſolle das Bundesrecht wiederhergeſtellt werden, fordere man auch deſſen ganze und volle Wiederherſtellung. Daher denn Rekonſtruktion des engern Rathes. In dieſem wird man dann mit Oeſterreich die Executive zu erhalten ſuchen. Ob die Königreiche darauf (d. h. auf die Übertragung der Executive an die beiden) eingehen oder ſie weigern? und was dann? Darüber hab ich vorläufig noch keine Vermuthungen; aber jedenfalls iſt dann auch Preußen zum Bundes-Recht zurückgekehrt, ein Mittelpunkt gewonnen und eine Form der Entſcheidung für

alle Fragen. Einen andern Gang kann ich mir — wenn man Krieg ausschließt — nicht gut denken. Die Gruppen wird Preußen nie zugeben, und doch ist es das einzige Mittel, um Deutschland die Ruhe zu geben. — Was Sie in Ihrem Briefe vom 27. über die Unmöglichkeit sagen, daß den beiden Großen auch für die Legislative die Majorität gegeben werde, erkannte Hassenpflug vollständig an und erklärte: für die Legislative diese auch gar nicht den Beiden haben geben zu wollen.

Daß der Prinz von Preußen die Unmöglichkeit einer Durchführung der Union einzusehen anfange, behauptet Leiningen, der ihn in London gesprochen.

Ihr

D.

Nr. 225. Frankfurt, 6. Juli.

Ich habe Ihnen, th. Fr., seit Montag nicht geschrieben, theils, weil neben den Berichten an den König und Graf Bennigsen nichts mitzutheilen war, theils, weil's ein wenig viel zu thun gab. Die Einberufung oder vielmehr nur Constituirung des engeren Rathes, für die wir in der Commission am Ende konkludirt haben, ist doch erst nach mancherlei Debatten zu Stande gekommen. Ich glaube, daß wir am Ende nicht anders konnten. Preußen und der Union gegenüber wird die Wiedererweckung des engern Rathes, denke ich, durchschlagen; die Spitze der gegenseitigen Räsonnements war immer: Ihr seid nicht beschlußfähig, — Ihr wollt auf das Bundes-Recht zurück, und fangt damit an, es zu verletzen. Ich hoffe, der Comissionsantrag findet die Billigung der Regierungen. Wie wir dann weiter gehen — darüber sind die Ansichten getheilt; die Meisten wünschen neue Niedersetzung eines Ausschusses, um — pro forma — über ein neues Central-Organ zu berathen; daneben würde vielleicht der B. Central-Comission auf eine bestimmte ganz kurze Frist (von 14 Tagen oder 3 Wochen) ihre Vollmacht zur Führung der Geschäfte zu verlängern sein, d. h. von Seiten des engeren Rathes. Das würde Preußen in große Verlegenheiten bringen — ob's eine solche Vollmacht annehmen oder ablehnen soll? Mein Vorschlag ging entschieden dahin, daß der engere Rath sofort auch die gouvernementalen Befugnisse wieder an sich nehmen, also die B. C. Comission depossediren solle. Damit dringe ich aber nicht durch, — weil man namentlich in Würtemberg noch zu sehr das Geschrei über Wiederherstellung des Bundestags fürchten würde. Ich möchte über all diese Dinge gar gern bald einige Worte von Ihnen hören, da ich sonst nur zagend weiter gehe. Den Comissions-Bericht, der Ihnen hoffentlich mehr zusagen wird, als der frühere, werde ich in den nächsten Tagen überschicken; es wird schwerlich

zu verhüten sein, daß nicht gleich in diesem Comissions-Bericht die Befugnisse des wiederherzustellenden engeren Raths auf Schaffung der neuen Central-Gewalt beschränkt werden, ich habe sehr dagegen gestritten, wurde aber überstimmt, hoffe aber doch noch etwas zu retten durch irgend ein Correktiv. Möglich, daß, wenn wir dem demnächstigen Beschlusse einige Publicität geben, Preußen, ehe man sich's versieht, den engeren Rath beschickt, und dann per majora eine Wiederbelebung der B. C. Comission von 3 zu 3 Monat oder derartige kürzere oder längere Fristen versucht; denn Wiederherstellung des engeren Rathes mit einer beschränkten und controlirten Executive für Oesterreich und Preußen ist doch am Ende die Form, auf welche die Dinge sich zuzuspitzen scheinen.

In Würtemberg ist die Crise rasch eingetreten und vorübergegangen. Den Anstoß dazu gab Reinhard, dem das alberne Ministerium den Boden unter den Füßen wegzog; denken Sie sich, daß dasselbe geradezu sich vom Plenum loszusagen beschlossen hatte. Da ging Reinhard nach Stuttgart, und da erfolgte die Entlassung, wie ich darüber an den König berichtet habe. Die neuen Minister waren über die Deutsche Frage mit Reinhard einverstanden, d. h. doch nur mit Zittern und Zagen, — aber in der innern Frage weichen sie von einander ab. Reinhards Plan war, der — jetzt aufgelösten — Landes-Versammlung noch den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vorzulegen, basirt auf eine Repräsentation der Stände und Gewerbe, etwa wie Ihre Erste Cammer, aber deren Grundgedanken noch weiter entwickelnd. Daneben aber wäre die Versammlung durch irgend eine andere Veranlassung, etwa in der Deutschen Frage, zu brüskiren gewesen, um damit zu ihrer Auflösung zu kommen, dann aber das Wahlgesetz, das ihr vorgelegt gewesen, zu octroyiren und sofort auf dessen Grund einzuberufen. Linden[1]) und die andern Mitglieder waren gegen so entschiedene und entscheidende Schritte und wollten es erst noch einmal mit dem Wahlgesetze vom Juli 1849 „versuchen", NB. indem sie gleichwohl die Basis verletzten, da die Grundbedingung ist, daß die Landes-Versammlung nur „zweimal" solle einberufen werden können und das neue Ministerium schon die 3. Einberufung ausgesprochen hat. (Man will die erste Einberufung nicht gelten lassen, weil gleich nach der Adresse aufgelöst wurde.) Weil Reinhard mit seinen (vom König unterstützten) Ansichten nicht durchdrang, verzichtete er auf das Portefeuille, dies wurde hierauf meinem Freunde Varnbüler offerirt, der aber aus demselben Grunde wie Reinhard refüsirte. Nun ist zwar das ganze Land der Wahlen müde und sehnt sich nach festen Zuständen, so daß möglicher Weise die neue — erst im September zu berufende

[1]) Freiherr von Linden, Minister des Innern seit 1. Juli.

— Landes-Verſammlung beſſer ſein wird; keinen Falls aber kann ein Land mit jenem Wahlgeſetze beſtehen, und ſo wird man demnächſt doch thun müſſen, wozu man vorläufig. und ſo lange die Deutſchen Dinge nicht geordnet, nicht den Muth hatte und muß das Wahlgeſetz ändern. Das wird aber nur mit einem neuen Miniſterio geſchehen, wo dann Reinhard wohl mitſammt Varnbüler eintreten. Die Hauptſchwierigkeit lag in dem Dilemma: Einberufung nach dem Wahlgeſetze von 1849 (und dafür hat ſich das Miniſterium ja entſchieden) oder Einberufung nach der Verfaſſung von 1819. Entſchloß das Miniſterium aber ſich zu dieſer letzteren, ſo mußte es entweder die Standesherren und Ritterſchaft wieder einberufen, oder die Grundrechte auf's neue anerkennen. Die Standesherren und Ritterſchaft (deren Berufung auch der König ungern geſehen zu haben ſchien, weil eben in Würtemberg noch der alte Kampf der Standesherren gegen den ſtehen gebliebenen Collegen, der jetzt der Herr geworden, noch von beiden Seiten fortdauert) einzuberufen — hatte das Miniſterium aber nicht den Muth. Daher denn der ſelbſt die Demokraten überraſchende Schritt einer Einberufung nach dem Wahlgeſetze von 1849.

Die Angelegenheit des Durchmarſches der Badiſchen Truppen [1]) hat mir in den letzten Tagen Anlaß zu mannigfachen Verhandlungen mit Kübeck, Schönhals u. ſ. w. gegeben. Der Großherzog von Baden hat zwar die Übereinkunft mit Preußen unterzeichnet, weigert ſich aber, die Ordre zum Ausmarſch zu geben; wie lange er dieſe Weigerung durchzuführen im Stande iſt, fragt ſich. Oeſterreichiſcher Seits wird natürlich ſehr gewünſcht, daß Hannover den Durchmarſch weigern möge; ich wollte irgend einen Punkt über die deßfallſigen Verhandlungen im Schooße der B. C. Comiſſion haben, woran ſich eine ſolche Weigerung irgend anknüpfen ließe; die Herren konnten mir aber keinen ſolchen geben, die Preußen haben eben Alles ſcheitern machen. Hannover kann den Durchmarſch eigentlich nicht weigern ohne offenbare Feindſeligkeit, deren Vorwurf Sie ſich doch nicht ausſetzen wollen; obendrein würde nichts dadurch gerettet; denn wenn Hannover den Durchmarſch weigert, ſo bleiben die Badiſchen Truppen in der Rheinprovinz oder Weſtfalen. Haſſenpflug ſagt mir: wenn Hannover den Durchmarſch weigere, würde Kurheſſen ſeine Erlaubniß zum Durchmarſch ſofort zurücknehmen. Nun habe ich Reinhard dringend gebeten (und er hat mir's zugeſagt) daß die Würtembergiſche Regierung, die doch wegen Auflöſung des 8. Armee-Corps zunächſt bei der Sache intereſſirt iſt, einen Proteſt gegen die Wegführung der Badiſchen Truppen erlaſſe und den (wie allen Höfen) ſofort

[1]) S. oben S. 447.

nach Hannover notificire. Dann ist Grund genug zur Weigerung des Durchmarsches vorhanden.

Auf das Geschrei, welches der Dänische Frieden veranlassen wird, bin ich nicht neugierig, ich kann's mir denken. Die Preußen bekommen hier jetzt schon herbe Dinge darüber zu hören, die sie ruhig einstecken müssen. Sonst sind die Preußen hier in einem unglaublich gereizten Zustande; ihre Situation ist auch widerwärtig und lächerlich. Herr Mathis vertraute neulich bei Tisch dem Lord Cowley: er, Mathis, befände sich in einer so unangenehmen Lage; denn um in Berlin die Stellung vergessen zu machen, die er früher in der Untersuchungs-Comission eingenommen, müsse er in seinen Ansichten und Äußerungen immer viel weiter gehen, wie die Herren in Berlin. Sie sehen, dies ist ein naiver ....., — und seine Artikel in der O.P.A.Z., namentlich wo er den Dualismus anpreiset, sind wirklich das non plus ultra von Naivetät. A propos der O.P.A.Z. will ich Ihnen bemerken, daß ich dort jetzt Zutritt habe und Leute hier, die in gutem Sinne schreiben können. Wollen Sie mir also von Zeit zu Zeit irgend Faktisches mittheilen, so benutzen wir das als Locomotive und hängen einige Waggons mit Expektorationen gegen die Niedersächsische und andere Richtungen daran.

Ihr getreuester

D.

Nr. 226. Hannover, 8. Juli.

Ihr Brief vom 6., lieber Freund, theilt mir die Nachricht mit, daß die Entwickelung nunmehr auf den Punct gelangt ist, den ich seit einem Jahre beinahe erwartet, und dem ich seit einigen Monaten mit Bestimmtheit entgegengesehen habe. Man scheint sich allerdings nur unsicher und zögernd zu entschließen; allein ist nur erst der Muth gefaßt, den Grundsatz anzuerkennen, so wird dieser ohnehin mit genügender Kraft wirken und fortreißen, selbst ohne unser Zuthun. Darin also bin ich gar nicht eilig; um so weniger als Preußen mit so großem Eifer darüber aus ist, sich selbst unmöglich zu machen. Daß es rasch im engeren Rathe seinen Dualismus durchsetze, fürchte ich nicht. Im engeren Rathe ist es am allerschwächsten. Zählen Sie nur die Stimmen. Wir haben aber überall auch nicht zu wünschen, daß dieser Dualismus bleibe, und eben so wenig glaube ich, daß er bleiben kann. Wer wird dem zustimmen? Wer von den größeren wird sich so unterordnen lassen? Baiern doch auf keinen Fall. Es kann in Frankfurt den Schein gewinnen, als ob das möglich sey; allein in den Ländern sieht sich das Ding anders an. Da wird es wirklich anders laufen. Ich möchte Ihnen wohl anheim geben, einmal mit Ihrem Bairischen oder Sächsischen

Collegen dieſe dualiſtiſche Idee zu beſprechen, ob dieſe bei ihren Höfen Sympathie dafür erwarten. Ich fürchte mich davor nicht.

Vielmehr fürchte ich, daß man ſich wieder in das alte Unweſen verliere; und da wir unleugbar (neben dem Preußiſchen Unſinn) das Unſrige dazu beigetragen haben, die Sachen wieder in dieſe Bahn zu bringen, ſo, meine ich, haben wir auch die vollſte Pflicht, dafür zu ſorgen, daß das nicht geſchehe. Die Sache muß, das iſt meine vollſte Ueberzeugung, aus dieſem büreaucratiſch diplomatiſchen Unweſen heraus. Anno 1500 wäre das möglich geweſen durch Berufung der Städte, jetzt geht das nicht mehr; die Staaten ſind zu feſt in ſich geſchloſſen; eben darum müſſen wir Stände haben. Repräſentanten aus den Landſtänden gewählt; die Preußiſchen Ausſchüſſe von 1842 und 1847; oder des Grafen Münſter allgemeine Stände aus den Provinzialſtänden hervorgegangen; oder die Niederländiſchen Generalſtaaten. Daß dieſe Einrichtung im Einheitsſtaate nicht hat dauern wollen, laſſen Sie ſich nicht irren. Sie iſt ihrer Natur nach nnr bei Föderativſtaaten durchzuführen; allein hier wird ſie auch wohl allein durchführbar ſeyn. Ich kann mir denken, daß der Mehrzahl Ihrer Collegen jetzt alles ſtändiſche Weſen im Grunde des Herzens verhaßt ſeyn mag. Die Schwächen desſelben ſind ja ſeit 2 Jahren auch für den Blinden zu greifen geweſen. Es iſt ein Grundmißgriff, Formen, die nur bei ariſtocratiſcher Verfaſſung möglich ſind (die große Freiheit der Rede und des Antrags) auf democratiſche Verfaſſung anzuwenden. Allein, abgeſehen, daß Ständiſche Ausſchüſſe ſofort ariſtocratiſcher ſind, als die ſie wählende Verſammlung, dies kann die Nothwendigkeit der Sache ſelbſt nicht ſchwächen; es führt nur darauf, daß man die rechten Formen ſuchen muß. Ich bin völligſt davon überzeugt, daß keine Regierung ohne Stände gelingen kann, daß ſie ſich ſofort in den Büreaucratismus verläuft, der ganz hoffnungslos iſt. In den Landſtänden wäre aber auf dieſe Weiſe wieder ein politiſches Element zu bilden, deſſen ſie jetzt gänzlich ermangeln. Mir liegt die Sache, die ich für alle Deutſche Zuſtände präjudiziell halte, ſehr am Herzen; deßhalb entſchuldigen Sie dieſe vielleicht ſehr überflüſſigen Expectorationen.

d. 9.

Wegen des Badener Truppendurchzugs iſt nach Carlsruhe geſchrieben: Man möge uns erſt ſagen, was es mit den Conventionen für eine Bewandtniß habe. Darauf keine Antwort. Proteſtiren die Glieder des Armeecorps, ſo ſtehen wir deſto feſter. Am Ende iſt der Durchmarſch unter Preußiſcher Fahne wohl nicht füglich zu verſagen, aber interim aliquid fit! Man muß das Schlimme nie eher thun, als wenns gar nicht zu vermeiden. —

Die Schleswig-Holsteinsche Geschichte[1]) ist in der That höchst widerwärtig nach allen Seiten hin; denn wenn sich die Holsteiner schlagen und unterliegen? Was dann? Oder wenn sie anfangen und haben keine Mittel? Sie agitiren jetzt, um Hülfsvereine zu bilden; das gehört mit zu den Naivetäten in der Politik, wenn man meint, Krieg mit so kindischen Mitteln führen zu können. Und wie fern liegt das der öffentlichen Stimmung! Die Berliner fühlen diesen Stachel in ihrem Ruhme und schreien im Voraus. Das aber sagen sie natürlich nicht, daß General Hahn geheime Ordre haben soll, Eckernförde nicht zu räumen, bis die Küstenbatterien armirt sind. Also wieder Zweizüngigkeit. Das Motiv zum Abschluß soll die Russische Drohung seyn, entgegengesetzten Falls in Preußen einzurücken. Also Schwäche in Folge der Unionspolitik, die Preußen isolirt hat. — Statt diese aufzugeben, scheinen sie sich ja nun aber daran festzuklammern. Aber wieder erbärmlich lavirend, dilatirend, während Bernstorff in Wien wohl alle Unterhandlung abbrechen wird. Jedoch trösten sich die dortigen Diplomaten damit, Forsboom sey wieder angekommen, der immer als Zwischenträger benutzt werde, wenn keine offiziellen Unterhandlungen Statt finden. Genug von dieser Misere. Wir müssen wieder auf das ganze Bundesrecht und damit Holla!

Mit unseren Ständen gehts zu Ende. Sie sind zu schwach; Alles geht davon; wir können nur das nothwendigste fertig bringen. Dabei aber machen sie sich wieder so philiströs piepmeierig, daß es mich anekelt, ich kann nicht sagen wie sehr. Diese Leute der soi disant Rechten, Francke, Lindemann, stecken immer zwischen Hemd und Rock, kein gerader fester Gedanke. Ich habe darüber in der Eisenbahnsache fürchterlichen Aerger geschluckt.

Mit S. M. laviren wir weiter. Er scheint sich wieder nähern zu wollen, bittet zur Tafel nach den Conseils, ist dann doch gesprächig, wenn auch etwas stachlich. In der Jagdsache hat der Oberjägermeister eine In-

[1]) Am 2. Juli hatte Preußen für sich und im Namen des Deutschen Bundes den „einfachen" Frieden mit Dänemark geschlossen, wodurch der Rechtszustand vor dem Kriege wieder hergestellt, dem Könige von Dänemark aber ausdrücklich vorbehalten wurde, gemäß dem Bundesrechte die Intervention des Deutschen Bundes in Anspruch zu nehmen, um in Holstein seine legitime Autorität wieder herzustellen. Durch ein Separatprotokoll vom gleichen Tage wurden die von Preußen für die Räumung der Herzogthümer einzuhaltenden Fristen bestimmt. Das Protokoll sollte innerhalb 8 Tagen, der Friedensvertrag innerhalb 3 Wochen ratifizirt werden. In einem Geheimartikel verpflichtete sich Preußen, an den Unterhandlungen Theil zu nehmen, zu denen der König von Dänemark die Initiative ergreifen werde, um die Erbfolgeordnung in den unter seinem Scepter vereinigten Staaten zu regeln. Vgl. v. Sybel, I. S. 390 ff. Den Friedensvertrag und die erläuternde preußische Denkschrift über denselben s. Deutsche Chronik 1850, II. S. 1.

trigue hinter meinem Rücken zu spielen gesucht, und den König offenbar über die Lage der Dinge getäuscht, indem er ihn gegen dasjenige einzunehmen suchte, was der Herr Oberjägermeister selbst im vorigen Jahre gebilligt und der König genehmigt hatte. Schele, den der K. um Rath gefragt (ebenfalls hinterrücks) hat eine ganz traurige Arbeit in gleichem Sinne geliefert. Nun gab der K. sie mir. Ich werde sie kritisiren und hoffe dadurch um so eher zum Ziele zu kommen. Das klärt aber die Zustände der letzten Monate auch mit auf. Mühe wirds noch kosten. —

Ich muß zum Schluß des Briefs noch einmal auf die Politik zurückkommen. Je näher der Bundestag tritt, um desto größer die Gefahr, daß die alten Sünden wieder kehren. Wer jene Rückkehr fördert hat daher die Pflicht, auf Abkehr zu denken. Es sind 2 Institutionen dazu nöthig. Vertretung und Bundesgericht. Die Schwierigkeiten beider liegen vor, jetzt vielleicht klarer als sonst. Aber eben deßhalb muß man Zusicherung über beide als Bedingung stellen, so lange man irgend eine Bedingung zu stellen hat. — Bitte denken Sie daran.

Der König, den Peels Tod [1]) neben der Krankheit des Herzogs von Cambridge doch afficirt, hofft auf eine Wiedervereinigung der Tories. In Paris scheint tiefste Ruhe zu seyn. Die Schweiz conservativer als seit 1830 et sic porro. Wäre das nicht Katzenjammer?

Leben Sie wohl.

Ihr

JCBS.

Nr. 227. Frankfurt, 9. Juli.

Die Dinge ziehen sich hier noch immer wider alles Erwarten hinaus, doch aber wird bestimmt noch diese Woche die entscheidende Wendung bringen, d. h. die Lesung des Berichtes der auf Formation des engeren Rathes concludirt. Ich hoffe, daß ich Ihnen Übermorgen Abend bereits ein gedrucktes Exemplar abschicken kann. Ich werde erst mit Absendung des Berichtes um Instruktion bitten, wünsche aber dringend, dieselbe sobald als möglich zu erhalten; die Mehrzahl der Mitglieder der Versammlung haben übrigens bereits erklärt, daß sie an einer Genehmigung des Schrittes Seitens ihrer Regierungen nicht zweifelten. So können wir in 12—14 Tagen wieder ein lebendiges und lebensfähiges Organ haben; die unselige Dänische Sache, die ein anerkanntes Organ sucht, wird dann wohl gleich zu einem selbstständigen Ergreifen der Geschäfte abseiten des engeren Rathes treiben. Meine Ansicht ist, daß der engere Rath sofort den auswärtigen Mächten von seiner Reconstruirung Anzeige macht. Ich denke, einer so vollendeten

[1]) † 2. Juli 1850.

Thatsache gegenüber werden die Radowitzischen Thatsachen nicht Stich halten. Übrigens kommen alle Mitglieder immer mehr auf die gewünschte und nothwendige Linie, ich kann das namentlich in Betreff Reinhards melden. — In Berlin geht man indessen voran, aber doch nur provisorisch, um sich Alles offen zu halten.[1]) Ich habe die feste Überzeugung und eigentlich noch mehr als die, daß man in Berlin auf einen Europäischen Congreß speculirt, wo man dann vor Allem auf die Unterstützung Englands rechnet, selbst Rußland nicht als Gegner zu finden hofft, und dort, wo Oesterreich von den Kleineren ungebunden dasteht, auch von diesem eher Concessionen erwartet. Daß man von Berlin aus auf den Präsidenten L. Bonaparte durch die Großherzogin Stephanie[2]) einzuwirken gesucht und dessen imperialistische Gelüste cajolirt hat, ist mir keinen Augenblick zweifelhaft. Da Persigny Anfangs in dasselbe Horn stieß, so hätte man vielleicht bestimmte Zusagen erhalten, wenn nicht sämmtliche anderen Französischen, in den verschiedenen Deutschen Staaten accreditirten Agenten ganz übereinstimmend im entgegengesetzten Sinne berichtet hätten. Da hat denn die diplomatische Tradition und der bon sens der Departements-Direktoren obgesiegt, und man ist jetzt in Paris keineswegs für die Union gestimmt.

Ich habe heute Morgen Copie einer Depesche von Knyphausen aus Berlin vom 6. Juli erhalten, worin er Sr. Maj. über die letzte Sitzung des Fürsten-Collegs berichtet, am Schluß die Substanz der Hessen-Darmstädtschen Deklaration mittheilend, wonach man dort am Bündniß vom 26. Mai festhalten, vorläufig nur noch keinen Bevollmächtigten ins Fürsten-Colleg schicken, im Ganzen sich aber Alles offen halten will. Da Hassenpflug mir früher über die deßfallsige Note anderes mitgetheilt hatte (wie ich darüber an den König berichtet habe) so hielt ich ihm dies vor. Darauf hat mir H. erklärt: wenn wirklich eine Erklärung von Lepel abgegeben sei im Sinne des Berichtes vom 6. Juli, so habe Lepel dieselbe gefälscht; er, Hassenpflug, habe die deßfallsigen Instruktionen an Lepel selbst eingesehen; und dieselben lauteten ganz entgegengesetzt. H. hat mich ersucht, ihm Abschrift des betreffenden Passus mitzutheilen, um in Darmstadt die Sache festzustellen. Ich werde sie ihm wohl geben, jedoch lediglich als eine Privatmittheilung, die ich von Berlin erhalten.

Daß es in Karlsruhe wackelt, werden Sie wissen. Oberst Krieg von Kriegsfelden[3]), früher ein genauer Freund von Radowitz, ist entschieden gegen den Truppen-Abmarsch. Das Anerbieten des Oesterreichischen Corps in Vorarlberg hat außerordentlich gewirkt. Aber noch ist Alles trübe und

[1]) Verlängerung des Provisoriums der Union um 3 Monate, bis 15. October.

[2]) Großherzogin Wittwe von Baden, geb. Beauharnais.

[3]) Krieg von Hochfelden, Flügeladjutant.

unklar und ſchwankend in Carlsruhe und ich mag deshalb auch noch nichts Poſitives darüber berichten.

Dem Herzog von Cambridge ſoll es ſehr ſchlecht gehen, und man befürchtet das Schlimmſte. Ihr

D.

Nr. 228. Frankfurt, 14. Juli.

Ich war diesmal ganz beſonders froh, als ich Ihren Brief vom 9. erhielt, weil ich lange keinen Brief von Ihnen gehabt hatte und bei der bevorſtehenden Entwicklung es mir mehr als je Bedürfniß war, mit Ihnen in ſteter Berührung zu bleiben. Laſſen Sie mich Ihnen da all meine Gedanken auskramen, die mich hier förmlich quälen. — Die letzten 8—14 Tage waren ſehr unangenehm, es galt die Abſchließung des Berichtes, von dem ich geſtern ein Exemplar auch Graf Bennigſen geſchickt habe. Da ſtanden ſich eine Maſſe verſchiedenartiger Anſichten gegenüber, die alle ausgeglichen ſein mußten. Das war widrig und mühſam. Manches war nicht auszugleichen und damit wollen Sie die eine oder andere Lücke im Berichte erklären z. B. warum man nicht mit dem von Oeſterreich einberufenen Plenum procedirt, ſondern auf den engeren Rath concludirt, wo die Anſicht, das Plenum in ſeiner gegenwärtigen Geſtalt ſei zu beſchließen befähigt und berechtigt, von denen, welche ſie vertheidigten, zwar der Reconſtruktion des Engern Rathes nachgegeben werden ſollte, dabei aber fort behauptet wurde, es wäre auch mit dem Plenum möglich und zwar in der jetzigen Stärke.[1]) So iſt denn am Ende die Motivirung ganz weggeblieben. Und ſo mehreres. Nun war der Bericht endlich abgeſchloſſen, — und die Sitzung, die ſchon am Freitag hätte ſein können — dem Jahrestag des 12. Jul. 48! — um für den Druck Zeit zu gewinnen, auf den Sonnabend angeſetzt. Da kam die Nachricht von dem Wiener Courier, der wohl erſt heute Abend oder gar Morgen früh kommt, wo dann im letzteren Falle ſelbſt Morgen früh die Sitzung noch nicht Statt finden wird. Ich habe darüber nun allerlei zum Theil herbe Expektorationen mit Graf Thun gehabt und ihm auch noch geſtern erklärt, daß die 2 oder 3 Tage, die wir da verloren, in der Geſchichte Deutſchlands ſchwer wiegen würden. Vielleicht iſt aber der Zeitverluſt gut geweſen, da er die Ungeduld in Allen ſehr geſteigert hat. Die Idee, daß der Engere Rath nur zur Schaffung eines neuen Interims zuſammentreten ſollte, die ich anfänglich ganz allein bekämpfte, wird jetzt nur noch von Thun und Xylander feſtgehalten, ſelbſt Reinhard hat ſie perſönlich aufgegeben, und im Comiſſionsbericht habe ich die deßfallſige Concluſion ziemlich allgemein gehalten durchgeſetzt. Ginge es nun mir nach,

[1]) S. unten S. 478, Anm. 1.

ſo ſprängen wir nach Abſtattung des Berichts gleich medias in res; probiren will ich es und da die Sitzung eine vertrauliche iſt, den Antrag ſtellen, daß wir uns ſofort und auf der Stelle, ohne erſt Inſtruktionen einzuholen, zum Engeren Rath bilden, unter Vorbehalt, neue Vollmachten binnen 14 Tagen herbeizuſchaffen. Thun (falls nicht der Courier Ordre zum entſchiedenen Vorwärtsgehen bringt), gewiß aber Xylander werden ſich entſchieden wehren, die anderen ſind vielleicht fortzureißen. Wer auch hat uns zu fragen als unſere Regierungen, ob wir inſtruirt ſind oder nicht? Wie ſeine Regierung aber ungefähr denkt, weiß jetzt ſchon Jeder von uns. Wird es mir nicht gelingen, dieſen Antrag auf ſofortige Conſtituirung als Engerer Rath durchzuſetzen, ſo ſoll wenigſtens die Friſt zur Inſtruktions-Einholung die allerkürzeſte werden, vielleicht unter Beſtimmung einer längeren für die Einbringung der Vollmachten. Kommt ſodann die Frage der Competenz, — ob nur für die Schaffung eines neuen Interims, oder mit der früheren Competenz. Hierin ſind wie geſagt die Anſichten beſſer geworden. Graf Thun will ihn nur ad hoc haben und dann der B. C. Commiſſion neue Vollmachten ertheilen laſſen durch den Engeren Rath und zwar nur auf 3—4 Wochen. Dies werde ich, wenn meine Inſtruktionen nicht für das Gegentheil lauten, beſtimmt weigern. Ich will, daß man die B. C. Comiſſion ſofort depoſſedire, d. h. ihr die jetzige Stellung ſo lange laſſe, um von Wien Ordre einzuholen, daß die Oeſterreichiſchen Comiſſarien die Sachen dem Engeren Rath übergeben. Nun kommt gleich die Schleswig-Holſteiniſche Sache, die uns ſicher über den Hals kommt, wir mögen unſere Competenz nun auf Schaffung eines neuen Interims beſchränken oder nicht. Mein Plan iſt, daß wir ſie ſofort in die Hand nehmen. Dänemark oder vielmehr Holſtein-Lauenburg, deſſen Vertreter ja unter uns ſitzt, erkennt uns damit an. Wenn aber Dänemark uns anerkennt, kann England, Frankreich, Rußland uns die Anerkennung nicht weigern, wenn wir die Schleswigſche Sache in die Hand nehmen. Damit ſchon gewinnen wir mit Einem Schlage wieder die Europäiſche Stellung. Dem Frieden gegenüber kommen wir freilich in eine unangenehme Lage. Ratificiren kann ihn nur das Plenum und da fehlen uns Stimmen. Daher müſſen wir denn wohl weiter zurückgreifen und die bereits mehrfach aufgeſtellte Anſicht, daß der Krieg gar nicht als Krieg anzuſehen, der unter Bundesgenoſſen nicht möglich, ſondern nur als Execution, ſcharf ins Auge faſſen und wo möglich durchführen. Wir helfen damit auch allen Regierungen aus der Klemme, in die ſie wegen der Ratifikation gerathen. Ich habe das auch mit großer Entſchiedenheit gegen Xylander geltend gemacht da Herr v. d. Pfordten ja ſo gern in wohlfeilem Schleswigſchen Patriotismus macht und darin ſogar der ſonſt ſo vernünftige Lerchenfeld ſich à la Wallenſtein aufführt; aber

ich bin da mit Xylandern um nichts weiter gekommen. Nehmen wir die Sache mit Entſchiedenheit in die Hand, erklären Dänemark, England, Frankreich, Rußland gegenüber: die Sache iſt eine rein Deutſche, ihr habt nichts darin zu waſchen, — ſchicken wir Comiſſarien, denen die Dänen ſich fügen werden und die Schleswig-Holſteiner ſich fügen müſſen, ſo gelingt es uns vielleicht, nicht blos die Regierungen aus der Verlegenheit wegen der Ratifikation zu ziehen, ſondern auch das Gemetzel zu verhüten, was in Schleswig vor der Thüre iſt und die Sache, die ſo gräßlich verfahren iſt, in einer für Deutſchland noch einigermaßen ehrenvollen Weiſe, d. h. ohne fremde Einmiſchung, zu Ende zu bringen. Wir würden, was ja auch Preußen will, ganz auf die Bundesbeſchlüſſe zurückgehen. Da der Krieg niemals in einer Plenar-Sitzung beſchloſſen iſt, wird es uns um ſo leichter, die Sache nur im Sinne der Execution aufzufaſſen. Preußen kann nichts dagegen machen, und kommt in die allerſchlimmſte Lage dadurch. Daß es, wie immer, auch wieder jetzt in dieſer Sache doppeltes Spiel ſpielt, iſt mir unzweifelhaft und was Sie mir über die Ordre an General Hahn ſchreiben, beſtätigt mir das: Die Sache ſoll nicht zu Ende ſein, ſie ſoll zu einer Europäiſchen Verwicklung oder vielmehr nur zu einem Europäiſchen Congreſſe Anlaß geben, wo Preußen von der Verwendung Englands das zu erhalten hofft, was es mit Radowitz und Erfurt nicht erlangen konnte.

Ich bin ſo vielfach geſtört, daß ich kaum glaube, ob ich mich durchweg verſtändlich gemacht habe; mir lag daran, dieſe zum Theil noch rohen Ideen Ihnen erſt einmal vorzulegen. Gelingt es mir, die Collegen fortzureißen, ſo werde ich keinen Augenblick anſtehen, in obigem Sinne voranzugehn und ich denke im Weſentlichen nicht von Ihnen desavouirt zu werden.

Dem König hab ich in den letzten 8 Tagen nicht geſchrieben, weil's mir wirklich an Zeit fehlte und obendrein nichts zu berichten war. Schreiben Sie mir doch, wie er die Nachricht vom Tode des Herzogs von Cambridge [1]) aufgenommen; ich hab's für nöthig gehalten, mich bei der Herzogin von Kent wegen einer Audienz zu melden, um ihr das Beileid zu bezeugen und ſie wird mich Morgen empfangen. Darüber werde ich dann Sr. Majeſtät berichten. Nun ſollte ich Ihnen, liebſter Freund, noch mein Beileid zu dem traurigen Todesfall Ihrer Nichte [2]) ausdrücken — aber Sie werden mir das eben an dieſer Stelle, wo ich eben von Condolenz-Audienzen rede, erlaſſen und überzeugt ſein, daß ich darum nicht weniger innigen Antheil nehme.

Der Ihrige

D.

---

[1]) † 8. Juli 1850.

[2]) Einer Schweſtertochter Stüves. Er hatte dieſes ihn ſehr betrübenden Todesfalls in ſeinem letzten Briefe erwähnt.

Nr. 229. Frankfurt, 16. Juli.

Sie werden aus meinem gestrigen Berichte ersehen haben, liebster Freund, daß ich mit meinen Wünschen und Plänen in keiner Weise reüssirt habe. Graf Thun war meinen raschen und entscheidenden Schritten am schärfsten entgegen, und da war dann freilich nichts zu thun. Jetzt ist der Bericht an die Regierungen gegangen, damit die instruiren sollen; darüber gehen allerwenigstens 14 Tage hin und Gott weiß, wie es dann weiter geht. Indessen wenn ich so die Richtung der Geister betrachte, so bin ich ziemlich beruhigt; das Bewußtsein, daß wir nur auf diesem Wege aus dem Wirrsal herauskommen, macht sich mit solcher Allgewalt geltend, daß es über kurz oder lang sicher zu dem Richtigen kommen wird. Es wäre nur eben des Moments wegen ein rascher Schritt zu wünschen gewesen. Graf Thun, mit dem ich vor der Sitzung meine Ideen besprach, vertraute mir: Graf Bernstorff habe — soviel ich verstand vor seiner Abreise aus Wien am 24. Juni — den F. Schwarzenberg gebeten, wenigstens den 15. Juli als den Endtermin des damaligen Unions-Provisorii abzuwarten, ehe Oesterreichischer Seits ein entscheidender Schritt geschähe. Schwarzenberg habe das zugesagt, und, wenn gleich durch inzwischen beschlossene Verlängerung des Unions-Provisoriums der eigentliche Grund der Bitte und des Versprechens weggefallen sei, so könne man doch Oesterreichischer Seits nicht vor dem 15. irgendwie vorangehen; ginge man hier am 15. (gestern) voran, so würde man von Berlin aus sich beklagen, daß Oesterreich nicht Wort gehalten, sondern vor dem 15. Ordre nach Frankfurt zum Vorangehen gegeben habe. Dies war übrigens für Thun nur ein Nebengrund, der Hauptgrund war: er könne seine Instruktionen nicht überschreiten und wir seien nur zur Schaffung einer neuen Centralgewalt einberufen und legitimirt. Hauptsächlich hatte ich der Dänischen Sache gegenüber ein rasches Vorgehen gewünscht, um die Ratification durch die einzelnen Regierungen zu vermeiden. Das war dem Baron Dirckinck, mit dem ich heute über diese Sache sprach, sehr unangenehm, da er die Ratification ja, wie Sie wissen, auf jede Weise zu befördern und betreiben sucht. Die Sache erscheint mir aber doch principiell und faktisch gar zu wichtig und zu bedenklich, und da fragt es sich, ob nicht ein Ausweg darin zu finden wäre, daß die einzelnen Regierungen erklärten: sie hielten sich nicht berechtigt zu ratificiren; dies komme allein der B. Plenar-Versammlung zu; übrigens werde man seinem Bevollmächtigten in dieser Versammlung Instruktion ertheilen, für Annahme des Friedens Seitens der Bundesbehörde zu stimmen. Materiell wäre damit Dänemark gegenüber die Sache in Ordnung und da sicher in 4—5 Wochen nicht bloß der Engere Rath reconstruirt, sondern durch diesen auch das Plenum (wenigstens $^2/_3$) beisammen sein wird, so ließe sich dann auch die

Sache formell durch Ratifikation im Pleno erledigen, wenn man nicht vorzieht, den Krieg zu ignoriren und die Sache als Execution im Engern Rath zu behandeln. Ich habe mit Dirckinck und mit Bülow die Sache in diesem Sinne ausführlich besprochen, und sie haben mir erklärt, daß Dänemark mit einer solchen Erklärung der einzelnen Regierungen bis dahin, daß ein lebensfähiges Bundes-Organ vorhanden, zufrieden sein würde. Dirckinck wünschte nur, daß, wenn solche Erklärungen kämen, sie an ihn adressirt würden, wozu ja seine Beglaubigung ihn legitimire. Das heißt nun wohl soviel, als er fürchtet in München, Stuttgart, Dresden, wohin er jetzt geht, schlechte Geschäfte zu machen, und würde einen solchen namentlich etwa von der Hannoverschen Regierung beliebten mezzo termine dort gewiß gern als nachahmenswerthes Beispiel hinstellen.

Die Dislocation der Badischen Truppen betreffend, werden Sie wissen, daß dieselbe noch im letzten Augenblicke contremandirt ist, wie und weshalb ist noch unbekannt. Von Stuttgart aus ist nichts zu hoffen, Reinhard hat mir die deßfallsige Antwort des Ministerii auf sein Schreiben vorgelesen, welches letztere er auf meinen Wunsch hatte abgehen lassen. Das Ministerium will keinen Protest erlassen, es mault in dieser Sache in einer albernen Weise. Vor längerer Zeit nämlich, vor etwa 2 Monaten, hatte Reinhard im Auftrage des damaligen Ministerii Anträge bei der B.C.Comission gestellt. Kübeck hatte ihn gebeten, seine Anträge zurückzunehmen, da die B.C.Comission sich mit der Sache ex officio bereits beschäftige und Würtembergische Anträge dieselbe leicht verwirren könnten. Reinhard that das; jener Wunsch Kübecks aber scheint den König (der wahrscheinlich die Sache betrieben hatte) verstimmt zu haben; und daher von Seiten des jetzigen Ministerii unter Berufung auf jene Vorgänge die Weigerung einen Protest zu erlassen.

Sie werden in diesen Tagen von Wien eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen zwischen Schwarzenberg und Bernstorff [1]) erhalten haben, oder noch erhalten; da ich darüber gestern als einer mir bekannten Piece berichtet, könnte es sein, daß ich keine Abschrift erhielte, weil Neubourg vielleicht voraussetzt, ich hätte von Thun Abschrift erhalten. Das ist aber nicht der Fall; ich bitte vielmehr, wenn die Darstellung ankommt, um Abschrift.

Nostitz ist gestern Abend nach Dresden pp. gegangen. Gestern soll auch Lappenberg abgereist sein. Kommt der durch Hannover, wo er viele Bekannte hat, so lernen Sie ihn vielleicht kennen, d. h. einen der größten

[1]) Vgl. die Cirkulardepesche des Fürsten Schwarzenberg an die deutschen Regierungen vom 10. Juli, Deutsche Chronik, 1850, II. S. 16.

Pinſel, die es in politiſchen Dingen giebt. Der alte ..... Smidt iſt ja ganz kleinlaut; geſtern hat ihn Tallenay, auf den er viel giebt, fürchterlich heruntergemacht wegen der ganz kindiſch albernen Politik der Hanſeſtädte.

Ihr getreueſter
D.

Nr. 230. Hannover, 18. Juli.

Ihre Briefe vom 14. u. 16., lieber Freund geben den ſprechenden Beweis, daß auch bei Ihnen „die Sachen heiß gekocht werden und kalt gegeſſen.“ — F. Schwarzenberg will nach meiner Meinung es mit Preußen nicht verderben, ſieht vielmehr vollkommen ein, daß für ihn nichts günſtiger ſein kann, als die Union ſich zu Tode zappeln zu laſſen, ehe er ſich irgend wie unwiderruflich gebunden. Iſt die Sache ſo weit, dann wird ihm Preußen ſchon kommen müſſen. So zieht er die Sache in Unentſchiedenheit hin. In Berlin ſagt man, es ſey Aufſchub entſcheidender Schritte bis zum 20. verſprochen, während man Ihnen nur vom 15. ſagte. — Man will den Bund nicht ehrlich; ſonſt wäre ja jetzt die Gelegenhrit wie nie. — Fragt ſich alſo für uns: ſoll man entſchieden auf die Bundesform drängen? oder ſich in Verhandlungen einlaſſen über dualiſtiſche Executive. Ich bin principaliter gegen dieſe ganz entſchieden; es iſt damit auf die Dauer nichts zu machen, und die Executive in der Hand der Mächtigeren alles. Iſt davon nicht abzukommen, ſo muß ſie eine Beſchränkung auf nackte Ausführung der Beſchlüſſe haben, in der Art, wie der Präſident die Beſchlüſſe des Collegii ausführt. Das zu ordnen und zu ſichern, würde mit Rückſicht auf die „Stärke“ ein ſehr ſchweres Ding ſeyn. Alſo der Bund. — Da iſt hauptſächlich die Piepmeierei zu überwinden. Es wäre aber ohne Zweifel hierzu in der Däniſchen Sache eine unvergleichliche Gelegenheit geboten. Wie Öſtreich ſolche „formell“ an den Bund weiſet, ſo werden wir und Sachſen die ganze Sache dahin ziehen. Dies iſt der einzige Weg, mag man nun den Geſichtspunct des Kriegs oder der Execution reſp. Vermittlung feſthalten. Der letztere iſt in jeder Hinſicht der günſtigere. Er ſchließt ſich an 1846 und 1848 an; er gehört in den engeren Rath. Auch wäre, glaube ich, jetzt eine Vermittlung möglich.

Damit wäre denn zugleich die Idee, den engeren Rath zu einem bloßen Interim zuſammentreten zu laſſen, beſeitigt. Wir brauchen das gar nicht ſo dringend, als eine Handlung nach Außen. Ihre Idee in dieſer Hinſicht iſt ganz richtig; aber freilich eben deßhalb zu gut für die Diplomatie. Nichts deſto weniger, meine ich, muß man ſich daran halten, ſie möglichſt vorwärts zu ſchieben ſuchen, und unter keinen Umſtänden davon ablaſſen.

Was ſagen Sie zu den neuen Perfidien oder Dummheiten Preußens, das das Protokoll vom 2. Juli publicirt[1]) vor dem Frieden. Immer dieſelben Kniffchen nach allen Seiten hin. Knyphauſen, der übrigens jetzt ganz den Kurs der Union hält, berichtet ja, daß Stockhauſen, Brandenburg und Manteuffel das definitive Fürſtencolleg gewollt, um die Sache raſcher zu ſprengen, und daß Radowitz das Proviſorium durchgeſetzt, um eben durch dieſe Unentſchiedenheit den Spuk noch hinzuhalten. Ich geſtehe, daß mir eine ſolche Zähigkeit in gänzlich verlohrenen Dingen nicht vorgekommen iſt. Aber Radowitz ſteckt mit ſeiner Clique noch ganz in der Revolution. Sie meinen mit ſchlauen Operationen gegen die Revolution (wie das Wahlgeſetz)[2]) noch Sympathien zu erwecken, während die Zeit darüber weit hinaus iſt. Man ſehe doch nur Sachſen, Heſſen pp. Es iſt keine Kunſt mehr, ohne Stände zu regieren, und die Neue Preußiſche meint ja, in Preußen ſey es auch Zeit dazu.

So erwünſcht die Wendung der Däniſchen Sache für die Bundesangelegenheiten iſt, ſo widrig in jeder anderen Hinſicht. Dieſer Krieg für nichts, ohne Mittel, ohne Einmüthigkeit im Lande, ohne irgend beſtimmtes Reſultat. Es iſt traurig. Ich aber finde nichts alberner, als dieſen Hülfsvereinsſpectakel, der nur dient, die Leute aufzutreiben ohne Reſultat. Heute geſtand mir Lang ſchon ein, wenn er nicht Haus bei Haus collectiren laſſe (was unmöglich zu geſtatten), ſo kriege er nichts. Ich hatte ihm das vorher geſagt. Dabei ſteht mir völlig der Verſtand ſtill, wie man dieſe Sache behandeln ſoll. Und völlig unſere tölpiſchen Stände, die in einer und derſelben Stunde die Reduction der Armee beſchließen und ihre Sympathien für Schleswig bezeugen. Risum teneatis!

Was dieſe unſere Stände angeht, ſo ſind wir mit dem Nöthigen fertig. Ich habe meine Eiſenbahnpläne und Städteordnung im Trocknen. Trotz Lärmens. Sie möchten nun gern zu Haus; aber wir dürfen ſie nicht weglaſſen, weil der König die Jagdſache noch nicht genehmigt hat, und damit uns hinzieht, wozu ein abgeſpannter Zuſtand nach dem Tode des Herzogs von Cambridge die Veranlaſſung giebt. Im übrigen ſind Stände todmatt. Die extrême gauche verlaufen; alles geht durch ohne weiteres. Wir aber ſehnen uns von tiefſtem Herzen nach dem Ende, um zur Ausführung zu kommen.

Was die Badiſchen Truppen angeht, ſo war der Oberſt Böckh[3]) hier zum Arrangement des Durchmarſches. Da kam telegraphiſche Depeſche von

[1]) Im Staatsanzeiger vom 9. Juli.

[2]) Ein dem Fürſtenkollegium vorgelegter Geſetzentwurf, enthaltend Normativbeſtimmungen für die Landtagswahlberechtigung in den Unionsſtaaten, mit dem Zweck ſtarker Einſchränkung der demokratiſchen Wahlgeſetze der letzten Jahre. — [3]) Aus Carlsruhe.

Berlin, ſie würden anderswo gehen. Wahrſcheinlich ſcheut man ſich, uns die geforderte Auskunft über die Verträge zu geben, und zieht nun lieber zurück. Man vermag recht viel, wenn man ſein Recht fordert. — Aber wo ſo elende Zuſtände ſind, wie in Stuttgart, da kann einen nichts wundern; am wenigſten die Revolution.

Das Schwarzenbergſche Expoſé iſt hier, und werde ich Neubourg avertiren. Die Bremer ſuchen nun wieder blind zu fahren; der Fuchs Duckwitz ſieht einen aber doch zu dumm an. In Oldenburg ſind ſie wegen des Friedens ganz aufs Maul geſchlagen. Ueberhaupt iſt gar nicht zu ſagen, wie ſehr ſich Preußen durch dieſen Schritt geſchadet und aller Conſideration beraubt hat. Habeant!

Leben Sie recht wohl. Ihr

JGDS.

Nr. 231. Frankfurt, 18. Juli.

Ich habe in meinen letzten Briefen vergeſſen, Ihnen, liebſter Freund, von einer vertraulichen Mittheilung Nachricht zu geben, die mir Graf Thun gemacht hat, und die ich doch lieber in Form eines Privatbriefes an Sie zu Ihrer und des Grafen Bennigſen Kenntniß bringe, als unter der Form eines Berichts oder einer Depeſche an den König, — wie ich denn dieſerhalb ein für allemal beim Grafen Bennigſen mich zu entſchuldigen bitte, daß ich Manches Ihnen in Privatbriefen mittheile; ſo ſehr ich dem Canzliſten Elſter vertrauen darf, ſo iſt mir's doch lieber, Manches auch ihn nicht wiſſen zu laſſen. Dies beiläufig. — Graf Thun fragte vor einiger Zeit: was man Hannoverſcher Seits gegen den Eintritt der Oeſterreichiſchen Geſammt-Monarchie in den Deutſchen Bund habe? ich erwiederte darauf im Allgemeinen, worauf er weiter fragte: ob Hannover ſich dem Eintritte derſelben widerſetzen würde? Ich: darauf könnte ich in keiner Weiſe antworten; nur ſoviel glaubte ich erwiedern zu können, daß, wenn der Eintritt in nicht bundesverfaſſungsmäßiger Weiſe erfolgen ſollte, Hannover ſich gewiß widerſetzen werde; werde das aber Oeſterreichiſcher Seits nicht beabſichtigt, ſo ſei die Sache Gegenſtand von Verhandlungen, der Möglichkeit von Modifikationen u. ſ. w., die eben Alles ſo weit offen ließen, daß nichts darauf zu erwiedern ſei. Darauf erklärte Thun: wenn Oeſterreich den Eintritt wünſche, werde es dies Begehren ganz gewiß nur in bundesverfaſſungsmäßiger Form anbringen und überhaupt das Bundesrecht allein als maßgebend dabei betrachten. Ich erwiederte, daß dann der Wiener Hof bei der großen Berückſichtigung, die alle ſeine Wünſche in Hannover fänden, auch ſicher ſein könne, daß man Hannoverſcher Seits in dieſer Sache Alles thun würde, um zu einer erwünſchten Verſtändigung zu kommen.

Darauf theilte mir Thun ganz vertraulich eine Russische Note mit, ni fallor vom 12. Juni, worin Nesselrode im Namen des Kaisers erklärt: daß dieser, nachdem er die Oesterreichischen Mittheilungen (die ich nicht gesehen habe) genau geprüft, erkläre, daß derselbe gegen den beabsichtigten Eintritt der Oesterreichischen Gesammt-Monarchie in den Deutschen Bund nicht allein nichts habe, sondern gern bereit sein werde, diese Sache in jeder Weise zu fördern.

Gestern war Prinz Emil von Darmstadt aus hier; er theilte mir eine Unterredung mit, die er mit dem Großherzog von Baden gehabt, um diesen zu einiger Energie anzutreiben; allein da sei Alles verloren; der Großherzog habe ihm fast naiv gedankt für die interessanten Gesichtspunkte: das sei theoretisch alles vortrefflich und gewiß sehr angenehm auszuführen, wenn man freie Hand hätte. Prinz Emil wollte zugleich aus einem Briefe von Meyendorff wissen, daß man in Berlin den Plan wenigstens gehabt habe, dem Fürsten-Collegio eine Änderung der ganzen Unions-Verfassung vorzuschlagen, als welche auf mehr Theilnehmer berechnet nun nicht mehr passe; dadurch werde dann entweder die Union in einer Weise beschränkt, daß sie nicht mehr ombrage gebe, oder aber den Theilnehmern Gelegenheit und Anlaß gegeben, sich loszusagen. Vermuthlich war das der Plan des Ministerii, den aber Radowitz bekämpft und dem gegenüber er das neue Provisorium durchgebracht hat. Daß Radowitz mit seinem Einflusse auf den König die Union, die sonst Preußen im Leibe liegt wie ein todtes Kind, allein noch hält, geben alle Ehrlichen zu, die auch früher für die Union schwärmten. — Für Darmstadt kommt ein Herr von Münch[1]) als Bevollmächtigter statt Dallwigks; von Münch höre ich nur das Beste und bin neugierig ihn kennen zu lernen, da er Präsident des O. A. Gerichts und Cassationshofes ist und zugleich (nach dem Tode von Stosch) interimistisch Hofmarschall, also sehr disparate Aemter zu versehen im Stande ist. Daß Dallwigk (der Neffe unserer Geh. Cabinets-Räthin Rehberg) uns verläßt, ist mir leid, da er ebenso fein und verständig als entschieden und energisch ist; als Minister des Innern konnte er freilich nicht gut bleiben.

Gestern hatte ich eine stundenlange sehr merkwürdige Unterredung mit Gen. Peucker über die Deutschen Dinge. Ich machte ihm einen Höflichkeitsbesuch, ließ ihm das auch gleich sagen, nun nahm er mich doch an; wir saßen 10 Minuten beisammen, sprachen von Wetter, Obst u. s. w. Als ich ging und schon an der Thür war, hielt er's nicht mehr aus und brach los über die Deutschen Sachen. Nun standen wir noch eine Stunde zusammen. Er wollte, wir sollten keine Principien reiten; dann sei die Ver-

[1]) Freiherr von Münch-Bellinghausen.

ſtändigung leicht möglich. Zuerſt kam er auf das alte cheval de bataille der Erbkaiſerlichen, die Verfaſſung von Kremſier. Als wir uns hier eine Zeitlang mit den alten Gründen, die mich immer ſo ſchrecklich ennuyiren, daß ich ganz zerſtreut werde, wenn ſie nur vorgebracht werden, herumgeſtritten hatten, ſchlug ich ihm vor: wir wollten einmal die Sache ganz konkret anfaſſen und ſehen, ob wir eine Linie finden könnten, wo wir zuſammenträfen. Ich ſchlug nun vor — dabei natürlich jede Conſequenz aus meinen Äußerungen im Voraus ablehnend, anknüpfend an die Dinge wie ſie liegen, um keinem Theil eigentliche Rückſchritte anzumuthen: Das Plenum erklärt ſich für inkompetent, vielleicht noch etwas beſtimmter, als es der Comiſſions-Antrag thut, Oeſterreich ruft nun mit Preußen gemeinſchaftlich den Engern Rath ein als ein Proviſorium auf 4 bis 6 Monate zur Findung des definitivi, in dieſem Engern Rath mit ſeinen 17 Stimmen werde während des Proviſorii die Executive, die übrigens genau zu präciſiren und beſchränken wäre, Oeſterreich und Preußen übertragen, zwiſchen denen vollſtändige Parität ſtattfinde. — Peucker meinte: mit einem ſolchen aber nur 3 Monate dauernden Proviſorio werde man in Berlin einverſtanden ſein; niemals aber könne man zugeben, daß dieſe 17 Stimmen der alte „Engere Rath" ſeien, man könne ja ſagen: das Proviſorium ſolle nach dem alten Stimmen-Verhältniſſe gebildet werden u. ſ. w, aber die alte Bundes-Verſammlung — nimmermehr; die werde kein Preußiſcher Miniſter vor Preußiſchen Cammern durchbringen können. Hier ſtanden wir nun ſofort an der principiellen Gränze; denn eben die Gültigkeit des alten Bundesrechts ſei die Cardinal-Frage. Er gab zu, daß Preußen den Bund und auch noch Reſte der alten B. Verfaſſung anerkenne und erklärte es wieder für Principienreiterei, wenn man in der Sache aber nicht im Namen nachgebe. Hier war der Vorwurf nun leicht zurückzugeben, ich ſagte ihm ausführlich, wie eben die Frage der Gültigkeit des Bundesrechts, und daß Oeſterreich darauf beharre, für die Staaten 2. Ranges eine Lebensfrage ſei, und daß dieſe daher die jetzige Poſition niemals aufgeben könnten und würden. Als er fort und fort behauptete, es ſei thöricht, Preußen, das ſich eben dieſer Frage gegenüber ſo beſtimmt ausgeſprochen, daß es nicht mehr zurückkönne, bloß um des Namens willen zurückzuſtoßen, ob der alte engere Rath oder ein neugebildeter ſei gleichgiltig, ſchlug ich (um die Unterredung zu beendigen, die mir peinlich war, da P. als durchaus ehrlicher Menſch bekannt und ich in den 2 Jahren, daß ich ihn kenne, ihn nie unehrlich erfunden, und es einem Militär gegenüber doppelt ſchwer war, nicht von der mauvaise foi der Preußiſchen Regierung zu reden) im Scherz vor: daß man auch am Ende darauf eingehen könne; dann müſſe Preußen ſich aber durch einen beſonderen Vertrag binden, niemals Gründe oder Einreden zu brauchen, die

nicht im alten Bundesrecht begründet, und niemals daraus Gründe oder Einwendungen herzunehmen, daß der neue engere Rath nicht der alte sei u. s. w. Damit schieden wir. Ich aber habe aus der ganzen Unterredung entnommen, daß wir vorangehen müssen, wie wir am Montag angefangen; das ist das einzige Mittel, um Preußen in unsere Bahnen hineinzuziehen. Aber NB. mit Formation des engern Rathes muß die Depossedirung der B. C. Comission Hand in Hand gehen.

Ich lege Ihnen hier eine Denkschrift bei, die bei Gelegenheit der Comissions-Berathung entstanden ist und den Cab. Rath Strauß zum Verfasser hat, übrigens nur Privatarbeit ist und als solche gelten will. Ich werde nächstens noch einige Exemplare senden. Dann lege ich noch Bemerkungen über die Oesterreichische Denkschrift bei, die vielleicht aus ein oder anderem Gesichtspunkte interessiren. Der Ihrige

D.

Nr. 232. Frankfurt, 22. Juli.

Herzlichsten Dank, theuerster Freund, für Ihren Brief vom 18., der mir mit der inzwischen eingegangenen Instruktion und Vollmacht die Beruhigung giebt, daß ich mit meinen Ansichten auf dem richtigen Wege war. — Wie Sie aus meinem heutigen Berichte ersehen, wahrscheinlich aber schon durch Mittheilung an und von Kreß wissen, geht Oesterreich denn endlich auch voran [1]). — Diese Dinge lasse ich heute, da der Postschluß drängt und bemerke heute nur Folgendes. In den letzten Tagen besprach ich mit dem [Grafen] Thun zum Öfteren die Dänische Sache, wo er mit mir einverstanden war, daß man von hieraus, sobald man die Gewalt ergriffen, Comissarien in die Herzogthümer schicken müsse. Aber wen? Darüber wollte Thun von mir als dem länger hier Befindlichen Auskunft haben, die ich aber nicht geben konnte. Biegeleben, den man als des Materials vollständig Kundigen wenigstens hätte mitschicken können, wenngleich er ein wenig zu statthalterschaftlich war, ist in Wien. Nun würde Thun demnächst dazu gern einen oder mehrere Hannoveraner ernennen, die ihm als dazu tauglich bezeichnet würden, und ich habe ihm zugesagt, daß ich dieserhalb an Sie schreiben und vertraulich bei Ihnen anfragen wollte, ob Sie uns casu quo einen oder mehrere dazu passende Leute vorschlagen und,

[1]) Nach dem Scheitern der letzten Verständigungsversuche mit Preußen (vgl. v. Sybel, I. S. 401) erklärte Oesterreich in einer Cirkularnote an die deutschen Höfe vom 19. Juli (Deutsche Chronik 1850, II. S. 22) die Absicht, den engeren Rath der Bundesversammlung, ohne dessen Existenz auch die Aktionsfähigkeit des Plenums bundesrechtlich bestritten werden konnte und von Preußen bestritten worden war, sich konstituiren zu lassen.

wenn ſie von hieraus ernannt würden, ihnen Urlaub ertheilen wollten? Bloß Hannoveraner zu Comiſſarien zu wählen, würde ich nicht für zweckmäßig halten, aber Einen Hannoveraner hätte ich gern darunter. Ihre Antwort iſt natürlich auch nur eine ganz vertrauliche, daher Sie mir auch vorſchreiben können, den demnächſt dem Grafen Thun zu nennenden lediglich als von mir vorgeſchlagen zu bezeichnen. Ich habe an Witte gedacht, den ich für ſehr paſſend halte, und den man auch gewiß in Wien gern ſehen würde. Vielleicht aber wiſſen Sie Jemanden, der ſich bereits mit jener Schleswigſchen Sache viel beſchäftigt hat. — Mir wird für ganz beſtimmt mitgetheilt, daß Naſſau die Ratifikation des Friedens verweigert d. h. als für das Plenum gehörig erklärt habe; vielleicht will man ſich damit aus der Union herausziehen, wozu man Muth und Gelegenheit ſucht. Ich war vertraulich konſultirt worden, ob man Seitens des Kurfürſten Haſſenpflug zum Bevollmächtigten für den Engern Rath ernennen ſolle, oder ob man, da der niederträchtige Proceß [1]) gegen ihn einmal exiſtire, einen Andern ſchicken ſolle, da die Sache ſeinen Collegen vielleicht unangenehm. Ich habe, was ich gleich forderte, vertraulich darüber mit Thun geſprochen, der aber der Anſicht war, daß dieſe Intrigue in keiner Weiiſe Haſſenpflug ſchaden könne bei uns, daß aber wohl, wenn wir einen andern wünſchten, dies in irgend einer Weiſe Haſſenpflugs Stellung untergraben könne. In dieſem Sinne hab ich denn auch geantwortet und ſo wird denn Haſſenpflug Vollmacht erhalten.

Ihr getreueſter

D.

Nr. 233. Frankfurt, 24. Juli.

Ich darf vorausſetzen, th. Fr., daß die Oeſterreichiſche Circular-Depeſche vom 19. in Ihren Händen iſt, daß Ihnen alſo bekannt iſt, wie das Wiener Cabinet auf unſere Linie tritt. Daß es dieſe Abſicht ernſtlich und vollſtändig habe, dafür geben mir vertrauliche Weiſungen des F. Schwarzenberg, von denen mir Graf Thun Mittheilung gemacht hat, den Beweis. Die eine enthält nur allerlei Anſichten über allerlei Fragen, darunter auch über die Idee Haſſenpflugs, daß der Engere Rath demnächſt der B. C. Comiſſion zur Fortführung der Geſchäfte Vollmacht ertheilen ſolle (H. hat ſeitdem die Idee ſelbſt aufgegeben); F. Schwarzenberg erklärt dieſelbe für unthunlich, auch deshalb, weil er jedem Verdachte, als wolle man Oeſterreichiſcher Seits irgendwie den Dualismus, entgegentreten wolle. Das andere iſt eine ganz vertrauliche Weiſung an die Comiſſarien: ſobald die B. Verſammlung ſich konſtituirt, ſollten die Comiſſarien die Geſchäfte in

[1]) Vgl. v. Sybel I. S. 417.

deren Hände legen, ſich alſo bei Zeiten darauf vorbereiten; über die Form, unter der die Übergabe erfolgen ſolle, werde eine Weiſung aus Wien erfolgen. — Während man ſo an ein aufrichtiges Vorangehen von Seiten des Wiener Cabinets glauben muß, erfolgt dies in einer ſo ungeſchickten Weiſe, daß man die ganzen Früchte deſſelben gefährdet ſieht. Dieſe Circular-Depeſche vom 19. iſt, wenn nicht noch ein anderes Aktenſtück ſie ergänzt, ein ungeſchicktes Machwerk, ungeſchickt angelegt, ungeſchickt ausgeführt. Ich habe keine Abſchrift (die ich wohl durch Neubourgs Vermittlung erhalte), kenne ſie daher nur aus zweimaligem Vorleſen. Danach enthält ſie folgende Sätze: 1. Das Plenum ſoll ſich zum Engern Rath bilden; 2. zur Beſchickung dieſes Engern Rathes fordert Oeſterreich 3. die im Pleno vertretenen (alſo nicht alle) Bundes-Regierungen auf. Damit wird nun zwar die bisherige Stellung und Thätigkeit des Pleni gewahrt und gerettet und dieſe zur Baſis der neuen Entwicklung genommen — dafür aber Preußen in ſeinen gegenwärtigen falſchen Weg gewaltſam zurückgeſtoßen und feſtgehalten. Es wird damit zwar Zeit gewonnen, an der freilich in dieſem Augenblick und gegenüber der Däniſchen Sache faſt Alles liegt; — dagegen wird Preußen jeder Ausweg aus ſeiner jetzigen Politik gewaltſam verſperrt und dasſelbe zu einem offenen pater peccavi gezwungen, und, da es dazu ſich ſchwer entſchließen dürfte, ein eigentlicher Bruch aber kaum noch denkbar iſt, zu allerlei ſchlimmen Sprüngen, die namentlich bei der fortwährend offenen Däniſchen Sache leicht ſchlimme Verwicklungen herbeiführen könnten. Hätte man einfach die B. V. einberufen, ſo gab man Preußen und deſſen Verbündeten noch einmal und die letzte Möglichkeit, umzukehren und zu erklären: am Pleno konnten wir uns nicht betheiligen, denn das durfte nur vom Engern Rath einberufen werden, aber mit der B. V. iſt es etwas anderes; à la bonne heure, dazu werden wir kommen. Das Plenum konnte ſich ſchon immer einigermaßen ſalviren; denn wenn wir (wie ich jetzt vorgeſchlagen) hinterher aus der vertraulichen Sitzung vom 15. inſofern eine förmliche machen, daß wir ein Protokoll darüber aufnehmen laſſen, wie an jenem Tage der Comiſſions-Bericht abgeſtattet und beſchloſſen worden, denſelben an die Regierungen zur Inſtruktions-Einholung pp. zu ſchicken, ſo iſt damit ein Abſchluß unſerer Thätigkeit erfolgt, mit dem man um ſo mehr einverſtanden ſein kann, weil ja die Convokation der Oeſterreichiſchen Regierung die Sache eben da aufnahm, wo wir ſie gelaſſen. — Dem Ausgangspunkt oder vielmehr der Baſis, daß die B. Verſammlung in Folge eines Beſchluſſes des Pleni zuſammentrete, ſteht nun hauptſächlich auch noch die (von mir ſtets bekämpfte) Theorie entgegen, daß die Plenar-Verſammlung nur eine beſchränkte und ganz ſpecielle Competenz (Schaffung einer neuen proviſoriſchen Central-Gewalt und Reviſion der B. Verf.) habe.

Dieſe Theorie iſt bisher in Wien feſtgehalten (um ſich eine Brücke Preußen gegenüber offen zu halten und gegen das Drängen der Staaten 2. Ranges auf volle Wiederbelebung des Bundes-Rechtes); und jetzt hat man ſich darin verwickelt und ſpricht darum auch noch in der Circular-Depeſche vom 19. von der Schaffung eines neuen proviſoriſchen Central-Organs. Ich habe den Herren, die hier ſtets an dieſer Theorie von der ad hoc beſchränkten Competenz feſthielten, oft genug die nothwendigen und ſchlimmen Folgen vorgeſtellt, aber vergebens; es koſtete ſchon unendliche Mühe, in dem Comiſſions-Berichte eine ſtärkere Accentuirung dieſer Beſchränkung zu vermeiden und namentlich die Concluſion noch ſo ziemlich allgemein zu halten, — jetzt ſehen ſie Alle den Fehler ein und — ſchieben ihn auf das Wiener Cabinet. Graf Thun verſprach, all dieſe Bedenken zur Kenntniß des Wiener Cabinets bringen zu wollen, noch geſtern dorthin zu ſchreiben, daß ſich hier die Anſicht geltend gemacht: Die Einberufung der B. V. müſſe 1) durch Einberufung von Seiten Oeſterreichs erfolgen, 2) dieſe Einberufung müſſe an alle Bundesgenoſſen gerichtet werden, und 3) dieſe Einberufung müſſe eine ſteilrechte, nicht räſonnirende Sommation ſein, der Bundespflicht zu genügen und 4) einen Termin enthalten, wo die Sitzungen der B. V. eröffnet werden ſollten. Das wird nun zwar einen Zeitverluſt (von 2—3 Wochen) veranlaſſen, der im gegenwärtigen Augenblicke auf's allertiefſte zu beklagen ſein würde; allein beſſer Zeitverluſt als Rechtsverletzung. Daß das Plenum nicht zur Schaffung oder Wiederbelebung des alten Definitivi berechtigt, iſt ja die eigene Theorie des Wiener Cabinets, und mit einer Fiktion, daß dies alte Definitivum nur ein neues Proviſorium ſein ſolle, iſt die Rechtsverletzung nicht zu hindern — abgeſehen von der Schadhaftigkeit und Unzweckmäßigkeit der Conſtituirung in Folge Plenarbeſchluſſes in politiſcher Hinſicht (Preußen gegenüber).

Doch entſchuldigen Sie, daß ich Sie mit Klagen behellige, für die, wenn Sie anders gegründet ſind, Sie von dortaus doch keine Hülfe ſchaffen können. — Noch theile ich Ihnen als zu dieſen Dingen gehörig Folgendes mit. — Vorgeſtern kam der Ruſſiſche Geſchäftsträger Glinka zu mir, unter dem Vorwande, von mir das Protokoll vom 12. Juli 48 zu erhalten, auf deſſen Wortlaut jetzt Alles ankomme. Ich widerlegte bald ſeine Preußiſchen Bedenken. Dann kam er auf den Däniſchen Frieden, ob es wahr, daß Hannover die Sache ans Plenum weiſe u. dgl. Das beklagte er nun auf das entſchiedenſte; ich wies auf die Nothwendigkeit u. ſ. w. hin und hob zuletzt noch heraus, daß Rußland dagegen um ſo weniger etwas haben könne, als Dänemark ja damit zufrieden ſei, wie Bülows Verhalten zeige. Wenn er das auch glauben wolle, erwiederte er, ſo könne er verſichern, daß Rußland das in keiner Weiſe zugeſtehen könne u. ſ. w. Nun

iſt Glinka ein bornirter Menſch, der aber eben deshalb und als Ruſſiſcher Diplomat keine ſo beſtimmte Anſicht ausſpricht, wenn er nicht eine Anweiſung dazu hinter ſich hat. Ich habe über dieſe Unterredung mit Bülow und Thun geſprochen und letzteren gebeten, ſich mit ſeinem großen Gönner Neſſelrode, der jetzt in Kiſſingen iſt, in Verbindung zu ſetzen, um den über die Nothwendigkeit, daß die Däniſche Sache nicht von den einzelnen Regierungen, ſondern in Frankfurt geregelt werde, zu überzeugen, auch womöglich von Wien aus derartige Mittheilungen nach Petersburg hin zu erwirken. Rußland, von Berlin aus aufgehetzt, könnte in der Weigerung der Einzelſtaaten, die Ratifikation zu ertheilen, leicht mauvaise volonté und eine Concéſſion gegen das Gothaner Geſchrei erblicken und einen raſchen Schritt thun, der neue Complikationen herbeiführte. Von Paris aus drängt man auch auf ſofortige Ratifikation durch die Einzelſtaaten; dorthin aber iſt eine Darſtellung des wahren Sachverhaltes hier abgegangen, welche aufklären wird, daß nur, wenn das Plenum oder die B. V. die Sache in die Hand nimmt, auf Pacifikation der Herzogthümer zu hoffen ſei u. ſ. w.

Ihr

D.

Nr. 234. Hannover, 28. Juli.

Das werden Sie wohl nicht denken, lieber Freund, daß wir hier wieder Aufregung ſpielen. Doch ich höre, der König hat Ihnen ſelbſt geſchrieben, und das wird denn Beweis genug ſeyn. In der That, dieſer Schleswig-Holſteinſche Lärm [1]) kommt ſehr ungelegen, und ſo verkehrt es war, bis Schleswig vorzugehen; ſo verkehrt ſcheint mir nach den Zeitungsberichten Hr. von Williſen mit ſeinen 28000 Mann einen Raum von 3 Meilen occupirt zu haben, und mag noch von Glück ſagen, daß er, nachdem der linke Flügel faſt auf Schleswig zurückgedrückt war, ſo gut davon gekommen iſt. Nach den heutigen Nachrichten ſind die Dänen nicht hitzig, ſondern verſchanzen ſich bei Schleswig. Eckernförde iſt geſtern Nachmittag 3 Uhr noch nicht beſetzt geweſen.

Alſo wäre die Lage für die Intervention des Bundes noch immer ſo ziemlich günſtig, der Schleswig-Holſteinſche Uebermuth etwas gebeugt. Freilich aber die Däniſche Kriegsparthei in Vortheil, und an ein friedliches Miniſterium Algreen-Uſſing ſobald nicht zu denken. Nun muß aber gehandelt werden, und das muß von Frankfurt aus geſchehen. Es iſt zu beklagen, daß die Öſtreicher den richtigen Gedanken falſch gewendet haben, wahrſcheinlich aus Unkenntniß der Deutſchen Sachen — wie uns denn der

[1]) Niederlage der Schleswig-Holſteinſchen Armee bei Idſtädt am 25. Juli.

Erlaß vom 19. ſehr übel gefaßt ſcheint, — oder aus unzeitiger Scheu, vorzugreifen. Ich glaube aber, Sie dürfen ſich durch dieſen Fehler nicht abhalten laſſen, den engeren Rath zu conſtituiren; Preußen mag dann noch beſonders geladen werden. Die Nothwendigkeit der Lage der Dinge in Holſtein gegenüber ſcheint dazu genügenden Grund zu geben, namentlich vom Standpunct des Preußiſchen Friedens aus.

Der König beſteht auf Ratification. Ich habe nichts dagegen unter der gehörigen Reſervation wegen der Erklärungen und Beſchlüſſe vom Sept. 1846, auf deren Boden Preußen ja auch ſteht. Daß baldigſt Commiſſarien hingehen, iſt zu wünſchen. Dieſe müſſen den Stützpunkt für die Holſteiniſche Friedensparthei bilden, die Democraten dort wegſchaffen und den Kriegeriſchen imponiren. — Der König hat geſagt, er habe die Perſon dazu ſchon bezeichnet, wenigſtens gegen Schwarzenberg. Iſt Ihnen ſolche bekannt? Das gehört zu dieſen unglücklichen geheimen Correſpondenzen, durch die mancherlei Verwirrung ſchon entſtanden iſt. Nun meint aber der K., er müſſe gleich Soldaten hinſchicken. Das iſt als eine Äußerung Schwarzenbergs hieher gekommen, und es könnte ſehr wohl ſein, daß dieſe Äußerungen von hier veranlaßt wären, wo man ja nach Vorwänden ſucht, die Augmentation zu behalten. — Mir ſcheint das ſehr unnöthig vorerſt. Nur wenn die Commiſſarien ohne Truppen dort keinen Gehorſam fänden, was ich ſehr bezweifle, würde ein ſolches äußerſtes zu ergreifen ſeyn.

Meiner unmaßgeblichen Meinung aber eilt es eben deswegen mit den Commiſſarien, während wir ſehr zu wünſchen haben, daß wegen der Truppen calmirend eingewirkt werde. Die Armee hat Sympathie für die Holſteiner, das iſt natürlich, und würde nichts bitterer empfinden, als ſie unterdrücken zu ſollen.

Die heutige Volksverſammlung auf dem Schützenhof iſt ruhig abgelaufen; ſie wollen Petitionen machen. Die Hildesheimer Weinhagen und Gottsleben haben vor das Palais ziehen wollen. Das war aber vorher vermuthet, Vorkehrung getroffen, und ſo haben die hieſigen die Sache auf jenen unſchädlichen Weg gelenkt. Ordentliche Leute haben ſich bei der Sache eben nicht betheiligt. Es iſt auch keine rechte Aufregung vorhanden. Luſtig aber iſt, daß der König und die Democraten gerade dasſelbe wollen, nämlich die Armee hinſchicken. Nur freilich zu ganz entgegengeſetzten Zwecken.

Daß die Diplomaten ſich hier die Beine ablaufen um die Ratification [1]), werden Sie wiſſen. Mr. Bligh hat mir vorhin noch davon vorgeſprochen.

[1]) Preußen hatte ſich wegen der Ratifikation ſeitens des Bundes an die einzelnen Regierungen gewendet. Oeſterreich, als europäiſche Macht einverſtanden, hatte geantwortet, als Bundesregierung nicht ratifiziren zu können, weil dies nur dem Bunde als ſolchem und ſeinem legitimen Organ zuſtehe. So auch andere Regierungen.

Auf Preußen fällt doch von dieſer Schlappe der Holſteiner ein neuer Schatten. Sie haben offenbar die Sache auf dieſen Weg getrieben. — Uebrigens legt man es hier Hrn. v. Wiſſel [1]) als großen Fehler aus, daß die 12pfünder Batterie im Centro auf der Heerſtraße nach Rendsburg keine Munition gehabt. — Fehler ſind offenbar paſſirt.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 235. Frankfurt, 30. Juli.

Meinem heutigen ausführlichen Berichte an Graf Bennigſen habe ich wenig hinzuzufügen, Sie werden daraus ſehen, liebſter Fr., daß die Entſcheidung dicht vor der Thür iſt; in den erſten 2 oder 3 Tagen des Auguſt's wird die Einſetzung des Engern Raths erfolgen. Daß das von hieraus geſchieht, ohne daß vorher noch einmal eine Aufforderung des Präſidial-Hofes an alle Bundes-Genoſſen ergangen, iſt mir nicht ganz recht, indeß wird das Wiener Cabinet ſeine Gründe dazu haben, die wohl hauptſächlich in Rückſicht auf Zeitgewinn beſtehen; auch kann uns ja nur angenehm ſein, wenn vorangegangen wird; am Ende iſt dann Oeſterreich ſtark genug, um Einreden, die aus bloßen Formfragen hergenommen werden, durch ſeinen Einfluß und ſeinen Willen zu beſeitigen. — Gern hätte ich Ihre Anſicht und Ihren Rath über die Form, in der wir demnächſt die Conſtituirung der Nation anzeigen; unter meinen Collegen iſt die Anſicht herrſchend, man ſolle eine Anſprache an die Nation erlaſſen. Das iſt eine Idee, die ich gar nicht goutire, die mir ganz und gar zuwider iſt. Dergleichen Programme finden auch wenig Anklang und bieten viel Stoff zu Anfeindungen und Perſiflagen, zumal wir ja die Gothaiſch-Preußiſche und Demokratiſche Preſſe gegen uns haben werden. Meine Idee (mit der ich aber noch nicht hervorgetreten bin) iſt die, daß wir einfach das Protokoll unſerer Conſtituirung ſofort und förmlich als amtlich veröffentlichen, und nun Alles, was wir zu ſagen haben, in den Akt ſelbſt legen, der dann mit ſeiner ganzen Wucht wirken mag; wenn von Seiten aller Regierungen bei dieſem bedeutenden Staatsakt einfache, aber gewichtige Erklärungen in Erfüllung der vernünftigen März-Verheißungen gegeben werden, ſo wird das, denke ich, ſchwerer wiegen und tiefer in ſeiner anſpruchsloſen Form wirken, als eine direkte Anſprache. Ich dachte mir, um das Nächſte als Beiſpiel zu brauchen, etwa in folgender Weiſe zu erklären: Die Regierung gehe um ſo

[1]) Hannoverſcher Oberſtlieutenant, welcher gleich einer Anzahl anderer hannoverſcher Offiziere in die Schleswig-Holſteiniſche Armee übergetreten war, um dort ein Commando zu übernehmen.

bereitwilliger auf die Einsetzung des engern Raths pp. ein, als sie sich bereits früher bei jeder Gelegenheit dahin ausgesprochen, daß allein unter Rückkehr zum Bundes-Recht eine glückliche Regelung der D. Zustände zu hoffen sei; die Regierung acceptire die von Seiten der Kaiserl. Oesterr. Regierung gegebenen feierlichen Zusagen, daß die Wiedereinsetzung des engern Raths keine nackte Rückkehr zum Alten bezwecke; sie werde ihrer Seits mit Freuden zu der nothwendigen Umgestaltung der Bundes-Verfassung mitwirken; wenngleich noch mit keiner besondern Instruktion dieserhalb versehen, glaubte ich die Einsetzung eines Bundesgerichtes und die Einrichtung einer Volksvertretung am Bunde als Zielpunkte bezeichnen zu dürfen, von deren Erstrebung die königl. Regierung nicht ablassen würde. — Die nicht specielle Instruktion gedachte ich zu erwähnen wegen der dummen deßfallsigen Angriffe in der Allgem. Zeitung, die, wie ich mit Bestimmtheit höre, aus der Canzlei der Bairischen Gesandtschaft ausgehen. Jedenfalls möchte ich Sie, liebster Fr., bitten, mir (trotzdem daß die Constituirung schon so nahe ist, daß sie wohl noch eher erfolgt als Antwort von Ihnen da sein kann) wo möglich umgehend Ihre Ansicht über meine deßfallsige Erklärung mittheilen zu wollen; expreß an Graf Bennigsen wollte ich deshalb nicht schreiben. Ist die Constituirung bereits erfolgt, so wird sich doch noch vor Veröffentlichung des Protokolls das Eine oder Andere nachtragen lassen. In der nach Ankunft des erwarteten Couriers Statt findenden vertraulichen Besprechung hoffe ich meine Idee wegen der Art und Weise, wie wir der Nation unsere Einsetzung kund machen, durchzusetzen. — Sind wir einmal eingesetzt, wird dann die Schleswigsche Sache das Nächste sein; darüber erbitte ich mir dann noch ganz speciell Ihre Ansichten und Rathschläge. Die Depossedirung der Comission ist auch ein brennender Punkt; daß die Preußen sich widersetzen (wie jetzt gedroht wird), ist nicht zu besorgen, man wird protestiren und dann abziehen. Welcher Schmutz sich aber bei dieser Comission angesammelt, davon hört man alle Tage mehr. Über die Rothschildschen Procente an den Festungsgeldern schrieb Bennigsen früher schon; jetzt höre ich, daß Rothschild für die Übermachung der monatlich für die Flotte nothwendigen 35000 fl. jedes Mal 1000 fl., also beinahe 3 % erhält. -- Daß Holland den Dänischen Frieden unter Wahrung der durch die Bundesgesetze vorgeschriebenen Form zwar ratificirt hat, aber unter der Bedingung, daß die Ratification nur dann gelten solle, wenn alle Bundesglieder ratificirten, werden Sie wissen.

Doch der Postschluß drängt, also genug für heute.

Ihr

D.

Die Preußiſchen Rüſtungen und Drohungen ſind doch gar zu komiſch. Es beruft ſeine Bevollmächtigten ab und bildet 4 Armee-Corps, und dabei ſteigen die Fonds, Handel und Verkehr belebt ſich auf's Neue, die Menſchen reiſen und amüſiren ſich wie toll, und Jeder lacht über den Gedanken an Krieg. Hier renommiren ſie unter der Hand (um zu ſchrecken, wie ſie meinen), ſie wollten ſich der Feſtung Mainz bemächtigen, die Bundes-Verſammlung von hier verjagen, und was derlei Unſinn mehr iſt. Ich denke, ſie werden einfach zu Kreuz kriechen. Nun die Bevollmächtigten abberufen, werden die kleinen Thüringer Köther Ordre bekommen, auf definitive Conſtituirung der Union zu dringen, Preußen iſt dazu bereit, aber das auf Hannover, Sachſen pp. berechnete Stimmen-Verhältniß muß geändert werden; dafür Vorſchläge; die nehmen dann Weimar, Schwerin, Baden, Oldenburg pp. übel und ſcheiden aus, — und dann giebt man das Ding auf. So wenigſtens denke ich es mir. — Noch Eins will ich bemerken. Sollte die Conſtituirung des engern Rathes in der Weiſe, wie ich erwähnt, erfolgen, ſo melde ich's ſofort durch den Telegraphen und zwar über Berlin, eine einfache Formel, etwa: Das Aktenſtück, oder die Obligation iſt aufgefunden. Von hieraus wird die [Depeſche] an den Legations-Canzliſten Hoppe in Berlin gehen, der durch Elſter heute avertirt wird, daß er eine von hieraus an ihn eingehende telegraphiſche Depeſche ſofort an Regiſtrator Cleeves nach Hannover telegraphiſch zu berichten habe. Daß Cleeves die Mittheilung ſofort an Graf Bennigſen gelangen läßt, haben Sie wohl die Güte anzuordnen.

Nr. 236. Hannover, 1. Auguſt.

Ein langweiliges Diner nach altem Stil hat mir die Laune verdorben, lieber Freund, und ſo müſſen Sie mit kurzen Bemerkungen von mir vorlieb nehmen. — Gegen die von Ihnen beabſichtigte Form der Eröffnung kann ich nur die Einwendung denken, daß es die 1816 gebrauchte iſt, und daß damals die ſchönen Worte nichts gebracht haben. Freilich warens auch Worte und keine beſtimmte Geſtaltungen, ſondern Nebelbilder. Zu Ihren beiden Stücken, Bundesgericht und Vertretung, wüßte ich nur etwa zuzufügen: volle Ausübung des Vertretungsrechts des Bundes nach Außen (W. S. A. 50) und Geltendmachung des Art 19 der B. A. Damit iſt eigentlich der Kreis ganz ausgemeſſen. Die Angriffe der Allg. Z., die Sie erwähnen, ſind mir nicht bekannt, und ſo kann ich Ihre Intention rückſichtlich derſelben nicht genau beurtheilen. Ich bitte Sie, einmal den verheimlichten Bericht der B. V. wegen der Reihenfolge, 11. Sitzung 1816, durchzuleſen; er enthält gute Geſichtspuncte.

Die Schleswig-Holſteinſche Sache hat uns hier fürs erſte eigenthümliche Wirkungen gebracht, Aufregung im Palais — ohne genügenden Grund,

— Furcht vor Democraten, engeres Anſchließen an die Miniſter. Bennigſen hat in dieſer Woche wenigſtens 3 mal, wir übrigen 2 mal diniren müſſen. — Davon abgeſehen aber drückt mich die Sache. Meine politiſche Anſicht zeigt der Montagsartikel [1]), der vom König ſehr goutirt iſt. Allein die Gefühle der Menſchen ſtreiten damit. Wie viele Hannoveraner ſind bei der Armee, theils geblieben. Die vernünftigſten Leute ſind nicht politiſch genug, zu ſehen, daß der Krieg gar keinen Zweck haben kann, und daß ein Freiſchaarenzug keine Sache für Staaten iſt. Nun ſollen wir die Sache in die Hand nehmen. Das iſt gut. Aber wie? Commiſſarien ſchicken iſt richtig; die müſſen ein Abkommen vermitteln, dem durch Bundesgarantie und Entſcheidung Vertrauen zu ſchaffen iſt; denn feindſeliges Mißtrauen iſt dort das Hauptübel. Aber wenn ſie das nicht können? Wenn Statthalterſchaft und Armee ſich zur Wehre ſtellen. Sollen dann Deutſche Truppen den Policeikrieg gegen dieſe führen? Soll man gar den Dänen das überlaſſen und ruhig dazu ſehen? Das iſt kaum möglich. — Und ſollen nun die Commiſſarien — wie der König will — gleich von einer Truppenmacht begleitet ſeyn? Das hat auch ſein pro und contra. Kommt man uns hier nicht von Seiten beider ſtreitenden Theile mit Vernunft entgegen, ſo iſts ein recht übles Stück.

Der König, der anfangs gleich mobil machen wollte, iſt nun entſchieden, daß der ganze Bund Truppen ſtellen ſolle und ruft die Soldaten, zumal der Ernte wegen, nicht ein. Frau von Grote ſeufzte, ſie habe von den Offizieren gehört, die Soldaten würden ſich nicht für die Dänen gegen die Holſteiner ſchlagen. Ich glaube das nicht, habe ihr aber nicht widerſprochen, und auf ihre Klage über verderbte Welt gefragt: Ob ſie meine, daß man 1815 die Legion hätte brauchen können, ſich für die Franzoſen gegen die Preußen oder Spanier zu ſchlagen. In ſolcher Weiſe werden die Fragen hier concret. Unruhe wirds nicht geben, das iſt ganz gewiß, aber man hat immer ſchlimmes Spiel, wenn man gute Gefühle von Deutſcher Bruderſchaft und zweijähriger Kriegscameradſchaft kränken muß. Das ſind Capitalien, die leichter ausgegeben als geſammelt werden. Alſo Vorſicht, Vorſicht!

Welche unſägliche Albernheit Schleinitz über die Form der Ratification an Steinberg [2]) debitirt, werden Sie in deſſen Berichten leſen. — Die

---

[1]) In Nr. 178 der Hann. Zeitung vom 29. Juli: Schleswig-Holſtein und der Deutſche Bund. Es iſt darin ausgeführt, wie man ſtatt des hoffnungsloſen Krieges jetzt auf den Bundesbeſchluß vom 17. September 1846 zurückkommen müſſe.

[2]) Freiherr von Steinberg, Legationsſekretair bei der Geſandtſchaft in Berlin. Hannover hatte wegen der Ratifikation unter dem 16. Juli ebenfalls ablehnend geantwortet, da dieſelbe nach Erlöſchen des Interim lediglich der Bundes-Verſammlung zuſtehe.

Wirthschaft der Centralcommission sollte man öffentlich prostituiren. Gott bewahre einen doch vor dem Östreicher Dreck. Im übrigen wünsche ich sehr, daß die Obligation sich finde.

Leben Sie recht wohl. Ihr

JGBS.

Nr. 237. Frankfurt, 3. August.

Sie werden, liebster Fr., mit Ungeduld auf Nachrichten von hier warten und meine Ungeduld, daß ich Ihnen keine geben kann, ist vielleicht noch größer. Zu aller Verzögerung kommt nun noch, daß der König von Bayern in Darmstadt ist und den Grafen Thun auf heute dorthin entboten hat, so daß die auf heute anberaumte Sitzung nicht Statt findet und wir nun erst Montag einen armseligen Schritt weiter kommen werden. Inzwischen kann ich Ihnen heute eine anderweite Mittheilung machen. Gestern war Hübner[1]) hier, um auf seinen Posten in Paris zurückzukehren. Hübner ist intimster Freund des mir sehr befreundeten Marquis Tallenay. Diesem hat H. nun vertraut, daß 1) das Wiener Cabinet es als die allein gesunde Politik erkannt hat, mit offener Hingebung die Mittelstaaten zu stützen, 2) daß es auf dem jetzt beschrittenen Wege entschieden vorangehen und sich durch Nichts abwendig machen lassen werde, und fest entschlossen sei, zur Durchführung der jetzigen Gedanken Alles daran zu setzen, und 3) daß er, Hübner, die allergemessensten Instruktionen habe, in Paris die sofortige Anerkennung der Bundes-Versammlung zu erwirken. Die Russische Anerkennung werde nicht auf sich warten lassen, — was denn der Ratifikationsfrage gegenüber doch von Interesse ist, zu wissen; Gortschakoff werde wahrscheinlich sofort nach Constituirung des engeren Rathes hieherkommen. In Paris hat man in der Deutschen Frage den besten Willen, d. h. namentlich das Ministerium des Auswärtigen, wo freilich Lahitte[2]) weniges von den Dingen begreift, aber doch in den Büreaus noch vernünftige Traditionen existiren und überdies die sämmtlichen diplomatischen Agenten, Persigny ausgenommen, entschieden gegen die Union sind, worin sie (mit viel praktischerem Sinne als wir Deutschen) die Revolution erkennen. Den Präsidenten hat man (namentlich durch die Großherzogin Stephanie) für die Union gewinnen wollen; allein in diesen Dingen wird die ministerielle Ansicht entscheiden. Nun aber wird bei der Frage von der Anerkennung der V. V. England ohne Zweifel zögern und erklären: das sei nicht die V. V. u. dgl. m. und die Anerkennung weder geben noch weigern. Dann wird

[1]) Oesterreichischer Gesandter in Paris.

[2]) De la Hitte, Minister des Auswärtigen seit November 1849.

Frankreich vermuthlich gleichfalls zögern und abwarten wollen, was England thut. Da kommt dann der gefährlichste Moment, und zwar der, auf den nach meiner Überzeugung die Radowitzische Politik lange schon hinsteuert — nämlich der, wo Gefahr ist, daß das Ausland sich in die Frage mische. Vermuthlich wird der Englische Gesandte dann in Paris den Vorschlag machen, Conferenzen über die Frage der Anerkennung zu eröffnen. Ich meine, Ihnen schon vor längerer Zeit geschrieben zu haben, daß Radowitz nach meiner Überzeugung auf einen Europäischen Congreß lossteuere und die Englische Hülfe, die er dabei erwartet; ich hatte mancherlei Anzeichen dafür, und in der ersten Rede des Königs von Pr. auf dem Berliner Fürsten-Congresse ist ja auch ziemlich offen darauf hingedeutet. Diese Eventualitäten sind nun hier vielfach erwogen worden, um wenigstens darüber klar zu werden, wo die Gefahr liegt und in welchem Stadio sie eintreten werde. Für jene Gefahr liegt vielleicht die Dänische Sache nicht ungünstig, wenn Dänemark (u. Rußland) mit der Ratifikation durch die B. V. einverstanden sind, wo dann England in Verlegenheit kommt, da doch die Dänische Sache die erste ist, worin die B. V. zu wirken hat. In ganz kurzer Zeit kommt der Präsident L. Napoleon nach Straßburg, wohin dann Tallenay gehen wird, um ihm die Deutsche Sache so eingekocht und quintessenzirt wie möglich vorzusetzen.

Hinsichtlich der demnächstigen Occupationsfrage und des Hannoverschen Militärs war ich durch den Brief Sr. Majestät und die diese Sache betreffende Weisung an Platen Anfangs in großer Verlegenheit, die letzten Weisungen und Instruktionen halfen mir glücklich heraus. Mein Vorschlag, das Badische Militär *mit* zu verwenden, findet hier vielen Anklang — jedenfalls wird eine deßfallsige Aufforderung die Sache viel klarer und einfacher stellen, das Thüringische Armee-Corps dann als Reserve, — so überall die Union bei den Hörnern gefaßt. Daß der König den Landdrosten Bülow in Stade zum Comissar für die Herzogthümer vorgeschlagen hat, werden Sie wissen.

In den Zeitungen sehe ich, daß Sie nach Osnabrück zu gehen gedenken; lassen Sie mich doch gefälligst wissen, ob auf längere Zeit.

Ihr getreuester
D.

Nr. 238. Hannover, 5. August.

Ihr Brief vom 3., lieber Freund, bestätigt den Mangel an Einsicht und die Dringlichkeit der Lage, den ihr Bericht voraussetzen ließ. Das ist ja die große Schwäche jeder Föderativ-Verfassung, daß sie so langsam und schwankend fortschreitet. Zur Handhabung dieser Zustände gehört eine sehr

reiſe Erfahrung und eine ſehr feſte Organiſation aller Beziehungen; und woher ſoll die jetzt kommen! — Mir gefällt die letzte Öſtreichiſche Note vom 31. beſſer, als die früheren. Man ſieht, Verhältniſſe dieſer Art ſind ihnen geläufiger als Verfaſſungsfragen, die ſie doch nach allen Seiten mit wenig Gewandtheit behandeln. So iſt denn auch der Zeitverluſt, wie es mir ſcheint, Folge ſchiefer Auffaſſung. Man war in Wien entſetzlich drängend; immer wurde (ich glaube, von hier veranlaßt) das Hannoverſche Contingent in den Vordergrund geſchoben, und nun auf der andern Seite dieſe Zauderei! Es iſt kaum verſtändlich.

Indeß geht in Schleswig der Krieg langſam, in London die Protocolliſikation [1]) ſtark vor ſich. Preußen und Öſterreich aber haben ſich wieder nicht betheiligt, worüber die Times ſchimpfen. Ich möchte doch glauben, daß dieſe Wendung der Sachen Preußen auch den Europäiſchen Congreß nicht ſehr mundrecht machen würde, wenn nicht vielleicht eben in dieſem Zurückhalten Gelegenheit zur Förderung der Idee geſucht wird. Einſtweilen iſts ſehr gut, wenn auf Paris vorbauend eingewirkt wird.

Die hübſche Thatſache über die Publication Ihres Berichts vom Februar [2]) werden Sie hieneben erfahren; ein rechtes Stück vom Coburger Hofe. — Ich hatte aber dieſer Zeit im Kopfe, Wangenheim zur Publikation ſeiner Actenſtücke über den Däniſchen Krieg de 1848 zu bewegen; er und Bennigſen wollen aber nicht gern daran; und das mag auch ſeyn. Ich habe aber dieſe Actenſtücke mit dem größten Intereſſe geleſen. Es iſt ein wahres Compendium norddeutſcher Politik, und die Ruſſen mit ihrem Zorne, daß man eine Flotte in der Oſtſee errichten und dadurch das Europäiſche Gleichgewicht ſtören wolle, ſind wahrhaft claſſiſch. Es iſt das

[1]) Die Verhandlungen über die Erbfolgeordnung in der Däniſchen Monorchie, an welchen Theil zu nehmen Preußen ſich in dem Geheimartikel zum Frieden vom 2. Juli verpflichtet hotte, führten zunächſt om 4. Juli zu einer Beſprechung der Vertreter Frankreichs, Dänemorks, Großbritanniens und Rußlands in London und Zeichnung eines Protokolls, in welchem ohne Rückſicht ouf Deutſchlond ols Ziel lediglich die Erhaltung der Integrität des däniſchen Geſammtſtaates unter entſprechender Aenderung der Erbfolge aufgeſtellt wurde. Nachdem der preußiſche Geſandte hiegegen proteſtirt hatte, wurde in einer weiteren Konferenz, bei welcher auch Schweden hinzutrat, ein neues Protokoll redigirt, welches zu Gunſten der Beziehungen Holſteins zum Deutſchen Bunde einen Vorbehalt machte. Preußen hotte ſich auch on dieſer Konferenz nicht betheiligt, während Oeſterreich demnächſt zu einem ferneren Protokoll vom 23. Auguſt im Hinblick ouf jenen Vorbehalt ſeine Zuſtimmung erklärte. — Die weiteren Verhondlungen fonden bekanntlich erſt in dem Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 ihren Abſchluß, in welchem Englond Frankreich, Preußen, Oeſterreich, Rußland und Schweden und Norwegen ſich verpflichteten, die Beſtimmung des Prinzen Chriſtian zu Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Glücksburg zum Nochfolger Friedrichs VII. onzuerkennen.

[2]) Vgl. oben S. 365.

eigentlich das bedeutendste. Um so lieber war es mir, daß W. geneigt war, Ihnen diese Sammlung zu schicken. Das Studium wird für Sie nicht ohne Interesse seyn. Man muß diese Dinge auch lernen, und wo hätten wir armen Deutschen Schlucker dazu Gelegenheit gehabt.

Zur Ergänzung der Hann. Geschichte von 1801—1806 habe ich von dem alten Minister Ompteda[1]) wieder ein sehr hübsches Promemoria erhalten.

Indeß scheint sich hier die Stimmung wieder sehr zu calmiren. Heute läuft auch mein Jagdgesetz von Stapel, welches eigentlich die Schwäche war, an der die Junker ihre Hebel anlegten. An meinen anderen Sachen arbeite ich frisch; doch wirds noch Mühe kosten, da die Leute arbeiten sollen, was sie bekanntlich nicht gern thun.

Ich hoffe in einigen Tagen auf ca. 14 Tage nach Osnabrück und Ostfriesland zu gehen, werde aber jedenfalls vorher Ihnen schreiben.

Leben Sie wohl. Ihr

JCBS.

Nr. 239. Frankfurt, 5. August.

Für Ihren Brief vom 2. [rect. 1.] Aug. sage ich Ihnen, theuerster Fr., meinen besten Dank. Aus meinem heutigen Berichte werden Sie sehen, daß man hier endlich einen Schritt weiter gekommen ist; die Sache ist jetzt dem Wiener Cabinet in die Hand gelegt, und das wird sich jetzt beeilen, das Nöthige zu thun. Ich habe mein Votum ganz einfach gehalten, und da von keiner Seite Anträge auf einzelne bei der demnächstigen Revision vorzugsweise ins Auge zu fassende Punkte, — wie Volksvertretung u. s. w., vorgebracht worden, auch meiner Seits davon abstrahirt, umsomehr, als die Veranlassung dazu eigentlich etwas gewaltsam hätte herbeigezogen werden müssen; also lediglich Erklärung, daß man das Bundesrecht als noch in alle Wege rechtsbeständig betrachte, eine Umgestaltung des Bundes auf bundesverfassungsmäßigem Wege aber auch für nöthig halte, daher dem Oesterr. Antrage beistimme unter Acceptation der Oesterr. Versprechungen wegen jener Umgestaltung.

Ihre Bedenken wegen der Schleswigschen Sache theile ich vollkommen, wie sie denn überhaupt hier vollständig empfunden und getheilt werden. Für die so widerwärtig genährte Aufregung ist es vielleicht gut, daß die Möglichkeit einer Intervention des Bundes sich noch etwas verzögert (lieber wäre mir's freilich, wir könnten die Sache gleich in die Hand nehmen!); unterdessen kühlt sich die Sache etwas ab; hoffentlich bleiben in den Herzogthümern auch beide Theile in der gegenwärtigen Stellung. Oesterreich

[1]) Vgl. Politischer Nachlaß von Ludwig von Ompteda. Jena 1869.

ſcheint die Sache ganz entſchieden in die Hand nehmen zu wollen; in dieſer Beziehung iſt Biegelebens [1]) Acquiſition eine ſehr glückliche, leider iſt nur Brintz [2]) in Kopenhagen ein ganz und gar unbedeutender Menſch. — Zur Vervollſtändigung meiner vorgeſtrigen Notizen über Hübners Miſſion theile ich Ihnen mit, daß ich geſtern Gelegenheit hatte, von einem vertrauten Briefe Tallenays an Lahitte Kenntniß zu erhalten; darin meldet Tallenay, daß und was geſchehen würde, daß Oeſterreich jetzt die Anerkennung der B. V. Seitens Frankreichs pp. nachſuchen würde u. ſ. w. Die Nothwendigkeit, dieſe Anerkennung ſofort zu geben, iſt ganz vortrefflich auseinandergeſetzt und namentlich darauf hingewieſen, daß Frankreich ſich nicht in dieſen Dingen von England ins Schlepptau nehmen laſſen ſolle u. ſ. w. — Erfolgt die Ratifikation des Däniſchen Friedens von hier aus, ſo wird die Anerkennung auch ſelbſt von Seiten Englands kaum ausbleiben können. Mir erſcheint nur noch immer das Wort Frieden und Ratifikation bedenklich wegen der Conſequenz, da man doch eigentlich nie zugeben darf, daß unter Bundesgenoſſen Krieg ſein darf, und mir daher das Zurückziehen der Execution lieber wäre. Dänemark wird aber die Ratifikation vorziehen, und nach außen hin würde, wie geſagt, uns dieſe Form beſſer ſtellen. Das Alles iſt nun zu erwägen, und da giebts noch böſe Nüſſe zu knacken.

Nach den Zeitungen hätte Peucker Befehl, eine Depoſſedirung der B. Commiſſion nicht zuzugeben, — non credo. Nur wegen Mainz zieht man Preußiſcher Seits Truppen zuſammen, ohne daß Oeſterreich etwas dagegen beabſichtigt. Wohl aber ſcheint man in Berlin Abſichten auf die Flotte zu haben und ganz gewiß zu dieſem Zweck iſt geſtern Abend Oberſtlt. von Wangenheim, der Preußiſche Referent im Marine-Departement, in tiefſter Heimlichkeit nach Berlin abgereiſt. — Die Unions-Bevollmächtigten ſind alle fort, mit Ausnahme des alten Smidt, der noch hier iſt und nach Wiesbaden will. Die Köln. Zeitung beſchuldigt ihn, er ſchiele nach Hannover, und ich erhielte keinen Fiſch von Hannover geſchickt, den Smidt nicht verzehren hülfe, — was indeſſen ſehr ungerecht gegen uns alle beide iſt, da er nach einer im Anfange ſeines Hierſeins Statt gehabten recht ſcharfen Expektoration es vermeidet, mit mir von Unions-Dingen zu reden. Wegen des Fiſch-Artikels denke ich ihm aber doch einen halben Häring zu ſchicken als ſeinen Theil. — Was ſagen Sie denn zu Gagerns Schritt, nach Schleswig zu gehen? Kann man ſich etwas kindiſcheres denken! Die Sache hat doch ihren Nutzen gehabt, wenigſtens daß ſie zu der Unterredung mit

[1]) Jetzt Sektionsrath im oeſterreichiſchen Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten.

[2]) Frhr. von Brintz, oeſterreichiſcher Geſandter beim däniſchen Hofe.

Radowitz Anlaß gegeben hat, wovon die Zeitungen, namentlich die Caſſ. Z. (die durch Hayms Verbindung mit Gagern darüber ſicher gut unterrichtet iſt) erzählen, und die wegen der gränzenloſen Impertinenz von Radowitz ſehr characteriſtiſch und den Gothaern ſehr geſund iſt.[1]) Dieſe Unterredung hat hier viel mehr Aufſehen gemacht als die Abberufung der Unionsbevollmächtigten. Meinen Brief vom Sonnabend, den ich an Elſters Schwiegervater addreſſirte, werden Sie erhalten haben. Man hat jetzt allen Grund, wegen Briefverbrechung auf der Hut zu ſein.

Ihr

D.

Heute Morgen war Cammerrath von Münchhauſen hier, der mir über die dortigen Dinge ſehr dankenswerthe Aufklärungen gab: leider war ſein Beſuch zu kurz. Dergleichen Mittheilungen aus unmittelbarer Anſchauung ſind doch tauſendmal beſſer als alles Zeitungsleſen!

Nr. 240. Hannover, 10. Auguſt.

Mein Brief vom 5. wird Ihnen verſpätet zugekommen ſeyn; da Marcards Bedienter, der ihn bringen ſollte, Aufenthalt gehabt hat. Heute zeige ich den Ihrigen vom 5. an, der gleichzeitig mit Hrn. v. Münchhauſen kam. Daß Sie den letzteren geſprochen und er Ihnen über die hieſigen Zuſtände referirt hat, iſt mir ſehr lieb. Vielleicht faßt er ſie aber doch zu gut. Seit dem Februar wird es uns nicht verziehen, daß wir damals Recht gehabt und in jeder Beziehung behalten haben Deßhalb ſind wir keine Staatsmänner. Dazu kommt nun die unglückliche Militärgeſchichte. Daß 200—300 Huſaren mehr das Land nicht retten werden, iſt wohl klar, ebenſo wie das Land nicht zu halten iſt ohne Einigkeit zwiſchen Regierung und Ständen. Ebenſo wird jeder ruhig urtheilende wohl die Anſicht theilen, daß eine Armee, über der immer das Schwert des Damocles ſchwebt, nicht in guter Verfaſſung iſt.

Doch das bei Seite. Der Schritt in Frankfurt iſt nun geſchehen[2]), und ich freue mich ſehr, daß es ſo weit iſt. Inzwiſchen finden die Darm-

[1]) Nach den Zeitungsberichten hatte Radowitz ſich über die Gagernſche Parthei ſehr bitter ausgeſprochen, ihr Mangel an Gehorſam vorgeworfen und verlangt, daß ſie das unbedingteſte Vertrauen zur deutſchen Geſinnung des Königs und ſeiner Rathgeber habe und ſich jeder ſelbſtändigen Meinung und Bethätigung enthalte.

[2]) In der Plenarverſammlung vom 7. Auguſt war auf Oeſterreichs Antrag die Einſetzung des engeren Raths beſchloſſen, und dem Präſidialhofe die Einberufung deſſelben anheimgegeben. Vgl. das Protokoll in der Hannov. Zeitung Nr. 198 u. 199. Die Einladung an alle Bundesmitglieder zum 1. September erging unter dem 14. Auguſt.

ſtädter Beſorgniſſe wegen eines Conflicts in Mainz [1]) vielfach Wiederhall, in Berlin ſowohl als in Wien. Daß es zum Schlagen kommt, glaube ich nun nicht; wohl aber iſt die geſpannteſte Aufmerkſamkeit und Vorſicht nöthig, und ich möchte Sie namentlich beſonders bitten, Ihre Verbindung und Ihren großen Scharfblick recht auf dieſe Dinge zu richten. F. Schwarzenberg ſcheint jetzt die Däniſche Sache ganz fallen laſſen zu wollen, ſpricht davon, daß er den Frieden ratifiziren wolle u. dgl. m. Das deutet auf das Londoner Protokoll und damit die Succeſſionsfrage. — Wenn nun wahrſcheinlich iſt, daß man aus dem Zank einen Ausweg ſuchen wird, wenn dieſer Ausweg darin beſtände, daß man Preußen für Baden Oldenburg überließe (der Heſſe [2]) hat ja in Wien davon geſprochen, Oldenburg für Göttingen an Hannover zu vertauſchen), hätten wir dann nicht die Zeche bezahlt? — Die Scheidung am Dümmer iſt ſehr ſchmal, und die Weſer giebt ohnehin per Dampfboot die offene Communication. Was man aber mit Oldenburg alles machen könne, um Hannover zu drücken, das wiſſen Sie ohne mein Reden. — Nun iſt aber das wohl nur die günſtigſte Wendung der Sache. Die ungünſtige wäre ein Ausbruch wirklicher Feindſeligkeiten. Das würde freilich alles in Verwirrung bringen, allein auch in dem Falle iſt doch noch viel zu retten und zu ſchirmen, wenn man einigermaßen das Gewitter aufziehen ſieht. Das iſt der zweite Punkt, der alle Aufmerkſamkeit fordert. — Hoffentlich und wahrſcheinlich

---

[1]) Die oeſterreichiſche Regierung, welche den preußiſch-badiſchen Vertrag wegen der Truppenverlegung für bundeswidrig erachtete, wollte den Durchzug der badiſchen Truppen durch Mainz nicht dulden und hatte dem dortigen Vize-Gouverneur entſprechende Anweiſung ertheilt. Die preußiſche Regierung proteſtirte dagegen und drohte, der Gewalt Gewalt entgegenzuſetzen. Ein weiterer Streitpunkt betraf das Bundeseigenthum. Die betreffenden preußiſchen Noten vom 4. u. 5. Auguſt ſ. Deutſche Chronik 1850, II. S 43 ff.

[2]) Prinz Friedrich von Heſſen, der nachmalige Landgraf, würde als Schweſterſohn Chriſtians VII. nach der im Königreich Dänemark gültigen cognatiſchen Erbfolge hier der nächſte Succeſſionsberechtigte geweſen ſein Sollte gemäß dem in den Herzogthümern geltenden Rechte ein Agnat in die Succeſſion des Däniſchen Geſammtſtaats eintreten, ſo bedurfte es ſeines Verzichts. Auf letzteren und die hierfür eventuell zu gewährende Entſchädigung durch Vergrößerung Kurheſſens, in welchem er ebenfalls Thronerbe war, auf Koſten der Nachbarn dürften ſich die hier erwähnten Verhandlungen bezogen haben. Oldenburg konnte dabei als Compenſationsobject unter der Vorausſetzung in Betracht kommen, daß die damals vom Kaiſer Nicolaus betriebene Thronkandidatur des Erbgroßherzogs von Oldenburg in Dänemark zum Ziele führte. Vgl. über letztere Günther Janſen, Großherzog Nicolaus Friedrich Peter von Oldenburg, Oldenburg und Leipzig 1903, S. 14 ff. und Beilage III. Mit der Aufgabe dieſer Kandidatur zerfielen jene Pläne, welche über ganz vorläufige Pourparlers nicht hinaus gekommen zu ſeyn ſcheinen. Der Prinz verzichtete demnächſt zu Gunſten des im Londoner Protokolle beſtimmten Thronfolgers.

ist beides blinder Allarm, wie so manches; die Gefahr liegt nur darin, weil eben diese Eventualitäten rein unvernünftig sind; und das Unvernünftige ist heut zu Tage das Wahrscheinliche.

Hier beruhigen die Dinge sich sehr. Nachdem die Junker-Zeitung mehrere Tage aus Leibeskräften auf das Ministerium und namentlich mich Unglücklichen geschimpft hat, zur großen Freude der Weserzeitung, erklärt heute das Blatt auf einmal: Nicht auf das Ministerium, sondern auf das Publicum hätte es eigentlich schelten sollen pp. — Nämlich die Bürger haben Hrn. Jänecke gesagt, wenn das Blatt das Schimpfen auf die Regierung nicht ließe, so wollten sie es nicht mehr halten.

Die Gagernschen Zeitungen scheinen nun auf Radowitz einen Zahn zu haben, halten es ihm vor, daß er unverantwortlicher Minister sei und auguriren Ministerwechsel in Berlin. Die Unfähigkeit der Preußen, die constitutionelle Verantwortlichkeit zu begreifen, rächt sich hier schwer. Was hilft ein Ministerwechsel gegen solche offene übermächtige Winkelrathgeberei?

Wir haben jetzt Haynau [1]) zu betrachten, der aber etwas prahlerisch aufzutreten und damit keinen ganz besonderen Eindruck zu machen scheint. Wie denn das Prahlen ja nicht Sache unserer Soldaten ist. — Begreifen Sie aber, daß Schwarzenberg immer davon redet, die Herstellung des engeren Rathes finde in Cassel Schwierigkeiten? In der That, diese Wiener Expectorationen gehen nach allen Seiten so ins Wilde, daß Vorsicht doppelt Noth thut.

Und nun leben Sie wohl. Ihr

JGBS.

Nr. 241. Frankfurt, 13. August.

Ich habe Ihnen, th. Fr., den Empfang Ihrer Briefe vom 5. und 11. [rect. 10.] anzuzeigen. Gestern erhielt ich denn auch durch Marcards Bedienten die Wangenheimsche Sammlung von Aktenstücken und die Offenbarungen über meine gestohlene Depesche. Was jene Sammlung betrifft, so will ich dieselbe lesen, beklage aber jetzt schon, daß dieselbe nicht gedruckt und publici juris geworden ist. Da alle Parteien diese Schleswigsche Sache für ihre Zwecke auszubeuten suchen, kann man gar nicht genug Licht darüber verbreiten. Wenn ich Wangenheim auf seinen Brief antworte, werde ich's ihm recht an Herz legen, über die Rücksichten hinauszugehen und drucken zu lassen. — Was die gestohlene Depesche betrifft, so meine ich, daß Knesebeck sich eine viel größere culpa habe zu Schulden kommen

[1]) Feldzeugmeister Freiherr von Haynau, Oberbefehlshaber in Ungarn.

laſſen, als er jetzt eingeſteht (und was er eingeſteht, iſt ſchon viel). Daher — aus dieſer ſeiner culpa — mochte er denn auch Indicien haben, durch die er den ſpitzbübiſchen Schreiber zum Geſtändniß brachte. Herr v. Elsholtz wird jetzt die Anſtiftung ableugnen, vielleicht ſogar den ganzen unehrlichen Gebrauch. Wenn v. d. Pfordten übrigens die Abberufung des Elsholtz fordert und erlangt, ſo iſt der beſtraft genug, da man nirgends mit ihm hin weiß und er — ſeiner Frau ſonſtiger Bekanntſchaft wegen — wahrſcheinlich trotzdem in München bleiben wird, aber ohne diplomatiſchen Charakter, was für einen Menſchen wie Elsholtz ſehr ſchrecklich iſt.

Was nun den Inhalt Ihres Briefes vom 11. betrifft, ſo zweifle ich zwar ſchon lange nicht, daß Preußens ganzes Beſtreben darauf gerichtet iſt, an's Meer zu gelangen, und daß Oldenburg nur das pis aller für Hannover iſt. Allein der Plan, den Sie andeuten (und wie ich ihn verſtehe: Prinz Friedrich bekommt für Dänemark, das an den Großherzog von Oldenburg kommt, deſſen Land und giebt dieſes an Preußen, das ihm dafür Baden giebt), kommt mir doch zu abenteuerlich, ich möchte faſt ſagen, wie der Einfall einer Dame vor; denn was müßte da Alles erſt beſeitigt werden: 1) die Däniſche Succeſſionsordnung und das Recht der Auguſtenburger, 2) die Möglichkeit, daß der Kurfürſt von Heſſen ſich noch einmal ebenbürtig vermähle, 3) die ganze Badiſche Dynaſtie, 4) die Erbberechtigungen, die nach deren Aufhören ja wohl Bayern auf Baden hat u. ſ. w. u. ſ. w. Kurz — ich glaube in keiner Weiſe, daß eine ſolche Combination je ernſthaft gemeint war; ſchon auch, weil man doch jetzt nicht einen ſo durchgreifenden und offenen Schacher mit Ländern und Unterthanen vornehmen wird. Daß ich aber die Sache im Auge behalten werde, dürfen Sie verſichert ſein, und will ich auch zu dieſem Behufe meine alte Verbindung mit Herrn von Andlau in Freiburg wieder aufnehmen, dem Führer der antipreußiſchen Partei in Baden. Ich kann mir auch nicht denken, daß Frankreich eine durchgreifende Änderung der Dynaſtie in Baden zugeben wird. — Was die Dinge im Ganzen und Großen, den Streit ſelbſt, betrifft, für den jener Ländertauſch eine Löſung ſein ſollte, ſo ſtehen die Dinge freilich ſcharf genug einander gegenüber. Preußen aber kann keinen Krieg führen gegen Oeſterreich, das ihm durch Sachſen gleich ins Herz käme, gegen Bayern, Würtemberg pp. und ohne alle Verbündeten, nach außenhin nur die zweideutige Freundſchaft Englands, das ſich aber wohl vor einer förmlichen Allianz hüten wird; obendrein würde dort ein Wechſel des Miniſteriums einen Wechſel der ganzen Politik mit ſich führen; und daß Palmerſton die Todeswunde empfangen hat und ſich nur noch die Seſſion durchſchleppen wird, ſcheint doch außer Zweifel. — Was Frankreich betrifft, ſo liegt ja dort zu Tage, wie wenig man zu Preußen neigt, das Frankreich nichts

zu bieten hat als die Rheingrenze, die dieſes aber wohl nicht geben kann und darf, während Oeſterreich fortwährend Conceſſionen machen kann und macht, in Italien, die ihm nichts oder wenig koſten, wie ja die ganze Revolution in Italien nur durch die gegenſeitigen Conceſſionen von Oeſterreich und Frankreich beſiegt worden iſt. Daß der Präſident neben andern Thorheiten (wie z. B. dem Wahnſinn, die Unteroffiziere zu ſeinen Bankets zuzuziehen) die Ambitionen Preußens begünſtigen mag, kann ſein, das influirt aber nicht. Kürzlich kam Thiers hier durch, ohne ſich hier aufzuhalten, veranlaßte aber den ihn befreundeten Tallenay, ihn bis Heidelberg zu begleiten. Da haben ſie denn die Deutſchen Dinge beſprochen, über die Thiers im Ganzen und Großen vollſtändig unterrichtet iſt und die er durchaus von der rechten, d. h. der antirevolutionären Seite auffaßt. Als Tallenay auf die Neigungen des Präſidenten für Preußen hinwies, erwiederte Thiers ganz verächtlich: c'est tout a fait indifférent ce que voudra le Président; c'est nous qui faisons la politique. Nehmen Sie zu all den und tauſend andern Dingen, daß es in Schleſien gährt und zwar in einer keineswegs gleichgiltigen Weiſe; in den Jahren 48 und 49 haben dort eine Maſſe halb gewaltſamer Ablöſungen zu außerordentlich niedrigem Preiſe Statt gefunden; die Gutsherren klagen jetzt dieſerhalb und die Gerichte erkennen für die Gutsherren gegen die Pflichtigen. — Ich glaube, man wird Preußiſcher Seits drohen und drohen und, wenn Oeſterreich feſtbleibt, nachgeben, die Bundesverſammlung beſchicken und die Unionsleute mitbringen und durch die das Eine oder Andere durchſetzen oder zu hindern ſuchen. Daß Oeſterreich feſtbleibt und ſich nicht zu neuen Verhandlungen verlocken laſſen wird, glaube ich. Graf Thun hat noch keine neueren Nachrichten von dort; auf die Anzeige von dem, was am 7. hier beſchloſſen worden, iſt erwiedert, daß Alles bereit ſei und daß die Einladungen zur Beſchickung der B. V. an Alle abgehen würden, ſobald man das beizulegende Protokoll hätte. Der Courier, der die Protokolle überbringt, trifft heute in Wien ein. Preußiſche Demonſtrationen werden noch allerlei kommen, wie denn z. B. Prinz Adalbert heute hier eingetroffen iſt, um die hier liegende Preußiſche Artillerie zu inſpiciren u. dgl. m. Mainz, die Frankfurter Garniſon und die Depoſſeſſion der B. C. Comiſſion ſind allerdings gefährliche Punkte; — allein wenn man keinen Conflikt ſucht, ſo wird er ſich am Ende auch hier vermeiden laſſen. Schlimmer, vor Allem ſchlimm iſt die Däniſche Sache und es iſt möglich, daß hieran Alles ſcheitert. Und bös ſind auch in dieſem Augenblicke die Dinge in Kurheſſen; es kommt mir ſehr wahrſcheinlich vor, daß Sie ſehr bald erſucht werden, die Gränze zu beſetzen. Und das ſind immer widerwärtige Sachen. Ad vocem Heſſen komme ich eben auf das, was Sie von angeblichen

Äußerungen Schwarzenbergs berichten; daß die Einberufung des engern Raths in Caſſel Widerſtand finde. Hieran iſt gewiß Manches mißverſtanden, zweierlei aber wahr, 1) daß Haſſenpflug ſeiner Seits (wie denn auch der Kurfürſt ſelbſt) ſehr ſich zu Preußen hingezogen fühlt; Haſſenpflug iſt eng liirt mit der Alt-Preußiſchen Parthei; ſodann aber auch hatte Haſſenpflug ſich in Berlin verſchwätzt. Um davon loskommen zu können, mußten in unſerm Ausſchuß-Bericht gewiſſe Deduktionen aufgenommen werden; an dieſe knüpfte dann Haſſenpflug ſeine Erklärung an, die er am 7. abgegeben hat. Ich habe über dieſe Punkte ausführlich unter dem 1. Juli an den König (Franzöſiſch) berichtet. Das iſt, was an der Sache wahr iſt; alles Andere iſt wohl von Schwarzenberg oder von Platen mißverſtanden.

In folgender Sache möchte ich Ihre gütige Mitwirkung in Anſpruch nehmen. Wie Sie wiſſen, hat M.-Strelitz eine Militär-Convention mit Preußen abgeſchloſſen, die, weil die Zuſtimmung der Central-Gewalt vorbehalten worden, nicht eigentlich perfect geworden, aber doch inſoweit zur Ausführung gekommen iſt, daß ein Preußiſcher Offizier, Major von Sydow (Bruder des Pinſels, der als Stellvertreter von Radowitz im F.-Collegio präſidirt), das Strelitziſche Contingent befehligt. Auf die Nachricht, daß das 10. Armee-Corps wohl von Bundes wegen aufgeboten werden könne, hat dieſer Preußiſche Offizier erklärt: er werde fortgehen. Das ſetzt die Leute dort, die ihn und die Militär-Convention gern los wären, in Verlegenheit; denn eine ſo gute Gelegenheit, ihn loszuwerden, bekommen ſie nie wieder; ſie wiſſen aber nicht, wie ihn erſetzen, — und ſo ſchwebt die Sache unerledigt. Nun hat Oertzen mich erſucht, ganz vertraulich in Hannover anzufragen, ob man dort wohl nöthigenfalls einen Stabs-Offizier abgeben könne, der an Sydows Stelle träte? Oertzen ſagt mir, er ſei zu dieſer Anfrage durchaus nicht autoriſirt; er thue ſie nur auf eigene Hand, um dann nach Hauſe zu ſchreiben, man möge Sydow gehen laſſen und in Hannover um Erſatz bitten. Aus dieſem Grunde hab ich auch dieſe Frage weder an S. Maj. direkt noch an den Grafen Bennigſen richten wollen, weil man eben Strelitziſcher Seits ſelbſt bei einer Bejahung noch ganz freie Hand behalten will. Ich hoffe, die Frage wird bejaht, damit Strelitz die Convention los werde.

Ihr

D.

Nr. 242. Hannover, 15. Auguſt.

Es thut mir leid, lieber Freund, daß ich auf Ihren Brief vom 13. Ihnen unerfreuliches melden muß. In meinem Brief vom 11. [rect. 10.]

deutete ich nicht ohne Grund an, daß Münchhausen zu ruhig in Bezug auf hiesige Verhältnisse möge gesehen haben. Sie wissen, wie diese Sachen stehen. Der König hält an seiner unglücklichen Cavallerie-Augmentation fest. Dadurch ist die Kriegscasse bankrott, und was das sagen will, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Ordnung ist in jeder Beziehung viel mehr werth als 200 Husaren. Prott aber ließ alles gehen. Am 26. Juni versprach der K., bis 1. Januar zu reduciren. Die Stände bewilligten eine höchst nothwendige Vermehrung des Offizier-Pensionsfonds nur unter Bedingung der Reduction. Prott steckte sich, um diese zu erhalten, wieder hinter uns, und nun nimmt der K. seine Erklärung vom 26,6. zurück und erklärt auf wirklich brutale Weise, er wolle von der Reduction nie wieder hören. [1]) Nehmen Sie nun dazu, daß Prott gegen den König nachgiebt, daß der K. uns eigentlich gar nicht mehr sieht, daß die letzten Conseils sinnlose Zänkereien gewesen sind und daß wir nun auch seit 3 Wochen noch nicht einmal ein solches Conseil zu Stande bringen können. Der Kronprinz war übrigens sehr verständig. Nun soll man aber die Organisation durchführen, gegen Beamte pp., soll die Provinziallandschaften reformiren. Geht das? Kann man daran nur denken? — Ich habe mich überzeugt, daß wir gänzlich am Ende sind, daß der König uns los seyn will und daß wir gehen müssen, wenn wir nicht zu Dingen uns brauchen lassen wollen, die wir nicht thun dürfen. Es ist schlimm, daß wir gehen müssen aber nicht das Schlimmste. — Der König ist wirklich wie altersschwach, aber was man bei solchen Leuten oft findet, daneben in gewissen Dingen beharrlich und schlau. Wir haben also heute dringend um unsere Entlassung gebeten und werden sie wahrscheinlich erhalten. — Dann wird der K. vielleicht Prott oder Bülow (zu Stade) mit Bildung eines Ministerii beauftragen, das dann damit anfangen muß, Militärzahlungen ohne ständische Bewilligung zu leisten.

Lassen Sie mich nun über die schlimmen Folgen und Eventualitäten dieses Schrittes schweigen und zu Ihrem Briefe gehen. Der Oldenburger Plan liegt nicht ganz so. — Vielmehr meine ich, Preußen würde Baden ganz aufgeben, wenn Prinz Friedrich ihm Oldenburg fürs Eichsfeld, Paderborn, Herzogthum Westphalen, Wetzlar oder was sonst geben wollte. Das alles ist kein altpreußisches Land. Das ist, deucht mich, einfach und ausführbar. Baden kommt dabei gar nicht weiter in Betracht, als daß es von Preußen in die Clientel von Östreich übergeht. — Das Kriegsgeschrei ist nun wieder vorbei; ich halte es für Farce, zumal Palmerston auf Bunsen zürnt.

---

[1]) Vgl. JCB Stüve, II. S. 429.

Aber was sagen Sie dazu, daß die HH. Kübeck und Schönhals am 30. April mit Peucker und Mathis ein Protocoll verfaßt haben, vermöge dessen das Interim die Verwaltung des Bundeseigenthums nicht aus den Händen geben will, bis beide sich gemeinschaftlich darüber eines andern vergleichen. Darauf fußt Schleinitz jetzt und Östreich läßt sich darüber auf Verhandlung ein, hat diese aber nach Frankfurt gewiesen. Das ist gestern, 14., mit Telegraph nach Berlin gemeldet, freilich confus, aber darauf wird die Nachricht der Deutschen Reform fußen, daß man mit Östreich einig sey. Ich traue Wien keineswegs und jenes Protocoll ist doppelter Grund dazu. Man ist erst sehr neuerlich dort auf den Boden des Rechts gerathen, hat zu lange mit Willkür und Gewalt gespielt, als daß man Preußen gegenüber rein seyn könnte. Was die Hassenpflugsche Sache angeht, so meldet man nun von Wien auch, sie sey erledigt, und wird Kübeck als Quelle genannt. Fragen Sie den einmal aus.

Ueber die Stellung von Östreichischen Truppen in Holstein kommt alle Tage eine andere Wetterwendung von Wien; man will auch da nicht.

Was die Strelitzsche Sache angeht, so kann ich rebus sic stantibus nichts sicheres sagen oder thun; aber ich bin überzeugt, daß man in Str. mit völligster Sicherheit auf den K. zählen kann. Und wenn er nur Einen Offizier hätte, er würde ihn hinschicken. Er wird aber auch seine Ehre bei einer solchen Sache wahren. So sagt auch Bennigsen.

Und nun leben Sie wohl. Ehe ich scheide, schreibe ich jedenfalls, und bitte, daß Sie mich auch dann etwas au courant halten wollen.

Von ganzem Herzen

Ihr
JCBS.

Nr. 243. Frankfurt, 15. August.

Kurz vor Postschluß will ich die nachstehenden Nachrichten lieber Ihnen, l. Fr., in dieser Form — oder Formlosigkeit zukommen lassen, als 24 Stunden damit zu warten, um sie mundirt als Bericht abgehen zu lassen. — In Mainz ist wohl, was auch von Berlin und in den Zeitungen gedroht wird, kein Conflikt zu besorgen. General Schack[1]), den man überhaupt als sehr vernünftig und als Gegner der Radowitzschen Politik schildert, soll die Versicherung gegeben haben: wenn noch badische Truppen kämen, würde er, da der Oesterreichische Gouverneur Befehl habe, sie nicht vorbeizulassen, dieselben ausschiffen und zu Land weiter marschiren lassen. Diese Zusicherung sei vertraulich gegeben worden. So theilt mir Graf Thun mit. — Es werden aber höchst wahrscheinlich gar keine Badischen Truppen mehr Mainz passiren, überhaupt Baden verlassen. Oberst Krieg hat hieher geschrieben:

[1]) Generalmajor von Schack, Kommandant von Mainz.

Der Großherzog wünsche nichts mehr als das Plenum zu beschicken und werde sobald er nur eine passende Gelegenheit gefunden, Klübern[1]) über Bord werfen; überhaupt gab er, Krieg, die Versicherung, daß weiter keine Badischen Truppen ausmarschiren würden. Daß man in Karlsruhe ernstlich daran denkt, Klübern loszuwerden, weiß ich mit Sicherheit auch von anderer Seite, weil die Frage vom Ersatz desselben und durch wen, auf das ernstlichste erörtert worden ist.

Wegen Depossession der B. C. Comission hat man hier allerlei verkehrte Ideen. Da ich früher am entschiedensten dahin drängte, so hab ich mehr jenen verkehrten Ideen gegenüber als der Preußischen Drohung wegen, dem Grafen Thun vorgeschlagen, er möge doch in Wien anheimgeben, daß man sobald als möglich von dort aus dem Berliner Cabinet eröffne: Oesterreichischer Seits werde man nach Constituirung des engern Raths die Mitglieder der B. C. Comission zurückziehen, man eröffne dieses frühzeitig genug, um dem Berliner Cabinet Zeit zu geben, den Preußischen Comissarien Verhaltungsbefehle zugehen zu lassen; vielleicht könnte man geradezu außerdem Vorschläge über die weitere Verwaltung des Bundes-Eigenthums machen. Hier meinte man Alles in der Comission durch die Oesterreichischen Comissarien mit den Preußischen verhandeln zu lassen.

Das jetzige Berliner debacle[2]) ist sehr gesund; man kommt endlich aus den Nebeleien und Phrasen heraus, fragt sich und formulirt, was man denn eigentlich will, — was man kann, — was man darf. — Daß Radowitz sich von Schleinitz[3]) ein Zeugniß seines braven Benehmens hat geben lassen, ist doch eigentlich zu komisch.

Ihre neuliche Badische Nachricht kommt mir je länger ich darüber nachdenke immer unglaublicher vor. Ich hab sie — als Gerücht — durch einen Freund einem der Bureauchefs im Pariser Minist. der auswärtigen Angelegenheiten mittheilen lassen, der mancherlei Fäden in der Hand hat; ist etwas daran, d. h. die Sache irgendwie schon zur Sprache gekommen, so weiß man dort darum. Sobald ich Nachricht habe melde ich's. — Auf dem Legitimisten-Congreß in Wiesbaden werden drei Fragen berathen: 1) ob eine Versöhnung der beiden Linien, Bourbon und Orleans, zweck-

[1]) Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

[2]) Ueber die damalige Krisis der preußischen Politik und den verschärften Gegensatz der altpreußischen Partei, insbesondere Manteuffels gegen Radowitz, worüber die Zeitungen in diesen Tagen viel zu berichten hatten, vgl. v. Sybel, I. S. 403 ff. v. Poschinger, Manteuffel, I. S. 232 ff.

[3]) Schreiben an Radowitz vom 9. August, worin er ihn seiner vollen Uebereinstimmung versicherte und dem Bedauern über die gegen ihn gerichtete „ebenso grundlose als gehässige Verdächtigung zahlreicher Organe der öffentlichen Meinung" Ausdruck gab. v. Poschinger a. a. O. I. S. 252.

mäßig und förderlich ſei, 2) ob, wenn man ſie wolle, dieſelbe jetzt zu erſtreben ſei, oder man damit warten ſolle bis Louis Philippe geſtorben, 3) ob die legitimiſtiſche Parthei in eine Verlängerung der Präſidentur Louis Napoleons willigen ſolle oder nicht. Die beiden erſten Fragen ſind, da der Graf von Paris bei der Kinderloſigkeit des Grafen von Chambord ohnehin der nächſte Erbe iſt, letzterer aber doch nicht zu Gunſten des erſteren abdiciren wird, ſelbſt wenn man ſich ausſöhnt, vollſtändig müßig und überflüſſig. Deſto bedeutſamer iſt die dritte Frage; die legitimiſtiſche Parthei hat in derſelben ein ſehr großes Gewicht in die Wagſchale zu werfen und da dieſe Frage eine Europäiſche iſt, ſo darf man einigermaßen geſpannt darauf ſein, was in Wiesbaden darüber beſchloſſen wird.

Wenn Sie nach Osnabrück gehen, warum wenden Sie nicht einmal 2—3 Tage daran, mehr brauchen Sie nicht, um bis hieher zu kommen? Ich glaub es würde nach allen Seiten hin ſehr nützen.

Ihr getreueſter
D.

Nr. 244. Hannover, 16. Auguſt.

Eben kommt mir Nachricht zu über die Wiener Erklärungen[1]), über welche man in Berlin den Siegesruf angeſtimmt hat. Was hier die Badener Sache angeht, ſo kann man damit ſich ganz beruhigen; wenigſtens ſo weit hier das Ding zu überſehen, zumal niemand verbunden iſt das Schiedsamt zu übernehmen. Anders wegen der Verwaltung des Bundeseigenthums. Hier hätte man entweder die Sache dem Engern Rath laſſen und Preußen ſagen müſſen: Man ſey weit entfernt, ſeinen Bevollmächtigten zu vertreiben, oder man müßte ſich überall auf kein Abkommen einlaſſen. Eine Bundescommiſſion, zu der die Preußen und die Unionsglieder Bevollmächtigte ſchicken können, iſt ein Anerkenntniß der Union. Indeß iſt die Sache Ihnen hingeſchoben und wird nun dort ſehr vorſichtig zu behandeln ſeyn. Da iſt mir eingefallen, ob es vielleicht ein Ausweg wäre, Ihrerſeits Preußen und einige andere Unioniſten gleich in die Commiſſion zu wählen. Etwa mit der Bevorwortung wenn dieſe wünſchen ſollten, daß andere für ſie eintreten, ſo ſey dabei nichts zu erinnern. — Sollte nicht auf dieſe Weiſe der Pr. Feinheit am Beſten die Spitze abgebrochen und die Thüre geöffnet ſeyn. Daß die B. V. Abweſende in die Commiſſion wählt, kann gar nicht im Wege ſtehen. Gewiß iſt das oft ſchon geſchehen.

[1]) Noten vom 12. Auguſt. Wegen der badener Truppenangelegenheit Annahme eines Schiedsgerichts; wegen des Bundeseigenthums einſtweilige Uebertragung der Verwaltung desſelben an einen Ausſchuß der Bundesverſammlung unter Zuziehung von Vertretern der in der letzteren nicht vertretenen Regierungen. Deutſche Chronik, 1850 II. S. 49 ff.

Unſere Reſignation iſt übergeben. Der König hat noch nicht reſolvirt; ich wollte er machte nur ein Ende, wenigſtens werden wir ihn drängen. Das aber ſehe ich jetzt völlig ein, daß es ein Fehler von uns geweſen, und ein großer, die Verantwortlichkeit für den Kriegsminiſter auf uns zu nehmen. Wir hätten ihn ſollen ſich gänzlich feſtreiten laſſen. Das wäre recht geweſen. Dieſe Prott-Wedemeyerſche Wirthſchaft iſt der reine Bankerott. Aber um ſo mehr müſſen wir hier ein Ende machen.

Man iſt immer zur Unzeit gutmüthig; ſo wollten wir den ſchwachen Prott, der die Sache nur halb einſah, nicht drauf ſitzen laſſen; und dafür führt er uns in die Dinte, und mehr als uns; — hätten wir den richtigen Weg eingeſchlagen, ſo hätte man uns Schlechtigkeit vorgeworfen, nun ſind wir blos dumm geweſen. In fine haben uns die Stände genöthigt, den Stier bei den Hörnern zu faſſen, was immer ſo eine Sache iſt. Meines Erachtens können wir nicht mehr mit dem K. in ein Verhältniß kommen.

Leben Sie wohl

Ihr
JCBS.

Nr. 245. Frankfurt, 17. Auguſt.

Der entſcheidende Schritt der Berufung des engeren Raths iſt alſo erfolgt; die 14 Tage, die bis zum 1. Sept. verloren gehen, ſind zwar ſehr drückend, allein dafür iſt doch den Renitenten noch einmal die Möglichkeit der Umkehr gegeben worden. — Ich habe heute nichts mitzutheilen als dieſe Nachricht. — Graf Thun hat heute die Protokolle der Sitzungen vom 7. und 8. zur Publikation an die Zeitungen gegeben, die dieſelben aber vor Montag nicht bringen können. Ich melde das für den Fall Sie dieſelben vielleicht der Hannoverſchen Zeitung mittheilen wollten, welche dieſelben dann recht früh bringen könnte. — Graf Rechberg, der den 17. Juni 49 hier verlebt hat, wo die Preußen den Erzherzog und das Reichs-Miniſterium durch Anſtiftung eines Putſches aus der Stadt zu treiben ſuchten (ſie hatten gefangene Hanauer Freiſchärler auf die Hauptwache bringen laſſen mit großer Oſtentation, die Nachricht wurde nach Hanau gegeben und nun zogen Tauſende von Hanauern hierher um jene zu befreien, — wenige Stunden vorher aber zogen plötzlich alle Preußen hier ab und ließen ſogar die Thore unbeſetzt), — Graf Rechberg alſo meint, das Manöver würden ſie zum 2. Male machen, worin er aber ſehr irrt; er meint die Preußen würden nach Einſetzung des engern Rathes ihre Truppen hier wegziehen und hat nun Verhandlungen zulegen laſſen, um für ſolchen Fall Bayriſche Truppen nach Frankfurt zu ziehen. Ich melde das für den Fall, daß Sie von beßfallſigen Verhandlungen hören, damit Sie die verſtehen.

Als jener Coup vom 17. Juni 49, der wenigſtens die Stadt wegen ihrer Hülfloſigkeit in das Maibündniß treiben und damit den Erzherzog hier wegtreiben ſollte, mißlang und wir nun die Caſernen ſofort mit andern Truppen beſetzten, kamen ſie bald nachher zurück und ſahen die Dummheit ein; damals konnten ſie allerdings wohl auf einen Putſch rechnen, der auch nur ſchwer verhindert wurde, aber im Jahre 1850 gerathen die Putſche nicht, für die ja auch Oeſterreichiſches und Bairiſches Militär in Maſſe hinreichend hier iſt.

In Betreff der Badiſchen Truppen war Oeſterreich in dem Befehle an den Gouverneur, zu feuern, zu weit gegangen; das Schiedsgericht iſt nun ein zweckmäßiges Mittel, zumal die Truppenmärſche ceſſiren, bis daſſelbe geſprochen hat, während es wohl nie dazu kommt, auch nur den Obmann aufzufinden.

Die Preußiſchen Blätter melden von einer von Oeſterreich zur Verwaltung des Bundes-Eigenthums vorgeſchlagenen neutralen Comiſſion; es iſt das ſicher Lüge oder Übertreibung; denn darin werden doch alle ſelbſtändigen Staaten einig ſein, daß eine ſolche Verwaltung des B. Eigenthums durch Oeſterreich und Preußen allein einer Mediatiſirung gleich kommt. Man will in Berlin offenbar nur beruhigen, nachdem man Anfangs mit Säbel und Sporen geklappert hat. Ihr

D.

F. Schwarzenberg hat dem Engliſchen Geſchäftsträger Magenis bereits angezeigt, daß Oeſterreich den Bundestag wieder berufe und auf ſofortige Anerkennung der auswärtigen Mächte rechne.

Nr. 246. Hannover, 22. Auguſt [1]).

Ihr Bericht über das Bundeseigenthum, lieber Fr., nebſt den ſich daran knüpfenden Maßregeln hat Ah. Applaus in beſonderem Maße gefunden, und ſo werden Sie demgemäß Inſtruction erhalten, da wir glauben, in einer ſolchen reinen Frage des Rechts trotz der Criſis handeln zu dürfen. Was dieſe angeht, ſo iſt beſchloſſen, Bülow von Stade zu berufen, der auch geſtern gekommen iſt, und mit Ed. Kielmansegge, der großen Appetit zu haben ſcheint, und mit dem ſpäter von Rehme herbeigeholten Münchhauſen berathen hat. Das Ende vom Liede iſt geweſen, daß man kein Miniſterium bilden könne. — Luſtig genug hat Hr. Adjutant Graf Platen [2]) und — — — — Hr. Zimmermann vorher die ganze Sache in Ordnung

[1]) Der Brief iſt von Stüve nicht datirt und nicht unterſchrieben. Das obige Datum iſt von Detmolds Hand darauf geſetzt. — [2]) Graf Julius Platen, Flügeladjutant.

gehabt: Bacmeister [1]) für die Justiz, Bening für das Geistliche. „Wir müssen die Alten loswerden!“ hat Zimmermann gesagt. der bekanntlich in Wien gewesen und als „Staatsmann“ von da zurückgekehrt ist. — Nun bin ich die bête noire. Die Verwaltungspläne waren am Sonntag republikanisch, jetzt sind sie den prétendus Nachfolgern (die darin eine conditio sine qua non erblickt) zugestanden; ich bin zwar ein guter „Policeiminister“ aber kein Staatsmann; und darauf hat denn Kielmannsegge den Plan eines Coalitionsministeriums gebildet; nämlich ich, Lehzen und der alte Prott, der durch seine Schwäche und Wedemeyers Liederlichkeit unhaltbar geworden, sollten fort, und er, Bülow und irgend ein tertius hinein. Das wollen aber meine Collegen nicht; es geht den Ständen gegenüber nicht, und ich will es auch nicht. Der König kann mich wegschicken, und ich will es ihm danken; aber freiwillig gehen (abgesehen von der Pr. Wed.schen Gesellschaft) thue ich nicht. Dann hieße es, ich wäre selbst an meinen Verwaltungsideen verzweifelt, und dazu ist mir die Wahrheit der Grundgedanken zu wichtig. Allerlei andere Nebenpläne sind Possen. Nun droht man mit Abdication, oder gar Berufung Lütckens; allein wir werden nicht vor einem Gespenst weichen. — Nun steht die Sache. Es ist wahrlich so, daß man darüber lachen muß und weinen sollte. Nachdem den neuen Candidaten jeder Widerspruch gegen unsere Ansprüche aufgegeben ist, aus Laune umwerfen!! und ohne die Möglichkeit etwas zu schaffen. —

Die Sache ist hier noch höchst geheim. Im Grunde fürchtet man, daß das Ministerium zu schwer wiege; dazu wird von Wien und vielleicht noch von Berlin gewirkt. Alte Weiber mit und ohne Hosen und dumme Jungen thun das Uebrige.

Leben Sie wohl und nächstens mehr.

Ihr

JCBS.

Nr. 247. Frankfurt, 24. August.

Ich kann es Ihnen nicht läugnen, theuerster Freund, daß Ihre Briefe vom 15. und 16. mit der Nachricht von Ihrer dortigen Crisis, namentlich zusammentreffend mit der unseligen Schwenkung, die in der Oesterreichischen Politik eingetreten, mir den besten Theil meines Muthes gebrochen haben. Ich habe die Tage her schwer durchlavirt. Ihr Brief vom 22. giebt mir nun einige Hoffnung wieder. Denn ich bin schon soweit Diplomat geworden, um Alles zu hoffen, solange Unterhandlungen obschweben und nichts mehr zu fürchten, als deren Abbrechen oder überhaupt hastige Beschlüsse. Eine Crisis dort, ehe unsere Deutschen Angelegenheiten wenigstens aus dem

[1]) Justizrath im Justizministerium.

Rohen heraus sind, hat gar schlimme Folgen für das Ganze. Daß Preußen, und zumal Radowitz, vorzugsweise auf Hannover speculirt, ist außer allem Zweifel (beachten Sie ein wenig, wie namentlich die Gothaer Blätter Alles thun, um Hannover in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen; es liegen da Ordres von Berlin aus vor). Radowitz namentlich (und das ist mir aus früheren Unterredungen ganz klar) speculirt wohl hauptsächlich auf den demnächstigen Übergang der Krone auf den Kronprinzen; giebt es da irgend Bewegung gegen die Regierungsfähigkeit, so wird von Preußen aus geschürt werden, und weil man in Berlin weiß, daß ein großer Theil der Ruhe im Hannoverschen Lande von dem Vertrauen abhängt, das das jetzige Ministerium genießt, so wird man in Berlin nichts lieber sehen, als jetzt einen Minister-Wechsel, selbst wenn ein Ministerium ans Ruder käme, das ganz uud gar Preußen feindlich wäre und ganz und gar zu Oesterreich hielte. Diese Ansicht wird hier von allen Einsichtigen getheilt; ich zweifle aber fast, ob sie dem Grafen Platen in Wien recht klar geworden ist; sonst würde man von Wien aus eifriger die Conservation des jetzigen Ministeriums wünschen. Daß man aber von Wien aus lieber ein minder selbstständiges Ministerium sähe, weiß ich längst; Andeutungen, die Kreß früher gegen Andere gegeben und die mir wieder zugekommen (ich meine Ihnen seiner Zeit davon geschrieben zu haben), lassen mich nicht daran zweifeln; ebenso daß Herr Zimmermann sich in die Dinge mischt. Gott gebe nun, daß die Dinge sich zum Besten wenden und daß man sich überzeugt, wie verkehrt es ist, in diesem Augenblicke die eigene Kraft zu ruiniren.

Die neueste Oesterreichische Wendung, der Vorschlag einer Verwaltungs-Comission[1]) betrübt und verwirrt hier Alle. Wie kommt man dazu, im Augenblicke des Sieges das Princip aufzugeben? Ist es Folge eines Druckes von Rußland, das um jeden Preis die Einigung will gegen die Revolution? oder das in Warschau Unterstützung in der Deutschen Frage zugesagt hat, wenn man mit Dänemark Frieden schließt? Oder will Oesterreich nur den 1. September, die Installation des engern Rathes, friedlich vorübergehen lassen? oder nur die abgebrochenen Verhandlungen wiederanknüpfen und hat dazu diesen Faden ergriffen, den es demnächst wieder fallen lassen wird? Muß man sich nicht auf den ersten Augenblick überzeugen, daß (neben der Aufgabe des Princips, also der eigenen Kraft), eine solche Verwaltungs-Comission gar nicht ausführbar ist? Hier liegen offenbar geheime Beweggründe, keineswegs nur Ungeschicklichkeit in der Manipulation des Bundesrechts. Doch ich will Sie nicht mit einer Hypothese weiter ennuyiren, sondern Ihnen in Bezug auf die Hessisch-Oldenburgische Frage Folgendes mit-

[1]) Vgl. oben S. 502, Anmerkung. Preußen war inzwischen auf diesen Gedanken eingegangen. Depesche vom 20. August. Deutsche Chronik 1850, II. S. 64.

theilen. — Ich bin mit Haſſenpflug ziemlich intim geworden. Vor einigen Tagen nun fragt er ſo allerlei an mir umher, offenbar mit jener Oldenburgiſchen Tauſchgeſchichte im Hinterhalt. Ich ſagte es ihm auf den Kopf zu, und da er ſah, daß ich von der Sache wußte, rückte er heraus: den Tauſch will Heſſen in die Hand nehmen und möchte dabei gern einen guten Schnitt machen. Nun denke ich mir heimlich, daß für den Kurfürſten ein Stück Geld, aber ein Großes, für ſeine Gräfin Schaumburg die Hauptſache ſein würde, wo denn freilich Preußen immer mehr geben könnte, als jeder andere Concurrent. Die Hauptſache aber iſt, daß — wie Haſſenpflug wenigſtens ſagte — die Idee, ganz Oldenburg zur Dispoſition zu ſtellen, ganz aufgegeben worden iſt; man will aus Oldenburg eine Secundo Genitur für den Prinzen Elimar[1]) machen und nur Parzellen von Oldenburg weggeben. Das könnte dann freilich nur Lübeck und Birkenfeld ſein und für beides könnte Hannover nicht mit concurriren; denn von Oldenburg ſelbſt könnte man doch nicht füglich etwas abſchneiden. Ich habe nun Haſſenpflug geſagt, daß ich nur durch Privat-Mittheilungen von der Sache wiſſe, durchaus nichts Offizielles, alſo durchaus nicht wiſſe, ob man überall Hannoverſcher Seits auf einen Tauſch eingehen wolle (H. glaubte zu wiſſen der König habe Alles derartige entſchieden abgelehnt); aber klar ſei mir, daß man auf einen Handel nicht eingehen könne, wenn nur Lübeck und Birkenfeld als Tauſch-Objekt vorhanden. Die conditio sine qua non werde alſo wohl ſein, daß Oldenburg ſelbſt und zwar ganz Oldenburg als Tauſch-Objekt disponibel werde; die Univerſität Göttingen werde (zumal Marburg doch auch in Betracht komme) immer ein faſt unüberſteigliches Hinderniß abgeben; auch werde ſich ja, wenn etwas aus der Sache würde, die ganze Hannoverſche Politik de fonds en comble umkehren und das ſei zweifelhaft (von Allem andern abgeſehen) ſowohl bei dem Alter des Königs, als dem Zuſtande des Kronprinzen. Und ſo weiter. Ich theile Ihnen das aber mit, damit Sie wiſſen, daß die Sache noch ſehr in weitem Felde. Gleichwohl wird es nothwendig ſein, ſie feſt im Auge zu behalten; würde Oldenburg ſelbſt ganz oder theilweiſe disponibel, dann müßten wenigſtens Unterhandlungen zugelegt werden, ſelbſt in dem Falle, daß man entſchieden Willens wäre, nicht darauf einzugehen. Soll ich hier die Sache choyiren, ſo müſſen Sie mir gelegentlich Ihre Anſichten darüber zukommen laſſen. Jedenfalls hab ich H. gebeten, nichts in der Sache zu thun, ohne mich zu avertiren.

Tallenay war in Straßburg beim Präſidenten, und hat mit dieſem und Hautpoul[2]) Deutſche Politik beſprochen. Das Cabinet, hat letzterer

---

[1]) Sohn des Großherzogs aus dritter Ehe.

[2]) General d'Hautpoul, Kriegsminiſter.

ihn versichert, sei entschieden und einig, in allen und jeden Fragen (nicht bloß Deutschen) den Schwachen gegen den Stärkeren zu schützen; das habe man mit Griechenland gethan, thue es bei Neapel und werde es vorkommenden Falls in Deutschland thun, daher nie und nirgends die gewaltsame Unterdrückung irgend einer Selbstständigkeit zugeben.

Lassen Sie mich bald gute Dinge von dort hören.

Ihr getreuester
D.

Nr. 248. Hannover, 28. August.

Ihre Mittheilungen über die schwankende Politik Östreichs in der Deutschen Sache, liebster Freund, werden von allen Seiten her bestätigt. F. Schwarzenberg entschuldigt sich mit Rußland; die Noten von Petersburg, mit denen der Berliner ***Correspondent im Hamburger Correspondenten (der uns bekannte Herr Runkel, der früher die Elberfelder Zeitung redigirte) von Zeit zu Zeit prahlt, werden nur zu gut gegründet seyn, und Meyendorff hat schon lange gesagt, ein Einfluß Preußens in Nord-, Östreichs in Süddeutschland, widerspreche den Russischen Interessen gar nicht. — Mich führt das nur auf die Betrachtung zurück, daß weder Preußen noch Östreich den Bund herstellen wollten. Könnte man die Verhandlungen vom December 48, Januar 49 klar stellen, so würde man wahrscheinlich den Schlüssel finden. Aber diese sind auf eine merkwürdige Weise geheim gehalten.[1]) Ich bin überzeugt, daß man damals schon hat theilen wollen; wenigstens sagte mir Graf Bülow einmal in Aufregung gegen Östreich, man habe ihnen Kurhessen geboten; und die sonstigen Preßdiplomaten deuten auch an, daß da schlechtes liege — freilich schweigen sie auch darüber.

Dies muß uns jetzt sehr vorsichtig machen. — Eine Separatverhandlung zwischen Pr. u. Ö., auf die man in B. gewaltig lossteuert, und von der Ö. sich gar nicht abwendet[2]), kann die Sache schlimm machen. Andererseits hat Ld. Palmerston auch geradezu erklärt: Er kenne die Verträge von 1815 wohl; da seyen die deutschen Staaten für souverain erklärt; deßhalb habe England, so lange sie *einig* gewesen, den BT. anerkannt — nicht aber den Reichsverweser; wenn sie *alle einig* seyen, wolle er jedwede Verfassung Deutschlands anerkennen. Jetzt einen Gesandten zu accreditiren[3]),

[1]) Vgl. darüber jetzt v. Sybel, I. S. 266 ff.

[2]) Vgl. über diese Verhandlungen, welche auch jetzt nicht zum Ziel führten, v. Sybel, I. S. 410 ff.

[3]) Die Vertreter Englands und Frankreichs in Frankfurt befanden sich dort nur in offiziöser Stellung, ohne als Gesandte förmlich accreditirt zu sein.

ſey Einmiſchung. Mündlich iſt er nicht ganz ſo kategoriſch. Man ſieht hieraus, daß wir mit dem BT. auch noch nicht weit kommen. — Ich möchte nun glauben, daß das Beſte ſey, die Sache nicht zu übereilen. Wird Preußen am 15. October nicht in ſchlimmerer Lage ſeyn? — Zumal, wenn man ſich klug benimmt? —

Kann man das? Das iſt freilich eine Frage. Ich möchte rathen, man laſſe mit Preußen über Nebenpuncte weiter verhandeln, namentlich über die Verwaltung des Bundeseigenthums, die ja nichts iſt als ein Incidentpunkt, — lege in die Sache ſo viel Freundlichkeit und Entgegenkommen, wie möglich, mache Vorſchläge über Vorſchläge. — Inzwiſchen ordne man die Angelegenheiten der einzelnen Staaten, die zum engeren Rath gehören, wo es nöthig iſt, als Bundestag, damit man in Beſitz kommt, und vor allen Dingen, man bereite ein Reformproject vor, das die Meinung gewinnt, beſonders die Meinung in den noch unioniſtiſchen Staaten. Iſt man anfangs October damit zur Hand, dann mache man Preußen die Conceſſion wie 1819, 1820, 1834, eine Miniſterconferenz neben dem BT. eintreten zu laſſen. — Ohne eine ſolche Verhandlung kommen wir ja doch nie zum Ziele; hat die Unterhandlung eine Baſis, und iſt Preußen die Union durch ſolche gelockert, iſt dann der Moment des 15. October nahe, dann wird man nachgiebiger ſeyn. — Aber Preußen iſt compromittirt, — erinnern Sie ſich aus den Lebensbildern, wie viel man 1812 that, um zu compromittiren, — deßhalb muß man ihm helfen, „ſeine Ehre retten", — daß es ſich gern retten laſſen will, haben wir geſehen, wenn auch das dumme Gothaner Geſchrei wieder rückwärts gedreht zu haben ſcheint.

Für Ihre Nachricht über die Oldenburger Sache meinen beſten Dank. Suchen Sie ja dem Dinge zu folgen. Beſtimmte Entſchlüſſe über dergleichen können wir natürlich jetzt nicht faſſen. Von Caſſel aus iſt hier durch die 3. Hand um Hülfe in der Noth gefragt; — es ſcheint aber, daß die democratiſche Präſidentenwahl dort trefflich gewirkt hat. Die herrliche Gothaiſche Staatsdienerſchaft ſcheint zu fühlen, daß nun die feſte Hand eines Haſſenpflug allein retten kann. So lange ſie Majorität waren, meinten ſie, das Regieren ſey nicht nöthig. Nun wirds kommen. Man hat in Caſſel im Gaſthofe davon geſprochen, wenn nur der Bundestag erſt da wäre, um zu helfen. So referirt Nieper[1]), der dort geweſen. — Wäre nur der verdammte Holſteiner Unſinn nicht; man käme noch zurecht. —

Was unſere Sache angeht, ſo iſt die Criſis allmälig ruchbar geworden. — Die Niederſächſiſche Zeitung nimmt einen ſehr weiſen Ton an, und

[1]) Miniſterialreferent im Miniſterium des Innern.

Zimmermann ſcheint nun ſeine Angriffe auf unſere Organiſation in die (traurige) Neue Bremer Zeitung verlegt zu haben. Indeß enthält der neue Volksfreund (conſervativ) heute einen ſehr heftigen und hinreichend deutlichen Angriff auf die Adjutantenſtube, Platen und Zimmermann, die mit dem Redacteur der Nordd. Zeitung zuſammengeſtellt werden. — Wir haben am Sonntag unſer Geſuch erneuert. Der König ſchweigt nun aber ganz ſtill, entſchuldigt ſich mit Leibſchmerzen, ſcheint ſich aber ganz wohl zu befinden. Es iſt die allerunpolitiſchſte Situation von der Welt. — Die Gefahr Preußen gegenüber ſcheint aller Welt evident, und die Wiener Politik, die, um hier noch größere Fügſamkeit zu haben, ihren einzigen Stützpunkt untergräbt, miſerabel —; aber was helfen Argumente und Vernunft gegen Perſönlichkeiten, wenn es einmal der Adjutantenſtube gelungen iſt, ſolche aufzuſtacheln. — Auf reine Perſönlichkeit hat ſich aber in der Bülow-Kielmannsegge-Münchhauſenſchen Unterhandlung die ganze Sache herausgeſtellt. — Die jetzigen Erſcheinungen ſind unter früheren Verhältniſſen ja auch zur Genüge vorgekommen.

Aber bei einer Cabinetsregierung mag das hingehen; wir können ohne Vertrauen, ohne Audienzen, beſtändig gehemmt, wenn Junker und Bureaukratie alles ſchlecht machen dürfen in Hoffnung auf Oben, nicht beſtehen. Und 47 mal Criſis machen, wie das Miniſterium Eberhard in Caſſel, das iſt auch keine Sache. Irgend wie muß die Sache zu einer finalen Löſung kommen. Plaſtriren läßt ſich das nicht.

Was ſagen Sie zu dem neuen Londoner Protokoll[1]), wo Öſtreich doch auch eine ſehr ſchwache Rolle geſpielt hat? Könnte ich Sie nur ſprechen, es wäre der Mühe werth.

Ihr

JCBS.

Nr. 249. Frankfurt, 29. Auguſt.

Ich wünſchte ſehr, daß Sie, theurer Freund, ſich den Plan, den mein Bericht vom 26. vielleicht etwas confus entwickelt, einmal anſähen und prüften. Derſelbe findet bei faſt allen hieſigen Collegen entſchiedenen Beifall; Graf Thun hat darüber auch bereits geſtern nach Wien geſchrieben. Inzwiſchen iſt hier nicht weiter vom Fleck zu kommen, bis der Courier aus Wien angekommen, den F. Schwarzenberg abſchicken zu wollen ankündigte, ſobald er mit Neſſelrode geſprochen. Mein Plan wahrt das Princip, denn die B. Verſammlung ertheilt die Vollmacht, und vermeidet den Anlaß zum Bruche; jedenfalls ſchiebt er ihn hinaus, und das iſt auch ſchon viel. Wir laſſen das Protokoll, worin die B. C. Comiſſion von uns bevollmächtigt

[1]) S. oben S. 490, Anm. 1.

wird, drucken, und dieſe kann nichts dagegen thun, nicht einmal die Vollmacht von den Akten entfernen, denn jeden derartigen Antrag Seitens der Preuß. Comiſſarien hindern die Oeſterreicher. Geld- und Matrikular-Beiträge machen für's erſte keine Schwierigkeit, denn wie Graf Thun mir vertraut hat, erwartet er einen Oeſterreichiſchen Vorſchuß von 1 Million Gulden. Durchaus nothwendig aber iſt, daß Kübeck und Schönhals abberufen und durch untergeordnete Beamte erſetzt werden, a) um der Comiſſion die an Perſönlichkeit, Rang und Stellung haftende Bedeutung zu entziehen, b) um Preußen die Comiſſion zu verleiden, c) um die Oeſterreichiſchen Comiſſarien im Range unter Thun zu ſtellen, damit ſie von ihm Befehle annehmen, d) endlich, um Kübeck, der ein alter Filou iſt, von hier zu entfernen. Dadurch, daß wir nur auf kurze Zeit die Vollmacht ertheilen, behalten wir die Sache vollſtändig in der Hand. Der Hauptpunkt iſt, daß wir den 15. Oct. und die damit in der Union nothwendig eintretende Criſis benutzen können. Preußen hat für den 15. Oct. zu wählen zwiſchen a) Aufgabe der Union, b) neues Proviſorium, c) Definitivum. Jedes der drei hat ſeine Schwierigkeiten und jedenfalls, was Preußen auch wählen wird, werden mehrere der Unionsſtaaten ſich loslöſen und die B. Verſammlung beſchicken; ſie wollen ja weiter nichts, als Schutz ihrer Selbſtſtändigkeit, die ſie nirgend ſicherer finden als im Bundes-Rechte; ſo wie ſie alſo von Preußen losgelaſſen werden, kommen ſie zu uns. — Sachſen hat gleich Ihnen für Ablehnung des Oeſterreichiſchen Vorſchlages inſtruirt, Bückeburg ſcheint entre deux, Strauß wird aber wohl mit uns ſtimmen, von Oertzen iſt ein Gleiches zu hoffen. (Sollten Sie nicht dorthin einwirken können?) Haſſenpflug iſt entſchieden gegen den Oeſterreichiſchen Vorſchlag; in Stuttgart ſtehen die Dinge dunkel und ungewiß, der König für Oeſterreich quand même, die Miniſter theils das, theils Preußen nicht abgeneigt, Reinhard korrekt; er hat vorläufige allgemeine, dem Oeſterreichiſchen Vorſchlage günſtige Inſtruktionen, hat dagegen aber entſchieden remonſtrirt. Von Bayern iſt Inſtruktion auf Ablehnung zu hoffen. Homburg und Liechtenſtein ſind für Annahme des Oeſterreichiſchen Vorſchlages. Mein Plan und meine Hoffnung iſt nun, daß wir in der 1. Sitzung am Montag wenig thun außer Auswechslung der Vollmachten, allenfalls Niederſetzung einer Comiſſion für die Schleswigſche Sache, und daß wir dann mit der Frage wegen Verwaltung des B. Eigenthums noch 8 Tage warten unter dem Vorwande, daß der Eintritt noch Anderer bevorſtehe. Die Zwiſchenzeit wäre dann zu benutzen, um von Wien Genehmigung des obigen Planes, Bevollmächtigung der B. C. Comiſſion, zu erwirken. Falls nun dieſer Plan Ihre und Ihrer Collegen Billigung findet, wäre es vielleicht zweckmäßig, wenn Sie von Hannover aus denſelben in Wien befürworteten.

Neues ist von hier sonst Nichts zu melden. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen einmal die Auskunft mitgetheilt wegen Ihrer Notiz, daß die Einberufung des engern Rathes in Cassel Schwierigkeiten mache, und daß Kübeck sich der Beseitigung derselben rühme. Das ist, wie Sie sich jetzt wohl durch den Augenschein überzeugt haben werden, der Oesterreichische Geschäftsträger in Cassel, ein Neffe des hiesigen Kübeck, ein noch junger Diplomat, der aber sehr gelobt wird; eigentliche Schwierigkeiten waren nicht da, nur mochte Baumbach sich gegen den ständischen Ausschuß in Betreff der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Wiederherstellung der B. Versammlung verschwätzt haben und hat mit Instruktion und Vollmacht gezögert; da hat denn Kübeck wohl etwas nachgeholfen; indeß war bei Hassenpflugs Entschiedenheit in der Sache gar nicht Grund, wirklich besorgt zu sein, und Kübeck hatte gegen Schwarzenberg wohl die Schwierigkeiten übertrieben, um sein Verdienst desto heller leuchten zu lassen. — Die Hessischen Dinge werden uns sonst noch recht bös zu schaffen machen.

Aus Briefen des Königs von Preußen gehen die seltsamsten Auffassungen hervor. An den Großherzog von M. Strelitz hat er in Betreff der Oesterreichischen Maßregeln geschrieben und gebeten, der Großherzog möge doch nicht für Maßregeln stimmen, die keinen andern Zweck hätten, als Preußen aus dem Deutschen Bunde herauszutreiben. An den Großherzog von Darmstadt (zu Anfang des Monats): er werde die Union „bis zum Abenteuerlichen" festhalten.

Der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz ist jetzt bei seiner Braut, der Großfürstin Katharina in Baden-Baden, die Großfürstin Helene ebenso, desgl. der Herzog von Nassau. Ohne Zweifel wird es gelingen, diesen unglücklichen, ewig schwankenden Menschen jetzt endlich zu entschiedenen Schritten zu bewegen. Die Stadt Frankfurt, die mit den andern drei Städten einen Vertrag wegen der Stimmführung am B. Tage hat, hat an diese jetzt wegen der Frage der Beschickung geschrieben.

Lassen Sie mich bald Gutes von dort hören! Ihr

D.

Nr. 250. Frankfurt, 3. September.

Ihren Brief vom 28. August, th. Fr., habe ich erhalten, zugleich mit einem Schreiben Sr. Maj., worin mir aufgetragen wird, eine Erhöhung des Militär-Etats von Bundeswegen auf 2 % zu bewirken. — Was Sie mir über Ihre dortigen Verhältnisse, zumal die Crisis, mittheilen, hat mich tief bekümmert. Ich bitte Sie aber auf das Dringendste, suchen Sie die Lösung noch etwas hinzuhalten, und übereilen Sie Ihre Entlassung in keiner Weise; ich habe gegründete Hoffnung, daß man Ihnen von einer

Seite, woher Sie es jetzt nicht erwarten, kräftig zu Hülfe kommen werde. Dieſe Mittheilung iſt aber nur für Sie, liebſter Fr., ebenſo was ich Ihnen darüber demnächſt erzählen kann. — Von hier aus iſt nichts zu berichten, als was meine Berichte melden. Es gilt vorläufig zu laviren, um den 15. Oct. zu gewinnen. Das Unglück iſt nur, daß die kleinen Staaten, die jetzt noch zur Union hielten und viel lieber zum Bundesrecht zurückkehrten, wo ſie viel mehr Schutz haben, wieder irre werden, ſobald Oeſterreich in der Aufrechterhaltung des Bundesrechts ſchwankt. Vielleicht gelingt es Preußen dadurch, ein neues Proviſorium zu erlangen. — Ich hoffe, daß die Heſſiſche Sache uns Anlaß giebt, unſere Autorität zeigen zu müſſen. Es würde uns zwar wenig Popularität ſchaffen, allein auf die dürfen wir ja überall nicht zählen, dagegen würde Kraftentwicklung uns ſehr nützen und der Union Viele abwendig machen. — Die Situation iſt ſehr unerquicklich; perſönlich gemahnt ſie mich an die meiner Stellung als Reichsminiſter, wo auch nur ein Platz feſtzuhalten und ein Recht zu retten war, und man wehrlos allen Inſulten und Avanien gegenüber ſtand. — Das Unglück iſt, daß man in Bayern und in Würtemberg glaubt, Oeſterreich gefällig ſein zu müſſen, die allerſchlechteſte Politik von der Welt.

Ich ſchreibe in Eile, um den Brief noch mit dem heutigen Bericht abgehen zu laſſen; ich bin ſehr begierig auf Nachrichten von dort.

Der Ihrige

D.

Nr. 251. Hannover, 4. September.

Alſo der engere Rath iſt eröffnet![1]) Gott gebe ſeinen Segen dazu, ich fürchte aber ſehr, es wird daran fehlen. Die Art und Weiſe, wie man von Seiten Öſtreichs und Preußens die Sache behandelt, will mir kein Vertrauen einflößen. Es iſt doch zu arger Jeſuitismus, ſcheinbar auf die inſidiöſen Vorſchläge Preußens einzugehen, um ſie durch die Bundesgenoſſen verwerfen zu laſſen. Wer kann dabei den Verdacht zurückhalten, es werde nächſtens dasſelbe Spiel gegen ihn geſpielt? Und in München und Stuttgart ſchwankt man dann mit jedem ſolchen Winkelzuge von einer Seite zur andern! Und hinter allem ſitzt Neſſelrode oder Nicolaus. Wenigſtens hat

[1]) Die erſte Sitzung — ohne Betheiligung Preußens und der noch bei der Union verbliebenen Staaten — fand am 2. September ſtatt. In derſelben wurde präſidialſeitig die Vereinbarung einer interimiſtiſchen gemiſchten Behörde zur Verwaltung des Bundeseigenthums im Sinne der Note vom 12. Auguſt beantragt, und dieſer Antrag einem Ausſchuſſe überwieſen, auf deſſen Bericht dann in der zweiten Sitzung am 14. September derſelbe als unvereinbar mit der rechtlichen Stellung der Verſammlung und praktiſch undurchführbar reprobirt wurde.

Knyphausen hier erzählt, Budberg habe Instruction, Preußen zu warnen, daß es nicht durch sein Benehmen in die Klasse der Mächte zweiten Ranges zurückversetzt werde. Nun scheint unter diesen Umständen für Hannover kaum etwas anderes übrig zu bleiben, als möglichst passiv sich am Rechte zu halten. Könnte man auf die anderen Staaten bauen, so wäre mit diesen enge Vereinigung zu pflegen. — Könnte man (wie es leider der Fall) auch das nicht, so müßte man im Innern Einigkeit schaffen, vor allem das Kriegswesen, das jetzt ein abscheuliches Chaos durch so viele leichtsinnige und verkehrte Maaßregeln geworden ist, auf festen geordneten Fuß bringen, damit die kleinen Nachbarn bei uns sicheren Schutz fänden, dessen Gefahrlosigkeit durch streng rechtliche Politik sich verbürgen müßte. Dann müßte man sich an Holland schließen, und alle maritimen Beziehungen aufs sorgfältigste cultiviren. Thäte man das, förderte das Land nach Kräften, und hielte in den deutschen Sachen ruhig und ohne den Anspruch darauf, irgend tonangeben zu wollen, an den Verträgen, so würde man sich, so lange nicht der allgemeine Krieg ausbricht, wohl behaupten können. Aber wird man das? Wie man jetzt die Dinge zuschneiden möchte, alles andere eher. Man wird hier im Lande den Streit erregen, dadurch alle Kraft verlieren, für das Heer bei der jetzigen Schweinerei nicht sorgen können, also eben so wenig als wir jetzt schlagfertig seyn. Dem Bunde wird man gleich einen scharfen Stoß beibringen, eben durch diese hiesige Politik. Und so werden wir Preußisch werden. Spätestens der Kronprinz zahlt die Zeche.

d. 5.

Das Obige schrieb ich gestern im Unmuth, und Ihr heutiger Brief bestärkt mich in gewisser Beziehung. Des K. Forderung der 2 % ist seit 1848 ein geheimer Wurm in unseren Verhältnissen. Darum hat der Kriegsminister sich nie an die Reduction gewagt. Der K. aber sieht nicht, daß ihm die Soldaten nichts helfen ohne Geld, davon er, wie er selbst sagt, keinen Begriff hat. 18—20000 M. schlagfertig sind mehr als genügend, und mit 36000 ohne Material und Geld macht man nichts. Das ist aber das Unglück, daß man seit 1841 mehr Soldaten gehalten, als man bezahlen konnte. Das hat alles ruinirt. 1848 hat der Kriegsminister die Feldzugskosten in das Chaos geworfen und sich damit über Wasser gehalten. Nun sind sie über und über bankerott, wissen selbst nicht, wie sehr. So wie 1844 der K. die bewilligten 20 m Thlr. nicht genommen, weil er die elende, alles ruinirende Cavallerie-Augmentation nicht fahren lassen wollte, so jetzt mit den 16000 Thlr. zum ganz bankerotten Pensionsfond. Der vernünftige Theil der Armee fühlt das sehr wohl und wünscht nichts mehr, als daß wir Ordnung machen. Wollte Gott, wir wären eher dahinter gekommen!

Aber erſt jetzt ſieht man allmälig in dieſe Wirthſchaft. Wir können und dürfen es nicht dulden. Das Privatbillet an Sie war uns bekannt. Bennigſen ſagte im Scherz: er wolle Ihnen per Telegraph § 102, Abſ. 1. 2 des Verfaſſungsgeſetzes[1]) (es iſt ja heute das biennium) citiren. Der K. hat, wie geſagt, ganz recht, daß er auch in der Armee Kraft haben will. Aber er greift es am unrechten Ende an, und ſo iſt die Folge Schwäche.

Was nun aber die Bundesangelegenheit angeht, ſo iſt das Vertrauen zu Öſtreich einmal gebrochen. Sie ſcheinen dort Zuſicherungen von Preußen zu haben oder zu haben meinen, daß die gemiſchte Commiſſion Bedingung des Eintritts in den Bundestag ſey. Das iſt aber Thorheit. Wenn der Eintritt geſchieht, ſo geſchieht er sub protestatione, und da man in der Commiſſion die Executive aus den Händen gegeben haben würde, ſo wäre man eben hinters Licht geführt. Die Heſſiſchen Sachen ſcheinen ruhig zu verlaufen.[2]) Vor Steuerverweigerungen braucht man ſich ſo ſehr nicht zu fürchten. Die Maſſe zahlt. — Wenn man nur erſt zur Gewalt gekommen iſt, ſo iſt das übrige Thorheit; und das iſt der Fehler der Heſſen, immer die Sachen auf den Punct zu treiben. Wäre aber Hülfe nöthig — man meint in Caſſel nur einige Bataillons Infanterie nöthig haben zu können —, ſo wäre uns das bei unſeren ſchlechten Umſtänden höchſt gênant. Ebenſo, wenn ein Corps aufgeſtellt werden ſollte, um den etwaigen Bundeskommiſſarien in Holſtein zur Stütze zu dienen, eine Maaßregel, die ich ſehr unzweckmäßig halten würde. — Ihre peinliche Lage in der jetzigen Ungewißheit begreife ich vollkommen; indeß iſt die Impopularität des Bundes wirklich lange nicht ſo groß, als die Zeitungen ſagen. Tritt er kräftig auf, ſchafft er Ordnung nach beiden Seiten, ſo hat er gewonnen, aber NB. nach beiden Seiten.

Was unſere Sache angeht, ſo ſind die erwarteten Ratgeber nun da; bis dahin altissimum silentium. Blos einige Äußerungen, etwa: Sie müſſen alle fort oder ich muß revidiren und modificiren; ſo etwas von einem Cabinet, einem Kappzaum. — Klar gedacht iſt das nicht, noch weniger mit der Verfaſſung zu vereinigen. Das große Dilemma wird immer wieder ſeyn, Leute zu finden. Denn wenn die, die da möchten, die Sache beim Lichte beſehen, ſo finden ſie dieſelbe doch impractikabel, dazu iſts zu weit

---

[1]) Erforderniß der Kontraſignatur.

[2]) Die oppoſitionelle Ständeverſammlung hatte nach ihrer Eröffnung am 26. Auguſt zunächſt eine — vom Kurfürſten nicht angenommene — Adreſſe beſchloſſen, in welcher die Entlaſſung des jetzigen Miniſteriums verlangt wurde, und ſodann die ohne Vorlage eines Budgets verlangte Zuſtimmung zur Erhebung der directen Steuern für die Monate Juli bis September verſagt. Dieſem am 31. Auguſt gefaßten Beſchluß folgte am nächſten Tage die Auflöſung, und am 4. September eine Verordnung, durch welche die Erhebung der Steuern auf Grund des § 95 der Verfaſſung angeordnet wurde.

gekommen. Man müßte jetzt revolutioniren de but en blanc; aber wer hat dazu den Muth nach den Erfahrungen von 1837 u. f. und bei 79¼ Jahren. Die Schwierigkeit bleibt für uns dieſelbe. Das iſt dem Pack gelungen, uns, die wir nach allen Seiten hin eine ſchwere Aufgabe haben, das Vertrauen zu entziehen, das wir bedürfen. Ich halte es deßhalb vom Standpuncte meiner Geſchäfte aus für viel beſſer, wenn ich abgehe, als wenn ich bleibe und nicht thun kann, was ich muß. Mit Braun und Lehzen iſts eben ſo, mit Düring wenig anders. Bennigſen, dem die Externa zunächſt aufliegen, muß dagegen ebenſo wie Sie wünſchen, die Sache zu halten, wird ſich aber darum nie zu einer Unwürdigkeit verleiten laſſen. Das unbedingt Nothwendige iſt totale Veränderung im Kriegsminiſterium; aber hier fehlt alle Perſönlichkeit. — Sie ſehen alſo, daß auch der Succurs, von dem Sie ſchrieben, die Schwierigkeiten gar nicht löſen kann. Eilig geht aber die Sache freilich nicht. Denn dann müßte man Erſatz haben. Wollte Gott, es wäre am Ende; denn mich drückt es, wie ich hier liege, und wäre, wenn ich nicht Miniſter bleibe, in Osnabrück ſehr nöthig. Bleibe ichs aber, ſo hätte ich noch nöthiger reiſen müſſen. So macht man einem unmöglich, ſeine Schuldigkeit zu thun. Und dies iſt nun das 3. Jahr, wo ich die Reiſezeit verliere! —

Doch ich will ſchließen. Leben Sie wohl und laſſen Sie bald Gutes hören.

Ihr
JCBS.

Nr. 252. Frankfurt, 13. September.

Ich hab Ihnen, th. Fr., zunächſt für Ihren Brief vom 6. [rect. 4. u. 5.] zu danken, der mich über eine Menge Dinge — zum Theil unerfreulicher Art — endlich orientirt, mir daneben die beruhigende Beſtätigung gegeben hat, daß meine Auffaſſung der Deutſchen Dinge im Weſentlichen die Ihrige ſei, eine Sache, deren ich mich nicht oft genug verſichern mag, zumal ich tagtäglich Gelegenheit habe, bei vielen meiner Collegen zu ſehen, wie ſchlimm ſie daran ſind, dies Gefühl der Uebereinſtimmung mit ihren Miniſterien zu vermiſſen. — Ich würde Ihnen nun ſchon früher geſchrieben haben, wenn ich nicht von Tage zu Tage auf Nachrichten aus Wien gewartet hätte, namentlich in der Schleswigſchen Sache, in der uns ſeit länger als 14 Tagen umfaſſende Mittheilungen, namentlich die Denkſchrift über den B. Beſchluß von 1846 verheißen ſind. Dieſe Denkſchrift iſt ſeit 5–6 Wochen in St. Petersburg, ſeit 3–4 Wochen in Copenhagen; hieher ſeit wenigſtens 14 Tagen verheißen; eine Menge Couriere und Depeſchen ſind ſeitdem von Wien eingetroffen, über die Däniſche Sache nichts. Und dies iſt doch die drängendſte, brennendſte Frage; es iſt die Frage

durch deren Auffassung und Behandlung Oesterreich vor Allem zeigen will, ob es ihm mit der Rückkehr zum Bundesrechte Ernst ist. Dieses tiefe Schweigen der so heißen Frage gegenüber hat sehr viel befremdendes, das ich mir durch eine Vermuthung erkläre, die ich Ihnen mit der Bitte vorlege, von dort aus nachforschen zu wollen, wieviel daran gegründet. Ich glaube nämlich, daß man zwischen Wien und Berlin über eine gemeinschaftlich zu unternehmende Pacifikation der Herzogthümer unterhandelt. Oesterreich begreift, von welchem Nutzen ihm für seine Stellung eine geschickte Benutzung dieser Frage ist, und es will sie benutzen. Preußen fühlt das, es darf Oesterreich die Pacifikation der Herzogthümer nicht überlassen, ohne von seinem Range als Großmacht herabzusteigen; ebenso wenig aber darf es den auswärtigen Mächten gegenüber Oesterreich hindern, seiner Seits zur Pacifikation der Herzogthümer das Möglichste zu thun. Das ist eine große Verlegenheit. Nun ist Oesterreich bereits darauf eingegangen, von dem großen Klumpen der Deutschen Frage ein Stück zu abgesonderter Lösung herunterzuschneiden: die Verwaltung des B. Eigenthums. Wie wenn nun Preußen in Wien den Vorschlag gemacht hätte, die (viel leichter als jene von der großen Deutschen Frage abzulösende) Frage von einer Pacifikation der Herzogthümer abgesondert zu behandeln? Diese Pacifikation gemeinschaftlich vorzunehmen? Daß F. Schwarzenberg auf einen solchen Vorschlag eingehen würde, sowohl zum eigenen Vortheil Oesterreichs, als um von Preußen dafür Concessionen zu erlangen und namentlich um endlich irgend eine gemeinschaftliche Linie zu finden, bedarf keiner Auseinandersetzung. Preußen wird von England, Rußland, Frankreich zur Pacifikation getrieben; so würde es das Odium auf Oesterreich wälzen u. s. w. Es ist das bis jetzt nur eine Vermuthung von mir, zu der mich jenes Schweigen Oesterreichs veranlaßt hat, das so sich leicht erklären würde, dazu die Nachrichten Platens über die Verhandlungen zwischen Bernstorff und Schwarzenberg u. s. w. Die Sache wäre von Wichtigkeit. Denn ist erst einmal in jener unseligen Sache, die uns im Jahr 1848 ruinirt hat und uns ferner ruiniren wird, ein gemeinschaftlicher Boden gefunden, so wird er sich auch für die anderen Fragen gewinnen lassen. —

Die heftigen Scenen, die Schwarzenberg dem Englischen Geschäftsträger, der ihm Palmerstons Weigerung, beim Bundestage zu accreditiren, anzeigte, werden Sie kennen, da Sie mir von Palmerstons Antwort (nur wenn sie einig seien wolle er anerkennen) schrieben. Da der Engländer begütigend hinzufügte: die Sache werde sich arrangiren, da ja dem Vernehmen nach die Einigung mit Preußen nahe bevorstehe, erwiderte Schwarzenberg brüsk: Wir sind weiter davon als je. In den letzten Tagen hat der Geschäftsträger dem F. Schwarzenberg ein Schreiben Palmerstons wegen der unga-

rischen Flüchtlinge überreicht. Schwarzenberg nahm's aus der Hand des Engländers und warf es ungelesen in jenes Gegenwart auf den Boden. Es sind das Lumpereien, aber zwischen Palmerston und Schwarzenberg. Besser scheinen die Dinge mit Frankreich zu stehen. Erstlich lassen die Sachen [sich] dort im Allgemeinen gut an; nach dem was ich darüber von bestunterrichteter Seite höre, ist an einer Verlängerung der Präsidentschaft gar nicht zu zweifeln. Damit schon werden Eventualitäten, auf die Radowitz rechnet, beseitigt. Ferner scheint man in Paris einzusehen, daß in den Deutschen Dingen eine richtige Politik Frankreichs nicht in einer Verbindung mit England, sondern mit Rußland liegt. So wenig man also vorangehen wird den Deutschen Dingen gegenüber, so entscheidend wird es sein, wie Rußland sich dazu stellt. So finden wir denn den Czaren immer und immer als arbiter Germaniae! Daß er es ist, ist außer Frage. Oesterreich kann in den Deutschen Dingen keinen Schritt thun ohne Russische Genehmigung; es muß dieser Genehmigung sicher sein, ehe es irgend einen Schritt thut, der weitere Schritte und am Ende den Krieg zur Folge haben könnte. Denn es kann den Krieg nicht machen, wenn ihm Rußland nicht Ungarn hält. Das weiß man in Berlin und daher diese Frechheit.

Daß ich auf das Verlangen Sr. Majestät wegen Erhöhung des Militär-Etats auf 2 % nicht würde eingehen können, konnten Sie sich wohl denken; es galt nur sich loszuwickeln; denn ich weiß, wenn man sich in solchen Dingen hingiebt, wird man ausgenutzt und weggeworfen. Daß ich mich ohne Instruktionen nicht zu einem Antrage berechtigt hielte, glaubte ich geradezu erklären zu dürfen, wenn das auch gewiß ungnädig aufgenommen worden. Indessen wird die Nachricht, daß Thun einen deßfallsigen Antrag stellen werde, wohl versöhnt, anderer Seits aber wahrscheinlich Anlaß zu neuen Differenzen mit Ihnen gegeben haben. In dieser Beziehung bemerke ich noch (namentlich mit Rücksicht auf das, was ich in meinem ablehnenden Französ. Berichte darüber gesagt habe), daß der Oesterreichische Antrag auf Erhöhung auf 2 % der Matrikel bei den andern Bevollmächtigten gar keine Schwierigkeiten finden wird; wie sie erklären, werden ihre Höfe darauf eingehen. Bis jetzt ist das Alles nur discursive beiläufig behandelt.

Ich werde in diesen Tagen den Comissions-Bericht wegen der Verwaltungs-Comission überschicken können, und bemerke noch, daß in einer gestrigen Sitzung des Ausschusses, wo derselbe definitiv geregelt wurde, Reinhard aufs Neue darauf zurückkam, man solle auf den Oesterreichischen Vorschlag eingehen, Oesterreich könne von seinem Wort nicht zurück u. dergl. m. Alles Privat-Politik Sr. Majestät von Würtemberg. Am Ende wurde Graf Thun ganz ärgerlich und holte ein ganz vertrauliches Schreiben

Schwarzenbergs hervor, Antwort auf einen Brief Thuns, worin der gegen den Vorschlag als ein Verlassen des Bundesrechts remonstrirt hatte. In der Antwort geht Schwarzenberg durchaus auf Thuns Räsonnement ein, er habe den Antrag so stellen müssen, wir hätten ganz freie Hand und in Anerkennung dessen, daß die Entscheidung nur von uns abhänge, hätte er sie auch sich bewahrt u. s. w. — Beiläufig bemerke ich noch, daß wir ein ganz gefährliches Element jetzt an Scherff besitzen. Im Haag speculirt man jetzt so entschieden auf die Auflösung Deutschlands, um sich seinen Theil davon zu nehmen, daß man Alles Mögliche gern thäte, diese Auflösung zu fördern. Seit Scherffs Rückkehr tritt das in überraschender Weise zu Tage.

Seien Sie nicht böse, wenn ich Sie noch mit einigen fast persönlichen Angelegenheiten behellige. Die Zeitung für Norddeutschland hat mich schon öfter als den L Correspondenten der Hannoverschen Zeitung bezeichnet (es ist dies Obermüller, der jetzt nach Cassel gegangen, um dort ein Blatt für Hassenpflug zu redigiren); in ihrer Nummer vom 6. oder 7. d. M. aber bezeichnet sie mich ganz direkt als Verfasser dieser Correspondenzen. Es würde mir das ziemlich gleichgültig sein, wenn nicht die letzten Artikel Notizen über den Preußischen Oberst Schlichting gebracht hätten, die ich ungern mir Schuld gegeben sähe. Die Redaktion der Hannoverschen Zeitung ist so nachlässig und pinselhaft, daß sie jene direkte Behauptung der Norddeutschen ruhig hat hingehen lassen. Reclamire ich jetzt, so muß ich eine Dummheit von Seiten der Redaktion der H. Z. erfahren, die mir neue Unannehmlichkeiten zuzieht. Dazu ist jetzt aber der L Correspondent von hier fort, ein Anderer wird die Correspondenzen fortsetzen. Könnten Sie, liebster Fr., da irgendwie rathen und helfen? etwa daß bei einer neuen mit L bezeichneten Correspondenz die Redaktion jene Behauptung der Norddeutschen vom 6. aufnähme und widerlegte? Seien Sie nicht böse, daß ich Sie mit dergleichen behellige, ich habe aber jetzt Niemanden dort.

Noch einige Fragen müssen Sie mir erlauben. — Hauptmann Marcard hört wiederholt von Hannover, er solle zurückgerufen werden, und wünscht nun gern zu wissen, ob das wirklich wahr. Ich halte es für unwahrscheinlich, weil es unklug sein würde eine Position aufzugeben, die — gleich von einem Preußen ausgefüllt werden würde. Können Sie nicht erfahren ob etwas daran ist? — Ferner: Die Redaktion der O.P.A. Zeitung drängt mich, ihr einen Correspondenten in Hannover zu empfehlen; sie wünscht sehnlich einen guten und will sogar honoriren; könnten Sie mir nicht Jemand nennen, der von Zeit zu Zeit, wärs auch lediglich Faktisches, berichtete? Würde Dr. Abeken es vielleicht übernehmen? Das Blatt ist sehr verbreitet und es wäre zu wünschen, daß die Sache in gute Hände

käme, deshalb bitte ich Sie, gelegentlich daran denken zu wollen. Dabei bemerke ich, daß Jürgens, der einige Tage hier war, um wegen seines 3. Theils Allerlei einzusehen und zu sammeln, gewiß nicht abgeneigt sein würde, die Redaktion der Hannoverschen Zeitung zu übernehmen, wenn deshalb bei ihm angefragt würde.

Ihr

D.

Nr. 253. Hannover, 13. September.

Obgleich wir uns hier noch immer im Status quo — ein im Palais aufgekommener Ausdruck — befinden, so kann ich doch nicht umhin, Ihnen, lieber Freund, einiges zu melden. In Schleswig schlägt man sich wieder; der status quo scheint dort unerträglich zu werden. Pechlin[1]) negociirt nun in Wien, um es zu erlangen, daß man Preußen mit der Execution der Bundesratification[2]) in Schleswig beauftrage. In Wien will man das nicht, wie es scheint. Ich weiß aber nicht, ob es nicht das Klügste wäre. Preußen fürchtet die Aufstellung einer nichtpreußischen Armee in Holstein ungemein, mit Recht. Es würde einen solchen Bundesauftrag schwerlich ablehnen, und damit wäre die Brücke gebaut. Preußen aber könnte auseſſen, was es eingebrockt. Bundescommissäre wollen die Dänen nicht, die wären aber jedenfalls nöthig, dem einen wie dem anderen, Dänen wie Preußen gegenüber.

Schlimmer noch lassen sich die Hessischen Dinge an. Wie Hassenpflug auf offenbar widerrechtlicher Basis mit der bloßen Militärgewalt gegen und ohne alle Behörden dort die Sachen in Ordnung bringen will[3]), verstehe ich nicht, und wohl Keiner. Ruhig ist alles, der Widerstand nur im Ungehorsam aller Behörden und in dem Verfahren der Gerichte. Diese muß er auch vernichten. Was bleibt dann? Wahrlich dieser Zustand macht Cassel zu einem Gift für jeden Theil, dem es sich anschließt, und ich möchte sehr wünschen, daß es zur Union gehörte. Die Preußen reiben sich dabei die Hände; aber kein Mensch kann sagen, was daraus werden soll, namentlich so lange diese Verfassung besteht, die nun einmal in sich selbst unhaltbar ist, von der man aber gutwillig nicht lassen will, auch der höchsten Persönlichkeit gegenüber schwerlich lassen kann. Man hat dort immer alles so

[1]) Geheimer Konferenzrath von Pechlin, dänischer Friedensunterhändler.

[2]) Die Ratifikation seitens der Unionsstaaten war inmittelst erfolgt. Die Ratifikation seitens des Bundestags erfolgte erst unter dem 30. September.

[3]) Da die Behörden die Ausführung der Verordnung vom 4. September als verfassungswidrig weigerten, erging am 7. September eine Proklamation, welche unter Berufung auf den Bundesbeschluß von 1832 für ganz Hessen den Kriegszustand verkündete und die Civilbehörden der militärischen Gewalt unterstellte.

auf die Spitze des Buchstabens getrieben, hinc inde, daß wirklich aus einem minderen Zwange auch nur absolute Willkür der Regierang hervorgehen kann.[1]) Nun hat Hassenpflug sich ja endlich nach Frankfurt gewandt. Aber was wollen Sie mit diesen Zuständen machen? Die Chausseeeinnehmer nehmen kein Chausseegeld, die Gerichte kein Stempelpapier, die verbotenen Zeitungen werden trotz versiegelter Pressen gedruckt u. s. w. Dauern kann das allerdings nicht; es muß irgendwie zur Gewalt umschlagen, aber ist damit geholfen? Und was soll der Bund dabei thun? — Das einzige, was zu thun wäre, bestände in Absendung von Commissarien; ob die aber etwas ausrichten könnten, das hängt von der Stellung der Dinge dort ab, die mir zu wenig bekannt ist. Vielleicht wäre es den Leuten recht, wenn irgend jemand die Brücke baute, um die äußere Ordnung herzustellen; aber dann die innere! — Es freut mich nur, daß der König jetzt gar nicht geneigt scheint sich zu übereilen.

Wir haben hier 3 Tage Krawall gehabt wegen Haynau,[2]) offenbar nur ein Mittel unserer Herren Mensching u. Co., um den Pöbel wieder auf die Beine zu bringen. Denn obwohl H. gestern früh abgefahren, hat man den Bengeln eingebildet, er sey noch hier. Es hat nun schon arge Prügel auf die Tumultuanten gesetzt. Heute wird aber wohl der Sache ganz ein Ende gemacht werden. Offenbar ist der Moment, Schleswig, Cassel, Wiedereröffnung des Bundestags, der revolutionären Parthei in ihrer Verblendung günstig erschienen, um Unfug zu erregen, womit sie doch gar nichts ausrichten können. Indeß ist der status quo dadurch wohl mit in eine andere Phase getreten. Es heißt jetzt, man wolle sich völlig aussöhnen. Bennigsen ist mit ausgesuchtester Feinheit — die zartesten égards für seine Mutter — behandelt, und was dem mehr; aber diese Monate haben denn doch an dem Vertrauen sehr gerüttelt. Ich habe mich überzeugt, und habe das offen erklärt: Ohne die völlige Unterstützung des Königs halte ich meine Stellung dem Adel gegenüber und meine Organisation für unausführbar. Das Mecklenburgische Verfassungsurtheil,[3]) das jetzt dazu kommt, macht die

---

[1]) Ausführlicher findet sich Stüves Ansicht von der rechtlichen namentlich aber der politischen Seite der hessischen Streitsache und den von beiden Seiten gemachten Fehlern entwickelt in dem von ihm geschriebenen Artikel an der Spitze der Nro. 221 der Hannoverschen Zeitung vom 17. September (ohne Ueberschrift). Die von Oppermann I. S. 301 citirten aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze geben eine ganz falsche Vorstellung von dem Inhalt dieses Artikels.

[2]) Feldzeugmeister Baron Haynau, vor einigen Monaten wegen Eigenmächtigkeiten in der Pacifikation Ungarns entlassen, berührte Hannover auf der Rückreise von London, wo er Gegenstand handgreiflicher Demonstrationen Seitens des Pöbels gewesen war.

[3]) Der Spruch des Schiedsgerichts, welcher die Verfassung vom 10. October 1849 für ungültig erklärte, war am 11. September ergangen.

Sache auch nicht leichter. Kurz ich ginge lieber nach Haus. — Wenn nur irgend Festigkeit wieder erlangt wäre, so wollte ich mich nicht grämen, daß meine Sachen noch nicht fertig werden; kenne ich doch ihre Mängel am Besten, ohne überall Hülfe zu wissen. — Auf der anderen Seite sehe ich aber klar die Unmöglichkeit einer anderen Verwaltung. Dazu kommt das Alter. Wer weiß, wie bald sich alles ändert, und wenn der Moment in etwas unsichre Zeit fällt, dann kann kaum ein andrer helfen. Nun sollten wir uns modificiren lassen, ich auf jeden Fall bleiben, darauf lasse ich mich gar nicht ein, um so weniger, als eigentlich es darauf herauskommt, Lehzen wegzubringen und Ed. Kielmannsegge zum Finanzminister zu machen, der durch seine Anlehen und Transactionen so befleckt ist, daß — abgesehen von allem andern — man nie mit ihm zusammenstehen kann. Daß A. Kielmannsegge[1]) einen ganz eigenthümlichen Succurs aus Brüssel mitgebracht, indem der alte Metternich den König bitten lassen: „um der Monarchie willen jetzt keine Reaction[2]) zu machen," wird Ihnen, wenn Sie es nicht wissen, nicht uninteressant zu hören seyn. Ich selbst bin dabei auch recommandirt und bin am Ende wirklich Metternichs Vetter, wie mir 1848 meine anonymen Correspondenten schrieben.

Alles das wäre zum Lachen, wenn nicht ein so ein bitterer Ernst im Grunde läge, und für mich noch die besondere Qual, mich in einem meiner ganzen Natur widersprechenden Hofleben abmühen zu müssen, ohne reellen Erfolg. Das ist schwer zu tragen, glauben Sie mirs. Es ist mir recht bitter eingegangen, so um bloßer Laune willen meiner Schwester nicht einmal ein Trostwort bringen, und meine nothwendige Küstenreise nun schon zum dritten male aufgeben zu müssen. Doch genug für heute. Leben Sie recht wohl.

Ihr

JGBS.

Nr. 254. Frankfurt, 19. September.

Ich habe über das, was uns jetzt zunächst und am Meisten drückt, die unselige Hessische Sache, ausführlich durch einen Courier, den Thun an Kreß schickt, geschrieben und will diese Gelegenheit dann noch benutzen, um Ihnen, th. Fr., den Empfang Ihres Briefes vom 14. [rect. 13.] anzuzeigen. — Was Sie mir von Ihrer Stellung sagen und dem Schmerzlichen, was sie Ihnen bereitet, so ist mir das wie ein Schwert durch die Seele gegangen. Und wo Trost dafür finden! Sie werden Ihre Last weiter tragen müssen: es ist nun eine lange Zeit hindurch so schlecht gegangen,

[1]) Der Gesandte in London.

[2]) In JGBStüve II. S. 149 Z. 5 v. u. ist versehentlich der Druckfehler „Revolution" stehen geblieben.

daß man nun auch einmal bald hoffen darf, das Thal zu sehen, das uns Eulenspiegel in seiner Philosophie versprochen hat. — In den dortigen Dingen scheint es mir, daß man von allen Seiten lavirt, was nun freilich ein sehr unerquicklicher Zustand ist. Des Succurses, den Kielmannsegge von Brüssel aus gebracht hat, habe ich mich gefreut, weil so vieles Pack auf jene Aussprüche von dorther so großen Werth legt. Die specielle Empfehlung Ihres Namens kommt vom Prinzen Emil von Hessen her. Daß Ihr Ministerium einer ganzen großen Clique, nicht bloß in Hannover, noch als revolutionären Ursprungs verhaßt ist, davon kommen mir von Zeit zu Zeit die lächerlichsten Beweise zu. In Rumpenheim liegen jetzt (testamentarischer Bestimmung gemäß) allerlei Hessische Fürstlichkeiten, auch die Prinzessin Louise von Decken [1]) und dergleichen mehr. Von dort hörte ich so allerlei, was mich sehr amüsirt, zumal man mich vorzugsweise zu den Revolutionären rechnet. Daß aber Hassenpflug der allerschlimmste, sehen diese Menschen nicht ein. Wie unverantwortlich leichtsinnig, temere et timide, der sein Spiel getrieben hat, ist kaum zu glauben. Offenbar haben die Herren, als der General Bauer sich den Polizei-Comissar Müller von der Bürgergarde arretiren ließ (was für halbe Maßregeln diese Ausnahme der Gerichte und Beibehaltung der Bürgergarde), gefürchtet, das Gericht werde auch ihre, der Minister, Verhaftung verfügen, die Bürgergarde dieselbe ausführen und das Militair, um nicht gegen die Verfassung zu verstoßen, diese dulden. Da sind sie weggelaufen und haben den Kurfürsten mitgezogen.[2]) Anders wenigstens kann ich mir's nicht erklären. Nun scheint Hassenpflug uns in seinen Bankrott verwickeln zu wollen. Ich hab erklärt: das was man als öffentliche Meinung ausgebe, genire mich nicht im Geringsten; aber uns ruiniren, ohne der Hessischen Regierung damit zu nützen, sei Unsinn. Erst solle diese darthun, wie wir ihr helfen könnten, wie sie das mit nur einiger Aussicht auf Erfolg benutzen werde, was wir thun könnten; dann eigentlich erst dürften und könnten wir auf die Sache eingehen. Leider sieht man in Wien die Sache wohl nicht ganz richtig an. Dort ist man wie ich glaube sehr gereizt, daß man sich mit dem 12. August das ganze fast schon gewonnene Spiel verdorben und nichts geerntet hat als die Ohrfeige vom 25. Aug.[3]) Daher soll die Sache gegen Preußen

[1]) Prinzessin Louise von Hessen, vermählt mit dem hannoverschen Generallieutenant Grafen von der Decken.

[2]) Der Kurfürst hatte am 13. Cassel verlassen, und war am 16. in Wilhelmsbad bei Hanau eingetroffen, wohin der Sitz der Regierung einstweilen verlegt wurde.

[3]) Die preußische Absage auf die Einladung vom 14. August zur Betheiligung an der Wiedereröffnung der Bundesversammlung war von diesem Tage datirt. Vgl. das Schriftstück und die begleitende Denkschrift, welche den preußischen Rechtsstandpunkt darlegt, Deutsche Chronik 1850, II. S. 66.

benutzt werden, — eine ganz hoffnungslose Sache, bei der nur Verlust herauskommen kann. Darum treibt man zum Handeln; zum Glück sieht Graf Thun einiger Maßen ein, wie verzweifelt die Sache steht, und wird daher mit großer Vorsicht vorangehen. In der Bundes-Versammlung wird es sich nur um die Frage handeln: sind die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni 1832 als „Ausnahme-Gesetze" im Jahr 1848 mit aufgehoben oder bestehen sie noch? Ich habe Gr. Bennigsen gebeten, mir über diese Frage die dortige Ansicht zukommen lassen zu wollen, und ich bitte Sie, liebster Fr., recht dringend, mir darüber recht bald Weisung zukommen lassen zu wollen. Könnte man nun Hassenpflugs Entlassung erlangen und vielleicht tüchtigen Ersatz für ihn finden (der in meinem Berichte genannte Herr von Butlar auf Evertsberg bei Fritzlar wird mir sehr gerühmt), so ließe sich die Sache vielleicht machen, indem die Beamten-Partei froh sein würde, durch Hassenpflugs Entlassung eine Brücke zu erhalten. Was ich um jeden Preis vermieden sehen möchte, ist, daß wir hier irgend etwas beschließen, was Hassenpflug publicirt und zur Basis neuer Maßregeln braucht, worauf dann die Hessischen Gerichte die ganze Frage von der rechtlichen Existenz der Bundesversammlung in den Kreis ihrer Cognition hineinziehen würden. Was Hassenpflug jetzt will, wie er weiter zu operiren gedenkt, darüber kann ich keine klare Antwort bekommen. Ich glaube er wird die Behörden soviel wie möglich nach Hanau und Wilhelmsbad pp. zu ziehen suchen; damit hofft er Cassel zu schrecken und zahm zu machen und zugleich die Behörden mürbe zu machen. Aber welch unwürdiges Treiben! Ich glaube auch, das Militär wird man meist hier in der Nähe zu concentriren suchen, um es mit der Person des Kurfürsten in Contakt zu halten, demnächst aber dasselbe dem Hannoverschen General oder dem Bundes-General wieder zu untergeben, um es so aus dem Conflikte zwischen den beiden Eiden, dem dem Kurfürsten und dem auf die Verfassung geleisteten, herauszuziehen. Man scheint Seitens des Kurfürsten sehr die Ernennung Halketts[1]) zu wünschen, so höre ich von Thun, da ich selbst mich diesen Hessischen Dingen soviel wie möglich fern zu halten gesucht habe.

In der Dänischen Sache ist endlich etwas von Wien gekommen, — aber was? Wir sollen vorläufig nur ratificiren. Die Interventionsfrage wird inzwischen in Wien verhandelt. Ich habe noch nicht darüber an Gr. Bennigsen geschrieben, weil Thun es mir nur ganz beiläufig mittheilte. Die Comission, die am 2. Sept. eingesetzt war, ohne bis heute irgend etwas zu thun, wird nun zu arbeiten anfangen.

---

[1]) General der Infanterie, im Jahre 1848 Oberbefehlshaber der Truppen des 10. Armeecorps in den Herzogthümern.

Was macht denn Herr von Falcke[1]) in Hannover? Da die Zeitungen meldeten, Kielmannsegge würde nicht wieder nach London zurückkehren, hab ich mir gedacht, der König würde Falcke dorthin schicken. — Daß Sie statt Kreß einen andern Oesterreichischen Gesandten bekommen, ist auch ein Gewinn; Kreß ist ein alter fauler Intriguant, der neue wird hoffentlich gute Instruktionen bekommen; ich höre aber Kreß will in Hannover wohnen bleiben und da würde er fort intriguiren. Hier treibt sich jetzt der ..... Graf Blome auf Salzau herum, Platens Schwiegersohn, Gönner der Niedersächsischen Zeitung u. s. w. Er hat mich auch verschiedentlich aufgesucht, offenbar um mich auszuforschen, ich kenne den ..... aber.

Ihr

D.

Nr. 255. Hannover, 19. September.

Morgen, lieber Freund, will ich nach Osnabrück, von wo ich etwa am Dienstag oder Mittwoch zurückkehre. Meine Reise nach Ostfriesland ist mir wieder verdorben. Die Tage sind schon zu kurz und in meiner jetzigen Ungewißheit kann ich auf keinen Fall als Minister das Land bereisen. Mich wurmt das mehr, als man denken sollte. Nun muß ich meine unerläßliche Osnabrücker Reise machen, und vielleicht ists auch gut, einmal ein Paar Tage ganz heraus zu kommen. — Was den Gedanken über Schwarzenbergs eigentliche Pläne angeht, den Sie mir neulich aussprachen, so werden Sie aus den Wiener Berichten gesehen haben, wie diese Sache sich dort gestaltet hat. — Ob Pechlin für sich allein, auf Anlaß Rußlands oder Preußens gehandelt hat, ob die Antwort wirklich so zurückhaltend gewesen, muß man dahin gestellt seyn lassen. — Jetzt ist die Antwort über die „freien Conferenzen" nach Berlin abgegangen; gänzlich abweisend, und auf das Bundesrecht provocirend, wie man aus Wien schreibt. Aus Berlin haben wir die Nachricht über den Inhalt noch nicht.[2]) — Dagegen ist Hr. v. Sydow voller Eifer, Preußen und Hannover in der Hessischen Schmiere auf gleichen Grundsätzen zu finden. — Einstweilen scheint dort Alles noch im völligen Dunkel zu liegen.

Mich hat aber Ihr letzter Bericht über die Hessische Sache erschreckt, da Sie da die Anerkennung der Schlüsse vom 28/6. 32 in Aussicht

[1]) Der ehemalige Cabinetsminister war vom Könige berufen, um in der Ministerkrisis Rath zu ertheilen (v. Hassell, II. 1. S. 129), starb aber dort am 20. September.

[2]) Die oesterreichische Antwort vom 15. September auf die preußische Note vom 25. August, in welcher unter Ablehnung der Einladung zum Bundestage der Weg der freien Vereinbarung als der einzig für Preußen gangbare bezeichnet wurde; Deutsche Chronik, 1850 II. S. 89.

ſtellen, — das darf nimmermehr geſchehen. — Ich bin nie ein ſo großer Gegner dieſer Schlüſſe geweſen, weil ſie am Ende nur eine Interpretation der W. S. A. ſind. Allein ſie ſind aufgehoben. Das iſt ein wahrer Gewinn, daß man dadurch das Bundesrecht wieder auf den Zuſtand von 1820 zurückgebracht hat, und dieſen Vortheil dürfen wir nie aufgeben. — Es muß auf andere Weiſe für Ruhe und Ordnung geſorgt werden, als durch die Lüge, daß ſie nicht aufgehoben ſeyen. Dies gehört zu den Dingen, die ich meinestheils nimmermehr aufgeben werde. Ebenſo ſchlimm iſt die Erhöhung des Bundescontingents. Dieſe Sache wird den Conflict mit S. M. ſofort erneuern, wenn er jetzt eingeſchläfert würde.

Daß man im Haag auf die Trennung Deutſchlands ſpeculire, ließ ſich ſchon im Frühling aus den dortigen Depeſchen ſehr klar entnehmen. Zerreißen möchte uns freilich jeder und es wundert mich gar nicht, wenn Scherff in dieſem Sinne arbeitet. Nehme ich alles zuſammen, ſo iſt die Hoffnung auf eine irgend erträgliche Entwicklung, auf eine Durchführung des Rechts jetzt geringer als jemals; ich habe große Sorge.

Ihre Zeitungsſachen hätte ich gern in Ordnung gebracht. Es hat ſich aber die Gelegenheit nicht finden wollen, der Nordd. dieſen Schlag ungeſucht beizubringen. Ich wills aber nicht vergeſſen. —

Ueber Marcards Rückberufung weiß ich nichts, glaube es auch nicht, obgleich ja in den Militärſachen das Schickſal herrſcht. — Abeken[2]) kann ſehr wohl für die O.P.A.Z. ſchreiben. Er hat ſich von allen derartigen Sachen zurückgezogen, und arbeitet blos Statiſtik; aber auf einen Wunſch thut ers. — Jürgens hat mir heute geſchrieben. Mancherlei von Intereſſe.

Und nun leben Sie wohl. Ich habe noch allerlei zu ordnen.

Ihr

JCBS.

Nr. 256. Frankfurt, 23. September.

Ich empfange eben Ihren Brief vom 20. [rect. 19.], der mir Ihre Abreiſe nach Osnabrück meldet, wozu ich von Herzen Glück wünſche. Das Neueſte und Traurigſte, den Beſchluß in der unſeligen Heſſiſchen Sache,

---

[2]) Herrmann Abeken, jüngſter Sohn von Stüves Lehrer und Freund B. R. Abeken, Direktor des Rathsgymnaſiums in Osnabrück, war von Stüve zur Leitung des von ihm im Jahre 1848 begründeten ſtatiſtiſchen Büreaus berufen und mehrfach publiziſtiſch thätig geweſen.

wollen Sie aus der beiliegenden Abschrift meines gestrigen Berichtes [1]) ersehen. Die Sache wird einen schlimmen Sturm erregen, wohl zuerst in Darmstadt, dann so weiter. Sonst nichts Neues — als was Sie mir ja auch schon schrieben, die Ablehnung der freien Conferenzen Ich glaube man muß die Hoffnung, zu einem auch nur einigermaßen geregelten Zustande zu gelangen, durchaus aufgeben. Preußen wird für den 15. Oct. eine Verlängerung des Provisoriums erlangen und suchen, in seiner Weise fortzufahren, die Revolution als Grund zu brauchen, um ihm das Wild ins Garn zu jagen. Die Hessische Sache zerstört die Keime zu einer Cristallisation auf dem Boden des Rechtes, die in der B. Versammlung lagen, vollständig und so fällt denn Alles auseinander; — giebts irgend einen Anstoß, wird Preußen via facti weiter vorschreiten und Oesterreich das ruhig geschehen lassen. —

Ihr

D.

Anlage zum Brief vom 23. September.
Detmolds Bericht an Graf Bennigsen.

Nr. 257. Frankfurt, 22. September.

Ew. Hochgeboren beehre ich mich über eine gestern, den 21., stattgehabte Sitzung der Bundes-Versammlung zu berichten — wahrlich schweren Herzens —; denn der Gegenstand dieser Sitzung war die Kurhessische Angelegenheit.

Ew. Hochgeboren werden aus meinen letzten Berichten über die Thätigkeit der Bundes-Vers. wissen, daß die von Kurhessen gestellten Anträge, — die auf eine Billigung des von der Kurhessischen Regierung innehaltenen Verfahrens, namentlich auf eine Anerkennung der Basis dieses Verfahrens, der fortwährenden Validität der Bundes-Beschlüsse vom 28. Juni 1832 hinausgingen —, an einen aus dem General v. Xylander, Geh. Legations-Rath v. Reinhard und Staatsrath v. Linde bestehenden Ausschuß zur Begutachtung verwiesen worden waren. Der Ausschuß erklärte sich gestern zur Berichterstattung bereit, worauf denn Graf Thun sofort eine Sitzung anberaumte.

Ehe ich auf diese Sitzung selbst übergehe, muß ich ein Factum erwähnen, welches ich bereits in meinem französischen Berichte an des Königs Majestät vom gestrigen Tage gemeldet habe. Der Legations-Rath v. Thile,

[1]) S. die Anlage; das Protokoll der Bundestagssitzung vom 21. September findet sich in extenso abgedruckt in Nro. 248 der Hannoverschen Zeitung vom 18. October. Es enthält die ausführlichen Vorträge, welche im Namen der betreffenden Ausschüsse von dem Gesandten für Liechtenstein über die hessische Sache, von dem K. sächsischen Gesandten über die Ratifikation des dänischen Friedens erstattet wurden.

Kgl. Preußiſcher Geſchäftsträger in Caſſel, kam am 20. hier in Frankfurt an, verfügte ſich ſofort nach Wilhelmsbad zum Kurheſſiſchen Miniſter des Auswärtigen, Legations-Rath von Baumbach, und erklärte demſelben: „Preußen werde, wenn der ſogenannte Bund die Kurheſſiſche Sache in die Hand nehmen wolle, dies für unſtatthaft halten und auf keine Weiſe dulden.“ [1]) Herr von Baumbach hatte hinterher dieſe Erklärung ſchriftlich gefordert, was Herr v. Thile aber verweigerte. Möglich indeſſen, daß man ſich Preußiſcher Seits doch noch zur ſchriftlichen Abgabe dieſer Erklärung entſchließt, wenigſtens glaubt der Ruſſiſche Geſchäftsträger, wie er mir mittheilte, dies aus einigen Aeußerungen Preußiſcher Diplomaten vermuthen zu müſſen.

Dieſe Preußiſche Erklärung, die mit der eigenen Note des H. v. Schleinitz vom 25. Aug. in geradem Widerſpruche ſtand [2]), daher als eine um ſo größere Anmaßung erſcheinen mußte, verwickelte die ohnehin ſo ſchwierige Sachlage noch mehr. Waren mehrere Mitglieder der Verſammlung, wie auch namentlich ich, (gegen die vom Wiener Cabinet mehrfach wiederholte Aufforderung zum Einſchreiten in die Heſſiſche Angelegenheit), der Anſicht geweſen: die Bundes-Verſammlung ſolle die Heſſiſchen Angelegenheiten noch einſtweilen ihrer eigenen Entwickelung überlaſſen, indem bislang der Moment ihres Einſchreitens noch nicht gekommen ſei, — ſo mußten jener Preußiſchen Erklärung gegenüber alle Bedenken gegen die Schwierigkeiten einer Behandlung der fraglichen Angelegenheit zurücktreten: die Sache lag vielmehr ſo, daß die Bundes-Verſ. nun faſt nur noch die Wahl ihrer Todesart hatte, ob ſie an dem in Folge der Preußiſchen Erklärung zu beliebenden Nichtsthun, oder an den in Folge des Oeſterreichſchen Drängens zu ergreifenden Maßregeln zu Grunde gehen wolle. Unter dieſen Umſtänden entſchied man ſich für das Letztere, für Einſchreiten in die Heſſiſche Sache, da hierfür wenigſtens mehr Chancen des Succeſſes erſchienen, als für eine Befolgung der Preußiſchen Drohung, und auch weil man nur auf dieſe Weiſe das Wiener Cabinet in ſeiner Stellung zu den Deutſchen Dingen befeſtigen zu können glaubte, während man durch ein Vonderhandweiſen der Heſſiſchen Angelegenheit jene ohnehin ſo wankende Stellung noch mehr gelockert haben würde.

Nun war aber das Schlimme, daß alles und jedes Handeln in der Kurheſſiſchen Sache zunächſt auf eine Anerkennung der Baſis hinausgehen

---

[1]) Vgl. die Weiſung an den Geſchäftsträger vom 21. September, Deutſche Chronik 1850, II. S. 92.

[2]) Inſofern den von der frankfurter Verſammlung etwa zu faſſenden Beſchlüſſen die Wirkſamkeit von Uebereinkünften zwiſchen den daran Theilnehmenden und innerhalb des Kreiſes derſelben nicht beſtritten wurde.

mußte, auf welche die Kurheſſiſche Regierung bei ihrem zum Theil unverantwortlichen Verfahren ſich geſtützt hatte, nämlich der Verpflichtung der Stände-Verſammlung zur Steuer-Bewilligung. Der Kurheſſiſche Bevollmächtigte lehnte alles und jedes Einſchreiten der Bundes-Verſ., das nicht dieſen Ausgangspunkt nähme, als die Verwickelungen noch vermehrend, mit größter Entſchiedenheit, ja Heftigkeit ab.

Damit wurde denn die Frage: ob die Bundes-Beſchlüſſe vom 28. Juni 1832 zu den am 2. April 1848 aufgehobenen „Ausnahms-Geſetzen“ zu rechnen ſeien? der eigentliche Kern der ganzen Verhandlung.

Ich übergehe die Details der volle ſieben Stunden, von Vormittags 11 Uhr bis Abends 6 Uhr dauernden Verhandlungen. Wenn von der einen Seite, namentlich von mir, geltend gemacht wurde, wie gefährlich es ſei, jetzt behaupten zu wollen, daß die Beſchlüſſe vom 28. Juni 1832 nicht mit unter den „Ausnahms-Geſetzen“ gemeint geweſen, die am 2. April 1848 aufgehoben, wie eine ſolche Behauptung altes und neues Mißtrauen neu entzünden werde u. ſ. w., ſo ward von der andern Seite angeführt: daß bei Aufhebung der „Ausnahmsgeſetze“ von jenen Beſchlüſſen von 1832 nicht die Rede geweſen ſei (ſo wenig freilich, wie von anderen derartigen Beſchlüſſen), daß dieſe Beſchlüſſe aber, namentlich die sub 1 u. 2 hauptſächlich in Betracht kommende Interpretation der Art. 57 u. 58 der Schluß-Acte eben als authentiſche Interpretationen in keiner Weiſe zu den „Ausnahms-Geſetzen“ gerechnet werden könnten u. ſ. w. Indeſſen über allen Gründen, die von hüben und drüben vorgebracht wurden, ſtand die herbe Nothwendigkeit, die einen Beſchluß verlangte, und zwar gerade einen ſolchen, wie man ihn ungern gab.

Daß bei der Lage der Dinge nicht von Inſtructions-Einholung die Rede ſein konnte, verſtand ſich von ſelbſt, obgleich namentlich ich anfangs den Verſuch machte, dieſen Geſichtspunkt, gegenüber der geforderten Anerkennung der fortdauerden Rechtsgültigkeit der Beſchlüſſe von 1832 zur Geltung zu bringen. Ich darf in dieſer Beziehung zur Rechtfertigung meines Votums noch das bemerken: daß, ſollte überall ein Beſchluß zu Stande kommen, bei der eben ausreichenden Stimmenzahl keine einzige Stimme ſich ausſchließen durfte. Dabei mußte es mir, der ich mehr als irgend ein anderes Mitglied der Verſammlung dem zu faſſenden Beſchluſſe opponirte, auffallend erſcheinen, daß Bevollmächtigte anderer conſtitutionellen Regierungen, wie z. B. der Kgl. Bayerſche, K. Sächſiſche, K. Würtembergſche, Großherzl. Heſſiſche Geſandte, viel weniger Bedenken bei der Sache hatten als ich, während ſie ſonſt bei denjenigen Fragen, wo ſie ſich oder ihre Regierungen dem Vorwurfe reactionärer Gelüſte auszuſetzen fürchten, über die Maßen ängſtlich ſind, mehr als ich es von meinem Standpuncte

aus in den einzelnen Fragen für nöthig halten konnte. Wenn der Würtembergsche und Großherzl. Hessische Bevollmächtigte auf einen Beschluß, der die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse vom 28. Juni 1832 anerkannte, hindrängten, so ließ sich das bei dem Zustande des Königreichs Würtemberg und des Großherzogthums Hessen erklären: beide Bevollmächtigte kämpften gewissermaßen pro domo, wie ja denn in der Stände-Versammlung zu Darmstadt bereits der Antrag auf Steuerverweigerung gestellt ist; — aber bei den Bevollmächtigten von Bayern und Sachsen waren solche Gründe ihrer Abstimmung nicht anzunehmen, und dennoch hatten beide nur geringe, wenigstens ungleich geringere Bedenken gegen den geforderten Beschluß, als ich.

Unter diesen Umständen habe denn am Ende auch ich diesem Beschlusse schweren Herzens zugestimmt.

Der Beschluß, in welchem man eine Anerkennung der noch fortdauernden Rechtsgültigkeit der ganzen Beschlüsse vom 28. Juni 1832 möglichst zu umgehen und diese Rechtsgültigkeit nur auf das, was darin als „authentische Interpretation" gelten kann, zu beschränken suchte, lautet also:

„Die Bundes-Versammlung, in Erwägung, daß nach dem Geiste der Grundgesetze des Bundes sowohl als auch nach positiven Bundes-Beschlüssen, insbesondere nach der authentischen Interpretation der Art. 57 u. 58 der Wiener-Schluß-Acte, wie sie in dem Bundesbeschlusse vom 28. Juni 1832 sub 1 u. 2 enthalten ist, den Landständen ein Recht zur Verweigerung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern in keiner Weise zustehe, daß demnach kein Beschluß von Landständen, welcher eine solche Steuerverweigerung direct oder indirect enthält, die Ausübung des landesherrlichen Besteuerungs-Rechtes hemmen könne — in fernerer Erwägung, daß in Kurhessen der Fall der Steuerverweigerung vorliege, auf welchen die Art. 25 u. 26 der Wiener Schluß-Acte zur Anwendung kommen müssen, — beschließt:

1. die Kurfürstl. Hessische Regierung wird aufgefordert, alle einer Bundes-Regierung zustehenden Mittel anzuwenden, um die ernstlich bedrohete landesherrliche Autorität im Kurfürstenthum sicher zu stellen;

2. die Kurfürstl. Hessische Regierung wird zugleich ersucht, ungesäumt der Bundes-Vers. die in dieser Beziehung von ihr zu ergreifenden Maßregeln, sowie deren Erfolg anzuzeigen;

3. die Bundes-Vers. behält sich vor, alle zur Sicherung oder Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes erforderlich werdenden Anordnungen zu treffen."

Es war Absicht und wäre — namentlich der oben erwähnten Preußischen Erklärung gegenüber — von Wichtigkeit gewesen, als 4. Punkt hinzuzufügen:

„daß die Bundes-Verſ. die Regierungen von Bayern und Hannover erſuche, für mögliche Fälle des Bedürfniſſes die angemeſſene Truppenzahl in Bereitſchaft zu halten.“ Allein der K. Niederländiſche, Großherzl. Luxemburgſche Geſandte ſtimmte dieſem 4. Punkte nicht bei, obgleich er keinen Anſtand genommen hatte, in der vertraulichen Sitzung vom 12. d. einen ganz gleichen Beſchluß zu faſſen. Er war auch nicht zu bewegen, ſeine Zuſtimmung zu den Beſchlüſſen unter 1, 2 u. 3 von der Ablehnung des 4. Punctes zu trennen, ſuchte vielmehr durch eine Ablehnung des 4. Punctes von ſeiner bereits gegebenen Zuſtimmung zu den Beſchlüſſen sub 1—3 wieder los zu kommen. Da nun aber gerade dieſer Beſchluß — Bereithaltung einer materiellen Bundeshülfe — der Preußiſchen Erklärung gegenüber von größter Bedeutung erſchien, ſo wurde das Auskunftsmittel getroffen, daß dem Protocolle noch die Notiz einverleibt wurde: die Bevollmächtigten von Bayern und Hannover hätten die Anzeige gemacht, daß ſie das in der vertraulichen Sitzung vom 12. dieſes Monats geſtellte Erſuchen der Bundes-Verſ. um Bereithaltung militäriſcher Bundeshülfe ihren Regierungen einberichtet hätten.

Damit wurde nach einer ſiebenſtündigen Verhandlung die Angelegenheit erledigt.

Wenn ich gleich kaum erwarten darf, daß Königliche Regierung mein Verhalten in dieſer Sache gutheißen wird, ſo habe ich gleichwohl unter den obwaltenden Umſtänden ſo handeln zu müſſen geglaubt, wie ich gethan. Meine Weigerung, zu dem Beſchluſſe mitzuwirken, würde natürlich auch die Weigerung anderer Bevollmächtigten nach ſich gezogen haben und ſomit jeder Beſchluß vereitelt worden ſein.

Neben der Heſſiſchen Angelegenheit kam in dieſer Sitzung, jedoch nur ganz kurz und ohne Verhandlung, die Schleswig-Holſteinſche zur Sprache. Am 19. oder 20. iſt nämlich ein Courier aus Wien mit der Weiſung an Graf Thun angekommen: die Frage von der Ratification des Friedens vom 2. Juli d. J. von der Frage der Pacification der Herzogthümer zu trennen und mit der Ratification raſch voranzugehen. Demnach hat der zur Begutachtung dieſer Angelegenheit in der Sitzung vom 2. Septbr. niedergeſetzte Ausſchuß ſeinen Bericht erſtattet, der auf Ratification des Friedens unter einer Verwahrung wegen Art. IV des Friedens-Vertrages geht, wegen der behuf der Pacification der Herzogthümer aber zu ergreifenden Maßregeln Anträge vorbehält, bis — (was freilich der Bericht nicht ſagt) dazu die Materialien vom Wiener Cabinet vorgelegt worden. Die Verſammlung hat Inſtructions-Einholung, auf Dringen des K. Däniſchen Herzogl. Holſtein-Lauenburgſchen Bevollmächtigten, binnen allerkürzeſter Friſt beſchloſſen, und habe ich daher an Ew. Hochgeboren die

gehorſamſte Bitte zu richten, mich wegen dieſer Angelegenheit mit Inſtruction baldmöglichſt verſehen zu wollen. Den Bericht kann ich leider in dieſem Augenblicke noch nicht beilegen, ich füge aber Abſchrift des vom Wiener Cabinet vorgelegten Formulars der Ratifications-Urkunde bei, welchem der vom Ausſchuſſe auf Ertheilung der Ratification geſtellte Antrag ſich ganz genau anſchließt, nur daß in dem Ausſchuß-Antrage auf Dringen des K. Niederländiſchen Geſandten ſtatt der Worte „Geſetzgebung des Bundes“ (am Schluſſe der Pièce) beliebt worden iſt „Geſetze und Rechte des Bundes“.

Mit der ausgezeichnetſten Hochachtung pp.

gez. Detmold.

G. P. S.

Den eben bei mir eingehenden Ausſchußbericht beehre ich mich hierneben beizufügen und verharre ut in litteris humillimis.

gez. Detmold.

Nr. 258. Hannover, 27. September.

Mit recht ſchwerem Herzen nehme ich heute die Feder, lieber Freund, um Ihnen über den unglückſeligen B.T.Schluß vom 21. zu ſchreiben. Lange Zeit hat mich nichts ſo ſchwer getroffen als dieſe Nachricht, die mich vorgeſtern bei meiner Rückkehr hieher bewillkommte; es war mir wie ein körperlich empfangener Schlag. Und daß Sie zu dieſer verderblichen, zweckloſen Lüge haben zuſtimmen können, das ſchmerzt mich am meiſten. Bis dahin hatte ich gehofft, meine hieſige Rolle mit halber Ehre zu Ende ſpielen zu können. Dieſer Schlag raubt mir die letzte Hoffnung. Ich nenne den Schluß eine Lüge, das iſt er. Sehen Sie nur das Regiſter zu den B.T.Protocollen s. v. Ausnahmsgeſetze. — Sehen Sie die Geſchichte jenes Beſchluſſes in den Protokollen des Vorparlaments vom 2. April in den Reden von R. Blum, Uhland, Hecker. [1]) Ihnen kann kein Zweifel übrig bleiben. — Ich nenne dieſe Lüge zwecklos, denn ſie hat, wie ſie da im

[1]) Vgl. dieſelben bei Jucho, Verhandlungen des deutſchen Parlaments. Erſte Lieferung S. 101 ff. Dem ſtürmiſchen Verlangen der Vorparlaments entſprechend beſchloß auf den Antrag der freien Städte:

daß, da die ſeit dem Jahre 1819 erlaſſenen ſogenannten Ausnahmsgeſetze des deutſchen Bundes unter veränderten Umſtänden bereits allenthalben außer Wirkſamkeit getreten, dieſelben auch von Seiten des deutſchen Bundes förmlich als aufgehoben und beſeitigt zu erklären ſeien,

noch am ſelben Tage (2. April) die Bundes-Verſammlung:

daß die gedachten beanſtandeten Ausnahmsgeſetze und Beſchlüſſe für ſämmtliche Bundesſtaaten aufgehoben, mithin als bereits völlig beſeitigt zu erachten ſeien.

Eingange ſteht, gar keinen anderen Zweck, als dem elenden Haſſenpflug dieſe Niederträchtigkeit abzunehmen und ſie den ſämmtlichen theilnehmenden Regierungen aufzubürden. Es iſt das ein ſo trauriges Beiſpiel der Sucht, auch das Schlechteſte, das eine Regierung gethan, gut zu heißen, daß die Beſchlüſſe in unſerer Sache vom Jahre 1839 dagegen verſchwinden. Verderblich aber iſt dieſe Lüge, weil ſie nicht nur den Bund Preußen gegenüber unhaltbar macht (habe ich Sie nicht gewarnt, daß Heſſen ein Gift ſey, welches den vernichte, der ſich damit befaßt?), ſondern weil ſie auch die ganze Bundesſache unwiederbringlich in die ſchlechteſten Bahnen der Zeit von 1819—48 wieder hineinzieht. — Wie wollen Sie noch Recht handhaben, wenn Sie ſo der Lüge Haſſenpflugs nachgegeben? Wie wollen Sie auf Bundesgericht dringen, wenn Sie damit angefangen, ſo in den einzelnen Fall — nicht etwa zum Schutz des Beſitzes, ſondern ſelbſt bundeswidrig, zu Ordnung innerer Verhältniſſe einzugreifen? — Wie wollen Sie die Legislatur des Bundes beſſern, wenn Sie damit anfangen, für Ihre Verſammlung ſelbſt die geſetzgebende Gewalt zu erſchleichen, ſollte man ſagen. — Sie wiſſen, welche Vorſchläge Preußen zu Wien gemacht: „keine Rede von Volksvertretung, damit ja der Bund nicht populär werde, aber die Möglichkeit populärer Union". — Wie arbeiten Sie dem in die Hände! — Es ſchmerzt mich nun doppelt, daß ich Sie nicht noch ernſtlicher gedrängt, Ihrerſeits eine Garantie für die Zwecke der Bundesreform zu geben, die nur allein Darmſtadt am 8/8. angeſprochen hat.[1]) Wir ſind um die ganze Frucht der letzten Jahre in dieſem Augenblicke gebracht, und wenn ich jetzt von aller öffentlichen Thätigkeit los wäre, doppelt und dreifach wollte ich die Stunde ſegnen.

Wir werden Sie wohl hieher rufen müſſen, um einmal ernſtlich die gefahrvolle Lage der Dinge zu beſprechen.[2]) Denken Sie auf einen Subſtituten, der ſich ausdrücklich verbindet, lediglich ad referendum zu nehmen. Man wird ja gezwungen, auf Garantien zu denken. Ob wir noch etwas nützen können, indem wir das praeambulum Ihres Schluſſes als thatſächlichen Irrthum zurückweiſen, iſt die Frage. Jedenfalls wird es nun unerläßlich: 1) auf deutliche poſitive Bezeichnung der Zielpuncte der

[1]) In der Sitzung der Plenar-Verſammlung am 7. Auguſt hatten die meiſten Bevollmächtigten ſich damit begnügt, die Erklärung des Präſidiums: der Kaiſerliche Hof verpfände ſein Wort, daß ſeinem Antrage nicht die Abſicht zu Grunde liege, zu den früheren Zuſtänden und Formen als letztem Zweck zurückzukehren, zu acceptiren, derjenige Darmſtadts jedoch die ausdrückliche Erklärung hinzugefügt: der Großherzog betrachte eine ſtarke Bundesregierung, ein Bundesgericht und die Berufung von Vertretern der Nation zur Theilnahme an der Berathung über die wichtigſten Intereſſen als die Baſis der den Anforderungen der Nation entſprechend feſtzuſtellenden Bundesverfaſſung.

[2]) Dies geſchah. Vgl. hierüber und wegen des weiteren JCB Stüve, II. S. 438.

Reform des Bundes zu bringen und 2) die Spezification der aufgehobenen Ausnahmsgesetze aufzustellen — was längst hätte geschehen sollen — und, wenn beides nicht zu erreichen, sich von einer Versammlung loszusagen, die so damit anfängt, Recht und Wahrheit zu momentanen Zwecken zu beugen. Gott weiß, was daraus noch werden wird; aber daß das Schlechteste werden muß, wenn wir auf diesen Wegen gehen, das ist ganz gewiß. Daß meine Collegen denken wie ich, werden Sie aus der in meiner Abwesenheit verfaßten Instruction ersehen haben. Auch der König hat die Sache mit Verwunderung und, so viel ich weiß, Mißbilligung aufgenommen.

Von meinem Aufenthalte in O. habe ich wenig gehabt; meine Gesundheit ist angegriffen. Ich muß mich sehr in Acht nehmen. Hier sitzen nun Landdrost Bülow, Ober-Appellationsrath v. Rössing und Lindemann in Commission, um uns zu critisiren — wollte Gott, uns zu ersetzen.

Daß Hassenpflug, ad instar Hrn. v. Schele im Jahre 1839, den trefflichen Beschluß sogleich publicirt hat, wissen Sie ja auch. — Nun bitte ich Sie, denken Sie ernstlich auf Heilmittel dieses großen Uebels. Es wird geschnitten werden müssen. Dazu finden Sie uns durchaus bereit, sobald nur unsere Stellung fest ist. Daß aber diese Sache in eine solche Crisis fällt, ist ein neues Probestück, wie schlimm diese Schwankungen uns treffen. — Hätten wir doch lieber Hessen den Preußen Preis gegeben. — Es wäre besser als so.

Doch ich muß abbrechen. Leben Sie recht wohl.

Ihr
JCBS.

Nr. 259. Frankfurt, 18. October.

Wie wirs in Hannover erwarteten, haben die 3 Potentaten[1]) in Bregenz sich ins Feuer hinein geredet. Man ist ganz fest und entschieden und will Preußen mit allen unbegründeten Ansprüchen auf das schärfste zurückweisen. Die Stimmung ist entschieden kriegerisch; vielleicht will man jetzt nur das Preußische Mittel gegen Preußen brauchen und fast scheint es, als ob es hülfe; denn die letzten Berliner Artikel lauten ungemein milde. Daß Oesterreich die Kurhessische Frage ausersehen, um in ihr die ganze Deutsche auszutragen, hatte ich richtig erkannt; denn die Instruktionen, die von Bregenz gekommen sind, gehen dahin, um jeden Preis die Kurhessische Frage festzuhalten und in ihr auf dem Wege des Bundesrechts bis zum Äußersten vorzugehen. Der Bundestag aber soll Alles machen, Alles

[1]) Von Oesterreich, Bayern und Württemberg. Hierüber und über die zwischenzeitliche Entwicklung vgl. v. Sybel, I. S. 424 ff.

entſcheiden, Oeſterreich iſt nur ein Mitglied wie die anderen; dies ſind offenbar Conceſſionen, die Schwarzenberg gemacht hat. Über den Plan, den man verfolgen will, hab ich im Einzelnen nichts vernommen, Thun verſichert, er wiſſe ſelbſt noch nichts davon und habe nur die Mittheilung erhalten, daß, ſobald Schwarzenberg nach Wien zurück ſein würde, an die in Bregenz nicht vertreten geweſenen bundestreuen Regierungen ausführliche Mittheilungen ergehen. Daß Bayern die Executive gegen Kurheſſen allein übernehmen wolle, falls Hannover die Bundespflicht weigere, werden Sie aus meinen Berichten erſehen haben. In München ſcheint man überhaupt Hannover nicht eben mit freundlichem Auge zu betrachten, — wie denn überhaupt die Stellung jetzt dieſem brüskirenden Verhalten gegenüber peinlich wird. Ich habe mit Thun und Rechberg verſchiedene Unterredungen über die im Falle eines Krieges ſo unſelig ſchwierige Stellung Hannovers gehabt; ſie haben mich aber immer auf den ſichern Schutz Oeſterreichs verwieſen, über welchen eben in jenen in Ausſicht geſtellten Eröffnungen über die Bregenzer Conferenzen Genaueres und Beruhigendes enthalten ſei. Ich glaube noch immer nicht an Krieg; aber man muß doch die Möglichkeit einmal ins Geſicht faſſen und da muß ich geſtehen, daß mir graut. Schließt Hannover ſich Preußen an, ſo wird Preußen bei der erſten Gelegenheit Frieden ſchließen, es hat ja dann an Hannover das, was es haben wollte, und Oeſterreich und die Süddeutſchen werden dieſem dann wahrlich nicht helfen. Hält Hannover aber zum Bundestage, zu Oeſterreich und Bayern, ſo fängt Preußen mit der Occupation von Hannover an. Das hab ich Thun pp. entgegengehalten, die aber behaupten, von Sachſen her werde Oeſterreich mit einem ſolchen Choc anrennnen, daß Preußen gar keine Truppen für Hannover zu verwenden haben werde, wenn dieſes nur nicht gleich gutwillig ſich füge. Ob Neutralität möglich ſein wird, wenn es zum Kriege kommt, iſt eine Frage. Jedenfalls müßte dieſe Neutralität nicht bloß in London und St. Petersburg, ſondern auch in Wien negociirt und anerkannt werden, ſchießlich in Berlin nicht minder. — Wie der eigentlich in Bregenz verabredete Plan lautet, weiß ich noch nicht; hauptſächlich will man mit der Heſſiſchen Sache operiren, in Heſſen einrücken. Rückt dann Preußen gleichfalls ein, ſo wird man, wie ich vermuthe, Execution gegen Preußen beſchließen und Oeſterreich damit beauftragen. — Ich habe Thun dringend um mögliche Mäßigung erſucht, womit er mich aber feſt zurückweiſet: Hannover habe ja am entſchiedenſten immer das Bundesrecht und nur das Bundesrecht reclamirt. Ich habe ihm vorgeſchlagen, den Kurfürſten einen Brief an den Kaiſer von Rußland ſchreiben zu laſſen, worin dieſer im Voraus ankündigt, daß er die Garanten der Verträge von 1815 zum Schutz ſeines Rechts auffordern werde, wenn

Preußen in Heſſen einrücke. Ich hab auch ein ungefähres Ding der Art geſchrieben, womit Thun heute nach Wilhelmsbad iſt; ich ſchicke Ihnen wohl mit nächſter Gelegenheit Abſchrift davon; ich zweifle nicht, daß der Kurfürſt darauf eingeht. Dann hab ich vorgeſchlagen, dem Kurfürſtlichen Geſandten in Berlin eine Erklärung in die Taſche zu ſtecken, worin die Kurfürſtliche Regierung ankündigt, ſie habe Bundeshülfe nachgeſucht und werde dieſe erhalten, daneben aber ausſpricht, daß, wenn Preußen einrücken laſſe, der Kurfürſt die Garanten der Verträge von 1815 anrufen werde.

Ich kann mir denken, wie dieſe drohende Peripetie der Deutſchen Dinge die dortige Criſis verwickeln und die Löſung erſchweren wird. Hoffentlich ſind Sie, liebſter Freund, und Ihre Collegen nunmehr erlöſt; wer Ihre Nachfolger ſein werden, darauf iſt man hier ſehr geſpannt. Die Wendung iſt um deßwillen ſo bedenklich, weil die neue Verwaltung zunächſt unter dem Drucke des Momentes und der immer brennender werdenden Fragen faſt zunächſt nur für die nächſte Frage gebildet werden muß, die Unterſuchung alſo, ob Jemand im Übrigen dazu tüchtig, beinahe in den Hintergrund treten muß. Über die dortige Entwickelung der Dinge hörte ich gern etwas von Ihnen.

Der Ihrige
D.

Noch eins, die Sache wegen der Intervention in Heſſen wird hier mit der größten Heimlichkeit behandelt. Um allen Verdacht abzulenken und Conflikte in Caſſel zwiſchen dem treugebliebenen Militär und den andern möglichſt hinauszuſchieben, wird die öffentliche Meinung von Wilhelmsbad mit Gerüchten über beabſichtigten Miniſterwechſel genährt. Wahrſcheinlich werden auch bald Gerüchte von Hinneigen zur Union dazu kommen. Aber an der Entlaſſung und Erſetzung Haſſenpflugs wird wirklich ganz ernſtlich gearbeitet.

Ich lege das Concept des Briefes an den Czaren bei, weiß und glaube freilich nicht, daß es ſo bleibt.

Nr. 260. Hannover, 21. October.

Eben erhalte ich Ihr Schreiben vom 18. durch E. S. und antworte darauf für heute nichts. Statt deſſen gebe ich Ihnen eine kurze Geſchichte der Tage ſeit Ihrer Abreiſe. Am 12. hatte Rex gedroht zu abdiciren, wenn kein Miniſterium zu Stande komme. Münchhauſen hatte es alſo übernommen, mit Lindemann, Jacobi[1]), Röſſing, Th. Meyer und Bülow

[1]) General-Adjutant.

ein ſolches zu bilden. Allein Langenau[1]) war ſchon am 13. ſehr beſorgt dieſerhalb, und am 14. zeigten die HH. an, daß ſie keinenfalls Truppen an der Heſſiſchen Gränze aufſtellen würden. Dazu wollte Bülow nicht die Finanzen übernehmen; es war von Francke die Rede, der ein Piepmeier erſter Sorte iſt, und Jacobi war die Entlaſſung vom militäriſchen Fahneneide verweigert, ohne die Verantwortlichkeit unmöglich iſt. — Der König gab nun die Bildung eines neuen Miniſterii auf, war am Dienſtag und Mittwoch krank, jedoch nicht ſehr, da der Großherzog von Oldenburg hier war. — Am Donnerſtag ließ er uns durch Münchhauſen ſchreiben: die Kriſis müſſe aus ſeyn, er wolle das Militär reduciren, die Organiſation durchführen; Jacobi ſolle Kriegsminiſter ſeyn, und wir wieder wie früher vortragen. — Münchhauſen war von der Aufregung ganz ruinirt nach Aplern gegangen. — Wir hielten bei der Unbeſtimmtheit der Äußerungen nothwendig, Bedingungen zu ſtellen, die ungefähr in der Ihnen ſchon aus unſeren Geſprächen bekannten Weiſe, aber eher milder als ſchärfer geſtellt ſind, wie ich ſie wohl ausgeſprochen. Dieſe ſind am Sonnabend mitgetheilt, aber im höchſten Grade übel aufgenommen. Es ſind dabei die Conceſſionen vom Donnerſtag zum Theil abgeläugnet, ſo daß die ganze Nothwendigkeit jener Bedingungen mehr als klar geworden iſt, wenn wir auch nur 3 Tage operiren ſollten. Dazu iſt Bennigſen beleidigt, und das wird in einer nicht der Wahrheit gemäßen Form aller Welt erzählt. Schriftliche Antwort haben wir noch nicht. Jetzt iſt Schele hier, — der aber, wie ich höre, ſelbſt den Bundestag für unberechtigt hält. Er hatte ſich 1848 gänzlich Frankfurt unterworfen. Und der Finanzdirector Kielmannsegge. Ob die helfen, muß man ſehen. Es iſt ſehr ſchlimm, daß in dieſem Moment das Land keine Regierung hat. Aber wir *können* und werden keine Schritte thun, die irgend eine Verantwortung tragen. Langenau iſt fortwährend täglich im Palais und regt durch Thunſche Schreiben noch mehr auf. Dadurch wird Öſtreich ſich hier im Lande gänzlich alle Sympathieen entziehen und in Zukunft gar keine Selbſtändigkeit mehr möglich bleiben. Denn das mag man doch ja nicht vergeſſen, daß unſer Adel, — auf den Öſtreich allein rechnen könnte (außer etwa den weſtphäliſchen Katholiken), mit jedem Tage *Preußiſcher* wird. So arbeitet alles an der Grube, in die wir ſtürzen müſſen.

Wie ich höre, hat Schele Aufträge, wahrſcheinlich einmal wieder Rath zu geben, womit wir die Zeit verſpillen, in der zu handeln wäre. Von den Bregenzer Separatverträgen ſind uns flüchtige Mittheilungen über Dresden geworden. Mögen die Dinge zum Erträglichen führen.

Ihr
JCBS.

[1]) Generalmajor von Langenau, ſeit 29. September öſterreichiſcher Geſandter in Hannover.

Nr. 261. Frankfurt, 24. October.

Ich empfange eben Ihren Brief vom 21., der mir die traurige Nachricht bringt, daß sich dort noch immer keine festen Zustände gestalten. Ich habe in den letzten Tagen keine Berichte geschickt, theils weil wenig zu melden gewesen wäre, theils weil ich der Post wegen einigermaßen besorgt war. Man hat noch immer keinen Befehl zum Einrücken gegeben, Graf Thun und der widerwärtige Graf Rechberg, der jetzt hier liegt (er hat wie ich höre, seine Ernennung zum Posten in Constantinopel erhalten, ein Sieg über Prokesch und Beweis der besonderen Gunst Schwarzenbergs für ihn) thun zwar, als liege davon alle Schuld an der im entscheidenden Augenblick mangelnden Cooperation Hannovers; — ich glaube mich aber nicht zu täuschen, wenn ich den wahren Grund davon in Wilhelmsbad suche, wo man hin und her schwankt und wahrscheinlich in diesem Augenblicke hofft, ohne Intervention fertig zu werden oder vielmehr Preußen nicht zu brüskiren. Preußen läßt, wie ich höre, heute in Hessen einmarschiren, vorläufig nur auf den Etappenstraßen, von dem Einmarsch der Bayern aber höre ich noch nichts. Mag sein, daß die Sache weiter ist, als ich vermuthe, weil ich absichtlich in den letzten Tagen mich sehr zurückgezogen habe, — aber ich glaube obige Vermuthung von dem Schwanken in Wilhelmsbad ist richtig. Schon vor 8 Tagen hab ich dem Grafen Thun auf dessen Wunsch das Material zusammengestellt zu einer Proclamation des Kurfürsten in Betreff der Bundeshülfe und zu einer Note des Kurhessischen Ministeriums an das Berliner Cabinet über denselben Gegenstand; — als ich gestern wie beiläufig nach diesen beiden Piecen fragte, waren dieselben noch um Nichts gefördert; will man (in Wilhelmsbad) aber den Einmarsch, so müssen diese Piecen voraufgehen. Läßt die B. Versammlung wirklich einmarschiren, so fürchte ich den Einmarsch der Preußen nicht, d. h. sie werden wohl einrücken lassen, aber sie machen sich nur selbst lächerlich damit, — außer wenn sie gleich auf die einrückenden Bundestruppen schießen. Das werden sie aber nicht wollen, und da frag ich denn, was sie in Hessen wollen? Sie wollen den Bundestag hindern, acte d'autorité zu machen; läßt er aber einrücken und schickt einen Bundes-Commissär, so können die Preußen das nicht hindern. Wollen sie selbst pacificiren d. h. die Autorität des Kurfürsten wiederherstellen? aber der Kurfürst will sie ja nicht; ihre Autorität wird ja nirgend anerkannt; die treu gebliebenen Behörden und Unterthanen weigern ihnen den Gehorsam; die ihnen gehorsamen löst das Ministerium auf oder ruft sie nach Hanau. Auf Seite der Renitenten [sich] zu stellen, werden sie sich bedanken. Ich glaube, daß die Erwägung dieser Schwierigkeiten sie auf den richtigen und gefährlichen Gedanken gebracht hat, in Wilhelmsbad unter der Hand zu negociiren und daß dadurch die

Schwankungen entstanden sind. — Eine große Verlegenheit bereitet auch der Civil-Commissär. Graf Thun wünschte den Grafen Rechberg dazu zu ernennen: das scheint von Wien aus oder vom Grafen Rechberg refüsirt zu sein; in Darmstadt (wohin Thun heute ist) scheint man auch Niemanden finden zu können, und so ist die Verlegenheit groß. Dagegen ist man über den F. Thurn-Taxis, der die Tage her hier war und der die Bairischen Interventions-Truppen commandiren wird, sehr zufrieden; er hat die Absicht, mit soviel oder wenig Truppen, wie er im Augenblick des Marschbefehls zur Hand hat, in Hessen einzumarschiren, dieselben als fliegendes Corps auf Cassel zu schieben und nur der übermächtigen Gewalt zu weichen.

Gestern sind Depeschen aus Wien gekommen wegen der Schleswigschen Sache; zugleich hat Bülow die Ratifikations-Urkunde erhalten, (die er ohne Zweifel längst hatte, mit der er aber nicht vorgehen wollte, bis er zugleich Aussicht auf das Inhibitorium hatte), und die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden wird nun Morgen erfolgen. Dänischer Seits wird dabei die Anwesenheit des L. Cowley als Repräsentanten der vermittelnden Macht gewünscht und Cowley ist auch von Palmerston dazu ermächtigt; es fragt sich nun und wird überlegt und beschlossen werden, ob man Cowley, der ja beim B. T. nicht accreditirt ist, zuläßt oder nicht. Vermuthlich wird es geschehen, um so mehr, als ohne Zweifel dem Inhibitorium gleich die Anerkennung Seitens Rußlands folgen wird. Dieses, das Inhibitorium, wird wohl noch in dieser Woche beschlossen werden; ich kann natürlich nur erklären, daß ich ohne Instruktion bin. Soviel ich bis jetzt weiß (erst heute Abend werde ich Näheres erfahren), wird eine Aufforderung an die Statthalterschaft gefordert, zur Einstellung der Feindseligkeiten und Auflösung der Armeen, unter Verpflichtung der Dänen, hinter der Eider zu bleiben, dann Abschickung eines Commissars. Wen aber dazu ernennen? Der König hatte den Landdrosten von Bülow dazu vorschlagen lassen in Wien, — glauben Sie, daß der dazu paßt? Ich habe ihn einmal gesprochen am Tage vor meiner Abreise; er hat mir nicht den Eindruck gemacht, als ob er zu einer solchen Stelle paßte. Aber wen? wäre Bothmer statt in Carow irgendwo in der Welt, wo er abzulangen wäre, so würde ich den vorschlagen. Wissen Sie Jemand? — Die Erlassung des Inhibitorii wird nun überall, namentlich aber in unserem Lande sehr gegen den Strich gehen, — aber man wird über diesen Graben springen müssen, um diese unselige Kette am Beine endlich loszuwerden. Es ist nicht ohne Grund, daß die Gothaer Parthei, da sie sonst in Hannover keinen Boden gewinnen konnte, [dieses] zum Hauptschauplatz der Agitation für Schleswig gemacht hat. — Charakteristisch ist, daß hier Niemand an den Krieg glauben will, so ernsthafte Anstalten auf den beiden Seiten gemacht werden. Daß Oester-

reich endlich dem Dinge ein Ende machen will, ganz ernſtlich will, bezweifle ich nicht; denn die Revolution hat ſeit einem Jahre wieder ſehr viel Terrain gewonnen, weil Preußen eine Conſolidirung der Deutſchen Zuſtände hindert. Entwiſcht der Kurfürſt von Heſſen, ſo wird man den Strauß in der Schleswigſchen Sache zu Ende zu bringen ſuchen.

Haben Sie in dieſem Augenblicke noch Zeit und Luſt zu einem anderweitigen Intereſſe, ſo möchte ich Sie bitten, Entwürfe anzuſehen, die Ihr Landsmann Kreling für die Dekoration des Theaters eingeſchickt hat. Es iſt dazu ſo eine Art Concurs eröffnet worden, indeß mit unglaublich kurzer Friſt, was auch vermuthen ließ, daß die Sache wohl ſchon im Voraus abgekartet ſei. Mir kam das Ausſchreiben obendrein verſpätet zu, und ſo ſchickte ich's Kreling, als die Friſt ſchon bis auf wenige Tage abgelaufen war. Der aber iſt ſo produktiv, daß er, wie er mir ſchreibt, doch noch Entwürfe eingeſchickt hat. Es iſt ein Menſch von enormem Talent, und ich möchte wohl wiſſen, ob ſeine Arbeiten irgend Chancen des Succeſſes haben. Hörten Sie wohl einmal darüber irgendwo ins Haus? Wie es mir ſcheint will Oeſterley [1]) den Verdienſt nicht gern an Andere überlaſſen, vielmehr höchſtens mit dem Sohn von Laves [2]) theilen — da wäre denn ein ſo bedeutender Concurrent wie Kreling unbequem. [3])

Hätten Sie vielleicht die Güte, das was Sie in obigen Mittheilungen für mittheilenswerth erachten, Sr. Majeſtät und dem Miniſterio vorzulegen, da ich der Poſt wegen nur das Nothwendigſte berichten werde?

Ihr getreueſter
D.

Nr. 262. Hannover, 26. October.

Meinen beſten Dank für die Mittheilung vom 24., von der der nöthige Gebrauch gemacht werden wird. Uebrigens kann ich Ihnen melden, daß heute unſere Entlaſſung unterzeichnet iſt; und zwar hat das Scheiden nicht auf die freundlichſte Weiſe ſtattgefunden. Unſere Nachfolger Münchhauſen, Lindemann, Röſſing, Meyer, Jacobi — einen Finanzminiſter hat man nicht — beginnen mit einer Politik der Halbheit, die nach meiner Meinung gänzlich unhaltbar iſt. Sie dienen blos dazu, einem Miniſterium der gänzlichen Reaction eben durch ihre Schwäche den Weg zu bahnen. Ich habe ihnen das offen ausgeſprochen. Einſtweilen aber wird Ihre Stellung dort nicht leichter, wenn man Sie nicht ganz zurückzieht. Da-

[1]) Hofmaler und Profeſſor. — [2]) Oberhofbaudirektor, Erbauer des Theaters.
[3]) Der Auftrag wegen der Deckengemälde wurde Kreling ertheilt und von ihm ausgeführt.

neben wird man aber freilich Knyphausen und Platen in Function lassen, oder letzteren durch den eben so schwarzgelben Kielmansegge ersetzen. So hört man wenigstens, begreiflich ist mir das alles selbst nicht.

Wahrlich für uns persönlich ists ein großes Glück, aus dieser widerwärtigsten aller Situationen erlöst zu seyn, und das in einem Moment, wo die widerwärtigsten Fragen zu lösen sind. Wir hätten das versuchen müssen, und es ist eigentlich sehr dumm von unseren Gegnern, daß sie uns nicht daran erst noch uns haben ruiniren lassen. Vielleicht — wenn man ihnen soviel Klugheit zutrauen darf — war das der Plan bei der quasi Versöhnung vom 17. und darauf berechnet das Schmieren der Nieders. Zeitung, das sich in die gemeinste Schimpferei verkehrte, als der Plan gescheitert war, was uns denn noch zu guter letzt zu einer Klage gegen dieses Blatt genöthigt hat.

Verzeihen Sie die Flüchtigkeit dieser Zeilen. Gründlich zu schreiben habe ich für den Augenblick weder Lust noch den Stoff; ich wollte Sie nur einiger Maßen in Kenntniß setzen, daß hier nur eine andere Verwirrung eingezogen ist, und dazu ist mein Schreiben wohl im Stande.

So wird denn unser Zustand dem des übrigen Deutschlands immer homogener, und am Ende wird sich, wills Gott, alles in völliger Harmonie auflösen.

Leben Sie wohl. Ihr
JGBS.

Ich denke Dienstags von hier zu gehen, also antworten Sie mir hieher nicht. Wahrscheinlich schreibe ich Ihnen noch.

Nr. 263. Frankfurt, 1. November.

Zuerst, theuerster Fr., meinen herzlichsten Glückwunsch, daß Sie aus einer Situation erlöst ist, von deren Widerwärtigkeit und Unhaltbarkeit ich früher keinen Begriff hatte, bis ich dieselbe dann aus eigener Anschauung kennen lernte — so daß ich sicher das Recht habe, nun, da jene Situation gelöst ist, zuerst mich zu freuen, daß Sie befreit sind, und Ihnen Glück dazu zu wünschen. — Dann hätte aber auch die Klage ihr Recht, sofern diese überall ein Recht in politischen Dingen hat, da sie sich ja am Ende doch nur auf den allgemeinen Jammer reduciren würde, daß die Menschen und die Dinge so sind, wie sie sind, und nicht besser und vernünftiger. Höchstens könnte man noch fragen, wie Ihr Verhältniß zum Könige Angesichts der neuesten Wendung geworden wäre, die in den Deutschen Dingen bevorsteht. Indessen diese Probe wird sich wohl an Ihren Nachfolgern machen. Diese — so sehr ich den aufopfernden Patriotismus der

Männer ehre, die die ſchwere Aufgabe übernommen — ſind eine rechte Strafe für die Partei, die Sie zu ſtürzen ſuchte. Nach innen geht das neue Miniſterium die Wege ſeiner Vorgänger, aber ohne deren Mittel; — nach außen wird es lange nicht ſo weit gehen, als das alte, das jener Partei nicht weit genug ging. In dieſer Charakteriſtik liegt auch ſeine Geſchichte. Gehen die Dinge ſchlecht — nun, wenn der Himmel einfällt, ſind alle Spatzen todt; gehen die Dinge gut, wird's eine Zeitlang von den Ereigniſſen und den alten von ſeinen Vorgängern gebahnten Geleiſen getragen und wird dann eines ſchönen Morgens einem Junker-Miniſterium Platz machen, d. h. wenn der König das Alles erlebt. Wie der Kronprinz ſich zu den Dingen ſtellen wird, ſcheint überall noch ſehr dunkel. Aber erzählen will ich Ihnen doch, daß, als ich am Abend vor meiner Abreiſe von Ihnen zum Kronprinzen geholt wurde, dieſer mir ſagte, es ſei hauptſächlich aus Neugierde geſchehen. Als er von Altenburg zurückgekommen (den Nachmittag), habe der König ihm erklärt: er habe ſich entſchloſſen, das Miniſterium zu entlaſſen; als der Kronprinz ſich darüber verwundert, habe der König geſagt: ich hätte ihn dazu beſtimmt, und ihn überzeugt. Davon wolle er nun von mir die Gründe hören. Ich nahm keinen Anſtand, mich offen auszuſprechen: dies Miniſterium ſei das Beſte, was der König und das Land je finden könnten; wie die Dinge ſich aber durch des Königs Verhalten zu dieſem Miniſterium geſtellt, müſſe ich der Anſicht ſein, daß das ſchlechteſte Miniſterium beſſer ſei als dieſes. Denn es geſchehe jetzt nichts, die Autorität der Regierung ſchleife im Drecke; Hannover, das über ſeine Kräfte hinaus Autorität beſeſſen, verliere dieſelbe ganz; hauptſächlich aber hätte ich zu der Entlaſſung gerathen, um der Männer ſelbſt willen, die in einer ganz unhaltbaren Stellung ſich aufreiben; ob denn das Land an ſolchen Männern ſo reich ſei, daß es dieſe in ſolcher Weiſe aufgeben könne? ich hätte dazu gerathen um ſeinetwillen, um des Kronprinzen willen, um ihm dieſe Männer zu erhalten u. dgl. m. Dieſen letzten Gedanken hat der Kronprinz nun in der allertrefflichſten Weiſe arripirt. Überhaupt hat er einen entſchiedenen und guten Eindruck auf mich gemacht, vor Allem ſein Drang nach Klarheit. Doch von all dem ein ander Mal!

Wir ſtehen an einer entſcheidenden Wendung — das iſt keine Frage. Das künſtliche und lügenhafte Gebäude des Herrn von Radowitz bricht an allen Ecken zuſammen; es iſt ganz merkwürdig, wie auf einmal von allen Seiten die Stimmen ſich erheben, aus Wien, Warſchau, Paris, London, Carlsruhe, ſelbſt Frankfurt. (Was letzteres betrifft, ſo iſt hier eine Wendung eingetreten, die mich, der ich ſeit $2^1/_2$ Jahren hier bin und ſehr eingewohnt bin, hoch erfreut: nachdem hier ſeit März 48 Demokraten

und Gothaer in den ſtädtiſchen Dingen komplet geherrſcht und den unglaublichſten Unſinn angerichtet, haben die neueſten Wahlen zu der (entſcheidenden) Geſetzgebenden Verſammlung ein Reſultat gehabt, das man ſich kaum träumen laſſen konnte; ſie ſind faſt zu konſervativ ausgefallen; die Wendung iſt, was das erfreulichſte, aus den untern Ständen hervorgegangen.) — Oeſterreich will entſchieden das Bundesrecht. Was ich ſchon im December 49 ahnte und was ich ſeitdem immer und immer wieder erblickte, iſt mir jetzt ganz zweifellos — der heilloſe Einfluß, den Kübeck geübt. Kübeck hat dem Dualismus in Wien das Wort geredet; Kübeck hat immer und immer wieder abgehalten, wenn Schwarzenberg ſich auf den Boden des Bundesrechts ſtellen wollte; das hat mir Rechberg zugegeben, das geht ſelbſt aus Wiener Zeitungs-Artikeln hervor. Wie dieſe melden, hat er ſich malcontent auf ſeine Güter zurückgezogen. Schwarzenberg aber erklärt, er wolle das Bundesrecht und nur das Bundesrecht. Schlimm, daß man jetzt ungleich kräftigere Mittel anwenden muß, als vor 3 Monaten dazu nöthig geweſen wären. Indeſſen an den Krieg glaubt kein Menſch. Wie ich Ihnen wohl geſagt habe, Oeſterreich will auf dem Gebiete der Heſſiſchen Angelegenheit die ganze Deutſche Frage zur Entſcheidung bringen — dieſer Gedanke wird auf das entſchiedenſte feſtgehalten. Der König von Preußen hatte einen eigenhändigen Brief an den Kaiſer von Oeſterreich geſchrieben und dringend gebeten, ein gemeinſchaftliches Arrangement der Heſſiſchen Sache annehmen zu wollen, da Preußen ein anderes nicht zugeben könne. Eine geſtern hier aus Wien angelangte Depeſche Schwarzenbergs meldet: dieſer Brief ſei, „wie natürlich", ablehnend beantwortet, vielmehr die ganze Entſcheidung allein dem Bundestage überlaſſen. Die Depeſche meldet zugleich von erneuerten und beſchleunigten Märſchen Oeſterreichiſcher Truppen, desgl. daß der Kaiſer am 29. aus Warſchau zurückgekehrt ſei, wo die Oeſterreichiſche Politik die allerentſchiedenſte Billigung und Unterſtützung gefunden, und von wo aus die ſchärfſten Erklärungen in dieſem Sinne nach Berlin gegangen. Die Berliner Zeitungen läugnen letzteres auch nicht — und zugleich ſtürzen dort die Fonds! Es glaubt auch dort Niemand an den Ernſt der Drohungen, und ſo wenig konſtitutionell man auch von Herzen dort iſt, ſo wird man doch am Ende finden, daß die im Conſtitutionalismus gegebene Form für die nothwendig gewordene Wendung, eine Änderung des Miniſteriums, ihre großen Bequemlichkeiten habe. Erklärt man von Berlin aus, namentlich nach einer ſolchen Aenderung, ehrlich ſich einigen zu wollen, ſo wird Oeſterreich die Conferenzen gewiß gleich zugeben, die dann neben dem Bundestage beſtehen; letzterer würde dann die dort gefaßten Beſchlüſſe ſanctioniren. Das wäre die Brücke für beide Theile, — aber

über das Weſen müßte man vorher einig, in materieller Hinſicht vollkommen einverſtanden ſein. — Daß es in Kurheſſen zu einem Conflikte kommen werde, glaub ich nicht. Die Bayern, Graf Rechberg als Civil-Commiſſar, rücken heute 10000 Mann ſtark in Heſſen ein, zunächſt auf Hanau, von wo eine Colonne Morgen auf Fulda weiter marſchirt. Zu gleicher Zeit werden wohl die Preußen nach Caſſel pp. einrücken. Dann fragt's ſich, wie weiter? Entweder man erklärt das hier für Bundesbruch und erkennt Execution gegen Preußen — oder (das iſt eine Anſicht, die ich bis jetzt aber nur noch allein vertrete) man ignorirt dieſes Faktum, giebts an eine Commiſſion, die zögert pp., fährt aber im Pacifications-Werk fort, ohne ſich von den Preußen hindern zu laſſen; dieſe kommen dadurch in eine fatale und ganz unhaltbare Poſition. Würtemberg hat geſtern einen Offizier geſchickt und unaufgefordert 18000 M. angeboten, die ſofort mobil gemacht und, unter die Befehle von Thurn-Taxis geſtellt, den Bayern ſich anſchließen ſollen. — Schlimmer aber liegt die Schleswigſche Sache. Radowitz' Note nach Copenhagen vom 17. Oct. werden Sie aus den Zeitungen kennen: er will für Aufrechterhaltung des Friedens, nun derſelbe perfekt geworden, ſorgen, aber durch ein Arrangement, woran Preußen beteiligt iſt; ein Preußiſcher, ein Oeſterreichiſcher und ein Däniſcher Commiſſar ſollen in Hamburg zuſammentreten und ein Abkommen finden. Dafür ſtellt er dann zugleich einen 6monatlichen Waffenſtillſtand in Ausſicht. Dänemark will dieſen um jeden Preis, wird alſo eine ſolche Offerte nicht ablehnen können; die andern Mächte werden ſie unterſtützen. Eine Pacifikation von Seiten des Bundes, den Dänemark angerufen, würde unendlich lange dauern und eine Maſſe Schwierigkeiten finden. Hier liegt eben der Europäiſchen Complikation wegen eine große Gefahr. Mich ſoll wundern, wie man ſich jetzt in Hannover zu dieſer Sache ſtellen wird. In der Heſſiſchen werden, wie man mir meldet, Inſtruktionen für mich vorbereitet, zugleich eine Miſſion nach Wien über dieſe Sache, vermuthlich Kielmansegge, nach der Andeutung Ihres Briefes.

Ich adreſſire den Brief nach Osnabrück und ſchreibe unfrankirt, wie früher das zwiſchen uns Sitte war und das bequemſte iſt. Werden Sie in Osnabrück bleiben oder (wie die Zeitung für Norddeutſchland andeutete) eine Reiſe machen?

Der Ihrige

D.

Die Wendung in Carlsruhe iſt zunächſt durch folgende Thatſache hervorgerufen. Als der Prinz von Preußen zuletzt dort war (Anfang October), ſprach er mit dem Großherzog über die von Preußen für den 15. Oct. zu machenden Vorſchläge und ſprach ſich ebenſo kurz als taktlos

gegen denſelben dahin aus: „Über die Vorſchläge, die wir am 15. machen werden, habe ich mit Klüber ausführlich geſprochen, der Ihnen davon reden wird.“ Die Großherzogin, die ſchon lange vergebens auf eine Wendung hingearbeitet hatte, zu der dem Großherzog ſtets der Muth gefehlt, ſchickte nun einen Courier an Rüdt, der ſich zufällig in Paris befand und citirte den. Als Klüber nun zum Großherzog kam, um ihm von den Preußiſchen Vorſchlägen zu reden, empfing ihn der auf das allerreſervirteſte. [1])

Ich füge noch die neueſten Nachrichten bei. Die Bayern ſind heute 1¼ Uhr Mittags in Hanau eingerückt, das Hauptcorps iſt gleich auf der Straße nach Fulda zu weiter marſchirt. Ein Brief von Prokeſch meldet von der Wirkung und dem Eindruck der neueſten Ruſſiſchen Erklärungen in Berlin. Radowitz iſt mit Stockhauſen nach Sansſouci gefahren, um die Mobiliſirung der ganzen Preußiſchen Armee vom König zu fordern, iſt aber krank zurückgekehrt. Eine Depeſche des Bairiſchen Geſandten in Berlin meldet, daß Radowitz nur noch freie Conferenzen ad modum der Wiener von 1820 fordert; ſobald dieſe zugeſtanden, werde Preußen, um, was darin beſchloſſen worden, durch den Bundestag zu ſanktioniren, ſeinen Platz in der B. Verſammlung einnehmen.

Nr. 264. Hannover, 6. November.

Laſſen Sie mich mit wenig Worten den Empfang Ihres nach Osnabrück gerichteten Briefs anzeigen, lieber Freund. Ich bin vom 29.—4. ſehr heiter und glücklich bei meinen Freunden [2]) geweſen; aber hier drückt eine ſchlechte Luft auf mich; es ſind lauter Schwächen und Halbheiten, die man treibt. Das ganze Weſen dreht ſich um kleine Kunſtgriffe, mit denen man die Zuſtimmung zu dieſem oder jenem erreicht. Das geht ſo lange es kann. Die Junker betrachten das Miniſterium als einen bloßen Uebergang und haben Recht. Als Curioſum melde ich, daß Kielmansegge Zimmermann mit nach Wien genommen hat, um ihn hier nicht mit Platen zuſammenkommen zu laſſen! — Alles das macht mir einen traurigen Eindruck; ich werde mich freuen, fort zu ſeyn. Wie ich höre, erwartet S. M., daß man ſich melde. Da ich aber nicht hoffähig mehr bin, werde ich es nicht thun; es iſt immer meine Regel geweſen, in ſolchen Etiketteſachen ſehr ſtreng zu ſeyn; man ſteht ſich am beſten dabei, wenn man die Füße da wegläßt, wo man riskirt, darauf getreten zu werden. Uebrigens bin ich noch zweifelhaft, ob ich wieder in die Ständeverſammlung komme. Die Stellung dort würde dieſem Miniſterium gegenüber eine ſehr epineuſe ſeyn. Man kann es nicht unterſtützen und ebenſo wenig Oppoſition machen.

[1]) Die plötzliche Entlaſſung des Miniſters Klüber und deſſen Erſetzung durch den früheren Geſandten in München, Freiherrn von Rüdt, erfolgte am 25. October. — [2]) In Jena.

Gestern ist Oberstlieutenant von Manteuffel, Flügeladjutant des Königs v. Preußen, mit einem eigenhändigen Briefe hier angekommen. Den Inhalt kenne ich nicht. Aber diese Preußen meinen noch immer, dem Bundestag können sie unmöglich wieder beitreten. Die Einigung mit Östreich geben sie für abgeschlossen aus. Es sey unmöglich, daß Preußen sich einem anderen Directorio unterwerfe, nachdem es 16 Millionen in den Bund gebracht. — Die Aufnahme von ganz Östreich (die sie selbst zugestanden) erdrücke Deutschland. Läugnen können sie dabei nicht, daß ihr System zu nichts führe als zum Dualismus und dieser zum Zwiespalt und zur Entscheidung Rußlands. Sie bedürfen Frieden, um ihre inneren Verhältnisse, ihre Verfassung zu befestigen, wobei sie einsehen, daß die unbedingte Abhängigkeit der Preuß. Politik von der Person des Königs keine Garantie gebe, die dem übrigen Deutschland Vertrauen einflößen könnte. Es ist ihnen daher sehr unangenehm, daß man hier das Ausscheiden von Radowitz [1]) als einen Eingang zur Reaction gegen die Verfassung anzusehen scheint. — In Hessen legen sie großes Gewicht darauf, daß sie die Hand auf dem Schatze des Kurfürsten haben, darüber dieser in Todesangst seyn werde. Mehr Sorge macht ihnen Holstein, zumal Radowitz die große Dummheit begangen, zu erklären, Preußen werde nicht leiden, daß andere interveniren, statt daß man eine solche Intervention mit Freuden hätte begrüßen sollen, als Lösung einer bitteren Verlegenheit. Eine große Sorge bleibt für diese Leute, daß sich Radowitz entweder zu Charlottenburg oder Potsdam etablire und so wieder die Politik hinterrücks mache.

d. 7.

Graf Brandenburg ist tod. Schade um die Gradheit und Offenheit des Mannes, den man achten mußte, wenn er nur mehr Kraft gehabt hätte, seiner der Regel nach durchaus richtigen Auffassung der Verhältnisse Folge zu geben; aber da war er schwach, und so hat er nicht genützt, wie er konnte. Seine Stellung zum Könige wird doch schwer zu ersetzen seyn. — Ob Östreich das Bundesrecht ehrlich will? — Erlauben Sie mir, daran zu zweifeln. Und wenn es dasselbe will, so wird es nur den Zustand unter Münch-Bellinghausen wollen, der eben auch nichts taugte.

Der Kronprinz scheint doch übel genommen zu haben, daß wir Bedingungen gemacht. Man wird ihm das gehörig vorgestellt haben; aber wir konnten nicht anders, das Verhältniß mußte rein seyn, wie die Sache einmal gelaufen war.

Leben Sie wohl.

Ihr
JCBS.

[1]) Am 3. November. Ueber die begleitenden Umstände vgl. v. Sybel, II. S. 22 ff.

Und nun ſehe ich aus der Kreuzzeitung, daß die Preußen doch die Armee aufgeboten[1]) um ganz ungerechtfertigter Forderungen willen. Denn was giebt ihnen ein Recht auf die Demarcationslinie[2]) als ihre Anmaßung. Gott beſſre es.

---

[1]) Ueber die Gründe der am 6. November angeordneten Mobilmachung der ganzen Armee, von welcher erklärt wurde, daß ſie nicht als Angriffsmittel, ſondern nur zur Abwehr dienen ſolle, vgl. v. Sybel, II. S. 37.

[2]) Der preußiſche Befehlshaber in Heſſen, General Graf v. d. Gröben, beanſpruchte dem Ober-Kommandirenden des Bundeskorps Fürſten v. Thurn und Taxis gegenüber nicht bloß die Sicherung der vertragsmäßigen Etappenſtraßen, welche zugeſtanden war, ſondern die ausſchließliche Beſetzung des ganzen Kurfürſtenthums, mit Ausnahme der Provinzen Fulda und Hanau, durch die preußiſchen Truppen, welche abgelehnt wurde. Thatſächlich hatten die letzteren am 2. November Caſſel, am 3. Fulda beſetzt, in deſſen Nähe bei Bronzell am 8. der Zuſammenſtoß mit den Bundestruppen erfolgte.

Anhang I.

Aufzeichnung Stüves, seine deutsche Politik betreffend vom October 1849, mit Anlagen A bis F.

Um meine Stellung zur Deutschen Sache vollständig zu entwickeln, muß ich Folgendes vorherschicken. Ich habe immer eine Vorliebe für die Bundesverfassung gehabt und solche für lebens- und entwickelungsfähig gehalten, wenngleich durch schlechte Handhabung sehr corrumpirt. Zwar hielt ich 1831/32 sie nicht für fähig, eine Ausführung des Art. 19 d. B. A. zu bewirken; allein das führte mich nur zu der Idee einer Volksvertretung, wenn auch nur zu diesem Zwecke. Doch blieb das alles sehr unbestimmt. Das Badensche Preßgesetz schien mir ein Eingriff; in diesem Sinne muß das 1. Quartal der Hannoverschen Zeitung Aufsätze von mir enthalten. [1])

Das Bundesschiedsgericht von 1834 ist mir stets als eine Art Verrath erschienen, und überhaupt die Rechtshandhabung des Bundestags durch Diplomaten verderblich, also ein ordentliches Bundesgericht nothwendig. Als unsere Sache 1837 in Anregung kam, hielt ich dafür, daß der Bund diesesmal dem Rechte des Volks seinen Schutz nicht werde versagen können; dadurch werde die Verfassung selbst Boden im Volke gewinnen und sonach eine Entwickelung zum bessern möglich sein. Denn der Grundfehler steckt ja darin, daß man unbedingt nur die Regierung gegen das Volk schützt, nicht umgekehrt; etwa nach dem Oesterreichischen Princip, nach welchem die Kreisämter die Bauern unbedingt im Besitze gegen die Herrschaften zu schützen angewiesen waren. —

Nach dem Fehlschlage dieser Hoffnung hielt ich die Bundesverfassung für verlohren, ohne eine bestimmte Idee dessen, was werden solle, hielt indeß das Bundesgericht noch für die einzige Möglichkeit der Rettung, wenigstens für den größten Mangel. Die Althaussche Streitigkeit in Detmold ließ mich einen tiefern Blick in die Schwäche der kleinen Staaten thun, wiewohl ich dieses Uebel erst später recht erkannt habe; ich glaubte damals noch, daß eine lebendige Anhänglichkeit an die Fürsten dort sei. Die Volksvertretung am Bunde trat mehr zurück, wohl weil ich die Sache als unmöglich zu betrachten mich gewöhnt hatte.

[1]) Vgl. J. C. B. Stüve I. S. 152, 161 ff.

Der Baſſermannſche Antrag [1]) machte deshalb keinen ſonderlichen Eindruck auf mich; ich betrachtete ihn mehr als eine Demonſtration des Badiſchen Liberalismus. Allein die Februarrevolution zeigte auffallend die Wirkung desſelben; daß hier die allgemeine Stimmung getroffen war, zeigten mir ſchon am erſten Tage Aeußerungen aus dem Handwerkerſtande. Der Gagernſche Antrag [2]) auf eine Art Dictatur mochte durch die Gefahr von Frankreich ſich rechtfertigen; nöthig ſchien er mir ſo wenig als die Heidelberger Zuſammenkunft. [3]) Das Berufen des Vorparlaments ſchien mir ebenſowohl als das Schwanken des Bundestags gefährlich, mehr als der Volksverſammlungsunfug in Baden. Den von Oeſterreich projectirten Dresdener Congreß [4]) aber hielt ich für eine zweckmäßige Einleitung und konnte den von anderen Seiten, auch von meinen Freunden, ausgeſprochenen Tadel nicht billigen.

Nun kam der Berliner Umſturz und unter den Eindrücken und Folgen desſelben traten wir unſer Amt an. Das Aufgehen Preußens in Deutſchland ließ allen Ankergrund verlieren. Wir hatten uns an die Preußiſche Proclamation vom 18. März anſchließen wollen. Jetzt blieb nichts übrig als den Grundſatz der Verfaſſungsmäßigkeit auch hier feſtzuhalten, und Wangenheim ohne Inſtruction nach Frankfurt zu ſchicken, um zu ſehen und zu hören. Wir mußten die Direction von dort erwarten, da für gar keinen Plan irgend einer Art ein Grund zu finden war. Indeß bewog ich durch Detmold Meyern zum Vorparlament zu gehen. Von dem, was dort bevorſtehen konnte, hatte ich keinen Begriff. Indeß kam Banks zu mir, und dieſer redete mir zuerſt von der Kaiſeridee vor, und von Preußen als Kaiſer. Ich war darauf ganz unvorbereitet, hielt dieſe Form nicht nothwendig, Preußen für unmöglich und einen Oeſterreichiſchen Prinzen unter allen Umſtänden für das beſte. Dann kann Smidt, der vom Vorparlament erwartete, es werde alles gut gehen. Er und Dahlmann waren doch minder beſtimmt in dem Preuß. Kaiſerthum als Banks. Aber gleichzeitig tauchte nun die Schleswig-Holſteinſche Sache auf. Banks war entſchieden gegen Deutſchlands Einmiſchung, fürchtete aber, daß man dort die Republik proclamire. Dasſelbe ſagte dann Schleiden, [5]) der als erſter Courier von der Proviſ. Regierung kam. Im Miniſterio war die von mir getheilte Anſicht:

---

[1]) Vom 12. Februar 1848 in der badiſchen Zweiten Kammer auf Vertretung der deutſchen Ständekammern beim Bundestage.

[2]) Vom 28. Februar in der Zweiten Kammer zu Darmſtadt; vgl. Roth u. Merck Quellenſammlung I. S. 74.

[3]) Am 5. März. Vgl. v. Sybel I. S. 132.

[4]) Proponirt durch Cirkularnote vom 7. März; vgl. v. Wangenheim Aktenſtücke S. 13, 86.

[5]) Regierungsrath, Mitglied des 50ger Ausſchuſſes.

Wenn der Bund und die Regierungen ſich der Sache nicht kräftig annehmen, ſo geben ſie ſich ſelbſt verlohren. Der König und Prott hinderten aber ein zu raſches Einſchreiten, indem ſie erklärten, unter 10000 Mann nicht über die Elbe gehen zu können. Die Schwierigkeiten des Kriegs in Schleswig wurden mir damals erſt deutlich.

Indeß beſchäftigten mich die innern Fragen mehr. Nach Endigung des Vorparlaments war mir aus Meyers Mittheilung beſonders bedenklich, wie er es für ganz unerläßlich hielt, ſich auf die ſociale Frage einzulaſſen. Es war das Argument: ſonſt ſtehe Süddeutſchland in Revolution. Der zweideutige Soironſche Antrag[1]) und Meyers Anſicht: man werde den Beſchluß im Sinne der Volksſouverainetät ausbeuten, trat mehr hervor als der 50ger Ausſchuß.

Um ſo mehr imponirte mir, was ich offen geſtehe, dieſer mit ſeiner Anmaaßung, mit welcher er den Regierungen die Durchführung ſeiner Beſchlüſſe befahl. Das Zugeſtändniß des allgemeinen Wahlrechts iſt bereits erwähnt. [?] — Indeß ſank dieſe Autorität des 50ger Ausſchuſſes bald, namentlich durch die Thorheit von Elliſſen und Bueren, Beſchwerde zu führen.[2])

Erſt durch den Siebenzehner Entwurf kam nun wieder Leben in die Sache. Ich hielt hier die Centraliſation für zu groß, die Befugniſſe des Kaiſers zu ausgedehnt, vor allem im Militairweſen, und die allgemeine Geſetzgebung geradezu für unvereinbar mit dem Weſen der einzelnen Staaten. Darüber habe ich mich gleich ausgeſprochen. Daß in den Ständen ich mich am 19. Mai darüber und namentlich über die Zollverwaltung ausſprach beruhte auf einer Abrede mit Graf Bennigſen. Die Leute, an die ich mich wegen der Interpellation wandte — Lindemann, Briegleb —, waren ängſtlich, ich mußte von der Linken her interpelliren laſſen. Der Sturm über dieſe Sache währte eine Weile, und verwirrte die Menſchen; auf Buddenbergs Antrieb ſprach ich mich am 6. Juni mehr beruhigend aus. Allein nun kam die Centralgewaltsſache; mir ſchien die Erhaltung des Bundestages das weſentlichſte, der einzige Anknüpfungspunct für weitere rechtliche Entwickelung, die Aufhebung der Umſturz zu ſein. Der einzige Ausweg zur Erhaltung der Verhältniſſe ſchien mir, den Erzherzog zu bewegen, nur unter Bedingung der Erhaltung des Bundestags anzunehmen. Auf denſelben Gedanken war gleichzeitig Graf Bennigſen gekommen; aber zur Ausführung war es zu ſpät, da der Erzherzog ſich ſo ſehr übereilt hatte.

Indeß ſprach v. d. Pfordten[3]) (gegen den dorthin geſchickten Hoppenſtedt) — deſſen ungeheures Mißtrauen gegen Preußen ſchon vorher aufgefallen

[1]) „Auszuſprechen, daß die Beſchlußfaſſung über die künftige Verfaſſung Deutſchlands einzig und allein der vom Volke zu wählenden Nationalverſammlung zu überlaſſen ſei". Angenommen in der Sitzung des Vorparlaments am 2. April.

[2]) Vgl. oben S. 32, 44. — [3]) Damals ſächſiſcher Miniſter.

war, und der schriftliche Erklärungen gegeben hatte, die ihn nachher sehr hätten compromittiren können — von Vergrößerung Sachsens, die nöthig sei, um der Fabrikbevölkerung festen Halt zu geben. Diese Vergrößerungspläne, die auch von Stuttgart her (Bangold) und in allerlei Herzogthumsprojecten auftauchten, waren mir entschieden zuwider. Ebenso bedenklich aber, daß, wie früher Pillersdorf,[1]) so auch eben in dem Momente der Reichsverweserschaft Wessenberg[2]) erklärte, Oesterreich halte am Staatenbunde fest. Mit wie großem Rechte damals Auerswald gegen das jus belli et pacis der Frankfurter Versammlung excipirte, erkannte ich noch nicht. Auch wurde mir erst durch Wangenheims persönliche Erläuterungen klar, daß der Bundestag unter den damaligen Umständen nichts gewesen seyn würde, wie ein willenloses Werkzeug der Versammlung, dessen Entfernung dieser auf die Dauer mehr schadete als nützte.

Indeß war unsre Lage bedenklich. Meine Collegen glaubten, nachdem § 1 des Programms[3]) unmöglich geworden, die Ministerien niederlegen zu müssen. Wir waren am 7. Juli im Conseil beim Könige gar nicht klar und einig. Der König wollte temporisiren und das Ende war, daß wir erklärten, der Standpunct des Bundesrechts sei verlohren, der König möge uns nun autorisiren, auf diplomatischem Wege nach den Umständen zu handeln. Das geschah; aber der König machte die Erklärung an das Land zur Bedingung; wir fanden in einem Schreiben an die Stände die mildeste Form und ich entwarf solches sehr rasch in der Sitzung, während die Zeit drängte, um noch in die Ständeversammlung zu kommen.

Die Aufregung gegen dieses Schreiben kam lediglich von Außen, von Frankfurt, durch unsere Deputirten, aus den Zeitungen, dem Leipziger Deutschen Verein pp. Wir suchten nun durch Wangenheim und Usedom eine Einigung mit Berlin namentlich über die Stellung und Competenz der Regierungsbevollmächtigten zu Stande zu bringen, als die Peuckersche Parade die Sache auf die Spitze trieb. Nun habe ich mich der temporisirenden Politik noch mehr angeschlossen, auf die Cocarde und Bänder in den Fahnen nach Kräften gedrungen; hauptsächlich um das nicht als abgezwungene Concessionen erscheinen zu lassen.

Indeß legte ich meine Ansichten über die Lage der Dinge in meinem Sendschreiben an die Wähler nieder und fand in einer Correspondenz mit Schmerling (1/8.) Gelegenheit, mich über die Sachlage auszusprechen. Durch Bearbeitung eines P.M. für das Reichsministerium suchte ich diesem in

---

[1]) Frhr. von Pillersdorf, Oesterreichischer Minister des Innern vom 21. März bis 8. Juli, zeitweilig auch Minister-Präsident.

[2]) Freiherr von Wessenberg, Minister der auswärtigen Angelegenheiten bis 21. November. — [3]) Der verfassungsmäßige Weg; vgl. J. C. B. Stüve, II. S. 5.

Kürze einige Begriffe von der Lage und den Interessen des Landes zu geben. Von besonderem Interesse aber war eine Correspondenz mit Smidt über ein Project von Duckwitz, die Verfassung rasch dahin zu bringen, daß ein minder revolutionärer Gang herbeigeführt werde. Mir schien dazu ein provisorisches Staatenhaus das Mittel. Ich hoffte dieses aus den Bevollmächtigten hervorgehen zu sehen, namentlich auf Preußischen Impuls. Ein zweites Besserungsmittel schien mir darin zu liegen, daß die Reichsminister die Leitung der Verfassungsberathungen in die Hand nähmen, wie das von Peucker in Ansehung der Wehrverfassung geschehen war, nachdem sich die drei Professoren [1]) daran verbrannt. Preußen schickte aber Camphausen, der alles wollte und nichts that, und damit fielen die Pläne zusammen, zumal im gleichen Augenblicke die Waffenstillstands-Verhandlung das kaum 4wöchige Reichsministerium erst zu sprengen drohte und dann befestigte (ein Erfolg den eine verfehlte Crisis wohl immer haben wird).

Nach dem 18. September schöpfte ich Hoffnung und erkannte darüber die Gefahr, welche in der Publication der Reichsgesetze lag, nicht genügend. Die Deliberation über diesen Punkt setzte mancherlei Schwierigkeiten ins Licht; daß man endlich zu einem temporisirenden halben Beschlusse kam, war fehlerhaft.

Indeß begann die Versammlung im October eine neue ganz falsche Richtung zu verfolgen, indem sie nun entschieden Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen suchte. Dies traf zusammen mit den Entscheidungskämpfen in Wien und Berlin. Ich war nun der entschiedenen Ueberzeugung, daß Oesterreich und Preußen die Leitung der Deutschen Sachen wieder ergreifen würden, und daß die Nationalversammlung zu Grunde gehen werde, indem sie dieses verkenne. Mit dem 20. November begannen meine Montagsartikel in der Hann. Zeitung, die diesen Standpunct festhielten.

Wir hatten mit Bezug auf die Publikation der Gesetze Bothmer zu Vorstellungen instruirt, die mit dem von uns eingeschlagenen Wege durchaus zusammenhingen. Bothmer, der schon im August die unbedingte Anerkennung ohne Instruction ausgesprochen hatte, um Stürme zu vermeiden, mochte in gleicher Absicht oder aus Nachlässigkeit diese Instruction versäumt haben; er übergab sie erst im December mit neueren gemeinschaftlich, und mit diesem Zeitpunct, der mit der gänzlichen Spaltung der Partheien in der Nationalversammlung zusammentraf, begann unser Kampf; zumal am 27. December die Grundrechte publicirt wurden. Ich hatte gegen den von Schmerling im October leichtsinnig hervorgehobenen Artikel von den Eigenthumsrechten schon eine Denkschrift bearbeiten lassen, der später die zweite

[1]) Dahlmann, Beseler, Mittermaier.

gegen die Artikel des Verfassungsentwurfes über die wasserbaulichen Verhältnisse hinzukam; um so entschiedener war meine Ansicht, daß diesem nicht nachzugeben sei. Die Erklärung der Hannoverschen Deputirten in Frankfurt und die Wahlagitation war die Antwort auf jene durch Bothmer übergebene Erklärung, die ohne Zweifel früher übergeben uns weniger geschadet hätte, als eben in diesem Augenblick.

In Bezug auf die Oberhauptsfrage war meine Ansicht die, daß darüber die Einigung von Preußen und Oesterreich ruhig zu erwarten sei, und daß, diese vorausgesetzt, durch einen zweckmäßig componirten Reichsrath den mittleren Staaten mehr gegeben werde, als durch Trias ohne Reichsrath. In die Wien-Berliner Unterhandlungen mischten wir uns eben so wenig, als wir an den Bairischen Anwürfen Theil nahmen. Die Würtembergische durch Klindworth eingeleitete Intrigue[1]) war dem Könige so widerwärtig, daß er Bennigsen ausdrücklich verbot, diesen Unterhändler, wenn er kommen sollte, zu sprechen. (Diese ganze Geschichte wirft ein eigenthümliches Licht auf den späteren Widerwillen Würtembergs gegen Preußen). Meine Ansicht enthält in nuce der Brief an Wippermann vom 31. Dezember.[2]) Wir wollten passiv sein. Im Januar kam Bunsen. Camphausens Benehmen hatte in Frankfurt fortwährend Mißtrauen erzeugt. Ich bewahrte indeß noch das Vertrauen. Bunsen nun entwickelte, daß das Gagernsche Programm sein und Stockmars Machwerk. In jenem Gespräch Bunsens liegen insgesammt die Grundzüge des Verfassungsentwurfs, wie er am Ende durch Radowitz (dem Bunsen Mangel eigener Ideen zur Last legte) durchgeführt werden sollte. Nur dachte Bunsen nicht, Baiern und Würtemberg auszuscheiden. Mir mißfiel das alles wegen der beabsichtigten Trennung von Oesterreich; im Uebrigen bot Bunsen mehr Selbstständigkeit als ich verlangte. In Berlin aber brachte Bunsen, der auch Camphausen (seinen Staatsmann nebst Vincke; während Bodelschwingh kein Staatsmann, Brandenburg zu brauchen, aber Manteuffel zu entfernen sei) dahin rief, nur die Halbheit zu Stande, die Idee des engern Bundesstaates, die Verständigung mit Frankfurt statt der Vereinbarung. Man wollte nach Abekens Brief „Frankfurt nicht einseitig mit scharfer Negation entgegentreten." —

Ich konnte mir von dem engern Bundesstaate keinen Begriff machen und hielt deshalb diese ganze Wendung der Dinge für eine durchaus verfehlte. Nachdem nun aber auch Oesterreich in der Note vom 4. Februar eine ganz falsche Richtung einzuschlagen schien und offenbar lediglich sich an die mittleren Staaten wendete, um mit ihnen (die man mit den kleinen

---

[1]) Vgl. Bunsen's Leben, II. S. 485. — [2]) Anlage A.

zu bezahlen dachte) Preußen zu drücken, sowie man zuvor Preußen auf Kosten aller übrigen zum Freunde zu machen suchte, so wurde mir auch die Möglichkeit, mit Oesterreich zum Ziele zu gelangen, sehr zweifelhaft.

Diese Lage der Dinge brachte in der That meine sämmtlichen seit dem November gefaßten Ansichten und Hoffnungen in Verwirrung. Dazu kam nun noch die peinliche Lage der Dinge in den Ständen, wo man die unbedingte Unterordnung unter Frankfurt (übereinstimmend mit den Ständen in Sachsen und Baiern) erzwingen wollte, während an Oesterreich und Preußen kein Halt mehr war. Wir gingen auf die Verständigungsverhandlung ein in der Hoffnung, daß Preußen doch hier irgend einen Stützpunkt gewähren werde, während Camphausen auch da auf den Grund seiner geheimen Instruction wieder nach allen Seiten auf das Schwächste (vielleicht um die Gunst der Frankfurter buhlend) nachgab. Preußen unterstützte zwar unsern Widerstand gegen die Grundrechte, aber ohne sich selbst irgend genügend zu äußern.

Nun kamen noch die Preußischen Stände hinzu. Die Stellung der Preußischen Regierung wurde noch viel schwächer. Dann die Verfassung von Kremsier, die allen tollsten Frankfurter Plänen entschieden Vorschub leistete. Eine schwache temporisirende Politik blieb allein übrig, Wahren des Einzelnen in den Verständigungsverhandlungen (die uns auch durch unsere Stellung zu den Ständen erschwert wurden), Hoffnung und Beachtung günstiger Momente, — zunächst gestützt auf die sg. Großdeutschen Projecte, die sich doch auch schwach erwiesen. In dieser ganz ziel- und hoffnungslosen Verwirrung, die sich durch die Oesterreichische Note vom 9. März und die dazu gehörigen Mediatisirungspläne (Gruppen)[1]) noch höher steigerte, bei welcher sich immer mehr die Ansicht entwickelte, daß Preußen mit Absicht als durch seine Stände gezwungen sich der Frankfurter Kaiserkrone annehmen werde, schien selbst die äußerste Verwirrung, welche der Welckersche Antrag vom 12. März in die Sache brachte, eine Erleichterung. Man sah nun doch irgend ein Ende, und so wie im Volke die Aussicht und Hoffnung, daß ein Ende werden möge, endlich alles Weitere verschlang, so ging es mehr oder weniger auch mir. Dazu kam nun noch der Wiederausbruch des Krieges und das Non plus ultra der Schwäche, welches sich in dem elenden Protokolle vom 5. März[2]) zu Tage legte. Es war ein

---

[1]) Roth u. Merck, II. S. 433, 437. — v. Sybel, I. S. 298.

[2]) Vgl. den Brief an Detmold vom 24. März 1849, oben S. 192. Gemeint ist die Konferenz, welche H. v. Schmerling mit der Mehrzahl der übrigen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt über das in der oesterreichischen Instruktion vom 27. Februar empfohlene Directorialprojekt hielt. S. Jürgens, Band III. S. 139 ff.

Zuſtand, der gar nicht zu ertragen war, zumal Preußen ſich immer wieder hinter die kleinen Staaten verkroch.

Wir hatten unſere Stände nach Hauſe geſchickt (16. März). Nun wurde am 21. der Welckerſche Antrag abgelehnt. Dann begann die empörende Jagd der zweiten Leſung. Nun entſchloß die großdeutſche Parthei ſich, mit der Linken zu tranſigiren und dieſer für das Directorium Zugeſtändniſſe zu machen. Aber die Gagernſche Parthei bot über, Reichsrath — Wahlgeſetz — Veto; und am 28. kam der Erbkaiſer glücklich zu Stande.

Nun war die Sache ſo weit gekommen, daß wieder gehandelt werden mußte. Während die Kaiſer-Deputation im Anzuge war, ſchrieb ich am 31. meine Anſichten nieder.[1]) Keine Octroyirung, ſondern Vermittelung durch Preußen, ſo daß dieſes die Kaiſerwürde proviſoriſch acceptirte, aber eine Abänderung der Verfaſſung zur Bedingung machte. Es war etwa derſelbe Gedanke, der im Anfang Juli in Bezug auf den Reichsverweſer leitete. Er wurde auch vom Miniſterium wieder adoptirt und zur Ausführung geſchritten, aber wieder ohne Erfolg. Die Sache war auch in Frankfurt zu weit verdorben und in Berlin war man zu ſchwankend. Des Königs beſtimmtere Antwort wurde in den Ständen durch die Miniſter wieder verwäſſert. Dann kam die Note vom 3. April.[2]) Es konnte wirklich noch alles vollſtändigſt verdorben werden; erſt die unklug hochmüthige Auffaſſung der Kaiſer-Deputation gab mir einigen Muth wieder.

Wir mußten nun fortfahren zu handeln. Ich war nachgiebig geſtimmt, beſonders aus Rückſicht auf das fortwährende Kränkeln des Königs und die Schwäche des Kronprinzen, dem ich ſeit der Kriſis, Ende Februar, näher getreten war. Aber in Frankfurt, wie die Note es wollte, zu unterhandeln, ſchien mir unmöglich. Wir ſchickten Wangenheim nach Berlin, und ich entwarf zu dieſem Ende die Fragen, welche die Haltloſigkeit der ganzen Berliner Politik bloß ſtellten.[3])

Nun beſchäftigte ich mich mit Durcharbeitung des Stoffs. Ich nahm hier eine Einigung der Fürſten auf den Grund einer entwickelten Bundesacte als Baſis an, zumal Oeſterreich, das ich unbedingt im Bunde halten zu müſſen glaubte, kein Volkshaus wollte, und ſuchte für dieſe Entwickelung die wahre Form zu finden. Die Arbeit blieb aber liegen, als Wangenheim von Berlin die Nachricht von der dortigen Schwäche und Rathloſigkeit zurückbrachte. Wir wollten nun aber Preußen vorangehen laſſen. Dies zögerte wieder. Indeſſen gingen die Fluthen des vom Sturme der März- und anderer democratiſchen Vereine gepeitſchten Meeres der öffentlichen

---

[1]) Anlage B. — [2]) Roth u. Merck, II. S. 458. — [3]) Anlage C.

Meinung immer höher. Die kleinen Staaten, Baden an der Spitze, fingen an, ſich am 14. April unbedingt zu unterwerfen; und als Camphauſen nun nach Frankfurt kam, fand er gethane Arbeit über das in Berlin Beliebte und zu Erreichende hinaus und war verdrießlich. Ich bearbeitete meine Zuſammenſtellung der Grundrechte und der Geſetzgebung [1]); dann meine Kritik der Frankfurter Verfaſſung [2]) und fing dann wieder an, meinen Entwurf weiter zu bearbeiten; zu einem Abſchluß brachte ich das Ganze nicht, obwohl meine Ideen ziemlich zur Reife kamen. Meine leitenden Gedanken um jene Zeit liegen in einem kurzen Aufſatze [3]), der die Schwierigkeiten andeutet und auf der Nothwendigkeit beruht, in Deutſchland alles einmal Gewonnene feſtzuhalten. Daß Preußen an ſeiner confuſen Idee des engern Bundesſtaates feſthalte, lag leider am Tage. Dieſe Idee perhorrescirte ich und wollte vor allem Oeſterreich behalten. Die Idee einer Einigung der Fürſten auf den Grund der Bundesacte war unmöglich geworden durch die Unterwerfung derſelben; jener Aufſatz bezielte ein ſelbſtſtändiges Handeln Hannovers auf den Grund der Totalität Deutſchlands. Aber es kam auch dazu nicht. Die Zeit war noch nicht vorhanden.

Inzwiſchen drängte die Wiederberufung der Stände; die petulanten Maßregeln der ſich ſiegreich wähnenden Oppoſition ließen es als unmöglich erkennen, den Standpunct zu behaupten, den wir pflichtmäßig nehmen und halten mußten. Dazu traten die ſo ekelhaften Verhältniſſe in Würtemberg, wo man den König ſo recht gefliſſentlich in den Koth trat und dieſer ſich ſelbſt in Unwahrheit verlohren gab. [4]) Wir faßten einen muthigen Entſchluß und löſeten auf. Preußen folgte; dann auch Sachſen. Dieſer entſchiedene Widerſtand war nun die Loſung zum Kampf für die radicale Parthei, die ſchon geglaubt hatte, den Sieg in Händen zu halten. Gleichzeitig ſandte man uns Seebeck als Reichscommiſſar. Wir mußten dieſen natürlich ohne irgend einen Erfolg zurückſchicken. Für mich aber hatte ſeine Gegenwart die Bedeutung, daß mir durch ihn die Haltloſigkeit und Schwäche der kleinen Fürſten, ihr Bedürfniß des Schutzes und ihr natürliches Hinneigen zu Preußen erſt völlig klar wurde. Auf ſie war gar nicht mehr zu zählen. Dagegen hofften wir, daß eine Einigung zwiſchen Preußen und Oeſterreich wieder zu bewirken ſei, daß ſie nahe

---

[1]) Zuſammenſtellung der einzelnen Beſtimmungen der Grundrechte des Deutſchen Volks mit den im Königreiche Hannover geltenden Geſetzen. Osnabrück, Kißling 1849. Das Vorwort iſt vom 3. April.

[2]) „Zur Beurtheilung der Reichsverfaſſung", Sonntagsblatt der Hannoverſchen Zeitung Nr. 104 vom 29. April.

[3]) Anlage D. — [4]) S. oben S. 208.

bevorstehe. Als nun die gemeinschaftliche Stellung in Berlin und bei uns ähnliche Interessen hervorrief und von da Nachricht kam, daß man eine Unterhandlung wünsche, warf ich sehr flüchtig meine Grundsätze aufs Papier [1]) und ließ diese an Abeken gehen.

Die Ideen fixirten sich nunmehr in den Berathungen des Gesammtministerii, welche bis zum 3. Mai unter dem beständigen Andrange der revolutionären Deputationen, unter Zusammenziehen von Truppen u. s. w. währten, indeß der König nach Auflösung der Stände (nachdem seine Partie gewonnen war) sich erhohlte. Wesentliche Basis war die Hoffnung, daß Oesterreich sich einer Verhandlung anschließen werde. Die Berliner Actenstücke vom 28. April [2]) erschwerten zwar diese Einigung sehr, indem sie ein Volkshaus ausdrücklich versprachen; und auf diese Erklärung Preußens hin, welche mir für dasselbe bindend schien, gab ich meinen Plan, ohne ein Volkshaus die Verfassung zu organisiren auf; indeß blieb jene Ansicht von der Theilnahme Oesterreichs bestehen, da eigne Aeußerungen des Königs von Preußen, wenn gleich ziemlich verworren, darauf hinaus gingen, daß man sich Oesterreich unterordnen wolle.

Als wir in Berlin unter dem Sturme des Dresdener Aufstandes ankamen, stellte ich unsere Grundgedanken in einem P. M. dem Grafen Brandenburg zu, dahin gehend, daß zunächst eine Einigung mit Frankfurt zu versuchen und für diesen Zweck die möglichste Uebereinstimmung der Vorschläge mit der Frankfurter Verfassung festzuhalten sei, daß aber, wenn diese Einigung sich unmöglich zeige, auch von dem Binden an die Form der Frankfurter Verfassung abgesehen werden müsse.

Für diesen Fall, der uns der wahrscheinlichere schien, hielten wir den Gedanken einer Entwicklung der Bundesverfassung fest, welche in jeder Weise nur durch Uebereinstimmung der Bundesglieder zu erreichen sey. Diese Entwickelung sollte (außer dem Reichsgerichte) zum Ziele haben die Einigung in diplomatischer Vertretung, im Kriegswesen, Seewesen, innern Verkehr und endlich Gesetzgebung. Wir verstanden die Einigung aber nicht so, daß unbedingt alles in eine Hand kommen müßte, schieden namentlich in Bezug auf Seewesen und die davon so sehr abhängige Di-

[1]) Anlage E.

[2]) Depesche an den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, welche näher ausführt, aus welchem Grunde Preußen die Reichsverfassung in vorliegender Gestalt nicht annehmen könne (zu ausgedehnte Kompetenz der Reichsgewalt, Grundrechte, Fortfall des Reichsraths, suspensives Veto, Wahlgesetz), jedoch der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die Nationalversammlung sich zu einer Verständigung über die erforderliche Modifikation mit den Regierungen bereit finden werde. Cirkulardepesche, worin die deutschen Regierungen zu Konferenzen behufs Verständigung hierüber mit Preußen eingeladen werden. Roth u. Merck, II. S. 484, 494.

plomatie den Süden und Norden, wollten dieſe nicht unter Oeſterreichs Politik ſtellen, zweifelten noch, ob Oeſterreich ein gleiches Zollſyſtem annehmen werde.

In dieſer Zweiung, ſowie in der Organiſation des Heerweſens glaubten wir für Preußen hinreichende Selbſtſtändigkeit und praktiſches Gewicht zu finden, während die obere Stellung Oeſterreichs mehr eine Ehrenſache blieb. Der König ſchien in dieſe Idee einzugehen. Der erſte Widerſpruch kam von Prokeſch, der von keiner gemeinſchaftlichen Geſetzgebung hören wollte, die doch Bedingung ſelbſt des Deutſchen Bundes iſt. — Dann aber kam Radowitz.

Dieſer ging von andern Geſichtspunkten aus und verfolgte dieſe nicht offen. Es war ein unglücklicher Umſtand, daß Detmold mir ihn als grade und unpraktiſch geſchildert hatte. Iſt er das letztere auch, ſo iſt doch das erſtere nicht der Fall, und ich bedurfte, um dies zu erkennen, mehr Zeit, als der Fall geweſen wäre, wenn jenes Urtheil nicht da ſtand. — Radowitz' (welcher durchaus nicht über das Material im Einzelnen klar war, ſich dieſes durch den langſamen Blömer wollte zubereiten laſſen und uns benutzte, um ſich zu präpariren) erſter Grundſatz ſcheint geweſen zu ſeyn, materiell die Frankfurter Beſchlüſſe feſtzuhalten, aber die Frankfurter Verſammlung und Centralgewalt loszuwerden. Er ging alſo ſcheinbar auf unſern Gang ein, die Verfaſſungsgrundſätze nach Maßgabe des Frankfurter Projects in Erwartung der Einigung zu ſichten, während neben uns die Verſammlung wegzuſchaffen geſucht wurde. Ich hätte dies aus der Aeußerung des Prinzen von Preußen am 6. ſchließen und nun feſter auf einem Entwurf, der nicht auf Frankfurt beruhte, beſtehen ſollen. Allein damals war mir überhaupt die ganze Stellung der Dinge in Berlin und in Frankfurt, Baſſermanns [1]) Einfluß und Anhang, noch nicht klar genug. Daß Radowitz die Verfaſſung unterzeichnet hatte, ſparten wir ihm nicht, wie das denn auch die Stellung ihm gegenüber weſentlich unangenehm machte. Nicht zu vergeſſen iſt, daß Baſſermann noch am 10. meinte, die 28 annehmenden Regierungen ſollten zwiſchen Preußen pp. und der Verſammlung vermitteln. So hoch träumten ſich dieſe Leute damals noch. Radowitz' zweiter Hauptzielpunkt war die diplomatiſche Einheit. Hier iſt ſein ganzes Syſtem ſchwer zu begreifen; während er einerſeits Preußen zum Herrn von Deutſchland machen wollte, gab er dieſen Hauptpunkt wieder an Oeſterreich auf, wie denn überhaupt ſein ganzes Unionsproject, in das er auf unſeren Einwand vom 7. am 10. auch die innere Sicherheit hineingeflickt hatte, ohne die nothwendigen Conſequenzen zu ziehen, ein ganz übel

[1]) S. oben, S. 214 f., 220; Baſſermanns Bericht über ſeine Miſſion vom 4. Mai bei Jürgens, III. S. 680.

zuſammenhängendes Ding war. Er brauchte auch ganz verkehrte Mittel, um uns ſolches einleuchtend zu machen.

Es war wohl Abſicht, ſich meiner als eines einigermaßen populären Namens zu bedienen, um dieſe Pläne plauſibel zu machen; dies nahmen wir wenigſtens an und das bewog mich zu dem Schreiben an Canitz [1]), welches die damalige Stimmung am beſten an den Tag legt. — Auf die Union nicht einzugehen, waren wir eben ſo entſchloſſen, als gewiß, daß ſie nicht zu Stande komme. Der König war damals noch unſerer ihm am 11. abermals entwickelten Idee ſehr zugänglich, und ſo durften wir trotz der kategoriſchen Erklärung von Radowitz noch auf Modificationen hoffen. Da aber damals alles auf den Abſchluß drängte (die Pfalz, der Niederrhein u. ſ. w.), ſo hielten wir nöthig, zu jeder Bedingung autoriſirt zu werden, wenn nur nicht Oeſterreich ausgeſchloſſen werde. Die Abſicht war dahin gerichtet, dieſen Vorbehalt, wenn er auch nur durch einen Separatvertrag erreicht werde, als genügend anzuſehen.

Die Zwiſchenzeit zwiſchen der Beſprechung mit Radowitz (7.—10. Mai) und der Eröffnung der Verhandlungen am 17. war aber ſehr wichtig geworden. Man hatte nun in Folge des Beſchluſſes vom 10. [2]) mit der Verſammlung in Frankfurt gebrochen. Welche Pläne und Intriguen hier zu Grunde liegen mögen, ob Detmold in ſeinem Brief vom 17. Mai [3]) Recht hatte oder nicht, will ich nicht entſcheiden. Soviel iſt aber gewiß, daß das vorgreifende Benehmen Preußens in ſeiner Proclamation vom 14., welche die Preuß. Abgeordneten zurückrief (ein Schritt, den Radowitz durch Beſprechung mit Beuſt und Lerchenfeld [4]) vorbereitet hatte und auf den früher als eine mögliche Maßregel auch gegen mich hingedeutet, der aber am 13. in Hannover für bedenklich erachtet war), zuſammen mit der unwahren telegraphiſchen Depeſche des Herrn v. d. Heydt [5]) uns wohl hätte Veranlaſſung geben können, vielleicht auch ſollen, jetzt auf unſere Baſis zurückzukommen und die Frankfurter Verfaſſung als Grundlage zu verwerfen.

Allein die Zeit war dringend, die Verabredungen mit Lerchenfeld und Beuſt ſchon vorläufig vereinbart, und dazu kam, daß ich am 16. noch eine ausführliche Conferenz mit Prokeſch gehabt hatte, die mich überzeugte, daß

---

[1]) Anlage F.

[2]) Annahme des v. Reden'ſchen Antrags, welcher das Einſchreiten Preußens gegen den dresdener Aufſtand für einen Reichsfriedensbruch erklärte.

[3]) S. oben S. 214. — [4]) Stüve war am 13. und 14. in Hannover.

[5]) Die Kölniſche Zeitung vom 19. Mai theilte eine nach Elberfeld gerichtete Depeſche v. d. Heydt's mit, welche andeutete, daß die 4 Könige die Reichsverfaſſung angenommen hätten.

dort gar nichts zu hoffen sei. Ich hatte diese Conferenz als ein nothwendiges Mittel, zu einer klaren Ansicht über die Lage der Dinge zu gelangen, mir vorgesetzt. In derselben war aber mit Prokesch zu gar keiner Aeußerung über irgend einen Plan von Oesterreich zu gelangen; und als ich zuletzt als Aeußerstes wenigstens die Anerkennung des Grundsatzes mir erbat, daß die geistige Trennung, welche zwischen Oesterreich und Deutschland bisher bestanden, aufhören müsse, und Prokesch auch das ablehnte, weil Oesterreich ein katholischer Staat sei, schien mir klar zu sein, daß mit Oesterreich gar nichts zu erreichen sei. Ich faßte damals den Verdacht, ob nicht Radowitz' Unionsplan mit diesen katholischen Ideen zusammenhänge und Radowitz eben ein katholisches Oesterreich erhalten und diesem die ganze Politik in die Hand spielen wolle.

Zu dieser mißtrauenden Stellung gegen Oesterreich kam die schwankende Stellung Baierns. Lerchenfeld erklärte am 7/5. sich bereit, auf den Grund seiner Vollmachten auch ohne specielle Instruction an Conferenzen Theil zu nehmen und abzuschließen. Er hatte damals Instruction auf Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt zu dringen, indem man diejenige des Reichsverwesers als nicht mehr genügend ansah — eine Meinung, die sehr verbreitet war, ohne auf bestimmten Gründen zu ruhen. — Auf Rücksprache mit uns hielt er es für besser, damit zurückzuhalten, um die Lage nicht zu verwickeln. Indeß zog man Preußischer Seits (divide et impera?) ihn nicht mit in die vorläufige Besprechung hinein, was freilich auch sein Gutes hatte. Nach meiner Abreise war Lerchenfeld noch in den besten Intentionen gewesen; allein nun fing er an, ängstlich zu werden und zurückzuziehen. Man war in München nach Kneſebecks Mittheilungen früher sehr schwach. Zur Zeit von Bray hatte der König allein gegen die Grundrechte gehalten; auch Pfordten war in seiner ersten Zeit nur durch Thun und Kneſebeck ermuthigt. Nun schien er allmälig an Selbstständigkeit zu gewinnen.

Als die Conferenzen am 17. Mai anfingen, waren wir nicht vorbereitet und geeinigt, wollten anfangs Radowitz bloß exponiren lassen; aber die diplomatische Frage zog Discussionen herbei. Dies war der Grund, daß über die wahre Bedeutung des § 1 so wenig gesagt wurde. Das medias rapere in res, welches Radowitz beobachtete, nahmen wir übel, ohne uns gehörig zu wehren. Erst bei der Protokollverlesung den 21. kam ich auf diesen Punct zurück. Als wir nach 10 heimgingen, tauschten wir mit Beust und Lerchenfeld unsere Gedanken aus und traten dann am anderen Morgen vor der Sitzung bei Lerchenfeld zusammen. Dieser wußte nun, daß Prokesch sich zurückzog und hatte selbst ungünstige Instructionen. Auch war das Unionsproject in Wien abgelehnt.

Wir hofften noch immer auf Baierns Beitritt. Wäre das nicht der Fall gewesen, so würde die ganze Unterhandlung eine andere Richtung genommen haben. Es war so ein Fehler, daß Lerchenfeld — bona fide — uns in diesem Glauben erhielt, und daß wir uns darin halten ließen. Radowitz dagegen schien gereizt zu sein, daß man in Oesterreich auf seine Ideen so wenig eingegangen. Es kam gegen seinen Willen zu dem allgemeinen Vorbehalte für Oesterreich. Einige Tage gingen so in Specialitäten hin. Ich wollte aber wegen der Hauptfrage mich nun wieder an den König wenden und erhielt keine Antwort. Dann wurde am 20. von Radowitz das Bündniß proponirt, auf welches ich mit Modificationen einging, um eine rechtliche Basis für die Sache zu erhalten, weshalb ich denn auch die Abfassung an mich nahm. Am Abend erhielt ich den Abschlag der Audienz beim Könige.

Sowohl bei der Discussion über das Bündniß als bei der am 22. proponirten Fassung der Mittheilungs-Note an die Regierungen (später vom 28. datirt), als bei der Verlesung des Protocolls am 21. war die Stellung gegen Oesterreich wieder zur Frage gekommen. Radowitz hatte seinen engern Bund in die Sache hineinspielen wollen, wir hatten denselben entschieden zurückgewiesen und Aenderungen in diesem Sinne herbeigeführt. Am 23. kam Lerchenfeld noch einmal auf die Oberhauptsfrage zurück und suchte diese in seinem Sinne zu gestalten. Das hatte nur Erörterungen zur Folge ohne weiteres Resultat. Radowitz hatte sich am 20. dahin ausgesprochen, daß man Baiern nur Hülfe[1]) leisten werde, wenn es dem Bündnisse beitrete; jetzt äußerte er sich über den gegen Oesterreich einzuhaltenden Gang. Auch hier hatte er indirecte Zwangsmittel im Sinne, was wir auf sich beruhen ließen. Von Interesse war noch, daß er am 24. mir mit dem größten Widerwillen zugestand, daß in die Note aufgenommen werde, die Verfassung sei auf den Grund Preußischer Proposition gemacht.

An diesem Tage sprach ich endlich den König, der mir zugab, meine Ideen seyen auch die seinigen, aber sie seyen ja nicht durchzusetzen. Soweit hatte Radowitz, der täglich nach unserer Sitzung zu ihm ging, ihn nun schon eingesponnen.

Indessen war aber Rauch nach Warschau gesandt und Niemand konnte wissen, was denn von dort für ein Wind wehen werde. Darum lag uns sehr daran, Preußen durch einen offnen Schritt zu verpflichten, die Verfassung Deutschlands nicht wieder in das alte Uebel zurückfallen zu lassen. — Vor allem lag mir am Bundesgerichte, das ich eben deshalb auch gleich

[1]) In der Pfalz.

in das Bündniß brachte; und in dieſem Sinne warteten wir, nachdem der Vertrag abgeſchloſſen war, nicht ohne eine gewiſſe Spannung auf die Abſendung der Note, als den erſten Schritt, der Preußen eigentlich verpflichten würde; daß das Schiedsgericht etwas nachhinkte, war ſchon ein Gegenſtand der Sorge.

Ein merkwürdiger Umſtand war bei der entſchieden feindſeligen Stellung, die Radowitz gegen Oeſterreich und gegen den Reichsverweſer, den man auf jede Weiſe zur Abdankung drängen wollte, einnahm, die Sorge, welche ſein Amanuenſis Blömer in dieſer Beziehung verrieth. Dieſer warnte auf das dringendſte, ſich nicht durch Vergreifen an dem grauen Haupt des Reichsverweſers das Volk in Deutſchland abwendig zu machen, und wandte ſich an uns, um in beider Hinſicht Remedur zu erlangen. Wir verſäumten nicht, jeden Tag die Sache wieder anzuregen, zumal bei der erſten Beſprechung die Sache ſich ſo zu ſtellen geſchienen, daß man gemeinſchaftlich mit der Centralgewalt zu handeln, nicht aber dieſelbe aufzuheben denke. Allein dieſe Vorſtellungen, unterſtützt von Detmolds Briefen [1]), brachten trotz meiner ausdrücklichen Bezugnahme auf katholiche Verhältniſſe, Piusverein u. ſ. w. keine Einwirkung auf Radowitz hervor.

Unſer Project der Oberhauptsfrage, das wir früher entwickelt und in der erſten Beſprechung ſtark verfochten, kam bei dieſer zweiten eigentlichen Berathung wenig zur Sprache. Das kann getadelt werden. Da aber Sachſen ſich nicht recht dafür intereſſirte und im Grunde keine poſitive Idee hatte, Baiern auch keinen rechten Antheil daran nahm und überhaupt beſtimmter Inſtruction ermangelte, endlich gar nicht zu erwarten war, daß Oeſterreich ſich damit einverſtanden erklären werde, und ſo am Ende der ganze Zweck der blieb, eine Form aufzuſtellen, aus der Oeſterreich keinen böſen Willen entnehmen konnte, ſo blieb uns kaum etwas anderes übrig, als dasſelbe lediglich in den Vorbehalt zu legen. Es war das mehr eine Art Ehrenpunct als ein reeller Werth, dieſelbe Rückſicht, welche dahin geführt hatte, das Project für ein Preußiſches zu erklären. Dieſe Anſicht ſollte nun durch eine beſondere Deduction verfochten werden, und um dieſe zu bearbeiten, blieb ich in Berlin, wo mein Aufenthalt dann noch ferner nöthig wurde, um die Denkſchrift zum Verfaſſungsentwurf fertig zu machen.

Als ich noch an meiner Denkſchrift arbeitete, den 30. Mai, kam Radowitz und wollte im Privatgeſpräch mich überreden, daß es der Bundesacte nicht widerſpreche, auf den Grund des Art. 11 einen engern Bundesſtaat im Bunde nach Maßgabe des Verfaſſungsentwurfs zu gründen. Ich widerſprach ihm darin entſchieden.

---

[1]) S. oben S. 221.

Als dieſer Plan fehlgeſchlagen war, nahm er eine andere Seite auf. Ich hatte mich damit beſchäftigt, Grundzüge zu einer Inſtruction für den Verwaltungsrath zu bearbeiten. An dieſe knüpfte er nun an und wollte das Bündniß auf eine Weiſe abändern und ausſpinnen, welche es ihm möglich gemacht haben würde, den Einfluß von Sachſen und Hannover demnächſt im Verwaltungsrathe ſowohl als im Schiedsgerichte durch die Mehrheit der von ihm hinzuzuziehenden Stimmen der kleinen Staaten zu überſtimmen. Es war auf Gagern für Darmſtadt, Baſſermann für Baden, etwa Max Gagern für Naſſau pp. abgeſehen. Dieſe Angelegenheit führte zu einem völligen Bruche mit ihm und veranlaßte uns, dringend Brandenburg zu erſuchen, ſelbſt das Präſidium im Verwaltungsrath zu übernehmen.

Die Stellung von Radowitz zwiſchen uns und dem Miniſterium machte mehr als einmal die Sache ſehr unangenehm, namentlich bei dem Wahlgeſetze. — Wenn Lerchenfeld in einer ungünſtigen Lage war, weil er, nicht Miniſter, von Inſtructionen mehr abhing: ſo brachte das Radowitz, der die Inſtruction ſich ſelbſt holte und dann ſich dahinter verſteckte, in eine viel günſtigere, uns aber in eine um ſo unangenehmere, als Brandenburg auf unſere Vorſtellungen einging, das alles dann aber hinterher doch keinen Erfolg hatte.

Im Grunde war die Sache allerdings noch ſehr confus, als wir abſchloſſen und fortgingen. Die Stellung zur Centralgewalt blieb eine Differenz; mit Baiern war Reibung, mit Oeſterreich faſt offner Bruch; wir hatten unſern Vorbehalt beſonders deducirt. Alles das aber lag im Finſtern. Ich glaube, es wäre beſſer geweſen, damals die ganze Sache völlig klar ans Licht zu ziehen. Denn in dieſer Dunkelheit niſtete gleich wieder das Ungeziefer. Namentlich hat die Gothaer Parthei ſofort die Sache ſchief zu drehen geſucht. Aber man wollte unter den damaligen Umſtänden, der noch nicht zu Boden liegenden Revolution gegenüber, den Schein der Einigkeit ſalviren.

Im Ganzen war ich doch von dem endlichen Reſultate befriedigt. Aber als ich nach Hannover zurückkam, ſah alles anders aus. Bei Hofe war man Oeſterreichiſch geſinnt. Im Volke war theils Frankfurter Verwirrung, theils revolutionäres Getreibe. Dazu kamen die Hamburger Freihändler mit ihrer unſinnigen Hetzerei.[1]) Mir war es um reine Durchführung des Bündniſſes, aber im Sinne von Hannover und Sachſen, redlich zu thun, d. h. ich erwartete, daß die Ausbreitung und Conſtituirung des Bündniſſes ihren ruhigen Gang gehe, daß man Baiern zum Anſchluß bewege, daß

[1]) S. oben S. 231.

man mit Oesterreich unterhandle und so die Sache ruhig zur Reife bringe, ehe man den Reichstag berufe. In diesem Sinne entwarf ich eine Denkschrift, die aber, unvollkommen bearbeitet, von Wangenheim begründete Kritik erfuhr. Da nun die Pfordtenschen Unterhandlungen anfingen und es sich hier um einen sehr wichtigen Schritt handelte, so mußte ich wieder nach Berlin, wo ich jene Denkschrift zu der Broschüre: Das Bündniß der 3 Königreiche pp. umarbeitete.

Gleichzeitig war nun auch die Gothaer Versammlung zusammengetreten, die die Sache von einem ganz andern Standpuncte auffaßte und verdrehte. Ihr Plan war, aus unserer rechtlich vernünftigen Maßregel wieder eine revolutionäre durch übereilte Berufung des Reichstags zu machen. In Berlin bildete sich eine Parthei in diesem Sinne. Mir aber war das am bedenklichsten, daß einestheils die Hoffnung auf ein vernünftiges Benehmen von Baiern ganz aufgegeben werden mußte, und daß anderntheils sich auch zeigte, daß die specifischen Preußen, auf die noch das Meiste zu rechnen war, doch auch von der Idee eingenommen waren, eine Preußische Oberherrschaft als Lohn ihrer Verdienste um Deutschland davon zu tragen. Man fürchtete sich am Ende nur noch vor einer Europäischen Verwickelung. Die vernünftigsten Ansichten fand ich noch beim General Rauch, während sonst Animosität gegen Oesterreich, gegen vermeinte Intriguen der Centralgewalt alles verwirrte. Man wiederholte überall, daß ohne Preußische Alleinherrschaft die ganze Sache nicht populär sei (selbst Eichhorn), daß man sich an die Thatsachen (faits accomplis) halten müsse, das sei Oesterreich gegenüber der einzige Weg, daß man am Ende den Bund lieber wolle, als nicht allein an der Spitze von Deutschland zu stehen. Diese Anmaaßungen stellten sich um so verkehrter heraus, als man eben in der größten Verlegenheit sich befand, die Dänische Unterhandlung zu Ende zu bringen, wozu die Dänen Mitwirkung der für nicht mehr existent erklärten Centralgewalt verlangten. Da sollte ich denn aushelfen. Aber in Frankfurt war man nun auch eigensinnig geworden.

Es zeigte sich hier zumal die Fehlerhaftigkeit der Radowitzschen Idee der Einheit der diplomatischen Vertretung. Diese war ein Hauptargument, weshalb Preußen die alleinige Leitung der Sache nicht aus der Hand geben könne.

Mein Plan war, die Sache zur Verhandlung an den Verwaltungsrath zu bringen, um dort wo möglich etwas, wenn auch nur die provisorische Centralgewalt, die Pfordten wieder voranstellte und bei der Preußen nun das Zugeständniß des engern Bundesstaats vorab forderte, zu erreichen. Das scheiterte an Pfordtens übereilter Abreise.

Nun stand die Sache so: Preußen wollte offenbar den engern Bundesstaat gegen die Ansicht von Sachsen und Hannover durchsetzen, ohne sich

zu einigen, und wollte dazu nur die Zustimmung Oesterreichs bewirken. Es hatte freilich keinen entschiedenen Muth, auf diesem Wege zu gehen, associirte sich aber doch zu dem Ende mit Gotha. — Baiern gab Blasen statt wirklicher Handlungen. Oesterreich erwieß sich noch immer ganz negativ, undeutsch und unvernünftig (z. B. Brucks, von Pfordten mitgetheilte Meinung, daß die Tabacksregie in Deutschland eingeführt werden müsse).

Diese Lage der Dinge hat meine Stellung gegen die Verfassungspläne wesentlich verändert. Ich mußte nun wünschen, daß Preußen auf äußere Hindernisse stoße, welche ihm die Durchführung seines einseitigen, selbstsüchtigen und unredlichen Planes erschwerten. Ich habe von der andern Seite gegen Oesterreich und Baiern gekämpft, um diese in ihren verkehrten Ansichten zu erschüttern, habe aber auch gezeigt, daß man theils der Preußischen Drohung gegenüber eine Herstellung des Bundesverhältnisses nicht zu fürchten habe, theils im Verhältniß zu Oesterreich nicht abgeneigt sei, auf eine ähnliche Basis zu bauen. Ich begann eine Abhandlung, welche zeigen sollte, daß dem bösen Willen Oesterreichs gegenüber man innerhalb des Bundes fast alles Gewünschte mit einer geringen Modification des Entwurfs vom 26. Mai durch das Conföderationsrecht erreichen könne.

Als auf dem Preuß. Reichstage sich jene widerrechtliche Anmaaßung recht breit hervorthat, habe ich scharf dagegen angekämpft. Jene Feindlichkeit gegen Oesterreich trat nun natürlich zurück.

Alles dies war im Sinne des Bündnisses, wie solches von uns abgeschlossen war. Dagegen kann ich nicht läugnen, daß in Bezug auf Einen Punct sich meine Stellung verändert hat. Ich war im April schon gegen das Volkshaus aus selbstständigen Wahlen und vielmehr für eine ständische Vertretung. Dies gab ich auf wegen der Preußischen Proclamation vom 28. April [1]) und habe dann während der Verhandlungen und später gegen die Oesterreichische Idee, kein solches Volkshaus haben zu wollen, mich möglichst gewehrt, zumal dabei offenbar der Gedanke zum Grunde lag, durch den Mangel dieses Volkshauses die Reichsverbindung loser zu erhalten. Allmälig aber ist mir, namentlich auch durch Detmolds Warnungen, das ursprüngliche Bedenken gegen diese Verfassungsform wieder gekommen, indem solche eine gar zu stark unitarische i. e. revolutionirende Kraft haben würde und ihre Stellung gegen die Landesversammlungen kaum richtig zu ordnen wäre. Diese durch das Benehmen der Preußischen Stände beträchtlich vermehrte Furcht, neben dem völlig berechtigten Kampf gegen die von Preußen im Gothaner Sinne beabsichtigte Corruption oder Unterschlagung des eigentlichen Grundgedankens, bezeichnet die Stellung, in der ich mich

[1]) Richtiger vom 15. Mai. Vgl. Deutsche Chronik 1849, I. S. 195.

gegenwärtig befinde. Daher würde es mir nicht unwillkommen ſeyn, wenn Oeſterreich jetzt auf jenes Project zurückkäme.

Allein es iſt auch klar, daß, ſowie Preußen im Grunde allein herrſchen und den übrigen Bundesſtaaten die durch die Bundesacte geſicherte Selbſtſtändigkeit und Bedeutung ſchmälern möchte, ſo auch Oeſterreich ſehr geneigt iſt, dieſe Verhältniſſe zu drücken; weshalb denn Fürſt Schwarzenberg auch von der Schellwitziſchen Dreiheit [1]) ſo ſehr erbaut ſcheint. — Ich meinestheils habe allerdings von dem Glauben an die Lebensfähigkeit der kleinen Staaten ſehr viel aufgegeben. Nachdem ich geſehen, wie dieſe ſich 1848 der gemeinſten Revolution Preis gegeben, wie ſie am 14. April den Frankfurtern unter die Füße gekrochen, und wie ſie nun wieder zu der Gothaner Fahne ſchwören, kann ich ſie nicht reſpectiren. Allein ſie würden jeden Staatskörper, der ſie aufnähme, corrumpiren, deshalb wünſche ich ihnen in dem Reichsgericht einen ſtrengen Meiſter und eine Stütze zu geben. Um aber der Vernichtung der Staatengeltung von Norddeutſchland entgegenzuarbeiten, ſowie um meine obigen Gedanken zu fördern, habe ich Graf Bennigſen zu Gefallen das Reſultat meiner Betrachtungen vom April in einem Entwurf einer Bundes-Reviſions-Urkunde zuſammengeſtellt. Dabei habe ich aber nicht die Anfangs Juli beabſichtigte Richtung vorangeſtellt, vielmehr dieſe nur als Warnung und Antrieb zum Handeln gebraucht. [2])

An Bennigſens Reiſe ſelbſt, die wohl hauptſächlich bezweckt, Oeſterreich aus der Negative zu treiben, habe ich keinerlei Antheil gehabt. Ebenſo habe ich die Biegelebenſchen Unterhandlungen [3]) in ihrem ſchleppenden Gange ſeit zwei Monaten nur durch Detmolds Mittheilungen beachtet.

Was die Marine-Sache [4]) angeht, ſo habe ich mich anfangs ſehr dafür intereſſirt, aber dies Intereſſe aufgegeben, nachdem ich erkannt hatte, daß es ſich dabei nur um eine Depoſition einer verkehrt angegriffenen Anſtalt handle, und daß man nicht im Stande ſey, irgend etwas zur Entwickelung zu thun. Die Sache ſcheint auch auf Nichts hinauslaufen zu ſollen.

In der Däniſchen Sache habe ich lediglich in ſoweit mitgewirkt, als ich den Verſuch gefördert habe, die Centralgewalt zu einer Erklärung gegen Hannover über dieſe Sache zu bewegen, um den Tractat zu fördern. Vielleicht wäre durch das Gelingen dieſer Schritte das Unglück von Fridericia abgewendet worden; aber ſie blieben erfolglos. Nachher habe ich den Grafen Baudiſſin dringend zur Unterwerfung und dazu gerathen,

---

[1]) S. oben S. 281. — [2]) S. oben S. 281, 283. — [3]) Ueber das Interim.
[4]) Die Uebernahme der einſtweiligen Verwaltung der Flotte durch Hannover.

die günstigste Auslegung des Tractats zu acceptiren und Preußen zu binden, diese zur Richtschnur seines Verfahrens zu nehmen.

Hiermit schließe ich diese Bemerkungen. Mag immerhin im Laufe der Verhandlungen auf einem so unbekannten und mißlichen Felde unter so dringenden Eindrücken von Außen her von mir nicht überall der richtige Weg eingeschlagen sein: so glaube ich doch behaupten zu dürfen, daß ich den richtigen Standpunct, den des Bundesrechts, festgehalten habe. Und daran glaube ich wohlgethan zu haben, namentlich den ewigen halb oder ganz unredlichen und dennoch schwachen Gelüsten von Preußen, der Anmaaßung von Baiern und der Entfremdung von Oesterreich gegenüber. Freilich ist für jetzt Hannover mehr in eine abwartende Stellung zurückzutreten, und es kann wohl seyn, daß bei der Verwickelung in der Türkei eine noch schwierigere Stellung uns bevorsteht. Namentlich wird sehr schwer zu berechnen seyn, wie das auf die Preußische Regierung und Stände zurückwirken dürfte; indeß will ich hoffen, daß es möglich seyn wird, jenen Standpunct nicht zu verlieren.

Eine Europäische Verwickelung, die Deutschland im Zustande der Auflösung träfe und die durch den Dänischen Krieg uns abermals ins Unheil zöge, würde wahrlich keine Freude sein; schwerlich würde Preußen geneigt seyn, darin entschieden Parthei zu nehmen, vielmehr möchte es ihm conveniren, auf dem Boden der Neutralität sich Oesterreich gegenüber zu befestigen. Es wird von Oestreich abhängen, ob ihm das gelingen soll.

Anfangs October 1849 geschrieben.

Anlage A.[1])

Die allgemeinen deutschen Verhältnisse sind nicht der geringste Gegenstand meiner Sorge. Auch hier liegt zwischen dem Erwünschten und Nothwendigen und dem Möglichen und Wahrscheinlichen eine so tiefe Kluft, daß man an der Lösung der Frage verzweifeln möchte. Nothwendig war Vertretung des Volks beim Bunde, Bundesgericht, Handelseinigung. Das war zu erreichen auf dem bis zum 1. April eingeschlagenen Wege. Das Vorparlament, der 50ger Ausschuß hat die Sache aus der richtigen Bahn gerissen. Gagerns eben so unpractische als unnöthige Idee einer einheitlichen Form der Obergewalt ist in die Versammlung eingeschlagen. Man hat am 28. Juni den nie zu entschuldigenden, noch gut zu machenden Fehler begangen, den Bundestag aufzulösen, ehe man etwas an die Stelle gesetzt hatte. Damit steht alles in der Luft. So lange in Wien und Berlin der Pöbel herrschte, konnte das nur zur Revolution ausschlagen. Seit dort das Soldatenregiment wieder besteht, ist es klar, daß Wien und Berlin

[1]) Nach dem Koncept.

die Sache machen werden. Da hat man nun in Frankfurt im Namen Deutscher Einheit Oestreich ausstoßen wollen und Preußen verleiten, für eine Kaiserkrone sich der Volkssouverainetät der Paulskirche unterzuordnen; allein Preußen hat zum Glück erkannt, daß ihm hier das Gewand der Dejanira geschenkt werden sollte. In der Paulskirche haben diese Fragen gezeigt, daß die bisherigen Clubs nur persönliche Ansichten repräsentirten, keineswegs die politischen Partheien des Volks. Diese sind plötzlich entfesselt, und nun zeigt sich, daß die Einheit keineswegs in dem Maaße im Volke vorhanden war. Die Versammlung ist nun in der Lage, mit Wien und Berlin unterhandeln zu müssen; ob sie das kann, weiß ich nicht; kann sie es aber nicht, so sehe ich nicht ab, wohin diese Dinge führen sollen.

Was uns angeht, so haben wir uns offen gegen die Verkehrtheiten ausgesprochen, so lange es etwas helfen konnte. Man hat uns dafür, wie ein Witzbold sagte, in der Paulskirche den Bestien vorgeworfen. Der Erfolg hat leider schon gezeigt, daß wir Recht hatten. Raumer, Andrian und Banks[1]) können Zeugniß ablegen, und wir können unsere Gerichte nicht zwingen, auf die sogenannten Reichsgesetze zu erkennen. Wir haben uns nun zu einer nach Außen passiven Rolle entschlossen. Wir concentriren alle Kraft auf die innern Geschäfte; hier Ordnung zu halten und tiefer zu begründen scheint uns zu gelingen. Das giebt uns am Ende die Hoffnung, noch möglichst vieles aus dem Schiffbruche zu retten. Wir halten uns von aller Intrigue fern. Man kommt uns damit auch nicht. Klindworth, der Emissär von Würtemberg und der Begleiter des Prinzen Carl von Baiern, würde — auf des Königs ausdrücklichen Befehl, ‚niemand von uns gesprochen haben, wenn er hieher gekommen wäre. Diese ehrliche und ehrenhafte Resignation ist nach meiner Ansicht das Einzige, was wir jetzt thun können.

Soll ich meine Privatansicht über das etwa Thunliche äußern, so kann das nur dahin gehen, daß 1) die unglücklichen §§ 2 und 3 der Reichsverfassung wieder weg müssen. Die Personalunion, das Ideal der regierenden Schleswig-Holsteinschen Professoren, widerspricht ja den Verhältnissen Oestreichs, Preußens (Posen), der Niederlande und Holsteins selbst. Lord Palmerston hat bereits auf diese tollen §§ den ganz richtigen Satz gebaut, daß der Status quo ante bellum gegen Dännemark dadurch unmöglich werde. Daraus folgt 2) daß Oestreich nicht aus Deutschland verdrängt werden kann und darf; und hieraus ergiebt sich 3) daß die Erbmonarchie ein Unsinn ist. Die Wahlmonarchie ad vitam halte ich für die

[1]) Die Gesandten der provisorischen Centralgewalt in Paris und London.

schlimmste aller Formen, weil sie nach vielleicht längerem Zeitraum ein unsicheres Ende hat und so jederzeit eine Art Revolution hervorruft. Ob man nun einen Präsidenten aus der Zahl der Fürsten nimmt oder die reine Bundes- und Senatsform beibehält, das ist mir ziemlich gleichgültig. Man wähle, was Oestreich, Preußen und Baiern am wenigsten kränkt. Die Staaten von Baiern abwärts erhalten durch den Reichsrath mehr als durch Trias, Pentarchie u. s. w. Der Reichsrath ist eine neue Ausgabe des Bundestags, den man nicht missen kann, wie einmal die Zustände Deutschlands sind. Die Einheit muß ihre Kraft in der Volksvertretung am Bunde und im Reichsgericht finden. Diese Vertretung aber wird nach aller Wahrscheinlichkeit demnächst ein größeres Gewicht im Staatenhause als im sogenannten Volkshause haben. So käme man auf einem schweren Umwege auf den Punkt zurück, den man am 1. April (nomen et omen) verlassen. —

Hannover, 31. December 1848.

Anlage B.

Nachdem die Reichsverfassung in dem Maaße festgestellt ist, daß

1) die Competenz der Reichsgesetzgebung als eine völlig unbegrenzte den Staaten gegenüber betrachtet werden muß,
2) durch die Initiative jedes einzelnen Hauses und das nur suspensive Veto des Reichsoberhaupts die Stellung des letzteren so schwach geworden ist, daß darauf gar nicht zu rechnen seyn wird, endlich
3) durch das Wahlgesetz eine so ungeheure Uebermacht des democratischen (man sollte richtiger sagen des ochlokratischen) Elements geschaffen ist, daß dagegen das Staatenhaus, zumal bei der fast gleichen Ochlokratie der Wahlen in den Einzelstaaten, viel zu geringer Einfluß irgend anderer Interessen zu erwarten steht [1]), auch
4) durch das Verwerfen des Reichsraths die Einzelstaaten ganz verdrängt sind,

so scheint mir am Tage zu liegen, daß eine ruhige und heilsame Entwicklung der Dinge auf diesem Wege nicht erwartet werden darf. Es ist die Natur der ungemäßigten Democratie, in bestimmter Richtung überschnell fortzuschießen. Das kann hier geschehen in doppelter Richtung, in unitarischer und in particularistischer. Wahrscheinlich wird in einzelnen Staaten das eine, in andern das andere vorherrschen und so der Streit und Zerfall des Ganzen nahe liegen. Gewönne eine Richtung entschiedenes Uebergewicht, so würde das Uebergewicht des Particularismus denselben Erfolg haben, das Uebergewicht der unitarischen Tendenz aber eben so unaufhaltsam die Einzelstaaten

[1]) Hier scheinen einige Worte ausgefallen zu sein.

vernichten. Mäßigung und daher Einigung liegt dem reinen Democratismus des ganzen Instituts zu fern, als daß darauf Rechnung zu machen wäre; wenn nicht etwa alle Geschichte lügt, oder aber das Menschengeschlecht seine Natur geändert hat, wozu doch zur Zeit eben keine Aussicht ist.

Soll daher für Deutschland noch etwas gewonnen werden, so ist dies nur möglich auf dem Wege einer Modification der Verfassung, ehe sie ins Leben tritt. Ist sie einmal anerkannt und ins Leben getreten, so ist der Zustand der Revolution nach meiner obigen Ansicht verfassungsmäßig begründet und auf eine Modification im Sinne der Conservation zu rechnen ein bloßes Rechnen auf den Zufall. Es fragt sich also, wie ist eine Modification vor dem Anerkennen zu erreichen? Hier liegt

1. der Weg der Octroyirung vor. Sind Oestreich und Preußen einig, so können sie bestimmen, was sie wollen. Das kann freilich in manchen einzelnen Staaten zu sehr harten Kämpfen führen; allein die Gewalt kann es durchführen und die Weisheit die Wunden heilen. Inzwischen ist hierauf schwerlich zu rechnen. Da weder Kraft noch Weisheit in genügendem Maaße vorhanden seyn dürfte, so möchte die ganze Sache nur wieder auf das Feld der Revolution zurückführen. Ich würde also diese Eventualität ganz beseitigen.
2. Der Weg der Vermittlung. Diesen kann Preußen einschlagen; dazu nöthig wäre folgendes:
   a) Acceptation der Würde des Reichsoberhaupts zur Erledigung der Verfassungssache durch Einigung der National-Versammlung mit den Staaten.
   b) Diese Einigung würde verlangen:
      1) daß man die Nationalversammlung festhielte, wozu ihre Permanenzerklärung das Mittel giebt. Sie ist zwar furchtbar durch Leidenschaften gespalten; aber sie ist matt und mit ihr mehr zu Ende zu bringen als mit jeder anderen;
      2) daß man den Regierungen der Staaten Gelegenheit gebe, sich auszusprechen, und zwar
      3) in Gemeinschaft mit ihren Ständen. Eine gesonderte Verhandlung mit der Regierung droht stets diese in eine schiefe und schwache Stellung zu bringen. Das könnte geschehen
      4) durch Bildung eines provisorischen Staatenhauses nach Maaßgabe des Verfassungsprojects. Dabei bleibt zu erwägen:

         ob es rathsam, das Staatenhaus für diesmal den Ständen allein zu überlassen?

         ob es jedenfalls nicht nothwendig, den Regierungen eine gesonderte Stellung durch Bevollmächtigte zu lassen?

Am zweckmäßigsten möchte sich jedoch dieses dahin gestalten, daß die besondere Vertretung der Regierungen einer Vorverhandlung mit Preußen zugewiesen würde. Es würde nämlich

5) erforderlich seyn, daß die Propositionen zu Veränderung der Verfassung nunmehr von Preußischer Seite

als Bedingungen der Acceptation der Oberhauptswürde (wodurch ich ein Arrangement mit Oestreich etwa auf Alternative nicht ausgeschlossen betrachte) aufgestellt würden.

Propositionen dieser Art, im Sinne der beiden Rechten gestellt und von Preußen bevorwortet, werden jetzt sicher die Mehrheit erhalten. Kann eine Einigung mit Oestreich dadurch erlangt werden, um so besser. Ist aber eine solche Einigung nicht möglich, so wird auf diese Weise doch auch allein möglich seyn, dem Provisorium, welches man den engern Bundesstaat nennt, einige Haltung zu geben und die Möglichkeit der demnächstigen Einigung einzuleiten.

Ich betrachte es dabei für Hannover als eine Nothwendigkeit, sich diesem engern Bundesstaat anzuschließen; schon in Rücksicht auf das Bedürfniß eines Schutzes für den Kronprinzen, welcher nur von Außen zu erhalten ist. Dazu spreche ich die Ansicht aus, daß mir die Erbkaiserwürde mit einem kräftig organisirten Reichsrathe gerade so viel gilt als das Directorium, wenn solche nur im Verhältniß zu Oestreich möglich gewesen wäre, ja, daß ich dieselbe mit Rücksicht auf das obige persönliche Verhältniß für Hannover zuträglicher halten möchte, da sie einen festeren Stützpunkt gewährt. — Natürlich immer vorausgesetzt, daß die übrige Verfassung nicht in einem so ochlokratischen Unsinn verlaufe, wie das jetzt der Fall ist.

Hannover, 31. März 1849. s. m.

JCBS.

Eben ersehe ich aus dem Frankfurter Journal, daß die Linke sich von 80 Stimmen, unter diesen Gagern, Mohl u. s. w., die Zusicherung hat ertheilen lassen,

dem Könige von Preußen gar keine Unterhandlungen zu gestatten, sondern von demselben eine unbedingte Acceptation oder Ablehnung zu verlangen.

Dieses Verfahren kann natürlich meine Ansicht von der Lage der Dinge nicht ändern; es beweiset aber nur noch entschiedener die Nothwendigkeit, nichts außer Acht zu lassen, was noch zur Rettung gereichen kann. JCBS.

Anlage C. [1])

Fragen zu der Preußischen Circulardepesche vom 3ten April 1849.

1. Wozu ein provisorium, wenn man in 14 Tagen fertig sein will?
2. Oder soll in den 14 Tagen eben nur das provisorium fertig werden?
3. Wenn man mit der jetzigen National-Versammlung die Sache fertig machen will, so kann doch nur eine Gesammt-Verfassung für ganz Deutschland (provisorisch oder definitiv?) im Plane liegen.
4. Welche Form will man aber dann für das Oberhaupt? zumal im definitivo?
5. Oder will man eigentlich principaliter den engern Bund? — und denkt sich diesen nicht bloß als Schreckbild für Oesterreich?
6. Welche Form des engern Bundes denkt man sich denn aber? Mediatisirung à la Rheinbund? — oder Bundesform mit gleichen und Selbstständigkeitsrechten aller Theilnehmer? — so daß der Bundesverfassung nur ein Gewisses bliebe? — (Competenz-Beschränkung der Bundesgewalt.)
7. Ist nicht für einen solchen Bund die ganze bisherige Verfassungs-Arbeit unbrauchbar?

   Volkshaus und Staatenhaus sind der Hegemonie und dem Uebergewicht Eines Staats gegenüber nur Täuschungen für die kleinen Staaten, schließlich aber auch für Preußen. Welche Bedeutung soll das Bundesgericht erhalten? soll Execution ohne dasselbe möglich sein? Wird in der unbeschränkten Gesetzgebungs-, Finanz- und Militairhoheit bei dem numerischen Uebergewichte Eines Staats nicht alle Selbstständigkeit aufgehen müssen? Wird man dieses abwenden können, ohne die Bedeutung des Bundes aufs Aeußerste abzuschwächen? den Bundesstaat loser zu construiren als der Staatenbund es war?
8. Kann ein solcher Bund mit der bisherigen Nat.-Vers. oder einem Stücke derselben geschlossen werden? — Ist sie dazu legitimirt?
9. Wenn nicht, — wohin soll denn die „Maßgabe der Vereinigung" führen?
10. Kann Frankfurt der Sitz eines solchen Bundesraths sein, der an südlich von Frankfurt belegenen Staaten nur etwa Darmstadt, höchstens Baden und Würtemberg zu erwarten hat?

---

[1]) Anstatt des ersten Entwurfs von Stüves Hand ist hier eine Abschrift des Schriftstücks abgedruckt, welche die Fragen — wohl in Folge der Ministerialberathung — in der Redaktion etwas verändert, in dem Inhalt nicht wesentlich abweichend wiedergiebt. Sie werden so mitgetheilt sein.

11. Wird ein ſolcher Bund irgend Jemand befriedigen?
    a) nach der Form? Berathung in großen Verſammlungen iſt Mediatiſirung.
    b) nach dem Inhalt? — Er erregt Anſprüche der kleinen Staaten und Preußens, befriedigt keine, weder
        nach der Volks-Meinung, — Nationalität, Größe, Ruhm,
        noch nach dem materiellen Gehalt, — kein Handelsgebiet, keine Geltung,
        noch nach der inneren Verfaſſung, die ſich als Täuſchung der Intereſſen der Kleinen bald ausweiſen wird.
    c) Die Bundesverfaſſung hat keine Wahrheit in ſich; iſt ſchlechter ſelbſt als der Rheinbund, der keine Anſprüche auf Gleichheit gab. Unterwerfung oder Bundesſyſtem, aber nur Wahrheit!
    d) Die halben Zuſtände haben ſich unhaltbar bewieſen. Was haben wir erlebt an Mediatiſirten? an neuen Erwerbungen?
12. Deutſchland in jetziger Stimmung wird nur befriedigt durch eine Verfaſſung, welche
    a) das Ganze umfaßt; — (denn Befriedigung eines geringern oder größern Theils iſt nicht Befriedigung Deutſchlands) und
    b) (daß wir es geſtehen) auf democratiſcher Baſis beruht.
13. Iſt eine ſolche relativ möglich?
    a) mit dieſer demoraliſirten National-Verſammlung?
    b) mit der Oeſterreichiſchen Geſammt-Verfaſſung? — die noch nicht aufgegeben iſt, wenngleich ihre Unausführbarkeit vorliegt?
    c) mit dem momentan erkünſtelten Widerwillen gegen jede Bundes-Form, welche nicht bloß den Einheitsſtaat cachirt?
14. Iſt ſie abſolut möglich mit eben dieſer breiteſten Baſis? mit den unausgeglichenen Anſprüchen von Oeſterreich? Preußen? Baiern?
15. Wie denkt man ſich die eventuelle doppelte oder dreifache Stellung der Staaten?
    a) im alten Deutſchen Bunde?
    b) in einem ſ. g. Bundesſtaate?
    c) als ſelbſtſtändige Staaten?

    Will Preußen ſeine Geltung ad a) oder ad c) aufgeben?

    Welche dieſer Geltungen ſollen die andern Staaten aufgeben? Können dieſelben etwas ad a) und ad c) aufgeben, ehe die neue Geltung ad b) anerkannt iſt?
16. Oder darf angenommen werden, daß die bisherige Geltung des Deutſchen Bundes ſich unmittelbar auf den engern Bundesſtaat übertragen werde; nachdem das hinſichtlich der Centralgewalt nicht der Fall geweſen?

17. Giebt es ein Mittel, durch die provis. Centralgewalt eine Anerkennung, sei es des Preußischen Provisoriums oder des engern Bundesstaats, in ähnlicher Weise zu bewirken, wie das durch den Bundesbeschluß vom 10/12. Juli geschehen sollte?
18. Wäre nicht eine, wenn auch nur vorübergehende, Rückkehr zum Bundestage das einzige Mittel, eine solche Anerkennung auf friedlichem Wege zu bewirken? und ist dies überhaupt möglich?
19. Liegt nicht die Nothwendigkeit einer Wiederberufung des Bundestags entschieden in dem ganzen Gedanken des engern Bundesstaats, dem ja der Bund zur Seite stehen soll?

Anlage D.

Ich habe einmal Klübers Acten des Wiener Congresses, Gagerns II. Theil u. s. w. wieder gelesen und die Frucht ist:

Sobald man in den Deutschen Verfassungssachen den einfachsten Gang der Natur verläßt, geräth man in die Syrten.

Was ist damals nicht alles versucht:

Das Kaiserthum perhorrescirten gleich Alle;
aber Kreiseintheilung,
Vollziehender Bundesrath,
Bundesgericht,

alles liegt da vor; aber allmählich schwächt und flacht sich alles ab, bis zum Bunde. — Der hat 30 Jahre bestanden und hat eine Bedeutung gehabt; man mußte von ihm wieder anfangen; aus ihm heraus jene scharfen Ecken und Spitzen wieder entwickeln, die man damals nicht hatte leiden können.

Aber ist das jetzt noch der rechte Weg?

Zwischen dem Bunde und der ferneren Entwicklung steht nun:

1) die Centralgewalt, mit einheitlicher Spitze und Ministern,
2) die Versammlung,
3) der Entwurf.

Sind das Elemente, Grundlagen, auf die jetzt zu bauen ist? Die Antwort liegt in den weiteren Fragen:

Kann die provisorische Centralgewalt fortbestehen?
Reicht sie aus?
Kann ihr die ausreichende Kraft gegeben werden? und wie?

Ferner:

Hat die Versammlung genügendes Ansehen, oder ist sie fähig, solches zu erhalten?

Endlich:

Hat ihr Entwurf Elemente, welche das Ganze unhaltbar machen? Sind dieſe Mängel auszumerzen? Werden ſie bereits aks ſolche genügend erkannt, um die Verſammlung zu entkräften?

Die Fragen in Bezug auf die proviſoriſche Centralgewalt möchte ich unbedingt verneinen. Denn die Correctur des Geſetzes vom 28/6. v. J. würde eine neue Verfaſſung machen heißen.

Was die Verſammlung angeht, ſo halte ich ſolche für zu demoraliſirt, um auf ſie noch etwas zu bauen. Aber noch nicht genug geſunken, um ſie ganz aus den Augen zu ſetzen.

Den Entwurf zu Grunde zu legen, wäre das Beſte; aber welche Schwierigkeiten!

a) Die Oberhauptsfrage.
b) Die Reichsfinanzen und Geſetzgebung.
c) Das Volkshaus.
d) Die Grundrechte.

Nachdem Oeſtreich proteſtirt hat, Preußen ſeinen Separatbund ausführen will, wäre von Hannover

a) das Princip des ganzen Deutſchlands voranzuſtellen. Nationalität, Geſchichte, Bedürfniß, nur durch momentane Aufregung verdunkelt, können nie verlohren gehen.
b) Alles was darauf nicht beruhe, ſey ſeiner Natur nach bloßes Proviſorium.
c) Ein ſolches könne nothwendig ſein unter gefährlichen Zeiten,
d) dürfe aber nie und nimmer der Herſtellung der Ganzheit Schwierigkeiten bereiten.

[Vom 20. April 1849.]

Anlage E.

Das Hannoverſche Miniſterium hat allerdings ſeine Gedanken nicht klar ausgeſprochen und das liegt theils an dem Concipienten; theils aber hegte man hier auch Bedenken, die Dinge auszuſprechen, ſo lange man nirgend ſichere Ausſicht darauf hatte, Unterſtützung zu finden. Man wollte nicht mit bloßen Worten den ganzen Sturm der Vereine auf ſich ziehen, wie das jetzt mit Baiern der Fall iſt, von welchem man in Frankfurt ſehr reſp. hofft und fürchtet, daß es Würtemberg folgen werde.

Gegenwärtig iſt gehandelt, und nun treiben die Dinge weiter fort. Hier droht die Agitation und in Berlin außerdem der Termin der 60 Tage. Alſo raſch!

Der hieſige Gedanke iſt: Entweder

I. Man macht noch den Verſuch mit Frankfurt. Dann iſt nichts anderes zu thun, als die wichtigſten unberückſichtigten Puncte der Collectiv-Erklärung, namentlich:

Geſandtſchaftsrecht,
Beſteuerungsrecht,
Geſetzgebungsrecht und einige andere

wieder aufzunehmen. Wegen des Reichsoberhaupts ein Proviſorium entweder und womöglich mit (oder ohne) Oeſtreich weſentlich im Sinne der großdeutſchen Erklärung zu formuliren.

Ein neues Wahlgeſetz zu entwerfen,

und die ſo modificirte Verfaſſung zu unbedingter Annahme sub praejudicio der Frankfurter Verſammlung vorzulegen. Oder

II. Wenn das fehlſchlägt, oder überhaupt nicht annehmlich ſcheint, ein Proviſorium auf Grund der Bundesgeſetze zu machen.

Dabei als Ziel einer demnächſtigen Bundesverfaſſung aufzuſtellen:

1) Gemeinſame diplomatiſche Vertretung.
2) Größere Einigung des Heerweſens.
3) Gemeinſames Seerecht, Marine.
4) Gemeinſchaftliches Zoll- und Handelsweſen.
5) Schutz des innern Verkehrs, Münze, Maaß, Gewicht, Handelsrecht.
6) Sicherung der Volksrechte.

Alles das auszuführen durch Vervollſtändigung der Bundesverwaltung

1) durch Bundesregierung,
2) „ Volksvertretung,
3) „ Bundesgericht ganz nach dem Entwurfe.

Die Bundesgeſetzgebung, die das auszuführen hätte, wäre zu beſchaffen durch Vereinbarung zwiſchen Bundesregierung und Volksvertretung, für welche ſofort eine Form aufzuſtellen wäre.

Mit ſolchen Schritten, zu denen die Regierungen, nachdem die National-Verſammlung ihren durch den Beſchluß vom 30. März v. J. gegebenen Auftrag gebrochen, wohl befugt, werden wir weſentlich gewinnen. Aber raſch iſt zu handeln.

Wird es gewünſcht, ſo wird man gern nach Berlin ſchicken, um dort wo möglich in Gemeinſchaft mit Oeſtreich weiteres zu verabreden. Kein Tag iſt zu verlieren.

Anlage F. [1])

Eure Excellenz verzeihen mir, wenn ich, aufgeregt durch die Verhandlung, welche soeben zwischen Hrn. von Radowitz und mir stattgefunden, mir erlaube, einige Worte in Bezug auf den Auftrag, der Sie nach Oestreich führen wird, an Sie zu richten.

Die Lage der Dinge ist entscheidend. — Ein falscher Schritt kann Deutschland in unsägliches Elend stürzen, und nun ist alles in einer Weise auf die Spitze getrieben, die fast unmöglich macht, daß nicht irgend ein Mißgriff der schwersten Art gemacht werde.

Wir müssen unsere Verfassung fertig machen, müssen, um dieses zu können, das Vertrauen des Volkes in Anspruch nehmen; gelingt es unserem Plan nicht, dieses zu gewinnen, so ist die nächste Reichsversammlung, so sind die augenblicklich aufgelösten und baldigst wieder zu berufenden Versammlungen in Berlin, Hannover, Dresden so gewaltige Hebel der Revolution, daß an einen friedlichen Widerstand der Regierungen gar nicht mehr zu denken ist. Und in diesem Augenblicke machen wir den Plan der Union. Wir nehmen damit

1. Deutschland seine Selbständigkeit völlig. Gerade was man hat erreichen wollen, nationale Geltung, das geht verlohren; was man im friedlichen Interesse entwickeln müßte, die Entwicklung Norddeutschlands durch Vertretung seiner maritimen Lage und Verhältnisse, das wird noch mehr zurückgedrängt, wenn auch Preußen nicht mehr dafür handeln kann. Deutschlands Politik soll in einem halbslavischen Staate verschwinden; die Deutschen in Oestreich sollen die nationale Verbindung mit dem Mutterlande verlieren und das engere Deutschland auf $^2/_3$ einschrumpfen; die Leitung der Politik soll mehr als zur Hälfte jenem slavisch gemachten Oestreich zufallen.
2. Wir sollen Oestreichs innere Sicherheit gegen Ungarische, Galicische, Italienische Aufstände garantiren, und das in einem Momente, wo Oestreich durch entschiedenes Unrecht in Ungarn sich in solche Gefahr gebracht hat. — Wir sollen das ohne eine Sicherheit, daß Oestreich Recht zu geben und zu nehmen bereit sey, wenn wir ihm geholfen, den Aufstand zu unterdrücken.
3. Zu diesem Zweck sollen wir mit den Russen zusammenwirken! —

Ist es irgend denkbar, daß das Verfassungswerk, welches wir machen möchten, und wäre es das beste, Vertrauen gewinne? — Kann man irgend einen Schritt thun, der die Ungarische Insurrection und die Deutsche

[1]) Nach dem Koncept.

Democratie enger vereinigte? — Wahrlich das ſind Dinge, deren Verantwortlichkeit auf mich zu nehmen ich nicht den Muth habe. Es iſt wohl ein großer und ſchöner Zweck, Oeſtreich zu helfen und aus dem Ruſſiſchen Bündniſſe zu retten; aber das iſt der Weg nicht, wenn wir Deutſchland, deſſen Schwäche und Schmach in dieſem Augenblicke ich auf das tiefſte beklage, ganz in den Abgrund der Revolution ſtürzen.

Eure Excellenz hatten die Gewogenheit, einiges Gewicht auf meinen Namen in dieſer Deutſchen Sache zu legen. Das iſt der Grund, weßhalb ich mich befugt geglaubt habe, Ihnen meine Anſichten offen auszuſprechen. Ich weiß auf dieſem Wege nicht zu helfen, er führt ins Verderben.

Berlin, 10. Mai 1849.

Anhang II.

Stüves Montagsartikel in der Hannoverschen Zeitung.

Vorbemerkung.

Stüve bemerkt in der Aufzeichnung über seine deutsche Politik vom October 1849, daß er mit dem 20. November 1848 seine Montagsartikel begonnen habe. Die Bezeichnung Montagsartikel ist hier beibehalten, weil in Wirklichkeit Stüve meist den von Geschäften freieren Sonntag benutzte, um den Artikel zu schreiben, der dann in der nächsten Nummer der Zeitung erschien. Nicht alle Montagsnummern enthalten jedoch solche Aufsätze. Eine größere Unregelmäßigkeit trat schon im Februar 1849 während des Konflikts mit den Kammern über die Grundrechte ein. Doch gab dieser Konflikt selbst zu einigen besonderen Artikeln Veranlassung. Für längere Zeit wurde die Reihe dann unterbrochen durch Stüves Sendung nach Berlin im Mai und Juni 1849. Auch gegen Ende des Jahres macht sich eine Unregelmäßigkeit bemerkbar, worüber er in einem Briefe vom 21. December bemerkt: „Meine Artikel haben jetzt weder bestimmte Tage noch Zeichen, da ich diesem Pack (er meint damit die Zeitungskorrespondenten) nicht kenntlich sein will." Auch sonst sind die Artikel keineswegs durch bestimmte Zeichen kenntlich gemacht. Wo dergleichen sich finden, wechseln sie mehrfach. Die bei weitem meisten Aufsätze, namentlich in der späteren Zeit, erscheinen ohne jede Chiffre. Sie kommen vereinzelt auch an andern Wochentagen vor, und ebenso sind nicht alle in den Montagsnummern der Zeitung abgedruckten Leitartikel aus Stüves Feder; das sind jedoch nur wenige Ausnahmen.

Unter diesen Umständen war es nicht immer leicht, die Autorschaft Stüves mit völliger Sicherheit zu bestimmen. Das nachstehende Verzeichniß, welches auf wiederholter sorgfältiger Prüfung aller in dem fraglichen Zeitraume in der Zeitung erschienenen Leitartikel beruht, dürfte jedoch erschöpfend sein. In manchen Fällen konnte sich die Entscheidung auf eigene ausdrückliche Erwähnungen Stüves in seiner Korrespondenz stützen. In anderen ergab sie sich mit Sicherheit aus dem Vorkommen übereinstimmender Äußerungen und Redewendungen in den gleichzeitigen Briefen. Im übrigen geben, wo es dessen noch bedurfte, Stil und Gedankengang einen genügenden Anhalt. Es dürften darnach keine Aufsätze in das Verzeichniß aufgenommen sein, welche nicht wirklich von Stüves Hand herrühren.

Im Einzelnen mag jedoch noch Folgendes bemerkt werden.

Ob ein Aufſatz in der Nummer vom 6. Juni 1849: „Was iſt in Berlin geſchehen?“ Stüve ſelbſt zugeſchrieben werden kann, iſt ungewiß geblieben. Dafür ſpricht, daß wohl Niemand außer ihm im damaligen Augenblick eine ſolche Mittheilung machen konnte. Zweifel erregt aber der Umſtand, daß er ſich damals noch in Berlin befand und mit andern Arbeiten bezüglich des Maibündniſſes ſtark beſchäftigt war.

Die beiden Artikelreihen in den Nummern vom 7.—10. November 1849: „Zur Geſchichte des Dreikönigsbündniſſes“ und „Hannover und das Bündniß vom 26. Mai“ ſind nicht von Stüve. Bezüglich der erſteren bemerkt er in einem Briefe vom 21. November ausdrücklich, daß ſie nicht von ihm verfaßt, aber rein ex actis ſeien. Die letztere iſt nach einer Redaktionsnotiz in der Nummer vom 12. November von einem Mitarbeiter, „dem der Gang der Angelegenheiten nur aus den veröffentlichten Verhandlungen bekannt geworden“. Daß beide von ihm inſpirirt ſind und ſeine Gedanken wiedergeben, welche im übrigen aus der von ihm verfaßten Denkſchrift für die Stände zu entnehmen ſind, ſteht außer Frage.

Der im Verzeichniß mit aufgeführte Aufſatz in der Nummer vom 6. Dezember 1849: „Preußens Beſtimmung in der deutſchen Verfaſſungsentwicklung“ erregt in Bezug auf den Stil einiges Bedenken. Er iſt aber für Stüve in Anſpruch genommen, weil er einen Gegenſtand, die Denkſchrift über die Preußiſche Bundespolitik von 1822, welche gerade in jener Zeit auch in den Briefen mehrfach erwähnt wird, in einer Weiſe behandelt, und Stüves bekannte Auffaſſung davon in Ausführungen wiedergiebt, die nicht annehmen laſſen, daß ein anderer aus dem Kreiſe der damaligen Mitarbeiter ſelbſt nach Stüves Inſtruktion ſo darüber hätte ſchreiben können.

1848.

20.	November.	Berliner Streitpunkte und Reſultate.
27.	„	Preußiſche Nationalverſammlung.
4.	December.	Brandenburg, Kremſier, Frankfurt.
11.	„	Zeitbetrachtungen.
18.	„	Desgleichen.
27.	„	Desgleichen.

1849.

3.	Januar.	Das Reichsoberhaupt.
8.	„	Hannover und Deutſchland.
15.	„	Deutſche Einheit.
22.	„	Deutſchland und England.

30.	Januar.	Zeitbetrachtungen.
12.	Februar.	Die Oesterreichische Note.
15.	„	Der Hannoversche Conflict.
17.	„	Desgleichen.
19.	„	Desgleichen.
20.	„	Zeitbetrachtungen.
26.	„	Desgleichen.
5.	März.	Desgleichen.
12.	„	Die Oesterreichische Verfassung und Deutschland.
19.	„	Frankfurt, Wien, Berlin.
26.	„	Resultate Frankfurts.
2.	April.	Die Frankfurter Kaiserkrone.
9.	„	Der engere Bundesstaat.
16.	„	Nochmals der engere Bund.
23.	„	Annahme, damit ein Ende werde?
29.	„	Sonntagsblatt. Zur Beurtheilung der Reichsverfassung.
30.	„	Die Entscheidung. Kaiser und Wahlgesetz.
9.	Juli	Bedürfniß und Theorie, Recht und Gewalt.
16.	„	Zeitbetrachtungen.
23.	„	Moderata durant.
30.	„	Süd- und Norddeutschland.
6.	August.	Die Aufgabe der Stände.
13.	„	Ansichten und Absichten vom Bundesstaate.
20.	„	Die Parteien in Deutschland.
27.	„	Schwierigkeiten und Eventualitäten.
31.	„	Die Deutsch-Oesterreichische Union.
1.	September.	Desgleichen.
2.	„	Desgleichen.
3.	„	Desgleichen.
10.	„	Deutschland und die Berliner Kammern.
24.	„	Die Reichstagsberufung und die Revolution.
1.	October.	Die Eile zum Reichstage und die Rede des Herrn von Radowitz.
8.	„	Das Interim und der Bundesstaat.
15.	„	Was will Hannover und was kann Hannover.
22.	„	Die Berufung des Reichstages.
6.	November.	Hannover 6. November.
12.	„	Deutsche Stände und ihre Aufgabe.
23.	„	Deutschlands friedliche Entwicklung im Sinne von Preußen und Oesterreich.

6.	December.	Preußens Beſtimmung in der deutſchen Verfaſſungsentwicklung.
10.	„	Der engere Bundesſtaat und § 1 des Verfaſſungsentwurfs.
17.	„	Bundeskommiſſion und Reichstag.

1850.

1.	Januar.	Beim Jahreswechſel.
14.	„	Innere Entwicklung der großen Staaten.
21.	„	Zur Politik Preußens im Jahre 1849 (Rückblick des Herrn von Canitz).
28.	„	Pairs und Höchſtbeſteuerte in Preußen.
4.	Februar.	Preußiſch-Oeſterreichiſche Märzerrungenſchaften.
11.	„	Anſichten über Erfurt und Frankfurt.
18.	„	Deutſche Einheit und Schweizer Einheit.
25.	„	Oeſterreich und Preußen oder Verfaſſungs- und Handelseinheit.
11.	März.	Die Entwicklung der letzten Woche.
18.	„	Frankfurt zur Lehre für Erfurt.
25.	„	Stuttgart und Erfurt.
2.	April.	Preußens deutſche Politik.
8.	„	Was bleibt möglich.
22.	„	Vereinsweſen und Staatsweſen; Frankfurt und Erfurt.
29.	„	Die Erfurter Reviſion.
6.	Mai.	Reichstage und Congreſſe.
13.	„	Revolutionsdrohungen.
3.	Juni.	Krieg oder Frieden.
10.	„	Warſchau und Frankfurt.
17.	„	Zur Preßfrage.
24.	„	Zur Hannoverſchen Politik.
8.	Juli.	Revolution und Reform.
15.	„	Schleswig-Holſtein und der Deutſche Bund.
22.	„	Desgleichen.
29.	„	Desgleichen.
5.	Auguſt.	Bundesverfaſſung und Polizei.
19.	„	Frankfurt und Baden; zur Geſchichte von 1849.
26.	„	Zum 23. Auguſt 1850.
2.	September.	Erwartungen.
17.	„	Ohne Ueberſchrift. Die heſſiſche Sache betreffend.

Namenregiſter zu den Briefen.

Abeken, Heinrich, Legationsrat im preußiſchen Miniſterium des Auswärtigen 241. 281.

— Hermann, Vorſtand des ſtatiſtiſchen Bureaus in Hannover 519. 526.

Abickes, Gutsbeſitzer in Heuhauſen bei Lehe 2.

Ahrens, Mitglied der National-Verſammlung, vorher Univerſitätsprofeſſor in Brüſſel 160.

Albrecht, Profeſſor der Rechte aus Leipzig, früher in Göttingen, Mitglied der Nationalverſammlung 49. 80. 89.

— Generaldirektor der direkten Steuern in Hannover 170.

Algreen-Uſſing, däniſcher Staatsmann 482.

Althaus, Dr. phil. in Hannover 204.

Alvensleben, Graf von, preußiſcher Finanzminiſter a. D. 303.

Ammon, von, Mitglied der preußiſchen zweiten Kammer, Appellationsgerichtsrat in Cöln 282.

Andlau, von, aus Freiburg 496.

Andrian, Freiherr von, aus Wien, Mitglied der Nationalverſammlung, Geſandter der Centralgewalt in London 118. 154. 167. 173.

Angerſtein, Fabrikant in Clausthal 28.

Aretin, Freiherr von, bayriſcher Legationsrat in Wien 174.

Arndt, Ernſt Moritz, Profeſſor aus Bonn, Mitglied der Nationalverſammlung 97.

Arnim, Heinrich, Freiherr von, preußiſcher Miniſter des Auswärtigen 34. 46. 56. 193. 340. 347.

Arnim-Boytzenburg, Adolf Heinrich, Graf von, preußiſcher Miniſterpräſident a. D., Mitglied der Nationalverſammlung 96.

— Heinrich Friedrich, Graf von, preußiſcher Miniſter des Auswärtigen 178. 182. 191.

Arnswaldt, Freiherr von, hannoverſcher Legationsrat a. D. 308.

Auerswald, Alfred von, preußiſcher Miniſter des Innern, ſpäter Miniſterpräſident 85.

— Hans von, preußiſcher Generalmajor, Mitglied der Nationalverſammlung 103.

Auguſtenburg, Chriſtian, Herzog von 98. 302.

Bacmeiſter, Juſtizrat im hannoverſchen Juſtizminiſterium 505.

Baden, Leopold, Großherzog von 231. 237. 244. 396. 406. 462. 476. 500. 544. 545.

— Sophie, Großherzogin von 545.

— Stephanie, Großherzogin Witwe von 467. 488.

Balan, preußiſcher Legationsrat und Reſident bei der Stadt Frankfurt 320. 322.

Bally, von, Geheimer Rat aus Beuthen, Mitglied der Nationalverſammlung 218. 220. 221. 332.

Bandel, von, Bildhauer 310.

Banks, Dr. jur., Syndikus und Bevollmächtigter der Stadt Hamburg bei der Centralgewalt 61. 107. 215. 327. 432.

Bar, Oberfinanzrat in Hannover 181.

Bassermann, Kaufmann aus Mannheim, Mitglied der Nationalversammlung, Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern 80. 118. 130. 133. 136. 214. 215. 220. 224. 227. 237. 239. 247. 258. 302. 307.
Batthyanyi, Graf, ungarischer Ministerpräsident 297.
Bauer, kurhessischer General 523.
Baumbach, von, kurhessischer Minister des Auswärtigen 356. 376. 381. 384. 385. 389. 395. 409. 422. 512. 528.
Bause, Adjutant des Herzogs von Braunschweig 453.
Bayern, Karl, Prinz von 112.
— Ludwig I., König von 176.
— Maximilian II., König von 156. 158. 159. 186. 205. 456. 488.
Beckedorff, von, Arzt und politischer Schriftsteller, Convertit 321.
Beckerath, von, Banquier aus Crefeld, Mitglied der Nationalversammlung, Reichsfinanzminister 66. 80. 195. 275. 303. 324.
Belgien, Leopold, König von 317.
Below, von, preußischer Generalmajor 85. 101. 121. 412.
Bening, Ernst Wilh. August, Amtmann in Bentheim 12.
— Heinrich, Regierungsrat und Generalsekretär des hannoverschen Gesamtministeriums 18. 63. 505.
Bennigsen, Alexander Levin, Graf von, Vorstand des hannoverschen Ministeriums des Auswärtigen 18—21. 23. 47. 59. 82. 83. 88. 89. 140. 181. 183. 228. 243. 256. 281. 283. 286. 287. 333. 334. 343. 344. 355. 356. 361 bis 366. 369. 370. 373. 375. 380. 386. 392. 394. 406. 414. 415. 417. 420. 423. 451. 460. 468. 475. 484—487. 490. 498. 500. 515. 516. 521. 524. 527. 537.
— Levin Aug. Theophil, Graf von, russischer General 386. — Seine Frau 366.
— Ernst Karl Gebhard von, hannoverscher Oberst, Mitglied der Bundes-Militär-Kommission 452. 454.
Benthe, Advokat 96.
Bentinck, Reichsgraf von 305. 308. 310.
Bernstorff, Graf von, preußischer Gesandter in Wien 271. 286. 344. 364. 447. 459. 465. 471. 472. 517.
Beseler, Georg, Professor der Rechte aus Greifswald, Mitglied der Nationalversammlung 49. 106. 118. 131. 137. 143. 146—149. 154. 157. 190. 276.
— Wilhelm, Obergerichtsadvokat aus Schleswig, Mitglied der Nationalversammlung 137. 138. 150.
Beust, Freiherr von, sächsischer Minister des Auswärtigen 277.
Biedermann, Professor aus Leipzig, Mitglied der Nationalversammlung 155.
Biegeleben, Freiherr von, Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Auswärtigen, später Sektionsrat im österreichischen Ministerium des Auswärtigen 244. 258. 259. 263. 266. 267. 272—274. 278. 279. 283—286. 290. 291. 296—298. 300. 301. 360. 400. 409. 478. 492.
Bismarck-Schönhausen, Otto von 304.
Bligh, englischer Gesandter in Hannover 483.
Blittersdorff, Freiherr von, badischer Staatsminister 86. 88. 98. 122. 215. 325. 344. 347. 358. 368.
Blömer, Landgerichtsrat aus Aachen, Mitglied der Nationalversammlung 224. 225. 426.
Blome, Graf 525.
Blum, Robert, Buchhändler aus Leipzig, Mitglied der Nationalversammlung 27. 35. 36. 38. 51. 52. 56. 105. 111. 130. 133. 136—138. 140. 172. 240. 297. 407. 532.
Bodelschwingh, Freiherr von, preußischer Minister des Innern a. D., Vorsitzender des Verwaltungsrates der deutschen Union 126. 287. 291. 303. 356. 360.
Bodungen, Bürgermeister von Münden 2. 4. 45. 60. 61. 232.
Böckh, badischer Oberst 474.
Böse, Hauptmann in Bederkesa 5. 34. 40. 232.

Böttiher, von, Oberpräſident in Königsberg 303. 385. 429. 431.
Bonaparte, Präſident Louis Napoleon 204. 467. 488. 489. 497. 502. 507.
Bonin, Eduard von, preußiſcher General, Oberbefehlshaber in Schleswig-Holſtein 382.
— Guſtav von, preußiſcher Finanzminiſter a. D., Oberpräſident in Magdeburg 303.
Bothmer, von, hannoverſcher Juſtizrat und Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, Mitglied der Nationalverſammlung 33. 41. 43. 52. 64. 87. 89. 91. 94. 96. 101. 107. 114. 118. 123. 125. 128. 136. 138. 146. 156. 158. 160. 162. 180. 184. 187. 189. 190. 193—195. 200. 201. 223. 229. 244. 245. 252. 335. 357. 395. 539.
Bourguignon, Korvettenkapitän 362. 364.
Brandenburg, Graf von, preußiſcher General, ſpäter Miniſterpräſident 117. 144. 225. 232. 234. 235. 239—241. 245. 268. 271. 278. 302. 303. 330. 474. 546.
Brandt, von, Generalmajor aus Poſen, Mitglied der Nationalverſammlung, Unterſtaatsſekretär im Reichskriegsminiſterium 81.
Braun, Vorſtand des hannoverſchen Miniſteriums der geiſtlichen und Unterrichtsangelegenheiten 22. 80. 122. 139. 143. 148. 164. 170. 344. 434. 516.
— Profeſſor aus Bonn, Mitglied der Nationalverſammlung 299.
Braunſchweig, Karl, Herzog von 37.
— Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog von 415.
— Wilhelm, Herzog von 46. 49. 50. 75. 77. 82. 322. 367. 406. 436. 446. 447. 451. 453.
Bray, Graf, bayriſcher Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten 97.
Brehmer, Senator in Lübeck 166.
Brentano, die Familie 81.
Breuer, Inſpektor der Aachen- und Münchener Feuerverſicherungsgeſellſchaft in Hannover 43. 160.
Breuſing, Banquier aus Osnabrück, Mitglied der Nationalverſammlung 4. 8. 12. 16. 20. 35. 40. 52. 61. 64. 68. 71. 73. 74. 81. 114. 120. 151. 183. 232.
Briegleb, Profeſſor in Göttingen 182.
Brockhaus, Verlagsbuchhändler in Leipzig 267.
Brommy, Admiral der deutſchen Flotte 315. 320. 352.
Brons, Kaufmann und engliſcher Vicekonſul aus Emden, Mitglied der Nationalverſammlung 125. 151. 180.
Bruck, Freiherr von, öſterreichiſcher Finanzminiſter 188. 298.
Brühl, Graf 152.
Brunnow, Baron von, ruſſiſcher Geſandter in London 207.
Budberg, Baron von, Legationsrat bei der ruſſiſchen Geſandtſchaft in Berlin 388. 514.
Buddenberg, Advokat in Berſenbrück 10. 24. 55. 69. 78. 157.
Bueren, Stadtſyndikus in Emden 44. 142. 170. 314. 323. 333. 391. 427.
Bülow, Graf von, Leiter des preußiſchen Miniſteriums des Auswärtigen, ſpäter Geſandter in Hannover, zuletzt Miniſter in Mecklenburg-Schwerin 182. 183. 282. 287—289. 304. 356. 364. 367. 375. 394. 508.
— Freiherr von, Landdroſt in Stade 19. 489. 499. 504. 505. 510. 534. 536. 537. 539.
— von, däniſcher Kammerherr u. Geſandter in Frankfurt 364. 369. 429. 437. 472. 481. 482. 539.
— -Cummerow, von, politiſcher Schriftſteller 85.
Bulwer, Lord Henry, engliſcher Diplomat 251.
Bunſen, preußiſcher Geſandter in London 121. 126. 144. 167. 168. 171. 173. 176. 178. 192. 317. 321. 346. 499.
Butlar, von 524.
Buttel, von, oldenburgiſcher Hofrat, Mitglied der Nationalverſammlung 333.

Callin, Lehrer in Hannover 82. 83. 134. 135. 145.
Cambridge, Adolf, Herzog von 201. 466. 468. 470. 474.
— Georg, Prinz von 201.
Cammann, Konsistorialrat und Superintendent zu Verden 57.
Camphausen, preußischer Ministerpräsident, Bevollmächtigter bei der Centralgewalt 32. 162. 166. 176. 186. 204. 205. 265. 266. 287. 303. 321. 324. 339. 384.
Canitz, Freiherr von, preußischer Generalleutnant, Minister des Auswärtigen a. D. 239. 258. 263.
Carl, Geheimer Kommerzienrat aus Berlin, Mitglied der Nationalversammlung 93.
Carlowitz, von, sächsischer Justizminister a. D., preußischer Kommissar beim Erfurter Parlament 392.
Cavaignac, französischer General und Kriegsminister 114.
Chambord, Heinrich, Graf von 168. 502.
Christiani, Advokat in Lüneburg 132.
Claußen, Obergerichtsadvokat aus Kiel, Mitglied der Nationalversammlung 97.
Cleeves, Geheimer Registrator in Hannover 420. 486.
Closen, Freiherr von, bayrischer Staatsrat und Bevollmächtigter bei der Centralgewalt 140. 176.
Cohen, Mitredakteur der Hannoverschen Morgenzeitung 63. 234. 450.
Colloredo-Waldsee, Graf, Bundespräsidialgesandter 31.
Cowley, Lord, englischer Gesandter in Frankfurt 97. 152. 176. 189. 251. 295. 317—319. 347. 369. 379. 463. 539.
— Lady 273.
Crome, Superintendent in Markoldendorf 66.

Dachenhausen, von, Landdrost in Hannover 6. 8. 10. 19. 20. 21. 83.
Dänemark, Friedrich VII., König von 318. 319.
Dahlmann, Professor aus Bonn, Mitglied der Nationalversammlung 8. 18. 23. 31. 32. 35. 38. 48. 51. 95. 106. 113. 115. 118. 119. 137. 157. 227. 238. 262. 276.
Dalwigk, Freiherr von, Großherzoglich hessischer Minister des Innern 376. 440. 443. 447. 450. 454. 476.
Dammers, Advokat und Stadtsyndikus aus Nienburg, Mitglied der Nationalversammlung 81. 123. 314. 317.
Decken, Graf von der, hannoverscher Generalleutnant 523.
— von der, Justizrat in Stade 57.
Degenfeld-Schomberg, Graf von, württembergischer Gesandter in München 352.
Deiters, Professor aus Bonn, Mitglied der Nationalversammlung 147. 156.
Detering, Advokat in Osnabrück 142. 322. 323. 333. 427.
Deymann, Advokat aus Meppen, Mitglied der Nationalversammlung 41. 64.
Dirckinck-Holmfeld, Baron von, dänischer Bevollmächtigter in Hannover 292. 437. 471. 472.
Doblhoff-Dier, Freiherr von, österreichischer Gesandter im Haag 395.
Dönhoff, Graf von, preußischer Minister des Auswärtigen 118.
Dörnberg, Freiherr von, hannoverscher Generalleutnant und Gesandter in St. Petersburg 385. 387.
— Freiherr von, kurhessischer Geschäftsträger in Berlin 356.
— Freiherr von, Vorstand der Thurn- und Taxisschen Postverwaltung 348.
Dörrien, Kaufmann in Nienburg 182. 317.
Drachenfels, Freiherr von, Großherzoglich hessischer Ministerresident in Frankfurt 400.
Droop, Advokat in Osnabrück 3. 12. 120. 122. 132. 173.
Droysen, Professor aus Kiel, Mitglied der Nationalversammlung 101. 137. 304.

Duckwitz, Kaufmann aus Bremen, Mitglied der Nationalversammlung, Reichshandelsminister 36. 37. 39. 80. 89. 105. 107. 163. 166. 245. 264. 271. 297. 315. 322. 350. 367. 386. 389. 397. 434.
Düring, von, Vorstand des hannoverschen Justizministeriums 19. 20. 21. 139. 374. 414. 516.
Dürr, Kanzleirat in Hannover 175.
du Mont, Eigentümer und Verleger der „Kölnischen Zeitung" 376.

Eberhard, kurhessischer Minister 510.
Egestorff, Fabrikant in Linden 11.
Eichhorn, preußischer Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten a. D. 303.
— Kaufmann in Hannover 208.
Eichmann, Oberpräsident in Koblenz 380.
Eigenbrodt, Großherzoglich hessischer Ministerialrat und Gesandter in Berlin 257. 261. 377.
Eisendecher, von, oldenburgischer Ministerialrat für die auswärtigen Angelegenheiten 406.
Eisenstuck, Fabrikant aus Chemnitz, Mitglied der Nationalversammlung 190. 212.
Elder, Syndikus in Lübeck 435. 444.
Elliſſen, Dr. phil., Bibliotheksekretär in Göttingen 41. 142. 169. 270. 274. 312.
Elster, Kanzlist in Frankfurt 416. 417. 420. 421. 475. 486. 493.
Elsholtz, von, sachsen-koburgischer Legationsrat und Geschäftsträger in München 496.
England, Albert, Prinzgemahl von 311. 317.
— Viktoria, Königin von 305. 310. 311.
Esterhazy, die Familie 186.
Evers, Stadtdirektor in Hannover 6. 17. 25. 26. 82. 169.

Falcke, Freiherr von, hannoverscher Kabinetsminister 4—6. 9. 10. 13. 17. 22. 186. 525.
Falloux, de, französischer Unterrichtsminister 279.
Fischer, preußischer Oberst 215. 216. 221. 223.
Florencourt, von, Schriftsteller in Naumburg 418.
Forchhammer, Professor in Kiel 304.
Forsboom-Brentano, Kaufmann und nassauischer Hofrat 387. 390. 392. 403. 430. 451. 465.
Francke, Professor in Göttingen 537.
— Mitglied der Nationalversammlung, holsteinischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt 101. 239.
— Stadtrichter in Harburg 18. 465.
Frankreich, Louis Philipp, König von 502.
Freese, Redakteur der Norddeutschen Zeitung 450.
Freudentheil, Kanzleiprokurator aus Stade, Mitglied der Nationalversammlung 22. 33. 40. 64. 105. 140. 158. 160. 161. 183. 197. 294.
Friesland, Oberpostrat in Hannover 24. 50.
Fröbel, Mitglied der Nationalversammlung 276.
Frommann, Verlagsbuchhändler in Jena 122. 384. 389.

Gabelentz, von der, Hofdame in Hannover 289.
Gagern, Heinrich, Freiherr von, Mitglied und Präsident der Nationalversammlung, Präsident des Reichsministeriums 32. 34. 35. 39. 42. 48. 50 bis 52. 54—56. 67. 70. 75. 76. 85. 86. 88. 98. 99. 104. 111. 117. 120. 122. 128. 132. 135. 136. 139. 140. 141. 144. 146—150. 153. 154. 158. 161. 165. 167. 168. 172. 174. 176. 180. 181. 189. 190. 192. 193. 195. 202. 209. 211. 212. 214—217. 220. 221. 224. 227. 237. 251. 258. 259. 262. 265. 266. 276. 285. 294. 297. 301. 302. 304. 307. 308. 310. 311 313. 317. 321. 342. 347. 369. 377. 379. 385. 400. 409. 429. 440. 444. 492. 493. 495.

Gagern, Maximilian, Freiherr von, Mitglied der Nationalverſammlung, Unterſtaatsſekretär im Reichsminiſterium des Auswärtigen 80. 156. 379.
Garßen, von, Advokat in Gitter 34. 163.
Genua, Herzog von 402.
Gerdes, Sara Margarethe, dritte Frau des Reichsgrafen Bentinck 308. 310.
Gerding, Advokat in Celle 12. 84. 87. 91. 142. 169. 270. 322. 323. 333. 427.
Gerlach, von, preußiſcher General und Generaladjutant 270. 272. 449.
Gerſting, Maurermeiſter und Senator in Hannover 43. 54.
Gervinus, Profeſſor aus Heidelberg, Mitglied der Nationalverſammlung 40. 79. 232.
Giskra, Dr. jur. aus Mähriſch-Trübau, Mitglied der Nationalverſammlung 125.
Glinka, ruſſiſcher Staatsrat und Geſchäftsträger in Darmſtadt 444. 481. 482.
Gödeke, Litterarhiſtoriker 145. 169. 170. 234. 450.
Görgey, Oberkommandirender der ungariſchen Armee 291.
Gombart, Oberappellationsgerichtsrat aus München, Mitglied der Nationalverſammlung 445.
Gortſchakoff, Fürſt, ruſſiſcher Geſandter in Frankfurt 360. 364. 369. 370. 373. 375. 488.
Gosling, Kaufmann und Senator in Osnabrück 45.
Gottsleben, Advokat in Hildesheim 483.
Grävell, preußiſcher Geh. Juſtizrat aus Frankfurt a. O., Mitglied der Nationalverſammlung, Reichsminiſter 216.
Gravenhorſt, Profeſſor in Lüneburg 89. 114. 198. 270. 294.
Gröben, Graf von der, preußiſcher General 238.
Groß, Amtsaſſeſſor aus Leer, Mitglied der Nationalverſammlung 160. 427.
Grote, Gräfin, Staatsdame am hannoverſchen Hofe 11. 366. 374. 434. 438. 450. 487.
— Advokat und Konſervator des K. Münzkabinets in Hannover 19. 450.
Grumbrecht, Advokat aus Lüneburg, Mitglied der Nationalverſammlung 36. 37. 41. 64. 89. 93. 100. 114. 165. 169. 198. 270. 274. 294. 366. 374. 402. 427. 454.
Guaita, von, früherer Bürgermeiſter der Stadt Frankfurt 306. 326. 336. 440.
— von, Dr. 390.
Gülich, von, Fabrikbeſitzer in Wertheim bei Hameln 7.
— von, Sohn des Vorigen, Regierungsreferendar 133. 136.
— Obergerichtsadvokat aus Schleswig, Mitglied der Nationalverſammlung 138. 147.
Günther, Schriftſteller aus Leipzig, Mitglied der Nationalverſammlung 111.

Haack, Oberappellationsgerichtsrat in Lübeck 456.
Hahn, von, preußiſcher General 465. 470.
Hake, von, hannoverſcher Oberforſtmeiſter 358.
Halkett, Sir Hugh, hannoverſcher General 524.
Hallwachs, Vorſtand des Großherzoglich heſſiſchen Miniſteriums des Auswärtigen 400.
Hanne, Kandidat der Theologie 49. 86.
Hannover, Ernſt Auguſt, König von 1—3. 5—11. 13. 18—20. 23. 24. 26. 31. 41. 46. 49. 58—60. 66. 67. 71. 72. 74. 76. 78. 82. 83. 85. 87. 90. 91. 107. 123. 128. 138. 141. 164. 173. 181—183. 188. 197. 199. 205. 206. 218. 223. 239. 251. 255. 273. 281. 292. 307. 312. 314. 323. 333. 334. 339. 344. 346. 349. 350. 353. 355. 362—368. 373—376. 378. 380. 383. 385. 387—389. 391. 392. 395. 398. 400—402. 414. 416. 421. 423. 426. 431. 432. 434—438. 441. 449. 453. 456. 458. 460. 461. 465—467. 470. 474. 475. 482. 483. 487. 489. 498 bis 500. 503. 505. 507. 510. 512. 514. 515. 518. 521. 522. 525—527. 534 536. 537. 539—542. 545.
— Ernſt Auguſt, Erbprinz von 91.

Hannover, Georg, Kronprinz von 2. 7. 8. 19. 20. 49. 59. 182. 187. 199. 289. 344. 366. 374. 453. 499. 506. 507. 514. 542. 546.
— Marie, Kronprinzeſſin von 184. 252. 289.
Hanſemann, preußiſcher Finanzminiſter, ſpäter Chef der Preußiſchen Bank 57. 66. 85. 86. 126. 334.
Hantelmann, Advokat aus Hannover, Mitglied der Nationalverſammlung 60. 62. 89. 142. 169. 314. 374.
Harnier, Schöff und Syndikus der Stadt Frankfurt 215. 272. 274. 311. 432. 440.
Harrys, Redakteur der Hannoverſchen Morgenzeitung 77. 142. 450.
Hartmann, hannoverſcher Generalleutnant 86.
Haſſenpflug, kurheſſiſcher Miniſterpräſident 356. 406. 422. 426. 440. 443. 446. 447. 449. 451. 454. 458. 460. 462. 467. 479. 498. 500. 507. 509. 511. 512. 519—521. 523. 533. 534. 536.
Haſtedt, Poſthalter in Harburg 270.
Hausmann, Baurat in Hannover 180.
d'Hautpoul, franzöſiſcher General und Kriegsminiſter 507.
Haym, Profeſſor aus Halle, Mitglied der Nationalverſammlung 101. 276. 493.
Haynau, Freiherr von, öſterreichiſcher Feldzeugmeiſter 292. 495. 521.
Hecker, Führer der badiſchen Revolution 37. 56. 101. 104. 106. 110. 532.
Heckſcher, Advokat aus Hamburg, Mitglied der Nationalverſammlung, Reichsjuſtizminiſter 51. 81. 97. 104. 215. 372.
Heinzen, Schriftſteller und Revolutionär 110.
Hergenhahn, Mitglied der Nationalverſammlung, Präſident des naſſauiſchen Staatsminiſteriums 145. 156. 195. 202.
Hermann, bayriſcher Miniſterialrat, Mitglied der Nationalverſammlung 95. 96. 98. 99. 101. 215.
Herrmann, Profeſſor in Göttingen 335.
Heſſen-Darmſtadt, Emil, Prinz von, öſterreichiſcher Feldzeugmeiſter 306. 385. 389. 396. 398. 400. 476. 523.
— — Ludwig III., Großherzog von 202. 377. 380. 385. 400. 401. 440. 454. 512.
— -Kaſſel, Friedrich, Prinz von 494. 496. 499.
— — Friedrich Wilhelm, Kurfürſt von 309. 316. 330. 378. 380. 385. 389. 396. 401. 406. 436. 449. 451. 479. 496. 498. 507. 523. 524. 535. 536. 538. 540. 546.
— — Luiſe, Prinzeſſin von, vermählte Gräfin von der Decken 423.
Heydt, von der, preußiſcher Handelsminiſter 204. 271. 299. 303. 432. 434.
Hitte, de la, franzöſiſcher Miniſter des Auswärtigen 488. 492.
Hohenzollern-Hechingen, Fürſt von 394.
— -Sigmaringen, Fürſt von 394.
Holſcher, Hofrat und Leibchirurg in Hannover 8. 10. 26. 44.
Honſtedt, von, Landkommiſſär in Eilte 89.
Hoppe, hannoverſcher Legationskanzliſt in Berlin 486.
Hoppenſtedt, hannoverſcher Regierungsrat, Mitglied der Nationalverſammlung 190. 195. 198. 200.
Hormayr, Freiherr von, bayriſcher Miniſterreſident in Hannover 382.
Hornemann, Hofkunſthändler in Hannover 334.
Hoſtmann, Banquier in Celle 28. 87. 270. 316. 335.
Hoyns, Dr. phil. in Hannover 82. 83. 134. 145. 153.
Hübner, öſterreichiſcher Botſchafter in Paris 488. 492.
Hügel, Freiherr von, württembergiſcher Geſandter in Berlin 375.
Hugo, Juſtizrat aus Göttingen, Mitglied der Nationalverſammlung 52. 64. 82. 160.
Humann, aus Paris 168. 171.

Jacobi, hannoverscher Generalmajor und Generaladjutant 138. 536. 537. 540.
Jacoby, Arzt aus Königsberg, Mitglied des preußischen Landtages 65. 68.
Jänecke, Verleger und Druckereibesitzer in Hannover 495.
Jahn, Friedrich Ludwig, aus Freiburg a. U., Mitglied der Nationalversammlung 104. 114.
Jaup, Großherzoglich hessischer Ministerpräsident 400. 440. 443. 454.
Jellachich, Baron, Feldmarschallleutnant, Banus von Kroatien 186.
Inn- und Knyphausen, Graf zu, hannoverscher Gesandter in Berlin 168. 241. 335. 380. 420. 421. 440. 467. 474. 514. 541.
Jochmus, türkischer General, Reichsminister des Auswärtigen und der Marine 176. 216. 244. 245. 275. 286. 295. 297. 312.
Jordan, kurhessischer Geheimer Legationsrat, Mitglied der Nationalversammlung 255. 271. 290. 356.
Isenburg-Büdingen, Prinz von, Attaché bei der preußischen Gesandtschaft in Hannover 426.
Itzstein, von, Obergerichtsadvokat aus Mannheim, Mitglied der Nationalversammlung 37. 114.
Jürgens, Pastor aus Markoldendorf, Mitglied der Nationalversammlung 50. 137. 195. 229. 258. 275. 284. 363. 367. 389. 520. 526.

Kamptz, von, preußischer Legationsrat und Gesandter in Hamburg, stellvertretender Bevollmächtigter bei der Centralgewalt 80. 223.
Karmarsch, Direktor der polytechnischen Schule in Hannover 63. 67.
Keller, Graf, Landrat aus Erfurt, Mitglied der Nationalversammlung 110.
Kent, Victorie, Herzogin von 470.
Kerst, Generalsekretär für die Marine im Reichshandelsministerium 245. 282. 285. 286. 290.
Kielmannsegge, Adolph, Graf von, hannoverscher Gesandter in London 321. 348. 522. 523. 525. 541. 544. 545.
Kielmannsegge, Eduard, Graf von, früherer hannoverscher Finanzdirektor 374. 438. 564. 505. 510. 522. 537.
Kirchenpauer, Senator und Bevollmächtigter der Stadt Hamburg bei der Centralgewalt 215. 432.
Kirchgeßner, Advokat aus Würzburg, Mitglied der Nationalversammlung 150.
Kirchner, Kammerkommissär in Oldenstadt 128.
Kisker, Chef des preußischen Justizministeriums 151.
Klapka, General der ungarischen Revolutionsarmee 347.
Kleinschrod, von, Mitglied der Nationalversammlnng, bayrischer Justizminister 248.
Klenze, Generaldirektor der indirekten Steuern in Hannover 45. 163. 166. 170. 181. 186.
Klindworth, politischer Agent 352.
Klüber, badischer Minister des Auswärtigen 237. 501. 545.
Knesebeck, Ernst von dem, hannoverscher Gesandter in München 282. 349. 365. 376. 404. 407. 445. 449. 457. 495.
— Friedrich von dem, Regierungsrat in Osnabrück 9.
Koch, von, braunschweigischer Ministerialrat 451. 453.
Könneritz, von, sächsischer Geheimer Rat und Gesandter in Frankfurt 352. 354. 359.
Kombst, Sekretär bei der preußischen Bundestags-Gesandtschaft 322. 432.
Kossuth, ungarischer Ministerpräsident 344. 347. 360.
Kreling, Maler 540.
Kreß von Kressenstein, Freiherr von, österreichischer Gesandter in Hannover 304. 332. 366. 478. 506. 522. 525.
Krieg von Hochfelden, badischer Oberst und Flügeladjutant 467. 500. 501.
Kröncke, Gutsbesitzer in Neuhaus a. d. O. 26. 387.
Krüger, Rektor aus Emden, Leiter der Hannoverschen Zeitung 91. 92. 101. 114. 119. 190. 193. 198. 200. 203.

Kübeck, Aloys, Freiherr von, österreichischer Diplomat 512.
— Karl, Freiherr von, österreichischer Kommissar bei der Bundes-Central-Kommission 343. 344. 347. 348. 354. 363. 377. 399. 411. 412. 419. 422. 429. 452. 462. 472. 500. 511. 512. 543.
Küpfer, preußischer Geheimer Legationsrat 433.

Lafaurie, Sprachmeister in Jena 117.
Lafrenz, Gutsbesitzerin Otterndorf 40. 142.
Lang, Stadtsyndikus aus Verden, Mitglied der Nationalversammlung 20. 35. 123. 163. 180. 181. 183. 188. 265. 283. 329.
— Schatzrat in Hannover 2. 20. 45. 60. 142. 170. 182. 197. 198. 200. 232. 265. 274. 283. 294. 314. 318. 320. 323. 339. 366. 387. 395. 474.
Langenau, von, österreichischer Generalmajor und Gesandter in Hannover 537.
Lappenberg, Archivar, Bevollmächtigter der Stadt Hamburg in Frankfurt 432. 435. 472.
Lasaulx, von, Professor aus München, Mitglied der Nationalversammlung 137.
Las Cases, Graf, französischer Staatsmann 171.
Lauer-Münchhofen, von, schaumburg-lippischer Regierungspräsident 431.
Laves, Oberhofbaudirektor in Hannover 540.
Lehzen, Vorstand des hannoverschen Finanzministeriums 18—21. 60. 139. 170. 261. 396. 437. 505. 516. 522.
Leiningen, Fürst, Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten 80. 310. 314. 317. 460.
Leist, Vizepräsident des Oberappellationsgerichts zu Celle 45.
Lepel, von, hessen-darmstädtischer Gesandter in Berlin 257. 261. 262. 291. 350. 377. 454. 467.
Lerchenfeld, Graf von, bayrischer Gesandter in Berlin 231. 239.
Lerchenfeld, Freiherr von, bayrischer Minister des Innern 156. 158. 159. 380. 469.
Leue, Appellationsrat aus Köln, Mitglied der Nationalversammlung 38.
Lex, Redakteur der Hannoverschen Zeitung 24. 38. 88. 92.
Lichnowsky, Fürst, Mitglied der Nationalversammlung 103. 104.
Lichtenberg, Ministerialreferent im hannoverschen Ministerium des Innern 338.
Liebe, braunschweigischer Legationsrat und Bevollmächtigter im Verwaltungsrat der deutschen Union 46. 50. 52. 215. 284. 350. 389. 435—437. 444. 451. 456.
Lind, Jenny 340.
Linde, von, Großherzoglich hessischer Geheimer Staatsrat, Bundestagsgesandter für Liechtenstein 451. 527.
Lindemann, Oberbürgermeister in Lüneburg 16. 22. 182. 318. 322. 350. 442. 443. 465. 534. 536. 540.
Linden, Freiherr von, württembergischer Minister des Innern und des Auswärtigen 461.
Lodemann, Regierungsrat aus Lüneburg, Mitglied der Nationalversammlung 158. 198.
Loos, preußischer Generalintendant 268.
Lüders, Advokat in Hannover 145.
Lüntzel, Justizrat aus Hildesheim, Mitglied der Nationalversammlung 41. 64. 109. 160. 164. 169.
Lüpke, Weihbischof von Osnabrück 402. 403.
Lütcken, von, Landdrost in Osnabrück 9. 12. 16. 17. 21. 45. 90. 374. 505.
Lützow, von, mecklenburgischer Staatsminister 299.

Magenis, englischer Geschäftsträger in Wien 504.
Malortie, von, Hofmarschall in Hannover 11.
Mansouroff, von, russischer Gesandter in Hannover 386.

Manteuffel, Edwin, Freiherr von, preußischer Oberstleutnant und Flügeladjutant 546.
— Otto, Freiherr von, preußischer Staatsminister 240. 271. 278. 302. 303. 313. 338. 340. 392. 474.
Marcard, hannoverscher Hauptmann 290. 355. 493. 495. 519. 526.
Marschall von Bieberstein, Freiherr, badischer Minister des Innern 237. 430.
Mathis, preußischer Geheimer Oberregierungsrat 418. 421—423. 426. 432. 435. 441. 463. 500.
Mathy, badischer Staatsrat, Mitglied der Nationalversammlung, Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium 80. 216. 237. 239. 294. 297. 307. 314. 347.
Matthäi, Advokat in Verden 8. 17.
Mayern, von, österreichischer Oberst, Mitglied der Nationalversammlung 95. 96.
Mecklenburg-Schwerin, Friedrich Franz, Großherzog von 299.
— Strelitz, Georg, Großherzog von 512.
— — Georg, Herzog von 512.
Meißner, Stadtrichter in Hannover 22. 26.
Mensching, Advokat in Hannover 45. 47. 66. 169. 521.
Mensbengen, Freiherr von, österreichischer Gesandter in Wiesbaden und Frankfurt 161. 272. 279.
Merck, Kaufmann aus Hamburg, Mitglied der Nationalversammlung, Reichsfinanzminister 216. 264. 269. 273. 282. 286. 302. 371. 432. 434.
Merkel, Schatzrat aus Hannover, Mitglied der Nationalversammlung 25. 52. 53. 61. 63. 64. 72. 81. 88. 110. 112. 114. 131. 138. 141. 158. 182.
Mettenius, Ministerialrat im Reichsjustizministerium 269. 271. 276. 280. 305. 401. 409.
Metternich, Fürst von, österreichischer Staatskanzler 9. 167—169. 171. 522.
Mevissen, Kaufmann aus Köln, Mitglied der Nationalversammlung, Unter-Staatssekretär im Reichshandelsministerium 80.
Meyendorff, Freiherr von, russischer Gesandter in Berlin, später in Wien 86. 198. 224. 231. 255. 294. 386. 407. 433. 459. 476. 508.
Meyer, Georg, Advokat in Essen bei Osnabrück 69. 73. 96.
— Julius, Hüttenbesitzer in Beckerode bei Osnabrück 142. 169.
— Louis, Fabrikant und Bürgerworthalter in Hannover 6. 54.
— Theodor, Senator in Lüneburg, später Landdrost in Hildesheim 16. 17. 20. 36. 40. 43. 44. 52. 77. 275. 540.
Meysenbug, von, badischer Legationsrat und Bevollmächtigter im Verwaltungsrat der deutschen Union 291.
Mierolawski, von, polnischer Revolutionär 238.
Mittermaier, Geh. Rat und Professor aus Heidelberg, Mitglied der Nationalversammlung 43.
Möhring, von, Ingenieurhauptmann aus Wien, Mitglied der Nationalversammlung 51. 95.
Mohl, Moritz, Obersteuerrat aus Stuttgart, Mitglied der Nationalversammlung 51.
— Robert von, Professor aus Heidelberg, Mitglied der Nationalversammlung, Reichsjustizminister 80. 105. 113. 165.
Moltke, Graf, auf Rätschau 100.
Montez, Lola 166.
Montgelas, Graf von, bayrischer Geschäftsträger in Hannover 282.
Mosengel, Oberbaurat in Hannover 234.
Mosle, oldenburgischer Oberst und Bevollmächtigter im Verwaltungsrat der deutschen Union 291. 304. 312. 327. 351. 355. 378.
Müller, Polizeikommissar in Kassel 523.
Münch-Bellinghausen, Graf, österreichischer Bundes-Präsidialgesandter 358.
— — Freiherr von, Präsident des Oberappellationsgerichtes in Darmstadt 476. 546.
Münchhausen, Alexander von, Kabinetsrat, später Minister in Hannover 5. 10. 13. 262. 334. 493. 499. 504. 510. 536. 537. 540.

Münchhausen, August von, Rittmeister a. D. in Voldagsen 322. 383.
Münster, Graf von, Erblandmarschall in Hannover 335. 464.

Nagler, von, preußischer Bundestagsgesandter 322.
Nassau, Adolf, Herzog von 202. 314. 401. 443. 512.
Nauwerk, Stadtverordneter aus Berlin, Mitglied der Nationalversammlung 71.
Nell, von, österreichischer Ministerialrat 385.
Nesselrode, Graf, russischer Reichskanzler 476. 482. 510. 513.
Neubourg, hannoverscher Legationsrat, Generalsekretär im Ministerium des Auswärtigen 180. 351. 386. 392. 398. 417. 420. 472. 475. 480.
Nicol, Advokat aus Hannover, Mitglied der Nationalversammlung 36. 64. 105. 109.
Niemann, Konsistorialrat und Schloßprediger in Hannover 289.
Nieper, Ministerialreferent im hannoverschen Ministerium des Innern 509.
Nobili, Graf von, österreichischer Generalmajor und Präsident der Bundes-Militär-Kommission 103.
Normanby, Marquis von, englischer Gesandter in Paris 292.
Nostitz und Jänkendorf, Königlich sächsischer Bundestagsgesandter 409. 411. 416. 472.

Oberg, Justizrat aus Hildesheim, Mitglied der Nationalversammlung 195.
Oberländer, Königlich sächsischer Minister des Innern 137. 240.
Obermüller, Redakteur in Kassel 519.
Oertzen, von, mecklenburgischer Geheimer Justizrat und Bundestagsgesandter 430. 498. 511.
Oesterley, Hofmaler und Professor in Hannover 540.
Oesterreich, Franz Joseph, Kaiser von 272. 290. 436. 440. 447. 456. 543.
Oesterreich, Johann, Erzherzog von, Reichsverweser 48. 50. 52. 55. 57. 58. 60—62. 67. 71. 73. 86. 95. 98. 102. 103. 161. 181. 214—217. 219—222. 230. 233. 235. 243—245. 249. 268 bis 270. 272—275. 279. 280. 283. 285. 286. 289. 290. 292. 295. 298 bis 303. 305. 312. 316. 319. 320. 324—326. 328. 330. 332. 333. 344. 390. 398. 503. 504.
— Stephan, Erzherzog von 332.
Ohm, Kaufmann, Mitarbeiter der N. Preuß. Zeitung 321.
Ohßon, Freiherr d', schwedischer Gesandter in Berlin 192.
Oldekop, Kammerrat in Hannover 134.
Oldenburg, Elimar, Prinz von 507.
— Nicolaus Friedrich Peter, Erbgroßherzog von 407.
— Paul Friedrich August, Großherzog von 327. 351. 388. 406. 410. 416. 496. 537.
Ompteda, von, hannoverscher Staats- und Kabinetsminister a. D. 491.
Oppermann, Advokat in Nienburg 122. 333.
Oriola, Graf von, preußischer Legationsrat 85.
Otterstedt, Freiherr von, preußischer Legationsrat und Resident in Frankfurt 432.

Palmerston, Lord, englischer Staatssekretär des Auswärtigen 97. 152. 167. 171. 173. 176. 183. 189. 192. 220. 255. 292. 295. 296. 327. 382. 496. 499. 508. 517. 518. 539.
Paris, Ludwig, Graf von 502.
Paskewitsch, Graf, russischer Feldmarschall 291.
Patow, Freiherr von, preußischer Handelsminister und Oberpräsident a. D. 384.
Pechlin, von, dänischer Geheimer Konferenzrat 520. 525.
Peel, Sir Robert, englischer Staatsmann 292. 466.
Persigny, de, französischer Gesandter in Berlin 378. 467. 488.

Pertz, Oberbibliothekar in Berlin 117. 434.
Peschau, Dr. med., in Bederkesa 41.
Peters, Hofdestillateur und Bürgervorsteher in Hannover 2. 73.
Peucker, von, preußischer General, Reichskriegsminister, Mitglied der Bundescentralkommission 70—72. 74. 75. 77. 79. 81. 84—86. 91. 105. 216. 223. 233. 238. 243. 263. 315. 422. 423. 433. 435. 439. 441. 476. 477. 492. 500.
Pfafferott, Amtsassessor in Westerhof 90.
Pfeiffer, kurhessischer Bevollmächtigter im Verwaltungsrat der Union 278. 356.
Pfordten, Freiherr von der, sächsischer, später bayrischer Staatsminister 159. 231. 236. 239. 240. 246. 252. 256. 260—262. 265. 275. 283. 318. 337. 341. 344. 347. 349. 350. 363. 365. 402. 427. 429. 442. 445. 447. 449. 456. 457. 469. 496.
Phillips, Professor aus München, Mitglied der Nationalversammlung 166. 170.
Pius IX., Papst 402. 403.
Plaß, Conrektor aus Stade, Mitglied der Nationalversammlung 36. 105. 140. 158.
Platen, Adolf, Graf, hannoverscher Gesandter in Wien 307. 333. 349. 363. 375. 392. 399. 410. 445. 456. 489. 498. 506. 517. 525. 541.
— Julius, Graf, Flügeladjutant des Königs von Hannover 5. 504. 510. 545.
Plathner, politischer Agitator in Göttingen 56.
Ponsonby, Lord, englischer Staatsmann 251.
Porbeck, von, badischer Legationsrat und Bevollmächtigter in Frankfurt 430.
Preußen, Adalbert, Prinz von 46. 56. 497.
— Augusta, Prinzessin von 429.
— Friedrich, Prinz von, Militär-Gouverneur von Luxemburg 86.
— Friedrich Wilhelm III., König von 249. 290.
Preußen, Friedrich Wilhelm IV., König von 5. 18. 23. 66. 74. 78. 86. 135 bis 137. 141. 144. 152. 167. 173. 174. 186. 187. 195. 196. 198—201. 203. 214—216. 218. 224. 231. 233. 243. 246. 272. 277. 290. 299. 313. 317. 330. 331. 336. 337. 340. 377. 379. 380. 384. 394. 396. 405. 406. 410. 414. 421. 429. 436. 447. 456. 476. 489. 512. 543. 545. 546.
— Heinrich, Prinz von 415.
— Wilhelm, Prinz von 18. 34. 38. 56. 141. 235. 238. 243. 244. 268. 269. 271. 273. 274. 280. 285. 299. 300. 311. 312. 315. 322. 350. 354. 355. 359. 361. 379. 380. 385. 390. 398. 429. 431. 436. 460. 514.
Prittwitz, von, preußischer General 244. 315.
Prokesch-Osten, Freiherr von, österreichischer Gesandter in Berlin 198. 218. 225. 239. 240. 246. 252. 261. 271. 273. 281. 298. 301. 320. 325. 374. 399. 423. 424. 538. 545.
Prott, hannoverscher Generalleutnant und Direktor des Kriegsministeriums 18. 414. 453. 499. 503. 505. 514.

Quintus-Icilius, von, Amtmann aus Fallingbostel, Mitglied der Nationalversammlung 89.

Radetzky, Graf, österreichischer Feldmarschall 198.
Radowitz, von, preußischer Generalleutnant und Militärbevollmächtigter in Frankfurt, später Minister 79. 91. 141. 167. 173. 191. 210. 213. 217—219. 221. 223—225. 231—233. 236. 239. 240. 244. 249. 252. 261. 263. 266 bis 268. 270. 272. 275. 277. 281. 290. 298—300. 312. 313. 316. 320. 331. 334. 342. 347. 353. 356. 360. 363. 369. 379. 384. 386. 392. 396. 426. 437. 439. 442. 443. 449. 451. 452. 457. 458. 467. 470. 474. 476. 489. 493. 495. 498. 500. 501. 506. 518. 542. 544—546.

Rappard, von, Gutsbeſitzer aus Glambeck, Mitglied der Nationalverſammlung 130.
Raſch, Schatzrat in Hannover 142.
— Stadtbauinſpektor in Hannover 43.
Rauch, von, preußiſcher General und Generaladjutant 231. 247. 255. 449.
Raumer, Friedrich von, Profeſſor aus Berlin, Mitglied der Nationalverſammlung 272. 275.
Raveaux, Kaufmann aus Köln, Mitglied der Nationalverſammlung 39. 51. 104. 113. 123. 205.
Rechberg, Graf von, öſterreichiſcher Bevollmächtigter bei der Centralgewalt 230. 236. 237. 248. 251. 269. 275. 290. 294. 301. 307. 310. 312. 324. 325. 332. 348. 363. 398. 399. 407. 410. 419. 503. 535. 538. 539. 543. 544.
Reck, Aſſeſſor im Spruchkollegium in Göttingen 139.
Reden, von, hannoverſcher Amtsaſſeſſor a. D., Mitglied der Nationalverſammlung 29. 36. 40. 64. 169. 386.
Reedtz, von, däniſcher Kammerherr und Direktor im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten 118. 228. 240. 241. 243.
Regenauer, badiſcher Staatsrat und Finanzminiſter 237.
Rehberg, Witwe des hannoverſchen Geheimen Kabinetsrats 86. 476.
Reichensperger, Landgerichtsrat aus Trier, Mitglied der Nationalverſammlung 130.
Reinhard, von, württembergiſcher Geheimer Legationsrat und Bundestagsgeſandter 354. 355. 359. 373. 409. 411. 415. 419. 422. 425. 428. 451. 455. 458. 461. 462. 467. 468. 472. 511. 527.
Reventlow-Preetz, Graf von, Mitglied der proviſoriſchen Regierung, demnächſt der Statthalterſchaft für Schleswig-Holſtein 161.
Reyſcher, Profeſſor in Tübingen 147. 148. 164.
Richelmann, Hofbeſitzer in Winſen a. d. Luhe 26. 270.
Richter, Fabrikant aus Buxtehude 438. 457.
Rießer, Notar aus Hamburg, Mitglied der Nationalverſammlung 118.
Rio, franzöſiſcher Berichterſtatter in Erfurt 370.
Rochau, von, politiſcher Schriftſteller 329.
Rodbertus, preußiſcher Kultusminiſter a. D. 136.
Röben, Advokat in Dornum in Oſtfriesland 374.
Römer, württembergiſcher Juſtizminiſter 228. 230. 280.
Röſe, Senator in Hannover 54. 82.
Röſſing, von, hannoverſcher Oberappellationsrat 534. 536. 540.
Roggenbach, Freiherr von, badiſcher Kriegsminiſter 237.
Rohmer, politiſcher Schriftſteller 339.
Roſe, hannoverſcher Geheimer Kabinetsrat a. D. 46. 49.
Roſenberg, von, preußiſcher Legationsſekretär 401.
Roß, Edgar, Kaufmann aus Hamburg, Mitglied der Nationalverſammlung 231. 234.
Rotenhan, Freiherr von, aus Rentweinsdorf in Franken, Mitglied der Nationalverſammlung 137. 147. 211.
Rothſchild, Freiherr von, öſterreichiſcher Konſul in Frankfurt 269. 315. 395. 396. 399. 452. 485.
Rüdt, Freiherr von, badiſcher Miniſter des Auswärtigen 545.
Ruge, politiſcher Schriftſteller aus Leipzig, Mitglied der Nationalverſammlung 38.
Rumann, Stadtdirektor a. D. in Hannover 7. 18. 22. 23. 25. 41. 43. 47. 65. 88. 134. 142. 145. 169. 170. 175. 182. 197. 198. 200. 232. 234. 269. 270. 274.
Runkel, Journaliſt in Berlin 508.
Rupſtein, Abt von Loccum 47. 57.
Ruſſell, Lord John, engliſcher Erſter Lord des Schatzes 167.
Rußland, Helene, Großfürſtin von 512.

Rußland, Katharina, Großfürſtin von 512.
— Nikolaus, Kaiſer von 167. 207. 373. 433. 476. 513. 518. 535. 536.

Sachſen-Coburg, Ernſt II., Herzog von 317. 366. 396. 410. 416.
— -Meiningen, Bernhard Erich Freund, Herzog von 309.
zum Sande, Advokat aus Lingen, Mitglied der Nationalverſammlung 41.
Sander, Paſtor in Geismar bei Göttingen 182. 335.
Sandvoß, Bürgermeiſter in Goslar 20. 93.
Saucken-Tarputſchen, von, Mitglied der Nationalverſammlung 85.
Savigny, von, preußiſcher Geſandter in Karlsruhe 237. 243. 268. 271. 280. 320. 321. 451.
Schack, von, preußiſcher Generalmajor, Kommandant von Mainz 500.
Schäffer von Bernſtein, Freiherr, Großherzoglich heſſiſcher Generalmajor und Flügeladjutant, Mitglied der Nationalverſammlung 217.
Schaumburg-Lippe, Adolf, Erbprinz von 436. 437. 446.
— Gräfin von, Gemahlin des Kurfürſten von Heſſen 507.
Schele, Freiherr von, hannoverſcher Geheimer Kabinetsrat 5. 391. 466. 534. 537.
— Freiherr von, Landrat zu Scheleuburg 17.
Scheller, Oberlandesgerichtspräſident aus Frankfurt a. O., Mitglied der Nationalverſammlung 132.
Schellwitz, Advokat in Leipzig 282. 283. 286. 287.
Schenk von Schweinsberg, Freiherr, Kurfürſtlich heſſiſcher Miniſter des Auswärtigen 309.
Scherff, von, niederländiſcher Staatsrat und Bundestagsgeſandter 354. 358. 359. 362. 375. 390. 394. 395. 397. 399. 417. 422. 431. 450. 455. 519. 526.
Schläger, Bürgervorſteher in Hannover, Redakteur der Vaterlandsblätter 63. 66. 72. 89. 109. 145. 323.
Schleinitz, Freiherr von, preußiſcher Geſandter in Hannover, ſpäter Miniſter des Auswärtigen 174. 241. 261. 263. 266. 273. 278. 281. 282. 285. 287. 288. 298. 308. 310. 313. 327. 331. 394. 423. 424. 430. 449. 487. 500. 501. 528.
Schlichting, preußiſcher Oberſt 519.
Schlöſſel, Gutsbeſitzer aus Halbendorf in Schleſien, Mitglied der Nationalverſammlung 102. 111. 212.
Schmerling, Ritter von, Bundespräſidialgeſandter, Mitglied der Nationalverſammlung, Reichsminiſter des Innern 63. 65. 67. 71. 72. 80. 89. 91. 103. 105. 124. 128. 146. 148. 149. 153. 154. 159. 161. 165. 167. 173. 174. 210. 215. 240.
Schmidt, Hofbeſitzer in Fallingboſtel 26. 73. 89.
Schmoldt, Hofbeſitzer in Ritſch bei Stade 139.
Schober, Regierungsrat aus Stuttgart, Mitglied der Nationalverſammlung 51.
Schönhals, von, öſterreichiſcher Feldmarſchall-Leutnant und Bundeskommiſſar 300. 348. 361. 377. 411. 418. 462. 500. 511.
Schreckenſtein, Freiherr von, preußiſcher Kriegsminiſter 48.
Schröder, preußiſcher Kommodore 315.
— Dr. 45.
Schütze, Lederhändler und Senator in Hannover 10. 19. 25. 54. 170.
Schulz, Kaufmann in Celle 12.
Schulte, Frau von, Wittwe des hannoverſchen Staats- und Finanzminiſters 11.
Schultheiß, bayriſcher Oberkriegskommiſſar 355.
Schwarzburg-Rudolſtadt, Prinz von 458.
Schwarzenberg, Fürſt von, öſterreichiſcher Miniſterpräſident und Miniſter des Auswärtigen 171. 174. 188. 237. 243. 246. 252. 257. 262. 263. 267.

272. 277. 278. 281. 282. 286—288. 291. 300. 307. 308. 310. 313. 319. 324. 328. 330. 333. 337. 341. 344. 353. 355. 356. 358. 359. 363. 366. 369. 370. 372. 374. 375. 378. 390. 392. 393. 399. 403. 410. 423—426. 430. 436. 441. 445. 447. 452. 456. 471—473. 475. 479. 483. 494. 495. 498. 504. 508. 510. 512. 517—519. 525. 538. 543.

— Obergerichtsanwalt aus Kassel, Mitglied der Nationalversammlung 33.

Schweiger, Buchhändler in Klausthal 92. 385. 386.

Schwerin, Graf, Mitglied der Nationalversammlung 91. 158. 166.

Seebeck, von, Staatsrat, Vertreter der thüringischen Regierungen im Verwaltungsrat und Fürstencollegium der Union 291. 435. 444. 449.

Siedenburg, Gutsbesitzer im Bremischen 323.

Siegel, Führer der badischen Rebellen 118.

Siemens, Stadtgerichtsassessor aus Hannover, Mitglied der Nationalversammlung 25. 33.

Siemering, Kaufmann in Hannover 208.

Simon, Advokat aus Trier, Mitglied der Nationalversammlung 102. 111.

— Stadtgerichtsrat aus Breslau, Mitglied der Nationalversammlung 96. 150. 194. 212. 227.

Simons, preußischer Justizminister 204.

Simson, Tribunalrat und Professor aus Königsberg, Mitglied der Nationalversammlung 145. 150. 180. 184. 198. 261.

Slicher, Freiherr von, Flügeladjutant des Königs von Hannover 228.

Smidt, Bürgermeister von Bremen, Bundestagsgesandter und Bevollmächtigter bei der Centralgewalt 61. 72. 123. 162. 176. 209. 226. 306. 338. 367. 434. 444. 445. 450. 473. 492.

Soiron, von, Oberhofgerichtsadvokat aus Mannheim, Mitglied der Nationalversammlung 35. 83. 106. 118. 137. 157. 237.

Solms-Braunfels, Bernhard, Prinz von 11.

Souchay, Schöff der Stadt Frankfurt 190. 215.

Spamer, Verlagsbuchhändler in Leipzig 286. 287.

Stadion, Graf, österreichischer Minister des Innern 171.

Stasshorst, Landesökonomiekommissär in Iburg 374. 378.

Starcke, Regierungsrat in Hannover 134.

Stechhan, Tischlermeister und Bürgervorsteher in Hannover 47.

Stedtmann, Gutsbesitzer aus Besselich, Mitglied der Nationalversammlung 96. 118.

Stegen, Buchdrucker in Hannover 56. 171.

Steinberg, von, hannoverscher Legationssekretär in Berlin 487.

Stengel, Freiherr von, Staatsrat und Mitglied des badischen Staatsministeriums 237.

Stockhausen, von, preußischer Kriegsminister 404. 474. 545.

Stockmar, Baron von, Vertrauensmann für Coburg-Gotha beim Bundestage 74. 96. 136. 147. 167. 317. 321. 344.

Stosch, Freiherr von, Oberstthofmeister in Darmstadt 476.

Strauß und Torney, von, schaumburg-lippischer Geheimer Kabinetsrat und Bundestagsgesandter 430. 433. 436. 440. 444. 449. 478. 511.

Struve, russischer Resident in Frankfurt 86.

— von, Schriftsteller, Führer der badischen Rebellen 37. 107. 110. 118. 179.

Stubbe, Hofbesitzer in der Grafschaft Diepholz 82. 170. 323.

— Sohn des Vorigen, hannoverscher Artillerieleutnant 82. 83.

Sydow, von, preußischer Gesandter in Stuttgart 373. 498. 525.

— von, preußischer Major 498.

Szalay, von, ungarischer Gesandter bei der Centralgewalt in Frankfurt 344. 347. 360.

Tallenay, Marquis de, französischer Gesandter beim deutschen Bunde 186. 275. 279. 296. 304. 369. 473. 488. 489. 492. 497. 507.
Teichert, Major aus Berlin, Mitglied der Nationalversammlung 255.
Tellkampf, Professor aus Breslau, Mitglied der Nationalversammlung 147. 165.
— Direktor der höheren Bürgerschule in Hannover 316.
Thierry, Freiherr von, österreichischer Hof- und Ministerialrat 410.
Thiers, französischer Staatsmann 199. 279. 292. 497.
Thile, von, preußischer Legationsrat und Geschäftsträger in Kassel 527. 528.
Thöl, Professor in Rostock, später in Göttingen, Mitglied der Nationalversammlung 143. 148. 164. 166.
Thun-Hohenstein, Graf, österreichischer Gesandter in München, demnächst Bundespräsidialgesandter 402. 404. 407 bis 409. 411. 412. 415. 416. 419. 422 bis 425. 428—432. 435. 439—441. 443. 444. 450. 451. 456. 468. 469. 471. 472. 475. 476. 478. 479. 481. 482. 488. 497. 500. 501. 503. 510. 511. 518. 519. 522. 524. 527. 531. 535—539.
Thurn und Taxis, Fürst von, bayrischer General 539. 544.
Tocqueville, de, französischer Minister des Auswärtigen 275. 279. 299.
Trützschler, von, Appellationsgerichtsassessor aus Dresden, Mitglied der Nationalversammlung 97.

Uhden, von, preußischer Justizminister 300. 303.
Uhland, Ludwig, Professor aus Tübingen, Mitglied der Nationalversammlung 532.
Usedom, Graf von, preußischer Bundestagsgesandter, Friedensunterhändler mit Dänemark 31. 32. 42. 72. 321.

Valmy, Herzogin von 370.
Varnbüler, Freiherr von, württembergischer Staatsmann 259. 461. 462.
Venedey, Schriftsteller aus Köln, Mitglied der Nationalversammlung 98. 150.
Villers, von, sächsischer Legationsrat 336. 412.
Vincke, Freiherr von, Landrat aus Hagen, Mitglied der Nationalversammlung 126. 127. 131. 141. 146. 158. 161. 166. 167. 173. 185. 189. 198. 200 204.
Vogt, Professor aus Gießen, Mitglied der Nationalversammlung 98. 111. 197. 212.
Volger, Privatdozent in Göttingen 76. 77.
Vollpracht, Präsident, nassauischer Bevollmächtigter i. Verwaltungsrat u. Fürstenkollegium der Union 304. 350. 360. 364.
Voß, von, Kammerdirektor in Hannover 45. 107. 374.
Vrintz, Freiherr von, österreichischer Gesandter in Kopenhagen 492.

Wachsmuth, Konsistorialsekretär aus Hannover, Mitglied der Nationalversammlung 18. 64. 65. 67. 73. 134. 160. 164. 175.
Wagener, Advokat in Hannover 47.
Waitz, Professor aus Göttingen, Mitglied der Nationalversammlung 95. 125. 137.
Wallmoden-Gimborn, Graf 415.
Wangenheim, Freiherr von, hannoverscher Klosterrat, Bundestagsgesandter und Bevollmächtigter im Verwaltungsrat der Union 31. 35. 42. 48. 51. 63. 72. 75. 80. 123. 134. 143. 183. 220. 223. 234. 259. 262. 265. 266. 271. 274. 286—287. 291. 298. 303. 340. 346. 358. 359. 385. 415. 490. 491. 495.
— Freiherr von, preußischer Oberstleutnant 492.
Wedekind, Amtsassessor aus Bruchhausen, Mitglied der Nationalversammlung 69. 70. 151. 160. 169.
— Amtsassessor in Melle 69. 70. 73.
— Dr. med. in Esens 41. 69. 70.
Wedel, Graf von, hannoverscher Kultusminister a. D. 374. 375. 438.
Wedemeyer, Geheimer Kriegsrat und Generalsekretär des hannoverschen Kriegsministeriums 145. 438. 449. 453. 503. 505.

Wegener, dänischer Archivar 302. 304.
Weinhagen, Advokat in Hildesheim 37. 67. 76. 84. 90. 100. 169. 266. 270. 322. 323. 333. 427. 483.
Weinholt, Bauermeister in Liebenburg 90.
Welcker, badischer Bundestagsgesandter, Mitglied der Nationalversammlung 137. 157. 161. 187—189. 192. 206. 307. 433.
Wermuth, Polizeidirektor in Hannover 82. 105. 109.
Werner, Freiherr von, Unterstaatssekretär im österreichischen Ministerium des Auswärtigen 300. 399. 410.
Wesendonck, Advokat in Düsseldorf, Mitglied der Nationalversammlung 65.
Westmoreland, Lord, englischer Gesandter in Berlin 152. 235.
Westrum, Advokat in Hildesheim 100.
Widenmann, Advokat aus Düsseldorf, Mitglied der Nationalversammlung, Unterstaatssekretär im Reichsministerium 81. 113.
Wiechel, Kaufmann in Hannover 37. 38. 43. 56.
Wigard, Professor aus Dresden, Mitglied der Nationalversammlung 157.
Willisen, von, preußischer Generalleutnant 382. 482.
Windthorst, Oberappellationsrat in Celle 335. 337.
Windischgrätz, Fürst, österreichischer Feldmarschall-Leutnant 168. 186.
Winzingeroda, Freiherr von, Ministerpräsident in Nassau 401.
Wippermann, Kurfürstlich hessischer Staatsrat und Vorstand des Finanzministeriums, Mitglied der Nationalversammlung 4. 32. 97. 162. 232. 270.
Wisch, von der, hannoverscher Minister des Innern 11. 21.
Wissel, von, früherer hannoverscher Oberstleutnant in der schleswig-holsteinischen Armee 484.
Witte, hannoverscher Oberfinanzrat 80. 170. 229. 231. 244. 245. 251. 252. 256. 257. 260. 264. 265. 268. 269. 273. 283. 286. 287. 294. 306. 307. 312. 319. 320. 336. 359. 377. 392. 398. 434. 451. 479.
Wittgenstein, August, Fürst von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Reichsminister 216. 230. 235. 238. 243—245. 268. 273. 285. 301. 306. 311. 312. 324. 325. 398.
Wittich, badischer Rebellenführer 110.
Wrangel, von, preußischer General 85. 107. 433. 456.
Würth, von, Mitglied der Nationalversammlung, Unterstaatssekretär im Reichsministerium 80. 154.
Württemberg, Karl, Kronprinz von 208.
— Wilhelm, König von 65. 159. 208. 352—354. 368—370. 373. 381. 425. 461. 462. 472. 511. 518.
Wurm, Professor aus Hamburg, Mitglied der Nationalversammlung 95.
Wydenbrugk, Geheimer Staatsrat aus Weimar, Mitglied der Nationalversammlung 65.
Wyneken, Kanzleiprokurator in Stade 182.

Xylander, von, bayrischer Generalmajor und Bevollmächtigter bei der Bundescentralcommission 347. 352. 354. 359. 368. 409. 419. 427—429. 468—470.

Zachariä, Professor aus Göttingen, Mitglied der Nationalversammlung 78. 82. 97.
Zell, Advokat aus Trier, Mitglied der Nationalversammlung 118.
Zeschau, von, sächsischer Staatsminister a. D., Bevollmächtigter im Verwaltungsrat der Union 303.
Zimmermann, Professor aus Stuttgart, Mitglied der Nationalversammlung 111.
— Archivsekretär in Hannover 45. 71. 504—506. 510. 545.
Zitz, Advokat aus Mainz, Mitglied der Nationalversammlung 51. 102. 111. 118. 276.
Zschoch, von, preußischer Agent in Braunschweig 320. 322.

Berichtigungen.

Seite	2,	letzte Zeile,	lies	Bodungen	statt von Bodungen.
„	10, 17 und 19	iſt beim Datum der Briefe Nr. 6, 9 und 10 die Ortsangabe Hannover zu ergänzen.			
„	17,	letzte Zeile,	lies	Schelenburg	statt Schelenberg.
„	46,	„ „ „		Naſſau	„ Sachſen.
„	64,	„ „ „		128	„ 638.
„	75,	Zeile 8 v. o.	„	Kalchas	„ Kalches.
„	100,	„ 17 v. o.	„	Wühler	„ Wähler.
„	121,	„ 22 v. o.	„	das	„ der.
„	157,	„ 8 v. o.	„	Wigard	„ Wigand.
„	160,	Anmerkung 2, wegen Ahrens ſ. die richtige Angabe im Regiſter.			
„	222,	Zeile 5 v. u.	lies	Grävell	ſtatt v. Grävell.
„	261,	„ 4 v. u.	„	Sie	„ ſie.
„	290,	„ 25 v. o.	„	Sie	„ ſie.
„	303,	„ 16 v. o.	„	argued	„ urgued.
„	322,	„ 6 v. u.	am Schluß hinzuzufügen: I, S. 128.		
„	351,	„ 15 v. u.	lies	28	ſtatt 26.
„	355,	„ 7 v. o.	„	Marcard	„ Morcard.
„	416,	„ 11 v. o.	„	den	„ dem.
„	436,	„ 1 v. o.	„	Entrevue	„ Entrevenue.
„	517,	„ 7 v. u.	hinter „Geſchäftsträger" einzuſchieben: [machte].		

Druck von Auguſt Grimpe in Hannover.

MAY 25 1953